

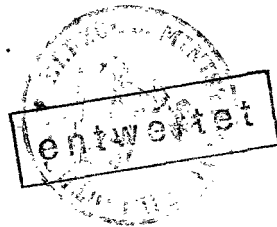
ka 5





4725-9843

Verzeichnis
der
Verhandlungsgegenstände
der
Stadtverordnetenversammlung
zu
Braunschweig
im Jahre 1918/19.



Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei in Braunschweig.

A. Nach der Zeitfolge.

1. Am 2. Mai 1918.

	Seite
1. Wahl des Vorstehenden und seines Stellvertreters	2
2. Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters	2
3. Freigabe einer Fläche an der Broihemer Straße als Kinderspielfeld	6
4. Antrag der städtischen Oberwächter und Wächter um Gehaltserhöhung	7
5. Zwangsenteignung von Flächen für die Fliegerstation	8
6. Antrag Rasche auf Übertragung von ersparten, der Museumsdeputation zur Verfügung gestellten Beträgen in das nächste Rechnungsjahr	9
7. Anfrage Stegmann, betr. die Gasverbrauchsregelung	10
8. Anfrage Genzen, betr. den Ferkelmangel	18
9. Anfrage Loeschigt, betr. die Weigerung des Viehhandelsverbandes Hannover, für die Stadt Braunschweig Aufzuchtferkel freizugeben	18
10. Antrag Bartels auf Errichtung einer städtischen Entlaufungsanstalt	26
11. Anfrage Stegmann, betr. die Ungenießbarkeit der zuletzt durch die Stadt beschafften Gänse	27
12. Antrag Genzen, betr. die Erhöhung der Ruhegehälter und Pensionen der früheren städtischen Arbeiter und Angestellten	30
13. Antrag Kraus auf Vorbereitung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit während der Übergangszeit und Berücksichtigung der selbstständigen Gewerbetreibenden hierbei	30
14. Errichtung eines Schalthäuschens an der Wolfenbütteler Straße	32
15. Veränderungen an den maschinellen Einrichtungen des städtischen Schlachthauses	33
16. Beihilfe für den Prüfungsausschuß für Jugendschriften des Braunschweiger Lehrervereins aus der Fiedelstiftung	34
17. Instandsetzung der von der Firma R. Rittmeyer u. Co. bislang benutzten Räume im Altstadtrathause	35
18. Feststellung des Teilortsbauplanes für das Gelände westlich der Goslarischen Straße	37
19. Errichtung einer Pflichtfortbildungsschule betr.	38
20. Erhöhung des Zuschusses für den Ausschuß der Waldspiele	47
21. Bereitstellung eines Betrages für die Förderung der Säuglingsfürsorge	48
22. Beteiligung der Stadt an der Braunschweiger Siedlungsgesellschaft	49
23. Errichtung einer Stiftung „Kindersegnen“	51
24. Gutachten über die Grundsätze für die Brennstoffversorgung im Jahre 1918/19	57

2. Am 20. Juni 1918.

	Seite
1. Begründung des Antrages Munte, betr. die Änderung des Gemeindevahlrechts	77
2. Begründung des Antrages Hartung, betr. die Änderung des Gemeindevahlrechts	78
3. Mietweise Überlassung von Schulböden an die Garnisonverwaltung	80
4. Antrag Loeschigk (ursprünglich Antrag Frede), betr. die Bildung eines Ausschusses zur Erledigung von Beschwerden über unzureichende Zuweisung von Brennstoffen	81
5. Antrag Genzen auf Erhöhung der Ruhegehälter usw. für die früheren städtischen Angestellten und Arbeiter	81
6. Antrag Kraus auf Vorbereitung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit während der Übergangszeit und Berücksichtigung der selbständigen Gewerbetreibenden hierbei	83
7. Deputation zur Vorberatung der gesamten mit der Wohnungsfrage in Verbindung stehenden Angelegenheiten (außer der Tagesordnung behandelt) . .	85
8. Gesuch eines Einwohners um Erlaß des Überpreises beim Gasverbrauch . .	87
9. Verlegung eines Wasserrohres am Bientöder Wege	88
10. Baubeschränkung für Gelände westlich der Goslarischen Straße	89
11. Abrechnung über die Kosten des Umbaus des Gaswerks an der Taubenstraße	89
12. Beschaffung und Abgabe von Hausbrandkohlen an die minderbemittelte Bevölkerung	90
13. Veranstaltung eines Lehrgangs für Fortbildungsschullehrer	92
14. Erhöhung des städtischen Kredits beim Leihhause	94
15. Herrichtung eines oberirdischen Verbindungsganges zwischen zwei Geschäftshäusern der Gördelinger Straße	95
16. Neuregelung der Kriegsbeihilfen für die städtischen Beamten und Lehrkräfte	96
17. Verhandlungen über Erhöhungen des Straßenbahntarifs	101
18. Veräußerung einer Muschelsammlung	105
19. Anfrage Steinbrecher über den Stand der Frage der Eingemeindung von Gliesmarode (außer der Tagesordnung behandelt)	105
20. Eintritt der Stadt als Intervenantin in einen Rechtsstreit	106
Außer der Tagesordnung behandelt:	
21. Antrag Rieke auf Erhöhung der Unterstützungen der Kriegerfrauen und der Sätze der städtischen Armenpflege	107
22. Antrag Rieke, betr. die Sammlung und Auspressung von Bucheckern . .	108
23. Anfrage Rieke, betr. die Gerüchte über Unregelmäßigkeiten auf dem hiesigen Hauptfriedhofe	110
24. Anfrage Lauer über Einführung von Rotbeleuchtung für die städtischen Straßen	112
25. Anfrage Frede über die Grundsätze für die Verteilung des kürzlich ausgegebenen fetten Schweinefleisches	115
26. Anfrage Stegmann über die letzte Erhöhung der Fleisch- und Wurstpreise	116

3. Am 22. August 1918.

	Seite
1. Vertrag mit dem Reichs- (Militär-) Fiskus wegen Unterbringung der Kraftfahr-Ersatzabteilung	123
2. Statut über die Erhebung einer Wertzuwachssteuer	126
3. Anfrage Frede bezüglich der Belieferung der Stadt Braunschweig mit Seefischen	167
4. Antrag Stegmann, auf Erhöhung der Kartoffelration auf 10 $\frac{1}{2}$ Pfund hinzuwirken	172
5. Anfrage Genzen, betr. die Lieferung der den städtischen Arbeitern zustehenden Bekleidungsgegenstände	190
6. Anfrage Genzen, über die Erhöhung der städtischen Ruhelöhne	190
7. Anfrage Ohlendorf, betr. die stärkere Belieferung der Stadt mit Nahrungsmitteln	191
8. Antrag Tebbenjohannis, betr. die schnelle Aufstellung einer Ölmühle für die Stadt	192
9. Anfrage Rieke, betr. die angebliche Mehrlieferung von Brotkorten nach dem Hauptfriedhofe	196

4. Am 29. August 1918.

1. Antrag Rieke auf Erhöhung der Unterstützung der Kriegerfrauen und der Sätze der städtischen Armenpflege	200
2. Antrag Rieke, betr. die Sammlung und Auspressung von Bucheckern	202
3. Feststellung des Teilortsbauplanes am unausgebauten Teile der Kreuzstraße	215
4. Nachverwilligung von Kosten für den Umbau des Fabrikgebäudes auf dem ehemaligen Grundstücke der Zuckerfabrik Brunonia	216
5. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern für die von der Stadt errichtete Stiftung „Kindersegen“	216
6. Erwerb von Flächen an der Grenze der Fliegerstation und Verpachtung derselben an den Reichs- (Militär-) Fiskus	217
7. Zustandsetzung des Vorder- und Hinterhauses auf dem Grundstücke Hintern Brüdern 24	220
8. Änderung des Ortsbauplans bezüglich der Salzdhahmer Straße zwischen Elmstraße und der Haupteinfahrt des Büßingschen Grundstücks und Ausbau dieser Teilstrecke	220
9. Herrichtung von sechs Wohnungen im Hinterhause des städtischen Grundstücks Niekelfalk 12	222
10. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage auf dem städtischen Schlachthause	222

Außer der Tagesordnung behandelt:

11. Grundsätzliche Zustimmung zu dem Bebauungsplane für das Kröckeröder Feld	224
12. Änderung der Fassung einiger Paragraphen des neuen Wertzuwachssteuerstatuts	225

5. Am 19. September 1918.

	Seite
1. Anträge Rieke und Stegmann bezüglich des Gemeindevahlrechts und Änderung der Städteordnung	229
2. Verwilligung eines Zuschusses an den Verein Volkslesehalle aus der Jüdelstiftung	230
3. Erhöhung des Jahresbeitrages für den Verband der Deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen	231
4. Verwilligung von Mitteln aus der Jüdelstiftung zwecks Ankaufs einer Bronzestatue für das städtische Museum	232

Außer der Tagesordnung behandelt:

5. Teilortsbauplan für das Arkeröder Feld	232
6. Auswechslung des Gas- und Wasserhauptrohrs auf der Salzdhahumer Straße	233
7. Neuanschaffung eines Veriefelungskondensators für die Kühlanlage des städtischen Schlachthauses	233
8. Anfrage Stegmann, betr. die Überschreitung der Höchstpreise in der Markthalle	234
9. Anfrage Ohlendorf über Abgabe von Magermilch an Konditoreien und teilweise Nichtlieferung von Vollmilch an Berechtigte	244
10. Anfrage Dieckmann über die demnächstige nächtliche Beleuchtung der öffentlichen Straßen	246
11. Anfrage Dieckmann über die Vesserung des gelieferten Gases	248
12. Anfrage Dieckmann, betr. das Ausfuhrverbot von Kartoffeln aus dem Kreise Wifhorn	249
13. Anfrage Meyerhoff, die Reinigung der Fußwege bei Schneefall durch Schneeschlitten betreffend	250
14. Antrag Tebbenjohanns, betr. die Zeichnung der IX. Kriegsanleihe durch die Stadt	252
15. Antrag Lauer auf Wiederaufnahme des Betriebes der Straßenbahn bis zum Hauptfriedhofe	253

6. Am 24. Oktober 1918.

1. Anträge Rieke, Stegmann, Munte und Hartung bezüglich des Gemeindevahlrechts und Änderung der Städteordnung	260
2. Aufnahme eines Rechtsstreits	331

7. Am 31. Oktober 1918.

1. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern für die von der Stadt errichtete Stiftung „Kindersegnen“	335
2. Gesuch der Arbeiterschaft des städtischen Gaswerks Taubenstraße um Bewilligung einer Teuerungszulage	335

3. Gesuch der städtischen Wächter und Überwächter um Bewilligung der Beamten- teuerungszulagen	336
4. Antrag Meyerhoff, die Reinigung der Fußwege bei Schneefall durch Schneeschlitten betreffend	341
5. Übernahme der katholischen Schule durch die Stadt	355
6. Verpachtung von Flächen an der Goslarschen Straße und des Arteröder Feldes für 1919	364
7. Übersicht über die Rechnungsabschlüsse für 1917/18	365
8. Übersicht über die im Rechnungsjahre 1917/18 stadteitig gezahlten Ruhe- löhne, Witwen- und Waisengelder	368
9. Erhöhung des Gaspreises	369
Damit verbunden: Anfrage Rector über Verlagen des Gases	
10. Abfuhr des Hausmülls nach dem Bürgerparke während der Wintermonate	378
11. Bericht über die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke, des Privateinrichtungsgeschäfts, der Neustadtmühle und des Abwässpumpwerks	379
12. Ankauf eines Grundstücks an der Mitterstraße	382
13. Ankauf eines Grundstücks an der Mönchstraße	383
14. Bericht über die städtische Wohnungspflege im 1. Halbjahre	384
15. Herrichtung eines Straßenbahngleises vom Gutfiltern über Kattreppehn nach dem Posthofe	386
16. Anstellung von Überwachungsbeamten für Ausgabe der Lebensmittellkarten (Außer der Tagesordnung behandelt)	386
17. Errichtung eines Schuppens für die Zimmermannsche Darre auf dem Schlacht- hausgrundstück. (Außer der Tagesordnung behandelt)	392
18. Antrag Wesemeier, betr. die Erwirkung der Aufhebung der fleischlosen Wochen	398
19. Antrag Genzen, Beschaffung von Bekleidungsstücken für die schulentlassene Jugend betr.	405
20. Anträge des Stadtverordneten Riefe:	406
auf Einführung der Reichsarbeitslosenunterstützung und Erhöhung der gemeind- lichen Arbeitslosenunterstützung, auf Arbeitsbeschaffung während der Übergangszeit, auf Ausbau des städtischen Arbeitsnachweises, auf Verkürzung der Arbeitszeit während der Übergangszeit	
21. Anfrage Genzen, betr. die Anündigung der Nummern beim Verkauf des Freibankfleisches	408
22. Antrag Stegmann, betr. die Geschäftshandhabung bei der Bucheckern- sammelstelle	409
23. Anfrage Stegmann, betr. die Verteilung des Brotaufstrichs	413
24. Antrag Munte auf Besetzung der beiden freien Sitze im Magistrat	415

8. Am 14. November 1918.

1. Antrag Genzen, Beschaffung von Bekleidungsgegenständen für die schul- entlassene Jugend betreffend	418
--	-----

2. Anträge des Stadtverordneten Rieße:	419
auf Einführung der Reichs-Arbeitslosenunterstützung und Erhöhung der gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung,	
auf Arbeitsbeschaffung für die Übergangszeit,	
auf Ausbau des städtischen Arbeitsnachweises,	
auf Verkürzung der Arbeitszeit während der Übergangszeit	
3. Zahlung einer Beihilfe an das Mädchenheim	430
4. Prüfung der Stadthaushaltsrechnungen für 1914/15	431
5. Antrag eines Stadtverordneten auf Entlassung aus dem Amte	433
6. Bargeldlose Zahlung der Gehälter an die Beamten und Lehrkräfte	433
7. Verkauf einer Fläche beim Wasserwerk Rünningen an die Königl. Preussische Eisenbahnverwaltung	435
8. Anfrage Frede über die Vermeidung von Unzuträglichkeiten bei der Unterkunft und Verpflegung der zurückkehrenden Truppen	435
9. Antrag Munte, betr. Auszahlung der einmaligen Kriegsteuerzulage an die städtischen Beamten und Lehrkräfte	443
10. Anfrage Jasper, bezüglich der Befugnisse des Volkskommissariats für die Stadt Braunschweig	446
11. Anfrage Jasper, bezüglich der Wahlen des Arbeiter- und Soldatenrats	451
12. Anfrage Jasper, betr. die Wahlen zur Landes- und Gemeindevertretung	453
13. Anfrage Rieße über den vorgekommenen Verkauf von Brotkarten	457

9. Am 12. Dezember 1918.

1. Änderung der Vorschriften des Wertzuwachssteuerstatuts	461
2. Bewilligung von Mitteln zur Aufnahme von Notstandsarbeiten	462
3. Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung von Baukostenzuschüssen	433
4. Anschaffung von Gasmeßern und Automatenkochern zum Einbau durch die Gaswerke	465
5. Antwort der städtischen Behörden auf einen Antrag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Abschluß von Kollektivverträgen betreffend	466
6. Verpachtung eines Teiles des Franzischen Feldes und des Prinz-Albrecht-Parkes zur Einrichtung von Schrebergärten	486
7. Preisausschlag für Entnahme elektrischen Stromes	487
8. Antrag Lauer auf Ausdehnung der Wahlzeit für die Stadtverordnetenwahlen	489
9. Anfrage Frede, betr. Teuerungszulage an die städtischen Beamten und Lehrer	496
10. Anfrage Steinbrecher, betr. den Abzug des von der Stadt gewährten Kartoffeldarlehn von der Kriegsunterstützung	498
11. Antrag Helle, betr. die Nachtragung in die Wählerlisten bei unverschuldeter unterbliebener Anmeldung	499

10. Am 9. Januar 1919.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	505
2. Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters	509
3. Wahl der Mitglieder der Ausschüsse und Deputationen	510
4. Inangriffnahme der vorbereitenden Arbeiten für die Anlage des Schulgartens am Dowesee	534
5. Anfrage Benzen über Inangriffnahme von Notstandsarbeiten	535
6. Anfrage Schilke, betr. die Gewalttaten am 7. Januar	549
7. Anfrage Salomon über die Verschmelzung der siebenstufigen und achtstufigen Bürgerschulen	562
8. Anfrage Jahn über die Auszahlung von Teuerungszulagen an die katholischen Lehrer	564
9. Antrag Schilke, die bisherigen unbefoldeten Stadträte zum Rücktritt aufzufordern	565
10. Antrag Schilke auf Vorlegung eines Statuts zur Einführung der völligen Sonntagsruhe	565
11. Antrag Salomon auf Einführung der Pflichtfortbildungsschule zu Ostern d. Jz.	566

11. Am 31. Januar 1919.

1. Verlängerung des Vertrages wegen Aufstellung und Unterhaltung der Anschlagstäben in den Straßen der Stadt	573
2. Besuch der städtischen Oberwächter und Wächter wegen Gewährung der Beamtenteuerungszulagen und wegen fester Anstellung	575
3. Antrag Schilke auf Vorlegung eines Statuts zur Einführung der völligen Sonntagsruhe	575
4. Antrag Schilke, die bisherigen unbefoldeten Stadträte zum Rücktritt aufzufordern	589
5. Antrag Salomon auf Einführung der Pflichtfortbildungsschule zu Ostern d. Jz.	592
6. Bewilligung von Mitteln für Bereithaltung von Wachräumen für das städtische Wächterpersonal	599
7. Stellungnahme zu der nochmaligen Beteiligung der Stadt am Waldbetriebe für Schweine	600
8. Erhöhung des Zuschusses für die kaufmännische Fortbildungsschule für 1917/18	604
9. Festsetzung der neuen Satzungen der wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke, A.-G., in Köln und Abschluß eines Vertrages mit derselben wegen Verkaufs von Koks	605
10. Erhöhung der Preise für Gas und Wasser	611
11. Aufnahme eines Rechtsstreits	626
12. Steuerfreiheit für die von Kriegsblinden zu ihrer Führung gehaltenen Hunde	628
13. Niederschlagung von Steuern	629

14. Anfrage der Demokratischen Fraktion, betr. Maßnahmen der Stadtverwaltung und des Volkskommissars für die Stadt zur Erhaltung der Freiheit der Person und der Tätigkeit der hiesigen Einwohner.

Damit verbunden:

Antrag Wolters, betr. Einwirkung auf die Landesregierung, Maßregeln zu ergreifen, um die Einwohner vor Gewalttätigkeiten zu schützen und ungesetzliche Eingriffe in die hiesigen Gewerbebetriebe zu verhüten bzw. aufzuheben 630

12. Am 13. Februar 1919.

1. Verlängerung des Vertrages wegen Aufstellung und Unterhaltung der Anschlagssäulen in den Straßen der Stadt 663
2. Antrag Blumeier, betr. Einwirkung auf den Abbau der hohen Lebensmittelpreise 663
3. Antrag Zahns auf Errichtung eines städtischen Luftbades auf dem Franzischen Felde 679
4. Antrag Reißner, betr. die Neuregelung der Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse der städtischen Beamten und Lehrer 679
5. Antrag der deutschen demokratischen Partei, betr. Neuordnungen auf dem Gebiete der städtischen Selbstverwaltung durch die Arbeiter- und Soldatenräte 685
6. Anfrage Schmidt und Anfrage Rönneburg, betr. die Weiterbeschäftigung der auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eingestellten städtischen Hilfskräfte . 686
7. Anfrage Schilke, betr. den Kauf oder die Pachtung von Rittergütern oder Domänen durch die Stadt zur Versorgung der Stadt mit landwirtschaftlichen Produkten 689
8. Antrag des Zentralverbandes der Dachdecker, Filiale Braunschweig, auf Mitwirkung von Arbeitnehmern bei Vergabe und Berechnung städtischer Dachdeckerarbeiten 691
9. Anspruch der Militärbetriebsstelle Konservensfabrik Otto Struck auf Schadenersatz für die in der Revolutionsnacht bei ihr erfolgten Plünderungen . . 692
10. Anspruch auf Schadenersatz für die verschiedenen Polizeiangestellten in der Revolutionsnacht im Gebäude der Polizeidirektion entwendeten Sachen . . 697
11. Abänderung der Fluchtlinie für die Straße 201a 699
12. Herrichtung von Rohrkanälen in der Schweineschlachthalle des Schlachthauses 700
13. Bewilligung von Mitteln zur Herrichtung einer Dampfkocheinrichtung im Feuerlöschgebäude 701
14. Stellungnahme zu einigen regierungsseitig als Notstandsarbeiten in Aussicht genommenen Bahnbauten 701
15. Zuschuß für die Kinderspeiseanstalt am neuen Petritor 709
16. Rückverweisung der Vorlage, betr. Einrichtung eines gemischten Betriebes des Elektrizitätswerkes 710
17. Antrag der Partei „Bürgerliche Gruppe“ und Antrag der deutschen demokratischen Partei, betr. die Antwort des Volkskommissariats für Inneres auf das an die Regierung gerichtete Ersuchen vom 12. Februar 712

18. Antrag Wolters (Partei „Bürgerliche Gruppe“), betr. die Gewinnung von Arbeitskräften zur Braunkohlenförderung und zu landwirtschaftlichen Arbeiten	725
--	-----

13. Am 27. Februar 1919.

1. Antrag Jahns auf Errichtung eines städtischen Luftbades auf dem Franz- schen Felde	739
Damit verbunden:	
Eingabe des Vereins für naturgemäße Gesundheitspflege in der gleichen Angelegenheit	739
2. Anträge Schmidt und Rönneburg, betr. die Weiterbeschäftigung der auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eingestellten städtischen Hilfskräfte . . .	740
3. Änderung der Grundsätze für die Bewilligung von Ruheohn und Hinter- bliebenenfürsorge	742
4. Antrag Wolters, betr. Änderung der §§ 203 ff. der Städteordnung (Haftung der Städte für Aufrührschäden)	743
5. Antrag Genzen auf 25 prozentige Erhöhung der Sätze der Familien- unterstützung	745
6. Antrag Jahns, betr. Einführung der durchgehenden Arbeitszeit für die städtischen Beamten	746
7. Antrag Frede, Berechnung des Verbrauchs an elektrischer Energie für zeitweilig eingeschränkt gewesene elektrische Betriebe	748
8. Anfrage Genzen über die Ausgabe von Buchöl an die bei den Schul- sammlungen beteiligten Kinder	749
Damit verbunden:	
Anfrage Reißner, betr. Ausgabe von Buchöl aus den der Reichsstelle ab- gelieferten Bucheckern	749
9. Anfrage Richter, betr. Abstellung des langen Wartens bei der Altbeklei- dungsstelle und den vorgekommenen Verkauf von Bekleidungsstücken ohne Bezugschein	751
10. Anfrage Jahns über den Verbleib der dem Magistrat zur Verfügung gestellten Lebensmittel aus der Kantine der 50. Reservebrigade	753
Damit verbunden:	
Anträge Frede und Rönneburg, betr. die rückichtslose Beschlagnahme von kleinen Lebensmittelmengen	753
11. Allgemeine Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durch Reichs- verordnung	765
12. Ersafwahl von Mitgliedern der Ausschüsse und Deputationen	767
In Verbindung damit:	
Antrag Wolters auf Erweiterung des Rechts-, Finanz- und Bauauschusses auf je acht Mitglieder	767
13. Beihilfe an minderbemittelte Eltern zur Einkleidung ihrer zur Schulent- lassung kommenden Kinder	773

Damit verbunden:

Anfrage Genzen, betr. die gleiche Angelegenheit	773
14. Erhöhung des Tarifs für das Elektrizitätswerk und Erhöhung der Fahrpreise der Straßenbahn	775
15. Bewilligung von Mitteln für Notstandsarbeiten	787
16. Herrichtung von Büroräumen im städtischen Hause Wilhelmstraße 21 (Standesamt, Kirchenbuchamt und Friedhofsamt)	798

14. Am 13. März 1919.

1. Antrag Frede wegen anderweitiger Festsetzung des Wassergeldes	802
2. Antrag Genzen auf 25 prozentige Erhöhung der Sätze der Familienunterstützung	804
3. Erklärung des Oberbürgermeisters gegenüber einer Äußerung in der Tagespresse	807
4. Antrag Jahn, betr. Einführung der durchgehenden Arbeitszeit für die städtischen Beamten	808
5. Antrag Frede, Berechnung des Verbrauchs an elektrischer Energie für zeitweilig eingeschränkt gewesene gewerbliche Betriebe	834
6. Bewilligung eines Zuschusses für die kaufmännische Fortbildungsschule	835
7. Nachträgliche Bewilligung von Kosten für Errichtung einer Ehrenpforte beim Einzuge der Truppen	836
8. Ersatzansprüche für in städtischen Gebäuden abhanden gekommene Kleidungsstücke	836
9. Bewilligung von Tagelohnern an die Mitglieder des Realsteueraususses	842
10. Nachverwilligung von Kosten zur Zustandsetzung des Spielplatzgebäudes auf dem Kleinen Exerzierplatze	843
11. Herrichtung von Notwohnungen	844
12. Verkauf von Teilflächen des Arkeröder Feldes an die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft und an die Braunschweiger Baugenossenschaft	851
13. Antwort des Volkskommissariats für Ernährung auf den der Regierung übermittelten Antrag, betr. die Beschlagnahme von kleinen Lebensmittelmengen	864
14. Aufnahme eines Darlehns beim Staat	864

15. Am 27. März 1919.

1. Bürgschaftsübernahme für die Erhöhung des Kredits des Braunschweigischen Landeseinkaufs	870
2. Antrag Schilke, betr. den Kauf oder die Pachtung von Rittergütern oder Domänen durch die Stadt zur Versorgung der Stadt mit landwirtschaftlichen Produkten	871
Damit verbunden der dieselbe Angelegenheit betreffende Antrag Marschner	871
3. Antrag Frede auf Errichtung von Notstandsbauten	877

4. Antrag Goehe auf Zuwahl zweier Frauen aus der Bürgerschaft zum Ernährungsausschuß	877
5. Antrag Bunge auf Vermehrung der städtischen Steuerbureaus	879
6. Antrag Wolters auf Überführung der Wallpromenaden und der der Stadt noch nicht gehörenden Oerbrücken in städtisches Eigentum und der Umflutgräben in städtische Verwaltung	880
7. Anfrage Graf über das Erfrieren von städtischen Kartoffeln in einer Ziegelei am Madamenwege	882
8. Anfrage Könneburg über den Stand der Eingemeindungsverhandlungen	883
9. Erhöhung des Zinsfußes für ein der Stadt vorgeliehenes Hypothekenskapital	893
10. Erjähwahl von Mitgliedern der Ausschüsse und Deputationen	894
11. Betriebseinstellung zweier städtischer Kriegsküchen	894
12. Errichtung eines Rechtsfriedensamtes	895
13. Stellungnahme zu einem Antrage der Straßenbahnengesellschaft, betr. Tarifierhöhungen für Abgabe elektrischen Stromes und Erhöhung des Fahrpreises für die Straßeneisenbahn	896
14. Aufwendungen für die Instandsetzung von Fortbildungsschulklassen in der früheren Waisenhauschule	901
15. Ausbau des öffentlichen Arbeitsnachweises	902
16. Aufnahme der Straße 849 in den Ortsbauplan	907
17. Änderung der Fluchtlinie der Frankfurter Straße vor dem Grundstück Verf. Nr. 6684	907
18. Änderung des Bebauungsplanes für das Arferöder Feld	908
19. Bebauungsplan für das Terrain Kälberweide in der Feldmark Altpetritor	909
20. Erweiterung der Gaußschule	910
21. Gutachtliche Äußerung über die Ausnahmen von der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	911
22. Besprechung der Kartoffelverforgung und der Ausgabe von Salzgemüse	927
23. Anfragen Salomon und Wahrenndorf über Einführung der Pflichtfortbildungsschule	935

II. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

Abbau der Lebensmittelpreise 571, 663
 Abkommen mit Domänenpächtern, betr. Frühkartoffeln 242
 Abwässerpumpwerk 379.
 Äckeröder Feld, Bebauung desselben 224, 232, 536, 538, 851, 908.
 Äckeröder Feld, Bauweise dort 854 ff., 908.
 „ „ Verkauf von Teilflächen 851.
 „ „ Verpachtung von Flächen 364.
 Altbekleidungsstelle 661, 751.
 Altstadtrathaus, Keller desselben 35.
 Anfragen der Stadtverordneten:
 Dieckmann, Straßenbeleuchtung betr. 229, 246.
 über Besserung des Gases 229, 248.
 Kartoffelbezug betr. 231, 249.
 Frede, Verteilung von Schweinefleisch betr. 76, 115.
 Belieferung der Stadt mit Seefischen betr. 122, 167.
 Unterkunft und Verpflegung der zurückkehrenden Truppen betr. 418, 435.
 Teuerungszulage an Beamte und Lehrer betr. 460, 496.
 Genzen, den Ferkelmangel betr. 18.
 Lieferung der ihnen zustehend. Bekleidungsgegenstände an städt. Arbeiter betr. 122, 190.
 Erhöhung der Kuhelöhne betr. 122, 190.
 Verkauf d. Freibankfleisches betr. 334, 408.
 Notstandsarbeiten betr. 532, 535.
 Ausgabe von Buchöl betr. 662, 749.
 Anzüge für Schulentlassene betr. 662, 773
 (s. a. Antrag Genzen).

Graf, Erfrieren von städt. Kartoffeln betr. 739, 882.
 Verkauf von Pferdefleisch betr. 870.
 Jahn, Teuerungszulagen an die kath. Lehrer betr. 533, 564.
 Verbleib von 11 Waggons Lebensmittel betr. 662, 753.
 Jasper, Befugnisse des Volkskommissariats für die Stadt betr. 430, 446.
 Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat betr. 430, 451.
 Wahlen zur Landes- u. Gemeindevertretung betr. 430, 453.
 Laner, Notstandsbeleuchtung der Straßen betr. 75, 112.
 Loeschigk, Freigabe von Aufzuchtferkeln betr. 4, 18.
 Meyerhoff, Reinigung der Fußwege betr. 250 (s. a. Antrag Meyerhoff).
 Ohlendorf, stärkere Belieferung mit Nahrungsmitteln betr. 122, 191.
 Milchlieferung betr. 229, 244.
 Recker, Versagen des Gases betr. 330, 369, 373.
 Reißner, Ausgabe von Buchöl betr. 749.
 Richter, Altbekleidungsstelle betr. 661, 751.
 Rieke I, Unregelmäßigkeiten auf dem Hauptfriedhofe betr. 75, 110.
 Verkauf von Brotmarken betr. 430, 451.
 Rönneburg, Weiterbeschäftigung der städt. Hilfskräfte betr. 686, 746.
 Eingemeindungsverhandlungen betr. 883.
 Salomon, Buchedernerte betr. 200, 202.
 Verschmelzung der Bürgerschulen betr. 533, 562.

Salomon, Erhaltung der Freiheit der Einwohner und ihrer Tätigkeit betr. 570, 630, 662.
 Einführung der Pflichtfortbildungsschule betr. 869, 935.
 Schilke, Gewalttätigkeiten am 7. Jan. betr. 533, 549.
 Kauf oder Pachtung von Landgütern durch die Stadt betr. 573, 689 (s. a. Antrag Schilke).
 Feuerungszulagen für Fortbildungsschullehrer betr. 870.
 Schmidt, Weiterbeschäftigung der städt. Hilfskräfte betr. 571, 686, 740.
 Stegmann, Gänseverkauf durch die Stadt betr. 4, 27.
 Gasverbrauchsregelung betr. 10.
 Erhöhung der Fleisch- und Wurstpreise betr. 88, 116
 die Pächter kleiner Landflächen betr. 218
 Überschreitung der Höchstpreise betr. 228, 234.
 Verteilung von Brotanstrich betr. 334, 413.
 Steinbrecher, die Eingemeindung von Giesmarode betr. 75, 105.
 Wahrensdorf, Einführung der Pflichtfortbildungsschule betr. 869, 935.
 Ankauf f. d. städt. Museum 232, 248.
 Ankauf von Grundstücken usw. (s. Erwerb).
 Anschlagssäulen 573, 663.
 Anstellung, feste, der Wächter u. Überwächter 575.
 Anstellungsverhältnisse der Hofschreiber 659.
 Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der städt. Beamten und Lehrer 571, 679.
 Anträge der Stadtverordneten:
 Bartels auf Errichtung einer städt. Entlassungsanstalt 26.
 Blumeier, betr. Abbau der Lebensmittelpreise 571, 663.
 Bunge auf Vermehrung der Steuerbureaus 879.
 Frede auf Wahl eines Ausschusses für die Brennstoffversorgung 61, 72.
 Wertzuwachssteuer betr. 140, 161, 162.
 Bucheckernsammlung betr. 205.

Frede, Berechnung des Wassergeldes betr. 621, 739, 802.
 Berechnung des Verbrauchs elektr. Energie betr. 660, 748, 834 (899).
 Beschlagnahme von kleinen Lebensmittel-mengen betr. 753, 763, 864.
 Errichtung von Notstandsbauten betr. 739, 795, 797, 799, 877.
 Verbindungsweg zwischen Westbahnhof u. Broitzemer Str. betr. 870.
 Grenzen, Arbeiterentlohnung und -pensionen betr. 4, 30, 81.
 Beschaffung von Anzügen für Schulentlassene betr. 330, 405, 418 (s. a. Anfrage Grenzen).
 Familienunterstützung betr. 662.
 Göge, Zuwahl zum Ernährungsausschuß betr. 773, 877.
 Partung, Gemeindevahlrecht betr. 6, 76, 78, 126, 229, 260.
 Helle, Nachtragungen in die Wählerlisten betr. 465, 499.
 Jahn, Errichtung eines Lustbades betr. 571, 679, 739.
 durchgehende Arbeitszeit bei den städtisch. Behörden betr. 734, 746, 808.
 Verbleib von 11 Waggons Lebensmittel betr. 876.
 Kraus, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit während der Übergangszeit betr. 4, 30, 83, 87.
 Wertzuwachssteuer betr. 162.
 Pandauer, Wertzuwachssteuer betr. 163, 166, 167.
 Lauer, Strassenbahn nach dem Hauptfriedhofe betr. 228, 253.
 Wahlzeit für die Stadtverordnetenwahlen betr. 460, 489.
 Loefhigt, Wahl eines Ausschusses für die Brennstoffversorgung betr. 72, 81.
 Marschner, Pachtung d. Domäne Kibbaggshausen betr. 738, 871.
 Meyerhoff, Zumeßung von Gas und Heizmaterial betr. 17.
 Reinigung der Fußwege betr. 252, 341, 353, 354, 355. (s. a. Anfrage Meyerhoff).

Munte, das Gemeindewahlrecht betr. 6, 76, 77, 126, 229, 260.
 Besetzung der freien Sitze im Magistrat betr. 398, 415.
 Kriegsteuerzuschläge für Beamte und Lehrer betr. 418, 443.
 Rasche, Museumsdeputation betr. 9.
 Reigner, Neuregelung der Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse der städt. Beamten und Lehrer betr. 571, 679.
 Buchholzverteilung betr. 738.
 die Lagerung scharfer Munition innerhalb der Stadt betr. 870.
 Richter, Zusammenlegung der 7. u. 8. stuf. Bürgerschulen betr. 870.
 Riefe I, Gemeindewahlrecht betr. 5, 76, 126, 229, 260.
 Erhöhung der Unterstützung für Kriegerfrauen und der Sätze für Armenpflege betr. 75, 107, 200.
 Bucheckernsammlung und Anlage zur Verpressung betr. 75, 108, 202.
 Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsbeschaffung, Arbeitsnachweis und Verkürzung der Arbeitszeit betr. 330, 406, 419.
 Rönneburg, Weiterbeschäftigung d. Hilfsdienstpflichtigen betr. 740.
 Beschlagnahme von kleinen Lebensmittel-mengen betr. 753, 764, 864.
 Salomon auf Einführung der Pflichtfortbildungsschule 533, 566, 592.
 zu der Verfügung des Volkskommissariats 662, 712.
 Schilke auf Einführung der völligen Sonntagsruhe 533, 566, 575.
 Rücktritt der unbefordeten Stadträte betr. 533, 565, 589.
 Neuordnung der städt. Selbstverwaltung betr. 572, 685.
 Pachtung oder Kauf von Ländereien zur landwirtschaftl. Versorgung d. Stadt betr. 691, 742, 871 (s. a. Anfrage Schille).

Schmidt, Weiterbeschäftigung der Hilfsdienstpflichtigen 740 (s. a. Anfrage Schmidt).
 Steinbrecher, das Kartoffelbarlehen an Einwohner betr. 460, 498.
 Stegmann, Änderung der Städteordnung und des Gemeindewahlrechts betr. 5, 76, 126, 229, 280.
 Erhöhung der Kartoffelration 122, 172.
 Bucheckernsammlung betr. 205, 331, 409.
 Gasverbrauchsregelung und Aufhebung des Strafsystems für Mehrverbrauch betr. 571, 616, 626.
 Tebbenjohannis, neunte Kriegsanleihe betr. 229, 252.
 Aufstellung von Schmieden betr. 122, 192.
 Ohlendorf, unstatthafter Gebrauch von Schusswaffen betr. 739.
 Wesemeier, Aufhebung der fleischlosen Wochen betr. 330, 348.
 zur Wertzuwachssteuer 164, 167.
 Wolters, Schutz vor Gewalttätigkeiten u. Verhütung ungesetzl. Eingriffe in hiesige Gewerbebetriebe betr. 570, 630, 641.
 zur Verfügung des Volkskommissariats 661, 712.
 Haftung der Stadt für Aufbruchschäden betr. 662, 742.
 Braunkohlensförderung und landwirtschaftl. Arbeiten betr. 661, 725.
 Wallpromenaden, Osterbrücken usw. betr. 739, 880.
 Erweiterung von drei Anschlüssen betr. 767, 772, 877.
 Anzüge für Schulentlassene 330, 405, 418, 662, 773.
 Aquarelle, Ankauf von solchen 868.
 Arbeiter der Staatsbahn 906.
 Arbeiter- und Soldatenrat, Wahlen dazu 430, 451.
 Arbeiter Sport-Partei (Eingabe) 660.
 Arbeitsamt, städtisches 905.
 Arbeitsbeschaffung 330, 406, 419, 426.
 Arbeitslose, Beschäftigung ders. im Rathause 571, 686, 740.

Arbeitslosigkeit, Bekämpfung derselben 4, 30, 83, 87.

Arbeitslosenfürsorge, Grundsätze dafür 700.

Arbeitslosenunterstützung 330, 406, 419.

Arbeitslose, verheiratete, Eingabe derselben 869.

Arbeitsnachweis 330, 406, 419, 427, 902.

Arbeitszeit, Verkürzung derselben 330, 406, 419, 428.

Arbeitszeit, durchgehende, für städtische Beamte 734, 746, 802, 808.

Armenpflege, Sätze derselben 75, 107.

v. Aschen, Prof. (Eingabe) 660.

Aufgeld für mehrverbrauchtes Gas 10, 87, 370, 375, 571, 616.

Ausbruchschäden 661, 662, 692, 697, 743.

Ausbau von Straßen 220.

Aushilfsbeamte, Eingabe 802, 868.

Aushilfskräfte, städtische, Weiterbeschäftigung derselben 571, 606, 740.

Ausnahmebestimmungen von der Sonntagsruhe 589, 911.

Auswahlwahlen 61, 72, 81, 84, 85, 510, 514, 528, 767, 773, 877, 894.

Ausschuß für Brennstoffzuweisung 61, 72, 81.

" " fruchttragende Grundstücke usw. 842.

Ausschuß für Gemeindesteuer-Messungswesen 842.

" " Wege u. Kanalsteuerbeiträge 842.

(Ernährungsanschuß) 877.

Automatenfocher, Anschaffung von solchen 465.

Autorshof, Lagerräume dort 35.

Bäckerinnung, Eingabe derselben 869.

Bäcker, Rentner 2.

Bahnhofsbau 538, 701, 793.

Bargeldlose Gehaltszahlung 433.

Baubeschränkungen für Gelände westlich der Goslarischen Straße 89.

Baubeschränkungen für das Arkeröder Feld 908.

" " Terrain Kälberweide 909.

Baugenossenschaft, Braunschweig 546, 547, 548.

Baukostenzuschüsse 463, 539, 543, 850.

" Bereitstellung von Mitteln dafür 463.

Baukostenzuschüsse auch für Wohnungs-Instandsetzung 539.

Baumuseumverein, niedersächsischer 335.

Bayreuther Straße 545, 794.

Beamte der Kohlenstelle 66, 68.

Beamte, städtische, und Lehrer 96, 338, 418, 433, 443, 460, 496, 746, 802, 808.

Beamte (Hilfschreiber) 659.

Bebauungsplan für das Arkeröder Feld 224, 232, 851, 908.

Bebauungsplan für das Terrain Kälberweide 909.

Becker, Land Turmman (Eingabe) 802.

Bedingungen für Abgabe von Wasser 611, 626.

Beirat der Ort Kohlenstelle 61, 72, 81.

Bekleidungsgegenstände, zustehende, für städtische Arbeiter 122, 190.

Beleuchtungsanlage im Schlachthaus 222.

Berechnung des Verbrauchs an elektrischer Energie 660, 748, 834.

Berechnung des Wassergeldes 621, 739, 802.

Berechnung von Dachdeckerarbeiten 691.

Berieselungs- und denkfaktor im Schlachthaus 233.

Beschlagnahme von kleinen Lebensmittelmengen 753, 763, 764, 864.

Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse der Beamten und Lehrer 571, 679.

Blumengeschäfte (Verkaufszeiten) 920, 921.

Brandes, Bruno (Eingabe) 868.

Bratenschmalz-Margarine (Prozeß) 331.

Braunkohlenförderung betr 661, 725.

Braunschweiger Baugenossenschaft 2, 5, 851.

Braunschweigische Eieblungs-gesellschaft 537, 538, 851.

Brennholz-Beschaffung 70.

Brennholzpreise betr. 868.

Brennstoffversorgung 57, 81.

Brickettverkauf, städtischer 66, 68.

Broigemer Straße (Kinderspielplatz) 6.

" " (Verbindungsweg) 870.

Brotschüren (von Bielow u. Sohn) 5, 89.

Brotausföhrungsverteilung 334, 413.

Brotmarken, Verkauf von solchen 430, 451.

Buchdruckersammlung 75, 108, 122, 192, 334, 409, 749.

Buchdruckergabe 662, 749.

Bürgerpark 378.

Bürgerpark 533, 562, 870.

Büreauräume für Standesamt usw. 798.
 Bürgschaftsübernahme für erhöhten Kredit des
 Landeseinkaufs 870.
 Büßfängische Kraftwagenfabrik 32, 220.

Clockener, Broschüre desselben 5, 89.

Dachdeckerverband (Eingabe an das Reichsamt
 des Innern) 177.

Dachdecker-Zentralverband (Eingabe an den
 Magistrat 691.

Danko, Gustav (Eingabe) 868.

Darlehensaufnahme beim Staat 864.

Darre, Zimmermannsche 392.

Demobilmachung betr. 80.

Deputationswahl 84, 85, 443, 514, 767,
 894 (s. a. Kommissionen).

Deputation zur Vorberatung der mit der Woh-
 nungsfrage in Verbindung stehenden An-
 gelegenheiten 84, 85.

Deputation zur Übernahme des Lichtwerks 894.

Diebstähle in städtischen Gebäuden 836.

Diebstähle im Polizeigebäude 697.

Deckmann, Klage desselben 627.

Domänenpächter, Abkommen mit denselben 242.

Domänenpachtung oder -kauf durch die Stadt
 573, 689, 691, 738, 742, 871.

Doppelfahrtsheine für die Straßenbahn 901.

Drogistenakademie 216.

Durchgehende Arbeitszeit bei den städtischen
 Behörden 734, 746, 802, 808.

Ehrenpforte zum Einzug der 92er 836.

Eichtalstraße 797.

Eierlieferung 122, 191.

Einfamilienhäuser, Inanspruchnahme derselben
 849.

Eingaben von Vereinen usw. 75, 87, 88, 259,
 335, 571, 572, 659, 660, 691, 727,
 736, 776, 802, 868, 869, 870.

Eingemeindungsfragen 75, 105, 883.

Eingriffe in hiesige Gewerbebetriebe 570, 630,
 661, 712.

Einheitschule 361, 364, 736.

Einquartierung betr. 418, 435, 443.

Eise. bahnbauten als Notstandsarbeiten 701.

Eisenbahnverwaltung, Verkauf einer Fläche an
 diese 435.

Elektrische Energie, Verbrauch derselben 660,
 748.

Elektrizitätswert 32, 487, 710, 775, 896.

Entente-Lieferungen betr. 870.

Entlausungsanstalt, städtische 26.

Entschädigung von kleinen Pächtern 218.

Erhöhung der Gas- und Wasserpreise 611.

Erklärung des Oberbürgermeisters, betr. Tages-
 presse 807.

Ernährungsausschuß 528.

Ersatzanprüche an die Stadt 662, 692, 743,
 836.

Erweiterung der Gaußschule 910.

Erwerbslosenbeschäftigung 740.

Erwerbslosenunterstützung 330, 406, 419.

Erwerbslosenfürsorge, Grundsätze dafür 700,
 742.

Erwerb von Flächen u. Grundstücken 124, 217,
 382, 383.

Erzzerplatz, großer 365.

Fach- und Fortbildungsschullehrer, Eingabe der-
 selben 802, 870.

Fahrpreise der Straßenbahn 775, 896.

Fahrschule der Kraftfahrtruppen 123, 775.

Fahrwege, Reinigung derselben 349.

Familienunterstützung 662, 745, 804 (s. auch
 Kriegerfamilien-Unterstützung).

Ferkel zur Aufzucht 4, 18.

Festtage, erste (Verkaufszeiten) 920.

Feuerlöschgebäude 701.

Finanzkommission, verstärkte, Befugnisse der-
 selben 9, 83, 528.

Firma Hagemann, Ludwigstraße 699.

„ Struß, Wiesmarode 692.

Pfeiffer u. Schmidt 95.

Fischversorgung 229.

Flächen an der Goslarischen Straße (Verpach-
 tung) 364.

Fleischlieferungen der Entente 870.

Fleischlose Wochen, Aufhebung ders. 330, 398.

Fleischtransport-Hängebahn im Schlachthaus
 33

Fliegerstation 8, 217, 844.

Fluchtlinienänderung 907.

Flugplatzgelände (s. auch Fliegerstation) 217.
 Fortbildungsschule, städt. 38, 533, 566, 592, 659, 802, 869, 870, 901, 935.
 Fortbildungsschule, kaufmännische 604, 835.
 Fortbildungsschullehrer, Gehalt f. dieselben 92.
 Fortbildungsschullehrer, Vergütung f. dieselben 802, 870.
 von Frankenberg, 25 Jahre Stadtrat 74.
 Frauengruppe für soziale Arbeit 709.
 Französisches Feld 486, 679, 739.
 Freibankfleischverkauf 334, 408.
 Freiheit, persönliche, der Einwohner 570, 630.
 Friedhofsamt 798.
 Frühstücksofen von den Domänen 242.
 Fußwegreinigung bei Schneefall 250, 252, 341, 353, 354, 355.
 Fußgängersteig über die Schunter 802.
 Gänseverkauf durch die Stadt 4, 27.
 Gärtnereien (Verkaufszeiten) 920, 921.
 Garnisonverwaltung 80, 365.
 Gas, Beschaffenheit desselben 229, 248.
 Gasauptrohr 233.
 Gasmesser, Anschaffung solcher 465.
 Gaspreise 369, 611.
 Gasverbrauch 87, 571, 616, 626.
 Gaswerk an der Taubenstr., Umbaukosten 89.
 Gaswerkarbeiterschaft 228, 335.
 Gaswerke, deutsche 605.
 Gas- u. Wasserwerke, städtische 89, 335, 368, 379.
 Gastwirte, Braunschweiger 727, 807.
 Gaußschule 910.
 Gehaltserhöhung für Wächter u. Überwächter 7.
 Gelpke, Kunstmaler (Eingabe) 868.
 Geländefahrschule 845.
 Gelände westlich der Goslarischen Straße 37, 89.
 Gemeinde- und Staatsarbeiterverband 466.
 Gemeindevahlrecht betr. 5, 6, 76, 77, 78, 116, 229, 260.
 Genossenschaft zur Verwertung von Fleischer- Nebenprodukten 106.
 Geschäftsordnung betr. 167, 189, 795, 797, 799.
 Gesuche u. Eingaben (s. Eingaben v. Vereinen usw.)
 Gewalttaten vom 7. Januar 533, 549, 570, 630, 661, 712.

Gewerbebetriebe, Eingriffe in solche 579, 630.
 Gewerbebetriebe, Energieverbrauch derselben 748, 835.
 Gewerbebetriebe in der Übergangszeit 4, 30, 83, 87.
 Gewerbeschullehrer 659, 870.
 Gishorner Kartoffelausfuhrverbot 232, 249.
 Giesmarode (Eingemeindung) 75, 105.
 Goethestraße, Bebauung derselben 516.
 Gördeningerstraße (Überquerung) 95.
 Goslarische Str. (Verpachtung von Flächen) 364.
 Großer Exercierplatz zu Schrebergärten 486, 537.
 Grubefonds, Bezug von solchem 608.
 Grundsätze für Bewilligung von Ruhegeld 742.
 „ „ Erwerbslosenfürsorge 742.
 Grundstück An der Martinikirche 1: 35.
 „ „ Hintern Brüdern 24: 220.
 „ „ Münchstraße 16: 893.
 „ „ Münchstraße 17: 383.
 „ „ Niddelnkult 12: 222.
 „ „ Ritterstraße 26: 382.
 „ „ Wilhelmstraße 2: 798.
 „ „ Raabestraße-Niddagsh. Weg 541..
 Haftung der Stadt bei Aufrufschäden 661, 743.
 Hamann, M. (Eingabe) 869.
 Handel mit Kohlenbezugscheinen 67, 71.
 Handelsschule 604, 835.
 Handwerker während der Übergangszeit 4, 30, 83, 87.
 Hauptfriedhof, Straßenbahn dorthin 228, 253.
 „ „ Unregelmäßigkeiten dort 75, 110.
 Hausbrandkohlen für Minderbemittelte 90.
 Hausmüllabfuhr 378.
 Hans Raabestr.-Niddagshäuser Weg 541 (s. a. Grundstück).
 Hilfsdienstpflichtige, Weiterbeschäftigung ders. 571, 626, 740.
 Hilfsbeamte, städt., Teuerungszulagen für diese 337.
 Hilfschreiber, städt., Anstellungs- u. Besoldungsverhältnisse ders. 659, 682.
 Hinterbliebene von Beamten, Fürsorge für sie 682, 742.
 Hundesteuer, Erlaß ders. für Blinde 628.
 Hypothekenzinsenerhöhung 893.

Quartierleistungen für das Militär 418, 435
 Realneuerauschuß 842, 894.
 Rechnungsschlüsse für 1917/18 365.
 Rechnungsprüfung 431.
 Rechtsauskunftstellen, Verband derselben 231.
 Rechtsfriedensamt, Errichtung eines solchen 895.
 Rechtsstreitaufnahmen 106, 331, 626.
 Reform der Besoldung der Beamten u. Lehrer 571, 679.
 Regiment 92, Einzug desselben 836
 Reichslohlenkommissar 228, 253.
 Reichszuschüsse für Wohnungsbauten 463, 539.
 Reinigung der Fahrwege 349.
 Reinigung der Fußwege von Schnee 250, 252, 341, 353, 354, 355.
 Residenzpflicht der Beamten 885.
 Revolutionsnacht, Vorkommnisse in derselben 692, 697.
 Ribbentrop, Stadtverordneter, Entlassungsgesuch 433.
 Rieselgut Steinhof, Parzellenverpachtung dort 572.
 Rittmeyer v. Co, Mietentlassung 35.
 Rohstoffbeschaffung in der Übergangszeit 4, 30, 83, 87.
 Ruhegehalt der Beamten und Lehrer betr. 660.
 Ruhelöhne, Erhöhung derselben 4, 30, 81, 122, 190.
 Ruhelohnbewilligung, Grundsätze dafür 742.
 Ruhelöhne, Übersicht darüber 368.
 Saalnot in Braunschweig 792, 807.
 Säuglingsfürsorge 48.
 Salzbadlumer Str. 123.
 Salzgemüßjeansgabe 927.
 Schadenersatzanspruch der Firma Struck 692.
 " verschiedener Polizeian-
 gestellter 697.
 Schadenersatz für abhanden gekom. Kleidungs-
 stücke 836.
 Schalerinnen in Kriegsküchen 336, 339.
 Schalthäuschen a. d. Wolfenbütteler Str. 32.
 Schant- u. Gastwirte, Verband derselben, Ein-
 gabe 727.
 Schlachthaus, städt. 33, 222, 233, 392, 700.
 Schmalbach, Firma 217.

Schneefschlitten, Fahren desselben 250, 341.
 Schrebergärten, neue, im Prinz-Albrecht-Park
 und auf dem Franzischen Felde 486.
 Schulbau auf der Leopoldstr. 792.
 Schulböden zur Aufbewahrung von Militärges-
 rätschaften 80.
 Schulentlassene Jugend, Bekleidungsstücke dafür
 330, 405, 773.
 Schulgarten am Dovessee 534, 537.
 Schulsammlungen von Bucheckern 749.
 Schulvorstände, Wahl derselben 523.
 Schuntertalbrücke 802.
 Schuppen für Zimmermannsche Darre 392.
 Schutzaffen, unstatthafter Gebrauch 739.
 Schweinefleisch, fettes, Verteilung dess. 76, 115.
 Schweinefleischthalle 700.
 Schweine, Waldweidebetrieb 600.
 Schwimmbadbau 790.
 Seefische 122, 167, 229.
 Selbstverwaltung, städt., Neuordnung derselben
 542, 685.
 Siedlungsgesellschaft, braunschw. 49, 537, 538
 Silvester, Verkaufszeiten Sonntags 925.
 Simultanpulsfrage 359.
 Sonntagsruhe, völlige, im Handelsgewerbe 533,
 566, 571, 575, 737, 765, 911.
 Sonntage vor Weihnachten 921.
 Spielplatzgebäude a. d. ff. Exerzierplatz 843.
 Stadthalle, Bau derselben 792, 807.
 Stadthaushaltsrechnungen 1914/15 431.
 Stadträte, unbefolgte 533, 566, 589.
 Stadtschlachtungen 2.
 Stadtverordnete, neuemählte 504.
 " Entlassung eines solchen 433.
 " Stadtverordnetenwahlen betr. 460, 489.
 Städteordnung betr. 661, 743.
 Städtisches Museum 232, 248.
 Standesamt, Verlegung desselben 798.
 Statut über die Sonntagsruhe 533, 566, 575.
 " " " Einquartierungen 418, 435.
 " " " Erhebung einer Wertzuwachs-
 steuer 126, 461.
 Statut über die Unterhaltung einer katholischen
 Volksschule 357.
 Steuerbureau, Vermehrung derselben 879.
 Steuerstände, Niedererschlagung v. solchen 629.

Stiefel für Straßenreinigungsarbeiter 340, 341.
Stiftung „Kinderlegen“ 51, 216, 335.

Straßbestimmungen für mehrverbrauchttes Gas
10, 87, 370, 375, 571, 616.

Straßpreise für mehrverbrauchten Strom 660,
748, 834, 899.

Straßenbeleuchtung betr. 75, 112, 229, 246.

Straßen, besprochene:

Bayreuther Straße 545, 794.

Frankfurter Straße 907.

Goethestraße 546.

Gördelingerstraße 95.

Kreuzstraße 215.

Lörzingstraße 545.

Mozartstraße 794.

Wabeststraße 546, 548.

Straße 201 a 699.

„ 660—664 215.

„ 849 907.

Straßeneisenbahn 101, 228, 253, 386, 487,
775, 896.

Straßeneisenbahntarif 101.

Straßeneisenbahn vom Bahnhof zur Post 386.

Straßenreinigungsarbeiter 337, 340, 341.

Strom, elektrischer, neue Preise dafür 896.

Struck, Konservenfabrik 692.

Tabak- und Zigarrenverkauf an Sonntagen 737,
776, 916.

Tagegelder an Ausschußmitglieder 842.

Tarif für elektrischen Strom 775, 896.

Teilortsbauplan betr. 37, 215, 699.

Tepelmann, Verlagsbuchhändler 5, 89.

Teuerungszulagen

für Beamte und Lehrer 96, 418, 443, 460,
496.

für Fortbildungsschullehrer 870.

für Gaswerkarbeiter usw. 335.

für katholische Lehrer 533, 564.

für Wächter und Oberwächter 575.

Thomähof, Geländeverkauf 217.

Totensonntag (Verkaufszeiten) 925.

Trichinenschauer, Besuch derselben 75.

Truppen, zurückkehrende 418, 435, 460.

Überlandwerk, elektrisches, betr. 885.

Überwachungsbeamte für Lebensmittelkarten 386.

Umbau der früheren Zuckerraffinerie Brunonia
zur Drogistenakademie 216.

Umbau des Gaswerks Taubenstraße 89.

Unflutgräben der Oker 739, 880.

Unterkunft für die zurückkehrenden Truppen 418,
435.

Verband der Fach- und Fortbildungsschullehrer
(Eingabe) 802.

Verbandlicher Verkauf von Graupen und Salz-
gemüse 935.

Verbindungsgang über die Gördelingerstr. 95.

Verbindungsweg zwischen Westbahnhof und
Brotgerner Straße 870.

Verbleib von 11 Waggons Lebensmittel 876.

Verein für naturgemäße Lebensweise 679, 739.

Vereinigung für den Mittellandkanal, südliche
Linie 570.

Vergebung von Dachdeckerarbeiten 691.

Verkauf von städtischen Flächen 435, 851.

Verkehrsverein Braunschweig 259, 802.

Vermietung städtischer Räume 35, 80.

Verpachtung kleiner Flächen 364, 486, 537.

Verpflegung der zurückkehrenden Truppen 418,
435.

Verschmelzung der sieben- und achtsstufigen
Bürger Schulen 533, 562.

Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten
573, 689, 691, 738, 742, 871.

Verstärkter Finanzausschuß 9, 83, 528.

Versuchstation für Kraftwagen u. Flugzeuge 88.

Viehhandelsverband 4, 18.

Vieweg & Sohn 5, 89.

Voges, Rittergutsbes., Klage desselben 626.

Volksbrausebäder Ritterstraße 382.

Volkskommissariat für die Stadt 430, 446.

Volkskommissariat für Inneres, Antwort desj.
658, 661.

Volkslesehalle 230.

Volkschulwesen, Umgestaltung desj. 736.

Vorsitzendenwahl 2, 505.

Wachräume für das städt. Wächterpersonal 599.

Wächter und Oberwächter, städt. 7, 228, 336,
575, 599.

Wählerlisten (Nachtragungen) 465, 499.

Waffenrückgabe an die Reichsregierung 739.

Wahlen von Ausschüssen und Deputationen
 61, 72, 81, 84, 85, 443, 510, 528,
 767, 772, 773, 877, 894.
 Wahl der Einquartierungsdeputation 443.
 Wahl der Landes- und Gemeindevertretungen
 430, 451.
 Wahl der Magistratsmitglieder und Gemeinde-
 vorsteher 572, 685.
 Wahl des Arbeiter- u. Soldatenrates 430, 451.
 " " Schriftführers der Stadtv. 509.
 " " Vorstehenden " " 2, 505.
 " " Vorstandes für „Kinderlegen“ 216,
 335.
 Wahlzeit für die Stadtverordnetenwahlen 460,
 489.
 Wahlrechtsanträge 5, 6, 76, 77, 78, 126, 229.
 Waisenhauschule, frühere, Instandsetzung 901.
 Waldspiele 47.
 Waldweidebetrieb für Schweine 600.
 Wallpromenaden, Übernahme ders. 739, 880.
 Wassergeldberechnung 611, 621, 739, 802.
 Wasserhauptrohr 88, 233.
 Wasserpreise 611, 621, 739, 802.
 Wasserwerk Rünigen 435.
 Watenblütteler Arbeiter- und Soldatenrat 572.
 Waterloo-Kaserne zur Munitionsaufbewahrung
 870.
 Wertzuwachssteuer-Statut 126, 225, 461.
 Westbahnhof (Verbindungsweg) 870.
 Wirtschaftliche Vereinigung der Gaswerke 605.
 Witwen- und Waisengelder (Übersicht) 368.

Wohnbaracken-Angebot 850.
 Wohnungen, größere, Inanspruchnahme der-
 selben 849.
 Wohnungen, Kündigung ders. 849, 851.
 Wohnungsbeschaffung 220, 222, 540 (s. auch
 Wohnungsnot).
 Wohnungsdeputation 84, 85.
 Wohnungsnot 85, 739, 799, 851.
 Wohnungspflege, städt., Bericht darüber 384.
 Zentralverband der Dachdecker (Eingabe) 691.
 Zentralverband der Handlungsgehilfen (Eingabe)
 869.
 Ziegelei am Madamenwege 882.
 Ziegeleien, Betriebsmöglichkeit ders. 544, 547,
 882.
 Zigarrenlädeninhaber (Eingabe) 776.
 Zigarrenverkauf an Sonntagen 737, 916.
 Zimmermannsche Darre auf Schlachthaus-
 grundstück 392.
 Zinsfußerhöhung 893.
 Zuckerraffinerie Brunnonia, ehemalige 216.
 Zulage, einmalige, für Beamte usw. 338.
 Zusammenlegung der sieben- und achstufigen
 Bürgerschulen 870.
 Zuschüsse an Vereine, Körperschaften usw. 47,
 230, 231, 430, 835.
 Zuwahl von Kommissionsmitgliedern 767, 772,
 773, 877.
 Zwangsenteignung 8.

1918/1919.

Nr. 1.

Bericht
über die
Verhandlungen der vereinigten Versammlung
des
Stadtmagistrats und der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 14. November 1918.

Tagesordnung:

Wahl zweier unbefoldeter Magistratsmitglieder.

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtrat **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Weyer**, Stadtrat **Schöttler**, Stadtrat **Heymann** und Stadtrat **Mohr**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Schmidt**, **Steincke**, Dr. **Boge**, **Weichsel**. Außerdem fehlt Herr Stadtverordneter **Ribbentrop**.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Ich eröffne die Sitzung. Herr Volkskommissar, Stadtverordneter **Wesemeier** hat gebeten, ihm vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zu erteilen.

Volkskommissar Stadtv. **Wesemeier**: Meine Herren! Sie kennen die gewaltige Entwicklung der letzten Tage, in der wir heute noch stehen. Die Er-

eignisse weniger Stunden haben mehr zuwege gebracht als Jahrhunderte vorheriger politischer Entwicklung. Die Frucht war reif und ist dem Volke in den Schoß gefallen. Wenn es in der Stadt Braunschweig nicht zum Blutvergießen gekommen ist, so hat daran die Polizeidirektion kein Verdienst, die mit Revolvern stark Bewaffnete im Polizeigebäude zum Gemetzel bereitgehalten hat. Es ist nicht das Verdienst der oberen Behörden, aber doch hat sich alles glücklicherweise auf friedlichem Wege entwickelt, und die ganze Episode ist ohne jedes Blutvergießen verlaufen. Es ist eine Volksregierung eingesetzt worden im Arbeiter- und Soldatenrat, und dieser Arbeiter- und Soldatenrat hat mich beauftragt, das Kommissariat für die Stadt Braunschweig zu übernehmen. Dem Arbeiter- und Soldatenrat bin ich für die Geschäfte der Stadt Braunschweig verantwortlich.

Ich habe am Montag morgen, als ich das Amt übernahm, dem versammelten Magistrat eine Erklärung abgegeben, und die Herren haben sich dankenswerterweise bereit erklärt, weiter zu arbeiten im Dienste der Stadt, zum Besten des Volkswohls. Es wird nicht Aufgabe der Stadt sein — und um die Aufgaben der Stadt handelt es sich heute hier für uns — mit einem Male alle alten Gesetze über den Haufen zu werfen, wie das auch nicht Aufgabe der Volksregierung sein kann. Wir werden mit den alten Gesetzen rechnen müssen, aber wir werden uns nicht stoßen dürfen an den Zwirnsfäden bisheriger polizeilicher Bevormundungsschriften, die sich als überlebt herausgestellt haben und ohne weiteres ausgeschaltet werden. So werden manche Überbleibsel aus der fernen alten Zeit fallen, und die Stadt wird mehr Bewegungsfreiheit erhalten, wird sie sich selbst schaffen und in Gemeinschaft mit der Volksregierung auch erhalten. Der freie Bürger wird im freien Staate eine ganz andere Position einnehmen als es bisher gewesen ist.

Wir haben ja in der Stadt uns mit politischen Dingen nicht zu beschäftigen, wenngleich ich nicht verhehle, daß es Aufgabe der Volksregierung ist, als deren Kommissar ich spreche, den Sozialismus zur Durchführung zu bringen, wobei auch die Stadt Braunschweig beteiligt ist. Das geht gewiß nicht von heute auf morgen, es wird das einer ganz allmählichen Entwicklung bedürfen. Es geht nicht, daß alles aus Rand und Band gerissen wird, es darf kein einzelnes Mädchen aus dem Betriebe herausgerissen werden; in dem das ganze Wirtschaftsleben sich abgespielt hat. Wenn es anders wäre, wäre es schlimm nicht nur um die Bevölkerung, sondern auch um das Gemeinwesen der Stadt bestellt. Unser warten in erster Linie Aufgaben sozialpolitischer Natur, die meiner festen Überzeugung nach jetzt wesentlich mehr gefördert werden und auch mehr gefördert werden müssen, als es bisher der Fall gewesen ist. Ich zweifle keinen Augenblick, daß wir in Gemeinschaft mit der jetzigen Regierung die für unsere Stadt außerordentlich wichtige Eingemeindungsfrage weit vorteilhafter für die Stadt und schneller zum Ziele bringen werden, als das sonst möglich gewesen wäre. Ich zweifle auch

keinen Augenblick, daß das, was wir in der vorigen Stadtverordnetenversammlung behandelt haben und was der Herr Stadtverordnete Salomon so warm be-
fürwortet hat, die Einrichtung der Einheitschule, die Entkirchlichung der Schule,
die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel, die Einrichtung von
Schulküchen, das Obligatorium der Fortbildungsschule usw., weit schneller fort-
schreiten wird, als es bisher in der Stadt leider geschehen ist.

Nach der Revolution haben die Gemeinden ganz besonders auf sozialem
Gebiete mehr zu arbeiten als bisher. Die Revolution hat manches über den
Haufen geworfen, und sie verlangt, daß in sozialer Beziehung mehr getan wird.
Das ist ja gerade die Ursache der Revolution, daß für die große Masse des Volkes
Rechtlosigkeit in weitem Sinne bestand, und daß für die große Masse des Volkes
nicht genügend in sozialer Beziehung gesorgt wurde. Wir müssen bemüht sein,
das Armenwesen auszubauen und zu verbessern, wir werden das Begräbniswesen
und alle mit dem Friedhofswesen zusammenhängenden Dinge vergemeindlichen
müssen. Vor allen Dingen gilt es, jetzt für diejenigen zu sorgen, die aus dem
Felde zurückkehren, denen keine Existenz winkt, die, aus der Arbeit herausgerissen,
jahrelang im Schützengraben oder sonst an der Front sich herumgetrieben haben
und nun zurückkehren ohne Aussicht auf Beschäftigung. Es ist Vorsorge getroffen,
daß die Arbeitslosenunterstützung aufgebaut wurde auf dem Rahmen, wie sie bis-
her in der Stadt Braunschweig bestand, aber wesentlich verbessert. Es ist die
Stadtverwaltung eifrig bemüht, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, und zwar Arbeits-
gelegenheit auf nutzbringendem Gebiete, d. h. derart, daß nicht Arbeit verrichtet
wird, die unnötig ist, sondern die einen dauernden Wert hat. Es ist ferner der
Arbeitsnachweis sofort ausgebaut worden. Ich habe sofort am Montag Gelegen-
heit genommen, mit den Herren Stadträten diese Frage zu besprechen, und es ist
das erfreuliche Ergebnis dieser Besprechung, daß in Verbindung mit dem Antrage
Miele hierin heute bindende Beschlüsse in der Stadtverordnetenversammlung ge-
faßt werden können.

Es muß jedem wirklichen Patrioten das Herz im Leibe lachen, wenn er sieht,
wie die freie Entwicklung gegen früher Platz greift, wie das Volksleben sich freier
zu gestalten begonnen hat und wie von uns jeder bereit und gewillt sein muß,
dieses Volksleben auszubauen und weiter zu gestalten, die Schranken des Alt-
überlieferten niederzureißen und aufzubauen das Gute, Neue, Schöne für die
gesamte Bevölkerung. Das sind keine sozialdemokratischen Ziele, die wir im Auge
haben; ich habe zu Anfang meiner Worte gesagt: wir verfolgten das Ziel, den
sozialistischen Staat einzurichten. Wir wollen das ohne jedwede gewalttätige
Störung des Wirtschaftslebens, wodurch das Volk in seiner ganzen Existenzfähig-
keit stark in Mitleidenchaft gezogen werden könnte. Wir wissen, daß es von
heute auf morgen nicht geht, die Verwirtschaftlichung des Kapitals, des Grund

und Bodens zu vollziehen. Insbesondere wissen wir, daß wir in der Gemeinde nicht diese rein sozialdemokratischen Ziele zur Verwirklichung bringen können, weil wir hier eine andere Politik treiben müssen, als sie auf dem Gebiete des Staates betrieben werden muß. Die Volksforderungen in kommunaler Hinsicht, die zur Durchführung zu bringen sind, sind nicht sozialdemokratische. Jeder bürgerliche Stadtverordnete, soweit er irgendwie etwas demokratisch gesinnt ist, kann sie unterstützen. Es ist eigentlich ein bürgerlich-demokratisches Programm, das wir zur Verwirklichung bringen wollen, und das leider bisher nicht hat zur Durchführung gebracht werden können infolge des Widerstandes der Stadtverwaltung. Ich hoffe, daß wir dabei die Unterstützung der Regierung des braunschweigischen Landes, das ohne Zweifel eine Provinz der deutschen Republik werden wird, mehr als bisher finden werden. Braunschweig ist glücklicherweise ein reiches Land, aber dem System, das bisher in diesem Lande gewaltet hat, wird allerdings ein schroffes Ende bereitet werden müssen. Wir sparen jetzt die Zivelliste von $1\frac{1}{4}$ Millionen Mark. Wenngleich ich nicht verkennen will, daß das Hoftheater erhebliche Aufwendungen erfordert und sie auch weiterhin unbedingt erhalten muß, so ist doch bisher niemals nach außen irgendwie eine Abrechnung gegeben worden, was für das Hoftheater von den $\frac{3}{4}$ Millionen übriggeblieben ist, und was davon für den Herzog selbst verwandt wurde. Jedenfalls wird das Volk an diesem Posten schon einen erheblichen Betrag im Jahre ersparen. Mit den Einkünften auf den Domänen wird es aufhören. Die Volksregierung wird selbstverständlich bestrebt sein, die Domänen, soweit es möglich ist, den kleinen Leuten auf dem Lande durch Aufteilung zur Benutzung freizugeben. Das ist viel wichtiger für das Volk und für die Volksernährung als die Bewirtschaftung der großen Domänen im ganzen, da kleine Stückchen Land weit ertragreicher sind als große Komplexe, die heute für ein Putterbrot an bevorzugte Familien im Lande abgegeben sind. Damit wird es aufhören, und daraus werden auch erheblich höhere Mittel in die Staatskasse fließen, so daß es möglich ist, den sozialen Aufgaben, die Staat und Gemeinde sich zu stellen haben, höhere Mittel zur Verfügung zu stellen.

Mit dem alten formalistischen Kram, mit dem Bürokratismus, wie er bisher geherrscht hat, muß aufgeräumt werden. Es ist wahrhaftig nicht notwendig, daß um jede Kleinigkeit so viele Bogen Papier von der einen zur anderen Behörde verschrieben werden. Es ist ja schon früher auch im Landtage die Forderung aufgestellt, daß die Verwaltung im Lande vereinfacht werden müsse. Ich möchte zu bedenken geben, daß auch in der Stadt Braunschweig eine Menge von bürokratischem Wesen zur Strecke gebracht werden kann und muß, d. h. daß allmählich abgebaut werden muß von dem, was wir in dieser Beziehung Unnützes haben, und neu aufgebaut werden muß, was die Bevölkerung wünscht.

Manchem von Ihnen, manchem in der Bevölkerung wird vielleicht die Änderung des bestehenden, ihm lieb gewordenen Zustandes nicht gerade befallen, aber von dem Bewußtsein werden immer mehr Kreise der Bevölkerung ergriffen werden, daß die Änderung dieses Wesens doch im Interesse und zum Besten der Gesamtheit ist. Des Volkes Wille und des Volkes Wohl muß uns das höchste Gesetz sein.

Unser Ziel ist: Wer arbeitet, soll auch essen, aber was darüber ist, das ist von Übel. Unproduktive Kräfte soll es nicht geben. Wir werden nicht sofort zu erreichen vermögen, daß diese Übelstände abgeschafft werden, aber es wird immer mehr und mehr darauf hingearbeitet werden müssen, daß Unproduktive auch nicht essen sollen. Der Arbeiter mit der schwieligen Faust muß mit dem Arbeiter des Kopfes und des Geistes nach jeder Richtung hin gleichberechtigt sein. Jeder, wer arbeitet, ganz gleich, ob auf geistigem Gebiete oder mit den Händen, der muß als Mensch betrachtet und als Mensch bewertet werden, und was darüber ist, das ist von Übel. Wenn wir so gemeinsam arbeiten, alle Bevölkerungsschichten gemeinsam diesen Strang ziehen, dann wird das zum Wohle der Gemeinschaft ausfallen. Ich bin mir wohl bewußt, daß es Schichten geben wird, die nicht mit mir einverstanden sind, es ist auch ausgeschlossen, daß derjenige, der bis heute eine andere Überzeugung gehabt hat, mit dem Tage der Revolution seine Überzeugung geändert hat. Wer das fertigbringt, kann niemals eine politische Überzeugung gehabt haben. Aber allmählich kann sich jeder hineinleben in das neue System, wird mitfühlen, mitdenken und mitarbeiten wollen. Wenn wir so gemeinsam arbeiten, alle Kreise der Bevölkerung, jeder das Beste der Allgemeinheit im Auge hat, jeder sich zur Verfügung stellt, jeder seinen guten Rat und Willen anbietet, dann wird das zum Wohle der Stadt und der ganzen Bevölkerung reichen.

Ich möchte Ihnen damit bekanntgegeben haben: Der Wille des Arbeiter- und Soldatenrats ist es, in dem Sinne, wie ich ausgeführt habe, zu arbeiten.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Meine Herren! Ich glaube, es ist hier nicht der Platz, um auf eine Erörterung der Fragen, die der Herr Vorredner eben angeschnitten hat, näher einzugehen. Das ist auch nicht unsere Aufgabe. Gestatten Sie mir aber, einige wenige Worte an Sie zu richten, ehe wir zur Erledigung der Tagesordnung übergehen.

Der Krieg ist tatsächlich vorbei; der heiß ersehnte Friede, den das deutsche Volk so lange herbeigewünscht hat, steht unmittelbar bevor. Leider aber wird die Friedenssonne, deren Strahlen schon leuchten, für unser deutsches Heimatland keine Freude bringende sein. Der Friede wird uns harte Bedingungen auferlegen; wir werden sie zu ertragen wissen. Wir müssen sie tragen, weil wir nicht anders können, und ich glaube auch, das deutsche Volk wird sie tragen können.

Auch im Innern, meine Herren, sind gewaltige Umwälzungen vor sich gegangen. Aber wie schon der Herr Vorredner hervorgehoben hat: dieser Saal ist nicht dazu bestimmt, daß in ihm politische Erörterungen gepflogen werden, und ich denke, wir wollen an unserer Gepflogenheit festhalten, bei unseren Verhandlungen tunlichst die Politik aus dem Spiele zu lassen. Dieser Saal ist bestimmt, daß in ihm Reden gehalten werden, die sich beschäftigen mit dem Wohl unserer Vaterstadt, und ich möchte Sie bitten, daß wir uns auch in der Zukunft darauf beschränken. Seine politischen Ansichten mag jeder haben, wie er will. Hier handelt es sich nur um unsere Stadt, und auch sie wird durch die Folgen des Krieges schwer getroffen werden.

Wir werden Aufgaben zu erfüllen haben, die man nur als Riesenaufgaben bezeichnen kann. Zunächst die Hauptaufgabe: der Empfang und die Unterbringung unserer Krieger. Das wäre ein leichtes gewesen, wenn wir gesiegt hätten; mit Jubel und Begeisterung wären unsere kriegerischen Völker wieder empfangen. Wir sollen uns aber wohl hüten, bei dem Schicksal, das uns zuteil geworden ist, den Dank zu vergessen, den wir unseren Kriegern schulden. Sie haben länger als vier Jahre an der Front ausgehalten und haben uns bewahrt vor dem Einbruch der Feinde. Das wollen wir ihnen danken, indem wir sie so empfangen, daß der Empfang ihrer Taten wert ist.

Dann die Ernährung des Volkes; sie spielt eine Hauptrolle. Wir werden vorsichtig sein, aber wir haben doch die Überzeugung, daß die Ernährung reichen wird; der Stadtmagistrat wenigstens ist davon überzeugt.

Und nun die vielen anderen Aufgaben: die Überleitung der Kriegsindustrie in die Friedensindustrie wird eine sehr schwere Aufgabe sein. Die Arbeitslosenunterstützung, die Wohnungsbeschaffung und tausenderlei andere Fragen werden wir hier in nächster Zeit zu erörtern haben. Schlimm ist es, daß das alles nicht in Ruhe abgewickelt werden kann, sondern in einer leidigen Hast geschehen muß. Da werden Mißgriffe nicht ausbleiben. Meine Herren, ich glaube, ich kann aber in Ihrer aller Namen versprechen, daß wir die Absicht haben, unsere Schuldigkeit zu tun. Dabei kommt es im wesentlichen auf eins an — und das möchte ich ausdrücklich hervorheben. Wir erkennen an, daß von unserem früheren Herzog die Staatsgewalt in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrats gelegt ist. Es wäre verderblich, wenn hier oder da Kräfte gegen die jetzige Gewalt mobil gemacht werden sollten. Ich würde das für einen törichten Streich halten und nicht wissen, was daraus werden sollte. Wir müssen augenblicklich die Verhältnisse so, wie sie sind, anerkennen und mit der tatsächlichen Regierung Hand in Hand gehen, um die unserer Stadt gestellten schweren Aufgaben zu erfüllen. Nur dann, wenn diese Einigkeit zwischen beiden Faktoren vorhanden ist, wird die Stadt ihren Aufgaben gerecht werden, und dann können wir uns trösten mit dem schönen alten

Worte: Arbeiten und nicht verzagen! Ich glaube, daß dann unserem deutschen Vaterlande doch schließlich noch die Stelle an der Sonne frei bleiben wird, auf die es Anspruch hat. (Bravo!)

Wahl zweier unbefoldeter Magistratsmitglieder.

Oberbürgermeister Metemeyer: Wir könnten nunmehr zur Erledigung der Tagesordnung übergehen. Es ist in einer der früheren Sitzungen der gemeinschaftlichen Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten beschlossen worden, auf die Ergänzungswahlen für den Stadtmagistrat einstweilen zu verzichten, und zwar mit Rücksicht darauf, daß so viele von den Herren Stadtverordneten zum Heeresdienst einberufen waren. Der Magistrat hatte gemeint, daß dadurch eine Stimmenverschiebung zugunsten des Magistrats und zuungunsten der Stadtverordneten erfolgen würde, und die Versammlung hatte deshalb dem Vorschlage des Magistrats zugestimmt, einstweilen auf diese Wahl zu verzichten. Nun hat in der letzten Stadtverordnetenversammlung Herr Munte den Antrag gestellt, die Wahlen jetzt vorzunehmen, und auch der Magistrat hat sich diesem Vorschlage angeschlossen. Infolgedessen war ich genötigt, auf heute die vereinigte Versammlung zur Wahl von zwei Magistratsmitgliedern — für die verstorbenen Stadträte Lord und Konegen — einzuberufen. Hinterher sind Bedenken geäußert worden, ob es überhaupt zweckmäßig sei, jetzt noch die Wahlen vorzunehmen, weil, wie bekannt geworden ist, die Regierung beabsichtigt, ein neues Wahlgesetz für die Gemeinden zu erlassen, worauf dann sofort die Neuwahlen stattfinden sollen. Es ist deshalb gestern in der Statutenkommission der Vorschlag gemacht, es möchte die heutige vereinigte Versammlung überhaupt ausfallen. Das hielt ich nicht für richtig, da die Versammlung schon einberufen war. Ich hätte zwar bekanntmachen können: „Ich widerrufe meine Einladung“, aber ich bin der Ansicht, daß es zunächst Aufgabe der vereinigten Versammlung ist, sich schlüssig zu machen, was nun geschehen soll: ob wir verzichten sollen, oder ob die Wahl vorgenommen werden soll. Ich habe die Sache heute dem Magistrat vorgetragen. Er stand nach wie vor auf dem Standpunkte, den er früher eingenommen hat, daß es angebracht wäre, da noch immer verschiedene der Herren Stadtverordneten fehlen, die Wahl einstweilen noch auszusetzen. Ich sehe nun zu meiner Freude, daß einige der Herren heute wieder erschienen sind. Zu entscheiden, ob die Wahl vorgenommen werden soll, hat aber allein die vereinigte Versammlung.

Stadtv. Munte: Als ich diesen Antrag stellte, war es meine Absicht, wie ich auch in der Begründung gesagt habe, von der linken Seite unseres Stadtverordnetenparlamentes einige Herren oder zum mindesten einen in den Magi-

strat gewählt zu sehen. Damals beständ noch das alte Herzogtum Braunschweig, und inzwiſchen — es ist das schon hervorgehoben worden — sind die Verhältnisse vollständig grundlegend verändert worden. Wir haben eine andere Regierung, und soviel ich gelesen habe, ist das Gesetz über die Neuwahlen für die Gemeindevertretungen bereits erlassen worden. Wenigstens wird bei der Schnelligkeit, mit der jetzt Gesetze gemacht werden, zu erwarten sein, daß es in einigen Tagen schon herauskommt. Es ist schon in Aussicht genommen, am 1. Dezember Neuwahlen für die Stadt anzusetzen. Wie so schnell die Aufstellung der Listen vor sich gehen soll, entzieht sich meiner Kenntnis; ich weiß nicht, was für Arbeit das macht. Aber es ist vielleicht auch möglich, die Wählerlisten so schnell herzustellen, daß die Wahl dann stattfinden kann. Wenn wir am 1. Dezember eine neue Stadtverordnetenversammlung zu wählen haben, und zwar nach dem Verhältniswahl-system, wie in Aussicht genommen ist, wird die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung meiner Ansicht nach so grundlegend anders sein als bisher, daß ich Bedenken trage, heute meinen Antrag aufrechtzuerhalten. Es wird kaum Zweck haben, ihn zurückzuziehen, weil auf der Tagesordnung der vereinigten Versammlung die Wahl bereits angesetzt ist. Ich kann das durch Zurückziehung meines Antrages nicht mehr verhindern, aber ich möchte die Versammlung bitten, heute keine zwei neuen Mitglieder des Stadtmagistrats zu wählen, sondern das vielmehr der zu Anfang Dezember oder Mitte Dezember zusammentretenden neuen Stadtverordnetenversammlung zu überlassen. Es würde heute schwierig sein, die Kandidaten zu nominieren. Wenn sie beide von der linken Seite des Hauses nominiert würden, so würde das dem einen oder anderen vielleicht etwas zu viel erscheinen. Ich möchte der Versammlung entschieden raten, diese Wahlen heute nicht vorzunehmen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Das Wort wird nicht verlangt. — Ich bitte diejenigen Herren, die Herrn Munte zustimmen, daß heute keine Wahl von Magistratsmitgliedern vorgenommen werden soll, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Ich schließe die Sitzung.

1918/1919.

Nr. 1.

Be richt

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 2. Mai 1918.

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	Seite 2
2. Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters	" 2
3. Freigabe einer Fläche an der Broitzemer Straße als Kinderspielplatz	" 6
4. Antrag der städtischen Oberwächter und Wächter um Gehaltserhöhung	" 7
5. Zwangsenteignung von Flächen für die Fliegerrstation	" 8
6. Antrag Rasche auf Übertragung von ersparten, der Museumsdeputation zur Verfügung gestellten Beträgen in das nächste Rechnungsjahr	" 9
7. Anfrage Stegmann, betreffend die Gasverbrauchsregelung	" 10
8. Anfrage G e n z e n, betreffend den Ferkelmangel	" 18
9. Anfrage Vo es ch i g k, betr. die Weigerung des Viehhandelsverbandes Hannover, für die Stadt Braunschweig Aufzuchtferkel freizugeben	" 18
10. Antrag Bartels auf Errichtung einer städtischen Entlausungsanstalt	" 26
11. Anfrage Stegmann, betr. die Ungenießbarkeit der zuletzt durch die Stadt beschafften Gänse	" 27
12. Anfrage G e n z e n, betr. die Erhöhung der Ruhelöhne und Pensionen der früheren städtischen Arbeiter und Angestellten	" 30
13. Antrag Kraus auf Vorbereitung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit während der Übergangszeit und Berücksichtigung der selbstständigen Gewerbetreibenden hierbei	" 30
14. Errichtung eines Schalthäuschens an der Wolfenbütteler Straße	" 32
15. Veränderungen an den maschinellen Einrichtungen des städtischen Schlachthauses	" 33
16. Beihilfe für den Prüfungsausschuß für Jugendschriften des Braunschweiger Lehrervereins aus der Fiedelftiftung	" 34

17. Instandsetzung der von der Firma H. Rittmeyer u. Co. bislang benutzten Räume im Altstadtrathause	Seite 35
18. Feststellung des Teilortsbauplanes für das Gelände westlich der Goslarischen Straße	" 37
19. Errichtung einer Pflichtfortbildungsschule betr.	" 38
20. Erhöhung des Zuschusses für den Ausschuß der Waldspiele	" 47
21. Bereitstellung eines Betrages für die Förderung der Säuglingsfürsorge	" 48
22. Beteiligung der Stadt an der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft.	" 49
23. Errichtung einer Stiftung „Kinderlegen“	" 51
24. Gutachten über die Grundsätze für die Brennstoffversorgung im Jahre 1918/19.	" 57

Am Magistratsstische die Herren: Oberbürgermeister **Hettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Mohr**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Ribbentrop**, **Schmidt**, **Steincke**, **Dr. Boge**, **Weichsel** und **Dr. Wolters**. Außerdem fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Damköhler**, **Lauer** und **Schulze**.

Altersvorsitzender Meyerhoff: Meine Herren. Ich richte an die geehrte Versammlung die Anfrage: Ist jemand von Ihnen vor dem Jahre 1842 geboren? — Es meldet sich niemand von Ihnen, und so habe ich, da ich im Jahre 1842 geboren bin, als Ältester heute die Versammlung zu eröffnen.

Ehe wir in die Verhandlungen eintreten, ist es Bedürfnis für mich, eines Herrn zu gedenken, dessen Ableben vor wenigen Tagen erfolgt ist, des Rentners **Eduard Bäsecke**. Der Herr hat sich in uneigennützigster Weise für unsere Stadtschlachtereie bemüht und hat während dieser Kriegszeit seine ganze Kraft dieser Sache geopfert. Auch schon dann, als unser verstorbener Kollege **Sander** die städtischen Schlachtungen leitete, hat ihn Herr **Bäsecke** mit allen Kräften unterstützt. Ich bin der Meinung, daß wir solchen Bürgersinn in der Weise ehren müssen, daß ich bitte, die Herren mögen sich zum ehrenden Andenken an den Verstorbenen von den Eigen erheben. (Geschieht.)

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Damit verbunden

2. Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters.

Altersvorsitzender Meyerhoff: Wir würden nunmehr in die Verhandlungen eintreten haben. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung: Wahl des Vor-

sitzenden. Ich bitte, geeignete Vorschläge zu machen. — Wir haben auch eine Änderung in der Person unseres Protokollführers vorzunehmen. Herr Stadtssekretär Brandes, der bisher dieses Amt bekleidete, ist andauernd sehr stark von seinem Hauptamt in Anspruch genommen und wünscht, von seinem Posten hier zurückzutreten. Der Stadtmagistrat schlägt vor, Herrn Magistratssekretär Müller mit dem Amt zu betrauen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Herren mit der Übernahme des Schriftführeramtes durch Herrn Sekretär Müller einverstanden sind. Stellvertreter des Schriftführers würde nach wie vor Herr Magistratssekretär Kühne bleiben. Auch hier meldet sich niemand zum Wort, die Herren sind damit in ihrem Amte bestätigt.

Stadtrvordneter **Loeschigt**: Ich schlage vor, unseren bisherigen Vorsitzenden, Herrn Dr. Wolters, durch Zuvuf wiederzuvählen.

Altcrsvorsitzender Meyerhoff: Werden Einwendungen gegen diesen Vorschlag gemacht? Es scheint nicht so. Ich stelle fest, daß Herr Dr. Wolters als Vorsitzender wiedergewählt ist. — Wir kommen zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden.

Stadtv. **Loeschigt**: Auch den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden bitte ich wiederzuvählen.

Altcrsvorsitzender Meyerhoff: Es war das Herr Dr. Voge. Wünscht jemand das Wort hierzu? Es geschieht nicht. Ich erkläre die Wahl des Herrn Dr. Voge als genehmigt.

Da die beiden Herren einstweilen durch den Krieg an der Teilnahme an den Versammlungen verhindert sind, so würden nunmehr die jetzt fungierenden Vorsitzenden gewählt werden müssen. Ich bitte, Vorschläge zu machen.

Stadtv. **Loeschigt**: Ich bitte, Herrn Justizrat Hartung als stellvertretenden Vorsitzenden für die Kriegezeit wiederzuvählen zu wollen.

Altcrsvorsitzender Meyerhoff: Widerspruch erfolgt nicht. Herr Stadtv. Hartung ist damit gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt?

Stadtv. **Hartung**: Ich nehme die Wahl an, danke für das damit ausgesprochene Vertrauen und will versuchen, es zu rechtfertigen.

Altcrsvorsitzender Meyerhoff: Ich bitte Herrn Justizrat Hartung, den Platz des Vorsitzenden einzunehmen. (Geschieht.)

Vorsitzender Hartung: Es würde darnach die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden für die Kriegezeit vorzunehmen sein. Ich bitte um Vorschläge. (Zuvuf.) Es wird vorgeschlagen, Herrn Meyerhoff wiederzuvählen. Ist jemand da-

gegen? Das ist nicht der Fall. Ich darf konstatieren, daß Herr Meyerhoff gewählt ist, und frage, ob Herr Meyerhoff die Wahl annimmt?

Stadtv. Meyerhoff: Ich danke und nehme die Wahl an.

Vorsitzender: Ich habe mitzuteilen, daß, abgesehen von den Anfragen und Anträgen, die aus der vorigen Sitzung rückständig geblieben sind, neu eingegangen sind eine Anfrage des Herrn L o e s c h i g k mit folgendem Wortlaut:

„Was gedenkt der Stadtmagistrat zu tun, um gegen die Weigerung des Viehhandels-Verbandes Hannover, für die Stadt Braunschweig Aufzuchtferkel freizugeben, vorzugehen?“

Ferner eine Anfrage des Herrn S t e g m a n n:

„Ist dem Stadtmagistrat bekannt, daß die kürzlich an die Einwohner verkauften Gänse zum Teil gänzlich ungenießbar waren? Können für die Zukunft Maßnahmen getroffen werden, die Käufer vor derartigen Schädigungen und dem damit verbundenen Ärger zu bewahren?“

Sodann ein Antrag des Herrn G e n z e n:

„Der Stadtmagistrat wird ersucht, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, in der die Ruhelöhne und Pensionen der früheren städtischen Angestellten und Arbeiter entsprechend der heutigen Teuerung erhöht werden.“

Weiter ein Antrag des Herrn K r a u s:

„I. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Beschaffung von Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit während der Übergangswirtschaft vorzubereiten, entsprechende Kreditvorlagen zu machen und die Rohstoffbeschaffung in die Wege zu leiten.

II. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat mit Bezug auf die Notstandsarbeiten zu ersuchen, für die Vergewöhnungen an Handwerker zeitig Mitteilung über den Umfang der Lieferungen zu machen und ferner durch Beschaffung von Rohstoffen, Voraus- und Abschlagszahlungen selbständigen Gewerbetreibenden die Wiederaufnahme ihrer geschäftlichen Tätigkeit im früheren Sinne zu erleichtern.“

Ich werde den Herren Antragstellenden und Anfragenden an der betreffenden Stelle der Tagesordnung Gelegenheit geben, die Anfragen resp. Anträge zu begründen. Ferner ist eingegangen eine Mitteilung des Magistrats, laut der die den Herren erinnerliche Klage des Bureauvorstehers J o r d a n auf magistratsseitige

Ausstellung eines anderen Zeugnisses nunmehr vom Landgerichte rechtskräftig abgewiesen ist.

Von der Verlagsbuchhandlung Friedrich Vieweg & Sohn sind im Auftrage des Herrn Tepelmann zwei Broschüren eingesandt. Die eine: „Warum und wie muß Deutschland annektrieren?“ von Clodener, die bekannte Schrift des früheren niederländischen Oberleutnants, und ferner eine Schrift, die anonym erschienen ist: „Ein Wort an die unten und oben von einem Sozialdemokraten.“ Herr Verlagsbuchhändler Tepelmann erklärt sich bereit, die erforderliche Anzahl dieser Broschüren für die darauf reflektierenden Herren zur Verfügung zu stellen. Ich bitte die Herren, die den Wunsch haben, diese Broschüren zu besitzen, mir davon Mitteilung zu machen, damit ich die nötige Anzahl bestellen kann. Die Broschüren liegen hier zur Einsicht aus.

Die Punkte 3 und 4, betreffend die Anträge der Herren Rieke und Stegmann auf Änderung des Gemeindevahlrechts und der diesbezüglichen Paragraphen der Städteordnung, müssen zurückgestellt werden, da sie noch nicht vollständig vorberaten sind.

Stadtv. **Stegmann** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte an den Herrn Vorsitzenden die Frage richten, wie es zugeht, daß diese Anträge wieder nicht zur Beratung kommen. Ich verstehe das eigentlich nicht. Ich glaube, es war Ende Januar, als die Anträge eingereicht wurden, und jetzt sind wir im Anfang des Mai. Von Sitzung zu Sitzung ist die Sache verschleppt. Die Sache, um die es sich handelt, ist doch eine solche, daß jeder, der im politischen Leben steht, ohne weiteres weiß, wie er sich ihr gegenüber zu verhalten hat. Besondere Vorbereitungen und Erwägungen sind also doch nicht nötig. Ich möchte dringend bitten, daß die Sache in der nächsten Sitzung zur Beratung kommt.

Vorsitzender: Die Sache ist an die Statutenkommission und an die Finanzkommission zur Beratung überwiesen. Zu Referenten waren die Herren Dr. Wolters und Munte bestellt. Es hat auch eine Beratung der Kommission stattgefunden, die Weiterberatung ist aber unter allseitigem Einverständnis der Kommissionsmitglieder ausgesetzt, weil Herr Dr. Wolters vom Magistrate noch über verschiedene Punkte Auskunft zu haben wünschte. Herr Dr. Wolters ist dann zum Heeresdienst ins Feld zurückberufen und so habe ich das Referat für Herrn Dr. Wolters übernommen. Ich hatte auch erwartet, daß die weitere Beratung in der vorigen Sitzung der Statutenkommission vorgenommen würde, aber es ist das nicht möglich gewesen, weil die Tagesordnung für die Sitzung zu groß war. Die Herren wissen, daß in dieser Kommissionsitzung die Vorlage über die Wertzuwachssteuer mit auf der Tagesordnung stand; und die Besprechung dieses Punktes

nahm viel Zeit in Anspruch, so daß sie nicht einmal zu Ende geführt werden konnte; es sind in dieser Sitzung dann nur die anderen kleineren Punkte vorberaten. Es wird dem nichts entgegenstehen, daß zur nächsten Sitzung der Versammlung die Vorberatung der Anträge beendet ist.

Stadtv. Loeßhigt: Ich möchte zur Wichtigstellung bemerken, daß als zweiter Referent Herr Ohlendorf in der Kommission bestellt ist.

Stadtv. Munte: Wenn jedesmal diese beiden Anträge auf die Tagesordnung gestellt werden, dann mußte auch mein Antrag über denselben Punkt mit daraufkommen. Wie ich höre, ist noch ein vierter Antrag in dieser Materie gestellt, und so müßten sämtliche Anträge auf der Tagesordnung erscheinen. Den zuletzt eingebrachten Antrag kennen wir noch gar nicht; es stand nur in der Zeitung, daß ein solcher Antrag eingereicht sei. Aus der Tagesordnung geht bisher nicht hervor, ob mein Antrag mitberaten werden soll.

Vorsitzender: Nachdem die Anträge der Herren Kiefe und Stegmann der Kommission überwiesen waren, ist ein Antrag des Herrn Munte mit genügender Unterstützung eingegangen und außerdem noch ein anderer Antrag von Herrn Meyerhoff und mir, gleichfalls genügend unterstützt. Die Anträge sind einstweilen zu den Akten gelegt, und ich habe ohne weiteres angenommen, daß die Versammlung damit einverstanden ist, wenn die später eingegangenen Anträge in derselben Sache mitberaten werden; sonst hätten sie ja müssen hier wieder aufs neue begründet werden. Wenn aber die Herren der Ansicht sind, daß das der Geschäftsordnung widerspricht, so würde ich Veranlassung nehmen, die Anträge begründen zu lassen.

Stadtv. Munte: Eine besondere Begründung wird zu diesen Anträgen kaum nötig sein, aber sie müßten doch hier auf der Tagesordnung figurieren.

Vorsitzender: Ich behandle sie als Unteranträge. Eine besondere Begründung würde nur ein Formalismus sein, der keinen großen Zweck hat. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung an, daß wir die Sache in der von mir vorgeschlagenen Form behandeln.

3. Freigabe einer Fläche an der Broikemerstraße als Kinderspielfl.az.

Stadtv. Stegmann: Das Landesfürsorgeamt hat sich an den Magistrat mit der Bitte gewandt, ihm den freien Platz zwischen der Herberge zur Heimat und dem neuerbauten Transformatorenhäuschen als Kinderspielfl.az für die im Kinderheim untergebrachten Kinder pachtfrei zu überlassen und ihn mit einer Einfriedi-

gung zu versehen. Das städtische Tiefbauamt, das in dieser Sache gehört worden ist, hat erklärt, daß der unentgeltlichen Überlassung des Platzes nichts im Wege stehe, daß aber dem Tiefbauamt keine geeigneten Baustoffe zur Verfügung ständen, um eine Einfriedigung zu errichten, und das Landesfürsorgeamt sich deswegen an den Braunschweiger Eisbahnverein wenden möge, der vielleicht von den ihm gehörenden Staketteilen, die zur Einfriedigung der Eisbahn benutzt seien, die erforderlichen Mengen zur Verfügung stelle. Der Stadtmagistrat empfiehlt darnach, die fragliche Fläche, welche später zur Straße mit ausgebaut werden soll, einstweilen als Spielplatz für das Kinderheim abzutreten, allerdings unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs der Genehmigung und mit der Maßgabe, daß für die Einfriedigung das Landesfürsorgeamt selbst zu sorgen hat.

Die Baukommission hat sich mit der Sache befaßt und sich dem Stadtmagistratsantrag angeschlossen. Sie empfiehlt Ihnen, des guten Zweckes wegen Ihre Zustimmung auszusprechen.

Dem Antrage der Baukommission wird entsprochen.

4. Antrag der städtischen Oberwächter und Wächter um Gehaltserhöhung.

Stadtw. Räte: Die städtischen Wächter und Oberwächter hatten unter dem 18. Januar den Antrag gestellt, ihr monatliches Gehalt aufzubessern. Als sie darauf keine Nachricht bekamen, glaubten sie, er wäre abgelehnt, und wandten sich mit einem Gesuch an die Stadtverordnetenversammlung. Eine Ablehnung ihrer Wünsche hat aber nicht stattgefunden, sondern das Gesuch galt als erledigt durch die alljährlich stattfindende Tagung der Lohndeputation, die auch für die städtischen Wächter die Löhne festsetzt. Die Lohndeputation hat den Vorschlag gemacht, die Löhnung, die früher jährlich 1410 *M* betrug, auf 1650 *M* zu erhöhen. Sodann ist die Zwischenstufe der Dienstzeit vom 4. bis 6. Jahr ausgeschaltet und bestimmt, daß vom 4. bis 9. Jahr 1830 *M* gezahlt werden sollen, während früher 1530 *M* gezahlt wurden, und vom 10. bis 12. Jahr ist der Verdienst von 1650 *M* auf 1950 *M* erhöht. Mit anderen Worten: die Lohndeputation ist weit über die Wünsche der Wächter und Oberwächter hinausgegangen, so daß das Gesuch längst überholt ist. Es ist nur notwendig, daß den Wächtern bekanntgegeben wird, in welcher Weise ihre Wünsche befriedigt sind. Nach dieser Mitteilung braucht über das Gesuch nicht mehr debattiert zu werden, es ist durch die Sitzung der Lohndeputation erledigt.

Stadtrat von Frankenberg: Die Benachrichtigung der beteiligten Oberwächter und Wächter wird inzwischen erfolgt sein. Der Stadtmagistrat hat der Aufsichtsstelle der Wächter, der Herzoglichen Polizeidirektion, von dem Beschluß der Lohn-

deputation Kenntnis gegeben und damit die Bitte verknüpft, die Betreffenden zu benachrichtigen, was inzwischen wohl ausgeführt sein wird.

5. Zwangsenteignung von Flächen für die Fliegerstation.

Stadtv. **Wiegerhoff**: Es ist folgendes Anschreiben seitens des Stadtmagistrats an die Herren Stadtverordneten ergangen:

„Zu dem zur Fliegerstation gezogenen Gelände gehören Teilflächen der im Eigentum der Feldmarkgemeinde stehenden Interessentenwege Nr. 37, 40 und 41 in Größe von 18,30 a, 15,65 a und 3,30 a. In dem wegen des Fliegerstationsgeländes schwebenden Zwangsenteignungsverfahren ist eine Vereinbarung zwischen der Feldmarkgemeinde und uns dahin in Aussicht genommen, daß die Stadt für die der Feldmark verlorengelhenden Wegeflächen einen für die beteiligten Interessenten teils notwendigen, teils wünschenswerten Ersatzweg schafft und dieser der Gemeinde zu Eigentum überweist. Dieser Ersatzweg sollte hart nordöstlich der Fliegerstation angelegt werden und eine Breite von 6 m haben; er würde in der gedachten Ausführung eine Gesamtfläche von 42,50 a in Anspruch nehmen.“

Die Lage der in die Fliegerstation fallenden, zur Aufhebung gelangenden Wegeflächen, sowie die Lage der für den bezeichneten Ersatzweg notwendigen Grundflächen ist an der ausgehängten Planfäzze zu ersehen.

„Wegen des event. Erwerbs dieser letzteren Flächen ist der Stadtmagistrat mit den Eigentümern auf der Grundlage in Verbindung getreten, daß die Zahlung des Preises in Aussicht gestellt ist, den die Stadt für die in die Fliegerstation fallenden Teilflächen der betreffenden Grundstücke zu zahlen haben wird. Einige derselben haben sich auch mit diesem Angebot zufrieden erklärt, andere haben jedoch den den Wert des Fliegerstationsgeländes unseres Erachtens weit überschreitenden Preis von 3 und 4 *M* pro Quadratmeter gefordert. Bei dieser Sachlage scheint es geboten, von einem freihändigen Ankauf — wenn auch nur einzelner Flächen — ganz abzugehen und vielmehr das ganze zukünftige Wegeterrain im Wege der Zwangsenteignung zu erwerben.“

Da ein Austausch der Flächen nicht möglich ist, sondern sie neu erworben werden müssen, und da auf eine Einigung mit den Kontrahenten nicht zu zählen gewesen ist, so ersucht uns der Stadtmagistrat, uns mit der Anwendung des Zwangsenteignungsverfahrens in bezug auf diese Wegstrecken einverstanden zu erklären. Die Baukommission hat die Sachlage vorgeprüft und gibt Genehmigung des Magistratsantrags anheim.

Die Versammlung erklärt sich mit der Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens einverstanden.

6. Antrag Rasche auf Übertragung von ersparten, der Museumsdeputation zur Verfügung gestellten Beträgen in das nächste Rechnungsjahr.

Stadtv. Frede: Der Antrag des Herrn Rasche heißt: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, daß die Summe, welche zu Erwerbungen für das Museum alljährlich in den Haushaltsplan eingestellt wird, immer zur Verfügung der Museumsdeputation bleibt, auch wenn sie in dem betreffenden Jahre nicht vollständig aufgebraucht wird.“ Zur Begründung des Antrages heißt es dann weiter: „Bei den jetzigen Verhältnissen ist es nicht möglich, einmal ein größeres Werk anzukaufen, da die Summe zu klein ist. Kann aber ein Betrag aufgespart werden, so ist ein solcher Ankauf möglich.“ Über die Möglichkeit des Ankaufs teurerer Werke hat der Magistrat in der Kommission die Auskunft gegeben, daß die Museumsdeputation nur eine Eingabe zu machen brauche, wenn sie größere Mittel zu Anschaffungen nötig habe. Wenn die Forderung begründet erscheine, würde ihr auch nachgegeben werden. Herr Rasche hat sich die Sache so gedacht, daß, wenn der im Etat ausgeworfene Betrag in dem einen Jahre nicht aufgebraucht werde, der verbleibende Überschuß zur Bildung eines Fonds für die Museumsdeputation aufgesammelt werden dürfe. Ein solches Verfahren ist aber bei dem Magistrat auf lebhaften Widerspruch gestoßen, und die Kommission hat sich dem Bedenken des Magistrats angeschlossen. Es ist aber ein Ausweg vorgeschlagen, und zwar dahin, daß anerkannt wurde, daß zuweilen Erwerbungen in Frage kommen, die sehr schnell vor sich gehen müssen, weil sonst andere zugreifen, und daß in solchen Fällen nicht erst mit einem Gesuch an den Magistrat und die Stadtverordneten herantreten werden könne. Was ist nun zu tun, um solche Erwerbungen sicherzustellen? Man hat in der Beziehung auf den gegenwärtig bestehenden v e r s t ä r k t e n F i n a n z a u s s c h u ß hingewiesen, der in der Lage ist, Mittel schnellig zu bewilligen, denn die Herren Stadtverordneten haben ihn ja bei Beginn des Krieges mit dieser Vollmacht betraut. Während des Krieges könnte also der verstärkte Finanzausschuß eine solche Aufgabe erfüllen. Für die Zeit nach dem Kriege ist angeregt, einen Ausschuß zu bestellen, wie er beim Landtage besteht, der für diese und ähnliche Fälle die Vollmacht bekommt, schnell einzugreifen und bis zu einem gewissen Punkte bei Bewilligung von Mitteln zu gehen. Herr Rasche ist mit diesem Auswege einverstanden gewesen und hat insolgedessen seinen Antrag zurückgezogen.

Stadtv. Rasche: Ich habe allerdings den Antrag zurückgezogen, möchte dazu aber noch folgendes erwähnen: Es ist mir leicht geworden, den Antrag zurückzuziehen, da sowohl von Seiten des Magistrats als auch von der Finanzkommission erklärt wurde, daß jeder gern bereit sein würde, für das Museum einmal ein größeres Werk anzuschaffen und eine größere Summe dafür aufzuwenden. Für später solle eine Kommission gebildet werden, damit derartige Sachen nicht jedes-

mal erst den langen Weg durch die Stadtverordnetenversammlung gehen müssen und schneller erledigt werden können. Ich habe mich gefreut, daß in der Kommission meine Gründe allseitig anerkannt wurden, und möchte auch hier die Herren bitten, falls ein Antrag kommen sollte, für das Museum eine größere Summe auszuwerfen, ebenso gern dafür zu stimmen, wie sich die Herren in der Finanzkommission dazu bereit erklärt haben.

7. Anfrage Stegmann. betreffend die Gasverbrauchsregelung.

Wortlaut der Anfrage: Ist es möglich, eine Änderung der Gasverbrauchsregelung dahingehend vorzunehmen, daß die Strafgebühren für Mehrverbrauch von Gas über das zulässige Quantum hinaus nunmehr mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit beseitigt oder herabgesetzt werden können?

Stadtv. **Stegmann:** Meine Herren! Sie werden sich entsinnen, daß wir uns im vorigen Herbst, im Oktober oder November, mit einem von mir eingebrachten Antrage, betreffend eine gerechtere Gasverbrauchsregelung befaßt haben. Mein Antrag wurde zwar nicht angenommen, aber es wurde eine Regelung in der Weise getroffen, daß nach dem Vorschlage des Vertrauensmannes des Reichskommissariats für Elektrizität und Gas, des Herrn Direktor von Zeiligh, die Menge für den Kleinverbrauch auf 35 cbm erhöht worden ist und nach oben zu abgestrichen wurde, indem diejenigen, welche vorher 100 oder mehr Kubikmeter Gas verbrauchten, darnach nur 80 cbm verbrauchen dürfen. Die Ansicht, die von mir und anderen Kollegen vertreten wurde, daß mit dieser Regelung wenig gebessert sei, hat sich bewahrheitet. Herr Frede jagte damals, daß damit die Härten beseitigt seien, aber er hat sich darin getäuscht: sie sind immer noch kraß zutage getreten. Auch den meisten kleinen Verbrauchern ist es unmöglich, mit diesen 35 cbm im Monat auszukommen. Ich habe schon damals gesagt, und das besteht noch zu Recht, daß das Gas infolge seiner schlechteren Beschaffenheit in dieser Kriegszeit weniger wert ist als das frühere Gas; man braucht 100 Prozent mehr als in Friedenszeiten. Es wäre vielleicht mit dem Quantum noch auszukommen, wenn genügend Grubekoks oder Herdfeuerungsmaterial zur Verfügung stände; aber die meisten Gruben stehen in der größten Zeit des Monats kalt da, weil es an Grubekoks mangelt, und so müssen die Leute Gas verbrauchen, müssen Strafe bezahlen, auch wenn sie sich einschränken, so daß sie doppelt und dreifach mehr bezahlen müssen als früher. Daß dies empörend wirkt, ist selbstverständlich, und es wäre dringend nötig, den Versuch zu machen, Abhilfe zu schaffen. Ich bitte um Mitteilung, ob noch keine Versuche in der Richtung angestellt sind. Zu Anfang habe ich auch geglaubt, die Zahlung der Straf gelder geschehe im Interesse des Säckels der Stadt, habe nun aber erfahren müssen, daß dieses Aufgeld an das Reich abgeliefert werden muß. Es sollte

doch alles geschehen, damit diese Verärgerung und unnötige Schröpfung der Bevölkerung möglichst gemildert würde.

Nachdem ich nun die Anfrage in der vorigen Sitzung gestellt hatte, habe ich gelesen, daß auch im Reichstage die Sache zur Sprache gebracht worden ist. Dort hat der Direktor des Reichswirtschaftsamts auf eine Anfrage in folgender Weise geantwortet: „Die Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung ist in mehreren Punkten gemildert worden. Der Reichskommissar hat in allen Fällen, in denen eine Verminderung des Heizwertes des Gases gegenüber dem Vorjahre nachgewiesen worden ist, dem Antrag auf entsprechende Erhöhung der Gasmenge stattgegeben. Außerdem sind für die Vertrauensmänner und die Kriegsamtstellen Richtlinien gegeben worden, um eine engherzige Auslegung der erlassenen Bekanntmachungen nach Möglichkeit auszuschließen. Danach können in allen dringlichen Fällen Ausnahmen zugelassen werden. Bei Ablehnung eines Antrags ist Berufung an den Reichskommissar für die Kohlenverteilung vorgesehen. Den Gasverbrauch uneingeschränkt freizugeben, ist nicht möglich. Doch sind Erleichterungen vorgesehen. Zahlreiche Gaswerke haben beantragt, ihnen die gedachte Vergünstigung zuzuerkennen. Vielen solcher Anträge ist bereits entsprochen. Die Vertrauensmänner und die Gemeindeverwaltungen brauchen die für den Mehrverbrauch festgesetzten Aufpreise nur insoweit einzuziehen, als diese zur Durchführung der Einschränkung des Gesamtverbrauchs erforderlich ist. Es ist in Aussicht genommen, die Aufpreise den Gaswerken unter gewissen Voraussetzungen zu freier Verwendung zu überlassen. Ein Verzicht auf die Festsetzung der Aufpreise ist nach der Lage der derzeitigen Verhältnisse nicht angängig.“

Sie sehen daraus, daß der Reichskommissar Erleichterungen versprochen hat, und daß sie eingetreten sind. Ich möchte deshalb meiner Anfrage noch die Frage an den Magistrat hinzufügen, ob unsererseits resp. seitens des Vertrauensmannes unseres Bezirks man sich schon an den Reichskommissar gewandt hat, um Erleichterungen auch für die Braunschweiger Bevölkerung einzuführen, und wenn das nicht geschehen ist, so möchte ich darum bitten, damit endlich diese Schröpfung der Gasverbraucher beseitigt wird. Wir ersehen aus der Antwort des Reichskommissars, daß zwar eine gänzliche Freigabe des Gasverbrauchs nicht möglich ist, aber eine Milde rung der jetzigen Bestimmungen ist möglich, und dann könnte doch wohl der Aufpreis von 50 Pf. auf die Hälfte herabgesetzt werden.

Oberbürgermeister Netemeyer: Aus der Begründung der Anfrage ergibt sich, daß sie eigentlich mehr an den Reichskommissar als an den Magistrat gerichtet ist, und das wäre auch am Platze gewesen, denn der Magistrat ist bei der ganzen

Regelung vollständig ausgeschaltet. Es ist ein Beamter ernannt, der der Vertrauensmann des Reichskommissars ist, und diese beiden regeln den ganzen Gasverbrauch. Nun haben wir selbstverständlich nicht die Gelegenheit, die Herr Stegmann erwähnte, ungenützt vorübergehen lassen, sondern haben unter der Hand mit dem Baurat von Feilitzsch verhandelt und haben ihm unsere Wünsche zu erkennen gegeben; auf die er auch bereitwillig eingegangen ist. Versuche sind also gemacht, mildere Bestimmungen für die Stadt Braunschweig zu erhalten. Daß es aber schwer ist, für eine einzelne Stadt eine Ausnahmestellung zu erlangen, werden Sie anerkennen. Als die Kohlennot sehr groß geworden war, ist man so weit gegangen, einzelne Beauftragte in die Gasanstalten zu schicken, die sich überzeugen sollten, wieviel Kohlen dort noch vorhanden waren, und ich fürchte, daß es vorgekommen ist, wenn zuviel Kohlen nachgewiesen wurden, daß in dem einen oder anderen Falle die weitere Kohlenlieferung eingeschränkt ist. Das mußten wir verhüten, und deshalb ist verfügt, es müßte bei der Herabminderung auf 80 Prozent sein Bewenden behalten. Der Vertreter unserer Gasanstalt hat auch den Versuch gemacht, den Preis für das mehrverbrauchte Gas herunterzudrücken — Herr Stegmann hat ja schon mitgeteilt, daß die Festsetzung des Überpreises nicht durch den Vertrauensmann, sondern durch den Reichskommissar erfolgt ist. Es ist aber die Erwiderung gekommen, daß an dem Überpreise festgehalten werden sollte. Es ist auch die Bestimmung ergangen — auch das hat Herr Stegmann schon angedeutet —, daß das Geld, das für den Mehrverbrauch gezahlt werden muß, nicht ohne weiteres zur Verfügung des Magistrats stünde, so daß dieser nach Belieben den Überpreis erlassen könnte, sondern daß es zur Verfügung des Reichskommissars gehalten werden müsse.

Das sind Verhältnisse, wie sie der Krieg mit sich gebracht hat, und gegen die wir machtlos sind. Richtig ist, daß eine Verfügung, in dringenden Fällen Milde walten zu lassen, auch unserem Vertrauensmann zugegangen ist, und ich kann feststellen, daß zwar an der allgemeinen Verfügung festgehalten werden muß, daß aber in allen besonders gearteten Fällen, wo Krankheit und dergleichen in Frage kommen, über das festgesetzte Maß Gas abgegeben wird, und darin wollen wir fortfahren. Mehr können wir nicht tun, und wollen nur wünschen, daß die ganze Maßregel bald überhaupt nicht mehr nötig sein wird.

Stadtv. **Wesemeier** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird genügend unterstützt, und der **Vorsitzende** eröffnet die Besprechung.

Stadtv. **Wesemeier**: Die Auskunft die der Herr Oberbürgermeister gegeben hat, ist ja nicht befriedigend, und zwar insoweit nicht, daß eine bestimmte Erklärung, daß eine wesentliche Besserung eintreten solle oder könne, nicht abgegeben werden

konnte. Der Magistrat erklärte: „Wir sind machtlos“, und damit hat er recht. Ich behaupte aber: Es ist nicht richtig, daß die Bestimmungen über die Einziehung von Strafgeldern für mehrverbrauchtes Gas so streng gehandhabt werden. Ich kenne einen Fall, in dem ist der Sohn einer Kriegerfrau über zwei Monate lang schwer krank gelegen, und die Frau hat auf ärztliche Anordnung heiße Umschläge machen müssen. Es war im Februar oder März, und die Frau hat 15 M. Straf gelder für mehrverbrauchtes Gas bezahlen müssen. Darauf ist sie zum Gaswerk gegangen und hat erklärt, weshalb der Mehrverbrauch eingetreten ist, aber die Strafe ist von dieser Arbeiterfrau rücksichtslos eingezogen worden. Ich meine, es könnte sehr wohl liberaler vorgegangen werden. Weitere Fälle sind mir nicht bekannt. Aber es steht doch zweifellos fest, daß in Krankheitsfällen das zugebilligte Quantum Gas, wo es an Feuerungsmaterial für die Stube wie für die Küche fehlt, ungenügend ist, und daß es eine ungeheuere Härte für eine solche Familie ist, wenn sie Straf gelder bezahlen muß. In diesem Falle ist meiner Meinung nach, obgleich die Frau bei der Lichtwerkverwaltung vorstellig geworden ist, nicht liberal verfahren worden, sondern rücksichtslos ist die Zahlung von 15 M. eingezogen, was die Frau schwer betroffen hat.

Oberbürgermeister Heilmeyer: Es ist mir selbstverständlich nicht möglich, über diesen einen Fall Auskunft zu geben. Ich habe bisher nichts davon erfahren, und es wäre richtiger gewesen, wenn mir davon Mitteilung gemacht wäre, daß die Sprache hierauf gebracht werden soll; dann hätte ich Erkundigungen eingezogen. Daß ein einzelner Fall vorkommen kann, in dem zu strenge vorgegangen wird, gebe ich zu; im allgemeinen wird man aber daran festhalten müssen, daß jemand, der aus besonderen Umständen das Recht haben will, mehr Gas zu verbrauchen, beizeiten den Antrag darauf stellen muß. Man kann unmöglich in den Tag hinein verbrauchen und nachher sich auf die Erklärung beschränken, warum das geschehen ist. Das würde zu bedenklichen Zuständen führen.

Stadtv. Meyerhoff: Ich freue mich, daß eine Besprechung der Anfrage stattfindet. Wir haben uns in der Gas- und Wasserwerkdeputation alle mögliche Mühe gegeben, um den erlassenen Vorschriften nachzukommen, und doch muß ich voll anerkennen, daß die Handhabung, die von dem Reichskommissar beliebt wird, nicht richtig ist. Es gibt eine ganze Menge von Konsumenten, die haben vor einem Jahre, als darauf hingewiesen wurde, mit ihrem Gasverbrauch gespart und haben in diesem Jahre noch mehr sparen müssen, um nicht die hohen Straßsätze zu bezahlen. Wie stellt sich aber die Sache in vielen Fällen? Etwas Warmes müssen sie genießen, also müssen sie kochen und Gas verbrauchen. Nun kommt das Dammoklesschwert, daß sie in Gefahr kommen, zuviel zu verbrauchen, und daß sie extra Strafe bezahlen müssen. Das geht doch so nicht weiter, das dürfen sich die Städte

nicht gefallen lassen und müssen dagegen angehen! In der Beziehung möchte ich, daß Braunschweig tonangebend würde. Mögen sich die Herren darüber aussprechen; das kann gar nicht zu scharf werden! Diese Wirtschaft von oben können wir uns nicht gefallen lassen! Frieren und hungern mit einem Male, das erträgt kein Mensch, das macht die Leute widerwillig. Gestern kam jemand zu mir und sagte: „Sie sind in der Licht- und Wasserwerkdeputation und müssen Bescheid wissen. Ich soll 12 *M* Strafgeld für den Monat März nachbezahlen, aber ich habe im März keine Kohlen und keinen Grudekoks bekommen und habe zum Gas greifen müssen, um für meine Familie warmes Essen herzustellen. Was soll ich tun, wo ich jetzt 12 *M* extra bezahlen soll?“ Ich antwortete: „Wenden Sie sich mit einem Gesuche an die Licht- und Wasserwerkdirektion und legen Sie den Sachverhalt klar!“ Der Mann wies noch darauf hin, daß er in keinem der vorhergehenden Monate mit seinem Gasverbrauche das erreicht habe, was ihm zugestimmt ist, und deshalb liegt eine besondere Härte darin, daß von ihm Strafgeld erhoben wird. Es wird monatelang eingespart, und in einem Monate wird mehr verbraucht: dann soll Strafe bezahlt werden? Diese Härte muß aus der Verordnung beseitigt werden, und ich bitte Sie, dafür einzutreten. Ob es angebracht ist, eine dahin gehende Resolution zu fassen, weiß ich nicht, aber es muß mit aller Schärfe hier ausgesprochen werden, daß wir so nicht wieder in den Winter hineingehen können. Es muß den Leuten wenigstens Gelegenheit geboten werden, etwas Warmes genießen zu können.

Stadt. Stegmann: Der Herr Oberbürgermeister sagte, ich hätte meine Anfrage nicht an den Magistrat, sondern an den Reichskommissar gerichtet. Das ist nicht richtig. An wen soll man sich in dieser Frage wenden? Selbstverständlich an den Magistrat, als an den Vertreter der Stadt. Er hat seinen Einfluß auf den Vertrauensmann auszuüben, und dann geht die Sache weiter. Einen anderen Weg kann ich nicht einschlagen.

Wenn der Herr Oberbürgermeister in bezug auf die Krankheitsfälle meinte, man solle mit solchen Wünschen auf höheren Gasverbrauch nicht hinterher kommen, so ist zu erwidern, daß man doch nicht im voraus weiß, wie lange die Krankheit dauern wird. Auch solche Gesuche können selbstverständlich erst hinterher gemacht werden. Da der Reichskommissar eine Milderung zugesagt hat, so müßte der Magistrat mit allen Mitteln dafür eintreten, daß eine solche Milderung auch Braunschweig zugute kommt. Warum soll Braunschweig ungünstiger gestellt sein als andere Städte? Es muß eben Druck dahinter gesetzt werden! Im übrigen ist festzustellen, daß das Gas konsumierende Publikum in zweierlei Art bestraft wird: wer zuviel verbraucht und auch derjenige, der einen Gasautomaten hat und das vorgeschriebene Quantum nicht erreicht. Es muß dringend verlangt werden, daß Besserung eintritt.

Stadtv. Voelchigt: Tieftraurig sind die ganzen Kohlenverhältnisse im vorigen Jahre gewesen, und ob es damit besser wird, wissen wir nicht — wir wollen es hoffen. Dem, was Herr Meyerhoff gesagt hat, brauche ich nichts hinzuzufügen und möchte nur noch eins bemerken, nämlich, daß die Direktion des Gaswerks, wie ich gehört habe und auch am eigenen Leibe erfahren habe, auch Entgegenkommen gezeigt hat. Ich habe in Friedenszeiten durchschnittlich 45 cbm Gas verbraucht und bin jetzt auf 30 cbm gesetzt. Nun mußte aber meine Frau während dreier Monate den Betrieb der Grube aussetzen. Da bin ich vorher zum Gaswerk gegangen und habe gesagt: „Ich darf nicht mehr als 30 cbm Gas verbrauchen, habe in dieser Zeit auch durchschnittlich nie mehr verbrannt. Was muß ich tun, wenn ich jetzt vielleicht das Doppelte oder gar Dreifache gebrauchen muß? Wird mir am Ende gar die Leitung abgeschnitten, oder kann ich auf irgend eine Weise Zuschlag bekommen.“ Daraufhin wurde mir Zuschlag bewilligt, ich glaube 25 bis 30 Prozent, und ich habe den Satz nicht zu überschreiten brauchen. Selbstredend kann die Direktion kein Entgegenkommen zeigen, wenn ich in den Tag hinein verbrenne. Ich kann verschiedene Personen namhaft machen, die das Vierfache gegenüber dem Friedenskonsum verbraucht haben. Das nenne ich Quasen, und in einem solchen Falle ist es gerechtfertigt, wenn die Leute Strafgeelder bezahlen müssen. Aber in solchen Fällen, wie Herr Wesemeier vorgebracht hat, halte ich es auch für richtig, daß Entgegenkommen gezeigt wird.

Als ich zur Versammlung ging, traf ich eine Gruppe von Frauen, die sich Brifetts holen wollten, und die mir sagten, daß sie während zweier Tage nicht haben kochen können. Das ist traurig. Allerdings kann der Magistrat nicht mehr verteilen, als er hat, und daß alle Mittel und Wege vom Magistrat schon angewandt sind, um Feuerungsmaterial zu bekommen, das glaube ich auch. Herr Meyerhoff hat recht. Die ganze Bevölkerung leidet unter der Rigorosität der Aktien- und Kriegsgesellschaften. Es ist immer noch eine Hintertür vorhanden, die der Staat gelassen hat, und dagegen muß man Front machen. Fragen Sie die Industriellen! Sie sagen: „Wir sollen Heereslieferungen machen, und es wird uns versprochen, daß wir zur Beförderung des Materials Eisenbahnwagen haben sollen, aber vierzehn Tage lang müssen wir darauf warten. Wir wollen Kohlen für unsere Fabrikation haben, und müssen wochenlang warten.“ Das sind Verhältnisse, die entschieden geändert werden müssen. Daß die Kohlen ins Ausland gehen und unsere armen Leute frieren müssen, das sind Zustände, bei denen wir nicht durchhalten können. Mehr als vorhanden ist, kann natürlich nicht verteilt werden, aber eine gleichmäßige Verteilung muß stattfinden. Oben im Rathaus stehen dreißig bis vierzig Leute, die Karten verlangen, damit sie Feuerung abholen können, weil sie sonst keine Grube und keine Brifetts bekommen können. Es ist doch dringend nötig, daß jeder sein Quantum zeitig hat und nicht stundenlang erst dahinterher-

laufen muß. Auch ich bin wegen meines Bezuges mehrmals vergeblich zu meinem Kohlenhändler gegangen. Die Herren müßten nur einmal die vielen Leute sehen, die monatelang Grude und Bricketts selber holen müssen und keine bekommen!

Nun wurde in einem Zeitungsartikel gesagt, das Gas in Braunschweig sei bei seiner heutigen Beschaffenheit furchtbar teuer. Der Mann versteht das nicht; so schlecht ist unser Gas nicht. Ich wohne an der Peripherie der Stadt, wo der Druck nicht sehr stark sein kann, aber so schlimm ist es damit denn doch nicht gewesen. Wir sollen die Bemühungen für unsere Gasversorgung auch anerkennen und nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, es hat bis jetzt noch jeder Gas gehabt.

Stadtv. Dr. **Kahlert**: Ich freue mich, daß seitens der Herren Kollegen diese Gasalamität so scharf gezeißelt wird. Es ist erklärlich, daß durch die geschaffenen Verhältnisse die Leidenschaften der Bürger aufgeregt werden. Hungern und dazu frieren (Zuruf Genzen: „und Maulhakten!“), das geht denn doch über das nötige Maß hinaus. Herr Stegmann sagt ganz recht: es ist ein Schröpfen, was durch die Zuschläge für den Mehrverbrauch an Gas verursacht wird, und dieses Schröpfen fällt tatsächlich auf die kleinen Leute, denn ich habe aus verschiedenen Kreisen der gutsituierten oder reichen Familien, die Häuser allein bewohnen, sagen gehört: „Es spielt für uns keine Rolle, ob wir 40 bis 50 M Strafe für den Mehrverbrauch an Gas bezahlen. Wir kochen damit unser Essen und sparen unsere Kohlen.“ Auf diese Weise wird das Gas verbraucht, und der kleine Mann kann dann nichts bekommen. Auch ich halte die Regelung der Gasverteilung, wie sie heute ist, für unhaltbar. Wir müssen dagegen protestieren und dafür sorgen, daß eine andere Gasverteilung vorgenommen wird und je nach der Größe der Familien, nach der Zahl der zu Versorgenden oder nach anderen Verhältnissen eine gewisse Menge zugestanden wird, und zwar nicht pro Monat, sondern entweder pro Halbjahr oder pro Jahr. Sodann möchte ich darauf hinweisen, daß sich die Industrie und die Geschäfte noch recht weiter Grenzen für den Gasverbrauch erfreuen. Wenn im allgemeinen 80 Prozent zugestanden sind, so glaube ich, daß hier der Hebel angefaßt werden könnte, um eine weitere Gaseinschränkung zu erzielen. Die Industrie muß sehen, wie sie sich behilft, und wird es auch können. In den Restaurants und den industriellen Betrieben dürften sich wohl Einrichtungen schaffen lassen, wodurch eine Gasersparnis in größerer Menge sich erreichen läßt. Dies ersparte Gas wird das ganze Kontingent, das Braunschweig zugewiesen wird, wesentlich zugunsten unserer Bevölkerung beeinflussen.

Stadtv. **Steinbrecher**: Der Herr Oberbürgermeister meinte, die betreffenden Familien, die mehr Gas zu verbrauchen wünschten, sollten vorher einen entsprechenden Antrag stellen, dann würde das nachgeprüft und bewilligt werden.

Nun ist ein solches Verfahren für manche Familien nicht so einfach. Betrifft es Familien, die arm sind, oder eine alleinstehende Kriegerfrau, so trifft es meistens zu, daß sie mit dem Schreiben wenig bewandert sind und sich schwer entschließen, an den Magistrat zu schreiben. Wenn sie nach dem Rathause oder zur Gasanstalt gehen, treffen sie meistens untergeordnete Beamte, die den Leuten sagen: „Sie müssen ein Gesuch einreichen“, und in solchen Fällen lassen es die Kriegerfrauen meistens anstehen, bis die Rechnung kommt und sie bezahlen müssen. Ich habe in vier oder fünf Fällen, wo mir die Frau die Rechnung gebracht hat und vielleicht 7 M Strafe bezahlen sollte, nachträglich ein Gesuch aufgesetzt, und das ist auch von Erfolg gewesen. In solchen Fällen also, wo in schriftlicher Form an die Stadt herantreten wird, werden die begründeten Gesuche bewilligt, auch wenn sie erst nach dem Verbrauch eingehen. Vorher ein Gesuch einreichen können und wollen die Frauen meistens nicht. Sie wissen nicht, daß dafür eine einfache Postkarte genügen würde, und bezahlen nachher die Strafgebühren, wo es gar nicht nötig wäre. Deshalb wäre es angebracht, wenn die Beamten des Gaswerks angewiesen würden, solche Anträge, die bei ihnen gestellt werden, gleich kurz zu Protokoll zu nehmen, und wenn darnach ein Verfahren durch die betreffende Stelle eingeleitet würde, sonst werden solche Fälle immer wieder vorkommen, wo die Strafgebühren bezahlt werden auch in Fällen, wo es nicht angebracht ist.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag von Herrn Meyerhoff mit folgendem Wortlaut eingegangen:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Stadtmagistrat, bei dem Reichskommissar vorstellig zu werden, daß bei Zurechnung des Gasverbrauchs in Betracht gezogen wird, ob Grude oder Heizmaterial nicht in genügenden Mengen geliefert wird, um es den Familien wenigstens zu ermöglichen, warmes Essen zu kochen.“

Ich muß den Antrag als einen selbständigen behandeln. Herr Meyerhoff, wollen Sie ihn als dringenden Antrag gestellt haben? (Wird bejaht.) Wird der Antrag unterstützt? — Das ist der Fall. Ist die Versammlung damit einverstanden, daß er als dringlich gleich beraten wird? (Zustimmung.) Dann eröffne ich die Beratung über diesen Antrag. Eine besondere Begründung wird nicht nötig sein, denn Herr Meyerhoff hat sich über den Antrag schon geäußert.

Stadtv. Wesemeier: Ich freue mich, daß dieser Antrag eingebracht ist. Am vorigen Montag hatte ich in der Sitzung der Statutenkommission einen gleichen Antrag als Abschluß für die Kohlenversorgung gestellt, aber die Mehrheit der Kommission hat nicht gewünscht, daß die Versammlung an den Reichskommissar wegen

- Erhöhung des Gaskonsums herantreten soll. Jetzt hat sich scheinbar die Meinung darüber geändert, und so begrüße ich den Antrag mit Freuden.

Stadtv. Meyerhoff: In der Statutenkommission wurde der Kohlenverbrauch behandelt, und das ist ein anderes Thema, als das, bei dem wir jetzt sind. Nachdem aber der Gasverbrauch hier zur Sprache gekommen ist, bin ich bereit, darauf einzugehen, daß wir uns an den Reichskommissar wenden. Die Hauptsache dabei ist — und das möchte ich noch zur Begründung meines Antrages hinzufügen —, daß es sich ermöglichen lassen müßte, daß den Familien das zugute gerechnet wird, was sie in anderen Monaten übersparen. Das geht nicht anders, als daß ein Quantum für das Jahr festgesetzt wird. Außerdem wird durch meinen Antrag bezweckt, daß in den Fällen, wo kein Feuerungsmaterial vorhanden ist — und das kann man leicht nachweisen —, darauf eingegangen werden kann, den Leuten mehr Gas zuzubilligen, damit sie warmes Essen und eine warme Küche sich bereiten können, denn wo ein starker Gasverbrauch in der Küche stattfindet, wird sie dadurch auch etwas erwärmt. Ich hoffe, daß der Antrag Früchte tragen wird. Es wird allerdings nötig sein, daß auch andere Städte, die ja am meisten von den Maßregeln des Reichskommissars betroffen werden, sich ebenfalls in dem Sinne des Antrages mit dem Reichskommissar in Verbindung setzen, damit endlich eine Bresche in die Verfügung geschlagen wird.

Der Antrag Meyerhoff wird angenommen.

8. Anfrage Genzen, betreffend den Ferkelmangel.

Damit verbunden:

9. Anfrage Loeschigt, betreffend die Weigerung des Viehhandelsverbandes Hannover, für die Stadt Braunschweig Aufzuchtferkel freizugeben.

Wortlaut der Anfrage Genzen: Gedenkt der Magistrat Schritte zu unternehmen, um den hier zur Zeit bestehenden Mangel an Ferkeln zu beheben?

Wortlaut der Anfrage Loeschigt: Was gedenkt der Magistrat zu tun, um gegen die Weigerung des Viehhandelsverbandes Hannover, für die Stadt Braunschweig Aufzuchtferkel freizugeben, vorzugehen?

Vorsitzender: Es wird sich empfehlen, diese beiden Anfragen gleichzeitig zu behandeln.

Stadtv. Genzen (zur Begründung): Meine Anfrage aus der vorigen Sitzung ist gewissermaßen durch die jetzt vorliegenden Verhältnisse überholt, denn ich habe eine Annonce des Magistrats gelesen, in der aufgefodert wird, daß diejenigen, die

Ferkel kaufen wollen, sich bei der Städtischen Futtermittelstelle melden sollen. Aber man frage nur nicht, wie die Sache in der Tat liegt. Wir lesen tagtäglich in der Zeitung, daß Ferkel bis zu zweihundert Stück angeboten werden, aber man lese dann auch die Eingesandts in den „Neuesten Nachrichten“, daß Ferkel zu wucherischen Preisen angeboten werden, die alles übersteigen, was wir während der Kriegszeit an Wucher kennengelernt haben. Ferkel von sechs bis sieben Wochen werden mit 130 bis 150 *M* verkauft, so daß Leute, die ein Paar Ferkel haben wollen, 300 *M* dafür anlegen müssen. Nicht jeder ist dazu imstande. Wenn nun wirklich die Leute sich das nötige Geld abhungern, um ein Paar Ferkel zu kaufen, dann besteht für sie noch die Gefahr, daß nachher der Staat kommt und sagt: „Hand weg! Die Hauschlachtereie wird aufgehoben, die Schweine müssen wir für uns wegnehmen!“ Vor dem Kriege wurde immer erzählt, die Russen würden kommen und uns die letzte Kuh aus dem Stalle holen; jetzt holen die deutschen Soldaten die letzte Kuh und das letzte Schwein aus dem Stalle. Ein Pastor vom Lande schildert das in kurzen eindringlichen Worten. In einem Eingesandt vom letzten Sonnabend wird geklagt, daß die Leute jetzt Wucherpreise für die Ferkel bezahlen müßten, und wenn später einmal requiriert würde, und wenn sie Speck abgeben müßten, dann würde ihnen für das Pfund gesalzenen Speck 2,00 bis 2,40 *M* bezahlt, während jetzt die Ferkel 12 bis 15 *M* das Pfund für sie kosteten. Bei solchen Verhältnissen hätte der Magistrat die Verpflichtung, beim Ministerium vorstellig zu werden, damit Höchstpreise für Ferkel festgesetzt werden. Es ist eine Schweinerei im vollsten Sinne des Wortes, wie bei dem Ferkelhandel Wucher getrieben wird, und das nicht allein von den Landwirten, von denen wir das gewohnt sind, denn wir wissen, daß sie den Hals nicht vollkriegen können; auch die Händler überbieten sich in Wucherpreisen. Und wenn der Händler heute einen Abschluß macht, dann ruft der Agrarier am anderen Morgen schon an: „Komm lieber nicht und hole die Tiere nicht ab, mir sind 50 *M* für das Stück mehr geboten!“ So ist mir von einem Händler gesagt, und hier liegt eine Gefahr für die Ernährung des Volkes vor. Wir sehen, daß heute Sachen, die sich sehr gut als Schweinefutter verwenden ließen, auf der Straße liegen. Im vorigen Herbst lasen wir Annoncen, daß Schweinefutter zu kaufen gesucht wurde, heute habe ich gelesen, daß Schweinefutter unentgeltlich abgeholt werden kann. Wir wissen, daß es mit der Ernährung des Volkes sehr schwach bestellt ist, und daß nichts umkommen darf, was zu Futterzwecken verwendet werden kann. Aber dadurch, daß es den Leuten nicht möglich ist, Ferkel anzuschaffen, wird veranlaßt, daß manches verdirbt, was noch als Futter zu gebrauchen wäre.

Genau so wie mit den Ferkeln ist es auch mit anderen Tieren. Ich hatte Gelegenheit, zu beobachten, wie es beim Gänsefüßchenverkauf hergeht. Ich hatte von dem Verkauf gelesen und wollte einmal sehen, wie die Preise gestellt waren. Es

wurden gleichsam Kanarienvögel angeboten, höchstens vier Wochen alte Küken, das Stück zu 36 *M*; sieben bis acht Wochen alte zu 42 *M*, usw. Von meinem Nachbar habe ich gehört, daß Entenküken, die fünf Tage alt waren, das Stück 7 *M* kosteten, Hühnerküken 3 und 4 *M*. Ist das nicht Wucher! Kann man noch ein anderes Wort zur Bezeichnung dieses Gebarens finden?

Nun wird der Magistrat sagen: „Was nützt es, wenn Höchstpreise durch uns festgesetzt werden, denn dann verschwinden einfach die ganzen Gänse von unserem Markt.“ Leider sehen wir, daß das Wort Patriotismus für die Landleute nur bis zum Geldbeutel geht. Eine Zeitung schrieb, daß in Staßfurt ein Verkäufer für die Gänseküken 130 bis 140 *M* verlangte; da habe die Polizei die Tiere beschlagnahmt und sie für 40 *M* das Stück verkaufen lassen. Und wenn bei Festsetzung von Höchstpreisen das Verschwinden des Angebots zu befürchten ist, dann müßte der Magistrat beim Ministerium vorstellig werden, damit auch für Gänseküken und Hühnerküken Höchstpreise festgesetzt werden, so daß die Leute Gelegenheit haben, sich welche anzuschaffen. Es scheint allerdings, daß, soweit es irgend möglich ist, die Anschaffung von Hausgeflügel beschränkt werden soll. Man sagt, es dürfe kein Brotgetreide verfüttert werden. Aber Sie werden mir recht geben, wenn ich sage, daß die kleinen Leute sowieso Brotgetreide nicht verfüttern können, weil sie nicht einmal ihre eigenen Kinder satt kriegen können. Wenn man so etwas verhindern will, dann mag man dahin gehen, wo das Brotgetreide zentnerweise an Pferde, Schweine und Küken verfüttert wird, und das ist bei den Leuten, die es haben, aber nicht in den Städten geschieht es. Künstlich müssen die Leute in den Städten das bißchen Vieh durchpäppeln, damit sie, wenn der Winter kommt, selbst etwas Nahrhaftes zu essen haben. Ich möchte den Magistrat ersuchen, seinen Einfluß beim Ministerium einzulegen, damit Höchstpreise für Ferkel und auch für Hausgeflügel festgesetzt werden.

Stadtv. Voelckigt: Ich verzichte auf eine weitere Begründung.

Stadtrat Wagner: Im Herzogtum Braunschweig ist die Ferkelzucht immer sehr gering gewesen, so daß die Einwohnerschaft des Herzogtums zur Aufstellung von Ferkeln fast ganz auf den Bezug aus dem benachbarten preussischen Gebiete angewiesen war. Selbst wenn im Herzogtum Braunschweig Höchstpreise auf Zuchtferkel festgesetzt würden, so würde uns das nichts nützen, sondern nur zur Verdrängung des Angebotes der Ferkel aus dem Herzogtume führen, weil die umliegenden Gebiete, die keine Höchstpreise haben, die Ferkel dann für sich behalten würden. Eine Maßnahme des Ministeriums im Sinne des Herrn Genzen würde demnach sehr gefährlich für uns sein.

Was nun die Lage der Preisbestimmung in den angrenzenden Gebieten betrifft, so hat der Hannoversche Viehhandelsverband durch Bekanntmachung vom 9. März d. J. unter Hinweis auf des Preussische Landesfleischamt — das offenbar

für das ganze Königreich Preußen Bestimmungen getroffen hat — verfügt, daß die Ferkelhöchstpreise nur Anwendung finden dürfen auf zur unmittelbaren Schlachtung bestimmte Ferkel, daß aber der Preis für Ferkel und Läuferchweine bis 25 kg, die zur Zucht oder zur Mast bestimmt sind, keinerlei Beschränkungen durch Höchstpreisfestsetzungen unterliege. Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß der Schlachtferkelpreis den Ferkelzüchtern so gering erschien, daß sich eine Fortführung der Ferkelzucht ihrer Meinung nach nicht lohnte. In der Zeit, ehe das Grünfutter zur Verfügung stand, war die bekannte Massenabschlachtung der Ferkel deshalb angeordnet, weil man bei der Weiterhaltung dieser Tiere eine arge Gefährdung des Bestandes der menschlichen Nahrungsmittel befürchten mußte. Wenn aber jetzt die Ferkelzucht nicht wieder in Gang kommen sollte, so wäre die große Besorgnis vorhanden, daß man bis zum nächsten Herbst und Winter nicht die nötige Menge an Schlachtschweinen erhalten würde. Deshalb hat man den Höchstpreis für Ferkel aufgehoben, um damit einen starken Anreiz zur Förderung der Ferkelzucht zu geben. Daß dieses Anreizmittel die höchst unerwünschten Folgen gezeitigt hat, die Herr Benzen geschildert hat, muß zugegeben werden: es werden unerhörte Preise für Ferkel gefordert und bezahlt. Der Absatz dieser nicht zum Schlachten, sondern zur Aufstellung bestimmten Ferkel bis 50 Pfund Lebendgewicht ist nicht vollständig freigegeben, sondern zum gewerblichen Handel sind lediglich die Mitglieder des Viehhandelsverbandes und diejenigen, die als Ferkelhändler eine behördliche Ausweiskarte besitzen, befugt. Diese Händler kaufen in den an das Herzogtum Braunschweig angrenzenden Gebieten die Ferkel auf und bringen sie in das Herzogtum. Ich habe die hiesigen wenigen Ferkelhändler davor gewarnt, daß sie ihrerseits durch übermäßigen Preisaufschlag die an sich hohen Preise der Ferkel weiter verteuern; sie würden sich der Gefahr aussetzen, wegen Preiswuchers angezeigt und mit Entziehung ihrer Handels Erlaubnis bestraft zu werden. Ich habe sie darauf aufmerksam gemacht, daß nach wiederholten Entscheidungen des Reichsgerichts der Händler nicht so rechnen darf: Ich habe in Friedenszeiten so und so viel Prozent verdient und muß denselben Prozentsatz in der Kriegszeit verdienen. Dabei würde nach den heutigen Preisen ein ungeheurer Zwischengewinn herauskommen. Die Händler dürfen nur den üblichen Friedensgewinn mit einem Zuschlage, der ihrem erhöhten Risiko und ihren gestiegenen Unkosten entspricht und mit Rücksicht auf die verteuerte Lebenshaltung einen etwas erhöhten Reingewinn einschließt, nehmen, und sie haben mir zugesichert, daß sie sich in diesen Grenzen halten würden. Sobald uns bekannt wird, daß sie das nicht tun, werden wir ohne weiteres veranlassen, daß eingeschritten wird. Die Ferkelhändler haben nach den Bestimmungen der Behörde ein besonderes Ein- und Verkaufsbuch zu führen, in das jedes einzelne Tier, sein Gewicht und sein Preis eingetragen wird, ebenso auch die Namen derjenigen, an welche die Tiere abgegeben werden.

Wenn nicht geradezu Fälschungen bei diesen Eintragungen vorgenommen werden, so läßt sich eine amtliche Überwachung des Ferkelhandels wohl durchführen.

Nun fragt Herr Genzen, was der Magistrat zu tun gedenkt, um die Beschaffung der Ferkel für die Stadt Braunschweig zu ermöglichen. Wir haben uns davon ferngehalten, als kommunale Einrichtung selber den Ferkelhandel zu betreiben, denn von diesem Geschäft verstehen wir zu wenig, und ich glaube, wir könnten einen fürchterlichen Reinfall dabei erleben. Wir haben es für richtig gehalten, den in das Geschäft eingeführten Ferkelhändlern freie Bahn zu lassen und sie in jeder Weise bei der Einfuhr von Ferkeln in das Stadtgebiet zu stützen, sowie die Ausfuhr nach den ländlichen Bezirken hintanzuhalten. Für die letztere bedarf es einer Ausfuhrgenehmigung von unserer Seite. Nur hat sich die Sache so entwickelt, daß die hiesigen Ferkelhändler von uns eine Bescheinigung bekamen, auf der der einführende Kommunalverband versichern muß, daß die Einfuhr unbedenklich ist, und über den Weiterverkauf und die Verwendung dieser Ferkel ist bestimmt, daß sie nur an Leute abgesetzt werden dürfen, die genügend erlaubte und geeignete Futtermittel zum Großziehen von Tieren besitzen, was amtlich überwacht werden wird. Mit dieser Bescheinigung versehen, sind die Händler in das hannoversche Gebiet gefahren, kamen aber zurück mit einem Schreiben des hannoverschen Viehhandelsverbandes, wonach rundweg abgelehnt wird, an Großstädte Ferkel zum Auffüttern abzugeben. Die Ferkel sollten nur auf dem Lande und in den kleinen Städten bleiben. In einem Schreiben war die merkwürdige Begründung enthalten, daß in der Großstadt die Gefahr der unerlaubten Verfütterung von menschlichen Nahrungsmitteln allzu groß sei. (Heiterkeit.) Meine Herren, Sie sind der Meinung, daß das Umgekehrte richtig wäre, und diese Meinung hatte ich auch. Daraufhin habe ich mich sofort mit dem Geschäftsführer des hannoverschen Viehhandelsverbandes in Verbindung gesetzt, habe ihm gesagt, daß in Braunschweig gewaltige Mengen von Abfällen aus Kriechküchen, Haushaltungen, Gastwirtschaften und Reservelazaretten zur Verfügung ständen, bei den Bäckern die Schalen von den Kartoffeln, die als Brotzusatz verarbeitet werden müssen, und dergleichen mehr, daß sie aber umkämen, wenn nicht die nötigen Ferkel zur Aufstellung kommen könnten. Es seien auch in der Großstadt eine ganze Menge von Leuten vorhanden, die schon in Friedenszeiten Ferkel aufgezogen hätten, wie die Bäckermeister, die das Fege-
mehl, das sich zur menschlichen Ernährung nicht mehr eignen würde, zur Verfütterung brächten. Außerdem halte ich die ganze Bestimmung für unerlaubt und bitte dringend, unseren Händlern keine Schwierigkeiten zu machen. Darauf hat mir der Herr erklärt, auch die Stadt Hannover hätte vom hannoverschen Viehhandelsverbande kein einziges Ferkel zugesichert bekommen, doch wolle er uns vorläufig 100 Ferkel freigeben. Darauf sind sofort von einem Viehhändler aus Schöppenstedt, namens Sander, der den Kommunalverband Wolfenbüttel mit Ferkeln versorgen

sollte, eine Reihe von Ferkeln herangeschafft, die heute zum Verkauf gestellt sind, und weitere Ferkel werden in kurzer Zeit zu erwarten sein, denn ich habe, nachdem ein zweiter Ferkelhändler vom Hannoverschen Viehhandelsverbande eine Ablehnung erfahren hatte, mich sofort an die Landesfleischstelle (das Landesernährungsamt) gewandt, mit der Bitte, nach Kräften dahin zu wirken, daß das in Preußen eingeführte und, wie wir gehört hatten, auch im Herzogtum Braunschweig geplante umständliche Verfahren bei der Aus- und Einfuhr von Zucht- und Nutzvieh auf Ferkel fortan keine Anwendung mehr finde. Darnach sollte erst der einführende Kommunalverband bescheinigen, daß keine Gefahr der unerlaubten Verfütterung von zum menschlichen Genuß bestimmten Nahrungsmitteln besteht, dann sollte die Landesfleischstelle ihre Genehmigung zu der Einfuhr erteilen und darauf die Sache erst noch an die Provinzialfleischstelle des ausführenden Kommunalverbandes gehen. Erst wenn diese zugestimmt hat, kann der ausführende Kommunalverband seine Erlaubnis zur Ausfuhr erteilen. Außerdem wird noch ein Kreisprüfer tätig, der bei der Bahnverladung aufpaßt, ob die Zahl der Ferkel, die Gewichte und der Bestimmungsort mit den Angaben im Ausfuhrscheine des Kommunalverbandes übereinstimmen. Ich habe gebeten, dieses Verfahren nach Möglichkeit außer Kraft zu setzen, gebe mich allerdings keiner besonderen Hoffnung hin, denn, wie schon erwähnt, das Herzogtum Braunschweig hat so gut wie keine Ferkelzucht, und wenn wir auf das preußische Gebiet angewiesen sind, für die diese Bestimmungen verfaßt sind, müssen wir uns ohne weiteres fügen. Die Einfuhrgenehmigung nützt uns nichts, wenn wir nicht die Genehmigung der Ausfuhr aus preußischem Gebiete erlangt haben. Sollte das Eingreifen des Landesernährungsamtes nicht helfen, so habe ich in meinem Schreiben gebeten, „wenigstens mit allem Nachdruck anzustreben, daß die benachbarten preußischen Provinzialfleischstellen den unseres Erachtens gesetzwidrigen Standpunkt verlassen, die Ausfuhr von Ferkeln nach größeren Städten zu verweigern. Der angeführte Grund, daß gerade in größeren Städten die Gefahr der unerlaubten Verfütterung menschlicher Nahrungsmittel bestehe, ist keineswegs stichhaltig. Nirgends ist die Gefahr so gering, denn die Großstadtbevölkerung hat ja menschliche Nahrungsmittel (Getreide, Schrot, Kartoffeln usw.) zur Viehfütterung gar nicht zur Verfügung; auf dem Lande sind die Verhältnisse anders, dort ist die Gefahr wirklich vorhanden. Vielleicht könnte man den Verkauf von Ferkeln an solche Stadtbewohner verbieten, die nachweislich schon in Friedenszeiten regelmäßig Schweine zur Selbstversorgung herangeschüttelt haben. Wir haben beschlossen, eine gemeinnützige, unentgeltliche Vermittelung zwischen den Ferkelhändlern und den Kauflustigen durch die Städtische Futtermittelstelle einzurichten“ — die Zeitungsbekanntmachung, die Herr Benzen erwähnte, zielt darauf ab — „tragen aber Bedenken, eine bezügliche Bekanntmachung zu erlassen, solange die preußischen Provinzialfleischstellen die Aus-

fuhr von Ferkeln nach hier rundweg verweigern" — sonst erwecken wir nur Hoffnungen, die wir nachher nicht erfüllen können, und die Unzufriedenheit würde dann um so größer werden. „Dem Herzoglichen Landesernährungsamte sind die großen Schwierigkeiten der Versorgung unserer Stadt mit bescheidensten Mengen Schweinefleisch bekannt. Sie werden sich bei Abschneidung der Ferkelfzufuhr in unangenehmster Weise steigern. Wir dürfen daher wohl auf wohlwollende und tatkräftige Unterstützung dieser Wünsche hoffen.“

Es hat sich daraufhin das Herzogliche Landesernährungsamt telephonisch mit dem Hannoverschen Viehhandelsverbande und der Provinzialfleischstelle Hannover in Verbindung gesetzt, und heute morgen ist mir vom Vorsitzenden des Landesernährungsamtes, Herrn Regierungsrat Dedekind, mitgeteilt worden, daß die beiden Stellen sich bereit erklärt hätten, jedes Hemmnis in bezug auf die Ausfuhr von Ferkeln nach Braunschweig aufzuheben. (Bravo!) Wir hoffen also, daß die Wünsche, die Herr Genzen und Herr Loeschigt geäußert haben, sich in Zukunft erfüllen lassen. Die erste Ladung Ferkel ist eingetroffen. Da es sich nur um 60 Tiere handelte, haben wir uns darauf beschränken müssen, Bezugsscheine nur solchen Leuten zu geben, die sich von jeher mit der Ferkelaufzucht befaßt haben. Wir möchten also denen in erster Linie die Tiere zuwenden, und das ist wirtschaftlich wohl richtig, denn diese Leute haben das geeignete und genügende Futter, haben unter allen Umständen die nötigen Stallungen, sind mit der Aufzucht und Wartung der Tiere vertraut und haben wahrscheinlich auch diese Form der Selbstversorgung am nötigsten. Sollten wir späterhin so viel Ferkel bekommen, daß darüber hinaus auch diejenigen, die erst während des Krieges sich mit der Ferkelaufstellung befaßt haben, Ferkel bekommen können, so würde selbstverständlich auch denen das Recht zur Aufstellung derartiger Tiere gern gewährt werden. Ich hoffe, daß die Herren mit diesen Maßnahmen des Magistrats zufrieden sind; das Weitere müssen wir abwarten.

Stadtv. **Wesemeier** beantragt Besprechung der Anfragen. Der Antrag findet genügende Unterstützung, und der **Vorsitzende** eröffnet die Besprechung.

Stadtv. **Diedmann**: Meine Herren! Sie haben eben aus der ausführlichen Rede des Herrn Stadtrat Wagner gehört, welche Schwierigkeiten es macht, Ferkel zu beschaffen, die man früher zu Hunderten um den Eckländer geschlagen hat. Heute werden bis zu 200 Mk für zwölfwöchige Ferkel bezahlt. Da ich mich von den Schwierigkeiten, hier Ferkel zu bekommen, überzeugt hatte, so habe ich mich an einen Überschußbezirk in Westfalen gewandt, der bisher viele Ferkel ausgeführt hatte, aber ohne Erfolg. Dann wandte ich mich nach Königsberg, wo ich in früherer Zeit einen Wagen Ferkel mit eingehandelt hatte. Es kam damals das Schlachtverbot, so daß ich die Ferkel nicht abnehmen konnte, und ich hielt den jetzigen Zeit-

punkt für passend, darum zu ersuchen, daß mir jetzt die Ferkel abgelassen würden. Aber gestern abend bekam ich Nachricht, daß sie dort so knapp mit Ferkeln versehen sind, daß sie keine abgeben könnten, sonst würde man gern meinen Wunsch erfüllt haben. Aus alle diesem glaube ich entnehmen zu können, daß wir uns von Höchstpreisen gar nichts versprechen können. Das einzige, was ich vorschlagen kann, ist, daß man etwas Geduld hat; ich bin überzeugt, daß diejenigen, die warten können, noch billigere Ferkel bekommen werden. Es ist allerdings schade um das Futter, welches jetzt umkommt, doch darf man sich die Ferkelaufzucht auch nicht so leicht vorstellen, wenn man lediglich diese Abfälle zur Verfütterung hat, und man muß damit rechnen, daß die Mästung die doppelte Zeit dauert als in den früheren besseren Zeiten. Denjenigen aber, die die Ansicht haben, Schweine hinzulegen, möchte ich empfehlen, nicht jetzt auf die Anschaffung zu dringen, denn dadurch würden die Preise nur noch mehr in die Höhe getrieben, sondern noch eine Zeitlang zu warten; dann werden sie auch an die Reihe kommen.

Stadtv. **Genzen:** Der Herr Vorredner hat uns den Trost gegeben, wenn wir noch eine Zeitlang mit der Anschaffung warteten, würden die Preise der Ferkel fallen. Aber wir sind durch die Erfahrung in diesen Kriegszeiten gewarnt; wir sehen, daß überall die Preise nicht gefallen sind, sondern ihre Höhe behalten haben. Nun geht das Warten vielleicht auch eine Zeitlang, aber Sie wissen auch, daß die kleinen Leute darauf angewiesen sind, ihre Ferkel bis November oder höchstens Dezember so weit zu bringen, daß sie die Schweine schlachten können. Im Januar und Februar, wenn es kalt ist, nehmen die Tiere nicht mehr zu, denn die Ställe sind meistens nicht warm gelegen, und wir haben hier nicht die Verhältnisse wie auf dem Lande, wo sie Schweine in großer Zahl mästen. Wenn unsere Einwohner bis Juli, August damit warten, die Schweine anzuschaffen, dann wird es ihnen nicht möglich sein, im Januar die Schweine so weit zu haben, daß das Schlachten lohnt.

Nun sind uns die Schwierigkeiten, die hier im Wege liegen, von Herrn Stadtrat Wagner in eingehender Weise vorgeführt; wir erkennen sie an, und ich gebe auch zu, daß es nicht der richtige Weg wäre, wenn nur für das Herzogtum Braunschweig Höchstpreise festgesetzt würden, denn damit könnte eintreten, daß wir gewissermaßen von der Ferkelversorgung ganz abgeschnitten würden. Ein Fehler aber ist es gewesen, daß die Höchstpreise in Deutschland aufgehoben wurden, und deshalb mußte der Magistrat beim Ministerium vorstellig werden, damit dieses beim Reiche dahin wirkt, daß wieder Höchstpreise festgesetzt werden. Nur für die Zuchtferkel sind doch die Höchstpreise aufgehoben, während sie bei den Schlachtferkeln noch bestehen; aber diese letzteren bekommt man ja jetzt überhaupt nicht. Wenn für die Zuchtferkel pro Pfund 12 bis 15 *M* bezahlt werden, dann wird kein Bauer so dumm sein, seine Ferkel als Schlachttiere zu verkaufen. (Zuruf: Das

Abjchlachten der Ferkel ist ja jetzt verboten!): Früher haben die Landwirte gesagt, daß sich die Ferkelzucht nicht lohne, jetzt aber lohnt sie sich. Ein Frau hier in der Umgebung, deren Sau 12 Stück Ferkel geworfen hatte, hat diese Ferkel verkauft und für das Stück 110 *M* bekommen. Sie können sich einen Begriff davon machen, was für ein Geschäft das ist, wenn die Sau in einem Jahre zweimal wirft und rund 3000 *M* dafür aufgenommen werden. Da heißt es: Wenn auch das Volk zugrunde geht, wenn nur die Agrarier den Hals voll kriegen! Ich möchte darum ersuchen, daß der Magistrat beim Ministerium vorstellig wird, damit für das ganze Reich Höchstpreise für Ferkel festgesetzt werden.

Stadtv. **Loeschigt**: Ich habe auch mit einem Händler gesprochen, der sagte mir, daß in den nächsten Wochen die Preise zurückgehen würden, denn jetzt wären die Leute wie veressen darauf, Ferkel zu kaufen, weil sie glaubten, sie bekämen sonst keine. Ich habe meinen Antrag nur gestellt, um zu erfahren, ob die Leute außerhalb des Herzogtums sagen können: Ihr kriegt keine Schweine! Ich bin auch der Meinung, daß in absehbarer Zeit die unvernünftigen Preise für Ferkel — wenn sie 10 Pfund wiegen, so bringt der heutige Preis auf das Pfund 15 bis 16 *M* — wieder herabgehen werden. Wer Ferkel haben will, wird deshalb guttun, mit der Anschaffung zu warten, weil die Sauen doch mehr als einmal im Jahre werfen. Wenn wir auch ein paar Monate später schlachten müssen als im Frieden, wenn wir nur Schweine fett machen können, dann wollen wir uns behelfen. Die Hauptsache ist, daß wir nachher das Fleisch haben; es soll uns gleich sein, wenn wir auch erst im Februar oder März schlachten können.

10. Antrag Bartels auf Errichtung einer städtischen Entlausungsanstalt.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Stadtmagistrat, baldigst auf Errichtung einer Entlausungsanstalt Bedacht zu nehmen.

Stadtv. **Bartels** (zur Begründung): Ich bin zur Stellung des Antrages gekommen, weil in einer hiesigen Krankenkasse ein Arbeiter erklärte, daß er mit Läusen behaftet sei und um Heilung einkäme. Die Krankenkasse fragte beim Herzoglichen Krankenhause an, ob es den Arbeiter aufnehmen wollte, aber das Krankenhaus lehnte diesen Antrag ab, da es vollständig unmöglich wäre, den Mann aufzunehmen. Die betreffende Krankenkasse wendete sich darauf an die Rechtsauskunftsstelle und erfuhr, daß eine solche Reinigungsanstalt in Braunschweig nicht bestehe, die Kasse möge sich an den Kassenarzt wenden. Ich glaube nun aber nicht, daß dieser sich dazu hergeben wird, den Kranken und seine Kleider zu reinigen. Darauf wandte sich die Krankenkasse an den in Frage kommenden Dezerenten des

Magistrats, und dieser gab zu, daß eine derartige Anstalt in Braunschweig nicht vorhanden sei, teilte jedoch mit, daß in Aussicht genommen sei, eine solche Anstalt zu errichten. Der mit dem Ungeziefer behaftete Mann wohnt in einer Herberge, und wenn er nicht gereinigt wird, so wäre es erklärlich, wenn noch andere hiesige Einwohner von ihm angesteckt würden, denn die Läuse vermehren sich rapide. Bei solchen Zuständen ist die Gesundheit vieler stark in Frage gestellt, und ich möchte dringend bitten, daß bald etwas getan wird, damit eine Anstalt zur Reinigung solcher Kranken ins Leben gerufen wird. Auch unter den Soldaten befinden sich welche, die stark mit dem Ungeziefer behaftet sind. Ist es nicht möglich, daß mit Hilfe der Militärbehörde eine Reinigungsanstalt, in der gleichzeitig der Körper und die Kleider bearbeitet werden, ins Leben gerufen wird? Auch die Desinfektionsanstalt könnte angewiesen werden, daß von ihr Zimmer, in welchen sich Wanzen oder Läuse befinden, mit gereinigt werden, wenn auch gegen eine entsprechende Entschädigung.

Ich bitte, meinen Antrag in diesem Sinne zu unterstützen.

Stadttrat von Frankenberg: Ich glaube, ich kann ganz im Sinne des Herrn Antragstellers die weitere Beratung wesentlich abkürzen, indem ich erkläre, daß der Magistrat schon vor ungefähr drei Wochen das Hochbauamt beauftragt hat, baldigst einen Voranschlag und Entwurf für Errichtung einer solchen Anstalt einzureichen. Sobald wir im Besitze des Anschlages sind, wird der Versammlung eine entsprechende Vorlage zugehen. Ich glaube, nach dieser Mitteilung wird sich eine Beratung des Antrages erübrigen.

11. Anfrage Stegmann, betreffend die Ungenießbarkeit der zuletzt durch die Stadt beschafften Gänse.

Wortlaut der Anfrage: Ist dem Magistrat bekannt, daß die kürzlich an die Einwohner verkauften Gänse zum Teil gänzlich ungenießbar waren? Können für die Zukunft Maßnahmen getroffen werden, die Käufer vor derartigen Schädigungen und dem damit verbundenen Ärger zu bewahren?

Stadtv. Stegmann (zur Begründung): Es ist ja erfreulich, daß sich der Stadtmagistrat bemüht, außer den rationierten Lebensmitteln auch noch andere für die Bevölkerung zu beschaffen, so in letzter Zeit Gänse. Die betreffenden Kauflustigen mußten sich melden und bekamen eine Ausweis Karte und darauf ihre Gänse. Diejenigen aber, die vor zirka anderthalb Wochen Gänse bekommen haben, sind diesmal zum großen Teil arg hereingefallen, weil es sich um Gänse handelte, die einen derartigen Fischgeruch an sich hatten, daß sie zum Teil vollständig ungenießbar waren. Merkwürdig dabei ist noch — ich weiß aber nicht, ob das zutrifft —, daß

diese Gänse von Leipzig zurückgeschickt und uns in Braunschweig angeliefert sein sollen. Mir sind zwei Fälle bekannt, in denen das Gänsefleisch nicht genießbar war. So hatte eine Witwe für ihren Sohn und dessen Familie für 42 *M* eine Gans erhalten, von der sie nichts hat gebrauchen können. Wie das Zeug stank, davon macht man sich keinen Begriff; das Fett war wie Fischtran, und das Fleisch war ungenießbar. In der Familie wird ein Hund gehalten, aber auch der ist nicht darangegangen. Die zweite Familie hat noch von dem Kauf Abstand nehmen können. Die Frau hatte die Gans nur besüßelt, aber den scheußlichen Geruch konnte sie, obgleich sie sich wiederholt gewaschen hatte, nicht loswerden. Sie zeigte mir ihre Hände, die lange nachher noch rochen. Es ist doch unmöglich, daß solche Ware gegessen wird. Ich will selbstverständlich Herrn Stadtrat Wagner mit meinen Ausführungen keinen Vorwurf machen; er hat die Gänse nicht gemästet, nicht gekauft und vielleicht nicht einmal gesehen. Es müßte doch aber Vorsorge getroffen werden, daß diejenigen Einwohner, die nicht von hinten herum durch allerlei Möglichkeiten Lebensmittel aller Art ins Haus getragen bekommen, sondern die außer dem Rationierten auch einmal etwas Fleisch und Fett haben wollen, nicht außer dem Ärger auch noch den kolossalen Geldverlust haben. Zweifellos hat der Magistrat Gelegenheit, die Leute, die die Waren hier abnehmen, oder die den Einkauf zu besorgen haben, zu beauftragen, ein wachsames Auge auf die Ware zu haben, ehe sie angenommen und weitergegeben wird. Ein Teil der Gänse ist des fürchterlichen Geruches wegen und weil sie angefressen waren, schon im Schlachthause weggeworfen worden; man hätte also nur die wirklich guten aussuchen müssen, und die anderen hätten nicht verkauft werden dürfen. Es ist doch himmelschreiend, der Bevölkerung solche Lasten aufzuerlegen, abgesehen von dem Ärger, der mit solchen Vorkommnissen verbunden ist.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich erwähnen, daß wir wiederholt Lebensmittel erhalten haben, die ungenießbar waren; ich erinnere an den Verkauf von trockenen Suppen im vorigen Jahre. Es war Sand und alle möglichen Dinge, auch Unrat dazwischen, und das Zeug noch moderig, so daß es viele Familien nicht gegessen haben; nur wer Vieh hatte, konnte es noch mit verfüttern. Dieser Tage erhielten wir Marmelade, die schon am dritten Tage gärt. Auch in dieser Beziehung müßten Maßnahmen getroffen werden, so daß die Beauftragten des Magistrats derartige Waren, die nicht einwandfrei sind, zurückweisen.

Ich möchte den Magistrat bezüglich der Gänse bitten, sich auch darüber zu äußern, ob es wahr ist, daß sie von Leipzig zurückgeschickt sind, und ob Maßnahmen getroffen werden, daß so etwas, wie dieser Gänseverkauf, nicht wieder vorkommt.

Stadtrat Wagner: Die einfachste Maßnahme, damit solches nicht wieder vorkommt, ist die, daß wir den Bezug von Auslandsgänsen ablehnen. Aber dann

werden sie nach anderen Städten gehen, und wir können die Zugabe zu unserer Ernährung nicht geben. Der diesmalige Verkauf hätte beinahe diesen Verlauf genommen, denn unsere einheimischen Wild- und Geflügelhändler, denen wir unseren Grundfägen nach die Sache überlassen wollten, da wir vom Gänsehandel nicht viel verstehen, wollten anfangs nicht darangehen. Sie haben sich erst nachher dazu bereit erklärt, nachdem wir ihnen mitgeteilt hatten: „Wir werden das Publikum ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß irgendwelche Beanstandungen wegen der Beschaffenheit der Ware ausgeschlossen sind“, und das hat auch in unserer Bekanntmachung klar und deutlich gestanden. Wir mußten, daß die Gänse aus einem Lande stammten, wo sie Fischnahrung bekommen, und zum großen Teil tranig zu schmecken pflegen. Das betreffende Land dürfen wir nicht nennen. Die Gänse, die im vorigen Winter oder Herbst herangekommen waren, sind mit Mais gefüttert gewesen und schmeckten ganz anders als diese! letzten. Wer die Zeitungsbekanntmachung mit einiger Aufmerksamkeit gelesen hat, der mußte sich von vornherein sagen, daß es ein kleines Lotteriespiel war, wenn er bestellte: es konnte sein, daß er ein gutes Tier bekam, es konnte auch sein, daß er einen Reinfall erlebte. Ich habe dieses Lotteriespiel auch gewagt, aber eine Riete gezogen, und bin jetzt, nachdem ich gehört habe, welcher Art die Gänse waren, nicht sehr traurig darüber. Ich habe unter anderem gehört, daß auch Herr Diekmann bei dieser Gelegenheit eine tranig schmeckende Gans bekommen hat; ich weiß allerdings nicht, ob er für sich selber oder für einen anderen gesprochen hat. Daß Gänse in völlig ungenießbarem Zustande ins Publikum gelangt sind, ist mir bisher nicht bekannt geworden. Selbstverständlich kann jeder, der ungenießbare Ware bekommt, sie zurückgeben, und in dem Falle würden sich auch die Kleinhändler nicht weigern, sie zurückzunehmen; im ganzen sind die Klagen wohl aber etwas übertrieben. Ich glaube, wenn jemand sich heute auch etwas tranig schmeckendes Fett zu nicht übermäßigem Preise verschaffen kann, so kann er noch ganz glücklich sein, wenigstens ich für meine Person würde noch zufrieden sein, wenn ich Fett extra erhalten könnte. Daß diese Gänse in Leipzig oder Dresden zurückgewiesen und dann erst hierher gekommen seien, ist eins von den Gerüchten, die aus der Luft gegriffen sind, und die dann Hinz oder Kunz weitertragen — es ist kein wahres Wort daran. Die Gänse sind unmittelbar nach hier zugeführt, sind dann im städtischen Kühlhaus so lange eingelagert, bis sie zum Kleinvertrieb kamen. Es wurde auch erwähnt, daß von diesen Gänsen ein Teil im städtischen Kühlhause weggeworfen sei, weil sie zu stark gerochen hätten. Das entzieht sich unserer Kenntnis. Denn das ganze Geschäft hat der Braunschweigische Landeseinkauf gemacht, und der hat uns nur diejenigen Gänse abgeliefert, die zum Kleinverkauf geeignet erschienen. Immerhin ist es möglich, daß es so gewesen ist, wie Herr Stegmann sagte, denn es ist selbstverständlich unvermeidlich bei einer Ladung, die in Kisten verpackt ist, und bei eingefrorenen Waren, die lange unter-

wegs sind, daß etwas davon am Aufenthaltsorte nicht mehr genießbar ist. Wenn man das vermeiden will, muß man auf solchen Bezug ganz verzichten. Es würde aber der Ansicht des überwiegenden Teiles der hiesigen Bevölkerung nicht entsprechen, wenn wir so verfahren wollten.

12. Antrag **Genzen**, betreffend die Erhöhung der Ruhelöhne und Pensionen der früheren städtischen Arbeiter und Angestellten.

Wortlaut des Antrages j. S. 4.

Stadt. **Genzen** (zur Begründung): Ich glaube, ich brauche diesen Antrag nur sehr kurz zu begründen. Wir wissen, daß wir heute in der Zeit einer übergroßen Teuerung leben, haben wir uns doch heute fast in der ganzen Sitzung mit Wucherpreisen beschäftigen müssen. Alle unsere Beamten und Arbeiter, mögen sie nun staatliche, städtische oder solche aus privaten Betrieben sein, erhalten heute einen erhöhten Lohn. Auch für die Unfall- und Invalidenrentenempfänger sind von der Versicherungsanstalt Teuerungszulagen — wenn ich nicht irre, 8 M pro Monat — gewährt worden. Denjenigen aber, die von der Stadt Pensionen oder Ruhelöhne beziehen, ist eine Erhöhung bisher nicht gewährt worden. Es sind das alte Leute, die ihre Kraft im städtischen Dienste verbraucht haben, und man kann ihnen gönnen, daß auch sie in dieser Zeit einige Groschen mehr bekommen. Die Höhe der Ruhelöhne ist unter anderen Verhältnissen beschlossen, so daß sie für derartige Teuerungsverhältnisse, wie sie heute bestehen, nicht mehr angemessen erscheint. Ich glaube, ohne weiteres annehmen zu können, daß Sie bei dem warmen Herzen für unsere ehemaligen Angestellten und Arbeiter, das ich bei Ihnen voraussetze, ohne weiteres meinem Antrage zustimmen werden.

Der Antrag wird genügend unterstützt, der **Vorsitzende** überweist ihn der Finanzkommission zur Vorberatung.

13. Antrag **Kraus** auf Vorbereitung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit während der Übergangszeit und Berücksichtigung der selbstständigen Gewerbetreibenden hierbei.

Wortlaut des Antrages j. S. 4.

Stadtv. **Kraus** (zur Begründung): Sobald die Demobilisierung in Sicht gekommen ist, und wenn sie begonnen hat, werden wir mit einer verminderten Arbeitsgelegenheit zu rechnen haben, die sich in der Übergangszeit zu einer bedenklichen Arbeitslosigkeit auswachsen kann. Wenn wir uns daran erinnern, daß zu

Kriegsbeginn, trotzdem sehr viele Männer ihrer Arbeit entzogen wurden, im September bei den Gewerkschaften eine Arbeitslosigkeit von 21½ Prozent herrschte, und in Betracht ziehen, daß über 2½ Millionen Frauen sich während des Krieges den Erwerbsberufen zugewandt haben, und dann dazu rechnen, daß eine große Menge arbeitsfähiger Leute aus dem Felde zurückkommen, so erscheint es selbstverständlich, daß einem solchen enormen Angebot gegenüber eine starke Arbeitslosigkeit einsetzen muß. Ebenso ist in Betracht zu ziehen die Verminderung der Arbeitsgelegenheit zu diesem Zeitpunkte. Sie wird in um so bedenklicherem Maße eintreten, als große Teile unserer Industrie und unseres Gewerbes — man kann sagen 60 bis 70 Prozent — für das Heer arbeiten und die Aufträge dafür, selbst wenn es milde gehandhabt wird, bei der Demobilisierung abflauen und endlich ganz verschwinden werden. Man kann wohl eine Gegenwirkung in der Art voraussetzen, daß eine große Bautätigkeit einsetzen wird, aber dem steht als sehr wesentliches Hindernis der Mangel an Rohstoffen entgegen, und hinzu kommt, daß die Industrie wohl kaum an Bauten ihrerseits denken kann, denn sie hat sich innerhalb der Kriegszeit durch Bauten in so starker Weise vergrößert, daß bei einem Rückschritt in der Beschäftigung naturgemäß an einen weiteren Ausbau der einzelnen Werke nicht gedacht wird. Wenn man dann annehmen will, daß statt dessen private Bautätigkeit einsetzen soll, so ist in Betracht zu ziehen, daß die Bauten um etwa 50 Prozent teurer sein werden, als sie vorher gewesen sind, und daß sie auch in drei bis vier Jahren nach Beendigung des Krieges, wenn ein Beharrungszustand wieder eintritt, noch um 20 Prozent teurer sein werden, oder mit anderen Worten: es müssen in drei bis vier Jahren 30 Prozent der Kosten für private Bauten amortisiert werden, und das ist aus sozialen Gründen nicht wünschenswert und wirtschaftlich nicht denkbar.

So wird es notwendig sein, daß bei der entstehenden Arbeitslosigkeit der Staat und die Kommunen in die Breche springen, und daß schon vorher die betreffenden Stellen sich mit der Frage beschäftigen, denn wenn Notstandsarbeiten vorgenommen und Notstandsbauten ausgeführt werden sollen, so sind Vorbereitungen dazu notwendig, da die Pläne für solche Arbeiten nicht im Handumdrehen aufgestellt werden können. Jedenfalls ist es eine dringliche Aufgabe, sich schon heute mit diesen ganzen Fragen zu beschäftigen. Ebenso wenig wie die Arbeiterschaft hat das Gewerbe oder die Industrie ein Interesse an einem plötzlichen Herunterstürzen der Löhne, sondern gerade ein langsames Preisabflauen ist für unser Gewerbe notwendig, da sonst der plötzliche Preissturz der zu teureren Preisen angesammelten Vorräte eine ganze Reihe von Existenzen vernichten würde. Ich glaube, hinsichtlich der Arbeiter diesen Ausführungen wohl kaum noch etwas hinzufügen zu müssen.

Was die Handwerkerfrage angeht, so ist wohl zu beachten, daß die kostspielige Rohstoffbeschaffung durch die Handwerker, die bei uns im Lande geblieben sind, die

Erparnisse der Handwerker heute stark aufgezehrt hat, daß andererseits viele Handwerker von draußen zurückkommen, die ihr Geschäft erst wieder vollständig neu aufbauen müssen. Auch für diese Kreise ist es dringlich und wünschenswert, daß sie über den Bereich ihrer zukünftigen Arbeiten sich unterrichten und sich damit vertraut machen können, und daß sie hinsichtlich der Beschaffung der Rohstoffe eine Unterstützung seitens der Behörde finden. Es ist aber selbstverständlich, daß heute bei den Handwerkern die Rohstoffe nur noch in sehr beschränktem Maße vorhanden sind, weil diese Leute meist nicht Dringlichkeitsbescheinigungen erwirken konnten. Später, wenn das Heer abrüstet, werden große Vorräte an Holz, Zement, Metallen usw. frei, die eine für die hiesigen Handwerker zu bildende Zentralstelle leichter und besser für sich beschaffen kann, weil dabei nicht — wie bei einer Vielheit von Nachfragen nach derartigen Materialien — der Preis nach oben getrieben wird. Für die Städte wird ein tatkräftiges Eingreifen in diesem Sinne ohne Belastung des Stadtsäckels erleichtert dadurch, daß bei der demnächstigen Abgabe aller Abgänge von Materialien aus dem Kriege Kriegsanleihezeichnungen als Bezahlung angenommen und bevorzugt werden sollen. Für die Handwerker aber würde es eine Erleichterung sein, daß ihnen die Rohstoffe von der Zentralstelle zur Verfügung gehalten werden. Mit denselben Gründen, die ich angeführt und entwickelt habe, ist selbstverständlich auch die Rechtfertigung gegeben in bezug auf meinen weiteren Antrag, betreffend die Anzahlungen und Abzahlungen, namentlich auf Anzahlungen, wie sie ja in der Industrie längst allgemein üblich sind, um auf diese Weise den Handwerkern die Erneuerung ihrer Existenz nach Möglichkeit zu erleichtern.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** wird der Antrag genügend unterstützt; der Vorsitzende überweist ihn dem Finanzausschuß zur Vorberatung.

14. Errichtung eines Schalthäuschens an der Wolfenbütteler Straße.

Stadtv. **Trinks**: Um der Blüßingischen Kraftwagenfabrik den Anschluß an das Drehstromkabelnetz zu ermöglichen, hat das Elektrizitätswerk Braunschweig um die Genehmigung nachgesucht, an der Wolfenbüttelerstraße gegenüber der Elmstraße ein Schalthaus zu errichten, und zwar an der Stelle, wo jetzt bereits die Bedürfnisanstalt steht. Diese Anstalt soll einstweilen noch bestehen bleiben. Es werden für Erteilung der städtischen Erlaubnis dieselben Vorbehalte gemacht, wie sie in den früheren Fällen bei der Erbauung der Schalthäuschen an der Broigemerstraße, dem Chriakringle und dem Amalienplatze gemacht sind. Die äußere Gestaltung des Schalthäuschens ist in derselben Weise gedacht wie dort, so daß unschwer ein Aufbau an das Schalthaus zur Aufnahme einer Bedürfnisanstalt oder von Geräteräumen errichtet werden kann. Bedenken gegen den Antrag haben sich in der Bau-

kommission nicht geltend gemacht; sie empfiehlt Ihnen, dem Magistratsvorschlage entsprechend, der Errichtung des Schlachthäuschens zuzustimmen. Die Kosten trägt die Straßeneisenbahngesellschaft.

Der Erteilung der Erlaubnis zum Bau des Schlachthauses wird zugestimmt.

15. Veränderungen an den maschinellen Einrichtungen des Schlachthauses.

Stadtv. **Göde:** Die Schlachthausdirektion und der Schlachthausausschuß haben an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, das in der großen Schlachtviehhalle vorhandene Rohrspreizensystem und die dazu gehörige Fleischtransport-Hängebahn einer Umänderung zu unterwerfen. Es ist dieses Rohrspreizensystem ein völlig veraltetes, befindet sich gegenwärtig nur noch in einigen wenigen Schlachthäusern, und die Ersatzbeschaffung für abgängige Teile ist daher äußerst schwierig. Es wird nun beantragt, an Stelle dieser Rohrspreizen stationäre automatische Schlachtspreizen anzuschaffen. Um sie zu erproben, sind schon zwei solcher Spreizen beschafft und in Betrieb genommen, und es hat sich herausgestellt, daß die Schlachter mit Vorliebe diese automatischen Schlachtspreizen benutzen. Sie haben viele Vorteile, indem das Großvieh mit den Hintervierteln sehr leicht in sie eingehakt werden kann und die Spannung der Tierhälften beim Durchteilen nach dem Auszuschlachten sich von selbst verstärkt. Nach der Durchteilung rollen die Tierhälften automatisch wieder einander näher und können dann nahe zusammenhängend — ich glaube, es können hierbei doppelt so viel Tiere in der Halle hängen als vorher — mit den besonders eingerichteten Laufwagen durch die Weichen nach der Vorkühllhalle geschoben werden. Dazu bedarf es einer Umänderung der Fleischtransport-Hängebahn, die aber ohne Störung des Schlachtbetriebes durchgeführt werden kann. Die Kosten für Beschaffung der neuen Schlachtspreizen betragen 4500 M, für die Veränderung der Hängebahn sind 7000 M auszugeben, also im ganzen 11.500 M. Die Kosten werden selbstverständlich aus der Schlachthauskasse zu bezahlen sein.

Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, sich mit der Beschaffung der automatischen Schlachtspreizen und mit der Veränderung der Hängebahn einverstanden zu erklären und die Kosten zu verwilligen. Da die Vorprüfung ein gutes Resultat ergeben hat, wovon ich mich persönlich überzeugt habe, kann ich namens der Baukommission, die diese Sache vorberaten hat, nur empfehlen, daß die Neuanschaffung und Umänderung ausgeführt wird und die Kosten von der Versammlung verwilligt werden.

Den Veränderungen der maschinellen Einrichtung wird zugestimmt und die Kosten zu Lasten der Schlachthauskasse verwilligt.

16. Beihilfe für den Prüfungsausschuß für Jugendschriften des Braunschweiger Lehrervereins aus der Jüdelstiftung.

Stadtv. Dr. **Landauer**: Es handelt sich um Genehmigung einer Bewilligung, die aus der Stiftung, Abteilung III, gemacht ist, und die die Zustimmung der städtischen Behörden erfordert. Es besteht hier ein Prüfungsausschuß für Jugendschriften, der sich aus Mitgliedern des Braunschweiger Lehrervereins und des Lehrerinnenvereins zusammensetzt, und der es sich zur Aufgabe gemacht hat, aus der Flut der literarischen Erscheinungen das herauszufinden, was der schulpflichtigen und schulentlassenen Jugend zur Lektüre empfohlen werden kann. Am Ende des vorigen Jahres hat er eine Unterstützung aus den Mitteln der Jüdelstiftung nachgesucht und auf Anfordern des Vorstandes der Jüdelstiftung den Nachweis geliefert, daß ihm 370 *M* fehlen, um seine Arbeiten weiter ausführen zu können. Der Antrag ist vom Herrn Schuldirektor Dr. Appuhn warm unterstützt und die Arbeit des Prüfungsausschusses für eine sehr notwendige und äußerst segensreiche bezeichnet. Der Vorstand der Jüdelstiftung hat daraufhin dem Prüfungsausschuß für Jugendschriften einen einmaligen Zuschuß von 300 *M* bewilligt, und Sie werden gebeten, diese Bewilligung zu genehmigen. Die Sache ist in der Finanzkommission vorgebracht und hat dort keinen Bedenken unterlegen; ich habe also namens der Finanzkommission die Bewilligung zu empfehlen.

Stadtv. **Salomon**: Ich möchte nur ein kurzes Wort sagen über die Tätigkeit des Prüfungsausschusses für Jugendschriften, der hier besteht. Der Ausschuß, der sich aus hiesigen Lehrern und Lehrerinnen zusammensetzt, hat, wie der Herr Berichterstatter schon hervorgehoben, sich zur Aufgabe gemacht, die Schundliteratur zu bekämpfen. Er besteht seit etwa 20 Jahren. Über ganz Deutschland ist eine Organisation geschaffen, die sich Vereinigte Deutsche Prüfungsausschüsse für Jugendschriften nennt, und der Braunschweiger Prüfungsausschuß ist Mitglied dieser Organisation. Die Arbeit des Ausschusses ist eine sehr mühselige, aber sie ist mit der Zeit eine außerordentlich segensreiche geworden. Die Schundliteratur hat durch die Tätigkeit der Vereinigten Prüfungsausschüsse wesentlich abgenommen. Leider bestehen immer noch keine gesetzlichen Maßnahmen, um das Übel der Schundliteratur an der Wurzel zu fassen. Die Tätigkeit des hiesigen Prüfungsausschusses hat sich in der Vergangenheit zunächst hauptsächlich darauf beschränkt, unsere sämtlichen Schulbüchereien einer gründlichen Durchsicht zu unterziehen, da sich auch dort im Laufe der Zeit viel Schund aufgesammelt hatte. Dann ist man daran gegangen, Verzeichnisse von empfehlenswerten Jugendschriften zusammenzustellen. Der Ausschuß hat die hiesigen Buchhändler zu veranlassen gesucht, nur gute Jugendschriften zu vertreiben, und hat alljährlich zu Weihnachten eine Ausstellung

empfehlenswerter Jugendschriften, die an Ort und Stelle eingesehen werden konnten, veranstaltet. Das ist ein kleines Bild aus der Tätigkeit des Prüfungsausschusses. Hervorheben möchte ich noch, daß der Ausschuß bisher sämtliche Kosten, die sich zusammensetzen aus den Beiträgen an die Zentralstelle, Kosten für Vertretung auf Versammlungen, Kosten für Annoncen und andere Drucksachen, selbstständig bestritten hat, und zwar dadurch, daß er aus den Werken Wilhelm Raabes eine Zusammenstellung „Deutsche Not und deutsches Ringen“ herausgab. Dieses Büchlein hat in Deutschland solch erfreuliche Aufnahme gefunden, daß jährlich mehrere hundert Mark Gewinn für den Prüfungsausschuß daraus flossen. Mit Beginn des Krieges ist diese Einnahmequelle für den Ausschuß versiegt, und er steht nun vor der Tatsache, daß er die Hilfe der Jüdelstiftung erbitten muß.

Aus dem, was ich kurz angeführt habe, wird Ihnen klar geworden sein, daß der Prüfungsausschuß eine segensreiche und wichtige Arbeit vollführt, daß er ein wesentliches Glied in der Kette ist, die wir Jugendfürsorge nennen, und deshalb möchte ich anheimgeben, in Erwägung zu nehmen, ob nicht dem Prüfungsausschuß regelmäßig aus öffentlichen Mitteln eine Unterstützung zur Verfügung gestellt werden kann, damit er sich weiter entwickeln und seine so segensvolle Tätigkeit weiter entfalten kann. Was für Unheil die Schundliteratur schon angerichtet hat, ist uns allen bekannt.

Der Gewährung der Beihilfe aus der Jüdelstiftung wird zugestimmt.

17. Instandsetzung der von der Firma R. Rittmeyer u. Co. bislang benutzten Räume im Altstadtrathause.

Stadtv. **Meyerhoff**: Die Firma Rittmeyer & Co., welche seit langen Jahren die Geschäfts- und Lagerräume im Altstadtrathause, im Autorshofe und in dem Hause Martinikirche 1 gemietet hatte, hat sich infolge Ablebens des Herrn Fr. Rittmeyer veranlaßt gesehen, das Geschäft aufzulösen und aus diesem Grunde den seit dem Jahre 1865 bestehenden Vertrag zum 1. April dieses Jahres zu kündigen. Daß es nicht erwünscht sein kann, die Räumlichkeiten ihrer althergebrachten Zweckbestimmung zu entziehen, kann wohl keinem Zweifel unterliegen. Andererseits ist es nicht angängig, sie in ihrem jetzigen mangelhaften Zustande sofort weiter zu vermieten, der Magistrat hält vielmehr die vorherige gründliche Instandsetzung und die Vornahme verschiedener baulicher Änderungen auch im Interesse der Feuerficherheit des Altstadtrathauses für dringend notwendig und hat das städtische Hochbauamt mit der Aufstellung eines Entwurfes und Kostenanschlages beauftragt. Aus diesem Grunde hat der Magistrat von einer Vermietung der Lager- und Geschäftsräume Abstand genommen, dagegen die im ersten und zweiten Obergeschoß vorhandenen Wohnräume einstweilen weiter vermietet.

Das städtische Hochbauamt weist nun darauf hin, daß es wegen der schweren Zugänglichkeit der Keller und Gewölbe nicht möglich gewesen sei, genauere Vermessungen und zeichnerische Aufnahmen zwecks Anfertigung eines Entwurfes vorzunehmen, und daß zu diesem Zwecke auch verschiedene später eingebaute, zweifellos demnächst entbehrliche Zwischenwände im Erd- und Kellergeschoß beseitigt und mehrere Fußböden aufgenommen werden müßten. Hierdurch werden Kosten — allerdings nur in geringem Umfange — entstehen; genauere Angaben über die Höhe derselben lassen sich jedoch nicht machen. Der Magistrat gibt daher den geehrten Herren anheim, sich mit der Vornahme dieser Arbeiten grundsätzlich einverstanden zu erklären und die Baukommission zu ermächtigen, das Weitere, insbesondere über die Höhe der Kosten, mit dem Magistrat zu beschließen.

Den geehrten Herren wird bekannt sein, daß auf dem Hofe des Grundstücks, und zwar unter teilweiser Inanspruchnahme der auf der Westseite befindlichen ehemaligen Meßgewölbe, ein massiver Lagerschuppen hergestellt ist. Wer sich für die Baulichkeiten interessiert, findet hier den Plan ausgehängt, woraus die Lage desselben zu ersehen ist. Der Schuppen ist im Jahre 1865 auf Kosten der Firma Robert Rittmeyer & Co. gebaut. Nach dem dieserhalb abgeschlossenen Vertrage ist die Firma auf Verlangen der Stadt jetzt verpflichtet, den Lagerschuppen abzubauen und den früheren Gebäudezustand auf ihre Kosten wiederherzustellen. Daß dieses Verlangen seitens des Magistrats gestellt werden mußte, unterlag keinem Zweifel, da der Schuppen nicht nur einen sehr un schönen Eindruck macht, sondern auch den an und für sich schon engen Hofraum so sehr einengt, daß ein ungehinderter Verkehr mit Feuerlöschgerätschaften nicht möglich ist. Die Firma hat die Verpflichtung anerkannt, aber da Bauarbeiten zur Zeit nicht ausgeführt werden können, darum gebeten, daß die Stadt den Abbruch und die Wiederherstellung des früheren Zustandes gegen eine Pauschvergütung übernehmen möchte. Nach Berücksichtigung des aus dem Abbruch gewonnenen Materials hält unser Hochbauamt eine an die Stadt zu zahlende Vergütung von 1500 M für angemessen. Die Bauarbeiten würden zweckmäßigerweise zugleich mit dem oben erwähnten Umbau vorgenommen werden können.

Die Firma Rittmeyer hat nun andererseits darauf hingewiesen, daß in den Kellerräumen mehrere zum Teil aus Holz, zum Teil aus Eisen bestehende alte Flaschenbörte vorhanden seien, die sie als Inventarstücke seinerzeit schon von ihrem Vorgänger übernommen hätte. Der Magistrat hat sich davon überzeugt, daß sie — obwohl im Fußboden und Kellergewölbe fest eingelassen —, als der Firma Rittmeyer gehörende Inventarstücke anzusehen sind. Da sie noch in einem durchaus brauchbaren Zustande sich befinden, erscheint die stadtseitige Übernahme empfehlenswert. Ebenso hält der Magistrat die angebotene Übernahme der zur Lagerung der

Weinfässer benutzten, zumeist aus noch gesundem Eichenholz bestehenden Lagerhölzer für zweckmäßig.

Schließlich hat noch die genannte Firma der Stadt den Ankauf von drei aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts stammenden Weinfässern angeboten. Sie weisen auf der vorderen Seite schöne Schnitzereien figürlicher und ornamentaler Art auf. Ihre Erhaltung für die Stadt dürfte zweifellos von großem Wert sein, zumal hier ähnliche kunstgewerbliche Arbeiten nicht vorhanden sind. Es ist festgestellt, daß die Fässer nicht Zubehör des Hauses, sondern Eigentum der Firma Rittmeyer sind.

Das städtische Hochbauamt hat den Wert der genannten Inventarstücke in folgender Weise geschätzt: 1. Die Flaschenbörte zu 350 *M*, 2. die Lagerhölzer zu 470 *M*, 3. die Weinfässer zu 600 *M*, insgesamt also zu 1420 *M*. Dieser Wert erreicht mithin etwa die Höhe der Vergütung, die die Firma Rittmeyer für den Abbruch des Lagerschuppens an die Stadt zu zahlen haben würde. Die Firma hat nun den zweckmäßig erscheinenden Vorschlag gemacht, daß beide Beträge gegeneinander aufgehoben werden. Der Zukunft mag es vorbehalten bleiben, in welcher Weise diese Inventarstücke dem zukünftigen Pächter überlassen werden.

Es wird uns anheimgegeben, den eben von mir vorgetragenen Vorschlägen der Firma Rittmeyer zuzustimmen. Die Baukommission hat sich mit der Sache befaßt und gibt Ihnen Genehmigung anheim. Wer die Situation kennt, der wird wissen, daß der Schuppen eine große Fläche einnimmt, und daß er aus gutem Material, und zwar aus Backsteinen, erbaut ist, und ich glaube, daß die Stadt mit der Entschädigung von 1500 *M* für den Abbruch nicht schlecht fahren wird. Auch wäre es wünschenswert, daß die Flaschenbörte fest sitzenbleiben, und die Lagerhölzer aus Eichenholz repräsentieren an sich schon einen großen Wert. Die drei Weinfässer werden später, wenn wir den Keller wieder instand gesetzt haben, eine Zierde für ihn sein. Aus allen diesen Gründen bitte ich namens der Baukommission, die Genehmigung der Vorlage auszusprechen.

Die Instandsetzung der Räume und die Übernahme der Inventarstücke in der vorgeschlagenen Weise wird genehmigt.

18. Feststellung des Teilortsbauplanes für das Gelände westlich der Goslarischen Straße.

Stadtv. Rasche: Es handelt sich um das Gelände, welches seitens der Stadt erworben wurde, um dort Kleinwohnungen zu errichten. Es liegt in der Nähe der Honrothstraße, an welcher durch die Stadt bereits Kleinwohnungen gebaut sind. Für die weitere Bebauung des Geländes ist ein Bauplan aufgestellt, und es hat sich dabei ergeben, daß die Ringstraße und die übrigen Straßen in dem Gebiet eine

etwas veränderte Lage erhalten müssen. Die Straße 352 a, die nördlich des Friedhofes liegt, soll in die Görgeßstraße einmünden — das ist ein Vorschlag, der von Herrn Geheimrat Göcke gemacht ist. Es wird dadurch vermieden, daß ein spitzwinkliger Platz an der Goslarischenstraße entsteht. Auf diese Weise wird die neue Straße mit der Verbindung durch die Görgeßstraße in die Klosterstraße einmünden und zu einer Hauptstraße werden.

Sodann ist die Ringstraße weiter nach Westen verschoben, mündet auf diese Weise besser in den Rudolfsplatz ein, und die spitzwinklige Einmündung wird vermieden. Der Bruderstieg soll in Zukunft nicht mehr spitzwinklig, sondern rechtwinklig auf die Petristraße münden. Auch dies ist ein Vorschlag des Geheimrats Göcke.

Außerdem sind noch die Straßen 801 und 802 anders gelegt, damit die Aufteilung des Blocks besser möglich wird, und ferner ist für den Platz 385 b, der als Spielplatz gedacht ist, an der Ringstraße und an der Straße 354 eine Randbebauung vorgesehen, so daß die Kosten für die Herstellung des Platzes und der Straßen herabgesetzt werden, auch der Platz als Spielplatz besser abgeschlossen wird. Es entsteht dann ein freier Platz von etwa 150×92 m, so daß für den Spielbetrieb die nötige Größe erhalten bleibt.

Zu bemerken ist noch, daß die Straße 316 dicht an den Petrifriedhof herangehoben ist, so daß sie später als Zugang zu demselben dienen kann, denn es ist anzunehmen, daß der Petrifriedhof als Grünplatz bestehen bleibt. — Sonst ist nichts Besonderes zu bemerken.

Die Baukommission hat sich mit dem neuen Plane befaßt und empfiehlt Ihnen, die Neuaufstellung dieses Teilortsbauplanes zu genehmigen.

Der Feststellung des Teilortsbauplans in der vorgeschlagenen Weise wird zugestimmt.

19. Errichtung einer Pflichtfortbildungsschule betr.

Stadtv. Frede: Die Fassung dieses Punktes der Tagesordnung kann vermuten lassen, daß wir kurz vor der Errichtung der Pflichtfortbildungsschule stehen. Das wäre aber eine irrige Annahme; es handelt sich nur um Schritte, die uns diesem Ziele näherbringen sollen.

Zuletzt haben sich die Stadtverordneten mit der Pflichtfortbildungsschule im Jahre 1909 beschäftigt. In den beinahe 9 Jahren, die seitdem verflossen sind, hat die Stadtverordnetenversammlung nicht mehr Gelegenheit bekommen, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Die Gründe, die dazu geführt haben, daß das nicht geschehen ist, sind eng verbunden mit den Umständen, die vor dem erwähnten

Jahre sich geltend gemacht haben, und es ist deshalb notwendig, daß ich etwas näher darauf eingehe, damit den Herren in Kürze ein Bild gegeben wird über die Entwicklung der Angelegenheit und über das, was zu tun übrigbleibt.

Im Jahre 1900 ist die Frage der Einrichtung der Pflichtfortbildungsschule lebendig geworden besonders durch den in Berlin abgehaltenen Handwerker- und Gewerbekammertag. Es wurden bemerkenswerte Vorträge auf diesem Tage gehalten und die Folge war, daß im Jahre 1901 hier der Antrag Brückmann gestellt wurde, daß der Magistrat die Einrichtung einer Pflichtfortbildungsschule in Erwägung ziehen möchte. Magistrat und Ministerium haben sich nun in der Folge bemüht, die Sache hier in Fluß zu bringen. Es sind Beratungen veranlaßt, Vorträge gehalten und Eingaben sind in Menge gemacht. Im Jahre 1903 war die Sache so weit, daß der Magistrat dem Ministerium erklären konnte: Wir sind bereit, für alle männlichen Arbeiter unter 18 Jahren den Zwang durch Statut auszusprechen, wenn der Staat einen angemessenen Zuschuß leisten will. Die Stadt erklärte sich bereit, für die Beschaffung der Räume, ihre Heizung, Beleuchtung und Reinigung aufzukommen, es müßte ihr allerdings erlaubt werden, das angenommene Schulgeld hierfür anzurechnen. Die übrigbleibenden Kosten schlug der Magistrat vor in gleichem Maße zwischen der Stadt und dem Ministerium zu teilen. Das Ministerium war mit dieser Ordnung nicht einverstanden, sondern machte geltend, daß die Beschaffung der Räume, Heizung, Beleuchtung und Reinigung Sache der Stadt sei, und daß von den übrigen Kosten das Schulgeld abzurechnen sei, von den dann übrigbleibenden ungedeckten Kosten würde der Staat die Hälfte übernehmen. Dabei wurde vom Ministerium auf die anderen Städte des Landes hingewiesen, wogegen der Magistrat geltend machte, daß in anderen Gemeinden die Verhältnisse anders lägen als in Braunschweig, wo die Gewerbeschule mit einem Aufwande von 400 000 M eingerichtet worden war, während in den übrigen Gemeinden des Landes die Fortbildungsschulen Unterkunft in den schon bestehenden Schulräumen gefunden hätten. Außerdem müßte gegenüber den Ausführungen des Ministeriums darauf hingewiesen werden, daß, wenn hier die Zwangsfortbildungsschule eingerichtet würde, mit einem bedeutenden Mehraufwande gerechnet werden müßte, und daß ein Ausbau an die Gewerbeschule nötig werden würde. Das Ministerium ging aber hierauf nicht ein, und so blieb vorläufig die Frage des Schulgeldes außer Diskussion. Das Ministerium fragte nun an, wie hoch der Betrag geschätzt werde, der durch die Warenhaussteuer aufkommen werde, und infolgedessen mußten Erhebungen angestellt werden, wie sich die Warenhaussteuer in Zukunft gestalten würde. Es hatte sich herausgestellt, daß zwölf Firmen für diese Steuer 90 600 M aufgebracht hatten, und der Magistrat war der Meinung, daß dieser Betrag in Zukunft bestehen bleiben würde. Das Ministerium wandte sich deswegen an die Handelskammer, und diese gab das Gutachten ab, daß

die Warenhaussteuer in Zukunft beträchtlich zusammenschrumpfen würde. Das Ministerium beharrte auf seiner Ansicht wegen Verwendung des Schulgeldes, wünschte eine Kostenaufstellung über die Gewerbeschule nach ihrer Umgestaltung und drängte im übrigen auf Einführung des Zwangsbesuchs. Aber der Magistrat hat beständig und auch mit Recht darauf bestanden, daß vor Sicherstellung der Mittel von einer Einführung des Schulzwanges keine Rede sein könnte, und es wurde vorläufig der Vorschlag gemacht, daß der bisherige Zuschuß von Seiten des Staates geleistet werden solle. Unterdessen sollten Verhandlungen mit den Beteiligten über den Entwurf eines Statuts zur Einführung der Pflichtfortbildungsschule eingeleitet werden. Das Ministerium ist hierüber nicht erbaut gewesen und meinte, daß trotz alledem wohl der Zwang durchgeführt werden könne. Es ist dann der Entwurf eines Ortsstatuts von Herrn Stadtrat von Franckenberg fertiggestellt, ebenso eine Kostenberechnung, über die ich aber nicht weiter berichten kann, weil sie später in veränderter Form auftritt und maßgebend für uns nur die letzte Aufstellung sein kann. Das Ortsstatut ist dann der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt, und am 12. November 1909 hat Herr Meyerhoff in dieser Saale darüber berichtet. Das Statut wurde mit geringen Änderungen angenommen und dem Magistrat überlassen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens festzusetzen. Zwar glaubte der Magistrat, daß am 1. April 1910 die Einrichtung der Pflichtfortbildungsschule wohl getroffen werden könne, aber das hat sich nicht ermöglichen lassen. Das wiederholte Ersuchen des Magistrats an das Ministerium um eine bindende Zusage über die Beteiligung des Staates an den Kosten der Schule führte wiederum zu keinem Ergebnis. Das Ministerium sagte: Gewiß, wir wollen die Sache so machen, wie wir früher besprochen haben, nämlich: wir wollen uns mit der Stadt in die ungedeckten Kosten zu gleichen Teilen teilen, nachdem der Magistrat für die Räume, ihre Reinigung, Beleuchtung und Heizung gesorgt hat, aber das alles vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages. Der Magistrat sagte sich nun: Wenn jedesmal der Landtag seine Einwilligung zur Zahlung des staatlichen Kostenanteils geben soll, so ist zu befürchten, daß die staatlichen Mittel für die Pflichtfortbildungsschule einmal beschränkt werden, oder daß sie überhaupt nicht bewilligt werden, und dagegen müssen wir uns bei diesem Unternehmen, das unsere Mittel so stark in Anspruch nimmt, schützen. Es hat dann schließlich der Magistrat zugestimmt, das Schulgeld so zu verwenden, wie es das Ministerium gewünscht hatte; er hat also auf seine frühere Forderung wegen des Schulgeldes verzichtet und hat den Vorschlag gemacht, es möge das Ministerium allgemein, nicht nur für die Stadt Braunschweig, die Mindesthöhe des für die Fortbildungs- und Gewerbeschule des Herzogtums verfügbaren Gesamtbetrages durch eine Vereinbarung mit der Landesversammlung feststellen dergestalt, daß diese Festsetzung nicht der jedesmaligen Bewilligung des Landtags bedarf. Betreffs des Lehrplans der Fortbildungsschule

wollte das Ministerium noch wissen, ob es mit ihm einverstanden sein könne, nämlich ob er sich einfüge in den Rahmen dessen, was das Ministerium für die Fortbildungsschulen des Landes für nötig hält. Auf den Vorschlag des Magistrats hat das Ministerium erwidert, daß die Regelung in der Weise, daß ein bestimmter Vertrag für alle Gemeinden ausgeworfen würde, allerdings ein Ausweg sei, Voraussetzung aber sei wieder, daß die Anstalt sich innerhalb des Rahmens halte, den das Ministerium für derartige Schulen aufgestellt habe.

Nun sind die Verhandlungen noch hin und her gegangen, und so ist dann schließlich das Jahr 1912 herangekommen, in dem das Ministerium gefragt hat, wie weit die Sache gediehen sei. Der Magistrat hat auf eine Vorlage hingewiesen, die beabsichtigt war, den Stadtverordneten am 1. Februar 1912 zugehen zu lassen. Diese Vorlage ist den Stadtverordneten nicht zugegangen. Es erhellt aus den Akten, daß die vereinigte Schul- und Finanzkommission sich mit dieser Vorlage befaßt hat und ebenso auch mit den Anträgen der Herren Steinbrecher und Niese, die derzeit gestellt waren und dahin gingen, daß eine allgemeine Fortbildungsschule für alle männlichen und weiblichen Personen unter 18 Jahren eingerichtet werde. Die vereinigten Kommissionen haben bei Besprechung dieser Anträge gefordert, daß eine Kostenaufstellung erfolgen möge für den geletzten Fall, daß 1. alle Jugendlichen, männlichen und weiblichen Geschlechts, 2. nur die den gewerblichen Ständen angehörigen Jugendlichen zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet seien. Es mußten insolgedessen wieder ziemlich zeitraubende Aufstellungen erfolgen, und das Ergebnis ist nun das, welches ich Ihnen jetzt in aller Kürze vortragen möchte. Ich gebe nur die Schluszzahlen, denn selbst wenn man wenige Zahlen nennt, ist es damit für die Hörer doch ein mißliches Ding: man behält sie nicht im Kopfe. Die Herren müssen doch aber eine Übersicht bekommen, wieviel wir als Beihilfe erwarten müssen. Es hat sich herausgestellt, daß, wenn alle männlichen und weiblichen Personen unter 18 Jahren zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet werden, eine durchschnittliche Aufwendung von 160 000 *M* für die Fortbildungsschule erforderlich ist — nicht für die Gewerbeschule, die kommt für sich —, und daß, wenn die Grundsätze, über die sich der Magistrat und das Ministerium geeinigt haben, zur Geltung kommen, staatlicherseits für diesen Fall ein Zuschuß von 67 000 *M* erwartet werden darf, so daß die Stadtkasse zu decken hat 90 573 *M*, gegenüber der damaligen Aufwendung im Jahre 1913 von 57 483 *M*. Kommen nur gewerbliche männliche und weibliche Personen in Betracht, so stellt sich die Gesamtaufwendung auf rund 120 000 *M*, und der Staatszuschuß, der erwartet wird, auf 52 900 *M*. Die Stadt hat aufzubringen 67 000 *M*. Es bedeutet das ein Mehr von 34 000 *M* gegenüber 1913. Es ist dann auch für die gewerblichen männlichen Personen eine besondere Aufstellung gemacht, die hier aber nicht in Frage kommt.

Die Kosten für die Gewerbechule würden sich nach der Reorganisation so stellen, daß an Ausgaben 77 000 *M* zu rechnen sind, an Schulgeldbeinnahmen 11 100 *M*. Das ergibt einen Fehlbetrag von 65 900 *M*, und der staatliche Zuschuß würde sich auf 18 500 *M* belaufen, so daß die Stadt 47 400 *M* zu tragen hätte. Das ist etwas weniger als vorher und liegt darin begründet, daß ein großer Teil von Schülern an die Fortbildungsschule abgegeben ist.

Der Magistrat hat in der Vorlage vom 1. Februar 1912, gebeten, sich damit einverstanden zu erklären, „daß der Magistrat mit dem Herzoglichen Staatsministerium im Sinne der vorstehenden Ausführungen — es sind in kurzem die Ausführungen, die ich eben gemacht habe — wegen der Zuschußhöhe und wegen der Einführung des Besuchszwanges bei der Fortbildungsschule weiter verhandelt“. Die Grundsätze, die der Magistrat während seiner Verhandlungen mit dem Ministerium geltend gemacht hat, sind von der Finanzkommission und der Schulkommission durchaus gebilligt, und ich habe Sie zu ersuchen, daß Sie sich dieser Ansicht der vereinigten Kommissionen anschließen und sich ferner auch damit einverstanden erklären, daß der Magistrat die Verhandlungen weiterführt. Es können jetzt keine großen Differenzen mehr auftreten, denn die Frage der Verwendung des Schulgeldes ist durch das Zugeständnis des Magistrats erledigt. Die Beteiligung des Staates an der Tragung der Kosten ist auch im Einvernehmen mit dem Magistrat grundsätzlich gelöst, so daß von den ungedeckten Kosten der Staat die Hälfte zu tragen hat. Nur möchte der Magistrat nicht, daß es dem jeweiligen Ergebnis der Abstimmung im Landtage überlassen bleibt, ob der Zuschuß gezahlt oder am Ende zuungunsten der Stadt gekürzt werden soll. Er will erreichen, daß durch Verhandlungen der Regierung mit dem Landtage eine feste Grundlage für die Bemessung des staatlichen Zuschusses geschaffen werden soll in der Weise, wie ich eben geschildert habe.

Ich bitte Sie, sich der Meinung der Schul- und Finanzkommission anzuschließen. Wir haben die Hoffnung und den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß zum 1. April 1919 dann endlich die allgemeine Pflichtfortbildungsschule ins Leben tritt.

Stadtv. Munte: Meine Herren! Ich wollte den Worten des Herrn Voredners nur hinzufügen, daß es nicht nur die Finanzkommission, sondern die Finanzkommission und die Schulkommission ist, die die Bitte an Sie richten, den Antrag des Magistrats anzunehmen. Es war vorgesehen, daß auch ich über die Vorlage berichten sollte, aber es war mir von vornherein klar, daß, nachdem Herr Frede das Referat übernommen hatte, ein zweites Referat nicht nötig sein würde, und Sie werden aus dem Vortrage des Herrn Frede ersehen haben, daß meine Vermutung richtig ist. Wenn ich noch etwas Neues über die Vorlage berichten

sollte, so wäre ich dazu nicht in der Lage, noch dazu, da ich keine Gelegenheit hatte, die Affen durchzusehen; ich habe sie erst heute nachmittag zum ersten Male in der Hand gehabt.

Stadtrat von Frankenberg: Meine verehrten Herren! Nach dem Überblick, den Ihnen der Herr Berichterstatter gegeben hat, werden Sie zu der Überzeugung gelangt sein, daß es ein sehr bedeutsamer Schritt ist, um den es sich in Ihrem heutigen Beschlusse handelt, daß es aber auf der anderen Seite nur ein vorbereitender Schritt ist. Es versteht sich von selbst, daß in bezug auf die Geldbewilligung wie in bezug auf das Statut und die Abgrenzung des Kreises der Besuchspflicht die Stadtverordnetenversammlung demnächst wieder gehört werden wird. Es ist ja dadurch, daß jetzt in Aussicht genommen wird, die Besuchspflicht zu erweitern, dasjenige, was früher in dem Statutenentwurf von den geehrten Herren beschlossen war, überholt worden. Wir haben in der Kriegszeit zugelehrt, haben uns überzeugen müssen, daß auch für einen weiteren Personenkreis, vielleicht auch für die weibliche Jugend, die Besuchspflicht sehr wünschenswert ist, und werden dementsprechend später mit Vorlagen an die geehrten Herren herantreten. Sie sehen aus dem Wunsche, der vom Magistrat der vereinigten Finanz- und Schulkommission übermittelt war, die Sache jetzt wieder in Fluß zu bringen, daß wir eifrig bestrebt sind, auf diesem wichtigen Gebiete eine Lücke auszufüllen, die in der Stadt Braunschweig noch zu beobachten war. Ich glaube sagen zu können: Wir haben mehr und mehr die Überzeugung gewonnen, daß für unseren Nachwuchs, von den Säuglingen an bis zu den jungen Leuten, so viel als irgend möglich geschehen muß, um die Schäden, die durch den Krieg im deutschen Volke und auch in unserer Einwohnererschaft hervorgerufen sind, zu beseitigen. Ich hoffe, daß die nicht einfachen Verhandlungen mit dem Ministerium, in dem man der Einführung der Fortbildungsschulpflicht ein sehr warmes Interesse entgegengebracht hat, bald zum Abschluß kommen. Ich hoffe auch, daß die Wünsche, die wir nicht für die Stadt Braunschweig allein, sondern für das ganze Herzogtum in bezug auf die Festlegung der Grundsätze für die staatlichen Zuschüsse zur obligatorischen Fortbildungsschule aussprechen, Annahme im Landtage finden. Wenn wir dann am 1. April nächsten Jahres die allgemeine Besuchspflicht einführen, so wird sich das natürlich nur zu beziehen haben auf die dann aus der Schule zu Entlassenden, so daß die Schule staffelweise von Jahr zu Jahr sich aufbaut und nicht sofort der Besuchszwang für alle jungen Leute bis zum 18. Lebensjahre beginnt. Im übrigen sind die Voraussetzungen für die Durchführung der geplanten Pflichtfortbildungsschule bei uns insofern besonders günstig, als wir bei den Bürgerschulen in unserem Schuldirektor, wie auch bei der Fortbildungs- und der Gewerbeschule in der Person des Fortbildungsschulinспекtors und des neuen Gewerbeschuldirektors Persönlichkeiten

haben, von denen wir überzeugt sein dürfen, daß sich das Zusammenarbeiten der Bürgerschulen, der Fortbildungsschule und der Gewerbeschule sachgemäß gestalten wird.

Stadtv. Salomon: Ich kann nicht umhin, meiner Genugtunung Ausdruck zu geben, daß jetzt endlich die Sache der Fortbildungsschule zum Abschluß kommen soll. Wenn irgend eine Materie gründlich behandelt und erwogen ist, so glaube ich, ist es die Frage der Pflichtfortbildungsschule insbesondere für die Stadt Braunschweig gewesen; wir haben ja vernommen, daß die Verhandlungen sich durch mehr als ein Jahrzehnt erstreckt haben. Meiner Überzeugung nach wird die Frage jetzt aber auch geradezu brennend, denn die Verhältnisse unter unserer Jugend sind durch den Krieg wesentlich verändert, und es ist eine dringende Notwendigkeit, daß die schulentlassenen Knaben — und ich füge gleich hinzu: ebenso wichtig ist es auch für die schulentlassenen Mädchen — unter den Fortbildungsschulzwang und damit unter eine verständige pädagogische Führung gebracht werden, damit ihr Interesse in solche geistige Bahnen gelenkt wird, die sie abziehen von verderbenbringenden Pfaden. Die Pflichtfortbildungsschule ist jetzt eine dringende Notsache geworden, und ich kann wohl sagen, daß ich den Termin des 1. April nächsten Jahres für den alleräußersten für die Einführung der Pflichtfortbildungsschule halte, wenn möglich — ich hebe das ausdrücklich noch einmal hervor — gleich für beide Geschlechter. Meine Herren, es handelt sich hier um eine Arbeit. Wie schwer es ist, Versäumtes nachzuholen, das zeigt das Beispiel des Königreichs Sachsen. Dort besteht schon seit langem die Pflichtfortbildungsschule für Knaben, und jetzt sieht man ein, daß der Krieg sie auch für die Mädchen notwendig macht. Die zweite Kammer in Sachsen ist drauf und dran, dafür zu sorgen, daß die Mädchen jetzt nachkommen, aber es stellen sich allerhand Schwierigkeiten heraus, weil man nicht gleich beide Schularten organisch verbunden hat. Ich glaube, wir gehen diesen Schwierigkeiten durch gleichzeitige Einführung der Pflichtfortbildungsschule für Knaben und Mädchen aus dem Wege, erhöhen dadurch allerdings die Kosten, aber wir schaffen damit einen Segen für unsere heranwachsende Jugend, und für sie soll und darf uns nichts zu teuer sein.

Stadtv. Wesemeier: Ich höre wohl die Botenschaft, daß die Pflichtfortbildungsschule am 1. April 1919 endlich in Kraft treten soll, allein ich muß gestehen: nach den jahrelangen Erfahrungen, die wir in dieser Sache gemacht haben, fehlt mir der Glaube daran. Die Geschichte der Einführung der Pflichtfortbildungsschule ist jedenfalls eines der traurigsten Kapitel in der Verwaltung der Stadt Braunschweig, und Herr Frede irrte, wenn er sagte, daß wir uns im Jahre 1909 zuletzt mit der Frage beschäftigt haben. Immer wieder haben wir uns bei den Etats-

beratungen damit beschäftigt, und immer wieder hörten wir von Herrn Stadtrat von Frankenberg das tröstende Wort: Warte nur, balde! Dieses „Warte nur!“ hat sich, von Jahr zu Jahr wiederholt, immer wieder durch unsere Verhandlungen, hindurchgezogen, und trotzdem haben wir heute noch nicht, was wir wünschen, und das ist beschämend für Braunschweig. Ich behaupte: Es gibt in Deutschland keine Stadt von einem Viertel der Größe Braunschweigs, die nicht die Pflichtfortbildungsschule hat. Dieser Mangel der Pflichtfortbildungsschule bei uns ist ein trauriges Zeichen für die Rückständigkeit der Stadt; das muß hier ausgesprochen werden. Seit zehn Jahren ist es nicht möglich gewesen, trotz der Anträge des Magistrats, mit dem Ministerium über diese Kosten für Kulturzwecke, für die Bildung unserer Jugend in Übereinstimmung zu kommen. Lumpige 160 000 M sind es, die bei der Einführung der Pflichtfortbildungsschule für männliche und weibliche Personen notwendig sind, und schon heute wieder hören wir die bremsenden Worte des Herrn Stadtrats von Frankenberg: „V i e l l e i c h t wird es möglich sein, auch für die weibliche Jugend die Pflichtfortbildungsschule einzurichten.“ Ich sage: Es muß möglich sein, und zwar nicht nur für die gewerbliche Jugend, sondern die gesamte Jugend, Knaben sowohl als Mädchen, die der Schule entwachsen ist, muß der Pflichtfortbildungsschule zugeführt werden. Das ist eine soziale Pflicht der Stadt, der man sich nicht entziehen darf. Es ist beschämend für uns, daß diese 160 000 M nicht vorhanden sind, während wir heute so ungeheure Summen für unkulturelle Zwecke auszugeben verpflichtet sind. Ich glaube diesem Worte nicht, daß die Pflichtfortbildungsschule Ostern 1919 ins Leben treten wird, aber ich würde mich freuen, wenn es dennoch geschähe, denn wir waren immer die ärgsten Dränger nach der Fortbildungsschule. Es ist ja unangenehm für den Magistrat, wenn er sagen muß: „Der Staat ist verpflichtet, mit zu zahlen, er leistet aber nicht, was man von ihm verlangen kann“, aber an dieser winzigen Summe die ganze Sache so lange scheitern zu lassen, immer nur hören zu lassen „Warte, balde!“, das ist traurig. Ich hoffe allerdings, daß es am 1. April 1919 zur Einführung der Pflichtfortbildungsschule kommt, aber ich glaube noch nicht daran.

Stadtv. Steinbrecher: Wenn wir auch auf dem Standpunkte stehen, daß eigentlich der Staat die Pflicht hat, die Pflichtfortbildungsschule zu unterhalten, so würde es doch notwendig sein, wenn wieder die Verhandlungen mit dem Ministerium nicht zu dem gewünschten Resultat führten, auf alle Fälle durch die Stadt die Sache in Gang zu bringen. Als ich im Jahre 1912 den Antrag stellte, daß auch den weiblichen und den ungelernten jugendlichen Kräften, überhaupt allen jugendlichen Arbeitern die Pflicht des Fortbildungsschulbesuches auferlegt werden sollte, da war der Widerstand größer als in der jetzigen Beratung der Schul- und Finanzkommission. Gestern haben sich alle Mitglieder dieser beiden Kommissionen auf

den Standpunkt gestellt, den Kollege Wesemeier verlangt, daß es unbedingt notwendig ist, daß auch die weiblichen Kräfte zum Besuch der Pflichtfortbildungsschule gezogen werden. Natürlich sollte die Ausführung in der Weise geschehen, daß für die weibliche Jugend in den Vordergrund tritt der Haus-haltungsunterricht und was sonst die jungen Mädchen in ihrer Ausbildung be-fördert. Es wäre tatsächlich zu bedauern, wenn wir mit der Pflichtfortbildungs-schule dasselbe wie mit dem Bahnhofsbau erleben müßten, daß ihre Einführung immer wieder hinausgeschoben wird. Nach der Stellung aber, die sowohl der Herr Oberbürgermeister wie auch die anderen Herren zu der Frage jetzt einnehmen, kann man doch sagen, daß etwas mehr Dampf dahintergesetzt werden soll. Der Herr Oberbürgermeister äußerte die Ansicht, daß auch die weiblichen ungelerten Kräfte, die Dienstmädchen usw., der Pflichtfortbildungsschule zugeführt werden sollten, und Herr Stadtrat von Frankenberg erwähnte auch die kaufmännische Jugend. Ebenso ist die Stadtverordnetenversammlung einmütig für das, was Herr Wesemeier ausführte. Wenn das der Fall ist, dann müßte doch das Ministerium helfen, eine derartige Einrichtung zu schaffen, indem es die Mittel zur Verfügung stellt. Herr Wesemeier hat ganz richtig ausgeführt, daß zu anderen Zwecken, die gar nicht in Verbindung mit der Kultur stehen, Geld in ungeheurem Maße ge-schaffen werden müsse, aber wenn es sich um 160 000 M handle, wolle die Sache nicht vom Fleck gehen. Aber ich kann feststellen, daß ein Umlernen stattgefunden hat, daß jetzt allgemein die Ansicht vertreten ist, daß alle Jugendlichen, auch die Mädchen, der Pflichtfortbildungsschule zugeführt werden müssen, und ich bin der festen Meinung, daß es nächste Ostern zur Einführung der Pflichtfortbildungs-schule kommt.

Stadtrat von Frankenberg: Wenn Herr Wesemeier gemeint hat, der Zustand, der darin liegt, daß bisher nicht die Besuchspflicht der Fortbildungsschule ein-geführt ist, sei für uns beschämend, und wenn er insbesondere meiner Hoffnung, zum 1. April nächsten Jahres die Besuchspflicht eingeführt zu sehen, grundsätzliche Zweifel entgegengesetzt hat, so will ich mit Herrn Wesemeier nicht darüber streiten, wie groß sein Empfinden für Wahrscheinlichkeiten in der städtischen Entwicklung ist. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß in diesem Falle den Magistrat und auch das Herzogliche Staatsministerium ein Vorwurf nicht treffen kann, daß die Ver-handlungen jetzt vier Jahre lang geruht haben. Das Zartgefühl, das ich der hoch-geehrten Versammlung entgegenbringe, verhindert mich, hier darzulegen, an welcher Stelle das Hemmnis gelegen hat. Das Hemmnis lag nicht beim Magistrat, aber es ist müßig, darüber zu streiten, wo es zu finden ist, und sich gegenseitig Vorwürfe zu machen. Wichtig ist, daß wir uns vereinigen und das gutzumachen suchen, was im Laufe der Jahre versäumt ist, und dazu bietet der Vorschlag der vereinigten

Kommissionen die beste Grundlage. Ich habe mich in der Kommission schon dahin ausgesprochen, daß ich durchaus für Einbeziehung der allgemeinen Jugend in die Fortbildungsschulpflicht bin, daß nicht nur die gewerbliche, sondern auch die übrige Jugend, zum Beispiel die in den freien Berufen, die Anwaltschreiber, die Gärtnerei-lehrlinge usw., von der Besuchspflicht zu erfassen sein würden, und daß es zweckmäßig sein würde, auch die weibliche Jugend mit zu ergreifen. Daß die Kosten demnächst über das, was vor vier Jahren in mühevollen Berechnungen ermittelt worden ist, hinausgehen werden, wird die Herren nicht wundernehmen, wird sie aber auch nicht erschrecken, denn sie werden überzeugt sein, daß dieser Schritt getan werden muß. Allerdings wird bei den Verhandlungen, die wir mit dem Ministerium zu führen haben, bei dessen sehr lebhaftem Interesse für diese Frage mit dem Entgegenkommen des Ministeriums zu rechnen sein, und es ist gewiß müßig und würde auch die Stellung des Magistrats bei diesen Verhandlungen nicht erleichtern, wenn jetzt schon gesagt werden sollte, was zu geschehen hätte, wenn das Ministerium auf unsere Wünsche nicht eingehen würde. Ich halte es für selbstverständlich, daß, nachdem das Ministerium von unserer Seite diese weitgehende Zusage erfahren hat, nunmehr die Verständigung erfolgt, zumal die staatlichen Finanzen in unserem Herzogtum im Augenblick keineswegs ungünstig bestellt sind.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Magistrat über den besprochenen Gegenstand im Sinne der Vorlage vom 1. Februar 1912 mit dem Ministerium weiter verhandelt.

20. Erhöhung des Zuschusses für den Ausschuß der Waldspiele.

Stadtv. Ohlendorf: Der Ausschuß für die Waldspiele hat an den Stadtmagistrat einen Bericht gesandt, aus dem hervorgeht, daß die vorjährige Rechnung mit einem Fehlbetrage von 1649,85 *M* abschließt. Die Mehrkosten gegenüber den früheren Jahren sind einmal dadurch entstanden, daß bedeutend mehr Kinder an den Ausflügen nach dem Pechlumerholze teilgenommen haben, andererseits dadurch, daß die Kosten für Milch und Haferstrohen erheblich gestiegen sind. Der Ausschuß für Waldspiele bittet, ihm zu dem üblichen Zuschuß noch einen weiteren bewilligen zu wollen. Der Magistrat schlägt vor, im laufenden Jahre und für die Folge bis auf weiteres den Zuschuß für die Waldspiele aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen von 750 *M* auf 1500 *M* jährlich zu erhöhen. Die Finanzkommission schließt sich dem Antrage des Magistrats an, da die Sache eine gute und im Hinblick auf die soziale Bedeutung der Unterstützung wert ist. Ich habe den Auftrag, Sie im Namen der Finanzkommission zu bitten, die Erhöhung des Zuschusses zu bewilligen.

Die Versammlung bewilligt die Erhöhung des Zuschusses.

21. Bereitstellung eines Betrages für die Förderung der Säuglingsfürsorge.

Stadtv. Roeschigt: Für die Säuglingsfürsorge sind von seiten der Stadt im Laufe der letzten Jahre nicht unerhebliche Aufwendungen gemacht, für die in der Hauptsache der Vorstand der Jüdelstiftung die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt hat. Daneben sind gelegentlich auch von anderer Seite Zuschüsse geleistet, so daß es bisher möglich gewesen ist, ohne die städtischen Kassen und die Steuerkraft der Einwohner in Anspruch zu nehmen, dem Bedarf zu genügen. Im Stadthaushaltsplane und dessen Abrechnungen treten also diese Posten nicht in die Erscheinung.

Im Jahre 1917/18 betrugen die Einnahmen für Säuglingsfürsorge und verwandte Zwecke insgesamt 11 418,50 *M.* Dieser Einnahme stand eine Ausgabe von 7576,35 *M.* gegenüber, der ins laufende Rechnungsjahr übernommene Bestand beträgt folglich 3842,15 *M.* Da es sich um fortlaufend wiederkehrende Anforderungen handelt, deren Bedeutung für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und für die Kräftigung eines gesunden Nachwuchses keine nähere Erläuterung bedarf, so hält es der Magistrat für ratsam, alljährlich aus den Mitteln der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen zu den Zwecken der Säuglingsfürsorge einen entsprechenden Betrag verfügbar zu machen. Er empfiehlt, diesen Betrag einstweilen auf 6000 *M.* zu bestimmen, wobei damit gerechnet wird, daß auch fernerhin der Landesverein für Säuglingsfürsorge, die Jüdelstiftung und andere Stellen die städtische Veranstaltung für die Erhaltung und Pflege der Neugeborenen nach Möglichkeit fördern wird.

Demnach richtet der Magistrat an die geehrten Herren das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß im laufenden Jahre aus dem Vorratsvermögen der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen ein Betrag von 6000 *M.* zur Förderung der Säuglingsfürsorge bereitgestellt wird. Die Finanzkommission gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Stadtrat von Frankenberg: Damit kein Irrtum nach außen hin aufkommt, kann ich darauf hinweisen, daß neben dieser Bewilligung diejenigen Mittel, die von den geehrten Herren früher schon für ähnliche Ausgaben für die Säuglingsfürsorge aufgewandt sind, unverändert weiter zahlbar sein würden, insbesondere der Betrag von 3000 *M.*, den wir dem im Herbst neu gegründeten Braunschweigischen Landesverein für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge zugewendet haben, und der für Schaffung der Mutteranstalt eines Säuglingsheims mit bestimmt war, sowie der Betrag für die Kaiser-Wilhelm-Spende zur Schaffung von Milch für Säuglinge, und außerdem eine Reihe von anderen Aufwendungen, die durch die städtischen Kassen gehen. Wir möchten gern, daß wir durch diese 6000 *M.*, die heute zu be-

willigen Ihnen empfohlen wird, eine gesicherte Grundlage gewinnen, so daß wir nicht immer die für andere Zwecke angerufene Zübelstiftung in Anspruch zu nehmen genötigt sind.

Ich möchte bei der Gelegenheit darauf hinweisen, daß seit gestern die Säuglingsfürsorge für Schlesien, die wir aus dem rühmlichst bekannten Kaiserin-Augusta-Viktoria-Haus in Berlin-Schöneberg haben kommen lassen, ihr Amt angetreten hat, und daß durch sie in Verbindung mit den Armen- und Waisenspflegerinnen, der Schulpflegerin und der Wohnungspflegerin der Säuglingsfürsorge neue gedeihliche Bahnen eröffnet werden.

Daß wir außerdem in der Fürsorge für Kleinkinder und für hoffende Frauen und stillende Mütter auf der Bahn weitergegangen sind, die von den geehrten Herren als richtig anerkannt wurde, werden Sie mit Befriedigung hören. Wir haben in den letzten Monaten regelmäßig für Säuglinge, hoffende Frauen und stillende Mütter monatlich ein Pfund Grieß und ein Pfund Kinder-Verstärkmehl bereitstellen können.

Der Betrag für die Säuglingsfürsorge wird bewilligt.

22. Beteiligung der Stadt an der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft.

Stadtv. **Tebbenjohannis**: Als im Januar dieses Jahres dem Landtage die Vorlage zur Förderung des Siedelungs- und Wohnungswezens zugegangen war, hat sich auch in weiten Kreisen der Stadt Braunschweig eine lebhafte Freude darüber gezeigt, daß auch in dem braunschweigischen Lande ein Unternehmen geschaffen werden solle, wie es in Preußen und anderen Bundesstaaten schon geschehen war, um gesunde Wohnungen zu schaffen für Arbeiter, Beamte, Angehörige des privaten Mittelstandes und besonders Siedelungen für heimkehrende Krieger, Kriegsbeschädigte und deren Witwen. Der Landtag hat seinerzeit beschlossen, dem Herzoglichen Staatsministerium eine Million Mark für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen, und das Ministerium hat angeordnet, daß davon 500 000 M für die Siedlungsgesellschaft bereitgestellt werden sollten, während 200 000 M als ein Sicherungsfonds für den Schutz der zweiten Hypotheken gedacht waren. Die letzten 300 000 M sollten anderen Zwecken zugewandt werden. Es ist in Aussicht genommen, für dieses Siedelungsunternehmen eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu bilden, und für diese ist ein Kapital von mindestens 1¼ Millionen Mark vorgesehen. Davon wollte, wie ich eben ausgeführt habe, die Staatsregierung 500 000 M beitragen. Außerdem war angenommen, daß die Städte und Gemeinden einen Betrag von 300 000 M zusteueren, daß die Industrie und der Handel ebenfalls einen Beitrag von 300 000 M aufbrächten, und die Handelskammer, die Landwirtschaftskammer, die Landesversicherungsanstalt, die Ortskrankenkassen, die

Braunschweiger Baugenossenschaft je 20 000 *M*, der Verband ländlicher Wirtschaften 30 000 *M*. Es hat sich auch Seine Königliche Hoheit der Herzog bewogen gefunden, für diesen Zweck 20 000 *M* zu bewilligen. Letzten Endes schien es auch geboten und wünschenswert, an eine Reihe von Privatleuten heranzutreten, um das an sich außerordentlich segensreiche Unternehmen auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen und das Interesse dafür in weite Kreise zu tragen. In letzter Beziehung sind die Bemühungen, wie ich konstatieren kann, auf recht fruchtbaren Boden gefallen, so daß nennenswerte Summen auch von dieser Seite gezeichnet sind.

Für die Summe von 300 000 *M*, die von den Städten und Gemeinden aufgebracht werden soll, ist seitens der Regierung vorgeschlagen, folgenden Verteilungsmodus anzuwenden: Es soll für je 1000 Einwohner ein Betrag von 500 *M* bereitgestellt werden, so daß auf die Stadt Braunschweig ein Betrag von 75 000 *M* fallen würde. Der Magistrat schlägt demgemäß in der Ihnen zugewandten Vorlage vor, diese Summe zur Beteiligung der Stadt als Mitglied der Braunschweigischen Siedelungsgesellschaft zur Verfügung zu stellen. Er bittet ferner, wie aus der Vorlage hervorgeht, ihn zu ermächtigen, daß ihm die Entscheidung darüber zusteht, ob die Fassung des Satzungsentwurfes für die Siedelungsgesellschaft stadtseitig gutzuheißen sei. Der Satzungsentwurf bestimmt in seinem § 2 als Zweck des Unternehmens:

a) 1. Ansiedelung von Arbeitern, Handwerkern, Angestellten und Beamten in den Gemeinden und Städten des Herzogtums.

2. Gelegentliche Schaffung neuer bäuerlicher Stellen in den Landgemeinden.

3. Förderung und Befestigung des mittleren und kleinen Grundbesitzes auf dem Lande durch Regelung der Schuldverhältnisse und Förderung gemeinschaftlicher Einrichtungen (Ausstattung der Gemeinde mit Grundbesitz und sonstige ländliche Wohlfahrtspflege).

b) Erwerb von Hypotheken und Grundstücken, Vermittlung von Hypotheken und Grundstücksverkäufen, sowie sonstige Geschäfte zur Durchführung und Unterstützung der Aufgaben unter a. Ansiedelung von Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen von Kriegern und Kriegsteilnehmern ist besonders zu begünstigen.

In § 4 ist festgesetzt, daß der Staat sich vorbehält, für den zu bildenden Aufsichtsrat drei Mitglieder vorzuschlagen, und nach § 8 steht dem Staatsministerium ein Einspruchsrecht zu gegen Beschlüsse des Aufsichtsrats, der Gesellschaftsversammlungen, sowie gegen Handlungen der Geschäftsführer, welche die Verwirklichung des Gesellschaftszweckes nach Ansicht des Ministeriums gefährden. Alle übrigen Punkte betreffen mehr oder weniger die gesetzlichen Bestimmungen.

Meine Herren! Dieses Unternehmen ist, wie es wohl von mir nicht weiter ausgeführt zu werden braucht, von außerordentlicher sozialer und patriotischer Bedeutung. Es ist auch zweifellos als ein Akt der Dankbarkeit gegen die anzusehen, die heute im Felde stehen, so daß man annehmen darf, daß auch in unserer Versammlung es nicht einen einzigen geben wird, der den Vorschlägen des Magistrats seine Zustimmung nicht geben würde. Der Magistrat gibt anheim, genehmigen zu wollen, daß sich die Stadt Braunschweig an der Braunschweigischen Siedelungsgesellschaft als Mitglied mit einem Kapital von 75 000 *M* beteiligt.

Nach Ansicht des Magistrats dürfte es sich empfehlen, die Summe einstweilen aus den für Kriegszwecke angeliehenen Mitteln zu entnehmen, jedoch beim Freiwerden eines oder mehrerer Kapitale des Vermögens der Stadt oder des Kreiskommunalverbandes diese zu dem fraglichen Zwecke zu verwenden.

Erfreulicherweise wird in der Vorlage weiter ausgeführt, daß die *F ü d e l - s t i f t u n g* sich bei dieser Gelegenheit wieder in hochherziger Weise bereit erklärt hat, für die Beschaffung der zweiten, das heißt nicht mündelsicheren Hypotheken, soweit es sich um Schaffung von Heimstätten für Kriegsbeschädigte handelt, sofort eine Summe von 150 000 *M* aus Abteilung II der Stiftung zur Verfügung zu stellen und im Bedarfsfalle auch später in gleicher Weise zu helfen. Für die aus diesen Mitteln vorzuleihenden Einzeldarlehen, die in der Regel 2000 bis 3000 *M* betragen werden, verlangt die Stiftung keine Zinsen, sondern nur eine Tilgung durch mäßige, von Fall zu Fall festzulegende Abträge, so daß anzunehmen ist, daß die Erbauung von Eigenheimen bei der erheblichen Unterstützung, die ihnen auch durch Beleihung vom Leihhause zusteht, recht viel Gebrauch gemacht wird. Anderen Bewerbern als Kriegsbeschädigten können zweite Hypothekendarlehen aus der *Füdelstiftung* nur dann gewährt werden, wenn für diese Hypotheken die Heimatgemeinde die Bürgschaft übernimmt.

Namens der Finanzkommission bitte ich Sie, dem Vorschlage des Magistrats auf Beteiligung der Stadt an der Braunschweigischen Siedelungsgesellschaft mit einem Betrage von 75 000 *M* zuzustimmen.

Dem Antrage der Finanzkommission gemäß wird der Beitritt zur Siedelungsgesellschaft beschlossen.

23. Errichtung einer Stiftung „Kinderlegen“.

Stadtv. Dr. **Landauer**: Meine Herren! Die Vorlage über die Errichtung der Stiftung mit dem schönen Namen „Kinderlegen“ ist Ihnen allen zugegangen, und ich glaube, mir deshalb eine eingehende Begründung schenken zu können.

Schon vor dem Kriege hat sich in Deutschland eine bedenkliche Abnahme des Geburtenüberschusses erwiesen, und die Gefahr, die dadurch für unsere Bevölkerung

erwächst, hat sich im Kriege noch wesentlich vergrößert einmal dadurch, daß zahlreiche Männer ihr Leben für das Vaterland haben lassen müssen, und ferner dadurch, daß die Kosten der Lebenshaltung gewachsen sind und damit die Aufbringung der Kosten für Erhaltung einer zahlreichen Familie erschwert ist. Der Stadtmagistrat hat sich deshalb schon verschiedentlich mit der Frage beschäftigt, wie den von Seiten der Stadt angestellten Beamten, Lehrern und Arbeitern die Aufbringung der Kosten bei Vorhandensein einer zahlreichen Familie erleichtert werden kann. Es ist erwogen worden, ob es möglich ist, die Entlohnung darnach abzustufen, daß man sie für Väter von zahlreichen Kindern höher bemißt als für solche Angestellte, die keine oder wenig Kinder zu ernähren haben. Es hat sich aber herausgestellt, daß eine derartige Abstufung nicht möglich ist, denn nach den heutigen Grundsätzen erfordert die gleiche Arbeit auch eine gleiche Entlohnung. Da ist der Magistrat auf den sehr guten Gedanken gekommen, zur Unterstützung kinderreicher Familien eine Stiftung zu errichten. Es ist in Aussicht genommen, die Stiftung vorerst mit einem Kapital von 50 000 *M* auszustatten und aus den Erträgen dieses Kapitals solchen städtischen Angestellten, die eine kinderreiche Familie zu unterhalten haben, Zuwendungen von je 200 bis 300 *M* zu machen. Bedingung dabei ist, daß einerseits die Angestellten eine gewisse Zeit in städtischen Diensten gestanden haben, und daß sie andererseits die ihnen als Familienvater obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen. Es ist zu hoffen, daß dieses Grundkapital im Laufe der Zeit eine wesentliche Vergrößerung erfährt. Wünschenswert ist es, daß dies durch Vermächtnisse und Schenkungen geschieht, es ist aber auch schon eine wesentliche Vergrößerung der Stiftung in Aussicht genommen. Die 50 000 *M* zunächst sollen aufgebracht werden durch zwei Vermächtnisse, die dem Herrn Oberbürgermeister zur freien Verfügung für die Stadt übergeben worden sind von unserem verstorbenen Kollegen Schön und vom Renter Johannes Rahlbeck in Göttingen, und die nun dieser Stiftung zugeführt werden sollen. Außerdem soll der Betrag von 35 000 *M* der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen entnommen werden. Diese Kasse hat ihre Einnahmen in der Hauptsache aus den Erträgen der Hundesteuer, und es wird in dem Magistratsschreiben ausgeführt, daß es unbedenklich sei, diesen Betrag von 35 000 *M* aus der Kasse zu entnehmen. Außerdem sollen der Stiftung alljährlich aus den Erträgen des Gaswerks 3000 *M* und aus den des Wasserwerks 2000 *M* überwiesen werden, und weiter behält sich der Magistrat vor, alljährlich bei Vorlegung der Rechnung der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen den städtischen Behörden vorzuschlagen, einen Teil des etwaigen Überschusses der Stiftung zu überweisen.

Der Magistrat hat seiner Vorlage den Entwurf der Satzungen für die Stiftung beigelegt und ist dabei von dem Gedanken ausgegangen, daß es sich nicht empfiehlt, diese Satzungen zu eingehend zu gestalten. Die Satzungen befinden sich in

den Händen der Herren. Bei der Vorberatung in der Statutenkommission ist nichts gegen den Wortlaut einzumenden gewesen, nur eine Bestimmung ist von der Statutenkommission vorgeschlagen zu ändern, und zwar in § 3 an Stelle der vierjährigen, ohne Unterbrechung im städtischen Dienste geleisteten Arbeitszeit eine dreijährige zu bemessen. Es wurde geltend gemacht, daß eine vierjährige Frist bei den heutigen Verhältnissen, wo der eine oder andere seine Lage dadurch zu verbessern suche, daß er zu einem andern Arbeitgeber überginge, etwas zu lang sei, und so hat eine Einigung dahin stattgefunden, daß von der Statutenkommission angenommen ist, eine dreijährige Frist vorzuschlagen. Ich habe namens der Statutenkommission anheimzugeben, dem Antrage des Magistrats zu folgen, und zuzustimmen a) daß unter Zugrundelegung des Satzungsentwurfes die Stiftung errichtet und auch die Verleihung der Rechte milder Stiftungen beantragt wird, b) daß zur Ausstattung der Stiftung mit einem Grundvermögen von 50 000 *M* aus dem Vorratsvermögen die nötigen Mittel ausgeschieden und der zu gründenden Stiftung überwiesen werden, c) daß bis auf weiteres auf eine Vermehrung des Kapitals der Stiftung Bedacht genommen und wegen der erwähnten besonderen Zuwendungen vom Magistrat das Erforderliche beantragt wird.

Stadtv. Stegmann: Ich habe im allgemeinen nichts weiter zu der Vorlage auszuführen; nur zu § 3 möchte ich einen Abänderungsantrag stellen, nämlich, wo es nach dem Antrage der Statutenkommission jetzt heißen soll: „seit mindestens drei Jahren“, bitte ich zu sagen: „seit mindestens einem Jahre“. Es ist bekannt, daß auf den verschiedensten Gebieten Maßnahmen getroffen werden, um den Geburtenrückgang zurückzudämmen. Ich erinnere Sie an die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die auch hauptsächlich auf dieses Ziel hinausgehen. Auch in dieser Vorlage ist eingangs erwähnt, daß es der Hauptzweck der Stiftung sein solle, dem Geburtenrückgang zu steuern durch Aussetzung von Prämien auf fleißige Kindererzeugung. Wenn es der Fall ist, daß hierfür Prämien ausgesetzt werden sollen, dann verstehe ich nicht, daß man die Erlangung dieser Prämien wieder erschweren will, indem man die Gewährung der Unterstützung an die Wartezeit von vier Jahren oder jetzt drei Jahren binden will. Der Arbeiter mit vielen Kindern hat selbstverständlich schwerer als der Arbeiter mit zwei oder noch weniger Kindern zu kämpfen; er muß suchen, lohnende Arbeit zu finden, und wird sie nehmen, wo er sie bekommt, und ein städtischer Arbeiter, der sieht, wie andere die Prämien bekommen und er nicht, wird in der Privatindustrie unterzukommen suchen, wo er lohnendere Beschäftigung findet. Wenn Sie einmal eine Prämie aussetzen, dann soll derjenige sie haben, der sie verdient, und er verdient sie schon, wenn er ein Jahr im städtischen Dienste gewesen ist. Ob er ein tüchtiger Arbeiter ist und es verdient,

eine Unterstützung zu erhalten, kann man auch nach Verlauf dieser kürzeren Zeit schon beurteilen. Ich bitte Sie also, statt „3 Jahren“ zu sagen: „1 Jahr“.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich gebe zu, daß man darüber streiten kann, welche Frist für die Erlangung der Unterstützung festgesetzt werden soll, und ob man womöglich sagen soll: sofort nach Eintritt in den städtischen Dienst kann die Unterstützung bewilligt werden. Der Magistrat war der Ansicht, daß es durchaus gerechtfertigt wäre, eine Frist von vier Jahren festzusetzen. Wenn man sich auf den Standpunkt stellen will, den der Herr Vorredner vertreten hat, dann ist das gerechtfertigt in dem Falle, daß gesagt wird: Wir wollen für alle Einwohner diese Vergünstigung einführen. Wir haben aber in der Vorlage schon ausgeführt, daß wir dazu nicht imstande sind. Wir nehmen den Standpunkt des Arbeitgebers ein; damit ist die ganze Vorlage begründet. Daß aber der Arbeitgeber ein gewisses Interesse daran hat, seine Arbeiter an sich zu fesseln, daß er nicht jeden Beliebigen mit dem gleichstellt, der bei ihm seit Jahren beschäftigt ist, das ist doch gerechtfertigt. Für den Arbeitgeber hat es eine große Bedeutung, daß er einen festen Stamm von Arbeitern hat, und daß das fortwährende Ab- und Zuwandern tunlichst aufhört. Wenn dazu eine derartige Vergünstigung wie hier, die der Arbeitgeber seinen langjährigen Angestellten gewährt, mit beiträgt, dann werden zwei Zwecke durch die Stiftung erfüllt. Es liegt also kein Grund vor, in der abfälligen Weise, wie der Herr Vorredner es getan hat, von Prämien auf Kindererzeugung zu reden. Ich möchte bitten, es wenigstens bei 3 Jahren bewenden zu lassen.

Stadtv. Wesemeier: In der Vorlage werden die privaten Arbeitgeber aufgefordert, nach Möglichkeit den Bahnen, die der Magistrat mit dieser Stiftung einschlagen will, zu folgen und für ihre Arbeiter, die eine zahlreiche Familie haben, ebenfalls solche Vergünstigungen einzuführen. Der Magistrat gibt aber kein gutes Beispiel, wenn er eine solche lange Frist für die erste Gewährung der Vergünstigung in das Statut hineinbringt. Wenn die privaten Unternehmer etwas Ähnliches einrichten, werden Sie unter keinen Umständen eine so lange Frist, wie die Stadt es vorschreiben will, festsetzen. Die Stiftung soll doch eine solche sein, die den Kindern zugute kommt, und die wegen der Zahl der Kinder ihre Gaben verteilt. Wenn man nach dem Grundsatz des Magistrats geht, daß der städtische Angestellte die Unterstützung erst haben soll, wenn er es sich in langen Jahren verdient hat, dann sollte man die Stiftung nennen: „Belohnung für langjährige Arbeit der Väter“, aber nicht „Kindersegen“, sonst versteht man unter der Stiftung mit diesem Namen etwas anderes, als was der Herr Oberbürgermeister zum Ausdruck gebracht hat. Denken Sie einmal an die Kriegerfamilienunterstützung durch die privaten Unternehmer. Wenn nun diese privaten Unternehmer — und sie zahlen erhebliche Beträge für die Kriegerfamilien — hätten sagen wollen: Nur derjenige

bekommt von uns etwas, der *soundso* lange bei uns beschäftigt gewesen ist! So etwas gibt es bei den Privatunternehmern nicht; dort gibt es höchstens eine Beschränkung auf Wochen. Wenn man einmal den Ausdruck *Kinderseggen* gebildet hat, dann darf man nicht die Beschränkung geben, daß erst eine lange Wartezeit vergangen sein muß, ehe der Nutzen der Stiftung errungen wird. Wenn es eine Prämie auf *Kinderseggen* sein soll, dann wäre das eine schlechte Prämie. Wer bürgt dem Arbeiter dafür, daß er nicht, wenn er drei Jahre im Dienste der Stadt ist, in den nächsten Wochen hinausfliegt?

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich glaube, die beiden Herren Vorredner werde ich nicht überzeugen, wenn ich auch sagen mag, was ich will, und deshalb hat es keinen Zweck, mit ihnen zu streiten. Bedauerlich ist es allerdings, wenn der Magistrat die Verhältnisse der kinderreichen Familienväter zu bessern sucht und ihm in dieser Weise entgegengetreten wird. Was für eine Fronie ist es, wenn Herr Wesemeier sagt, der Magistrat habe bei der Einrichtung der Stiftung eine ganz andre Absicht, nämlich eine Prämie auf ein langes Verbleiben im städtischen Dienste zu setzen. Wenn der Magistrat das beabsichtigte, so würde er es doch in ganz anderer Weise anfangen müssen; dann müßten wir sagen: Jeder Arbeiter, der *soundso* lange im städtischen Dienste ist, bekommt die Prämie. Als Anerkennung für langjährige städtische Dienste haben wir ja die Ruhegehälter eingeführt; was wir aber durch Einrichtung der Stiftung bezwecken, ist etwas ganz anderes: Wir wollen, soweit es in unseren Kräften steht, die mit vielen Kindern gesegneten Arbeiter durch sie unterstützen. Daß wir dabei eine gewisse Frist setzen und demjenigen, der eine Reihe von Jahren treu im Dienste der Stadt ausgehalten hat, einen Vorzug vor dem geben, der heute kommt und morgen geht, das kann uns niemand verargen. Wenn Herr Wesemeier den Namen *Kinderseggen* beanstandet, so erwidere ich darauf: Falls Herr Wesemeier einen besseren Namen weiß, soll uns auch der recht sein.

Stadtv. Wesemeier: Auch ich bin überzeugt, daß ich den Herrn Oberbürgermeister nicht bekehren werde; auf den meisten Gebieten werden wir nie übereinkommen. Unsere Grundanschauungen sind so verschieden, daß uns eine Weltanschauung trennt. Ich muß dabei bleiben, daß die Begründung auf der ersten und zweiten Seite der Vorlage der Festsetzung der drei- oder vierjährigen Wartezeit widerspricht. Nun sagt der Herr Oberbürgermeister: Weshalb sollen wir dem Arbeiter, der heute kommt und morgen geht, diese Unterstützung geben? Dagegen meine ich, eine einjährige Frist wäre doch reichlich genug bemessen. Wer ein Jahr im städtischen Dienste aushält, von dem weiß der Magistrat, ob er noch länger ausgehalten wird oder nicht; in dem Punkte kann sich also die Stadt ebenjogut unterrichten wie der private Arbeitgeber.

Stadtv. Steinbrecher: Die Vorlage selbst wird bei allen Herren Freude erregt haben. Die Frage aber, ob eine drei- oder einjährige Wartezeit festgesetzt werden soll, ist tatsächlich wert, genau erwogen zu werden, und zwar schon aus dem einen Grunde, wie ihn der Herr Oberbürgermeister anführte. Stellen wir uns auf den Standpunkt des Herrn Oberbürgermeisters und sehen wir die Frage rein vom Standpunkte des Arbeitgebers an: daß er damit erreichen will, daß der Stadt ein sicherer Stamm von Arbeitern erhalten wird. Dann kann bei der Festsetzung der Wartezeit auch der umgekehrte Fall eintreten, als der erwartet wird. Es steht in der Vorlage, es solle den Familien, die viele Kinder haben, unter die Arme gegriffen werden, und mit diesem Prinzip wollen wir tüchtige Arbeiter, die kinderreiche Familien haben, für den städtischen Betrieb heranziehen und erhalten. Wenn heute ein Arbeiter mit zahlreicher Familie weiß, daß er, wenn er sich in der Stadt ein Jahr lang tüchtig geführt hat, die Unterstützung bekommen kann, dann wird der Zuzug für die städtischen Betriebe größer sein, als wenn er weiß: Ich muß erst drei Jahre schuften und mit dem geringeren Lohn auskommen, ehe ich die besondere Zulage bekomme. Dann wird mancher gute Arbeiter sagen: Ich gehe lieber in einen privaten Betrieb. Wenn die Privatbetriebe dem guten Beispiele der Stadt folgen und kinderreiche Familien unterstützen, dann wird natürlich — darin hat Herr Wesemeier recht — der Privatunternehmer es niemals durchsetzen können, daß eine dreijährige Wartefrist bei ihm innegehalten wird, der Arbeitgeber- und Arbeiterauschuß wird eine viel niedrigere Frist festsetzen. Wenn die Stadt diese Einschränkung treffen würde, dann würde die Festsetzung der drei Jahre für die Heranziehung guter Arbeiter nur zum Schaden ausschlagen, denn die Arbeiter gehen natürlich dahin, wo sie am meisten verdienen. Bei einer Frist von einem Jahre aber wird der Arbeiter es sich eher überlegen, ob er nicht doch lieber die Stelle bei der Stadt annehmen soll. Ich möchte bitten, die Sache von diesem praktischen Standpunkte aus zu betrachten und für die einjährige Frist zu stimmen, denn einen Stamm von tüchtigen Arbeitern bei dieser dreijährigen Wartefrist heranzuziehen, das erreicht man nicht. Deshalb möchte ich empfehlen, die Karenzzeit niedriger zu setzen, damit tüchtige Kräfte für die Stadt herangezogen werden.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte noch eins bemerken. Wir haben die Zahl der Kinder, deren Vorhandensein die Teilnahme an der Stiftung im Gefolge haben soll, verhältnismäßig niedrig festgesetzt, nämlich auf mehr als drei Kinder. Die Zahl der Bewerber wird augenblicklich im Verhältnis zu den Erträgen der Stiftung eine reichlich große sein, und schon deshalb ist es meiner Ansicht nach durchaus gerechtfertigt, wenn wir einen Unterschied machen je nach der Zeit, die der Betreffende im städtischen Dienst gestanden hat. Das ist so natürlich, daß es verwunderlich erscheinen müßte, wenn wir anders verfahren würden. Sollte

die Stiftung einmal über gewaltige Mittel verfügen, so daß es nicht darauf ankäme, wenn man für die Unterstützung vorschlagen soll, dann könnte man die Bestimmung ja ändern. Vorläufig aber halte ich es für richtig, daß wir an dieser Bestimmung festhalten.

Stadtvt. **Kraus** verzichtet auf das Wort.

Stadtvt. **Frede:** Meine Herren! Wir müssen die Sache sich entwickeln lassen. Wenn es zutrifft, was Herr Wesemeier angeführt hat, daß die privaten Arbeitgeber, durch das Beispiel der Stadt angeregt, in derselben Weise vorgehen werden, so ist das außerordentlich zu begrüßen. Ich habe ja schon in der Begründung meines Antrages, betreffend die Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien, gesagt, ich könnte mir nichts Schöneres denken, als daß diese Leute umfassend unterstützt werden. Aber ich bezweifle, daß die privaten Arbeitgeber so schnell folgen werden. Um aber die Privaten zu ermuntern, diesem Beispiel der Stadt zu folgen, wird die Form, die die Statutenkommission gewählt hat, wohl die bessere sein, denn eine solche Bestimmung mit einer Einschränkung wird eher nachgeahmt, als eine solche, die dem Arbeitgeber größere Opfer auferlegt. Die Mittel für solche Unterstützungen sind eben beschränkt, und da keine andere Mittel flüssig gemacht sind als die in der Vorlage vorgesehenen, so kann man nicht anders vorgehen, als von der Kommission vorgeschlagen ist. Ich glaube, Herr Wesemeier, es ist das richtigste, wir lassen die Sache sich entwickeln; es wird später von selbst eine gleichmäßige Regelung eintreten, und ich glaube, wir werden dann alle Ursache haben, uns über die Entwicklung zu freuen. Sollten die privaten Arbeitgeber übrigens so weit gehen, wie Herr Wesemeier meint, dann wird die Stadt nicht anders können, als den Privaten nachzukommen.

Vorsigender: Da gegen den Gedanken der Stiftung an sich kein Bedenken ausgesprochen ist, so wird es sich erübrigen, eine getrennte Abstimmung über die Errichtung der Stiftung und die Statuten vorzunehmen. Ich werde zunächst den weitgehendsten Antrag, den des Herrn Wesemeier, daß die Karenzzeit nur auf ein Jahr festgesetzt wird, zur Abstimmung bringen. Ich bitte die Herren, die für das Statut mit der Karenzzeit von einem Jahre sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit. Dann bitte ich die Herren, die für das Statut mit der Karenzzeit von drei Jahren sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

24. Gutachten über die Grundsätze für die Brennstoffversorgung im Jahre 1918/19.

Stadtvt. **Wesemeier:** Meine Herren! Sie alle haben die Vorlage des Magistrats in Händen. Der Magistrat sagt in der Vorlage, daß das Quantum Brenn-

material, daß der Stadt Braunschweig zusteht, nur erst für 5 Monate, für die Zeit vom 1. Mai bis zum 30. September festgesetzt ist, während das Jahreskontingent erst nach den angestellten Ermittlungen festgesetzt werden wird. Das Staatsministerium hat angeordnet, Grundsätze zur Verteilung an die Verbraucher zu erlassen, und der Stadtmagistrat hat die von ihm ausgearbeiteten Grundsätze in der Vorlage niedergelegt und ersucht die Stadtverordnetenversammlung um eine gutachtliche Äußerung darüber. Der Magistrat ist der Meinung, daß die Regelung, welche der Kohlenverteilung im abgelaufenen Jahre zugrunde gelegen hat, sich im großen und ganzen bewährt habe, und will die Regelung dahin erweitert wissen, daß bei Zurechnung der Bedarfsmenge außer der Größe und Art der Wohnung auch die Zahl der Haushaltsangehörigen von entscheidendem Einfluß sein soll. Der Magistrat schlägt deshalb vor, statt einer Karte für den Kohlenbezug, wie wir sie bisher hatten, deren drei verschiedener Art auszugeben, und zwar eine Ofenkarte, eine Kochkarte und eine Zusatzkarte. Die Ofenkarte soll nach der Zahl der Räume ausgegeben werden, die die jeweilige Familie in Besitz hat, die Kochkarte nach der Zahl der Haushaltsangehörigen, und die Ausgabe der Zusatzkarte wird in § 3 geregelt werden, der demnächst erst aufgestellt werden soll. Ich glaube, es ist wohl nicht notwendig, daß ich die einzelnen Paragraphen verlese, mit Ausnahme des strittigen § 2. In § 1 wird ja nur auseinandergesetzt, was für Zwecke die Karten haben, und wie die Kohlen gehandelt werden sollen. Nur § 2 hat in der Statutenkommission zu einer eingehenden Beratung geführt.

Meine Herren, Sie sehen, daß das Quantum Feuerung für die Kochkarte auf 10 Monate berechnet worden ist, und zwar ist die Berechnung vorgenommen auf Grund des der Stadt zugesicherten Quantum an Feuerung. Dieses Quantum, das der Magistrat hier in der Vorlage angibt, soll den Verbrauchern fest zustehen. Darüber hinaus hat der Magistrat keine Vorschläge machen können, aber die Statutenkommission ist der einmütigen Meinung, daß das Quantum an Koch- wie auch an Ofenmaterial für eine Familie viel zu gering ist, daß es bei weitem nicht ausreicht, insbesondere den Bedarf einer kleinen Familie zu decken. Wir sehen, daß an Kochkarten für 1—2 Personen, die in ihrem Haushalt keine Gasanlage besitzen, monatlich 1,2 Zentner, mit Gas 90 Pfund Feuerung zugesagt werden, für 3—6 Personen ohne Kochgasanlage 1,8 Zentner, bei Vorhandensein von Kochgas 1,4 Zentner, bei 7—10 Personen 2,4 Zentner ohne, und 1,8 Zentner mit Kochgasanlage, bei mehr als 10 Personen 3 Zentner ohne, und 2,4 Zentner mit Kochgasanlage. Das ist der Verbrauch, wie er in der Vorlage steht und auf die Zeit von einem Monat umgerechnet ist. Beim Ofenmaterial, das auf 7 Monate berechnet ist, für die Zeit vom 1. Oktober 1918 bis zum 30. April 1919 stellt sich die Sache so ungünstig, daß die Kommission sich in ihrem Gutachten unter keinen Umständen der Ansicht des Magistrats anschließen konnte. Der Magistrat konnte uns aller-

dings wohl keine andern Vorschläge machen, denn er ist ja gebunden an das Quantum, das ihm selbst zugesichert ist. Für die Ofenfeuerung stellt sich die Rechnung so, daß eine Haushaltung mit einem heizbaren Zimmer im Monat 1,4 Zentner erhält; das sind auf den Tag 4,7 Pfund. Mit einem solchen Quantum kann man wohl im allernotdürftigsten Falle — ich glaube, auch dann kaum — einen Ofen anwärmen, aber ein Zimmer damit zu heizen, und zwar für den ganzen Tag, das ist jedenfalls ganz unmöglich. Wohnungen mit 2—3 Zimmern sollen 2,8 Zentner Feuerung im Monat erhalten; das bringt auf den Tag 9,4 Pfund — wohlgemerkt: für zwei Zimmer. Das sind ungefähr drei bis vier Kohlenschaufln voll, mit der die Heizung während des ganzen Tages erfolgen soll. Bei 4—6 Zimmern gibt es monatlich 4,2 Zentner oder täglich 14,2 Pfund, und bei mehr als 6 heizbaren Zimmern 5,5 Zentner oder täglich 19 Pfund. Die Statutenkommission war, wie ich schon gesagt habe, der einmütigen Meinung, daß man diese Zuteilung nicht gutheißen könne, und deshalb hat die Kommission zu § 2 folgende Entschliebung gefaßt:

„Die Statutenkommission stimmt der Dreiteilung der Karten in Koch-, Ofen- und Zusatzkarten zu. Das Quantum an zugesicherten Koch- und Ofenbrennmaterial hält die Statutenkommission jedoch für viel zu niedrig. Sie ersucht den Magistrat, bei der Reichsstelle für Brennmaterialverteilung für bessere Belieferung der Stadt mit Feuerung zu wirken.“

Ich hatte schon vorhin bei Beratung der Anfrage des Herrn Stegmann gesagt, daß ich beantragt hatte, eine Höhersetzung des ohne Strafgehd zu verbrennenden Gasquantums mitzufordern — das ist aber in der Kommission nicht angenommen.

Zu bemerken habe ich noch, daß in der Vorlage, die Sie in Händen haben, ein Passus fehlt. Auf Seite 4 hinter 3 heißt es: „Zusatzkarten können auf Antrag gewährt werden, und zwar a b Unter b muß es heißen: „an Haushaltungen für abvermietete Zimmer, sofern für Untermieter die regelmäßige Heizung vermieteter Räume nötig ist. Die Untermieter können die Aushändigung dieser Karten zwecks eigenen Bezuges der Kohlen vom Vermieter fordern.“

Dann kommt unter c, was in der in Ihren Händen befindlichen Vorlage unter b steht.

Die fehlende Bestimmung ist eine solche, die wohl ohne große Bedeutung für unsere heutige Beratung ist, aber doch Bedeutung für die Untermieter hat.

Die Statutenkommission bittet, der von ihr gefaßten Entschliebung zustimmen zu wollen.

Stadtv. **Frede:** Über den Beschluß der Statutenkommission sind wir sicher alle sehr erfreut, denn wir haben im verfloffenen Winter an uns selbst erfahren, daß ein

solches Quantum, wie in der Vorlage aufgeführt ist, vollständig unzureichend ist, wie wir auch aus der Presse und aus unserm Bekanntenkreise dasselbe erfahren haben. Nun handelt es sich allerdings um eine schwierige Sache. Der Magistrat ist an das Quantum gebunden, das ihm vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung zugewiesen ist. Dennoch ist das Verfahren der Statutenkommission, eine bessere Belieferung der Stadt zu verlangen, zu begrüßen. Ich habe mich nun gewundert, daß für die Festsetzung des Jahresquantums noch die Unterlagen fehlen — so heißt es im Eingange der Vorlage —, und daß man trotzdem die zu verteilenden Quanten schon nennt. Da ist man jedenfalls mit übergroßer Vorsicht vorgegangen. Wir haben also jedenfalls noch Aussicht, daß wir mehr bekommen werden.

Eine große Unzufriedenheit ist im verflossenen Winter darüber eingetreten, daß die sehr verschiedenen Verhältnisse in den Haushaltungen nicht die nötige Berücksichtigung fanden, und das war auch nicht möglich, weil keine Instanz vorhanden war, die sich mit diesen Verhältnissen befaßte, und die das nötige Vertrauen beim Publikum besaß. Es heißt unter c auf der letzten Seite, daß Zusatzkarten auf Antrag gewährt werden sollen in besonderen Fällen bei Krankheit, bei bestimmten häuslichen Berufsarbeiten und anderem. Aber man hört jede Woche einen neuen Fall, in dem man sagen muß: „Die Notwendigkeit gebietet, daß hier eine kleine Zulage erfolgt.“ Denken Sie einmal an die Lage der Wohnungen! Es ist doch ein großer Unterschied, ob eine Wohnung oben im Hause oder über dem Keller oder auf der flachen Erde gelegen ist. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Wohnungen im Erdgeschoß kälter sind als die darüberliegenden, und deshalb müßte ein Unterschied in der Belieferung mit Kohlen gemacht werden. Ferner kommt in Betracht, ob eine Wohnung nach Norden liegt und keine Erwärmung durch die Sonne hat, oder ob sie nach Süden liegt. Sodann ist zu beachten, ob die Straße eine geschlossene Bauweise aufweist, oder ob die Häuser einzeln stehen, ferner die Beschäftigung der Bewohner. Zwei Familien können aus je sechs Personen bestehen, und dennoch gebraucht die eine davon vielleicht nicht die Hälfte der Feuerung wie die andere. Bei der einen ist der Vater in der Fabrik oder im Geschäft, die Mutter besorgt den Haushalt und ist in der Küche beschäftigt, die Kinder sind im Knaben- oder Mädchenhort, und so braucht die Wohnung gewöhnlich nur am Abend geheizt zu werden. Bei der andern Familie aber hat der Vater zu Hause geistig zu arbeiten und muß ein Zimmer für sich haben, auch die Tochter oder der Sohn dürfen bei ihren Arbeiten nicht gestört werden, kurz und gut: die Heizung muß während des ganzen Tages im Gange sein. Dann sind die Fälle zu bedenken, wo kleine Kinder in Frage kommen und viel gewaschen werden muß, während andere Familien, die die Wäsche aus dem Hause geben, vielleicht das ganze Jahre über die Waschküche nicht gebrauchen. Alles dies und noch viele andere Sachen sind zu berücksichtigen,

und deshalb möchte ich vorschlagen, es so zu machen, wie wir es auch an anderer Stelle eingerichtet haben, daß ein Ausschuß gebildet wird, der das Vertrauen der Bevölkerung genießt, der über solche Fälle entscheidet, so daß nicht ein oder zwei Beamte über diese Fälle zu beschließen haben, sondern ein Ausschuß. Ich möchte deshalb folgenden Antrag stellen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle die Einsetzung eines Ausschusses beschließen zum Zwecke der Erledigung von Beschwerden über unzureichende Zuweisung von Brennstoffen. Der Ausschuß setzt sich zusammen aus einem Vertreter des Magistrats als Vorsitzenden, ferner zwei Stadtverordneten, und zwar einem Mieter und einem Vermieter, und einem Heizungssachverständigen aus der Bürgerschaft.“

Ich lege deshalb Wert darauf, daß ein Vertreter der Mieter und der Vermieter in den Ausschuß hineinkommt, weil häufig der Mieter behauptet: „Der Ofen taugt nichts!“, und der Vermieter dagegen sagt: „Der Ofen ist gut, du brauchst nur sachgemäß zu heizen.“ Außerdem ist es nötig, einen Heizungssachverständigen in der Kommission zu haben, und als solchen möchte ich Herrn Achilles, den Mitinhaber der Firma Reinicke & Richau, vorschlagen. Ich habe zu ihm großes Vertrauen und glaube, daß er die Sache aus dem Grunde kennt. — Die Herren Helle, Bartels, Kruse, Kraus, Voeshigk, Dr. Kahler und Dr. Landauer haben meinen Antrag unterstützt. Sie sehen daraus, daß die Ansicht, die ich hier entwickelt habe, nicht die meinige allein ist.

Bürgermeister **Meyer**: Meine Herren! Alle diejenigen, die sich mit der Verteilung der Kohlen befaßt haben, werden wissen, daß es schwierig, wenn nicht unmöglich ist, eine Regelung zu finden, die völlig einwandfrei ist. Die Schwierigkeiten, die sich der Regelung entgegenstellen, entstehen in der Hauptsache dadurch, daß man nicht weiß, über welche Menge bei der Verteilung verfügt werden kann, und zweitens dadurch, daß es bei den gegenwärtigen, der Stadt zur Verfügung stehenden Arbeitskräften ausgeschlossen ist, bei der Verteilung zu individualisieren. Es läßt sich nicht ermöglichen, die einzelnen Wohnungen und Familien für die Kohlenverteilung so zu prüfen, wie es wünschenswert und notwendig erscheint, um eine Verteilung in dem Sinne und in der Art zu ermöglichen, wie es Herr Frede angedeutet hat.

Ich will zunächst zu dem zuerst Vorgebrachten etwas sagen. Es ist ein Irrtum des Herrn Referenten, wenn er gemeint hat, die Vorschläge, die von uns gemacht sind, stützten sich darauf, daß der Magistrat annehme, eine ganz bestimmte Menge von Kohlen für das jetzt mit dem 1. Mai begonnene Kohlenwirtschaftsjahr zu erhalten. Der Magistrat kennt leider diese Mengen nicht. Wenn er wüßte, wie hoch die Mindestmenge der der Stadt zuzuteilenden Kohlen sein würde, dann würde

ihm die gesamte Verteilung ungeheuer erleichtert werden. Aber der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat einstweilen nur die vorläufige Festsetzung vorgenommen, und zwar auch nur für die Sommermonate — vom 1. Mai bis Ende September —, so zwar, daß auf die Stadt Braunschweig 34 800 Tonnen Kohlen entfallen. Das Weitere hat er sich vorbehalten, und zwar deshalb, weil, wie Herr Frede schon angenommen hat, er erst noch Unterlagen gewinnen will. Das sind die Worte, die der Reichskommissar in einem gedruckten Rundschreiben gebraucht hat; sie sind also nicht nur gegenüber der Stadt Braunschweig, sondern gegenüber allen Lieferungsbezirken gebraucht. Man sieht daraus, daß er auf Grund der Erfahrungen, die er im abgelaufenen Winter gemacht hat, sich erst darüber schlüssig machen will, was er im kommenden Winter den einzelnen Gemeinden gewähren kann und gewähren will.

Wir wissen also heute noch nicht, was wir in dem Jahre, für das wir die Regelung treffen wollen, erhalten werden. Es ist nun aus dem, was uns über die zu erwartende Sommerlieferung, und aus dem, was uns aus vergangenem Winter bekannt ist, ein gewisser Schluß zu ziehen. Wir haben im vergangenen Winter erhalten: in den ersten Wintermonaten etwas über 7000 Tonnen Kohle pro Monat und in den Monaten Februar, März, April 8000 Tonnen pro Monat. Von den 7000 Tonnen = 140 000 Zentner haben etwa 40 000 Zentner Verwendung gefunden zur Befriedigung des Kleingewerbes, der Behörden, Anstalten und Institute, für die Haushaltungen verbleiben nur rund 100 000 Zentner. Da wir in Braunschweig etwa 40 000 Haushaltungen haben, so folgt daraus, daß wir im Durchschnitt für die Haushaltung mit $2\frac{1}{2}$ Zentner im Monat haben auskommen müssen. Es ist Tatsache, daß wir nur diese geringe Menge gehabt haben, und wir haben empfunden, daß sie zu gering ist. Davon aber, daß wir das Empfinden gehabt haben, und daß wir dasselbe dem Reichskommissar zum Ausdruck gebracht haben, haben wir noch nicht mehr Kohlen; wir wissen nicht, ob wir in dem jetzt begonnenen Kohlenwirtschaftsjahr mehr bekommen werden. Unsere Hauptaufgabe ist es, daß wir das, was wir bekommen, angemessen verteilen, und da muß ich im Gegenteil zu dem, was der Herr Referent gesagt hat, und im Gegensatz zu der Meinung, wie sie in der Kommission herrschend war, der Ansicht Ausdruck geben, daß ich es nicht für richtig halten kann, daß man mit den Mengen, wie sie in den Entwurf aufgenommen sind, nicht auskommen könnte — denn es ist mehr, als wir im vergangenen Jahre gehabt haben. Falls wir nicht erheblich mehr Kohlen erhalten als im vergangenen Jahre, wird man den Haushaltungen nur dadurch etwas mehr zuführen können, daß man den Behörden und dem Kleingewerbe weniger zubilligt. Es ist nicht zu leugnen, daß durch eine Ausschaltung z. B. des Rathauses eine große Menge Kohlen für die Haushaltungen frei wird. Das würde doch aber nicht angehen, und die Kleingewerbetreibenden, die wir beliefern müssen, würden wahr-

schonlich auch sehr ernststen Einspruch erheben, wenn wir ihre Kohlenzuweisung noch mehr beschneiden wollten, denn bei ihnen dreht es sich vielfach um ihre Existenz.

Nun will ich versuchen, den Herren ziffernmäßig nachzuweisen, daß wir nicht wohl über die Vorschlagsätze hinausgehen dürfen. Es ist gesagt, es sollten an Kocharten für Haushaltungen mit 1 bis 2 Personen mehr als 12 Zentner ausgegeben werden. Ich will annehmen, wir hätten 10 000 derartige Haushaltungen; dann würden in den 10 Monaten, für die wir die Regelung treffen wollen, schon bei dem Satz von 12 Zentnern insgesamt 120 000 Zentner auszugeben sein. Weiter will ich annehmen, daß alle übrigen Haushaltungen in die Gruppe 3 bis 6 Personen fielen — das ist wieder günstig für die Berechnung —, dann würden dafür $30\,000 \times 18$ Zentner = 540 000 Zentner nötig sein. Dazu die 120 000 Zentner aus der ersten Gruppe, macht 660 000 Zentner.

Ich gehe nun über zu den Ofenarten. Die erste Gruppe, die nur 10 Zentner haben soll, besitzt nur ein heizbares Zimmer oder nur eine Küche; die Zahl der zu ihr Gehörenden ist verhältnismäßig nicht sehr groß, jedenfalls nicht so groß, wie die Zahl der Haushaltungen in Gruppe III und IV, die 4 bis 6 oder mehr Zimmer haben. Man kann, wenn man eine Durchschnittsrechnung aufstellen will, unbedenklich davon ausgehen, daß sämtliche Haushaltungen in die II. Gruppe fallen. Wir haben im vergangenen Jahre rund 20 000 Haushaltungen gehabt, die zu den Hauptheften ein Nebenheft beanspruchen konnten, die also 3 bis 4 heizbare Räume hatten. Nehmen wir also an, alle 40 000 Haushaltungen hätten je 20 Zentner zu beziehen, so macht das zusammen 800 000 Zentner. Rechnen wir diese zu den vorhin angeführten 660 000 Zentnern für die Kocharten, so ergibt sich eine Summe von 1 460 000 Zentnern, und das ist schon wesentlich mehr, als wir im abgelaufenen Winter zur Verfügung hatten, nämlich im Monat rund 100 000 Zentner.

Nun ist noch gar nicht Rücksicht genommen auf die Fälle, in denen besondere Verhältnisse vorliegen, und für die durch Zuweisung von Zusatzarten gesorgt werden soll. Das ist im vergangenen Jahre eine große Zahl gewesen; und sie wird im nächsten Jahre noch größer werden, nachdem sie in der Regelung besonders hervorgehoben sind. Ich will nur darauf hinweisen, daß es der Billigkeit entsprechen würde, wenn solchen Haushaltungen, die in Familienhäusern wohnen, oder die Zentralheizung haben, mehr Kohlen zugewiesen werden könnten; sie werden sich voraussichtlich künftig den Mund wischen müssen. Fördern muß man aber, daß wenigstens diejenigen mit Zusatzarten bedacht werden können, die krank sind, oder die den ganzen Tag zu Hause eine Beschäftigung treiben, für welche ein gut geheiztes Zimmer Voraussetzung ist.

Auch bei den Zahlen, die ich genannt habe, werden Sie sagen können: „Die Menge der Kohlen, die uns in Aussicht gestellt sind, ist sehr gering.“ Das ist richtig,

aber gleichwohl möchte ich dafür eintreten, sie als Unterlage für die Regelung zu nehmen, die wir für das kommende Jahr schaffen wollen. Sollte der Reichskommissar in der Lage sein, uns mehr Kohlen zu liefern, dann ist es eine Kleinigkeit, an Stelle der festgelegten 12, 18, 24 Zentner mehr zu verwilligen; es bedarf nur einer Bekanntmachung des Inhalts, daß auf Abschnitt fourdsio nicht ein, sondern zwei oder drei Zentner geliefert werden.

Sodann möchte ich gegenüber dem Wunsche der Statutenkommission, bei dem Reichskommissar auf eine stärkere Belieferung hinzuwirken, erklären, daß wir im abgelaufenen Jahre nicht einmal, sondern wiederholt und zum Teil sogar durch Vermittlung und unter Unterstützung unserer Regierung bei dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung vorstellig geworden sind. Das hat vielleicht den Erfolg gehabt — ich kann das nicht mit Sicherheit sagen —, daß wir in den letzten drei Monaten statt 7000 Tonnen 8000 Tonnen bekommen haben. Im allgemeinen aber sind unsere Anträge immer abgelehnt; wir mußten uns damit abfinden und haben ja auch durchgehalten.

Was den Antrag Frede angeht, so habe ich persönlich nichts dagegen, daß mir die Verantwortung darüber, ob und in welchem Umfange der einzelnen Haushaltung eine Zusatzkarte bewilligt werden soll, abgenommen wird, doch will ich bemerken, daß der Magistrat bereits einen Beirat für die Ortskohlenstelle geschaffen hat, dem jetzt wohl 15 Personen angehören. Die Mitglieder dieses Beirats haben sich mit den Fragen, die wir eben erörtern, auch befaßt und haben die Erfahrungen mit gesammelt, die mir heute zur Seite stehen. Außerdem ist ein aus Stadtverordneten bestehender Ausschuß in Tätigkeit getreten, und zwar zu Beginn des Winters, der sich mit der Frage zu beschäftigen hatte, ob und in welchem Umfange den Kleingewerbetreibenden ohne allzu starke Betriebseinschränkung Kohlen gekürzt werden könnten. In diesem Ausschuß sind die Herren Meyerhoff, Kiefe und Loeschigt tätig gewesen. Die Herren sind allerdings nur einige Male zusammengetreten; es drehte sich damals um die prinzipielle Frage, welche Arten von Gewerbebetrieben eine Beschränkung in der Kohlenbelieferung am ehesten vertragen könnten und müßten. Glücklicherweise ist es ja so gekommen, daß wir schließlich wohl allen Betrieben so viel haben geben können, daß sie ihren Betrieb notdürftig aufrechterhalten konnten. Das Eingehen der Versammlung auf den Fredeschen Antrag würde die Neuschaffung einer weiteren Stelle bedeuten. Die Hauptsache ist, daß so viele Kohlen hereinkommen, daß die berechtigten Wünsche der Haushaltungen erfüllt werden können. Im abgelaufenen Winter ist das nicht angängig gewesen, und es ist ein großes Glück gewesen, daß wir einen so milden Winter gehabt haben.

Vorsigender: Ich frage Herrn Frede, ob er seinen Antrag in dieser Form aufrechterhalten will, nachdem darauf hingewiesen ist, daß ein Ausschuß in gewisser Form schon bestanden hat.

Stadtv. **Stegmann:** Was zunächst den Antrag des Herrn Frede betrifft, so hat er etwas für sich, aber ich befürchte, daß eine derartige Kommission viel zu schwerfällig arbeiten würde. Wenn erst Vorbberatungen vorgenommen werden sollen, so halte ich das für eine Verschleppung, und deshalb kann ich mich nicht für den Antrag aussprechen.

Die Berechnung, die uns der Herr Bürgermeister vorgelegt hat, ist zweifellos richtig; aber das ändert nichts daran, daß das Kohlenquantum, welches uns in Aussicht steht, viel zu niedrig ist. Im günstigsten Falle können die größeren Bezieher, bei denen für die Ofenheizung von 4—6 Zimmern oder für mehr als 6 Zimmer 30—40 Zentner Brennmaterial vorgesehen ist, mit dem ihnen Zugewiesenen auskommen, weil sie sich in der Weise einschränken können, daß sie nur ein Zimmer heizen. Wir müssen uns aber daran halten, was die kleinen Bezieher betrifft, und die können mit 10 Zentnern nicht auskommen. Herr Wesemeier hat schon darauf hingewiesen, daß das für den einzelnen Tag nur eine Handvoll Feuerung ist. Es handelt sich um 212 Tage, und dafür gibt es im Durchschnitt nur 2,7 Pfund. Wenn man das in Bricketts umrechnet, so sind das nicht einmal fünf kleine Bricketts, und da die großen annähernd $1\frac{1}{2}$ Pfund schwer sind, würden es an Zahl noch weniger sein. Damit soll man einen Ofen heizen? Es ist tatsächlich damit doch nur zu erreichen, daß der Ofen angeheizt wird, und wenn das morgens geschieht, mittags schon keine Wärme mehr im Zimmer ist. Ähnlich ist es bei der zweiten Kategorie, und dasselbe ist der Fall bei der Kochfeuerung. Ein Haushalt mit 1—2 Personen soll für 304 Tage 12 Zentner Feuerung bekommen, wenn er keine Gasanlage hat. Das wären knapp 4 Pfund auf den Tag, und wenn man die Grude im Gange halten will, braucht man dafür schon täglich 4—6 Pfund. Diejenigen, die Gas haben, bekommen nur knapp 3 Pfund, damit können sie kaum die Grudefeuerung aufrechterhalten; von Kochen kann dann aber keine Rede sein. Dazu kommt noch, daß der Grudeofen in letzter Zeit so schlecht ist, daß er an Heizkraft viel weniger wert ist als früher. Die Kommission hat deswegen durchweg recht gehandelt, wenn sie ihr Gutachten dahin abgibt, daß das Quantum, das bewilligt werden soll, viel zu klein ist.

Wenn nun der Herr Bürgermeister gesagt hat, daß dies nur eine vorläufige Festsetzung sein solle, und daß es nicht ausgeschlossen sei, daß vom Reichskommissar mehr bewilligt werde, so ist das Zukunftsmusik, auf die wir uns nicht verlassen können. Wie die Dinge liegen, scheint es so, daß wir in Wirklichkeit nicht mehr bekommen sollen, als angegeben ist, und dagegen müßte man mit allen Mitteln anzu- gehen versuchen. Wenn die Inhaber der größeren Wohnungen 30 und 40 Zentner Feuerung bekommen, dann haben sie doch auch vielfach die Möglichkeit, nebenbei andere Feuerung, wie Holz und Torf, zu kaufen. Ich habe mehrere Wochen hinter- einander in der Bammelsburgerstraße gesehen, daß ganze Waggonladungen Holz

zugefahren sind; ob sie zur Zentralheizung benutzt werden, weiß ich nicht. An andern Stellen habe ich gesehen, wie die Leute Torf bekommen haben. Die es sich leisten können, werden sich trotz der geringen Kohlenlieferung noch Heizmaterial beschaffen können, aber die kleinen Bezieher sind wiederum am schlechtesten gestellt. Ich bitte Sie dringend, den Antrag der Kommission anzunehmen, daß wir unser Gutachten dahin abgeben, mit diesem Quantum nicht auskommen zu können.

Ich darf wohl bei dieser Gelegenheit noch auf etwas anderes hinweisen. Es sind mir mehrere Fälle genahnt worden, daß sich die Leute über das unfreundliche Verhalten einiger Beamten in der Kohlenstelle beschwert haben, insbesondere gegen Frauen sollen sie recht kurz und grob geworden sein. Nun kann man ja verstehen, daß, wenn öfters ungerechte Beschwerden vorgebracht werden, die Beamten gereizt sind, aber immerhin sollte man bedenken, daß die Bevölkerung ohnehin in dieser Zeit so viel Ungemach zu ertragen hat, daß man deshalb von seiten der Beamten alles aufbieten sollte, um die Leute einigermaßen höflich zu behandeln, wie es sich gehört.

Sodann ist mir von mehreren Seiten mitgeteilt, daß bei dem Brickettsverfauß, wie er von seiten der Stadt vorgenommen wird — es ist ja anerkanntswert, daß es ermöglicht ist, daß sich die ärmere Bevölkerung auf eine Anmeldung hin Bricketts holen kann —, Leute von der Kastanienallee nach dem Westbahnhof geschickt sind, um die Bricketts abzuholen, und umgekehrt Leute vom Westbahnhof ihre Bricketts von der Pumpstation abholen mußten. Immerhin sollte man doch dahin streben, daß ein solcher Mißstand vermieden wird und nicht mehr Schuhsohlen zerrissen zu werden brauchen, als es ohnehin der Fall ist.

Bürgermeister Meyer: Ich muß gegenüber dem, was Herr Stegmann gesagt hat, wiederholt darauf hinweisen, daß wir noch nicht wissen, was wir an Kohlen zu erwarten haben, und daß ich nicht empfehlen kann, höhere Sätze in die Regelung einzusetzen, weil ich befürchte, daß wir damit bei den Haushaltungen nur unerfüllbare Wünsche erwecken. Es ist jedenfalls richtiger, die Sätze niedriger zu halten und später mehr zu geben, als umgekehrt; mit der größeren Menge ist den Leuten mehr gedient, als mit trügerischen Hoffnungen.

Dann hat Herr Stegmann gemeint, es wäre unmöglich, mit dem Satz von 10 Zentnern für die Ofenkarte auszukommen. Es wird dabei von Herrn Stegmann übersehen, daß dieselbe kleine Familie selbstverständlich noch ihre Kochkarte hat, auch wenn nur ein Zimmer zu heizen vorgesehen ist. Es ist also fehlsam, zu sagen, es ständen ihr nur 10 Zentner zur Verfügung, sondern sie hat außerdem noch 12 Zentner, im ganzen also 22 Zentner, und das ist nach Ansicht der Ortskohlenstelle bei der herrschenden Knappheit reichlich und bei der gebotenen Einschränkung auch auskömmlich. Die Erfahrungen des verflossenen Jahres haben gelehrt, daß

40 Zentner für kleinere Haushaltungen nicht erforderlich sind. Es hat sich ergeben, daß eine ganze Anzahl von Haushaltungen die ihnen zustehenden geltenden Abschnitte der Kohlenkarte nicht verbraucht haben. Es sind uns in der Beziehung wunderliche Sachen vorgetragen: ganze Bücher sind verkauft, zumeist allerdings nur Abschnitte, und gerade von solchen Haushaltungen, die nur aus 1—2 Personen bestanden. Dort war Überschuß an papierenen Kohlen, und es ist damit Handel getrieben worden. Es ist deshalb bei der Neuregelung Rücksicht genommen auf die Zahl der Haushaltungszugehörigen, so daß kleine Haushaltungen ein geringeres Quantum bekommen als große Haushaltungen.

Nun möchte ich noch eins bemerken. Die Zuteilung bestimmter Mengen durch die Regelung hat nicht die Bedeutung, daß wir mit Bekanntgabe der Regelung uns verpflichten wollen oder können, die angegebene Menge auch zu liefern. Das ist nicht angängig, da wir nicht wissen, ob wir so viel bekommen werden. Wir können nur so viele Kohlen verteilen, als wir bekommen, und werden je nach dem Eingange der Kohlen die Abschnitte der Kohlenkarten nacheinander in Geltung setzen.

Zu dem Antrage Frede habe ich noch zu sagen, daß die Sache doch nicht so leicht sein wird. Herr Frede hat der Kommission so viele Aufgaben zugebacht, daß ich fürchte, daß, wenn alle die Wünsche, die vorhanden sind — und ich glaube, es ist kein einziger Haushalt, der nicht besondere Wünsche hätte —, der Kommission zur Behandlung überwiesen würden, die Kommission derart überlastet sein würde, daß sie die Arbeit kaum bewältigen könnte. Ich will mich trotzdem nicht gegen die Einsetzung einer solchen Kommission erklären, wenn ich auch befürchte, daß die Schaffung der Kommission ein Anwachsen der Anträge auf Sonderbewilligung zur Folge haben wird.

Ich will dabei bemerken, daß wir außer den von mir vorhin genannten Organen noch eine weitere Stelle für die Beurteilung technischer Fragen bei der Ortskohlenstelle gehabt haben bzw. noch haben, einen technischen Ausschuß; dieser ist auf Anregung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung eingesetzt mit der Aufgabe, als sachverständiges Organ in den Fragen der Belieferung der Zentralheizungsanlagen tätig zu werden. Dieser Ausschuß hat sich in einer Reihe von Fällen gutachtlich zu äußern gehabt; es gehörte ihm unter anderen der Inhaber der Firma Reinicke & Richau mit an. Ich fürchte, daß durch die Arbeiten einer Kommission, wie sie Herr Frede im Sinne hat, der Betrieb verlangsamt wird, und glaube, daß das nicht im Interesse des Publikums liegt. Jedenfalls möchte ich nicht empfehlen, daß ein Magistratsmitglied den Vorsitz in dem Ausschusse führt. Ich für meine Person muß wenigstens erklären, daß ich jetzt schon so belastet bin, daß ich befürchten muß, den Anforderungen des Ausschusses hinsichtlich der Sitzungen nicht gerecht werden zu können.

Was nun die Behandlung des Publikums betrifft, so ist es möglich, daß jemand von den Beamten reichlich kurz behandelt ist. Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß auch die Beamten vom Publikum oft recht schlecht behandelt werden. Wenn die Leute nicht ordnungsmäßig bedient zu sein glauben, sind sie von vornherein gereizt, und wenn man ihnen sagt: „Wir können nicht mehr geben, weil wir nicht mehr Kohlen haben“, oder: „Die Regelung läßt das nicht zu“, dann kommen die Leute gar zu leicht aus dem Häuschen, und es gibt Differenzen.

Was den Brickettverkauf anlangt, bei dem die Leute aus dem Westen nach dem Norden der Stadt geschickt sind, so ist es richtig, daß dies vorgekommen ist. Es hat aber einen anderen Grund, als uns Herr Stegmann unterlegt. Wir haben in der Stadt zwei Reservelager eingerichtet und haben sie Ausgleichstellen genannt. Es erschien zweckmäßig für den Fall, daß ein Kohlenhändler nicht ausreichend Kohlen hatte, um seine Kunden befriedigen zu können, zur Beseitigung eines Notstandes Kohlen zur Verfügung zu haben, um selbst sofort aushelfen zu können. Diese Ausgleichstellen sind auf dem städtischen Lagerplatz am Westbahnhof und auf dem Grundstücke der Pumpstation eingerichtet. Wir konnten dazu nur solche städtischen Grundstücke nehmen, auf denen der Betrieb der Ausgleichstellen unschwer eingerichtet werden konnte. Nun ist es vorgekommen, daß nicht beide Ausgleichstellen mit Reservkohlen versehen waren, sondern nur die eine, und da ist natürlich nichts anderes übriggeblieben, als den nothleidenden Verbraucher trotz entfernter Lage der Wohnung dorthin zu schicken, wo er die begehrten Kohlen erhalten konnte. Jedenfalls ist es auch für uns selbstverständlich, dem Publikum nicht unnötig Schwierigkeiten zu machen.

Stadtv. **Loeschigt:** Ich möchte mir die Anfrage erlauben: Unsere Gasanstaltskohlen liegen doch nicht mit in dieser Berechnung?

Bürgermeister **Meyer:** Der von der Stadt selbst produzierte Gaslofs bildet einen Teil der Menge, die uns vom Reichskommissar als Brennstoff überwiesen wird. Der ganze Bezug von Kohlen ist insofern noch mehr unter Kontrolle des Reichskommissars gestellt, als er Bezugsscheine ausgestellt hat, die wir benutzen müssen, um Kohlen zu bekommen; auch der Gaslofs darf nur unter Verwendung dieser Bezugsscheine dem Verbrauch zugeführt werden. In der letzten Zeit hat der Reichskommissar darin eine Erleichterung eintreten lassen, und zwar dadurch, daß er gestattet hat, daß der Gaslofs in den Sommermonaten ohne diese Bezugsscheine abgegeben wird, allerdings vorbehaltlich der Anrechnung auf das ganze Jahreskontingent. Es hat dieses Verfahren den Vorteil, daß wir in den Sommermonaten die ganzen Bezugsscheine zum Bezuge von Brennstoffen von den Zechen verwenden können. Wir können also jetzt die ganzen 7000 Tonnen von auswärts beziehen und haben daneben den Lofs vom Gaswerk.

Stadt. Meyerhoff: Es herrscht in der Versammlung wohl nur eine Stimme, daß die Quanten, die verteilt werden sollen, zu niedrig bemessen sind. Nun fragt es sich darum: Wie ist mehr zu bekommen? Nach den Darlegungen des Herrn Bürgermeister ist die Sache schwierig. Der Herr Bürgermeister sagte: „Wir wissen noch nicht, wieviel uns zugeteilt wird; hoffentlich wird uns so viel zugeteilt wie im vergangenen Jahre.“ Aber daß im vergangenen Jahre alle oder die große Menge der Kohlenverbraucher befriedigt worden sei, das kann man doch nicht behaupten. Die meisten sind unbefriedigt gewesen und sind es heute noch. Das habe ich am eigenen Leibe erfahren, denn ich habe jetzt wieder während dreier Tage nichts zu heizen gehabt, trotzdem ich von Pontius zu Pilatus geschickt habe. Ich bin allerdings bei einem Kohlenhändler in die Kundenliste eingeschrieben, aber er sagte mir: „Ich habe nichts!“, und so habe ich in einer kalten Stube hausen müssen. Nun kommt für mich die Personenfrage in Betracht. Was soll ich als Alleinstehender mit diesem kleinen Kohlenquantum, das in Aussicht steht, anfangen, wenn der Winter streng wird? Für mich steht es fest: das Kohlenquantum, das uns zugeteilt ist, reicht nicht hin.

Nun möchte ich mir die Anfrage an den Herrn Magistratsvertreter erlauben: Ist es nicht möglich, daß wir jetzt im Sommer schon mit der Ansfordderung fortfahren und nicht damit erst bis zum Winter warten? Können wir nicht Lagerstätten für Kohlen einrichten oder schon jetzt anfangen, das Quantum, das für unsere Stadt vorgesehen ist und soweit es geliefert wird, zu verteilen, so daß wir nicht wieder auf den Wagenmangel, auf Kanalverstopfung usw. verwiesen werden? Ist es nicht möglich, jetzt oder zu gegebener Zeit — es kommt dabei auf vierzehn Tage nicht an — Kohlen heranzubekommen, da doch jetzt der Wagenmangel nicht so scharf auftritt, wie es im Herbst geschieht, wo die Rüben- und Kartoffelernte vor sich gegangen ist. Dann kommt alles auf einen Haufen, und es heißt wieder: Die Bechen sticken in Kohlen, es sind genug gefördert, aber sie können sie nicht los werden, denn es fehlen die Transportmittel. Ich gestehe allerdings zu, daß bei der Lagerung der Kohlen Verluste entstehen, aber das ist nicht so schlimm, als im Winter kalte Stuben zu haben.

Bürgermeister Meyer: Herr Meyerhoff meinte, daß er für seine Person mit den ihm in Aussicht stehenden Kohlen nicht auskommen könnte. Ich nehme an, daß Herr Meyerhoff eine Wohnung hat, die aus mehr als einem Zimmer und Küche besteht; er wird jedenfalls eine Wohnung haben, die außer der Küche mindestens noch zwei, drei oder mehr heizbare Räume hat. Wenn meine Annahme aber zutrifft, so wird er neben der Kochkarte für eine Person 12 Zentner bekommen und außerdem noch eine Ofenkarte über 30 Zentner. Er würde also im ganzen

42 Zentner Kohlen haben, also mehr, als durch das Hauptheft im vorigen Jahr zugestanden ist.

Was die Beschaffung der Kohlen in der Jetztzeit anlangt, so sind uns dafür vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung Bezugsscheine überwiesen; wir können und sollen nicht mehr Kohlen hereinbringen, als wir Bezugsscheine haben. Natürlich geben wir sie heraus, und es ist eine so starke Nachfrage, daß wir nicht soviel Bezugsscheine abgeben können, als die Großhändler zur Belieferung haben wollen. Aber über die Bestimmung des Reichskommissars können wir nicht hinweg. Die Frage, ob es möglich sein wird, während des Sommers schon eine Belieferung der Haushalte für den Winter eintreten zu lassen, hat uns bereits beschäftigt, und diese Rücksicht ist für uns mitbestimmend gewesen, die Teilung in Ofenkarten und Kochkarten vorzunehmen; es wird beabsichtigt, sobald als möglich einen Teil der für den Winter bestimmten Abschnitte der Ofenkarte in Geltung zu setzen, und durch diese Maßnahme dahin zu wirken, daß die Verbraucher Teile ihres Winterbedarfs schon im Sommer beziehen. Im übrigen wird kaum zu erreichen sein, was Herr Meyerhoff wünscht und mit ihm wir alle: daß wir uns den ganzen Wintervorrat hinlegen können. Die Schwierigkeiten, die uns bei dem Bezuge im Wege stehen, will ich noch in anderer Weise zu erläutern suchen. Wir haben von der Regierung im Herbst Brennholz in größeren Mengen zugewiesen bekommen, um das neben der Kohlenfeuerung unserer Bevölkerung zur Verfügung stellen zu können. Dabei ist die Herzogliche Forstverwaltung gezwungen gewesen, uns nicht nur Holz aus den nächsten Waldungen, sondern aus dem ganzen Herzogtume zu überlassen. Man nahm an, daß man das Holz auch aus den entfernteren Forstorten mit der Bahn heranschaffen könnte. Das ging zunächst auch ganz gut an, aber nachher haben die Eisenbahndirektionen Kassel und Magdeburg angefangen, Schwierigkeiten wegen der Stellung der Wagen zu machen. Wir bekamen keine Wagen mehr, um das uns zugebilligte Holz nach Braunschweig zu bekommen. Stadtbaurat Menadier ist von uns nach Kassel geschickt, um dort durch mündliche Vorstellungen bei dem Dezernenten der Eisenbahndirektion zu erreichen, daß die Wagen zum Transporte des für uns geschlagenen Holzes freigegeben würden, aber er hat nichts erreicht. Es wurde ihm gesagt — es kommen die Reviere bei Holzminden und aus dem Solling in Betracht —, daß der Beschluß der Eisenbahndirektion Magdeburg entgegenstände; sie würde auf keinen Fall mit Holz beladene Wagen auf ihren Bahnen dulden. Darauf ist Herr Stadtbaurat Menadier nach Magdeburg gefahren, und hat dort ein direktes Nein zur Antwort bekommen. Es ist ihm gesagt: „Wir haben zu wenig Bahnwagen und können sie nicht für Holztransporte zur Verfügung stellen.“ Sie sehen daran, daß wir alles mögliche tun, aber leider nicht den Erfolg haben, den wir bei der Dringlichkeit der Sache haben müßten.

Stadtv. **Stegmann:** Wir können hier weiter nichts tun, als unsere Wünsche zum Ausdruck bringen, denn bestimmend eingreifen können wir nicht. Wenn wir uns gutachtlich über die Kohlenverteilung im nächsten Winter äußern sollen, dann muß ich mich dagegen werden, wenn Herr Bürgermeister Meyer wieder erklärt, die kleinen Leute mit einer Familie von zwei Personen seien günstig gestellt gewesen, und es sei sogar ein schwunghafter Handel mit den Kohlenkarten getrieben worden. Das ist eine Verallgemeinerung, die ich für unzulässig halte. Selbstverständlich gibt es Haushaltungen von 1—2 Personen, von denen niemand am Tage zu Hause ist, wo die Frau als Waschfrau aus dem Hause geht, oder wo die Familienmitglieder in der Fabrik arbeiten oder sich bei Verwandten aufhalten — selbstverständlich braucht bei solchen Leuten am Tage nicht geheizt zu werden. Derartige Fälle mögen wohl vorkommen, und es mögen dann auch wohl Kohlenkarten abgegeben worden sein, im allgemeinen aber trifft das nicht zu. Wenn auch der Herr Bürgermeister sagt, diese Familien bekämen nicht nur das Quantum zum Kochen, sondern auch noch die Ofenarten daneben, so frage ich: Wieviel ist denn das? Das sind zusammen $8\frac{3}{4}$ Pfund, und davon kann man nicht in der Küche den Herd und im Zimmer den Ofen heizen. Wenn der Herr Bürgermeister meinte, wir seien mit der Kohlenversorgung im vorigen Jahre im ganzen gut gefahren, so ist zu bedenken, daß der letzte Winter nicht streng war, wie es der vorhergehende gewesen ist. Wer bürgt uns dafür, daß der kommende Winter nicht ein strenger wird? Dann würden die Verhältnisse viel schwieriger werden. Wenn die Inhaber der kleinen Wohnungen zum Teil mit ihren Kohlen ausgekommen sind, so liegt das an besonderen Verhältnissen, indem sie entweder tagsüber nicht zu Hause waren, oder an dem leider so viel bestehenden unglückseligen Zustande, daß nicht ein Zimmer, sondern nur die Küche geheizt wird und die ganze Familie — Mann, Frau, Kinder, womöglich noch die Schlafgänger — in der Küche haufen. Wollten sie ein Zimmer heizen und die Küche zu dem benutzen, wozu sie da ist, so kämen sie mit dem bisherigen und dem für demnächst zugebilligten Quantum unmöglich aus. Dagegen läßt sich nicht streiten, auch wenn der Herr Bürgermeister Zahlen nennt.

Zu dem, was Herr Meyerhoff sagte, muß ich erwidern, daß Einzelpersonen, die eine Wohnung mit 4—6 Räumen bewohnen, mit ihren Kohlen wohl auskommen können, aber die große Masse hat nur ein Zimmer anzumelden und steht dann unter ungünstigen Verhältnissen.

Vorsigender: Das Gutachten, das uns die Statutenkommission zur Beschlußfassung empfiehlt, würde folgenden Wortlaut haben:

„Die Versammlung stimmt der Dreiteilung der Karten in Koch-, Ofen- und Zusatzarten zu. Das Quantum an zugesichertem Koch- und Ofenbrennmaterial hält die Versammlung jedoch für viel zu niedrig. Die Versammlung ersucht den

Magistrat, bei der Reichsstelle für Brennmaterialverteilung für bessere Belieferung der Stadt mit Feuerung zu wirken."

Ich bitte die Herren, die für dieses Gutachten sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das Gutachten ist angenommen; soweit ich sehen kann, mit Einstimmigkeit.

In dem Antrage Frede heißt es: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle die Einsetzung eines Ausschusses beschließen, der" Es soll wohl heißen: „mit dem Magistrat vereinbaren."

Stadtv. **Wesemeier** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, den Antrag einer Kommission zur Vorberatung zu überweisen, denn ich nehme an, daß seine Annahme nicht im Interesse der Bürgerschaft liegt. Ich glaube, daß es für einen solchen Ausschuß eine Unmenge von Arbeit geben wird, und das müßte doch erst in einer Kommission geklärt werden.

Vorsitzender: Herr Frede, wollen Sie den Antrag als selbständigen Antrag behandelt wissen?

Stadtv. **Frede:** Ich habe es mit Einbringung meines Antrages gut gemeint, indem ich annahm, daß der Magistrat durch Einsetzung eines solchen Ausschusses an Zeit und Verantwortung entlastet wird. Meine Begründung des Antrages soll sich durchaus nicht gegen den Magistrat richten. Wenn es heißt, daß für den Ausschuß eine Unmenge von Arbeit vorliegen würde, so könnte man das ja erst einmal abwarten. Wenn das nicht anerkannt wird, kann ich den Antrag ja auch zurückziehen.

Vorsitzender: Der Antrag Frede ist zurückgezogen. Ich schließe die öffentliche Sitzung.

(Zu Anfang der auf die öffentliche Sitzung folgenden vertraulichen Stadtverordnetenversammlung wird der Antrag Frede von Herrn Stadtv. Loeschigk wieder aufgenommen.)

Dauer der Sitzung von 4¼ bis kurz vor 9 Uhr.

1918/1919.

Nr. 2.

122

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 20. Juni 1918.

Tagesordnung:

1. Begründung des Antrages Munte, betreffend die Änderung des Gemeindevahlrechts Seite 77
2. Begründung des Antrages Hartung, betreffend die Änderung des Gemeindevahlrechts " 78
3. Rietweise Überlassung von Schulböden an die Garnisonverwaltung " 80
4. Antrag Voelchigt (ursprünglich Antrag Frede), betreffend die Bildung eines Ausschusses zur Erledigung von Beschwerden über unzureichende Zuweisung von Brennstoffen " 81
5. Antrag Gengen auf Erhöhung der Ruheelöhne usw. für die früheren städtischen Angestellten und Arbeiter " 81
6. Antrag Kraus auf Vorbereitung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit während der Übergangszeit und Berücksichtigung der selbständigen Gewerbetreibenden hierbei " 83
7. Deputation zur Vorberatung der gesamten mit der Wohnungsfrage in Verbindung stehenden Angelegenheiten (außer der Tagesordnung behandelt) " 85
8. Besuch eines Einwohners um Erlaß des Überpreises beim Gasverbrauch " 87
9. Verlegung eines Wasserrohres am Dienröder Wege " 88
10. Baubeschränkung für Gelände westlich der Goslarischen Straße " 89
11. Abrechnung über die Kosten des Umbaus des Gaswerks an der Taubenstraße " 89
12. Beschaffung und Abgabe von Hausbrandföhlen an die minderbemittelte Bevölkerung " 90
13. Veranstaltung eines Lehrgangs für Fortbildungsschullehrer " 92
14. Erhöhung des städtischen Kredits beim Leihhause " 94

15. Herrichtung eines oberirdischen Verbindungsganges zwischen zwei Geschäftshäusern der Gördesinger Straße	Seite 95
16. Neuregelung der Kriegsbeihilfen für die städtischen Beamten und Lehrkräfte	" 96
17. Verhandlungen über Erhöhungen des Straßenbahntarifs	" 101
18. Veräußerung einer Muschelsammlung	" 105
19. Anfrage Steinbrecher über den Stand der Frage der Eingemeindung von Gießmarode (außer der Tagesordnung behandelt)	" 105
20. Eintritt der Stadt als Intervenientin in einen Rechtsstreit	" 106

Außer der Tagesordnung behandelt:

21. Antrag Riefe auf Erhöhung der Unterstützungen der Kriegerfrauen und der Sätze der städtischen Armenpflege	" 107
22. Antrag Riefe, betreffend die Sammlung und Auspressung von Bucheckern	" 108
23. Anfrage Riefe, betreffend die Gerüchte über Unregelmäßigkeiten auf dem hiesigen Hauptfriedhofe.	" 110
24. Anfrage Lauer über Einführung von Notbeleuchtung für die städtischen Straßen	" 112
25. Anfrage Frede über die Grundsätze für die Verteilung des kürzlich abgegebenen fetten Schweinefleisches	" 115
26. Anfrage Stegmann über die letzte Erhöhung der Fleisch- und Wurstpreise	" 116

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **Wohr** und **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Schmidt**, **Steinecke**, **Dr. Voge**, **Weichsel**. Außerdem fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Damköhler**, **Dr. Landauer**, **Dhlendorf**, **Schulze**, **Tebbenjohanns**.

Vorsitzender **Dr. Wolters**: Die öffentliche Sitzung ist eröffnet.

Den geehrten Herren ist bekannt geworden, daß vor kurzem einer der höchsten Beamten unserer Stadt, Herr **Stadt rat von Frankenberg**, die 25jährige Wiederkehr des Tages erlebt hat, an dem er in den Dienst unserer Vaterstadt eingetreten ist. Wir sind der Presse dankbar dafür, daß wir von einem solchen Vorfall durch sie überhaupt Kenntnis erhalten haben — sind doch schon Ereignisse ähnlicher Art für uns spurlos verlaufen. Ich habe an dem Tage Herrn Stadtrat von Frankenberg einige Zeilen der Beglückwünschung gesandt und nehme heute Anlaß, des 25jährigen Wirkens des Herrn Stadtrats auch hier in der Versammlung zu gedenken. Wir alle wissen, welche tüchtige Arbeitskraft unsere Stadt an Herrn Stadtrat von Frankenberg besitzt, und mit welcher Aufopferung und Hingabe er sich seinen Geschäften gewidmet hat. Heute ist er aus der Öffentlichkeit in den von ihm

so sehr geliebten Wald gesüchtet — wir verfolgen ihn dennoch, und mit unserer Dankbarkeit für seine der Stadt geleisteten Dienste verbinden wir den Wunsch, daß es Herrn Stadtrat von Frankenberg vergönnt sein möge, noch recht lange im Dienste unserer Vaterstadt erfolgreich tätig zu sein.

Es sind an die Stadtverordnetenversammlung eingegangen zwei Eingaben, die in gleichem Wortlaut auch dem Stadtmagistrat überreicht sind: einmal ein Bittgesuch der städtischen Trichinenschauer um Einsetzung in ein festes Gehalt, und sodann ein Gesuch des Architekten Feldenich um Erlaß von Hypothekenzinsen. Nach unserer Gepflogenheit stellen wir unsererseits die beiden Angelegenheiten zurück, bis der Magistrat dazu Stellung genommen hat.

Aus der Versammlung sind eingegangen folgende Anfragen und Anträge: •

Zuerst eine Anfrage des Herrn Steinbrecher, die lautet:

„Ist der Magistrat in der Lage, Aufschluß zu geben über den Stand der Eingemeindungsfrage mit Griesmarode?“

Sodann ein Antrag des Herrn Riefe:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage zu machen, nach der die Unterstützungen für die Kriegerfrauen infolge der ungeheuren Preissteigerungen für alle Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, entsprechend erhöht werden,

ferner die Sätze der städtischen Armenpflege der Teuerung entsprechend zu erhöhen.“

Ein zweiter Antrag des Herrn Riefe:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei Herzoglicher Forstverwaltung die Erlaubnis zu erwirken, für die Stadt Bucheckern zu sammeln zur Erzeugung von Buchöl, um die große Fettknappheit zu mildern,

ferner Mittel zu bewilligen zu einer Anlage zur Clauspressung.“

Eine Anfrage des Herrn Riefe:

„An den verehrlichen Stadtmagistrat. Sind demselben die Vorkommnisse auf dem hiesigen Zentralfriedhofe bekannt? Ist derselbe in der Lage, darüber zu berichten oder, wenn die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind, dieses in einer der nächsten Sitzungen zu tun?“

Eine dringende Anfrage des Herrn Lauer:

„Wegen Mangel an Beleuchtungs gas lassen verschiedene deutsche Städte demnächst elektrische Notbeleuchtungen für Straßen anlegen. Diese Notbeleuchtungen werden an den Stellen angebracht, an denen die sogenannten Nicht-

laternen stehen. Ist im Hinblick auf die in der Stadt Braunschweig aufs höchste gestiegene Unsicherheit der Stadtmagistrat bereit, zur Besserung des Straßenverkehrs, namentlich aber zum Schutze des Eigentums der Bewohner der Stadt ebenfalls eine gleiche oder ähnliche Notbeleuchtung für die Nachtzeit baldigst herbeizuführen?"

Schließlich noch eine Anfrage des Herrn F r e d e:

„Nach welchen Grundsätzen kommt das kürzlich verschiedenen Kolonialwarenhandlungen überwiesene fette Schweinefleisch zur Verteilung?"

Die Herren, die Anträge und Anfragen gestellt haben, werden nach Schluß der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung Gelegenheit haben, die Anträge und Anfragen zu begründen.

Zu Punkt 1 und 2 der Tagesordnung, betreffend die Wahlrechtsanträge der Herren Riefe und Stegmann, sind noch zwei Anträge eingegangen. Der eine davon ist bereits hier verkündet, aber noch nicht begründet, der zweite weder verkündet noch begründet. Die Statuten- und Finanzkommission hat diesen ganzen Stoff noch nicht zu Ende beraten, die Versammlung kann ihn deshalb heute nicht beraten. Dagegen werden die beiden Herren Antragsteller jetzt Gelegenheit nehmen, ihre Anträge zu begründen. Zunächst Herr M u n t e; sein Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die Herzogliche Staatsregierung zu ersuchen, eine Vorlage über die Änderung der Braunschweigischen Städteordnung einzubringen dahin gehend, daß die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlungen zukünftig unter Berücksichtigung von allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlen, verbunden mit der Verhältniswahl, gewählt werden. Als wahlberechtigt gelten dabei alle männlichen steuerpflichtigen Einwohner vom vollendeten 25. Lebensjahre an, wenn sie zwei Jahre die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen und zwei Jahre ihren Wohnsitz in der Stadtgemeinde haben. Dabei ist die Einführung der W a h l p f l i c h t in Betracht zu ziehen. Unterschriften: Hans Munte, Kraus, R. Loeschigk, M. Salomon, H. Bauer.“

Der zweite Antrag, an erster Stelle unterzeichnet von Herrn H a r t u n g, lautet:

„Wir Unterzeichneten beantragen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Staatsregierung eine Abänderung des Gemeindevahlrechts dahin gehend in Antrag zu bringen, daß

1. die Hälfte der Stadtverordneten durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl der männlichen, mindestens 25 Jahre alten Einwohner,

die mindestens zwei Jahre in der Gemeinde wohnhaft sind, unter Einfügung der Verhältnismahl,

ein Viertel derselben durch Wahl der Hausbesitzer,
 ein Sechstel durch Wahl der Unternehmer der Industrie, des Handels und Gewerbes, wobei die Vorsteher der Aktien- und sonstigen Erwerbsgesellschaften an Stelle der Unternehmer wahlberechtigt sind, und
 ein Zwölftel durch Wahl der Staats- und städtischen Beamten und Lehrer bestimmt wird,

2. die Wahlpflicht festgesetzt wird,

3. wählbar nur männliche, mindestens 30 Jahre alte Einwohner, welche zwei Jahre in der Gemeinde wohnhaft sind, sein sollen.

Unterschriften: Hartung. Wilhelm Bartels. Dr. Landauer. Gust. Frede. Wilh. Damköhler. Tebbenjohannis. Schmidt. D. Rasche. Joh. Meyerhoff. Dr. B. Kahlert. Wilh. Kruse. Trinks."

Zunächst bitte ich Herrn Munte, seinen Antrag zu begründen.

1. Begründung des Antrages Munte, betreffend die Aenderung des Gemeindewahlrechts.

Wortlaut des Antrages s. vorige Seite.

Stadtv. **Munte:** Meine Herren! Der Antrag, den ich hier eingebracht habe, fordert für die kommunalen Wahlen in erster Linie das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht. Sie wissen alle, daß dieses Wahlrecht schon lange Jahre durch große politische Parteien im deutschen Volke für alle Bundesstaaten gefordert wird, und zwar ist diese Forderung ein Programmpunkt der national-liberalen Partei, der fortschrittlichen Volkspartei und der Zentrumspartei, wenn auch die Zentrumspartei nicht ganz klar ihre Forderung darnach aufstellen kann, weil es dort mitunter die Rücksicht auf die Religion ist, die eine andere Stellungnahme nötig macht. Daß ich über die Notwendigkeit des allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts hier etwas sage, ist wohl nicht nötig, und daß es der Jetztzeit entsprechend ist, solch ein Wahlrecht einzuführen, glaube ich auch nicht weiter begründen zu brauchen. Daß ein solches Wahlrecht ein wirklich gutes ist, kann man ohne weiteres sagen, und daß es ein ideales Wahlrecht überhaupt nicht gibt, ist bekannt. Aber deswegen wird nach unserm Antrage das vorgeschlagene Wahlrecht verbunden mit der Proportionalwahl, die gewissermaßen jeder politischen Partei und jeder wirtschaftlichen Anschauung, wenn sie überhaupt nur einen nennenswerten Bruchteil der Bevölkerung ausmacht, die Möglichkeit gewährleistet, in den Parlamenten vertreten zu werden. Deshalb ist es nicht nötig, zu sagen, es sollen die Hauswirte, die Privatbeamten oder andere wirtschaftliche Abteilungen

des Volkes das Recht haben, besonders vertreten zu sein. Es wird sich von selbst ergeben, daß bei der Wahl alle diejenigen Leute sich zusammenschließen, die einen Vertreter haben wollen, und so wird eine der gerechtesten Vertretungen durch die Wahlen nach unserm Vorschlage gewährleistet werden.

Daß wir das vollendete 25. Lebensjahr für die Wahlberechtigung gefordert haben, entspricht der Anschauung, daß wir nicht glauben, daß die Menschen schon vom 20. Jahre an für das Wahlrecht politisch reif genug sind, und darin lasse ich mich auch nicht durch die gegenteilige Ansicht einer andern Seite befehren.

Ich glaube, wenn man dieses in unserm Antrage geforderte Wahlrecht in Stadt und Land einführt, so werden dabei alle Bevölkerungsteile wohl befriedigt werden können, und ich möchte Sie bitten, demnächst dafür zu stimmen, daß dieser von mir vertretene Antrag angenommen wird.

2. Begründung des Antrages Hartung, betreffend die Aenderung des Gemeindevahlrechts.

Wortlaut des Antrags s. S. 76.

Vorsigender: Herr Hartung ist noch nicht zugegen, es hat aber Herr Frede, der den Antrag Hartung mit unterzeichnet hat, übernommen, den Antrag zu begründen. Wenn die Herren damit einverstanden sind, werde ich Herrn Frede zu diesem Zwecke das Wort erteilen. Ich nehme an, daß es Herrn Hartung nicht unangenehm ist, wenn in diesem Augenblicke der Antrag durch einen andern Herrn vertreten wird; wir würden sonst wiederum eine ganze Sitzung für die Behandlung dieser Angelegenheit verlieren. Liegt ein Bedenken gegen meinen Vorschlag vor? — Das ist nicht der Fall. Ich bitte Herrn Frede, den Antrag zu begründen.

Stadt v. Frede: Zunächst bitte ich die geehrten Herren um Nachsicht, weil ich eben erst vor die Aufgabe gestellt werde, die Begründung des Antrages zu übernehmen. — Der Antrag Hartung ist aus der Erwägung hervorgegangen, daß bei der allgemeinen Wahl nicht die Gewähr gegeben ist, daß diejenigen Gruppen der städtischen Bevölkerung, welche glauben, unter allen Umständen einen Anspruch auf Vertretung erheben zu dürfen, auch zum Zuge kommen. Wenn Herr Munie eben gesagt hat, daß es sich bei der allgemeinen Wahl wohl machen würde, daß diese und jene Gruppe in das städtische Parlament hineinkäme, so wollen wir das nicht vom Zufall abhängig machen, sondern wünschen, daß eine gesicherte Vertretung vorgeesehen wird. Es wird dies das Gute haben, daß bei den allgemeinen Wahlen weniger auf die Vertretung dieser Gruppen gesehen zu werden braucht. Die Frage, ob die Berücksichtigung von gewissen Gewerben und Ständen, die mit dem Interesse des Gemeinwohls unbedingt verknüpft und verwachsen sind, berechtigt ist, kann man ohne weiteres bejahen. Dies geht schon aus dem Umstande

hervor, daß Freiherr von Stein, der bekanntlich vor hundert Jahren die liberale Gesetzgebung in Preußen eingerichtet hat, dafür eingetreten ist, daß vor allen Dingen den ansässigen und bodenständigen Elementen der Haupteinfluß in der Verwaltung der Gemeinden zugesichert wurde; er hat den städtischen Hausbesitzern zwei Drittel der Sitze zugewiesen. Das ist später bei den Umänderungen der Städteordnung in Preußen, Sachsen und andern deutschen Staaten auf die Hälfte der Sitze herabgegangen, aber es besteht noch heute in den Gemeindeverwaltungen die Vertretung des Grundbesitzes, und soweit ich unterrichtet bin, wird auch, wenn die Landtagsverhandlungen über das Wahlrecht zu Ende geführt sind, dort eine Berücksichtigung des städtischen Grundbesitzes in angemessenem Maße stattfinden. In den braunschweigischen Städten ist das bisher nicht der Fall gewesen, und deshalb mag wohl bei solchen, die nicht mit den Verhältnissen der andern Staaten vertraut sind, sich ein gewisses Erstaunen über diese Forderung geltend machen, das ist aber unberechtigt.

Der Antrag Hartung ist nun so gefaßt, daß die Hälfte der Stadtverordneten durch allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahl der männlichen, mindestens 25 Jahr alten Einwohner, die mindestens zwei Jahr in der Gemeinde wohnhaft sind, unter Einfügung der Verhältnisswahl, zu wählen sind. Das ist eine Konzeßion an den fortschrittlichen Gedanken. Die andere Hälfte der Stadtverordneten würde so zu wählen sein, daß die Hälfte dieser Hälfte, also ein Viertel der Stadtverordneten, durch die Wahl der Hausbesitzer zu erfolgen hat. Es geht der Anspruch also nicht einmal so weit, wie es in Preußen, im Königreiche Sachsen usw., zu Recht besteht.

Ferner soll ein Sechstel der Stadtverordneten durch die Wahl der Unternehmer der Industrie, des Handels und Gewerbes bestimmt werden, wobei die Vorseher der Aktien- und sonstigen Erwerbsgesellschaften an Stelle der Unternehmer wahlberechtigt sind. Man wird doch wohl zugeben müssen, daß Industrie, Handel und Gewerbe eine Berücksichtigung bei Aufstellung des Wahlrechts unbedingt verdienen. Ferner sollen auch die städtischen Beamten und Lehrer und die Staatsbeamten berücksichtigt werden, und es ist deshalb ein gewisser Bruchteil der Stadtverordneten für die Wahl durch diese Gruppen vorgesehen.

Wer der Meinung ist, daß eine Vertretung — möge es nun die Landesvertretung oder die Gemeindevertretung sein — ein Abbild der wesentlichen Gruppen der Bevölkerung geben soll, muß dem Gedanken, der in unserm Antrage zum Ausdruck gekommen ist, zustimmen. Es darf die Wahl einer solchen Vertretung nicht dem Zufall überlassen werden. Würden wir nur allgemeine Wahlen haben, dann kann es sehr wohl kommen, daß überwiegend Handwerker oder lauter Arbeiter in die Stadtverordnetenversammlung hineinkommen, so daß diese Gruppen im Übermaße vertreten sind und andere wieder fehlen. Das würde ein Mangel sein, und

um den zu vermeiden, ist unser Antrag gestellt. Ich hoffe, daß er demnächst auch in dieser Versammlung Berücksichtigung finden wird.

3. Mietweise Überlassung von Schulböden an die Garnisonverwaltung.

Stadtv. **Lauer**: Die Militärbehörde in Braunschweig benötigt für den Fall der Demobilmachung zahlreiche Räumlichkeiten zur Unterbringung von militärischen Gerätschaften und hat sich dieserhalb an den hiesigen Stadtmagistrat gewandt. Sie war der Ansicht, daß sich vielleicht die Keller der verschiedenen Schulen in Braunschweig zur Aufbewahrung von Garnisongeräten, wie z. B. Gasmasken, Geschirr, Fahrzeuge, namentlich aber Anzüge, eignen würden. Der Stadtmagistrat mußte aber leider den Wunsch der Militärverwaltung, ihr solche Keller abzulassen, ablehnen, da die Keller auch voraussichtlich im nächsten Winter wiederum zur Niederlegung von Korn und Kohlen verwendet werden müssen. Darauf wandte sich die Militärbehörde an den Stadtmagistrat mit der Anfrage, ob denn vielleicht die Dachböden der Schulen für sie zu haben seien. Es hat darauf von beiden Parteien eine Lokalbesichtigung stattgefunden, und man kam zu der Überzeugung, daß wohl die Böden von sechs hiesigen großen Schulen sich zur Aufbewahrung von solchen Garnisongeräten eignen würden. Allerdings hatte die Sache insofern einige Bedenken, als man sich mit Recht vor Augen halten mußte, daß nur in Übereinstimmung mit der Schulbehörde von den Lagerräumen Gebrauch gemacht werden könnte, und daß nicht zu beliebiger Zeit Störungen im Schulunterricht eintreten dürfen. Nun haben leider diese Dachböden der Schulen keine Beleuchtung, und so herrschten anfangs auch nach der Richtung Bedenken vor. Aber man kam doch zu der Überzeugung, daß es dennoch möglich sei, die Böden an die Militärverwaltung abzulassen, wenn beim Besuch der Böden nur geschlossene Laternen zur Verwendung kämen und ein entsprechendes Rauchverbot erlassen würde. Die Militärbehörde hat sich mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt und ferner auch damit, für jeden dieser Böden monatlich 50 *M* Miete zu bezahlen, so daß dem Abschluß nichts weiter entgegenstände als die Sanktionierung durch die Herren Stadtverordneten. Auch die Schulkommission hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt, hat sie eingehend geprüft und ist zu dem Resultat gekommen, daß dem Vorschlage des Stadtmagistrats zuzustimmen sei. Ich habe Sie zu bitten, demgemäß zu beschließen. Bemerken möchte ich nochmals, daß hinsichtlich der Feuergefährdung besonders darauf hingewiesen werden soll, daß die gewünschten Bedingungen gewissenhaft erfüllt werden.

Der **Vorsitzende** nimmt, da sich kein Widerspruch gegen den Antrag der Schulkommission geltend macht, das Einverständnis der Versammlung mit der mietweisen Überlassung der Schulbehörden an die Garnisonverwaltung an.

4. Antrag Loeschigt, (ursprünglich Antrag Frede), betreffend die Bildung eines Ausschusses zur Erledigung von Beschwerden über unzureichende Zuweisung von Brennstoffen.

Stadtv. **Meyerhoff:** Der Antrag Loeschigt — eigentlich müßte es ja heißen Antrag Frede — lautet folgendermaßen: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle die Einsetzung eines Ausschusses beschließen zum Zwecke der Erledigung von Beschwerden über unzureichende Zuweisung von Brennstoffen. Der Ausschuß setzt sich zusammen aus einem Vertreter des Magistrats als Vorsitzenden, ferner zwei Stadtverordneten, und zwar einem Mieter und einem Vermieter, und einem Heizungsfachverständigen aus der Bürgerschaft.“ Der Antrag hat die Statutenkommission beschäftigt und unter Weglassung des letzten Punktes — einen Sachverständigen aus der Bürgerschaft heranzuziehen — ist es in der Beratung der Kommission mit dem Magistratsvertreter, Herrn Bürgermeister Meyer, zu einer Einigung dahin gekommen, Ihnen vorzuschlagen, daß zwei Herren, ein Mieter und ein Vermieter, aus der Stadtverordnetenversammlung gewählt werden, aber nicht eine besondere Kommission gebildet wird, sondern die schon bestehende Kommission, die bei der Verteilung der Kohlen mit beratender Stimme teilnimmt, durch die beiden neu zu Wählenden vergrößert wird. Die Statutenkommission schlägt Ihnen dafür Herrn Dr. Kahlert und Herrn Steinbrecher vor. Der Vorschlag ist dadurch begründet, daß wir hoffen, durch die Verteilung — ich will nicht sagen eine gerechtere, aber eine solche Zurechnung zu erreichen, daß man für alle besonderen Verhältnisse etwas übrig hat. Wenn auch die jetzige Kommission, die die Kohlenverteilung vornimmt, ziemlich zahlreich ist, so sind doch Stadtverordnete darin zu wenig vertreten gewesen, und deshalb geht der Wunsch der Kommission dahin, noch zwei Stadtverordnete mit an diese verantwortliche Stelle zu bringen.

Vorsitzender: Nach dem Vorschlage der Statutenkommission sollen die beiden genannten Herren als Mitglieder des Beirats der Ortskohlenstelle hinzugewählt werden. Ich nehme an, wenn sich kein Widerspruch erhebt, daß die beiden Herren von der Versammlung gewählt sind. — Das ist der Fall.

5. Antrag Genzen, auf Erhöhung der Ruhelöhne usw. für die früheren städtischen Angestellten und Arbeiter.

Stadtv. **Frede:** Der Antrag Genzen lautet: „Der Magistrat wird ersucht, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, in der die Ruhelöhne und Pensionen der früheren städtischen Angestellten und Arbeiter entsprechend der heutigen Teuerung erhöht werden.“ Bei der Beratung des Antrages in der Finanz-

Kommission war zunächst zu prüfen, ob die zur Zeit gezahlten Ruheböhne usw. eine Höhe hätten, die dringlich eine Aufbesserung fordern. Ich habe mir das Material geben lassen und habe gesehen, daß das allerdings der Fall ist. Es werden Pensionen an Witwen von Arbeitern und Vorarbeitern gezahlt von jährlich 10 *M* an, und es sind auch männliche Pensionäre vorhanden, die 450 *M* und weniger bekommen, so daß man sagen muß, daß sie in der jetzigen Zeit mit diesen Bezügen unmöglich bestehen können. Es ist ja wohl anzunehmen, daß diese Ruhelohneempfänger und Pensionäre eine Nebenbeschäftigung übernommen haben. Als Referent für die Kommission habe ich Vorschläge für eine Aufbesserung gemacht, und diese sind von der Kommission gutgeheißen. Sie gehen dahin, daß die Ruheböhne, wenn sie jährlich bis zu 1000 *M* betragen, aufzubessern seien um 50 Prozent. Gehen sie von 1000 *M* bis zu 2000 *M*, so habe ich eine Erhöhung um 40 Prozent vorgeschlagen, bis 3000 *M* eine solche um 30 Prozent, bis 4000 *M* eine solche um 20 Prozent und bis 5000 *M* eine solche um 10 Prozent. Dabei bin ich der Meinung gewesen, daß bei einem Ruhegehalt, das über 5000 *M* hinausgeht, wohl von einem Notstande nicht die Rede sein kann. Um nun ein unnötiges Erhöhen des Einkommens bei denjenigen zu vermeiden, von denen man sagen kann: „Sie haben noch soundso viel Nebeneinkommen und brauchen die Erhöhung des Ruhegehalts nicht“, empfiehlt es sich, das Gesamteinkommen bei dieser Aufbesserung zu berücksichtigen. Aus diesem Grunde habe ich vorgeschlagen, daß in der ersten Gruppe mit einem Ruhegehalt bis zu 1000 *M*, wenn ein Gesamteinkommen bis zu 3000 *M* vorliegt, vielleicht eine Aufbesserung mit 50 Prozent erfolgen könnte — ich sage immer „vielleicht“, denn es ist dies nicht als ein Beschluß aufzufassen, sondern wir bitten den Magistrat von seiten der Kommission und ersuchen Sie, sich dem anzuschließen, ungefähr nach diesen Grundsätzen zu verfahren. Für diejenigen, die bis zu 2000 *M* und bis 3000 *M* Ruhegehalt empfangen, würde eine Begrenzung des Gesamteinkommens bis 4000 *M* erfolgen können, und bei den letzten beiden Gruppen mit einem Ruhegehalt von 4000 *M* und 5000 *M* ein Gesamteinkommen von 5500 *M*, so daß diejenigen überhaupt nicht berücksichtigt werden, die mehr als 5500 *M* Gesamteinkommen haben. — Ich kann nun nicht genau sagen, wieviel für diese Aufbesserungen ausgegeben werden müßte, nach meiner ungefähren Berechnung würde es wohl eine Mehraufwendung von 60 000 *M* für die Stadtkasse ausmachen. Die Herren in der Kommission haben gemeint, daß hier Hilfe unbedingt notwendig sei, und so empfehle ich namens der Kommission der geehrten Versammlung Zustimmung zu dem Antrage, daß der Stadtmagistrat eine Vorlage einbringen möchte, ungefähr so, wie ich eben vorgeführt habe.

Oberbürgermeister Metemeyer: Soviel ich weiß, hat die Kommission beschlossen, der Magistrat brauchte die Vorlage nicht bei der Stadtverordnetenver-

sammlung einzubringen, sondern könne mit dem erweiterten Finanzausschuß die Sache regeln.

Vorsitzender: Es wurde nur gesagt, daß die Sache der Stadtverordnetenversammlung zur Meinungsäußerung unterbreitet werden solle, daß aber der erweiterte Finanzausschuß an Hand dieser Vorschläge mit dem Magistrat selbständig weitere Entschlüsse fassen sollte.

Stadtv. Frede: Es ist allerdings nur im Antrage des Herrn Genzen gesagt, daß eine Vorlage gemacht werden solle.

Vorsitzender: Es handelt sich nur darum, daß die Versammlung Gelegenheit nimmt, sich über diesen Antrag zu äußern. Der Beschluß der Statutenkommission geht dahin, daß der Magistrat an Hand der von der Statutenkommission geäußerten Wünsche und derjenigen, die etwa hier noch fassen werden, selbständig mit dem verstärkten Finanzausschuß beschließen soll.

Die Sache steht zur Beratung. — Ich schließe sie und nehme an, daß die geäußerten Wünsche im allgemeinen den Beifall der Versammlung finden und der Finanzausschuß die ihm zugelegte Befugnis ausüben wird.

6. Antrag Kraus auf Vorbereitung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit während der Übergangszeit und Berücksichtigung der selbständigen Gewerbetreibenden hierbei.

Stadtv. Munte: Ich werde zunächst die Anträge wörtlich verlesen. Der erste Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Beschaffung von Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit während der Übergangswirtschaft vorzubereiten, entsprechende Kreditvorlagen zu machen und die Rohstoffbeschaffung in die Wege zu leiten.“ Der Antrag 2, der eigentlich nur eine Ergänzung des ersten Antrages ist, hat folgenden Wortlaut: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat mit Bezug auf die Notstandsarbeiten zu ersuchen, für die Vergabungen an Handwerker zeitig Mitteilung über den Umfang der Lieferungen zu machen, und ferner durch Beschaffung von Rohstoffen, Voraus- und Abschlagszahlungen selbständigen Gewerbetreibenden die Wiederaufnahme ihrer geschäftlichen Tätigkeit im früheren Sinne zu erleichtern.“

Meine Herren! Diese beiden Anträge sind von großer Wichtigkeit, und in der gestrigen Sitzung der Finanzkommission hat ihre Behandlung unter den vielen Punkten, die wir zu erledigen hatten — es waren 14 —, weitaus den größten Teil

unserer Zeit in Anspruch genommen. Wir haben uns über viele der einschlagenden Fragen unterhalten, es ist aber in der Hauptsache nicht eine volle Einigkeit mit den Anschauungen des Herrn Kraus zu erzielen gewesen, namentlich darüber nicht, ob Notstandsarbeiten überhaupt oder in erheblichem Maße dereinst nach dem Kriege sich als nötig erweisen würden. Es hängt die ganze Frage der Notstandsarbeiten natürlich mit der Beschaffung der Rohstoffe zusammen, und in welcher Weise diese durch den Friedensschluß gewährleistet oder in die Wege geleitet wird, läßt sich heute — wo noch niemand weiß, wann der Krieg sein Ende erreicht — nach Anschauung der vereinigten Statuten- und Finanzkommission — die, wie ich noch bemerken möchte, die Anträge gemeinsam beraten haben — noch nicht beurteilen. Infolgedessen sind wir zu dem Entschluß gekommen, diese beachtenswerten Anregungen, die die beiden Anträge des Herrn Kraus geben, dadurch nutzbringend zu verwerten, daß wir sie beide der heute noch zu wählenden Deputation für die Wohnungsfrage überweisen — einer Deputation, die sich damit befassen soll, wie eine etwa eintretende Wohnungsnot zu beheben ist: vielleicht auch durch Neubauten oder Umbauten, wodurch wir natürlich auch Arbeit schaffen würden. Diese Deputation soll dann später dem Magistrat und den Stadtverordneten mit Berücksichtigung dieser Anträge Vorschläge machen, wie eine Wohnungsnot behoben werden könnte.

Manche Sachen sind in den Anträgen berührt, die eine eingehende Erwägung verlangen, z. B. die Voraus- und Abzahlungen. Den Handwerkern Vorauszahlungen zu machen, wird eine eigene Sache sein. Das ist bei den großen Fabriken wohl möglich, wo bei der Bestellung ein Drittel des Rechnungsbetrages gezahlt werden muß. Diese großen Werke geben wohl Sicherheit für die Lieferung, aber wenn man jedem Handwerksmeister im voraus die Hälfte des Lieferungswertes hingeben würde, so würde er sich dadurch vielleicht nicht veranlaßt sehen, seine Arbeit zu beschleunigen, sondern vielleicht würde das Umgekehrte eintreten. Abschlagszahlungen bekamen die Handwerker ja schon immer, aber manchmal holen sie sich diese noch nicht einmal ab und müssen erst noch dringend gebeten werden, das zu tun. So etwas ist also nicht immer eine Sache, die zieht. Derartige Bedenken sind bei der Vorberatung in der Kommission erwähnt, aber immerhin haben wir uns nach der Aussprache gesagt, daß die Anträge viele nützliche Anregungen geben und vielleicht am besten verwertet werden können, indem sie der Wohnungsdeputation überwiesen werden. Ich bitte, dieser Überweisung zuzustimmen.

Vorsitzender: Die Statutenkommission beantragt: Die beiden Anträge sollen der Wohnungsdeputation zur Kenntnisaufnahme und, soweit möglich, zur Berücksichtigung überwiesen werden.

Stadtv. Meyerhoff: Herr Munte hat sich mit seinen letzten Ausführungen auf ein Feld begeben, auf dem er nicht recht zu Hause ist. Es kommt mir das vor wie der Jäger, der den weißen Hirsch erjagen wollte und in den Sumpf hineinkommt. Die Äußerungen des Herrn Munte waren allerdings wohlmeinend, aber es wäre wohl besser, wenn sich der Berichterstatter nicht mit so weittragenden Plänen beschäftigte.

Vorsitzender: Wenn es den Herren recht ist, können wir die Wahl der für die Wohnungsdeputation zu bezeichnenden Herren aus der Stadtverordnetenversammlung jetzt gleich vornehmen. Es war vorgeschlagen, in die Deputation hinzunehmen zwei Herren vom Magistrat und fünf Stadtverordnete. Später ist der Wunsch rege geworden; den Herrn Antragsteller der eben behandelten beiden Anträge mit hineinzuwählen. Es sind demnach vorgeschlagen die Herren Meyerhoff, Rasche, Kiefe, Wesemeier, Frede und der Antragsteller, Herr Kraus.

Ich werde eben darauf aufmerksam gemacht, daß es sich empfiehlt, einen Punkt, der nicht auf der Tagesordnung steht, und der Herrn Wesemeier zur Berichterstattung überwiesen worden ist, jetzt vorwegzunehmen. Die Herren sind wohl damit einverstanden, daß diese Sache jetzt vorgetragen wird.

7. Deputation zur Vorberatung der gesamten mit der Wohnungsfrage in Verbindung stehenden Angelegenheiten.

Stadtv. Wesemeier: Am 3. Mai hat eine Sitzung im Ministerium stattgefunden, deren Teilnehmer — es sind verschiedene Herren hier, die dort zugegen waren — sich zusammensetzten aus Vertretern des Magistrats, der Großindustrie, der Hausbesitzer, des Gewerkschaftskartells, des Staates, der Kreisdirektion usw., und auch das Generalkommando war vertreten. Diese Sitzung beschäftigte sich ausschließlich mit der Wohnungsnot und mit der infolgedessen notwendig gewordenen Wohnungsbeschaffung. Es wurde festgestellt, in welchem Maße der Wohnungsmangel vorhanden war, und es ergab sich, daß, um alle Familien unterzubringen, 2000 Wohnungen in der Stadt Braunschweig mehr vorhanden sein müßten als tatsächlich da sind. Es wurde nun beratschlagt, in welcher Weise dieser Wohnungsnot zu steuern sei. Der Magistratsvertreter brachte zur Sprache, daß die Stadt schon das Arkeröder Feld zur Verfügung gestellt habe, daß sie weiter 75 000 *M* als Mitglied der Siedlungsgesellschaft gezeichnet habe, und daß aus der Fündelstiftung 150 000 *M* bewilligt seien, die in Darlehen zu 2000—3000 *M* an Wohnungserbauer zu sehr mäßigen Zinsen abgegeben werden sollen. Es wurde aber dort allseitig hervorgehoben, daß von der Stadt Braunschweig zu wenig in der Wohnungsfrage getan sei. Der Minister zog schließlich das Fazit, daß durch den Krieg

wie in allen Städten, so auch in Braunschweig eine große Wohnungsnot geschaffen sei, und es wurde vom Vertreter des Generalkommandos sowohl, wie auch von unserer Seite und vom Staatsministerium verlangt, daß die Stadt weit mehr zur Abhilfe der Wohnungsnot tun müsse, als von den Magistratsvertretern in Aussicht gestellt sei.

Nun sind die verschiedenen Wege erörtert, in welcher Weise die Stadt zur Beseitigung der Wohnungsnot beitragen könne. Es wurden vom Generalkommando wie von mir und auch von Herrn Kraus verschiedene Beispiele angeführt, wie andere Städte vorgingen, und zwar in erheblich größerem Maße, als Braunschweig in Aussicht genommen hat. Es liegt nun an uns, weiter zu beraten, was die Stadt tun soll, um der Wohnungsnot entgegenzutreten. Es muß beraten werden die Frage der Beschaffung des Baulandes, die teilweise von der Stadt aus zu lösen ist, teilweise durch privaten Grundbesitz, der zur Verfügung steht, erledigt werden muß. Weiter ist gesprochen über die Beschaffung der Baumaterialien, über die Frage, wer bauen soll, über die Aufbringung der Mittel, die Bereitstellung der Arbeitskräfte, über Freigebung des Materials usw., und alle diese Fragen müssen selbstverständlich auch in der Stadtverwaltung geprüft werden in Rücksicht darauf, wie weit es der Stadt möglich ist, diese Fragen wirksam mit zu erledigen. Hierzu soll eine Deputation gewählt werden, die, wie der Magistrat vorschlägt, aus zwei Magistratsmitgliedern und 4—5 Stadtverordneten bestehen soll. Der Herr Vorsitzende hat schon die Namen der von der Statutenkommission in Vorschlag gebrachten Herren genannt. Die Statutenkommission ersucht Sie, diese Herren zu wählen.

Die Staatsbehörde verlangt bis zum 25. Juli Bescheid darüber, was in der Beziehung von Seiten der Stadt geschehen ist. Es soll nun aber nicht nur etwa berichtet werden: „Wir haben eine Deputation gewählt“, sondern auch darüber Bericht erstattet werden, was die Deputation getan hat, und was die Stadt zu tun gedenkt. Es muß anerkannt werden, wenn das, was von der Stadt aus bisher in Aussicht genommen wurde, in jener Sitzung als viel zu wenig bezeichnet wurde, so daß nunmehr schnell gearbeitet werden muß, damit bis zum 25. Juli etwas Positives herauskommt.

Stadtv. Frede: Als Teilnehmer an der Konferenz muß ich etwas berichtigen, was Herr Wesemeier vorgetragen hat. Er sagte, vom Generalkommando wie auch vom Ministerium wäre geäußert, daß von der Stadt Braunschweig bisher zu wenig in dieser Wohnungsangelegenheit getan sei. Das ist nicht richtig. Diesen Ausdruck hat allerdings einer der Herren Verhandlungsteilnehmer gebraucht, aber dem bin ich entgegengetreten und habe ausgeführt, daß die Zurverfügungstellung des großen Terrains des Arferöder Feldes und des Geländes an der Goslarischen Straße, so-

dann der großen Summen für diese Zwecke eine sehr ansehnliche Leistung der Stadt auf diesem Gebiete darstelle. Wenn es hier so dargestellt wird, als wenn eine gegenseitige Äußerung allseitig geschehen sei, so ist das nicht richtig — der Herr Minister hat das nicht gesagt, sondern es ist nur von einem andern Herrn ausgesprochen, und Herr Wesemeier hat ihm zugestimmt. Meiner Überzeugung nach hat Braunschweig für diese Zwecke eine ganze Menge getan.

Stadtv. Wesemeier: Ich bitte Herrn Frede um Verzeihung, wenn ich gesagt habe, daß allseitig diese Meinung geäußert wurde. Selbstverständlich darf vom Vertreter der Grundbesitzer nicht anerkannt werden, daß die Stadt in dieser Hinsicht zu wenig tut. Ich bitte um Verzeihung, daß ich vorhin Herrn Frede mit hinzugerechnet habe zu denen, die der von mir erwähnten Meinung waren.

Stadtv. Frede: Ich muß mich gegen die Worte des Herrn Wesemeier verwahren. Es hat nichts damit zu tun, ob jemand Grundbesitzer ist oder nicht, wenn berichtet wird, was über die Leistungen der Stadt Braunschweig in dieser Versammlung gesprochen wurde. Herr Wesemeier sagte, allseitig sei die von ihm geteilte Meinung geäußert. Dagegen habe ich gesagt, höchstens von einer Seite sei das ausgesprochen, und Herr Wesemeier habe dem zugestimmt. Von den übrigen Teilnehmern der Versammlung, von den Kreisdirektoren und den Vertretern des Ministeriums hat es keiner gesagt, und das ist ausschlaggebend.

Vorsitzender: Wenn sich nicht Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Herren, die genannt sind, für die Wohnungsdeputation als gewählt gelten, und daß die Anträge Kraus dieser Deputation zur eventuellen Berücksichtigung überwiesen werden sollen. (Ohne Widerspruch.)

8. Besuch eines Einwohners um Erlaß des Überpreises beim Gasverbrauch.

Stadtv. Dr. Rahbert: Es ist an die Stadtverordneten ein Brief des Herrn Gustav Jürgens gerichtet, welcher in der Pflegehausstraße 10 ein Geschäft betreibt, und zwar befaßt er sich mit Geflügelzüchtereien und mit der künstlichen Ausbrütung von Vogeleiern. Das Geschäft ist bisher gut gegangen, und seine Benutzung hat infolge des Krieges noch zugenommen. Aus diesem Grunde hat die Firma für ihre Geschäftszwecke große Mengen Gas verbraucht und ist auf Grund der bestehenden Bestimmungen zur Zahlung des Überpreises bzw. des Straßpreises herangezogen. Hierdurch fühlt sich der Bittsteller benachteiligt und glaubt, zur Aufrechterhaltung seines Betriebes eine Ermäßigung dieser Straßgebühr herbeiführen zu können, indem er um einen dahingehenden Beschluß der Stadtverordneten bittet, nachdem ein Besuch von ihm, welches an die Direktion der Licht- und Wasserwerke

gerichtet war, bereits abschlägig beschieden worden war. Wenn nun auch anerkannt werden muß, daß die ganze Anlage gemeinnützigen Zwecken dient, und daß es für den Betroffenen in gewisser Beziehung schwer ist, die Strafgeelder aufzubringen, so muß doch auch beachtet werden, daß es sich lediglich um einen rein geschäftlichen Betrieb handelt, und es muß dem Bittsteller überlassen bleiben, seinerseits die entstehenden Unkosten als Geschäftsunkosten aufzufassen und auf die aufzustellenden Rechnungsbeträge abzuwälzen, so daß also das Brutgeschäft sich teurer gestalten wird. — In der Statutenkommission ist die Angelegenheit eingehend durchberaten worden, da wir zunächst glaubten, dem Antragsteller doch entgegenkommen zu können. Das ist aber wegen der Bundesratsbestimmungen leider nicht möglich. Nach der Verfügung des Kohlenkommissars unterliegt diejenige Menge Gas, die über ein bestimmtes Maß hinaus entnommen wird, einer höheren Bezahlung, und Ausnahmen sind nicht gestattet. Die Statutenkommission hat sich dahin entscheiden müssen, das Gesuch ablehnend zu bescheiden, und gibt Ihnen anheim, sich diesem Beschlusse anzuschließen.

Das Gesuch wird abgelehnt.

Vorsigender: Es ist eine Anfrage des Herrn Stegmann eingegangen. Sie lautet: „Ist es möglich, die vom Magistrat bekanntgegebene, die minderbemittelte Bevölkerung aufs schwerste belastende Erhöhung der Fleisch- und Wurstpreise rückgängig zu machen?“

Bezüglich der Eingabe des Architekten Reldénich habe ich folgendes zu berichten: Der Magistrat hat bereits zu dieser Eingabe Stellung genommen. Nun richtet Herr Reldénich eine Eingabe gleichen Inhalts an die Stadtverordneten. Ich überweise diese Eingabe der Statutenkommission zur Vorberatung.

9. Verlegung eines Wasserrohres am Bienröder Wege.

Stadtv. Vorschigt: Der Bau der technisch-wissenschaftlichen Versuchsstation für Kraftragen und Flugzeuge ist Anfang des Monats Mai begonnen und soll, wenn möglich, im Monat Juli-August fertiggestellt werden. Zum Betriebe der Anlage muß natürlich auch eine Wasserleitung vorhanden sein, und deshalb wird von der bauenden Gesellschaft der Antrag gestellt, die Legung eines Wasserrohres dorthin zu veranlassen. Der Magistrat hat den Antrag geprüft und ist zu dem Entschluß gekommen: da die Errichtung der Versuchsstation im allgemeinen Interesse liegt und die Stadt Veranlassung hat, die Schaffung der fraglichen Anstalt zu fördern, außerdem bei Bebauung des Arkeröder Feldes diesem vermutlich auch an dieser Stelle Wasser zugeführt werden muß, so ist es zulässig, das Rohr auf Kosten der Stadt zu verlegen. Diese sind zu 8000 M veranschlagt.

Die Finanzkommission hat die Sache geprüft und gibt Ihnen durch mich anheim, die Genehmigung dazu zu erteilen, daß die Kosten zu Lasten des Reservefonds der Wasserwerke übernommen werden.

Die Versammlung erklärt sich stillschweigend mit dem Antrage der Finanzkommission einverstanden.

Vorsigender: Von Herrn Verlagsbuchhändler T e p e l m a n n ist eine Anzahl Broschüren, von denen schon in der vorigen Sitzung die Rede war, zur Verteilung an die Herren Stadtverordneten eingegangen. Die Anzahl reicht nicht aus, daß jedem der Herren ein Exemplar übergeben werden kann. Wer Neigung hat, die Broschüren kennenzulernen, möge sich hier ein Exemplar abholen.

10. Baubeschränkung für Gelände westlich der Goslarischen Straße.

Stadtv. Göde: Die städtischen Behörden haben am 4. April d. J. das Statut Nr. 61 erlassen, das eine Ergänzung des Ortsbaustatuts enthält. Der Stadtmagistrat hat sich diese Ergänzung zunutze gemacht, indem er uns eine Vorlage unterbreitet, worin er uns ersucht, uns einverstanden zu erklären, daß auch auf das Gelände westlich der Goslarischen Straße zwischen Bruderstieg und Jakobikirche die in dem Statut genannten Beschränkungen und Sondervorschriften Anwendung finden. Der Plan hängt hier aus, und die betreffende Fläche ist in violetter Farbe angelegt. Dieses Gelände eignet sich besonders dazu, diese Vorschriften anzuwenden. Es wird durch dies Statut bestimmt, daß Gebäude nur in 11 m Höhe gebaut werden dürfen, daß nicht eine stärkere Bebauung als in 15 m Tiefe stattfinden soll usw. Da das in Frage kommende Gelände noch nicht sehr bebaut ist, aber gute Aussichten hat, daß es zu einem Wohnquartier ausgebaut werden kann, so ist es angebracht, daß man diese Vorschrift annimmt. Wegen des Ausschlusses lästiger Anlagen (§ 44 des Ortsbaustatuts) von diesem Wohngebiet wird uns eine besondere Vorlage demnächst zugehen.

Die Baukommission hat sich mit dem Magistratsantrage eingehend beschäftigt und ist zu dem Entschluß gekommen, der Stadtverordnetenversammlung anheimzugeben, dem Magistratsantrage stattzugeben.

Die Zustimmung zur Anwendung dieser einschränkenden Bestimmungen auf das bezeichnete Gelände wird erteilt.

11. Abrechnung über die Kosten des Umbaus des Gaswerks an der Taubenstraße.

Stadtv. Roeschigt: Der Magistrat gibt uns eine kurze Übersicht über die Abrechnung betreffs der Neubauten und Unkosten am Gaswerk an der Taubenstraße.

Wir haben zum Umbau und Neueinrichtung unseres Gaswerks an der Taubenstraße im Jahre 1907 1 100 000 *M* bewilligt, 1908 100 000 *M* 1913 610 000 *M*, also im ganzen 1 810 000 *M*. Wie die Gelder ausgegeben sind, darüber haben wir uns in der Finanzkommission ausgesprochen; Sie werden mir erlassen, die einzelnen Posten eingehend darzulegen. Es sind im ganzen verbraucht 1 452 158,15 *M*, so daß von der Bauumme, die seinerzeit bewilligt war, ein Überschuß von 357 841,85 *M* geblieben ist. Die einzelnen Ausgabeposten sind geprüft worden, und wir können diesmal, gegenüber manchen anderen Fällen, wo nachträglich sich eine Mehrausgabe herausstellt, im Vergleich zu dem Voranschlage mit einem erfreulichen Überschusse rechnen. Ich bringe das hiermit im Auftrage der Finanzkommission Ihnen zur Kenntnis.

12. Beschaffung und Abgabe von Hausbrandkohlen an die minderbemittelte Bevölkerung.

Stadtv. Riefe: Der Bundesrat hat vom 1. Dezember 1917 ab für die Dauer des Krieges zugunsten der Kommunalverbände und der Gemeinden jährlich 30 Millionen Mark zur Unterstützung der minderbemittelten Bevölkerung zwecks Beschaffung der als Hausbrand erforderlichen Kohlen aus Mitteln des Kriegsfonds zur Verfügung gestellt. Nach Mitteilung des Herzoglichen Staatsministeriums entfallen davon auf das Herzogtum Braunschweig monatlich 19 035 *M*, und hiervon wieder $\frac{1}{100} = 7804,35$ *M* auf die Stadt Braunschweig. Herzogliches Staatsministerium hat angeordnet, daß die überwiesenen Beträge in der Weise verwendet werden sollen, daß davon Hausbrandkohle beschafft und zur Abgabe an die minderbemittelte Bevölkerung in besonderen Einzelfällen bereitgestellt wird. Die Zuteilung soll erfolgen je nach dem Grade der Bedürftigkeit, kostenlos oder gegen mäßige Vergütung. Der Magistrat hat in Aussicht genommen, die zur Verfügung stehenden Summen durch Vermittlung der städtischen Armenpflege, des Nationalen Frauendienstes und der kirchlichen Armenpflege der minderbemittelten Bevölkerung in der Weise zuzuführen, daß denjenigen Haushaltungen, welche nach dem pflichtmäßigen Ermessen der genannten Stellen bedacht werden sollen, von dem Magistrat ausgefertigte und von den Kohlenhändlern in Zahlung zu nehmende Gutscheine zugewiesen werden. Die Gutscheine können bei diesem Verfahren alle über den gleichen Betrag, etwa 1 *M*, lauten und den Familien je nach dem Grade der Bedürftigkeit in beliebiger Zahl zugeteilt werden.

Der Stadtmagistrat richtet an die geehrten Herren das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Zuteilung der bezeichneten Mittel auf der angegebenen Grundlage erfolgt, und bemerkt noch, daß, wenn dieser Antrag die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erhalten sollte, er beabsichtigt, zu-

nächst und vorbehaltlich etwa notwendig werdender Verschiebungen die Hälfte der Gutscheine der städtischen Armenpflege, und je ein Viertel derselben durch die beiden andern Stellen zur Verteilung gelangen zu lassen.

In der Finanzkommission ist die Sache vorgetragen und die gemachten Vorschläge sind geprüft. Die Finanzkommission gibt Ihnen durch mit Genehmigung anheim.

Stadtv. Wesemeier: Jetzt kommt also das, was ich im vorigen Jahre beantragt habe, was hier aber abgelehnt worden ist. Im vorigen Jahre, als die Kohlensteuer eingeführt wurde, ist vom Bundesrat ausdrücklich bekanntgegeben, daß für die minderbemittelten Schichten die Kohlensteuer nicht erhoben zu werden brauche, wenn die Gemeinden in einer vorgeschriebenen Weise sich darum bemühten. Ich habe die Vorschriften nicht mehr genau im Kopfe und habe sie auch nicht mitgebracht, da ich nicht wußte, wie die Sache heute laufen sollte. Wenn die Gemeinden eine Bürgschaft übernahmen, daß diese Kohlen den minderbemittelten Familien zugeführt wurden, dann war damit die Sache in Ordnung. Holzminden hat damals diese Herabsetzung der Kohlensteuer für die minderbemittelten Kreise durchgeführt. Für die Stadt Braunschweig betrug das, was der minderbemittelten Bevölkerung, ohne daß der Stadt irgend welche Unkosten dadurch zu entstehen brauchten, zugeführt werden konnte, etwas über 100 000 M. Ich führte damals auch eine Reihe von Städten an, die die Einrichtung durchgeführt hatten. Sie haben es seinerzeit abgelehnt, obwohl es auf dieselbe Weise möglich war wie heute, wo es von der Regierung vorgeschrieben wird. Ich freue mich, daß die Regierung heute eingreift, sonst würden wir den Vorteil für die minderbemittelten Kreise auch heute nicht bekommen haben.

Bürgermeister Meyer: Meine Herren! Herr Wesemeier hat mit seinen Ausführungen fehlgeschossen; die Sache liegt anders als im vergangenen Jahre. Damals war seitens des Reichstags das Ersuchen ausgesprochen, einen Erlaß der neu eingeführten Kohlensteuer eintreten zu lassen für solche Kohlen, die den Inhabern von Kleinwohnungen zugeführt würden. Es sollten aber, und das war Vorbedingung, die Gemeinden die Vermittelung übernehmen und gleichzeitig die Haftung dafür, daß die Kohlen auch tatsächlich nur den Inhabern von Kleinwohnungen zuzelfen. Wie wäre das praktisch möglich gewesen? Was sollte „Kleinwohnung“ sein, und wie sollten die Kleinwohnungen ermittelt werden? Entweder hätte die Stadt selbst den Vertrieb dieser Kohlen übernehmen müssen — und das wäre bei dem Umfange und dem Fehlen von Verkaufsstellen und geschultem Personal äußerst schwierig und kostspielig gewesen —, oder es hätten Kohlenhändler gewonnen werden müssen, die unter Aufgabe ihres freien Geschäfts sich nur dem Ver-

Lauf dieser Kohlen gewidmet hätten. Es wären durch alle dieses derartig große Schwierigkeiten entstanden, daß die Durchführung nicht empfohlen werden konnte. Die Stadt Braunschweig ist nicht die einzige gewesen, die sich so entschieden hat, denn die technischen Schwierigkeiten sind im ganzen deutschen Reiche hervorgetreten, und zwar in so erheblichem Maße, daß der deutsche Reichstag selbst sich veranlaßt gesehen hat, an den Reichsfinanzler das Ersuchen zu richten, die zugrunde liegende Vorschrift des Kohlensteuergesetzes aufzuheben und an Stelle der Kohlensteuervergünstigung den Gemeinden Geld zur Verfügung zu stellen, um damit den Kohlenbezug der ärmeren Bevölkerungsschichten zu erleichtern. So ist es jetzt. Wir bekommen an Stelle des Kohlensteuererlasses, den wir damals durchführen sollten, bar Geld vom Reiche und sollen dies der minderbemittelten Bevölkerung zuführen: Auf diese Weise wird erreicht, was durch den Erlaß der Kohlensteuer angestrebt war: es wird den minderbemittelten Kreisen der Bezug von Kohlen verbilligt. Das jetzt Vorgeschlagene ist etwas ganz anderes als was Herr Wesemeier seinerzeit gewünscht hat; damals handelte es sich um die Zuteilung von Kohlen, und jetzt handelt es sich um die Zuteilung von Geld.

Die Versammlung ist mit den Vorschlägen des Magistrats in dieser Sache einverstanden.

13. Veranstaltung eines Lehrgangs für Fortbildungsschullehrer.

Stadtv. **Frede:** Wir haben uns hier jüngst mit der Einführung des Fortbildungsschulzwangs beschäftigt. Heute handelt es sich wieder um die Fortbildungsschule. Der Fortbildungsschulinspektor ist bestrebt, auch den inneren Ausbau der Schule zu fördern, und dazu gehört folgende Maßnahme: Wie in andern Städten soll auch hier im nächsten Winter ein Fortbildungskursus eingerichtet werden für diejenigen Lehrer, die an der Fortbildungsschule tätig sind — das sind Berufslehrer und auch Meister. Es liegt auf der Hand, daß die Fortbildungsschule spezielle Bedürfnisse hat und die für Lehrer übliche Ausbildung nicht ohne weiteres auf diese Bedürfnisse eingestellt ist, so daß es sich also empfiehlt, etwaige Lücken und Mängel auszufüllen durch Einrichtung von Fortbildungskursen. Das ist in Preußen in mehr oder weniger großem Umfange bereits geschehen und wäre auch für Braunschweig zu begrüßen. Es wird nun an das Stadtverordnetenkollegium das Ersuchen gerichtet, die Kosten zu bewilligen, die dieser Kursus erfordern wird, und die auf eine Höhe von 950 *M* veranschlagt sind. Ein wesentlicher Teil dieser Kosten wird jedoch durch das festgesetzte Schulgeld aufkommen und ferner durch die zu erwartende Staatsbeihilfe, so daß nach dem Anschlage des Fortbildungsschulinspektors schließlich nur eine städtische Beihilfe von 400 *M* nötig sein wird. Vorläufig aber müssen wir allerdings 950 *M* bewilligen, das Zurückfließen eines Teiles dieses Be-

trages ist dann zu erwarten. — Die Schulkommission ist selbstverständlich mit der Einrichtung des Fortbildungskurses einverstanden und die geehrten Herren hoffen-
lich auch. Wir bitten um Ihre Bestimmung zur Bewilligung der 950 M.

Stadtv. **Salomon:** Darf ich mir eine Anfrage an den Herrn Berichterstatter erlauben? — Sollen die Teilnehmer an dem Kursus etwas bezahlen?

Stadtv. **Frede:** Jawohl, und zwar jeder 5 M für den vollen Kursus. Das ist in den andern Staaten auch so, ist auch keine erhebliche Ausgabe. 30 Teilnehmer sind in Aussicht genommen, die sämtliche Fächer belegen und somit 150 M Schulgeld aufbringen, und ebenso 30 Teilnehmer, die nur Buchführung und Unterrichtsfunde belegen, dafür 2 M zahlen, und somit 60 M zu den Kosten beisteuern. Das wird wohl nicht zu vermeiden sein.

Stadtv. **Lauer:** Die Kosten werden sich für die Braunschweiger Teilnehmer reduzieren, wenn der Kreis der Teilnehmer ausgedehnt wird auf das Herzogtum. Allerdings müßten dann die Stunden so gelegt werden — nicht allzu spät, nicht in die Abendstunden von 8—9 —, daß es den auswärtigen Teilnehmern auch möglich ist, sich der Sache zu widmen.

Stadtv. **Salomon:** Wenn auch die Kosten für den einzelnen bei der Teilnahme an dem Kursus nicht hoch sind, so handelt es sich doch für mich um die grundsätzliche Frage, ob es wohl richtig ist, den Teilnehmern überhaupt Kosten aufzubürden. Es geschieht diese Ausbildung hauptsächlich im Interesse der Allgemeinheit. Je besser die Fortbildungsschullehrer ausgebildet sind, um so besseren Unterricht werden sie erteilen, und um so gegenbringender wird dieser für die Jugend und für das Gewerbe sein. Ich erinnere daran, daß den akademisch gebildeten Oberlehrern zwecks fremdsprachlicher Weiterbildung zu Reisen ins Ausland Stipendien bewilligt werden. Hier liegt nach meiner Überzeugung ein analoger Fall vor. Grundsätzlich sollte man sich auf den Standpunkt stellen: Wenn es sich um eine Fortbildung von Lehrkräften handelt, die in der Hauptsache den Schülern und damit der Allgemeinheit zugute kommt, so sollte man den Teilnehmern an solchen Fortbildungskursen Kosten nicht auferlegen.

Stadtv. **Frede:** Persönlich bin ich ganz der Meinung des Herrn Salomon; man könnte höchstens noch sagen: Wenn durch diese Ausbildung der Schulunterricht durch den betreffenden Herrn ausfallen müßte, dann müßte er wohl dafür sorgen, daß seine Vertretung bezahlt wird. Ich bin also persönlich mit Herrn Salomon einverstanden, aber in der Schulkommission ist diese Seite der Sache nicht erwähnt. Ich habe mir gesagt, der Fortbildungsschulinспектор müßte auch auf den Gedanken gekommen sein, und in den Verhandlungen zwischen dem Magistrat und

dem Schulvorstande müssen die Gründe für Festsetzung des Betrages wohl erörtert sein. Darüber, ob das geschehen ist, könnte sich vielleicht der Herr Oberbürgermeister auslassen, da Herr Stadtrat von Frankenberg, der sonst die Sache vertritt, nicht gegenwärtig ist. Sollte das ein Antrag sein, was Herr Salomon vorbringt, so werde ich sehr gern dafür stimmen.

Was die Ausführungen des Herrn Lauer anlangt, so habe ich schon in der Kommission darauf hingewiesen, daß den auswärtigen Lehrern die Beteiligung an dem Kursus freigestellt wird. Selbstverständlich wird die Zeit so gelegt werden, daß sie daran teilnehmen können.

Vorsitzender: Falls Herr Salomon einen Antrag zu stellen gedenkt, so bitte ich ihn mir schriftlich aus. — Bis der Antrag eingereicht ist, wollen wir die Sache verlassen und zum folgenden Punkte übergehen.

(Fortsetzung folgende Seite.)

14. Erhöhung des städtischen Kredits beim Leihhause.

Stadtv. Frede: Es handelt sich um die unangenehme Sache, daß der städtische Kredit beim Leihhause wieder erhöht werden muß. Der Stadtmagistrat hat deswegen an die Stadtverordneten folgendes Schreiben gerichtet: „Zufolge Beschlusses der Stadtverordneten vom 28. März d. J. waren wir ermächtigt, den der hiesigen Stadt beim Herzoglichen Leihhause eröffneten Kriegskredit bis zum Betrage von 24 Millionen Mark in Anspruch zu nehmen. Die Schuld beträgt heute 23 050 000 M. Durch die am Monatschlusse zu leistenden laufenden Ausgaben an Gehältern, Familienunterstützungen (rund 800 000 M) usw. wird die zur Verfügung gestellte Summe aufgebraucht werden. Wenn auch im laufenden Monat auf den Eingang eines Teiles der ausgeschriebenen neuen Steuern für dieses Vierteljahr wohl gerechnet werden kann, so erscheint es doch mit Rücksicht auf die durch die Fortdauer des Krieges bedingten, in ständigem Wachsen begriffenen Ausgaben der Stadt — namentlich für Familienunterstützungen, Lebensmittel und dergleichen — geboten, schon jetzt auf eine rechtzeitige Erweiterung der Anleihe-mittel Bedacht zu nehmen. Wir geben daher anheim, was zu ermächtigen, beim Herzoglichen Staatsministerium die Erhöhung des fraglichen Kredits auf 26 Millionen Mark zu beantragen.“

Die Finanzkommission hat die Notwendigkeit der Erhöhung des städtischen Kredits beim Leihhause anerkannt, und die Herren hier im Saale werden es wohl auch müssen. Also: Wir bitten um Genehmigung.

Dem Antrage des Magistrats auf Erhöhung des bezeichneten Kredits stimmt die Versammlung zu.

Vorsitzender: Der Antrag des Herrn Salomon zu dem vorigen Punkte der Tagesordnung lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, seine Zustimmung dazu zu erteilen, daß die Teilnahme an einem Lehrgange für Fortbildungsschullehrer für die Teilnehmer kostenlos geschieht.“

Oberbürgermeister **Hettemeyer:** Herr Frede hat gemeint, der Herr Oberbürgermeister werde sich wohl über die Bezahlung des Kurses äußern können. Zu meinem Bedauern muß ich erklären, daß ich in der Sitzung des Schulvorstandes, als über die fragliche Sache beraten worden ist, nicht zugegen gewesen bin, leider auch nicht in der betreffenden Sitzung des Magistrats — ich war zu der Zeit im Landtage —, weiß also über die Sache nichts Näheres. Meine persönliche Meinung möchte ich folgendermaßen aussprechen: Wir haben verschiedentlich den Lehrern der höheren Schulen Stipendien bewilligt, damit sie ins Ausland gingen, um die fremde Sprache sich besser anzueignen und so in den Schulen den fremdsprachlichen Unterricht sachgemäß zu erteilen. Ich muß anerkennen, daß das eine ähnliche Sache ist wie dieser Fortbildungskursus, und glaube wohl in Aussicht stellen zu können, daß der Magistrat, wenn die geehrten Herren beschließen, daß die Kosten aus der Stadtkasse bezahlt werden sollen, dem zustimmen wird. Wenn wir nun aber auch bereit sind, das im Interesse unserer Fortbildungsschule zu tun, so brauchen wir doch nicht so weit zu gehen, auch die Auswärtigen an dem Kursus kostenlos teilnehmen zu lassen. Von denen könnten wir wohl verlangen, daß sie einen Beitrag zahlen — ob in der Höhe, wie hier festgesetzt ist, das zu bestimmen kann dem Magistrat dann wohl überlassen werden.

Vorsitzender (zum Antragsteller gewendet): Würden Sie, Herr Salomon, den Antrag dahin umändern, daß er nur für Lehrer aus der Stadt Braunschweig zu gelten hat? Das würde ich empfehlen.

Stadtv. **Salomon** fügt in seinem Antrage hinter das Wort „Teilnehmer“ ein: „aus der Stadt Braunschweig“, und der **Vorsitzende** verliest den geänderten Antrag.

Vorsitzender: Es macht sich kein Widerspruch gegen den Antrag Salomon geltend, auch nicht gegen den Antrag der Schulkommission auf Bewilligung der Mittel. Ich nehme deshalb das Einverständnis der Versammlung mit beiden Anträgen an.

15. Herrichtung eines oberirdischen Verbindungsganges zwischen zwei Geschäftshäusern der Gördeninger Straße.

Stadtv. **Rasche:** Die Firma Pfeiffer & Schmidt beabsichtigt, eine Straßenüberbrückung von ihrem Geschäftshause an der Gördeningerstraße 44/45 nach dem

von ihr neu erworbenen Grundstück Gördelingerstraße 7 herzurichten und hat an den Magistrat das Ersuchen gestellt, ihr solches zu gestatten. Der Magistrat hat darüber die verschiedenen verantwortlichen Stellen gehört und auch den Denkmals-Ausschuß um ein Gutachten gebeten, und dieser hat das Projekt V, das hier zur Ansicht ausgestellt ist, zur Annahme empfohlen. Nun sind aber seitens der Anlieger der Gördelingerstraße Einsprüche gegen das Projekt der Straßenüberbauung eingegangen, ebenso auch seitens der interessierten Hausbesitzer der Gördelingerstraße. Der Anspruch in diesen beiden Eingaben geht dahin, den Magistrat und die Stadtverordneten zu ersuchen, die Ausführung der Überbauung der Straße nicht zu gestatten. Die Baukommission, der die Vorberatung dieses Punktes der Tagesordnung oblag, hat sich mit der Sache eingehend befaßt. Es wurde in der Beratung dort zum Ausdruck gebracht, daß man bei einer solchen Firma, die für die Stadt eine große Bedeutung habe, wohl eine Ausnahme von den allgemeinen Bestimmungen machen und die Überbauung der Straße wohl gestatten solle. Die große Mehrheit der Baukommission war anderer Ansicht und sprach sich dahin aus, daß sie nur dann für Gestattung der Ausnahme sein würde, sobald es sich zeigte, daß ein anderer Weg — z. B. unter der Erde — nicht möglich sei. Der Mehrheitsbeschluß der Baukommission lautet daher dahin, den Antrag der Firma Pfeiffer & Schmidt abzulehnen. — Die Bedenken, die die Mehrheit zur Abgabe dieses Beschlusses geführt haben, teile ich persönlich nicht, glaube auch nicht, daß das Straßenbild dadurch gestört und der Verkehr auf der Straße Schaden leiden würde, wenn die Überbauung zur Ausführung gelangt. Wenn das zu befürchten wäre, dann wäre auch schon seitens des Magistrats eine solche Vorlage den Stadtverordneten nicht eingebracht. Die Baukommission empfiehlt also Ablehnung der Vorlage.

Stadtv. **Loeschigt** verzichtet auf das Wort.

Der Antrag der Firma wird entsprechend dem Antrage der Baukommission abgelehnt.

16. Neuregelung der Kriegsbeihilfen für die städtischen Beamten und Lehrkräfte.

Stadtv. **Munte**: Unter dem 6. Juni ist den geehrten Herren eine Zuschrift vom Stadtmagistrat zugegangen, in welcher mitgeteilt wird, daß die Landesregierung zusammen mit der Landesversammlung ausß neue eine höhere Festsetzung der Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen der staatlichen Beamten vorgenommen hat. Nach dem Gesetze vom 13. Juni 1917 ist die Stadt verpflichtet, auch den an den städtischen Bürgerschulen beschäftigten Leitern und Lehrkräften mindestens

gleichwertige Vergütungen zuteil werden zu lassen. Daß unter diesen Umständen auch die Kriegsteuerungszulagen der städtischen Beamten aufgebessert werden müssen, erachtet der Magistrat als selbstverständlich und macht nun in der Ihnen zugegangenen Vorlage seine Vorschläge. Meine Herren, Sie haben das Schreiben alle erhalten, und ich glaube deshalb nicht nötig zu haben, seinen Inhalt hier näher mitteilen zu müssen. Es wird darnach Zustimmung dazu anheimgegeben,

a) daß der § 6 der Grundsätze für die Gewährung von Kriegsbeihilfen an Beamte der Stadt Braunschweig die folgende Fassung erhält:

§ 6.

Als Kriegsbeihilfen werden jährlich gewährt:

- I. jedem nach den vorstehenden Vorschriften beteiligten Beamten,
- a) wenn das Gehalt nicht mehr als 2300 M beträgt 540 M
 - b) in allen anderen Fällen 480 M

II. daneben:

- 1. jedem ledigen Beamten mit eigenem Hausstande
 - a) wenn das Gehalt nicht mehr als 2300 M beträgt 240 M
 - b) in allen anderen Fällen 300 M
- 2. jedem verheirateten oder verwitweten Beamten ohne Kinder
 - a) wenn das Gehalt nicht mehr als 2300 M beträgt 300 M
 - b) in allen anderen Fällen 420 M
- 3. für jedes Kind 240 M

Der gesamte Jahresbetrag der Kriegsbeihilfe der einzelnen Beamtengruppen berechnet sich hiernach wie folgt:

	Beamtengruppen	bei einem Gehalte von nicht mehr als 2300 M	bei einem Gehalte von mehr als 2300 M
1.	Ledige Beamte ohne eigenen Hausstand	540 M	480 M
2.	Ledige Beamte mit eigenem Hausstande	780 "	780 "
3.	Verheiratete und verwitwete Beamte ohne Kinder	840 "	900 "
4.	Dieselben mit 1 Kinde	1080 "	1140 "
5.	" " 2 Kindern	1320 "	1380 "
6.	" " 3 "	1560 "	1620 "
7.	" " 4 "	1800 "	1860 "
8.	" " 5 "	2040 "	2100 "
9.	" " 6 "	2280 "	2340 "
10.	Bei noch größerer Kinderzahl für jedes weitere Kind 240 M mehr.		

b) daß nach diesen neuen Vorschriften die Kriegsbeihilfen für die Zeit vom 1. April d. J. an erhöht und

c) allen nach den Grundjahren beteiligten und am 1. Juli c. im städtischen Dienste befindlichen Beamten, einerlei, ob sie einen eigenen Hausstand haben oder nicht, eine einmalige Zulage von 150 \mathcal{M} und für jedes nach den Grundjahren zu berücksichtigende Kind eine solche von 40 \mathcal{M} gewährt wird, den ledigen Beamten ohne eigenen Hausstand jedoch nur dann, wenn ihr Jahresgehalt nicht mehr als 6000 \mathcal{M} beträgt.

Dann wird in dem Magistrats Schreiben mitgeteilt, daß der Vorlage eine Übersicht über die bisherigen und künftigen städtischen und staatlichen Beihilfen zur Kenntnisnahme beigelegt ist.

Es hat über diese Vorschläge in der Finanzkommission eine Vorberatung stattgefunden und ist dort der einstimmige Beschluß gefaßt, Ihnen zu empfehlen, daß die Frage in der vom Magistrat beantragten Weise gelöst wird. Ich habe Sie namens der Finanzkommission zu bitten, gleichfalls Ihre Zustimmung auszusprechen.

Stadt v. Frede: Die Beamten werden zweifellos dem Magistrat dankbar sein für die schnelle Einbringung der Vorlage, und ich glaube auch sagen zu können, daß die Wünsche der Beamten mit der Vorlage im großen ganzen erfüllt sind. Nur tut es mir recht leid, daß eine Gruppe der Beamten hier in der Stadt — nicht der städtischen Beamten — wieder leer ausgeht und leider leer ausgehen muß: das sind die Lehrer der katholischen Schule. Diese haben bis heute noch keine Teuerungszulagen bekommen. Das ist sehr zu bedauern, aber ich wüßte nicht, welches Mittel zur Verfügung steht, um ihnen zu helfen. Der Magistrat kann ohne weiteres nicht eingreifen. Wenn es ihm dennoch möglich wäre, so möchte ich den Herrn Oberbürgermeister bitten, anzugeben, wie man diesen Herren helfen könnte. Sie sind bei mir und anderen Stadtverordneten gewesen und haben uns vorgestellt, welche unendliche Not bei ihnen vorhanden ist.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Meine Herren! Ich muß anerkennen, daß es bedauerlich ist, daß den Lehrern der katholischen Schule noch keine Teuerungszulagen in dem Umfange, wie es gewünscht wird, haben bewilligt werden können. Die Stadt aber trifft daran kein Verschulden. Ich bitte zu beachten, daß die katholische Schule augenblicklich eine Privatschule ist. Derartige Privatschulen haben wir in der Stadt mehrere. Soll sich die Stadt nun auf den Standpunkt stellen, daß alle Lehrer an diesen Privatschulen Teuerungszulagen von Seiten der Stadt bekommen? Das ginge doch zu weit! Die katholische Kirche ist die Unternehmerin jener Schule und bekommt von uns einen Zuschuß von 35 \mathcal{M} pro Kind,

außerdem auch noch vom Staate einen Zuschuß, der — wenn ich nicht irre — 10 000 *M* beträgt. Nun sind aber Verhandlungen im Gange — das kann ich bei dieser Gelegenheit mitteilen —, die darauf abzielen, daß die Stadt die katholische Schule als städtische Schule übernimmt, womit alle diese Beschränkungen der Schule wegfallen würden. Diesem Antrage auf Übernahme der katholischen Schule stattzugeben, hat der Magistrat beschlossen in der Erwägung, daß es nicht anders zu einem gedeihlichen Verhältnisse kommen kann, denn alle Versuche, in anderer Richtung vorzugehen, sind fehlgeschlagen. Die Verhandlungen sind jetzt so weit vorgeschritten, daß ich augenblicklich dabei bin, das Statut auszuarbeiten, das Ihnen zwecks Übernahme der katholischen Schule vorgelegt werden soll.

Nun entsteht die Frage: Wie sollen wir uns jetzt verhalten, wo die Schule noch nicht übernommen ist? Dazu haben wir im Magistrat gesagt: Gerade weil die Stadt diese Schule schon immer unterstützt und damit anerkannt hat, daß die Stadt ein besonderes Interesse an der Erhaltung und Fortführung dieser Schule hat, könnten wir ihr gegenüber einen anderen Standpunkt einnehmen als gegenüber den anderen Privatschulen, jedoch unter der Voraussetzung, daß auch der Staat seinerseits einen weiteren Zuschuß leistet. Wir hatten deshalb dem Staate empfohlen, er möchte, wenn die Stadt Braunschweig einen erheblichen Zuschuß leistet, um die katholischen Lehrer auch mit Teuerungszulagen zu bedenken, uns in gleicher Weise unterstützen, wie das bisher bei den Teuerungszulagen geschehen ist, die wir für die Lehrer an unsern städtischen Schulen zahlen. Eine Entscheidung darüber ist noch nicht getroffen; es ist aber in einer der letzten Sitzungen des Landtages auf Antrag des Ministeriums — die Sache ist mündlich vorgetragen — der Ausschuß der Landesversammlung ermächtigt, mit der Regierung zusammen über diese Frage Entscheidung zu treffen. Ich hoffe also, daß die Sache sehr bald erledigt wird.

Nun erkenne ich an, daß es wünschenswert ist, in diesem Falle baldigst vorzugehen, und ich möchte deshalb heute zur Erwägung vorstellen, ob Sie vielleicht heute schon — dann brauchte die Sache nicht vielleicht erst nach den Ferien hier verhandelt zu werden — einen Beschluß fassen, womit Sie dem Magistrat das Vertrauen entgegenbringen, zusammen mit dem verstärkten Finanzausschuß die Summe zu bewilligen, die sie für angemessen halten. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß es nötig wäre, daß in diesem Falle der Staat, die katholische Kirche und die Gemeinde Braunschweig zusammen die Mittel aufbringen, um auch die katholischen Lehrer besser zu stellen. Ich darf wohl annehmen, daß das grundsätzlich Ihre Zustimmung findet, es käme also nur noch auf die Höhe der Summe an, und ich glaube, darin könnten Sie wohl der verstärkten Finanzkommission ihr Vertrauen schenken.

Da die katholische Schule einmal erwähnt ist, so möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, noch etwas vorzubringen, das auch geregelt werden muß, und das heute morgen bereits in der Magistratsitzung vorgebracht wurde. Es ist dort beschlossen worden, demnächst der verstärkten Finanzkommission folgendes zu unterbreiten: Die Lehrer der katholischen Schule haben Gehälter, die hinter denen unserer städtischen Lehrer zurückstehen, und um darin einen Ausgleich herbeizuführen, ist in den letzten Jahren neben dem vorhin von mir erwähnten regelmäßigen Zuschuß von der Stadt noch ein besonderer Zuschuß bewilligt. Das ist im vorigen Jahre seitens des verstärkten Finanzausschusses geschehen, und zwar auf der Grundlage, daß wir gesagt haben: Da die Zahl der Kinder der katholischen Schule nicht unerheblich zurückgegangen ist, so spart die Stadt an dem allgemeinen Zuschuß, den sie mit 35 *M* pro Kind gewährt, und wegen dieser Ersparnis halten wir es augenblicklich wohl für angebracht, daß wir einen entsprechenden Zuschuß bewilligen, um zu ermöglichen, daß die katholischen Lehrer dieselben Gehälter bekommen wie unsere städtischen Lehrer. Das ist etwas anderes als die Teuerungszulagen. Auch hierin wird dringend um baldige Entscheidung gebeten, und zwar bis zum 1. Juli. Ich würde mich freuen, wenn Sie uns heute schon ermächtigten, in dieser Weise vorzugehen, wie es ja auch schon vor Jahresfrist geschehen ist. Wir haben auch darüber Erkundigungen im Ministerium eingezogen, und es ist uns in Aussicht gestellt, daß auch das Ministerium, wenn die Stadt in der angeführten Weise vorgeht, einen besonderen Zuschuß zu diesem Zwecke bewilligen wird — das ist auch im Etat des Landes vorgesehen. Es würde für diesen Ausgleich ein Gesamtbetrag von etwa 5000 *M* nötig sein, und wir hatten gemeint, daß die Stadt 2500 *M* zur Verfügung stellen könnte, weil mindestens so viel an der Hauptsumme gespart wird; denn die Zahl der Kinder in der katholischen Schule ist — wenn ich mich in der Zahl nicht irre — von 1100 auf 930 zurückgegangen. Wenn der Herr Vorsitzende gestattet, möchte ich anheimgeben, in diesen beiden Beziehungen heute den Magistrat zu ermächtigen: in dem einen Falle zusammen mit dem verstärkten Finanzausschuß, und in dem letzteren Falle allein die erforderlichen Mittel zu bewilligen.

Vorsitzender: Über den letzten Punkt würde die Versammlung endgültig beschließen und für den anderen Punkt der verstärkte Finanzausschuß ermächtigt werden, in Gemeinschaft mit dem Magistrat den Zuschuß zu bewilligen. — Beide Anträge stehen mit zur Beratung.

Wenn sich nicht Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung mit sämtlichen Anträgen, die in dieser Sache vorgebracht sind, einverstanden ist. — Das ist der Fall.

17. Verhandlungen über Erhöhungen des Straßenbahn-Tarifs.

Stadtv. Loeßhigt: Am 1. Juli d. J. tritt das Gesetz über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs vom 8. April 1917 bei den Straßenbahnunternehmen in Kraft. Gemäß § 11 Absatz 5 dieses Gesetzes beträgt die zu erhebende Verkehrssteuer im Straßenbahnverkehr 6 v. H. des Beförderungspreises. Im § 8 Absatz 1 und 2 ist ferner folgendes bestimmt: „Ist der Betriebsunternehmer in der Gestaltung der Tarife durch Vereinbarungen mit einem Dritten gebunden, so stehen diese Vereinbarungen solchen Tarifänderungen nicht entgegen, die zur Deckung der Abgaben bestimmt und nach Lage der gesamten Verhältnisse als angemessen zu erachten sind. — Kommt zwischen den an der Vereinbarung Beteiligten eine Verständigung über die Tarifänderungen nicht zustande, so entscheidet über deren Art und Maß endgültig ein Schiedsgericht.“ Die Straßeneisenbahn beantragte daraufhin, daß vom 1. Juli d. J. ab der bisherige Zehnpsennigtarif wie folgt geändert wird:

1. Es sollen Einzelfahrscheine zum Preise von 15 Pfennig und

2. Fahrscheinefte, enthaltend 19 Fahrscheine zum Preise von 2 *M*, ausgegeben werden. Ich bemerke hierzu, daß der Antrag der Straßeneisenbahn schon ein Jahr zurückliegt, daß die Verhandlungen also ziemlich ein Jahr gedauert haben. Im Einvernehmen mit dem von uns gutachtlich gehörten verstärkten Finanzausschuß entschloß sich der Magistrat, auf den Antrag nicht einzugehen, da die beantragte Tarifierhöhung für die Einzelfahrscheine nicht bloß die Verkehrssteuer deckt, sondern darüber hinaus eine sehr erhebliche Mehreinnahme für das Straßenbahnunternehmen abwerfen muß. Da eine anderweitige Verständigung nicht zu erzielen war, mußte bestimmungsgemäß ein Schiedsgericht die Entscheidung über Maß und Art der Tarifierhöhung abgeben. Der Schiedsspruch ist nun wie folgt ausgefallen:

1. An Stelle des zur Zeit auf Grund des zwischen den Parteien am 21. Dezember 1896 abgeschlossenen Vertrages und der zugehörigen späteren Tarifvereinbarungen gültigen Einzelfahrscheins zu 10 Pf. soll der Einzelfahrschein für den Preis von 15 Pf. ausgegeben werden.

2. Neben den Einzelfahrscheinen sind Doppelfahrscheine zum Preise von 25 Pf. auszugeben.

3. Außerdem sollen den Fahrgästen Fahrscheinefte mit 19 Einzelfahrscheinen zum Preise von 2 *M* zur Verfügung gestellt werden.

Diese Tariffestsetzungen beginnen mit dem 1. Juli 1918 und endigen mit dem 30. Juni 1923. Falls die Parteien sich nicht über eine andere Tariffestsetzung für die Folgezeit einigen, soll auf Grund des Verkehrssteuergesetzes vom 8. April 1917

eine weitere Entscheidung des Schiedsgerichts erfolgen — Die Kosten des schiedsrichterlichen Verfahrens ist beiden Parteien je zur Hälfte zur Last zu legen.

Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, von dem Verlauf und dem Ergebnisse der Angelegenheit Kenntnis nehmen zu wollen. Das sei hiermit geschehen.

Anschließend daran hat der Magistrat noch weitere Anträge zu stellen. Es hat sich nämlich über die Herstellung der Einzelfahrscheine, Doppelfahrscheine und Fahrscheinefte eine längere Auseinandersetzung zwischen der Straßenbahn und dem Magistrat ergeben. Wegen der augenblicklichen Papierknappheit war es nämlich nicht möglich, die neuen Fahrscheine und Fahrscheinefte auf einmal herzustellen, und darum ist folgender Ausweg gewählt: Es wird den geehrten Herren empfohlen, zuzustimmen, erstens, daß in Zukunft dauernd nur einmaliges Umsteigen zugelassen wird. — Meine Herren! Im Laufe der Zeit ist festgestellt worden, daß das zweimalige Umsteigen oftmals zu Schädigungen der Straßenbahn geführt hat. Darum hat die Straßenbahngesellschaft die Bitte ausgesprochen, die Berechtigung zum zweimaligen Umsteigen fallen zu lassen. Dadurch wird der Fahrgast durchaus nicht geschädigt, denn er kann mit einem einmaligen Umsteigen sein Ziel erreichen. Mit dem zweimaligen Umsteigen ist oftmals Mißbrauch getrieben. Führt z. B. ein Fahrgast vom Augusttore ab, so kann er sich dort einen Umsteigefahrschein nehmen, steigt am Altstadtmarke aus, erledigt dort einen Kauf, setzt sich auf Linie 4 und fährt zum Rathause, kauft in der dortigen Gegend in einem Geschäfte wieder etwas, setzt sich dann auf Linie 1 und fährt mit dieser wieder nach dem Augusttore zurück: dann hat er für 10 Pf. eine Rundfahrt gemacht, wofür er eigentlich 20 Pf. ausgeben mußte. So ähnlich kann man das bei Benutzung anderer Linien auch machen. Der Magistrat hat anerkennen müssen, daß das ungehörig ist, und gibt anheim, zuzustimmen, daß in der Folge nur einmaliges Umsteigen zugelassen werden soll. Ich bemerke dazu, daß auch in Hannover nur einmaliges Umsteigen möglich ist und am Sonntage überhaupt kein Umsteigen gestattet ist, während bei uns das Umsteigen auch am Sonntag erlaubt ist.

Der zweite Antrag des Magistrats geht dahin: Bis zur Fertigstellung der neuen Fahrscheinefte mit 19 Fahrkarten für 2 M sollen die Feste mit 11 Fahrkarten für 1,15 M verkauft werden. Hier hatte die Straßenbahngesellschaft beantragt, zur Abrundung nach oben 1,20 M erheben zu dürfen, und begründete das damit, es wäre mit einem Groschen besser zu wechseln als mit einem halben. Es läßt sich aber die Bezahlung dieser Feste auch mit 1,15 M durchführen, und die 5 Pf. werden auch mit dazu beitragen, die Straßenbahn zu veranlassen, so schnell wie möglich die neuen Fahrscheine fertigstellen zu lassen.

Als dritten Punkt beantragt der Magistrat, folgendem zuzustimmen: Die Doppelfahrscheine müssen am 1. Juli zur Ausgabe gelangen, andernfalls muß der jetzige Tarif bleiben, bis die Doppelfahrscheine fertig sind.

Ich möchte nun noch eins bemerken. Ich habe leider keine Zeit gehabt, die heutige Zeitung zu lesen, es ist mir aber mitgeteilt, daß ein großer Artikel gegen die Elektrische in der heutigen Nummer der Landeszeitung enthalten ist. So dankbar ich der Presse bin, wenn sie uns tatkräftig unterstützt, so bedauere ich doch sehr, daß der betreffende Artikelschreiber — nach der Unterschrift wird es ein Herr der Presse sein — sich nicht vorher beim Magistrat über die vorgeschlagenen Änderungen erkundigt hat, sonst würden verschiedene Punkte in dem Artikel weggefallen sein. Der Verfasser würde dann ganz entschieden, was den Preis der Fahrkarten betrifft, zu der Überzeugung gekommen sein, daß der Magistrat keine Schuld an der Erhöhung der Fahrpreise trägt. Ich selbst, der ich dem Artikel fernstehe, bin in meiner 25jährigen Tätigkeit als Stadtverordneter immer derjenige gewesen, der der Straßenbahn gegenüber die Bürgerschaft in Schutz genommen hat, aber den Vorwürfen, die hier gemacht werden, kann ich durchaus nicht zustimmen. Wir haben uns ablehnend gegenüber dem Antrage der Straßenbahn verhalten, das Schiedsgericht hat die Sache entscheiden müssen, und dem hat sich die Straßenbahn und der Magistrat fügen müssen, so leid es uns auch tut, daß der Preis für die Einzelfahrkarten nicht auf 12½ Pf., sondern auf 15 Pf. festgesetzt ist. Aber man muß auch gerecht sein, denn die Steuer muß aufgebracht werden, und durch Ausgabe eines Fahrscheinstestes mit 19 Fahrkarten wird die Einzelfahrt auch nicht so ungeheuer verteuert werden. Allerdings müssen Fahrscheinsteste in genügender Anzahl auf Anfordern zur Verfügung stehen. Es darf nicht heißen, wie es in der letzten Zeit mehrfach vorgekommen ist: Es sind keine mehr da! Aber auch hierzu möchte ich bemerken, daß nach meinen Erkundigungen der Mangel an Fahrscheinstesten mit 11 Fahrscheinen in der letzten Zeit dadurch gekommen sein soll, daß ein großer Teil des Publikums diese Fahrscheinsteste in Massen gekauft hat, wo es solche hat habhaft werden können, weil es gewußt hat, der Fahrpreis wird höher. Wenn das geschieht und gleich einer 10 oder 15 Hefte von einer Schaffnerin, die 50 Hefte mitbekommen hat, kauft, dann kann es vorkommen, daß der nächste Käufer warten muß, bis die Schaffnerin wieder welche geholt hat. Ich bin fest überzeugt, daß die Straßeneisenbahngesellschaft einfach sagen wird: Bis zu dem und dem Termine sind die alten Fahrscheinsteste zu verbrauchen, andernfalls haben sie keine Gültigkeit mehr, und wir nehmen sie dann nur gegen bares Geld zurück.

Meine Herren! Sie haben gehört, was das Gesetz über die Erhöhungen des Fahrpreises vorschreibt. Dem müssen wir uns fügen, und zu dem wird Ihre Zustimmung seitens des Magistrats erbeten. — Ich glaube nicht, daß ich etwas vermissen habe, sonst wird Herr Baurat Gebenzleben die Güte haben, es nachzuholen.

Stadtv. Wesemeier: Als im vorigen Jahre der Prozeß der Straßeneisenbahngesellschaft gegen den Magistrat hier verhandelt wurde, da stand die Stadtverord-

netenversammlung mit dem Magistrat — ich möchte fast sagen einstimmig — auf dem Standpunkte, daß der Vertrag mit der Straßenbahn nunmehr gekündigt werden und daß die Stadt selber die Straßenbahn in eigene Regie übernehmen solle. (Zu- auf: Es handelte sich um das Lichtwerk!) Jawohl, das ist richtig; ich habe mich ge- irrt. Ich möchte mir nun eine Frage erlauben. Die Dividenden der Straßenbahn sind während der Kriegszeit gestiegen; es sind vorher 4 und 5 Prozent bezahlt, und jetzt zahlt sie 6 Prozent. Ich weiß, daß die Gesellschaft allerdings nach dem Kriege erhebliche Aufwendungen machen muß, denn die Anlage ist sehr heruntergekommen infolge des Materialmangels. Ist es denn nun aber unter allen Umständen not- wendig, daß die Verkehrssteuer auf die Fahrscheinepreise abgewälzt wird? Es sind 6 vom Hundert, die an Steuer entrichtet werden sollen, aber hier soll ein ganz er- heblich höherer Prozentsatz auf die Fahrscheinepreise aufgeschlagen werden, so daß ein wesentlich höherer Verdienst für die Straßeneisenbahngesellschaft und für die Stadt herauskommt. Ich glaube, es ist nicht gerechtfertigt, daß der Satz für die Fahrkarten noch mehr erhöht wird, als die Steuer den Preis von selbst erhöhen wird. Wenn der Einzelfahrpreis von 10 auf 15 Pf. heraufgesetzt wird, so sind das 50 Prozent. Das ist ein ungerechtfertigter Aufschlag, der der Bevölkerung ab- genommen wird, und ich kann mir nicht erklären, weshalb in dieser Weise die Preise erhöht werden. Wenn man auch durch Gesetz gezwungen ist, die Fahrpreise in einem bestimmten Prozentsatz zu erhöhen, so doch nicht in dem Maße, wie das hier vorgeschlagen wird.

Stadtbaurat Gebensleben: Auch der Magistrat war der Ansicht gewesen, daß dem Antrage auf Erhöhung des Preises der Einzelfahrkarte um 50 Prozent des früheren Betrages nicht stattzugeben sei. Sie haben gehört, daß die Straßeneisen- bahngesellschaft beantragt hatte, mit Rücksicht auf die Einführung der Verkehrs- steuer den Preis der Einzelfahrkarte von 10 auf 15 Pfennig zu erhöhen und da- neben Fahrkartehefte, enthaltend 19 Fahrkarten, für 2 M. auszugeben. Der Stadtmagistrat war der Ansicht, daß eine derartige Fahrpreiserhöhung aus An- laß der Verkehrssteuer nicht am Platze sei, und zwar aus dem Grunde, weil durch diesen erhöhten Preis nicht bloß die Verkehrssteuer, die seitens der Straßeneisen- bahngesellschaft an das Reich zu zahlen ist, voll gedeckt würde, sondern außerdem eine ganz erhebliche Mehreinnahme für die Straßeneisenbahngesellschaft entstehen würde. Infolgedessen war eine Differenz zwischen der Straßeneisenbahngesell- schaft und dem Stadtmagistrat vorhanden; und bestimmungsgemäß mußte nun das geschehen, was durch das Reichsgesetz vom April 1917 vorgeschrieben ist: es mußte ein Schiedsgericht eingesetzt werden. Nach § 8 Abs. 2 dieses Gesetzes hat das Schiedsgericht endgültig über die Art und das Maß der Tarifänderung zu ent- scheiden. Der Schiedsspruch ist gefallen, und es bleibt uns nichts anderes übrig,

als nach Maßgabe dieses Schiedsspruches die Tarifänderung vornehmen zu lassen. Es handelt sich also nicht darum, den Fahrpreiserhöhungen zuzustimmen, sondern hinsichtlich dieses Punktes hat der Stadtmagistrat den verehrten Herren die Verhandlungen lediglich zur Kenntniznahme unterbreitet.

Vorsitzender: Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die im Zusatz durch den Herrn Berichterstatter mitgetheilten Wünsche des Magistrats die Zustimmung der geehrten Herren finden. Es erhebt sich kein Widerspruch — ich nehme das Einverständnis der Versammlung hiermit an.

18. Veräußerung einer Muschelsammlung.

Stadtv. Voetschigt: Im Jahre 1873 ist der Stadt von den Erben des Hofbuchhändlers Leibrock eine ziemlich umfangreiche, für die damalige Zeit recht wertvolle Muschelsammlung geschenkt. Da es bisher — zumeist aus Mangel an geeigneten Räumen — sich leider nicht hat ermöglichen lassen, die Sammlung einer anderen städtischen Sammlung anzugliedern oder sonst nutzbringend aufzustellen und zugänglich zu machen, so hat sie bisher ein mehr als bescheidenes Dasein geführt. Sie ist zur Zeit im Kellergeschoß des Gewerbeschulgebäudes am Löwenwall untergebracht. Man hat die Sammlung dem Ministerium angeboten, aber auch dort ist die Übernahme wegen Mangel an Platz abgelehnt. Nun hat sich zu dieser Sammlung der Rentner Spohr gefunden, der die Sachen gern erwerben möchte. Der Magistrat hat ein Gutachten von Herrn Redakteur Reißner darüber angehört, was die Sammlung wert ist, und ist schließlich zu dem Resultat gekommen, Ihnen anheim zu geben, diese Muschelsammlung für 500 M — ohne die Schränke, in denen sie aufbewahrt wird, die bleiben in der Gewerbeschule — dem Rentner Spohr zu überlassen. Die Finanzkommission hat die Sache geprüft und gibt Ihnen Genehmigung anheim.

Der Veräußerung der Sammlung wird stillschweigend zugestimmt.

19. Anfrage Steinbrecher über den Stand der Frage der Eingemeindung von Gliesmarode (außer der Tagesordnung behandelt).

Wortlaut der Anfrage j. S. 75.

Stadtv. Steinbrecher (zur Begründung): Mir wurde von Einwohnern von Gliesmarode mitgeteilt, daß jetzt dort ein Kanalisationsprojekt in Angriff genommen werden soll, ebenso sollen bei der Wasserleitung Änderungen eintreten. Da nun in der letzten Zeit Verhandlungen über die Eingemeindung von Gliesmarode stattgefunden haben, so wäre es wünschenswert, daß wir hier in der Ver-

sammlung hören, wieweit die Verhandlungen gediehen sind. Wie mir scheint, müssen Kräfte am Werke sein, die bestrebt sind, diese ganze Eingemeindung zu verhindern.

Stadtbourat Gebensleben: Die Eingemeindungsverhandlungen mit Gliersmarode schweben schon seit langer Zeit. Wir haben schon vor Jahresfrist bei der Kreisdirektion den Antrag auf Eingemeindung von ganz Gliersmarode nach der Stadt Braunschweig gestellt, und es haben auch schon unter Leitung der Kreisdirektion verschiedene Besprechungen in Gliersmarode stattgefunden. Das Ergebnis dieser Besprechungen ist, daß in Gliersmarode auf Anregung der Kreisdirektion ein sog. Eingemeindungsausschuß ernannt ist. Dieser hat durch die Kreisdirektion den Auftrag bekommen, mit uns über die Eingemeindungsfrage zu verhandeln. Grundsätzlich hat sich der Gemeindevorstand von Gliersmarode bereit erklärt — nicht etwa in eine Eingemeindung einzuwilligen —, sondern in Eingemeindungsverhandlungen einzutreten. Besprechungen mit dem Eingemeindungsausschuß haben bisher in einer Sitzung stattgefunden. Es hat sich dabei lediglich um vorbereitende Besprechungen gehandelt, die sich unsererseits verdichteten zu einem Eingemeindungsvertragsskizzenentwurf. Wir hoffen, daß dieser dem Eingemeindungsausschuß ausgelieferte Entwurf sehr bald eine weitere Besprechung erfährt, und daß dann die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

20. Eintritt der Stadt als Intervenantin in einen Rechtsstreit.

Stadtv. Hartung: Die Stadt bedient sich zum Zwecke der Verteilung der Schweine, die ihr einmal durch den Viehhandelsverband zur Verfügung gestellt werden, der sog. Verbandsschweine, und derjenigen, die ihr seitens der Landwirtschaftskammer geliefert werden, der sog. Vertragsschweine, der Mitwirkung der Genossenschaft zur Verwertung von Fleischereinebenprodukten — das ist eine Verbindung der hiesigen Schlachtermester. Nun hat der Schlachtermester A. Hartwig, hier, Schweine durch die Genossenschaft bezogen und behauptet, daß er ein Schwein, welches ihm unter dem 24. November 1916 berechnet ist, und das er am 16. Dezember bezahlt hat, in Wahrheit nicht geliefert worden ist. Er sagt damit also, er habe ein Schwein zuviel bezahlt, und die Genossenschaft ist von ihm auf Rückzahlung des Betrages von 334,85 M verklagt. Die Genossenschaft hat dagegen eingewandt, daß nicht sie, sondern die Stadt die richtige Beklagte sei, da sie die Gelder nur für die Stadt einziehe, wie sie die Schweine auch nur für die Stadt verteile. Das Herzogliche Amtsgericht hat die Genossenschaft bedingt verurteilt, weil nicht festzustellen ist, wo dieses Schwein geschlachtet ist. Dabei hat das Amtsgericht gemeint, daß in der Tat die Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden sei, daß dieses Schwein dem

Manne zuviel berechnet wäre, und hat ein Urteil abgegeben, durch welches dem Kläger der Eid auferlegt wird. Die Genossenschaft hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt und hat ihrerseits dem Magistrat den Streit verkündet, weil sie beabsichtigt, auf Grund des Verhältnisses, das ich geschildert habe, den Magistrat verantwortlich zu machen. Der Magistrat ist sich schlüssig geworden, daß es nötig sei, in dieser Sache das Interesse der Stadt zu wahren, und zwar in Form der Intervention, wodurch die Stadt in der Lage ist, ihrerseits Einfluß auf den Gang des Prozesses zu gewinnen, dessen Ausgang für sie eventuell von Bedeutung ist. Der Magistrat gibt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß er für die Stadt dem Streitverfahren beitritt, indem er als Nebenkläger neben der Genossenschaft auftritt.

Die Kommission hat sich mit der Sache befaßt und ist der Ansicht, daß die Stadt Interesse daran hat, so zu verfahren, und bittet gleichfalls, dem Beitritte der Stadt in das Streitverfahren zuzustimmen.

Vorsitzender: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung hiermit an, wenn sich kein Widerspruch erhebt. (Ohne Widerspruch.)

21. Antrag Riefe auf Erhöhung der Unterstützungen der Kriegerfrauen und der Sätze der städtischen Armenpflege.

Wortlaut des Antrages S. 75:

Stadt v. **Riefe** (zur Begründung): Meine Herren! Es wird Ihnen allen bekannt sein, daß die Preissteigerung sprunghaft in die Höhe geht. Jede Kleinigkeit kostet heute eine ungeheure Menge Geld. Ich nehme an, daß die Wucherpest uns nicht von außerhalb aufgedrängt ist, sondern daß von Deutschland aus diese Wucherpest über die ganze Welt verbreitet wird. Man kann keinen anderen Schluß ziehen, wenn man sieht, in welcher Weise die Preissteigerung vor sich geht. Unter diesen Umständen ist es nicht möglich, daß bei den jetzigen Unterstützungssätzen die Leute, die auf sie angewiesen sind, existieren können. Wenn für Eier nicht nur 50 und 60 Pf. geboten werden, sondern, wie mir Fälle bekannt sind, sogar 80 Pf., dann ist es nur denjenigen möglich, einige davon zu erwerben, die ein Einkommen von mindestens 6—10 000 M haben. Die Minderbemittelten aber sind nicht imstande, diese ungeheueren Preise zu zahlen. Von diesem Standpunkte aus gesehen, reicht das nicht aus, was jetzt an Unterstützungssätzen gezahlt wird. Ich weiß wohl: es ist nicht lange her, daß wir eine Erhöhung dieser Sätze beschlossen haben, aber wenn die Teuerung weiter fortbesteht, dann reicht auch das nicht mehr aus. Vor allen Dingen sind die Kriegerwitwen am schlimmsten daran, die mit ihrer Unter-

stützung durchaus nicht auskommen können. Jetzt ist wieder eine Maßnahme in Sicht, durch die Fleisch, Wurst und Brot abermals verteuert werden sollen. Schon bei den jetzigen Preisen können die Leute nicht existieren, wenn nun aber diese Preissteigerung noch hinzukommen soll, dann wäre es doch wohl am Plage, ernstlich zu überlegen, ob wir nicht Hilfe schaffen können, indem der Magistrat beim Staate vorstellig wird, um diese Maßnahmen abzuschwächen oder hintanzuhalten. Ich bin fest überzeugt, der Antrag kann keineswegs zu früh kommen, sondern ist vollständig am Plage, um der Misere zu begegnen, so daß auch diese Leute bestehen können. Dabei ist keine Aussicht vorhanden, daß eine Besserung der eben bestehenden Verhältnisse eintritt. Es gibt viele, und zu denen gehöre auch ich, die werden wohl die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, noch einmal Schweinefleisch zu sehen, aber ob Leute, die in meinen Verhältnissen leben, es jemals wieder kaufen können, das bezweifle ich sehr. Man braucht sich nur die heutigen Ferkelpreise zu vergegenwärtigen; die Ferkel kosten heute mehr als früher die fetten Schweine. Das sind Zustände, die danach aussehen, als wenn die ganze Welt auf dem Kopfe stände und normale Verhältnisse nicht wiederkehren würden. Ich möchte bitten, meinem Antrage stattzugeben, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage zu machen, nach der die Unterstützungen für die Kriegerfrauen entsprechend erhöht werden, und auch die Sätze der Armenpflege der Teuerung entsprechend zu erhöhen.

Der Antrag wird auf Anfrage des **Vorsitzenden** genügend unterstützt, und der Vorsitzende überweist den Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung.

22. Antrag Riefe betreffend die Sammlung und Auspressung von Buchedern.

Wortlaut der Anfrage s. S. 75.

Stadtv. **Riefe** (zur Begründung): Ich habe als Schuljunge manchmal Buchedern gesammelt, aber ich weiß nicht ein Jahr, in dem die Buchen so voll Früchte saßen wie in diesem Jahre. Wer nicht in den Wald gehen will, mag sich die Buche am Ritterbrunnen ansehen, deren Zweige beinahe bis an die Erde reichen. In diesen Buchedern ist mehr Fett vorhanden, als der Magistrat uns bisher hat verteilen können. Wenn ich für mein Teil von dem Fett existieren sollte, das magistratsseitig verteilt wird, dann wäre ich schon längst verhungert. Das soll kein Vorwurf für den Magistrat sein; der kann nicht mehr liefern als er hat, das weiß ich wohl. Aber hier wäre das Mittel gegeben, um der dauernden Fettknappheit abzuhelpen. Kostete schon vor zwei Jahren ein Liter Rüböl 5 *M*, so kostet es heute 35 *M*, und zu einem solchen Preise ist es von uns nicht zu erstehen. Wenn aber diese Buchedern gesammelt würden, so würde das für die Stadt Braunschweig viel

ausmachen. Ich würde auf meinen Teil, wenn ich vom Magistrat für den Monat nur ein Eiter Buchöl erhielte, auf das bißchen Fett, was sonst geliefert wird, gern verzichten. Unsere Pflanzenfette — Buchöl, Mohnöl usw. — sind die gesündesten Fette, die man haben kann. In einem Hinten Bucheckern sind 40 bis 45 Pfund Buch enthalten, wenn nicht viel taube Früchte dabei sind, und das ist in diesem Jahre nicht zu befürchten, da es nicht in die Blüte geregnet hat. Unter solchen Umständen kommen aus einem Hinten Bucheckern 8—10 Pfund klares Öl und außerdem 1—2 Pfund dickes Öl, welches zu anderen Zwecken als zur menschlichen Nahrung ganz gut gebraucht werden kann. Ich möchte darauf wetten, daß eine Straße — ich will nicht gleich die Wilhelmstraße nehmen, aber doch eine kleine Straße ebensoviel Fettigkeit von einem einzigen Baum erhalten würde, wie jetzt von der Stadt zur Verteilung gelangen kann. Wenn das so nahe liegt, dann wäre es am Platze, sich dessen zu vergewissern und dieser Fetterzeugung seitens der Stadt nachzugehen. Es brauchten dann auch nicht diese horrenden Preise dafür gezahlt zu werden. So viel ist sicher, daß, wenn früher ein Pfund Buchöl zu 75 Pf. zu haben war, es heute selbstverständlich dafür nicht zu haben ist, mindestens würde es aber keine 25 *M* kosten. Da außerdem kein Getreide zu Viehfutter verschrotet werden soll, weil wir das Getreide zur menschlichen Nahrung nötig haben, so wäre das Buch ein Mittel zur Mästung von Schweinen. Ein Zentner Buch ersetzt drei Zentner Schrot; es mästet rascher und gibt mehr Fettigkeit. In meiner Jugendzeit waren alle die Schweine, die in die Buchmast gingen, die sog. Tafelschweine, Ende März schlachtreif; so viel hatten sie in der Buchmast zugenommen. Es wurde derzeit erklärt, die Bucheckern, die beim Pressen übrigbleiben, wären für die Tiere schädlich, und meine Eltern haben sie als Brennmaterial benutzt. Heute aber wird noch viel schlechteres Zeug als Viehfutter geliefert, und heute wären die Preßrückstände noch ein angenehmes Futter für das Vieh.

Notwendig für die Verwendung der Bucheckern durch die Stadt ist, daß eine Ölmühle, eine Presse beschafft wird, und daß an Ort und Stelle das Öl auf Fässer gefüllt wird, damit es an die Bevölkerung verteilt werden kann. Sie mögen hinkommen, wohin Sie wollen, ob in die Buchhorst, in das Lechelnholz oder in andere Waldungen, sie werden finden, daß die Zweige bis an die Erde hängen von all der Frucht. Es gibt Bäume, die allein zwei Tonnen tragen, und eine Unmenge Öl muß darin sitzen. Da kann man in des Wortes ernstester Bedeutung sagen: der Schlag gibt noch Öl! Es ist keineswegs zu früh, die von mir erwähnten Maßnahmen zu treffen. Die Stadt könnte schon jetzt in ihren industriellen Werken eine solche Ölmühle oder Ölschlägerei einrichten, dann kämen wir durch das gewonnene Öl über die schlimmste Zeit hinweg.

Ich möchte dringend eruchen, von dieser Maßnahme Gebrauch zu machen. Das ist wichtiger als wenn man seinerzeit sich mit dem Obstbau beschäftigt hat.

Man wende nicht ein, daß das Sammeln schwierig sei. Wenn man das Obst aus der Wesergegend bezogen hat, so haben wir dies hier viel näher, wir brauchen nur aus der Großstadt herauszugehen. Es werden wenige unter Ihnen sein, die nicht des ewigen Essens von Mehlstippele und Pellkartoffeln überdrüssig sind; das hängt einem nun schon, auf gut Deutsch gesagt, zum Hals hinaus, und niemand kann dabei bei Kräften bleiben. Daß kein Fett gegeben werden kann, daran liegt es eben, daß man die Leute, denen man begegnet, erst dreimal ansehen muß, ob sie es denn auch wirklich noch sind. Darum ist es höchste Zeit, daß in der Fettknappheit Abhilfe geschaffen wird. Ich möchte dringend ersuchen, daß von dieser Maßnahme Gebrauch gemacht wird.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** wird der Antrag von der Versammlung genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

23. Anfrage Kiefe betreffend die Gerüchte über Unregelmäßigkeiten auf dem hiesigen Hauptfriedhofe.

Wortlaut der Anfrage S. 75.

Stadtv. **Kiefe** (zur Begründung): Die Gerüchte über Unregelmäßigkeiten auf dem Zentralfriedhofe, die seit längerer Zeit umlaufen, richten sich einmal gegen die Ausgabe von Brotkarten, die mehr verwandt oder nicht zurückgegeben worden seien. Wie weit das richtig ist, entzieht sich meiner und vielleicht auch Ihrer Kenntnis. Außerdem sind es andere Maßnahmen, die dort stattgefunden haben sollen, die zu Gerüchten Anlaß geben. Wer hat genehmigt, daß ein großer Kaninchenstall auf dem Friedhofe gebaut worden ist, daß dort ein großer Schweinestall gebaut ist, in dem 7 Schweine gemästet sind — und andere Dinge mehr. Das sind Sachen, die, wenn sie sich bewahrheiten, zum Himmel stinken, und es wäre am Plage, daß Klarheit darüber geschaffen wird. Was dem einen schwer ist, wird auch dem anderen schwer, und jeder von uns wird auf dem Standpunkte stehen: wo er etwas kriegen kann, daß er sich, sobald es geht, in den Besitz davon setzt. Wenn aber ein Teil der Bevölkerung — falls die Gerüchte sich bewahrheiten — es sich herausnimmt, in der Weise vorzugehen, so muß das böses Blut erregen. Das ist selbstverständlich, und darum wäre es am Plage — gleichviel, ob die Reden sich bewahrheiten, oder ob es nur Gerüchte sind; um so besser, wenn das letztere der Fall ist —, daß sie aufgeklärt werden. Andernfalls könnte leicht der Anschein erweckt werden, daß der Magistrat mit unter der Decke steckt, was ich keinesfalls glaube oder annehme. Also hat nach meiner Überzeugung auch der Magistrat als Friedhofsvorstand die Verpflichtung, in der Sache Klarheit zu schaffen. Ich habe in meinem Antrage gesagt: wenn heute das nicht möglich ist, dann möchte der Magistrat, wenn die Untersuchung ab-

geschlossen ist, der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht geben, damit diese Dinge zunächst richtig untersucht werden, ihre Prüfung finden, dann aber auch in der Öffentlichkeit darüber Klarheit geschaffen wird. Wir würden damit auch nach außerhalb über unsere Verhältnisse ein Zeugnis ausstellen, und auch deshalb bitte ich, die Sache zu erledigen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Herr Kiefe fragt an, ob dem Magistrat von den Vorgängen auf dem Hauptfriedhofe etwas bekannt ist. Darauf kann ich nur mit Nein antworten, und zwar aus dem Grunde, weil der Magistrat mit dem Friedhofe nichts zu tun hat. Wenn Herr Kiefe sagt, der Magistrat wäre der Vorstand des Friedhofes, so ist das ein Irrtum. Durch die Kirchengemeindeordnung sind dem Magistrat die kirchlichen Sachen vollständig aus der Hand genommen, so daß der Magistrat als solcher mit dem Friedhof nichts mehr zu tun hat. Es ist nur noch eine Verbindung zwischen dem Magistrat und dem Hauptfriedhofe insofern vorhanden, als der Vorsitzende des Magistrats Mitglied des Stadtkirchenausschusses und auch Vorsitzender des Friedhofsausschusses ist. Meine Herren! Es geht denn doch etwas weit, wenn der Magistrat Rede und Antwort stehen soll für Vorgänge in einer Verwaltung, die ihm nicht unterstellt ist. Das dürfen wir hier nicht einführen. Wenn ich hier Auskunft erteilen sollte, müßte ich wenigstens erst vorher die Verwaltung des Friedhofes fragen, ob sie damit einverstanden ist, daß die Verhältnisse durch uns bekanntgegeben werden. Diese Gerüchte, meine Herren — ja, du liebe Zeit! Wohin sollte das führen, wenn wir im Magistrat allen Gerüchten nachgehen wollten, Herr Kiefe! Neulich war das Gerücht verbreitet, es stecken auch Magistratsmitglieder mit hinter dieser Sache, und ich habe auch gehört, daß sogar der Oberbürgermeister verdächtig würde, Geheimtätigkeiten auf dem Hauptfriedhofe eingerichtet zu haben. Wenn man solchen Gerüchten nachgeht, kommt man schließlich zu einer Stelle, wo es heißt: „Ich habe davon erzählen hören, aber von wem, weiß ich nicht mehr“, und dann verläuft das Ganze im Sande. Insofern aber freue ich mich, daß die Anfrage gestellt worden ist, als ich mich wenigstens dazu erklären kann. Im übrigen kann ich sagen, daß die Sache allerdings bei der Polizei anhängig gemacht und eine Untersuchung eingeleitet ist. Aber ich bin fest überzeugt: Bei der ganzen Sache kommt gar nichts heraus.

Stadtv. Steinbrecher beantragt Beipredung der Anfrage.

Vorsitzender: Es würde zunächst die Rechtsfrage zu erledigen sein, ob die Versammlung für diese Sache zuständig ist. Ich bitte die Herren, ihre Ansicht darüber zu äußern, ob die Stadtverordnetenversammlung kompetent ist, diese Frage zu behandeln.

Stadtv. Wesemeier: Es handelt sich um Verteilung der Lebensmittelfakten; diese Frage ist von Herrn Niese angeschnitten worden. Es ist nicht Sache der Friedhofsverwaltung über die Lebensmittelfakten, auch nicht über Schweine-mästung usw. zu verfügen, sondern es ist Sache der Stadtverwaltung, als Lebens-mittelversorger der Stadt, diese Frage zu regeln. Wenn so etwas vorkommt, wie es in diesen Gerüchten angedeutet ist, so ist es selbstverständlich, daß in der Stadt-verordnetenversammlung diese Sache zur Sprache gebracht werden kann. Das ist nicht Sache der Friedhofsverwaltung, sondern eine reine Stadt-sache.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich erkenne an, daß hier erörtert werden kann, ob Unregelmäßigkeiten bei der Verteilung von Brotarten vorgekommen sind. Aber das war nur ein Nebenpunkt bei der Anfrage, und ich möchte anheimgeben, diese Frage heute von der Besprechung auszuscheiden, weil der Magistratsdezernent für diese Kartenverteilung nicht anwesend ist. Wenn Herr Wesemeier sagt, die Schweinehaltung wäre der Kompetenz der Versammlung zu unterwerfen, so be-merke ich dazu, daß die Schweinehaltung als solche doch nichts Verbotenes ist. Es könnte sich heute nur darum drehen, ob die Verwaltung gewußt hat, daß auf dem Friedhofsgrundstücke Schweine gehalten werden.

Vorsitzender: Ich bitte, sich weiter darüber zu äußern, aber nur zu der Frage der Geschäftsordnung, ob sich die Versammlung für kompetent zur Verhandlung erklärt.

Stadtv. Frede: Ich sehe die Sache folgendermaßen an: Es ist eine Anfrage an den Magistrat gerichtet, ob er Auskunft geben kann, und der Magistrat sagt: „Nein, ich bin über diese Sache nicht unterrichtet.“ Nun möchte ich wissen, was für einen Zweck es dann noch haben soll, wenn wir hier über die Sache sprechen. Dann könnte doch nur über das Gerücht gesprochen werden. Es ist gesagt worden, daß die Polizei eine Untersuchung eingeleitet habe. Warten wir doch erst einmal das Resultat dieser Untersuchung ab! Ich bitte, dem Antrage auf Besprechung nicht zuzustimmen.

Die Mehrheit der Versammlung lehnt (mit 13 von 22 Stimmen) die Be-sprechung der Anfrage ab.

24. Anfrage Lauer über Einführung von Notbeleuchtung für die städtischen Straßen.

Wortlaut der Anfrage s. S. 75.

Stadtv. Lauer (zur Begründung): Eine der unangenehmsten Schattenseiten, die der Krieg mit sich gebracht hat, sind zur Nachtzeit die dunklen Straßen. Als

seinerzeit die Verfügung erschien, daß die Straßenbeleuchtung eingeschränkt werden solle, war man allgemein der Ansicht, daß es sich um eine Kriegsmaßnahme handeln würde, die mit in Kauf genommen werden müßte, und an der nichts zu ändern sei, wie an so vielem anderen. Die Zeit hat aber gezeigt, daß durch die Dunkelheit in den Straßen sich Verhältnisse herausgebildet haben, die schlechterdings unhaltbar geworden sind. An Abenden, an denen es durch Nebel oder Regenwetter besonders dunkel ist, hat man im vergangenen Winter kaum Weg und Steg finden können, und in solcher Dunkelheit sind Einwohner auch durch Unglücksfälle betroffen und haben dadurch tatsächlich Schaden an ihrem Körper genommen. Die Hauptsache des Übels besteht weiter darin, daß die Zahl der Diebstähle sich in einer Weise vermehrt hat, die geradezu erschreckend ist.

Es würde sich nun fragen, was nach dieser Richtung von seiten der Stadt geschehen kann. Andere Städte haben einen Ausweg darin gefunden, daß sie eine elektrische Notbeleuchtung angelegt haben, d. h. also, daß elektrisches Licht an den Stellen angebracht wird, an denen die sog. Richtlaternen stehen. Diese Notbeleuchtung würde auch in Braunschweig verhältnismäßig leicht anzubringen sein, weil im Zentrum der Stadt — gerade da, wo die meisten Diebstähle vorgekommen sind — bereits eine elektrische Leitung besteht. Ich habe mich nach dieser Richtung bei Sachleuten informiert und erfahren, daß die vorhandenen Leitungen selbstverständlich zu dem gedachten Zweck benutzt werden können. Nur an den Stellen, wo solche Leitungen nicht vorhanden sind, müßte eine Notleitung geschaffen werden. Die meisten Fälle der Einbrüche, die letzthin überall vorgekommen sind, sind so krasser Natur, daß erst am vorigen Montag im preußischen Abgeordnetenhaus der Minister des Innern Dr. Drews in Aussicht gestellt hat, die Straßenbeleuchtung in den preußischen Städten wieder wesentlich zu erhöhen, und hat dazu erklärt, daß er darin das einzige aussichtsvolle Mittel zur möglichsten Verhütung von Diebstählen erblicke. Die Notbeleuchtung sollte sich doch auch die Stadt Braunschweig zunutze machen, denn es besteht kein Zweifel, daß wir, wenn nichts geschehen sollte, um die Straßenbeleuchtung zu verbessern, im kommenden Winter noch viel mehr unangenehme Erfahrungen machen werden, als wir solche leider schon jetzt zu verzeichnen haben.

Besonders anzuführen erlaube ich mir, daß der Stromverbrauch nicht so groß sein wird, wie man vielleicht im ersten Momente glaubt. Sobald nämlich diese Notbeleuchtung in Kraft tritt, würden die Geschäftsinhaber, die gegenwärtig, um Diebstähle zu verhüten, während der ganzen Nacht ihre Geschäftsräume elektrisch beleuchten, nur zu gern, sobald sie das nicht mehr nötig hätten, der Ersparnis wegen ihre eigene Beleuchtung vielfach einstellen. Es ist kein Zweifel, daß dadurch das, was auf der einen Seite an Strom für die Notbeleuchtung benötigt wird, auf

der anderen Seite wieder erspart wird. Es wäre nun interessant, zu erfahren, ob und inwieweit in dieser Beziehung unser Stadtmagistrat schon Stellung genommen hat, und ob er daran denkt, daß im kommenden Winter im Interesse des Eigentums der Bürgerschaft die Straßen wieder besser beleuchtet werden.

Oberbürgermeister Metemeyer: Der Magistrat hat sich mit dieser Sache noch nicht weiter befaßt, weil ihm bekannt war, daß die Verwaltungsdeputation der Lichtwerke die Sache erörtert hat. Diese hat sich in einer der letzten Sitzungen dahin ausgesprochen, daß für eine bessere Beleuchtung der Straßen im nächsten Winter unbedingt gesorgt werden müsse. Ich glaube deshalb, daß schon auf diese Weise Abhilfe geschaffen werden wird. Wenn wir nun aber auch die Straßen nicht so beleuchten könnten, wie wir wohl wollten, so brauchten wir darum doch noch nicht zu der elektrischen Beleuchtung in der von Herrn Lauer angeregten Weise überzugehen, denn wir würden die Nichtlaternen, auf die es Herrn Lauer ankommt, ebenso gut in Betrieb setzen können, wenn wir unsere mit Gas gespeisten Laternen dazu in Gebrauch nähmen, als wenn wir besondere elektrische Lampen anbrächten. Die Verwaltungsdeputation war allerdings schon immer der Ansicht, daß die Nichtlaternen dauernd brennen sollen, und daß man nur für die Zeit der hellen Nächte im Sommer überhaupt auf eine Straßenbeleuchtung verzichten könnte. Dabei hat aber die Deputation jetzt beschlossen, daß auch im Sommerhalbjahr bei besonders dunklem Wetter die Nichtlaternen brennen sollen, und ich sollte meinen, daß wir damit zum Ziele kommen. Wichtig ist, daß wir derartige elektrische Lampen anbringen könnten, indem wir sie an die Häuser hängten und den Strom dafür vielleicht aus den Häusern nähmen. Man würde dann mit den Hausbesitzern wahrscheinlich leicht ein Abkommen treffen können, denn es läßt sich der Verbrauch an Strom für eine bestimmte Brennzeit ungefähr schätzen. Es liegt aber wohl kein Grund zu einer solchen Maßnahme vor, wenn wir die überall an den Straßenecken vorhandenen Laternen zur Beleuchtung anzünden. Zweifelhaft bin ich allerdings, ob durch eine bessere Beleuchtung in der jetzigen Zeit wirklich die Diebstähle verhütet werden könnten. Es ist eine bekannte Sache, daß selbst in hell beleuchteten Straßen Diebstähle ausgeführt sind, und besonders einen solchen Diebstahl, wie er in einer der letzten Nächte auf dem Steinweg vorgekommen ist, führen die Diebe aus, einerlei, ob Straßenbeleuchtung vorhanden ist oder nicht. Die Straße ist zu der Zeit menschenleer gewesen, und deshalb hat der Diebstahl ausgeführt werden können. Im übrigen habe ich schon bemerkt, daß die Deputation bereits beschlossen hat, im nächsten Winter, soweit die Verhältnisse es gestatten, d. h. soweit die Kohlen ausreichen, eine bessere Straßenbeleuchtung eintreten zu lassen.

25. Anfrage Frede über die Grundsätze für die Verteilung des kürzlich ausgegebenen fetten Schweinefleisches.

Wortlaut der Anfrage f. S. 76.

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Den Anlaß zu der Anfrage haben Vorgänge gegeben, die — soweit ich die Sache bis jetzt übersehen kann — eine Planmäßigkeit vermissen lassen und im Gegenteil eine gewisse Willkür oder eine Einräumung des Spiels des Zufalls erblicken lassen, was eigentlich nicht vorkommen sollte. Vor ungefähr 4 Wochen wurde mir gesagt: „In den Kolonialwarengeschäften hat es fettes Schweinefleisch gegeben. Habt Ihr etwas bekommen?“ — Nein. In einem anderen Geschäfte soll es sogar Schinken und in noch anderen Speck gegeben haben. Das sind so wunderbare Sachen, daß es durchaus zu begreifen ist, wenn man nur mit Schmerz bekennen konnte: Ich habe nichts davon gekriegt. Die Bürger, die leer ausgehen, haben wohl ein Recht, sich darüber zu beklagen und zu sagen: „Wie die Sache so gehandhabt wird, sehen wir nicht ein, wann auch wir jemals zu dem gleichen Vorteil kommen sollen. Wir wollen gern warten, aber es muß doch die Möglichkeit dasein, daß auch wir an die Reihe kommen.“

Ich habe damals nicht weiter auf solche Reden zugeschlagen, als aber nach 8—14 Tagen die Sache sich wiederholte, habe ich mich weiter danach erkundigt. Die Geschäftsleute haben mir gesagt, daß es vom Zufall abhinge, wer an die Reihe käme. Ich weiß auch, daß Leute, die sich darum bemüht haben, zweimal von diesem Fleisch bekommen haben, während anderen gar nichts zu erlangen möglich war. Wenn das so weitergeht, sehe ich nicht ein, wie diese anderen auch einmal zum Zuge kommen sollen. Ich möchte deshalb gern hören, ob System in der Sache ist. Wenn der Vorrat zu gering ist, um alle zugleich zu bedenken, so ließe sich die Abgabe vielleicht in der Weise einrichten, daß die Leute dahin geleitet werden, wo sie als Kunden eingeschrieben sind. Man müßte doch auch in den Schlachterläden danach fragen können und nicht in anderen Geschäften. Wenn die Vorräte zur Befriedigung des gesamten Publikums nicht ausreichen, müßten die Geschäfte nach dem Alphabet ausgelocht werden, und diese Geschäfte müßten wieder nach dem Alphabet der eingeschriebenen Kunden die Waren abgeben, so daß jeder hoffen kann: Du kommst auch einmal an die Reihe, wenn auch erst spät.

Stadtrat **Wagner**: Es handelt sich hier sozusagen um ein Danaergehenk des Landesernährungsamtes. An und für sich ist allerdings diese Zuweisung von Auslandfleisch, sogenanntem Baconfleisch, sehr schön. Die drei verschiedenen Sachen, die Herrn Frede geschildert sind: Schinken, Speck und Schweinefleisch, sind immer dasselbe, nämlich fettes Schweinefleisch in großen Büchsen von 12½ Pfund Inhalt. Davon haben wir eine so geringe Menge zugewiesen bekommen, daß keine gleichmäßige Verteilung an die Gesamtbevölkerung möglich gewesen wäre. Wenn

wir jeden Einwohner hätten bedenken wollen, so wären 9 Gramm auf die Person gekommen, und es kann angenommen werden, daß auf jede Haushaltung durchschnittlich 27 Gramm hätten verteilt werden müssen. Nun wäre vielleicht die Möglichkeit vorhanden gewesen, das Fleisch auszulösen, wie wir es bei den Auslandsgänsen getan haben. Aber bei den Gänsen stand doch immerhin noch etwas mehr zur Verfügung als hier. Wie viele hätten da Rieten ziehen sollen, und wie wenige eine Gewinnnummer! Und welcher Apparat hätte dafür in Bewegung gesetzt werden müssen, um diese verhältnismäßig geringe Menge zu verteilen. Es ist mir von meinem Sekretär gemeldet, daß die Gesamtmenge 2—3000 Pfund betragen hätte. Die auf 130 000 Einwohner zu verteilen, wäre durchaus unpraktisch gewesen. Nun fragte es sich: Sollen wir den Verkauf irgendwie bekanntgeben? Das hätte unerträgliche Zustände gegeben, denn die ganze Einwohnerschaft wäre auf die betreffenden Geschäfte gestürzt. Deshalb haben wir es für richtig gehalten, dieses Fleisch in einer Woche, wo unser Schlachtfleisch nicht ausreichte, ohne Ankündigung abzusetzen. Wer dann das Glück hatte, das zu erfahren, der hat einmal für eine Woche Schweinefleisch bekommen, und wer es nicht gekriegt hat, dem blutet allerdings das Herz, aber er muß sich trösten. Es soll schon die Nachricht vom dem Verkauf wie ein Lauffeuer durch die Umgegend der mit dem Abjage beauftragten Geschäfte gegangen sein, so daß gleich die ganzen Läden von Kunden erfüllt gewesen sind. Es läßt sich bei solch geringen Zuteilungen, bei denen wir keine Hoffnung haben, daß eine Wiederholung vorkommt, beim besten Willen eine gute Regelung nicht durchführen. Das haben wir uns klar gemacht, haben uns aber auch gesagt: Die ganze Sendung abzulehnen hat keinen Zweck, und so wollten wir lieber diese unabwendbare Unannehmlichkeit mit in Kauf nehmen.

Was nun den Verkauf durch die Kolonialwarenhandlungen betrifft, so beruht das auf einer Bestimmung des Kriegsernährungsamtes. Der Absatz ausländischer Fleischwaren darf nur mit Zustimmung des Landesernährungsamtes erfolgen, und nach den vorliegenden Bestimmungen ist es dabei ausgeschlossen, daß diejenigen Geschäfte, die Inlandfleisch verkaufen, gleichzeitig auch die Auslandware vertreiben. Wir durften also dieses Büchsenfleisch nicht den Fleischern geben, sondern mußten es durch andere Geschäfte verkaufen lassen. Ich bemerke noch, daß es natürlich nur gegen Fleischmarken abgesetzt worden ist.

26. Anfrage Stegmann über die letzte Erhöhung der Fleisch- und Wurstpreise.

Wortlaut der Anfrage f. S. 88.

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Durch die heutigen Tageszeitungen werden die Leser eine ihnen unerfreuliche Mitteilung bekommen haben, nämlich

durch die Bekanntmachung des Magistrats, wonach die Wurst- und Fleischpreise wieder erhöht werden. Diese Bekanntmachung wird selbstverständlich viele Klagen und teilweise auch Entrüstung hervorrufen, was ja begreiflich ist. Es handelt sich, wie aus der Zeitung hervorgeht, um eine Erhöhung des Preises für Rindfleisch um 10 Pf., für Kalbfleisch um 30 Pf., für Streichmettwurst um 60 Pf. und der sog. Rot- und Leberwurst um 10 Pf. pro Pfund. Es wird dabei zu gleicher Zeit vom Magistrat bemerkt: „Wenn die Beschaffenheit des Schlachtviehes sich bessern und keine weitere Erhöhung der Viehpreise eintreten sollte, ist zu hoffen, daß die Fleisch- und Wurstpreise in absehbarer Zeit wieder gesenkt werden können.“ Das ist ein magerer Trost, und ich glaube kaum, daß, wie die Dinge liegen, eine Senkung wieder eintreten wird.

Die Preiserhöhung soll eintreten, weil die Schlachtviehpreise im allgemeinen gestiegen und die Beschaffenheit des Viehes schlechter geworden wäre. Ich muß allerdings sagen, daß die Gründe stichhaltig sind, aber man darf doch die Gelegenheit nicht ohne weiteres für sich betrachten, als ob es etwas Selbstverständliches sei. Wenn man in Betracht zieht, wie die Preise für Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände im letzten halben Jahre gestiegen sind, so geht das ins Ungeheuerliche. Ich will gar nicht reden von Kleidung, Schuhwerk und sonst nötigen Gebrauchsgegenständen, die zum Teil bis 1000 Prozent gestiegen sind. Ich erinnere nur an die allernotwendigsten Lebensmittel: Der Preis für Milch ist wieder gestiegen, und auch die Kartoffeln, die fortgesetzt schlechter werden, sind jetzt wieder im Preise heraufgejezt, das Pfund auf 10 Pfennig. Das Gewicht des Brotes ist auf $3\frac{1}{2}$ Pfund herabgesetzt worden, aber der Preis ist derselbe geblieben, also auch, da ist der Preis gestiegen und die Qualität zu gleicher Zeit schlechter geworden. Das Brot, wie es seit dieser Woche geliefert wird, ballt sich wie Butter zusammen, und man findet Kartoffelschalen darin, weil für die Bäcker die Verarbeitung der schlechten Kartoffeln, die sie zum Brot nehmen müssen, da Kartoffelmehl nicht mehr geliefert wird, nicht leicht ist, vielleicht auch die Arbeitskräfte dazu nicht vorhanden sind, zum Teil auch nicht mit der nötigen Sauberkeit vorgegangen wird. Der Preis für das Gemüse ist während der Kriegszeit um 3—400 Prozent schon im vorigen Jahre gestiegen, und in diesem Jahre wird er noch weiter steigen. Es ist gesagt, das Brot sei verhältnismäßig noch am billigsten. In Wirklichkeit ist das aber nicht der Fall. In Friedenszeiten und bis zum Frühjahr 1916 kostete das 5-Pfund-Brot 50 Pf., das Pfund also 10 Pf.; jetzt kostet das $3\frac{1}{2}$ -Pfund-Brot, das 21 Prozent Kartoffelzusatz enthält und aus stärker ausgemahlenem Mehl hergestellt ist — die Kleie ist fast vollständig darin — 86 Pf. Das macht auf das Pfund rund 25 Pf. oder 150 Prozent mehr gegenüber den Friedenszeiten. Nun kommt weiter in Betracht, daß nach einer neuerdings erlassenen Bekanntmachung des Kriegsernährungsamtes die Getreidepreise gehörig in die Höhe getrieben werden sollen.

Wir sind dadurch schon darauf vorbereitet, daß noch eine weitere Verteuerung des jetzigen Brotpreises von etwa 5 Pf. pro Pfund eintritt, so daß das Pfund Brot demnächst, wenn die neue Ernte herein ist, vielleicht vom August an, auf 30 Pf. zu stehen kommen wird. Wenn man das alles berücksichtigt, muß man die Geduld des Volkes bewundern, und aus diesem Grunde hätte der Magistrat Veranlassung, von der Erhöhung der Fleischpreise Abstand zu nehmen, wenn auch die Stadt etwas dabei zulegen muß. In der betreffenden Zeitungsnotiz wird mitgeteilt, daß bei verschiedenen Wurstsorten ein erheblicher Zuschuß seitens der Stadt geleistet werden mußte. Nur die sog. Leberwurst, die man auch als Gummiwurst bezeichnen kann, ist nicht teurer geworden. Die Stadt hat während des Krieges so viele Zehntausende zusetzen müssen, die sie nicht vom Reiche zurückbekommt, so daß sie jetzt, wo alles auf die minderbemittelte Bevölkerung einströmt, auch noch das Opfer bringen sollte, die kleinen Zuschüsse für die Wurst der Einwohnerschaft aufzubringen. Wenn auch wohl infolge der gestiegenen Teuerungsverhältnisse die sämtlichen Beamten Teuerungszulagen bekommen haben und wir heute wieder ohne Widerspruch die Zulagen bewilligt haben, wie auch andererseits die Privatbeamten Zulagen bekommen und auch die Löhne der Arbeiter zum Teil — namentlich in der Munitionsindustrie — ganz erheblich gestiegen sind, so dürfen Sie doch nicht vergessen, was das alles heißt gegenüber dieser ungeheuerlichsten Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel, ganz abgesehen von den Verbrauchsgegenständen. Es gibt aber auch eine ganze Menge Leute, die nicht Kriegsgewinnler sind und überhaupt niemals eine Teuerungszulage bekommen haben. Es gibt Arbeiter, die noch dieselben schlechten Löhne haben wie in Friedenszeiten, auch Gewerbetreibende, die nicht mehr zu verzehren haben als vor dem Kriege. Wenn man das ins Auge faßt, müßte die Stadt unbedingt sagen: Wir wollen nicht die Bevölkerung mehr drücken, als unbedingt nötig ist, und die Geduld des Volkes nicht auf die Spitze treiben. Die Stadt sollte auch das Opfer noch bringen und die paar tausend Mark für die Wurst- und Fleischwaren noch zusetzen. Ich möchte den Magistrat dringend bitten, die Sache zu erwägen und die Bekanntmachung so möglich morgen noch rückgängig zu machen.

Stadtrat Wagner: Dem Magistrat ist es selbstverständlich keineswegs angenehm, daß er in dieser Zeit der allgemein fortschreitenden Teuerung genötigt ist, um ohne Schaden für den Stadtsäckel auszukommen, auch die Fleisch- und Wurstpreise zu erhöhen. Aber wir halten es doch für sehr bedenklich, auf den Vorschlag des Herrn Stegmann einzugehen, aus öffentlichen Mitteln zuzuschießen, um die Lebensmittel für die Bevölkerung zu verbilligen, denn dasjenige, was heute für das Fleisch verlangt wird, könnte morgen für Milch, Butter und alle anderen Nahrungsmittel in Frage kommen. Und wohin sollte die Beschränkung auf die Minder-

bemittelten führen? Ich habe in einer kriegswirtschaftlichen Zeitschrift gelesen, daß in den meisten Städten Deutschlands die Zahl der unter den heutigen Einkommensverhältnissen zu den Minderbemittelten zu rechnenden Einwohner zwischen 85 und 95 Prozent der Bevölkerung schwankt. Den Minderbemittelten in der angeregten Weise entgegenzukommen, hieße also, daß schließlich fast die ganze Bevölkerung einen Zuschuß aus dem Stadtsäckel bekommt, und das ist schlechterdings unmöglich.

Nun die Gründe für die Erhöhung der Preise. Ich habe mir erlaubt, sie schon in einer kurzen Zeitungsnotiz auszuführen. Sie beruhen einmal auf der außerordentlich schlechten Qualität des angelieferten Schlachtviehes. Ich darf den Herren gegenüber erwähnen, daß wir in den 7 Wochen des jetzigen Versorgungsabschnittes — seit dem 1. Mai d. J. — gegenüber den Durchschnittsgewichtszahlen, die bei der Umlage für das Reich von der Reichsfleischstelle zugrunde gelegt sind, bei den Fleischlieferungen ein Untergewicht von 750 Zentner gehabt haben. Dies Untergewicht steckt natürlich nicht in den Knochen — davon sind ebensoviel da wie sonst —, sondern im Fleische, und insolgedessen ist die Schlachtausbeute wesentlich ungünstiger als früher. Die Fabrik von Reinecke, die die Mettwurst für die Stadt herstellt, hat eine Kalkulation eingereicht, bei der sich 31 Prozent des Schlachtgewichts an Knochen ergeben haben; nur das übrige war verwertbares Fleisch. Daß unter solchen Umständen die Verarbeitung wesentlich teurer sein muß als in normalen Zeiten, liegt auf der Hand. Dazu kommt, daß wir in sehr erheblicher Menge jog. Ausschußvieh bekommen, das allerdings nach tierärztlicher Untersuchung noch als volltauglich bezeichnet wird, aber doch gegenüber normalen Tieren wegen starker Magerkeit unterwertig ist, und bei diesem ist die Ausbeute noch ungünstiger als bei den anderen Tieren. Dieses jog. Ausschußvieh, das in der niedrigsten Klasse steht — es handelt sich in der Hauptsache um Großvieh, anderes bekommen wir ja sehr wenig angeliefert —, ist im Preise von 38 *M* für den Zentner Lebendgewicht auf 55 *M* heraufgesetzt. Die Folge davon war, daß wir in der Fleischverwertungsstelle, die in erster Linie die Wurst für Rüstungsarbeiter herstellt, mehrere Monate hintereinander zwischen 4—5000 *M* zugelegt haben. Weiter kommt in Betracht, daß die Herstellung der Mettwurst, deren Wegfall die hiesige Bevölkerung sehr ungern sehen würde, dadurch viel ungünstiger wird, daß uns fast keine Schweine mehr zur Verfügung stehen. In der früheren Zeit, wo nur ein Teil Rindfleisch in die Wurst hineingearbeitet wurde, war die Ausbeute viel besser, denn das Schweinefleisch ist nicht so wasserhaltig wie das Rindfleisch und trocknet in der Wurst nicht so sehr ein. Jetzt bekommen wir in manchen Wochen kein einziges Schwein für die Stadt Braunschweig und, wenn es hoch kommt, vielleicht einmal 2 oder 3 Schweine. Das wenige Schweinefleisch wird in die Mettwurst hineingearbeitet, im übrigen besteht der Zusatz zu dem Rindfleisch nur aus Speck, wegen dessen Zurückhaltung mir früher Vorwürfe gemacht worden sind. Jetzt bin ich froh, daß wir ihn noch haben,

denn nur in dieser Weise läßt sich diese Wurst noch herstellen. Nun glaube ich auch, daß trotz der Verteuerung von 2,80 *M* auf 3,40 *M* auch aus den Kreisen der Minderbemittelten diese Wurst, soweit der Vorrat noch reicht, in den Schlachtere-läden gern gekauft werden wird. In der Preisprüfungsstelle, wo auch die Kreise des Herrn Stegmann vertreten sind, war man der Meinung, daß die Käufer froh sein würden, wenn noch welche zu haben wäre. Bei einer Probekaskulation wurde festgestellt, daß wir über 1 *M* am Pfunde Mettwurst zusetzen, und solche Verhält-nisse können wir nicht weitergehen lassen. Wenn wir aus öffentlichen Mitteln der ganzen Bevölkerung etwas zuschieben wollten, so kämen wir auf eine schiefe Ebene, und deshalb bleibt nichts anderes übrig als eine Erhöhung der Preise.

Nun sollte ich auch meinen, daß eine Erhöhung des Preises für Rindfleisch um 10 Pfennig aufs Pfund in der jetzigen Zeit, bei der die Ernährung eine Hauptrolle spielt — die Ausgaben für Kleider und derartiges treten doch zurück —, nicht eine solche Belastung der Verbraucher ist, daß dadurch die Geduld der Einwohnerschaft auf die Probe gestellt werden sollte. Das ist wohl eine Übertreibung, denn es ist prozentual nur eine winzige Erhöhung. Wir müssen mit den Verhältnissen rechnen, so ungern wir es tun, und müssen sagen: „Was die Sache uns selber kostet, müssen wir beim Verkauf unbedingt wieder herausholen.“ Wir können nicht mit Ver-lusten für die Stadt arbeiten.

Vorsitzender: Liegt noch etwas vor für die öffentliche Sitzung? Das ist nicht der Fall. Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7 Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. August 1918.

Tagesordnung:

- | | |
|--|-----------|
| 1. Vertrag mit dem Reichs- (Militär-) Fiskus wegen Unterbringung der Kraftfahr-Ersatzabteilung | Seite 123 |
| 2. Statut über die Erhebung einer Wertzuwachssteuer | " 126 |
| 3. Anfrage F r e d e bezüglich der Belieferung der Stadt Braunschweig mit See-
fischen | " 167 |
| 4. Antrag S t e g m a n n, auf Erhöhung der Kartoffelration auf 10 1/2 Pfund
hinzuwirken | " 172 |
| 5. Anfrage G e n z e n, betreffend die Lieferung der den städtischen Arbeitern
zustehenden Bekleidungsgegenstände | " 190 |
| 6. Anfrage G e n z e n, über die Erhöhung der städtischen Ruheelöhne | " 190 |
| 7. Anfrage O h l e n d o r f, betreffend die stärkere Belieferung der Stadt mit
Nahrungsmitteln | " 191 |
| 8. Antrag L e b b e n j o h a n n s, betreffend die schnelle Aufstellung einer Öl-
mühle für die Stadt | " 192 |
| 9. Anfrage K i e k e, betreffend die angebliche Mehrlieferung von Brotkarten
nach dem Hauptfriedhofe | " 196 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Mohr**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Schmidt**, **Steincke**, **Dr. Boge**, **Weichsel**, **Dr. Wolters**. Außerdem

fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Hartung, Rauer, Loeschigt, Rector, Direktor Schmidt, Schulze, Steinbrecher, Trinks.**

Vorsitzender **Meyerhoff**: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Es sind folgende Anfragen und Anträge eingegangen:

Eine Anfrage von Herrn **F r e d e** mit folgendem Wortlaut:

„Aus welchen Gründen wird die Stadt Braunschweig von der Belieferung mit Seefischen ausgeschlossen?“

Ein Dringlichkeitsantrag von Herr **S t e g m a n n**:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei Herzoglichem Landesernährungsamt dahin zu wirken, daß die Kartoffel-Wochenration der versorgungsberechtigten Einwohner aus der neuen Ernte auf 10½ Pfund erhöht wird.“

Eine Anfrage des Herrn **G e n z e n**:

„Wann gedenkt der Magistrat den in Frage kommenden städtischen Arbeitern die ihnen vertraglich am 1. April zustehenden Bekleidungsgegenstände, evtl. die Entschädigung dafür auszuzahlen?“

Eine zweite Anfrage des Herrn **G e n z e n**:

„Laut Beschluß der städtischen Körperschaften sollen die Ruhelöhne der städtischen Arbeiter usw. erhöht werden. Trotzdem dieser Beschluß schon im Juni gefaßt wurde, wie von allen Seiten auch die Dringlichkeit der Erhöhung anerkannt wurde, ist weder am 1. Juli noch am 1. August die Auszahlung dieser Zulagen erfolgt. Gedenkt der Magistrat die Zahlung am 1. September, rückwirkend vom 1. Juli erfolgen zu lassen?“

Ein Antrag des Herrn **T e b e n j o h a n n s**:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit Rücksicht auf die beschränkenden Bestimmungen der Zulassung von Ölmühlen für das Schlagen der Bucheckern schleunigst die Aufstellung einer Ölmühle in der Neustadtmühle zu veranlassen.“

Dieser Antrag ist bereits genügend unterstützt.

Eine Anfrage des Herrn **D h l e n d o r f**:

„Ist der Magistrat bereit, bei den zuständigen Stellen dahin zu wirken, daß für Braunschweig mehr Fische, Kartoffeln und andere Nahrungsmittel angeliefert werden?“

Ich werde den betreffenden Herren Gelegenheit geben, am Schluß der öffentlichen Sitzung zur Begründung ihrer Anfragen und Anträge das Wort zu nehmen.

Es sind ferner zur Verteilung an die Herren eine Anzahl Exemplare des Berichts über das erste Geschäftsjahr des Braunschweigischen Landesfürsorgeamts eingegangen. Die Herren, die sich dafür interessieren, mögen sich ein Exemplar vom Tisch des Hauses abholen.

Wir treten in die Tagesordnung ein und nehmen vorweg Punkt 11 der aufgestellten Tagesordnung.

1. Vertrag mit dem Reichs- (Militär-) Fiskus wegen Unterbringung der Kraftfahr-Ersatzabteilung.

Stadtv. **Tebbenjohannis**: Meine Herren! Es ist Ihnen bereits im Juni dieses Jahres Kenntnis davon gegeben, daß der Militär-fiskus mit der Absicht umgeht, eine Kraftfahr-Ersatzabteilung in unserer Stadt dauernd unterzubringen. Der Magistrat ist nun nach längeren Verhandlungen mit dem Militär-fiskus zu einem vorläufigen Vertrage gekommen, der uns zur Genehmigung vorgelegt wird.

Es ist gewiß sehr erfreulich, daß wir, nachdem nun ein Jahr vergangen ist, seitdem die Fliegerstation in Braunschweig errichtet ist, jetzt auch eine Kraftfahr-Ersatzabteilung hierher bekommen sollen, denn eine solche militärische Einrichtung ist nicht nur für die unmittelbar für das Kraftfahrwesen in Betracht kommenden, sondern auch für alle anderen Gewerbetreibenden als eine sehr wertvolle Er-rungenschaft zu betrachten, wenn auch nicht unerwähnt bleiben darf, daß daneben auch kleine Schattenseiten sich zeigen werden. Es ist sicher, daß mancher, dem schon das Geräusch der Flugzeuge empfindlich ist, es unangenehm empfinden wird, wenn der Staub auf den Straßen und das Geräusch durch die Fahrten der Kraft-wagen zunehmen werden. Wenn wir aber das Wohl der Stadt im ganzen im Auge haben, müssen wir über solche Sachen hinwegsehen.

Der Militär-fiskus beansprucht für Unterbringung der Kraftfahr-Ersatz-abteilung von den städtischen Behörden die Zusage der Erfüllung dreier Punkte:

1. Unentgeltliche Hergabe des Bauplatzes für eine zu erbauende Kaserne zu Eigentum des Reichs- (Militär-) Fiskus,

2. mietweise Überlassung eines etwa 9 ha großen Grundstückes in der Nähe des Exerzierplatzes zur Unterbringung der Fahrschule und der verschiedenen Betriebsgebäude (Wagenhalle, Lehrsaal, Werkstätte usw.),

3. Zuführung von Gas, Wasser und elektrischem Strom zu den genannten Grundstücken, ferner ihre Entwässerung und die dauernde Unterhaltung einer für intensiven Kraftwagenbetrieb genügenden Befestigung der Salzdhumerstraße bis zu den vorgedachten Grundstücken.

Der Punkt 1 kommt zunächst nicht in Frage, da der Militär-fiskus ein-st- weilen eine anderweitige Unterbringung der fraglichen Militärpersonen in Aus-

sicht genommen hat, dagegen verlangt der Militärfiskus, daß ihm für die nächste Zeit das auf dem ausgehängten Plane bezeichnete, nördlich des Großen Exerzierplatzes gelegene, etwa 9 ha große Gelände mit dem daraufstehenden minderwertigen Wohnhause zur Verfügung gestellt werde. Die Stadt soll dies Gelände erwerben und der Militärverwaltung mietweise zu einem Preise überlassen, der einer vierprozentigen Verzinsung des Kaufpreises entspricht, höchstens aber 12 000 *M* für das Jahr betragen soll, und behält sich das Recht vor, jederzeit die käufliche eigentümliche Überlassung des Pachtgeländes zu den nachweislich entstandenen Durchschnitts-Ankaufskosten, einschließlich sämtlicher Nebenkosten, aber ausschließlich der Zinsen, ganz oder teilweise zu verlangen. Nachdem das städtische Tiefbauamt durch einen Sachverständigen das Gelände geprüft hat, hat sich ergeben, daß ein höherer Preis als 3 bis 4 *M* pro Quadratmeter für dieses Gelände nicht in Frage kommen wird, so daß anzunehmen ist, daß der Betrag von 12 000 *M* einer ungefähren vierprozentigen Verzinsung des Erwerbspreises gleichkommen wird.

Es wird dann weiter gefordert, daß das in Rede stehende Grundstück, das an die Salzdhulnerstraße grenzt, anderweit von öffentlichen Wegen tunlichst nicht berührt wird, und diesem Wunsche kann bei der Ausgestaltung des Ortsbauplans sehr wohl entsprochen werden. Es kann daher auch die verlangte Zusicherung erteilt werden, daß — abgesehen von den auf höchstens 12 000 *M* zu beschränkenden anteiligen Kosten des Ausbaus der Salzdhulnerstraße — weitere Anliegerbeiträge dem Militärfiskus nicht zur Last gelegt werden sollen. Dazu sagt der Magistrat in seinem Anschreiben: „Der Beitrag zur Salzdhulnerstraße würde sich zur Zeit infolge der hohen Preise höher stellen. Wir möchten aber die Beschränkung auf den angegebenen Betrag gleichwohl empfehlen, um das Zustandekommen der Vereinbarung nicht zu gefährden.“

Es wird dann weiter ausgeführt, daß der Ausbau der Salzdhulnerstraße und insbesondere die Befestigung der Fahrbahn mit Großpflaster nicht unerhebliche Kosten verursachen wird, daß aber eine erhebliche Teilstrecke der Gesamtstraße nach dem Projekte über den Umbau des Ostbahnhofes verlegt werden soll, mithin auf dieser Teilstrecke ohnehin eine Neubefestigung erforderlich wird.

Ich glaube, es erübrigt sich, daß ich den Vertrag selbst in seinen einzelnen Punkten zur Verlesung bringe. Die Finanzkommission hat sich in der Vorberatung mit dem Abschluß des vom Stadtmagistrat vorgelegten Vertrages einverstanden erklärt, und ich bitte Sie, auch Ihrerseits die Genehmigung dazu auszusprechen.

Stadtv. Ohlendorf: Die Anwohner der in Frage kommenden Gegend sind gerade nicht besonders erbaut davon, daß die Kraftfahr-Ersatzabteilung in diesen

Stadtteil verlegt werden soll. Jedenfalls hat sie den Wunsch geäußert, es zu ermöglichen, daß die Anlage etwas weiter aus der Stadt hinausgebracht wird. Vor allen Dingen aber möchte ich bitten, daß die Militärverwaltung Rücksicht nimmt auf die dort angebauten Lebensmittel. Es ist schon in der Kommission dieser Wunsch geäußert, und ich bringe ihn auf Wunsch vieler dortigen Anwohner hier zur öffentlichen Kenntnis, damit es nicht wieder so geht, wie in der Gegend von Broitzem bei Anlage des Flugplatzes, wo fertige Lebensmittel, ohne daß eine dringende Notwendigkeit dazu vorhanden war, unbrauchbar gemacht wurden. Die Anwohner haben sich die größte Mühe gegeben, die Felder mit Lebensmitteln zu bestellen — bekanntlich sind es meist kleine Leute, die sich dieser Mühe unterzogen haben —, und so ist es unbedingt berechtigt, diesem Wunsche hier Ausdruck zu geben.

Stadtv. Kruse: Ich habe Gelegenheit gehabt, mit mehreren Anwohnern dieser Gegend, insbesondere mit Leuten, die dort Ländereien gepachtet haben, über die Verlegung der Kraftfahr-Ersatzabteilung an diese Stelle zu sprechen, und alle sind darüber recht aufgeregt gewesen, daß dieses schöne Land zu diesem Zwecke hergegeben werden soll. Nach Ansicht der betreffenden Leute gäbe es in der Nähe andere Plätze, die ebenso gut dafür geeignet seien, z. B. die Rote Wiese, die jetzt gar nichts einbrächte, und die Kammerländerei sei. Ich möchte deshalb anfragen, ob es nicht möglich wäre, diese Wünsche in Erwägung zu ziehen und die Sache auf kurze Zeit zu verschieben, um ein neues Projekt aufzustellen.

Stadtbaurat Lebensleben: Was zunächst den Wunsch anlangt, den Platz für die Fahrschule der Kraftfahrtruppe etwas weiter hinauszuschieben, so muß ich erklären, daß es leider nicht möglich ist, dem Wunsche nachzukommen. Die verschiedensten militärischen Stellen haben sich eingehend mit der Frage beschäftigt, wo die Fahrschule am besten unterzubringen sei, und es sind die maßgebenden Stellen, insbesondere die Inspektion der Kraftfahrtruppen in Berlin, zu der Überzeugung gekommen, daß nur der jetzt in Aussicht genommene Platz in Frage kommt. Es spielen bei der Wahl des Platzes so viele Rücksichten mit, daß ich mich der Überzeugung nicht verschließen konnte, daß die vorgesehene Stelle die richtige ist. Es ist auch erwogen worden, die Rote Wiese für diese Anlagen mit heranzuziehen; aber das geht aus dem einfachen Grunde nicht, weil dort der Bau eines Anschlußgleises auf große Schwierigkeiten stößt, und ein Anschlußgleis ist für die Kraftfahrtruppen später unbedingt erforderlich. Würden Sie die Rote Wiese mit einem Anschlußgleise versehen wollen, so müßten Sie die Fläche, die jetzt für die Fahrschule in Anspruch genommen wird, durchschneiden und dadurch ebenfalls vollständig in Anspruch nehmen.

Was den zweiten Punkt anlangt, nämlich die Schonung der Feldfrüchte, so ist der ausgesprochene Wunsch durchaus berechtigt, und ich habe ihn an maßgebender Stelle vorgetragen. Auch der Intendantur des X. Armeekorps ist dieser Wunsch unterbreitet; heute ist nun eine Antwort eingelaufen, worin es heißt, daß den Wünschen, betreffend die Schonung des noch nicht abgeernteten Geländes, entsprochen werden würde. Sie sehen daraus, daß die Intendantur diesem Wunsche, natürlich soweit es zugänglich ist, gern nachkommen wird.

Stadtv. **Niese:** Aus allen diesen Wünschen klingt heraus, daß es sich darum handelt, 50 Morgen besten Landes der Bebauung mit Feldfrüchten zu entziehen. Außer dem Lande, das hier aus der Bewirtschaftung herausgezogen wird, werden noch andere Ländereien hinzukommen, denn in der Folgezeit wird das jetzt hergegebene Gelände nicht ausreichen und noch anderes in Anspruch genommen werden, und das in einer Zeit, wo es an gutem, bebauungsfähigem Lande fehlt. Wichtig ist, daß die Stadt Braunschweig und nicht nur die Firma Büssing von dieser Anlage Vorteile haben wird, die ganze Industrie wird dadurch belebt und eine ganze Menge Arbeiter werden davon profitieren. Wo es durch die Entwicklung einer Stadtgemeinde gegeben ist, daß man zur Förderung der Interessen der Allgemeinheit eingreift in die Interessen einzelner, kann ich mich der Notwendigkeit, solche Eingriffe zuzulassen, nicht verschließen, aber es muß auch das geschildert werden, was als Belästigung für die Allgemeinheit in Kauf genommen werden muß. Die Verwaltung durch das Militär heißt auf gut Deutsch gesagt: Rücksichtslosigkeit gegen die andere Bevölkerung — und dagegen muß man sich wehren.

Dem Antrage der Finanzkommission entsprechend, wird der Magistrat zum Abschlusse des Vertrages von der Versammlung ermächtigt.

Vorsitzender **Meyerhoff:** Die Punkte 1 und 2 der aufgestellten Tagesordnung, betreffend die Anträge bezüglich des Wahlrechts, sind noch nicht fertig vorberaten; ihre Beratung fällt heute aus.

Stadtv. **Niese** übernimmt den **Vorsitz**.

2. Statut über die Erhebung einer Wertzuwachssteuer.

Stadtv. Dr. **Kahlert:** Meine Herren! Unterm 23. März wird Ihnen allen ein Anschreiben des Magistrates zugegangen sein, in welchem er den Erlaß eines Statuts über die Wertzuwachssteuer vorschlägt, um den bedrängten Geldverhältnissen der Stadt unter die Arme zu greifen. Wie Ihnen allen bekannt ist, wird es

notwendig, daß unter den heutigen immer schwieriger werdenden Verhältnissen die Stadt sich neue Geldquellen erschließt, und so ist es wohl angebracht, von dem in früheren Jahren den Städten zugebilligten Recht, eine Besteuerung des Wertzuwachses durch Statut vorzunehmen, Gebrauch zu machen. Ein Wertzuwachssteuerstatut hat bereits — wie auch aus dem Anschreiben des Magistrats hervorgeht — in den Jahren 1909 bis 1911 bestanden. Durch reichsgesetzliche Maßnahmen wurde die Aufhebung desselben notwendig; es traten dafür andere Steuern ein. Das Reich nahm von dem Ertrage der Zuwachssteuer 50 Prozent für sich in Anspruch, während für die Stadt 40 Prozent der Steuer verblieben und der Staat auf seine 10 Prozent ganz verzichtete. Durch Landesgesetz wurde 1913 bestimmt, daß die alte städtische Zuwachssteuer nicht mehr erhoben werden solle, daß aber den Gemeinden überlassen bleibe, die Zuwachssteuer als Gemeindeabgabe durch Statut einzuführen. Es ist nunmehr vom Magistrat uns dasselbe Statut, welches seinerzeit außer Kraft getreten ist, mit einigen Änderungen sowohl im Text, wie auch in den Zahlen wieder zur Genehmigung vorgelegt. Sowohl für, als auch gegen das Statut der Wertzuwachssteuer haben sich nun in der Vorberatung seitens der Statutenkommission Stimmen erhoben. An und für sich sollte man annehmen, daß die Besteuerung eines Wertzuwachses die berechtigtste Steuer ist, zumal die Gemeinde zum Teil mitgeholfen hat, ihn durch öffentliche Einrichtungen, Straßenbauten usw. hervorzurufen, und im großen Ganzen pflichte ich dieser Anschauung bei, wenn ich auch nicht verkennen kann, daß durch Erhebung dieser Steuer die Grundstücke selbst in ihrem Werte gesteigert werden, was wiederum mit sich bringt, daß die Mieten eine weitere Steigerung erfahren müssen. Der Käufer eines Grundstückes wird gar nicht umhinkönnen, zur Erzielung der nötigen Einnahmen und zur Aufbringung der Zinsen seine Mieten in gewissem Maße zu erhöhen. Daß sich hierdurch wiederum die Allgemeinheit belastet fühlt, weil sie die teureren Mieten durch die Steuer noch weiter heraufgehen sieht, kann ich wohl verstehen, und ich glaube, allein aus diesem Grunde heraus ist in der Beziehung ein gewisses Mißbehagen entstanden, welches sich gegen die Einführung dieser Steuer geltend macht. Es muß auch gesagt werden, daß die Steuer zum Teil einen Wertzuwachs trifft, der unter den heutigen anormalen Verhältnissen entstanden ist, lediglich bedingt durch die Entwertung des Geldes. Es ist klar, daß in einer Zeit, wo eine reelle Wertbemessung gar nicht möglich ist, ein Wertzuwachs eigentlich nur imaginär ist und nur schwer festgestellt werden kann. Das Statut und die danach zu erhebende Steuer soll ja aber nicht lediglich für die Kriegszeit geltend sein, sondern auch für spätere Zeiten, und es ist in den Bestimmungen des Statuts darauf auch Rücksicht genommen. Ich möchte nicht vergessen, hervorzuheben, daß die Steuer in den früheren Jahren nicht die Erträgnisse gebracht hat, welche man von ihr erwartet hatte. Die Notizen darüber sind mir eben leider nicht zur Hand, aber ich

kann sagen, daß — wenn ich nicht irre in Frankfurt a. M. — die Steuer als eine solche sich erwiesen hat, die sogar einen staatlichen Zuschuß erforderte, was bei einer Steuer natürlich ein Mißverhältnis ist. Aber auch in Braunschweig sind, wie gesagt, nicht die Erträge von der Steuer erzielt, die man im großen und ganzen sich von ihr versprochen hatte.

Die Statutenkommission hat nun in ihrer Beratung das Material in ausgiebiger Weise durchgesehen und besprochen. Es machte sich dabei hauptsächlich der Vorschlag geltend, daß man sich bei Einführung des Statuts über die Wertzuwachssteuer lediglich auf die Besteuerung des Wertzuwachses für unbebautes Gelände beschränken und die bebauten Ländereien von der Steuer ausschließen möchte. Ich muß sagen, daß mir das als sehr praktisch erschienen ist, denn die Besteuerung des bebauten Geländes wird mehr und mehr zu schwierigen Auseinandersetzungen führen müssen, zumal die Bewertung und wirkliche Feststellung des Wertzuwachses unter den jetzigen Verhältnissen sowohl, wie auch unter den späteren recht schwer sein wird. Bei dem einen Grundstücke wird es heißen: Die Lage in der Stadt, die städtischen Einrichtungen und die durch die Stadt gebrachten Opfer haben es erst ermöglicht, daß ein Wertzuwachs stattgefunden hat, und insolgedessen kann die Abgabe erhoben werden. Der Verkäufer aber sagt: „Ich stehe auf dem Standpunkte, daß durch meine Tüchtigkeit, durch meine eigenen Pläne und meine eigenen Erfahrungen der Wertzuwachs bedingt worden ist.“ Er stellt sich auf den Standpunkt, daß dies ein wohlverdienter und nicht ein ihm frei anfallender Vermögensvorteil ist, und so wird es leicht zu Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten kommen. Dann ist gegen die Steuer zu sagen, daß sie hauptsächlich solche Gegenstände — Grundstücke und Ländereien, die verkäuflich sind — angreift, die bereits in der weitgehendsten Weise sowohl durch staatliche, wie Gemeindesteuern, wie auch durch Stempelsteuerabgaben in Anspruch genommen sind, weiter auch, daß die Vermögensabgabe und jetzt der neue Umsatzstempel in Frage kommen. Kurz und gut, es sind eine ganze Anzahl Abgaben schon jetzt auf derartige Grundstücke gelegt, und dadurch wurden Bedenken gegen die neue Besteuerung hervorgerufen. Von mehreren Mitgliedern der Statutenkommission wurde darauf hingewiesen, daß die Steuer wohl eine der berechtigtesten sei, wie ich bereits angeführt habe. Darüber läßt sich nun immerhin streiten, und es läßt sich die Meinungsverschiedenheit darüber nicht aus dem Wege schaffen. Eine endgültige Klärung der Meinung, ob das Statut lediglich auf unbebautes oder auch auf unbebautes Gelände sich beziehen soll, ist in der Statutenkommission deshalb nicht herbeigeführt und auch kein Beschluß darüber gefaßt worden, wie überhaupt in der vorgestern stattgefundenen Sitzung der Statutenkommission auch über das Statut selbst eine endgültige Abstimmung nicht erfolgt ist. Ich kann Ihnen deshalb nur im allgemeinen darüber berichten, wie sich die Verhandlungen in der Statutenkommission gestaltet

haben. Die sich aus der Besteuerung der Ländereien ergebenden Meinungsverschiedenheiten werden unweigerlich zu vielen Prozessen Anlaß geben. Die Richtigkeit dieser Meinung ergibt sich aus der Tatsache, daß bereits in früheren Jahren, in denen diese Steuer in Geltung war, Prozesse auf Prozesse entstanden sind, die womöglich auch heute noch nicht einmal beendet sind.

Gehe ich zu dem Statut selbst übergehe, in welchem nur wenige Änderungen vorgenommen sind, möchte ich ersuchen, eine allgemeine Besprechung über das Statut herbeizuführen, und möchte die Herren bitten, dabei besonders sich über die Frage auszusprechen, ob das Statut, wie es vom Magistrat vorgeschlagen ist, ein allgemeines für Wertzuwachs werden soll, oder ob sich die geehrten Herren nur dazu verstehen, wie es bereits in der Statutenkommission von mehreren Seiten zum Ausdruck gekommen ist, die Besteuerung lediglich auf das unbebaute Gelände zu beschränken.

Stadtv. Frede: Der Herr Referent hat an einer Stelle seines Berichts gesagt, man könne wohl der Meinung sein, daß die Besteuerung des Wertzuwachses auf Grund und Boden eine gerechte Steuer sei. Ich kann diese Meinung wohl verstehen, wenn ich der Propaganda gedenke, die die Bodenreformer von jeher für diese Steuer entfaltet haben. Sie sind ausgegangen von dem Beispiele des Rixdorfer Bauern Kilian, der über Nacht reich geworden ist, weil er einen Kartoffelacker, der zu wertvollem Baugelände geworden war, verkauft hat. Durch dieses Schulbeispiel, das nach neueren Feststellungen unzutreffend ist, wurde alle Welt veranlaßt zu sagen: Jawohl, durch die Einrichtungen der Gemeinde wird die Gegend wertvoll, der Grund und Boden steigt dadurch im Preise, und es ist nichts gerechter, als daß ein Teil der Einnahme bei solchen Wertsteigerungen der Allgemeinheit wieder zugute kommt. Ja, meine Herren, wenn für diese Fälle, wo nachweisbar die Gemeinde einen Wertzuwachs schafft, die Steuer erhoben werden soll, so habe ich nichts dagegen. Ich bin aber der Überzeugung, daß dann die Anzahl der Steuerfälle so gering werden wird, daß die Verwaltungskosten für die Steuer sich nicht lohnen würden. Mit dem Falle, daß ein unverdienter Wertzuwachs vorhanden ist, sind die Bodenreformer hausieren gegangen, nur hat sich nicht an einem einzigen Orte in Deutschland diese Unterscheidung zwischen verdientem und unverdientem Wertzuwachs durchführen lassen. Es geht das einfach nicht; Sie können nicht, weil durch öffentliche Einrichtungen der Grund und Boden im Preise steigt, auf dem neuen Bahnhofsgelände eine Zuwachsteuer erheben und an anderen Stellen nicht, und so muß man eine Unterscheidung zwischen verdientem und unverdientem Zuwachs überhaupt aufgeben. Weil nun dieser Wertzuwachs als ein Besteuerungsobjekt erschien und alle Gemeinden Geld viel mehr als früher nötig haben, deshalb faßten die Gemeinden zu, aber die Wirkung der

Einführung der Wertzuwachssteuer war nicht die erwartete. Die Erträge waren geringer als man gehofft, und sie nahmen ständig ab.

Wo eine Steigerung des Wertes der Grundstücke nicht von der Tätigkeit der Gemeinde abhängt, kann von einer Gerechtigkeit dieser Steuer nicht gesprochen werden. Zunächst ist sie deshalb ungerecht, weil allein das in Grundstücken angelegte Vermögen eine besondere Zuwachsbesteuerung erfahren soll und alle anderen Vermögen nicht. Das Reich hat im Jahre 1913 auf diese Wertzuwachssteuer verzichtet, weil es die Besteuerung des Besitzzuwachses einführte, also eine Besteuerung des Vermögens im allgemeinen, des mobilen Kapitals, des Betriebskapitals und des Grundkapitals in gleicher Weise, und deshalb sagte sich das Reich: Es ist ungerechtfertigt, daß wir den Grund und Boden noch besonders heranziehen. Auch der Staat Braunschweig hat 1913 auf seinen Anteil an Wertzuwachssteuer auf Grund und Boden verzichtet, weil — wie sich die Regierung richtig ausdrückte — die Steuer mit den größten Unzuträglichkeiten verknüpft war und die Verwaltungskosten durch die Erträge bei weitem nicht gedeckt wurden. Ich bin in der Lage, Ihnen das genau vorlesen zu können. In dem Bericht der Regierung heißt es wörtlich: „Nach einem Berichte des Herzoglichen Zuwachsteueramts vom 29. Juli 1913 ist die Ausführung des Zuwachsteuergesetzes hierbei unsebenso wie auch anderwärts mit den größten Unzuträglichkeiten verknüpft gewesen und hat sich bislang in normaler Weise nicht ermöglichen lassen usw. — Die Höhe der Verwaltungskosten für die Erhebung der Zuwachsteuer steht im Mißverhältnis zu dem geringen Ertrage der Steuer. Die Verwaltungskosten des Zuwachsteueramts, diejenigen der Oberbehörden und des Verwaltungsgerichtshofs nicht mitgerechnet, sind für das Rechnungsjahr 1911/12 auf rund 15 000 M, für 1912/13 auf rund 25 000 M zu beziffern. Der Ertrag der Steuer im Herzogtum hat sich in diesen beiden Zeiträumen wie folgt gestellt: 1911/12: Gesamteinnahmen 17 632,63 M, Anteil des Staates 1763,26 M, 1912/13: Gesamteinnahmen, 62 316,68 M, Anteil des Staates 6231,67 M. Hiernach hat der Staat Braunschweig an der Zuwachsteuer, ohne die Kosten der Rechtsmittelinstanzen, im ersten Rechnungsjahre 13 200 M, im zweiten 18 800 M zugelegt. Die letztere Summe würde als Defizit auch für das laufende Rechnungsjahr 1913/14 einzustellen sein. Es liegt auf der Hand, daß ein dringendes Bedürfnis besteht, diesem Zustande ein Ende zu machen.“ Die Regierung hat dann erwogen, ob sie nicht, nachdem das Reich auf seinen Anteil von 50 Prozent verzichtet hatte, diesen Anteil für sich verwenden könne, so daß der braunschweigische Staat 60 Prozent der Steuer eingestrichen hätte. Darüber heißt es wörtlich in dem Bericht: „Selbst wenn der braunschweigische Staat den fortgefallenen 50prozentigen Reichsanteil neben dem bis-

herigen 10prozentigen Anteil, mithin zusammen 60 Prozent der Steuer für sich zurückbehalten wollte, so würde doch der finanzielle Erfolg für den Staat ein derart geringer sein, daß es sich im Hinblick auf die bisherigen außerordentlichen Weiterungen und Kosten für ihn nicht lohnt, die Steuer zu erheben. — — Das Staatswohl gebietet den schleunigen Erlaß eines Gesetzes, durch welches das Zuwachsteuergesetz aufgehoben wird."

Nun ist zu bedenken, daß diese Verwaltungskosten bekanntlich durch die staatliche Einrichtung des Herzoglichen Zuwachsteueramts erwachsen sind und die Stadt Braunschweig ihre Einkünfte nach den Berechnungen dieses Amtes bekommen hat. Die Stadt hat also keine Ausgaben bei der Erhebung dieser Steuer gehabt. Wenn wir aber jetzt uns die Steuer nutzbar machen wollen, so würden die Kosten für die Erhebung uns zur Last fallen. Es ist in der Zuschrift des Magistrats gesagt, daß der Staat offensichtlich auf die Einführung der Steuer durch die Gemeinden hinweise, und das kommt einer Empfehlung gleich. Ich glaube aber nicht, daß man das, was ich eben vorgelesen habe, als eine Empfehlung deuten kann. Mir kommt es so vor, als ob die Regierung damit gesagt hat: „Ich bin mit der Steuer hereingefallen; was die andern tun wollen, geht mich nichts an.“ Also eine Empfehlung der Wertzuwachsteuer ist das nicht.

Die Stadt Braunschweig hat in den vier Jahren des Bestehens der Wertzuwachsteuer 36 000 *M* daraus eingenommen — der Herr Referent hatte das Material nicht zur Hand; ich habe in den städtischen Stats nachgesehen —, das macht 9000 *M* auf das Jahr, wobei zu bedenken ist, daß wir keine Kosten für Erhebung der Steuer gehabt haben. Der eingenommene Betrag ist ein so minimaler, daß wir ihn nicht als Äquivalent für die Schädigungen, die aus der Einführung der Steuer erwachsen — wie ich sie gleich vorbringen werde —, ansehen können. In Dortmund, wo die Wertzuwachsteuer durch die Bemühungen des bodenreformrischen Stadtrats Dr. Boldt eingeführt wurde, ist sie ständig im Schwinden begriffen. Sie war eingeführt bis zum Jahre 1915, dann bis zum Jahre 1918 und wäre am 31. März abgelaufen. Am 21. März hat dann die Stadtverordnetenversammlung wieder sich mit der Angelegenheit befaßt und — nachdem mit Hochdruck gearbeitet war — sich für eine nochmalige Bewilligung für zwei Jahre ausgesprochen. Es wurde aber von vielen Seiten dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß dann die Steuer endgültig in der Versenkung verschwinden möge. Das spricht nicht dafür, daß dort gute Erfahrungen mit der Steuer gesammelt worden sind. Auch für die Stadt Braunschweig sehe ich durchaus nicht ein glänzendes Ergebnis. Ich möchte daran erinnern, daß, als die Wertzuwachsteuer durch das Reich aufgehoben war, Herr Dr. Jasper die Anfrage an den Magistrat richtete, wie es mit der Einführung dieser Steuer durch die Stadt stehe. In seiner Antwort auf diese

Anfrage hat der Herr Oberbürgermeister darauf hingewiesen, daß die Besitzsteuer eingeführt sei, wodurch das Grundvermögen schon getroffen würde, und deshalb läge kein Grund für die Stadt vor, auf die Frage der Einführung der Wertzuwachssteuer einzugehen. Nun ist noch die Kriegssteuern hinzugekommen, welche in noch höherem Maße den Besitz besteuert. Unter keinen Umständen sehe ich ein, daß man das Grundvermögen noch mit einer besonderen Steuer belegen soll, während man den Zuwachs durch Kriegsgewinne, durch Kursgewinne und durch Konjunkturen aller Art bei dem mobilen Kapitale frei läßt. Ist etwa das Grundvermögen ein unsoliderer Besitz als das Vermögen, das durch den angeführten andern Zuwachs erworben ist? Das Umgekehrte ist doch der Fall, und deshalb ist es nicht einzusehen, daß man das Grundvermögen in so starker Weise zu einer besonderen Steuer heranziehen will. Diejenigen, die sich in Daimler-Aktien eingedeckt haben, die früher 200 *M* kosteten, und die jetzt auf fast 400 *M* gestiegen sind, was haben sie damit geleistet? Nichts! Nun vergleichen Sie bitte damit, was für Lasten und bittere Sachen der Grundbesitz in der Kriegszeit über sich hat ergehen lassen müssen! Und der soll nun noch besonders herangezogen werden? Das ist wahrhaftig nicht gerecht.

In der Begleitschrift zu dem Statutenentwurfe steht, daß die Steuer deshalb zur Einführung zu empfehlen sei, weil nach dem Kriege mit einer *W e r t s t e i g e r u n g d e r G r u n d s t ü c k e* bestimmt zu rechnen sei. Herr Dr. Kahlert hat schon darauf hingewiesen, wie unsicher die Entscheidung darüber ist, was eine Wertsteigerung des Grundstücks sei. Wenn heute ein Haus abbrennt, das in der Landesbrandkasse nach dem bisherigen Satze zu 80 000 *M* versichert ist, dann muß derjenige, der es wieder aufbauen will, nicht 80 000 *M* aufwenden, auch nicht 160 000 *M*, sondern mindestens 240 000 *M*. Nach einer Schätzung durch Architekten in Hannover ist eine Steigerung der Baukosten um 300 bis 350 Prozent anzunehmen. Wenn ein Hausbesitzer beim Verkauf eines Grundstückes auch bedeutend mehr bekommt, als er vor Jahren für das Haus selbst bezahlt hat, so hat er den Nachteil, daß das Geld, das er in die Hand bekommt, entwertet ist. Damit der Wert des Grundstückes gegenüber dem früheren gleich bleibt, muß das Grundstück bedeutend teurer verkauft werden. Wenn ein *w i r k l i c h e r* Wertzuwachs getroffen werden soll, dann müßte die Tabelle, die hier aufgestellt ist, ganz anders anfangen; nicht der sog. Gewinn von 5 Prozent an dürfte versteuert werden, auch nicht von 10 Prozent an, sondern von einem viel höheren Satze an. Nun kommt in der Schrift des Magistrates der bodenreformerische Grundsatz zur Sprache: das Verdienst der Gemeinde schafft den Zuwachs. Ich bin schon darauf eingegangen und habe zugegeben, daß man diese Fälle herausnehmen könnte, daß dann aber fast nichts zur Besteuerung übrigbliebe. Jedenfalls glaube ich, daß das, was

übrigbliebe, nicht wert ist, daß man in einem Statut darauf eingeht. Bei einer früheren Beratung ist der Einwand erhoben, der solide Hausbesitz habe kein Interesse daran, ob beim Verkauf der Häuser eine Wertzuwachssteuer aufgebracht werden müßte oder nicht, denn dann höre der bisherige Grundbesitzer auf, Grundbesitzer zu sein. Nein, meine Herren, so ist das nicht anzusehen. Wenn ich ein Haus kaufe, dann geschieht das nicht, wenn ich alt bin, sondern in jüngeren Jahren, damit ich die Sorgen und Lasten, die mit dem Hausbesitz verbunden sind, im Laufe der Jahre noch überwältigen kann. Später bereite ich mich vor, daß ich das Haus verkaufe, denn ich möchte meiner Frau, wenn ich sterbe, nicht zumuten, alle die Lasten und Ärgereien, die mit dem Hausbesitz verbunden sind, weiter zu tragen. Wie ist es aber, wenn ich damit rechnen muß, daß ich eine Wertzuwachssteuer bezahlen soll? Dann werde ich mir sagen: Alles, was ich abgeben muß, muß auf irgend eine Weise wieder eingebracht werden. Abgesehen davon, daß der Wertzuwachs so ungeheuer schwer zu bestimmen ist und deshalb nicht richtig zu erfassen, weil er imaginär ist, werde ich schon wegen der Ungewißheit mich sichern und werde durch einen erhöhten Verkaufspreis die Steuer einzubringen suchen. Das wird eine Einwirkung auf die Höhe der Mieten haben. Unter der jetzigen Gesetzgebung ist es nicht möglich, die Mieten so zu bemessen, denn man muß nachweisen, wie man dazu gekommen ist, die Mieten zu erhöhen. Weil das in diesem Falle nicht ohne weiteres möglich ist, so stellt sich diese Maßnahme als eine starke weitere Erschwerung des Hausbesitzes dar, wie sie in Menge durch die Besitzwechselsteuern und durch die vielen erschwerenden Verordnungen schon dem Baugewerbe anhängen. In einer Zeit, wo wir uns anstrengen, zu ermitteln, wie die Wohnungsherstellung erleichtert werden kann, und wie sie schnell und möglichst billig ins Werk gesetzt werden kann, solche Erschwernisse hervorzurufen, wie sie durch die Wertzuwachssteuer zweifellos hervorgerufen wird, halte ich für unrichtig. Alle Sachverständigen werden zugeben, daß die Besitzwechselsteuern, also auch die Wertzuwachssteuer, eine Verteuerung der Grundstücke und eine Erschwerung der Wohnungsherstellung im Gefolge haben.

Wenn ich meine Ausführungen zusammenfasse, so habe ich zu sagen: Ich lehne die Wertzuwachssteuer ab, weil ich nicht anerkennen kann, daß die Gemeinde berechtigt ist, eine besondere Besteuerung des Grundvermögens gegenüber den anderen Vermögen, die vielfach ohne jede Tätigkeit in die Höhe gehen, vorzunehmen. Ich muß die Zuwachssteuer auch deshalb ablehnen, weil bei der kolossalen Geldentwertung, die noch lange anhalten wird, in den meisten Fällen von einem wirklichen Wertzuwachs keine Rede sein kann. Endlich lehne ich die Steuer auch deshalb ab, weil sie zu geringe Erträge gibt, weil sie ferner in gar keinem Verhältnisse steht zu den Ärgereien, zu den Prozessen und zu den Schäden, die auf dem

Gebiete der Wohnungsherstellung und Wohnungsfrage überhaupt durch die Steuer hervorgerufen werden. Eine Erschwerung der Bautätigkeit wird durch diese Steuer eintreten.

Oberbürgermeister **Retemeyer**: Herr Frede hat in seiner Rede Bezug genommen auf eine Erklärung, die ich vor Jahren abgegeben habe. Ich erinnere mich der Sachlage von damals ganz genau; der Unterschied gegen heute ist der, daß man beim Vergleich der städtischen Finanzen der damaligen Zeit mit unserer heutigen finanziellen Lage doch zu dem Ergebnis kommen muß, daß sie heute erheblich schlechter ist. Damals konnten wir meiner festen Überzeugung nach auf eine derartige Steuer verzichten, besonders, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Art der Erhebung, wie sie das Reich angeordnet hatte, nicht die richtige war. Heute liegt die Sache ganz anders.

Sodann hat Herr Frede als auf etwas Wesentliches darauf hingewiesen, daß die Steuer ungerecht sei. Ich möchte Herrn Frede bitten, mir eine Steuer zu nennen, die von allen Herren übereinstimmend als eine gerechte angesehen wird! Ich glaube, eine solche finden Sie nicht, denn man kann gegen jede Steuer irgend ein Bedenken vorbringen. Daß der einzelne sich durch Einführung der Steuer, je nachdem er Hausbesitzer ist oder nicht, getroffen fühlt und sie ablehnen möchte, ist erklärlich, aber die Not drängt uns dazu, solche Steuervorschläge zu machen. Es ist bedauerlich, daß der Magistrat heute nicht in der Lage ist, Ihnen ein genaues Bild darüber zu geben, wie sich die Finanzen der Stadt gestalten werden, wenn der Krieg vorbei ist, und ich behaupte ganz entschieden, daß zur Zeit keine von den großen Städten Deutschlands imstande ist, hierüber Auskunft zu geben. Es kommt bei einer solchen Auskunft wesentlich darauf an, wie weit wir von unseren Lasten durch das Reich und den Staat befreit werden. Einen Teil der Lasten wird uns das Reich ja erstatten müssen, weil dies auf dem Gesetze beruht, aber daß es uns sehr schwer werden wird, unsere Schulden zu verzinsen und abzutragen, davon bin ich überzeugt.

Nun fragt Herr Frede, warum wir nicht den Besitz von Aktien und ähnliches stärker zur Steuer heranzögen und gerade auf den Grundbesitz verfallen seien. Wenn es ein Mittel gäbe, den Aktienverkauf so zu fassen wie den Grundbesitz, der veräußert wird, dann wäre ich auch dafür, dort einzugreifen. Aber das können wir leider nicht, und die unglückliche Stadt, die Steuern erheben muß, nimmt sie da, wo sie sie am besten und sichersten fassen kann. Deshalb möchte ich bitten, die Sache heute nicht unter den Tisch fallen zu lassen. Wir müssen Geld schaffen, und ich halte dafür, daß, wenn jemand sein Vermögen in der Weise, wie es im Statut vorgesehen ist, wesentlich vermehrt, ohne daß er sich groß anstrengt, daß er dann einen Teil davon der Gemeinde überlassen kann.

Stadtrat von Franckenberg: Meine Herren! Der Herr Berichterstatter hat sich bemüht, mit Unparteilichkeit die Licht- und Schattenseiten der Wertzuwachssteuer vor Ihren Augen zu entwickeln, er hat mit einem heiteren und einem nassen Auge die Steuervorlage des Stadtmagistrats betrachtet, und ich kann mir denken, daß mancher von Ihnen ähnliche Empfindungen hat. Ich zweifle aber auch nicht, daß die eindringlichen Worte des Herrn Oberbürgermeisters mit dazu beitragen werden, Ihnen den ganzen Ernst der städtischen Finanzlage im entscheidenden Augenblick vor Augen zu führen, so daß Sie sich mit uns für die Einführung der Wertzuwachssteuer entscheiden werden, trotz der gewichtigen Bedenken, die Herr Frede geltend gemacht hat. Daß er das tun würde, darauf war ich selbstverständlich gefaßt. Es ist aber nach meiner Ansicht unrichtig, zu sagen, daß nur dann eine Besteuerung des Wertzuwachses gerechtfertigt wäre und erfolgen sollte, wenn nachweislich durch die Tätigkeit der Gemeinde der Wert irgend eines Grundstückes einen bestimmten Zuwachs erfahren hat. Meine verehrten Herren! Wenn wir so sehr mit einer Dornenhecke den Zugang zu der Steuer einengen wollten, dann möchte ich den Dornröschen-Prinzen sehen, der sich siegreich den Zugang zu ihr bahnte! Das von Herrn Frede Erwähnte ist mit einer der Beweggründe zur Einbringung der Steuer; es fällt sehr stark mit für die Erhebung einer solchen Steuer ins Gewicht, daß die Gemeinde mit tätig gewesen ist für den Wertzuwachs, aber zur *Voraussetzung* für die Erhebung der Steuer wollen wir es nicht machen. Es läßt sich eine große Anzahl von Fällen denken, in welchen die Wertzuwachssteuer erhoben werden kann, ohne daß zufällig die Gemeinde tätig gewesen ist, um diesen Wertzuwachs hervorzurufen; es wären sogar Fälle denkbar, daß die Gemeinde sich dem Unternehmen widersetzt hätte, daß es doch durchgeführt wäre und daß die Gemeinde nun doch mit vollem Recht nachher mit ihrer Wertzuwachssteuer kommt und den Betreffenden zur Steuerleistung heranzieht.

Sodann lassen Sie sich bitte nicht durch den Grund irgendwie betören, daß diese neue Abgabe eine Besteuerung des *Wesens* an Grund und Boden wäre. Das ist nicht der Fall, sondern es ist eine Besteuerung des Grundstücks *weshalb*, des Verkehrs mit Grundstücken und des dabei erzielten Gewinnes. Den Grundbesitzer, der den Grund und Boden hat und weiter zu behalten wünscht, den läßt die Steuer unberührt.

Wenn Herr Frede aus der Entstehungs- und Untergangsgeschichte der bisherigen Wertzuwachssteuer irgendwelche Gründe abzuleiten versucht hat, um die gegenwärtige Steuervorlage zu bekämpfen, so erscheint das auch in mancher Beziehung fehlsam. Wenn er z. B. darauf hinwies, daß in den ersten Jahren unsere Wertzuwachssteuer einen verhältnismäßig geringen Ertrag gebracht hat, so wollen die Herren nicht außer acht lassen, daß wir mit ihnen die Steuer damals außer-

ordentlich zahlm zusammengestellt hatten, indem wir allen Wertzuwachs, der im Augenblicke des Inkrafttretens des Statuts in der Vergangenheit lag, sehr schlichtern unberücksichtigt gelassen hatten. Meine Herren, es wächst der Mensch, die Stadt und auch die Steuergesetzgebung mit den größeren Zwecken, und die gewaltigen Anforderungen, die der Krieg an unsere Stadt gestellt hat, bringen es mit sich, daß wir jetzt mit der Wertzuwachssteuer stärker ins Geschirr gehen und dabei nicht mehr so schüchtern und behutjam sind wie früher. Sie haben aus dem Statutenentwurf gesehen, daß wir zurückgreifen bis auf den 1. Oktober 1909, bis zur Entstehungsstunde der früheren Steuer, so daß wir im ganzen neun Jahre, die der Vergangenheit angehören, durch die Steuer miterfassen wollen. Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt. In diesen neun Jahren hat sich schon manches Braunschweiger Grundstück — ich erinnere an die Gegend der Flieger-Erfagabteilung — ganz bedeutend erholt. Ich erinnere an den Beschluß, den Sie bei Eintritt in die heutigen Verhandlungen gefaßt haben, an die Unterbringung der Kraftfahr-Erfagabteilung. Es liegt auf der Hand, daß die fruchttragenden Grundstücke von heute in der Zeit von drei oder sechs Monaten ganz außerordentlich an Wert gewonnen haben werden, und daß dasselbe auch von der Nachbarschaft dieser Grundstücke gelten wird. Ich weise auf den Bahnhofsumbau und andere in der Zukunft schlummernde Sachen hin. Wenn Sie hieran denken, wird bei den Herren die Überzeugung geschaffen werden, daß die Bedenken des Herrn Frede kaum gerechtfertigt sind. Wären sie gerechtfertigt, so hätte es sich der Mühe nicht verlohnt, gegen die Einführung der Wertzuwachssteuer so energisch zu Felde zu ziehen, wie er es getan hat.

Auch daß der braunschweigische Staat seine Wertzuwachssteuer hat schwinden lassen, hängt damit zusammen, daß er nur 10 Prozent Anteil daran gehabt hat. Er hätte ja die 50 Prozent des Reiches mitnehmen können, aber es mochte sein, daß die damaligen Verhältnisse kurz vor dem Kriege das nicht haben als günstig erscheinen lassen. Jetzt sind die Verhältnisse andere und führen zu anderen Handlungen.

Einen großen Verwaltungsapparat werden wir für die Berechnung und Einziehung der Steuer schwerlich noch nötig haben. Wer steht denn der Berücksichtigung des Grundstückswechsels näher als die Stadt mit ihren Steuerveranlagungskommissionen? Ich glaube, diese Tätigkeit wird sich für uns leichter durchführen lassen als für eine außerhalb des städtischen Betriebes stehende Körperschaft, wie damals der Staat, der das Herzogliche Zuwachsteueramt ins Leben rufen ließ.

Schon diese Gesichtspunkte werden manche von Ihnen bestimmt haben, der Frage der Einführung der Wertzuwachssteuer freundlich näherzutreten. Ich glaube aber noch sagen zu können: Es gibt kaum eine volkstümlichere Steuer, die seitens

der Stadtgemeinden eingeführt werden könnte, als gerade diese Wertzuwachssteuer. Wir können den Aktien-, den Kapitalbesitz und auch den Kapitalbesitzwechsel mit unserer gemeindlichen Steuer nicht allgemein erfassen. Hier haben wir aber eine Möglichkeit, zuzugreifen, hier sind Verhältnisse, bei denen wir häufig wesentlich zur Hebung des Grundstückswertes beigetragen haben. Lassen Sie uns in der Beziehung die Möglichkeit, die städtischen Finanzen zu heben, ins Auge fassen, und treten Sie mit mir ein für Erhebung der Wertzuwachssteuer!

Stadtv. Bejemeier: Meine Herren!— Die Einwände, die Herr Frede anggeführt hat, z. B. daß der Ertrag der Steuer so gering sein wird, daß durch die Einkünfte daraus nicht einmal die Verwaltungskosten aufgebracht werden könnten, schrecken mich von meiner Stellungnahme zu der Magistratsvorlage nicht ab. Bedenken Sie doch, daß der Magistrat geradezu leichtfertig sein müßte, wenn er uns eine Steuer in Vorschlag bringen würde, bei der er voraussetzen müßte, daß durch ihren Ertrag nicht einmal die Verwaltungskosten gedeckt würden. In dieser Hinsicht schätze ich den Magistrat denn doch höher ein. Nicht das Grundkapital soll durch die Wertzuwachssteuer getroffen werden, sondern nur der Mehrwert, der bei dem Besitz von Grundstücken erzielt wird, und es ist doch zweifellos, daß in der jetzigen Zeit gerade der Wert der Grundstücke ganz erheblich gesteigert wird, und zwar nicht durch das Verdienst der Haus- und Grundbesitzer, sondern durch andere Umstände, die nicht in der Person des Besitzers liegen, und über die sie gar nicht verfügen können. Ich erinnere an den Bahnhofsbau, an den Kanalbau, der uns bevorsteht. Ich erinnere an die Wohnungsnot und daran, daß der Osten unserer Stadt eine große Zukunft haben wird. Dadurch, daß das Aldergelände zu Baugelände wird, wird ein solcher Wertzuwachs geschaffen, wird der Wert des Bodens so gesteigert, daß der Besitzer ganz erhebliche Vorteile hat. Es kommt doch auch darauf an, wie die Steuer gestaltet wird, und in der Beziehung ist schon vom Magistratsrathe aus geäußert worden, daß man damals sehr vorsichtig bei der Aufstellung der Steuerätze gewesen ist und sehr feinsühnd gehandelt hat, um nicht angustoßen. Ich behaupte: Auch jetzt ist die Feinsühligkeit gegenüber dem Grundbesitz noch aus allen Teilen des Statuts herauszulesen. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß gerade in der heutigen Zeit die Spekulation mit dem Gelände, das Aussicht auf Erschließung durch Bautätigkeit hat, eine ganz gewaltige ist, daß gerade in den letzten Jahren die Gelände ihren Besitzer wechselten, wo der Bahnhof und der Kanal gebaut werden sollen. Mir ist bekannt, daß wegen der Spekulation und der Kanal gebaut werden sollen. Mir ist bekannt, daß wegen der Spekulation derselben Personen befunden hatten. Und diese Spekulation, die mit dem soliden Besitz absolut nichts zu tun hat, sollte nicht von der Steuer erfaßt werden? Sollen wir den Mehrwert, an dem der Besitz nicht das geringste Verdienst hat, und den er

durch den späteren Verkauf mühelos erzielt — und er hat ja nur gekauft, um wieder verkaufen zu können —, diesen Leuten in die Tasche fließen lassen, ohne daß die Gemeinde oder der Staat, die doch wesentlich oder zumeist — das behaupte ich — den Wert des Grund und Bodens durch ihre Einrichtungen hervorgerufen haben, eine Steuer davon ziehen? Ich müßte nicht, weshalb wir das nicht sollten! Gerade diese Wertzuwachssteuer ist noch diejenige Steuer, die den meisten Anklang in der Bevölkerung findet.

Herr Frede sagte, den Grundbesitz wolle man mit der Wertzuwachssteuer noch mehr besteuern, wo er doch während der Kriegszeit schon eine so starke Belastung habe tragen müssen. So schlimm ist es mit der Not des Grundbesitzes aber gar nicht. Der preußische Staat gibt alljährlich eine Statistik über die Hypothekenzahlungsbewegung in Preußen heraus, und was hat sich darnach merkwürdigerweise ergeben? Daß von einer Notlage des Grundbesitzes nicht die Rede sein kann, sondern daß der Grundbesitz schon im ersten Jahre des Krieges kapitalkräftiger geworden ist. Schon 1915 sind in den Städten die Hypothekenzahlungen um 91 Millionen Mark höher gewesen als die Hypothekeneintragungen, während 1913 die Eintragungen um 165 Millionen die Zahlungen überstiegen haben. Daraus ergibt sich innerhalb dieser beiden Jahre ein gewaltiger Kapitalzufluß für den Grundbesitz. Man soll also nicht damit kommen, daß die Not des Grundbesitzes so gewaltig sei, sondern umgekehrt ist es der Fall: der Grundbesitz ist während der zwei Jahre 1913—1915 kapitalkräftiger geworden, und ich bin überzeugt, daß es damit heute noch weit besser geworden ist.

Nun sagte Herr Frede, der solide Hausbesitz müßte genügend geschützt werden. Dem kann man zustimmen, und es wird dem auch in dem vorgelegten Statut Rechnung getragen. Ich will darauf hinweisen, daß in § 5 Absatz 2 der solide Hausbesitz so gründlich geschützt wird, daß von einer Steuer bei dem soliden Hausbesitz fast nichts übrigbleibt. Es heißt da bekanntlich, daß bei bebauten Grundstücken die Skala nur zur Anwendung kommt, „wenn nach dem Inkrafttreten dieses Statuts bis zum neuen Eigentumsübergange nicht mehr als 10 Jahre verflossen sind“. Hat der solide Hausbesitz das Haus länger besessen und schreitet später zum Verkauf, dann wird ihm auf jedes weitere Besitzjahr $\frac{1}{20}$ zurückgerechnet. Auch in § 2 wird der solide Hausbesitz gerade genug durch das Statut geschützt.

Der Herr Referent führte aus, daß diese Steuer in der Bevölkerung viel Mißbehagen hervorgerufen habe. Ich habe von diesem Mißbehagen noch nichts empfunden. Mit wenigen, verschwindenden Ausnahmen, die hier öffentlich zum Ausdruck kommen, findet man kein Mißbehagen über diese Steuervorlage, im Gegenteil, es wird eine alte Forderung, die sich immer mehr Boden in der Bevölkerung verschafft hat, dadurch erfüllt, daß man den unverdienten Wertzuwachs zur Steuer

heranzieht. Wenn der Herr Referent meinte, daß die Prozesse gerade bei dieser Steuerart wegen ihrer großen Zahl so gewichtig in die Waagschale fallen würden, so haben wir solche Prozesse bei jeder Steuerart. In jedem Statut ist der Weg vorgeschrieben, den man gehen muß, wenn man sich durch die Steuerveranlagung benachteiligt fühlt. So etwas kann also auch hier nicht abschreckend wirken. Gewiß, bei einem Teil der Bevölkerung wird diese Steuer Mißbehagen hervorrufen, besonders bei denen, die den Kauf von Ländereien zu Spekulationen in Aussicht genommen haben, und bei denen, die den Wertzuwachs in die eigene Tasche stecken wollen, wenn der Preis des Grund und Bodens durch Anlagen, die vom Staat oder von der Gemeinde geschaffen werden, gewachsen ist. Diese alle werden über diese Steuer nicht sehr erfreut sein. Auch nicht richtig ist es, wenn der Herr Referent anführt, daß die Grundstücke durch die Steuer verteuert und die Mieten gesteigert werden. Die Steuer wird bei den bebauten Grundstücken getragen von dem Verkäufer. Nun ist aber das Ding so: Wenn ein Haus verkauft werden soll, dann werden die Mieten vorher gesteigert, um das Haus in einem recht hohen Werte erscheinen zu lassen. Es ist überall üblich, es so zu machen, damit der neue Käufer sehen soll: Soviel Miete bringt das Haus auf, folglich kannst du pounds so viel bezahlen. Selbst wenn der Verkäufer diese Wertzuwachssteuer auf den neuen Käufer abwälzen würde, dann würde der Käufer ein dummer Kerl sein, wenn er nicht vorher rechnen würde: Du mußt mit einer 6- bis 7prozentigen Verzinsung rechnen und mußt bei dem Kaufpreise mit dem Ertrage des Hauses auskommen. Wenn er so dumm ist, daß er solche Berechnung nicht anstellt, dann wird er ohne weiteres auch seine Dummheit büßen müssen. Im übrigen hängen die Mietsteigerungen doch auch etwas vom allgemeinen Wohnungsmarkte ab, und so kann nicht ein einzelner Besitzer mir nichts, dir nichts die Mieten steigern, wie es ihm beliebt. Der Käufer wird selbstverständlich ebenso gut wie der Verkäufer rechnen, und wenn der Käufer bei dem verlangten Kaufpreise nicht auskommen kann, so wird er den Kauf einfach abhagen. Tatsache ist es und ist mir aus vorgekommenen Fällen persönlich bekannt, daß die Mieten vorher, ehe das Haus zum Verkauf gestellt wird, aufgeschlagen werden. Was den Verdienst bei Spekulationen in Grund und Boden anlangt, so erinnere ich Sie daran, daß es auch Stadtverordnete gegeben hat, die in ihrer Eigenschaft als Stadtverordnete ein außerordentlich gutes Niechorgan gehabt haben und vorher ganz genau wußten, wohin z. B. eine neue Schule gebaut werden sollte. Sie kauften die in Betracht kommenden Grundstücke, boten sie der Stadt zum Kauf an und rissen damit eine gewaltige Summe an sich. Solche Herren, die nicht mehr unter uns sind, hat es also auch gegeben, und warum soll man einen Teil eines solchen mühelosen Verdienstes nicht der Stadt zuwenden?

Nun ist vom Herrn Referenten die Frage aufgeworfen, ob nur unbebaute oder auch bebaute Grundstücke zur Steuer herangezogen werden sollen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß auch bebaute Grundstücke mit herangezogen werden sollen, zumal die Sicherung für den sogenannten soliden Hausbesitz in dem Statut mehr als reichlich gegeben ist. Ich wüßte nicht, weshalb die bebauten Grundstücke nicht ebenfalls mit hineingenommen werden sollten. Gibt es nicht zahllose Fälle, in denen nur auf Spekulation gebaut wird, in denen Leute Häuser kaufen, nur um sie wieder zu verkaufen? Ich will keinen Namen nennen, es gibt aber hier in Braunschweig eine Firma, die 60—70 Häuser in der Stadt hat. Die hat sie durch Bauunternehmer bauen lassen, und nachher ist den Bauunternehmern der Hals zugeschnürt und die so spekulierende Firma übernahm die Häuser. Es sind Häuser, die einschließlich Grunderwerb auf 30 000 M zu stehen gekommen sind, von ihr mit 52—55 000 M verkauft. Das sind doch nicht Angehörige des soliden Hausbesitzes; es sind Leute, die den bebauten Grund und Boden als Spekulationsobjekt benutzen, und es wäre nicht einzusehen, weshalb man diese Verkäufe nicht mit-treffen sollte, während der wirklich solide Hausbesitz, der sein Grundstück sein Leben lang behält, durch § 5, 2 genügend geschützt ist.

Vorsitzender Riese: Es ist ein Antrag von Herrn Frede eingegangen, der folgendermaßen lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die Einführung einer besonderen Wertzuwachssteuer für die Wohngrundstücke ab und spricht sich für eine solche für b e b a u t e Grundstücke aus. Sie ersucht den Magistrat um eine entsprechende Vorlage.“

Stadtv. Kraus: Meine Herren! Ich bin in der glücklichen Lage, ohne daß ich den Antrag des Herrn Frede vorher gekannt habe, ihn unterstützen zu können. Wenn jemand ein unbebautes Grundstück besitzt, so liegt darin kein besonderes persönliches Verdienst. Wenn er aber Besitzer eines bebauten Grundstückes ist, hat er ein wirtschaftliches Risiko und die Verwaltungskosten auf sich genommen, hat alle möglichen Lasten zu tragen, hat in sozialpolitischer Richtung einzuspringen, kurz, er hat hiermit durch eigene Tätigkeit das Anrecht erworben, neben einer reinen Kapitalverzinsung noch einen gewissen Nutzen für sich zu erhalten. Besitzt jemand beispielsweise ein Grundstück an der projektierten Nordlinie des Kanals und es kommt zum Entgegen des Herrn Frede nicht zur Ausführung des Südkanals, sondern des Nordkanals, so wird ihm dadurch, daß Herr Frede nicht recht behalten hat, ein großer Vermögensgewinn zufallen. Nehmen wir an, daß er aus einem Grundstück, welches er mit einer Mark pro Quadratmeter erworben hat, den

Nutzen zieht, den die Bebauung eines industriellen Geländes schafft — dazu hat er selbst nichts Besonderes getan —, dann braucht er ja seinen Nutzen nicht ganz abzutreten, er soll aber doch eine besondere Quote davon abgeben, und eine um so größere Quote, je beträchtlicher sein Nutzen ist. Der Begriff des unbebauten Grundstückes ist im Entwurf des Statuts genau festgelegt, und es scheint mir, daß bei Beschränkung auf Erhebung der Steuer für unbebaute Grundstücke die Möglichkeit von Prozessen nicht in gleichem Maße vorhanden sein sollte, wie bei bebauten Grundstücken. Wenn jemand — sagen wir einmal — eine Hypothek von 1000 *M* besitzt und diese wird durch irgendwelche Verhältnisse 1400 *M* wert, so wird jeder es als selbstverständlich bezeichnen, daß der Besitzer für diesen Wertzuwachs eine Steuer abgeben soll, wenn er selbst kein anderes Verdienst an dem Wertzuwachs gehabt hat, als daß diese Hypothek in seinem Besitz gewesen ist. Warum sollte der analoge Gedanke bei Grundstücken abnorm erscheinen, wenn er zufälligerweise von einem Bodenreformer ausgesprochen ist, namentlich dann, wenn der Wertzuwachs ein Produkt der Allgemeinheit ist, oder wenn er nur ein Produkt der zufälligen Besitzlage ist? Ich meine deshalb, die Freunde und Gegner der Zuwachsteuer wären wohl in der Lage, sich auf den Mittelweg, den Herr Frede vorgeschlagen hat, zu einigen.

Stadtv. Meyerhoff: Meine Herren! Der Herr Oberbürgermeister sagte vorhin, die Stadt befinde sich in finanzieller Not, und deshalb müßten Einnahmen durch Steuern geschaffen werden. Das ist richtig, aber der Herr Oberbürgermeister führte auch aus, daß die Ansichten darüber, was eine gerechte Steuer sei, sehr verschieden wären. Ich meine aber doch, daß es keine Frage ist, daß es ein Unrecht wäre, wenn diese Wertzuwachssteuer auf bebaute Grundstücke gelegt würde. Der Herr Oberbürgermeister beklagte auch die Unmöglichkeit, daß das mobile Vermögen, die Aktien usw., nicht durch städtische Steuern erfaßt werden könnte. Das eigentlich richtige System der Steuern ist doch immer die Einkommensteuer. Von dem, was der Mensch an Einkommen hat, ganz einerlei, woher er es hat, ob er Gevatter Schneider und Handschuhmacher ist, einerlei, wodurch er sein Vermögen vermehrt, davon soll er Steuern bezahlen. Das richtige würde also sein, die Steuer nur nach dem Einkommen zu bemessen.

Herr Frede macht sich die Sache leicht, indem er sagt, eine Anzahl von Fällen sind wohl vorhanden, wo es vorkommt, daß jemand in seinem Grundbesitz eine Erhöhung des Wertes durch die Tätigkeit der Gemeinde oder des Staates habe, und wo die Wertzuwachssteuer berechtigt sei. Eine Anzahl von Fällen — das ist für mich ein so vager Begriff, daß ich nicht darauf anbeißen kann. Wie es sich mit dem Wertzuwachs bei dem Grundbesitz verhält, das ist schon von dem Herrn Vor-

redner, Herrn Kraus, erwähnt: Diejenigen, die durch langjährigen Besitz ein Grundstück zu einem Mehrwert bringen, und die ihre Geisteskräfte und ihr bißchen Kapital aufgewandt haben, die auch die Lasten des Grundbesitzes während der ganzen Zeit getragen haben, denen wird durch die Steuer etwas von ihrem Verdienste abgeschnitten.

Herr Wesemeier hat mit seiner Rede den Magistrat in Schutz genommen, vertritt heute die Ansichten des Magistrats und sagt, durch die Tätigkeit der Gemeinde werde der Wert der Grundstücke gesteigert. Hat man denn aber bedacht, daß der Wert des Geldes geringer geworden ist? Was können Sie denn heute gegenüber dem Jahre 1913 für 1000 *M* noch kaufen? Wenn jetzt — vom Jahre 1909 an soll die Steuer ja rückwirkend sein — der Kaufpreis für ein Grundstück um 6—8000 *M* gesteigert ist, so heißt es: Das ist unverdienter Wertzuwachs. Dann ist auch unverdienter Wertzuwachs vorhanden bei jedem Pfunde Zipfeln, Kartoffeln, Mehl, überhaupt bei jeder anderen Sache, auch beim Schuhmacher, wenn er heute ein Paar Sohlen aufnäht. In der Schlussfolgerung kann ich also Herrn Wesemeier nicht folgen.

Sodann noch ein schwerwiegender Punkt, den ich schon in der Kommission angeführt habe. Denken Sie mal an die Girdelingerstraße und Schützenstraße! Das waren die beiden bevorzugtesten Straßen während der Messe. Was für Geld brachten die früher ein! Aber gehen Sie heute dort einmal hin; heute sind es tote Straßen. Und wodurch ist das gekommen? Durch neue Verkehrseinrichtungen. Es ist richtig: Durch die neuen Verkehrseinrichtungen haben einige einen Gewinn gezogen, aber wer entschädigt denn die vielen, die durch die neuen Verkehrseinrichtungen Verluste erlitten haben? Davon steht in der Vorlage nichts, auch nichts in anderen Steuergesetzen. Entschädigung für unverdienten Verlust gibt es nicht; so etwas steht nicht im Gesetze!

Herr Wesemeier führte eine Firma an, die über 60 Häuser im Eigentum habe, auch ich kenne die Firma, weiß auch, daß sie jahrelang unter ihrem Besitz schwer geseufzt hat. Ob sie den Besitz in einwandfreier Weise erworben hat, das will ich dahingestellt sein lassen, eine ganze Reihe von Häusern hat aber von ihr einwandfrei erworben werden müssen. Wenn ich jedoch die Geldentwertung gegenüber dem Stande von 1909 betrachte, so komme ich zu dem Resultat: Ein Verdienst bei einem Grundstücksverkauf, auch wenn er hoch erscheint, ist in Wirklichkeit heute gar kein Verdienst. Mir liegt ein Heft vor: „Die steuerliche Überlastung des deutschen Haus- und Grundbesitzes“, in dem über die Versammlung des Verbandes zum Schutze des deutschen Grundbesitzes berichtet wird. Auf dieser Versammlung wurde in bezug auf die immer wieder auftauchenden neuen Steuerpläne gegenüber dem Grundbesitz gesagt: „Bei einer solchen Sachlage kann man sich freilich nicht

wundern, daß das Kapital einen weiten Umweg um die städtischen Wohnungsunternehmungen macht, so daß am städtischen Wohnungsmarkte geradezu eine Kapitalnot entstanden ist, die immer mehr zu einer ernststen volkswirtschaftlichen und sozialen Gefahr wird.“ Herr Wesemeier beruft sich darauf, daß vom Grundbesitz die Hypothekenschulden abgestoßen sein sollen. Das mag ja gelten von den Bauern an der Mosel, die bei den hohen Weinpreisen — die aber doch kein Mensch als richtig anerkennen kann — Hypotheken haben abstoßen können. Wer aber aus den Kreisen des städtischen Grundbesitzes hat denn Hypotheken abstoßen können? Ich bitte, mir Beispiele zu nennen! Wenn Hypotheken abgestoßen sind, so ist es geschehen mit Hilfe der Unternehmergewinne, die die Kriegszeit mit sich gebracht hat. Der alte, festhafte Grundbesitz als solcher hat aber keinen Unternehmergeinn gehabt.

Meine Herren! Allein in unseren deutschen Städten sind jährlich 200 000 neue Wohnungen nötig. Nimmt man an, daß zur Herstellung einer Wohnung nur 5000 *M* erforderlich sind, so ergibt sich hieraus schon ein Baukapital von jährlich 1½ Milliarden Mark. Was geschieht aber dadurch, daß der Grundbesitz mit der neuen Zuwachsteuer belegt wird? Es wird von der Vergabe von Hypotheken abgeschreckt, und Sie steigern damit die Mieten in ungewöhnlicher Weise. Jetzt beträgt die Abgabe beim Besitzwechsel von Grundstücken bei einem durchschnittlichen Kaufpreis von 100 000 *M* 3000 *M*. Diese besondere Abgabe muß der neue Käufer abgeben, und er wird die Abgabe, die ca. 3 Prozent der Kaufsumme des Grundstücks ausmacht, auf die Höhe der Mietpreise aufschlagen müssen. Hat jemand nun außer der Besitzwechselabgabe auch noch die Wertzuwachsteuer mit vielleicht 10 000 *M* zu bezahlen, dann werden die Wohnungen im Hause um die Zinsen von 13 000 *M* verteuert. Was Herr Wesemeier mit der Wertzuwachsteuer erreichen will, wird also nicht erreicht, im Gegenteil, es wird eine Schraube ohne Ende sein: je teurer die Grundstücke verkauft werden, um so höher wird die Wertzuwachsteuer sein, und um so teurer werden auch die Mieten sein. Herr Wesemeier tut also in dieser Beziehung mit seiner Forderung seinen Parteigenossen wahrhaftig keinen Gefallen. In Köln wurde in jener von mir erwähnten Versammlung im Jahre 1913 über diese Bestrebungen folgendes gesagt: „Das Kernstück der Lehre unserer Bodenreformer ist der mir immer so ganz unbegreifliche Satz: „Durch die Steuer wird der Boden billig, und dadurch werden die Wohnungen billig.“ Es ist wirklich nicht so unrecht, wenn der frühere holländische Finanzminister Pierjon im Hinblick auf diese Lehre, im Hinblick namentlich aber auch auf den Glauben, den diese Lehre in Deutschland selbst bei den Gebildeten gefunden hat, meint, nichts zeige so sehr, daß das volkswirtschaftliche Denken im gegenwärtigen Deutschland einen argen Tiefstand erreicht habe, wie die Tatsache, daß eine derartige Lehre in

Deutschland so viele Anhänger hat finden können." Auch heute ist es noch so, sonst würden solche Fragen nicht weiter auftauchen.

Um nun bei der heutigen Beratung etwas Greifbares zu erreichen, erkläre ich mich bereit, mit dem Antrage Frede einverstanden zu sein. Andernfalls wird das, was von der gegnerischen Seite erreicht werden soll, in das Gegenteil umgewandelt: Statt daß die Mieten verbilligt werden, werden sie verteuert, und wem wird es dann zur Last gelegt? Denjenigen, die kein Eigentum an Grundbesitz haben? Deshalb bitte ich: Stimmen Sie dem Antrage des Herrn Frede zu.

Stadtv. Frede: Herr Wesemeier hat mit seinen Ausführungen nur bewiesen, daß er kein Hausbesitzer ist und die Praxis des Hausbesitzes nicht kennt. Er liest viel, auch auf anderen Gebieten, und man muß alle Achtung davor haben, aber es kommt dabei vor, daß das Gelesene nicht verstanden wird. Wäre das nicht der Fall, so könnte Herr Wesemeier nicht sagen, daß der städtische Grundbesitz während des Krieges kapitalkräftiger geworden wäre. Sollte Herr Wesemeier die Kriegsgesetzgebung unbekannt geblieben sein, wodurch die kolossalen Misfälle für die städtischen Hausbesitzer erzeugt worden sind, indem man die Kriegerfrauen wohnen lassen muß, auch wenn sie keine Miete bezahlen, indem die Pfändungsgrenze in die Höhe gegangen ist und anderes? In den ersten Kriegsjahren haben wir hier keinen Andrang von Munitionsarbeitern gehabt, und die städtischen Wohnungen haben leer gestanden. Womit soll man denn die Hypothekenzinsen bezahlen? Das kann doch nur durch die Mieteinnahmen geschehen. Eine Abzahlung von Hypotheken ist in dieser Zeit nur für Geschäftsleute möglich gewesen, die durch die Kriegsindustrie eine bedeutende Mehreinnahme gehabt haben. Ich glaube auch, daß bei der Angabe des Herrn Wesemeier ein Irrtum vorliegt, und daß es geheißen hat „ländlicher“ und nicht „städtischer Grundbesitz“. Es ist Tatsache, daß die Landleute allgemein ihre Hypotheken abgetragen haben; davon wissen wir in der Bank Bescheid, und auch sonst weiß das jeder, der mit Geldwirtschaft zu tun hat. Die Bauern können auch nichts Besseres tun, als ihren großen Verdienst in dieser Weise anwenden.

Sodann hat Herr Wesemeier die Berechtigung der Wertzuwachssteuer bei unbebauten Grundstücken dargelegt, ist dann mit kühnem Sprunge auf die bebauten Grundstücke übergegangen und hat geschlossen: Also bin ich für die Wertzuwachssteuer überhaupt. Er hat dann daran erinnert, wie sehr im Osten der Stadt der Wert des Landes steige, wenn die Siedelungen entstehen werden, hat dann auf einen Stadtverordneten verwiesen, der bei in Aussicht stehenden Schulbauten Gelände angekauft hat und dadurch zu einem reichen Manne geworden sei. Aus ähnlichen Gründen habe ich den Antrag gestellt, weil ich ein Kompromiß zustande bringen wollte, nicht aber deshalb, weil ich sage, daß die besondere Be-

steuerung des in den unbebauten Grundstücken liegenden Vermögens gegenüber den Konjunkturgewinnen gerechtfertigt wäre. Ich halte es für viel richtiger, daß diese Konjunkturgewinne in erster Linie zur Besteuerung herangezogen werden. Daß das eine nicht bequeme Art der Ermittlung der Gewinne mit sich bringt, darin hat der Herr Oberbürgermeister wohl recht. Nun hat aber der Herr Oberbürgermeister auf die Geldnot der Stadt hingewiesen, und er weiß aus der Finanzkommission, daß ich der Erste bin, der zu haben ist, wenn es heißt, der Stadt Einnahmen zu verschaffen. Aber die Aufbringung muß sich auch lohnen, und ich bin überzeugt, daß wir von dieser Wertzuwachssteuer nur Ärger, aber keine nennenswerten Einnahmen haben werden. Ich bin allerdings sehr dafür, daß unsere Einwohnerschaft bei der Steuerleistung, insbesondere bei der Einkommensteuer, gespart wird, aber nur dann, wenn wir gezwungen sind, diese Schonung auszuüben in Rücksicht auf die Braunschweig umgebenden Städte. Solche Rücksicht brauchen wir jetzt nicht zu nehmen. Berlin hat seit langer Zeit seine Kommunalsteuern um 100 Prozent erhöht, und dabei war Berlin berühmt als diejenige Stadt, die am wenigsten Kommunalsteuern erhoben hat. Herr Wesemeier hatte seinerzeit bei den Verhandlungen über die Höhe der Grundsteuer auf die Erhöhung der allgemeinen Einkommensteuer hingewiesen, heute aber hat er das Wort nicht in den Mund genommen. Heute bin ich der Ansicht, daß wir einen stärkeren Druck bei der Einkommensteuer ausüben können, ohne zu befürchten, daß dem Zuzuge dadurch Abbruch getan wird. Das kann uns wesentliche Einnahmen bringen, während bei der Wertzuwachssteuer nicht viel herauskommen wird.

Herr Stadtrat von Frankenberg behauptete, daß keine Steuer so populär wäre, wie diese Wertzuwachssteuer, d. h. also, daß sie von der ganzen Bevölkerung willkommen geheißen wird. Dann muß der Herr Stadtrat die 8000 Hausbesitzer nicht mit zum Publikum zählen. Jede Familie zu 4 Köpfen gerechnet, sind das 32.000 Personen, die sicher nicht für die Wertzuwachssteuer schwärmen, aber auch unter den Mietern werden sehr viele Einsichtige sich befinden, die den ursächlichen Zusammenhang von Steuer und Ausgleich durch die Mietzahlungen im Auge haben.

Den Antrag, den ich gestellt habe, glaube ich schließlich auch gegenüber dem Grundbesitzerverein verantworten zu können. Grundsätzlich bin ich allerdings nicht der Meinung, daß diese Besteuerung des unbebauten Geländes zugelassen werden solle, aber es ist ein Kompromiß, und mit solchem muß man arbeiten. — Im übrigen danke ich Herrn Direktor Kraus für seine Zustimmung.

Stadtv. Lebbenjohannis: Die Gegner der Wertzuwachssteuer wenden sich jetzt nur noch gegen die Steuer bei bebauten Grundstücken und sagen, daß mit der Ein-

führung der Steuer unbedingt die Mieten steigen müßten, und daß das Interesse am Grundbesitz verlorenginge, denn der Besitzer von bebauten Grundstücken müßte die Möglichkeit haben, an seinem Besitz etwas verdienen zu können. Ich glaube, diese beiden Einwände sind hinfällig. Die Höhe der Mieten richtet sich nach dem gemeinen Wert der Grundstücke, und dieser wieder wird im wesentlichen nicht bedingt durch die Wertzuwachssteuer, sondern durch die jeweilige Marktlage aller Gegenstände, die für das Bauen notwendig sind. Wenn jetzt Häuser gebaut werden sollen, so wissen wir alle, daß sie das Dreifache des Betrages kosten werden, der sonst dafür aufgewendet werden mußte, und es ist danach selbstverständlich, daß die Besitzer der Grundstücke auch ein höheres Erträgnis an Mieten fordern. Eine Stadt wie Braunschweig kann mit den bestehenden Wohnungen in der Zukunft nicht auskommen, es muß also zu einer Schaffung von neuen Gebäuden kommen. Dabei wird sich herausstellen, daß die Mieten, die für die neuen Gebäude notwendig sind, auch von den Besitzern der vorhandenen Grundstücke genommen werden. Wenn weiter gesagt wird, bei dem Verkauf von Grundstücken würde dem Verkäufer bei Zahlung der Wertzuwachssteuer kaum ein Verdienst übrigbleiben, so ist das etwas weit hergeholt. Der Maßstab, nach dem die Steuer bemessen werden soll, ist doch so, daß der Besitzer, wenn er Wertzuwachs hat, noch den größeren Teil des Zuwachses für sich behält. Wenn ich irgend ein Beispiel herausgreife, so wird doch bei einem Zuwachs von 40—45 Prozent nur eine Wertzuwachssteuer von 10 Prozent erhoben, also 30 Prozent bleiben dem Besitzer, und man sollte annehmen, daß damit seinem Risiko genügend Rechnung getragen ist. Ich bitte Sie deshalb, daß Sie dem Antrage auf Einführung der Wertzuwachssteuer in vollem Umfange zustimmen. Eine Steuer, nur auf unbebaute Grundstücke gelegt, würde selbstverständlich nicht das ergeben, was im Interesse der Stadt nötig ist, und aus diesem Grunde ist es erwünscht, daß beide Kategorien von Grundstücken versteuert werden.

Stadtrat von Frankenberg: Der Gewittersturm, der zuerst durch diesen Saal brauste, als der Widerspruch gegen die Wertzuwachssteuer seitens der bewährten Vorkämpfer des Grundbesitzes, der Herren Frede und Meyerhoff, sich geltend machte, flaut nun allmählich ab, und ein Regenbogen sucht die Brücke zu schlagen, um eine Verständigung zu erzielen. Aber diese Brücke der Verständigung kann ich nur mit gewissen Zweifeln betrachten. Es ist ein freundliches Geschenk, das sich uns durch die Guld des Herrn Frede bietet, aber es gibt ein altes parlamentarisches Sprichwort, daß man sich vor Danaergechenken hüten soll, und ich habe diese Empfindung auch in diesem Falle, so angenehm es mich auch berühren müßte, daß ich mich in diesem Punkte den erfahrenen Vertretern auf dem Gebiete des Grundbesitzes nähere. Die Sache liegt doch so, und das möchte ich Herrn Kraus gegen-

über sagen: Es handelt sich bei dem Wertzuwachs, der bei bebauten Grundstücken in Erscheinung tritt, in sehr wenigen Fällen um eine ausgesprochene Wertsteigerung des Bauwerkes selbst, sondern wenn ich an eine alte „Kasalle“ denke, die zum Verdruß der Leute stehengeblieben ist und nun bei Anlegung eines Kanals, einer Bahn oder eines industriellen Unternehmens angekauft und niedergelegt werden muß, so muß vor allem der Wert des Grund und Bodens bezahlt werden. Lassen Sie nun alle bebauten Grundstücke von der Wertzuwachsteuer frei, dann schlüpft der glückliche Besitzer dieser alten Kasalle auch mit seinem unbebauten Grund und Boden durch die Maschen des Steuernezes — er kann nicht gefaßt werden. Wer den heute vorliegenden Plan des Platzes, auf dem die Kraftfahr-Ersatzabteilung entstehen soll, aufmerksam betrachtet hat, wird ein Beispiel zu diesen meinen Ausführungen erblickt haben. Es steht dort ein Haus, das aus längst verflossenen Jahrzehnten sein Dasein herschreibt. Ein Eigentümer eines derartigen Grundstückes würde mit der Steuer nicht zu fassen sein. Was die Herren wollen, ist ein berechtigter Grundgedanke: Sie wollen vermeiden, daß jemand, der lange Zeit ein unbebautes Grundstück besessen und Werte hineingesteckt hat, nun auf einmal bei dem mäßigen Gewinn, den er bei der Veräußerung des Grundstücks erzielt, mit der Steuer belastet werden soll. Davon ist ja aber in dem Statute gar nicht die Rede. Sie müssen sich doch vergegenwärtigen, daß, wenn Sie den Bauwert des Hauses von dem Werte des gesamten Grundstücks abziehen, von der Baufläche allein ein namhafter Zuwachs erzielt wird. Warum soll der nicht besteuert werden? Durch unsere Fassung in den Paragraphen haben wir die Möglichkeit geschaffen, daß ein derartiger Besitzer von bebauten Grundstücken, wenn er sesshaft ist, so glimpflich wie möglich getroffen werden kann, und wollen die Herren bei diesem Paragraphen vielleicht noch etwas weiter gehen, noch etwas mildere Saiten aufziehen, so wird der Stadtmagistrat gewiß für eine derartige Verständigung gern zu haben sein. Aber grundsätzlich eine allgemeine Ausnahme mit bebauten Grundstücken zu machen, dagegen möchte ich mich aussprechen.

Nun meinte Herr Meyerhoff, es sei verwunderlich, wie denn der Gedanke einer solchen Steuer überhaupt habe Platz greifen können, und er sprach sein Bedauern darüber aus. Wenn aber ein so erfahrener Kampfgenosse des Herrn Meyerhoff, wie Herr Frede sich auf halbem Wege mit uns zusammenfindet, dann ist es mit dem Tiefstande des volkswirtschaftlichen Denkens doch nicht so weit her, und wir können mit fröhlichem Blick zu dem uns ungefähr gleichgestellten Herrn Meyerhoff hinblicken. Es würde verhängnisvoll sein, wenn man eine Theorie, wie sie Herr Meyerhoff aufstellen wollte, nicht nur von dem Wert zu w a c h s etwas zu nehmen, sondern auch den V e r l u s t zu berücksichtigen, annehmen wollte. Denken Sie einmal daran, was für eine Prämie das für leichtsinnige, träge oder nachlässige Leute sein würde. Das wäre eine Rückversicherung auf Gegenseitigkeit

für alle Leute, die nichts getan haben, oder die mit Nachteil spekuliert haben. Davon wird ein guter Volkswirt wie Herr Meyerhoff nicht reden wollen.

Nun ist von verschiedenen Herren geklagt worden, daß gerade in der jetzigen Kriegszeit diese Steuer ins Leben gerufen werden soll. Dazu ist zu sagen: Wir wollen sie in Kraft setzen nicht deshalb, weil Krieg ist, sondern obgleich Krieg ist, und weil wir mit einer Wiederbelebung des Verkehrs in Grundstücken und mit einer Erhöhung des Wertes der Grundstücke rechnen müssen. Das ganze Leben ist ein Kampf ums Dasein, und wenn wir eine Kriegsgewinnsteuer eingeführt haben, so ist es nicht unrichtig, auch eine Steuer einzuführen für diejenigen, die im Grundstücksgeschäft besonders vom Glück begünstigt gewesen sind.

Stadtv. **Meyerhoff** übernimmt den **V o r s i z** wieder.

Stadtv. **Wesemeier**: Herr Frede sagte, ich wäre wohl nicht Hausbesitzer, und aus diesem Grunde hätten meine Ausführungen so gelaute, wie ich sie gemacht habe. Ich kenne aber einen Herrn, der früher ganz energisch für die Wertzuwachssteuer usw. eingetreten ist, und der dann, als er einen Grundbesitzerverein gegründet hatte, ganz besonders gegen diese Steuer auftrat.

Herrn Meyerhoff möchte ich erwidern: Das Jahr hat 365 Tage. Wenn Sie das ganze Jahr mit dem Magistrat *e i n e* Meinung vertreten, dann gestatten Sie mir wohl, daß auch ich *a n e i n e m* T a g e einmal — das ist doch nicht zu viel — mit dem Magistrat zusammengehe. Darin jedoch stimme ich Herrn Meyerhoff und Herrn Frede zu, wenn sie meinen, daß die Besteuerung nach der Höhe des Einkommens — selbstverständlich eine solche, die nach oben zu rapide steigt — die richtigste Besteuerung ist. Wo aber blieben Sie mit dieser Meinung, als von uns diese Steigerung der Einkommensteuer ange schnitten wurde, als es sich um die Biersteuer, um die Kinosteuer handelte, die Sie dem Magistrat auf dem Präsentierteller entgegengetragen haben? Damals war es unsere Meinung, daß die Einkommensteuer erhöht werden sollte, aber das erkannten Sie nicht an. Wenn Sie heute zu dem Standpunkte sich bekennen, daß die progressiv steigende Einkommensteuer das Richtige ist, dann werde ich erfreut darüber sein, wenn Sie das auch bei anderen Gelegenheiten zum Ausdruck bringen werden und ihre Abstimmung danach fassen.

Für inkonsequent halte ich es, wenn man nur die unbebauten Grundstücke durch die Steuer erfassen wollte, inkonsequent nach dem Gesichtspunkte, daß die Gegner sagen, die Wertzuwachssteuer auf bebaute Grundstücke werde die Mieten verteuern — was ich entschieden bestreite —, denn dann würden die Mieten auch verteuert bei der Besteuerung von Wertzuwachs von unbebauten Grundstücken, da man mit Recht annehmen muß, daß die Steuer auch da angerechnet wird. Das ist

ungefähr so wie der Standpunkt, daß der liebe Gott Sie selbst mit der Steuer versehen möge, andere aber kräftig heranholen könne.

Recht unbequem ist den Herren allerdings diese Feststellung des preussischen statistischen Amtes, die ich erwähnte, daß die Hypothekenzinsleistungen von 1913 bis 1915 so gewaltig gestiegen sind, und daß im Gegensatz zu den früheren Hypothekenzinsleistungen vom Jahre 1913 im Jahre 1915 die Hypothekenzinsleistungen um 91 Millionen Mark höher gewesen sind als die Hypothekeneintragungen. Ich betone ausdrücklich: Es ist das kein Irrtum von mir und bezieht sich nur auf die Städte, nicht auf die ländlichen Bezirke.

Herr Kraus meinte, daß der Hausbesitzer, wenn er lange Jahre sein Haus gehabt habe, auch etwas Entschädigung haben müsse für seine Mühewaltung usw. Aber diese Entschädigung erhält der Hausbesitzer ja heute schon in der höheren Verzinsung seines für den Kauf des Hauses aufgewandten Geldes und in der Mieteinnahme, die höher ist als das, was er für das Haus tatsächlich aufwenden muß. Ich kenne Häuser, die erst in neuerer Zeit erbaut sind, und weiß, daß die Bauunternehmer nur von dem Ertrage dieser 4—5 Häuser leben und weiter nicht zu arbeiten brauchen. So viel bringt das ein; ich könnte Ihnen die Betreffenden namhaft machen. Ich gönne es ihnen auch, aber weshalb soll ihnen nun noch, wenn sie das Haus verkaufen, und zwar mit Nutzen, der Mehrwert, der mit der Zeit von selbst entsteht und an dessen Entwicklung sie völlig unbeteiligt sind, ganz und gar unbelastet bleiben? Das ist doch nicht notwendig. Sie haben ihre Vergütung für die Verwaltung des Hauses schon dadurch, daß sie meist mietgeldfrei in ihrem Hause wohnen und noch etwas darüber einnehmen. Wir finden am besten bei der Steuereinschätzung, wie sich die Herren darauf verstehen, etwas für sich aus dem Hause herauszuholen. Herr Kraus, Sie sind ja auch bei der Steuereinschätzung beteiligt und werden dieselbe Erfahrung gemacht haben.

Zweifellos ist, daß auch bebaute Grundstücke, auch die alten, ganz bedeutend durch die Ausdehnung der Gemeinde gewinnen. Auch die Wohnungen in den alten Häusern steigen im Mietwerte mit der Zunahme der Stadt und mit Errichtung der neuen Wohnungen, die höher im Preise stehen, obgleich für die alten Miethäuser deswegen keine besonderen Aufwendungen zu machen sind. Auch die Anlagekosten für Gas und Elektrizität usw. schlagen sie wieder heraus. Je länger die Besitzer ihr Haus haben, um so mehr erhöht sich der Gewinn, denn wenn auch die Mieten höher werden, so bleibt doch der Preis, zu dem sie das Haus gekauft haben, derselbe, und nur die Hypothekenzinsen erhöhen sich wohl um ein halbes Prozent. Das wird aber immer wieder auf die Mieten geschlagen. Auch die alten Grundbesitzer gewinnen durch die Einrichtungen der Stadtgemeinde, wenn sie sich ausdehnt, oder wenn durch sie neue Einrichtungen geschaffen werden, die den Zu-

zug in die Gemeinde befördern, und es ist nicht einzusehen, weshalb der Mehrwert, der im Laufe der Jahre sich bildet, nicht zum Nutzen der Gemeinde erfaßt werden soll.

Stadtv. Riefe: Es ist geradezu wunderbar, daß gegen eine solche Steuer, die für den Magistrat zur Schuldendeckung die gegebene ist, Widerspruch erhoben wird. Wir sind genötigt, nach Quellen zu suchen, um der Stadt finanziell aufzuhelfen. Bei der Einführung der Kinststeuer ist man über unseren Widerspruch hinweggegangen. Für eine solche Steuer würde ich niemals stimmen, aber für eine Wertzuwachssteuer, die man als die gerechteste bezeichnen muß, bin ich zu haben. Es sind immer wieder dieselben Kräfte, die dagegen Sturm laufen. Wie leicht solcher Wertzuwachs erzielt wird, dafür kann ich ein Beispiel anführen. Die Stadt hatte früher verschiedene Interessentschaften, die selber Grundeigentum hatten, und von diesen wurde das Quadratmeter Land in der Gegend der jetzigen Heinrichstraße mit 50 Pfennig bis 1,50 *M* verkauft. Als aber die Schule dort gebaut werden sollte, zahlte die Stadt demjenigen, der diese billigen Grundstücke erworben hatte, 8 *M* für das Quadratmeter. So hatte der Herr mit einem Schläge, ohne daß er etwas Besonderes getan hatte, 68 000 *M* verdient. Wenn Sie die alten Protokolle durchsehen, werden Sie bestätigt finden, was ich eben sage. Warum sollten solche Riesenvorteile, bei denen überhaupt kein Verdienst und keine Tätigkeit zu sehen ist, und wozu auch keine besondere Intelligenz notwendig ist, nicht durch eine Steuer erfaßt werden?

Nun stehe ich auch nicht auf dem Standpunkte, daß nur die unbebauten Grundstücke zur Steuer herangeholt werden, wie es der Antrag Frede will, sondern bin der Konsequenz halber auch für Besteuerung des Wertzuwachses bei bebauten Grundstücken. Soweit ich gesehen habe, ist in dem Statut auch mit möglichster Schonung der langjährigen Besitzer vorgegangen, so daß von einer Übervorteilung solcher nicht die Rede sein kann, ebenso auch nicht davon, daß durch diese Abgabe die Mieten ins Ungeheuerere steigen könnten. Ich möchte mich also für die Wertzuwachssteuer auf beide Arten Grundstücke, nicht nur für die im engeren Sinne aussprechen.

Stadtv. Kraus: Ich muß mich mit Herrn Wesemeier in einer wirtschaftlichen Frage kurz auseinandersetzen. Der Unterschied zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken ist denn doch ein erheblicher. Das unbebaute Grundstück ist von der Natur gegeben, die Bebauung des Grundstückes aber ist ein wirtschaftliches Produkt, und der Hausbesitzer empfängt in den Mieten nicht etwa ein Entgelt allein für seine Besitzeigenschaft, sondern er empfängt darin einfach die Zinsen seines durch Bebauung hineingesteckten Kapitals, und zwar etwas erhöhte Zinsen für das

aufgewandte Kapital, und hierdurch für die wirtschaftliche Tätigkeit des Hausbesitzers überhaupt eine Prämie. Wie wichtig eine solche Prämie ist, erhellt für jeden von uns daraus, daß wir heute über Wohnungsmangel so viel zu sprechen haben. Eine solche Prämie ist um so dringender empfehlenswert, weil das Gebäude als solches allein nur einen bestimmten Bruchteil des gesamten Grundstücksobjektes ausmacht und hinsichtlich der Auswendung von Hausbaukosten noch erschwerend die von Herrn Meyerhoff gestreifte Frage der Kapitalentwertung in Frage kommt. Mit Rücksicht hierauf bitte ich, wie Herr Frede — mit dem ich in Hausbesitzerfragen vielfach nicht übereinstimme —, sich mit der Wertzuwachssteuer auf unbebaute Grundstücke zu begnügen. Damit umfassen wir das, was einem Wertzuwachs ohne wesentliches eigenes Zutun unterliegt, und lassen das frei, was volkswirtschaftlich geschont werden sollte.

Stadtv. **Niese** übernimmt den V o r s i t z.

Stadtv. **Meyerhoff**: Ich möchte zunächst Herrn Stadtv. Tebbenjohanns erwidern. Er sagte, die Höhe der Mieten richtet sich nach dem gemeinen Wert der Grundstücke. Ich behaupte das Gegenteil: Der gemeine Wert des Grundstückes richtet sich nach den Mietpreisen. Je nach dem, was das Haus einbringt, danach wird der Wert des Hauses bemessen, und das Gegenteil ist ein Irrtum.

Dann wollte ich Herrn Stadtrat von Frankenberg erwidern, der von dem Regenbogen sprach, der die verschiedenen Ansichten als Brücke verbinden sollte. In der Götterdämmerung kommt auch der Regenbogen als Brücke vor, aber solche Brücke beschreite ich nicht. Sodann hat der Herr Stadtrat die alte Kasalle angeführt. Ich meine, wegen der werden Sie keinen Wertzuwachs einziehen können, und die Ländereien, die dabei gelegen sind, werden schon durch den Antrag Frede gefaßt. Es ist doch streng voneinander zu scheiden, ob bebautes oder unbebautes Gelände in Frage kommt. Nur wenn es sich vielleicht um Baulerrain handelte, ließe sich eine Besteuerung wegen des Wertzuwachses möglich machen. Ich möchte, ohne einen Antrag zu stellen, doch einmal fragen: Wäre es nicht zweckmäßig, diese Frage betreffend des bebauten und unbebauten Geländes, noch einmal gründlich durcharbeiten und deshalb die Vorlage an die Statutenkommission zurückzuverweisen, damit wir uns im kleinen Kreise darüber unterhalten?

Herr Wesemeier warf uns, Herrn Frede und mir, deswegen Inkonsequenz vor, weil wir bei dem bebauten Gelände keine Wertzuwachssteuer wünschen, sondern sie nur für unbebautes Gelände annehmen wollen. Das ist durchaus keine Inkonsequenz. Ich habe schon in der Kommission darauf hingewiesen, daß gewissermaßen auch der steigende Wert des Grund und Bodens die Kosten für Erbauung, von Häusern steigert. Aber wenn Sie die minimalen Ziffern betrachten, die heute

für Grund und Boden auszugeben sind, gegenüber denjenigen, die das eigentliche Bauen erfordert, dann können Sie von einer Einwirkung des Bodenwertes auf die Höhe der Mieten nicht sprechen.

Herr Rieke sagt: „Wir müssen Geld für die Stadt aufbringen.“ Dasselbe habe ich auch betont und gesagt, daß ich für eine gerechte Steuer zu haben sei. Sodann führte Herr Rieke das Beispiel von der Heinrichstraße an. Nichts ist schlagender für den Antrag Frede als dieses Beispiel. Als die Heinrichstraße angelegt wurde, sind hohe Gewinne erzielt, aber sie sind von unbebautem Gelände erzielt, und die ergreift auch der Antrag Frede. Wenn Sie sich auf diesen Standpunkt mit uns einigen, dann ist eine Verschiebung auf eine spätere Beratung nicht nötig, sondern heute schon möglich, die Vorlage zu verabschieden. Ist es aber nicht möglich, daß diese Einigung durch den Antrag Frede erreicht wird, dann möchte ich nochmals bitten, die Vorlage an die Kommission zurückzuverweisen. Es sind dann noch eine ganze Menge Punkte vorhanden, die aufgeklärt werden müssen, und heute werden wir dann gewiß nicht zum Ziele kommen.

Herr Kraus hat mit seinen Ausführungen den Nagel auf den Kopf getroffen, und ich freue mich, daß ich mich mit meiner Ansicht in guter Gesellschaft befinde. Herr Kraus hat auch Grundbesitz, aber ich kann mir nicht denken, daß die Herren, die keinen Grundbesitz haben, über diese Frage so leicht hinweggehen werden.

Herr Wejemeier sprach davon, daß auch die alten Häuser mit den Genuß davon haben, daß die Mieten gesteigert werden. Wie lange haben die Leute, die solche alten Häuser besitzen, aber auch gequält unter dem Schicksal, daß sie ihre Wohnungen nicht vermieten konnten! Sobald aber hinreichend dafür gesorgt ist, daß die Mieter wieder in guten und besonders in neuen Häusern untergebracht werden, fallen die alten Wohnungen ganz von selbst wieder aus der Konkurrenz. Ebenso, wie wir jetzt Wohnungen einrichten müssen, um die Leute unterzubringen, ebenso wird es nach dem Kriege dahin kommen, daß die alten Häuser verlassen dastehen. Sie sollten doch den Leuten, die heute in ihren alten Häusern besser gebettet sind als früher, ein willfähriges Gesicht zeigen und auch ein Einsehen haben mit ihrer jahrelangen Not.

Ich kann mich nur für den Antrag Frede erwärmen, möge man mich einer Inkonsequenz zeihen oder nicht. Das werde ich zu vertreten wissen gegen jeden, der mich darauf anspricht. Wollen Sie aber den Antrag Frede nicht annehmen, dann bitte ich, die Vorlage an die Kommission zurückzuverweisen.

Stadtrat von Franckenberg: Ich habe schon angeführt, daß ich die durch den Antrag Frede gebotene Brücke der Verständigung für unsicher halte, und daß ich keineswegs geneigt bin, mich auf diese Brücke zu begeben. Die Ausführungen des Herrn Meyerhoff ließen erkennen, daß nach dem Antrage Frede eine ganze Menge

unbebauter Grundstücke von der Wertzuwachssteuer getroffen werden sollen, was aber nach der Ansicht des Herrn Frede nicht geschehen soll. Nehmen Sie an, daß ein Grundstück zu einem Zehntel bebaut ist und von einem Unternehmer zu Bauzwecken ausgeschachtet werden soll. Ist dies nun ein Grundstück, das nach dem Antrage Frede unter die Steuer fällt? (Zustimmung des Herrn Frede.) Herr Frede sagt „ja“, aber nach dem Wortlaute seines Antrages könnte man darüber zweifelhaft sein. Das bringt mich dahin, zu empfehlen, nicht den Dornenweg zu betreten, den Herr Meyerhoff vorschlägt: die Vorlage wieder an die Kommission zurückzuberweisen, denn es sind jetzt fünf Monate verflossen, seitdem unsere Vorlage Ihnen zugegangen ist. Es ist richtiger, jetzt an der Schwelle der Beratungen über die Einzelheiten eine Beschlußfassung über den Antrag Frede nicht vorzunehmen und so schon im voraus das Wort der Entscheidung zu sprechen, sondern erst nach der Beratung des Statuts in seiner Gesamtheit Beschluß zu fassen, und ihn von einer milden Einschränkung im § 5 Abs. 2 abhängig zu machen. Dort haben wir schon eine wesentliche Einschränkung betreffs der Besteuerung der bebauten Grundstücke vorgenommen, und ich habe schon gesagt, daß der Magistrat jedenfalls über eine weitere Einschränkung mit sich reden lassen wird. Da es zweifelhaft ist, wie weit die Tragweite des Antrages Frede geht, möchte ich Sie bitten, sich nicht in einem solchen wichtigen Punkte jetzt schon festzulegen, sondern vorerst in die Beratung im einzelnen einzutreten und die Entscheidung über den Antrag Frede bis nach der Durchberatung des gesamten Statuts zurückzustellen.

Vorsitzender **Niese**: Auch ich bin der Meinung, daß wir zunächst in die Einzelberatung eintreten.

Stadtv. **Meyerhoff** übernimmt den Vorsitz wieder!

Stadtv. Dr. **Kahlert** (verliest den Entwurf des § 1 Ziff. 1): Es ist in der Statutenkommission vorgeschlagen, für die Worte „abgeleitete Erwerb“ in der zweiten und dritten Reihe der Vorlage „Wechsel“ zu setzen, und weiter in dem Satz: „Die Bestimmungen dieses Statuts finden entsprechende Anwendung auf den Erwerb . . .“ für die Worte „den Erwerb“ zu setzen: „die Veräußerung“.

§ 1, 1 ohne weitere Besprechung, ebenso auch, nachdem der Herr Referent, Stadtv. Dr. **Kahlert**, die Verlesung vorgenommen hat, Ziff. 2 und 3.

Stadtv. Dr. **Kahlert** (zu § 2, A, 2): Es wurde in der Kommission gewünscht, hier das Wort „Reparatur“ durch „Ausbesserungen“ zu ersetzen, und so das Fremdwort zu vermeiden.

Ferner ist eine längere Aussprache darüber gepflogen, ob hinter die Worte „Ausgaben für Instandhaltungen und Ausbesserungen“ dem Erwerbswerte

nicht zuzurechnen“ eine genauere Spezifikation zu geben ist, und zwar war vorgeschlagen, zu sagen: „Abgesehen von Kosten für besondere Ausbesserungen, welche durch Naturereignisse oder behördliche Maßnahmen über das gewöhnliche Maß hinaus nachweislich entstanden sind“. Dieser Zusatz war gewünscht in Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse; eine Abstimmung über Annahme eines solchen Zusatzes ist aber nicht erfolgt.

Stadtrat von Franckenberg: Es ist von dem Herrn Berichterstatter ganz richtig dargestellt, wie in dieser Beziehung der Lauf der Verhandlungen in der Kommission gewesen ist. Eine Mehrheit hat sich für Annahme dieses Beschlusses nicht gefunden, und das ist auch zu billigen. Wenngleich ich auch die Besorgnis nicht teile, daß ein Rattenkönig von Prozessen aus diesem Statut entspringen wird, so möchte ich doch bei Annahme dieses Zusatzes die Fülle der Streitigkeiten und Beschwerden nicht sehen, die dadurch geradezu künstlich gezüchtet würden, denn „Naturereignisse oder behördliche Maßnahmen, die über das gewöhnliche Maß hinausgehen“ und Kosten für besondere Ausbesserungen verlangen, lassen sich je nach der Auffassung des einen oder anderen leicht darstellen, und so würde der Zusatz zu Beschwerden verleiten, mit denen sich dann die Behörden befassen müßten. Für den äußersten Notfall ist das Vorrecht, das die geehrten Herren haben, in geeigneten Fällen Erlasse eintreten zu lassen, vollständig genügend.

Stadtv. Frede: Ich hatte gedacht, daß diese Ausnahmen festgelegt werden sollten, und dann möchte ich dazu sagen, daß die angeführten mir nicht als genügend erscheinen könnten. Nehmen Sie einmal die Schwammreparaturen; die sind außerordentlich teuer, und das Grundstück wird dadurch bedeutend verbessert. Einer solchen Verbesserung müßte Rechnung getragen werden, indem diese Reparaturkosten dem Kaufspreise zugerechnet werden müßten.

Im übrigen möchte ich bemerken, daß ich von dieser Verlesung der Paragraphen unbefriedigt bin. Es soll doch dadurch keine Annahme der betreffenden Paragraphen herbeigeführt sein?

Stadtv. Diekmann: Die einzelnen Ausführungen in Absatz 2 dieses Paragraphen tragen nicht dazu bei, die Gegner des Statuts zu überzeugen, jetzt für das Statut zu stimmen. Ich möchte hier einmal, um ein Beispiel zu geben, pro domo sprechen, wie ich die Ausführung auffasse. Ich habe auf der Echterstraße zwei Grundstücke gekauft, die dem früheren Besitzer 8000 *M* gekostet haben — ich habe dafür den dreifachen Preis (25 000 *M*) bezahlen müssen. Nach dem neuen Statute würde ich verpflichtet sein, da ein Ausbau oder Neubau des Gebäudes vorzunehmen ist, für diese Grundstücke, die ich erheblich über Preis bezahlt habe, und die heute

noch keinen größeren Wert haben als früher, die ungeheure Wertzuwachssteuer zu bezahlen. (Zuruf: Der Verkäufer muß zahlen!) Ja, das glaube ich eben nicht, denn es ist immer ausdrücklich gesagt: „Für die Steuer haftet in allen Fällen der Ersteher“ — in § 3 zum Beispiel. Es soll immer der Ersteher und nicht der Verkäufer gefaßt werden — oder befinde ich mich in einem Irrtum? (Zuruf: Das gilt für Zwangsversteigerungen!) — Ich bin befriedigt.

Stadtrat von Frankenberg: Ich kann Herrn Stadtv. Diekmann vor seinen eigenen Maßnahmen in Schutz nehmen. Was er ausgeführt hat zur Ausgestaltung der erworbenen Grundstücke, fällt unter § 2, 2 und ist anrechnungsfähig, soll also nicht als steuerpflichtig bei Berechnung der Wertzuwachssteuer herangezogen werden.

Vorsitzender Meyerhoff: über die geschäftliche Seite der Besprechung, über die Herr Frede eine Auskunft angeregt hat, habe ich zu bemerken: Die Generaldebatte ist vorangegangen, und wir sind jetzt zur Einzelbesprechung übergegangen. Bei jeder einzelnen Ziffer habe ich gefragt, ob noch jemand das Wort dazu wünscht. Ich glaube, anders kann man doch nicht vorgehen. Nachher würde ich, wenn sich kein Widerspruch geltend macht, die Abstimmung über das Statut vornehmen lassen. Viele Reden und Anträge auf Abänderungen sind ja bei der Einzelberatung nicht erfolgt, so daß die Abstimmung einfach wäre. Sollten solche Sachen noch kommen, dann würde sich das Verfahren vielleicht noch ändern müssen.

§ 2 A, 3 ohne weitere Besprechung.

Stadtv. Dr. Rahlert (zu § 2 B): Hier ist in der Statutenkommission gewünscht, statt „4prozentige Verzinsung“ „5prozentige Verzinsung“ zu setzen.

Vorsitzender Meyerhoff: Diese Anregung ist berechtigt, denn Geld zu 4 Prozent ist ja heute nicht mehr zu haben.

Stadtv. Dr. Rahlert verliest § 2 B.

Vorsitzender Meyerhoff: Hierbei würde einzuschalten sein, daß das berücksichtigt ist, was Herr Stadtrat von Frankenberg andeutete. Es steht in diesem Paragraphen: „Der das Fünffache der mit Gebäuden besetzten Fläche übersteigende unbebaute Teil des Grundstückes ist bei der Festsetzung des Wertzuwachses wie ein unbebautes Grundstück zu behandeln, soweit dieser unbebaute Teil nach Lage und Umfang abgesondert baulich verwertbar ist.“ Hier ist das Beispiel der alten Kasse schon gegeben, von dem ein Teil des Grundstückes der Steuer nicht entgehen würde.

§ 3 ohne weitere Besprechung.

§ 4 A wird vom Herrn Referenten Dr. Rahlert verlesen.

Stadtv. Wesemeier: Ich beantrage, zu streichen: „a) das Staatsoberhaupt und die Mitglieder der landesfürstlichen Familie.“ Ich will damit zum Ausdruck bringen, daß wir es nicht für gut heißen können, daß fürstliche Personen in den Verpflichtungen dem Staate und den Gemeinden gegenüber über anderen Personen stehen. Ich kann nicht einsehen, weshalb ein Staatsoberhaupt oder ein Fürst steuerfrei sein soll, während jeder andere Bürger die Steuer zu entrichten hat.

Stadtrat von Frankenberg: Der Stadtmagistrat hat, entsprechend der früheren Fassung des § 4, auch diesmal diese Vorschrift empfohlen, von der Erwägung ausgehend, daß bei früheren Verhandlungen regelmäßig seitens des Herzoglichen Staatsministeriums, das bekanntlich das Genehmigungsrecht unserer Statuten hat, großer Wert auf diese Bestimmung gelegt wurde. Es entspricht auch durchaus dem bisherigen Gange unserer Landesgesetzgebung, daß man diese Ausnahme macht. Auch bei der Reichsgesetzgebung ist dasselbe der Fall, nur in einigen Punkten ist man in neuerer Zeit davon abgewichen. Ich möchte bitten, um keine Schwierigkeiten für die Genehmigung des Statuts zu schaffen, an der Bestimmung festzuhalten, wie sie der Stadtmagistrat vorgeschlagen hat.

In der Abstimmung lehnt die Mehrheit den Antrag Wesemeier ab.

Stadtv. Dr. Kahlert verliest § 4 B.

Ohne weitere Besprechung.

Stadtv. Dr. Kahlert: Der § 5 bringt die Skala über die Erhebung der Wert-zuwachsteuer. Ich brauche das wohl nicht alles zu verlesen.

Vorsitzender Meyerhoff: Ich möchte fragen: Haben die Herren Ausstellungen vorzubringen oder Änderungen an dieser Skala vorzuschlagen?

Stadtv. Frede: Ich muß wieder darauf verweisen, daß ich die gegenwärtige Besprechung nicht als Annahme des Statuts ansehe. Über den Antrag des Herrn Wesemeier ist ja abgestimmt.

Vorsitzender Meyerhoff: Ich werde nachher über das ganze Statut zusammen abstimmen lassen.

Stadtv. Frede: Für die Annahme dieser Skala handelt es sich sehr darum, ob mein Antrag oder der Antrag des Magistrats angenommen wird.

Stadtrat von Frankenberg: Die Bedenken des Herrn Frede lassen sich dadurch widerlegen, daß die Herren selbstverständlich in der Lage sind, bei jedem einzelnen Paragraphen ihre Wünsche geltend zu machen, so, wie sie es bei § 4 schon getan haben. Wenn die Herren zu den einzelnen Paragraphen jetzt Stellung nehmen,

so ist selbstverständlich die Schlußabstimmung vorbehalten. Damit, daß die Herren jetzt keine Einwände machen, ist nicht das Recht aus der Hand gegeben, in der Gesamtabstimmung das Statut zu verwerfen oder Änderungsvorschläge zur Geltung zu bringen. Eine andere Möglichkeit, das Statut durchzusprechen, ist nicht gegeben. Wenn die Herren aber eine zweite Lesung wünschen sollten, so könnte das ja gemacht werden. Es bleibt aber doch die Notwendigkeit, zunächst Paragraph für Paragraph durchzugehen.

Stadtb. Frede: Ich will gleich illustrieren, daß das so nicht geht. Nachdem wir den Entwurf der Vorlage in den Händen haben, muß man voraussetzen, daß wir wissen, um was es sich bei dem Statut handelt. Wenn abgestimmt wurde: Soll der Antrag des Magistrats gelten, dann war die Stellung der Versammlung geklärt. Auf Seite 474 heißt es in § 4 B: „Die Steuer wird nicht erhoben: 1. wenn der Wertzuwachs 5 v. H. nicht übersteigt,“ d. h. sie wird erhoben, wenn der Wertzuwachs diesen Prozentsatz übersteigt. Dazu habe ich gesagt, daß bei der Entwertung des Geldes eine ganz andere Bestimmung Platz greifen müßte, wenn man nur wirklichen Wertzuwachs ergreifen will. Die Entwertung des Geldes ist doch der Art, daß man sagen müßte: Nur von 50 Prozent Wertzuwachs soll die Steuer erhoben werden. Ich würde beantragen, bei bebauten Grundstücken wenigstens 25 Prozent anzunehmen. Wie soll dann aber die Abstimmung erfolgen?

Stadtrat von Frankenber: Dann braucht Herr Stadtb. Frede nur den Antrag zu stellen, bei § 4 B zu sagen: „Die Steuer wird nicht erhoben, wenn der Wertzuwachs bei unbebauten Grundstücken 5 v. H., bei bebauten 25 v. H. nicht übersteigt.“

Stadtb. Frede: Gut, dann müßte diese Fassung in § 4 hinein. Wir würden damit bebaute und unbebaute Grundstücke unterscheiden und für beide einen verschiedenen Prozentsatz festsetzen:

„Die Steuer wird nicht erhoben, 1. wenn der Wertzuwachs bei unbebauten Grundstücken 5 v. H. nicht übersteigt und bei bebauten Grundstücken 25 v. H.“

Stadtrat von Frankenber: Ich darf annehmen, daß auf § 4 zurückgegriffen werden soll, und möchte darauf hinweisen, daß die Annahme dieses Paragraphen nach dem Vorschlage des Herrn Frede im Widerspruch stehen würde mit den Vorschlägen, die in § 5, 2 gemacht sind, wonach die in § 5, 1 stehenden Sätze mit Milderungen zur Anwendung kommen sollen, wenn ein Grundstück längere Zeit als 10 Jahre in einer Hand gewesen ist, und zwar soll für jedes weitere Jahr eine Ermäßigung um ein Zwanzigstel Platz greifen. Ich glaube, daß diese Ermäßigung ein genügendes Entgegenkommen bei bebauten Grundstücken bedeutet, und daß diesem Entgegenkommen gegenüber der Antrag Frede zu weit geht.

Stadtb. Kraus: Ich stelle den Antrag, die Angelegenheit an die Kommission zurückzuberweisen. Es zeigt sich bei der Besprechung von Änderungen der einzelnen Paragraphen, daß man immer auf frühere Paragraphen zurückgreifen muß. Wird der Antrag Frede angenommen, so ist zu bedenken, daß wir dann mit schon angenommenen Paragraphen in Widerspruch kommen können. Es wäre wahrscheinlich richtiger gewesen, wir hätten über den Antrag Frede schon früher abgestimmt. Da das nicht geschehen ist, bin ich der Ansicht, das Statut zur nochmaligen Vorberatung an die Kommission zurückzuberweisen.

Vorsitzender Meyerhoff: Dem Herrn Magistratsvertreter lag daran, heute mit der Beratung des Statuts zu Ende zu kommen, und aus diesem Grunde habe ich mit der Abstimmung über den Antrag Frede gewartet, bis wir an den Absatz 2 des § 5 kommen, indem ich glaubte, der Antrag Frede würde sich hier erledigen. Ist dann eine Einigung zwischen Magistrat und Versammlung erzielt, dann würde es nur einer Korrektur bedürfen, um das Gesagte auf bebaute Grundstücke geltend zu machen. So hatte ich mir das Verfahren gedacht; wenn das nicht angehen sollte, so füge ich mich dem Antrage Kraus.

Stadtrat von Frantenberg: Die Auffassung des Herrn Meyerhoff trifft in den wesentlichen Punkten zu. Der Zusammenhang des Antrages Frede mit demjenigen, was in § 5, 2 vorgeschlagen ist, bringt es mit sich, daß ich wünschen mußte, daß über den Antrag Frede erst dann abgestimmt wird, wenn ich sehe, welche Stellung die Versammlung zu § 5, 2 einnimmt. Es liegt mir aber fern, die Versammlung dahin drängen zu wollen, daß sie heute mit der Beratung des Statuts zu Ende kommt. Bei den Schwierigkeiten, die sich zeigen, sehe ich ein, daß das zweifelhaft ist, und ich will lieber ein gutes und befriedigendes Statut als ein über das Knie gebrochenes, in Eile hergestelltes Statut haben, denn das letztere würde weder für den Magistrat, noch für die Stadtverordnetenversammlung, noch für die Bevölkerung der Stadt wünschenswert sein. Aber von der Zurückverweisung an die Kommission kann ich mir keinen Erfolg versprechen, weil die entscheidende Frage, wie es mit den unbebauten Grundstücken gehalten werden soll, von der Versammlung selbst getroffen werden muß. Die Kommission wird immer mit zwei Eisen im Feuer arbeiten müssen und so vor eine Aufgabe gestellt werden, die von ihr mit dem besten Willen nicht gelöst werden kann. Mit der Rückverweisung an die Kommission würden Sie also keinen Schritt weiterkommen.

Stadtb. Wesemeier: Auch ich möchte dem Ausdruck geben, daß ich nicht weiß, was die Kommission mit dem Statut noch weiter machen soll. Sie hat es eingehend beraten und hat keine Abstimmung vorgenommen, weil die Meinungen in der Kommission halb zu halb standen. Was sollte die Kommission weiter tun, als daß

sie das Plenum zur Entscheidung anruft? Eine Zurückverweisung an die Kommission wäre nur als eine Verschleppung anzusehen, herauskommen würde dabei unter keinen Umständen etwas. Vorschläge hat Ihnen die Kommission schon gemacht, und die unterstehen heute der Abstimmung. Die Kommission kann nichts weiter tun, als was sie schon getan hat.

Stadtb. Kraus: Der Herr Referent der Kommission hat berichtet, daß die Kommission zu keinen endgültigen Beschlüssen habe kommen können. Vielleicht wäre sie aber zu einem Beschluß gekommen, wenn sie die Meinung der Versammlung gekannt und die heutige Debatte hätte berücksichtigen können. Das ist jetzt der Fall, und deshalb wird sie bei Zurückverweisung der Vorlage auch zu einem Beschlusse kommen.

Stadtb. Ribbentrop: Eine Änderung des ganzen Materials der Vorlage wird imstande sein, das ganze Statut zu Fall zu bringen. Im übrigen möchte ich meine Bedenken gegen das ganze Statut vorbringen. Wir legen mit Annahme des Statuts eine Steuer auf Handel und Wandel, auf die Kreise sehr großer Bezirke in der Stadt. Wir fügen ihnen damit einen Schlag zu, der bis ins Unendliche geht, und dessen Folgen nicht wieder aufzuheben sind. Sodann bin ich der Meinung, daß die Steuer nicht das erreicht, was sie bezweckt. Wenn sie überhaupt Einnahmen bringt, so erreicht sie das erst in späterer Zeit, momentan aber fast nichts, so daß der Stadt für die nächste Zeit mit dem Statut nicht geholfen ist. Da die Steuer für spätere Zeit bestimmt ist, so ist es nicht angebracht, heute darüber zu beraten, sondern erst abzuwarten, wie der Krieg abläuft, und in welcher Weise die Stadt von Reich und Staat unterstützt wird.

Stadtb. Wesemeier: Mit diesen Ausführungen des Herrn Stadtb. Ribbentrop ist wohl die allgemeine Debatte wieder eröffnet?

Stadtb. Dr. Rahlert: Es hat sich mit der Vorberatung in der Kommission so verhalten, daß die Kommission deshalb zu keinem Beschlusse kam, weil sie nicht wußte: Sollen wir uns für eine Wertzuwachssteuer nur auf unbebautes Gelände oder auch für eine solche auf bebautes Gelände entscheiden, und weil wir ferner in der Kommission nicht wußten, ob es in der Vollversammlung überhaupt zu einer Annahme des Statuts kommen würde. Erst wenn diese Fragen geklärt sind, könnte die Statutenkommission in der Lage sein, noch einmal das Statut zu beraten.

Stadtb. Munte: Ich möchte denn doch, daß wir jetzt die Sache klären, indem wir über die beiden Anträge — den des Magistrats und den des Herrn Frede — abstimmen. Dann haben wir eine Grundlage, auf der weiterberaten werden kann.

Stadtrat von Frankenberg: Ich lege großen Wert darauf, daß Herr Frede, ehe die Herren über den Antrag Frede abstimmen, nochmals bestätigt, wie er sich die Sachlage bei Annahme seines Antrages gedacht hat. Es war, als wir den § 2 berieten, schon die Rede davon, daß nach dem Antrage Frede die Frage, ob nur unbebaute oder auch bebaute Grundstücke in Frage kämen, zweifelhaft sei. Nun haben wir in § 2 des Statutes bestimmt, daß „der das Fünffache der mit Gebäuden besetzten Fläche übersteigende unbebaute Teil des Grundstücks bei der Festsetzung des Wertzuwachses wie ein unbebautes Grundstück zu behandeln ist, soweit dieser unbebaute Teil nach Lage und Umfang abgesondert baulich verwertbar ist.“ Es würde mir von großem Interesse sein, zu hören, ob Herr Frede bei Annahme seines Antrages sich auf den Standpunkt stellt, daß er ein derartiges Grundstück, auf dem also ein Bauwerk steht, als unbebautes Grundstück behandelt wissen will.

Stadtv. Frede: Ich habe mein Einverständnis erklärt und das auch durch Zuruf zu erkennen gegeben, daß ich also nicht will, daß z. B., wenn irgendwo ein Haus in einem großen Park steht und dieser als Baulerrain ausgeschlachtet wird, gesagt werden soll, das sei ein bebautes Grundstück. Ich bin also ganz der Meinung des Herrn Stadtrats.

Stadtrat von Frankenberg: Wenn die Versammlung sich auf den Boden dieses eingeschränkten oder erläuterten Antrages Frede stellt, dann erkenne ich an, daß dadurch die Grundlage der Beratung für die Statutenkommission so verschoben wird, daß sie Wert darauf legen kann, mit dem Stadtmagistrat nochmals das Statut zu beraten. Damit wird auch der Magistrat einverstanden sein.

Vorsitzender Meyerhoff: Herr Frede hat seinen Antrag folgendermaßen abgeändert:

„Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die Einführung einer besonderen Wertzuwachssteuer für die Wohngrundstücke ab und spricht sich für eine solche für unbebaute Grundstücke im Sinne des § 2 B aus. Sie ersucht den Magistrat um eine entsprechende Vorlage.“

Stadtv. Ribbentrop: Ich möchte darauf hinweisen, daß eine Wertzuwachssteuer auf unbebaute Grundstücke fast gar nichts bringen wird. Wenn Sie eine Steuer nehmen wollen, dann müssen Sie sie auch von bebauten Grundstücken nehmen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich befinde mich in Übereinstimmung mit Herrn Stadtverordneten Ribbentrop. Auch ich habe davor gewarnt, die Wertzuwachssteuer auf unbebaute Grundstücke zu beschränken, und bitte, den Antrag Frede abzulehnen.

Sodann darf ich darauf hinweisen, daß das Ersuchen an den Stadtmagistrat um eine andere Vorlage entbehrlich sein würde, wenn die Sache an die Statutenkommission zurückgeht, mit der der Stadtmagistrat dann in Verhandlungen sich einlassen würde.

Der Vorsitzende **Meyerhoff** bringt den Antrag Frede (s. vorige Seite) ohne den letzten Satz zur Abstimmung. Der Antrag wird abgelehnt. (9 zu 12 Stimmen.)

Stadtv. **Frede** (zur Geschäftsordnung): Ich hatte noch den Antrag gestellt, in § 4 B zu sagen:

„Die Steuer wird nicht erhoben, 1. wenn der Wertzuwachs bei unbebauten Grundstücken 5 v. H. nicht übersteigt und bei bebauten Grundstücken 25 v. H.“

Stadtrat **von Frankenberg**: Ich möchte bitten, auch für diese Änderung, die der Antrag Frede wünscht, nicht einzutreten. Es geht zu weit, wenn man bei der Wertzuwachssteuer 25 v. H. für die bebauten Grundstücke außer Betracht lassen soll. 25 v. H. ist doch schon eine solch ansehnliche Wertsteigerung, daß man daran nicht so ohne weiteres vorbeigehen sollte, besonders nicht in denjenigen Fällen, wo jemand nur acht Tage oder sechs Wochen lang Besitzer eines Grundstückes gewesen ist, dann einen großen Schlag gemacht und das Grundstück verkauft hat. Den Fall des seßhaften Besitzes sucht der Stadtmagistrat mit seinem § 5, 2 zu treffen, wodurch eine Schonung erzielt wird, indem, wenn jemand 10 Jahre oder länger ein Grundstück besessen hat, eine Anrechnung mit $\frac{1}{29}$ für jedes überschießende Jahr empfohlen wird. Wenn Sie den Antrag Frede annehmen, so würde sich bei jemand, der rechtzeitig und rasch gekauft hat — wie das angeführte Beispiel bei dem Schulgrundstück gezeigt hat —, und der nach 2—3 Jahren seinen Erwerb mit erfreulichem Nutzen wieder verkauft, keine Möglichkeit zur Besteuerung bieten. Bei einem ganz kleinen Hause macht das wohl nicht viel aus, wenn Sie aber an ein ansehnliches Haus denken, ist der Betrag schon ein ganz erheblicher. Ich würde kein Bedenken haben, wenn Sie die Mindestgrenze verdoppeln wollten und sagten:

„Die Steuer wird nicht erhoben: 1. wenn der Wertzuwachs bei unbebauten Grundstücken 5 v. H., bei bebauten Grundstücken 10 v. H. nicht übersteigt.“

Stadtv. **Frede**: Herr Stadtrat von Frankenberg sucht natürlich soviel wie möglich für die Stadt herauszuschlagen und zieht Fälle heran, die ihm recht zu geben imstande sind. Aber es sind doch Ausnahmen, was er zur Begründung heranzieht. Wenn wir bedenken, daß die Geldentwertung so kolossal geworden ist, daß man das Dreifache zahlen muß und doch nicht mehr erhält als früher für den einfachen Betrag, dann ist der 4. oder 5. Teil hier doch wahrhaftig ein geringer zu nennen. Ich freue mich aber schon über das Entgegenkommen des Herrn Stadtrats, der sich

mit 10 Prozent einverstanden erklären will. Das ist doch schon etwas. Ich möchte für mich aber doch auf Festsetzung von 25 Prozent bestehen und möchte einen anderen Herrn bitten, einen Antrag auf 10 Prozent zu stellen.

Stadtv. Kraus: Ich kann dieser Anregung nicht in dem Sinne des Herrn Frede Folge geben, und zwar aus folgendem Grunde: Ich bin der Auffassung, daß man die Beurteilung des Besitzes nicht von der Zeit trennen kann, und würde mich für einen Antrag erwärmen können, 2 Prozent pro Besitzjahr und im Höchst-falle 20 Prozent festzusetzen. Dann wäre auch das Bedenken des Herrn Stadtrats von Frankenberg behoben. Wenn vor zwei Jahren das Haus gekauft worden ist, so würden bei 20 Prozent Wertzuwachs 16 Prozent erfasst werden, wenn es vor zehn Jahren gekauft ist, so würden die ganzen 20 Prozent nicht erfasst werden. Ich stelle danach folgenden A n t r a g z u § 4 B 1:

„Die Steuer wird nicht erhoben: a) wenn der Wertzuwachs bei unbebauten Grundstücken 5 v. H. nicht übersteigt, und b) wenn der Wertzuwachs bei bebauten Grundstücken 2 v. H. für je ein volles Besitzjahr, im höchsten Falle 20 Prozent, nicht übersteigt.“

Stadtv. Frede: Ich ziehe meinen Antrag zugunsten des Antrages Kraus zurück. Nur wenn der Antrag Kraus abgelehnt werden sollte, bringe ich den E v e n t u a l a n t r a g ein, statt 5 v. H. 10 v. H. zu setzen, wie Herr Stadtrat von Frankenberg anheimgegeben hat.

Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube, die Herren können es ruhig bei dem Magistratsvorschlage bewenden lassen, und zwar deshalb, weil für die Fälle des ganz vorübergehenden Besitzes unsere Vorlage für die Beteiligten günstiger ist, denn da haben wir nach der Magistratsvorlage 5 v. H., nach dem Vorschlage Kraus würden, wenn nicht mehr als ein volles Besitzjahr vorhanden ist, nur 2 Prozent anzurechnen sein. Da wir auf die Dauer des Besitzes in Nr. 2 des nächsten Paragraphen schon Rücksicht genommen haben, so glaube ich, daß eine doppelte Berücksichtigung dieser Dauer nicht nötig ist. Ich empfehle, es bei 5 v. H. zu lassen.

Der Antrag K r a u s wird a n g e n o m m e n.

Stadtv. Dr. Aahlert (zu § 5): Den Wortlaut des § 5 Ihnen im einzelnen vorzulesen, dürfte nicht erforderlich sein, da Sie denselben im Statut abgedruckt finden. Bei der Beratung dieses Paragraphen in der Statutenkommission haben sich einige Bedenken erhoben, insbesondere ist von Herrn Wesemeier der weitergehende Vorschlag gemacht worden, die Steuer bis zu 50 Prozent des gesamten Wertzuwachses zu erhöhen, doch hat sich die Statutenkommission diesem Vorschlage nicht anschließen können. Andererseits hat Herr Dr. Landauer in der Weise einen

Vermittlungsvorschlag gemacht, daß er bei einem Steuersatz von 10 Prozent bei einem Zuwachs von 40—45 Prozent haltmacht und von dort an einen jedesmaligen um 2 Prozent erhöhten Steuersatz bei dem jeweiligen höheren Zuwachs um 5 Prozent in Vorschlag bringt, so daß bei 30 Prozent Wertzuwachs mit einem Wertzuwachs von 90—95 Prozent haltgemacht wird. Eine Abstimmung über diesen Vorschlag hat aber nicht stattgefunden.

Stadttrat von Frankenberg: Nach der Abschwächung der Steuer, die die geehrten Herren mit Stimmenmehrheit auf Antrag des Herrn Stadtv. Kraus beschlossen haben, möchte ich erklären, daß nunmehr auch die weitergehende Staffelung erwünscht erscheint, so daß ich kein Bedenken trage gegen die Fortsetzung der Steigerung auf 30 v. H. bis zu 40 v. H. Ich glaube, daß damit in denjenigen Fällen, wo die Steuer zur Anwendung kommt, erreicht wird, daß sie wirksam ist, wie Herr Stadtv. Ribbentrop schon ausgeführt hat.

Ich darf gleichzeitig bemerken, um den Anschein eines Widerspruches zwischen dem Beschluß der geehrten Herren durch Annahme des Antrages Kraus und der Nr. 2 des § 5 nicht entstehen zu lassen, daß die letztere nur Bedeutung haben würde für die Anwendbarkeit der Steuer nach zehnjährigem Besitze. Da aber der Antrag Kraus ein Schutz gegen die Steuer sein soll, der Ertrag der Steuer also verringert wird, so würde ich es begrüßen, wenn einer der Herren die Anregung der Kommission aufgreifen und die Erweiterung der Steuer bis 40 v. H. beantragen würde.

Stadtv. Dr. Landauer: Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Wertzuwachssteuer eine gerechte Steuer ist, und daß man aus diesem Grunde nicht unterlassen soll, stärker einzugreifen, wenn der Wertzuwachs sehr bedeutend ist. Aus diesem Grunde habe ich den Vorschlag gemacht, den Herr Dr. Kahlert anführte, und erkläre mich auch heute dafür, daß wir in der Skala bis zu 40 v. H. gehen. Es ist hierüber in der Kommission nicht abgestimmt. Bei der Staffel von 20 v. H. wurde die Abstimmung abgebrochen, weil Herr Stadttrat von Frankenberg meinte, es könnte damit sein Bewenden haben. Ich meinerseits aber habe entschieden gewünscht, daß eine weitere Erhöhung bis zu 40 Prozent geschaffen wird.

Stadtv. Wesemeier: Die Skala des Magistrats sieht nur eine Erfassung des Wertzuwachses bis zu 25 Prozent vor. Auch ich halte diesen Satz für viel zu niedrig, und zwar von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß — wie schon der Herr Vorredner angedeutet hat — die Steuer nur gerechtfertigt ist. Jedenfalls ist sie mehr gerechtfertigt, als jede andere Steuer es sein kann — mit Ausnahme der er-

höhten Einkommensteuer. Ich hatte in der Kommission in Vorschlag gebracht, die Skala wie folgt zu ändern:

„Die Wertzuwachssteuer beträgt

10	%	des	gesamten	Wertzuwachses,	wenn	dieser	auf	mehr	als	5	bis	einschl.	25	%,
15	"	"	"	"	"	"	"	"	"	25	"	"	40	"
20	"	"	"	"	"	"	"	"	"	40	"	"	60	"
30	"	"	"	"	"	"	"	"	"	60	"	"	80	"
40	"	"	"	"	"	"	"	"	"	80	"	"	100	"
50	"	"	"	"	"	"	"	"	"	100	und	darüber		

des Erwerbswertes festgestellt wird.“

Diesen Antrag möchte ich heute hier wieder erneuern. Wenn man sich einmal, wie wir es getan haben, mit dem Grundsatz einverstanden erklärt hat, daß die Wertzuwachssteuer, wie sie von dem Magistrat in Vorschlag gebracht wird, eine gerechte Steuer ist — und Sie haben es durch Mehrheitsbeschluß bestätigt, daß nicht nur unbebaute, sondern auch bebaute Grundstücke mit der Steuer belegt werden sollen —, dann sehe ich nicht ein, weshalb der Wertzuwachs nicht möglichst hoch besteuert werden soll. Wenn nach meinem Antrage 50 Prozent Steuer im Höchstfalle erhoben werden sollen, dann muß schon ein Wertzuwachs von über 100 Prozent vorhanden sein, und dabei sind 50 Prozent nicht zuviel. Nochmals möchte ich darauf hinweisen, was hier schon mehrfach betont ist, nämlich daß der alte Hausbesitz durch den im § 5, 2 enthaltenen Satz schon hinreichend geschützt ist, daß also von einer Konfiskation des Wertzuwachses keine Rede sein kann, wie es aber bei dem Verdienste der Arbeiter der Fall ist. Der Arbeiter muß das halbe Jahr umsonst arbeiten, um die Steuern für das Reich aufzubringen — hier wird nur der Verdienstsatz besteuert. Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen, denn die Stadtkasse hat es nötig. Wir von unserer Seite stimmen von den 365 Tagen des Jahres heute einmal darin mit dem Magistrat überein, damit der Stadtkasse möglichst viel aus dem Wertzuwachs zugeführt werden soll.

Stadttrat von Frankenberg: Meine verehrten Herren! Ich habe wiederholt zu erkennen gegeben, daß für den Stadtmagistrat bei seiner Stellungnahme zu der Wertzuwachssteuer die Ergiebigkeit der Steuer sehr wesentlich ins Gewicht fällt, gleichwohl trage ich Bedenken, den Vorschlägen des Herrn Wesemeier meinerseits beizupflichten. Mit Rücksicht darauf, daß neben der Stadtgemeinde auch das Reich mit seiner Kriegsgewinn- und Kriegszuwachssteuer die Hand auf derartige Wertsteigerungen legt, und zwar in sehr erheblichem Umfange, würde man doch auch in diesem Falle sagen können: Allzu scharf macht scharf. Dagegen gefällt mir der Vorschlag des Herrn Stadtv. Dr. Landauer sehr, da er mit 40 Prozent den Wert-

zuwachs treffen will und bei einer Steigerung auf 115 v. H. diese Grenze erreicht, während bei dem Antrage Wesemeier die Ergiebigkeit — die er schon bei einem Gewinn von 80 Prozent des Erwerbswertes auf 40 v. H. des Gesamtwertzuwachses festgestellt hat — bis zu 50 v. H. schon bei einer Steigerung des Erwerbswertes auf 100 v. H. steigt. Ich möchte mich doch für den Antrag des Herrn Dr. Landauer entscheiden, der die glückliche Mitte innehält zwischen dem weitgehenden Antrage des Herrn Wesemeier und der Zurückhaltung des Magistrats.

Stadtv. Dr. **Kahlert** verliest § 5, 2.

Stadtrat **von Frankenberg**: Die Sache gestaltet sich sehr einfach. Wie zwei Zahnräder ineinander eingreifen, so greifen der Antrag Kraus und dieser Vorschlag des Magistrats ineinander. Es genießen die Grundeigentümer eine zweifache Schonung: einmal in den ersten zehn Besitzjahren, wenn sich der Wertzuwachs in jedem Besitzjahr nicht um mehr als 2 v. H. feststellen läßt, und gestaffelt bis zu 20 v. H. nach zehn Besitzjahren. Sind diese zehn Jahre um, dann kommt die Ermäßigung nach § 5, 2 in Betracht, so daß der Antrag Kraus und die Vorlage sich ergänzen.

Stadtv. Dr. **Kahlert** verliest nacheinander § 6, 1, § 6, 2, § 6, 3 und § 6, 4.

Stadtv. **Frede**: Ich halte diese Zahlungsfrist von vier Wochen nach der Zustimmung der Steueraussschreiben für zu gering. Wo soll denn der Steuerpflichtige die Mittel zur Entrichtung der Steuer so schnell hernehmen, wenn er sie nicht gerade flüssig hat? Er könnte dadurch geradezu in eine Notlage kommen. Der Magistrat hat in dieser Kriegszeit mit ganz anderen Fristen zu rechnen. Ich möchte „vier Wochen“ durch „ein Vierteljahr“ ersetzt sehen.

Stadtrat **von Frankenberg**: Bei den sehr erheblichen Beträgen, um die es sich handeln kann, nach den Erfahrungen, die wir bei der Zahlung der Kriegsteuer gehabt haben, und auch, um zu bekunden, wie gern ich mit dem Herrn Stadtverordneten Frede übereinstimme, möchte ich erklären, daß ich kein Bedenken gegen diesen Antrag habe.

Die Versammlung stimmt dem Antrag Frede zu (Erfetzung der Worte „vier Wochen“ durch „ein Vierteljahr“).

Stadtv. Dr. **Kahlert** verliest nacheinander § 7, 1, § 7, 2, § 7, 3 und § 8.

Vorsitzender **Meyerhoff**: Es wäre hier wohl auch die Änderung „4 Prozent“ in „5 Prozent“ vorzunehmen.

Stadtrat **von Frankenberg**: Bei § 2, A, 1 hat es die Kommission bei 4 Prozent bewenden lassen, erst bei § 2, B, wo es sich um die tatsächliche Verzinsung handelt, hat man den Zinsfuß heraufgesetzt.

Stadtv. Dr. **Kahlert** verliest § 9.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte bei Behandlung dieses Paragraphen zunächst bitten, den Stadtmagistrat zu ermächtigen, je nach der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums den Tag des Inkrafttretens des Statuts selbständig zu bestimmen. Daß wir damit nicht lange warten werden, wird den Herren begreiflich sein.

Weiter möchte es zweckmäßig erscheinen, daß wir das alte Wertzuwachssteuerstatut, das lang- und klanglos außer Kraft getreten ist, auch förmlich außer Kraft erklären. Ich würde deshalb vorschlagen, noch einen kleinen Zusatz anzunehmen und in einem zweiten Absatz dieses Paragraphen zu sagen:

„Das Statut Nr. 34 vom 23. September 1909 wird, nachdem es bereits durch § 72 des Zuwachssteuergesetzes vom 14. Februar 1911 (Reichsgesetzblatt S. 33 ff.) gegenstandslos geworden ist, hiermit ausdrücklich aufgehoben.“

Vorsitzender Meyerhoff: Wir müssen uns nun über den Antrag Wesemeier, den Antrag Landauer und den in der Magistratsvorlage stehenden diesbezüglichen Magistratsantrag einigen.

Der Antrag Wesemeier lautet: (S. 164.)

Der Antrag Landauer hat folgenden Wortlaut:

„Die Wertzuwachssteuer beträgt:

4 v. H. des gesamten Wertzuwachses, wenn dieser auf mehr als	5 bis einschl.	10 0/0,
5 „ — „ „ „ „ „	10 „ „	20 „
6 „ „ „ „ „ „	20 „ „	25 „
7 „ „ „ „ „ „	25 „ „	30 „
8 „ „ „ „ „ „	30 „ „	35 „
9 „ „ „ „ „ „	35 „ „	40 „
10 „ „ „ „ „ „	40 „ „	45 „
12 „ „ „ „ „ „	45 „ „	50 „
14 „ „ „ „ „ „	50 „ „	55 „
16 „ „ „ „ „ „	55 „ „	60 „
18 „ „ „ „ „ „	60 „ „	65 „
20 „ „ „ „ „ „	65 „ „	70 „
22 „ „ „ „ „ „	70 „ „	75 „
24 „ „ „ „ „ „	75 „ „	80 „
26 „ „ „ „ „ „	80 „ „	85 „
28 „ „ „ „ „ „	85 „ „	90 „
30 „ „ „ „ „ „	90 „ „	95 „
32 „ „ „ „ „ „	95 „ „	100 „

34 v. H. des gesamten Wertzuwachses, wenn dieser auf mehr als 100 bis einschl. 105 %,
 36 " " " " " " 105 " " 110 "
 38 " " " " " " 110 " " 115 "
 40 " " " " " " 115 des Erwerbswertes
 festgestellt wird."

Der Antrag des Magistrats liegt den Herren in der in Ihren Händen befindlichen Magistratsvorlage vor.

Stadt v. **Frede**: Alle diese Anträge heißen im Anfange: „wenn dieser auf mehr als 5 Prozent bis einschließlich 10 Prozent des Erwerbswerts festgesetzt wird.“ Es muß heißen: „bis 10 Prozent“, dann ergibt sich das Folgende von selbst.

Vorsitzender **Meyerhoff**: Es muß also heißen „4 v. H. des gesamten Wertzuwachses bis zu 10 Prozent“.

Der Antrag **Wesemeier** zu § 5 (betreffend den Maßstab der Steuer) wird abgelehnt, der Antrag **Landauer** (mit der eben bemerkten Einbesserung) wird angenommen.

Stadtrat **von Frankenberg**: Ich bitte, nun noch im ganzen über das Statut abzustimmen und den Magistrat zu ermächtigen, soweit sich Unstimmigkeiten im Texte ergeben sollten, eine Abänderung der wörtlichen Fassung, jedoch ohne sachliche Änderungen, vorzunehmen.

Stadt v. **Frede** beantragt, die Schlußabstimmung namentlich vorzunehmen.

Mit Ja stimmen die Stadtverordneten Bunge, Diedmann, Genzen, Helle, Kraus, Dr. Landauer, Munte, Ohlendorf, Rasche, Rieke, Stegmann, Wesemeier, Tebbenjohanns.

Mit Nein stimmen die Stadtverordneten Bartels, Dankföhler, Frede, Göcke, Dr. Kahlert, Kruse, Ribbentrop, Salomon und der Vorsitzende Meyerhoff.

Stadt v. **Ohlendorf** (zur Geschäftsordnung): Der Herr Vorsitzende hat eingangs unserer Sitzung eine ganze Reihe Anfragen und Anträge verlesen, die gewissermaßen nur Wert haben, wenn sie heute beraten werden. Ich möchte beantragen, daß sie jetzt behandelt werden. (Zustimmung des Vorsitzenden.)

3. Anfrage **Frede** bezüglich der Belieferung der Stadt mit Seefischen.

Wortlaut der Anfrage s. S. 122.

Stadt v. **Frede** (zur Begründung): Meine Herren! Ich hätte die Anfrage auch mit folgendem Wortlaut stellen können: „Warum bekommt die Stadt Braun-

schweig keine Seefische?" Aber ich habe diese Ausdrucksweise gewählt, da sie schärfer ist und das Unrecht beleuchtet, das ich zu beweisen habe.

Daß die Stadt Braunschweig seit April keine Seefische bekommen hat, wissen wir alle, wissen auch, wie sehr sich das fühlbar macht. Es wird aber nicht allen Herren bekannt sein, daß eine sehr unterschiedliche Behandlung der deutschen Städte in der Belieferung mit Seefischen erfolgt. Wir waren vom 13. bis 15. August in Dresden — Herr Meyerhoff und ich — und haben an dem ersten der genannten Tage an der allgemeinen Tafel gekochte Schollen bekommen, am zweiten Tage gebackene Schollen. Die Stadt Dresden muß also keinen Mangel an Seefischen haben. Wir sind dann in Meissen gewesen und haben Seehecht bekommen. Meine Herren, Sie sehen daran, daß keine gleichartige Behandlung in der Zuteilung der Seefische vorhanden ist. Ich zweifle nicht daran, daß der Magistrat energisch aufgetreten ist, um Seefische nach Braunschweig zu bekommen, aber wir möchten doch gern die Gründe hören, die in Berlin maßgebend sind, daß Braunschweig eine solche Ausnahme macht. Ich behalte mir dann, je nach der Auskunft, die ich bekomme, vor, eventuell einen Antrag einzubringen, der energisch die Versorgung Braunschweigs mit Seefischen fordert, und zwar in demselben Maße, wie sie anderen Städten zuteil geworden ist.

Oberamtsrichter Meyer: Schon vor 1½ Jahren haben wir uns in der Stadtverordnetenversammlung mit der Frage beschäftigt, weshalb die Fischzufuhr nach Braunschweig so plötzlich zurückging. Ich habe damals die Herren um Geduld bitten müssen mit dem Hinweis, daß alles in der Neuorganisation begriffen sei, und daß nach dem vom Reichskommissar für Fischversorgung aufgestellten Plan demnächst eine Besserung und eine gerechte Verteilung der vorhandenen Fische zu erwarten sei. Wir wissen, daß wir uns in dieser Hoffnung alle getäuscht haben, daß die Fischlieferungen tatsächlich von Monat zu Monat zurückgegangen sind und schließlich ganz eingeschlafen sind. Das hat seine Ursache zum Teil in ganz natürlichen Vorgängen, die mit dem Kriege in unmittelbarem Zusammenhange stehen. Wir wissen, daß wir im Frieden eine große Hochseefischereiflotte unterhielten. Die Fanggebiete dieser Flotte sind uns infolge des Seekrieges verschlossen. Wir wissen auch, daß ein Teil dieser Fischereifahrzeuge für wichtige Zwecke der Kriegsführung, als Minensuchboote und dergleichen, benutzt werden, wissen vor allen Dingen auch, daß die Versuche, abseits von der Küste die Fischerei aufzunehmen, zu schweren Verlusten geführt haben, daß wir also auf die Küstenfischerei beschränkt sind. Wir sind im Frieden in erheblichem Umfange vom Auslande mit Seefischen beliefert worden, auch von dem uns jetzt feindlichen Auslande, namentlich von England mit Heringen. Alle diese Zufuhren haben während des Krieges aufgehört, und dadurch ist selbstverständlich von vornherein ein Mangel an Fischen in gewissem Umfange

zu erklären. Diesen Rückgang in der Belieferung mit Seefischen haben wir zunächst nicht zu verspüren bekommen, weil in den Jahren 1915 und 1916 das neutrale Ausland in erheblichem Umfange mehr Fische lieferte, als es im Frieden getan hat. Es ist festgestellt, daß das Jahr 1916 etwa das Dreifache der Gesamteinfuhr von Fischen des Jahres 1913 gebracht hat, und insbesondere ist auch der norwegische Heringsfang damals ganz bedeutend ausgedehnt worden, so daß er den ausfallenden englischen Heringsfang einigermaßen ersetzen konnte. Im Jahre 1916 begann dann aber die Gewaltpolitik der Engländer gegen die Neutralen. Die geehrten Herren haben wohl gelesen, daß im Jahre 1916 Norwegen sich zu einem Vertrage mit England verstehen mußte, in dem Norwegen sich verpflichtete, nur 15 Prozent seines Fischfanges nach Deutschland herauszulassen, und es wird den Herren auch erinnerlich sein, daß damals die Engländer große Mengen norwegischer Fische aufgekauft haben und sie versaulen lassen haben, nur damit sie nicht in unsere Hände kommen sollten. Ein Jahr später wiederholte sich derselbe Vorgang mit Dänemark. Vor einem Jahre mußte sich Dänemark zu einem ähnlichen Vertrage bequemen und sich verpflichten, gegen die Zusage, daß es Rohmaterial bekommen würde, in Zukunft nur die durchschnittliche Friedensausfuhr an Fischen nach Deutschland zuzulassen — das sind etwa 25 000 Tonnen im Jahre. Während wir im Frühjahr 1917 große Zufuhren von Fischen aus Dänemark gehabt hatten, so große Zufuhren, daß damals — wie die Herren sich erinnern werden — das Angebot die Nachfrage überstieg, und wir auch in Braunschweig Tage hatten, an denen wir die Fische nicht absetzen konnten, wurde das mit einem Schlage anders, als dieser Vertrag abgeschlossen war. Die Sendungen aus dem dänischen Fischfang gingen in ihrer Menge kolossal zurück. Schweden kann uns nicht liefern, da es in seinem Lande selbst großen Bedarf an Fischen hat, Holland, das uns beliefern kann, ist im wesentlichen angewiesen auf die Küstenfischerei, gerade so wie wir selbst. Es sind also in der Versorgung Deutschlands mit Seefischen erhebliche Ausfälle gegenüber den Friedens- und den ersten Kriegsjahren zu verzeichnen. Im wesentlichen sind wir heute auf unsere eigene Küstenfischerei angewiesen, und die kann nicht in dem Umfange ausgeübt werden, wie man es wünschen möchte, auch aus dem Grunde nicht, weil es an Personal, an Schiffen, an Rohmaterial für Netze und dergleichen fehlt. Wir werden also während der ferneren Dauer des Krieges immer mit einem empfindlichen Mangel an Seefischen zu rechnen haben. Darum ist nicht hinwegzukommen, und es geht nicht nur uns in Braunschweig, sondern den Einwohnern der anderen deutschen Städte ebenso. Die Stadt Dresden, von der Herr Frede sprach, scheint ganz besonders gut beliefert zu sein, aber Hannover und Magdeburg sind in nicht viel besserer Lage als wir. Es ist wohl richtig, daß in den letzten Monaten dort etwas an Fischen hingekommen ist, aber doch nur verschwindend wenig. Aber, meine Herren, wir können wenigstens er-

warten — und darin müssen wir Herrn Frede recht geben —, daß die Mengen Fische, die da sind, angemessen verteilt werden (sehr richtig!), und daran scheint es unserer Ansicht nach durchaus zu hapern. Wir haben allmonatlich an den Reichskommissar für Fischversorgung einen Bericht zu erstatten, in dem wir uns über die Lieferung an Fischen in dem jeweiligen Monate auszusprechen haben, und Sie können sich denken, daß wir bei jeder dieser Gelegenheiten darauf hingewiesen haben, daß die Fischzufuhren nach Braunschweig absolut unzureichend sind und darin Änderung herbeigeführt werden muß. Dies kann nur in der Weise geschehen, daß Braunschweig einer anderen Lieferungs-gesellschaft zugeteilt wird als der, der es seit zwei Jahren angehört. Es ist nicht angängig, daß wir dauernd bei einer Gesellschaft bleiben, deren Lieferungs-pflicht gegründet ist auf die dänischen Zufuhren, die im Laufe des Krieges weggefallen oder erheblich beschränkt sind. Man sollte meinen, daß der Reichskommissar für Fischversorgung ganz von selbst auf den Gedanken käme, seinen Verteilungsplan zu ändern, wenn er sieht, daß die Unterlagen, auf die er seinen Plan gestellt hat, sich verändert haben. Aber alles Drängen und Bitten in der Beziehung hat nichts geholfen. Es hat dabei nicht am Magistrat gelegen: Wir haben allmonatlich in dem Sinne nach Berlin geschrieben und in der Woche drei-, viermal oder öfter telephonisch, telegraphisch oder schriftlich bei den Gesellschaften uns erkundigt: „Wollt ihr uns nicht beliefern?“ Aber es kam nur die Mitteilung zurück: „Es ist unmöglich!“ Private Mitteilungen bestätigen, daß unsere Gesellschaften wenig Fische haben, daß die Dampfer nur 30 bis 40 Zentner Fische bringen, und daß die Räuchereien, die auf 300 Zentner eingerichtet sind, nur 50 Zentner Fische zum Räuchern erhalten. Man muß also danach streben, anderen Gesellschaften zugeteilt zu werden.

Auch das Landesernährungsamt hat sich bereitwillig unserer Klage angeschlossen. Schon vor einem halben Jahre hat es auf unseren Wunsch nach Berlin geschrieben, wir möchten wieder Geestemünde und Kiel zugeteilt werden, zu denen wir Friedensbeziehungen hatten. Aber der Reichskommissar hat geantwortet, eine Umdisponierung sei zur Zeit nicht möglich. Im April kam dann von Blankenburg an das Landesernährungsamt die Mitteilung, daß in der Stadt Halberstadt und in Quedlinburg Fische in großer Menge zu haben seien, so daß die Blankenburger nach Halberstadt führen, um Fische einzukaufen. Auch diese Gelegenheit ist benutzt, um den Reichskommissar zu ersuchen, er möge dafür sorgen, daß von einem etwaigen Überflusse etwas nach dem Herzogtum Braunschweig käme. Aber die Antwort fiel anders aus, als sie erwartet wurde. Der Reichskommissar schrieb zurück, er habe dafür gesorgt, daß Halberstadt und Quedlinburg nicht mehr soviel Fische bekämen. Das war für ihn eine einfache Lösung, aber wir waren damit nicht weitergekommen.

Wir sind nun einen Weg gegangen, der wohl am ersten zum Ziele zu führen scheint. Das Landesernährungsamt hat dem Ministerium Bericht erstattet, mit der Bitte, beim Kriegsernährungsamte vorstellig zu werden, also bei der Stelle, die dem Reichskommissar für Fischversorgung übergeordnet ist. Die Sache wäre jetzt auch schon erledigt, wenn der braunschweigische Gesandte, Excellenz Boden, nicht gerade auf Urlaub gewesen wäre. Aber ich habe jetzt Mitteilung, daß er in diesen Tagen die Beschwerde der Braunschweiger beim Kriegsernährungsamte vorbringen wird. Ich glaube wohl, wir dürfen die Überzeugung haben, daß er mit seinem Schritte Erfolg haben wird, so daß in Zukunft eine bessere Belieferung Braunschweigs mit Fischen erfolgen wird, daß wir vor allen Dingen gerecht behandelt werden, d. h. ebenso beliefert werden wie andere Städte.

Stadtv. **Frede** beantragt Besprechung der Anfrage. Diese wird von der Mehrheit der Versammlung beschlossen.

Stadtv. **Frede**: Nach den Darlegungen des Herrn Oberamtsrichters Meyer ist es nicht der allgemeine Mangel an Fischen allein, der uns hier so übel bekommt, sondern es ist auch das sehr willkürliche Verhalten des Reichskommissars in Berlin. Dieses Verhalten gegenüber Quedlinburg ist ja eigentlich hahnübchen. Statt daß nun in gerechter Weise eine Verteilung eintritt und wir auch etwas an Fischen bekommen, wird einfach gesagt: „Dann nehme ich es denen, und ihr habt keinen Anlaß mehr, euch zu berufen.“ Eine solche Handlungsweise muß scharf verurteilt werden. Es ist jetzt bekannt geworden — es stand das auch in der „Landeszeitung“ —, daß 10 000 Tonnen Heringe in Berlin angekommen sind, wir aber haben keine Heringe bekommen. Es muß möglich sein, die Städte in gleicher Weise zu versorgen, und wenn ich auf Dresden Bezug genommen habe, so ist andererseits das, was der Herr Oberamtsrichter über Halberstadt und Quedlinburg berichtet hat, ein Beweis dafür, daß auch bei kleinen Städten eine Bevorzugung gegenüber anderen stattfindet. Man könnte sonst vielleicht sagen: Je größer die Stadt, um so größer die Not; Dresden und Berlin haben es nötig, besser versorgt zu werden. Es scheint aber eine Willkür zu herrschen, die unter allen Umständen beseitigt werden muß. Es werden wohl noch andere Herren sich in dieser Sache zum Wort melden, denn wenn es irgend angezeigt ist, für eine Änderung dieser mißliebigen Maxime mit allen Kräften einzutreten, so ist es die jetzige Zeit, wo wir fleischlose Wochen haben. In einer solchen Zeit muß unsere Bevölkerung, wenn es irgendwie geht, besser mit Fischen versorgt werden. Ich bitte Sie, einen Antrag anzunehmen, der in scharfer Weise sich gegen die Vernachlässigung Braunschweigs wendet. Er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, aufs nachdrücklichste bei den in Betracht kommenden Stellen für eine

angemessene Belieferung der Stadt Braunschweig mit Seeischen einzutreten. Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt scharf die verschiedene Behandlung, die in der Zuteilung der Fische zutage tritt, und erwartet, daß die Stadt Braunschweig an Fischen bekommt, was ihr zukommt nach Maßgabe der Belieferung anderer Städte."

Stadtv. Salomon: Ich bin überzeugt, daß der Schritt unseres braunschweigischen Gesandten in Berlin einigen Erfolg haben wird. Aber es ist zu beklagen, daß erst ein solches Mittel in Anwendung kommen muß, um tatsächlich der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. Auf der anderen Seite ist es traurig, daß ein einziger Mann in Deutschland mit einer derartigen Machtvollkommenheit ausgestattet ist, monatelang eine Stadt von einundeinhalb hunderttausend Einwohnern einfach vom Bezuge eines außerordentlich wichtigen Nahrungsmittels auszuschließen. Ich möchte aus diesen Erwägungen heraus den Antrag Frede aufs wärmste unterstützen. Es ist notwendig, daß öffentlich und scharf die verkehrten Maßnahmen hier in dieser Versammlung gekennzeichnet werden. Ich betone nochmals, es ist nötig, daß wir den Antrag, trotzdem wir uns von dem bereits unternommenen Schritte gewiß Erfolg versprechen, unterstützen und annehmen.

Stadtv. Kruse: Ich möchte meisteils bitten, in der Vorstellung unseres Gesandten mit darauf aufmerksam zu machen, daß uns nicht wieder, wie im vorigen Winter, nur wertlose kleine Schollen, die nur aus Haut und Gräten bestehen, und für die das Fett zum Braten zu schade ist, die zum Kochen nicht zu gebrauchen sind, geliefert werden, sondern daß wir gute Fische bekommen, wie Kabeljau, Schellfisch u. dergl.

Der Antrag Frede wird einstimmig angenommen.

4. Antrag Stegmann, auf Erhöhung der Kartoffelration auf $10\frac{1}{2}$ Pfund hinzuwirken.

Wortlaut des Antrages s. S. 122.

Stadtv. Stegmann (zur Begründung): In den hiesigen Tageszeitungen ist eine Bekanntmachung des Landesernährungsamtes enthalten, in der die Versorgung mit Kartoffeln für das kommende Jahr, vom 1. Oktober d. J. bis zum 2. August kommenden Jahres, geregelt wird. Obgleich jedermann weiß, daß das Quantum von 7 Pfund, wie wir es im vorigen Jahre bekommen haben, vollständig ungenügend war, ist trotzdem wieder dieses Quantum festgesetzt. Es heißt allerdings in der Bekanntmachung, e i n s t w e i l e n sei diese Menge zur Abgabe bestimmt; was das aber zu besagen hat, das haben wir früher gesehen. Es wurden

10½ Pfund als Wochenquantum angegeben, und nur einstweilen sollten 7 Pfund ausgegeben werden — dabei ist es aber geblieben, und dieses „einstweilen“ soll wohl auch in diesem Jahre nur als Beruhigungspulver wirken. Jedermann weiß, daß mit 7 Pfund Winterkartoffeln in der Woche nicht auszukommen ist. Es mag wohl einzelne anormale Leute geben, die damit auskommen, aber für die Allgemeinheit gilt das nicht. Es steht fest, daß für diejenigen, die nicht nebenbei Fett, Fleisch, Eier oder teures Mehl usw. sich beschaffen können, ein solches Wochenquantum viel zu niedrig ist und die Bevölkerung tatsächlich dabei hungern muß. Es steht fest, daß viele Familien das Drei- bis Vierfache an Kartoffeln verbraucht haben wie in Friedenszeiten. Wir müssen bedenken, daß die Kartoffeln neben dem Brot — das doch minderwertig und schlecht ist — auch jetzt wieder die Grundlage der Ernährung für die große Masse der Bevölkerung bilden müssen. Obgleich nun die Ernährungsverhältnisse sich wesentlich verschlechtert haben, obgleich jetzt sogar fleischlose Wochen eingeführt sind, trotzdem kommt man jetzt wieder mit dieser geringen Menge Kartoffeln und bietet das dem Volke.

Nun könnte man fragen: Sind denn mehr Kartoffeln vorhanden, um sie geben zu können? Ich will anerkennen, daß eine Vorsorge nötig ist, aber wenn die Produktion in Friedenszeiten (ich glaube, die Angabe gilt für das Jahr 1913) 54 000 000 Tonnen Kartoffeln betrug, wovon ca. 14 Millionen Tonnen zur menschlichen Ernährung dienten, dann muß ich sagen, ist es unbedingt möglich, daß bei der heute in Aussicht stehenden Ernte mehr Kartoffeln geliefert werden können. Zweifellos verbraucht die Heeresverwaltung ganz bedeutende Quantitäten von der Kartoffelernte, es kommt aber auch in Betracht, daß auf verschiedenen Gebieten mit dem Verbrauch von Kartoffeln jetzt gespart wird. Große Mengen Kartoffeln, die früher an das Vieh verfüttert worden sind, dürfen nicht mehr dazu verwandt werden. Auch die Schnapsbrennerei hat in früheren Jahren große Quantitäten Kartoffeln verbraucht, die jetzt ebenfalls gespart werden. Es steht außer allem Zweifel, daß das Quantum, das im vorigen Jahre ursprünglich von den maßgebenden Behörden — auch in diesem Saale von Ihnen, ich glaube, sogar einstimmig — als nötig angegeben wurde, hätte geliefert werden können. Unbedingt nötig ist es, daß bei den verschlechterten Ernährungsverhältnissen in diesem Jahre mindestens 10½ Pfund Kartoffeln ausgegeben werden. Beweis dafür, daß tatsächlich die Not im vergangenen Winter und namentlich in diesem Frühjahr groß war, ist der Umstand, daß nicht nur hier, sondern in ganz Deutschland die ärmere Bevölkerung in Scharen aufs Land gezogen ist und Kartoffeln in Rucksäcken, Wagen, Kiepen und Säcken hereingeholt hat. Hunderte aus der minderbemittelten Bevölkerung können Sie fragen und werden hören, daß sie ihren Bedarf um 50 Prozent und mehr über das Rationierte hinaus durch das Herangeholte gesteigert haben. Aber was für eine Mühe macht das! Die Leute mußten besonders

dazu hinausgehen, viele Wege machen und mußten um Überlassung von Kartoffeln betteln, und zum Teil mußten sie noch höhere Preise, Schleichhandelspreise dafür bezahlen. Es ist unerhört, daß so etwas stattfinden konnte, obgleich genügend Kartoffeln vorhanden waren. Das letztere ist bewiesen dadurch, daß im Frühjahr an vielen Stellen die Kartoffeln verfaulten; es ist auch dadurch bewiesen, daß sie geholt werden konnten — auch die Bürgerkreise haben sich noch Kartoffeln hinzugeholt. Kartoffeln waren zu beziehen, waren also vorhanden, nur waren sie nicht auf legalem Wege zu kaufen. Deshalb ist es dringend nötig, daß angesichts der Hungerverhältnisse, wie sie jetzt existieren, und wie sie wahrscheinlich bei dem Fleischmangel noch schlimmer werden — es wird dahin kommen, daß wir überhaupt kein Fleisch mehr erhalten —, alles aufgeboten wird, um sie zu bessern. Es ist empörend, daß man dem Volke so wenig bietet. Muß denn dem Volke der Leidenskelch immer noch mehr gefüllt werden? Ich denke, es ist wirklich nicht nötig, und deshalb möchte ich an Sie die Bitte richten, meinen Antrag anzunehmen, und an den Magistrat richte ich die Bitte, daß er nichts unversucht lasse, um dem Antrage zum Erfolg zu verhelfen, daß er sich an das Landesernährungsamt und die übergeordneten Stellen wendet, damit die Bevölkerung das Quantum, das gegeben werden kann, $10\frac{1}{2}$ Pfund wöchentlich, erhält.

Sodann möchte ich bezüglich der Frühkartoffeln noch einige Worte sagen. In den letzten drei Wochen, während die Brotration noch die niedrige war, und wo das Brot vielfach kaum als Brot bezeichnet werden konnte, hat man die Bevölkerung mit wöchentlich 4 Pfund Kartoffeln abgesselt, während sie gern 12 Pfund pro Woche und Person gegessen hätte. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Die Folge ist gewesen, daß eine Menge Leute, weil sie Hunger hatten, sich nebenbei Kartoffeln beschafften, und zwar zu Wucherpreisen von 40 bis 60 Pfennig, zum Teil direkt vom Lande, zum Teil aus den Läden, zum Teil auch aus der Markthalle. Mir ist mitgeteilt, daß der Magistrat zwar alles getan habe, um Kartoffeln heranzuholen. Hätte aber das Landesernährungsamt nicht auch hier besser sorgen können? In Berlin, Dresden und anderen Städten hat es wenigstens 7 Pfund gegeben. Ich weiß, daß die Schuld nicht an unserem Magistrat liegt, sondern an dem ganzen System. Weil man die Bauern nicht zum Anbau von Kartoffeln zwingt, ist es gekommen, daß infolge der Wucherpreise für Gemüse der Anbau von Frühkartoffeln einfach nachgelassen hat. Die Landwirte verdienen bei den hohen Kartoffelpreisen doch kolossal genug, trotzdem sind sie nicht zufrieden und werfen sich auf den Gemüsebau. Dort werden Wucherpreise gezahlt, die nicht zu erschwingen sind. Unter Assistenz von Agrariern, die den Ton angeben, werden von den Reichs- und Landesstellen Wucherrichtpreise festgesetzt, die unverständlich sind und zur Folge haben, daß selbstverständlich der Kartoffelanbau nachläßt. Hinzu kam, daß die alten Kartoffeln ausgegangen waren und

die Landwirte die Frühkartoffeln, die durch die Witterungsverhältnisse zurückgeblieben waren, vorzeitig ausrodeten und zu Schleichhandelspreisen verkauften, so daß, als es tatsächlich erlaubt war, Kartoffeln vom Felde zu holen, schon ein Teil davon verkauft war und nun Mangel eintritt. Das sind unerhörte Zustände, die aber durch das ganze von oben herunter geschaffene System immer schlimmer werden. Wenn man glaubt, auf einem Gebiete soll es besser werden, so findet man gleich, daß es auf einem anderen dafür wieder schlechter wird. Diese Zustände beweisen uns, daß es dringend nötig ist, die Bevölkerung vor solchen Kalamitäten zu schützen. Ich bitte den Magistrat, wie bei der Versorgung mit Fischen, so auch auf anderen Gebieten alles zu tun, damit es nicht schlechter, sondern besser wird, besonders in bezug auf die Kartoffeln.

Der Antrag wird genügend unterstützt und von der Versammlung die Zustimmung dazu erteilt, daß er als dringlich sofort beraten wird.

Stadtv. Genzen: Ich bitte, den Antrag Stegmann anzunehmen. Bei den Ausführungen des Herrn Oberamtsrichters Meyer haben Sie gewiß alle mit mir das Gefühl gehabt, daß unsere so sehr gepriesene Organisation in Deutschland ein gewaltiges Loch hat. Das ist nicht nur bei den Seefischen so, sonst wäre es nicht möglich, daß Zustände, wie sie Herr Stegmann geschildert hat, haben Platz greifen können. Es ist tatsächlich so, daß beinahe alles in Hülle und Fülle vorhanden ist, jedenfalls aber ist von den meisten Lebensmitteln noch so viel vorhanden, daß, wenn Sie gerecht verteilt würden, keiner Not zu leiden brauchte, wie es heute leider der Fall ist. Wir hören aus den Bädern, wo pro Tag 13 bis 15 M Pension gezahlt wird, daß die Gäste dort noch alles bekommen. Sie können aus der Zeitung lesen, wie in den mecklenburgischen Bädern tatsächlich der Schleichhandel en gros getrieben wurde. Aus der Zeitung erfahren wir auch, daß hier und da Diebstähle verübt wurden, und daß die Diebe meistens eine gute Beute gemacht haben, weil sie wußten, wo etwas zu holen war. Wenn sie bei den Arbeitern hätten stehlen wollen, so hätten sie sich vorher sagen können, daß es dort genau so leer wie bei ihnen selbst aussieht; aber sie haben eine feine Nase und gehen dahin, wo etwas aufgestapelt ist: Schinken, Speckseiten, poundsso viel Eier und poundsso viel Pfund Butter. Sie werden gehört haben, daß auch in Braunschweig bei einem Einbruch solch eine große Beute gemacht wurde, und der Polizeibeamte, der mit der Ermittlung der Diebe beauftragt war, hat zu Bekannten von mir gesagt: „Wohldem, der es hat.“ Man kann es verstehen, daß die Herren auf diesen Standpunkt kommen, wenn sie ihren Riemen enger schnallen müssen. Ich behaupte, das Nötige ist tatsächlich immer noch vorhanden, und die Not brauchte nicht so groß zu sein, wenn die viel gepriesene deutsche Organisation nicht so „gut“ wäre,

wie man sie immer hinstellt. Im Schleichhandel ist alles noch zu bekommen, und dieser Schleichhandel ist etwas, was tatsächlich gut organisiert ist, und woran sich die Behörden ein Muster nehmen könnten. Wenn er zu Anfang des Krieges auch nicht zu finden war, dann blüht er heute geradezu. Es werden heute bezüglich des Schleichhandels beide Augen zugemacht, ganz öffentlich wird er betrieben. Trotzdem die Kartoffelration so knapp ist, finden wir überall Schilder: „Kartoffeln ausverkauft.“ Und der „Allgemeine Anzeiger“ bringt die Notiz, daß die Zufuhr wieder so knapp sei, daß manche Hausfrauen nicht in Besitz von Kartoffeln kommen könnten. Aber trotzdem weiß man bei mir in der Gegend des Wendentors, daß es Kartoffeln zu kaufen gibt, sogar ohne Marken, aber das Pfund zu 20 Pf. Das ist ein öffentliches Geheimnis: Kartoffeln sind zu bekommen, nur nicht zu den festgesetzten Preisen. Wenn Sie einen Zentner Roggen kaufen wollen, 100 M für den Zentner, kann ich Ihnen eine Adresse dafür geben. Man muß nur die Stellen wissen und muß genügend Geld im Portemonnaie haben, dann kann man auch etwas erhalten. So ist es mit Fleisch, mit Wurst, mit Butter. Wir sehen es tagtäglich, daß gerade die Klassen, die zahlungsfähig sind, absolut keine Not leiden, aber für das Volk wird nichts getan. Es sind nur die Arbeiter, die nicht einen solchen Verdienst haben, daß sie das Geld dafür anwenden könnten, aber es sind auch die kleinen Beamten, die unter der Teuerung leiden. Wenn man da seitens der Behörden fester zugreifen wollte, dann würde es besser. Sie wissen: Heute werden mißliebige Personen, die irgendwo einmal etwas zu viel sagen, wegen Landesverrates angeklagt. Wo sitzen denn aber die wirklichen Landesverräter? Ist es nicht mehr als Landesverrat, wenn dem Volke durch solche Leute die Nahrung entzogen und für einen kleinen Teil der Bevölkerung aufgestapelt wird, so daß sie im Überfluß lebt? Aber ich habe nicht gehört, daß sich das Reichsgericht dazu aufgeschwungen hätte, dafür zu sorgen, daß diese Leute als Landesverräter aufgegriffen würden. Diejenigen, die Wucher planmäßig treiben, werden im großen und ganzen wenig gefaßt, weil dort die Organisation so ist, daß sie kaum zu fassen sind.

Was nun die Verhältnisse hier in Braunschweig betrifft, so muß ich allerdings zugeben, daß es schwer ist, etwas zu geben, wenn nichts da ist, und auch unser Magistrat wird sagen: „Wir würden gern geben, wenn wir etwas hätten“, und das um so mehr, wo in der letzten Zeit die Ernährung im Volke so viel zu wünschen übrigläßt. Wie Herr Stegmann schon sagte, sie ist von Jahr zu Jahr, von Woche zu Woche schlechter geworden. Mag viel oder wenig an Kartoffeln und Korn wachsen, das Volk sagt: „Wir haben doch nichts davon, wir müssen doch hungern“, und so ist's in Wirklichkeit. In diesem Jahr hört man, daß in Korn eine gute Ernte ist, trotzdem aber gibt man heute — während wir früher 1½ Pfund Graupen bekamen — 125 g Graupen, 140 g Grieß. Wenn Sie schon einmal

diese Lebensmittel in homöopathischen Dosen geben wollen, dann geben Sie doch eine Kaltwasserkur! Es ist zum Leben zuwenig und zum Sterben zuviel. Und dann diese knappe Ration Kartoffeln! Ein gesunder Mensch in seinen besten Jahren kann bei der heutigen Ernährungsweise nicht eine Woche damit auskommen, der ißt sie in 2—3 Tagen zu Mittag auf und hat dann noch nichts für den Abend. Dabei ist Fett überhaupt nicht da! Rechnen Sie das magere Rindfleisch, das wir am Sonnabend bekommen, als Fett? Rechnen Sie die wenige Butter als etwas Wesentliches? Als Aufschmiermittel dürfen die Hausfrauen sie nicht gebrauchen, sie müssen sie zurückhalten, um die Speisen damit etwas schmackhaft zu machen. Gewiß, es hat kürzlich $\frac{1}{2}$ Pfund Honig gegeben, und in vier Wochen soll es, wie ich gehört habe, wieder einmal ein halbes Pfund davon geben. Da muß man doch sagen: So geht es nicht weiter! Die Ziffern über die Kranken und die hohe Sterblichkeit beweisen es uns. Die Ortskrankenkasse hat jetzt die vier- bis fünffache, teilweise sogar die sechsfache Sterblichkeit aufzuweisen wie in normalen Jahren. Das beweist, daß das Volk mit den heutigen Nahrungsmitteln nicht auskommen kann. Ich gebe nichts darauf, daß die Ärzte konstatieren, daß die Gesundheitsverhältnisse nicht so schlecht sind. Es gibt Ärzte, die auf Wunsch der Behörde alles bescheinigen, am Ende gar, daß Kieselsteine verdaulich sind. In der Hinsicht kann ich mich über nichts mehr wundern. Aber die eigene Beobachtung zeigt uns, wie weit das Volk in seinem Gesundheitszustande heruntergekommen ist. Da muß alles getan werden, was nur möglich ist. Stadtmagistrat und Stadtverordnete sind verpflichtet, nicht nur alles zu verteilen, was vorhanden ist, sondern auch den verantwortlichen Stellen zu sagen: Jetzt können wir die Verantwortung nicht mehr tragen, wenn das Volk mit derartigen Rationen abgespeißt werden soll. Es hat kürzlich der Verband der Dachdecker eine Eingabe an das Reichsamt des Innern gemacht und so treffend die Lage geschildert, daß ich nicht umhinkann, diese paar Sätze vorzulesen. Es heißt darin:

„Not und Sorgen unserer Mitglieder zwingen uns, an das Reichsamt des Innern einen Warnungsruf zu richten. Es geht so nicht weiter. Unsere Kollegen gehen körperlich zugrunde. Seit zwei Jahren steigen die Preise für Gebrauchsgegenstände in geradezu unerschämter Weise. Waren, die in Deutschland hergestellt werden, sind um 300—400 Prozent und mehr teurer geworden. Um ein Paar Arbeitshojen zu kaufen, die früher mit 4—5 M bezahlt wurden, dazu gehört jetzt ein Wochenlohn. Wir haben in vier Jahren 50 Prozent an Lohnerhöhungen bekommen, schändliche Gewinnjucht aber hat alles um 200 Prozent verteuert. Daran ist jedoch nicht der Krieg, sondern die Eier nach Kriegsgewinn schuld. Trotz 50prozentiger Lohnerhöhung müssen unsere Kollegen darben. Es reicht nicht für die Schleichhandelspreise, von den rationierten Waren werden sie nicht satt; sie haben nichts mehr anzuziehen. Jede Woche wird das schlimmer. Verschiedene

Artikel sind um das Zwanzigfache im Preise gestiegen, der Lohn nur um die Hälfte. Wir können nicht mehr mit, wir sind am Ende. Es gibt nur ein Entweder — Oder. Entweder die Regierung findet den Mut, die elenden Preistreiber wirklich aufzuhängen, wenn es Galgen genug für sie gibt, oder sie stellt den Bedarf für die Arbeiter sicher, wie die Kleidung für die Soldaten. Mit einem Worte: die Regierung sehe schnell ein, daß wir so, wie es heute geht, einfach wirtschaftlich erdrückt werden. Unsere Schränke, unsere Kästen sind leer, unsere Ersparnisse liegen in den Geldschränken der Wucherer, unsere Kinder haben nichts mehr anzuziehen, der Rest verkommt, weil nichts mehr gereinigt werden kann. Mit unserem Blut und unsern Knochen treibt die Gesellschaft der Hyänen auf dem wirtschaftlichen Schlachtfelde einen schwunghaften Handel, wir sind gezwungen, unser eigen Fleisch von den Kriegsgewinnlern zurückzukaufen — es geht einfach über unsere Kraft "

So, wie hier in dieser Eingabe die Zustände geschildert werden, sind sie auch in Braunschweig und in ganz Deutschland. Man darf sich nicht wundern, daß die Eigentumsvergehen überhandnehmen. Es wird gestohlen wie die Raben. Ich traf neulich eine Frau, die drei Kinder hat. Sie erklärte mir, sie wäre stundenlang, tagelang gelaufen, ohne Kartoffeln bekommen zu können, wenn sie abends von der Arbeit zurückkam. „Ich bin nie unehrlich gewesen,“ so hat sie geklagt, „aber was habe ich jetzt gemacht? Ich habe meine Kinder und noch eine Frau mitgenommen und habe einen Zentner Mohrrüben mir von einem fremden Acker geholt, damit ich meine Kinder satt kriegt.“ Kann man solche eine Tat einer Mutter verurteilen? Man muß Achtung vor ihr haben, daß sie noch die Kurage hat, dafür zu sorgen, daß die Kinder nicht elend zugrunde gehen. Wenn man solche Zustände kennt, hat man die Pflicht, dafür zu sorgen, daß sie abgeschafft werden. Man erschwert ja dem Volke noch das Leben, indem man das bißchen, das vorhanden ist, nicht zugänglich macht. Ich erinnere an die Verordnung über das Pferdefleisch. Da werden Sie sagen: Wir sind daran unschuldig, vom Ministerium ist das angeordnet. Ich bin ja nun kein Freund von Pferdefleisch, wenn auch Herr Stadtrat Wagner einmal hier das Lob desselben gesungen hat. Aber die Leute, die Pferdefleisch kaufen, müssen die Karten für diese und die nächste Woche abgeben. Ist das nicht unrecht? Man soll dem Volke das Leben nicht noch saurer machen, es ist so schon sauer genug.

Ich möchte die Versammlung bitten, den Antrag Stegmann anzunehmen und den Magistrat zu ersuchen, alles zu tun, um beim Staatsministerium etwas zu erreichen, und dort zu erklären: Wenn Sie nicht dafür sorgen, daß der Schleihhandel ergriffen wird, dann können wir nicht dafür sorgen, daß im Volke Ruhe bleibt.

Stadtv. **Riefe:** Was für eine Sorge beim Volk besteht, Kartoffeln zu erhalten, das ist nicht zu beschreiben. Es war bestimmt, daß in dieser Woche jede Person auf die Fleischkarte 3 Pfund Kartoffeln erhalten sollte, und-außerdem noch 7 Pfund Kartoffeln auf die Kartoffelkarte. In der Markthalle sind wir bei den Händlern denn auch so weit gekommen, daß sie den Sprung von 4 Pfund auf 7 Pfund gemacht haben, aber nur einzelne der Käufer haben im ganzen 10 Pfund gekriegt, andere wieder mußten leer aus der Markthalle abziehen. Das ist die Folge des bureaukratischen Deutlich; selbst die Händler, die es anging, haben es nicht verstanden. Diejenigen, die 10 Pfund bekommen hatten, die schmunzelten, aber was sollten die anderen machen?

Wir hatten am 18. Juli eine Sitzung in der Nahrungsmittelstelle unter Vorsitz des Herrn Regierungsrats Rittmeyer, bei der es sich um Frühkartoffeln handelte. Damals waren schon die alten Kartoffeln, der Zentner mit 12—20 *M*, von uns gekauft, und Herr Stadtbaurat Gebensleben hatte schon vorher, infolge der Annahme, daß die alten Kartoffeln ausgehen würden, nach Helmstedt geschrieben, um Frühkartoffeln zu erhalten. Aber der Kreis versagte, denn es waren dort viele Kartoffelpflanzen durch Frost verlorengegangen, auch schrieben sie uns von dort zurück, man sollte die Frühkartoffeln noch verschonen, weil zu der Zeit noch zu wenig Knollen darunter lägen. Doch sprach sich Herr Landtagsabgeordneter Fickender dahin aus, daß die Einwohner der Stadt nicht genug Kartoffeln bekämen und hungern müßten, und Herr Amtsrat Deede stellte den Antrag, man sollte die Erzeugerpreise von 10 *M* auf 12 *M* erhöhen. Dabei meinte letzterer, ein Antrag wäre berechtigt, daß die Kommunen den höheren Preis von 2 *M* auf sich nehmen sollten, damit die Konsumenten die Kartoffeln zu dem alten Preise bekämen. Der Herr meinte auch, die Stadt Braunschweig hätte in bezug auf Versorgung mit Nahrungsmitteln für ihre Einwohner noch nichts getan. Der Herr scheint also auf dem Monde gewohnt zu haben, denn er mußte gefragt werden, wo denn unsere 23 Millionen Mark geblieben seien, die die Stadt an Schulden aufgenommen hat. Nun liegt es klar, daß mit 4 Pfund Kartoffeln, wie sie in den vorigen Wochen geliefert worden sind, nicht auszukommen ist. Aber Wolfenbüttel konnte uns nur 2000 Zentner liefern und Helmstedt auch nur wenig, so daß dadurch auf den Kopf der Bevölkerung nur hätten 3 Pfund Kartoffeln verteilt werden können. Dabei wurde an mich die Frage gerichtet, ob die Bevölkerung ruhig bleiben werde, und ich mußte darauf antworten, daß das keineswegs der Fall sein würde. Wenn ich auch so ziemlich der Älteste unter Ihnen bin, so bin ich doch nicht bange davor, diese Wochenration auf zweimal zu verzehren, vielleicht auch in einem Male. Allerdings hat sich das Ernährungsamt Mühe gegeben, um in der knappen Belieferung Wandel zu schaffen, aber sie gehen verkehrte Wege. Man richtet an die Rieselgutdeputation das Ersuchen, in Massen Kartoffeln, Gemüse,

Kohl zu bauen. Das Kieselgut ist doch dazu da, um für die Gesundung der Stadt Braunschweig zu arbeiten. Von den 2000 Morgen des Kieselgutes konnte nur ein Teil oder vielleicht nur die Hälfte zur Bewirtschaftung herangezogen werden, denn die Hälfte sind nasse Wiesen, und die Kartoffeln, die dort gezogen werden, möchte ich doch unserer Bevölkerung nicht zum Essen anbieten. Wenn dort Kartoffeln gebaut sind, so ist es geschehen, um sie zu Viehfutter zu verwenden, aber unsern Angestellten und den Sachseingängern können diese Kartoffeln nicht als Nahrung angeboten werden. Wir haben aber meines Wissens 431 Pächter auf dem Kieselgute, die dort Gemüse und dergleichen ziehen, und wenn sie das Feld im Jahre mehrere Male bestellen, dann holen sie an Karotten und dergleichen aus den Feldern heraus, was herauszuholen ist. Wenn die Stadt diese Bearbeitung übernehmen würde, dann würden wir nicht genügend Leute dazu haben, und der Anbau und sein Ertrag würde zurückgehen. Deshalb hat die Kieselgutdeputation die eigene Bewirtschaftung dieses Landes abgelehnt. Wir brauchen auch gar nicht in die Ferne zu schweifen, wenn wir mehr Ertrag an Kartoffeln und Gemüse im Lande Braunschweig erzielen wollen. Wir haben 53 Kammerdomänen mit 17 600 ha und 26 Klostergrüter mit 9000 ha. Wenn denen schon vor zwei Jahren aufgegeben wäre: Ihr habt Kartoffeln zu bauen, dann kämen wir über die Zeit, wo die alten Kartoffeln knapp und schlecht werden, glatt hinweg, und es würde auch keine Einbuße für die Pächter dieser staatlichen Güter entstehen. Würde aber die Stadt sich ein großes Areal beschaffen und mit Kartoffeln bestellen, so würde das Resultat schlecht ausfallen, und die Stadt würde einen ungeheuren Schaden haben, während jene Herren, die Hunderte von Hektar zur Verfügung haben, wohl damit fertig werden könnten, weil ihr vieles Land von verschiedener Beschaffenheit ist und sie an andern Stellen das wieder herausholen können, was sie verlieren, wenn 1—2 ha einmal fehlschlagen. Ein solcher Zwang durch das Ministerium auf seine großen Pächter, das wäre das Wichtigste. Wenn diese Leute solche Liebe zur Bevölkerung hätten, wie sie uns glauben machen wollen, dann hätten sie so etwas schon aus freiem Antriebe gemacht, und wir wären über die Kalamität hinaus. Aber bisher spürt man davon nichts.

Daß auch die 7 Pfund Kartoffeln nicht ausreichen, darüber ist sich jeder klar, denn man muß in dieser Kriegszeit nicht nur mittags, sondern auch abends und morgens Kartoffeln essen, da die Nahrungsmittel, die sonst den Körper kräftig erhielten, heute fehlen. Es handelt sich ja heute nur noch um solche Nahrungsmittel, die den Leuten den Magen füllen, damit sie nicht umfallen. Da selbst das Brot jetzt so schlecht ist, wäre es am Platze, wenigstens genügend Kartoffeln auszugeben. Deshalb kann ich mich dem Antrage, die Kartoffelration auf 10½ Pfund festzusetzen, nur anschließen. Dieser Antrag war seitens der Stadt Berlin schon vor 1½ Monaten gestellt, denn auch dort hat die Bevölkerung gehungert. Man sieht

nur noch bei denen, wo es noch möglich ist, infolge des hohen Einkommens auf andere Weise als durch die rationierten Lebensmittel sich Nahrung zu verschaffen, daß die Bäuche weniger eingefallen und die Gesichtszüge noch nicht so verweltet sind wie bei den Arbeitern, bei dem Mittelstande und bei den Beamten. Ich könnte Ihnen in dieser Beziehung Beispiele angeben von Personen, die uns allen sehr nahe stehen, aber ich verzichte darauf, weil ein solches Benehmen heute allgemein gang und gäbe ist. Wenn ich heute vor den Richter gestellt würde, um wegen irgendwelcher Dinge in bezug auf Nahrungsbeschaffung zur Rechenschaft gezogen zu werden, so würde ich jeden Richter ablehnen, weil ich behaupten könnte, daß er noch mehr Übertretungen sich schuldig gemacht haben wird als der Angeklagte. So weit ist heute die Sache eingerissen. Die Klagen über eine zu geringe Wochenration an Kartoffeln kann ich voll und ganz unterstützen, und wenn dazu noch solche Mißgriffe kommen, wie ich sie zu Anfang meiner Ausführungen geschildert habe, daß einige 10 Pfund Kartoffeln bekommen und andere leer ausgehen, so wird die Sache noch schlimmer. Das macht das herrliche Bureaukratendeutsch, aus dem Händler und Publikum nicht klug werden können.

Stadtbaurat Lebensleben: Herr Stegmann hat den Antrag gestellt, den Magistrat zu ersuchen, bei Herzoglichem Landesernährungsamt dahin zu wirken, daß die Kartoffelwochenration auf 10½ Pfund erhöht werde. Ich kann diesen Antrag sehr wohl verstehen, und die Erfahrung hat ja wohl auch gelehrt, daß besonders bei den arbeitenden Klassen die Wochenmenge von 7 Pfund Kartoffeln nicht ausreicht, und daß es durchaus wünschenswert ist, die Kartoffelmenge für die Woche und Person auf 10½ Pfund zu erhöhen. Wenn ich mich recht entsinne, hat Herr Kiefe im vergangenen Jahre einen gleichen Antrag gestellt, und wir haben ihn damals auch an die zuständige Stelle weitergegeben — mit welchem Erfolge, das haben die geehrten Herren ja selbst erlebt. Auch in diesem Jahre wird der Magistrat jedenfalls bereit sein, den Antrag, wenn er angenommen wird, an die zuständige Stelle befürwortend weiterzugeben. Aber ich habe gewisse Zweifel, ob er dort angenommen werden wird, denn diese Erhöhung der Ration würde selbstverständlich nicht allein für das Herzogtum Platz greifen dürfen, sondern sie müßte allgemein für das ganze deutsche Reich eingeführt werden, und ob das möglich sein wird, kann heute noch kein Mensch wissen, da jetzt noch nicht feststeht, wie die Kartoffelernte im ganzen ausfallen wird. Bis vor kurzem, als die Regenperiode noch im Gange war, lag doch tatsächlich die Befürchtung nahe, daß die Kartoffeln noch in der Erde zum Teil verfaulen würden. Nun ist ja das Wetter wieder günstiger geworden, und es ist vielleicht zu hoffen, daß die Herbstkartoffelernte wieder gut ausfällt. Die Sachverständigen meinen ja, daß sie in diesem Jahre wohl ebenso gut ausfällt wie im vergangenen Jahre — ob das aber zutreffen

wird, kann heute noch kein Mensch wissen. Den Antrag werden wir also weitergeben, ob wir aber Erfolg damit haben werden, ist eine zweite Frage. Sie wissen, der Magistrat hat nicht etwa die Nahrungsmittel für die Stadt Braunschweig zu beschaffen, sondern Aufgabe des Magistrats ist es nur, die ihm überwiesenen Lebensmittel zu verteilen.

Es war dann auch von den Frühkartoffeln die Rede, und besonders Herr Riese hat sich eingehend über die Mängel der Versorgung mit Frühkartoffeln ausgelassen. Woran der große Mangel liegt, wissen wir alle: die Frühkartoffeln sind leider im deutschen Reiche schlecht geraten, weil das Wetter denkbar ungünstig gewesen ist. Zuerst die große Trockenheit im Mai, dann die unglückseligen Nachtfröste am 4. und 5. Juni haben bewirkt, daß eine große Menge Frühkartoffeln in ihrem Wachstum vernichtet ist. Daran läßt sich nichts ändern, aber die Folge davon war, daß die Ration verringert werden mußte. Es wird den Herren bekannt sein, daß in einzelnen Städten, z. B. in Berlin, zeitweilig nur 1 Pfund Kartoffeln hat ausgeteilt werden können, in anderen Städten, wie in Leipzig, nur 2 Pfund. Seit kurzer Zeit ist das Landesernährungsamt wenigstens in der Lage, bei uns 4 Pfund Frühkartoffeln auszuteilen, und ich glaube kaum, daß diese Wochenration, bevor nicht die Herbstversorgung einsetzt, wesentlich erhöht werden wird, weil mehr Kartoffeln nicht zu beschaffen sind. Allerdings ist in der laufenden Woche, die bekanntlich eine fleischlose ist, die Kartoffelration erheblich erhöht — es sollen in dieser Woche 10 Pfund geliefert werden —, aber das möchte ich an dieser Stelle betonen: es ist nicht ausgeschlossen, daß diese 10 Pfund nicht voll herangeschafft werden können. Das Herzogtum selber kann sie nicht ausbringen. Der einzige braunschweigische Kreis, der überhaupt in der Lage ist, an die Stadt Kartoffeln zu liefern, ist Helmstedt; alle übrigen Kreise sind augenblicklich, da auch sie als Ersatz für das fehlende Fleisch Kartoffeln an ihre Bewohner austeilen müssen, Bedarfsverbände, es müssen ihnen selbst noch Kartoffeln geliefert werden. Im Kreise Helmstedt aber sind die Kartoffeln schlecht gediehen, und aus diesem Grunde müssen Kartoffeln aus fremden Kreisen herbeigeschafft werden, aus Posen, Pommern und Mecklenburg-Schwerin. Diese Kartoffeln rollen augenblicklich noch, und daß sie alle rechtzeitig hier einlaufen, kann ich kaum glauben. Ein Teil ist schon da, aber ein wesentlicher Teil wird, wie mir vorhin vom Landesernährungsamt mitgeteilt ist, fehlen. Ich habe deshalb heute einen Artikel in die Zeitungen gebracht und darauf verwiesen, daß, falls die Kartoffeln in dieser Woche nicht voll zur Ausgabe gelangen sollten, sie in der nächsten Woche nachgeliefert werden. Die Kartoffelmarken verlieren also mit Ablauf dieser Woche ihre Gültigkeit nicht. Sollte wider Erwarten auch im Anfang der nächsten Woche die Kartoffelmenge unsern Einwohnern nicht geliefert werden können, so werde ich dafür sorgen — und es ist mir auch Aussicht gemacht, daß meinem Wunsche entsprochen wird —,

daß als Ersatz dafür Mehl ausgeteilt wird. Nur muß ich dringend bitten, sich etwas zu gedulden. Es wird nicht möglich sein, alles dies bis Sonntag in Gang zu setzen, und die Bevölkerung wird auch zufrieden sein, wenn sie weiß, daß sie in der nächsten Woche zu ihrem Rechte kommt.

Stadtv. **Niese** hat während der Rede des Herrn Stadtbaurats Gebensleben den **V o r s i ß** übernommen.

Stadtv. **Wejemeier**: Als meine Freunde und ich vor drei Wochen an den Herrn Stadtverordnetenvorsteher den Antrag richteten, sofort eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: Ernährungsfragen, erhielten wir zur Antwort, es sei dies untunlich, weil der Vorsitzende sich überzeugt habe, daß der Magistrat alles getan habe, um die Stadt mit Lebensmitteln zu versorgen — und ich glaube ohne weiteres, daß das geschehen ist —, und weil es aufregend wirken würde, wenn eine solche Stadtverordnetenversammlung stattfände. Ja, nicht eine solche Versammlung wirkt aufregend, sondern die Tatsache, daß die Bevölkerung hungern muß, daß sie nicht bekommen kann, was sie zur Erhaltung ihres Lebens bekommen sollte. In der vorigen Woche hat der Vorstand sämtlicher Gewerkschaften, der Vorstand des Gewerkschaftskartells, hier eine Sitzung abgehalten, und einstimmig ist eine Protestkundgebung an das Ministerium abgesandt. Ich hoffe, daß auch dies dazu beitragen wird, daß etwas mehr Druck dahinter gesetzt wird, daß die Stadt Braunschweig besser mit Lebensmitteln versorgt wird.

Nun meinte Herr Stadtbaurat Gebensleben, es wäre ja ganz gut, wenn wir diesem Antrage zustimmten, und der Magistrat würde den Antrag auch weitergeben, nur bezweifelte er sehr, daß dem Antrage stattgegeben würde. Das ist ja gerade das Schlimme. Die Kreise, die zu befinden haben, leiden keinen Hunger und wissen nicht, wie es unten aussieht. Ich bin überzeugt, daß man wesentlich mehr Kartoffeln zur Verteilung hätte, wenn man das Spiritusbrennen aus Kartoffeln noch mehr einschränkte. Diese Art der Spiritusherstellung ist nicht mehr notwendig. Herr Minister Boden erklärte vor einem oder zwei Jahren: „Sie sehen wohl ein, daß der Engländer schuld ist, daß wir nicht mehr Kartoffeln geben können.“ Ich konnte sofort erwidern: Nein, auch zu Sprit und Fusel werden noch viele Kartoffeln verbraucht. Das war damals noch mehr der Fall als heute, aber es brauchten gar keine Kartoffeln zu Schnaps gebrannt zu werden, denn aus dem Kalziumkarbid kann ein vollständig guter Alkohol weit billiger hergestellt werden als aus Kartoffeln. In der Schweiz ist dieses Verfahren im Gange, und das Liter wird dort mit 35 Pfennig bezahlt, während die Herstellung eines 100gradigen, also vollständig reinen Alkohols, der zu Trink- und gewerblichen Zwecken verbraucht werden kann, 25 Pfennig beträgt. Der Staat zahlt dort nur so viel, weil

die Kohlen in der Schweiz so teuer sind. In Deutschland haben wir bei der Steuer-gesetzgebung erfahren, daß nur der Staat aus Kalziumkarbid Spiritus herstellen darf, den ländlichen Brennereien aber muß die Herstellung des Trinkbranntweins vorbehalten bleiben. Wenn die Technik so weit fortgeschritten ist, sollte man doch die Lebensmittel sparen. Kalziumkarbid haben wir in so unendlicher Menge, daß nicht abzusehen ist, wann einmal es verbraucht sein sollte. Aber man will den Agrariern den Verdienst nicht nehmen, denn die chemische Industrie würde sehr bald die anderen Brennereien niederkonkurrieren, und das will man nicht zulassen. Hier hätte die Regierung ein Mittel, dem Volke Nahrungsmittel zu erhalten.

Dann erinnere ich daran, daß in jedem Jahre in Riddagshausen ein Teich ausgefischt wird. Haben Sie jemals Fische davon in Braunschweig gesehen? In Helmstedt aber ist ohne Marken ganz freihändig das Pfund dieser Fische zu 2 *M* verkauft, den schönsten Karpfen aus Riddagshausen haben die Leute dort bekommen. Hier in der Stadt ist nichts davon zu verspüren gewesen, es müßte denn unter der Hand etwas davon erhandelt sein. Auch dafür könnte die Regierung sorgen, daß die Fische, die hier gefangen werden, auch hier bleiben; in Helmstedt haben sie doch auch ihre Fischteiche!

Nun ist die Frage schon aufgeworfen: Was soll werden? Es ist nicht möglich, Kartoffeln hier in den Läden zu bekommen. Ich bin überzeugt, daß auch Frühkartoffeln im Schleichhandel zu 100 Prozent vertrieben werden. In der vorigen Woche war meine Frau in Watenbüttel und wollte unsern Kartoffelabschluß machen. Da hörte sie, daß von einer Bauerfrau erklärt wurde: „Wir haben 20 Zentner abgeliefert, und 20 Zentner sind uns noch so aus dem Hause geholt.“ Wenn so etwas nicht geschähe, wenn dem Schleichhandel gründlich zu Leibe gegangen würde, wie man sehr wohl könnte, dann würde besser für die Bevölkerung im allgemeinen gesorgt werden können.

Was für ein Skandal ist das jetzt mit den Bohnenpreisen! Ist es nicht unerhört, daß die Kleinhandelspreise so hoch festgesetzt sind! Und dabei werden die Höchstpreise noch nicht einmal innegehalten. Die Händler versuchen auf alle Weise, mehr zu bekommen, und dabei wissen die Konservenfabriken nicht, wohin mit den Bohnen. Dort verderben sie geradezu, und der Magistrat oder der Schulvorstand ist aufgefordert, den Schulkindern freizugeben, damit die Bohnen in den Fabriken verarbeitet werden können. Dort sind sie nicht zu bewältigen, und die Bevöl- 19 muß sich behelfen.

Ebenso wie mit den Fischen ist es auch mit dem Käse. Seit 5—6 Wochen bin ich bei der Käselieferung nicht an die Reihe gekommen. Ich weiß nicht, woran das liegt. Wenn es aber in dieser Zeit schon mit dem Käse knapp ist, wie soll es dann erst im Winter werden, wenn das Vieh nicht mehr auf die Weide geht? An bestimmten Tagen könnten wir sehen, wie die Leute — selbst die kleinsten Kinder

werden mit hinausgeschickt — mit der Bahn zu Hunderten nach Meine, Meinholz fahren und auf die umliegenden Dörfer, z. B. Essehof und andere Orte, gehen, um dort Käse wegzuholen. Für das Pfund Quark müssen sie 1 *M* geben, und hinzu kommt für sie noch die Mühe und der Fahrpreis auf der Bahn. Könnte das nicht organisiert werden, auch wenn diese Molkereien im hannoverschen Kreise liegen, damit es der Allgemeinheit zugute kommt?

Alles dieses zeugt von so wenig Organisationstalent, daß man sich wundern muß, wie unsere deutsche Organisation noch immer in den Zeitungen gerühmt werden kann.

Ein Jammer war es in den letzten Wochen mit dem Brotaufstrich. Bei dem vorletzten Marmeladeverkauf war sie im Übermaß zu bekommen, so daß die Leute aus den benachbarten Städten zu uns hereingekommen sind und Marmelade geholt haben. Dann aber haben wir wochenlang warten müssen, bis wir wieder etwas aufs Brot bekamen, so daß wir trocken Brot essen mußten. Auch diese Ausgabe von Marmelade hätte besser organisiert werden können. Es ist nicht zu bestreiten, daß Krankheiten, besonders Lungentuberkulose, unter den Kindern in so starker Weise zunehmen, daß der Nachwuchs gefährdet ist. Wenn man etwas vaterländisches Gefühl hat, dann sollte man von jenen Stellen, die dafür zu sorgen haben, schon um dieser Schäden willen Änderungen treffen, damit nicht das ganze Volkswohl heruntergerissen wird. Für Fleisch werden jetzt 3 Pfund Kartoffeln in der Woche geliefert. Das ist ja im Quantum etwas erheblicher, aber im Nährwert kann es dem halben Pfunde Fleisch kaum gleichkommen.

Es mangelt also auf allen Gebieten, und wenn es jetzt bei der Ernte schon so ist, wie wird es dann erst im Winter und im nächsten Frühjahr werden! Es ist richtig: die Kartoffeln werden ganz offen in den Läden weit über Höchstpreis, zu 45 Pfennig das Pfund verkauft. Ähnliches haben wir bei den Kirschen gesehen, und so kann man fortfahren, über alle möglichen Lebensmittel zu sprechen. Wir mögen nennen, was wir wollen, nichts ist da, und wo etwas vorhanden ist, wurde weit über Höchstpreis gefordert. Es scheint mir nicht der ernste Wille vorhanden zu sein, daß etwas gegen den Schleichhandel geschieht, um die Bevölkerung zu schützen.

Stadtr. **Meyerhoff** übernimmt den **V o r s i z** wieder.

Stadtrat **von Franckenberg**: Ich möchte in bezug auf die Kartoffelversorgung an, folgendes hinweisen: So erwünscht es ist, daß für die Bevölkerung eine möglichst große Wochenmenge an Kartoffeln nach der neuen Ernte verfügbar sein wird, so ist doch eine sehr wichtige Aufgabe der Kartoffel zu erwähnen, die unter Umständen erheblich ins Gewicht fallen kann: das ist die Streckung des Brotes mit Kartoffeln. Im vergangenen Wirtschaftsjahr haben wir Kartoffelmehl zur

Streckung des Brotmehls bekommen, und das war sehr erwünscht, weil wir sonst längst nicht so lange mit den 1900 g für das Brot ausgekommen wären. Als der 1. Juli ins Land kam, stoppte die Lieferung der Tefa ab, weil sie nicht genug Kartoffeln bekommen hatte. Es ist aber im höchsten Grade wünschenswert, daß der Zustand, der zwischen dem 1. Juli und dem 15. August sich herausstellte, sich in dem bevorstehenden Wirtschaftsjahr nicht wiederholt. Die Sache liegt übrigens nicht so, daß jetzt, wo wir in der Ernte sind, alles reichlich sein müßte, sondern wir befinden uns jetzt noch in dem schwierigen Übergangszustande, der voraussichtlich aber in wenigen Wochen überwunden sein wird, denn greifbar ist das, was die neue Ernte bringt, noch nicht, ja, es ist noch nicht einmal klar, was zur Verfügung stehen wird. Wenn zur Streckung des Brotmehls etwas von der demnächstigen Kartoffelernte zurückbehalten werden sollte, so könnte dadurch selbstverständlich bewirkt werden, daß die Durchschnittsmenge der wöchentlichen Kartoffellieferung etwas vermindert wird. Das würde ich aber nicht so sehr bedauern, weil ich wiederum großen Wert darauf legen muß, daß in ausgiebiger Menge für die Zeit vom 1. November dieses Jahres bis Mitte August nächsten Jahres auch Kartoffelmehl zur Verfügung steht.

Stadtv. Kraus: Der Stadtverordnete hat das Recht und die Pflicht, öffentliche Zustände zu kritisieren, aber er hat nicht das Recht, einen sachlich begründeten Kern durch derartige Schärfen und unnötige Ausfälle zu verbittern und zu vergiften, wie es Herr Genzen getan hat. Aus Selbstachtung für das Amt eines Stadtverordneten möchte ich dagegen Einsprache erheben. Von den anderen Herren ist in sachlicher Weise die Angelegenheit behandelt worden, und das, was getadelt worden ist — und zum Teil mit Recht getadelt —, bezieht sich auf Fragen, über die wir uns später einmal an Hand der Stenogramme unterhalten können, wenn es sich darum handelt, den Staatssozialismus abzubauen.

Sodann möchte ich Herrn Stegmann bitten, seinen Antrag so abzuändern, daß er statt „10½ Pfund“ sagt „eine größere Menge als 7 Pfund, tunlichst 10½ Pfund“. Wenn ein Antrag einen sachlichen Zweck haben soll und nicht nur als Luststoß und Demonstration gelten soll, so muß etwas Erreichbares sein Ziel sein. Wenn Herr Stadtv. Stegmann den Antrag so abändert, daß es heißt: „eine größere Menge als 7 Pfund, tunlichst 10½ Pfund“, so handelt es sich um etwas Erreichbares, und wir stellen uns mit ihm auf den Boden seines Antrages, vielleicht einstimmig. Wir tun damit, was unsere Pflicht als Stadtverordneter ist: die Kritik, die geübt werden mußte, auch in einen wirklich guten Endzweck überzuleiten.

Stadtv. Genzen: Ich möchte Herrn Stadtv. Kraus fragen, inwieweit er nachweisen kann, daß ich irgendwie etwas behauptet habe, was der Wahrheit nicht ent-

spricht. Es ist ja aber für manchen unangenehm, die Wahrheit zu hören. Wir sind hier nicht, im Salon, wo der Salonton herrscht. Das richtige Wort an richtiger Stelle muß ausgesprochen werden; die Pflicht haben wir als Stadtverordnete, das zu sagen, was wir im Interesse der Bevölkerung für notwendig halten.

Stadtv. Ribbentrop: Von Herrn Benzen ist behauptet worden, daß im deutschen Vaterlande für das Volk nichts geschehen wäre. Dem muß ich widersprechen und muß kurz Stellung nehmen gegen die Worte, die hier gefallen sind, und gegen die Ideen, die hier vorgetragen sind. Geschaffen ist viel. Schwer ist es, die verbündeten Völker, die 150 Millionen Menschen mit Nahrung zu versorgen und sie gleichmäßig zu verteilen. Daß das gelungen ist, wenn auch nicht ganz ohne Fehler, dafür ist der sicherste Beweis, daß wir hier stehen, daß wir leben und existieren. Wäre die Lebensmittelversorgung schief gegangen, und wäre die Verteilung durch die Behörden nicht vorgenommen, dann hätten wir die Russen und Franzosen hier, dann wären die Verhältnisse ganz anders geworden, dann hätten wir weder Fleisch noch Kartoffeln, dann litten wir Not, und die Bevölkerung ginge dem Hungertode entgegen. Was nun die Kraft anlangt, die noch in unserem Volke steckt, so habe ich den Vorzug, zwei der Herren Redner noch aus der Zeit vor dem Kriege zu kennen. Ihre Kraft hat noch nicht nachgelassen, weder ihre geistige noch körperliche. Solche Dauerreden halten, wie sie es hier getan haben, das kann nur ein vollständig kräftiger und wohlernährter Mann. Sie selbst führen den Beweis, daß die Kraft dem deutschen Volke noch nicht verschwunden ist.

Vorsitzender Meyerhoff: Herr Kraus hat den Antrag eingebracht, den Antrag Stegmann in der Weise zu ändern, daß am Schlusse gesagt wird: „eine größere Menge als 7 Pfund, tunlichst 10½ Pfund“.

Stadtv. Stegmann: So gern ich der Anregung des Herrn Kraus entgegenkommen würde, so kann ich doch wirklich nicht einsehen, welchen Zweck das haben sollte. Schon im vorigen Jahre hat das Haus den Antrag angenommen, 10½ Pfund Kartoffeln als Wochenration zu verlangen. Aus welchem Grunde sollten wir jetzt mit unserer Forderung zurückgehen? Man kann es schon deshalb nicht, weil die Ernährungsverhältnisse — wie ich schon angeführt habe — gegen früher schlechter geworden sind. Mein Antrag soll ein Luststoß sein? Wenn Sie ihn umändern, ist es genau solch ein Luststoß. Es handelt sich nicht allein darum, daß — wie Herr Stadtbaurat Gebensleben ausführte — der Antrag weitergegeben wird, er muß auch energisch vertreten werden, es muß beim Ministerium auf den Tisch geschlagen und gesagt werden, daß es so nicht weitergehen kann. Nicht nur die arbeitenden Klassen leiden unter der zu geringen Wochenration; alle Stände

bis hinein in die höheren Kreise, Handwerker, Lehrer und Angestellte gehen Woche für Woche aufs Land, um Kartoffeln zu holen, weil sie nicht hungern wollen. Es handelt sich bei meinem Antrage also nicht nur um die Arbeiter.

Dann wurde gesagt, daß für die Erhöhung nötige Quantum solle nicht vorhanden sein. Wenn auch die Anbaufläche in Kartoffeln zurückgegangen ist, so muß ich doch fest annehmen, daß angesichts der sonstigen Ersparnisse es unbedingt möglich ist, dieses Wochenquantum von 10½ Pfund zu geben. Ich könnte eine Rede des Bürgermeisters von Nürnberg vorlesen, in der er die Misere der Bevölkerung ungefähr ebenso wie Herr Genzen schildert, und in der er sagt, 50 Prozent der Lebensmittel könnten mehr gegeben werden, wenn man gerecht rationieren wollte. Aber man will nicht, und daß der Staatsanwalt zuweilen eingreift, geschieht nur zum Schein. Ich gebe zu, daß man an Kartoffeln der arbeitenden Bevölkerung etwas mehr gönnt, aber im allgemeinen ist es so, daß man nicht geben will, und deshalb sehe ich nicht ein, daß ich diesen Antrag, der selbstverständlich ist, zurückziehen oder verschlechtern soll. Ich bitte dringend, ihn so anzunehmen, wie ich ihn eingebracht habe.

Ich weise noch darauf hin, daß im vorigen Jahre auch Gemüsekonserven stattseitig verkauft worden sind, jetzt aber hat der Magistrat bekanntgegeben, daß er in diesem Jahre dazu nicht in der Lage sei, und fordert deshalb die Haushaltungen auf, Gemüse möglichst selbst einzukochen. Wer kann das aber? Die Gemüsepreise sind so ungeheuerlich gestiegen, daß schon der Preise wegen nicht viel eingekocht werden kann. Und Hunderte und Tausende von Frauen sind nicht in der Lage dazu, weil sie auf Arbeit sind und deshalb keine Zeit zum Einkochen haben. Wenn Sie sich das noch vor Augen halten, dann müssen Sie erkennen, daß die Verhältnisse im nächsten Winter noch trostloser werden als im Vorjahre. Deshalb ist es dringend nötig, daß 10½ Pfund Kartoffeln wöchentlich ausgegeben werden. Ich halte meinen Antrag aufrecht.

Vorsitzender Meyerhoff: Ich werde nachher vorschlagen, die Redezeit auf 5 Minuten zu beschränken, damit wir in der Tagesordnung weiterkommen.

Stadtv. Wesemeier: Ich wollte konstatieren, daß man nach Ansicht des Herrn Ribbentrop schon geistig und physisch zur Ruine geworden sein muß, wenn man seine Meinung hier äußern will, und ehe man Grund zur Klage haben darf. Herr Ribbentrop scheint es für durchaus recht zu halten, daß die Zustände so sind, wie sie heutzutage vorliegen, daß die oberen Schichten alles haben und in Bädern leben können, während die große Menge des Volkes geradezu hungern muß. Wer etwas anderes fordert, ist eben ein Mörgler. Augenblicklich haben wir die Stufe des Kadavergehorjams noch nicht erklimmt, wie es Herr Major Ribbentrop fordert hat. Wir haben das Wohl des Volkes im Auge, weil darauf das Wohl

des ganzen Staatswesens beruht. Wenn das Volk geistig und physisch so herunter ist, wie Herr Ribbentrop meint, daß es seine Meinung nicht mehr äußert, dann ade mit dem Volkswohl.

Vorsitzender Meyerhoff: Ich habe in den Worten des Herrn Majors Ribbentrop den Vorwurf nicht gefunden, den Herr Wesemeier herausgehört hat, sonst würde ich solche Worte gerügt haben. Ich kann aber nicht zulassen, daß solche persönlichen Angriffe hier weitergeführt werden. Der Herr Major hat nur nach dem Augenschein behauptet: Wer noch solche Dauerreden halten kann, ist physisch und körperlich nicht so weit herunter. Ich bitte, den Wortstreit zu beenden, und ersuche auch Herrn Major Ribbentrop, das Wort hierzu nicht mehr zu nehmen.

Stadtv. **Ribbentrop** verzichtet auf das Wort.

Der weitergehende Antrag Stegmann kommt zuerst zur Abstimmung und wird von der Mehrheit der Versammlung angenommen.

Stadtv. **Munte:** Es ist jetzt 5 Minuten nach 9, und wir haben heute fast noch nichts von der Tagesordnung erledigt. Dazu kommt, daß noch mehrere Anträge vorliegen, die nur Zweck haben, wenn sie schnell erledigt werden. Ich möchte zur Erwägung stellen, ob nicht vielleicht auf morgen nachmittag wieder eine Sitzung angesetzt werden soll.

Vorsitzender Meyerhoff: Wenn Sie den Beschluß fassen, daß — wie ich vorschlagen wollte — kein Redner länger als 5 Minuten das Wort erhält, dann kommen wir mit den vorliegenden Sachen bald zu Ende. Ich frage die Versammlung, ob sie damit einverstanden ist, daß den Rednern heute nur noch 5 Minuten Redezeit bewilligt werden soll.

Die Mehrheit stimmt dem Vorschlage des Vorsitzenden zu.

Stadtv. **Ribbentrop:** Es ist jetzt 9 Uhr, und seit 4 Uhr sitzen wir hier. Wenn ich mich auch vollständig bei Kräften fühle und, auch die geehrten Herren noch bei Kräften sind, so habe ich doch das Bedürfnis, entweder eine Pause in den Verhandlungen eintreten zu lassen, um eine Erfrischung einnehmen zu können, oder es wäre angebracht, dem Antrage zu folgen, daß wir morgen wieder zusammenkommen. Wir werden heute mit der Tagesordnung doch nicht fertig, und wenn wir auch bis Mitternacht tagen wollten.

Vorsitzender Meyerhoff: Es liegt noch eine Anfrage des Herrn Genzen vor, die vom Magistrat rasch erledigt werden kann, und auch die zweite Anfrage des

Herrn Genzen wird zu einer Debatte kaum Anlaß geben. Dann hat Herr Ohlen-
dorf noch eine Anfrage gestellt, die er aber wohl fallen lassen wird, da die Sache
schon durch die heutige Besprechung erledigt ist.

Stadtv. **Ohlen-
dorf**: Im allgemeinen ist das richtig, was der Herr Vorsitzende
sagte: die Sache ist fast erledigt. Ich habe nur noch etwas zu sagen, was vielleicht
eine Minute in Anspruch nimmt.

5. Anfrage Genzen, betreffend Lieferung der den städtischen Arbeitern zustehenden Bekleidungsgegenstände.

Wortlaut der Anfrage s. S. 122.

Stadtv. **Genzen**: Eine besondere Begründung meiner Anfrage brauche ich
nicht zu geben, sie liegt in der Anfrage selbst. Ich möchte nur um eine Beant-
wortung durch den Magistrat bitten.

Oberbürgermeister **Ketemeyer**: Es ist uns leider nicht möglich gewesen, die
Bekleidungsgegenstände für die städtischen Arbeiter in dem Umfange wie in
früheren Jahren zu beschaffen. Wir haben deshalb schon die Vergütung, die für
Anschaffung eigener Kleidung gewährt wird, erhöht, und wie ich weiß, liegt ein
Antrag vor, sie noch weiter zu erhöhen. Ob damit viel zu erreichen ist, entzieht
sich meiner Beurteilung. Ich habe vor, die Lohndeputation einzuberufen und die
Sache mit ihr zu besprechen.

Stadtv. **Genzen**: Die Leute fühlen sich beschwert; sie haben vertraglich die
Kleidungsstücke am 1. April zu verlangen. Sie sind aber mit einer Geldentschädi-
gung einverstanden, nur haben sie sie im vorigen Jahre erst am 1. Dezember be-
kommen, während sie ihnen vertraglich am 1. April zusteht.

6. Anfrage Genzen über die Erhöhung der städtischen Ruhelöhne.

Wortlaut der Anfrage s. S. 122.

Stadtv. **Genzen** verzichtet auf eine Begründung.

Oberbürgermeister **Ketemeyer**: Die Regelung der Ruhelöhne der städtischen
Arbeiter ist dadurch verzögert, daß die Beamten mit der Aufstellung nicht früher
haben fertig werden können. Jetzt liegt mir das Verzeichnis vor. Selbstverständ-
lich werden die Beträge vom 1. Juli an nachgezahlt, und ich bin auch der Ansicht,
daß wir mit der Auszahlung nicht bis zum 1. September warten, sondern sofort
damit beginnen.

Es liegt noch eine Frage in dieser Richtung vor, die ich aber in der vertraulichen Sitzung zur Sprache bringen möchte.

7. Anfrage Ohlendorf, betreffend die stärkere Belieferung der Stadt mit Nahrungsmitteln.

Wortlaut der Anfrage s. S. 122.

Stadt v. **Ohlendorf**: Nur einige Worte. Es beginnt die fleischlose Woche, und wir haben deren noch mehrere zu erwarten. Deshalb möchte ich den dringenden Wunsch aussprechen, daß, wenn es irgend möglich ist, in diesen Wochen einige Eier mehr verteilt werden. Das müßte möglich sein, wenn wir den so oft gerügten Schleichhandel auch in bezug auf Eier eindämmen; in dieser Beziehung grassiert der Schleichhandel geradezu. Es werden Preise bis 1 M für ein Ei gezahlt, und infolgedessen wird die festgesetzte Zahl Eier von dem Erzeuger nicht an die Verwaltungsstellen abgeliefert, sondern in Harzburg und andern Badeorten zu hohen Preisen verkauft.

Sodann möchte ich ins Auge gefaßt sehen, daß mehr Tomaten nach hier geschafft würden. Ich weiß wohl, daß hier die Tomatenernte wegen des kühlen Wetters nicht geraten ist, aber Tomaten wurden doch früher sehr viel bei uns eingeführt, in diesem Jahre sieht man hier keine. Bei Verwendung von Tomaten würden auch sonstige Aufstreichmittel gespart werden, und es ist wohl möglich, daß nach dieser Richtung etwas geschieht.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Bezüglich der Eier nur noch einige Worte. Selbstverständlich würde der Magistrat in den fleischlosen Wochen gern drei Eier oder gar fünf Eier austeilen, wenn er sie nur hätte, aber das ist leider nicht der Fall. Allerdings haben wir etwa 900 000 Stück eingelegt, die wir aber erst ausgeben wollen in den Wochen, wo bestimmt keine frischen Eier zu erwarten sind. Ich würde es nicht für richtig halten, jetzt diese Eier aus dem Kalk herauszunehmen, um sie an die Bevölkerung zu verteilen. Frische Eier kommen nicht mehr an. Allerdings ist dem Magistrat bekannt, daß mit Eiern ein weit verbreiteter Schleichhandel getrieben wird, aber es ist dem Landesernährungsamt, das für die Beschaffung der Eier zu sorgen hat, außerordentlich schwer, in wirksamer Weise darin Wandel zu schaffen, weil das Ergreifen der Eier viel schwieriger ist als das der sonstigen Nahrungsmittel. Nach der allgemeinen Organisation haben wir im Jahre auf den Kopf der Bevölkerung 25 Eier zu verlangen, und dieses Soll werden wir unter allen Umständen auch erreichen. Wir haben ja schon mehr als 10 — ungefähr 15 — Eier verteilt und werden bestimmt im ganzen Jahre damit auf die Zahl 25 kommen. Das kann allerdings nur unter Zuhilfenahme von

Auslandeiern geschehen, die leider recht teuer sind. Es ist den Herren bekannt, daß wir Auslandeier zum Preise von 49 Pfennig eingekauft haben, solche, die in Berlin zu 56 Pfennig verkauft sind. Leider kann ich Ihnen keine großen Hoffnungen bezüglich der verstärkten Ausgabe von Eiern machen. Um unsern guten Willen zu zeigen, haben wir eine Bekanntmachung erlassen, daß in dieser Woche der Bruchteil eines Eies verteilt wird, indem in jedem Bezirk einzelne Straßen bei der Eieraussgabe an die Reihe kommen. Es stehen uns augenblicklich dafür 45 000 Eier zur Verfügung, wir brauchen aber 130 000 Eier, wenn wir alle Einwohner mit einem Ei bedenken wollen, so daß wir diesmal nur den dritten Teil der städtischen Bevölkerung beliefern können. Ich hoffe aber, daß wir in der nächsten Woche so viele Eier, vielleicht auch Auslandeier hereinbekommen, daß auch die anderen Straßen an die Reihe kommen können.

8. Antrag Tebbenjohanns, betreffend die schnelle Aufstellung einer Ölmühle für die Stadt.

Wortlaut des Antrages f. S. 122.

Stadtv. **Tebbenjohanns** (zur Begründung): Als wir in der letzten Sitzung der Finanzkommission uns mit dem Antrage Riefe beschäftigten, der darauf abzielt, Bucheckern zu sammeln und Buchöl zu pressen, wurde betont, daß es einerlei sei, wo das Öl geschlagen würde, innerhalb oder außerhalb des Herzogtums; die Einwohner des Herzogtums würden dadurch nicht geschädigt. Ich glaube, daß dieser Standpunkt sich nicht halten läßt, denn verschiedene Punkte, die das Gesetz vorschreibt, führen zu der Erkenntnis, daß es sehr wesentlich ist, wenn wir das Öl hier in der Stadt selbst schlagen. Nach dem Gesetze sollen bekanntlich alle Bucheckern, die nicht für den eigenen Gebrauch bestimmt sind, abgeliefert werden. Der einzelne kann für das abgelieferte Quantum einen Bezugsschein für die Hälfte bekommen oder einen Schlagschein. Im ersten Falle wird ihm das ganze Quantum voll bezahlt, und er muß das Öl des Bezugsscheines bezahlen, im zweiten Falle hat er ebenfalls Anspruch auf Bezahlung der Hälfte und bekommt für ein gleiches Quantum, wie er abgeliefert hat, einen Schlagschein. Auf den Bezugsschein soll nun, soweit ich unterrichtet bin, auf Basis von 7 kg pro 50 kg Öl gegeben werden, während bei einer Ausnutzung des Schlagscheins ein wesentlich größeres Quantum Öl herauszuholen ist. Die Ausnutzung des Schlagscheins in der Stadt würde außerdem noch die Bedeutung haben, daß die Stadt auch die Rückstände erhält und für sich gebrauchen kann. Jedenfalls erhellt aus dieser Sachlage, daß es für die städtischen Bewohner wesentlich günstiger ist, wenn die Schlagscheine hier ausgenutzt werden können, als wenn damit nach auswärts gezogen werden muß oder der Sammler einen Bezugsschein nimmt und dasjenige erhält, was ihm darauf

geliefert wird. Im Bundesstaate Preußen soll die Sache so gemacht werden, daß von den 7 kg. dem Einreicher tatsächlich 6 kg gegeben werden und 1 kg für die Allgemeinheit zurückbehalten wird. In Braunschweig ist man der Meinung, daß von den 7 kg. dem Einlieferer 4 kg gegeben werden und 3 kg der Allgemeinheit zugeteilt werden sollen. Jedenfalls würde es sich nicht empfehlen, wenn die Inhaber von Schlagscheinen sich sagen müßten: „Wir müssen mit unserem Schein nach Magdeburg gehen“, sondern es würde sich empfehlen, daß möglichst hier in der Stadt eine Ölmühle eingerichtet wird, in der die Bucheckern geschlagen werden könnten. Da nun nach den erlassenen Bestimmungen nur solche Mühlen in Frage kommen können, die mit Wasserkraft betrieben werden, so würden hier nur in der Neustadtmühle und in Eisenbüttel Ölmühlen eingerichtet werden können. Ich möchte deshalb beantragen, möglichst an beiden Stellen Ölmühlen einzurichten, damit der Bevölkerung das in diesen Mühlen geschlagene Öl und die Rückstände in weitestem Umfange zugute kommen.

Stadtv. **Niese** beantragt sofortige Beratung des Antrages.

Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

Stadtv. **Kraus**: Meine Firma hat im Juni an die Stadt Braunschweig geschrieben, daß sie bereit wäre, aus rein patriotischem Interesse der Stadt eine im eigenen Arbeiterinteresse zu bauende Ölmühle in beschränktem Umfange in einer Abteilung unseres Werkes zur Verfügung zu stellen. Wir haben aber darauf keine Antwort bekommen, so daß ich die Stellungnahme der Stadt hierzu nicht kenne.

Betreffs des Antrages, in der Neustadtmühle eine derartige kleine Ölfabrik aufzustellen, muß ich vom fachmännischen Standpunkte aus sehr erhebliche Bedenken vorbringen. Man scheint zu übersehen, daß eine Ölfabrik hinsichtlich der Feuerversicherung zu den gefährlichsten Betrieben gehört, und daß es sich bei der Versicherung einer Anlage in der Neustadtmühle nicht um eine Feuerversicherung von vielleicht 40 000 M., sondern um eine Erhöhung der Prämie für die Versicherung der ganzen Neustadtmühle mit Getreidevorräten handeln würde. Das ist ein Umstand, der ganz erhebliche Kosten herbeiführen würde. Außerdem habe ich auch zu bezweifeln, daß Nichtfachleute, die sich zum ersten Male mit der Ölfabrikation beschäftigen sollen, so viel Öl aus den Ölfrüchten herausholen, wie bei dem Antrage gesagt ist. In Wirklichkeit kann bei einer angemessen betriebenen Ölfabrikation mehr Ausbeute herausgepreßt werden, und unsere Fettstoffe sind doch in dieser Zeit das, was der Bevölkerung am dringendsten notwendig ist. Ich halte deshalb den Weg, den Sie jetzt vorhaben, für ungünstig und aus einem noch anderen technischen Grunde für falsch. Es ist nämlich falsch, die Ölsaat durch eine mit direkter Heizung betriebene Feuerung anzuwärmen. Wird die Anwärmung nämlich durch Koksfeuerung bewirkt, so erhöht das die Feuergefahr, man hat ein

vollständig ungleiches Anwärmen, so daß man weniger Öl herauspreßt, indem in dem einen Stucken 7 Prozent, in dem andern 11 oder 12 Prozent zurückbleiben. Ich glaube, daß diese Sache sich nicht so einfach über das Knie brechen läßt, wie es theoretisch vom grünen Tische aus beabsichtigt worden ist.

Stadtv. Niese: Der Antrag Tebbenjohanns greift in meinen Antrag in seinem zweiten Absätze ein, wo ich ersucht habe, der Magistrat möchte Mittel bereitstellen, um die Bucheckern schlagen zu können. Ich bin der Meinung, man sollte dahin wirken, daß diese engherzige Bestimmung, wonach das Schlagen nur in bestimmten Mühlen zugelassen ist, vollständig fällt, denn die Bucheckernernte ist so reichlich, daß sämtliche Mühlen, die vor dem Kriege schon die Bestimmung hatten, Öl zu schlagen, in diesem Jahre nötig sein werden. Es ist nicht gleichgültig, ob wir unsere Bucheckern erst nach Magdeburg schicken müssen, denn das würde die Sache unnütz verteuern, und wir müßten dann auch auf das wertvolle Futtermittel der Rückstände verzichten, das wir sehr gut gebrauchen können. Es kann sich heute nur darum handeln, den Magistrat zu ermächtigen, bei der Landesregierung energisch vorstellig zu werden, daß der Stadt erlaubt wird, selbst eine Ölmühle an ein vorhandenes Werk anzuschließen. Das kann sehr gut auf dem alten Wasserwerk und bei der Neustadtmühle geschehen. Wenn es an der letzteren Stelle nicht angehen sollte, da wir vielleicht Knappheit an Wasser haben werden, so ist es vielleicht richtiger, wenn wir die Anlage nach dem alten Wasserwerk verlegen. Dort sind auch die Vorkehrungen vorhanden, daß das Preßgut genügend angewärmt werden kann. Mir ist der Prozeß der Ölgewinnung aus der Praxis gut bekannt.

Nun ist aber die Verteilung, wie sie bisher gedacht ist, nur eine auf dem Papier stehende. Jetzt würden sich die Kosten für das Sammeln der Bucheckern bei einem Doppelzentner auf 160 *M* stellen. Wenn man rechnet, daß man aus dem Doppelzentner 30 Kilo Öl erzielt, so würde das schon ein Kostenpunkt von 5½ *M* für das Kilo betragen, ohne die Kosten für das Schlagen und für den Transport, und dann würde man zu einem Preise von 15 *M* pro Kilo kommen. So teuer braucht das nicht zu werden. Wenn dieser Preis für das Sammeln bezahlt wird, dann möchte ich einen der Herren ersuchen, mit mir zusammen Bucheckern zu sammeln, dann würden wir mehr verdienen als in einem gewerblichen Betriebe. Würden wir zwei Zentner gesammelt haben, so hätten wir jeder 80 *M* verdient, und ich kann mir nicht denken, daß man das von oben beabsichtigt, denn durch diese Bestimmung von oben würde die ganze Sache ungemein verteuert. Wenn nun der Magistrat vorstellig werden würde und die Herzogliche Landesregierung sich gleichfalls dafür verwenden würde, so bin ich überzeugt, daß wir es erreichen würden, daß wir eine Ölmühle in unserer Stadt aufstellen könnten. Es

ist mir mitgeteilt, daß bei Herrn Direktor Kraus eine Ölmühle vorhanden ist, die sehr gut mit Motor angetrieben werden kann. Aber das Technische überlasse ich gern andern, die Aufstellung selbst würde jedoch sehr gut zu bewerkstelligen sein. Nur dürfen wir damit nicht warten, bis es zu spät ist.

Oberbürgermeister Netemeyer: Wir haben uns im Magistrat mit der Frage befaßt und sind zu der Ansicht gekommen, daß wir, wenn es möglich ist, eine derartige Mühle in der Stadt einrichten, und ich möchte die Herren bitten, dem zuzustimmen. Ich glaube, wenn uns Herr Kraus unterstützt, könnten wir die Sache sehr gut mit der verstärkten Finanzkommission erledigen, die dann eventuell die entstehenden Ausgaben gleich bewilligen könnte.

Stadtv. Munte: Am besten wird es jedenfalls sein, wenn der Herr Vorsitzende den Antrag einer Kommission überweist, die vielleicht unter Hinzuziehung des Herrn Kraus die Sache in die Hand nimmt. Bemerken möchte ich noch, daß eine Bestimmung besteht, daß die Anlage nur in einer Wassermühle aufgestellt werden darf, und eine Wassermühle besitzen wir ja nicht.

Oberbürgermeister Netemeyer: So sind meine Worte nicht aufzufassen, daß die Sache an eine Kommission verwiesen werden sollte, sondern nach meinem Vorschlage sollten die geehrten Herren gleich heute ihre Zustimmung dazu geben, daß der Magistrat ermächtigt wird, die Anlage auszuführen, und zwar im Einvernehmen mit der verstärkten Finanzkommission. Selbstverständlich werden wir Herrn Kraus bitten, uns behilflich zu sein.

Stadtv. Kraus: An der Bestimmung, daß die Anlage nur in einer Wassermühle zugelassen werden soll, brauchen wir uns nicht zu stoßen. Wir haben derartige Einrichtungen auch an anderen Stellen aufgestellt, die überall genehmigt sind, wo der Landrat es in Berlin energisch befürwortet.

Stadtbaurat Gebensleben: Die eben erwähnte Bestimmung lautet folgendermaßen: „Das Schlagen von Bucheckern ist nur in den vom Kriegsauschuß zugelassenen Ölmühlen und nur gegen Schlagstein gestattet.“ Wenn jemand also eine neue Ölmühle in Betrieb nehmen will, muß er die Zulassung bei der zuständigen Kriegsstelle beantragen, das ist der Kriegsauschuß für tierische und pflanzliche Öle in Berlin. Es ist uns bekannt geworden, daß diese Genehmigung ohne weiteres erteilt wird, wenn es sich um einen Betrieb mit Wasserkraft handelt, daß dagegen Bedenken obwalten, wenn zum Betriebe der Mühle Kohlen gebraucht werden. In dem Falle hat noch der Reichskommissar für die Kohlenversorgung ein Wörtlein mitzusprechen, und der lehnt sehr häufig einen solchen Antrag ab.

Vorhin hat Herr Stadtv. Kraus erwähnt, daß er beim Stadtmagistrat vor längerer Zeit einen Antrag eingereicht hätte, in welchem er darauf aufmerksam gemacht habe, daß er bereits eine Ölmühle hätte, die er für die braunschweigische Bevölkerung nutzbar machen wolle. Ich ersehe aus den Akten, daß der Stadtmagistrat diesen Antrag befürwortet und an das Herzogliche Staatsministerium beziehungsweise an das Herzogliche Landesernährungsamt weitergereicht hat. Wenn ich mich recht entsinne, hat mir vorgestern Herr Regierungsrat Spannuth gesagt, daß er mit Herrn Kraus über diese Sache Rücksprache genommen und ihm anheimgegeben hätte, beim Kriegsauschuß dahin vorstellig zu werden, daß ihm die Genehmigung erteilt würde. Das würde nun wahrscheinlich durch das Projekt, von dem der Herr Oberbürgermeister sprach, hinfällig werden. Wenn wir eine städtische Ölmühle bauen, so würden wir u n s e r e r s e i t s beim Kriegsauschuß vorstellig werden müssen, und das wird, sobald heute der Beschluß gefaßt ist, sofort geschehen.

Stadtv. Kraus: Was die Verhandlungen im Ministerium angeht, so sind sie geführt worden, als das Ministerium glaubte, daß es verpflichtet sei, Öl zu schaffen. Nachdem es aber von Berlin aus die Nachricht erhielt, daß es nicht dazu verpflichtet sei, hieß es: „Ihr könnt eure eigenen Wege gehen!“ Das ist charakteristisch dafür, wie die Behörde sich stellt, wenn man etwas für seine Arbeiter tun will. Wir hatten eine solche Ölmühle bauen wollen, damit die Leute, die in ihren Schrebergärten etwas Mohn- oder Sonnenblumensamen und dergleichen ziehen, dies zu Öl schlagen lassen konnten, aber an dem Bureaukratismus ist die Sache gescheitert, so daß es heute fraglich erscheint, ob die Anlage bis zum November, wenn die große Bucheckernernte des Herrn Kiefe kommt, noch herzustellen ist.

Dem Vorschlage des Herrn Oberbürgermeisters, den Magistrat zu ermächtigen, gemeinsam mit der verstärkten Finanzkommission die Einrichtung einer städtischen Ölmühle zu beschließen, stimmt die Versammlung zu.

9. Anfrage Kiefe, betreffend die angebliche Mehrlieferung von Brottarten nach dem Hauptfriedhofe.

Wortlaut der Anfrage: „Ist es begründet, daß nach dem Zentralfriedhofe für längere Zeit mehr Brottarten geliefert sind, als Berechtigte dort vorhanden waren? Sind die zuviel gesandten an den Magistrat zurückgegeben, oder ist die Untersuchung über diese Angelegenheit noch nicht beendet?“

Stadtv. Kiefe (zur Begründung): Es kann sich bei dieser Frage nicht um eine Senjation oder Demonstration handeln, sondern nur darum, daß das Gerücht,

daß in der Stadt herumswirrte, klargestellt wird. Ich hatte schon in der vorigen Stadtverordnetenversammlung diese Anfrage gestellt. Sie haben aber gegen die weitere Behandlung gestimmt, weil der Dezerent in dieser Sache, Herr Stadtrat von Frankenberg, in der Versammlung nicht zugegen war. Da er heute zugegen ist, habe ich ihn gefragt, ob er Antwort geben würde. Er hat das zugesagt, und so überlasse ich ihm das Weitere.

Stadtrat von Frankenberg: Meine Herren! Ich kann Ihnen in aller Kürze beruhigende Auskunft geben. Es war in der Zeit, kurz bevor ich meinen Urlaub antrat, eine Anfrage von der Polizeidirektion eingegangen, ob es richtig sei, daß auf dem Hauptfriedhofe Brotkarten unterschlagen seien. Ich habe die Sache zur Untersuchung an Herrn Inspektor Heumann gegeben, und während ich auf Urlaub gewesen bin, ist von dem genannten Friedhofsinspektor die Antwort eingegangen, daß die Verteilung der Zuschlagsbrotkarten erfolgt sei durch den Arbeiterausschuß, der mit Ermächtigung des Stadtmagistrats von der Friedhofsverwaltung mit dieser Arbeit betraut war. Wenn bei den Meldungen, die uns über die Zahl der Brotkartenberechtigten gemacht waren, vielleicht eine reichlich große Zahl angegeben worden ist, dann hat das damit seine Begründung gefunden, daß ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen des Friedhofes nicht nur mit der Bewirtschaftung der Bieranlagen befaßt ist, sondern daß in erfreulicher Weise man dort auch Gemüsebau treibt. Wir haben deshalb einen Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen der Schwerarbeiterzulage für teilhaftig erklärt, die sie sonst wegen der gärtnerischen Arbeit nicht befugt waren zu erhalten, und so ist die Möglichkeit vorhanden, daß diese Berechtigung für die Arbeiter und Arbeiterinnen etwas reichlich ausgefallen ist. Der Zuschlagsausschuß hat sich schon mit dieser Frage befaßt, und soweit mir bekannt ist, wurde die Antwort des Friedhofsinspektors mit dem Bemerkens zurückgegeben, daß von einer Unterschlagung von Brotkarten nicht die Rede sein könne. Es ist bei dieser Verwaltung nicht anders als bei anderen Verwaltungen, wo die Brotkartenfrage ordnungsmäßig gehandhabt wird.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, die nächste Sitzung über acht Tage abzuhalten, worauf die öffentliche Sitzung vom **Vorsitzenden** geschlossen wird.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis nach 9½ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 29. August 1918.

Tagesordnung:

1. Antrag Riefe auf Erhöhung der Unterstützung der Kriegerfrauen und der Sätze der städt. Armenpflege Seite 200
 2. Antrag Riefe, betreffend die Sammlung und Auspressung von Bucheckern " 202
 3. Feststellung des Teilortsbauplans am unausgebauten Teile der Kreuzstraße " 215
 4. Nachverwilligung von Kosten für den Umbau des Fabrikgebäudes auf dem ehemaligen Grundstücke der Zuckerfabrik Brunonia " 216
 5. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern für die von der Stadt errichtete Stiftung „Kindersegen“ " 216
 6. Erwerb von Flächen an der Grenze der Fliegerstation und Verpachtung derselben an den Reichs- (Militär-) Fiskus 217
 7. Instandsetzung des Vorder- und Hinterhauses auf dem Grundstücke Hintern Brüdern 24 " 220
 8. Änderung des Ortsbauplans bezüglich der Salzdahlumer Straße zwischen Elmstraße und der Haupteinfahrt des Büßingschen Grundstücks und Ausbau dieser Teilstrecke " 220
 9. Herrichtung von sechs Wohnungen im Hinterhause des städtischen Grundstücks Nickelntulff 12 " 222
 10. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage auf dem städtischen Schlachthause " 222
- Außer der Tagesordnung behandelt:
11. Grundsätzliche Zustimmung zu dem Bebauungsplane für das Arkeröder Feld " 224
 12. Änderung der Fassung einiger Paragraphen des neuen Weitzunwachstenerstatuts " 225

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Stadträte von **Franckenberg** und **Mohr**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Schmidt**, **Steincke**, **Dr. Boge**, **Weichsel**, **Dr. Wolters**. Entschuldigt fehlen die Herren Stadtverordneten **Göde**, **Hartung**, **Loeschigt**, **Schulze**, **Lebbensjohanns**, **Trinks**, **Wesemeier**. Außerdem fehlen die Herren Stadtverordneten **Bunge**, **Kruse**, **Lauer**, **Steinbrecher**.

Vorsitzender **Meyerhoff**: Ich eröffne die Sitzung.

Es ist eine Anfrage eingegangen von Herrn **Salomon** mit folgendem Wortlaute:

„Ist der Magistrat in der Lage, darüber Auskunft zu geben, nach welchen Grundsätzen die Bucheckernernte ausgenutzt werden soll, insbesondere welcher Anteil an El den Sammlern zugebilligt wird?“

Ich glaube, diese Anfrage läßt sich bei Punkt 2 der Tagesordnung mit erledigen; der Herr Anfragende wird wohl damit einverstanden sein. (Zustimmung des Herrn Stadtv. Salomon.) Ich bitte ihn, dann seine Wünsche vorzutragen.

1. Antrag Riefe auf Erhöhung der Unterstützung der Kriegerfrauen und der Sätze der städt. Armenpflege.

Stadtv. Dr. **Randauer**: Der Antrag Riefe lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage zu machen, nach der die Unterstützungen für die Kriegerfrauen infolge der ungeheueren Preissteigerung für alle Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände entsprechend erhöht werden, ferner die Sätze der städtischen Armenpflege der Teuerung entsprechend zu erhöhen.“

Meine Herren! Alles, was der Herr Antragsteller bei Begründung seines Antrages gesagt hat, insbesondere über die sprunghafte Erhöhung aller notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, ist zutreffend, und es ist deshalb wohl an der Zeit, zu untersuchen, ob die Kriegerfrauen und die städtischen Armen noch mit den jetzt gewährten Sätzen auskommen können. Insbesondere ist unbegreiflich, daß eine Kriegerwitwe bedeutend weniger erhält als eine Kriegerfrau. Letztere erhält monatlich für sich 45 \mathcal{M} und für jedes Kind 22,50 \mathcal{M} , die Kriegerwitwe dagegen nur 23 \mathcal{M} für sich und 14 \mathcal{M} für je ein Kind. Indessen ist zu bedenken, daß erst vor ganz kurzer Zeit eine Neuordnung in bezug auf die Kriegerfrauen und die städtischen Armen getroffen ist, und daß die Regelung der Unterstützung nicht allein bei der Stadt liegt, sondern vor allem bei dem Reiche, das bekanntlich die Unter-

stützungen für die Kriegerfrauen und die Kriegerwitwen zählt. Unter diesen Umständen ist die Finanzkommission der Ansicht gewesen, daß es angezeigt ist — wie der Magistrat vorschlug —, einen Beschluß dahin zu fassen, der Versammlung zu empfehlen,

„den Magistrat zu ersuchen, Erhebungen darüber anzustellen, ob die Unterstützungen der Kriegerfrauen und der in Armenpflege Stehenden gegenüber der eingetretenen großen Teuerung eine Erhöhung erfordern, und gegebenenfalls den Stadtverordneten eine Vorlage zu machen.“

Ich empfehle diesen Antrag zur Annahme.

Stadtv. Riefe: Meine Herren! Sie werden mir zugeben, daß es nicht gerade Vergnügen macht, einen derartigen Antrag stellen zu müssen, sondern daß die eiserne Notwendigkeit mich dazu zwingt. Wenn heute auch die Kriegerfrauen die monatlichen Unterstützungen von 45 *M* und die Kinder derselben eine solche von 22,50 *M* erhalten, so ist doch noch nicht der halbe Monat hin, wenn ihnen das Geld schon zerronnen ist. Ich will auf die einzelnen Sachen, die verteuert sind, nicht näher eingehen, aber es gibt doch absolut nichts, was nicht zehnmal teurer ist, als es vorher war, und diese Preissteigerung hat nach der letzten Erhöhung der Sätze gewissermaßen sprungweise eingesetzt. Weil es notwendig ist, deshalb muß ich ersuchen, daß eine Erhöhung der Sätze vorgenommen wird, und ich nehme als bestimmt an, daß die Untersuchungskommission sich damit einverstanden erklären wird, bitte aber, daß dadurch die Sache nicht auf die lange Bank geschoben wird. Ich möchte auch, daß rückwirkend vom 1. Juli an die erhöhten Sätze gezahlt werden, denn das muß geschehen, wenn die Aufbesserung Zweck haben soll. Selbst wenn die Lohnsätze jetzt auch noch einmal so hoch sein sollten wie früher, so kommt eine Erhöhung doch immer erst später, wenn die Teuerung schon längst eingesetzt hat. Dabei ist die Preissteigerung in einer Höhe von 300 bis 400 Prozent vor sich gegangen, und eine Lohnerhöhung ist meist nur um 50 Prozent erfolgt. Die für Lohn Arbeitenden kommen also immer ins Hintertreffen. Ich möchte deshalb ersuchen, daß die Erhebungen so rasch wie möglich stattfinden und dann auch recht bald Stellung zu der zu erwartenden Vorlage genommen wird.

Genau so wie bei den Kriegerfrauen und Kriegerwitwen geht es den Empfängerinnen von Armenunterstützungen. Was sollen die Leute mit den paar Mark anfangen, die sie von der Stadt bekommen? Sie können sich höchstens einmal das Allerkärglichste gestatten und können nicht einmal das erschwingen. Da wäre es notwendig, daß man so bald als möglich dazu Stellung nimmt.

Stadtrat von Frankenberg: Wenn die geehrten Herren, wie nicht zu bezweifeln ist, dem Antrage der Finanzkommission zustimmen, so wird der Magistrat

die gewünschten Erhebungen sofort in die Wege leiten, wie ich einstweilen zur Beruhigung des Herrn Rieke bemerken möchte. Andererseits ist durch die Befugnisse des Nationalen Frauendienstes und der Bezirksvorsteher der Armenpflege, denen namhafte Mittel aus der Fädel-Stiftung zugeflossen sind, und durch das Landesfürsorgeamt, das für die Hinterbliebenen die reichen Mittel der Nationalstiftung zu verwenden hat, Vor Sorge getroffen, um bei Notständen über die zeitweiligen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen.

Stadtv. Genzen: Ich bedauere den Beschluß der Finanzkommission, und noch mehr bedauere ich, daß sich der Herr Antragsteller damit einverstanden erklärt hat, daß der Magistrat erst noch Erhebungen veranstalten soll. Ich meine, wenn man bei der heutigen Zeit und bei der jetzigen Teuerung die Summe von 45 *M* betrachtet, so sind doch Erhebungen nicht erst notwendig. Es muß jeder ohne weiteres zugeben, daß es einer Kriegerfrau nicht möglich ist, mit diesem Gelde auszukommen. Es ist nicht einmal möglich, damit die rationierten Lebensmittel zu kaufen, viel weniger, im Schleichhandel etwas zu erwerben, und Sie werden zugeben, daß auch eine Kriegerfrau nicht mit den rationierten Lebensmitteln auskommen kann. Ich habe schon in der letzten Sitzung erklärt, daß die Leute mit den zugeteilten Kartoffeln nicht auskommen können. Kartoffeln sind auch nebenbei überall zu kaufen, aber das Pfund zu 25 Pfennig. Um die Kinder nicht zu sehr hungern zu lassen, sind die Kriegerfrauen gezwungen, das Allernotwendigste im Schleichhandel zu erwerben. Da das Fett allerdings 15 *M* das Pfund kostet, können sie davon nichts kaufen, und so hoch werden die Unterstützungssätze auch nie kommen. Wenn nun aber der Magistrat Erhebungen noch für nötig erachtet, so möchte ich ihn ersuchen, die Erhebungen so schnell wie möglich stattfinden zu lassen. Ich hatte dieser Tage Gelegenheit, mit einer Frau zu sprechen, die sich in einem Laden einen einfachen Rock gekauft hatte und dafür 85 *M* hat zahlen müssen. Will sie den bezahlen, dann muß sie ihre Unterstützung von zwei Monaten aufsparen und hat nichts für sich zu essen. Es ist also dringend notwendig, daß die Erhebungen schnell veranstaltet werden, und daß die erhöhten Sätze rückwirkend gezahlt werden. Weiter kommt für die Notwendigkeit einer schnellen Hilfe in Betracht, daß jetzt auch die Zeit ist, wo sich die Familien mit Kartoffeln eindecken und Kohlen für den Winter besorgen müssen. Deshalb ist es tatsächlich Zeit, daß die Unterstützungen schnell erhöht werden, damit die Betroffenen wenigstens das Allernotwendigste erwerben können.

Dem Antrage der Finanzkommission stimmt die Versammlung zu.

2. Antrag Rieke, betreffend die Sammlung und Auspressung von Bucheckern.

Stadtv. Dr. Landauer: Dieser Antrag des Herrn Rieke lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei Herzog-

licher Forstverwaltung die Erlaubnis zu erwirken, für die Stadt Bucheckern zu sammeln zur Erzeugung von Buchöl, um die große Fettknappheit zu mildern, ferner Mittel zu bewilligen zu einer Anlage zur Clauspressung.“

Meine Herren! Es ist außerordentlich verdienstvoll von Herrn Riefe gewesen, mit diesem Antrage auf die große Bedeutung des Buchöls bei der jetzigen außerordentlich knappen Fettversorgung hingewiesen zu haben, indessen ist der Antrag heute durch die Ereignisse überholt. Er ist am 20. Juni gestellt, aber bereits am 30. Juli hat der Bundesrat eine Verfügung erlassen, daß die Landeszentralbehörden die Organisation zum Einsammeln und zur Verwertung von Bucheckern in die Hand nehmen sollen. Das Reich hat bestimmt, daß für die gesammelten Bucheckern in allen Staaten Annahmestellen errichtet werden sollen, von denen die Bucheckern zu einem bestimmten Preise angenommen werden. Ferner ist durch diesen Bundesratsbeschluß bestimmt worden, daß ein Teil der Bucheckern für die Sammler nutzbar gemacht werden soll. Ich kann Ihnen mitteilen, welche Ausführungsbestimmungen kurz darauf Preußen erlassen hat. In § 2 der preußischen Verordnung ist gesagt worden: „Wer Bucheckern an eine öffentliche Bucheckernannahmestelle abliefern, erhält 1. eine Vergütung von 1,65 *M* für das Kilogramm Bucheckern, 2. außerdem nach seiner Wahl a) entweder eine Quittung, auf Grund deren ihm vom Kommunalverbände die Erlaubnis erteilt wird, eine gleich große Bucheckernmenge, wie er an die öffentliche Abnahmestelle abgeliefert hat, zu Öl für seine Wirtschaft schlagen zu lassen (Schlagschein), oder b) eine Quittung, auf Grund deren ihm vom Kommunalverbände ein Bezugsschein über Speisöl in Höhe von 6 Prozent des Gewichtes der abgelieferten Bucheckernmenge erteilt wird (Ölbezugsschein).“ In Braunschweig sind bis heute keine Ausführungsbestimmungen erlassen, sie werden aber in aller Kürze erscheinen. Es ist bereits eine Annahmestelle für Bucheckern hier bestimmt worden, nämlich auf dem Eiermarke in der Abfallverwertungsgesellschaft, die mit der Leitung dieser Sache seitens des Ministeriums betraut ist. Auch gewisse Richtlinien über die Behandlung der Angelegenheit sind dem Magistrat bereits mitgeteilt, die aber noch nicht ein bestimmtes Bild von dem geben, was geplant ist. Diese Richtlinien unterscheiden sich von den preußischen Bestimmungen dadurch, daß ein etwas niedrigerer Preis für die Bucheckern gezahlt werden soll (statt 1,65 *M* in Preußen bei uns nur 1,60 *M*), und daß die Menge des Buchöls, das den Sammlern geliefert wird, nicht 6 Prozent, sondern nur 3 Prozent betragen soll. Ob dies eine glückliche Bestimmung ist, muß die Zukunft lehren. Es wird dadurch bei uns den Sammlern weniger zurückgeliefert, aber das Zurückbehaltene kommt der Allgemeinheit zugute. Da aber die preußischen Grenzen in Braunschweig überall sehr nahe sind, so liegt die Gefahr vor, daß die Bucheckern statt an eine braunschweigische Sammelstelle an eine preußische gehen. Das Öl, das zur Verteilung kommt, wird nicht gratis geliefert, sondern es wird an

die Teilnehmer der Sammlung zum Selbstkostenpreise abgegeben, zu 15—16 *M* das Liter. Was das Sammeln anlangt, so sind sowohl freie Sammlungen, als allgemeine Sammlungen geplant. Beide sind zugelassen, so daß überhaupt jede Person, wenn sie die Erlaubnis des Waldbesizers hat, sammeln darf. Die fiskalischen Waldungen in Preußen sind allgemein zur Aberntung von Bucheckern zugelassen, und es ist anzunehmen, daß das auch in Braunschweig der Fall sein wird. Die Tätigkeit des Sammelns selbst ist ziemlich einfach. Die Bucheckern werden Mitte Oktober ihre Reife erlangt haben, und man hat dann nur nötig, die einzelnen Äste durch Kütteln oder Schlagen zum Abgeben der Buchnüsse zu bringen. Die allgemeinen Sammlungen, die zum Beispiel durch die Schulen bewirkt werden, werden alles für die Allgemeinheit abliefern müssen, dagegen wird derjenige, der für sich sammelt, die Vergünstigungen bekommen, die ich vorhin angegeben habe.

Nun hat der Herr Antragsteller noch beantragt, es möchte eine Mühle von seiten der Stadt aufgestellt werden. Dieser Punkt ist in der vorigen Sitzung durch Annahme des Antrages Tebbenjohanns bereits erledigt. Ich möchte noch bemerken, daß außerdem am hiesigen Orte noch zwei solcher Mühlen vorhanden sind, die eine, die die Firma Luther zur freien Benutzung zur Verfügung gestellt hat, und die 500—600 Zentner Bucheckern am Tage verarbeiten kann, und dann eine Mühle, welche die Firma Mönkemeyer aufgestellt hat. In bezug auf beide ist vom Magistrat beantragt worden, daß sie zum Betriebe zugelassen werden möchten. Es darf nämlich nur in den vom Kriegsausschuß für Öle und Fette zugelassenen Mühlen Öl von Bucheckern gewonnen werden. Ob diese Zulassung erfolgen wird, ist aber zweifelhaft, weil grundsätzlich bestimmt ist, daß nur Mühlen mit Wasserkraft für diesen Zweck zugelassen werden sollen.

Wenn nun auch der Antrag des Herrn Kiefe überholt ist, so hat mich die Finanzkommission doch beauftragt, hier folgenden Antrag zu stellen:

„In Anbetracht der großen Bedeutung, die die Ernte von Bucheckern für unsere Ernährung besitzt, beschließt die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat zu ersuchen, das Einsammeln und die Verwertung von Bucheckern nach Kräften zu fördern.“

Ich empfehle Ihnen den Antrag der Finanzkommission zur Annahme.

Stadtv. Stegmann: Als man sah, daß die Bucheckernernte so reichlich ausfallen würde, hat sich mancher arme Teufel — auch namentlich deshalb, weil allgemein darauf hingewiesen wurde, daß jeder sammeln solle — gesagt, nun würde die Fettaut für diesen Winter behoben sein. Wenn man aber hört, was hier berichtet wird, so ist es, als bekäme man einen kalten Wasserstrahl auf den Kopf. In

Preußen soll der Sammler von den gesammelten Bucheckern nur 6 Prozent Öl bekommen, und hier in Braunschweig, wenn ich recht verstanden habe, gar nur 3 Prozent. Ist das der Fall, dann kann man lieber nur zu Hause bleiben und die Schuhsohlen sparen. Ich halte es für selbstverständlich, daß darauf hingewirkt wird, tüchtig Bucheckern zu sammeln, und daß der Ertrag für die Allgemeinheit bestimmt wird. Wenn aber die ärmere Bevölkerung Bucheckern sammelt, dann ist es für sie die Hauptsache, daß sie den Ertrag an Öl voll bekommt — auf die 1,60 *M* für das Kilogramm Bucheckern wird sie pfeifen, denn die Hauptsache ist, daß die Fettausbeute behoben wird. Aber nur 3 Prozent Öl soll sie und noch dazu zu dem horrenden Preise von 15—16 *M* erhalten. Wenn so verfahren wird, dann wird man der großen Masse der Bevölkerung alle Lust zum Sammeln rauben. Es müßten besondere Bestimmungen getroffen werden, daß die privaten Sammler das, was sie sammeln, selbst verwerten können, bzw. den vollen Ertrag an Öl des gesammelten Quantum Bucheckern erhalten. Ich bitte Sie, den Antrag, der an den Magistrat gerichtet werden soll, in dieser Form anzunehmen:

„den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die privaten Bucheckersammler den vollen Ertrag an Öl der abgelieferten Bucheckern erhalten und dafür nur die Herstellungskosten zu entrichten haben.“

Selbstverständlich wird gesagt werden: Es wird eine Menge Personen geben, die gewerbmäßig zum Sammeln gehen und das ihnen gelieferte Öl zu Phantasiepreisen verkaufen werden. Dem kann dadurch vorgebeugt werden, daß das Quantum festgesetzt wird, das für den einzelnen Selbstverbraucher gerechnet wird. Wer mehr Bucheckern sammelt, als für seinen Bedarf bestimmt ist, muß den Überschuß an die Allgemeinheit abgeben. Auf anderen Gebieten sehen wir, daß die Selbstversorger einen Vorzug haben; die Landwirte z. B. in bezug auf Korn, Butter, Eier usw. Auch in den Städten gibt es Selbstversorger, die Kartoffeln bauen. Kaninchen und Hühner halten: auch die sind bevorzugt. Warum soll das beim Sammeln von Bucheckern nicht auch der Fall sein? Ich nehme an, daß die ärmsten sich am meisten bei der Sammlung von Bucheckern beteiligen werden. Warum sollen sie nicht haben, was sie sich dabei an Fettersatz für den Winter earbeiten werden? Ich bitte, daß in dem Sinne, wie ich ausgeführt habe, an das Ministerium herantreten wird.

Stadtv. Salomon: Der Herr Berichterstatter hat schon erwähnt, daß vor einiger Zeit Richtlinien in bezug auf das Sammeln von Bucheckern festgelegt seien. Wenn ich nicht irre, ist die Festsetzung dieser Richtlinien erfolgt in einer Versammlung, die vor wenigen Wochen hier stattgefunden hat. Zu dieser Versammlung ist eine Reihe von Personen hinzugezogen worden; aber als das Ergebnis der Sitzung

bekannt wurde, hat sich sowohl in engeren als auch in weiteren Kreisen eine gewisse Erregung kundgegeben. Zunächst in engeren Kreisen, ich meine in der Lehrerschaft der Stadt Braunschweig. Man war stark verwundert darüber, daß zu dieser Besprechung nicht Männer der Praxis, nämlich solche, die seit Monaten und vielleicht schon seit einem Jahre in der praktischen Sammeltätigkeit stehen, hinzugezogen worden sind. In den Schulen werden beispielsweise schon seit geraumer Zeit Knochen gesammelt, und man hat dabei allmählich wertvolle Erfahrungen gemacht, vor allen Dingen die eine, daß der Hauptanreiz zur Sammeltätigkeit nicht darin beruht, daß man den Kindern Geld zur Verfügung stellt, sondern schätzbares Material. (Sehr richtig!) Wenn wir in unseren Schulen die Kinder anreizen wollen, fleißig Knochen mitzubringen, so müssen wir ihnen in Aussicht stellen: für 20 Pfund Knochen gibt es 50 g Fett. Das zieht — die sieben Pfennig pro Pfund Knochen aber nicht ein bißchen. Außerdem wären auch noch andere praktische Gesichtspunkte bei einer solchen Vorbesprechung, die bekanntlich sehr oft große Bedeutung für die Ausgestaltung einer Sache gewonnen hat, zu erledigen gewesen.

In weiteren Kreisen bezog sich die Erregung auf die außerordentlich geringe Menge Öl, die den Sammlern zur Verfügung gestellt werden soll, und ich bitte den Magistrat, sich zu äußern, ob er schon heute in der Lage ist, uns eine bestimmte Auskunft darüber geben zu können. Ich bin zu der Anfrage, die ich zu Anfang der Sitzung eingebracht habe, dadurch gekommen, daß man verschiedene Deutungen der Beschlüsse, wie sie von Reichs wegen getroffen sind, hört und liest. So habe ich beispielsweise gestern abend aus einem Eingekampt der Neuesten Nachrichten ersehen, wie der Einkampt die Antwort eines Reichstagsabgeordneten mitteilt, an den er sich um Auskunft darüber gewandt hatte, wie man sich die Verteilung des Ergebnisses aus der Bucheckernsammlung dort denkt. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Böhmer schreibt darüber: „Die getroffene Regelung über Bucheckern entspricht meiner Überzeugung nach allen billigen Wünschen. Wenn die Leute die ganzen Bucheckern abliefern, bekommen sie Sammelohn und außerdem 7 Prozent der abgelieferten Gewichtsmenge in Öl. Die Ausbeute ist 15 Prozent, das wäre also die Hälfte des gewonnenen Öls. Im andern Falle können sie die Hälfte der Bucheckern behalten und die Hälfte abliefern und bekommen außerdem noch Sammelohn. Ich glaube wohl, daß diese Bestimmungen allen billigen Ansprüchen genügen dürften.“

Wir sehen, hier wird schon von 7 Prozent gesprochen, bei uns spricht man nur von 3 Prozent, und zwar von 3 Prozent der Hälfte des gesammelten Bucheckernquantums. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Es wäre sehr zu wünschen, daß Klarheit in die Sache gebracht würde.

Wenn ich kurz noch darauf zu sprechen kommen darf, worauf vor allen Dingen das Augenmerk bei der Bucheckernsammlung zu richten ist, so ist es das, daß man

eine möglichst große Menge den Sammlern in Aussicht stellt. Wenn wir beispielsweise unsere Schulen mit heranziehen wollen — und diese werden eine wesentliche Arbeit leisten —, so können wir die Kinder nur dadurch zu wirklich regem Sammeleifer bringen, daß wir versprechen können, daß ihnen eine ihrer Sammeltätigkeit entsprechende Menge Öl zur Verfügung gestellt wird, nicht aber Geld.

Erwähnen möchte ich noch, daß eine wichtige Frage — und die hätte auch schon in der Vorbesprechung gestreift werden müssen — die ist: Wie werden sich die Ernährungsverhältnisse der Kinder gestalten, wenn sie einen Tag lang, vom Morgen bis zum Abend, ausziehen müssen? Auch das bedarf der Regelung. Sodann ist wichtig, daß eine ausreichende und bequeme Gelegenheit gegeben wird, um die gesammelten Bucheckern zu Öl schlagen zu lassen, so daß man nicht erst nötig hat, das Sammelgut wer weiß wie weit wegzuschicken, wobei es womöglich verderben könnte. Es ist dankenswert, daß vom Magistrat schon Vorkehrungen getroffen sind und noch werden, daß eine Ölmühle in der Stadt aufgestellt wird, durch die die Verarbeitung von Bucheckern in größerer Menge sichergestellt werden kann.

Stadtv. **Niese:** Als ich den Antrag stellte, ging ich von der Annahme aus, daß bei der ewigen Fettknappheit, unter der wir leiden, die Nutzbarmachung der Bucheckernernte etwas sei, auf das ich nur hinzuweisen brauchte, um der Not abzuhelpen, und zuerst hieß es ja auch, daß derjenige, der 60 Pfund sammle, davon nur 20 Pfund abzuliefern brauche, also 40 Pfund für sich behalten solle. Damit konnte ich mich einverstanden erklären, weil, wie man behaupten kann, über die Hälfte unserer Einwohnerschaft nicht in der Lage sein wird, selbst sammeln zu können. Für diese muß zurückgelegt werden, und dazu konnten die 20 Pfund dienen. Nach meiner Erfahrung gibt der Doppelzentner Bucheckern 30 Pfund Buchöl. Wenn jetzt 7 Prozent Öl aus dem Gewicht der gesammelten Bucheckern verteilt und das andere für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt würde, dann wären wir nicht allein für den kommenden Winter, sondern für ein weiteres Jahr mit Fett versorgt. Wie das im einzelnen gemacht werden soll, darüber ist hier noch nichts verlautet, trotzdem vom Bundesrat und von der preußischen Regierung schon Vorkehrungen getroffen sind. Wissen wir doch, daß hier erst nach dem großen Bruder Preußen gesehen wird und langsam, langsam Braunschweig dann erst in Trab kommt. Das zeugt davon, daß die Herren sich der Tragweite einer solchen Sache gar nicht bewußt sind, nur die große Masse des Volkes erkennt es und richtet sich danach, damit endlich der ewigen Fettknappheit abgeholfen werden kann.

Wenn die Schulen jetzt zum Sammeln in Anspruch genommen werden können und müssen, so werde ich mich keineswegs dagegen sträuben, trotzdem Flugblätter

verbreitet sind, um dagegen zu wirken, die aber danebenhauen. Wir sind imstande, eine Menge von diesen edeln Bucheckern zusammenzubringen, wenn den Sammlern, wie der Herr Vorredner ausgeführt hat, garantiert wird, daß sie in erster Linie mit Öl bedacht werden und nicht bloß mit Geld. Bisher ist aber noch keineswegs klar, ob ein Schein von den Forstverwaltungen gelöst werden muß, oder ob das Sammeln in den Herzoglichen Forsten auch ohne das erlaubt ist, und ob man nur einen Erlaubnisschein zum Sammeln in den privaten Wäldungen nötig hat. Weiter vermisse ich, daß noch nicht im geringsten festgesetzt ist, wie die Ausgabe des Öls stattfinden soll. Während in Preußen den Sammlern 6 Prozent gegeben werden sollen, wird hier von 3 Prozent gesprochen. Mir wurde von Herrn Dr. Nehring, mit dem ich kürzlich sprach, gesagt, bei uns sollten den Sammlern 4 Liter Öl abgelassen werden, und das übrige solle zurückbehalten werden zur weiteren Verabfolgung an diejenigen, die nicht sammeln können, und außerdem zur Rationierung der Einwohnerkreise. Ich könnte mich wohl damit einverstanden erklären, aber immerhin ist doch der Satz von 4 oder gar nur 3 Prozent, der sofort den Sammlern zugute kommt, als zu niedrig zu bezeichnen. Auf die Hälfte der ganzen Ausbeute von 15 Liter von einem Doppelzentner, das Liter zu $1\frac{1}{4}$ Pfund gerechnet, könnte man gehen.

Dadurch, daß der Magistrat dazu übergegangen ist, Schritte zu tun, daß wir das Buch hier in der Stadt schlagen lassen können, sind wir in der Sache um einen bedeutenden Schritt weiter gekommen. Man meinte in der vorigen Sitzung, es wäre gleichgültig, wo die Ölmühle sich befinde, aber es ist doch ein Unterschied, ob das Buchöl hier in der Stadt geschlagen werden kann, oder ob die Bucheckern erst in Deutschland spazierengefahren werden müssen, was doch immer den Preis erhöht. Ich nehme den Standpunkt ein, daß es besser ist, daß wir bei dem Bucheckernreichtum im Herzogtum und auch in den Wäldungen in der Nähe der Stadt diesen Umstand berücksichtigen müssen. Dabei müssen wir bedenken, daß wir bei dem Schlagen der Bucheckern eine Unmasse von wertvollen Futterstoffen, insbesondere für Schweine, in den Bucheckernfuchen erhalten, und daß dieses Futter dem Lande Braunschweig und der Stadt erhalten werden muß. Statt schlechten Öls könnte durch Schlagen bei uns selbst einwandfreies Öl geliefert werden, und die Rückstände verblieben dann uns selbst.

Allerdings denke ich mir die Sache nicht so, daß heute die Bucheckernernte gesammelt wird, und morgen schon das Öl geschlagen und verteilt werden könnte. Am besten ist es, wenn das Sammelgut 4—6 Wochen lagert, sorgfältig aufbewahrt wird, damit es trocknet, mehrfach umgesteckt wird, und dann nach und nach erst geschlagen wird. Das kann den ganzen Winter hindurch dauern. Erst dann kann man daran denken, das Öl zu verteilen. Je sorgfältiger die Arbeit geschieht, und

je mehr die Sammeltätigkeit angeregt wird, um so mehr Vorteil werden wir davon haben.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag von Herrn Stegmann eingegangen; er lautet folgendermaßen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die privaten Bucheckernsammler den vollen Ertrag an Öl aus den gelieferten Bucheckern erhalten und dafür nur die Herstellungskosten zu entrichten haben.“

Stadtbaurat **Gebensleben:** Meine Herren! An den letzten Antrag möchte ich gleich anknüpfen und Ihnen an Hand des Reichsgesetzblattes nachweisen, daß es einfach unmöglich ist, diesem Antrage zu entsprechen. Die gesetzliche Regelung der Angelegenheit ist nämlich folgende:

§ 3 der vorhin vom Herrn Referenten schon herangezogenen Bestimmungen des Reiches lautet: „Wer Bucheckern an eine Annahmestelle liefert, erhält von dieser eine von den Landeszentralbehörden nach Gewicht festzusetzende Vergütung, deren Mindestbetrag der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts bestimmen kann. Ferner erhält er die Genehmigung, Bucheckern bis zur Höhe der abgelieferten Menge selbst zu Öl schlagen zu lassen. Die Genehmigung erfolgt durch Ausstellung eines Schlagscheines. Die hierbei gewonnenen Ölfuchen sind ihm zurückzuliefern. Anstatt des Schlagscheins ist der Einlieferer berechtigt, gegen entsprechende Kürzung der Vergütung Speiseöl“ — ich mache darauf aufmerksam, daß hier S p e i s e ö l gesagt ist — „zu einer von den Landeszentralbehörden festzusetzenden Menge zu verlangen.“ Das soll also heißen: Wenn jemand zwei Zentner Bucheckern gesammelt hat, so muß er von diesen zwei Zentnern, um einen Zentner davon selbst zu Öl schlagen zu lassen, einen Zentner — selbstverständlich gegen Bezahlung — abliefern. Er kann also von den zwei Zentnern gesammelten Bucheckern überhaupt nur einen Zentner zur Ölgewinnung für sich selbst der Mühle übergeben. Daraus geht hervor, daß es gesetzlich unzulässig ist, dem eben eingebrachten Antrage zu entsprechen. Wer Bucheckern abliefern, kann nicht verlangen, daß er das Öl für die gesamte abgelieferte Menge bekommt, sondern nur für die Hälfte.

In welcher Weise kann man nun Öl für abgelieferte Bucheckern beziehen? Zunächst in der Weise, daß man sich, wie hier in dem Gesetze gesagt ist, einen S c h l a g s c h e i n ausstellen läßt — nämlich für die Hälfte der abgelieferten Menge Sammelgut —, und auf diesen hin ist der Sammler imstande, Bucheckern verarbeiten zu lassen, das heißt, wenn er eine Ölmühle ausfindig gemacht hat, die sich bereit erklärt, das Öl zu schlagen. Der andere Fall ist der: Der Mann hat keine

Ölmühle ausfindig machen können oder hat sich aus irgend einem anderen Grunde nicht an eine Ölmühle wenden wollen, dann kann er auch die zweite Hälfte der gesammelten Bucheckern an eine Sammelstelle abliefern und bekommt selbstverständlich den Sammelpreis für seine ganze Ablieferung, daneben aber noch einen *Ölbezugschein*, der ihn berechtigt, demnächst eine gewisse Menge Öl — gegen entsprechende Vergütung — zu entnehmen, natürlich aber wiederum nicht für die ganze abgelieferte Menge. Wenn er 200 Pfund abgeliefert hat, so sind die ersten hundert Pfund unter allen Umständen hinsichtlich des Ölbezuges für ihn verloren, er muß sie der Allgemeinheit opfern.

Nun sind für den *preußischen Staat* vom preußischen Staatskommissar für Volksernährung und vom Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Ausführungen zu den reichsgesetzlichen Bestimmungen erlassen worden. In den preußischen Bestimmungen ist gesagt, daß derjenige, der Bucheckern an eine öffentliche Bucheckernannahmestelle abliefern, eine Vergütung von 1,65 *M* für das Kilogramm Bucheckern erhält. Er bekommt also die Bucheckern, die er abliefern, selbstverständlich bezahlt, außerdem aber noch nach seiner Wahl in dem einen Falle eine Quittung, auf Grund deren ihm vom Kommunalverbande die Erlaubnis erteilt wird, eine gleich große Bucheckernmenge, wie er an die öffentliche Abnahmestelle abgeliefert hat, zu Öl für seine Wirtschaft schlagen zu lassen, also einen *Schlagschein*. Wenn jemand 200 Pfund Bucheckern gesammelt hat und er liefert 100 Pfund an eine öffentliche Sammelstelle ab, so bekommt er 165 *M*, und für die anderen 100 Pfund läßt er sich einen Schlagschein ausstellen, übergibt die 100 Pfund der Ölmühle und bekommt das gesamte Öl, das aus dieser Menge entfällt, ausgeliefert. Es ist anzunehmen, daß die Ausbeute mindestens etwa 12 Prozent beträgt; von 100 Pfund Bucheckern würde er also ca. 12 Pfund oder etwa 6 Liter Öl beziehen. Das ist der eine Fall.

Der andere Fall ist in den preußischen Ausführungsbestimmungen folgendermaßen erläutert: Der Sammler, der Bucheckern an eine öffentliche Bucheckernannahmestelle abliefern, erhält eine Quittung, auf Grund deren ihm vom Kommunalverbande ein Bezugsschein über Speiseöl in Höhe von 6 Prozent des Gewichts der abgelieferten Bucheckernmenge erteilt wird, einen sogenannten *Ölbezugschein*. Wer also die von ihm gesammelten 200 Pfund Bucheckern nicht in einer Ölmühle zum Teil selber schlagen lassen will, liefert sie ganz ab und bekommt einen Ölbezugschein, auf Grund dessen er Öl in Höhe von 6 Prozent der gesamten Bucheckernmenge bekommt — bei 200 Pfund also auch 12 Pfund Öl. Es ist demnach in Preußen für den Bezug von Öl ganz gleich, ob man einen Schlagschein oder einen Ölbezugschein sich geben läßt. Nach den *braunschweigischen* Ausführungsbestimmungen soll die Handhabung etwas anderes sein; diese Ausführungsbestimmungen sind aber noch nicht erlassen. Vor einiger Zeit hat,

wie Herr Stadtv. Salomon schon erwähnte, vorerst eine Besprechung darüber stattgefunden, und dabei ist bekanntgeworden, daß die braunschweigischen Bestimmungen voraussichtlich etwas anders lauten sollen als die preußischen; doch möchte ich bemerken, daß hinsichtlich des Schlagseins die braunschweigischen und preußischen Bestimmungen wahrscheinlich sich vollständig decken werden. Wer also selbst sich Schlagen lassen will, bekommt in Braunschweig genau soviel wie in Preußen. Es besteht nur ein Unterschied für den Fall, daß der Sammler sich einen Schlagseins geben lassen will, und dann soll er, wie ich ausgeführt habe, in Preußen 6 Prozent bekommen, von 200 Pfund gesammelten Bucheckern also 12 Pfund Sl, dagegen soll er in Braunschweig statt der 6 Prozent von der Gesamtmenge nur 3 Prozent bekommen, von 200 Pfund gesammelten Bucheckern also 6 Pfund. Neuerdings verlautet allerdings — wie Herr Rieke eben schon erwähnt hat —, daß dieser Satz von 3 Prozent auf 4 Prozent erhöht werden soll, und Herr Rieke hat sich ja auch schon mit diesem erhöhten Satze eben einverstanden erklärt.

Aus welchem Grunde soll diese Kürzung der Slabgabe in Braunschweig gegenüber Preußen stattfinden? Wie in der erwähnten Sitzung eingehend erörtert wurde, aus dem Grunde, um für diejenigen, die an einer Bucheckernsammlung sich nicht beteiligen können (Zuruf: und wollen!), etwas zu gewinnen. Ursprünglich war von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Sammler nur die Hälfte bekommen sollte — also 3 Prozent, während er in Preußen 6 Prozent erhält —, die anderen 3 Prozent sollten der Allgemeinheit zugute kommen. Neuerdings aber will man den Wünschen, die hier und da geäußert sind, entgegenkommen und hat die Erhöhung von 3 auf 4 Prozent vorgenommen, so daß für die Allgemeinheit noch 2 Prozent zur Verfügung gestellt werden können. Das Bestreben des Staatsministeriums, aus der Bucheckernernte auch für die Allgemeinheit etwas herauszuholen, muß man für richtig halten, und zwar um so mehr, als gerade diese 2 Prozent, wie mir von dem betreffenden Referenten im Herzoglichen Staatsministerium gesagt ist, vorwiegend den Einwohnern der Städte, also in erster Linie wohl den Einwohnern der Stadt Braunschweig, zugute kommen sollen. Wenn das zutrifft, so kann man von unserem Standpunkte aus dieses Vorhaben des Herzoglichen Staatsministeriums nicht als unrichtig bezeichnen.

Wichtig ist im allgemeinen, daß möglichst keine Bucheckern verlorengehen. Es muß unter allen Umständen ein Ansporn für alle gegeben werden, so viel Bucheckern zu sammeln, wie irgend möglich ist; und dafür ist gerade in der Stadt Braunschweig durch den Antrag des Herrn Stadtv. Tebbenjohannis, der von der Versammlung in der letzten Sitzung angenommen ist, mit Sorge getragen dadurch, daß wir beabsichtigen, eine Ölmühle hier in der Stadt Braunschweig selbst herzurichten. Wir haben inzwischen schon einen Antrag auf Zulassung einer Ölmühle in der Stadt Braunschweig beim Kriegsausschuß für tierische und pflanzliche Ole

und Fette eingereicht und hoffen, daß er angenommen wird. Dann können diejenigen, die nicht die 2 Prozent für die Allgemeinheit opfern wollen, ohne weiteres in der städtischen Ölmühle das Öl schlagen lassen und bekommen dort, wenn sie 200 Pfund Bucheckern gesammelt haben, ihre 12 Pfund oder 6 Liter Öl.

Es ist vorhin — ich glaube vom Herrn Referenten — erwähnt worden, daß die Firma Luther sich bereit erklärt hätte, eine Mühle zum Schlagen von Öl der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, oder daß sie diese gar schon aufgestellt hätte. Soweit mir bekanntgeworden ist, trifft das nicht zu. Es war lediglich die Absicht der Firma Luther, eine Ölmühle für die Arbeiter ihrer Fabrik aufzustellen, um diesen Gelegenheit zu geben, Öl für sich schlagen zu lassen. Der Plan ist aber gescheitert, denn — wie mir bekanntgeworden ist — die Zulassung dieser Mühle ist auf Schwierigkeiten gestoßen, weil der Firma Luther keine Wasserkraft zur Verfügung steht. Es wurde ja schon in der letzten Sitzung erwähnt, daß neue Ölmühlen vom Kriegsausfluß für tierische und pflanzliche Öle und Fette im allgemeinen nur zugelassen werden, wenn eine Wasserkraft zum Betriebe der Mühle vorhanden ist. Uns steht bekanntlich Wasserkraft zur Verfügung, und so hoffen wir, die Genehmigung zu bekommen.

Ebenso trifft nicht zu, daß die Senffabrik von Mönkemeyer eine Ölmühle aufgestellt hat. Sie hat lediglich den Antrag auf Zulassung einer Mühle gestellt; wie weit aber die Sache gediehen ist, weiß ich nicht.

Zum Schluß möchte ich noch an dem von mir vorhin angeführten Beispiele das finanzielle Ergebnis für die Sammler mitteilen. Es wurde vorhin die Meinung geäußert, daß ein Sammler beinahe noch Geld zulegen müsse, wenn er auf Bezugsschein die ihm zustehende Menge Öl gewinnen will. Das trifft nicht zu. Wenn jemand 200 Pfund Bucheckern an die öffentliche Abnahmestelle abliefern, um einen Ölbezugschein sich geben zu lassen, so bekommt er für jedes abgelieferte Kilogramm 1,60 \mathcal{M} bezahlt, also in diesem Falle 160 \mathcal{M} . Es ist vom Herrn Referenten schon erwähnt, daß das Kilogramm Buchöl voraussichtlich 15—16 \mathcal{M} kosten würde. Rechnen wir einmal 16 \mathcal{M} . Ich habe vorhin erläutert, daß der Sammler nach den braunschweigischen Bestimmungen wahrscheinlich 4 kg zu erwarten hat; das ihm zukommende Öl bezahlt er also mit 64 \mathcal{M} , und das finanzielle Ergebnis würde für ihn demnach ein Überschuß von 96 \mathcal{M} sein.

Sollten noch Erläuterungen gewünscht werden, so stehe ich damit gern zur Verfügung. Das wichtigste aber ist, daß so viel und so fleißig gesammelt wird, wie nur möglich, und die Anregung dazu geben wir von seiten der Stadt am besten dadurch, daß wir auch in Braunschweig uns eine Ölmühle anschaffen, um denjenigen, die nicht einen Ölbezugschein wünschen, die Möglichkeit zu geben, das Öl bei uns in der Stadt auf Schlagschein zu gewinnen und auf diese Weise in den Besitz der vollen zulässigen Ölmenge zu kommen.

Stadttr. **Frede:** Es ist über die Sammlungen, die im Laufe dieses Sommers stattgefunden haben — die Sammlungen von Laub, Knochen, Brennesseln —, bisher hier nicht die Rede gewesen. Daß nun aber diese Bucheckernsammlung eine solch ausgiebige Aussprache hier entfesselt, ist wohl Beweis dafür, daß die Sammlung von Bucheckern außerordentlich populär ist, und das mit Recht, denn das Buchöl ist beliebt, für unsere Einwohnerschaft dringend nötig, und dazu ist die Bucheckernernte in diesem Jahre außerordentlich reich. Dieser Popularität der Sammlung droht aber ein arger Stoß im Lande Braunschweig dadurch, daß der Lohn für die Sammelstätigkeit nicht so bemessen werden soll, wie es in Preußen geschieht, und das ist verkehrt. Ich möchte anknüpfen an die letzten Worte des Herrn Stadtbaurats, der sagte, es komme vor allen Dingen darauf an, die Sammelstätigkeit so rege wie möglich zu gestalten. Wenn aber die Regierung den Eifer für die Sammelstätigkeit anfeuern will, dann darf sie die Vergütung dafür in bezug auf Preis oder hl nicht geringer bemessen, als es in Preußen geschieht. Herr Rieke und Herr Stegmann haben gewünscht, daß der volle Ertrag der gesammelten Eckern in hl vergütet werden solle. Dann bliebe ja aber für die Allgemeinheit nichts übrig. Es ist nicht zu verkennen, daß tatsächlich eine ganze Menge Leute nicht auf Sammlung von Bucheckern ausgehen können; daß für die Allgemeinheit etwas geschehen muß, ist also keine Frage. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die Voraussetzung einer großen hl gewinnung immer die große und freudige Sammelstätigkeit ist. Ich weiß nun nicht, weshalb der Unterschied im Preise gemacht ist: 1,65 M in Preußen, hier 1,60 M für das Kilogramm. Es ist schon vom Herrn Referenten darauf hingewiesen, daß in den Grenzbezirken die Sammler aus dem Braunschweigischen nach dem Preußischen hinübergehen würden, weil sie dort sowohl in bezug auf Geldentschädigung wie auch vor allen Dingen in bezug auf hl lieferung eine bessere Vergütung erhalten würden. Nun können wir hier in unseren Wünschen nicht so weit gehen wie Herr Stegmann, daß wir eine solche namhafte hl vergütung anstreben sollten, aber das müssen wir doch wünschen, daß wenigstens keine unterschiedliche Behandlung in Braunschweig und Preußen stattfindet. Ich erlaube mir deshalb, einen Zusatzantrag zu dem Kommissionsantrage zu stellen. Die Kommission hat vorgeschlagen, soweit ich mich erinnere: „Der Magistrat wird ersucht, das Sammeln und die Verwertung von Bucheckern mit allen Kräften zu fördern.“ Ich beantrage, h i n z u z u s e t z e n:

„und vor allem dahin zu wirken, daß die Vergütung an Geld und hl in Braunschweig nicht schlechter bemessen wird als in Preußen.“

Ich glaube, das können wir verlangen. Es ist dringend zu wünschen, daß in so großen Gebieten, wie sie von mir genannt sind, Gleichmäßigkeit in der Vergütung herrscht. Es ist anzustreben, daß in ganz Deutschland die Sache in gleicher

Weise wie in Preußen geregelt wird. Wozu wollen wir in unserm kleinen Lande eine Ausnahme machen? Das wäre nicht zu verstehen.

Stadtv. Stegmann: Nach den Ausführungen des Herrn Stadtbaurats ist mein Antrag hinfällig geworden, weil er wegen der schon erlassenen gesetzlichen Bestimmungen unzulässig ist. Ich habe geglaubt, die vorliegenden Bestimmungen seien preußische, wohingegen es sich jetzt herausgestellt hat, daß es reichsgesetzliche Bestimmungen sind. Es ist aber nichts Neues, daß das, was von kriegswirtschaftlichen Stellen bestimmt wird, nicht immer das beste ist — das haben wir in der ganzen Ernährungsfrage erlebt, mag es sich um Kartoffeln handeln, um die lächerlichen und verwerflichen Maßnahmen der Reichsstelle für Gemüse und Obst, und wie die Stellen alle heißen. Sie haben es immer „gut gemeint“ mit der Bevölkerung, aber die Wirkung ist eine andere gewesen. Das sieht man hierbei wieder. Wenn gesagt wird, es solle für die Allgemeinheit gesammelt werden, so bin ich damit einverstanden. Es sollen ja die Schulen herangezogen werden, und zweifellos gibt es eine Menge Leute, die gewerblich sammeln werden, um etwas zu verdienen.

Herr Stadtbaurat Gebensleben hat dargelegt, daß das finanzielle Ergebnis nicht so schlecht ist, wie es von Herrn Riefe und mir angenommen wurde. Aber ich meine, es wird auch nicht so leicht sein, 200 Pfund Bucheckern zusammen zu bekommen. Wer als privater Sammler in die hiesigen Waldungen hinausgeht, der wird nicht viel sammeln können, wenn er nicht der Erste ist, der auf die betreffende Stelle kommt. Denn in den ersten acht Tagen werden die ganzen Waldungen in dieser Beziehung abgegrast sein, und der Sammler wird froh sein müssen, wenn er einen halben Zentner nach Hause bringen kann. Wer Erfolg beim Sammeln haben will, muß weiter hinausfahren, und auch dort wird das Ergebnis nicht so glänzend ausfallen, so daß es selten vorkommen wird, daß ein privater Sammler einen Doppelzentner Bucheckern sammelt. Sodann muß ich aber auch sagen: Sammeln können wohl die meisten aus der Bevölkerung, auch die besitzenden Kreise, aber diese wollen lieber die Arbeitsbienen für sich sammeln lassen.

Nach meinem Antrage wollte ich für die Sammler den vollen Ertrag an Öl haben. Da das nicht möglich ist, so möchte ich bitten, wenigstens den Antrag Frede anzunehmen, in dem der Magistrat ersucht wird, dahin zu wirken, daß mindestens der größtmögliche Ertrag für die Sammler herausgeholt wird. Es ist selbstverständlich, daß wir in Braunschweig nicht schlechter als die in Preußen gestellt werden. Was das Ministerium für seine Maßnahme anführt, ist nicht stichhaltig. Was Preußen für die Allgemeinheit in dieser Sache geleistet haben will, genügt

auch für das Herzogtum Braunschweig; die Vergütung wie in Preußen müssen wir auch für unsere Sammler verlangen. Ich bitte Sie nunmehr, mindestens den Antrag Frede anzunehmen.

Stadtv. Salomon: Auch ich möchte den Antrag Frede warm unterstützen. Mir ist es unbegreiflich, daß in Braunschweig das Sammeln schlechter bewertet werden soll als in Preußen. Daß wir in dieser Hinsicht mit Preußen gleichstehen, ist das Mindeste, was geschehen muß, um die Sammeltätigkeit anzuregen. Unser Land ist überall von Preußen umgeben, und wenn die Kinder in den Grenzbezirken hören, daß ihre Kameraden, die vielleicht 10 Minuten von ihrem Orte entfernt wohnen, sich bei ihrer Sammlung weit besser stehen, so weiß ich nicht, was geschehen wird. Jedenfalls wird der Neid erweckt, und die Leute werden entweder den Ertrag ihrer Sammlung nach Preußen hinüberschaffen oder mit weniger Eifer sammeln. Diese Herabsetzung der Vergütung ist entschieden geeignet, den Eifer der Kinder zu lähmen. Auf die Hilfe der Kinder aber müssen wir in dieser Sache in weitgehendem Maße rechnen, so daß wir Ursache haben, alles aus dem Wege zu schaffen, was sie mindern kann. Deshalb bitte ich dringend, dem Antrage Frede zuzustimmen.

Der Antrag der Kommission mit dem Zusatz Frede wird von der Versammlung einstimmig angenommen.

3. Feststellung des Teilortsbauplans am unausgebauten Teile der Kreuzstraße.

Stadtv. Rasche: Die Braunschweigische Baugenossenschaft hat an der Kreuzstraße ein Gelände erworben und beabsichtigt, dort Kleinhäuser zu errichten, ähnlich wie sie seitens der Stadt an der Honrothstraße gebaut sind. Sie will der Bauabauung schon jetzt nähertreten und hat um Aufstellung eines Straßenprojekts gebeten. Der Magistrat will dem Antrage entsprechen, hat einen Teilortsbauplan ausarbeiten lassen und richtet an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen, dem dort ausgehängten Teilortsbauplane mit den Straßenstrecken 660, 661, 662, 663 und 664 gefälligst zuzustimmen. Die Baukommission hat sich mit der Sache beschäftigt und empfiehlt Annahme des Magistratsantrages. Es ist lobenswert, daß auch die Braunschweigische Baugenossenschaft mit Anlage von Kleinsiedelungen vorgehen will, und sehr zu wünschen ist es, daß diese Absicht bald zur Ausführung gelangt. Das kann natürlich erst nach Beendigung des Krieges geschehen. Ich bitte namens der Baukommission, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt dem vorgelegten Teilortsbauplane zu.

4. Nachverwilligung von Kosten für den Umbau des Fabrikgebäudes auf dem ehemaligen Grundstücke der Zuckerraffinerie Brunonia.

Stadtv. **Riefe:** Als es sich darum handelte, das ehemalige Grundstück der Zuckerraffinerie Brunonia zu einer Drogistenakademie umzubauen, bezifferte sich der Kostenanschlag auf 154 000 *M.* Die Bauzeit für diesen Umbau ist eine ziemlich lange gewesen, und zwar deshalb, weil es an Material und an Arbeitskräften fehlte, und damit sind auch verschiedene Unzuträglichkeiten mit in Kauf zu nehmen. Bei der schwierigen Beschaffung des Materials und der Erhöhung der Arbeitslöhne hat eine Verteuerung der Umbaukosten nicht vermieden werden können. Nach einer uns zugegangenen Aufstellung betragen die Mehrkosten in abgerundeten Zahlen für Tischlerarbeiten 2900 *M.*, für Schlosserarbeiten 2000 *M.*, für Malerarbeiten 600 *M.*; für Ent- und Bewässerungsanlagen 1500 *M.*, für Heizungsanlagen 3500 *M.*, für elektrische Beleuchtungsanlagen 3000 *M.*, für Gasleitungen 360 *M.* Infolgedessen hat sich der Kostenpunkt in der Gesamtausgabe auf 182 610,02 *M.* gestellt. Dazu kommen ferner 50,09 *M.*, die die Abtragung eines Schornsteins an Mehrkosten veranlaßt hat. Somit beziffert sich die Gesamtüberschreitung auf 28 660,11 *M.*

Nach dem, was die Akten ergeben, liegt es klar, daß wir in Berücksichtigung der heutigen schwierigen Zeitverhältnisse nicht anders können, als die Deckung dieses gegenüber dem Kostenanschlage erwachsenen Defizits zu bewilligen. Der Magistrat schreibt dazu: „Bei Lage der Verhältnisse wird die vorgekommene Überschreitung um so weniger beanstandet werden können, als die einzelnen Leistungen und Lieferungen durch die Baudeputation vergeben sind.“ Die Baukommission hat den Antrag des Magistrats auf Nachverwilligung der entstandenen Mehrkosten geprüft und gibt Ihnen Genehmigung anheim.

Dem Antrage der Baukommission wird entsprochen.

5. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern für die von der Stadt errichtete Stiftung „Kinderlegen“.

Stadtv. Dr. **Kahlert:** Herr Steinbrecher, der das Referat über den vorliegenden Punkt übernommen hat, ist heute verhindert, und ich habe das Schreiben des Magistrats erst vor der Sitzung zur Berichterstattung bekommen. Das Schreiben lautet: „Nachdem die von der Stadt Braunschweig errichtete Stiftung „Kinderlegen“ unter Bestätigung der von den städtischen Behörden beschlossenen Satzung Höchsten Orts genehmigt und mit den Rechten milder Stiftungen ausgestattet worden ist, richten wir unter Beifügung eines Satzungs-exemplars an die

Herrn Stadtverordneten das Ersuchen, die ihnen nach § 5 der Satzung zustehende Wahl von drei Vorstandsmitgliedern gefälligst vornehmen zu wollen."

Der § 5 dieser Satzungen wird den Herren noch Erinnerung sein. Er handelt davon, daß der Vorstand aus fünf Personen bestehen soll, von denen zwei der Stadtmagistrat und drei die Stadtverordneten wählen, und zwar soll von den beiden seitens des Stadtmagistrats zu wählenden Vorstandsmitgliedern das eine städtischer Hilfsbeamter, dagegen von den drei durch die Stadtverordneten in den Vorstand zu wählenden Personen eine städtischer Arbeiter sein.

Leider bin ich nicht in der Lage, Ihnen Vorschläge über die zu wählenden Personen machen zu können, weil, wie gesagt, mir das Referat eben erst zugestellt worden ist. Es würden vielleicht zwei Stadtverordnete und dann noch ein Vorstandsmitglied aus den städtischen Arbeitern zu wählen sein.

Oberbürgermeister Metemeyer: Der Stadtmagistrat will Ihnen keine Vorschläge für die Wahl machen, ich möchte aber darauf hinweisen, daß — soviel ich weiß — die Kommission in der Vorberatung beschlossen hat, die Beschlußfassung auszusetzen, weil der Referent nicht anwesend war. Es handelt sich ja auch um keine eilige Sache.

Vorsitzender: Dann wird die Sache abgesetzt bis zur nächsten Sitzung.

6. Erwerb von Flächen an der Grenze der Fliegerstation und Verpachtung derselben an den Reichs- (Militär-) Fiskus.

Stadtv. Frede: Der Stadtmagistrat ersucht die Stadtverordneten, sich einverstanden zu erklären mit dem käuflichen Erwerbe eines Geländestreifens an der Südwestecke des Flugplatzes, nach Broitzem und Rüningen zu. Dieser Geländestreifen muß erworben werden zum Zwecke der Anlage eines Gleises für die Fliegerstation und auch zur Herstellung eines Weges. Ursprünglich hatte der Reichs- (Militär-) Fiskus die Absicht, dieses Gelände selbst käuflich zu erwerben, ist aber davon zurückgetreten in der Erwägung, daß auch das übrige Gelände des Flugplatzes mit Ausnahme des für die Kaserne usw. nötigen von der Stadt pachtweise hergegeben ist. Die Größe des von der Stadt jetzt zu erwerbenden Geländes beträgt 52,20 a und befindet sich teils im Besitze des St. Thomaehofs, teils der Firma J. A. Schmalbach. Von beiden Seiten ist in den Verkauf gewilligt, und es soll für das Quadratmeter ein Preis von 1,60 M gezahlt werden. Danach würden an den Thomaehof für 20,20 a 3232 M und an die Firma Schmalbach für 32 a 5120 M zu zahlen sein. Hierzu käme noch eine Entschädigung für Weil und Ware, also ein Betrag für das in den Grund und Boden gesteckte Düngegut,

und zwar für den Thomachof 60,60 *M* und für die Firma Schmalbach 96 *M*, so daß die Aufwendung im ganzen 8508,60 *M* betragen würde.

Aus dem Vertrage mit der Firma Schmalbach ist noch zu erwähnen, daß sie sich ausbedungen hat, daß ihr, falls sie auf ihrem an die Fliegerstation grenzenden Grundstücke Fabrikgebäude errichten sollte, von der Militärverwaltung die Herstellung eines eigenen Gleisanschlusses unter Mitbenutzung des fiskalischen Anschlußgleises gestattet wird. Eine Beschränkung dieser Benutzung würde die Firma Schmalbach sich auferlegen müssen, soweit für den Fall einer Mobil- oder Demobilmachung die militärischen Interessen es erfordern. Die Firma hat sich ferner damit einverstanden erklärt, zur Unterhaltung und zu den Betriebskosten des von ihr mitbenutzten Gleises einen Beitrag, entsprechend der beförderten Wagenzahl, zu leisten.

Der Magistrat richtet an die Versammlung das Ersuchen, 1. unter Zugrundelegung der beiden Vertragsentwürfe sich mit dem Ankauf der beiden Flächen einverstanden zu erklären und 2. den als Nachtrag zum Vertrage vom 25. August 1916 bezeichneten Entwurf eines Pachtvertrages zwischen dem Reichs- (Militär-) Fiskus und der Stadt genehmigen zu wollen.

Ich frage den Herrn Vorsitzenden, ob ich die drei Verträge verlesen soll. Es ist aber nichts anderes darin enthalten, als was ich eben vorgetragen habe.

Auf Anfrage des Herrn **Vorsitzenden** verzichtet die Versammlung auf Verlesung der drei Verträge.

Stadtv. **Stegmann**: Es kommt hier die Anfrage in Betracht, die ich vor der Sitzung dem Herrn Vorsitzenden eingereicht habe.

Vorsitzender: Es war mir zu Anfang der Sitzung von Herrn Stegmann eine Anfrage eingereicht, ob dafür gesorgt sei, daß die Leute ihre Felder abernten könnten. Die Anfrage ist auf meine Veranlassung zurückgezogen, denn kleine Pächter sind hier nicht vorhanden, und Entschädigung für Weil und Gare wird ja bewilligt.

Stadtv. **Frede**: Die Anfrage ist gegenstandslos, denn seit dem 1. November 1916 wird das Terrain schon seitens des Militäriskus benutzt.

Stadtv. **Niese**: Ich wollte nicht zu der Genehmigung der Verträge sprechen, weil man daran nichts ändern kann; auch der Preis ist ja schon fertig. Aber vor zwei Jahren sind bei der Einrichtung der Fliegerstation die Früchte halbreif aus der Erde gerissen, und die Leute, die die Felder bestellt hatten, haben bis heute noch keine Entschädigung erhalten. Es hieß damals, der Eigentümer des Geländes würde entschädigt, und dieser habe wieder die einzelnen, die die Felder be-

baut hatten, zu entschädigen. Das soll noch nicht geschehen sein. Außerdem verlautet das Gerücht, daß von der Fliegerstation auch das Terrain, wohin die vor zwei Jahren vertriebenen Leute geflüchtet sind, demnächst ebenfalls in Besitz genommen werden soll, und diese sind unglücklich darüber, daß nun wieder Jagd hinter ihnen her gemacht werden soll. Vor allen Dingen sind sie aber erbittert darüber, daß ihnen die Entschädigung von vor zwei Jahren noch nicht ausbezahlt ist.

Stadtv. Stegmann: Aus diesem eben von Herrn Riefe erwähnten Grunde hatte ich meine Anfrage gestellt. Heute mittag waren zwei Herren bei mir und erklärten mir dasselbe, was Herr Riefe eben vorgebracht hat. Vor zwei Jahren sei es so gegangen, daß sie erheblichen Schaden erlitten hätten, und jetzt würde es wieder so kommen. Ich bitte, daß dafür gesorgt wird, daß diese Leute entschädigt werden, ehe ihnen ihr Feld genommen wird, damit es nicht wieder so geht wie damals. An Geldentschädigung wäre ihnen übrigens weniger gelegen, denn damit würden sie die ihnen entgehenden Früchte doch nicht anschaffen können. Wenn nun aber erst am 1. November, der Verkauf dieses Geländes vorstatten gehen soll, so ist die ausgesprochene Befürchtung ja hinfällig.

Stadtbaurat Gebensleben: Die Flächen des Flugplatzgeländes sind schon vor zwei Jahren vom Militärzirkus in Anspruch genommen, und zwar — wie den Herren bekannt ist — kurz vor der Ernte 1916; und zu der Zeit ist auch das Anschlußgleis gebaut worden. Die ganze Angelegenheit liegt also weit zurück.

Was die Entschädigungsfrage anlangt, so sind z w e i verschiedene Sachen zu unterscheiden. Einmal ist vor zwei Jahren ein Flurschaden dadurch entstanden, daß den jeweiligen P ä c h t e r n die Feldfrüchte vor der Ernte weggenommen sind. Dafür haben sie damals ihre Entschädigung vom Reichs- (Militär-) Zirkus bekommen, allerdings ist darüber — soweit mir bekannt geworden ist — ein halbes Jahr ins Land gegangen. Das war damals Sache des Reichs- (Militär-) Zirkus. Anders verhält es sich mit der Enteignung des Geländes. Diese hat seitens der Stadt zu geschehen. Das Enteignungsverfahren aber schneht noch, und bevor es nicht zu Ende geführt ist, kann natürlich d e n E i g e n t ü m e r n auch die Entschädigung für ihr Land nicht gezahlt werden. Es geht ihnen aber nichts verloren, denn sie bekommen ja die Zinsen vom Tage der Inbesitznahme an ausbezahlt.

Vorsitzender: Sind die Herren Anfragesteller zufriedengestellt? (Zustimmung.)

Die Versammlung bewilligt die Mittel zum Ankauf der Flächen und stimmt den drei Verträgen zu.

7. Instandsetzung des Vorder- und Hinterhauses auf dem Grundstücke Hintern Brüdern 24.

Stadt v. **Niese:** Das Haus Hintern Brüdern 24, welches an der Durchbruchstraße liegt, ist in einem sehr schlechten Zustande, so daß es nicht weiter benutzt werden kann. Die Herren wissen, daß das Haus eigentlich von der Stadt gekauft ist, um demnächst abgebrochen zu werden. Da aber eben die Wohnungsnot so groß ist und die Instandsetzung des Hauses noch billiger ist, als ein neues Haus zu bauen, ist man dazu übergegangen, vorzuschlagen, das Haus einstweilen zu erhalten, und hat die Kosten veranschlagt, die eine Instandsetzung veranlassen würde. Es handelt sich um einige Giebelwände und Zimmer, die in Ordnung gebracht werden müssen, und der Kostenpunkt dafür würde 700 *M* ausmachen. Nachdem ich mir die Sache angesehen habe, konnte ich der Baukommission, die mit der Prüfung dieser Angelegenheit beauftragt ist, vorschlagen, dem Antrage des Magistrats zu folgen, und so gibt Ihnen die Baukommission durch mich anheim, die 700 *M* zu bewilligen, damit die Wohnungen wieder in bewohnbaren Zustand gesetzt werden. Es handelt sich dabei sowohl um das Vorder- wie um das Hinterhaus.

Die Ausgabe von 700 *M* zur Instandsetzung dieses Grundstückes wird genehmigt.

8. Aenderung des Ortsbauplans bezüglich der Salzdahlumer Straße zwischen Elmstraße und der Haupteinfahrt des Büßingschen Grundstücks und Ausbau dieser Teilstrecke.

Stadt v. **Damköhler:** Die Firma H. Büßing hat darum gebeten, die zwischen der Elmstraße und der Haupteinfahrt des Büßingschen Fabrikgrundstückes liegende Teilstrecke der Salzdahlumer Straße schleunigst endgültig auszubauen, sowie ein die Salzdahlumer Straße kreuzendes Anschlußgleis zuzulassen. Nach dem Gutachten des städtischen Tiefbauamts stehen diesen Maßnahmen Bedenken nicht entgegen. Es müssen jedoch, da die genannte Straße wegen der künftigen Eisenbahnüberführung auf der fraglichen Strecke gesenkt werden muß, andererseits aber die südlich angrenzende Strecke einstweilen noch nicht umgebaut werden kann, besondere Kosten für den provisorischen Anschluß der südlichen Strecke in Höhe von ungefähr 2500 *M* aufgewendet werden, die nur erforderlich werden, weil, dem Wunsche der Firma Büßing entsprechend, der Straßenbau stückweise und nicht zeitlich einheitlich erfolgt. Es erscheint aber gerechtfertigt, daß die vorgedachten besonderen Kosten nicht der Gesamtheit der Anlieger zur Last gelegt, vielmehr im vorliegenden Falle von der den Straßenbau betreibenden Firma getragen werden und somit bei der Ermittlung des Anliegerbeitrages unberücksichtigt bleiben. Der

Billigkeit entspricht es außerdem, daß bei der Verteilung der Kosten auf die Anlieger Rücksicht auf den Umstand genommen wird, daß zur Zeit die Baukosten so hoch sind, daß die Stadt den Ausbau verschieben würde, wenn nicht die Firma Büßing den sofortigen Ausbau im Interesse ihres Unternehmens forderte. Da von der kostenpflichtigen gesamten Frontlänge zu 244,70 m auf das Büßing'sche Grundstück 194 m und auf die drei Grundstücke Elmstraße 37 und Salzdahlumer Straße 23 und 23 a 50,70 m entfallen, so würde diesen drei Grundstücken aus Billigkeitsrücksichten ein geringerer Betrag zur Last zu legen sein und der sich dadurch ergebende Ausfall den Büßing'schen Grundstücken zur Last zu legen sein. Die gesamten Mehrkosten sind zu 20 000 M geschätzt.

Mit Rücksicht auf den lebhaften Fahrverkehr hat nun das städtische Tiefbauamt empfohlen, die 14 bis 15,50 m breite Fahrstraße durch Hinzunahme eines 2—3 m breiten Streifens an der Ostseite der Straße auf 17,66 m bzw. 17,40 m zu verbreitern und nur vor den an der Ecke der Elmstraße liegenden beiden Siedler'schen Gebäuden (Elmstraße 37 und Salzdahlumer Straße 23) die vorhandene Breite beizubehalten. Es würden darnach 250 qm zu erwerben sein (150 qm Levin'sches Grundstück und 200 qm der Büßing'schen Grundstücke). Der Stadtmagistrat hält auch seinerseits diese Verbreiterung für geboten und empfiehlt danach eine entsprechende Änderung des Ortsbauplans. Wie weit durch diese Änderung auch eine Änderung der Straßenbreite der südlich angrenzenden Straßenstrecke bedingt bzw. zweckmäßig wird, kann später festgestellt werden. Das städtische Tiefbauamt empfiehlt, die Fahrbahn mit Gabbrosteinen erster Sorte abzapflastern und die mit 40 cm breiten Granitbordsteinen einzufassenden Fußwege in voller Breite mit Granitoidplatten zu belegen. Mit Rücksicht auf den Verkehr hält der Stadtmagistrat diese Befestigung für zweckmäßig.

Die gesamten Kosten sind zu 58 000 M veranschlagt, wovon 4000 M auf den Grunderwerb entfallen. Von diesen Gesamtkosten würde die Firma Büßing vorweg für den provisorischen Anschluß der südlichen Straßenstrecke 22 500 M zu übernehmen haben. Es fallen der Stadt nach § 4 Abs. 2 b des Straßenbaustatuts die zu 2900 M veranschlagten Mehrkosten für breitere Fußwegbefestigung zur Last, die sich jedoch infolge der Vorausleistung der Firma Büßing auf rund 1800 M ermäßigen, und endlich ist der Wert der vorhandenen Straßenbefestigung, des alten Materials, das zu 2600 M geschätzt ist, abzusetzen. Zur Verteilung auf die Anlieger verbleiben somit 31 100 M. Bei einer beitragspflichtigen Frontlänge von 244,70 m ergibt sich somit ein Anliegerbeitrag von 127,10 M pro laufendes Meter.

Die Beschreibung des Bauprojekts nebst Kosten- und Berechnungsberechnung liegen hier vor, der entsprechende Teilortsbauplan hängt aus. Der Magistrat gibt

anheim, den Ausbau dieses Theiles der Salzdhahmer Straße und die Veränderung des Ortsbauplans bezüglich der Elmstraße genehmigen zu wollen.

Die Baukommission hat die Vorlage beraten, schließt sich dem Antrage des Magistrats an und bittet Sie durch mich, in beiden Sachen Ihre Genehmigung erteilen zu wollen. — Ich bemerke noch, daß der Teilortsbauplan inzwischen der Herzoglichen Polizeidirektion zur Genehmigung eingereicht und von dieser auch bereits mitgeteilt worden ist, daß Bedenken gegen die beabsichtigte Änderung des Teilortsbauplanes nicht bestehen.

Dem Antrage der Baukommission wird zugestimmt.

9. Herrichtung von sechs Wohnungen im Hinterhause des städtischen Grundstücks Rickelnkuff 12.

Stadtv. **Raabe:** Der Magistrat ersucht uns um Zustimmung dazu, daß in dem Hintergebäude des städtischen Grundstücks Rickelnkuff 12, des ehemaligen du Roischen Hauses, um der augenblicklichen Wohnungsnot zu steuern, sechs Wohnungen hergerichtet werden sollen, und zwar in der auf dem ausgehängten Plan dargestellten Weise. Es ergibt sich allerdings nach dem Kostenanschlage, der vom städtischen Hochbauamte aufgestellt ist, daß die Riesensumme von 12 600 *M* für diese Arbeiten aufgewendet werden muß, aber das ist immerhin noch bedeutend billiger, als wenn in anderer Form Wohnungen geschaffen werden müßten. Auch der Wohnungsausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt, hat das Gebäude daraufhin besichtigt, ob es sich zur Herrichtung von Wohnungen eigne, und ist zu der Erkenntnis gekommen, daß die Zustandsetzung des Hinterhauses in der geplanten Weise zu empfehlen sei, da nach Ausführung der in Vorschlag gebrachten Arbeiten die Hinter- und Seitengebäude noch eine längere Reihe von Jahren für Wohnzwecke verwendungsfähig bleiben werden. Ebenso hat sich die Baukommission mit der Sache befaßt und gibt die Bewilligung des Magistratsantrages anheim.

Die geforderte Summe für Herrichtung der Wohnungen wird bewilligt.

10. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage auf dem städtischen Schlachthause.

Stadtv. **Stegmann:** Die ungünstigen Gasverhältnisse der letzten Jahre haben Veranlassung gegeben, daß schon seit einiger Zeit einige Gebäude des städtischen Schlachthauses mit elektrischem Licht versehen worden sind, wozu der Strom durch Aufstellung einer Dynamomaschine im Schlachthause selbst erzeugt wurde. Diese eigene Erzeugung des Stromes hat sich als unrentabel erwiesen, so daß seit kurzem der Anschluß dieser Beleuchtungsanlage an das Kabel des Lichtwerks der

Straßenbahn bewirkt worden ist. Im Hinblick auf den geringen Gasdruck und die Aussicht, daß zunächst wohl keine Besserung eintreten wird, weiter aber auch in Rücksicht darauf, daß der Betrieb in den Schlachthallen, Arbeitsräumen, Stallungen usw. des Schlachthaus angeichts der Schlachtungen für das 3. und 9. Armee-korps außerordentlich groß ist, und daß die Arbeiten bei dem mangelhaften Licht nicht ordnungsmäßig ausgeführt werden können, hat uns der Stadtmagistrat eine Vorlage unterbreitet, wonach die bereits bestehende elektrische Beleuchtung auf sämtliche Räume, Gebäude, Plätze und Wege des städtischen Schlachthausgrundstückes erweitert werden soll. Es liegt hier ein Anschlag der Firma von Dolffs und Helle für diese Beleuchtungsanlage vor, es würde aber zu weit führen, die Einzelheiten daraus vorzutragen. Ich erwähne daraus nur folgendes: In der Großvieh-schlachthalle in der Abteilung für Großvieh sollen 24 Lampen mit wasser-dichten Porzellan-schraubarmaturen zu je 200 Kerzen angebracht werden,

in der Abteilung für Kleinvieh-schlachtungen 12 gleiche Lampen,

in den Stallungen für Groß- und Kleinvieh und für Schweine 20 Brenn-stellen mit wasserdichten Armaturen, 8 einfache Deckenbeleuchtungen und 4 Wand-arme zu 16 Kerzen,

in dem provisorischen Viehstall drei Lampen mit wasserdichten Armaturen zu je 50 Kerzen, außerdem ein wasserdichter Wandarm zu 100 Kerzen für den an der südlichen Giebelseite liegenden An- und Abtriebsplatz, weiter ein wasser-dichter Wandarm mit Mastrossette zu 200 Kerzen zur Beleuchtung des an der vorderen nördlichen Giebelseite sich ausbreitenden Entladeplatzes,

in dem südlichen Verwaltungsgebäude, wo sich eine Wohnung für den Tier-arzt, den Hallenaufseher und Diensträume für die Intendantur des 9. Armee-korps sowie andere Diensträume befinden, 30 Brennstellen zu 16 bzw. 50 Kerzen,

in dem Brühraum der Schweineschlachthalle und Enthaarungsstellen 5 und den Haupteingängen gegenüber 2 Lampen zu je 500 Kerzen.

In dem Schlachtraum der Schweineschlachthalle ist eine alte Leitung bereits vorhanden, die mit der neuen zu verbinden ist, und außerdem sind kleine Ver-änderungen und Ausbesserungen vorzunehmen, sowie die alten Lampen gegen neue auszutauschen. In der Kühlhalle und im Kesselhause kommen ebenfalls nur Änderungen in Frage.

Insgesamt handelt es sich bei der Anlage um 120 Brennstellen, es kann auch sein, daß es noch einige mehr werden. Nach dem Kostenanschlage macht sich eine Gesamtsumme von 10 050 M notwendig. Für Beschaffung von Metalldraht- und Halbwattlampen, welche im Kostenanschlage nicht vorgesehen sind, würde noch ein Betrag von 1850 M hinzukommen. Außerdem würden noch für Maurer- und Stenmarbeiten 200 M und für alle kleineren, bzw. nicht vorherzusehenden Liefe-

rungen und Arbeiten 500 *M* in Ansatz zu bringen sein, so daß sich ein Kostenaufwand von 12 600 *M* ergeben würde.

Der Antrag des Magistrats geht dahin, Projekt und Kostenanschlag zur Herstellung einer elektrischen Beleuchtungsanlage auf dem städtischen Schlachthause genehmigen und die Mittel im Betrage von 12 600 *M* zu Lasten der Schlachthauskasse bewilligen zu wollen.

Die Baukommission hat die Vorlage beraten, hat die Notwendigkeit dieser Anlage anerkannt und empfiehlt Ihnen, der Vorlage des Magistrats zuzustimmen und die geforderte Summe zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt gemäß dem Antrage der Baukommission der Magistratsvorlage zu.

11. Grundsätzliche Zustimmung zu dem Bebauungsplane für das Arkeröder Feld.

Stadtver. **Rasche:** Der Plan für die Bebauung des Arkeröder Feldes, wie er hier ausgehängt ist, ist von dem Architekten Henning in Seesen aufgestellt und bearbeitet. Ich darf ihn wohl mit einigen Worten näher erläutern.

Der Hauptzugang von der Stadt aus ist einmal der Bienröder Weg und von der anderen Seite her der Mittelweg. Eine Hauptquerstraße vom Bienröder Wege her nach dem Mittelwege zu und in der Verlängerung bis zur Hamburger Straße gehend, durchzieht das ganze Gelände von Osten nach Westen. Das ist deshalb so geplant, um später die Straßenbahn hinlegen zu können. Die Aufteilung der Baublocks ist so ausgeführt, daß die Straßenzüge in der Hauptsache von Süden nach Norden gehen, so daß die Straßen und die Häuser stets Sonnenschein haben können — wenn die Sonne überhaupt scheint, was ja bei uns selten ist. Die Wohnstraßen sind 8 m breit, während die Verkehrsstraßen eine größere Breite erhalten haben. Der Hauptsache nach sind Reihenhäuser projektiert, die aber wieder an der Rückseite Zugänge durch Gartenwege haben, damit Geräte, Dünger usw. nicht durch die Häuser gebracht zu werden brauchen. Es sind sowohl Kleinhäuser, als auch mehrstöckige Gebäude vorgesehen, aber sie sind so gelegt, daß sie auch bei den Straßen, die von Osten nach Westen ziehen, genügend Luft und Sonne erhalten.

Im Zentrum der Anlage sind Kirche, Schule, Jugendheim, zwei Kaufhäuser usw. vorgesehen, jedoch wird damit nicht angefangen zu bauen, sondern erst später wird daran gedacht werden können; aber ihre Aufstellung ist hier doch schon geplant. Es ist ferner in Aussicht genommen, in der Nähe der Stadtgärtnerei eine Reihe von Grundstücken mit größeren Gärten anzulegen und auch einige Einzel-

häuser, so daß sowohl für Kleinhäuser, Reihenhäuser, Einzelhäuser, wie auch Mehrfamilienhäuser, also für alle möglichen Verhältnisse gesorgt ist. Im ganzen sind es 1248 Wohnungen, die hier entstehen werden, so daß für 5—6000 Menschen Unterkunft geschaffen wird und eine Stadt ungefähr in der Größe Schöningens entstehen kann. Außer den Verkehrsstraßen sind an einzelnen Stellen Wohnhöfe projektiert, die in dem ganzen Plane eine willkommene Abwechslung bieten. Dort, wo die Wohnstraßen spitzwinklig in die Hauptstraßen einmünden, sind jedesmal gärtnerische Anlagen vorgesehen, durch welche malerische Bilder sich ergeben können. — Das ist wohl die Hauptsache von dem, was über den Bebauungsplan selbst zu sagen ist.

Hierneben sind noch Zeichnungen von Wohnhäusern aufgehängt. Es ist jedoch nicht in Aussicht genommen, dieselben jetzt zu bauen. Die Pläne haben nur als Grundlage gedient für die Aufteilung der einzelnen Baublocks und sollen den Beweis liefern, daß alles durchdacht ist und man wohl annehmen kann, daß mit dem Bebauungsplane ein Fortschritt in der Entwicklung der Stadt gemacht ist.

Der Magistratsantrag geht dahin, daß die Stadtverordnetenversammlung sich mit dem vorgelegten Bebauungsplan grundsätzlich einverstanden erklären möchte. Ein endgültiger Bebauungsplan wird augenblicklich in der Vermessungsabteilung ausgearbeitet, demnächst hier zur Vorlage kommen und würde dann zu genehmigen sein. Für heute steht nur die grundsätzliche Zustimmung in Frage, und die Baukommission empfiehlt Ihnen, sie auszusprechen.

Die Versammlung erteilt ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem vorgelegten Plane.

12. Aenderung der Fassung einiger Paragraphen des neuen Wertzuwachssteuerstatuts.

Stadtv. Dr. **Kahlert**: Meine Herren! Im Anschluß an die Verhandlungen vom vorigen Donnerstag, betreffend die Wertzuwachssteuer, hat der Stadtmagistrat eben noch ein kurzes Anschreiben an die Stadtverordneten gerichtet, in dem er bittet, zunächst in eine kurze Aenderung des § 2 B einzuwilligen. Es heißt darüber in dem Schreiben des Magistrats folgendermaßen:

„Bei endgültiger Feststellung der Fassung des Wertzuwachssteuerstatuts sind Zweifel darüber aufgetaucht, ob in § 2 B, § 4 B 1 und § 5 Nr. 2 bei einem etwaigen Erbgang die Zeiten der Vorbesitzer mit anzurechnen seien. Nachdem der Stadtverordnete Kraus, durch den der Zusatz zu § 4 B Nr. 1 wegen der bebauten Grundstücke beantragt war, seine Absicht wegen der Einbeziehung der Erbgangsfälle erläutert hatte, wird zur Vermeidung von Zweifeln in Vorschlag gebracht, in § 2 B zu sagen:

„B. bei unbebauten Grundstücken eine fünfprozentige Verzinsung des Erwerbswertes (ohne Zinsszins) von der Gewährung oder Verzinsung der Gegenleistung bis zur Übertragung an den neuen Eigentümer, aber höchstens für 20 Jahre und nur für die Besitzzeit des letzten Eigentümers vor der steuerpflichtigen Veräußerung ohne Anrechnung der Zeit der beerbten Vorbesitzer.“

Es handelt sich also darum, daß hier noch die letzten Worte über die beerbten Vorbesitzer hinzugefügt werden.

In § 4 B soll es dann heißen:

„B. Die Steuer wird nicht erhoben:

1. wenn der Wertzuwachs bei unbebauten Grundstücken 5 v. H., bei bebauten Grundstücken 2 v. H. für je ein volles Besitzjahr des letzten Eigentümers vor der steuerpflichtigen Veräußerung, im Höchstfalle 20 v. H. nicht übersteigt; bei Eigentumserwerb durch Erbgang wird dabei auch die Besitzzeit der beerbten Vorbesitzer mit angerechnet.“

Bei dieser kleinen Änderung handelt es sich lediglich darum, daß nunmehr auch der Erwerb der Grundstücke durch Erbgang berücksichtigt worden ist, und zwar dadurch, daß die Anrechnung dieser vorgeschlagenen 2 Prozent auch dann mit berücksichtigt wird, wenn das Grundstück auf den neuen Eigentümer durch Erbgang übergegangen ist. Diese Änderung betreffs der beerbten Vorbesitzer macht sich aber auch notwendig in dem vorhergehenden § 2 B und in § 5, um irgendwelche auftauchenden Zweifel zu beheben. Es wird deshalb noch vorgeschlagen, in § 5 Nr. 2 am Schlusse hinzuzufügen:

„Diese Ermäßigung gilt nur für die Besitzzeit des letzten Eigentümers; auch bei Erbgang werden die Besitzzeiten der beerbten Vorbesitzer nicht hinzugerechnet.“

Ich habe Ihnen die Genehmigung dieser Änderungen anheimzugeben.

Stadtrat von Frankenberg: Meine Herren! Ich bitte Sie, diesen Vorschlägen ohne weiteres zuzustimmen, und das um so mehr, da der geistige Vater der Ermäßigungen, Herr Stadtv. Kraus, sich damit einverstanden erklärt hat. Ich glaube, nachdem wir in der vergangenen Sitzung diesen glücklichen Ausgang gefunden haben, soll man auch ganz den Weg gehen, den Herr Kraus vorgeschlagen hat, und dem werden unsere Vorschläge gerecht.

Die vorgeschlagenen Änderungen werden von der Versammlung angenommen.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von $4\frac{1}{2}$ bis $6\frac{1}{4}$ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 19. September 1918.

Tagesordnung:

- | | |
|--|-----------|
| 1. Anträge Riefe und Stegmann bezüglich des Gemeindevahlrechts und Aenderung der Städteordnung | Seite 229 |
| 2. Verwilligung eines Zuschusses an den Verein Volkslesehalle aus der Jüdelstiftung | " 230 |
| 3. Erhöhung des Jahresbeitrages für den Verband der Deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsanwaltsstellen | " 231 |
| 4. Verwilligung von Mitteln aus der Jüdelstiftung zwecks Ankaufs einer Bronze-Statue für das städtische Museum | " 232 |

Außer der Tagesordnung behandelt:

- | | |
|--|-------|
| 5. Teilortsbauplan für das Kerkeröder Feld | " 232 |
| 6. Auswechslung des Gas- und Wasserhauptrohrs auf der Salzdhahumer Straße | " 233 |
| 7. Neuanschaffung eines Veriefelungskondensators für die Rühlanlage des Städtischen Schlachthauses | " 233 |
| 8. Anfrage Stegmann, betreffend die Ueberschreitung der Höchstpreise in der Markthalle | " 234 |
| 9. Anfrage Ohlenborg über Abgabe von Wagemilch an Konditoreien und teilweise Nichtlieferung von Vollmilch an Berechtigte | " 244 |
| 10. Anfrage Dieckmann über die demnächstige nächtliche Beleuchtung der öffentlichen Straßen | " 246 |
| 11. Anfrage Dieckmann über die Besserung des gelieferten Gases | " 248 |
| 12. Anfrage Dieckmann, betreffend das Ausfuhrverbot von Kartoffeln aus dem Kreise Gifhorn | " 249 |

- | | |
|--|-----------|
| 13. Anfrage Meyerhoff, die Reinigung der Fußwege bei Schneefall durch Schneeschlitten betreffend | Seite 250 |
| 14. Antrag Tebbenjohanns, betreffend die Zeichnung der IX. Kriegsanleihe durch die Stadt | " 252 |
| 15. Antrag Lauer auf Wiederaufnahme des Betriebes der Straßenbahn bis zum Hauptfriedhofe | " 253 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Stadträte von **Frankenberger**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Schmidt**, **Steincke**, **Dr. Voge**, **Weichsel**, **Dr. Wolters**. Außerdem fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Bunge**, **Helle**, **Rasche**, Direktor **Schmidt**, **Schulze**, **Steinbrecher**, **Trinks**, **Wesemeier**.

Vorsitzender **Hartung**: Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist ein Besuch der städtischen Oberwächter und Wächter um Gewährung einer Teuerungszulage, desgleichen ein Besuch der Arbeiterchaft des städtischen Gaswerks an der Bahnhofstraße um Erhöhung ihrer Bezüge. — Ich überweise diese beiden Eingaben der Finanzkommission zur Vorberatung. An Anfragen und Anträgen sind folgende eingegangen:

1. eine Anfrage des Herrn **Stegmann**:

„Ist dem Magistrat bekannt, daß in der Markthalle in vielen Fällen nicht zu den festgesetzten Höchstpreisen, sondern zu wesentlich höheren Preisen verkauft wird, außerdem Waren zurückgehalten und an bestimmte Käufer abgegeben werden? Kann diesem Unwesen nicht Einhalt geboten werden?“

2. ein Antrag des Herrn **Lauer**, unterstützt von fünf anderen Herren:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Reichskohlenkommissar zu bitten, er möge gestatten, daß der leider so sehr stark gewordene Verkehr nach dem Zentralfriedhofe wieder wie früher durch die elektrische Straßeneisenbahn bis vor den Friedhof bewältigt wird und die hierfür nötigen verhältnismäßig kleinen Kohlenmengen bewilligt werden.

Auch der lebhafteste Verkehr nach dem Krematorium und nach dem katholischen Kirchhofe läßt ebenfalls die Erfüllung dieser Bitte zum allermindesten für die Zeit von 10—4 Uhr dringend notwendig erscheinen.“

3. eine Anfrage des Herrn O h l e n d o r f:

„Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft zu geben, ob den hiesigen Konditoreien Magermilch geliefert wird, um Eis herzustellen?“

Wie kommt es, daß die den Kranken, Kindern und Schwängern zustehende Milch den Milchgeschäften nicht voll geliefert wird?“

Außerdem ist mir von Herrn D i e d m a n n eine Anfrage zugegangen, die bislang noch nicht unterschrieben ist. Herr Diekmann wird die Unterschrift nachholen. Die Anfrage lautet:

„1. Ist der Magistrat bereit, im Interesse der Einwohnerschaft wenigstens teilweise nächtliche Beleuchtung der öffentlichen Straßen in die Wege zu leiten?“

2. Ist der Magistrat in der Lage, der Einwohnerschaft ein besseres Gas in Aussicht zu stellen, damit der Kohlenmangel nicht so arg empfunden wird wie zur Zeit?“

Schließlich liegt noch ein Antrag des Herrn T e b b e n j o h a n n s vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, auf die vom 23. September ab zur Zeichnung aufliegende fünfprozentige neunte Kriegsanleihe einen Betrag von 2 Millionen Mark zu zeichnen.“

Ich werde den Herren, die Anfragen oder Anträge eingebracht haben, nach Erledigung der Punkte der Tagesordnung Gelegenheit geben, ihre Anfragen und Anträge zu begründen.

Herr Oberamtsrichter M e y e r wünscht das Wort zu einer Mitteilung vor Eintritt in die Tagesordnung.

Oberamtsrichter **Meyer**: In der Fischfrage kann ich den geehrten Herren die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Bemühungen des Braunschweigischen Gesandten in Berlin höchstwahrscheinlich von Erfolg gekrönt sein werden. Wir haben wenigstens durch Vermittlung des Landesernährungsamts von der Gesandtschaft die Mitteilung erhalten: das Kriegsernährungsamt habe anerkannt, daß die Belieferung der Stadt Braunschweig mit Fischen sich bei der bisherigen Verteilung ausnahmsweise ungünstig gestaltet hat, und auf Abhilfe solle gesehen werden. Wir dürfen danach hoffen, daß wir in Zukunft gerecht behandelt werden. (Beifall.)

1. Anträge R i e t e und S t e g m a n n bezüglich des Gemeindewahlrechts und Änderung der Städteordnung.

Vorsitzender: Es wird den Herren bekannt sein, daß die Sache noch nicht beraten ist; ich bitte den Herrn Referenten, sich darüber zu äußern.

Stadtv. Frede: Wenn man die Erklärung hier abgibt, daß wegen mangelnder Vorbereitung diese Sache nicht hat durchberaten werden können, dann klingt das etwas eigentümlich angesichts des Umstandes, daß die Frage schon so häufig auf der Tagesordnung gestanden hat. Die Sache liegt so: Wie Ihnen bekannt, hatte Herr Dr. Wolters das Referat übernommen. Als er es an mich abgab, versprach er, mir Material zuzuschicken. Das ist aber unterblieben, und zwar vermutlich wegen seines Wiedereintritts in die Armee. Nun habe ich erst vor ganz kurzer Zeit mir selbst gedrucktes Material verschaffen können. Es ist das aber so umfangreich, daß ich gehörige Zeit haben muß, um es durchzuarbeiten. Es hätte ja auch in oberflächlicher Weise die Sache behandelt werden können, aber angesichts der Wichtigkeit des Gegenstandes ist es doch wünschenswert, daß sie ausgiebig behandelt wird, und deshalb sind die Herren aus der Kommission alle der Meinung, daß eine Zurückstellung sich rechtfertigt, nicht eine solche ad calendae graecas, sondern bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Stadtv. Munte: Meine Herren, Sie haben gehört, daß die Beratung zurückgestellt werden soll, und dagegen kann nichts gesagt werden. Ich möchte nur bitten, daß, sobald der Herr Referent mit der Vorbereitung fertig ist, mit auf die Tagesordnung der demnächstigen Versammlung gesetzt werden möchte: „3. Antrag Munte . . . und 4. Antrag Hartung.“ Diese Anträge sind hier in der Versammlung begründet und müssen ebenso auf der Tagesordnung erscheinen wie die beiden anderen Anträge.

Vorsitzender: Es wird nach diesem Wunsche des Herrn Munte verfahren werden; natürlich werden die Anträge dann gemeinschaftlich beraten werden.

Stadtv. Munte: Es ist gestern in der Kommissionsitzung noch der Wunsch zum Ausdruck gekommen, daß für Behandlung dieser Sache eine Sitzung ausgesetzt wird, in der sonst wenig Punkte auf der Tagesordnung stehen, so daß jeder Gelegenheit hat, sich zu diesem Punkte einmal auszusprechen.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß wir für diese Sache einen besonderen Sitzungstag ansetzen.

2. Verwilligung eines Zuschusses an den Verein Volkslesehalle aus der Jüdelstiftung.

Stadtv. Dr. Landauer: Meine Herren! An die Jüdelstiftung ist von der Volkslesehalle das Gesuch gerichtet, ihr einen größeren Zuschuß als bisher zu gewähren. Bisher hat sie jährlich 9000 M erhalten, mit Ausnahme des letzten Jahres, wo der Zuschuß ausnahmsweise auf 12 000 M erhöht wurde. Der Vor-

stand der Lesehalle beantragt nun, einen noch höheren Betrag, und zwar 15 000 *M.*, zu bewilligen. Der Vorstand der Bücherei hat sich aber mit diesem Antrage nicht befreunden können und hat beschlossen, der Volkslesehalle in diesem Jahre abermals 12 000 *M.* zu bewilligen. Da diese Zuwendung aus der dritten Abteilung der Bücherei geschehen soll, so ist die Zustimmung der städtischen Behörden erforderlich. Namens der Finanzkommission habe ich zu beantragen, daß dieser Beschluß der Bücherei auf Bewilligung von 12 000 *M.* von Ihnen bestätigt wird.

Dem Beschlusse des Vorstandes der Bücherei wird zugestimmt.

3. Erhöhung des Jahresbeitrages für den Verband der Deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen.

Stadt v. **Niese:** Der Magistrat schreibt zu dieser Sache: „Die Stadt ist Mitglied des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen und zahlt seit dem Jahre 1912 einen Jahresbeitrag von 40 *M.* Die Anforderungen der Kriegszeit haben den Verband vor neue und erweiterte Aufgaben gestellt. Zahlreiche Merkblätter und Schriften zur Rechtsbelehrung haben hergestellt werden müssen, um die Rechtsauskunftsstellen in die veränderte Rechtslage einzuführen und ihnen die Arbeit zu erleichtern. Flugblätter und Werbeschriften sind in größerer Anzahl gedruckt und den Verbandsmitgliedern zur Verfügung gestellt. Vermehrte Anfragen über einzelne Rechtsfälle und die Auskunftsersuchen über die Handhabung der neuen gesetzlichen Bestimmungen hatten eine stark erhöhte Tätigkeit des Verbandes zur Folge. Dabei sind die Aufwendungen für Papier, Drucksachen usw. außerordentlich gestiegen. Das Sinken der Kaufkraft des Geldes machte eine Erhöhung der Entschädigungen der Angestellten notwendig. Diesen erhöhten Ausgaben stehen leider Einnahmen in der erforderlichen Höhe nicht gegenüber, und so schließt die Verbandsrechnung für 1917 mit einem Fehlbetrage von 3500 *M.* Der Verband bedarf zur Erfüllung seiner Aufgaben der Erhöhung der Mitgliederbeiträge. Der Verbandsvorstand hat deshalb gebeten, den Beitrag der Stadt Braunschweig auf 75 *M.* jährlich zu erhöhen.“

Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung, sich mit dieser Erhöhung des Jahresbeitrages auf 75 *M.* einverstanden zu erklären. Die Finanzkommission hat die Angelegenheit geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Erhöhung des Jahresbeitrages wird genehmigt.

Vorsitzender: Ich habe zu bemerken, daß noch eine dritte Anfrage von Herrn Dieckmann eingegangen ist:

„Ist der Magistrat bereit, auf den Landrat des Kreises Gishorn einzuwirken, daß dieser die getroffene Verfügung „Ausfuhrverbot von Kartoffeln aus dem Kreise Gishorn“ wieder zurücknimmt, damit die Einwohnerschaft Braunschweigs die dort längst bestellten und auch zugesagten Kartoffeln nunmehr auch wirklich bekommt?“

Herr Diekmann wird nachher Gelegenheit haben, auch diese Anfrage zu begründen.

4. Bewilligung von Mitteln aus der Jüdelstiftung zwecks Ankaufs einer Bronzestatue für das städtische Museum.

Stadtv. Dr. Landauer: Es handelt sich auch hier um eine Bewilligung aus den Mitteln der Jüdelstiftung, Abteilung III, die die Zustimmung der städtischen Behörden erfordert. Es ist vom Kunstverein an die Jüdelstiftung der folgende Antrag gerichtet: „Der Braunschweigische Kunstverein beabsichtigt, aus dem Nachlasse des Bildhauers Prof. Gottlieb Glster eine Bronzefigur „Jhm“ für das städtische Museum anzukaufen. Da die eigenen Mittel nicht ausreichen, um ein Kunstwerk von der Bedeutung des genannten zu erwerben, so hat bereits eine Anzahl von Freunden der Kunst und des Museums einen wesentlichen Teil der Anschaffungssumme gestiftet. Immerhin verbleibt noch ein erheblicher Rest, der vom Kunstverein allein nicht aufgebracht werden kann.“ Die Summe, die von Kunstfreunden und Freunden des Museums zusammengebracht ist, beträgt 10 350 M. Der Rest, der erforderlich ist, um die Anschaffung zu bezahlen, würde 5000 M betragen. Auf Antrag des Kunstvereins hat der Vorstand der Jüdelstiftung diese Summe bewilligt.

Es handelt sich um ein Werk eines auf der Höhe seiner Kunst verstorbenen braunschweigischen Künstlers ersten Ranges, das eine wertvolle Bereicherung des städtischen Museums bilden würde. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, dem Beschluß des Vorstandes der Jüdelstiftung zuzustimmen.

Die Statue ist hier in einer Photographie dargestellt, und ich möchte den Herren, die sich dafür interessieren, anheimgeben, sie sich anzusehen.

Vorsitzender: Wenn die Herren wünschen, die Abbildung erst anzusehen, so können wir die Beschlußfassung über diesen Punkt zurückstellen und einstweilen zu dem folgenden Punkte übergehen.

(Beschluß s. S. 248.)

5. Teilortsbauplan für das Arkeröder Feld.

Stadtv. Göde: Meine Herren! In der vergangenen Sitzung haben Sie dem Bauungsplane des Arkeröder Feldes grundsätzlich zugestimmt; es liegt nun heute

an uns, diesen Teilortsbauplan für das Arkeröder Feld zu genehmigen. Sie werden in dem ausgehängten Plan dieselben Straßenzüge aufgezeichnet finden wie in dem ersten Plan, nur mit dem Unterschiede, daß die bebauten Grundstücke nicht eingezeichnet sind. Die Genehmigung des Teilortsbauplanes heute ist nur eine Formsache, da Sie schon in der vorigen Sitzung der vorgeschlagenen Bebauung im ganzen zugestimmt haben. Die Baukommission hat sich mit der Sache beschäftigt, und da es dieselben Straßenzüge sind, können wir Ihnen nur empfehlen, Ihre Zustimmung dazu zu erteilen, wie es auch die Baukommission getan hat.

Dem Teilortsbauplan wird von der Versammlung zugestimmt.

6. Auswechslung des Gas- und Wasserhauptrohres auf der Salzdhahmer Straße.

Stadtv. **Damköhler:** Im Zusammenhang mit dem in der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Ausbau eines Teiles der Salzdhahmer Straße hat sich die Auswechslung des Gas- und Wasserhauptrohres der Salzdhahmer Straße als dringend notwendig erwiesen. Die Kosten für Auswechslung des 80millimetrischen Gashauptrohres gegen ein solches von 200 mm von dem Hause Nr. aff. 4896 bis zu dem demnächstigen Personengleise der Staatsbahn stellen sich auf 5000 *M*, während sich die Kosten der Auswechslung des 80millimetrischen Wasserhauptrohres gegen ein solches von 250 mm Durchmesser auf 2700 *M* stellen. Im ganzen sind demnach 7700 *M* aufzuwenden. Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung, sich mit der Auswechslung dieser Gas- und Wasserhauptrohre auf der Salzdhahmer Straße unter Aufwendung der genannten Kosten zu Lasten des Reservefonds des Gas- bzw. Wasserwerks einverstanden zu erklären, und die Baukommission schließt sich diesem Antrage des Stadtmagistrats an.

Die Versammlung beschließt, dem Antrage der Baukommission entsprechend, die Bewilligung der Kosten.

7. Neuanschaffung eines Berieselungskondensators für die Kühlanlage des Städtischen Schlachthauses.

Stadtv. **Weyerhoff:** Der Berieselungskondensator ist ein aus einer Wasserrohrschlange bestehender Apparat, welcher in der Nähe des Maschinenhauses steht. Es hatte sich schon im Jahre 1915 herausgestellt, daß er an verschiedenen Stellen durchgerostet war, und daß eine Neuanschaffung demnächst nötig werden würde. Man hat sich aber bis heute mit dem alten Apparate beholfen, nun aber geht das nicht mehr, denn es geht dabei zu viel Kohlen säure und Glyzerin verloren, und der

Kondensator kann seinen Zweck nicht mehr erfüllen. Es ist also nötig geworden, schon jetzt einen neuen Kondensator anzuschaffen, besonders auch in Rücksicht auf die Massenschlachtungen für das IX. Armeekorps. Der Kostenanschlag der Fabrik, die den ersten Kondensator seinerzeit geliefert hat, der Firma L. M. Riedlinger, Augsburg, liegt der Vorlage des Magistrats bei. Es ist eine sehr hohe Ausgabe, die durch die Anschaffung verursacht wird; sie beträgt 37 000 *M.* Ich darf annehmen, daß das mindestens der dreifache Preis ist von dem, der damals in Friedenszeiten bezahlt worden ist, aber um den Betrieb aufrechtzuerhalten, ist es unbedingt nötig, daß der neue Veriefelungskondensator angeschafft wird, und so habe ich Ihnen im Namen der Baukommission vorzuschlagen, die 37 000 *M.* zur Anschaffung dieses neuen Kondensators aus der Schlachthauskasse zu verwilligen. Ich bitte Sie, diesem Antrage zuzustimmen.

Der Anschaffung wird zugestimmt und die geforderte Summe zu Lasten der Schlachthauskasse bewilligt.

8. Anfrage Stegmann, betreffend die Überschreitung der Höchstpreise in der Markthalle.

Wortlaut der Anfrage f. S. 228.

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Meine Herren! Es ist allgemein bekannt, daß auf den verschiedensten Gebieten Höchstpreise für die Waren wohl festgesetzt sind, daß aber diese Höchstpreise nur auf dem Papiere stehen. Am schlimmsten sieht es in dieser Beziehung auf dem Gemüse- und Obstmarkte aus. Schon im vorigen, aber besonders in diesem Jahre konnte man während des ganzen Sommers bemerken, daß in den Gemüseläden die Höchstpreise ganz bedeutend überschritten wurden. Überschreitungen von 20 bis 50 Prozent und darüber waren an der Tagesordnung, und das geschah gewissermaßen unter den Augen der Behörde. Noch empörender aber ist es, wenn diese Überschreitung der Höchstpreise in der Markthalle unter den Augen der städtischen Aufsichtsbeamten fortgesetzt geschieht. Derartiges konnte man schon beim Frühgemüse beobachten, beim Kohlrabi, Rhabarber und überhaupt bei den verschiedensten Gemüsearten, auch bei den Erdbeeren, die ja hier bei uns gänzlich vom Markte verschwanden, später bei den Bohnen, beim Blumenkohl, und vor allen Dingen bei den Tomaten, neuerdings auch wieder bei den Äpfeln und Birnen, soweit sie in der Markthalle vorhanden sind. Es ist immer dasselbe Bild: Die Waren, die nicht in reichlichem Maße vorhanden sind, werden nicht zu den festgesetzten Höchstpreisen, sondern mit einem erheblichen Aufschlage zu Schleichhandelspreisen verkauft, und ganz selten sieht man, daß dagegen eingeschritten wird. Es ist unverständlich, daß es möglich ist, daß in der Markthalle die Höchstpreise fortgesetzt überschritten werden können. Wer sich

diese Übertreibung nicht gefallen lassen will, muß sich seitens der Verkäufer-recht unfreundliche Worte bieten lassen. Mir ist bekanntgeworden, daß einer Lehrerin, als sie Birnen kaufen wollte und gegen den zu hohen Preis protestierte, von der Verkäuferin die Birnen wieder weggerissen worden sind mit den Worten: „Lassen Sie sie nur hier, ich selbst kriege sie für den Höchstpreis nicht einmal!“ Das sind Zustände, die in unserer städtischen Markthalle nicht vorkommen dürften. Daneben werden die am Markte knapp vertretenen Waren versteckt gehalten und nur an bestimmte Kunden abgegeben, selbstverständlich zu recht hohen Preisen. Auch dieser Mißstand müßte beseitigt werden. Die Gemüsepreise sind doch schon so ungeheuerlich hoch, daß sie das Drei- und Mehrfache der Friedenspreise betragen.

Ich möchte nun die Anfrage stellen, wie es zugeht, daß in der Markthalle solche Zustände geduldet werden. Mir ist wohl bekanntgeworden, daß einmal eine Händlerin aus der Markthalle verwiesen worden ist, aber das ist nur ein Einzelfall, und die Überschreitungen der Höchstpreise geschehen tausendfach, das ist stadtbekannt. Ich glaube doch, auch der Magistrat weiß, wie es in der Markthalle hergeht, da der Dezernent, Herr Oberamtsrichter Meyer, davon unterrichtet ist. Ich frage deshalb: Aus welchem Grunde wird nicht energisch dagegen eingeschritten? Befürchtet man, daß dadurch der Gemüsemarkt noch schlechter versorgt wird, als es bisher der Fall war, oder daß die Händlerinnen der Markthalle ganz fernbleiben? Oder bestehen sonst Gründe, daß beide Augen zugedrückt werden? Die Bevölkerung kann von der Stadt verlangen, daß sie in der eigenen Markthalle den Schutz genießt, der nötig ist, und daß sie die Waren dort nicht über die Höchstpreise hinaus zu bezahlen braucht.

Stadtrat von Franzenberg: Ich kann namens des Magistrats erklären, daß ich als Dezernent der Markthalle in jedem Falle, in dem mir eine Überschreitung der Höchstpreise in der Markthalle bekanntgeworden, angezeigt oder sonst zur Kenntnis gekommen ist, eingegriffen habe. Ich habe auch die Markthallenbeamten angewiesen, alle derartigen Fälle rücksichtslos zur Sprache zu bringen, und diejenigen Herren, die im Markthallenausschuß sind, haben sich einverstanden erklärt, daß den Verkäufern, die die Höchstpreise überschreiten, besonders in Rückfallsfällen, die Erlaubnis, in der Markthalle und auf den Wochenmärkten auszustehen, einstweilen entzogen wurde. Wenn in einzelnen Fällen eine Bestrafung nicht erfolgt ist, so wird es daran liegen, daß keine Anzeigen erstattet sind und bei dem großen Andrang von Waren nicht jede Zuwiderhandlung zur Kenntnis der Behörden gelangt. Ich will aber gern Veranlassung nehmen, das Personal der Markthalle wiederholt mit energischer Anweisung zu versehen, und hoffe, daß wir dadurch mehr und mehr der Schwierigkeit Herr werden. Erschwerend für die Aufsicht kommt hinzu, daß die Vorschriften über die Höchstpreise nicht immer klar und

durchsichtig sind. Ich erinnere an die Preise für Obst, an die Unterscheidung für Edel- und Tafelobst, weise ferner darauf hin, daß wir häufig sich überstürzende Verfügungen wegen Änderung der Höchstpreise erlebt haben. So ist mir bekanntgeworden, daß die Höchstpreise für Pilze schon überholt waren, als die Bekanntmachung in den Anzeigen noch nicht erfolgt war, und daß deshalb von einer Bestrafung abgesehen werden mußte. Ich glaube, die Herren werden zufrieden sein mit der Zusicherung, daß wir nach Möglichkeit bestrebt sein wollen, dem Übelstande entgegenzutreten.

Oberamtsrichter Meyer: Es ist richtig, wenn Herr Stegmann sagt, daß die Gemüsehöchstpreise auch in der Markthalle überschritten werden, und dasselbe Bild zeigt sich jetzt leider auch bei dem Tafelobst, bei den Äpfeln und Birnen. Es ist allerdings eine bekannte Tatsache, daß besonders dann, wenn die Waren knapp sind, die Festsetzung der Höchstpreise nicht genügt, und daß sie immer zum Schleichhandel führen wird, sobald nicht die knappen Waren zugleich in öffentliche Bewirtschaftung genommen werden. Wir sind aber nicht nur in der Markthalle darüber aus, solche Händler, die die Höchstpreise überschreiten, zu bestrafen, sondern wir entziehen auch den Händlern in der Stadt in jedem einzelnen Falle, wo uns seitens der Polizei oder seitens unserer Aufsichtsbeamten Anzeige erstattet wird, den betreffenden Gemüsehändlern die städtischen Waren. Das hat sich bisher immer noch als ein wirksames Mittel erwiesen. Die Händler sind nach Verlauf von 4—6 Wochen wieder zu uns gekommen und haben gebeten, sie zum Bezuge der städtischen Waren wieder zuzulassen. Die Erfahrung hat also gezeigt, daß diese Art, die Übertreter in ihrem Geschäftsbetriebe zu schädigen, für uns ein wirksames Mittel war, unseren Willen zu erreichen. Mehr zu tun ist uns nicht möglich.

Stadt v. Meyerhoff beantragt *B e s p r e c h u n g d e r A n f r a g e*. Die Mehrheit der Versammlung stimmt dem Antrage zu.

Stadt v. Meyerhoff: Die Zustände in der Markthalle, wie sie jetzt herrschen, sind tatsächlich unhaltbar; trotz aller Versuche, die von oben herab gemacht sind, sie zu bessern, sind sie so ungenügend, daß sie in der bisherigen Weise nicht weiter zu führen sind. Als Beispiel möchte ich folgendes anführen: Es kommt ein Fuder Gurken in der Markthalle an, und die Gefangenen entladen den Wagen. 26 Verkäuferinnen werden mit den Gurken bedacht und sitzen auf ihrem Plätze. Jetzt kommt eine Frau und will Gurken kaufen, aber die Antwort ist: „Ich hebbe keine Gurken; sie sind schon versetzt.“ Nur eine einzige der Händlerinnen hat die Gurken auf ihren Tisch gelegt, die übrigen haben sie unter dem Tische in Säcke gepackt und geben sie nicht ab. Nun geht die betreffende Frau nach dem Aufsichtsbeamten, und der sagt: „Das dürfen die Verkäuferinnen nicht tun.“ Er wird zum

Mitgehen zu den Ständen aufgefordert und fragt die Verkäuferinnen: „Haben Sie Gurken?“ — „Ich habe keine; sie sind schon weg.“ Das war der ganze Erfolg! Es ist eine Lausstrigkeit in der Aufsicht. Wie könnte es sonst kommen, daß einer anderen Frau für 10 Pfund Apfel in der Markthalle 10 *M* abgefordert werden, und zwar für Obst, das nicht zum Edelobst gehört? Es fehlt eben an Aufsicht, es fehlt daran, daß jeder aus der Markthalle verwiesen wird und nicht wieder hereingelassen wird, der sich gegen die Höchstpreise versündigt. Ich möchte beantragen, daß die Aufsicht eine andere, eine strammere wird. Nach der Auskunft, die ich erhalten habe, sollen die Gurken, von denen ich sprach, sogar von der Stadt selbst geliefert gewesen sein, und davon ist nicht einmal eine Gurke in das Publikum zu bringen gewesen, weil die Weiber dort die Überpreise für sich in die Tasche stecken wollen.

Stadtv. Loeschig: Auch ich habe eine Klage vorzubringen. Von der Stadt sind Kartoffeln zu 9 *M* der Zentner verkauft, während der Höchstpreis 7 *M* war. Ich bin verreist gewesen, und da hat man für mich 5 Zentner von diesen Kartoffeln gekauft. Ich habe aber noch keine solch schlechte Ware gesehen, wie diese ist. Einen Zentner faule Kartoffeln habe ich herausgesucht, und für $\frac{1}{2}$ Zentner ist Schmutz darin gewesen. Vollständig unreife Kartoffeln sind es gewesen, und Sie können sie noch heute in meinem Gewächshause, wo ich sie aufbewahrt habe, liegen sehen. Die $3\frac{1}{2}$ Zentner Kartoffeln, die es jetzt noch sind, kosten mich 45 *M*, und dabei kann ich sie keine vierzehn Tage lang aufheben, denn sie sind alle angefault. Sie sind vielleicht 8 Wochen zu früh gerodet und lange auf der Reise gewesen. Wie konnten solche Kartoffeln nach Braunschweig geliefert werden, und wie kann man dem Publikum solche Kartoffeln verkaufen? Ich habe immer den Standpunkt vertreten: Lassen Sie uns so viel Geld bezahlen, wie nötig ist, aber den Leuten müssen auch gute Waren abgegeben werden. Wir haben schon schlechte Zeiten durchgemacht und aus Posen geradezu Schweinezeug von Kartoffeln bekommen, aber diese letzten sind nicht viel besser.

Stadtbaurat Gebensleben: Herr Loeschig sagte, die letzten Kartoffeln seien nicht besser gewesen als die früher aus Posen lieferten. Ja, diese Kartoffeln sind auch aus Posen. Wir haben leider im Lande Braunschweig nicht genug Frühkartoffeln geerntet, und aus diesem Grunde hat sich die Landeskartoffelstelle genötigt gesehen, damit die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt wird, die Lieferung einer größeren Menge Frühkartoffeln für Braunschweig bei der Reichskartoffelstelle zu beantragen, und diese hat verfügt, daß uns die angeforderte Menge aus Posen, Pommern und Schwerin geliefert würde. Die Sendung ist zunächst ausgeblieben, erst erheblich später sind dann gewaltige Mengen von Kartoffeln mit

einem Male hier eingelaufen. Es hat Tage gegeben, an denen 60 Eisenbahnwagen Kartoffeln auf dem Bahnhofe gestanden haben, so daß wir sie mit dem besten Willen nicht haben bewältigen können. Das hat in einem unglücklichen Zusammentreffen seinen Grund gehabt: In verschiedenen Kreisen haben die Eisenbahnwagen gefehlt, während andere Kreise pünktlich abgeliefert haben, und so sind die Wagen hier zu nahezu gleicher Zeit eingelaufen. Bei der Entladung der Wagen hat sich dann gezeigt, daß die Kartoffeln nicht einwandfrei waren. Nun werden Sie sagen: „Dann hätten wir die Annahme verweigern sollen, das ist ein einfaches Verfahren.“ Wir sind nun aber leider verpflichtet, die Kartoffeln schon bei der Beladung auf der Abgangssitation abzunehmen, und wenn Sie entgegnen: „Dann hätten wir Abnahmebeamte nach den Lieferungsstellen zur Befichtigung abschicken müssen,“ so behaupte ich: dann hätten wir nahezu 100 Abnahmebeamte loschicken müssen, denn es kamen nicht weniger als 60 bis 80 Versandstationen in Pomern, Posen und Schwern in Frage. Wir mußten also wohl oder übel das Risiko tragen und die Kartoffeln nehmen, wie sie ankamen. Damit sind wir diesmal ziemlich hereingefallen; aber schließlich ist es immer noch besser, diese Kartoffeln zu haben als gar keine. Es hat sich dann nachher herausgestellt, daß die Kartoffeln, da sie zu früh gerodet waren — es handelte sich in der Hauptsache um zu früh geerntete Spätkartoffeln —, sich schlecht hielten. Wir mußten deswegen in der vorigen und vorvorigen Woche darauf dringen, daß die Kartoffeln so schnell wie möglich unter die Leute gebracht wurden, und so blieb nichts anderes übrig, als mit Genehmigung der Landeskartoffelstelle die Kartoffeln markenfrei zu verkaufen. Ich gebe zu, daß die Qualität viel zu wünschen übrigließ, aber es waren teilweise doch auch bessere Sorten darunter. So sind auch aus dem Publikum manche Bezieher sehr zufrieden damit gewesen, daß sie markenfreie Kartoffeln bekamen. Andere wieder sind weniger zufrieden, wie Herr Voeshigt, weil sie mit der Qualität hereingefallen sind. Daß wir aber den Höchstpreis überschritten hätten, trifft nicht zu. Der Höchstpreis beträgt nicht — wie Herr Voeshigt meint — 7,50 M, sondern 12 M; er wird voraussichtlich erst Anfang der nächsten Woche auf 9 M gesenkt werden. Wir haben nicht etwa den Höchstpreis überschritten, sondern unterschritten, und zwar mit Rücksicht darauf, daß unter den Kartoffeln ein größerer Prozentsatz — sagen wir 25 Prozent — von mangelhafter Beschaffenheit war. Durchschnittlich aber war die Bevölkerung einigermaßen damit zufrieden, daß sie eine größere Menge Kartoffeln markenfrei erhalten konnte.

Stadttn. **Salomon:** Ich möchte nur noch ein paar kurze Worte über die Verhältnisse in der Markthalle sagen. Dasselbe, was Herr Meyerhoff über die Gurken ausgeführt hat, kann ich aus eigener Erfahrung über den Rhabarber berichten. Ich habe selbst beobachtet, daß die Frauen unter dem Tische reichlich

Khabarber liegen hatten; wenn aber ein Käufer kam, der nach ihrer Überzeugung keinen Anspruch darauf hatte, wurde er rücksichtslos abgewiesen. Überhaupt ist die Behandlung des kaufenden Publikums seitens der Verkäufer im ganzen eine derartige, daß ich aus den verschiedensten Kreisen die bittersten Klagen darüber gehört habe. Auch nur der leiseste Wunsch: „Ich möchte nicht dies, sondern das andere haben,“ bringt schon die Antwort zutage: „Wenn Sie das nicht wollen, bekommen Sie gar nichts.“ Man kommt sich vor wie ein Bettler und muß noch gute Worte geben, damit man für sein gutes Geld mit einigermaßen gnädiger Miene bedient wird. Ich möchte bitten, daß, falls Mittel zu Gebote stehen, diese Mißstände abzuändern, diese Mittel in rücksichtsloser Weise angewendet werden.

Stadtrat von Franckenberg: Die mehrfachen Klagen, die wir gehört haben, sind gewiß zum wesentlichsten Teil berechtigt, zum Teil sind sie aber auch, wie Herr Meyerhoff angedeutet hat, mit dadurch herbeigeführt, daß wir notgedrungen dazu haben schreiten müssen, unseren Marktinspektor mit den Geschäften des Inspektors des Städtischen Pflegehauses zu betrauen. Glücklicherweise ist jetzt unser Inspektor Ludwig in das Städtische Pflegehaus zurückgekehrt, so daß der Marktinspektor Seelemeier sich ausschließlich seinem Dienste auf dem Markte widmen kann. Ich bin überzeugt, daß es dadurch dort besser werden wird. Ich will mir auch gern angelegen sein lassen, den gehörten Klagen nachzugehen, möchte aber auch bitten, mit derartigen Klagen im Einzelfalle nicht zu warten, bis sich in der Stadtverordnetenversammlung Gelegenheit bietet, daß sich eine solche Gewitterwolke des Unmuts entlädt, sondern sofort den Beamten in der Markthalle auf die Übelstände aufmerksam zu machen, denn solche Sachen müssen auf der Stelle geahndet werden. Auch die Polizeibeamten werden in der Lage sein, einzuschreiten, und ich muß anerkennen, daß in bezug auf Marktpolizei und Marktpreise die Polizeidirektion in diesen vier Kriegsjahren mit uns Hand in Hand gegangen ist.

Stadtv. Diedmann: Es wurde schon von Herrn Oberamtsrichter Meyer darauf hingewiesen, daß die Überschreitung der Höchstpreise zumeist durch die Knappheit der Waren, und so auch des Obstes hervorgerufen werde. Ich möchte dabei auf eins hinweisen, wodurch sich vielleicht Gelegenheit bietet, dem Publikum mehr Obst zukommen zu lassen. Sie wissen alle, daß das Obst jetzt zumeist zur Herstellung von Marmelade verwendet werden soll, es wird Ihnen aber auch bekannt sein, daß die Konservenfabriken sehr häufig nicht in der Lage sind, das Obst zu verarbeiten, und so kommt es vor, daß das Obst waggonweise verdirbt, während das Publikum kein Obst erhalten kann. Wäre es nicht möglich, wenn die Gefahr vorliegt, daß solche Fälle eintreten, und wenn die Konservenfabriken bis über den Hals voll Obst sitzen, daß dann das Obst, das noch gut ist, dem Publikum vielleicht

durch die Markthalle zugeführt wird, wodurch es dann wieder in die Einzelkanäle geleitet würde? Dann erfüllte es wenigstens seinen Zweck, und man würde nicht so sehr die Knappheit des Obstes fühlen.

Stadtv. Loejschigt: Ich bitte um Entschuldigung, daß ich vorhin die Erzeuger- und Verkaufspreise der Kartoffeln verwechselt habe. Aber, meine Herren, sind nicht diese Verhältnisse betreffs der Kartoffeln der beste Beweis für das, was der Hanzabund ausgesprochen hat, daß mit allen Mitteln dahin gestrebt werden müßte, daß der Handel wieder in sein Recht eingesetzt wird! Von diesen städtischen Kartoffeln wurde mir geschrieben, das Wasser ließe durch die Wagen. Wo ist da die Aufsicht von der Kartoffelzentrale? Kartoffeln von solcher Beschaffenheit, wie der Herr Stadtbaurat ausführte, konnten wir auch aus Helmstedt holen lassen. Wir haben dort genug gute Kartoffeln, die viel besser sind als die, die wir von weither bekommen haben. So etwas ist doch ein Skandal! Es sind viele Dummheiten von höchster Stelle gemacht, und dies wird nicht die letzte sein. Während die Kartoffeln hier in so kolossaler Menge angekommen sind, sind in Linden bei Hannover keine Kartoffeln zu haben gewesen. Da hätten doch 30 Waggons nach Linden überwiesen werden können! Was nugen mir jetzt die Kartoffeln, die ich gekauft habe? Ich muß sie durchrühren und muß Stärke davon machen, denn essen kann ich sie nicht. Ehe sie aber verfaulen, macht man sich die Arbeit und versucht, Stärke daraus zu bereiten. Das sind keine gesunden Zustände, daß die Stadt mit den angelieferten Kartoffeln so verfahren mußte. Es ist die höchste Zeit, daß der freie Handel wieder kommt. Dasselbe sehen wir bei der Fischversorgung. Man sollte dabei lieber einen Sachverständigen zu Rate ziehen, dann würde Deutschland in seiner Nahrungsmittelversorgung besser dastehen. Bloß mit dem grünen Lappen zu winken und nur zu sagen: „Das habe ich geschrieben, und dabei bleibt es,“ damit geht es doch nicht! Gehen Sie einmal an die Küste! Mir sagte ein Fischer von Brunszhaupten: Hier könnten noch Hunderte von Booten fischen, denn es gibt genug Fische hier. Aber es wird ihnen alles mögliche in den Weg gelegt, damit sie nicht fischen können. So geht es mit allen Sachen. Die Zustände in der Markthalle habe ich zwei Jahre lang mit durchgemacht. Damals waren die Sachen ja noch nicht so knapp wie heute, aber mit den Kartoffeln haben sie es ebenso gemacht, wie hier von den Gurken gesagt wurde. Wenn welche davon ausgeteilt waren, verkauften sie ein paar Pfund, warfen dann einen Sack über die andern und hatten „ausverkauft“. Das haben Herr Robert und ich ihnen schon ausgeteilt, so daß solche Klagen vor zwei Jahren nicht gekommen sind. Ich bedauere sehr, daß Herr Robert jetzt nicht mehr in der Markthalle ist, dann wären diese Zustände nicht eingerissen. Herr Robert hat sich persönlich von früh bis spät um die Markthalle gekümmert.

Stadtv. Meyerhoff: Ich habe kraß geschildert, wie es in der Markthalle zu-
geht, aber es ist auch in Wirklichkeit so, und ich möchte noch auf eins hinweisen.
Herr Stadtrat von Frankenberg sagte, wenn wir den Marktinspektor wieder hätten,
dann würde es wohl besser werden. Nein, Herr Stadtrat, dann wird es auch nicht
besser. Nur dadurch allein wird es besser, wenn über dem Herrn noch eine scharfe
Kontrolle als Aufsicht besteht. Gerade die unteren Organe sind es, an denen es
liegt, daß solche Zustände herrschen, denn ich weiß bestimmt, an jenem Tage war
der Marktverwalter nicht in der Markthalle anwesend. Die Frau, die Gurken
kaufen wollte, ist ins Bureau gegangen, aber der Mann dort hat zuerst gesagt:
„Wenn die Verkäuferinnen keine Gurken haben, können Sie keine mehr erhalten.“
Erst auf Drängen der Frau und auf die Worte: „Die Gurken sind ja eben erst ab-
geladen,“ hat der Mann sich bewogen gefühlt, mit der Frau mitzugehen und die
Händlerinnen zu fragen: „Haben Sie denn Gurken?“ — „Ich habe keine.“ —
„Meine sind schon verkauft.“ Das ist die Manier! Die Bande steckt miteinander
durch, und dagegen muß eingeschritten werden. Dagegen nützt der eine Aufsichts-
beamte nichts. Kommt ein Übertretungsfall vor, dann muß es heißen: „Sie packen
Ihren Kram zusammen und verlassen die Markthalle!“ Dann kriegen wir Besse-
rung, sonst kann aus der Markthalle nichts werden.

Stadtv. Stegmann: Die Kritik der Herren Meyerhoff und Salomon ist leider
nur zu berechtigt, und auch ich hätte dasselbe ausführen können, weil es tatsächlich
so ist. Auch in der Landesgemüstellstelle sind diese Zustände wiederholt zur Sprache
gekommen, und der Vorsteher der Stelle hat sich dahin ausgesprochen, daß von
seiten der Stadt Vorjorge getroffen werden müßte. Nun hat Herr Stadtrat von
Frankenberg gewünscht, man möge sofort einen Beamten heranholen und nicht erst
später hier die Sache vorbringen. Allerdings wäre das das richtigste, aber wie
liegen denn die Dinge? Während des Krieges sind wir an vieles gewöhnt worden,
nicht nur in der Markthalle, sondern auch seitens der Kaufleute und Handwerker.
Die Behandlung ist vielfach unerhört. So herrscht eine Depression unter den
Käufern, daß viele geduckt alles ruhig hinnehmen, denn bei der Knappheit vieler
Waren müssen sie froh sein, für vieles Geld etwas zu erlangen. Besonders in der
Markthalle werden die Käufer mitunter im Fischweiberton behandelt. Ich glaube
nun, daß diese Aussprache allein nicht dazu beitragen wird, daß die Käufer, wenn
ihnen zu hohe Preise abverlangt werden, nach dem Markthallenbeamten gehen und
sich beschweren. Ich möchte der Meinung Ausdruck geben, daß ein amtlicher Hin-
weis erlassen werden muß, daß die Beamten, wenn ein Verkäufer den Höchstpreis
überschreiten will und die Beamten deswegen herangeholt werden, sofort einzu-
schreiten haben. Durch einen solchen Hinweis in der Presse von amtlicher Stelle
müssen die Käufer ermutigt werden, sich nicht ins Maulspleiß jagen zu lassen,

sondern ihre Rechte zu vertreten. Wenn mir jemand mehr abverlangen würde, als er berechtigt ist, würde ich selbstverständlich zu dem Beamten gehen, und wenn vielleicht solche Umstände vorliegen, wie sie Herr Meyerhoff andeutete, dann würde ich einen Polizeibeamten heranziehen. Aber die meisten Käufer handeln nicht in dieser Weise, und deshalb müssen sie in der Zeitung von der städtischen Verwaltung dazu aufgefordert werden.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Alle diese Klagen, die Sie hier vorgebracht haben, sind veranlaßt durch den einen Umstand, daß wir die kommunale Bewirtschaftung haben einführen müssen. Wäre der freie Handel nicht ausgeschaltet, wäre die Konkurrenz auf dem Gebiete des Handels noch vorhanden, dann würden solche Zustände, wie sie hier getadelt sind, überhaupt nicht eingetreten sein. Wir können nur wünschen, daß diese Verhältnisse so bald als möglich geändert werden können.

In bezug auf die Kartoffeln möchte ich bemerken, daß Herr Voeshigt nicht unrecht hatte, wenn er sagte, es seien in der Sendung viele schlecht gewesen. Aber solche Ware, wie wir diesmal bekommen haben, werden wir nach meiner Überzeugung immer wieder bekommen, solange wir auf Produzenten, die im Osten wohnen, angewiesen werden. Es ist uns nicht möglich, die Ware dort richtig abzunehmen und sie dabei zu kontrollieren. Deshalb haben wir uns vor kurzem an das Herzogliche Staatsministerium gewandt mit dem Ersuchen, es möge doch die Herzogliche Kammer, Direktion der Domänen, veranlaßt werden, sich mit den Domänenpächtern im Lande und mit den Pächtern der Klostersgüter in Verbindung zu setzen, damit in Zukunft jeder Pächter nach Verhältnis seiner Pachtung etwas Frühkartoffeln baut. Dann wollten wir jetzt schon, im Herbst oder Winter, mit den einzelnen Pächtern ein Abkommen treffen, wonach wir uns verpflichten, auf jeden Fall die von ihnen geernteten Frühkartoffeln abzunehmen. Wenn das geschieht, dann können nach meiner festen Überzeugung solche Zustände wie in diesem Jahre nicht wieder eintreten. Das Unfrige hatten wir getan, um sie zu verhüten; sie sind veranlaßt durch den Umstand, daß im Kreise Helmstedt, der sonst in der Lage gewesen ist, uns die Frühkartoffeln zu liefern, in diesem Jahre infolge des Frostes eine Mißernte bei den Frühkartoffeln eingetreten ist. Wir hoffen, daß die Domänenpächter in dieser Weise mit uns ein Abkommen treffen und wir dadurch einigermaßen Sicherheit bekommen. Sollte dann nicht alles, was der Kreis Helmstedt an Kartoffeln hierher liefert, Abnehmer finden, dann wäre es angezeigt, sich nach auswärts zu wenden — wir hörten ja vorhin, daß in Linden keine Kartoffeln zu haben gewesen sind. Ich befürchte nicht, daß wir durch unseren Vertrag zu viele Kartoffeln bekommen werden. Es wird aber dadurch verhütet, daß die Spätkartoffeln als Frühkartoffeln gerodet werden und aus dem Grunde die Kartoffeln

schlecht werden. Ich kann mitteilen, daß das Herzogliche Staatsministerium uns dieser Tage erwidert hat, es wäre mit unserem Vorschlage durchaus einverstanden, und die Herzogliche Kammer wäre angewiesen, in der Weise vorzugehen. Ich hoffe, daß der Vertag zustande kommt und solche Zustände wie in diesem Jahre nicht wieder eintreten.

Stadt v. Riese: Ich habe dem bisher Vorgebrachten nicht mehr viel hinzuzufügen. Niemand wird im Saale sein, der die Zustände, wie sie jeweilig herrschen, für gut erklären kann. Sie werden gegen früher immer schlechter und schlechter. Man könnte sich darüber verwundern, denn wenn man sich draußen zwischen den Feldern bewegt, so hat man den Eindruck, daß ein Überfluß an Gemüse vorhanden sein müßte, außer daß in diesem Jahre die Gurken nicht gut geraten sind. Alles Gemüse aber ist in Unmasse da. Wo ist es nötig, daß die Landprodukte so teuer und so spärlich, wie es heute geschieht, ins Publikum gebracht werden? Das liegt aber nach meiner festen Meinung daran, daß oben vom grünen Tisch aus kalkuliert wird. Die Herren verstehen nichts davon, weil sie früher Eier- und Tabakhändler gewesen sind und sich mit solchen Problemen, wie sie heute zu lösen sind, nicht beschäftigt haben. Die Klagen über die schlechte Versorgung der Bevölkerung sind schon massenhaft in den meisten Versammlungen hier vorgebracht, besser geworden aber ist es nicht. Nun sind auch Kartoffeln im Kreise Helmstedt zu haben, und ich möchte ersuchen, sich dahin zu wenden. Der größte Kartoffelbauer, Vibrams in Calvörde, hat so viel Kartoffeln, daß er uns hätte aus- helfen können, statt daß wir die pommerischen, pommerschen und mecklenburgischen Kartoffeln erhalten haben. Vier Wochen vorher schrieb man aus Rudolstadt, daß sie auch von dorthier Kartoffeln erhalten haben, die sie nicht gebrauchen konnten. Ich habe eine Ladung der uns zuletzt gelieferten Kartoffeln bei Büßing gesehen. Nicht ein Drittel, höchstens ein Fünftel davon konnte zur Verteilung kommen, die übrigen mußten weggeworfen werden. Genau so geht es mit dem Obst; wenn auch die Staatsstraßen infolge des Kleinbleibens des Obstes in ihrem Ertrage versagt haben, so ist trotzdem eine Masse Obst vorhanden, so daß für den einzelnen noch hätte gesorgt werden können. Es ist vorgekommen, daß in einer solchen Quetsche, wie in der Konservenfabrik Bodenem, 52 Wagen mit Obst gestanden haben, aus denen das Wasser unten durchgelaufen ist. Wenn man sich in der Nähe der Konservenfabriken bewegt — nicht alle kommen dabei in Betracht, es gibt auch Ausnahmen —, so sieht man, welche Mißwirtschaft mit Obst und Gemüse getrieben wird. Ich habe Gelegenheit gehabt, dergleichen in Schapen zu sehen, und zwar schon im Frühjahr. Bei dem Spinat, der von Thüringen ankam, lief das Wasser aus dem Wagen, und die Sendung verbreitete wer weiß wie weit einen unangenehmen Geruch. So wird mit den Nahrungsmitteln umgegangen, und da-

durch kommt es, daß das Volk darbt und für teures Geld nicht erhalten kann, was es braucht. Wenn die Frauen sich etwas einmachen wollten, so hätte sich der Rhabarber sehr gut dazu geeignet. Aber jeder von uns hat rechnen müssen, um nur einzelne Stengel davon zu erhalten. Jede vorsorgliche Hausmutter und jeder Hausvater ist sonst von früh an bedacht gewesen, für den Winter etwas im Keller zu haben. Heute aber ist das nicht möglich, wenn in der Weise vorgegangen wird, wie es geschehen ist.

Den Vorschlag, den der Herr Oberbürgermeister heute machte, den hätte unsere Regierung aus sich selbst schon vor zwei Jahren machen müssen. Diese Pächter der großen Ländereien hätten damit nicht einmal Opfer zu bringen brauchen, und sie brauchen auch nicht verlegen darum zu sein, daß Braunschweig ihnen die Kartoffeln nicht abnehmen würde. Es könnte darauf gesehen werden, wie der Herr Oberbürgermeister sagte, daß unter Umständen auch andere Kreise dabei versorgt werden. Leider kommt dieser Vorschlag so spät. Wenn wir noch vier Jahre Krieg haben — was ich nicht wünschen möchte; ich möchte lieber heute noch Frieden haben —, dann werden wir erleben, daß es auch in dieser langen Zeit noch nicht besser wird. Einerseits leiden wir an der durch den Krieg verursachten Knappheit, und anderenteils scheinen die Behörden und Vermittler wenig gelernt zu haben, und daher kommen die Mißstände, die wir zu ertragen haben.

Der **Vorsitzende** schließt die Besprechung.

9. Anfrage **Ohlendorf** über Abgabe von Magermilch an Konditoreien und teilweise Nichtlieferung von Vollmilch an Berechtigte.

Wortlaut der Anfrage s. S. 229.

Stadtv. **Ohlendorf** (zur Begründung): Es ist wiederholt vorgekommen, daß die milchbezugsberechtigten Personen nicht das ihnen zustehende Quantum bekommen haben. So ist mir heute mitgeteilt, daß in einem Geschäft 30 Personen keine Milch bekommen haben, und derartiges ist in diesem Geschäft wiederholt vorgekommen. Andererseits versteht man es in der Bevölkerung nicht, daß Magermilch, die in vielen Familien sehr erwünscht wäre, in großen Kannen an Konditoreien abgegeben wird, woraus das für kleine Kreise so begehrte Speiseeis hergestellt wird. Ich glaube denn doch, das wäre nicht notwendig. Solches Speiseeis ist in der heutigen Zeit eine überflüssige Sache. Man könnte jedenfalls durch eine Anordnung leicht erreichen, daß die Magermilch denjenigen zugesprochen wird, die sie besser verwenden können als zur Bereitung von Eis.

Stadtrat **Wagner**: Die Konditoreien bekommen als solche von uns überhaupt keine Magermilch zugeteilt. Wenn sie solche erhalten und davon Eis anfertigen,

so muß das ohne unser Wissen von seiten der Molkereien geschehen sein. Ich werde die Sache untersuchen und in zutreffenden Fällen ganz energisch dagegen einschreiten. Wir sind in unserer Strenge bei Verteilung der Milch so weit gegangen, daß wir der Milchkuranstalt auf dem Löwenwall, die seit vielen Jahren besteht und bleichsüchtigen Mädchen und anderen schwächlichen Personen Joghurt-Milch verabfolgt hat, keine Magermilch und Buttermilch mehr zugeteilt haben, weil uns die Anstalt sagte: Gegen Marken können wir in unserem Betriebe die Milch nicht absetzen. Die Milchkuranstalt ist darauf verwiesen, aus einem benachbarten Magermilchgeschäft die Milch, die von Bezugsberechtigten nicht abgefordert wurde, geben zu lassen, was auch monatelang geschehen ist, weil stets etwas in den Verkaufsstellen übrigblieb, obgleich wir ein halbes Liter auf Marken abgegeben haben. So streng sind wir mit der Belieferung derartiger Betriebe gewesen. Unter den Geschäftsbetrieben bekommen überhaupt nur die Kaffeewirtschaften Milch zugeteilt, und zwar eine Menge von $\frac{1}{30}$ Liter auf jede Tasse Kaffee — das ist das kleine Finkennäpfchen, das Sie in den Wirtschaften sehen. Diese Wirtschaften müssen uns auch immer die verabfolgten Portionen Kaffee nachweisen, wenn sie von uns beliefert werden wollen. Außerdem bekommen von den Gastwirtschaften nur diejenigen, die warme Speisen bereiten, Magermilch für diesen Zweck in einem bescheidenen Umfange, der bei weitem nicht an die Belieferung der Haushalte heranreicht, zugeteilt. Sie wissen, meine Herren, daß die Kommunalbehörden von seiten des Reiches streng angewiesen sind, jede außergewöhnliche Zuteilung auch an die Gastwirtschaften zu vermeiden, sondern sie mit den zur Verfügung stehenden Lebensmitteln nur in angemessenem Umfange zu beliefern, damit sich die Haushaltungen nicht darauf berufen. So ist für die Zubereitung der Speisen in den Gastwirtschaften auch nur ein bescheidenes Maß von Mager- und Buttermilch zur Verfügung gestellt.

Der zweite Punkt der Anfrage des Herrn Ohlendorf bezieht sich darauf, daß die Vollmilchberechtigten nicht mehr alle beliefert werden können. Ich muß leider zugeben, daß das zutrifft. Seit mehreren Wochen ist die Milcherzeugung derartig zurückgegangen — wie sie in dieser Jahreszeit stets zurückzugehen pflegt, und diese Erfahrung habe ich auch in dem milchreichen Holstein gemacht —, daß wir nicht genug Milch bekommen, um die Bezugsberechtigten alle befriedigen zu können. Es ist zu erwarten, daß, sobald die Rübenblätterfütterung einsetzt, wieder eine erhebliche Steigerung des Milchertrages beginnt, denn Rübenblätter und Rübenköpfe sind ein ausgezeichnetes Milchfutter. Die Sache ist jetzt so aufgezo- gen, daß von denjenigen Personen, die nur zum Bezuge von $\frac{1}{4}$ Liter Vollmilch berechtigt sind, die alten Leute zwischen 75 und 80 Jahren und Kinder, die nach der Reichs- regelung überhaupt nicht mehr vollmilchberechtigt sind, aber in Braunschweig noch aus dem Grunde $\frac{1}{4}$ Liter bekommen können, weil wir den jüngeren Kinderlassen

entsprechende Abzüge gemacht haben und den Säuglingen bis zu einem Jahre nur $\frac{3}{4}$ Liter und Kindern im zweiten Lebensjahre nicht $\frac{3}{4}$ Liter, sondern nur $\frac{1}{2}$ Liter zuteilen, die ältesten Jahrgänge nicht mehr im Milchbezuge voll befriedigt werden, sondern (wie mir bei meiner Rückkehr aus dem Urlaube der Leiter der Milchabteilung sagte) nur jeden zweiten Tag mit $\frac{1}{4}$ Liter an die Reihe kommen. Das sind Abstriche, die auf den gegebenen Verhältnissen beruhen. Wir können leider nichts daran ändern und nur hoffen, daß durch die Rübenblättersütterung wieder Besserung eintritt. Im kommenden Winter aber wird es jedenfalls mit der Milchversorgung schlechter werden, und es wird nichts anderes übrigbleiben, als daß wir den ältesten Kindergruppen und den hochbetagten Leuten, die bei uns ohne ärztliche Bescheinigung Vollmilch bekommen — was nur in wenigen Städten Deutschlands der Fall ist —, Abzüge machen, um die jüngeren Kinder, die Hoffenden und Stillenden angemessen befriedigen zu können.

10. Anfrage Diekmann über die demnächstige nächtliche Beleuchtung der öffentlichen Straßen.

Wortlaut der Anfrage f. S. 229.

Stadtv. **Diekmann** (zur Begründung): Meine Herren! Es ist Ihnen allen bekannt, daß die Beleuchtung der Straßen in den dunklen Nächten eine ganz unzureichende war. Wenn man vom Stadtparke herunterging, sah man in der Stadt nicht eine brennende Laterne. Das mag im Sommer gegangen sein, aber jetzt, wo die Winterzeit auch offiziell begonnen hat, ist es doch notwendig, daß eine etwas bessere Beleuchtung geschaffen wird. Es hat sich auch herausgestellt, daß die Dunkelheit vielfach von Spitzbuben benutzt wird, um ihrem bösen Gewerbe nachzugehen. Aber es ist noch etwas, was mich veranlaßt, um Besserung in dieser Sache zu bitten: schon mancher Unfall ist durch diese schlechte Straßenbeleuchtung hervorgerufen; so neulich erst wieder in der Gegend meiner Wohnung. Es wurde mir ein Soldat ins Haus gebracht, der spät abends, als sein Urlaub abgelaufen war, zur Bahn gehen wollte, am Gieseler in einen Haufen zusammengefügten Kehricht fiel und sich derartig verlegte, daß er nach dem Lazarett gebracht werden mußte. So etwas darf in einer Stadt wie Braunschweig auf den Straßen des öffentlichen Verkehrs nicht vorkommen. Sie werden mir beipsichtigen, daß wenigstens an den Straßenzustößen Laternen brennen müßten. Ich bitte Sie auch, sich hineinzudenken in die Lage der Nachtwächter, was für einen schweren Stand sie bei Ausübung ihres Amtes haben. Wenn sie glauben, einen Bösewicht erwischt zu haben, verschwindet er in der Dunkelheit und geht am anderen Tage seinem schlimmen Gewerbe wieder nach. In dieser Beziehung müßte unbedingt etwas geschehen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich glaube, es ist im Sommer oder im Frühjahr dieses Jahres gewesen, daß ich hier die Hoffnung äußerte, wir würden im kommenden Herbst eine bessere Straßenbeleuchtung haben. Diese Hoffnung ist leider nicht in Erfüllung gegangen: Wenn der Magistrat irgendwie in der Lage wäre, eine Verbesserung vorzunehmen, so wüßte ich nicht, was den Magistrat abhalten sollte, das zu tun. Wir wollen gern alles versuchen, was möglich ist, aber die Kohlenzufuhr ist in der letzten Zeit so überaus knapp gewesen, daß wir in Sorgen gewesen sind, ob wir die Einwohnerschaft überhaupt noch weiter in dem Umfange wie bisher mit Gas versorgen können. In dieser schwierigen Lage hat der Leiter der städtischen Gaswerke den richtigen Standpunkt eingenommen, indem er sagt: Ich will lieber noch, soweit es geht, an der Straßenbeleuchtung sparen, ehe wir dazu übergehen, zu erklären, daß wir nicht mehr in der Lage sind, die Haushaltungen mit Gas zu versorgen. Ich glaube, diesen Standpunkt müssen wir nach wie vor einnehmen. Hoffentlich wird die Kohlenzufuhr bald besser werden und uns in den Stand setzen, auch die Gasverhältnisse bei uns zu bessern. Verschiedene widrige Umstände, besonders die Krankheiten unter den Bergleuten — es sind 30 000 von ihnen an der Grippe erkrankt gewesen — haben es veranlaßt, daß die Kohlenvorräte aufgebraucht waren und in letzter Zeit uns nur sehr wenig Kohlen zugeführt werden konnten.

Wir haben uns mit der Frage der Straßenbeleuchtung auch gestern in der Sitzung der Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke befaßt. Die Deputation war der Ansicht, daß zwar in der letzten Zeit bei dem Mondschine die vollständige Einstellung der Straßenbeleuchtung allenfalls noch erträglich gewesen ist, daß wir aber demnächst eine bessere Beleuchtung haben müssen. Es ist deshalb der Beschluß gefaßt: Eine Verbesserung soll in der Weise eintreten, daß die Preßgasbeleuchtung bis nachts 1½ Uhr im Betriebe bleibt. Es ist das wesentlich mit Rücksicht auf die Straßen in der Nähe des Bahnhofs (Friedrich-Wilhelms-Platz, Friedrich-Wilhelm-Straße) beschlossen, denn es kommt um diese Zeit ein Zugpaar von Berlin an. Weiter sollen auf den Straßenzügen Bohlweg—Hutfiltern, Bruchtor—Bankplatz, Gördefingerstraße—Neuestraße, Poststraße—Kohlmarkt—Schuhstraße, Saß—Marshall, Vor der Burg und Kleine Burg noch etwa 50 Laternen außer den bereits benutzten angezündet werden. Daneben hat die Direktion veranlaßt, daß die Nichtlaternen, von denen Herr Diedmann eben sprach, in Zukunft überall brennen sollen. Wir werden sie allerdings kaum die ganze Nacht hindurch brennen lassen können, sondern um 12 oder 1 Uhr auslöschen lassen müssen.

Ich wiederhole: Es ist wichtig, daß wir den einzelnen Konsumenten dauernd wenigstens das nötigste Gas liefern, und deshalb wollen wir lieber nach wie vor die Straßenbeleuchtung einschränken.

Vorsigender: Ich bitte, jetzt zurückzukommen auf die Bewilligung aus der Städtischen Stiftung zwecks Ankaufs einer Bronzestatue für das städtische Museum. Ich nehme an, daß die Photographie der Statue von allen Herren gesehen ist, und bitte die Herren, die der Bewilligung aus der Städtischen Stiftung zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

11. Anfrage **Diedmann** über die Besserung des gelieferten Gases.

Wortlaut der Anfrage f. S. 229.

Stadtv. Diedmann (zur Begründung): Der Herr Oberbürgermeister hat eben schon gesagt, daß diese Frage die wichtigere ist, und ich bin derselben Meinung. Es wird wahrscheinlich jeder einzelne von Ihnen in seinem Haushalte bemerkt haben, wenn er frühmorgens mit einem Frühzuge hat fahren wollen, daß er nicht in der Lage gewesen ist, sich auf Gas Kaffee kochen zu können. Beschwerden darüber sind mir von verschiedenen Seiten zugetragen, und auch ich habe es probiert. Das Wasser war auch tatsächlich nicht warm geworden. Das ist ja schließlich noch nicht das schlimmste Übel, aber die Hausfrau muß doch in der Lage sein, warmes Essen kochen zu können. Kohlen hat sie nicht, mit dem Grudefoks wird man vertröstet und das Gas taugt nicht viel: was soll sie da nehmen? Es müßten sich Mittel und Wege schaffen lassen, daß das Gas etwas besser würde. Man nimmt ja Rücksicht auf die jetzigen Verhältnisse, und es wurde auch schon hingewiesen darauf, daß die Kohlen für die Gas erzeugung nicht so gut sind, wie sie uns früher geliefert wurden. Sollte es aber nicht mit an irgend etwas anderem liegen, vielleicht daran, daß zu sparsam bei der Erzeugung des Gases in den Licht- und Wasserwerken gewirtschaftet wird? Vielleicht ließe sich dadurch den Wünschen der Bürgerschaft entgegenkommen. Es ist nötig, daß alle Mittel und Wege gebraucht werden, um unser Gas zu verbessern.

Oberbürgermeister Hettemeyer: Es muß anerkannt werden, daß allerdings die Qualität des Gases schlechter geworden ist, aber daß es damit so schlimm wäre, wie Herr Diedmann sagt, daß das Wasser auf der Gasflamme nicht warm würde, das muß ich denn doch bestreiten. Ich mache mir jeden Morgen Wasser warm und habe gefunden, daß das Gas noch recht gut heizt. Daß wir nicht mehr so gutes Gas haben wie früher, ist auch eine Folge des Krieges. Wir müssen uns begnügen mit den Kohlen, die uns zugeführt werden. Sie sind zeitweilig sehr schlecht gewesen, sehr wenig gasreich, und außerdem war eine Menge Steine dazwischen zu finden. Wir sind froh gewesen, daß wir mit solchem Material den Betrieb der Gasanstalt haben aufrechterhalten können. In der letzten Zeit aber sind die Kohlen schon wieder etwas besser gewesen. Daß irgendwie bei der Fabrikation

absichtlich schlechtes Gas hergestellt werden sollte — nein, Herr Diedmann, das trifft nicht zu. Es ist wohl oftmals nur ein schwacher Druck in der Leitung, aber zum großen Teil liegt das daran, daß einzelne Leitungen mangelhaft im Stande sind. Wir haben verschiedene Fälle gehabt, daß Leute sich wegen des schwachen Druckes beschwerten, und nach Untersuchung des Falles mußte ihnen gesagt werden, daß ihre eigene Leitung die Schuld daran trage. Selbstverständlich ist aber der Druck nicht mehr so stark wie früher. Wir wollen auch hier hoffen, daß es damit bald besser wird.

Stadtv. **Stegmann** beantragt Beiprechung der Anfrage.

Der Antrag wird nicht genügend unterstützt.

12. Anfrage **Diedmann**, betreffend das Ausfuhrverbot von Kartoffeln aus dem Kreise Gifhorn.

Wortlaut der Anfrage i. S. 231 u. 232.

Stadtv. **Diedmann** (zur Begründung): Meine Herren! Sie haben heute aus den Tageszeitungen ersehen, daß zu unserem größten Leidwesen der Kreis Gifhorn, welcher in der Lage wäre, eine Menge Kartoffeln an unsere Stadt Braunschweig zu liefern, ein Ausfuhrverbot für Kartoffeln erlassen hat. Es wird diese Maßnahme sehr viele Versorgungsberechtigte treffen, insbesondere auch solche, die mit vieler Mühe und Not einen Landwirt aufgefunden haben, der sich bereit erklärt hat, ihnen Kartoffeln zu liefern, und der sie nun nicht aus dem Kreise Gifhorn herausbringen darf. An wen sollen sich jetzt die Leute noch wenden? Die Zeit ist zu knapp, denn bis zum 1. Oktober müssen die Unterschriften unter den Bezugsscheinen im Rathause eingeliefert sein, und wie schwer es hält, die Landwirte zu veranlassen, die Lieferungsverpflichtung zu unterschreiben, wissen wir aus Erfahrung. Ich bin heute morgen von verschiedenen Seiten angerufen, ob es sich nicht ermöglichen ließe, daß der Magistrat in dieser Sache vermittelnd eingreift und den Landrat des Kreises Gifhorn veranlaßt, diese Verfügung wieder zurückzunehmen. Der Kreis Gifhorn ist doch nicht in der Lage, die von ihm erzeugten Kartoffeln allein aufzubrauchen. In dieser Zeit, wo einer dem anderen helfen muß, dürfte er doch nicht so rigoros vorgehen, es sei denn, daß ihm von höherer Stelle vorgeschrieben ist, daß er die Kartoffeln anderswohin liefern müsse. Wenn das nicht der Fall ist, ließe es sich vielleicht ermöglichen, daß die Braunschweiger in Besitz von Kartoffeln auch aus dem Kreise Gifhorn kommen.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Selbstverständlich ist der Magistrat gern bereit, in dieser Sache noch einmal bei dem Landrat des Kreises Gifhorn vorstellig zu

werden. Ich will aber gleich erwähnen, daß wir unsererseits vor längerer Zeit schon uns an den Landrat gewandt hatten mit der Bitte, die Ausfuhrbewilligung wie im vorigen Jahre wieder zu erteilen, und zwar möglichst allgemein. Der Landrat hatte im vergangenen Jahre aus freien Stücken erklärt, daß er nicht nur bei verwandtschaftlichen Beziehungen, sondern in jedem Falle die Ausfuhrgegenehmigung erteilen wolle. In diesem Jahre aber haben wir auf unsere Verwendung unter dem 5. September folgende Nachricht bekommen:

„Nach Rücksprache mit der Provinzialkartoffelstelle in Hannover ist der Kreis-kommunalverband Gifhorn bereit, die Einzelbelieferung an Verbraucher der dortigen Stadt zu genehmigen, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden:

1. Zwischen Verbrauchern und Vieferern muß ein verwandtschaftliches Verhältnis, und zwar ersten Grades (Eltern und Kinder), bestehen. (Gelächter.) In diesem Falle ist die Stadtkartoffelstelle berechtigt, ohne weiteres einen Ausfuhrschein auszustellen.

2. Andere Verbraucher, bei denen das oben geschilderte Verwandtschaftsverhältnis zum Vieferanten nicht vorhanden ist, können, falls andere, ganz besondere Verhältnisse vorliegen, auf ihren Antrag bei der Kreisgeschäftsstelle ebenfalls Genehmigung zur Ausfuhr von Kartoffeln erhalten, jedoch wird ihnen dieselbe nur in ganz besonderen Fällen erteilt werden.“

Meine Herren! Sie ersehen daraus, es ist nicht ausgeschlossen, daß in einzelnen Fällen eine Ausfuhrgegenehmigung erteilt wird, aber die Wahrscheinlichkeit ist in der Tat eine sehr geringe. Trotzdem wird der Magistrat gern bereit sein, Ihrer Anregung zu folgen und ein Gesuch an den Landrat zu richten. Ich glaube aber, daß die Aussicht auf Erfüllung unseres Wunsches nicht sehr groß sein wird

Ohne weitere Besprechung.

13. Anfrage Meyerhoff. die Reinigung der Fußwege bei Schneefall durch Schneeschlitten betreffend.

Wortlaut der Anfrage: „Ist es nicht möglich, im Winter bei Schneefall die Fußwege durch Schneeschlitten wie früher reinigen zu lassen?“

Stadtv. Meyerhoff (zur Begründung): Meine Herren! Sie werden gelesen und gehört haben, welche Schwierigkeiten vor einem Jahre sich dadurch herausgestellt haben, daß bestimmt wurde, daß die Hauseigentümer bei frischem Schneefall die Fußsteige vor ihren Grundstücken von Schnee und Eis säubern müssen, und zwar bis morgens 7½ Uhr. Am schwierigsten ist das für diejenigen, die mehrere Häuser in verschiedenen Revieren besitzen. Denen ist es geradezu unmöglich, so-

fort so viele Leute zur Hand zu haben, wie nötig sind, um in den verschiedenen Revieren den Schnee zu beseitigen. Die Stadt sagt: „Wir haben keine Pferde und Arbeiter zu dem Zwecke.“ Wieviel mehr trifft das aber bei den Privaten zu! Anders ist es damit, daß die Stadt Berlin durch die Order des kommandierenden Generals der Marken verfügt hat, daß jeder Einwohner, Hauswirte und Inquilinen, sich bei dieser Schippererei zu beteiligen haben. Wenn das hier geschehen wäre, dann wäre man auch bei uns schrittweise weitergekommen, aber so, wie sich hier die Verhältnisse gestaltet haben, ist es in manchen Fällen überhaupt nicht möglich, der Verfügung nachzukommen. Ich habe z. B. ein Strafmandat erhalten, weil ich am 25. Dezember morgens 7½ Uhr die Fußwege noch nicht von Schnee gereinigt hatte. Wenn so etwas passiert auf den ersten Weihnachtsfeiertag, so ist es doch arg — ich wäre ja aber vielleicht bei einer Vorstellung bei der Behörde noch ohne Strafe davongekommen. Dem Betreffenden, der zu mir kam, sagte ich: „Schaffen Sie mir doch Arbeiter, dann soll die Reinigung vorgenommen werden.“ Er antwortete: „Ich habe keine.“ Und ich mußte erwidern: „Ja, ich habe auch keine.“ Das ist ein einzelner Fall, aber so ist es hundertmal gegangen, und die Strafmandate flatterten in die Häuser hinein wie im Sommer die Kohlweißlinge in die Gärten. Ich habe dieselbe Frage im Landtage zur Sprache gebracht, aber es wurde mir vom Ministertische gesagt: „Das ist eine städtische Unordnung“, und deshalb wende ich mich jetzt an den Stadtmagistrat. Das ist ja eine ganz dünne Bestimmung, in der es heißt: Morgens 7½ Uhr müssen vom Hausbesitzer sämtliche Fußwege von Schnee und Eis gereinigt sein. Ich begreife allerdings, warum der Polizeisergeant so vorgegangen ist. Er sagte: „Ich kann nichts dagegen machen. Der Oberwachmeister wird kommen und fragen: Warum haben Sie nicht darauf gedrungen, daß hier der Fußweg gereinigt ist; nebenan ist doch der Schnee weg.“ So werden die Beamten genötigt, denunziatorisch vorzugehen. Ja, Herr Munte, wenn Ihnen der Ausdruck auch nicht angenehm ist, ich betrachte es so. Wir haben hier vor einem Jahre davon gesprochen, ob die Stadt nicht die Reinigung ausführen lassen könnte, und es wurde gesagt: „Wir haben keine Pferde und Mannschaften dafür.“ Aber wenn wir frühzeitig etwas tun, so meine ich doch, daß die Schneeschlitten wieder so bespannt werden könnten, wie es früher der Fall war. Soweit mir bekannt ist, hatte nicht der städtische Marstall die Pferde dafür zu liefern, sondern einzelne Pferdebesitzer in den jedesmaligen Revieren, und so wurden mit Hilfe der Wegewärter die Fußwege gereinigt. Wenn das wieder erreicht würde, wäre es ein großer Fortschritt. Ich möchte den Magistrat ersuchen, sich darüber zu äußern, und eine solche Regelung in die Wege zu leiten, oder aber eine Abänderung der vorjährigen Verordnung ergehen zu lassen. Wenn das durch einen Antrag zu erreichen ist, will ich gern meine Anfrage in einen Antrag umwandeln.

Stadtrat von Frankenberg: Es wird zweckmäßig sein, wenn Herr Meyerhoff diese zuletzt erwähnte Absicht ausführt, und zwar erscheint es deswegen ratsam, da verschiedene Teile der städtischen Verwaltung bei der Durchführung der Sache beteiligt sein würden. Da ich für meine Person die Handhabung der städtischen Straßenpolizei zu überwachen habe, so würde ich einen Teil der Beschwerde des Herrn Meyerhoff im Auge zu behalten in der Lage sein, aber andererseits ist mit der Aufsicht über die Reinigung der städtischen Wege eine andere Stelle beauftragt, und so würde es zweckmäßig sein, daß die Sache im Magistrat eingehender beraten würde, als hier auf Grund einer Anfrage die Möglichkeit dazu vorliegt. Diese Schwierigkeiten sind ja aber den Herren bekannt, so daß ich nicht nötig habe, näher darauf einzugehen.

Stadtv. Meyerhoff: Dann bitte ich meine Anfrage in einen Antrag umzuwandeln:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, geeignete Maßnahmen beim Magistrat anzuregen, um im Winter bei Schneefall die Fußwege wie früher durch Schneeschlitten reinigen zu lassen.“

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag, der genügend unterstützt ist, der Statutenkommission zur Vorberatung.

14. Antrag **Tebbenjohanns**, betreffend die Zeichnung der IX. Kriegaanleihe durch die Stadt.

Wortlaut des Antrages j. S. 229.

Stadtv. Tebbenjohanns (zur Begründung): Meine Herren! Als wir uns im Frühjahr mit der Bewilligung einer Zeichnung für die 8. Kriegaanleihe beschäftigten, standen wir unter dem großen Eindruck der siegreichen Vorgänge im Westen und hatten alle die Hoffnung, daß der Friede bevorstände. Das hat sich geändert. So sehr wir alle wünschen, daß uns der Friede bald beschieden sein möge, so wissen wir doch, daß die Feinde anderer Ansicht sind, und daß sie sich gegenüber jedem Versuche, zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, ablehnend verhalten haben. Es gilt für uns nichts anderes als kämpfen und durchhalten. Zum Kämpfen aber gehören Mittel, und die wieder müssen durch Anleihe aufgebracht werden. Es ist notwendig, daß die Stadt aufs neue mit gutem Beispiele vorangeht und eine große Zeichnung anmeldet. In der Kommissionsitzung, in der diese Anregung gegeben wurde, haben sich die anwesenden Mitglieder einstimmig für diesen Antrag ausgesprochen, und ich bitte nun auch die Vollversammlung, dafür einzutreten, daß der Antrag angenommen wird.

Ich möchte an diese Worte noch einen persönlichen Wunsch anschließen und bitten, daß jeder von Ihnen mit aller Energie dafür eintritt, daß die neue Kriegsanleihe zu einem erfolgreichen Ergebnis geführt wird. Wir müssen alle Zweifler aus dem Felde schlagen und allen ängstlichen Gemütern Mut und Zuversicht einflößen. Es ist wiederholt vom Reichsschatzsekretär ausgeführt worden: Es gibt keine sicherere Anlage für den einzelnen als die Reichsanleihen, denn wenn die Anleihen des Reiches unsicher werden, d. h. wenn das Vermögen und die Steuerkraft des deutschen Volkes zur Deckung der Anleihen nicht ausreichen, dann liegen auch die heimische Industrie und die Landwirtschaft am Boden, und jeglicher Besitz hat seinen Wert verloren.

Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Vorsitzender: Wenn sich kein Widerspruch erhebt, können wir den Antrag, der genügend unterstützt ist, und der als dringlicher Antrag eingebracht ist, gleich behandeln.

Gegen die sofortige Behandlung erhebt sich kein Einspruch. Der Antrag wird ohne weitere Besprechung von der Versammlung angenommen.

15. Antrag Lauer auf Wiederaufnahme des Betriebes der Straßenbahn bis zum Hauptfriedhofe.

Wortlaut des Antrages f. S. 228.

Stadtv. **Lauer** (zur Begründung): Gelegentlich einer schon vor Jahresfrist erfolgten Prüfung des Kohlenverbrauches der Stadt Braunschweig hat der Reichskohlenkommissar einfach kurzerhand uns die Straßenbahnverbindung vom Eisenbahnübergang an der Helmstedter Straße bis zum Zentralfriedhofe gestrichen. Der Herr Reichskohlenkommissar hat einfach dekretiert: Das Fahren der Straßenbahn nach dem Zentralfriedhofe ist verboten. Er hat weiter bestimmt, daß die hierfür in Frage kommende Linie 4 bereits am Bethanienstifte ihr Endziel festzusetzen habe. Auch diese Maßnahme des Reichskommissars schließt eine große Benachteiligung der Braunschweiger Bevölkerung in sich. Es ist hinlänglich bekannt, daß sich wohl kein Verkehr lebhafter gestaltet hat als gerade leider, leider der nach dem Zentralfriedhofe. Viele Tausende unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen müssen nun schon von dem Bethanienstifte aus den beschwerlichen Weg nach dem Zentralfriedhofe, nach dem Krematorium und selbst nach dem katholischen Friedhofe zu Fuß antreten. Das hat viel böses Blut in der Einwohnerschaft gemacht. Die Leute müssen diesen Weg zurücklegen gerade in dem Augenblicke, wo sie vielleicht durch einen Sterbefall am meisten körperlich erschüttert sind. Es ist bekannt, daß auch

Wagen zum Fahren fast nicht mehr zu haben sind. Auch Damen müssen diesen schlechten Weg zum Grabe gerade dann zu Fuß zurücklegen, wenn sie am wenigsten widerstandsfähig, wenn sie vielleicht an Leib und Seele fast gebrochen sind. Man muß durch bei Wind und Wetter, bei Schnee und Eis. Wollte man hier, wie man das sonst zu tun pflegt, warten, bis die Ungunst der Witterung sich gelegt hat, so würde man Gefahr laufen, den Anschluß an die Beisetzungsfeierlichkeit zu verpassen. Man muß mit besseren Kleidern auch bei schlechtem Wetter auf schlechtem Wege durch. Man verlangt von den Braunschweigern, daß sie überhaupt bei jeglicher Witterung den steilen Berg vor dem Kirchhof, ungefähr 600 Meter lang, selbst zurücklegen. Das ist eine große Rücksichtslosigkeit. Wiederum stehen wir vor dem Beginne des Winters. Wenn in dieser Beziehung eine Besserung eintreten soll, dann ist es nötig, daß die Stadtverordneten ein Veto einlegen und sich dahin mit Nachdruck aussprechen, daß ein derartiges Verbot wieder aufgehoben werden muß. Ich weiß sehr wohl, daß die Maßnahme als eine Kriegsmaßnahme anzusprechen ist. Aber diese Maßnahme ist ebenso verfehlt wie manche andere, denn es ist klar, daß die Verbindung der Straßenbahn nach dem Friedhofe dieselbe Bedeutung für die Einwohner hat, wie manche andere Straßenbahnlinie in der Stadt. Es ist dringend nötig, daß die Stadtverordneten zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen, denn sonst könnte der Reichskohlenkommissar der Ansicht sein: Sowohl, die Maßnahme hat sich vorzüglich eingeführt und bewährt, weil eben ein Widerspruch nicht erfolgt. Dann allerdings werden wir in nächster Zeit noch mehr Entbehrungen aufgedrückt bekommen — darauf können wir uns verlassen.

Ich glaube, es genügt dieser kurze Hinweis. Es werden gewiß alle Herren diesem Antrage ihre Zustimmung nicht versagen.

Vorsitzender: Herr Lauer, wünschen Sie den Antrag als dringend behandelt zu sehen? (Zustimmung des Herrn Stadtv. Lauer.) Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung mit der sofortigen Behandlung des Antrages einverstanden ist. (Ohne Widerspruch.)

Stadtv. Ribbentrop: Der Kohlenverbrauch, der durch den Betrieb der Straßeneisenbahnlinie von der Bahn bis zum Friedhofe in Betracht kommt, ist ein absolut geringer. In früherer Zeit, als die Straßenbahn noch durch die Maschinen der Straßenbahn selbst betrieben wurde, fiel es vielleicht noch ins Gewicht, jetzt aber hängt der Betrieb der Straßeneisenbahnwagen mit dem Elektrizitätswerke zusammen, dessen Turbinen die Straßenbahnwagen treiben. Die Turbinen sind sowieso nicht voll belastet, und es ist irrelevant für den Kohlenverbrauch, ob diese kurze Strecke von ihnen mit durchgezogen wird oder nicht. Auch mir ist es bekannt, daß dringende Wünsche im Publikum vorliegen, daß der Betrieb nach

dem Friedhofe wieder ganz aufgenommen wird, und die Straßenbahn hat den gleichen Wunsch.

Ein zweiter dringender Wunsch ist die volle Wiederaufnahme des Verkehrs nach Gliesmarode. Von der Weiche am Militärlazarett bis zum Bahnhofübergange an der Gliesmaroder Straße fahren jetzt zwei Motowagen hintereinander. Es liegt dort eine Weiche, und deshalb muß der zweite Wagen besonders zurückgezogen werden. Ohne jeden Mehrverbrauch von Kohlen würde der Betrieb bis nach Gliesmarode selbst wieder aufgenommen werden können.

Da ich gerade das Wort habe, erlaube ich mir, auf die Beleuchtungsfrage noch einmal zurückzukommen. Sollen die Richtiglaternen brennen und sollen noch 50 Laternen eingeschaltet werden, so kann das das Lichtwerk fast ohne jeden nennenswerten Mehrverbrauch an Kohlen leisten. Die Turbinen sind zu der Zeit nicht voll belastet. Ob an die Turbinen noch 50 Lampen gehängt werden oder nicht, ist für den Kohlenverbrauch gleich. Das hat ganz denselben Effekt, als wenn in einem D-Zug noch 20 Personen mehr einsteigen. Auch da ist kein Mehrverbrauch an Kohlen nötig.

Stadtv. Meyerhoff: Was eben der Herr Major Ribbentrop sagte, mag alles zutreffen, mag auch in den Rahmen des Gesetzes gut hineinpaffen. Ich war aber in der vergangenen Woche in Leipzig; die Herren werden den Südfriedhof dort kennen, er liegt neben dem Völkerschlachtdenkmal. Das ist von der Stadt Leipzig aus eine Strecke wie von hier bis mindestens zum Lechlumerholze. Nach diesem Südfriedhof gehen drei Straßenbahnlinien: die eine unmittelbar an ihn heran, die andere streift das Denkmal vom 18. Oktober, und die dritte Linie ermöglicht es, auf ganz kurzem Wege nach dem Denkmal hinzukommen. Wenn es in Leipzig möglich ist, daß drei Linien die eine Strecke zum Friedhof befahren, dann müßte es möglich sein, bei uns in Braunschweig eine kleine Linie von ein paar hundert Metern wieder in den Verkehr einzurücken. Ich sollte meinen, die Leistung der Dynamos würde sich ohne Schwierigkeiten so weit steigern lassen, wenn nur der gute Wille da ist. Ich habe auch in Dresden keine Unterbrechung der vielen Linien der Straßenbahn gesehen; sie gehen noch ebenso nach der Albrecht-Stadt, und stundenweit nach den vielen Vororten. Dasselbe ist in Leipzig der Fall, stundenweit geht die Straßenbahn dort noch hinaus. Nun ist es möglich, daß Dresden und Leipzig sich bei der Kohlenversorgung besonders vorgesehen haben; daß diese Strecke nach unserem Friedhof aber einen besonderen Kohlenverbrauch erfordert, das kann ich nicht zugestehen, und glaube das sagen zu können, auch wenn ich nicht Elektrotechniker bin. Was in dieser Richtung in anderen Städten möglich ist, das müßte sich hier auch machen lassen.

Stadt v. **Ribbentrop**: Ich weiß nicht, ob ich mich unverständlich ausgedrückt habe, oder ob Herr Meyerhoff mich falsch verstanden hat. Ich habe nicht gegen die Wiederaufnahme des ganzen Betriebes mich ausgesprochen, sondern für dieselbe.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Es ist schon längere Zeit her — ich glaube, im vergangenen Winter war es —, als in Hannover eine Besprechung über die Einschränkung des Kohlenverbrauchs im Bereiche des X. Armeekorps stattfand. Zu dieser Besprechung waren die Verwaltungen sämtlicher Straßeneisenbahnen des Bezirks eingeladen. Auch der Stadtmagistrat war gebeten, einen Vertreter zu schicken, und als solcher war ich entsandt. An dieser Besprechung nahm auch ein Vertreter des Reichskohlenkommissars teil, und es wurde in dieser Versammlung eindringlich darauf hingewiesen, daß auch die Straßeneisenbahnverwaltungen es sich angelegen sein lassen müßten, Kohlen zu sparen, soweit es nur irgend möglich sei. Es wurde an Hand von Fahrplänen und Lageplänen für jede Straßenbahn eingehend erörtert, in welcher Weise eine Betriebseinschränkung möglich wäre. Worauf es der Kriegsamtstelle und dem Reichskohlenkommissar besonders ankam, war, daß einmal die Anzahl der Haltestellen eingeschränkt wurde, weil durch das Anfahren viel Strom vergeudet wird, und daß andererseits auch die Anzahl der verkehrenden Straßenbahnwagen erheblich vermindert würde. Ferner wurde Wert darauf gelegt, daß auf den Außenstrecken der Straßenbahn tunlichst der Betrieb eingestellt würde; und in der Beziehung haben sämtliche Straßenbahnverwaltungen große Zugeständnisse machen müssen. So ließ es sich leider nicht umgehen, daß auch bei der hiesigen Straßeneisenbahn Einschränkungen Platz greifen mußten. Die Herren wissen alle, worin diese Einschränkungen bestehen. In jener Zeit waren wir ja in bezug auf den Straßenbahnverkehr nicht gerade vermöhnt, weil durch den erheblichen Mangel an Kohlen zeitweilig eine viel größere Einschränkung hatte stattfinden müssen: Sie wissen, daß die Straßenbahnwagen im vergangenen Winter zeitweilig nur alle 12 Minuten auf allen Strecken verkehren konnten. Durch die behördlich angeordnete Einschränkung ist seinerzeit keine Verschlechterung gegenüber dem zu der Zeit bestehenden Zustande eingetreten, sondern eine Verbesserung. Worauf es dem Reichskohlenkommissar ankam, war, daß bei den einzelnen Verwaltungen eine bestimmte Anzahl von Kilowattstunden Stromverbrauch nicht überschritten werden sollte. So wurde für die Straßeneisenbahn in Braunschweig vereinbart, daß 160 000 Kilowattstunden für den Monat nicht überschritten werden dürften; und es wird seitens der Kriegsamtstelle und des Reichskohlenkommissars dauernd sehr sorgfältig darauf geachtet, daß nicht mehr als diese Strommenge verbraucht wird. Wir haben uns schon große Mühe gegeben, Milderungen dieser strengen Vorschrift zu erzielen, in einem Punkte ist uns dies auch gelungen. Während nämlich der Reichskohlen-

kommissar und die Kriegsamtstelle nicht gestatten wollten, daß die Wagen nach dem Nordbahnhof noch weiter verkehrten, haben wir erreicht, daß ein — wenn auch bescheidener — Betrieb wieder eingeführt wurde. Ob die genannten Stellen bereit sein werden, auch den Betrieb nach dem Hauptfriedhofe wieder zuzulassen, das weiß ich nicht. Der Magistrat wird aber selbstverständlich gern dem Antrage der verehrten Versammlung folgen und energische Vorstellungen erheben, denn es kann nicht bestritten werden, daß bei dem Verkehr nach dem Friedhofe Mißstände bestehen. Fuhrwerke existieren nicht, infolgedessen muß jeder die lange Strecke vom Marienstifte bis zum Friedhofe zu Fuß gehen. Auch Herr Major Ribbentrop hat ja energisch dafür gesprochen, daß der Betrieb dort wieder aufgenommen wird, und er kennt die Verhältnisse aus seiner früheren Dienstzeit her sehr genau. Die Sache ist also schon so, wie sie Herr Lauer geschildert hat; der Magistrat wird — wie gesagt — gern bereit sein, der gegebenen Anregung zu entsprechen. Ob wir Aussicht auf Erfolg haben, ist eine zweite Frage; wir wollen aber gern das Unfrige tun.

Vorsitzender: Ich darf wohl annehmen, daß die Versammlung mit dem Antrage des Herrn Lauer einverstanden ist. (Ohne Widerspruch.)

Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 6 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 24. Oktober 1918.

Tagesordnung:

1. Anträge Riefe, Stegmann, Munte und Hartung bezüglich des
Gemeindevahlrechts und Änderung der Städteordnung. Seite 260
2. Aufnahme eines Rechtsstreits. " 331

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Wohr**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Schmidt**, **Steincke**, **Dr. Boge**, **Weichsel**, **Dr. Wolters**. Außerdem fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Schulze** und **Tebbenjohanns**.

Vorsitzender Hartung: Ich eröffne die Sitzung.

Es liegt eine Eingabe des Verkehrsvereins vor, welche zugleich an den Magistrat und an die Stadtverordneten gerichtet ist. Wie ich höre, haben auch die einzelnen Herren Stadtverordneten Abzüge dieser Eingabe bekommen. Wir werden uns mit der Sache vorerst nicht zu beschäftigen haben, da zunächst der Stadtmagistrat dazu Stellung zu nehmen hat.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Es liegen vor die Anträge Riefe, Stegmann, Munte und Hartung, betreffend die Abänderung des kommunalen Wahlverfahrens. Die Statuten- und Finanzkommission, denen diese Anträge zur Vorberatung überwiesen waren, haben sie gemeinschaftlich beraten, und ich nehme

Kraus

an, daß die Versammlung damit einverstanden ist, da die Anträge alle dasselbe Thema betreffen, daß auch hier in der Versammlung die Beratung der Anträge zusammen erfolgen soll. Referenten sind für die Statutenkommission Herr Frede und für die Finanzkommission Herr Ohlendorf. Bevor ich ihnen das Wort zur Erstattung ihres Berichts erteile, möchte ich noch folgendes bemerken:

Es wird den sämtlichen Herren der Abdruck eines neuen Antrages auf den Platz gelegt sein, unterschrieben Frede-Hartung, der eine Modifikation des bisher unter meinem Namen gegangenen Antrages darstellt. Die Herren, die meinen früheren Antrag unterstützt haben, werden die Erklärung abgeben, daß sie den ursprünglichen Antrag dem hier vorliegenden Muster entsprechend abändern. Der neue Antrag ist im Original überreicht und unterschrieben. Ich nehme an, daß die Versammlung damit einverstanden ist, daß er mit behandelt wird.

1. Anträge Kiefe, Stegmann, Munte und Hartung bezüglich des Gemeindewahlrechts und Aenderung der Städteordnung.

Wortlaut der Anträge:

Antrag Kiefe: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Gemeinschaft mit ihr an den Landtag und die Regierung eine Eingabe zu richten, in welcher die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Gemeindewahlrechts nach dem System der Verhältniswahlen für alle über 20 Jahre alten Einwohner der Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts unter Aufhebung aller Vorrechte des Besitzes gefordert wird.“

Antrag Stegmann: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Herzoglichen Landesregierung eine Aenderung der Städteordnung zu beantragen, wonach

1. alle das Bürgerrecht, die Wahlen der Stadtverordneten und die Wahlhandlung betreffenden Paragraphen aufgehoben werden und die die Rechte und Pflichten der Stadtverordneten sowie die Geschäftsordnung betreffenden Paragraphen eine zeitgemäße Aenderung erfahren,

2. zu den Stadtverordnetenwahlen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nach der Verhältniswahl für alle männlichen und weiblichen Einwohner vom vollendeten 20. Lebensjahre ab und das passive Wahlrecht vom 25. Lebensjahre eingeführt wird.“

Antrag Munte (1. Fassung): „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die Herzogliche Staatsregierung zu ersuchen, eine Vorlage über die Aenderung der braunschweigischen Städteordnung einzubringen dahin gehend, daß die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlungen zukünftig unter Berücksichtigung von allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlen, verbunden mit der Verhältniswahl, gewählt werden. Als wahlberechtigt gelten dabei

alle männlichen steuerpflichtigen Einwohner vom vollendeten 25. Lebensjahre an, wenn sie zwei Jahre die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen und zwei Jahre ihren Wohnsitz in der Stadtgemeinde haben. Dabei ist die Einführung der Wahlpflicht in Betracht zu ziehen."

Unterschriften: Hans Munte, Kraus, R. Voeshigt, M. Salomon, H. Lauer.
(Neue Fassung des Antrages s. S. 279.)

Antrag Hartung (1. Fassung): „Wir Unterzeichneten beantragen: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Staatsregierung eine Abänderung des Gemeindewahlrechts dahin gehend in Antrag zu bringen, daß

1. die Hälfte der Stadtverordneten durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl der männlichen, mindestens 25-Jahre alten Einwohner, die mindestens zwei Jahre in der Gemeinde wohnhaft sind, unter Einfügung der Verhältniswahl,

ein Viertel derselben durch Wahl der Hausbesitzer,

ein Sechstel durch Wahl der Unternehmer der Industrie, des Handels und Gewerbes, wobei die Vorsteher der Aktien- und sonstigen Erwerbsgesellschaften an Stelle der Unternehmer wahlberechtigt sind, und

ein Zwölftel durch Wahl der Staats- und städtischen Beamten und Lehrer bestimmt wird,

2. die Wahlpflicht festgesetzt wird,

3. wählbar nur männliche, mindestens 30 Jahre alte Einwohner, welche zwei Jahre in der Gemeinde wohnhaft sind, sein sollen."

Unterschriften: Hartung, Bartels, Dr. Landauer, Frede, Damköhler, Tebbenjohannis, Schmidt, Rasche, Meyerhoff, Dr. Kahlert, Kruse, Trinks.

Neue Fassung des Antrages Hartung (Antrag Frede-Hartung):
„Der Stadtmagistrat wird ersucht, bei Herzoglicher Landesregierung ein neues Gemeindewahlrecht auf folgender Grundlage zu beantragen:

Die Stadtverordneten werden zur einen Hälfte auf Grund allgemeiner, zur anderen Hälfte auf Grund besonderer Wahlen gewählt; wahlberechtigt und wählbar sind alle männlichen und weiblichen Einwohner vom vollendeten 25. Lebensjahre ab, wenn sie die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen, wenigstens ein Jahr in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben, über ihre Person und über ihr Vermögen verfügungsberechtigt, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte und steuerpflichtig sind. Verheiratete Frauen sind berechtigt, ihr Stimmrecht durch ihren Ehemann auf Grund schriftlicher Vollmacht auszuüben.

Für sämtliche Wahlen wird die Wahlpflicht festgesetzt.

1. Die allgemeinen Wahlen vollziehen sich nach dem gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht mit Verhältniswahl. Die auf Grund dieser allgemeinen

Wahlen gewählten Stadtverordneten müssen zu fünf Sechsteln männlich, zu einem Sechstel weiblich sein; die männlichen Stadtverordneten werden nur durch männliche Wähler, die weiblichen nur durch weibliche gewählt.

2. Die durch besondere Wahlen bestimmten Stadtverordneten gehen zu drei Sechsteln aus Wahlen der Grundbesitzer, zu zwei Sechsteln aus Wahlen der Industrie, des Handels und Gewerbes, und zu einem Sechstel aus Wahlen der Reichs-, Staats- und städtischen Beamten und Lehrer hervor. Die Vorsteher der Aktien- und sonstigen Erwerbsgesellschaften sind an Stelle der Unternehmer wahlberechtigt und wählbar. In dieser Abtheilung kann jeder Wähler nur in einer Eigenschaft wählen."

Stadtv. **Frede** (als Referent der Statutenkommission): Meine Herren! Die Anträge, die sich auf Abänderung des Gemeindewahlrechts beziehen, sind gestellt im Februar und März dieses Jahres. Es ist eine lange Zeit darüber verfloßen, bis sie hier zur Beratung gekommen sind, aber daß diese Zeit darüber vergangen ist, ist nicht zum Nachtheil der Anträge ausgefallen — das werden die radikalen Antragsteller von ihrem Standpunkte aus zugestehen müssen. Die Anträge selbst, meine Herren, sind Ihnen wohl zur Genüge bekannt, ich brauche sie deshalb wohl nicht zu verlesen. Ich werde aber aus den einzelnen Anträgen die Hauptpunkte noch einmal herausheben und nachher die in der Kommission erörterten Punkte, um die sich das Referat dreht, in den Vordergrund stellen.

Der Antrag Riese ist der weitestgehende. Er fordert das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nach dem System der Verhältnismahl für alle männlichen und weiblichen Einwohner über 20 Jahre.

Herr Stegmann fordert daselbe, aber er will zwar das aktive Wahlrecht abhängig machen von der Vollendung des 20., das passive Wahlrecht jedoch von der Vollendung des 25. Lebensjahres.

Die Herren Munte, Kraus, Loeschigk, Salomon und Lauer fordern in ihrem Antrage auch das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht nach der Verhältnismahl für alle männlichen steuerpflichtigen Einwohner vom vollendeten 25. Lebensjahre ab, wenn sie zwei Jahre die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen und zwei Jahre in der Stadt ihren Wohnsitz haben. Die Wahlpflicht ist in Betracht zu ziehen.

Zwölf andere Herren, an der Spitze Herr Hartung, haben einen Antrag eingereicht, der fordert, daß die eine Hälfte der Stadtverordneten hervorgehen soll aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen nach der Verhältnismahl. Wahlberechtigt sollen alle männlichen Einwohner vom vollendeten 25. Jahre ab sein, wenn sie zwei Jahre in der Gemeinde wohnhaft sind. Die Wählbarkeit soll erst eintreten mit dem 30. Jahre.

Die zweite Gruppe der Stadtverordneten soll nach diesem Antrage aus besonderen Wahlen hervorgehen, und zwar zu drei Zwölfteln des Ganzen aus Wahlen der Grundbesitzer, zu zwei Zwölfteln aus Wahlen der Unternehmer der Industrie, des Handels und Gewerbes, wobei die Vorsteher der Aktien- und sonstigen Erwerbsgesellschaften an Stelle der Unternehmer wahlberechtigt sein sollen, und zu einem Zwölftel aus Wahlen der Staats- und städtischen Beamten und Lehrer. Die Wahlpflicht soll festgesetzt werden.

Diese Anträge sind in der Kommission besprochen. Ich habe dort darüber referiert und bin dazu gekommen, einen Antrag zu stellen, der in der Hauptsache sich mit dem Antrage Hartung deckt. Herr Justizrat Hartung hat dann, wie Sie eben schon gehört haben, sich dieser neuen Fassung angeschlossen, und es haben auch die sämtlichen anderen Unterzeichner des früheren Antrages Hartung — wozu noch vier andere Herren gekommen sind, so daß es jetzt im ganzen sechzehn sind — sich das zu eigen gemacht, was in der Kommission über die neue Fassung vorgetragen ist.

In der Kommission waren zehn Mitglieder gegenwärtig, und bei der Abstimmung über die Anträge hat keiner derselben die absolute Mehrheit bekommen. Fünf Stimmen waren für den Antrag Hartung, zwei Stimmen für den Antrag Munte und drei für die Anträge der Herren Riefe und Stegmann. Da nun in der Kommission kein endgültiger Beschluß gefaßt ist, so muß ich heute daselbe vortragen, was ich in der Kommission vorgetragen habe, und die Herren haben dann zu bestimmen, was werden soll. Aus den verschiedenen Anträgen heben sich folgende Fragen und Erörterungspunkte heraus:

1. Soll das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zur Anwendung kommen?

2. Von wem soll es ausgeübt werden? Nur von männlichen oder auch von weiblichen Wählern?

3. Welche Einschränkungen sind zu machen in bezug auf Bürgerrecht, Alter, Steuerpflicht, Staatsangehörigkeit, Aufenthalt in der Gemeinde usw.? Bei dem Alter würde dann zu erwägen sein, ob für das aktive und passive Wahlrecht das gleiche Alter oder ein verschiedenes festgesetzt werden soll.

4. Sollen die allgemeinen Wahlen nach dem System der Verhältnismahlen stattfinden?

5. Soll die Vertretung bedeutungsvoller Berufskreise dem Zufall überlassen oder auf irgend eine Weise sichergestellt werden? Mit anderen Worten: Soll die Gesamtheit der Stadtverordneten auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt werden, oder soll neben diesem allgemeinen Wahlrecht noch ein besonderes bestehen?

Zuerst: Soll das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zur Anwendung kommen? Diese Frage kann kurz beantwortet werden: Ja, denn sämtliche Anträge haben sich dafür erklärt. Damit ist, wenn die maßgebenden Stellen unseren Antrag annehmen, die bisherige Klassenwahl zu Fall gekommen.

Die zweite Frage würde sein: Von wem soll das Wahlrecht ausgeübt werden, von männlichen und weiblichen Einwohnern oder nur von männlichen? Alle drei Anträge sprechen nicht von Bürgern, sondern von Einwohnern, und es muß als ein Fortschritt bezeichnet werden, daß dieser Ausdruck gewählt ist. Ursprünglich beruhten die Gemeindeverfassungen auf der Bürgergemeinde, und das Wahlrecht war an das Bürgerrecht geknüpft, das entweder von den Eltern ererbt oder von den Zugezogenen durch Erwerbung oder Verleihung erreicht wurde. Nachdem sich die Bürgergemeinde allmählich zu der Einwohnergemeinde umgestaltet hat, ist es zeitgemäß, daß auch das Recht, das wesentlich mit dem Bürgerrecht verbunden war, das aktive und passive Wahlrecht, im allgemeinen ausgedehnt wird auf alle Gemeindegossen, gewisse Einschränkungen vorbehalten, auf die ich noch zu sprechen kommen werde.

Nun die Hauptfrage: Sollen die weiblichen Personen mitwählen? Es ist das eine so bedeutungsvolle Frage, daß man darauf genauer eingehen muß, denn würden wir das annehmen, und würden die maßgebenden Stellen uns darin folgen, so würde die Stadt Braunschweig die erste Stadt im Reiche sein, welche das Frauenwahlrecht eingeführt hat. Zunächst ein Überblick über die bestehenden Städteordnungen und darüber, wie es in anderen Ländern, auch den außerdeutschen, damit gehalten wird. Die preußische Städteordnung von 1808 läßt die Frau zur Erwerbung des Bürgerrechts zu, schließt sie aber von dem aktiven und passiven Wahlrecht aus. Darnach hat natürlich auch die Zulassung zum Bürgerrecht keinen praktischen Wert, denn sein Hauptinhalt, das Stimmrecht, ist den Frauen verweigert. In Sachsen sind selbständige Frauen berechtigt, aber nicht verpflichtet, zum Erwerbe des Bürgerrechts; stimmberechtigt sind sie nicht, also wie in Preußen. Ebenso ist es in Württemberg. In Sachsen-Coburg-Gotha dagegen sind die Frauen stimmberechtigt; sie können das Stimmrecht aber nicht selbst ausüben, sondern es nur durch Vertreter ausüben lassen, die eine Vollmacht beizubringen haben. Ebenso ist es in Meiningen, Reuß ä. L., in Bayern und Waldeck. Soweit das Ausland in Frage kommt, kann man sich beschränken auf die größten Kulturstaaten Österreich, England und Frankreich. In Österreich sind die weiblichen Personen ebenfalls wahlberechtigt, aber sie müssen ihr Wahlrecht auch durch bevollmächtigte Vertreter ausüben lassen. England hat das aktive Stimmrecht den Frauen schon seit langen Jahren zugestanden, seit 1907 aber auch das passive. Es können Frauen gewählt werden für das kleinste

Gemeinwesen, das sind die Kirchspiele, die Landgemeinden, ferner für die Stadtgemeinden und auch für die Grafschaften. Auch Ehefrauen dürfen gewählt werden. In Frankreich, das sonst recht freiheitliche Institutionen hat, besteht kein Frauenwahlrecht.

Es hat nun der deutsche Frauenstimmrechtsbund eine Karte über die Verbreitung des Frauenstimmrechts herausgegeben, ich habe eine solche von Herrn Steinbrecher erhalten. Es ist darauf aus den Farben ohne weiteres ersichtlich, wo auf der Erde das Frauenstimmrecht besteht. Nach dieser Karte, die aus dem Jahre 1917 stammt, haben auch Dänemark und Island, Norwegen, Rußland und Böhmen das Frauenstimmrecht. Böhmen spricht in dieser Beziehung ja nicht viel mit, und es ist auch nicht unbedingt als ein solches Land anzusehen, in dem das Frauenstimmrecht gilt. Ich habe es als solches auch in der Arbeit vermißt, die meinen Vorarbeiten zugrunde gelegen hat: „Das kommunale Wahlrecht in den deutschen Bundesstaaten“ von Dr. Schiffer.

Wie ist es nun mit Deutschland? Für diese Untersuchung über das kommunale Wahlrecht ist eine wahre Fundgrube der Bericht über die Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1907 zu Magdeburg. Dieser Kongreß ist besucht gewesen von Arbeitern, Reichstagsabgeordneten, Landtagsabgeordneten, Stadtverordneten, Oberbürgermeistern, Regierungspräsidenten, Professoren von Hochschulen usw., also aus allen Kreisen der Bevölkerung, und es sind dort durchaus nicht nur einseitige Richtungen vertreten gewesen, sondern es sind alle zu Wort gekommen. Man darf schon aus Rücksicht auf das Bildungsniveau, das vertreten gewesen ist, diesen Verhandlungen eine sehr große Beachtung entgegenbringen. Es hat sich da zu der Sache geäußert zunächst der Hauptreferent Prof. Dr. Loening von der Universität Halle a. d. Saale. Er sagt über die Wahlberechtigung der Frau:

„Eine Änderung des Gesetzes ist in dieser Beziehung nicht nur erwünscht, sondern erforderlich. Die Übertragung von Ehrenämtern an Frauen in der öffentlichen Armenpflege ist nach dem Gesetze vom 8. März 1871 § 3 und in der Waisenpflege nach dem Gesetz vom 20. September 1899 Artikel 77 § 2 zulässig. Freilich ist dies bisher nur in beschränktem Umfange geschehen. Aber die Er-fahrungen, die bisher mit der Bestellung von Frauen zu Armen- und Waisenpflegerinnen gemacht wurden, sind durchaus günstig.“

Also Prof. Loening hält eine Änderung des Wahlrechts in der Weise für erforderlich, daß den Frauen das Wahlrecht zuerkannt wird. Ein anderer Redner, der Stadtv. Dr. Walter Vopberg aus Schöneberg, äußert sich über die Wahlberechtigung der Frauen, indem er ausführt:

„Wenn wir wollen, daß das Interesse der gesamten Frauenwelt an den Angelegenheiten unserer Kommunen, die so viele ungelöste Probleme aufzuweisen

haben, anhalten soll, wenn wir wünschen, daß dieses Interesse der Frauenvwelt an der Kommune ein intensiveres wird und der Zustrom der Frau zu allen Arten kommunaler Ämter ein noch viel stärkerer wird, als es heute der Fall ist, dann ist das durch nichts anderes zu erreichen, als daß wir die Frauen durch Verleihung des allgemeinen Wahlrechts Anteil nehmen lassen an allen Staats- und Gemeindeangelegenheiten. In den Kommunen müßte zuerst die Einführung des Frauenstimmrechts zur Tat werden. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten und die Momente des Widerstandes, auf die Herr Geheimrat Voening verwiesen hat. Aber auf der anderen Seite müssen wir doch sagen — und das wird gerade von Frauen, die sich in der Kommune in irgend einer Weise auf sozialpolitischem Gebiete betätigen, immer wieder hervorgehoben: Es gibt keine bessere Schulung für die Frau und kein Gebiet, das der Tätigkeit der Frau näher liegt, als das Gebiet der Kommunalpolitik. In diesem Falle können wir uns die Worte des preußischen Justizministers zu eigen machen, daß das Mißtrauen gegen die Frauen in der Kommune mehr auf Vorurteilen als auf sachlichen Gründen beruht. Das trifft auch zu für die Frage des kommunalen Frauenstimmrechts."

Meine Herren, ich habe auf Grund dieser Überlegungen und Vergleichen, aber auch auf Grund meiner früheren Beobachtungen in der Frage als meine Überzeugung in der Kommission zum Ausdruck bringen müssen, daß ich die deutsche Frau für mündig für das Wahlrecht erachten muß. Wir tun den deutschen Frauen großes Unrecht, wenn wir sie in dieser Beziehung geringer einschätzen als die Frauen in anderen Ländern, wo sie das Stimmrecht haben. Es ist durch nichts gerechtfertigt, wenn wir sie so niedrig einschätzen wollten, vor allen Dingen nicht durch den Stand der allgemeinen Bildung, wie er in Deutschland herrscht. Die Frau hat seit langen Jahren in den Stellungen, die sie hier als Arbeiterin, Kontoristin, Lehrerin, Studentin, Oberlehrerin, Ärztin usw. einnimmt, bewiesen, daß sie ihre Stelle voll ausfüllt. Sie hat im Kriege auch bewiesen, daß sie unvorbereitet auf Grund ihrer Allgemeinbildung befähigt war, in verantwortliche Stellen einzutreten; sie hat auf der Eisenbahn und Straßenbahn als Schaffnerin, bei den Behörden, in den Geschäften usw. ihre Zuverlässigkeit und ihren Opfermut gezeigt. Man braucht sie nur in den Sattel zu setzen, das Reiten wird schon gehen.

Hinzuweisen ist noch darauf, daß sich gegen früher die wirtschaftliche Lage der Frauen ganz anders gestaltet hat. Wenn es vor vielen Jahren, als das bisherige Wahlrecht aufgestellt wurde, allgemein galt, daß ein Mädchen heiraten mußte, dann sei es untergebracht, und dann sei ihr Kreis die Familie, so gilt das heute nicht mehr. Heute sind unzählige Frauen auf die eigenen Füße gestellt, und wenn man den Männern zubilligt, daß sie an der Gestaltung ihrer Lage mit Verständnis, Interesse und Liebe mitarbeiten, so muß man das den Frauen auch zugestehen. Wünschen möchte ich dabei, daß wie in England die verheiratete Frau nicht aus-

geschlossen wird, sondern als mäßigendes Element bei Ertheilung des Wahlrechts mit eingeschlossen wird.

Nun die *Einschränkungen*. Da würde zunächst die *Erwerbung* des *Bürgerrechts* zu betrachten sein, aber wir können kurz darüber hinweggehen. Aus meinen Ausführungen von vorhin hat die Versammlung schon vernommen, daß ich es für unnötig halte, daß die Placereien für Erwerbung des Bürgerrechts noch ferner bestehen bleiben, und daß wir einfach das Wahlrecht den Einwohnern zugestehen können.

Zweitens, das *wahlfähige Alter*. Dies ist in den verschiedenen Landesteilen sehr verschieden. In Preußen ist in den sieben östlichen Provinzen und in Frankfurt a. M. das vollendete 24. Lebensjahr zur Ausübung des Wahlrechts vorgeschrieben, in Schleswig-Holstein das 22. Jahr, in Bayern die Volljährigkeit, in Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen das 25. Jahr, in Oldenburg das 24. Jahr, in Sachsen-Weimar wieder das 25. Jahr, in Coburg das 21., in Gotha das 25. (die Wählbarkeit in Gotha ist an das 30. Jahr geknüpft), in Meiningen und Altenburg das 25. Jahr (in Altenburg tritt die Wählbarkeit auch mit 30 Jahren ein). In Braunschweig gilt das 25. Jahr; in den übrigen Staaten, auch in der Freien Hansestadt Hamburg das 25., und auch in Hamburg tritt die Wählbarkeit erst mit dem 30. Jahre ein. In den außerdeutschen Ländern ist es so, daß in der Schweiz mit 20 Jahren schon die Wahlberechtigung einsetzt, in England genügt die Volljährigkeit und in Frankreich ebenfalls das 21. Jahr.

Die Herren haben aus dieser Zusammenstellung gesehen, daß weitaus am meisten das 25. Lebensjahr gefordert wird, und in Braunschweig gilt es auch. Ich sehe keinen Grund, daß wir jetzt davon abweichen. Wenn in dem Antrage Sartung zuerst gesagt war, daß wählbar nur männliche, mindestens 30 Jahre alte Einwohner sein sollen, so haben wir jetzt davon Abstand genommen und begnügen uns damit, auch für die Wählbarkeit das 25. Lebensjahr vorzuschlagen.

Sodann die *Steuerpflicht*. In allen deutschen Bundesstaaten und, so weit es mir möglich war, es zu erfahren, auch in den außerdeutschen Staaten ist die Steuerpflicht unbedingte Voraussetzung für Ausübung des Wahlrechts. England geht so weit, daß es bei Ausübung der Wahl nur von *Steuerzahlern*, nicht von Gemeindengenossen spricht; es stellt also diese Pflicht sehr in den Vordergrund. Nur bei *einem* Lande habe ich gefunden, daß die Steuerpflicht nicht zur Bedingung gemacht wird: das ist Frankreich. Mir scheint aber die Meinung richtig zu sein: Wo ein Recht ausgeübt werden soll, müssen auch Pflichten erfüllt werden, und deshalb habe ich mich für die Steuerpflicht und für die Vorbedingung der stattgefundenen Zahlung der Steuer ausgesprochen.

Ich komme nun auf die *Staatsangehörigkeit* zu sprechen. Mit der Erwerbung des Bürgerrechts war bei uns immer die Erlangung der braun-

schweigischen Staatsangehörigkeit verbunden, und die Herren wissen, was für Scherereien man durchzumachen hatte, bis man für einen Fremden das erreicht hatte. Ich sollte meinen, daß es genüge, wenn wir die Reichsangehörigkeit als Bedingung für die Wahlfähigkeit aufstellten, und in diesem Sinn habe ich auch den neuen Antrag entworfen. Dadurch würde die Beteiligung am öffentlichen Leben, soweit die Wahlhandlungen in Frage kommen, wesentlich erleichtert.

Wenn ich auf die Staatsangehörigkeit keinen Wert gelegt habe, so muß ich doch großen Wert legen auf den *Aufenthalt in der Gemeinde*, und der Grund dafür ist auch ohne weiteres ersichtlich. Wenn jemand in eine fremde Gemeinde kommt, soll er sich erst umsehen, sich mit den Bedürfnissen der Gemeinde vertraut machen, soll kennenlernen, was dort gut und schlecht ist, er kann es vergleichen mit dem verlassenen Wohnorte, kurz und gut: er muß erst eine Kenntnis der Verhältnisse haben, wie sie sein neuer Wohnort bietet, ehe er mitraten soll. Da wir die Wählbarkeit und Wahlpflicht auf dasselbe hinausgehen lassen, so müssen wir sagen, ein Mann, der Vertreter eines Gemeinwesens sein will, muß auch die einschlägigen Verhältnisse kennen. Als Aufenthaltszeit in der Gemeinde wird in Preußen in einigen Fällen gefordert ein Jahr, nämlich in Frankfurt a. M. und in Schleswig-Holstein, zwei Jahre in Hessen-Rassau, sonst durchweg drei Jahre. In Sachsen werden drei Jahre gefordert, in Hessen zwei, in Oldenburg drei, in Württemberg drei Jahre. Meistens sind es also drei Jahre Aufenthalt, die verlangt werden, nur in Frankreich habe ich die Forderung eines Aufenthalts von nur 6 Monaten gefunden. Ich würde für meinen Teil am liebsten sehen, wenn zwei Jahre vorgeschrieben würden, aber bei uns genügt nach den gesetzlichen Bestimmungen ein Jahr, und davon können wir natürlich nicht gut abweichen, ich habe also auch ein Jahr vorgeschlagen.

Daß ferner als Bedingung der Wahlberechtigung der Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte und die Verfügungsfähigkeit über die eigene Person und das eigene Vermögen gefordert wird, braucht man weiter nicht zu begründen.

Endlich die *Verhältnismahl*. Mir persönlich ist die Verhältnismahl nicht sehr sympathisch, weil sie außerordentlich kompliziert ist und zu Gruppenbildungen führt und führen muß, und diese Gruppenbildungen werden sich höchstwahrscheinlich nach politischen Rücksichten geltend machen. Ich bin der Meinung, daß es in vielen Fällen nicht für das Wohl der Gemeinde zuträglich ist, wenn das, was hier beraten wird, von der politischen Stellung aus betrachtet wird. Für uns hier soll unter allen Umständen maßgebend sein: „Was gebietet das Wohl der Gemeinde?“, und dabei kann man die politischen Färbungen ganz gut entbehren. Ich glaube nicht, daß ich Sie langweile, wenn ich Ihnen zum Beweise des sehr Verwickelten in der Verhältnismahl einmal die Bestimmungen vorlese, die in Bayern über die Verhältnismahl aufgestellt sind. Ich nehme deshalb Bayern,

weil die Verhältnisswahl im allgemeinen nach freien wie nach verbundenen Listen stattfinden kann und in Bayern beides möglich ist. Die Vorschrift heisst:

„Von den verschiedenen Arten der Verhältnisswahl hat das Gemeindewahlgesetz sich für die festen und verbundenen Listen entschieden. Es werden hiernach vor der Wahl von einer in der Wahlordnung bestimmten Zahl von Wahlberechtigten Vorschlagslisten eingereicht, auf denen höchstens einundeinhalbmahl soviel Namen stehen dürfen, als Gemeindebevollmächtigte oder Gemeinderäte zu wählen sind. Zwei oder mehrere Vorschlagslisten können mit der Erklärung versehen sein, daß die Listen miteinander verbunden seien. Eine Gruppe miteinander verbundener Listen gilt gegenüber anderen Vorschlagslisten als eine einzige. Die Wähler sind an die Vorschlagslisten nicht gebunden. Sie können die Namen der zu wählenden Personen den einzelnen Vorschlagslisten entnehmen oder auch Personen wählen, die auf keiner Vorschlagsliste stehen (freie Listen). Ein Name darf bis zu drei Malen wiederholt werden. Ein Wahlzettel darf höchstens einundeinhalbmahl soviel Namen enthalten, als zu Wählende vorhanden sind. Das Wahlergebnis wird in der Weise festgestellt, daß zunächst aus den gültigen Wahlzetteln die Zahl der gültigen Stimmen für jeden Kandidaten, dann je die Zahlen der für jede Vorschlagsliste, für die verbundenen Listen und für die Einzelkandidaten abgegebenen Stimmen berechnet und endlich die Gesamtzahl der gültigen Stimmen festgestellt werden. Die Gesamtzahl der gültigen Stimmen wird durch die um eins vermehrte Zahl der zu wählenden Gemeindebevollmächtigten oder Gemeinderäte geteilt. Mit der sich hieraus ergebenden, nötigenfalls abgerundeten Zahl werden dann die Stimmenzahlen der einzelnen Vorschlagslisten der Reihe nach geteilt, und endlich jeder Vorschlagsliste so viel Stellen zugewiesen, als diese Teilung ergibt.“

Ich glaube, meine Herren, Sie können es zweimal oder dreimal hören, und Sie müssen sich doch noch überlegen, wie die Sache anzufangen ist. So einfach, wie manche glaubten, ist die Sache nicht. Was für eine Bedeutung die Verhältnisswahl in politischer Beziehung hat, das sehen Sie wohl aus den Ausführungen, die der Stadtrat Fleisch-Frankfurt a. M. auf dem Kongreß, den ich vorhin erwähnt habe, gemacht hat. Er sagte: „Wenn wir jetzt die Formulierung aussprechen: „Reichstagswahlrecht für die Gemeinden“, so schließt das nicht aus, sondern begreift es in sich, daß wir für das Gemeindewahlrecht das fordern, was wir eigentlich auch für den Reichstag fordern müssen: die Minoritätsvertretung, die Proportionalwahl dergestalt, daß auch die Minoritäten zu ihrem Rechte kommen, und daß auch den Schichten, die sich nicht der Gunst der Majorität erfreuen, die Möglichkeit zur Vertretung ihrer Interessen in der Stadtverordnetenversammlung nicht genommen wird. Dieser Forderung kann nicht entgegengehalten werden, daß die Minoritätsvertreter ja doch überstimmt werden, also machtlos wären.“

Man darf da mit der allgemeinen Erfahrung rechnen, daß es auf die Zahl der Leute aus den verschiedenen Parteien noch nicht einmal so sehr ankommt; ein tüchtiger Mann wird immer in der Lage sein, durch seine Mitarbeit Beschlüsse herbeiführen zu helfen, die ohne ihn nicht so ausgefallen wären.“

Das ist also ein Anhänger der Verhältniswahl; nun wollen wir auch einen Gegner hören. Der Professor Dr. Walz von der Universität Heidelberg sagte über die Proportionalwahl: „Ob die neu eingeführte Proportionalwahl den Minoritäten insbesondere gegen die Vorherrschaft einer aus den Kreisen der Minderbemittelten hervorgegangenen radikalen Partei, welche (worauf das Proportionalssystem geradezu hindrängt) im wesentlichen nach politischen Gesichtspunkten bestimmt sein wird, die im allgemeinen Interesse zu wünschende Sicherung zu bieten vermag, erscheint im hohen Grade zweifelhaft, da mit der neuen Wahlart Kautelen, welche einen Schutz der Minoritäten auch innerhalb der Gemeindefollegien selber gewährleisten, meines Wissens nicht gegeben sind. — Fehlt es aber in einer Gemeinde an einem Schutze gegenüber den Beschlüssen einer von radikalen Anschauungen getragenen Majorität, zumal wo dieselbe durch außerhalb des Gemeindefremdes liegende allgemeine politische Gesichtspunkte stark beeinflusst ist, so werden gerade diejenigen Elemente der Bürgerschaft, die für die Gemeinden die wertvollsten sind, diejenigen, welche über die hohe Steuerkraft verfügen, sowie die, welche vermöge ihrer Kenntnisse und Lebensstellung zur Mitarbeit an der Gemeindeverwaltung in besonderem Maße geeignet erscheinen, aus den Gemeindefollegien hinausgedrängt oder sich freiwillig einer jeden Mittätigkeit enthalten, ja, was unter anderem auch schon der Bericht der Stadt Zürich andeutet, der Stadt überhaupt den Rücken drehen.“

Daß eine solche Gestaltung der Verhältnisse für die gedeihliche Entwicklung einer Stadt eine schwere Schädigung bedeuten und auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik sich bald als eine Hemmung fühlbar machen wird, bedarf keiner näheren Ausführung.“

Meine Herren, das sind Ansichten von Männern, die Erfahrung in dieser Sache haben. Ich hatte in der Kommission einen anderen Vorschlag gemacht, der aber keinen Beifall gefunden hat. Alle uns vorliegenden Anträge fordern die Verhältniswahl, und deshalb haben wir uns in der Kommission darauf geeinigt.

Nun kommt endlich der Wunsch, der uns scheidet von den Herren Riefe und Stegmann und auch von Herrn Munte, die Frage: Soll die Vertretung bedeutungsvoller Erwerbskreise dem Zufall überlassen bleiben oder auf irgendeine Weise sichergestellt werden? Oder mit anderen Worten: Soll die Gesamtheit der Stadtverordneten auf Grund des Reichstagswahlrechts gewählt werden, oder soll ein Teil derselben durch besondere Wahlen gewählt werden? Gegen die unbeschränkte Übertragung des

Reichstagswahlrechts auf die Gemeinden haben sich auf diesem Kongreß namhafte Persönlichkeiten, wie Professor Loening, dann der berühmte Volkswirtschaftslehrer Dr. Adolf Wagner ausgesprochen. Ich will das nicht verlesen, aber doch auf die kurzen Ausführungen des Abgeordneten Schiffer-Düsseldorf verweisen, und zwar deshalb, weil er Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ist. Er sagte: „Der Herr Vorredner hat recht, wenn er sagte, nicht nur darum handle es sich, wie die eventuelle Einführung des gleichen und allgemeinen Wahlrechts auf die Sozialdemokratie wirken wird, es handelt sich darum, überhaupt dem Arbeiterstande und seinen Angehörigen endlich einmal etwas mehr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ich würde selbst, als Arbeiter spreche ich es offen aus, nicht ganz dafür zu haben sein, wenn man von heute auf morgen für die Kommunen das Reichstagswahlrecht einführt — ich sage: von heute auf morgen —; aber ich bemerke, prinzipiell muß es gefordert werden, und das Ziel muß es sein.“

Diese Bemerkung ist außerordentlich wertvoll. Wir müssen betonen — es gilt dies auch für das Frauenwahlrecht, wie es von unserer Seite vorgeschlagen wird —: nicht unbeschränkt wollen wir das Reichstagswahlrecht auf die Kommunen übertragen sehen. Wird sich im Laufe der Zeit erweisen, daß Befürchtungen nicht begründet waren, so ist eine Änderung immer möglich. Ich bin der festen Überzeugung, daß alles sich stufenmäßig entwickeln muß und nicht unvermittelt radikal. Wo ein unvermittelter Übergang vorhanden ist, da kann nichts Gutes entstehen; das sehen wir überall. Nicht verzichten möchte ich darauf, Ihnen mitzuteilen, was der Oberbürgermeister Lenge-Magdeburg auf diesem Kongreß über die Vertretung aller Kreise gesagt hat. Das sind Ausführungen eines Praktikers, der die Verwaltungsarbeit in der Gemeinde beherrscht und beurteilen kann, welche Kräfte in der Stadtvertretung wertvoll sind, und welche Kräfte dort unbedingt vorhanden sein müssen. Der Herr Oberbürgermeister Dr. Lenge-Magdeburg — die Herren werden wissen, daß er der spätere Finanzminister ist — führte aus: „Wenn mir als praktischem Verwaltungsbeamten, dessen Lebensberuf seit vielen Jahren darin besteht, in der städtischen Verwaltung tätig zu sein, die Frage vorgelegt wird: welches Wahlrecht für die Stadtverordnetenwahlen ich für das beste halte?, so kann meine Antwort nur so lauten: „Das Wahlrecht, welches allen Kreisen der Bevölkerung es ermöglicht, in die Stadtverordnetenversammlung hineinzukommen.“ Die Kommunalverwaltung hat die Mitarbeit aller Kreise absolut notwendig, und zwar in viel höherem Maße als diejenigen, die nicht in der städtischen Verwaltung tätig sind, sich denken. Wir müssen alle Kreise der Bevölkerung vertreten haben, sie müssen alle mitarbeiten. Von diesem Postulat aus muß ich aber unbedingt zu einer Ablehnung des Reichstagswahlrechts für die Stadtverordnetenversammlung kommen. Denn die Übertragung des Reichstags-

wahlrechts auf die Gemeinden würde zur Folge haben, daß nur eine oder wenige Schichten der Bevölkerung überhaupt noch in das Stadtparlament hineinkämen. Es würden dieselben, so oft noch heftigere Wahlkämpfe als bei der Reichstagswahl entbrennen, und dieselben unerfreulichen Begleiterscheinungen würden zutage treten, daß die Gegner verunglimpft werden und den Wählern das Blaue vom Himmel versprochen wird. Die unabweisbare Folge würde aber sein, daß die stärkste Partei alle Sitze besetzte und dadurch alle anderen Schichten und Kreise der Bevölkerung von der Mitarbeit ausschloß. Dieses Wahlrecht würde deshalb geradezu unsozial wirken, denn nach meiner Auffassung ist sozial doch nur das Wahlrecht, welches die Gesamtheit der Gesellschaft umfaßt und alle, nicht nur bestimmte Kreise, in das Parlament bringt. Ein Ausschluß weiter Kreise von der Mitarbeit widerspricht der sozialen Gerechtigkeit.

Ich möchte auch noch auf eins hinweisen: Wenn das Reichstagswahlrecht in den Kommunen eingeführt würde, dann würde die Stadtverwaltung auch einer ganz wesentlichen Mitwirkung beraubt werden, die sie gar nicht entbehren kann, nämlich der Mitwirkung derjenigen Herren, welche Leiter oder Besitzer großer Betriebe sind. Die Herren, die große kaufmännische oder industrielle Betriebe besitzen oder leiten, haben in vielen Fragen, welche die städtische Verwaltung betreffen, eine außerordentliche, ja überragende Erfahrung und Einsicht und einen besonders weiten Blick, und sie betätigen dieses heute in der Stadtverwaltung.

Man soll auch nicht sagen, daß das allgemeine Wahlrecht nun absolut die Gewähr dafür böte, daß immer eine Stadtverordnetenversammlung gewählt würde, welche vorzüglich die Interessen der Stadt wahrnehme, und die viel besser wäre, als die nach dem Dreiklassenwahlrecht zusammengesetzte Stadtverordnetenversammlung. Ich bin beinahe 6 Jahre in der Stadt Gera im Staate Reuß j. L. Stadtrat gewesen. Dort galt eine Gemeindeordnung, welche alle diese Ideale verwirklicht. Es durfte jeder Bürger wählen, er hatte nur ein kleines Bürgergeld zu zahlen, es bestand allgemeines Wahlrecht, aber ich muß sagen, daß ich niemals wieder eine Stadtverordnetenversammlung gesehen habe, welche so wenig Verantwortlichkeitsgefühl hatte wie dazumal die Stadtverordnetenversammlung in Gera. Als ich später in eine preußische Stadt hineinkam, war ich ganz erstaunt darüber, wie unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechts das Verantwortlichkeitsgefühl ein ganz anderes war, und wie regelmäßig immer die Tagesordnungen erledigt wurden. Ob das in dem Dreiklassenwahlrecht liegt, weiß ich nicht, aber jedenfalls in der anders gearteten Zusammenetzung der Stadtverordnetenversammlung, es war ein ganz anderer Geist darin. Ich bin hinterher in drei preußischen Städten tätig gewesen und habe in allen denselben Geist gefunden. Es lag in Gera also offenbar an dem allgemeinen Wahlrecht."

Also, meine Herren, Oberbürgermeister Lenzke sagt: „Dasjenige Wahlrecht ist das beste, welches allen Kreisen es ermöglicht, in die Stadtverordnetenversammlung hineinzukommen; die kommunale Verwaltung hat die Mitarbeit aller Kreise absolut nötig.“ Demnach dürften nicht diejenigen Erwerbskreise ausgeschlossen werden, oder die Mitarbeit dieser Kreise darf nicht dem Zufall überlassen werden, welche für die Stadt und ihre Entwicklung die größte Bedeutung haben. Der Antrag Hartung, hier gleichlautend mit dem neuformulierten, nennt als solche Kreise — neben den Arbeitern, die durch die allgemeinen gleichen Wahlen zweifellos zu reichlicher Vertretung kommen werden — den städtischen Haus- und Grundbesitz, Industrie, Handel und Gewerbe, die Staats-, städtischen Beamten und Lehrer. Über den städtischen Haus- und Grundbesitz kann ich kurz berichten, daß eine Vertretung der Anständigen schon in der ältesten Städteordnung, die von Freiherrn von Stein vor hundert Jahren eingeführt ist, gefordert wird. Er verlangt, daß zwei Drittel der Stadtverordneten anständig sein müssen. Fast in allen deutschen Städten wird heute noch gefordert, daß die Hälfte der Stadtverordneten aus anständigen Bürgern bestehen muß. In Oldenburg werden zwei Drittel gefordert, in der Stadt Hannover sind überhaupt nur die Anständigen wählbar. Ich bin weit davon entfernt, das gutzuheißen, was in Hannover Bestimmung ist und wodurch eine Wahl aus den unteren Klassen überhaupt unmöglich ist und wodurch die Wählbarkeit nur auf eine Einzelgruppe von Einwohnern beschränkt wird. Die Entwicklung der Stadt Hannover hat allerdings bewiesen, daß sie sich nicht schlecht dabei gestanden hat. Grundsätzlich aber ist dieser Standpunkt zu verwerfen. Wir wünschen in unserem Antrage auch nur ein Viertel der Stadtverordneten aus Wahlen der Anständigen. Auf Grund dieser Ausführungen bin ich zu folgender Fassung des Antrages gekommen:

(Verlesung des Antrages Frede-Hartung, S. 261.)

Meine Herren, das braunschweigische Gemeindevahlrecht hat zur Zeit schon große Vorzüge vor dem preußischen und vor dem anderer Staaten. Wir haben die geheime Wahl, haben die Wählbarkeit der Geistlichen, Beamten und Lehrer — das ist nicht der Fall in Preußen, Hessen und Oldenburg. Wir machen heute einen weiteren bedeutenden Fortschritt und sprechen uns heute hoffentlich einmütig aus für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, ferner für das Wahlrecht der Frauen. Wir verzichten auf die Bedingung des Bürgerrechts und des Erwerbes der braunschweigischen Staatsangehörigkeit. Das ist ein ganz bedeutender Fortschritt, und in diesen Punkten sind wir einig. Hoffentlich läßt sich auch eine Einigung in irgendeiner Weise bei der Aussprache heute erzielen, mindestens aber eine gerechte Würdigung der gegenteiligen Standpunkte.

Stadtv. **Loeschigt** (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Wunderbar mutet es einen an, wenn man den Anfang der Rede des Herrn Frede hört: die Majorisierung von vornherein durch die Rundgebung der Stimmenzahl, die Herr Frede zusammengebracht hat. Dann brauchten wir ja überhaupt das Referat von Herrn Frede nicht zu hören! (Sehr richtig.) Ich achte jede Ansicht und jede Partei und bin hierher gekommen, auch mich belehren zu lassen, wenn eine andere Ansicht besser als als meine. Aber von vornherein hier zu sagen: „Wir sind soundso viel, soundso viel sind noch dazu gekommen,“ das ist mir in meiner 25jährigen Tätigkeit, seitdem ich die Ehre habe, Stadtverordneter zu sein, noch niemals vorgekommen. Wir sind in der Kommission davon ausgegangen, daß wir uns gegenseitig so weit entgegenkommen wollen, wie wir nur irgend können. Es liegen aber doch mehrere Anträge vor, und da wundere ich mich, daß von vornherein gesagt wird: Wir haben schon soundso viel, die für unseren Antrag sind, und soundso viel sind dazu gekommen. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen wollen, dann brauchen wir hier keine Worte mehr zu verlieren, dann heißt es einfach: „Wir stimmen ab!“ und damit fertig. Das Stadtparlament ist doch nicht dazu da, daß wir uns so behandeln lassen, und ich habe dagegen beim Herrn Vorsitzenden sofort Protest eingelegt. Was uns hier vorgebracht wird, und was uns der Magistrat vorbringen will, das sollen wir würdigen und, wie auch Herr Frede sagt, in Ruhe und sachgemäß erledigen. Ich bin sonst ein ruhiger Mensch, aber das hat mich unruhig gemacht, daß von vornherein dies von Herrn Frede vorgebracht wird. Wir müssen auf den Standpunkt kommen, daß wir sowohl mit der linken als auch mit der rechten Seite des Hauses etwas zustande bringen und dem Magistrat geben, mit dem er wirklich vor den Landtag treten und sagen kann: Dies fordern wir und müssen es unter den heutigen Verhältnissen ganz entschieden vertreten. Ich weiß nicht, ob ich mit dieser meiner Ansicht allein stehe, aber ich habe doch die Überzeugung, daß mehrere der Herren genau dieselbe Empfindung haben wie ich. Es handelt sich augenblicklich für mich darum, klarzustellen, daß der Weg nicht der richtige zur Verständigung ist, wenn Herr Frede sagt: „Ich habe die Majorität.“ Wir haben manchmal die Majorität und sagen nicht: „Wir werden das schon durchbringen,“ und besonders bei dem Thema, das wir heute zu erledigen haben, das das Volk so intensiv bewegt, dürfen wir nicht von vornherein sagen: „Hier ist ein Antrag, die Majorität haben wir, also nun bitte, seid so gut und richtet euch danach ein!“ Ich bitte Sie dringend, lassen Sie sich nicht davon abhalten, sachgemäß heute hier die Angelegenheit zu verhandeln. Wir wollen das, was heute zur Debatte steht, nicht für uns allein und für den Antragsteller, sondern für die Allgemeinheit hier beraten. Mag herauskommen, was will, aber von vornherein von Majorität zu sprechen, das muß ich mir verbitten! (Sehr richtig!) Wir sind hier 36 Herren, die den Ernst der Lage gewiß kennen, und

wollen den Parteien, die nicht auf unserem Standpunkt stehen, gern entgegenkommen. In der Kommission habe ich genau dieselbe Bitte ausgesprochen, auch da habe ich links und rechts gebeten: Überlegen Sie sich Ihre Stellungnahme; wir wollen uns auf einem Standpunkte zusammenfinden, mit dem wir alle zufrieden sein können, und einen Beschluß fassen, den der Magistrat dem Landtage vortragen kann und sagen: Dies ist unser gemeinsamer Wunsch und Wille.

Vorsitzender: Ich möchte bemerken, daß ich aus dem Referate des Herrn Frede nicht entnommen habe, daß er gesagt hat: Hier liegt ein Majoritätsbeschluß vor. Er hat gesagt: Es liegt ein Antrag vor, auf den sich 16 Herren geeinigt haben. Warum soll er das nicht sagen? (Widerspruch.) Ich sehe nicht ein, daß es unzulässig ist, wenn der Referent sagt: Der Antrag ist von 16 Herren gestellt. Ich kann darin etwas Unzulässiges nicht erkennen.

Stadtv. Kraus: Nach unserer Geschäftsordnung ist jeder Stadtverordnete nur berechtigt, zweimal zu einer Sache zu reden. Da aber die gewisse Gruppe, also 12 Herren, die sich im Park-Hotel zu Fraktionsitzungen zusammengefunden und diejenigen ausgeschlossen haben, die einer liberaleren Gesinnung verdächtig sind, in der Lage ist, die Herren dieser Gruppe abwechselnd sprechen zu lassen, so stelle ich den Antrag, daß für heute bei Beratung dieses Gegenstandes die Bestimmung der Geschäftsordnung, daß jedem Stadtverordneten nur zweimal das Wort erteilt werden soll, in Wegfall kommt. Wir müssen in der Lage sein, wenn wir anderer Ansicht sind — und wir sind in manchen Punkten vielleicht anderer Ansicht als die Herren, die sich im Park-Hotel zusammengefunden haben —, dann unsere Meinung voll zum Ausdruck bringen zu können.

Stadtv. Meyerhoff: Die Versammlung im Park-Hotel hat stattgefunden, und ich als ältester der Stadtverordnetenversammlung habe mir Mühe gegeben, die Herren dafür zusammenzubringen. Das ist richtig. Aber ich hörte bei den Ausführungen des Herrn Voeshigt von der gegenüberliegenden Seite ein „Sehr richtig!“ Veranstalten denn die Herren von der sozialdemokratischen Seite des Hauses nicht regelmäßig Sitzungen? (Zuruf: Das ist ganz etwas anderes.) Ich bitte, mir auf meine Frage zu dienen! Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig.

Stadtv. Voeshigt: Meine Rede ist nicht dagegen gehalten, daß die Herren sich vorher besprochen haben. Ich habe nur Protest erhoben gegen das, was der Herr Referent über die Zahl der Anhänger seines Antrages ausführte, wie das der stenographische Bericht auch ausweisen wird.

Stadtv. Frede: Es tut mir leid, daß Herr Voeshigt in dieser Weise hier die Besprechung eröffnet. Ich habe nicht gesagt: „Wir haben die Majorität“, und

das Stenogramm wird das ausweisen. Ich habe gesagt: Der Antrag Hartung lag vor, ich habe in der Kommission auf Grund der Ausführungen dort eine andere Fassung aufgesetzt und die Unterzeichner des Antrages Hartung haben sich dem neuen Wortlaut angeschlossen, ebenso noch vier andere Herren. Ich weiß nicht, was daran auszusetzen ist. Ich finde mehr, daß den Bemerkungen darüber ein verhaltener Ärger über den Erfolg zugrunde liegt. Wenn Herr Voeshigt meint, ich hätte damit sagen wollen: Wir haben jetzt die Majorität und brauchen nicht weiter über die Sache zu sprechen, so könnte es doch sein, daß vielleicht mehrere von den Unterzeichnern des Antrages wegen Krankheit nicht zur Versammlung kommen können, und dann ist es nichts mit der Majorität. Solche Vorwürfe weise ich zurück. Ich habe gar nicht gesagt, daß wir die Mehrheit haben und von Prophezeien ist nicht die Rede. Es liegt mir nicht, daß ich hier Unfrieden stifte. Ich habe zuletzt noch mein Referat ausklingen lassen in den Wunsch, daß wir hier ruhig und sachlich uns aussprechen, und daß wir den gegenteiligen Standpunkt würdigen. Das habe ich auch in der Kommission getan, und dort war der Ton auch angemessen.

Was Herr Kraus verlangt, so habe ich natürlich nichts dagegen und möchte sehr bitten, daß den Herren heute Gelegenheit gegeben wird, mehr als zweimal zu sprechen. Herr Kraus sollte aber nicht von einer Fraktionsitzung sprechen. Wir haben auch sonst bei außerordentlich wichtigen Fragen schon Vorbesprechungen vorgenommen, und auch Herr Kraus hat daran teilgenommen. Daß wir bei einem solchen Antrage, den wir zwölf unterzeichnet haben, nicht die Herren Riefe und Stegmann einladen können und auch nicht Herrn Munte, die doch einen anderen Antrag eingereicht haben, das ist doch selbstverständlich. Daraus können Sie uns keinen Vorwurf machen. Kommt wieder eine andere wichtige Frage, dann laden wir uns alle zu einer Vorbesprechung ein, das ist selbstverständlich. Ich würde nicht empfehlen, den Ärger hier so ausklingen zu lassen.

Stadtv. Voeshigt: Ich wiederhole nochmals, daß ich absolut nichts darin finde, daß außerhalb des Hauses unter den Herren in dieser Sache etwas geschieht. Mögen sich die Herren so viel versammeln wie sie wollen; ich finde mich auch ein, wenn es nötig ist. Aber in ein Referat gehört es nicht, darüber zu berichten, und das wiederhole ich.

Stadtv. Munte: Jetzt ist hier plötzlich der abgeänderte Antrag Hartung eingereicht, und zwar hat vorher darüber eine Besprechung zwischen verschiedenen Herren stattgefunden, die ich an und für sich für ordnungsmäßig halte. Ich muß aber feststellen, daß dieser Antrag Hartung so wesentliche Veränderungen erfahren hat, daß ich es für notwendig halten muß, ihn der Statuten- und Finanz-

kommission zur Vorberatung zu überweisen. Wir können diese Vorberatung beschleunigen und können beschließen, daß wir am Montag diese Kommissionsitzung abhalten und heute über acht Tage die nächste Stadtverordnetenversammlung haben, daß wir, bevor der Landtag zusammentritt, noch erreichen, was wir wollen. Ich will dabei zugleich erwähnen, daß auch ich einen veränderten Antrag eingereicht habe, der weiter geht als mein erster Antrag, und der auch mit vorberaten werden kann. Ich kann nicht denken, daß die Herren, die meinen Antrag unterschrieben hatten, fünf Minuten vor der Sitzung aus Höflichkeit oder aus Liebeshüchlichkeit sich zur Unterschrift eines veränderten Antrages bewegen lassen, ohne daß sie genau wissen, woraus die Änderung besteht, und auch ich möchte sie nicht in diese Lage setzen. Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, darüber abstimmen zu lassen, ob die Versammlung der Meinung ist, daß wir diesen Antrag Frede-Hartung und den abgeänderten von mir am Montag noch einmal vorberaten und heute über acht Tage die Sache fertigmachen.

Vorsitzender: Ich habe im Eingang der Verhandlungen darauf hingewiesen, daß der unter meinem Namen bisher gegangene Antrag entsprechend dem Vorschlage des Herrn Frede abgeändert ist, daß er in dieser Form vorliegt, und habe erklärt, ich nehme an, daß er in dieser abgeänderten Form mitberaten werden soll. Dagegen hat sich kein Widerspruch erhoben. Nachdem aber jetzt Widerspruch erhoben ist, würde ich die Versammlung fragen, ob sie wünscht, den Antrag in der abgeänderten Form, wie er den Herren allgemein vorliegt, noch einmal vorzubereiten, oder ob sie einverstanden ist, daß er heute mitberaten wird. Sollte gegen das letztere sich auch jetzt noch Widerspruch erheben, so trage ich kein Bedenken, die Sache an die Kommission zurückzuerweisen.

Auf den Krausischen Antrag komme ich nachher zurück.

Stadtv. Riefe: Ich möchte davor warnen, die Tagesordnung zu verschleppen. Lange genug hat es gedauert, bis die Anträge zur Beratung gekommen sind. Die Verhältnisse haben uns vorgearbeitet, so daß wir nicht einsehen können, daß eine Verschleppung noch nötig wäre. Sollen noch Anträge gestellt werden, so hat selbstverständlich jeder aus der Versammlung das Recht, sie einzubringen, und auch solche Anträge können noch mitdiskutiert werden. Aber die Behandlung der Anträge noch weiter abzuweichen und Erhebungen und Vorberatungen anzustellen, erkläre ich für unnütz. Ich muß mich dafür aussprechen, in der Verhandlung fortzufahren und zu einem Beschluß zu kommen.

Stadtv. Stegmann: Ich bin derselben Meinung wie Herr Riefe. Dreiviertel Jahre stehen die Anträge auf der Tagesordnung, und von Versammlung zu Ver-

jammlung sind sie verschleppt worden. In der letzten Kommissionsitzung ist ausdrücklich vom Herrn Referenten und alle den Herren, die den Antrag unterzeichnet haben, erklärt, daß sie sich auf einen neuen Antrag einigen wollten. Jetzt kommt man und will die Verhandlung noch einmal verschieben. Wir würden uns damit ja geradezu lächerlich machen, und die ganze Sache artete in eine Komödie aus. Ich verstehe nicht, daß man das der Braunschweiger Bevölkerung noch bieten will. Was die Herren wollen, wissen wir genau, der neue Antrag unterscheidet sich wenig von dem vorigen.

Vorsitzender: Eine Notwendigkeit zur Verschiebung der Beratung ist nicht gegeben. Der Antrag ist tatsächlich zu beraten als ein Unterantrag zu dem der Kommission ursprünglich vorgelegten Hauptantrage. Trotzdem nun eine Notwendigkeit, den Antrag an die Kommission zurückzuweisen, nicht vorliegt, würde ich aber gegen eine Rückverweisung nichts einzuwenden haben.

Stadtv. Meyerhoff: Als Vorsitzender der Statutenkommission kann ich nur mitteilen, daß nichts anderes in den Antrag hineingekommen ist, als was schon in der Kommission beraten wurde. Das Manuskript ist vorhanden, das hierfür maßgebend ist, und das ist in der Statutenkommission beraten. Ich möchte die Herren, die in der Statutenkommissionssitzung zugegen gewesen sind, fragen, ob irgend eine andere Sache hineingekommen ist. Eine solche Beschuldigung würde ungerichtet sein.

Stadtv. Frede: Wie schon bemerkt, war ich Referent über die Anträge in der Kommission, und dabei habe ich meine Ansicht sagen müssen. Ich habe das getan und meine Ansichten zusammengefaßt in einem Antrage, der in der Hauptsache dem Antrage Hartung entspricht. Neu daran ist die Aufnahme des Frauenwahlrechts. Sodann haben wir, Herr Hartung und ich, fallen gelassen die Wählbarkeit erst vom 30. Jahre ab und dafür das 25. Lebensjahr für beide Arten des Wahlrechts, für das aktive und das passive, vorgeschlagen. Weiter ist die deutsche Reichsangehörigkeit als genügend erachtet. Die Herren, die bei der Beratung gegenwärtig gewesen sind, müssen mir bezeugen, daß alles bis aufs einzelne so ist, wie ich gesagt habe, daß auch gesagt ist: In der ersten Abteilung sollen die Stadtverordneten zu fünf Sechsteln männliche und einem Sechstel weibliche sein, und die männlichen Stadtverordneten sollen nur durch männliche Wähler, die weiblichen nur durch weibliche gewählt werden. Der zweite Teil ist wörtlich so geblieben, wie der von Herrn Hartung eingereichte Antrag. Herr Justizrat Hartung hat sich diesem neu formulierten Antrage angeschlossen. Abgestimmt ist nicht über den Antrag Hartung, sondern über meinen Antrag, zu dessen Gunsten Herr Hartung

verzichtet hatte. Deshalb ist es wohl unzulässig, hierüber noch einmal eine Kommissionsberatung vorzunehmen — die Sache ist abgeschlossen. Anders ist es mit dem Antrage Munte. Er hat während der Beratungen in der Kommission keinen anderen Antrag eingebracht und erklärt heute, einen anderen vorlegen zu wollen. Er mag ihn doch verlesen! Ist er denn wesentlich anders? Herr Munte hat in der Kommissionsberatung gesagt: Auch wir wollen das Frauenwahlrecht, und über dieses und jenes läßt sich noch reden. Mag er doch seinen Antrag jetzt verlesen! Wir in der Kommission sind doch wohl mit der Sache fertig. Ich spreche mich wie Herr Kiefe und Wesemeier durchaus für Beratung heute aus.

Vorsitzender: Ich darf annehmen, daß die Versammlung mit der Beratung meines von Herrn Frede abgeänderten Antrages einverstanden ist.

Aufgefallen ist es mir allerdings, daß Herr Frede in seinem Referate mehrfach in seinem Ausdruck sich vergriffen hat. Er hat mehrfach davon gesprochen: „Wir haben diese oder jene Wünsche,“ und in der Beziehung hat Herr Frede vielleicht im Ausdruck nicht das Richtige getroffen, da er als Referent objektiv zu referieren hatte und sagen mußte: Der Antragsteller wünscht das, und ich habe mich so dazu gestellt. Ich glaube aber doch, aus den letzten Worten, die Herr Frede seinem Referate angefügt hat, den Schluß ziehen zu müssen, daß er nicht hat vortragen wollen: Hier liegt ein fester Beschluß vor, die Majorität will dies, und alles andere ist überflüssig. Er hat nur gesagt: „Ein Antrag ist von 16 Herren unterschrieben,“ und das kann ich auch in einem Referate als unzulässig nicht bezeichnen.

Wir müßten sodann über den Antrag Kraus uns schlüssig werden. Herr Kraus hat beantragt, die Feststellung der Geschäftsordnung, daß kein Stadtverordneter mehr als zweimal zu einer Sache das Wort ergreifen darf, für diese Beratung außer Kraft zu setzen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, so nehme ich an, daß die Versammlung einstimmig der Ansicht ist, heute diese Bestimmung der Geschäftsordnung fallen zu lassen. (Ohne Widerspruch.)

Was die Ausführungen des Herrn Munte betrifft, so steht dem nichts entgegen, daß er einen modifizierten Antrag als Unterantrag einreicht. Auch der wird mitberaten werden. Es ist nicht nötig, ihn an die Kommission zurückzuerweisen. (Zuruf Munte: Ich habe den Antrag schon abgegeben.)

Herr Munte hat zu diesen Wahlrechtsanträgen folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die Herzogliche Staatsregierung zu ersuchen, eine Vorlage über die Änderung der Braunschweigischen Städteordnung einzubringen, dahin gehend, daß die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlungen zukünftig unter Berücksichtigung von allgemeinen,

gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlen, verbunden mit der Verhältniswahl, gewählt werden. Als wahlberechtigt gelten dabei alle männlichen und weiblichen steuerpflichtigen Einwohner vom vollendeten vierundzwanzigsten Lebensjahre an, wenn sie ein Jahr ihren Wohnsitz in der Stadtgemeinde haben. Dabei ist die Einführung der Wahlpflicht in Betracht zu ziehen.“

Stadtv. **Ohlendorf** (als Referent der Statutenkommission: Meine Herren! Die Aufregung eben bei der Geschäftsordnungsdebatte beweist, daß die Sache, die wir heute behandeln, eine sehr ernste ist. Auch in Ihren Kreisen scheint sie für ernst gehalten zu werden, sonst würden Sie sich nicht so aufgeregt haben. Herr Frede sagte, dadurch, daß die Anträge Stegmann und Riefe so lange hätte warten müssen, ehe sie beraten wurden, wäre unsererseits auch zuzugeben, daß sie dadurch nicht in eine schlechtere Stellung geraten seien. Nun, meine Herren, ich glaube, das Sprichwort: „Was lange währt, wird gut“ trifft in diesem Falle nicht zu. Ich bin zu der Kommissionsitzung, die diesen Antrag zu beraten hatte, in der Überzeugung gegangen, daß nur bei der augenblicklichen Lage die Herren sich bequemem würden, etwas für die Allgemeinheit zu schaffen. Selbstverständlich wissen wir alle: Wir können nicht direkte Beschlüsse fassen, die etwas Neues schaffen, sondern wollen gewissermaßen nur nach jener Stelle, die in der Lage ist, die Gesetze zu ändern, ein Gutachten abgeben. Aber schon bei der Abgabe dieses Gutachtens müssen wir feststellen, daß auch bei uns in der Stadt Braunschweig nicht Männer genug vorhanden sind, die dem so verrufenen ländlichen Landtage ein gutes Beispiel in Form einer Stimmenabgabe geben wollen.

- Meine Herren! Es ist notwendig, bei der Behandlung dieser Frage uns einmal die wirkliche Situation hier an dieser Stelle vor Augen zu führen. Wir haben vorläufig nicht Gelegenheit, das an anderer Stelle zu tun, und so möchten wir Ihnen heute bei der Beratung dieser Anträge die augenblickliche Zusammensetzung unserer gesetzgebenden Körperschaften kurz vor Augen führen. Vielleicht werden auch dann diejenigen Herren, die den Antrag Frede-Hartung annehmen wollen, sich überlegen, ob sie recht damit tun. Vorausgeschickt will ich allerdings noch, anknüpfend an die eben gehabte Geschäftsordnungsdebatte, daß in der Kommission Herr Frede erklärt hat, daß die Mehrheit für seinen Antrag nun sicher sei. Er hat die Herren, die nicht anwesend waren, namentlich genannt. „Diese Herren stimmen dafür, und damit ist der Antrag Hartung im Plenum angenommen.“ In der Kommission hat der Antrag bekanntlich nur fünf Stimmen bekommen; die Hälfte der Anwesenden war damit nicht einverstanden. Man kann dabei allerdings sagen: Was heute hier geschehen soll, ist überflüssig; die Mehrheit für den einen Antrag ist da, und von irgend einer Beeinflussung des guten Herzens dieses

oder jenes Abgeordneten könnte man abgehen, denn davon ist nichts zu erwarten. Ich gebe aber doch die Hoffnung nicht vollständig auf. Ich kann die Situation nicht vorübergehen lassen, ohne zu versuchen, doch etwas Besseres schaffen zu helfen, als von seiten der Herren dort vorgeschlagen wird. Ich sagte schon: Wir können nicht an der Stelle reden, wo es noch viel notwendiger sein würde als hier, und so müssen wir es hier tun. Wir wollen den Landtag beeinflussen, uns für unsere Zusammenfassung ein neues Gesetz zu schaffen. Sie wissen aber alle, meine Herren, daß schon seit langen Jahren der Wunsch vorhanden ist, daß das Gesetz, nach dem der Landtag selbst zusammengesetzt ist, unter allen Umständen ein anderes wird. Deshalb müssen wir uns dieses Gesetz einmal ganz kurz näher ansehen.

Es sind im Landtage 48 Abgeordnete, und von diesen werden 30 durch allgemeine Wahlen (15 durch die Stadtgemeinden und 15 durch die Landgemeinden), die übrigen 18 durch bevorrechtigte Wähler gewählt. Es ist angebracht, daß man sich näher vor Augen führt, wie nun die bevorrechtigten Berufskreise aussehen. Da sind zunächst die Geistlichen der evangelischen Kirche, sie wählen aus ihrer Mitte zwei Abgeordnete. Wir haben sodann die Großgrundbesitzer zu nennen, die vier Abgeordnete zu wählen haben. Drittens wählen die höchstbesteuerten Gewerbetreibenden drei Abgeordnete, sodann die wissenschaftlichen Berufsstände vier Abgeordnete und schließlich die höchstbesteuerten Einkommensteuerverpflichtigen fünf Abgeordnete. Bemerken will ich gleich noch, daß die Wähler dieser Abgeordneten noch einmal ein Stimmrecht haben bei den allgemeinen Wahlen, daß also nach dem heutigen Gesetz sie zweimal wählen können. Es ist nun interessant, festzustellen, wie viele Wähler sich vereinigen auf diese Herren, die weit über ein Drittel unseres Landtages bilden. Es gibt im Herzogtume 213 Geistliche. Wie ich schon gesagt habe, haben diese Herren zwei Abgeordnete zu wählen; es entfallen also auf jeden Abgeordneten, wenn die berechtigten Wähler sämtlich ihre Stimme abgeben, 107 Wähler. Wir haben im ganzen Herzogtume sodann 113 Großgrundbesitzer, und diese haben 4 Abgeordnete zu wählen. Wenn alle Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben, kann jeder einzelne dieser Abgeordneten für die Großgrundbesitzer nur 28 Stimmen auf sich vereinigen. Wir haben ferner 468 höchstbesteuerte Gewerbetreibende, die drei Abgeordnete wählen. Es würde danach auf jeden bei Abgabe aller Stimmen die Stimmenzahl von 156 herauskommen. Die 727 Wissenschaftler haben 4 Abgeordnete zu wählen, auf jeden Abgeordneten würden unter denselben Bedingungen 182 Wähler kommen. Die 608 höchstbesteuerten Einkommensteuerverpflichtigen sollen 5 Abgeordnete wählen, es kommen somit 122 Stimmen auf jeden Abgeordneten, wenn die Wähler alle zur Wahlurne erscheinen würden. Es ist auch nicht einmal hier bei dieser Wahl Gleichheit unter den bevorzugten Wählern. Vor allen Dingen ist bei der Land-

tagswahl der Großgrundbesitz geeignet worden, er hat siebenmal soviel Recht bei der Berufswahl, wenn wir die Zahl der Stimmen berücksichtigen, wie der Wissenschaftler, fünfeinhalbmal soviel, wie die höchstbesteuerten Gewerbetreibenden. Es ist schon bei diesem Wahlrecht, soweit die Berufsstände in Betracht kommen, keine Gleichheit vorhanden, und ärger ist es noch, wenn wir das Ganze in unserem Herzogtum betrachten. Ich nehme dafür nicht ganz neue Statistiken — sie sind mir nicht zur Verfügung —, aber im ganzen treffen sie doch heute noch zu. Wir haben 110 000 Reichstagswähler im Herzogtum Braunschweig, Landtagswähler aber nur 54 000. Man sollte sich nun vorstellen, daß die 30 Abgeordneten, die auf Grund der — wie man sagt — allgemeinen Wahl gewählt werden, von den bei der Wahl durch die Berufsstände nicht beteiligten Wählern gleichmäßig gewählt würden. Das ist aber — wie Sie wissen, wie man es aber notwendigerweise hier an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich konstatieren muß — nicht der Fall, sondern die Wähler werden ihrer Zahl nach nochmals in drei Klassen geteilt. Von den 54 000 Landtagswählern wählen 5 Prozent in der 1. Klasse — es sind das ungefähr 2700 Wähler. 20 Prozent Wähler bilden die 2. Klasse — das sind ungefähr 10—11 000 (10 800). Die übrigen 75 Prozent der 54 000 bilden die dritte Klasse; es sind also ungefähr 40 000. Weiter, meine Herren, können nicht die einzelnen Klassen ihre Abgeordneten wählen, sondern die Wähler können nur Wahlmänner für ihre Klassen bestimmen, und diese Wahlmänner können dann bekanntlich nicht die Abgeordneten ihrer Klasse wählen, sondern es ist — wie soll ich mich ausdrücken — meiner Ansicht nach mit Berechnung dafür gesorgt worden, daß niemals die dritte Klasse in die Lage kommen kann, einen Abgeordneten aus ihren Kreisen in den Landtag hineinzuschicken. Alle die gewählten Wahlmänner der drei Klassen müssen gemeinschaftlich die Abgeordneten für die einzelnen Bezirke wählen, und so sehen wir, daß zutrifft, was ich eben sagte, daß bisher es der dritten Klasse niemals geglückt ist, in den Landtag einen Vertreter hineinsenden zu können. Wenn wir uns erinnern, daß vor einigen Jahren es beinahe geglückt wäre, so hat man es doch gemagt — ich betone das ausdrücklich — das Ergebnis schließlich dadurch unmöglich zu machen, indem man (nach der allgemeinen Auffassung, um den Gewählten aus dem Landtage fernzuhalten) einen nicht ungültigen Stimmzettel für ungültig erklärte. Das nur nebenbei.

Wer sich dieses Landtagswahlgesetz vor Augen führt, muß mit uns der Meinung sein, daß es für die große Masse des Braunschweiger Volkes ein großes Unrecht, eine Zurücksetzung bedeutet. Deshalb ist es wohl erklärlich, daß schon seit langer Zeit die braunschweigische Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit alles getan hat, um ein anderes Landtagswahlrecht zu schaffen. Ich erinnere Sie daran, meine Herren, daß die sozialdemokratische Partei seit langer Zeit jährlich

und regelmäßig durch Eingaben versucht hat, nach dieser Richtung hin zu wirken. Der Bevölkerung ist nicht unbekannt geblieben, daß der Landtag zuerst diesen Eingaben nicht einmal die Würdigung gewährt hat, darauf zu antworten; in späteren Jahren ist das allerdings geschehen. Ich erinnere weiter daran, daß die Braunschweiger Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit sich nicht gescheut hat, Demonstrationen zu veranstalten zu dem Zweck, endlich ein anderes Wahlrecht zu erringen. Ich erinnere daran, daß bei diesen Demonstrationen Sachen vorgekommen sind, die helle Empörung vor allen Dingen in der Braunschweiger Arbeiterschaft, aber nicht nur in dieser, sondern auch in der übrigen Bürgerschaft hervorgerufen haben. Man ist nicht davor zurückgeschreckt, zum Säbel zu greifen und die Gefängnisse zu besetzen. Wer sich dies alles vergegenwärtigt und sich dann die gegenwärtige Situation vor Augen führt, der wird mit uns der Meinung sein: Es ist genug des grausamen Spiels; es muß jetzt endlich anders werden. So ganz ohne Eindruck scheinen ja alle diese Kundgebungen auch nicht geblieben zu sein. Männer, die heute nicht mehr unter uns weilen, die nicht dem Arbeiterstande angehören, aber Gefühl dafür hatten, daß man endlich dazu übergehen mußte, auch die breite Masse des Volkes mit zu berücksichtigen — ich erinnere an unseren damaligen Vorsitzenden Hauswaldt, an Professor Blasius —, sie haben wiederholt das Bedürfnis gehabt, zu erklären, daß nun auch die breite Masse des Volkes mittun müsse bei der Gesetzgebung und bei den Wahlen zum Landtage.

Meine Herren, gewiß hat auch der Landtag zu dieser Frage Stellung genommen, soweit ich mich erinnere war es im Jahre 1912. Aber geschaffen worden ist nach der Richtung doch nichts. Erst der Krieg, der nun länger als vier Jahre dauert, soll anscheinend Wandel schaffen. Das Volk hat gewiß Großes geleistet, meine Herren, das geben Sie alle zu, hat Furchtbares erdulden müssen, und das war jedenfalls Anlaß, daß sich Männer fanden, die öffentlich kundgaben, daß endlich eine neue Zeit anbrechen müsse. Herr Frede hat Ihnen manches verlesen, auch ich will Ihnen über die vorliegende Frage etwas verlesen, was Sie vielleicht beeinflusst, wenn Sie sehen, daß es Fleisch von Ihrem Fleisch ist, was da zu Ihnen spricht. Der Bürgermeister von Suhl Dr. Hagemeister (er ist Mitglied des preußischen Herrenhauses, und seine Äußerung in diesem Sinne will deshalb etwas bedeuten) erklärte folgendes:

„Heute gilt es, alle Elemente, die sich zum Staatsgedanken bekennen, zusammenzufassen und nicht hochmütig Parteien oder Bevölkerungskreise auszuscheiden. Es ist gänzlich unmöglich, die innere Politik nach dem Kriege so fortzusetzen, wie sie vor dem Kriege geführt war. „Stark nach außen — frei im Innern“ muß die Parole der deutschen Zukunft lauten. Und damit diese Parole zur Wahrheit werde, muß ausgeräumt werden mit dem Dreiklassenwahlrecht und seinen veralteten Bestimmungen, die vor Menschenaltern vielleicht den Ver-

hältnissen entsprachen. Die ganze Verschiebung der Bildungs- und Besitzverhältnisse läßt heute eine Differenzierung des Wahlrechts nicht mehr zu. Alle Systeme eines Pluralwahlrechts sind gekünstelt und ungerecht, und wenn das allgemeine gleiche Wahlrecht auch nicht ideal ist — ein ideales Wahlrecht gibt es eben nicht —, so ist es doch das einzige, das Berechtigung bringt und der Verheißung und Entfremdung der verschiedenen Bevölkerungsschichten den Boden entzieht. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit soll doch der Träger einer deutschen Zukunft sein. So schenke man ihm auch das Vertrauen, daß es mündig ist, seine Verhältnisse zu ordnen. Macht und Freiheit seien die Leitsterne, unter denen die deutsche Zukunft in hoffentlich nicht mehr ferner Friedenszeit sich entwickeln möge.“

Ich habe diese Sätze verlesen, weil Sie vielleicht auf die Worte meinerseits oder die meiner Freunde nicht soviel Wert legen wie auf das Wort eines Mannes, der den Posten eines Bürgermeisters inne hat.

Es schien nun auch, als wenn man auch in Braunschweig den Verhältnissen Rechnung tragen wollte. Ich sage: es schien so. Im Februar ging dem Landtage von der Regierung ein Entwurf zu, der eine Verbesserung des jetzt geltenden Landtagswahlrechts bedeuten sollte.

Vorsitzender: Wenn Sie auf diese Geschichte der jetzigen Wahlrechtsvorlage für den Landtag eingehen wollen, so möchte ich Sie bitten, sich kurz zu fassen. Ich habe Sie bisher nicht unterbrochen, obgleich die Frage des Landtagswahlrechts mit dem zur Beratung stehenden Punkte wenig zu tun hat. Ich habe angenommen, daß Sie damit auf die Stadtverordnetenwahlen haben exemplifizieren wollen, und deshalb halte ich es auch nicht für unzulässig, darauf hinzuweisen. Aber die Reform des Landtagswahlrechtes steht bei uns heute nicht zur Debatte. Ich bitte Sie deshalb, wenn Sie darauf eingehen wollen, sich möglichst kurz zu fassen.

Stadtv. Ohlendorf (fortfahrend): Es ist mir wohl bewußt, daß die Frage des Landtagswahlrechtes heute nicht zur Besprechung gestellt ist, und ich habe deshalb eingangs meiner Worte gesagt, daß es uns nicht möglich ist, im Landtage unsere Meinung zu äußern. Ich glaube, man braucht nicht polizeilich zu sein als die Polizei selbst, und ich glaubte deshalb, es hier erwähnen zu dürfen.

Vorsitzender: Ich habe Sie ja auch sprechen lassen, muß Sie aber bitten, sich jetzt in dieser Frage kurz zu fassen.

Stadtv. Ohlendorf (fortfahrend): Ich werde mich kurz fassen, aber ich habe es für notwendig gehalten, das Gesagte hier vorzubringen. Die eben erwähnte,

von der Regierung eingebrachte Wahlrechtsreform hat wesentliche Fortschritte in unserem Sinne kaum mit sich gebracht. Gewiß, es sollten die 30 Abgeordneten durch das allgemeine Wahlrecht gewählt werden usw. Ich darf darüber ja nur noch wenig sagen, deshalb nur noch eins: die erwähnte Wahlrechtsvorlage ist nicht angenommen. Wer Gelegenheit genommen hat, im Landtage die Herren dort bei der Beratung zu beobachten — ich habe es einmal getan —, wird bald zu dem Schluß gekommen sein, daß von dieser Landstube nichts zu erwarten ist. Die Regierung hat dann (und damit komme ich zum Schluß, Herr Vorsitzender) eine Erklärung abgegeben, die wie folgt lautet:

In Übereinstimmung mit meinen Kollegen ziehe ich aus dem bisherigen Verlaufe der Beratungen den Schluß, daß für die Regierungsvorlage keine Zweidrittelmehrheit zu erreichen ist. Diese Erwägung gibt mir Veranlassung zur Abgabe einer Regierungserklärung, der ich einige allgemeine Bemerkungen vorausschicken möchte, um Mißverständnisse zu beseitigen. Nicht erst der Krieg hat der Herzoglichen Landesregierung Veranlassung gegeben, auch eine Vertretung der breiten Volksschichten im Landtage zu schaffen. Das ist nicht der Fall. Schon im Jahre 1912 war man der Ansicht in der Regierung, daß eine Vertretung der arbeitenden Klassen im Landtage geschaffen werden muß. Sie sollen auch zur Mitarbeit an den Aufgaben des Staates herangezogen werden. Die Bewährung der breiten Massen des Volkes während des Krieges liegt nicht allein in der Haltung der Arbeiter als Kämpfer bei der Verteidigung des Vaterlandes, sondern noch viel mehr darin, daß die breiten Volksmassen den internationalen Standpunkt verlassen haben und zu einem nationalen Standpunkt zurückgekehrt sind. Das ist eine löstliche Errungenschaft! Das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist aber ein Palladium des Volkes, dem entsprochen werden muß, wenn Deutschland auch in einem künftigen Weltkriege schlagkräftig bleiben soll. Die Regierung steht auch auf dem Standpunkte, daß Sicherungen vor einem Überwiegen der Arbeiterschichten vorhanden sein müssen. Auf Pluralstimmen für den Grundbesitz kann sich die Regierung nicht einlassen. Über alles andere läßt sich reden.

Der Minister sagte, die breiten Volksmassen haben den internationalen Standpunkt verlassen — das ist ein Irrtum. Wir wollen nach wie vor gemeinsam mit den andern Völkern arbeiten und die bestehenden Verhältnisse verbessern. Von unserm internationalen Standpunkte hoffen wir, daß wir dadurch imstande sind, künftige Kriege zu verhindern.

Zum Schluß sagte der Herr Minister, daß die Regierung nicht gewillt ist, das allgemeine Wahlrecht auch auf die Gemeindewahlen zu übertragen.

Also nach der Erklärung des Ministers ist man in diesen Kreisen nicht gewillt, ein Wahlrecht für die Gemeinden zu schaffen, bei dem nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht gewählt wird, und deshalb ist es nötig, uns kurz das Wahlrecht, auf Grund dessen wir hier sitzen, vor Augen zu führen. Es ist, wie unsere Zusammensetzung hier zeigt, ein Dreiklassenwahlrecht, und es ist interessant, zu sehen, wie der eine, der recht viel Vermögen in seinem Geldbeutel hat, viele Rechte besitzt, und wie dem anderen, weil er nicht in der Lage ist, einen großen Geldbeutel zu besitzen, viel weniger Rechte zugesprochen werden. Wir haben in der Stadt Braunschweig vielleicht 12—13 000 Wähler zur Stadtverordnetenwahl. Die Stadt ist in Bezirke eingeteilt, und ich kann es nicht unterlassen, die Zahlen der Wähler für die einzelnen Bezirke und Klassen Ihnen vorzuführen, weil es so recht in die Augen springt, wenn man diese Zahlen sich vergegenwärtigt. Der erste Bezirk hat in der 1. Klasse 49 Wähler, in der 2. Klasse 311 und in der 3. Klasse 2508. Der 2. Bezirk hat in der 1. Klasse 51 Wähler, in der 2. 369 und in der 3. 3551. Der 3. Bezirk hat in der 1. Klasse 50 Wähler, in der 2. Klasse 237 und in der 3. Klasse 2977. Der 4. Bezirk hat gar nur 20 Wähler in der 1. Wählerklasse, 177 in der 2. und 3036 in der 3. Klasse. Zusammen haben wir also in Braunschweig in der 1. Klasse rund 170 Wähler, in der 2. Klasse vielleicht etwas über 1000, es können auch 1100 herauskommen, und in der 3. Klasse 12 000—13 000. Lehrreich ist es noch, uns die Zahl der tatsächlichen Wähler vor Augen zu führen. Es sitzen bei uns in der Stadtverordnetenversammlung Kollegen, die im 1. Bezirk gewählt sind von 22 Wählern, im 2. Bezirk von 24 Wählern, im 3. Bezirk von 22 und aus dem 4. Bezirk ist ein Kollege hier, der 11 Stimmen auf sich vereinigt hat. Die Wählerzahl der 2. Klasse ist in allen 4 Bezirken entsprechend höher, zusammen 542, während in der 3. Klasse für die Abgeordneten insgesamt 10 348 Stimmen abgegeben wurden. Das Verhältnis ist also so, daß die Abgeordneten der 1. und 2. Wählerklasse, die zusammen 642 Stimmen haben, bei weitem nicht halb soviel Stimmen auf sich vereinigt haben, wie ein einziger Vertreter der 3. Wählerklasse. Meine Herren, ich frage Sie: Wollen Sie das aufrechterhalten? Ich kann es mir kaum denken. (Zustimmung.) Berücksichtigen Sie einmal folgendes: Derjenige, der es fertiggebracht hat, sich vom Kriegsdienste zu drücken und nicht an die Front zu gehen, sondern der im großen Schleichhandel betrieben, sich ein Vermögen erworben hat, würde vermittlels dieser Tätigkeit, während er bisher der 3. Klasse angehörte, in Zukunft in der 1. Klasse wählen. Umgekehrt wird derjenige ehrliche Mann, der deshalb, weil er pflichtgemäß in den Schützengraben ging, sein Geschäft unbewacht zurücklassen mußte, wobei es entzweiging, wenn er im Frieden vor dem Kriege der ersten Klasse angehört hat, infolge dieses Vorkommnisses in die dritte Klasse versetzt werden. Ich will damit sagen: Von Gerechtigkeit kann bei der Klassenwahl keine Rede sein.

Man könnte noch mehr ähnliche Beispiele anführen, aber ich glaube, daß das Bisherige genügt.

Die Kommission hat nun den Mut nicht gehabt, den Anträgen Riefe und Stegmann, die also von Grund auf diese Zustände ändern und gründlich Remedur schaffen wollen, zuzustimmen. Die alte Städteordnung soll nach Meinung der Mehrheit der Kommission vielleicht bestehen bleiben. In der Kommission wurden Zusatzstimmen verlangt, es wurde auch der Standpunkt vertreten, daß unter keinen Umständen das im Antrage Riefe und Stegmann geforderte Wahlrecht der Zwanzigjährigen Zustimmung finden darf. Man war der Meinung, daß es nicht angängig sei, daß ein Mann von 20 Jahren wahlfähig ist, wo doch in der heutigen Zeit so enorm viel von einem solchen verlangt wird, und wo andererseits ihm sehr viel Rechte zugesprochen werden, indem er — wie ich in der Kommission schon gesagt habe — infolge seiner Stellung über noch einmal so alte Leute als Herr gilt. Ich glaube, auch Sie überlegen sich, ob es richtig ist, daß man alle denen, die bei den augenblicklichen Verhältnissen mit für das Allgemeine gewirkt haben, wenn sie auch erst 20 Jahre alt sind, weiter das Recht zu wählen vorenthalten will. Gefreut hat es mich, daß in der Kommission für das allgemeine, gleiche Wahlrecht immerhin eine gewisse Stimmung vorhanden war, aber bei genauem Zusehen, meine Herren, kommt doch nicht allzuviel bei dem heraus, was die Herren vorgeschlagen haben. Die Anträge Riefe und Stegmann verlangen, daß die Frauen genau dasselbe Recht haben sollen wie die Männer, und ich kann mich dem nur anschließen und auch Ihnen empfehlen, dem zuzustimmen. Herr Frede hat eine Reihe von Ländern mitgeteilt, wo die Frauen schon heute das Wahlrecht innehaben. Ich kann und will diese Angaben noch etwas vervollständigen. Es ist bei uns leider immer noch dem Vorbilde Preußens gehandelt worden, wo die den Landtag beherrschenden Agrarier es bis jetzt verstanden haben, den Frauen nach jeder Richtung hin alles zu verlegen. Sie haben es nicht einmal zugelassen, daß, wie es gewünscht wurde, die Frauen in Armenangelegenheiten und ähnlichen Sachen mitstimmen durften. Es ist vielmehr zutreffend, wie man allgemein annimmt, daß die Frauen berufen sind, mitzuarbeiten im öffentlichen Leben, und in dieser Hinsicht möchte ich noch einige Mitteilungen zu dem, was Herr Frede vortragen hat, hinzufügen. In Neuzeeland haben die Frauen das Wahlrecht schon seit 1877 für die Schulbehörde, seit 1886 haben sie mitzuwählen bei den Kommunalwahlen, seit dem Jahre 1893 wählen sie dort mit zu dem Unterhause (das ist im Vergleich zu uns dort der Reichstag). In den Vereinigten Staaten von Australien erhielten sie schon 1902 das Wahlrecht zum Senat, zum Unterhaus und den Kommuns. Von den 48 Staaten Amerikas haben 29 bestimmt, daß die Frauen sich an den Wahlen für die verschiedenen Bürgerchaften beteiligen sollen. Das in letzter Zeit viel genannte Finnland gibt den Frauen das Wahlrecht für

die Landgemeinden schon seit 1863 und seit 1872 für die städtischen Kommunen, seit 1906 auch das politische Wahlrecht. Norwegen hat seit dem Jahre 1889 den Frauen das Wahlrecht für die Schulbehörden gegeben, seit 1901 haben die Frauen dort das kommunale Wahlrecht und seit 1907 das Recht zur Wahl der Volksvertretung im allgemeinen. In Schweden beteiligen sich die Frauen seit 1862 an den Wahlen für die Schulbehörden, seit 1889 an den für die Armenkommissionen, seit 1908 bei den Kommunalwahlen, in Dänemark seit 1907 bei den Wahlen für das Armenbehörden, seit 1908 bei den Kommunalwahlen. Seit dem Jahre 1834 haben in England die Frauen das Recht, bei den Armenwahlen mitzuwählen, seit 1869 haben sie das aktive Kommunalwahlrecht, seit 1870 wählen sie mit bei der Wahl von Schulbehörden. In Schottland, Irland usw. haben sie das Wahlrecht zu den verschiedensten Körperschaften. Zum Schluß will ich noch erwähnen — das hat Herr Frede nicht erwähnt —, daß in diesen Jahren während des Krieges 6 000 000 Frauen in England das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften erhalten haben. Wie es bei uns damit aussieht, das wissen Sie, meine Herren; Herr Frede hat ja gesagt, wenn wir das kommunale Wahlrecht der Frau bei uns in der Stadt einführen, so würde Braunschweig die erste Stadt in Deutschland sein, die ein derartiges Wahlrecht hätte. Wir müssen konstatieren, daß nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Welt die Frauenarbeit überhand genommen hat, die weiblichen Kräfte sind überall tätig, weil sie gewünscht worden sind. Besonders ist das in den Fabriken der Fall, so daß in Deutschland jetzt die Zahl der in Fabriken tätigen Frauen schon die Zahl der dort beschäftigten Männer überragt. Auch aus diesem Grunde glaube ich, daß man kaum umhin kann, schließlich den Frauen ebenfalls politisch die Rechte der Männer einzuräumen.

In der Kommission wie auch im allgemeinen befürchtet man, daß das allgemeine Wahlrecht es mit sich bringen würde, daß in den Gemeinden die Sozialdemokraten die Mehrheit erlangen. Nun, meine Herren, die Möglichkeit dafür ist gegeben, daß durch die Einwohnerschaft einer Stadt, wenn sich ihre Mehrheit zum sozialdemokratischen Programm bekennt, bei der Wahl ihrer Vertreter die Mehrheit der Stimmen für sozialdemokratische Abgeordnete abgegeben wird. Aber ich meine, Sie sollten sich das nicht allzu schlimm vorstellen. Wenn es in Braunschweig passiert, dann wäre es nicht das erstmal in Deutschland, daß eine sozialdemokratische Mehrheit in einem Stadtparlamente sitzen würde. Ich will nur einige größere Gemeinden nennen, wo das der Fall war und zum Teil noch jetzt ist. Gera, Jena, Mühlhausen i. Gl., Offenbach und noch andere Städte in Deutschland und auch außerhalb Deutschlands, vor allen Dingen die größeren Orte in Sachsen hatten und haben noch Mehrheiten, die auf sozialdemokratischem Boden stehen. Da ist es vielleicht für Sie angebracht, ein Urteil zu hören, das

über eine derartige Mehrheit ausgesprochen ist von Leuten, die uns politisch nicht nahe stehen, nämlich von der Kölnischen Zeitung. In diesem Blatte hat ein Mitglied der nationalliberalen Partei über die Tüchtigkeit der sozialdemokratischen Mehrheit in Mülhausen folgendes geschrieben:

„Was nun die Leistungen des neuen sozialdemokratischen Gemeinderats angeht, so muß anerkannt werden, daß er mit dem Schlendrian der guten alten Zeit gründlich aufgeräumt und eine Reihe nützlicher und notwendiger Maßnahmen getroffen hat.

... Es erregt geradezu Erstaunen, was dieser kenntnisreiche Mann (der Bürgermeister) mit einem sozialdemokratischen Gemeinderat erreicht hat.“

Ähnliche Urteile könnte ich Ihnen eine ganze Reihe verlesen, aber weil der Herr Vorsitzende gewünscht hat, daß ich mich kurz fassen möchte, will ich das hiermit nur angedeutet haben. Ich hätte sonst noch andere und bessere Urteile Ihnen vor Augen führen können.

In allen Staaten ist man dabei, die vorhandenen Gesetze zu prüfen, ob sie in die neue Zeit noch hineinpaffen. Im Reiche selbst hat man eine Regierung geschaffen, die gegenüber der früheren sehr verschieden ist. Man kann sagen, eine Neuorganisation ist in ganz Deutschland vor sich gegangen. In Bayern, Sachsen und selbst in Mecklenburg ist man dabei, die Rechte für das Volk zu erweitern. Wenn wir uns noch vor Augen führen, wie das Volk in Deutschland bisher nach dieser Richtung in seinen Rechten beschnitten worden ist, so muß man sich wundern, daß die Situation eine solche hat werden können, wie sie gewesen ist. Ich will nur an folgendes erinnern: Wie ist das deutsche Volk durch das frühere alte Vereinsgesetz gebunden worden, ganz abgesehen von dem Ausnahmengesetz, das 12 Jahre lang gegolten hat, und auf Grund dessen zahllose Familien nach jeder Richtung hin geschädigt worden sind, und zwar so weit geschädigt, daß sie, wie ich schon in der Kommission sagte, den Staub Deutschlands von ihren Pantoffeln schüttelten und ein anderes Land, vor allen Dingen Amerika zu ihrer neuen Heimat wählten. Deshalb vielleicht ist auch die Situation so geworden, daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn die Stimmung in anderen Ländern, z. B. in Amerika, uns gegenüber nicht gerade eine erfreuliche ist. Das braunschweigische Volk und das deutsche Volk hat stets bei derartigen Anlässen folgendes für sich gelten lassen:

„Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen. Nun, wohlant! Nicht predigen wir Haß den Reichen, nur gleiches Recht für jedermann.“

Ich glaube, wer heute noch die Stirn hat, einen Antrag, wie er von den Herren Hartung und Frede gestellt ist, anzunehmen, der trägt mit Schuld, wenn wir in Deutschland Zustände bekommen, wie man sie heute in Rußland hat.

Stadtv. **Stegmann:** Als ich vor drei Vierteljahren, Ende Januar, meinen Antrag stellte, standen wir alle unter dem Eindruck der preußischen Wahlrechtsvorlage, insbesondere deren Begründung, die ich damals in meiner Begründung auch herangezogen habe. Man hätte nun glauben sollen, den Zeitverhältnissen entsprechend wäre mit Volldampf gearbeitet worden, und diese unsere Anträge wären recht bald zur Verhandlung gekommen. Aber sie fanden keinen Anklang, im Gegenteil, sie wurden verschleppt, und nach drei Vierteljahren sind wir endlich heute dabei, sie zu beraten. Inzwischen sind auch die Anträge Munte und Hartung und Genossen aufgetaucht. Ich behaupte, diese Anträge sind keineswegs der Absicht entsprungen, das ungerechte Wahlrecht, das wir haben, zu beseitigen oder aus demokratischen Gründen mit dem Dreiklassenwahlrecht aufzuräumen. Nein, auch diese Herren sind einfach gezwungen, den heutigen Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen. Ich erinnere daran, daß unsere in früheren Jahren wiederholt gestellten Bürgerrechtsanträge, die das Minimalste auf dem Gebiete des kommunalen Wahlrechts forderten, nicht einmal Beseitigung des Bürgerrechts, sondern nur der Gebühr für Erwerbung des Bürgerrechts — stets abgelehnt wurden. Jetzt endlich hat man sich bequem, etwas zu tun, und so zu tun, als wollte man das alte Unrecht beseitigen. Wenn man dies unter dem Druck der Zeitverhältnisse tut, so geschieht es, um uns das Wasser abzugraben. Aber wie die Dinge liegen, wird Ihnen das nicht gelingen. Auch selbst die fortschrittliche Volkspartei, die einen nicht derartig reaktionären Antrag eingebracht hat, ist nicht begeistert von dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, sie will auch noch Sicherungen anbringen, indem die zweijährige Ansässigkeit vorgesehen wird. Wir haben wiederholt gesehen, wie die fortschrittliche Volkspartei Gelegenheit hatte, für das allgemeine Wahlrecht einzutreten, es aber nicht getan hat. Ich erinnere an die Verhandlungen im Roten Hause zu Berlin, und welchen Standpunkt sie dabei eingenommen hat. Ich nehme aber an, daß diese Partei jetzt ehrlich das allgemeine Wahlrecht erstrebt. Was jedoch den Antrag Hartung betrifft, so ist das ein derartig reaktionäres Machwerk, daß gar nicht weiter darüber zu reden ist. Als ich es zuerst gesehen habe, habe ich mir gesagt: Wie können Männer in dieser Zeit dem Volke so etwas bieten? Sie behaupten allerdings: Wir wollen auch das allgemeine Wahlrecht: die Hälfte der Stadtverordneten soll daraus hervorgehen. Aber es ist nur eine Täuschung, daß das allgemeine Wahlrecht ausschlaggebend sein soll, wenn man berücksichtigt, daß daneben ein Privilegienwahlrecht aufrechterhalten werden soll, und zwar für die Hausbesitzer, für die Inhaber der Industrie und des Gewerbes und für staatliche und städtische Beamte. Die zweijährige Ansässigkeit wollen sie einführen — bis jetzt hatte man bei uns die einjährige —, und das in einer Zeit des Verkehrs, wo der Kapitalismus alles durcheinander wirbelte, so daß eine ständige Fluktuation der Arbeiter, Techniker, Beamten u. s. w. stattfindet.

Trotz dieser Tatsachen will man sich noch an die Geßhaftigkeit von zwei Jahren klammern! Was die Wahlpflicht für sämtliche Wahlen betrifft, die in dem neuen Antrage verlangt wird, so ist sie nur zu dem Zwecke eingeführt, um die trägen Pfahlbürger dahin zu bringen, daß sie an die Wahlurne gehen. Vom Frauenwahlrecht war im ursprünglichen Antrage Hartung und Genossen kein Wort enthalten. Erst unter dem Druck der jüngsten Verhältnisse im Reiche haben sie sich bequemt, auch das Frauenwahlrecht einzuführen, aber fragt mich nur nicht wie! Ich werde nachher darauf zurückkommen. Ich muß den Mut bewundern, daß man mit einem derartigen Antrage an die Öffentlichkeit treten will. Man will nicht im fortschrittlichen Sinne reformieren, sondern nur gezwungenerweise kleine Konzessionen machen, um ja das Heft in der Hand zu behalten. Daß ich recht habe mit meinen Ausführungen, beweist der Umstand, daß in der vorletzten Kommissionsitzung vor vier Wochen man alle Hebel ansetzte, um diese Wahlrechtsanträge in der Versenkung verschwinden zu lassen. Man versteckte sich hinter dem Landtage und sagte, von ihm sei doch kein fortschrittliches Wahlrecht zu erlangen. Schließlich wurde abgestimmt, und da Stimmengleichheit dabei herauskam, so sah man sich gezwungen, die Wahlrechtsanträge doch zu beraten und sie uns hier zu unterbreiten. Übrigens möchte ich bemerken: Wenn sich verschiedene Herren beklagen, daß von diesem Landtage nichts zu erwarten ist, so bin ich darüber nicht im Zweifel, daß sie mit vielem, was von diesem Landtage vollbracht wird, einverstanden sind, denn die Landtagsabgeordneten sind ja Fleisch von Ihrem Fleisch, und mancher von Ihnen würde sich freuen, wenn der Landtag zu entscheiden hätte und ein fortschrittliches Wahlrecht ablehnte. Ich glaube allerdings, daß dieser Landtag später nicht mehr über das Wahlrecht zu entscheiden haben wird. Wenn Sie innerhalb der vier Wochen seit der vorletzten bis zur letzten Kommissionsitzung die Gesinnung geändert haben, und Herr Frede schon in der Kommission die verschiedensten reaktionären Bestimmungen milderte, so muß ich fragen: Wie geht das zu? Nun, die politische Lage im Reiche hat sie einfach dazu gebracht, der militärische Zusammenbruch, der Zusammenbruch der Gewaltpolitik, der ist es gewesen, der den Umschwung in der Gesinnung der herrschenden Klassen und auch hier unter den Antragstellern hervorgerufen hat. Es ist bedauerlich, daß dieser Fortschritt der Macht der Entente zuzuschreiben ist, und daß auch Sie hier nur aus diesem Grunde Anträge beraten, die Sie vor wenig Monaten mit Hohli abgewiesen hätten. Lediglich die veränderte politische Lage hat den Herren Meyerhoff, Frede usw. zu Konzessionen Anlaß gegeben.

Eine Begründung der einzelnen Forderungen meines Antrages glaube ich nicht noch einmal geben zu müssen. Es ist das schon seinerzeit von mir geschehen. Nur noch einiges muß ich bemerken, da Herr Frede die einzelnen Punkte behandelt hat.

Was das allgemeine gleiche Wahlrecht betrifft, so wollen Sie es ja jetzt alle haben. Allerdings, wie Sie es wollen, ist es kein allgemeines gleiches Wahlrecht; der Pferdesuß ist zu offensichtlich, wenn Sie es mit Sicherungen bepacken, es kommt mir vor, als wenn man die Republik mit dem Großherzog an der Spitze fordert. Wenn nur die Hälfte der Stadtverordneten in gleichen Wahlen gewählt werden soll und die Hälfte von Privilegierten, dann ist es kein allgemeines gleiches Wahlrecht. Und auch dann nicht, wenn Sie einen zweijährigen Aufenthalt in der Gemeinde verlangen. Diese Erklärung: „Auch wir wollen das allgemeine gleiche Wahlrecht“, ist in Wirklichkeit eine Täuschung. Daß die Vorbedingung der Erwerbung des Bürgerrechts aufgehoben werden mußte und ebenso die Bestimmung über die Staatsangehörigkeit, diese veraltete Einrichtung, ist schon früher von mir begründet worden, auch, daß es vollständig genügt, zur Ausübung der Wahl die Reichsangehörigkeit zu besitzen.

Was das Alter betrifft, so kann ich verstehen, wenn in der Kommission deutlicher als hier gesagt ist, warum man den jungen Leuten kein Wahlrecht geben will. Ich kann es auch verstehen, daß die Besitzenden ihren Söhnen kein Wahlrecht zubilligen möchten, da die in dem vorgeschriebenen Alter noch die Beine unter Vaters Tisch stecken. Wenn diese goldene Jugend damit einverstanden ist, so habe ich nichts dagegen. Anders aber steht es bei der arbeitenden Jugend. Die muß meistens vom 14. Jahre ab den Kampf ums Dasein aufnehmen. Sie empfindet alle Bedrückungen des politischen Lebens und alle Mißstände der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse ebenso wie der Erwachsene, sie muß Steuern bezahlen, auch das Leben einsetzen, soll aber nicht befugt sein, für ihre eigenen Interessen ihr Votum abzugeben. Die arbeitende Jugend wird im Kampfe ums Dasein geschult, sie wird durch ihre Kollegen aufgeklärt, sie liest auch Zeitungen und Bücher, hört Vorträge, so daß man — es ist das hier nicht ausgesprochen worden, aber in der Kommission — von Unreifeit dieser Jugend nicht reden kann. Mancher wird alt wie Methusalem und ist doch politisch unreifer als mancher Jugendliche. In England hat man den Soldaten von 19 Jahren ab das Wahlrecht gegeben. Das Alter macht allerdings bedächtiger, und die Jugend stürmt vorwärts; aber das ist auch nötig. Die Jugendstürmerei ist vonnöten, sonst würde in unserer ganzen Kulturentwicklung eine Stagnation eintreten. Wenn Sie den Jugendlichen kein Wahlrecht geben möchten, weil sie unreif sind, so frage ich Sie: Wer war es in der Reaktionsperiode nach den sogenannten Freiheitskriegen, der die Fahne des Fortschrittes vorantrug? War es nicht die Jugend? Allerdings nicht die Arbeiterjugend, sondern die studierende Jugend, und sie mußte bei dem damals herrschenden System Metternich die Verfolgungen erleiden. Ich erinnere Sie an Fritz Reuter. Aber darum handelt es sich ja jetzt nicht. Sie befürchten, daß die arbeitende Jugend sich an den Wahlen beteiligt,

und daß dann die Sozialdemokratie und überhaupt die linke Seite die bedeutendsten Vorteile davon hätte. Das ist es, was Sie nicht wollen. Ich erwähnte schon die Jugend, die damals den Fortschritt repräsentierte. Was Sie von der Jugend wollen, das haben wir schon oft gesehen. Sie wollen zwar der Jugend kein Wahlrecht geben, aber bei politischen Kundgebungen ist sie stets von den bürgerlichen Parteien benutzt worden, ebenso bei Wahlen zu Schlepperdiensten war sie Ihnen gut genug und konnte sie gebraucht werden. Lächerlich ist es, wenn erklärt worden ist, daß jugendliche Leute von 20 Jahren oder darüber nicht imstande wären, über ihre Interessen ein Urteil abzugeben. So schwerwiegend sind die Interessen der Gemeinde nicht und so schwer begreiflich ist es auch für den Jugendlichen nicht, zu wissen, wen er zu wählen hat. Ich möchte nur einige Worte zitieren, die der Zentrumsabgeordnete Bachem, der kürzlich verstorben ist, am 24. April 1876 im preußischen Landtage ausführte. Er sagte:

„Tüchtigkeit und Charakterfestigkeit stehen nicht in geradem Verhältnis zum Besitz. Zum Wählen gehört weniger Intelligenz, sondern richtiger Instinkt für eigene Interessen.“

Zum Wählen gehört also nur richtiger Instinkt für die eigenen Interessen, und den haben alle aus den Arbeiter- und aus den besitzenden Kreisen, so daß sie wissen, wem sie ihr Vertrauen geben können.

Was die Steuerzahlung betrifft, so kennen wir alle den Spruch: Wer mit raten will, soll mit taten. Das Dreiklassenwahlrecht wurde direkt an den Genus gebunden, aber Sie wollen jetzt auch noch, daß diejenigen, die keine Steuern zahlen, kein Wahlrecht bekommen. Denken Sie doch einmal an die Ärmsten, die nicht mehr soviel verdienen, um Steuern zahlen zu können, und die so schon bedauerlich genug sind, an die alten Leute, auch an die sogenannten Reichrentner, die Invalidengeld bekommen, ihr ganzes Leben lang geschuftet haben und ihre Pflicht gegen die Gemeinde und den Staat schon viele Jahre erfüllten! Aber das hilft ihnen nichts: sie verdienen das Existenzminimum nicht mehr, insolgedessen werden sie damit bestraft, daß ihnen das Wahlrecht entzogen wird. Es gibt auch solche Leute, die noch nicht alt sind und sich noch auf einen Lebensberuf vorbereiten. Auch diese sind nach Ihrem Antrage vom Wahlrecht ausgeschlossen. Das sind himmelschreiende Ungerechtigkeiten. In der Kommission wollte man sogar Altersstimmen einführen, für das Alter von 40 Jahren eine, für das Alter von 50 Jahren zwei Stimmen. Das sind auch wieder Privilegien, durch die die Steuerzahler ein doppeltes und dreifaches Wahlrecht bekommen hätten, während andere nicht einmal ein einfaches Wahlrecht hätten. Von dem Mehrstimmenwahlrecht ist man ja, wie ich sehe, jetzt abgekommen. Es ist doch so, daß jemand der fleißigste Mensch gewesen sein und seine Pflicht im vollsten Maße erfüllt haben kann, aber nach dem System, das Sie einführen wollen, wird er deswegen bestraft, weil er in der in

Betracht kommenden Zeit nicht das Existenzminimum mehr verdient. Auch der Abgeordnete Bachem hat sich schon am 29. April 1876 gegen die Bevorzugung des Besitzes ausgesprochen, „weil die oberen Klassen lediglich von dem Überfluß die Steuern entrichten, während die unteren Klassen von dem zu des Lebens Nothdurft Erforderlichen steuern.“

Was die Forderung des zweijährigen Wohnsitzes in der Gemeinde anbetrifft, der in dem Antrage Munte auf ein Jahr reduziert werden soll, so hat man in der Kommission erklärt, der Zuziehende habe kein Interesse an den Gemeindecinrichtungen. Dagegen meine ich: Wer politisch regsam ist, hat Interesse an dem öffentlichen Leben, auch an den Gemeindeinteressen, ganz gleich, ob er in Buxtehude oder in Braunschweig wohnt. Jemand kann im vollsten Maße seine Staats- und Gemeindepflichten erfüllt haben, kann der intelligenteste Mann sein, zieht er aber aus Helmstedt weg und kommt nach Braunschweig, so ist er entrechtet. Ob er die näheren Verhältnisse der Gemeinde kennt, das kommt bei dieser Angelegenheit gar nicht in Betracht; er weiß doch, wen er zu wählen hat, wenn er sich nur irgendwie im öffentlichen Leben umgesehen hat. Selbstverständlich ist es, daß ein sozialdemokratischer Arbeiter, der aus Wolfenbüttel oder Helmstedt nach Braunschweig zieht, bei den Gemeindevahlen auch sozialdemokratisch wählen wird. Zieht ein Landwirt nach der Stadt und kauft sich ein Haus, so wird er — davon bin ich überzeugt, wenn es nicht etwa ein weißer Rabe wäre und auch sozialdemokratisch wählte — einem Bürgerlichen seine Stimme geben, vielleicht Herrn Meyerhoff oder Herrn Frede, weil er Hausbesitzer ist. Ein Irrtum ist es, wenn man glaubt, daß die Gemeinde nichts als eine Vermögensverwaltung sei. Unsere Gemeinden haben doch auch viele soziale, politische und kulturelle Aufgaben zu erfüllen, besonders in neuerer Zeit, und die kann der Neuling genau so gut beurteilen, wie ein hier Ansässiger. Mit einem Worte: die Ungerechtigkeit, jemand die politischen Rechte zu verweigern in einer alles bewegenden Zeit, ist kaum zu begreifen. Seit vielen Jahren haben wir schon unter der kapitalistischen Entwicklung gesehen, wie alles durcheinandergewürfelt wird, wie niemand, sei er Arbeiter, Beamter oder Techniker, sagen kann: Ich bin in einem halben Jahre noch in Braunschweig. Der Wind verbläht sie hier- oder dorthin, und vielleicht gegen ihren Wunsch müssen sie ihren Wohnsitz wechseln. Nach diesen Anträgen, die einen einjährigen oder gar zweijährigen Wohnsitz in der Gemeinde als Vorbedingung für das Wahlrecht verlangen, würden sie einfach nicht wahlberechtigt sein. Wenn in der Kommission angeführt ist: Wenn nicht eine längere Wohnsitzzeit vorgeschrieben wäre und jeder ohne weiteres in seinem neuen Wohnsitz wählen könnte, so könnte die Gefahr vorliegen, daß jemand in Wolfenbüttel, in Braunschweig und noch sonstwo wählte, so ist das ein Unding, abgesehen davon, daß solche Vorfälle nur einzeln vorkommen können, und daß dies keinen Ausschlag gibt. Daß aber in Wirklichkeit Leute ab-

sichtlich verziehen, nur um an mehreren Orten zu wählen, das glaubt doch der stärkste Mann nicht; ein derartiges Argument ist kaum ernst zu nehmen.

Was das ständische Wahlrecht betrifft, so ist gesagt, die Gemeinde habe ein Interesse an einer ständischen Vertretung, das heißt daran, daß solche Leute gewählt werden, die an dem betreffenden Orte ständig ansässig sind, in erster Linie Hausbesitzer. Eine wirkliche Begründung dafür habe ich nicht gehört, so ausführlich auch Herr Frede gesprochen hat. Es ist himmelschreiend, daß man das dem Volke zu bieten wagt, daß man einzelnen Berufsgruppen noch Privilegien geben will und die übrigen großen Bevölkerungskreise leer ausgehen lassen will. Ich möchte fragen, welche Verdienste haben die Hausbesitzer, die staatlichen oder kommunalen Beamten usw. gegenüber den übrigen Einwohnern, daß denen eine Extrawurst gebraten werden soll, indem sie ein doppeltes Wahlrecht bekommen? Es ist unerhört, daß Sie dies dem Volke noch bieten wollen, ein offen zutage liegendes Unrecht ist es. Wenn angeführt wurde, der Bürgermeister Dr. Lenz — Herr Frede verlas dessen Ausführungen — befürchtete, daß durch das allgemeine Wahlrecht eine einseitige Vertretung zustande käme, so ist darauf nichts zu geben. Daß ein Gegner des allgemeinen Wahlrechts alle Argumente hervorhebt, die seiner Meinung nach dagegen sprechen, ist begreiflich. Ich meine: Das allgemeine Wahlrecht ist das einzige gerechte Wahlsystem, das es geben kann.

Nun der Satz: Wer Rechte hat, muß auch Pflichten haben. Haben denn die Minderbemittelten weniger Pflichten als die anderen? Im Gegenteil, ihre Pflichten sind größer, weil ihnen die Pflichten zu tragen schwerer wird als den Besitzenden. Wenn mit dieser Forderung ein Loblied des Dreiklassenwahlrechts gesungen werden soll, dann wollen wir doch einfach sagen: Lassen Sie doch das alte Klassenwahlrecht bestehen und verankern Sie es noch fester!

Was das Verhältniswahlrecht anbetrifft, so erklärte Herr Frede, daß er ein Gegner desselben sei. Aber in dem Antrage Frede wird es trotzdem gefordert. Auch in der Kommission wurde darauf hingewiesen, daß es doch verkehrt sei, wenn die politischen Interessen nicht in Frage kommen sollten. Das gerechteste System ist es jedenfalls, daß man die Wahlen nach der Verhältniswahl vornimmt. Besonders wenn Sie befürchten, daß das allgemeine Wahlrecht nur eine einseitige Vertretung zustande bringen würde, daß dabei die Besitzenden nicht genügend berücksichtigt würden, dann haben Sie das lebhafteste Interesse daran, daß die Verhältniswahl eingeführt wird, damit Ihre Vertreter in die Gemeindeverwaltung mit einziehen. Außerdem kommt hinzu: Wenn Sie glauben, es werde eine einseitige Vertretung zustande kommen, so bleibt doch die Bezirkseinteilung, die bisher so schön gehandhabt wurde, daß die Besitzenden Kreise stets vorteilhaft abschneiden. Diese Bezirkseinteilung wird schon dafür sorgen, daß auch die Be-

sitzenden und die verschiedenen Gesellschaftskreise in die Gemeindevertretung hineinkommen.

Dann das Frauenwahlrecht. Darüber ist schon von dem ersten Referenten viel gesagt worden, und der zweite Referent hat weiteres Material dazu vortragen. Ich habe noch mehr Material, aus dem hervorgeht, wo das Frauenwahlrecht eingeführt ist, aber ich glaube, das bisher Vorgetragene wird genügen. Ich will nur noch mitteilen, daß die Frauen dieses Wahlrecht selbst verlangen. In der Kommission wurde es so dargestellt, als hätten die Frauen nur ein Interesse daran, sich an kommunalen und Wohlfahrtseinrichtungen zu beteiligen. Das ist durchaus nicht der Fall. Seit Jahren fordern in England und Deutschland die Frauen ein uneingeschränktes Wahlrecht. Der Bund der 4000 Frauenvereine mit seinen 602 000 Mitgliedern, dann auch Frauen aller Konfessionen und Arbeitsgebiete fordern in einer Denkschrift, die im vorigen Jahre eingereicht ist, die Einbeziehung der Frauen in das aktive und passive Wahlrecht, in Reich, Staat und Gemeinde. Es heißt da:

„Die Mitarbeit des weiblichen Geschlechts im öffentlichen Leben steigerte sich in rapidem Wachstum von Jahr zu Jahr, bis während des Krieges die Zahl der weiblichen Berufstätigen in Deutschland schließlich die der männlichen überstieg. Diese Arbeitspflicht gegenüber der Gesamtheit fordert auf der andern Seite auch das Recht, an dem Auf- und Weiterbau der Gesellschaft mitzuwirken. In den meisten Kulturländern hat man den Frauen bereits öffentliche Rechte eingeräumt. Deutschland steht bis heute den Forderungen der Frauen gegenüber in letzter Reihe. Nicht allein das politische und fast überall das kommunale, selbst das Wahlrecht an den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ist ihnen bei uns versagt. Gegen diese Rechtlosigkeit legen die Frauen kraft ihrer Arbeit für die Allgemeinheit und kraft ihrer Würde als vollwertige Menschen Protest ein. Sie fordern politische Gleichberechtigung mit dem Manne: allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften, volle Gleichberechtigung in den Kommunen und den geschlichen Interessenvertretungen.“

Das ist etwas anderes, als was der Antrag Frede will. Er hat sich ja jetzt auch zum Frauenwahlrecht bekannt, aber ein recht armseliges, beschnittenes Wahlrecht soll es sein. Die Herren können sich immer noch nicht von dem Vorurteil, in dem sie bis an die Ohren stecken, befreien, daß die Frau ein untergeordnetes Geschöpf ist. Sie betrachten die Männer noch, wie es seit Jahrtausenden war, als die Herren der Schöpfung und die Frauen als Sklavinnen. Deshalb möchten sie sie unter keinen Umständen aufsteigen lassen und ihnen politische Rechte gewähren, möchten sie höchstens sich in der Wohlfahrtspflege betätigen lassen. Im übrigen stehen sie auf dem Standpunkte: „Die Frau gehört ins Haus — Politik verdirbt den Charakter“, und wie es sonst heißen mag, auch wenn sie die ganze Kriegs-

wirtschaft aufrechterhalten haben (das kann man wohl sagen). Nebenbei soll dann die Frau bei dem bestehenden Geburtenrückgange noch als Gebärmaschine recht reich funktionieren. Dazu ist sie gut genug.

Nun fordert der Antrag Frede, da man sich nicht der Notwendigkeit verschließen konnte, den Fortschritt mitzumachen, daß fünf Sechstel der in den Gemeinden gewählten Stadtverordneten Männer und nur ein Sechstel der Stadtverordneten weiblichen Geschlechts sein sollen. Das ist ja geradezu ein Hohn auf das Wort Frauenwahlrecht, das man im Munde führt! Sodann soll die Frau nur von ihren Geschlechtsgenossen gewählt werden können, und das nennt man ein allgemeines gleiches Wahlrecht! Sie haben aus der Entschliebung, die die Frauen an die Regierung gerichtet haben, gehört, daß sie als vollberechtigte Staatsbürger für alle Wahlen genau wie die Männer das allgemeine gleiche Wahlrecht verlangen, nicht nur ein Damenwahlrecht und ein Teilwahlrecht, bei dem nur ein Sechstel der Abgeordneten von ihnen gewählt werden soll. Das letztere kann nur von dem kräftesten Vorurteil diktiert worden sein. Als Hausfrau und als Mutter hat die Frau ein lebhaftes Interesse an den Einrichtungen des Staates und der Kommune. Wenn Sie etwas Rechtes schaffen wollen, kann nur ein Frauenwahlrecht in Frage kommen, wie wir es verlangen, und wie es in unserem Antrage enthalten ist, daß die Frau genau so gleichberechtigt ist wie der Mann, daß sie ein Wähler ist wie jeder andere Wähler.

Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist, wie ich schon sagte, eine gerechte Forderung, und ich erlaube Sie dringend, gerade in dieser Zeit ganze Arbeit zu machen. Ich habe schon eingangs gesagt, oder möchte es wenigstens jetzt noch bemerken: Auf die Regierung oder auf den Landtag soll man in dieser Zeit keine Rücksicht nehmen. Herr Ohlendorf hat ja ausführlich über den Landtag berichtet, aber wir wissen schon lange, wie er beschaffen ist. Darauf dürfen wir uns also nicht verlassen, daß der Landtag, wie er jetzt beschaffen ist, ein Wahlrecht bringt, wie ich es fordere. Die Tatsachen, wie sie heute vorliegen, werden aber dem Landtage auch die Augen öffnen. Wie im Reiche, so muß auch zweifellos in den Bundesstaaten mit dem bisherigen System gebrochen werden. Die herrschenden Gewalthaber haben durch den militärischen Zusammenbruch ihr Zena erlebt, und es ist Zeit, daß sie die Zeichen der Zeit verstehen und den Geist der Zeit, der drohend an ihre Türe pocht. Kronen rollen in den Sand, und dann soll es möglich sein, daß ein derartiger reaktionärer Wahlrechtsantrag durchgebracht wird? Das halte ich für ausgeschlossen. Wir wissen nicht, was die nächsten Wochen bringen werden, aber das eine steht fest, daß wir ernstesten Zeiten entgegengehen. Ich glaube, daß sich die Bevölkerung nicht wie in früheren Zeiten mit dem Säbel und Gummiknüppel auf der Straße bearbeiten lassen wird; es sollen ja allerdings, wie gesagt wird, Gasbomben diesmal angewandt werden. Daß sich das Volk in anderer

Weise dagegen zu schützen weiß, glaube ich bestimmt. Das Volk wird sich mit Bettelsuppen wie bisher nicht mehr abspeisen lassen, und besonders dann, wenn die Massen aus dem Schützengraben zurückkommen, dann wird es sich derartiges nicht mehr bieten lassen. 4¼ Jahr lang sind unerhörte Opfer gebracht, Entbehrungen, Hunger, Siechtum sind ertragen. Jetzt stecken wir in dem allgemeinen großen Sterben, und da kommt man mit solch armseligen Anträgen! Herr Ohlen-dorf hat die Zustände in Rußland angeführt und hat Sie gewarnt. Wenn Sie trotzdem mit solchem Stück- und Flickwerk kommen, dann werden die Arbeiter es sich nicht gefallen lassen, und wir werden vielleicht erleben, was Sie sich nicht träumen lassen. Lernen Sie die Zeichen der Zeit kennen, seien Sie gewarnt! Es kann mehr kommen als die Forderung des bißchen allgemeinen Wahlrechts, was Sie nicht gewähren wollen.

Vorsitzender: Ich kann es nicht unwidersprochen lassen, wenn der Herr Vorredner von einem militärischen Zusammenbruch gesprochen hat. Ich glaube, daß der Generalstabsbericht der letzten Tage eine solche Äußerung widerlegt.

Ich habe noch zu bemerken, daß Herr Dr. Landauer einen Unterantrag zu dem Antrage Frede-Hartung gestellt hat. Er lautet: „In dem Antrag Frede-Hartung ist zu streichen: „Die auf Grund dieser allgemeinen Wahlen gewählten Stadtverordneten müssen zu fünf Sechsteln männlich, zu einem Sechstel weiblich sein; die männlichen Stadtverordneten werden nur durch männliche Wähler, die weiblichen nur durch weibliche gewählt.“

Der Sinn dieses Antrages ist der, daß der Antragsteller dem Antrage zustimmt mit der Abweichung, daß nicht ein Sechstel der aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Stadtverordneten von Frauen zu wählen ist und diese Stadtverordneten weibliche sein sollen, vielmehr soll das Frauenstimmrecht ein allgemeines sein.

Stadtv. Riefe: Daß die Sache, die uns heute beschäftigt, eine der ernstesten ist, die wir je erlebt haben, wird zugegeben werden. Wenn man sich den Werdegang der Sache vor Augen führt, so ist es ¾ Jahr her, seitdem ich meinen Antrag stellte. Es wurde inzwischen versucht, mir den Rat zu erteilen, von meinem Antrage zurückzutreten, denn von dem jetzigen Landtage sei nichts zu erhoffen, man mache den Landtag nur kopfscheu. Ich habe darüber lächeln müssen und tue das heute erst recht. Es war nicht zu früh, es war die richtige Zeit dafür, daß solche Anträge gestellt wurden. Heute ist die Sache so weit gediehen, daß die Geschichte und die ganze Entwicklung in der Weise vorgearbeitet hat, daß viele unter Ihnen, die sonst dem Antrage vollständig ablehnend gegenüberstanden, heute zu einer anderen Ansicht gekommen sind. Meine Herren, ich will Ihnen durchaus die

Ehrlichkeit nicht absprechen, aber die Sache liegt doch so: Sie geben nur so viel, als wozu Sie gezwungen sind, und das ist leicht begreiflich. Sie sind das Produkt Ihrer Klasse und etwas Rotzschu ist immer noch dabei. Wenn man so lange wie ich sich zwischen Ihnen bewegt hat und die ganze Entwicklung in den langen Jahren mit durchgemacht hat, dann hat sich diese Erfahrung herausgebildet.

Das Fazit der Beratungen in der Kommission ist der Antrag Frede-Hartung. Mein Antrag war dahin gestellt, das allgemeine gleiche Wahlrecht ohne Unterschied der Klassen für männliche und weibliche Wähler nach dem Verhältnismahlssystem einzuführen. Beim Antrage Frede-Hartung hat man nun wieder Kautelen an das Wahlrecht gehängt. Man will ein allgemeines und ein Ständewahlrecht produzieren. Wozu haben wir denn die Verhältnismahl beantragt, und wozu ist diese auch in dem Antrage Frede angenommen? Doch nur zu dem Zwecke, daß auch die Minorität zur Geltung kommen kann. Mit welchem Rechte wollen Sie dann noch Sonderwahlen vornehmen für die Interessen der Grundbesitzer, der Industrie, des Handels und Gewerbes, der Beamten usw.? Auch wir wollen durchaus nicht die Leiter größerer Werke in technischen Betrieben, die Beamten, die Lehrer oder andere Berufe von der Wahl ausschließen, denn wenn wir das allgemeine gleiche Wahlrecht beantragen, dann fassen wir alle Einwohner zusammen. Die Verhältnismahl sorgt dafür, daß die Einwohner sich jederzeit zu Gruppen zusammenschließen können, und damit kommt auch die Minderheit zur Geltung. Benachtheiligt werden kann sie dadurch nicht. Wenn das Ministerium vor einiger Zeit in seiner Begründung erklärte, daß an das allgemeine gleiche Gemeindewahlrecht nicht herangegangen werden solle, so ist dazu zu sagen, daß die Verhältnisse jetzt auch den Minister und den Landtag dazu bringen werden. Die neue Reichsregierung wird sich nicht damit begnügen, das allgemeine gleiche Wahlrecht nur für Preußen zu erlassen, sondern auch für Braunschweig und Mecklenburg. Diese Bundesstaaten wird man nicht als einzelne Inseln mit besonderem Wahlrecht im deutschen Reiche stehen lassen, das ist wohl zu verstehen. Wenn das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt wird, so geschieht es nur mit dem Zweck, daß die lange entrechteten Massen endlich zu ihrer Geltung kommen. Was wäre dabei, wenn die Braunschweigische Stadtverordnetenversammlung aus lauter Sozialdemokraten zusammengesetzt würde? Wenn sie dann den Geschäften nicht gewachsen wäre, würde die Bürgerchaft zu der Einsicht kommen müssen, andere Stadtverordnete zu wählen; es müßte aber doch erst die Probe auf das Exempel gemacht werden. Wie gesagt: Etwas Rotzschu ist immer dabei. Wenn man weiß und jahrelang herausgefunden hat, es darf hier nur sachlich, nicht nach unseren persönlichen Interessen, sondern nach den Interessen der Gesamtheit, nach allgemeinen Grundsätzen verfahren werden, dann darf man uns auch zutrauen, daß wir niemals einseitig handeln werden.

Wie der Antrag Frede lautet, soll das Wahlrecht erst vom 25. Lebensjahre an ausgeübt werden. Wollen Sie es denn verantworten, daß die jungen Leute fünf Jahre von den Rechten ihrer Mitbürger und Mitbürgerinnen ausgeschlossen werden? Wollen Sie sagen: als Achtzehnjährige wart ihr gut genug, den heimischen Herd zu verteidigen, auch mit zu hungern und zu darben, aber wenn ihr wiederkehrt, müßt ihr warten, bis ihr euer neues Wahlrecht ausüben dürft! Wenn Sie die Stirn haben, das zu verantworten, so ist das Ihre Sache; ich muß darauf verzichten. Ich stehe auf dem Boden meines Antrages, daß man ohne Unterschied auch denen das Wahlrecht erteilen muß. Wer will uns weismachen, daß man damit irgendwie Schiffbruch leiden könnte? Wenn man sich überzeugt hat, was jene jungen Leute dort draußen leisten, dann braucht man sich darüber keine Skrupel zu machen. Ich sehe keinen Grund ein, irgendwie auch nur ein Tüttelchen von meinem Antrage abzugehen. Die heutige Zeit unterstützt uns, der Kurs ist gut, und wir müssen ihn auszunutzen suchen. Werden vom Reiche Reformen eingeführt, so ist es nicht ausgeschlossen, daß sie sich auf das ganze deutsche Reich übertragen. Den partikularistischen Auswüchsen stehen wir entgegen, die Bayern sind ebenso gut Deutsche wie die Preußen und Mecklenburger. Einschließen wollen wir sie in unseren Verband, wollen zusammenhalten und ihnen die Rechte gewähren, die jeder im Staate haben muß. Außerdem verurteile ich den Standpunkt, daß man diejenigen, die nicht viel verdienen, die nach einem minderen Satze steuerpflichtig sind, vom Wahlrechte ausschließen will. Ich kann auf meine Person exemplifizieren. Ich habe niemals darauf gerechnet, Reichsrentier zu werden, ich habe auch nicht so viel gespart, daß ich davon gut leben kann. Würde ich nun, nachdem ich 40 Jahre unter Ihnen geessen habe, nicht mehr diesen festzusetzenden Steuerbetrag bezahlen können, und würde man mich hier heraus-schmeißen, so würde ich das für unrecht erklären. Ich spreche ja nicht für mich, es gibt noch mehrere Hunderte und Tausende, die in derselben Lage sind. Wenn man von der Steuerzahlung das Wahlrecht abhängig macht, so muß ich das als unrecht erklären.

Ich habe kurz zusammengefaßt, was für unsere Anträge spricht, und will mich damit bescheiden, damit auch andere zum Wort kommen. Dies ist der Schluß meiner Worte, daß ich die Ansicht habe: Wenn Sie etwas schaffen wollen, müssen Sie ein freies, ehrliches Wahlrecht schaffen, dann müssen Sie dafür sorgen, daß jeder Person in ihren Rechten Rechnung getragen wird. Das Alte fällt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen. Sorgen Sie dafür, daß auch hier neues Leben erblüht!

Stadtv. **Steinbrecher:** Meine Herren! Als der Braunschweigische Landtag in der letzten Zeit diese Wahlrechtsvorlage beriet und das unerfreuliche Ergebnis

der Beratung herauskam, herrschte in der Bevölkerung eine ungeheure Erbitterung über dieses Resultat. Es wäre angebracht gewesen, daß die Stadtverordnetenversammlung damals in ihrer Majorität dem Braunschweigischen Landtage die Wege gewiesen hätte, die er nach Ansicht der Stadtverordneten im Interesse der gesamten Bevölkerung zu gehen habe. Bisher aber hat die Stadtverordnetenversammlung in dieser Richtung versagt. In allen Kommissionsitzungen kam als Resultat immer wieder zum Vorschein, daß es keinen Zweck hätte, ein allgemeines gleiches, ein richtiges demokratisches Wahlrecht vorzuschlagen, wie wir es verlangen, weil der Landtag, wie er jetzt zusammengesetzt ist, dies auf keinen Fall annehmen würde. Anstatt daß man nun versucht hätte, diesem Landtage, der zum größten Teil aus ländlichen Gutsbesitzern zusammengesetzt ist, zu zeigen, wie wir in Braunschweig, wo vorwiegend industrielle Bevölkerung zu finden ist, wo blühender Handel und Gewerbe seinen Sitz hat, das Wahlrecht haben wollen, kommt heute ein solches Resultat zutage, wie es Herr Frede vorgelesen hat. Wer unter dem Volke weilt, der weiß, wie ungeheuer die Erbitterung über dieses Verhalten der bürgerlichen Abgeordneten in diesem Landtage ist. Die Arbeiterschaft verlangt auf alle Fälle, genau wie in Preußen, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, und darum kommen Sie nicht weg. Wenn Sie von Ihrem Standpunkte dieses Wahlrecht nicht gewähren können, so werden Sie einfach überrannt werden; das allgemeine gleiche Wahlrecht ist nicht aufzuhalten. Wenn Sie anderer Ansicht sind, dann kennen Sie die Stimmung der Soldaten und der Arbeiterschaft nicht. Dagegen gibt es kein Mittel mehr für Sie, die Sie gegen das allgemeine Wahlrecht sind. Wenn Sie den Landtag vor die Alternative gestellt hätten und gesagt: „Wir sehen es ein, es geht nicht mehr anders,“ dann hätten Sie etwas für die braunschweigische Bevölkerung geschaffen. So aber kommen Sie hinterher und müssen sowieso alles annehmen, was wir vorher verlangt haben. Aus der ganzen Art und Weise, wie die Geschichte gemacht wird, sehen wir — das wurde von uns immer schon behauptet —, daß Sie uns in unserer Eigenschaft als Sozialdemokraten aus dem Landtage fernhalten wollten. Ich nehme Ihnen das nicht übel, denn wir haben auch Verständnis dafür, daß diejenigen, die in der Macht sitzen, sich zu wehren versuchen, so gut es geht. Wie die Situation aber jetzt ist, ist es geradezu ein Verbrechen, auf diesem Standpunkte zu stehen und zu sagen: Wir haben die Macht, wir wollen nicht, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft im Braunschweigischen Landtage die Majorität oder etwas Einfluß bekommt. Der Einfluß, den sie uns hier und im Landtage geben wollen, reicht nur so weit, daß wir nichts durchsetzen können, und das erbittert die Arbeiterschaft ungeheuer. Es ist schon im Landtage gesagt worden: Mit den Leuten läßt sich arbeiten. Der Herr Oberbürgermeister hat im Landtag erklärt: „Warum wollen wir nicht mit ihnen arbeiten? Wir wollen sie schon von der Krankheit kurieren. Die Sozialdemo-

kratie ist eine Krankheit, und wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, diese Krankheit mit allen Mitteln zu bekämpfen." Das mögen Sie tun, wir geben es Ihnen zu, aber es muß sich der Kampf abspielen auf gleichem Boden, auf dem Boden des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Dann ist es ein gleicher Kampf, und wir werden unseren Mann stehen. Herr Meyerhoff hat als Landtagsabgeordneter im Jahre 1912 sich in der Frage geäußert und hat gesagt: „Ich bin nicht dagegen, daß die Sozialdemokraten in den Landtag kommen, sie haben das Recht dazu. Aber auf wessen Kosten geschieht der Einzug der Sozialdemokraten? Lediglich auf Kosten des Mittelstandes, der kleinen Beamten usw., und das hätten wir vermeiden sollen!“ Ja, wie stellen Sie sich das vor? Weder der Mittelstand noch die kleinen Beamten, noch sonst jemand soll die Kosten tragen. Erst sagen Sie: Wir sind dafür, daß die Sozialdemokraten in den Landtag einziehen, und hinterher sagen Sie: Aber nicht auf Kosten unserer Freunde. Wenn Sie so reden, dann ist das keine ehrliche Liebe zu den sozialdemokratischen Forderungen. So geht es durch die Bank bei allen Landtagsabgeordneten. Ich rede offen zu Ihnen. Daß Sie auf diesem Standpunkte gestanden haben, kann man Ihnen nicht verdenken. Aber jetzt ist es Zeit, daß die Landesregierung sich warren läßt, und daß sie unseren Wünschen Rechnung trägt. Wenn im Reiche und in Preußen das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt wird, so wird die Regierung einsehen, daß Braunschweig nicht anders kann, als hinterherkommen. Braunschweig muß!

Herr Frede unterbreitet uns nun diesen Antrag, und allerdings ist auch ein kleiner Fortschritt daran zu sehen. Vor einigen Jahren, ja vor einem Jahre noch wäre es undenkbar gewesen, daß sich diese Seite zu einem derartigen Resultate herbeigelassen hätte. Das erkenne ich an, aber wir haben unsere Programmpunkte, auf die wir halten. Wir sagen uns: Das allgemeine gleiche Wahlrecht wird in Preußen durchgeführt, und es wird auch hier durchgeführt werden. Sie werden an die heutige Sitzung denken. Ob Sie sich heute weigern oder nicht, Sie müssen sich den Wünschen des Volkes fügen.

Nun sagte Herr Frede, er müsse für Einführung des Frauenwahlrechts stimmen, weil wir unsere Frauen nicht minder einzuschätzen brauchten als die ausländischen. Er hätte weiter gehen und sagen sollen: „nicht weniger einschätzen als die Männer selbst“. Das ist bei ihm nicht der Fall, weil nach seinem Antrage die Frauen nur ein Sechstel des Wahlrechtes der Männer haben sollen.

Dann ist auf die Zwanzigjährigen hingewiesen, die noch nicht zum Wahlrechte zugelassen werden sollen. Überlegen Sie sich doch, was Sie damit sagen! Wenn Sie heute die Zwanzigjährigen ausschließen und sagen: Es fällt zu schwer, ihnen das allgemeine Wahlrecht zu geben, sie müssen erst 25 Jahre alt sein, weil sie mit 20 Jahren die politische Reife noch nicht haben, so mag mancher von Ihnen derartige Erfahrungen gemacht haben. Wir in der Arbeiterschaft aber machen

diese Erfahrung nicht. Wir selbst, die wir aus der Werkstelle zu Gesellen hervorgegangen sind, wissen, wie wir auf dem Hinwege zur Arbeit, auf dem Heimwege und ebenso in der Arbeitspause von unseren Arbeitsgenossen durchgebildet sind zu reifen Menschen, wenn ich auch zugebe, daß die Zwanzigjährigen nicht die Einsicht haben, wie jemand, der 15 Jahre lang im politischen Leben steht. Diese frühzeitige Reise bringt das ganze Milieu mit, in dem der Arbeiter aufwächst. Wer als Lehrling mitarbeitet, der sieht die Verhältnisse, und die zwingen ihn dazu, das Auge offen zu halten, und zwar mehr, als das bei Ihren Söhnen der Fall ist. Sie sagen: Die jungen Leute haben nicht die Bildung, können nicht alles übersehen wie einer, der eine gewisse Schulbildung hat. Das ist leicht gesagt, aber sind wir nicht immer dafür eingetreten, daß die Schulbildung von Anfang an eine bessere sein soll? Und Sie wissen, wie wir die Vermittlung der Schulbildung eingerichtet haben wollen. Wenn erst einmal das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in allen Bundesstaaten eingeführt ist, dann wird auch die Schulgesetzgebung eine andere werden. Unsere Kinder werden von Anfang an das in der Schule lernen, was wir immer gefordert haben, auch das Staatsbürgerliche soll mehr zur Berücksichtigung kommen. Dann sollen Sie einmal sehen, wie der 20jährige Mann in seinen Kenntnissen anders dasteht als heute. Sie sagen: Mit 20 Jahren ist der junge Mann noch nicht politisch reif. Aber Sie wissen doch auch, daß mit 21 Jahren das Bürgerliche Gesetzbuch ihn für volljährig erklärt, der 21jährige hat das Recht, sich zu verheiraten, Kinder in die Welt zu setzen, ein Geschäft zu gründen und alles das selbständig auszuführen. Nur das eine Jahr soll so schwerwiegend sein, um für sie das Wahlrecht zurückzuhalten? Darüber ein Urteil abzugeben, ob konservativ oder sozialdemokratisch, nationalliberal oder Zollschuttpolitik das Richtige ist, ist viel leichter, als wenn der 21jährige Rechtsgeschäfte abschließen soll. Wenn die Leute Gelegenheit haben, sich politisch zu betätigen, dann wird die Reise schon kommen.

Herr Frede sagte weiter, man sollte die bedeutungsvollen Erwerbszweige berücksichtigen; drei Zwölftel der Stadtverordneten sollten aus Wahlen der Grundbesitzer, zwei Zwölftel aus Wahlen der Industrie usw. herangezogen werden. Das ist etwas, was wir nicht begreifen. Die Hausbesitzer leiden nicht an Bescheidenheit. Wenn ich auf Ihrem Standpunkte stehen würde, dann würde ich sagen müssen: Industrie, Handel und Gewerbe kommen vor dem Hausbesitz. Deutschland ist nicht durch die Hausbesitzer das geworden, was es geworden ist. Wenn die Bedeutung für die Allgemeinheit mit berücksichtigt werden soll, dann kommen in erster Linie Industrie, Handel und Gewerbe mit ihrer Arbeitererschaft. Bescheiden von den Hausbesitzern war das also nicht.

Sie sagen weiter, die Hausbesitzer sind das seßhafte Element und zahlen die meisten Steuern. Wir wissen ganz genau, daß der Kaiser in seiner Rundgebung

über die Wahlrechtsvorlage auch auf das Bezug genommen hat. Die preußische Regierung sagt: Es kommt nicht auf die objektiven und subjektiven Leistungen an. Nach den kolossalen Leistungen und Abgaben, die demnächst herauskommen werden, spielt das keine Rolle, was als Steuern für den Hausbesitz bisher geleistet wurde. Mit den Steuern, die Sie heute zahlen, kommen wir nach dem Kriege nicht aus. (Zuruf Wesemeier: Die Steuern für das Haus zahlen ja die M i e t e r!) Es müssen andere Steuerquellen erschlossen werden, und was früher vor 20 bis 30 Jahren als eine hohe Steuerleistung galt, wird später Igering erscheinen.

Was die von Ihnen befürchtete Überzahl der sozialdemokratischen Abgeordneten betrifft, so hat Freund Kiefe schon angeführt, daß die Verhältnismahl voraussetzt, daß wir Sozialdemokraten nicht allein gewählt werden. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß wir in Braunschweig einmal so wählen würden mit dem System, was Sie verlangen, und es würde die Majorität Sozialdemokraten hier sitzen, dann kann man sich doch auf den Standpunkt des Herrn Oberbürgermeisters stellen: „Lassen Sie nur die Sozialdemokraten kommen; wir werden schon sehen, daß die roten Bäume nicht in den Himmel wachsen!“ Davon sind wir überzeugt, daß, auch wenn wir die Majorität haben und dann neue Fragen an uns herantreten, wir auch erfahrene Männer aus anderen Schichten hier im Parlamente haben werden. Sie werden doch nicht glauben, daß bei dem allgemeinen Wahlrechte nur Sozialdemokraten herauskommen werden. Die Verhältnismahl gibt doch auch der Industrie, dem Handel und auch dem Hausbesitzerstande einige Vertreter, und diese werden uns doch genau so zur Hand gehen, wie wir es bisher getan haben, wenn es sich um Fragen der Arbeiterschaft handelte. Das sind keine Gründe, um die Sache abzulehnen. Das klingt ja gerade so, als wenn durch die Sozialdemokraten alles terrorisiert werden würde. Wir müssen nicht nur die Interessen der Arbeiter allein vertreten, sondern die Interessen der allgemeinen Bürgerschaft, und die fallen immer mit den Interessen des allgemeinen Volkes zusammen. Das haben in Mülhausen und Straßburg unsere Genossen erlebt und haben gute Erfolge aufzuweisen. Lassen Sie sich von dieser Furcht nicht leiten, daß Sie glauben, wenn der Landtag oder sonst eine andere Körperschaft durch uns majorisiert ist, müßte alles in Grund und Boden gehen. Von uns wird verlangt, wo wir jahrzehntelang von allen Vertretungen ausgeschlossen wurden, wir sollen im Interesse des Volkes auch gleich gute und ganze Arbeit machen. Aber Sie, die jahrzehntelang uns zu Unrecht von der Arbeit ausgeschlossen haben, Sie können das Opfer nicht bringen, das im Interesse des Landes unbedingt gebracht werden muß. Sie müssen aber, ob Sie wollen oder nicht, genau wie in Preußen, das Opfer bringen und auf Ihre Vormachtstellung, die Sie zu Unrecht eingenommen haben, verzichten. Denken Sie an die Verhältnisse vor dem Kriege, wie die Sozialdemokraten überall von den Bundesregierungen schikaniert wur-

den! Als dann der Krieg ausbrach, entstand für uns die Frage, wie wir uns verhalten sollten. Es brach die Erbitterung aus, und es hieß: Unsere Leute sollen eintreten für das, was jene Regierungen verschuldet haben! Aber da haben die Sozialdemokraten gesagt: Wenn das ganze Haus brennt, dann muß es verteidigt werden. Wir müssen im Interesse des Landes zu den Wahlrechtsfragen Stellung nehmen und müssen verlangen, daß Sie von Ihren Machtmitteln im Interesse des Volkes etwas abgeben. Wenn Sie das nicht freiwillig tun, dann werden — das hat Herr Stegmann schon gesagt — die Verhältnisse über Sie hinweggehen und werden Sie zwingen, uns das zu geben, was Sie jetzt verweigern. Sie machen sich keinen Begriff davon, welche Erbitterung unter den Soldaten herrscht, denn Sie kommen mit ihnen nicht so eng in Verbindung wie wir. Wüßten Sie das, so wäre manches, was geschehen ist, unterblieben. Folgen Sie uns nicht, so werden Sie später sagen: Hätten wir das früher gewußt, wir hätten nie eine solche Komödie wie im Landtage aufführen können. Wenn Sie sich nicht jetzt warnen lassen, wenn nicht der Landtag nun endlich Schluß macht mit seinem Sträuben, dann sind Sie mitverantwortlich für das, was im braunschweigischen Lande passiert.

Stadtv. Munte: Die Herren von der Linken werden sich sicherlich nicht beklagen können; sie sind reichlich zu Wort gekommen und haben alles heruntergesprochen, was sie auf dem Herzen hatten. Ich bedauere nur, daß die Ausführungen recht lang geworden sind, denn die Herren müssen selbst einsehen, daß die Länge der Ausführungen nicht überzeugend, sondern ermüdend wirkt, und das tut mir leid um deswillen, weil ich offen sagen muß, daß viele ihrer Ausführungen meinen vollen Beifall finden und immer gefunden haben. Ich glaube, die Herren hätten sich besser gestanden, wenn sie das, was sie zu sagen hatten, bedeutend kürzer gesagt hätten. Ich will nun nicht dazu beitragen, daß die Aussprache noch unnötig verlängert wird, und das um so mehr, da ich glaube in Anspruch nehmen zu können, daß mein Antrag ziemlich klar und auch ziemlich bekannt ist.

Herr Steinbrecher hat in seinen letzten Ausführungen darauf hingewiesen, daß vor dem Kriege das Verhältnis zu den Sozialdemokraten kein angenehmes gewesen ist, daß sich die Sozialdemokraten aber doch zu Opfern bereit gefunden haben. Es haben die Sozialdemokraten Opfer gebracht, die andern Deutschen nicht minder, und wir sind alle ferner bereit, noch Opfer zu bringen sowohl in Geld und Gut, wie auch in anderer Weise, je nachdem es sich als nötig herausstellen wird, damit wir das in Unordnung geratene Wohngebäude des Deutschen Reiches wieder in Ordnung bringen und es so einrichten, daß wir uns wohl darin fühlen.

Ich gebe zu, daß die Ausführungen der Herren von der sozialdemokratischen Seite sachlich gewesen sind. Sie haben keinerlei häßliche Angriffe gemacht. So ist die Aussprache bisher ruhig verlaufen, und ich möchte nicht, daß ein anderer Ton noch hineinkäme, und ich glaube auch, daß das nicht geschehen wird, wenn Sie meinen Antrag einer Beurteilung unterziehen werden. Ich konnte mich mit meinen Freunden über die Änderung meines Antrages nicht so schnell beraten, aber sie werden sich ja selbst darüber äußern, wie weit sie meinen Änderungen beitreten.

Wenn Sie meinen Antrag einer Prüfung unterziehen, so werden Sie sagen müssen, daß er denn doch an die Stelle des Veralteten wirklich etwas Neues setzen will, was Sie auch von der gegenüberliegenden Seite bewilligen könnten, wenn Sie nicht darauf bestehen, zu sagen: Alles oder nichts! Wenn Sie jetzt sagen: „Der Bevölkerung zuzumuten, die Stadtverordnetenversammlung auf Grund eines solchen Gesetzes zu wählen, wie es augenblicklich noch vorliegt, ist eine Ungerechtigkeit“, so dürfen Sie nicht vergessen, daß diese Einrichtung zu Zeiten getroffen ist (auch die Wahlrechtsverhandlungen im Landtage sind in ähnlicher Weise zu betrachten), wo diese Wahlbestimmungen einen erheblichen Fortschritt bedeuteten. Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort. Es ist eben ein Leiden, daß alles Menschliche veraltet, und daß die alten Einrichtungen nicht immer so leicht zu beseitigen sind, wie man möchte. Auch Herr Steinbrecher hat schon darauf hingewiesen, daß es schwer ist, ein neues Wahlrecht für den Landtag zu erlangen, weil die Leute, die heute im Landtage sitzen, sich sagen müssen, sie werden zum großen Teil nicht wieder in den Landtag hineinkommen, wenn ein solches Wahlrecht gemacht wird, wie es zeitgemäß ist. Man will gewissermaßen den Leuten, die bisher im besten Glauben die Geschichte des Landes geleitet haben — das dürfen wir ihnen nicht absprecken — zumuten: Sägt selbst den Ast ab, auf dem ihr sitzt! Sie haben selbst zugegeben, daß sie das anerkennen, und daß eben die Leute, die diese Macht gehabt haben, nur durch die Not der Verhältnisse gezwungen werden, die Wahlrechtsverhältnisse zu ändern, und daß nur langsam bei ihnen die Einsicht kommt: Wir müssen das Opfer bringen. Daß das langsam geht, kann man nicht so übelnehmen. Ich bin überzeugt, wenn Sie einmal lange Jahrzehnte die Macht gehabt hätten, und es käme die Notwendigkeit an Sie heran, die Macht an andere abzugeben, Sie würden sich auch erst lange besinnen, ehe Sie ein neues Wahlrecht herausbrächten. Wenn Sie auch sagen: Vor dem Kriege sind wir zu Unrecht von den Regierungsorganen schlecht behandelt, trotzdem versprechen wir heute: „Sie sollen einmal sehen, Sie haben nichts auszustehen,“ so dürfen Sie es den Bürgerlichen nicht übelnehmen, daß sie das nicht so schlechtweg glauben. Im übrigen können Sie sich doch nicht beklagen, daß Sie hier in der Versammlung schlecht behandelt sind.

Wenn ich nun meinen Antrag daraufhin ansehe, so weiß ich nicht, was die Herren von der Linken daran auszusetzen haben. Er will das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht einführen, verbunden mit der Verhältnisswahl. Den zweiten Teil habe ich in folgender Weise abgeändert: Als wahlberechtigt gelten dabei alle männlichen und weiblichen steuerpflichtigen Einwohner vom vollendeten 24. Lebensjahre an, wenn sie ein Jahr ihren Wohnsitz in der Stadtgemeinde haben. Dabei ist die Einführung der Wahlpflicht in Betracht zu ziehen.“ Es ist also jetzt von mir ohne weiteres anerkannt, daß als Vorbedingung für das Wahlrecht zwei Jahre Aufenthalt in der Gemeinde eine zu lange Zeit sind, und ferner ist von mir anerkannt, daß es nicht nötig ist, daß der Wähler die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzt. Es ist in dem Antrage nicht zum Ausdruck gebracht, daß es sich nur um Reichsdeutsche handelt, also nicht um Australier, Neger usw. Aber das ist ja selbstverständlich. Ich bin der Meinung, daß jeder Deutsche, der von einer Stadt zur anderen zieht, doch in seinem neuen Aufenthaltsort die Berechtigung zum Wählen haben soll. „Dabei“, geht der Satz aus, „ist die Einführung der Wahlpflicht in Betracht zu ziehen.“ Ich persönlich halte allerdings die Einführung der Wahlpflicht nicht für nötig und stehe auf dem Standpunkte, daß es keinen Mann gibt, der sich der Wahlpflicht entziehen würde, wenn ein solches Wahlgesetz eingeführt ist, denn er würde sich durch eine solche Zurückhaltung unter Umständen gewaltig schädigen.

Sie sehen weiter aus dem Antrage, daß ich mit dem Alter des Wählers auf 24 Jahre zurückgegangen bin. Sie fordern nach wie vor das vollendete 20. Jahr bei den männlichen und weiblichen Einwohnern. Dagegen kann man viele Gründe anführen. Sie sagen — wie Herr Steinbrecher ausgeführt hat —, der Staat habe das 21. Jahr für die Volljährigkeit festgesetzt. Dann könne der junge Mensch sich verheiraten, über sein Vermögen verfügen, auch es durchbringen usw. Der Staat hat damit dem jungen Staatsbürger das persönliche Recht gegeben, über sich und was seine Persönlichkeit betrifft, zu verfügen, aber daß man ihm dann schon das Recht gibt, über die Allgemeinheit mit zu verfügen, das sehe ich nicht ein. Ich glaube nicht, daß der Staat damit hat zum Ausdruck bringen wollen, der junge Mensch wäre politisch reif. Der Staat hat nur ein Ende machen wollen mit der Bevormundung in persönlichen Angelegenheiten des jungen Menschen. Daß er darüber nicht selbst verfügen konnte, darunter mußte er selbst leiden, aber in bezug auf das Wahlrecht ihm noch entgegenzukommen, als es in meinem Antrage geschehen ist, halte ich in der heutigen Zeit nicht für angebracht. Es ist an Ihnen, sich darüber zu entscheiden, ob Sie dem zustimmen wollen oder nicht. Meinungsverschiedenheiten werden ja immer bestehen, und niemals werden Zeiten kommen, wo 95 Prozent aller Einwohner mit den bestehenden Einrichtungen zufrieden sind. Fortschritt ist nur möglich, wenn das Streben nach Besserung und nach Idealen

vorhanden ist. Ob Ihr Wahlrecht ein ideales ist, wer will das entscheiden! Daß ein ideales Wahlrecht angestrebt wird, ist lobenswert, aber nachher stellt sich doch gewöhnlich wieder heraus, daß es kein ideales Wahlrecht ist. Ich will einmal sehen, wenn dieses Wahlrecht, das Sie aufgestellt haben, verwirklicht ist, ob Sie, die Väter dieses Wahlrechtes, in späteren Zeiten noch damit zufrieden sind. Wer will das heute entscheiden? Es könnte kommen wie mit den Geistern, die der Zauberlehrling gerufen hat und nachher nicht bannen konnte. Man darf nicht von einem Extrem zum anderen greifen. Lassen Sie uns doch im Fortschritt auch langsam vorgehen; dies, was ich vorschlage, ist nicht einmal ein langsamer Fortschritt, ich muß es vielmehr für einen gewaltigen Schritt halten, den wir damit vorwärts machen. Es bliebe Ihnen ja nichts mehr zu tun übrig, wenn Sie diesen Wahlrechtskampf nicht mehr vor sich haben, und dann verlieren Sie wohl auch an Anhängern!

Ich möchte nun diejenigen Herren von der rechten Seite des Hauses, die den neuen Antrag eingebracht haben, doch bitten, noch einmal zu überlegen, ob sie wirklich auf diesem Antrage bestehen wollen. Sicherlich hat jeder von uns seine Überzeugung, und ich maße mir nicht an, die bessere Einsicht zu haben, aber aus voller Überzeugung habe ich diesen Entschluß gefaßt. Ich kann nicht erwarten, daß ich Sie durch eine Ansprache, die geschickt oder nicht geschickt vorgebracht wird, von der Richtigkeit meiner Ansicht überzeugen werde, aber selbst wenn wir dieses neue Wahlgesetz in der Form, wie es von meinen Freunden und mir gewünscht wird, annehmen sollten, so wird mit der Einführung vorläufig doch noch einige Zeit vergehen. Sie wissen selbst, und auch aus den Ausführungen des Herrn Ohlendorf geht es hervor, daß noch längere Zeit darüber vergehen kann, bis wir einen freien Landtag haben werden, und ich glaube nicht, daß sich der jetzige Landtag noch damit abgibt, die Städteordnung zu ändern. Er hat genug damit zu schaffen, wie das Gesetz für die Zusammensetzung des Landtages selbst geändert werden soll. Ob es aber noch Zweck hat, dem jetzigen Landtage mit unseren Anträgen zu kommen und ihm damit Herzbeschwerden zu machen, das kann uns egal sein. Es wird auch nicht darauf ankommen, ob die neue Städteordnung innerhalb vier Wochen oder innerhalb eines Vierteljahres oder erst eines Jahres herauskommt. Wenn Sie ehrlich sein wollen, so sagen Sie mir einmal: Ist es denn so furchtbar schlimm hergegangen in der Stadt Braunschweig? Haben Sie so viel Qualen erdulden müssen von der Übermacht der Besitzenden im Stadtparlamente? Ebenso ist es im Landtage; der hat doch recht und schlecht seine Gesetze gemacht. Ich will ja sein Wahlrecht nicht verteidigen, aber die Abgeordneten haben, so gut sie konnten, nach ihren Anschauungen zum Wohl des Herzogtums gehandelt. Ich muß sagen, so fürchterlich und schrecklich ist es für mich nicht gewesen, es hat sich noch immer darunter leben lassen. Überlegen Sie sich das doch einmal, und lassen

Sie uns dann eine Kundgebung an diesen oder den nächsten Landtag auf Grund meines Vermittlungsvorschlages abschießen. Ich sage: Es ist doch ein hübscher Vorschlag, den ich Ihnen mache. (Heiterkeit.) Das ist wohl etwas anmaßend, aber freuen würde ich mich, wenn Sie sich wenigstens darauf einigten.

Es wird so kommen, daß zunächst die beiden Anträge Riefe und Stegmann zur Abstimmung gelangen, und sie werden zweifellos abgelehnt werden, weil wir Anstoß nehmen an dem Anfange der Wahlberechtigung mit 20 Jahren. Dann kommt mein Antrag zur Abstimmung. Ob dann vielleicht die Freunde der Linken nicht für meinen Antrag stimmen werden? Wenn dann das nicht gelingt und einige Freunde noch zu dem Antrage Frede-Hartung hinzukommen und dieser angenommen wird, so wird das Freude bei der Mehrheit der Einwohner nicht auslösen. Das kann ich Ihnen ohne weiteres vorher sagen. Ich will gern von meinem Wahlrecht etwas abgeben, auch beim Steuerzahlen nachher meiner Pflicht nachkommen, aber wir müssen alle zusammenhalten. Lassen Sie doch einmal eine einstimmige Kundgebung von hier ausgehen! Wir verlangen nicht, daß Sie eine Sinnesänderung vornehmen, indem Sie meinen Antrag annehmen, Sie erreichen doch aber etwas, und machen einen gewissen Eindruck, wenn die Annahme mit großer Majorität geschieht.

Ich weiß nicht, ob mein Wunsch Erfolg haben wird, wenn ich bitte, über meinen Antrag an letzter Stelle abstimmen zu lassen. Ich glaube, es würde mancher für den Antrag Frede-Hartung nicht stimmen, wenn er sich sagen könnte: Wir nehmen lieber den Antrag Munte an. Aber das zu bestimmen ist Sache des Vorsitzenden.

Ich möchte noch einmal die Herren bitten, sich reiflich zu überlegen, ob sie nicht meinem Antrage beistimmen können. Sie tun damit gewiß nicht so etwas furchtbar Schlimmes. Wenn die Sozialdemokraten in der Mehrheit sind, müßten sie dafür sorgen, daß sie solch schöne Zustände schaffen, daß alle Gefinnungs-genossen damit zufrieden sind; ich glaube aber, sie schaffen auch keine Zufriedenheit. Ich möchte dringend bitten, im Interesse der Einigkeit und im Interesse der Wirksamkeit des Schrittes, den die Stadtverordnetenversammlung vornehmen will, sich dahin zu einigen, daß über meinen Antrag an letzter Stelle abgestimmt wird, damit er nach Möglichkeit einstimmig oder mit großer Mehrheit angenommen wird.

Stadtv. Wesemeier: Die ganze politische Gesetzgebung in Deutschland ist zugeschnitten auf die Bevorrechtung des Besitzes, und unter dieser Gesetzgebung leiden nicht nur die Arbeiter, sondern auch der ganze Mittelstand, die Beamten usw., soweit sie nicht über einen so großen Geldbeutel verfügen, daß sie zu den höher eingeschätzten Wählern gerechnet werden. Leider muß man zugestehen, daß gewisse

Kreise der Bevölkerung es nicht verstehen, ihre Rechte zu wahren, daß sie zu rückgratlos sind, um den entscheidenden Schritt zu tun zur Wahrung ihrer eigenen Rechte, die mit denen der breiten Masse des Volkes identisch sind. Ich denke dabei vor allem an die Beamtenenschaft. Welches Wettlaufen war bei der Beamtenenschaft gelegentlich der Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage im Landtage, um einen Happen zu bekommen von dem, was von der Herren Tische fiel. Statt grundsätzlich zu sagen: „Wir sind nicht zufrieden damit, daß für uns 1—2 Sitze abfallen, wir verlangen das allgemeine, gleiche Wahlrecht,“ legte man sich aufs Bitten. Das ist eben der Fehler im Bürgertum, im Mittelstande, in den er zu seinem eigenen Schaden verfällt. Deshalb wird er von den Herrschenden nicht so ernst genommen, wie er Anspruch hätte.

Ich möchte zunächst nun noch einen Irrtum richtigstellen. Herr Frede sagte, im Februar—März seien die Wahlrechtsanträge gestellt. Nein, am 13. Dezember 1917 sind die Anträge Riefe und Stegmann eingebracht, und es ist bezeichnend, daß fast ein Jahr vergehen mußte, ehe sie zur Verhandlung kamen. Ich bezeichne es nicht als einen Vorteil, daß diese Verschleppung dieser selbstverständlichen Anträge beliebt wurde — und eine Verschleppung ist es, weiter nichts. Hätte die Verhandlung damals hier stattgefunden, dann wäre der Landtag im Frühjahr gezwungen gewesen, Stellung zu dem Antrage der Stadtverordnetenversammlung zu nehmen, und wenn er sich dabei in Widerspruch gesetzt hätte mit dem Antrage, so wäre es um so besser gewesen. Auch die städtischen Abgeordneten wären ja nicht dafür gewesen, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt werden soll, und eingetreten dafür wären sie erst recht nicht. Aber sie hätten damit befunden müssen, welche Rückwärtserei bei den herrschenden Klassen, die die Regierung in der Hand haben, vorhanden ist. Der Antrag der Mehrheit, der Antrag Fredehartung will ja das allgemeine, gleiche Wahlrecht auch gar nicht. Er will anscheinend das allgemeine Wahlrecht, aber mit so vielen Verlausulierungen, daß nicht viel davon übrigbleibt.

Die Ausführungen des Herrn Frede sind heute weit in der Welt umhergereist, er ist darin zurückgegangen auf das Jahr 1907, um Stimmen anführen zu können, die gegen das allgemeine Wahlrecht laut geworden sind. Aber wir schreiben heute nicht das Jahr 1907, sondern 1918. Heute bedeutet ein Vierteljahr mehr als früher ein Jahrzehnt in der Fortentwicklung der Menschheit, und das hätte Herr Frede beachten sollen. Auf das Jahr 1907 in der Sache sich zu berufen, ist meiner Meinung nach lächerlich — ich will aber dem Herrn Frede damit nicht zu nahe treten.

Herr Frede hat eine ganze Reihe von Staaten angeführt, in denen das Wahlrecht mit dem 21. Jahre beginnt. Schweden, Norwegen, England haben das Wahlrecht auf das 21. Jahr verlegt, aber bei uns in Deutschland darf das nicht

sein. Diese Staaten, die schon so lange Jahre Personen mit dem 21. Jahre für befähigt erklären, ihr Wahlrecht auszuüben, müßten längst dem Untergange geweiht sein, wenn das zuträfe, was die Herren von jener Seite zur Begründung ihrer Meinung anführen. In England ist im letzten Vierteljahre 1917 das Wahlrecht allen Männern vom 21. Jahre ab zugesprochen, und allen Soldaten und Seeleuten ist es mit 19 Jahren gewährt. Dort weiß man, was sich gehört, und England ist nicht der am schlechtesten regierte Staat. Im Gegenteil, diesen demokratischen Staaten haben wir es zu verdanken, daß es jetzt in Deutschland vorwärts geht, der deutschen Regierung nicht. Aus freien Stücken hat sie nichts getan, erst der Druck von außen mußte kommen, damit in Deutschland ein freier Zug durch das Volk gehen kann.

Nun nimmt es sich im Munde des Herrn Frede eigentümlich aus, wenn er meint, die Bildung unter den verschiedenen Ständen sei zu verschiedenartig usw. Die Organisationen der Lehrer stellten Forderungen auf zur Verbesserung des Schulwesens, und auch wir haben, wer weiß wie oft, Anträge gestellt zur Verbesserung der Schulbildung, um die Unterschiede in der Bildung auszugleichen. Hat Herr Frede nicht immer dagegen gestimmt, wenn es sich um die Verbesserung der Bildung der Allgemeinheit handelte? Auch den Standpunkt seiner eigenen Lehrerorganisationen hat er bekämpft.

Er konstatiert, daß in Frankreich nur ein Aufenthalt in der Gemeinde von 6 Monaten notwendig ist, um bei den Gemeindewahlen mitwählen zu können. Wenn man in jenem westlichen Lande, einem so rückständigen Lande, einem so barbarischen Lande nur sechs Monate — das möchte ich auch Herrn Munte zu bedenken geben — es für möglich hält, daß der Einwohner in der Gemeinde befähigt ist, beurteilen zu können, welcher Person er bei der Wahl das Mandat anvertrauen kann, was steht dann noch entgegen, daß in Deutschland nicht daselbe getan werden kann? Der Franzose ist kein anderer Mensch als der Deutsche, der Engländer, der Norweger und der Schwede. Das sind doch auch kultivierte Menschen, nur sind sie fortschrittlicher als wir, und gerade die Rückwärtserei hat Deutschland in die unangenehme Lage gebracht, in der wir uns jetzt befinden. Was in jenen Ländern üblich ist, das sollte in Deutschland nicht möglich sein?

Herr Frede hält die Verhältnismahl für schwierig. Es verstehen sich aber in Braunschweig doch so viele Arbeiter darauf, weil sie es praktisch durchgemacht haben. Es gehört wirklich nicht allzuviel dazu, um zu begreifen, wie die Verhältnismahl ausgeführt werden muß; auf Grund der Reichsversicherungsordnung haben unsere Arbeiter die Verhältnismahl anzuwenden und können es auch.

Wenn wir uns, das behaupte ich, nicht in der ganzen Welt lächerlich machen wollen, dann bitte ich, den Antrag Frede abzulehnen. Herr Dr. Landauer scheint erkannt zu haben, welcher Widerspruch in dem Satze liegt, den er aus dem Antrage

Frede gestrichen haben will. Ich glaube, in der ganzen Welt gibt es ein solches Monstrum nicht, in dem gesagt wird: Wir gewähren euch das allgemeine gleiche Wahlrecht für das männliche und weibliche Geschlecht, aber die Frauen sollen viermal minder berechtigt sein als die Männer, und sie dürfen nicht mit den Männern zusammen wählen. Ich höre im Geiste schon den Hohn und Spott der auswärtigen Zeitungen, und wie sie über Braunschweig, das nicht weit von Schöppenstedt liegt, herziehen werden. Wir protestieren dagegen, daß in unserem Namen ein solches Ding in die Welt hinausgeht, das uns nach außen hin so außerordentlich kompromittieren könnte wie dieses. Es ist ein Widerspruch zwischen dem angeblichen allgemeinen gleichen Wahlrecht und dem, daß man die Männer fünf Sechstel der Mandate besetzen lassen will und die Frauen nur ein Sechstel. Es gibt zweifellos bedeutend mehr Frauen, die das Wahlrecht bekommen werden als Männer, und deshalb ist es ein Unsinn, von einem allgemeinen gleichen Wahlrecht zu reden, wenn man es den Frauen nicht gibt.

Schon hingewiesen ist darauf, daß es nicht ersichtlich ist, weshalb den Grundbesitzern und Beamten ein doppeltes Wahlrecht gewährt werden soll. Den Grund dafür würde ich jedenfalls niemals kapieren. Auch schließe ich mich vollständig der Ansicht an, daß Industrielle und Handelsleute von wesentlich größerer Bedeutung sind für eine Gemeinde als die Grundbesitzer. Diesen Industriellen und Handelsleuten soll aber nach dem Antrage Frede nur ein ganz winziger Prozentsatz gewährt werden, während die Grundbesitzer das Gros der Mandate für sich beanspruchen. Das kommt mir so vor wie eine rein aus dem Ärmel geschüttelte Gesezmacherei, die so wenig überlegt und durchdacht ist und so wenig Rücksicht nimmt auf die Gewohnheiten und auf das Begriffsvermögen anderer Leute, die nicht innerhalb unserer Gemeinde wohnen, daß ich erstaunt bin, wie ein solcher Gesezentwurf — der soll es doch werden — in einer Stadtverordnetenversammlung von der Größe Braunschweigs das Licht der Welt erblicken darf. Ich bezweifle noch, daß man sich der Lächerlichkeit nach außen so aussetzen will.

Hier sucht eine Mehrheit zu retten, was noch aus dem alten Überbleibsel ihrer Vorrechte von früher zu retten ist. Aber die Herren, die den Antrag unterstützen, sollten bedenken, daß sie nur einen ganz winzigen Bruchteil der Bevölkerung hinter sich haben, und daß das Gros der Bürgerschaft mit diesem Dinge, das den Namen Frede-Partung trägt, nichts gemein hat und nichts zu tun haben will. Das muß gegenüber dem Landtage ausdrücklich konstatiert werden, daß er bei Annahme des Antrages Frede nicht über die Meinung der Braunschweiger Bevölkerung zu befinden hat, sondern über einige Duzend Wähler, die den Herren, die den Antrag unterzeichnet haben, das Mandat gegeben haben. Es fragt sich aber noch, ob alle die Wähler, die diesen Herren ihre Stimme gegeben haben, mit dem Antrage Frede-Partung einverstanden sind. Ich bezweifle das.

Beschließen Sie nur, wenn Sie der Meinung sind, daß Sie das Richtige getroffen haben. Es ist nicht das erstemal, daß von außen her demokratische Einrichtungen in Deutschland eingeführt werden mußten, denn durch Napoleon I. mußten auch vor 100 Jahren erst demokratischere Einrichtungen als früher nach Deutschland hereingebracht werden. Erst als die Gewalt von außen kam, war es möglich, bessere Einrichtungen in Preußen zu schaffen. Heute sehen wir das sich wiederholen. Nicht aus eigener Erkenntnis, daß ein Unrecht an der großen Masse des Volks gutgemacht werden muß, wird gegeben, erst dem Zwange, dem Drucke von außen folgt man. Wir haben das Extrablatt gelesen, das vorhin verteilt ist. Lesen Sie die dritte Spalte durch und achten Sie darauf, was darin von auswärts gefordert wird! Ich glaube, es wird notwendig sein, wesentlich mehr zu gewähren: das gleiche Recht allen, die ein Menschenantlitz tragen.

Nun der Antrag des Herrn Munte. Es sind keine großen Differenzpunkte zwischen uns und diesem Antrage. Aber wenn Sie zugeben, daß in Frankreich nur sechs Monate Aufenthalt in der Gemeinde notwendig sind, weshalb soll das dann in Deutschland nicht möglich sein? Sollte die deutsche Bevölkerung begriffstüchtiger sein als die französische? Das nimmt doch Herr Munte mit mir nicht an, und was anderwärts für gut befunden ist, ist für Deutschland ebenso gut.

Nun sagt Herr Munte, an dem 24. Lebensjahre muß unter allen Umständen festgehalten werden, früher ist der Mann nicht reif. Da erwidere ich wieder: In Frankreich, in allen nordischen Reichen gilt doch das 21. Jahr, in England für die Soldaten und Matrosen das 19. Lebensjahr. Geht England deshalb zugrunde? Es kann heute auf Deutschland mit Verachtung herabblicken und kann diktieren: Wenn ihr das und das nicht zugestehet, erkennen wir euch nicht an. Auch die Herren Munte, Kraus und Loeßigk können ebenjogut dem nachgeben und zustimmen, was in anderen Ländern schon längst vorgeesehen ist, nämlich, dem 20. Lebensjahre. Auch wir sind nicht der Meinung, daß jemand, der heute zu reist, morgen wählen kann. Die Wählerliste muß doch zu einem bestimmten Zeitpunkt abgeschlossen werden, und wer nicht darin steht, kann nicht wählen. Ich glaube doch, daß auch die Herren Munte und Kraus uns etwas nachgeben können. Jedenfalls werden wir mit aller Macht nicht nur hier, sondern auch anderwärts das Streben bekämpfen, das von der reaktionären Partei Braunschweigs ausgeht, wie ja auch im preußischen Landtage die Junker sagen: Das allgemeine gleiche Wahlrecht für das Volk gibt es nicht! Diese Kreise sind für die Herren Stadtverordneten die Herren, die den Antrag Frede unterschrieben haben. Mit diesem System muß gebrochen werden, dieses reaktionäre System läßt sich das deutsche Volk nicht mehr gefallen, und es wird auch gebrochen werden, darauf machen Sie sich gefaßt! Wir bestehen auf unseren Antrag, auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes vom 20. Lebensjahre ab für Personen beiderlei Geschlechts.

Stadtv. **Loeschigt:** Herr Wesemeier sagte, es werde in bezug auf die Wahlen anders werden, und das wünschen wir auch. Aber Herr Wesemeier muß doch einen Unterschied machen, ob wir für das Reich sprechen oder für die kommunale Verwaltung. Darin wird auch Herr Wesemeier mir zustimmen, daß es etwas anderes ist, ob der Jugendliche, der mit 21 Jahren majoren wird, in diesem Lebensalter das Reichstagswahlrecht erhält, oder ob er dann die Interessen seiner Stadt vertreten soll. Ich stehe nicht an, an mir selbst das Beispiel dafür zu nehmen. Wenn man jünger ist und mit 21 Jahren Soldat wird, dann kümmert man sich wenig um Politik. So war das früher wenigstens; die Zeit kann ja anders werden oder schon geworden sein, ich kenne diese Verhältnisse heute nicht mehr so. Wenn wir aber die Interessen der Stadt vertreten, so ist das etwas anderes, als eine Vertretung der politischen Interessen im Reiche. Für diese Versammlung hier muß schon ein höheres Alter angenommen werden als für das Reich. Hier muß schon eine gewisse Vorkenntnis oder mehr Interesse für die inneren Verhältnisse der Stadt vorhanden sein. Als ich vor 24, 25 Jahren in die Stadtverwaltung kam, hatte ich auch wenig Kenntnis von diesen Verhältnissen, und das wird jedem so gehen.

In einer Hinsicht stehe ich nicht auf dem Standpunkte meines Freundes Münte, der ausführt: „Ich habe mich auch unter dem alten Landtage wohl gefühlt.“ Nein, das habe ich früher nicht und kann es heute auch nicht, weil ich sage: Dieses Klassensystem ist schon seit Jahrzehnten unnützig geworden. Ich habe ganz und gar mit Ihnen das Empfinden, daß wir die Leute, die auch in die Vertretung der Einwohnerschaft hineingehören, nicht darin gehabt haben. Es wäre vielleicht manches besser geworden, wenn mehrere solcher Männer die Einwohnerschaft vertreten hätten, auch wenn sie nicht die Majorität gehabt hätten. Der Antrag, den wir Ihnen unterbreiten, mit einem Lebensalter von 24 Jahren, wird das Richtige treffen. Es ist das etwas, wo wir sagen können: Wir gehen in der Hauptsache mit Ihnen, und im übrigen kommen wir Ihnen entgegen.

Was die Verhältnismahl betrifft, so ist meine Meinung: Diejenige von den verschiedenen Parteien, welche bei den Wahlen kein Interesse zeigt, die wird unterliegen. Haben die bürgerlichen Parteien Interesse an der Wahl, dann werden sie zusammenstehen, und so auch die übrigen. Wenn Sie sich auf den Antrag Münte mit uns einigen, so ist das von Ihnen gar nicht so weit entfernt.

Über den Antrag Frede ist schon genügend gesprochen. Auch mir geht er zu weit, und er enthält mir zu viele Verklammerungen. Diejenigen der Wähler, die zusammengehören, mögen sagen: Wir wollen dafür sorgen, daß unser Kandidat durchkommt, und sollen ihr möglichstes tun, damit aber genug.

Eins aber wollen wir nicht verkennen und darin den Herren von der Linken recht geben: Wir leben in einer Zeit, wo solche Verfassungsänderungen kommen

müssen. Ich meine, daß Sie, gerade so wie ich auch, nicht glauben, daß unser Ministerium noch auf dem Boden stehen wird, wie es sich aus seiner Äußerung ergibt: „Wenn für das Landtagswahlgesetz auch die allgemeine Wahl zugestanden werden soll, für das kommunale Wahlgesetz gehen wir nicht daran.“ Ein Wort ist kein Donnerschlag. Die Zeiten ändern sich, und die Ansichten der Minister ändern sich auch mit den Zeiten. Wenn Sie sich mit uns einigen und den Muntischen Antrag annehmen, und wenn wir so gemeinsam den Magistrat ersuchen, in dieser Richtung vorzugehen, dann wird die Regierung, ob sie früher gewollt hat oder nicht, ein Einsehen haben müssen und uns entgegenkommen. Darum bitte ich Sie, den Antrag Frede abzulehnen und den Antrag Munte anzunehmen; es ist der Antrag, auf den wir uns alle einigen können.

Stadtv. Kraus: Auch ich bin der Auffassung, daß wir in einer Zeit, wo es der Entente darauf ankommt, unserer Wirtschaftskraft und damit unserer Arbeiterschaft das Rückgrat zu brechen, versuchen sollten, uns auf einen gemeinsamen Antrag zu einigen, und dazu scheint mir in sachlicher und praktischer Beziehung der Antrag Munte der gegebene zu sein. Er berücksichtigt einerseits sachlich die Zeitverhältnisse, und andererseits stellt er praktischerweise nicht direkt eine Grenze fest, mit der sich Regierung und Landtag keinesfalls von vornherein befreunden können. Die beiden weitergehenden Anträge radikaler Parteien wollen das Wahlrecht an die Vollendung des 20. Lebensjahres knüpfen und übersehen dabei, daß es sich nicht nur um eine politische Frage handelt, sondern daß die historische Entwicklung der Städteverwaltung eine Vermögensverwaltungsfrage ist. Es handelt sich also bei denen, die den Blick dafür haben sollen, die geeigneten Männer für wirtschaftliche Zwecke an den geeigneten Ort zu stellen, nicht nur darum, ob sie politisch reif sind, sondern darum, ob sie wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch reif sind. Es mag der eine oder andere Zwanzigjährige in dieser Beziehung den Ansprüchen genügen. Wenn wir aber nach einem Mehrheitsprinzip wählen lassen, dann ist es notwendig, daß die Mehrheit der Wähler diesen Ansprüchen genügt, und da können wir bei noch so großem Vertrauen auf die Politisierung der Arbeiterschaft nicht behaupten, daß das in absehbarer Zeit bei Männern und Frauen in genügender Weise der Fall sein wird. Ich glaube deshalb, daß der Antrag Munte, der das 24. Jahr im Anschluß an die meisten preußischen Bestimmungen wählt, das Richtige trifft. Im 24. Jahre ist die wirtschaftliche Ausbildung und Reife ein Stückchen weiter gegangen, als es mit 20 Jahren der Fall ist. Wenn man davon redet: In den Krieg sind Leute auch mit 18—20 Jahren hinausgegangen, so werden sie dadurch politisch reifer geworden sein, aber nicht wirtschaftlich, denn in der Beziehung sind sie nicht tätig gewesen.

Wenn überhaupt die beiden Anträge Riese und Stegmann nicht nur eine reine Demonstration sein sollen, so sollten Sie diesen Antrag Munte unterstützen

und sich mit beiden Füßen auf den Boden dieses Antrages stellen, denn dann erreichen Sie, was von allen zugestanden werden soll, daß das heute geeignet erscheinende Wahlrecht gewährt wird. Lediglich in bezug auf den Beginn eines derartigen Wahlrechts sind die Meinungen verschieden. Jeder, der sich im angehenden Mannesalter als Geselle oder Student mit derartigen Fragen beschäftigt hat, wird erklären müssen, daß diejenigen, die zu jener Zeit eine wirtschaftliche Einsicht befeßen haben, nur sehr vereinzelt zu finden waren, und eine Schwalbe macht keinen Sommer.

Wenn ich nunmehr mich mit dem anderen Antrage beschäftigen soll, so möchte ich auch den Herren, die vielleicht etwas voreilig diesen Antrag unterschrieben haben, anheimgeben, sich einmal den Antrag Munte genau anzusehen, um zu erkennen, inwieweit das von ihm Geforderte in den Rahmen dessen hineinpaßt, was sie selber aus guten oder vermeintlich guten Gründen für sich erstrebt haben. Meine Herren, der Antrag mit den vielen Namen — viele Väter verderben die Rasse — ist tatsächlich nichts anderes als eine gewisse Kompromisselei, oder wenn ich mich anders ausdrücken soll: er ist nicht in allen seinen Einzelheiten zu Ende gedacht. Man hat gesagt: „Wir nehmen die Hälfte aus dem allgemeinen Stimmrecht.“ Das ist sehr einfach, das hat der Landtag getan, und das wollen wir auch tun.“ Man hat dabei aber übersehen, daß bei dem Landtage ganz andere Gründe dafür vorliegen. Er hat an eine solche Zweiteilung gedacht, weil er entgegen der Ordnung in anderen Bundesstaaten in einem Rahmen zwei Kammern unterzubringen hat. Die eine Hälfte der Zahl der Abgeordneten, die der Landtag aus dem allgemeinen Wahlrecht nimmt, das ist die sogenannte zweite Kammer, und die andere Hälfte ist die berufsständische Kammer. Bei der Kuchenverteilung im Parkhotel wurde die andere Hälfte in sechs Teile geteilt. Das eine Sechstel ist für die Wahlen durch die Beamten und Lehrer zurückbehalten, zwei Teile für Handel und Industrie und Gewerbe; und drei Teile für den Hausbesitz. Ja, da fehlte doch sicherlich das folgerichtige Ausdenken des Vorschlages. In dem einen Falle ist, wie die Verteilung hier geschehen ist, das Kriterium eine einseitige Besitzform. Warum soll der Hausbesitzer ein Sonderrecht haben und der Hypothekenbesitzer nicht? In dem anderen Falle handelt es sich um den Beruf. Warum soll der Privatbeamte nicht dasselbe Recht haben wie der staatliche und städtische Beamte? Ist der Oberbuchhalter einer Bank nicht ebenso befähigt zu wählen wie der Sekretär einer Behörde? Der Rahmen ist also verkehrt ausgefüllt, meine Herren. Ich beschäftige mich auch seit ziemlich langer Zeit mit derartigen Wahlrechtsfragen, aber ich habe nicht herausklauben können, wie ich nach dem Antrage wähle. Habe ich zwei oder vier Stimmen? Wähle ich als Fabrikdirektor, als Hausbesitzer oder — weil ich Dozent der Technischen Hochschule bin — als Lehrer? (Zuruf.) . Jawohl, nur in einer Klasse darf ich wählen. Werde ich nun aber

wählen in der Abteilung der Hausbesitzer, der Fabrikdirektoren oder der Lehrer? Darin liegt eine Willkür und eine derartig mangelnde Ausbildung des ganzen Systems, daß ich sagen muß: Man hätte der höheren Instanz, der Regierung, das zu überlegen mehr überlassen sollen und sich auf einen Antrag verlassen sollen, der sagte: Die Regierung soll uns eine Vorlage bringen, die das allgemeine gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht berücksichtigt. Wenn von anderer Seite der Antrag gestellt würde, ein allgemeines Wahlrecht unter Berücksichtigung der städtischen Interessen zu wünschen, so würde ich auch dafür sein. Wie die Lage aber jetzt ist, bin ich der Meinung, daß die Herren, die ihren Gedanken nicht zu Ende gedacht haben, am besten tun, sie einigen sich mit uns auf den Antrag Munte.

Stadt v. **Meyerhoff**: Ich wollte das Wort nicht ergreifen, aber da mein Name erwähnt ist, kann ich nicht stillschweigen. Das Sprichwort sagt ja: Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen.

Herr Stegmann führte aus, die politische Lage habe es dahin gebracht, daß ein anderer Wind betreffs des Wahlrechts wehe, und hat dabei auch meinen Namen genannt. Herr Steinbrecher hat nachher vorgetragen, daß ich 1912 (damals war eine politische Lage, die mit der heutigen nicht zu vergleichen ist) mich über das Wahlrecht geäußert habe. Ich habe mich so ausgedrückt, daß ich wohl den Sozialdemokraten den Einzug in den Landtag gestatten würde, habe aber gegenüber der Landbevölkerung zum Ausdruck bringen wollen, daß ich keiner Verkürzung der Vertretung für Handwerk und städtischen Grundbesitz zustimmen könnte, denn der einzige Kleinhandwerker im Landtage bin ich, und deshalb mußte ich darauf hinweisen. Wenn Herr Steinbrecher meine Äußerung aus dem Jahre 1912 erwähnt hat, so hätte er aber auch erwähnen müssen, wie ich 1918 gedacht habe. In dem Protokoll ist zu lesen, wie ich mich ausführlich geäußert habe. Ich bin für jede Neuerung im Landtage zu haben, aber ich wünsche nicht, daß die eine Gruppe die andere totdrücken kann, mit anderen Worten: Ich wünsche Gleichstellung der Parteien. Diese Ausführungen würde ich heute nicht gebracht haben, wenn ich nicht angezapft wäre.

Nun sagte Herr Steinbrecher weiter: Wie können denn die Hausbesitzer (es wird wieder Hausbesitzer gesagt; ich glaube, in dem Antrage steht „Grundbesitzer“) wieder etwas Besonderes für sich verlangen? Wie kommen sie dazu? Ein sozialdemokratischer Redner hat angeführt, daß schon im vorigen Jahrhundert nach dem napoleonischen Feldzuge gerade die jungen Leute den Fortschritt verteidigten. Wer hat denn damals das deutsche Reich — die Einzelstaaten, auch Preußen, mit einbegriffen — wieder hochgebracht? Der feste Grundbesitz ist es gewesen. Wäre der nicht gewesen, dann wäre nach den napoleonischen Kriegen ein Chaos entstanden. Die Stadt Danzig hat noch vor einigen Jahren an jenen Kriegssteuern

zu tragen gehabt. Wäre es ihr möglich gewesen, nach hundert Jahren noch Kriegsteuer zu zahlen, wenn nicht der Grundbesitz dagewesen wäre? (Zuruf Wesemeier: Die Mieter zahlen ja diese Steuern!) Rütteln Sie nicht an dem Grundbesitze, denn sonst rütteln Sie an dem Staate.

Dann jagte Herr Wesemeier: Ich wollte einmal sehen, ob die Bevölkerung mit dem Antrage Frede-Hartung sich zufrieden stellen würde. Glauben Sie denn, daß die Bevölkerung zufrieden ist, wenn wir den Antrag Munte oder Riefe annehmen? (Zuruf: Jawohl, in ihrer großen Mehrheit.) Das bezweifle ich und frage: Wann sind denn die Bevölkerungskreise zufrieden? Oftmals kommt es auch nicht auf die Mehrheit an, es kommt sehr oft auf etwas anderes an. — Von Geld ist keine Rede! Nun, wer es hören will: auf die Intelligenz. So gut Sie mit dem einen nicht zufrieden sind, sind wir es mit dem anderen auch nicht.

Herr Kraus ist auf die Frage des Alters zu sprechen gekommen. Darin kann ich Herrn Kraus vollständig zustimmen. Halbe Fünflinge von 20 Jahren sind nicht reif genug, um in der städtischen Verwaltung so mitzusprechen, wie es wünschenswert ist. Lassen Sie das 25. Lebensjahr vorbei sein, dann ist die aktive Militärzeit hin — denn Sie werden auch nicht glauben, daß wir später kein Militär mehr gebrauchen. Die Militärzeit wird nach wie vor eine wichtige Rolle in der Erziehung wie im ganzen Leben der jungen Leute spielen. Lassen Sie die Zeit vorüber sein, bei den meisten ist es mit dem 25. Jahre abgetan. Dann haben sie sich etwas Wind um die Nase wehen lassen, haben die Fremdenzeit hinter sich, haben die Füße unter einen anderen Tisch gesteckt, haben in anderen Städten gelebt, deren Einrichtung kennengelernt und wissen, wie der Verlauf der Sache ist. Mit 25 Jahren kommt der junge Mann noch rechtzeitig, damit er sein Wahlrecht ausüben kann. Von der Berechtigung der Zwanzigjährigen kann ich mir keinen Segen versprechen. Die Zeit hat es schon gelehrt: es ist doch ein gewisses Mitlaufen, was von diesen jungen Leuten ausgeführt wird, eine eigene Entscheidung kann ein Zwanzigjähriger noch nicht so treffen wie ein Fünfundzwanzigjähriger. Es ist richtig: es wird mancher auch mit 50 Jahren noch nicht klug, die Schwaben sollen ja an diesem Übel leiden. Wenn ich das alles in Betracht ziehe, kann ich nur davor warnen, daß sie den Zwanzigjährigen das volle Stimmrecht geben.

Nach alledem, was vorgetragen ist, trotz aller Befehrungsversuche des Herrn Vorredners Kraus kann ich nicht abspringen von dem Antrage Frede-Hartung. Ich werde dafür stimmen, wenn ich auch dann den Vorwurf auf meine Schultern laden muß: Du bist ein Reaktionär. Das will ich ertragen. Wer mich dafür hält, der mag es mit sich selbst verantworten.

Stadtv. **Salomon:** Daß die Debatte bisher nicht eine sehr gründliche gewesen sei, wagt wohl niemand zu behaupten; ich will mich deshalb kurz fassen,

aber ich fühle mich verpflichtet, doch einige Worte zu sagen, weil ich den Antrag Munte mit unterschrieben habe. Ich habe ihn nicht unterzeichnet aus dem Grunde, den Herr Stegmann anführt, um der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben, nein, ich habe ihn unterzeichnet aus meiner ehrlichen liberalen politischen Gesinnung heraus. Ich gehöre auch nicht zu denen, die, wie Herr Stegmann weiter jagt, sich freuen würden, wenn unser Antrag im Landtage abgelehnt würde; ich würde im Gegenteil tief betrübt darüber sein. Ich stehe auf dem Standpunkte — und darin bin ich vollständig der Meinung der Sozialdemokraten —, daß heute der Zeitpunkt gekommen ist, wo jeder ohne Rückhalt frei und offen Stellung nehmen muß zu der Frage des allgemeinen gleichen Wahlrechts, und ich nehme keinen Anstand, für meine Person zu bekennen, daß ich voll und ganz, ohne jede Einschränkung, vor allen Dingen ohne die Einschränkungen, die der Antrag Frede in sich birgt, auf dem Boden des allgemeinen gleichen Wahlrechts stehe. Ich kann deshalb dem Antrage Frede nicht zustimmen.

Ich habe den ersten Antrag Munte mit unterzeichnet, aber außerordentlich sympathisch ist mir die neue Formulierung des Antrages. Es kommt darin auch das zum Ausdruck, was die Sozialdemokraten wollen. Es ist darin enthalten das Frauenstimmrecht ohne Einschränkung, und ebenso das allgemeine gleiche Wahlrecht ohne jede Einschränkung. Der einzige kleine Unterschied, den wir dem sozialdemokratischen Antrage gegenüber finden, ist die Festsetzung des 24. Lebensjahres und dann vielleicht die Vorbedingung des einjährigen Wohnsitzes am Orte. In bezug auf letzteres würde ich mich dazu verstehen, für ein halbes Jahr zu stimmen. Nicht abgehen aber kann ich vom 24. Lebensjahre, denn für mich steht fest, daß das kommunale Wahlrecht verknüpft ist mit der Steuerpflicht. Wie schon Herr Direktor Kraus sehr richtig sagte, ist der kommunale Vertreter gewissermaßen auch der Verwalter des städtischen Vermögens, und an einem Vermögen hat jeder mehr Interesse, wenn er selbst zu diesem Vermögen beisteuert, und das tut er im vorliegenden Falle, wenn er Steuern zahlt. Ich setze das 24. Lebensjahr auch deswegen, weil, wenn wir tiefer hinuntergehen bis zum 20. Jahre und die Steuerpflicht bestehen lassen, dann eine große Reihe von Leuten von dem Wahlrechte ausgeschlossen würde. Ich denke dabei z. B. an unsere studierende Jugend. Eine große Zahl unserer studierenden jungen Leute vollenden mit dem 23. Jahre ihre Studien und sind bis dahin nicht in der Lage, ihren Unterhalt zu verdienen und Steuern zu zahlen. Dies würde sie von dem Wahlrecht ausschließen, aber der 20jährige Arbeiter würde das Wahlrecht haben. Wir wollen aber auf jeden Fall die Intelligenz zu ihrem Rechte kommen lassen. Nehmen Sie deshalb den Antrag Munte an und lassen Sie uns in Einigkeit auf dem Boden dieses Antrages zusammenstehen; das wird dahin führen, daß wir mit ansehnlicher Majorität einen Beschluß fassen. Ich habe das Vertrauen, daß auch eine Anzahl Herren, die den

Antrag Frede mit unterzeichnet haben, sich schließlich auf den Boden des Antrages Munte stellen. Es wird nach meiner Überzeugung, wenn dieser Antrag mit einer nicht kleinen Majorität zur Annahme kommt und der Staatsregierung überreicht ist, die Staatsregierung auch ihren Standpunkt revidieren müssen. Sie wird in den jetzigen Zeitläuften nicht mehr sagen können: „Das kommunale Wahlrecht kann nicht dem Reichstagswahlrecht nachgebildet werden,“ sondern sie wird einen modernen Standpunkt einnehmen müssen, der diesem Antrage entspricht. Das allgemeine gleiche Wahlrecht für Reich und Staat und Gemeinde ist auf dem Marsche und läßt sich durch nichts mehr aufhalten.

Stadtv. **Lauer:** Ich habe den Antrag Munte mit verfaßt und unterschrieben. Als solcher muß ich sagen, daß mir der Antrag Frede bei weitem nicht genügend freiheitlich abgefaßt ist, daß er nicht genügend modernisiert ist, wie es der heutige Zeitgeist verlangt. Wenn die Wahl nur zur Hälfte auf Grund des allgemeinen Wahlrechts ausgeführt werden soll, so kann eine derartige Wahländerung den heutigen Anforderungen nicht entsprechen. Es ist schon viel über das Wahlalter gesprochen worden, und deshalb will ich mich darüber nicht weiter äußern, vielmehr nur noch einige Worte sagen über die Bestimmungen, die der Antrag Munte bezüglich des Frauenwahlrechts in sich schließt. Da muß ich denn doch sagen, daß auch hier es richtig ist, dem Gedankengange zu folgen, daß die politischen Rechte immer so zu bemessen sind, wie die entsprechenden Leistungen für den Staat sich gestalten. Was nun die Leistungen unserer Frauen, namentlich während der Kriegszeit, betrifft, so muß man anerkennen, daß unsere Frauen Hervorragendes geleistet haben. Sie sind restlos dem Rufe des Vaterlandes in jeder Beziehung gefolgt, das muß anerkannt werden. Es ist kein Geschenk, kein Entgegenkommen, wenn man den Frauen das Wahlrecht voll und ganz einräumt, sondern es ist die Erfüllung einer Verpflichtung. Man soll Vertrauen auch den Frauen entgegenbringen, denn Vertrauen veredelt den Menschen; ewige Bevormundung hemmt sein Reifen. Der Antrag Frede kommt mir so vor, als wenn er das Gebäude des neuen Wahlrechts nur insofern modernisiert, als er dabei lediglich die Fassade modern gestaltet, nicht aber das ganze Gebäude, es ist aber nötig, daß wir von Grund auf mit dem alten Zustande des ganzen Dreiklassenwahlrechts ein Ende machen. Wo wir hinblicken, finden wir die Frau betätigt, selbst in den schwersten Berufen, und man kann ohne weiteres sagen: Wenn die Frauen nicht in der Weise helfend eingesprungen wären, wie sie es tatsächlich getan haben, so würde es keinem Zweifel unterliegen, daß die feindlichen Horden längst die deutsche Landesgrenze überschritten und unser liebes Vaterland in einen Schutthaufen verwandelt hätten. Nicht verhehlen soll man sich auch, daß jedes Maß entrückt ist über die Schmerzen der furchtbaren Verluste teurer Angehörigen, die die Frauen genau

so getroffen haben, wie die Männer. Es läßt sich somit nicht einsehen, warum gerade in einer so bedeutsamen wichtigen Frage nun die Frauen gegenüber den Männern zurückgestellt werden sollen. Aus diesen nur kurz angeführten Gründen kann ich mich nicht entschließen, für den Antrag Frede zu stimmen, ich werde lediglich dem Antrage Munte meine Stimme geben.

Stadtv. Frede: In der Kommission hat einer der Herren der Linken gesagt: Es ist nicht so, als wenn Monate zwischen der Stellung und der Beratung dieser Anträge liegen, sondern Jahre, und damit ist anerkannt, auch heute abend, daß die Schritte tatsächlich sehr weit gegangen sind, und daß sehr viel erreicht ist. Ich meine: Wenn das Dreiklassenwahlrecht zu Fall gebracht wird und gesagt wird: „Wir wollen das allgemeine gleiche Wahlrecht, und wir wollen das Frauenwahlrecht“, so ist das ein bedeutender Schritt vorwärts.

Nun komme ich zu den einzelnen Einwürfen der verschiedenen Herren Redner.

Herr Stegmann sagt, die veränderte politische Lage habe die Konzessionen nach sich gezogen. Das ist leicht mißverständlich aufzufassen. Wenn Herr Stegmann damit meint, daß unter dem Druck der politischen Lage sich eine gewisse Furcht aufgemacht habe, so irrt er sich gründlich. Allerdings hat die politische Lage sich insofern geändert, als wir zu unserer großen Freude erlebt haben, daß die Sozialdemokratie von ihrem früheren Standpunkte abgegangen ist. Die Sozialdemokratie ist früher international gewesen. (Zuruf: Ist sie auch jetzt noch.) Sie sind immer noch international, das gebe ich zu. Daß aber die Mehrheit der Sozialdemokratie vaterländisch gesinnt ist, das hat ihr unsere Achtung erworben, und infolgedessen sind wir viel mehr als früher zu Konzessionen bereit.

Über das Alter ist sehr viel gesprochen, und ich glaube mit Unrecht. Es kommt wohl auf ein Jahr mehr oder weniger nicht so sehr an. Herr Munte hat ursprünglich auch das 25. Jahr festgelegt sehen wollen, nun hat er gesagt: das 24. Jahr, um sich Ihnen zu nähern. Auch wir würden darüber näher kommen können, ein Jahr wiegt nicht so schwer. Herr Stegmann hat gesagt, die Jugend habe den richtigen Instinkt für das eigene Interesse — er verlas da etwas —, und darin hat der Betreffende recht. Aber Herr Stegmann darf nicht den Schluß ziehen, daß nun damit auch die politische Reife vorhanden ist. Daß sie einen richtigen Instinkt für das eigene Interesse hat, ist zuzugeben; das merkt ja schon ein Tier, wo das eigene Interesse liegt. Für das allgemeine gleiche Wahlrecht und seine rücksichtslose Anwendung würde ich sofort eintreten, wenn — ich will gar nicht von der Voraussetzung gleicher Bildung sprechen — bei allen Wählern die gleiche Einsicht vorhanden wäre, die Reife und die politische Uneigennützigkeit. Im politischen Leben muß man uneigennützig sein; man muß das den anderen

auch zubilligen, was ihnen mit Recht zukommt. Dazu ist man in dem Alter im allgemeinen nicht hinlänglich befähigt.

Sodann hat Herr Stegmann lange Zeit mit der Erörterung der Frage der Zusatzstimme verbracht. Von einer solchen ist doch in unserem Antrage keine Rede, und wenn Herr Stegmann sagt, daß das eine Begünstigung des Geldbeutels sei, so irrt er damit vollständig. Er ist in der Kommission gewesen, und es ist dort die Rede gewesen von einer Alterszusatzstimme bei 40 und 50 Jahren. Die kann doch jeder erreichen, auch in der Sozialdemokratie.

Weiter hat Herr Stegmann gesagt, ich hätte nichts angeführt, um die Berechtigung der Vertretung von Grundbesitz, Industrie, Handel, Gewerbe, Beamten und Lehrern zu erweisen. Das habe ich wohl getan, allerdings vielleicht nicht ausführlich genug. Bei dem Grundbesitz liegt die Berechtigung darin, daß er nicht nur die meisten Lasten zu tragen hat, sondern daß die Anfässigen vermöge ihrer langen Aufenthaltsdauer das beste Verständnis haben für die Bedürfnisse der Gemeinde, daß sie mit dem Gedeih und Verderb der Gemeinde aufs innigste verwachsen sind, daß der Verderb oder das Gedeihen des einzelnen mit dem der Gesamtheit verbunden ist, und deshalb der Grundbesitz aufs äußerste für das Vorwärtskommen der Gemeinde bestrebt sein muß. Das darf nicht unterschlagen werden. Es haben die Herren nur von Steuerleistung und Besitz gesprochen. Ja, der Besitz ist wohl für manchen ein Dorn im Auge. Sie sagen: Es sollen die Wahlen unabhängig von dem Besitze sein. Ist das richtig? Soll der Besitzende Einfluß auf die Wahlen haben, oder ist es richtiger, daß der Besitzlose den vorwiegenden Einfluß hat? Das ist sicher beides allein nicht richtig; es muß nach beiden Seiten hin vorgeorgt werden.

Herr Steinbrecher sagte, er habe nichts gegen einen Kampf gegen die Sozialdemokratie auf einem gleichen Boden, nämlich in einem Parlamente, das auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechtes zustande gekommen ist. Er sagte: Wählt solch ein Parlament, dann wollen wir uns bekämpfen lassen. Nein, Herr Steinbrecher, das ist kein gleicher, es ist ein ungleicher Boden. Es ist sicher, wenn wir das unbedingte gleiche Wahlrecht zur Anwendung bringen lassen, daß von der einen Bevölkerungsart, von den Arbeitern, eine überwiegende Zahl ins Parlament kommt. Welches ist beim Kampf im Parlament immer das Ende? Es ist die Abstimmung, und so werden in diesem Parlamente diejenigen siegen, die in der Mehrzahl dort vorhanden sind, und das wären beim radikalen Wahlrecht die Arbeitervertreter.

Ferner sagte Herr Steinbrecher: Wenn in Preußen das allgemeine Wahlrecht eingeführt wird, so muß Braunschweig folgen. Nun, darin bin ich ganz Ihrer Ansicht, und deshalb habe ich immer in der Kommission gesagt: Mag doch Preußen vorangehen! Sie werden doch nicht erwarten, daß Preußen uns folgen

so!! Es ist eine Überhebung, wenn man meint, daß Deutschland auf uns sieht; viel richtiger würde das Umgekehrte sein. Wenn Preußen das allgemeine gleiche Wahlrecht in der Gemeinde einführt, dann können wir auch nicht anders, ob uns das lieb ist oder nicht.

Über das Alter hat schon Herr Munte sich ausgelassen. Ich habe schon gesagt, daß ein Jahr Unterschied dabei keine große Rolle spielt.

Dann wirft Herr Steinbrecher die Frage auf, was geschehen würde, wenn die Sozialdemokratie die Mehrheit hätte. „Sie haben bloß Furcht!“ meinte er. Nein, Furcht haben wir nicht, aber wir haben sehr lebhaftes Bedenken. Wir haben bei den Steuerfragen, vor allen Dingen bei der Einkommensteuer, schon wiederholt darauf hingewiesen, was entstehen würde, wenn den Wünschen der Sozialdemokratie nachgegeben würde, wenn alles auf die Einkommensteuer, und zwar auf das mittlere und höhere Einkommen gelegt würde und die unteren Klassen noch mehr entlastet würden. Ja, wenn in allen Städten gleiche Aufgaben zu lösen wären und in allen Städten das gleiche Wahlrecht herrschte, dann hätte ich auch nichts dagegen. Dann würden wir mit der Einkommensteuer auch auskommen können, wenn in allen Städten derselbe Satz zur Anwendung käme. Das wird aber niemals vorkommen. Was die eine Stadt hat, hat die andere noch nicht und muß es erst erreichen auf Grund ihrer Mittel. Die müssen aufgebracht werden, und wenn Sie dabei einseitig die Staffelung so einrichteten, wie Sie wünschen, daß die höheren Einkommen viel stärker als jetzt belastet würden, was würde die Folge davon sein? Dann wird sich eine solche Maßnahme schließlich gegen Sie wenden. Die Kreise, die von den höheren Steuern besonders getroffen werden, werden dahin ziehen, wo sie nicht so hoch herangezogen werden. Die einmal vorhandenen Lasten aber müssen aufgebracht werden, weil die kulturellen und anderen Ziele erreicht werden müssen, und dann müssen also die unteren Klassen stärker herangezogen werden als jetzt.

Herr Munte ruft uns auf, wir möchten seinem Vermittlungsvorschlag folgen, also seinem Antrage zustimmen. Er hat das recht nett und beweglich gemacht, aber ich bedauere, ich kann ihm nicht folgen. Wenn Herr Lauer sagt: „Der Antrag Frede-Hartung ist nicht freiheitlich genug“, so sage ich: „Sie sind uns zu radikal, und die Bedenken, die wir geäußert haben, sehen wir in Ihrem Antrage so, wie in dem Antrage Riese und Stegmann.“

Nun Herr Wesemeier. Er hat mit Keulen dreingeschlagen. Er hat nicht anerkannt, daß „Jahre zwischen der Stellung der Anträge und heute liegen“. Er redet von Blamieren, sagt, die Presse werde höhnen. Das sind furchtbar scharfe Ausdrücke, darauf berechnet, einige Zaghafte — hoffentlich sind sie nicht da — wankend zu machen. Ja, blamieren werden wir uns nicht, Herr Wesemeier. Wenn wir die Forderungen unserer Feinde — wie Sie es getan haben — heran-

ziehen würden, um unsere Gründe zu stützen und auf die Folgen hinzuweisen, dann allerdings glaube ich, hätten wir uns blamiert.

Herr Wesemeier sucht die Momente heraus, wie sie ihm passen. Er sagt: In Frankreich geht es mit sechs Monaten. Es ist Ihnen doch nicht unbekannt, daß Frankreich kein Frauenwahlrecht hat, aber in der Hinsicht lassen Sie Frankreich außer acht. Nur die sechs Monate passen Ihnen, ebenso wie Ihnen der Oberbürgermeister von Magdeburg mit seiner Rede aus dem Jahre 1907 nicht paßt. Der Herr hat übrigens sehr vernünftige Ansichten.

Herr Kraus empfiehlt den Antrag Munte und macht sich über den „Antrag mit den vielen Unterschriften“ lustig. Er hat geschmackvoll gesagt: „Im Park-Hotel haben die Herren den Kuchen verteilt.“ Wenn wir so vorgegangen wären, dann hätten wir frivol gehandelt, aber so leicht haben wir uns die Arbeit nicht gemacht. Wir haben reiflich erwogen und nach unserem besten Wissen und Gewissen gehandelt. Glauben Sie nicht, daß Sie uns auf diese Weise von unserem Antrage abwendig machen werden. Es ist gesagt, das Frauenwahlrecht wäre durch mich einer zu argen Beschränkung unterworfen. Ich glaube, so warm wie man überhaupt für das Frauenwahlrecht sprechen kann, habe ich es getan. Ich habe alles Material herangezogen, das heranzuziehen war, und ich glaube nicht, daß jemand von den Verfechtern des Frauenwahlrechts mich in der Hinsicht überbieten kann. Ich wäre durchaus einverstanden, wenn wir das Frauenwahlrecht unbeschränkt einführen könnten. Die Herren mögen sich aber einmal vor Augen halten, daß wir vor etwas ganz Neuem standen, und daß wir nicht wußten, ob die Mehrheit bereit gewesen wäre, dem Antrage auf Einführung des Frauenwahlrechts zuzustimmen. Im übrigen läßt es sich wohl verteidigen, wenn man sagt: Laßt uns abwarten, wie es sich bewährt. Braunschweig würde die erste Stadt in Deutschland sein, in der ein Versuch damit gemacht werden würde. Lassen Sie es doch erst einmal bei diesen Einschränkungen. Wenn wir es uneingeschränkt verleihen wollten, dann würden wir erleben, daß in einer Männerversammlung eine Frau die Wahlrede hält. Möglich wäre es auch, daß die Hälfte der Stadtverordnetenversammlung aus Frauen bestehen könnte. Aber lassen Sie uns doch erst einmal sehen, ob die Frauen fähig sind, sich in die Materie hineinzuarbeiten. Ein solcher Standpunkt hat doch etwas für sich. Es ist doch zu empfehlen, daß eine Entwicklung statifindet, um nicht unvermittelt gleich in das Gegenteil von früher zu fallen, also gleich das unbeschränkte Frauenwahlrecht in vollem Umfange zugestanden wird. Ich für meine Person aber habe nichts dagegen, wenn die Beschränkungen fallen.

Stadtv. **Genzen:** Herr Frede erklärte, daß früher die Sozialdemokratie international gewesen sei, jetzt aber national, und aus diesem Grunde würde man

ihr mehr entgegenkommen als früher. Diese Äußerung bezeugt, daß Herr Frede sich nicht vom Gerechtigkeitsgefühl leiten läßt, sondern von dem politischen Wohlverhalten der Gegenseite. Ich nehme zur Ehre der anderen Herren an, daß sie von politischer Gerechtigkeit sich leiten lassen, und dann werden sie unserem Antrage zustimmen und nicht dem Antrage Frede-Hartung. Als ich den Antrag Frede-Hartung las und zu der Stelle über das Frauenwahlrecht kam, dachte ich an eine Versammlung, die ich vor 20 Jahren mitgemacht habe, wo der auch Ihnen bekannte Zehngedote-Hofmann über die Frau und das allgemeine Wahlrecht sprach. Zu Anfang seiner Rede erklärte er: Wenn heute Schiller leben würde, dann würde er sagen: „Ehret die Frauen, sie flechten und weben baumwollene Hosen fürs erbärmliche Leben.“ Die Loblieder der Herren Lauer und Salomon erklären mit Recht: Die Frauen haben es erst ermöglicht, daß wir vier Jahre Krieg standhalten konnten. Sie haben ihre Pflicht getan, im Interesse ihrer Familie, bis zur Hingabe ihrer Gesundheit. Heute, nach fast fünf Jahren, stellt man sich auf den Standpunkt des Antrages Hartung und sagt: Zum Durchhalten waret ihr gut genug, aber politische Rechte wollen wir euch nicht geben. Mit einer Hand wird das Wahlrecht zwar gegeben, aber mit der anderen wieder genommen. Herr Frede sagt: Er sei in seinen Worten warm eingetreten für das Wahlrecht der Frau. In Worten allerdings, aber die Tat spricht ganz anders. Heute haben wir alle Ursache, zu fordern, daß auch den Frauen das volle Wahlrecht gegeben wird. Ich gebe zu, daß es Frauen geben wird, die vor einer ihnen neuen Tatsache stehen, und die von dem Wahlrecht nicht den richtigen Gebrauch machen können. Haben wir nicht alle einmal vor dieser Tatsache gestanden, als wir zum ersten Male das Wahlrecht ausgeübt haben? Wenn man eine neue Waffe in die Hand bekommt, so lernt man mit der Zeit auch, diese Waffe zu gebrauchen. Als seinerzeit das allgemeine Wahlrecht für die Männer eingeführt wurde, gab es eine unzählige Menge Wähler, die nicht wußten, was sie damit anfangen sollten. Aber sie haben es gelernt, und so wird es auch mit den Frauen liegen. Es wird Frauen geben, die vom Wahlrecht nicht den richtigen Gebrauch machen werden, es gibt aber immer auch noch Männer, die heute, nach Jahrzehnten noch nicht den richtigen Gebrauch von ihrem Wahlrecht machen und die Interessen ihrer Klasse nicht vertreten.

Die Herren Meyerhoff und Frede haben wieder das hohe Lied der Grundbesitzer gesungen und haben erklärt, daß das Wohl des ganzen Staates davon abhängig ist. Herr Meyerhoff hat erklärt, daß die Grundbesitzer nach den napoleonischen Kriegen den ganzen preußischen Staat aufrechterhalten haben. Aber während des gegenwärtigen Krieges ist es doch anders gewesen. Wir sitzen im Kriegseinigungsamt zusammen, und Herr Meyerhoff wird mir beipslichten, daß dort die Grundbesitzer nicht so edel sich zeigen, daß nicht die Grundbesitzer die

Lasten tragen, sondern die Mieter. Versuchen doch die Grundbesitzer, die Lasten auf ihre Mieter abzuwälzen, die bedeutend mehr an Miete zahlen müssen als früher. Es ist nicht wahr, daß bloß die Grundbesitzer mehr Opfer tragen müssen, sondern — wie es nicht anders sein kann — der Grundbesitzer wälzt die Lasten nach Kräften auf die Mieter ab. In Wirklichkeit haben sie durch den Grundbesitz kein Recht, zu fordern, daß ihnen ein größeres Wahlrecht gegeben wird, und sie müssen eingestehen, daß sie nicht ein bißchen mehr Lasten tragen als die Besitzlosen. Ich möchte doch ersuchen, von solchen Forderungen, wie sie die Hausbesitzer stellen, abzusehen; in der heutigen Zeit paßt sich das nicht. Es ist eine ernste Zeit, und Sie können mir glauben, wenn wir noch ein Vierteljahr zusammen sind, dann haben wir Erlebnisse hinter uns, die wir uns heute nicht träumen lassen.

Ich möchte Sie bitten: Stimmen Sie unserem Antrage zu, damit tun Sie, was gewissermaßen Ihre Pflicht ist, und Sie werden damit mehr getan haben, als wenn Sie den Antrag Frede-Hartung annehmen.

Stadtv. Meyerhoff: Herr Genzen hat mich falsch verstanden, ich habe weder von Mietern noch von Kapitalien gesprochen. Ich habe nur gesagt, daß mit dem Grund und Boden das Gedeihen des Staates verbunden ist. Der Grund und Boden kann nicht weggetragen werden. Wenn der Krieg über unsere Grenze hereingetragen wird — was wir nicht wünschen wollen —, so kann der Grundbesitzer seine Scholle nicht wegtragen. Er kann nichts retten, während der Kapitalist sein Geld in fremde Hände unterbringen kann. Der Handwerker kann sein Werkzeug verlieren und mehr, der Staat aber kann sich an den Grund und Boden halten. So habe ich mich ausgedrückt.

Vorsitzender: Es ist der Antrag gestellt, bei der Abstimmung diesmal der Regel nicht stattzugeben, wonach der weitergehende Antrag zunächst zur Abstimmung zu bringen ist, wenigstens hat Herr Munte beantragt, über seinen Antrag zuletzt abstimmen zu lassen. Ich würde, wenn die Versammlung sich dafür ausspricht, kein Bedenken tragen, dem Folge zu geben.

Die Mehrheit ist für diesen Antrag des Herrn Munte.

Vorsitzender: Der weitestgehende Antrag, über den also zuerst abgestimmt werden würde, ist der Antrag Kiefe: er macht keinen Unterschied zwischen aktivem und passivem Wahlrecht, während der Stegmannsche Antrag diesen Unterschied macht. Ich bitte Herrn Kiefe, sich darüber zu äußern. (Zustimmung des Herrn Stadtv. Kiefe.)

Stadtv. Kiefe (als Antragsteller): Ich habe dem, was ich vorhin gesagt habe, nichts hinzuzufügen, und möchte nur dagegen protestieren, wenn Herr Frede

meinte, wir hätten unsere Natur geändert, wir kämpften nicht mehr international. Wir von sozialdemokratischer Seite haben von jeher die Landesverteidigung als notwendig anerkannt, aber trotzdem kämpfen wir auf internationaler Grundlage, und die Stellung der Völker zueinander muß sich auf internationaler Grundlage vollziehen. Die neue Regierung hat sich ja auch an das amerikanische Schiedsamt gewandt, und so geht es von Nation zu Nation. Will das arbeitende Volk sich zur Geltung bringen, so ist es gezwungen, die internationale Bahn nicht zu verlassen. Ebenso denken unsere unabhängigen Kollegen; im ganzen stehen sie ebenso wie wir auf der Grundlage der internationalen Politik.

Nun möchte ich Sie nochmals ersuchen: Wollen Sie etwas Ganzes schaffen, dann stimmen Sie für unseren Antrag. Es bleibt sich gleich, ob wir die Wählbarkeit ein Jahr früher oder später festsetzen, ob es nach dem Antrage Stegmann das 25. oder nach meinem Antrage das 20. Jahr ist. Ich bin fest überzeugt, wenn jemand wählen kann, dann muß er auch gewählt werden können; ich mache darin keinen Unterschied. Ich möchte nochmals ersuchen, den Antrag in der gestellten Weise anzunehmen.

Stadtv. **Stegmann** (als Antragsteller): Als Antragsteller habe ich nichts weiter mehr zu bemerken, ich möchte nur noch einige Worte auf die Ausführungen der Herren Vorredner erwidern.

Es ist richtig, daß Herr Frede in seinen heutigen Worten warm für das Frauenstimmrecht eingetreten ist, aber in der Ausführung ist er kalt geblieben und hat den Frauen bis jetzt Steine statt Brot geboten. Wenn nun Braunschweig mit dem Frauenwahlrechte den Anfang macht, wäre das denn etwas Ungeheueres? Das könnte doch nur ehrend für Braunschweig sein! Richtig ist es nicht, daß in Frankreich noch nichts im Punkte des Frauenstimmrechts geschehen ist. Im Jahre 1917 ist im französischen Parlament gegen nur zwei Stimmen angenommen worden, daß das Frauenwahlrecht eingeführt werden solle. Es steht also fest, daß auch in Frankreich das Frauenstimmrecht marschiert.

Über die Bevorrechtung der Grundbesitzer sagt Herr Frede, sie hätten mehr Interesse an der Verwaltung des Gemeindevermögens wegen ihres längeren Aufenthalts in der Gemeinde. Es kommt aber doch in Betracht, daß die Grundbesitzer meistens nur die Verwalter der Hypothekengläubiger sind, und andererseits haben die Mieter ein ebensolches Interesse an der Gemeinde, denn sie müssen mit ihren Steuern für die Aufgaben der Gemeinde genau so aufkommen wie die Grundbesitzer.

Dann hat Herr Kraus bemerkt, er halte ein Alter von 20 Jahren für zu niedrig, um die Wahlfähigkeit zu verleihen, und hat wieder angeführt, was ich schon in meinen ersten Ausführungen widerlegt habe. Er meinte, die kompli-

zierten Verhältnisse, wie sie in der Gemeinde liegen, könnten die jungen Leute nicht beurteilen, bei der Reichstagswahl lägen die Verhältnisse einfacher. Umgekehrt, meine ich, ist es: die Verhältnisse bei der Landesgesetzgebung sind eher kompliziert und bei der Reichsgesetzgebung noch mehr. Es ist auch nicht richtig, daß es nur die Verwaltung des städtischen Vermögens betrifft, über das die Stadtverordneten in der Stadtverwaltung mitzusprechen haben. Ich habe schon angeführt, daß die Stadt auch kulturelle und politische Aufgaben durchzuführen hat. Ich sehe also keinen Grund, warum man die jungen Leute gerade von den kommunalen Wahlen ausschließen will. Außerdem kommt, wenn von der politischen Reife gesprochen wird, in Betracht, daß es auch in den älteren Jahrgängen eine ganze Menge gibt, die nichts weiter als Mitläufer sind. Haben Sie nicht bei allen Arten Wahlen eine Menge solcher Mitläufer bis in die ältesten Jahre? Ich glaube im Gegenteil, daß bei den Jugendlichen viel mehr Interesse herrscht, sich um die kommunalen Verhältnisse zu kümmern, als in den vorgeschrittenen Jahren.

Herr Salomon scheint mich falsch verstanden zu haben. Ich habe nicht die fortschrittliche Volkspartei herabsetzen und den Antrag Munte mit dem Antrag Hartung in einen Topf werfen wollen. Ich habe nur ausgesprochen, daß sich diese Partei nicht so gestellt hat, wie sie sich nach ihrem Programm hätte stellen müssen. Wenn ich vom Landtage gesprochen habe, der ein besseres Wahlrecht ablehnt, so habe ich die Fortschrittler nicht gemeint, sondern diejenigen, die den Antrag Fredehartung unterzeichnet haben.

Wenn Herr Salomon sagte, die studierende Jugend vom 20. bis 24. Jahre würde vom Wahlrecht ausgeschlossen, so habe ich ausgeführt, daß es sich bei dieser Frage nicht nur um ältere Leute handelt, die zu wenig verdienen, sondern auch um diejenigen, die nichts verdienen. Dem kann abgeholfen werden, wenn Sie die Vorbedingung beseitigen, daß die Beteiligung an der Wahl von der Steuerpflicht abhängig gemacht wird. Dann haben auch diese studierenden jungen Leute vom 21. bis 24. Lebensjahre das Wahlrecht.

Es ist wiederholt, besonders von Herrn Munte, der Wunsch ausgesprochen, wir möchten Entgegenkommen beweisen. Ich freue mich ja, daß Herr Munte in seinem letzten Antrage weiter gegangen ist, als er ursprünglich gewollt hat, muß aber bemerken, daß wir auf einem grundsätzlichen Standpunkte stehen und auch fernerhin daran festhalten müssen. Ich bitte, ebenso wie es meine Freunde getan haben, unserem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. **Munte** (als Antragsteller): Ich habe zur Materie der verhandelten Anträge nichts mehr hinzuzufügen. Die Worte der Mitunterzeichner meines Antrages sind eindringlich genug gewesen, und auch meine bescheidenen Worte haben

Sie gehört. Ich möchte nicht Ihre Zeit weiter in Anspruch nehmen. Es tut mir aber doch leid, daß ich wieder feststellen muß, daß die Unabhängigen unfruchtbare Politik treiben wollen. Es ist nicht möglich, mit ihnen etwas zustande zu bringen.

Stadt**v. Frede** (als Antragsteller): Ich habe schon vorhin erklärt, daß ich persönlich damit einverstanden bin, daß die in meinem Antrage enthaltene einschränkende Bestimmung über das Frauenwahlrecht fällt; ich weiß nicht, wie sich die übrigen Unterzeichner des Antrages dazu stellen. Sie haben ja aber schon gehört, daß Herr Dr. Landauer einen Antrag dazu gestellt hat.

Stadt**v. Frede** beantragt namentliche Abstimmung, der Antrag wird genügend unterstützt.

Für den Antrag Kiefe, der zuerst zur Abstimmung kommt, werden 8 Stimmen mit Ja und 20 Stimmen mit Nein abgegeben, ebenso für den darauf zur Abstimmung kommenden Antrag Stegmann. Bei beiden Anträgen stimmen mit Ja die Herren Stadtverordneten Bunge, Genzen, Ohlendorf, Rector, Kiefe, Stegmann, Steinbrecher und Wesemeier. Mit Nein stimmen die Herren Stadtverordneten Bartels, Damköhler, Dieckmann, Frede, Göcke, Hartung, Helle, Dr. Kahlert, Kraus, Kruse, Dr. Landauer, Lauer, Loejchigk, Meyerhoff, Munte, Rasche, Ribbentrop, Salomon, Direktor Schmidt und Trinks.

Für den Antrag Frede-Hartung in Verbindung mit dem Unterantrage Landauer werden 12 Stimmen abgegeben, dagegen 16. Mit Ja stimmen die Herren Stadtverordneten Bartels, Damköhler, Frede, Göcke, Hartung, Helle, Dr. Kahlert, Kruse, Dr. Landauer, Meyerhoff, Rasche und Trinks. Mit Nein stimmen die Herren Stadtverordneten Bunge, Dieckmann, Genzen, Kraus, Lauer, Loejchigk, Munte, Ohlendorf, Rector, Ribbentrop, Kiefe, Salomon, Direktor Schmidt, Stegmann, Steinbrecher und Wesemeier.

Für den Antrag Frede-Hartung stimmen 8 Stadtverordnete, dagegen 20. Mit Ja stimmen die Herren Stadtverordneten Bartels, Damköhler, Frede, Hartung, Helle, Dr. Kahlert, Dr. Landauer und Meyerhoff. Mit Nein stimmen die Herren Stadtverordneten Bunge, Dieckmann, Genzen, Göcke, Kraus, Kruse, Lauer, Loejchigk, Munte, Ohlendorf, Rasche, Rector, Ribbentrop, Kiefe, Salomon, Direktor Schmidt, Stegmann, Steinbrecher, Trinks und Wesemeier.

Der Antrag Munte kommt zuletzt zur Abstimmung und wird mit 23 gegen 5 Stimmen angenommen. Für diesen Antrag stimmen die Herren Stadtverordneten Bunge, Dieckmann, Genzen, Göcke, Hartung, Dr. Kahlert, Kraus, Kruse, Dr. Landauer, Lauer, Loejchigk, Munte, Ohlendorf, Rasche, Rector, Ribbentrop, Kiefe, Salomon, Direktor Schmidt, Stegmann, Steinbrecher, Trinks

und Wesemeier, dagegen die Herren Stadtverordneten Bartels, Damköhler, Frede, Helle und Meyerhoff.

Vorsitzender: Eingegangen ist eine Anfrage des Herrn Stadtverordneten Rechter mit folgendem Wortlaut:

„Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft zu geben, woran es liegt, daß das Koch- und Leuchtgas so oft versagt?“

Weiter eingegangen ist ein dringlicher Antrag des Herrn Wesemeier:

„Die Stadtverordnetenversammlung richtet an den Magistrat das Ersuchen, bei den zentralen Ernährungsbehörden sowie bei der Reichs- und Landesregierung mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß für die städtische Bevölkerung fleischlose Wochen nicht weiter angeordnet, die angeordneten fleischlosen Wochen als solche beseitigt werden.“

Ein Antrag des Herrn Gengen:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Stadtverordnetenversammlung demnächst eine Vorlage zu unterbreiten, um den Eltern der zu Ostern schulentlassenen Jugend die Beschaffung von Bekleidungsgegenständen zu ermöglichen.“

Ein Antrag des Herrn Rieke:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Reichsregierung schleunigst die Einführung der Reichs-Arbeitslosenunterstützung zu beantragen.“

Ferner wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

1. eine Vorlage zu machen, nach der, solange vom Reich und Staat die Arbeitslosenunterstützung noch nicht eingeführt ist, von seiten der Stadt die den Arbeitslosen (Arbeitern, Arbeiterinnen, Angestellten) aus Gemeindemitteln bezahlte Arbeitslosenunterstützung den veränderten Verhältnissen entsprechend erhöht wird,

2. eine Vorlage zu machen, nach der schleunigst Mittel für Arbeitsbeschaffung während der Übergangszeit bereitgestellt werden,

3. den städtischen Arbeitsnachweis so auszubauen, daß derselbe den zu erwartenden großen Anforderungen während der Übergangszeit gerecht werden kann, insbesondere die Arbeitgeber zu veranlassen, bei Bedarf an Arbeitskräften sich nur der nichtgewerblichen Arbeitsnachweise zu bedienen.

4. wird der Magistrat ersucht, um während der Übergangszeit viele Arbeitskräfte unterzubringen, auf die Unternehmer einzuwirken, die Arbeitszeit erheblich zu verkürzen. In den Betrieben der Stadt muß die Verkürzung der Arbeitszeit, soweit irgend möglich, zuerst geschehen.

Es ist gleich 9 Uhr, und es wird deshalb angebracht sein, nur absolut eilige Sachen noch zur Verhandlung zu bringen. Eine solche ist die Aufnahme eines Rechtsstreits; Herr Dr. Kahlert wird darüber berichten.

2. Aufnahme eines Rechtsstreits.

Stadtv. Kahlert: Es handelt sich um die Aufnahme eines Rechtsstreits gegen den Kaufmann Joseph Löwe zu Düsseldorf, betreffend die Ansprüche an die Stadt Braunschweig, welche geltend gemacht werden aus einer im Jahre 1917 an die Stadt gemachten Lieferung von Bratenschmalz-Margarine. Herr Löwe tritt als Kläger auf, nachdem ihm vom Kaufmann Heinemann in Düsseldorf seine Ansprüche an die Stadt zediert worden sind. Es wird den Herren bekannt sein, daß die Stadt in dieser Zeit mehrere Waggon's dieser Margarine gekauft hat. Als es zur Lieferung gekommen war, stellte sich nach Untersuchung durch den Schlachthausdirektor Dr. Kramer und Herrn Dr. Nehring heraus, daß ein Teil der Ware ungenießbar war. Die Unterhandlungen mit den Lieferanten haben dann ergeben, daß sich die letzteren bereit erklärten, die Ware zurückzunehmen, und wir waren froh, daß eine solche Einigung zustande kam, denn wir glaubten, daß damit die Sache erledigt war. In der Weiterziehung der Ware entstanden aber Schwierigkeiten für die Eigentümer, da die Ware nur für den Verkauf in der Stadt Braunschweig von der Zentraleinkaufs-Gesellschaft freigegeben war, was aber den Inhabern bekanntgegeben war. Da es hierzu nicht gekommen war, legte die Z.-E.-G. wieder die Hand auf die Ware, und nun glaubte der Lieferant, einen Anspruch an die Stadtgemeinde auf entgangenen Verdienst stellen zu können. Der Klageantrag ist von Herrn Geheimen Justizrat Heymann beantwortet worden. Zu erwähnen ist noch, daß der Kaufmann Heinemann sich zur Zeit im Heeresdienste befindet, und daß die Abtretung an den Kläger keine ernstgemeinte, sondern nur eine erdichtete zu sein scheint. Letzterem ist eine solche Handlung zuzutrauen, denn er ist wegen gefährlichen Kriegswuchers, unerlaubten Lebensmittelhandels und Kettenhandels verfolgt. Es ist selbstverständlich, daß die Ware, die nur zum Vertriebe in der Stadt Braunschweig freigegeben war, nicht dem freien Verkehr unterliegen konnte, wenn sie an den Verkäufer zurückging und nun anderweitig verwendet werden sollte. Der ganzen Aufmachung nach scheint die Klage nur ein sogenannter Versuchsballon zu sein; der entgangene Verdienst wird nämlich auf 65 000 M berechnet, während die Klage nur auf einen Schadenersatz von einstweilen 5000 M nebst Zinsen gerichtet ist. Ich glaube, daß wir mit der Klage Erfolg haben werden, und bitte Sie, dem Antrage des Magistrats, die Klage aufzunehmen, zuzustimmen.

Die Mehrheit der Versammlung ist mit Aufnahme des Rechtsstreits einverstanden.

Vorsitzender: Ich frage die Versammlung, ob sie gewillt und in der Lage ist, noch weiter zu verhandeln.

Stadtv. **Wesemeier:** Wenn es überhaupt Wert haben soll, den Antrag über die fleischlosen Wochen zu erledigen, dann kann es nur heute geschehen. Ich werde mit meiner Begründung sehr kurz sein und bitte, den Antrag noch heute zu beraten.

Vorsitzender: Ist die Versammlung der Ansicht, daß wir den Antrag heute noch erledigen? (Verlesung des Antrages Wesemeier.)

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Sollte es so unbedenklich sein, einen so tief in das Wirtschaftsleben eingreifenden Antrag im Handumdrehen zu erledigen? Sie können unmöglich erwarten, daß wir uns heute auf den Standpunkt stellen: Die fleischlosen Wochen müssen beseitigt werden, mag aus dem Rindviehbestande Deutschlands werden, was will, mögen wir Milch haben oder nicht! Glaubt Herr Wesemeier denn, daß, wenn Sie heute den Antrag annehmen, die fleischlosen Wochen verschwinden? Ich meine, der Antrag sollte doch wenigstens in der Kommission vorberaten werden. Ich möchte anheimgen, sich dahin schlüssig zu machen, vielleicht am nächsten Donnerstag wieder eine Sitzung abzuhalten, um die umfangreiche Tagesordnung von heute zu erledigen.

Vorsitzender: Zu den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters möchte ich bemerken, daß die Frage, ob der Antrag Wesemeier als dringlich heute noch behandelt werden soll, noch nicht entschieden ist.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Wenn es nicht dazu kommt, heute diesen Antrag zu beraten, dann hat auch die sofortige Begründung keinen Zweck.

Vorsitzender: Sind die Herren der Ansicht, heute die Sitzung abubrechen und eine neue Sitzung auf heute über acht Tage anzuberaumen? (Zustimmung.) Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4.10 Uhr bis 9 Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 31. Oktober 1918.

Tagesordnung:

- | | |
|--|-----------|
| 1. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern für die von der Stadt errichtete Stiftung „Kinderfegen“ | Seite 335 |
| 2. Gesuch der Arbeiterschaft des städtischen Gaswerks Taubenstraße um Bewilligung einer Teuerungszulage | 335 |
| 3. Gesuch der städtischen Wächter und Überwächter um Bewilligung der Beamten-teuerungszulagen | 336 |
| 4. Antrag Meyerhoff, die Reinigung der Fußwege bei Schneefall durch Schneeschlitten betreffend. | 341 |
| 5. Übernahme der katholischen Schule durch die Stadt. | 355 |
| 6. Verpachtung von Flächen an der Goslarischen Straße und des Arferöder Feldes für 1919. | 364 |
| 7. Übersicht über die Rechnungsabschlüsse für 1917/18. | 365 |
| 8. Übersicht über die im Rechnungsjahre 1917/18 stadtseitig gezahlten Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelber | 368 |
| 9. Erhöhung des Gaspreises | 369 |
| Damit verbunden: Anfrage Rektor über Versagen des Gases | |
| 10. Abfuhr des Hausmülls nach dem Bürgerparke während der Wintermonate | 378 |
| 11. Bericht über die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke, des Privateinrichtungsgegeschäfts, der Neustadtmühle und des Abwässerpumpwerks | 379 |
| 12. Ankauf eines Grundstücks an der Ritterstraße | 382 |
| 13. Ankauf eines Grundstücks an der Mönchstraße | 383 |
| 14. Bericht über die städtische Wohnungspflege im 1. Halbjahre. | 384 |
| 15. Herrichtung eines Straßenbahngleises vom Gutfiltern über Kattreppeln nach dem Posthofe. | 386 |

Haas

16. Anstellung von Überwachungsbeamten für Ausgabe der Lebensmittelfarten (Außer der Tagesordnung behandelt)	Seite 386
17. Errichtung eines Schuppens für die Zimmermannsche Darre auf dem Schlachthausgrundstück (Außer der Tagesordnung behandelt)	" 392
18. Antrag W e s e m e i e r, betr. die Erwirkung der Aufhebung der fleischlosen Wochen	" 398
19. Antrag G e n z e n, Beschaffung von Bekleidungsstücken für die schul-entlassene Jugend betreffend	" 405
20. Anträge des Stadtverordneten R i e k e: auf Einführung der Reichsarbeitslosenunterstützung und Erhöhung der gemeind- lichen Arbeitslosenunterstützung, auf Arbeitsbeschaffung während der Übergangszeit, auf Ausbau des städtischen Arbeitsnachweises, auf Verkürzung der Arbeitszeit während der Übergangszeit	" 406
21. Anfrage G e n z e n, betreffend die Ankündigung der Nummern beim Verkauf des Freibankfleisches	" 408
22. Antrag S t e g m a n n, betreffend die Geschäftshandhabung bei der Bucheckernsammelstelle	" 409
23. Anfrage S t e g m a n n, betreffend die Verteilung des Brotaufstrichs	" 413
24. Antrag M u n t e auf Besetzung der beiden freien Sitze im Magistrat. . . .	" 415

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Stadträte **von Frankenberg, Mohr, Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Dr. Jasper, Dr. Schmidt, Dr. Boge, Weichsel, Dr. Wolters**. Außerdem fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Göde, Hartung, Schulze, Steinbrecher**.

Vorsitzender Meyerhoff: Ich eröffne die Sitzung.

Verschiedene Anträge und Anfragen, die heute begründet werden sollen, sind schon in der vorigen Sitzung bekanntgegeben. Neu eingegeben ist eine Anfrage von Herrn **G e n z e n**. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Bei dem Verkauf des Freibankfleisches werden die zum Verkauf kommenden Nummern durch Anschlag bekanntgegeben. Ist der Magistrat gewillt, die Nummern in Zukunft durch Inserat zu veröffentlichen?“

Ferner ein Dringlichkeitsantrag von Herrn **S t e g m a n n**:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der zuständigen Stelle dahin zu wirken, daß die ungerechte Handhabung der Bucheckernsammelstelle bei Ablieferung der Bucheckern beseitigt wird.“

Außerdem noch eine Anfrage des Herrn **S t e g m a n n**:

„Aus welchem Grunde wird seit drei Monaten Brotaufstrich nur sehr spärlich verteilt? Kann der Magistrat nicht für bessere Versorgung der Einwohner Sorge tragen?“

Ich werde den Herren bei dem Punkte „Begründung von Anfragen und Anträgen“ Gelegenheit geben, das Wort zu nehmen.

Eingegangen ist außerdem zu Anfang Oktober ein Schreiben, welches jetzt allerdings durch die Zeit überholt ist. Es sollte am 12. und 13. Oktober in Hannover einer Versammlung zwecks Gründung des Niedersächsischen Bau-Museums-Vereins stattfinden, zu deren Beschickung die Versammlung eingeladen ist. Soviel ich weiß, ist diese Versammlung aus hiesigen Baukreisen auch beschiedt worden.

1. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern für die von der Stadt errichtete Stiftung „Kindersegn“.

Stadtv. Dr. **Kahlert**: Für die Stiftung „Kindersegn“, die vom Magistrat ins Leben gerufen ist, sind nach § 5 der Satzung fünf Vorstandsmitglieder bestimmt, von denen zwei der Stadtmagistrat und drei die Stadtverordnetenversammlung wählen soll. Der Magistrat fordert uns auf, die Wahl vorzunehmen. Von den drei durch die Stadtverordneten zu wählenden Vorstandsmitgliedern soll einer ein städtischer Arbeiter sein. Die Statutenkommission läßt Ihnen durch mich vorschlagen, als städtischen Arbeiter Herrn Karl Wittneben, Ludwigstr. 26, und als die beiden anderen Vorstandsmitglieder Herrn Pastor Schomburg und Herrn Stadtv. Salomon zu wählen. Ich habe Ihnen anheimzugeben, die Wahl dieser Herren vorzunehmen.

Vorsitzender: Hat jemand Einwände gegen diese Vorschläge zu erheben oder andere Vorschläge zu machen? Das geschieht nicht. Ich erkläre die genannten Herren für gewählt.

2. Gesuch der Arbeiterschaft des städtischen Gaswerks Taubenstraße um Bewilligung einer Teuerungszulage.

Stadtv. **Niete**: Meine Herren! Sowohl der Finanzausschuß, wie auch die Deputation für die Gas- und Wasserwerke haben diese Angelegenheit bereits erledigt. Die von den Antragstellern gegebene Begründung brauche ich Ihnen nicht vorzulesen, da sie in der Teuerung liegt und bereits anerkannt ist, daß eine Aufbesserung unbedingt notwendig war. Im Hinblick hierauf ist bereits dasjenige geschehen, was diese Eingabe wünscht, ja noch mehr, die ausgesprochenen Wünsche der Arbeiterschaft des städtischen Gaswerkes sind durch die gewährten Lohnsätze bereits überholt. Auch in betreff der Arbeiter der Wasserwerke sind die einzelnen Grundgehälter aufgebessert, und außerdem gelten diese Lohnsätze bereits vom 1. Juli d. J. ab. Vom 1. Oktober an wird eine Winterzulage von 1 Mark für

die zehnstündige Arbeitszeit gewährt, bei Überstunden gibt es 10 Prozent Lohnzuschlag, und die Sonntagsarbeit wird wie Überstunden bezahlt. Ähnlich verhält es sich mit den Arbeitern der Neustadtmühle und den Laternenwärtern. Wie gesagt, es ist mehr bewilligt, als gefordert wurde, und ich habe Ihnen nur Bericht darüber zu erstatten, was ich hiermit getan haben will.

Die Versammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3. Besuch der städtischen Wächter und Oberwächter um Bewilligung der Beamtenteuerungszulagen.

Stadtvr. **Riese:** Dasselbe, was ich eben berichtet habe, gilt auch für die städtischen Wächter und Oberwächter. In einer vorgestern stattgehabten Finanzausschusssitzung sind für die Wächter, Desinfektoren und Berufsfeuerwehrleute je 200 *M* als einmalige Teuerungszulage bewilligt, für die Oberfeuerwehrleute 300 *M*. Die Wächter weisen in ihrer Eingabe auf § 3 und 6 ihres Dienstvertrages sowie auf § 359 des Reichsstrafgesetzes hin, und darin liegt der Wunsch, daß sie fortan als städtische Beamte betrachtet und nicht mehr auf Ruhe Lohn gesetzt werden wollen. Der Stadtmagistrat hat daraufhin zugesagt, daß er die Sache zur Beratung ziehen und dann der Stadtverordnetenversammlung eventuell eine Vorlage unterbreiten wolle. Auch damit hat sich der verstärkte Finanzausschuß einverstanden erklärt.

Stadtvr. **Wesemeier:** Es handelt sich bei diesem Punkte um zwei Gruppen städtischer Arbeiter, die sich über die Entschädigung beklagen, die sie bekommen. Ich möchte auf zwei andere Gruppen hinweisen, die in ähnlicher Lage sind. Das sind zunächst die Schalerinnen in unseren städtischen Kriegsküchen; ich glaube, es wäre an der Zeit, auch ihrer zu gedenken. Diese Schalerinnen bekommen 30 Pf. Stundenlohn und 1 Liter des bereiteten Mittagessens. Sie müssen dabei von morgens 6 bis 6 Uhr abends arbeiten. Die Küchenfrauen erhalten nur 24 Pf. für die Stunde. Dabei sind sie kassenfrei. Ich möchte einmal einen Vergleich mit gleichartigen Arbeiterinnen in Privatbetrieben anstellen. Bei Büßing bekommen die Kartoffelschalerinnen ebenfalls 30 Pf. Stundenlohn, für Überstunden aber 35 Pf., 2 Liter Essen vollständig frei und wöchentlich 9—11 *M* Teuerungszulage, also außer ihrem Lohn. Es ist auch nicht zu verkennen, daß der Lohn von 30 Pf. für eine Arbeiterin, die ununterbrochen ihrer Häuslichkeit entzogen wird, zu niedrig bemessen ist, und ich möchte anheimgeben, auch diese Arbeiterinnen mit einem etwas höheren Lohne zu bedenken.

Stadtvr. Dr. **Nahler:** über die Löhnung der Arbeiterinnen in den städtischen Kriegsküchen habe ich zu bemerken, daß von der Verwaltung

dieser Kriegsküchen anheimgegeben ist, die Löhne auf der Grundlage festzusetzen, daß 30 Pfennig für die Stunde und 35 Pfennig für die Überstunde bezahlt wird. Dieser Lohn ist ganz den Verhältnissen entsprechend, da es sich nicht um schwere Arbeit handelt, und soweit ich beurteilen kann, sind die Frauen damit auch durchweg zufrieden. In allgemeinen wirtschaftlichen Kreisen wird überall dieser Stundenlohn von 30 Pfennigen bezahlt, und es ist dabei zu bemerken, daß die Frauen in den Kriegsküchen manche Überstunden machen. Die Arbeitszeit geht von 6 bis 3 Uhr, wofür die Frauen einen Tagesverdienst von 3 *M.* haben und dabei noch 2 Liter Essen frei bekommen. (Zuruf.) Jawohl, die Kasse ist frei, und das Essen ist frei. Ich halte unter diesen Umständen die Bezahlung für vollkommen ausreichend und glaube nicht, daß man in eine Aufbesserung eintreten muß.

Stadtrat Mohr: Ich habe seinerzeit diese Sache geprüft, als schon einmal um Aufbesserung der Löhne nachgesucht wurde, und wir haben derzeit — wie Herr Dr. Kahlert auch schon richtig bemerkte — die Löhne auch heraufgesetzt. Es ist nachher lediglich ein Gesuch von den Angestellten an der Leopoldstraße gekommen. Von den anderen beiden Küchen ist überhaupt kein Gesuch eingegangen, und das, was Herr Dr. Kahlert über die Angelegenheit sagte, kann ich nur bestätigen, nämlich, daß für die Kasse die Leute nichts zu bezahlen haben, daß sie auch ihr Essen haben, und zwar reichlich, und daß Überstunden auch mit 35 Pf. bezahlt werden. Das alles ist doch keine geringe Vergütung. Wenn wir die Löhne heraufsetzen wollen, dann müßte die Zahl der beschäftigten Frauen eingeschränkt werden. Wir haben absichtlich bei der jetzt verhältnismäßig geringen Anzahl der dort zu Essenden die Frauen, die schon längere Zeit beschäftigt sind, in der Arbeit gelassen. Wenn wir einige Frauen herausnehmen, läßt sich vielleicht darüber reden, ob wir eine Erhöhung der Löhne vornehmen. Jedenfalls werde ich die Sache untersuchen und Gelegenheit nehmen, in nächster Zeit auf die Sache zurückzukommen.

Stadtv. Stegmann: Mir ist von Straßenfegern heute mittag mitgeteilt, daß sie sich beschwert fühlen über die schlechte Bezahlung der Sonntagsarbeit. Ich habe mich nicht genau darüber orientieren können und werde deshalb die Sache in der Straßenreinigungsdeputation, der ich angehöre, zur Sprache bringen, möchte aber bei dieser Gelegenheit noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Wenn auch die städtischen Hilfsbeamten nicht zu den städtischen Arbeitern zählen, so glaube ich das doch gleich mit vorbringen zu sollen.

Die städtischen Hilfsbeamten sind empört darüber, daß sie gegenüber den Beamten und Lehrern wieder zurückgesetzt sind. Die Hilfsbeamten sind

mit einer besonderen Zulage von nur 100 *M* und die weiblichen Hilfsarbeiter mit 50 *M* abgespeist worden. Man muß bedenken, daß sie tüchtige Arbeit leisten, denn sonst würden sie nicht geduldet werden. Sie sind zum Teil auch schon ein Jahr oder darüber bei der Stadt beschäftigt. Weiter kommt in Betracht, daß die Leute zum Teil früher bessere Stellen innegehabt haben, aber infolge Eingehens ihrer Betriebe jetzt auf der Straße liegen würden und haben zugreifen müssen, um eine Beschäftigung zu erhalten. Diese drückt es in besonders schwerer Weise, wenn sie mit so geringen Gehältern und besonderen Zuwendungen abgespeist werden. Ich möchte den Magistrat bitten, in Erwägung zu ziehen, ob sie nicht besser besoldet werden können.

Oberbürgermeister Metemeyer: Die Sache liegt folgendermaßen: Der Staat beabsichtigt, seinen Beamten eine einmalige größere Zulage zu gewähren, aber es muß deswegen zunächst mit dem Landtage verhandelt werden. Um nun den Beamten entgegenzukommen, ist einstweilen mit Zustimmung des Ausschusses der Landesversammlung die Hälfte der einmaligen Zulage ausgezahlt. Es schien uns angemessen, dem Staate zu folgen, und so haben wir mit Zustimmung der Finanzkommission ein gleiches Verfahren beschlossen: die Hälfte der in Aussicht genommenen einmaligen Zulage ist bewilligt. Dabei ist selbstverständlich vorbehalten, diese Sache demnächst zur endgültigen Regelung den Herren Stadtverordneten zu unterbreiten, und zwar dann, wenn der Staat sich schlüssig gemacht hat. Diese Sache hängt ja eng zusammen mit dem, was der Staat gewährt, besonders betreffs der Lehrer müssen wir dem Staate folgen. Bei dieser Gelegenheit ist in der verstärkten Finanzkommission auch die Frage erörtert, wie man sich den Aushilfsbeamten gegenüber verhalten solle. Wir haben hier schon früher die Frage eingehend erörtert und waren im Einvernehmen mit der Stadtverordnetenversammlung der Ansicht, daß es unrecht sein würde, die festangestellten Beamten und die Aushilfsbeamten vollständig gleich zu behandeln. Die festangestellten Beamten sind gebunden an das Gehalt, wie es durch Statut festgelegt ist, während bei der Besoldung der Aushilfsbeamten Angebot und Nachfrage die Festsetzung der Vergütung regelt. Man muß aber anerkennen, daß es erklärlich ist, wenn diese Aushilfsbeamten sehen, daß den festangestellten Beamten derartige Teuerungszulagen bewilligt werden, daß sie auch nicht ganz leer ausgehen möchten, und deshalb hat der Magistrat im Einvernehmen mit dem verstärkten Finanzausschuß auch den Aushilfsbeamten diese allerdings geringere Zulage bewilligt. Wie die Sache endgültig geregelt werden soll, das wird demnächst zu entscheiden sein, wenn die Angelegenheit den Herren Stadtverordneten unterbreitet wird. Vorläufig können wir in der Sache, glaube ich, nicht anders verfahren.

Stadtv. Riefe: Die Arbeiterinnen der städtischen Küchen sind schon vor Monaten mit dem Ersuchen an mich herantreten, dem Ausdruck zu geben, daß ihre Entlohnung den heutigen Verhältnissen entsprechend zu gering sei. Und auf dem Standpunkt stehe ich auch. Ich habe den Frauen geantwortet, sie möchten sich an ihren Küchenchef, an Herrn Schächtl und in der Markthalle an den Kaufmann Nienstedt, in der Pflegehausstraße an Herrn Dr. Kahlert wenden, und sodann auch ein Gesuch einreichen an Herrn Stadtrat Mohr, der den Küchen übergeordnet ist. Wieweit das geschehen ist, darüber habe ich keine Kenntnis. Ich habe genügend Gelegenheit, mich über diese Sachen zu orientieren und mich von der sachlichen Berechtigung der Forderung zu überzeugen, weil ich Kessel eingemauert habe in der Küche auf der Leopoldstraße und auch in der Markthalle. Es ist richtig, daß die Frauen in den Küchen nicht immer zu tun haben, aber dennoch müßte die Entlohnung besser sein. Ich hatte schon die Absicht, den Antrag zu stellen, den Stundenlohn auf 40 und den für Überstunden auf 50 Pfennig zu bemessen; damit hätten wir einigermaßen einen Ausgleich erzielt. Gewünscht wurde dies schon seit Monaten. Von den beiden genannten Küchen weiß ich genau Bescheid, es ist von dort wiederholt der Wunsch um Erhöhung des Stundenlohnes an mich herantreten. Es liegt heute in Ihrer Hand, Abhilfe zu schaffen, und ich werde für eine Erhöhung in jeder Beziehung eintreten.

Stadtrat Mohr: Ich kann Herrn Riefe nur erwidern, was ich schon gesagt habe. Ich werde die Sache untersuchen und werde dann, wenn es sich herausstellen sollte, daß eine Erhöhung unbedingt erforderlich ist, die Arbeit so einteilen, daß die Leute voll beschäftigt sind. Dann müßten gewiß einige Arbeitskräfte gekündigt werden. Wir haben das bisher absichtlich nicht getan, um die alten Frauen, die längere Zeit dort schon arbeiten, nicht entlassen zu müssen. Aber wir können doch nicht, nur um die Leute zu halten, ihnen eine Zulage geben, auch wenn sie nicht voll beschäftigt sind. Ich werde also die Sache untersuchen.

Stadtv. Genzen: Die letzte Rede des Herrn Stadtrats Mohr spricht eigentlich nicht so recht von sozialem Empfinden. Solange die Arbeiterinnen in den Kriegsküchen billig gearbeitet haben, ist es gut gewesen, wo sie nun aber angemessene Löhne verlangen, müssen sie springen. Ein anständiges Unternehmen darf das nicht zu seinen Arbeiterinnen sagen, weil er sonst keine Arbeiterinnen bekommen würde. Im übrigen haben wir uns überzeugt, daß die Frauen mit ihren Löhnen nicht zufrieden sind, und daß sie auch Ursache dazu haben. Selbst wenn sie auch das Recht haben, sich einmal satt zu essen, so ist dieses Essen doch nicht so etwas, daß man es groß anrechnen kann. Schon ein altes Sprichwort sagt: Man soll dem Ochsen, der drischt, das Maul nicht verbinden. Ob Sie ihnen nun das Recht, ein Liter Essen zu bekommen, zugestehen oder nicht, wenn sie

damit umgehen, so werden sie sich auch sowieso satt essen. In keinem Betriebe in Braunschweig werden Arbeiterinnen mit 30 Pfennig entlohnt. In den Konjervenfabriken wird für die Stunde $43\frac{1}{4}$ Pfennig bezahlt, und jetzt wird dort eine Forderung von 55 Pfennig gestellt. Unter 55 Pfennigen werden Sie nirgends Arbeiterinnen mehr haben, und die Stadt müßte bei der Bezahlung ihrer Arbeitskräfte doch mit gutem Beispiele vorangehen, also schleunigst den Stundenlohn erhöhen.

Nun noch einige Worte zu der Anregung des Herrn Stegmann, auch die Löhne der Straßenkehrer aufzubessern. Ich habe ein Schreiben erhalten, in dem die Straßenkehrer erklären, sie wollten nur das, was recht und billig ist, vor allen Dingen Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden, von morgens 7 Uhr bis 5 Uhr, einschließlich der zweistündigen Mittagspause. Sie begründen den späteren Anfang ihrer Arbeitszeit damit, daß sie sagen, daß sie des Morgens um 6 nicht im Dunkeln arbeiten können. Sie schreiben weiter, nachdem sie aus dem Nachtdienst in den Tagesdienst getreten seien, falle ihr freier Sonntag fort, und bitten, daß ihnen alle 14 Tage der freie Sonntag wiedergegeben werden möge; weiter, daß sie des Sonntags ebenfalls nicht morgens um 6 Uhr, sondern erst um 7 Uhr anzufangen wünschen. Auch das ist recht und billig. Es ist nicht zu rechtfertigen, daß sie Sonntag für Sonntag arbeiten sollen, also überhaupt keinen freien Sonntag haben, wie es jetzt der Fall ist. Weiter schreiben die Straßenkehrer, daß sie für die Sonntagsarbeit von 6 bis 9 Uhr — wobei sie, im Falle Schneefall eintritt, um 11 Uhr zu 1 bis 2 Stunden Arbeit noch einmal erscheinen müssen — eine Entschädigung von 2 *M.* bekommen. In dem Schreiben steht, daß sie bei dringenden Fällen keineswegs abgeneigt seien, auch an ihren freien Sonntagen zu arbeiten, aber nicht für den Lohn von 2 *M.* Sodann beschwerten sie sich, daß ihnen — während sie bis vor zwei Jahren in jedem Jahre neue Stiefel und ein Paar Sohlen bekommen haben — in diesem Jahre für den Winter Holzschuhe geliefert werden sollten. Sie haben die Annahme verweigert, weil sie sie im Winter nicht gebrauchen können. Wegen der schlechten Ernährung wären sie so schon in den Beinen so schwach, daß sie mit den schweren Holzschuhen die schweren Karren im Schnee nicht schieben könnten. Es soll auch bekanntgemacht sein, daß Militärstiefel zu bekommen wären, aber vielleicht sind sie dem Magistrat zu teuer.

Ich möchte ersuchen, daß hier Abhilfe geschaffen wird, vor allen Dingen, daß die Arbeitszeit eingeschränkt wird, so daß die Leute im Winter nicht um 6, sondern um 7 Uhr morgens anfangen, und daß sie einen freien Sonntag haben. Das ist jedenfalls ein Wunsch, der nicht mehr als recht ist. Dann möchte ich auch ersuchen, etwa notwendige Sonntagsarbeit höher zu entlohnen und für Schuhzeug zu sorgen, damit den Leuten nicht zugemutet wird, im Winter in Holzschuhen auf der Straße herumzuklappern.

Bürgermeister Meyer: Die Arbeiter der städtischen Straßenreinigung unterstehen nicht mehr der die Verwaltung des Marstalls leitenden Deputation, sondern dem Tiefbauamte. Es ist mir aber bekannt geworden, daß in den letzten Tagen eine Eingabe dieser Arbeiter an den Stadtmagistrat eingelaufen ist. Sie ist an das zustehende Ressort verwiesen, und das Tiefbauamt wird vermutlich inzwischen zur Berichterstattung aufgefordert sein. Die Angelegenheit befindet sich also zur Zeit in der Prüfung; erst nach Beendigung derselben kann und wird der Magistrat sich endgültig schlüssig machen. Bekannt ist mir, daß über die Frage der Schuhe Beschwerden eingelaufen sind, aber in dieser Sache stehe ich auf einem andern Standpunkte, als ihn der Herr Vorredner auf Grund seiner Information durch die Leute eingenommen hat. Die in Frage kommenden Stiefel sind mir gezeigt: es handelt sich um lederne Schnürstiefel mit Holzsohlen. Soweit ich es als Laie beurteilen kann, sind es für die heutigen Verhältnisse ausgezeichnete Stiefel. Der Ausschuß der Leute, der die Stiefel befehen hat, hat sich auch für deren Beschaffung erklärt. Hinterher müssen aber Leute gekommen sein, die kein Gefallen daran gefunden haben, und so wurde nachträglich eine ablehnende Erklärung über diese Stiefel abgegeben mit dem Hinweise, daß die Leute im Winter auf diesen Holzsohlen nicht gehen könnten. In anderen Gegenden werden solche Holzsohlen nicht selten getragen. Ich vermute, die Leute haben sich zu der ablehnenden Haltung verleiten lassen, weil sie gehört haben, daß eventuell „Militärstiefel“ zu haben wären. Dazu bemerke ich, daß Militärstiefel angeboten sind, aber keine neuen, sondern gebrauchte; wie eine Lieferung davon ausfallen würde, weiß ich nicht. Daß aber die Militärverwaltung den Stadtverwaltungen Stiefel guter Qualität zur Verteilung unter die städtischen Arbeiter liefern wird, das bezweifle ich sehr. Ich habe erfahren, daß es sich nur um gebrauchte Militärstiefel handelt, die schon reichlich geflickt sind und noch einer besonderen Auffrischung bedürfen, bevor sie verteilt werden können. Ob sich die Leute bei diesen gebrauchten Militärstiefeln oder bei neuen Lederstiefeln mit Holzsohlen besser stehen, will ich dahingestellt sein lassen. Ich persönlich würde die letzteren vorziehen.

Ohne weitere Besprechung.

Stadtv. **Niese** übernimmt den Vorsitz.

4. Antrag **Meyerhoff**, die Reinigung der Fußwege bei Schneefall durch Schneeschlitten betreffend.

Stadtv. Dr. **Kahlert:** Der Antrag des Herrn Meyerhoff lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, geeignete Maßnahmen beim Magistrat anzuregen, um im Winter bei Schneefall die Fußwege wie früher durch Schneeschlitten reinigen zu lassen.“

Meine Herren! Sie wissen, daß wir vor ungefähr Jahresfrist uns mit derselben Sache beschäftigen mußten. Es handelte sich damals um die Ausdehnung der Vorschriften des § 87 2 d der Straßenpolizeiordnung auf die Straßen der Vorstadt. Dieser Paragraph ist dahin erweitert worden, daß während des Krieges auch die Anwohner der Außenstadt gezwungen werden, morgens die Fußwege von Schnee zu reinigen. Der Winter steht wieder vor der Tür, und wir müssen uns mit Schauer und schmerzlichem Gefühl an die Vorgänge bei der Reinigung der Straßen von Schnee und Eis im Winter des Vorjahrs erinnern, der manchem recht trübe Erfahrungen gebracht hat.

Aus dieser Stimmung ist auch der Antrag des Herrn Meyerhoff verfaßt. Der Antragsteller hat sich der Tatsache erinnert, daß in Friedenszeiten der Magistrat die Straßen vor der Stadt durch einen Schneepflug gereinigt hat. Von einem Pferde gezogen, ging der Schneepflug des Morgens über die Straßen und schaffte damit so weit Reinigung, daß den Fußgängern ein Weg freigemacht war. Wenn wir heute wiederum mit der Bitte kommen, dies auch jetzt wieder einzuführen, so sind wir uns vor allem bewußt, daß dem Magistrat dadurch eine große Arbeitslast aufgeladen wird. Aber wir müssen doch den Weg versuchen. Es handelt sich darum, ob es nicht möglich ist, dem geäußerten Wunsche zu entsprechen.

Die Schlitten, die vor dem Kriege vorhanden waren, werden auch heute noch vorhanden sein. Die Arbeitskräfte sind allerdings nicht mehr vorhanden, aber schließlich werden doch wohl Kräfte zu beschaffen sein oder in irgend einer Weise abkömmlich gemacht werden können, so daß sie für den Schneepflug wohl für diese kurze Spanne Zeit zu haben sind, die nötig ist, um die Fußwege außerhalb der Stadt zu reinigen. Der städtische Marstall soll auch nicht genügend Pferde besitzen, um damit die Schlitten zu bespannen. Ich glaube aber, daß dieser Punkt nicht so schwerwiegend ist. Ich hatte mir gedacht, daß es wohl möglich sei, von in der Nähe der betreffenden Straßen wohnenden Mitbürgern, die Pferdebesitzer sind, nach vorheriger Rücksprache oder auch auf behördliche Anordnung ein Pferd zu requirieren, so wie es heute geschieht bei Entladung von Kartoffeln und bei andern Sendungen, wo die Stadt einfach erklärt: „Gebt uns ein Gespann, wir brauchen es, um unsere Wagen zu entladen!“

Ich möchte Sie bitten, sich zu vergegenwärtigen, wie die Verhältnisse im vorigen Jahre gewesen sind. Was soll der Grundbesitzer in dieser Sache tun, der mehrere Häuser hat, die in verschiedenen Stadtteilen liegen? Von ihm wird verlangt, daß er morgens bis ½8 Uhr die Fußsteige vor seinem Hause von Schnee gereinigt hat. Das ist in vielen Fällen ein Ding der Unmöglichkeit. Ich will dahingestellt sein lassen, ob es denjenigen Herren, die ein Geschäft haben, oder die sonst über Arbeitskräfte verfügen, möglich ist, regelmäßig diese Arbeit verrichten

zu lassen. Da läßt es sich vielleicht an den Wochentagen einrichten, aber am Sonntage ist es einfach ausgeschlossen. Das habe ich selber erlebt und habe von vielen anderen Grundbesitzern darüber Klagen gehört. Meine Arbeiter haben erklärt, sie wollten auch einmal Sonntag haben, und ich muß sagen: Die Worte, die Herr Genzen beim vorigen Punkte gesprochen hat, daß die Arbeiter am Sonntage nicht morgens um 6 Uhr in Wind und Wetter herauswollen, sind auch für diesen Punkt zu beherzigen. Es ist nicht recht und billig, daß wir unsere Arbeiter, die heute alle Tage schwere Arbeit zu leisten haben, auch noch Sonntags in der Frühe des Morgens zum Straßenfegen heranziehen. Es ist seinerzeit, als wir vor Jahresfrist das Statut auf die Straßen der Vorstadt erweiterten, von Herrn Meyerhoff der Wunsch ausgesprochen worden, daß die ausführenden Organe der Herzoglichen Polizeidirektion in dieser Sache nicht zu streng vorgehen und einmal beide Augen zudrücken möchten, damit unter den Bewohnern Unwillen und Mißmut vermieden würde. Gerade das Gegenteil davon ist eingetreten. Gerade am ersten Weihnachtstage war es, als der unverhoffte große Schneefall eintrat, und die Hausbesitzer standen tatsächlich vor der Unmöglichkeit, Arbeitskräfte zu beschaffen. Viele der Hausbesitzer waren verreist, und derjenige, der für sie die Vertretung übernommen hatte, war vielleicht auch nicht zugegen. Kurz und gut, es regnete Strafmandate. Die Bevölkerung hat teilweise sich beschwert, oder aber sie hat die Strafmandate auf sich genommen und sich gesagt: Es sind Kriegszeiten. Es ist wirklich vom sozialen Standpunkte aus nicht für recht und billig zu erachten, daß an Sonn- und Feiertagen von der Bevölkerung verlangt wird, daß sie um 6 Uhr aufsteht, Licht und Feuerung verschwendet und zum Teil nüchtern, zum Teil mit sogenannter Kaffeebrühe versehen auf die Straße geht, um sie vom Schnee zu reinigen. Wenn dann obendrein noch jeder, der mit der Reinigung 10 Minuten zu spät kommt, sich zur Bestrafung aufschreiben lassen muß, dann ist es unbedingt zu viel, was von der Geduld der Hausbesitzer verlangt wird.

Die Statutenkommission hat den Antrag eingehend durchberaten. Manches Für und Wider ist erörtert, denn auch manche Schwierigkeiten stellen sich der Annahme des Antrages entgegen. Die Statutenkommission ist aber doch der Ansicht gewesen, den Antrag anzunehmen und die Bitte an den Magistrat zu unterstützen. Es wird sich wohl in der einen oder in der anderen Weise Abhilfe schaffen lassen. Ich möchte die Bitte aussprechen, daß der Magistrat im Anschluß an diese Verhandlungen bei der Herzoglichen Polizeidirektion vorstellig wird, daß die Hausbesitzer in diesem Winter bei Eintritt derartigen Schneefalls etwas mehr Rücksicht zu erwarten haben und nicht wieder mit einem derartig rücksichtslosen Vorgehen rechnen müssen, das nur Erbitterung in unserer Braunschweiger Bevölkerung schaffen kann. Ich habe die Herren zu bitten, dem Antrage Meyerhoff zuzustimmen.

Stadtv. **Meyerhoff:** Mein Antrag ist in der Statutenkommission eingehend beraten haben, sie hat sich dafür erklärt, und auch ich empfehle Annahme desselben. Wir wollen nicht so weit gehen, daß wir verlangen, daß die Lasten, die den Einwohnern der Innenstadt aufliegen, nicht auch die Bewohner der Außenstadt treffen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß z. B. auf der Kaiser-Wilhelm-Straße von den Einwohnern die Fußsteige so unregelmäßig von Schnee befreit waren, daß Hügel und Täler entstanden waren, daß eine durchaus ungleichmäßige Verteilung des Schnees und des Schmutzes dabei herausgekommen war. Früher, als der Schneepflug über die Fußsteige ging, nahm er den Schnee in einer ebenen Fläche weg, und die Wege waren besser, als sie vor einem Jahre bei der draconischen Handhabung der Verordnung gewesen sind. Ich kann noch einen Kommentar zu den Folgen der Verordnung liefern. Auch ich bin einer der Glücklichen, der für den 25. Dezember ein Strafmandat erhielt, weil er nicht pünktlich 8½ Uhr mit der Reinigung der Fußsteige fertig geworden ist. Das war mir auch nicht möglich. Von anderen Stadtteilen habe ich gehört, daß der Beamte auf einer Straße der Innenstadt genau aufgepaßt hat, daß er mit dem Glodenschlage ¼8 in die Häuser gekommen ist, und daß alle Hausbesitzer dort Strafmandate erhalten haben, die zu der Zeit die Reinigung nicht beendet hatten. Ein Teil davon ist ja, soviel ich weiß, wieder erlassen worden. Aber was sind das für Unbequemlichkeiten und Belästigungen, wegen 1,50 bis 3 M solche Wege machen und womöglich auf dem Amtsgerichte sich verteidigen zu müssen. Ich hatte ausdrücklich bei meinem Referate vor einem Jahre gesagt: Ich hoffe, daß die Polizei die neue Verordnung in liberaler Weise handhaben wird. Das Gegenteil davon ist eingetroffen. Woran das liegt, entzieht sich meiner Kenntnis. Wenn vorher der Schneepflug gegangen ist, so will ich gern dem zustimmen, daß die Außenbewohner den Schnee bei Tauwetter beseitigen, die Gassen frei machen und wie es weiter im Statute steht. Nur wünsche ich, daß der Schneepflug geht und damit die Belästigung morgens vor 7½ Uhr aufgehoben wird. Ich glaube, daß es sich in dieser Weise besser handhaben läßt als im vergangenen Winter. Wer so nahe wie ich an öffentlichen Gebäuden wohnt, hat im vorigen Winter seine Beobachtungen machen können. Ich hatte das große Vergnügen zu sehen, daß das Rathaus keine Ausnahme machte. Wir bekamen Strafmandate, und die öffentlichen Gebäude, das Finanzgebäude, das Herzogliche Ministerium und das ganze Quartier war mittags noch nicht gereinigt. Bei den paar Menschen, die dafür zur Verfügung stehen, ist das auch rein unmöglich. Ob aber eine Strafanzeige dort erfolgt ist, weiß ich nicht. Ich weiß ferner, daß die Wege auf dem Walle, am Herzoglichen Park wirklich in lebensgefährlichem Zustande sich befunden haben. Auf dem Wege an der Parkseite herunter ist während des ganzen Winters kein Schnee beseitigt worden: Wie das zusammenhängt, weiß ich nicht. Kurz und gut, der Privat-

mann wurde in Strafe genommen, und was hat es gebracht? Große Einnahmen wohl kaum, aber es hat viel Erbitterung und Unwillen gezeitigt. Es wird doch sonst immer mit dem Unwillen der verschiedenen Klassen gerechnet! Ist der Unwille der Grundbesitzer in diesem Falle ungerecht? Ich glaube nicht. Ich bitte, nehmen Sie meinen Antrag an, Mittel und Wege werden sich schon finden, um so zu verfahren. Ich wünsche nicht, daß die Eis- und Schneeabfuhr bei eintretendem Tauwetter auf die Schultern der Stadt genommen wird, nur daß der Schneepflug in der Winterzeit durch die Straßen geht, damit die Grundbesitzer wenigstens gegen die Polizeimaßregeln geschützt sind.

Herr Dr. Kahlert sagt, das Pferdmaterial würde dazu zu knapp sein. Auch früher haben unsere städtischen Pferde nicht dazu gedient, die Schneeschlitten über die Fußsteige zu ziehen, sondern da hatte die Wegebauperwaltung oder die Tiefbauperwaltung, in jedem Revier der Wegewärter Pferde bereitstehen, die bei eintretendem Schneewetter vorgespannt wurden, und so war die Arbeit in der ganzen Außenstadt in kurzer Zeit bewältigt. Daß die Pferde nun so rar geworden sind, daß dieser Vorspann nicht zu leisten ist, das glaube ich nicht. Der Pferdemangel kann also kein Grund dafür sein, meinen Antrag nicht anzunehmen.

Stadtbaurat Gebensleben: Der Antrag Meyerhoff will, daß die gesetzliche Verpflichtung der Anlieger, die Fußwege von Schnee und Eis zu reinigen, bestehen bleiben soll, daß daneben aber doch die Stadt den Anliegern bezüglich der Reinigungspflicht insofern entgegenkommt, daß die Abfuhr des Schnees von den Fußsteigen so weit von der Stadt besorgt wird, wie es mit Schlitten möglich ist. Meine Herren! Ich kann Ihnen wenig Hoffnung machen, daß der Magistrat auf diesen Antrag eingeht, und zwar aus zwei Gründen: Einmal deshalb, weil es dem Tiefbauamte unmöglich ist, diese Arbeit ausführen zu lassen. Das hat sich bereits im vergangenen Winter gezeigt, und die Verhältnisse haben sich gegenüber dem vorigen Winter in diesem Jahre nicht gebessert, sondern eher verschlechtert. Der zweite Grund ist der: Es würden die Anlieger, die die Verpflichtung nach wie vor behalten sollen, sich auf die Stadt verlassen und sagen: „Der städtische Schlitten wird sicher kommen“, und würden in den Federn liegenbleiben. Die Stadt aber ist, wie ich ausgeführt habe, nicht in der Lage, den Schneepflug fahren zu lassen. Dann regnet es Strafmandate in gewaltiger Menge, und zwar bekommt nicht die Stadt die Strafmandate, sondern die Anlieger bekommen sie, da sie nach wie vor die Verpflichtung zur Reinigung haben. Das würden ja trostlose Zustände werden. Eine Sicherheit muß unter allen Umständen bestehen bleiben.

Die Verpflichtung zur Reinigung soll aufrechterhalten werden, folglich müssen die Anlieger auch die Reinigung ausüben. Ist denn die Arbeit, die von dem

einzelnen Anlieger verlangt wird, wirklich so groß, wie es von dem Herrn Referenten und dem Herrn Antragsteller ausgeführt wird? Wenn allerdings jemand eine große Anzahl von Häusern besitzt, so macht das viel aus, aber auch da lassen sich Mittel und Wege finden, daß die Arbeit auf die Wirtshäuser usw. verteilt wird. Die Arbeit für den einzelnen ist nach Ansicht des Magistrats verhältnismäßig gering. Es macht nicht viel aus, wenn man um 7 Uhr sich auf die Straße begeben muß; in einer halben Stunde hat man doch den Bürgersteig von Schnee gereinigt. Ich muß zugeben, daß ein gewisser Mißstand sich im vergangenen Jahre gezeigt hat, der darin besteht, daß der eine den Bürgersteig unmittelbar neben den Bordsteinen reinigt, der andere in der Nähe des Vorgartens. In welcher Weise am zweckmäßigsten vorgegangen werden soll, darüber müßte eine Verabredung mit der Polizeidirektion getroffen und eine entsprechende Bekanntmachung erlassen werden. Wahrscheinlich wird man sich dahin einigen müssen, daß man mit Rücksicht auf die Baumbepflanzung der Fußwege tunlichst einen 1—1½ Meter breiten Streifen in der Nähe der Vorgärten wählt, und dann ist die Arbeit wirklich nicht so gewaltig. Allerdings war der erste große Schneefall im vergangenen Jahre recht unangenehm, da er unverhofft in der Weihnachtsnacht eintrat, so daß am Weihnachtsmorgen der Schnee fußhoch lag. Ich gebe zu, daß gewisse Unbequemlichkeiten entstehen, wenn z. B. ein Hauseigentümer Hilfskräfte zu diesem Zwecke annehmen muß — die sind am Sonntagmorgen schwer zu beschaffen. In dieser Beziehung würde mit der Polizeidirektion eine Vereinbarung zu treffen sein, daß man Milde walten läßt, falls der Sonntagmorgen in Frage kommt. Die Zustimmung, die dem einzelnen Anlieger gemacht wird, ist wirklich nicht so groß. In der Innenstadt haben die Anlieger schon seit Jahrzehnten immer die Fußsteige zu reinigen gehabt. Warum sollte das nicht auch in der Außenstadt möglich sein? Die Klagen, die vorhin vorgebracht sind, bezogen sich, wie wir gehört haben, nicht allein auf die Außenstadt, sondern zum Teil auch auf die Innenstadt. Ich glaube, daß die Klagen der Hausbesitzer absolut unberechtigt sind, und wiederhole, daß aus den dargelegten beiden Gründen der Magistrat voraussichtlich nicht in der Lage sein wird, dem Antrage des Herrn Meyerhoff stattzugeben.

Stadtv. Frede: Der Vertreter des Stadtmagistrats sagt, es könne die Arbeit von seiten der Stadt nicht ausgeführt werden. Warum das nicht geschehen kann, hat er nicht gesagt. Ist der Grund der Mangel an Leuten oder an Pferden? Auch der Herr Referent hat gesagt, daß die Arbeitskräfte seitens der Stadt nicht aufgetrieben werden könnten. In dieser Fassung ist das wohl nicht richtig. Die Arbeit des Schlittenfahrens ist früher ausgeführt von den Wegewärtern, und in dem Bezirk, wo ich wohne, sind diese noch vorhanden. Ähnlich wird es in anderen Bezirken sein. Ob Pferde genügend vorhanden sind, weiß ich nicht, aber ich sollte

meinen, das ließe sich wohl machen. Jedenfalls ist die Schlittenreinigung sehr schnell vollbracht, ein einziger Mann dirigiert den Schlitten, und dabei wird die Reinigung doch gleichmäßig.

Sodann sagt Herr Stadtbaurat Gebenzleben, eine Unsicherheit in der Rechtsauffassung trete ein, wenn gesagt werde: „Die Verpflichtung besteht für die Hauswirte nach wie vor, es soll nur ein Dispens erteilt werden.“ Die Anlieger werden in den Federn liegenbleiben und die Reinigung unterlassen. Das darf natürlich nicht eintreten, wir müssen etwas Festes schaffen. Entweder sind die Anlieger verpflichtet zu der Arbeit, oder sie sind es nicht. Wenn man sie verpflichtet lassen will, könnte man sagen: Sie sind für die Dauer dieses Winters dispensiert. Wir haben das Gesetz genehmigt für die Dauer des Krieges. Es ist uns gegenüber häufig Klage geführt worden, daß wir ihm zugestimmt haben. Wir haben darauf geantwortet: „Es ist ein Notstand, und wir müssen versuchen, ihn zu bewältigen.“

Nun hat Herr Stadtbaurat Gebenzleben gesagt, daß es sich nicht rechtfertigen ließe, für die Innenstadt eine Verpflichtung bestehen zu lassen und sie für die Außenstadt in Fortfall kommen zu lassen. Darauf möchte ich näher eingehen. Die Verpflichtung für die Innenstadt ist doch ein ganz anderes Ding als die für die Außenstadt. In der Innenstadt liegen die Häuser unmittelbar nebeneinander, die Fronten sind kurz, und es handelt sich nur um Begräumung des Schnees vor dieser kleinen Front. Die Innenstadt zeigt durchweg Geschäftshäuser, und in solchen sind durchweg Hausburschen, die beständig engagiert sind und den Schnee fortbringen können. In der Außenstadt haben wir große Fronten, haben Vorgärten, und vor allen Dingen hat der Hauswirt in der Außenstadt immer schon den Schnee in seinem Garten auf längere Strecken wegschaffen müssen, da durchweg die Hauseingänge an der Hinterseite des Hauses liegen. Diese ganze Strecke bis zum Garteneingang am Trottoir muß der Hausbesitzer von Schnee frei machen, und dazu kommt nun noch der Fußweg auf der Straße selbst. Das ist eine ganz bedeutende Arbeit. In der Außenstadt liegen meistens nur Wohnhäuser, und selten sind Dienstmädchen oder Hausburschen vorhanden. Wo früher Diensthöten gehalten wurden, sind sie bei den heutigen Verhältnissen nicht mehr da. Sehr oft sind die Hauswirte im Felde, und die Frau muß die Arbeit im Hause machen. Wenn man von ihr verlangt, daß sie den Schneeschieber handhaben, den Weg durch den Garten und dann noch den Weg auf der Straße reinigen soll, so ist das zuviel. Sie hat Kinder, die sie zu versorgen hat, hat den Kaffee vor der Schule zu bereiten, das Brot zu schneiden, es wartet auf sie eine ganze Menge Arbeit im Hause. Das alles ist wirklich zuviel verlangt. Man kann nicht sagen, daß ich nur aus Bequemlichkeitsrücksichten oder wegen der Belästigung wünsche, daß diese Verpflichtung in der Außenstadt aufhört, sondern es ist für viele einfach unmöglich, diese Arbeit zu schaffen.

Was den Umstand anbelangt, daß ein Hausbesitzer mehrere Häuser hat, so ist darüber schon genügend geredet. Aus den Gründen, die ich vorgebracht habe, muß ich dringend wünschen, daß das, was der Antrag Meyerhoff wünscht, ausgeführt wird. Die Arbeitskräfte sind sicher vorhanden — bei uns sind die Wegewärter da —, es handelt sich nur um Beschaffung der Pferde, und ich weiß nicht, ob die unmöglich ist. Aber auch, wenn wir selbst zu wenig Pferde haben sollten, müßte auf irgend eine Weise Rat geschaffen werden, vielleicht indem mietweise Pferde herangezogen werden.

Stadtv. Meyerhoff: Herr Stadtbaurat Gebenzleben sagt, der Magistrat werde sich wahrscheinlich nicht auf meinen Antrag einlassen. Das wäre tief bedauerlich. Im übrigen stimmt das, was Herr Stadtbaurat Gebenzleben über die tatsächlichen Verhältnisse vorgebracht hat, nicht überein mit dem, was ich gesagt habe. Wir haben von Herrn Genzen gehört, daß die Straßenreiniger erklären, sie könnten nicht vor 7 Uhr mit der Reinigung der Straßen anfangen, und sie wollten auch ihre Sonntagsruhe haben. Was soll da ein Privatmann machen, wenn er dieselben Ansprüche auf Sonntagsruhe erheben will? Wie soll er es fertigbringen, bis $\frac{1}{2}$ 8 Uhr mit der Beseitigung des Schnees von den Fußsteigen fertig zu werden? Herr Frede hat schon ausgeführt, daß in der Innenstadt die Verhältnisse anders liegen als in der Außenstadt. Ich halte diese Befreiung der Außenbewohner von der Reinigung der Fußwege nicht für ein Privilegium; es sind andere Gründe, warum man in dem Statut für beide Arten Anlieger besondere Verpflichtungen geschaffen hat. Nach den Reden des Herrn Magistratsvertreters muß ich annehmen, daß der Magistrat uns für die Dauer mit dieser Last bedenken will. Ich kann es allerdings kaum annehmen, muß es aber aus den Äußerungen des Herrn Magistratsvertreters schließen. Wenn der Magistrat auf meinen Antrag nicht eingehen will, dann zwingen sie mich, einen anderen Antrag einzubringen, der dahin lautet, diese ganze Bestimmung des Statuts zu beseitigen. So gut, wie wir sie ins Leben gesetzt haben, können wir sie auch wieder beseitigen. Ich würde also einen Appell an die Versammlung richten, ebenso für die Abschaffung der Bestimmung einzutreten, wie sie vor einem Jahre ihr zugestimmt hat.

Stadtbaurat Gebenzleben: In der einen Beziehung kann ich Herrn Meyerhoff beruhigen. In der Vorlage, die wir Ihnen vor einem Jahre unterbreitet haben, stand, daß diese Vorschrift der Straßenpolizeiordnung nur für die Dauer des Krieges auch für die Außenstadt gelten soll. Damit fällt der Einwand des Herrn Meyerhoff ohne weiteres weg.

Herr Frede hat vorhin die Angabe der Gründe vermisst, warum das Tiefbquamt nicht in der Lage ist, Schneepflüge in der Außenstadt verkehren zu lassen.

Ich habe geglaubt, das wäre allgemein bekannt. Es sind dieselben Gründe, die vor einem Jahre die Veranlassung gewesen sind, das Statut in dieser Weise zu erweitern. Damals wurde viel über die Angelegenheit gesprochen. Es ist Ihnen jedenfalls bekannt, daß der Oberstkommandierende der Marken in Berlin eine Anordnung getroffen hat, wonach die Hauseigentümer verpflichtet sind, nicht bloß die Fußwege von Schnee und Eis zu befreien, sondern auch die Fahrbahn. Allerdings war der Hauseigentümer auch berechtigt, die Mieter zu diesen Leistungen mit heranzuziehen. Nun war seinerzeit die Frage aufgetaucht, ob es nicht zweckmäßig wäre, eine derartige Anordnung auch in der Stadt Braunschweig zu treffen, und es haben über diese Frage Besprechungen im Herzoglichen Staatsministerium stattgefunden. Warum man diese Anordnung in Berlin getroffen hat, ist ohne weiteres klar. Man sagte damals — und das trifft auch hier in Braunschweig ohne weiteres zu —: Die Stadt verfügt nicht über so viel Fuhrwerk und Arbeitskräfte, um einerseits die Fußwege und Fahrdämme von Schnee und Eis zu befreien, und andererseits um die Nahrungsmittel und Kohlen während des Winters glatt heranzuführen. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die Zugkräfte um so mehr angestrengt werden müssen, wenn heftiger Schneefall eingetreten ist. Dasselbe trifft auch auf die hiesigen Verhältnisse zu. Auch hier wurde deshalb überlegt, ob es nicht zweckmäßig wäre, auch die Anlieger zur Reinigung des Fahrdammes mit heranzuziehen. Es wurde bei den Besprechungen im Herzoglichen Staatsministerium hiervon Abstand genommen, aber es wurde für dringend erforderlich gehalten, daß alle verfügbaren Zugkräfte, die wir noch haben, nur zur Beförderung der Kohlen und der Güter herangezogen werden. Eine Verpflichtung, auch den Fahrdamm zu reinigen, sollte den Anliegern nicht aufgebürdet werden, sondern man ging von der Voraussetzung aus, daß sich die Kräfte dafür noch finden ließen, um diese Last den Hausbesitzern abzunehmen. Allerdings waren wir nicht der Meinung, daß es möglich wäre, auch die Bürgersteige durch Gespanne stadtseitig zu reinigen. Daß wir damit recht hatten, hat sich im vergangenen Winter gezeigt, und die geehrten Herren haben ja auch im vergangenen Jahre sich ohne weiteres bereit erklärt, diese Verpflichtung den Hauseigentümern aufzubürden. Die Verhältnisse haben sich in diesem Jahre nicht gebessert, sondern nicht unwesentlich verschlechtert. Auch das Pferdmaterial ist nicht besser geworden, da wir im vergangenen Jahre fast gar keinen Hafer gehabt haben, und die Arbeitsverhältnisse sind auch nicht besser. Aus dem Grunde möchte ich Sie dringend bitten, dem Antrage des Herrn Meyerhoff nicht stattzugeben. Ich wiederhole: Ich glaube kaum, daß der Magistrat in der Lage sein wird, dem Antrage zu folgen.

Stadtv. Voessig: Die letzten Ausführungen des Herrn Stadtbaurats Gebensleben geben doch Aussicht, daß wenigstens die Fahrwege im nächsten

Winter stadtseitig von Schnee gereinigt werden können. Wenn ich zurückblende auf die Verkehrsverhältnisse des vorigen Winters und besonders auf die Hauptverkehrsstraßen für die meisten Fuhrwerke, z. B. die Gildenstraße herauf, so muß ich sagen: Es waren furchtbare Zustände. Es war ein Jammer, zu sehen, wie die Pferde bei der schlechten Ernährung beim besten Willen nicht durchkommen konnten. Es wäre sehr gut, wenn wir das Pferdematerial dazu hätten, daß die Schneepflüge über die Fußwege gehen könnten. Aber wir müssen auch anerkennen, daß diese Erweiterung der Straßenpolizeiordnung nicht anders als der Not gehorchend vor einem Jahre geschaffen worden ist. Sollte sich die Reinigung der Fußwege nicht möglich machen lassen, dann bin ich aber entschieden dafür, daß die *F a h r w e g e* stadtseitig von Schnee und Eis gereinigt werden. Das ist notwendiger, als daß die Stadt sich an die Fußwege macht. Mit einem bißchen guten Willen ist es möglich, daß die Hausbesitzer das besorgen, wenn ich auch zugeben will, daß es Ausnahmen gibt. Ich muß meinen ganzen Garten von vorn an der Straße bis hinten hin von Schnee rein schaufeln und den Fußweg auf der Gartenstraße dann auch noch. Daß nicht jeder imstande ist, die Arbeit auszuführen, das leuchtet mir ein. Aber wir haben die Einrichtung getroffen des Krieges wegen und wegen des Kostandes, denn die Zustände, wie sie im vorigen Winter in der Außenstadt gewesen sind, spotteten der Beschreibung. Von der Cellerstraße kann ich Ihnen verschiedene Anlieger nennen, die den ganzen Kram liegen ließen. Ich mußte nach dem Schullokal, um meine Nahrungsmittelfarten zu holen, und als ich nach Hause kam, habe ich mich umziehen müssen. Bis an die Knie war ich durchweicht, weil nirgends Bahn geschaffen war. In der Innenstadt müssen die Hausbesitzer die Fußwege rein halten, und das mit Recht. Der Antrag des Herrn Meyerhoff ist mir ja auch sympathisch, aber nach den Umständen, wie sie dargelegt werden, muß ich mich fragen: Ist das so dringend nötig, oder soll der Magistrat lieber die Fahrbahn dafür reinigen lassen? Ich möchte bitten, in erster Linie dafür zu sorgen, daß die Fahrbahnen rein sind. Im Ernährungsausschuß hören wir, wie die Versorgung mit Nahrungsmitteln, besonders die Abfuhr von Kartoffeln, so schwierig ist. Nun denken Sie die schlechten Wege im Winter! Bei der schlechten Ernährung können wir den Pferden lange das nicht aufsparen, was wir ihnen sonst aufgepaddt haben, sonst bleiben wir damit stecken. Lassen Sie uns den Verhältnissen Rechnung tragen und auch in diesem Winter wieder die Hausbesitzer rankriegen, daß sie das übernehmen. Es geht nun einmal nicht anders; wir müssen heute alle bei den Kriegszeitern mehr arbeiten. In erster Linie bitte ich den Magistrat, bei Schneewetter nicht zu vergessen, von vornherein die Fahrbahn rein zu halten. Wenn erst *so* und *so* viel Wagen gefahren sind und Schnee und Eis dadurch festgefahren ist, nachher Tauwetter und wieder Frost eintritt, dann sind die Straßen kaum überhaupt wieder rein zu friegen. Herr Diekmann

wird bestätigen können, wie die Pferde im vergangenen Winter sich unendlich haben schinden müssen und doch nicht von der Stelle gekommen sind. Wenn es nicht anders geht, müssen die Bürger ein Einsehen haben und diesen Winter noch einmal — hoffentlich ist es der letzte Kriegswinter — die Arbeit übernehmen. Stimmen Sie lieber dafür, daß der Magistrat noch mehr ausgibt dafür, daß die Fahrbahn von Schnee und Eis gereinigt wird.

Stadtv. **Munie:** Ich will nicht gegen den Antrag des Herrn Meyerhoff sprechen, ich kann aber auch mit dem besten Willen nicht dafür stimmen, denn ich muß annehmen, daß der Antrag in der Kommission beraten ist und die Ausführungen dort ebenso deutlich gewesen sind wie hier. Dann müßte man aber auch annehmen, daß der Magistrat mit seinen Ausführungen Eindruck gefunden hat. Ich kann nur sagen: Es sollte mir leid tun, wenn bei der ganzen Sache nichts herauskommen sollte. Wenn der Antrag Meyerhoff angenommen wird und der Magistrat sagt: „Es geht nicht, wir stimmen nicht zu!“, dann können wir nichts dagegen machen, und die Sache bleibt die alte. Die Hauptsache ist, daß schon im vorigen Jahr gesagt worden ist: Wenn auch die Fußwege 6 Meter breit sind, so braucht doch nur ein 2 Meter breiter Streifen von Schnee gereinigt zu werden. Zu mir kam der Polizeibeamte und sagte: „Alles weg, immer in die Gasse rein!“ Das taten die Leute auch, und nach und nach hatten wir keinen Fahrweg mehr, denn von beiden Seiten kam der Schnee vom Fußwege auf den Fahrweg zu liegen. Es wurde zu mir gesagt: „Sie sind Stadtverordneter, Sie müssen mit gutem Beispiel vorangehen; die Nachbarn beziehen sich auf Sie,“ und das haben sie auch getan. Ich meine: Es müßte eine vernünftige Regelung Platz greifen. Die Polizeidirektion müßte die Leute, die die Exekutive haben, anweisen, daß sie darauf sehen, daß nicht der eine 2 Meter dicht an seinem Grundstück reinigt, der andere wieder dicht an den Bäumen, und der dritte schließlich den Weg in der Mitte, sonst muß man auf dem Fußwege immer hin und her gehen. Bei uns auf der Straße ist es sehr einfach zu regeln. Wir haben in der Mitte einen 2 Meter breiten gepflasterten Bürgersteig. Da wird keiner auf die Idee kommen, diesen unberücksichtigt zu lassen und bei den Bäumen zu reinigen. Ich habe es auch so gemacht, daß ich in der Mitte reinigen ließ, der Polizeibeamte aber sagt: „Bitte, diese Seite muß auch noch frei gemacht werden, und diese auch!“ Herr Justizrat Hartung wollte im vorigen Jahre daselbe erreichen, wenn er sagte: Wir auf dem Walle haben einen 7 Meter breiten Fußweg. Wenn er den von Schnee frei machen soll, dann ist es freilich zu viel verlangt.

Stadtv. **Wesemeier:** Es ist richtig, was Herr Meyerhoff angeführt hat in bezug auf die verschiedenartige Behandlung der Fußsteige, je nachdem das Grund-

stünd einem Bürger, einer Behörde oder gar dem Herzoge gehört. Auch bei den Kirchen war das nicht minder der Fall. Wie der Weg um die Kirche am Hagenmarkt ausah, das war ein Skandal. Man mußte einen Umweg machen, wenn man durchkommen wollte. Es ist empörend, daß eine verschiedenartige Behandlung derjenigen stattfindet, die verpflichtet sind, die Fußwege zu reinigen. Es gibt Privilegien, die dem einen etwas gestatten, was dem gemeinen Bürger nicht zusteht. Das trifft zu auf die Kirchengemeinden wie auf den Herzoglichen Hof. Es ist für manchen Hausbesitzer nicht so leicht — darin stimme ich Herrn Meyerhoff zu —, morgens zur rechten Zeit die Wege von Schnee frei gemacht zu haben. Ich denke da an die Hausbesitzer, die zur Fabrik müssen, von denen es eine ganze Reihe gibt. Wollen diese Hausbesitzer morgens vor ihrem Fortgehen zur Arbeit noch die Straße reinigen, dann sind sie schon marode, wenn sie an ihrer Arbeitsstelle ankommen, denn diese Straßenreinigung ist bei der heutigen schlechten Ernährung keine leichte Arbeit. Ich habe es im vorigen Winter oft genug gemacht und weiß, was es heißt.

Nun ist anzuerkennen, daß sich der Magistrat in dieser Sache in einer unangenehmen Situation befindet. Deshalb ist auch die Äußerung des Herrn Munte erklärlich: Ich kann mich nicht für und nicht gegen den Antrag des Herrn Meyerhoff erklären — ich möchte wohl, daß dem Antrage entsprochen würde, aber ich kann mich auch dem nicht entziehen, daß die Bedenken des Magistrats anzuerkennen sind. Nun erkenne auch ich nicht die schwierige Lage, in der sich die Stadt in betreff der Fuhrwerke und insbesondere der Beschaffung der Zugkräfte befindet. Der Vertreter des Stadtmagistrats erklärte ja, schon im vorigen Winter hätten alle verfügbaren Kräfte zur Beförderung der Lebensmittel herangezogen werden müssen. Wenn das nun wirklich geschehen wäre, dann könnte man dem Magistrate zustimmen, es ist aber leider nicht so. Sehen Sie sich unsere Polizeipferde an und ebenso die Pferde des Herzoglichen Marstalls! In welcher ausgezeichneten Verfassung befinden sich die Marstallpferde! Ist es nicht möglich, diese Tiere für den Fall der Not für gemeinnützige Arbeit mit heranzuziehen? Sie werden morgens spazieren geführt, damit sie nicht zu übermütig werden. Wenn das ihr Fehler ist, dann könnte ihnen ja Gelegenheit gegeben werden, sich auszuarbeiten, man könnte sie überhaupt in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Der Herzog fährt so schön auf Gummireifen und hat daran wohl genug. Es wäre gut, wenn sich der Magistrat mit der Polizei in Verbindung setzte wegen Heranziehung dieser Pferde. Heute werden die Pferde der Hofstatt ja in den Dienst der Ärzte gestellt; das ist ein nützlicher Dienst, aber die ganze übrige Zeit sind sie nicht gebraucht worden, höchstens sind sie einmal zu einer gelegentlichen Fuhre für die Hofstatt verwandt, sonst sind sie nur ausgeführt, damit sie Bewegung bekommen und nicht steif werden. Dadurch

ließe sich erreichen, was Herr Meyerhoff wünscht. Ich möchte zur Erwägung geben, so vorzugehen und dadurch die nötigen Zugkräfte, die zum Dienst für die Allgemeinheit gebraucht werden, heranzuschaffen.

Stadtv. Frede: Ob die Beschaffung des Pferdmaterials in der Weise möglich ist, wie Herr Wesemeier sagte, weiß ich nicht, wünschenswert ist es jedenfalls, daß es beschafft wird. Herr Wesemeier sagte, wenn jemand um $\frac{1}{2}6$ zur Fabrik weggehen müsse und vorher den Schnee wegschaufeln solle, dann komme er matt in der Fabrik an. Wenn wir aber einen dauerhaften Schneefall haben, dann wird die Sache noch schlimmer. Schaufelt solch ein Hausbesitzer vor $\frac{1}{2}6$, so bekommt er trotzdem sein Strafmandat, weil um $\frac{1}{2}8$ der Fußweg wieder verschneit ist. (Teilweiser Widerspruch.) Jawohl, ein richtiger Polizeibeamter geht nach seiner Vorschrift. Die Fälle sind nicht selten, wo die Frau die ganze Last auf sich zu nehmen hat. Sind es ältere Frauen, so steht ihnen nicht einmal die körperliche Kraft zur Verfügung. Erklärt nun der Magistrat: „Wir können es nicht zur Durchführung bringen,“ dann müssen wir uns dem fügen, müssen dann aber auch dafür sorgen, daß die Allgemeinheit zugreift, also auch die Mieter. Warum soll die Frau des Wirtes die ganze Geschichte allein bewerkstelligen? Ich möchte um Auskunft bitten, was dem im Wege steht, daß die Allgemeinheit verpflichtet wird; es ist doch für Berlin schon angeordnet gewesen?

Stadtbaurat Gebensleben: Der letzten Anregung des Herrn Frede kann der Magistrat nicht ohne weiteres Rechnung tragen, jedenfalls kann er es nicht auf Grund des Statuts. Wenn, wie in Berlin, auch die Mieter zur Straßenreinigung herangezogen werden sollen, so würde sich das nicht durch Statut machen lassen, sondern es müßte eine Verfügung des stellvertretenden Generalkommandos erlassen werden. Diese Verfügung zu erwirken, würde vielleicht möglich sein; aber, meine Herren, ich sollte meinen, daß auch so die Mieter sich bereit finden lassen, an dieser Arbeit teilzunehmen. (Widerspruch.) In vielen Fällen trifft das zu. Bei dem guten Einvernehmen, das zwischen Hauswirten und Mietern besteht, würde sich eine derartige gegenseitige Hilfeleistung zweifellos herausbilden lassen. Ich glaube, es ist am besten, wir lassen es so, wie es im vergangenen Winter gewesen ist. Wir wollen hoffen, daß der Winter recht milde verläuft.

Vorsitzender Niese: Nach den Erklärungen, die der Herr Stadtbaurat Gebensleben abgegeben hat, müßte die Bestimmung des Statuts aufgehoben werden, wenn eine Änderung eintreten soll. Es ist ein dementsprechender Antrag von Herrn Meyerhoff gestellt. Er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat um Aufhebung des Ergänzungsstatuts, durch welches die Anwohner der Außenstadt zur Reinigung der Fußwege von Schnee und Eis verpflichtet werden.“

Oberbürgermeister Metemeyer: Jetzt kommt die Sache in ein anderes Fahrwasser. Herr Meyerhoff scheint anzunehmen, daß ein Statut erlassen sei, auf Grund dessen die Anwohner der Außenstadt die Fußwege zu reinigen haben, das ist ein Irrtum. Wir haben kein Statut erlassen, sondern auf Grund der bestehenden Straßenpolizeiordnung haben die städtischen Behörden mit der Herzoglichen Polizeidirektion vereinbart, daß während des Krieges die Vorschriften, die für die Innenstadt gelten, auch in der Außenstadt Anwendung finden sollen. Nun sind wir natürlich gar nicht in der Lage, allein unsererseits diese Vereinbarung aufzuheben, es würde sich höchstens um die Frage handeln können: Ist der Magistrat in der Lage, die Herzogliche Polizeidirektion zu bewegen, auch ihrerseits die Vereinbarung aufzugeben? Eins möchte ich noch einmal betonen, was auch Herr Stadtbaurat Gebensleben schon hervorgehoben hat: So läßt sich die Sache nicht regeln, wie Herr Meyerhoff in seinem ersten Antrage meinte. Wir können nicht einfach sagen: Wir reinigen die Fußwege, soweit wir können, durch Gespanne, aber die Verpflichtung der Hausbesitzer bleibt bestehen. Dann würde derjenige, vor dessen Hause zufällig gereinigt ist, bei Austeilung von Strafmandaten leer ausgehen, und den anderen Hausbesitzern, vor deren Grundstücke der Pflug nicht hinkommt, müßte nach wie vor die Verpflichtung obliegen, selber zu reinigen. Das gibt Unzuträglichkeiten über Unzuträglichkeiten; also den ersten Antrag des Herrn Meyerhoff können wir auf keinen Fall annehmen. Wenn Sie etwas erreichen wollen, bleibt nichts anderes übrig, als den Magistrat zu ersuchen, die Vereinbarung mit der Polizeidirektion zur Aufhebung zu bringen. Dann können wir die Sache im Magistrat nochmals prüfen und werden ja sehen, was dabei herauskommt. Wir erkennen die Belästigung der Grundbesitzer allerdings an, obgleich ich die Erfahrung gemacht habe, daß sie nicht so schlimm ist — man muß nur fassen, dann geht es auch so.

Stadtv. Meyerhoff: Ich habe in meinem Antrage gesagt: „Ergänzungsstatut.“ Nun will ich lieber sagen: „Ergänzung und Übereinkunft mit der Polizei.“ Ich bin bereit, den Antrag in dieser Weise abzuändern, und bitte die Versammlung für meinen Antrag einzutreten.

Stadtv. Dr. Kahlert: Dieser ganze Antrag Meyerhoff ist dem entsprungen, daß bei den großen und zahlreichen Schneefällen im vorigen Jahre die Erbitterung und das Mißbehagen der Bevölkerung erregt worden ist, die für die Reinigung der Straßen in Frage kam. Es ist im Laufe der Verhandlung klar zum Ausdruck gekommen, daß bei vernünftigen Maßregeln und bei gleichmäßiger, humaner Handhabung derselben die Sache überhaupt nicht einmal der Rede wert ist. Deshalb war die Aussprache und waren die Anträge dahin gemünzt, daß

eine Änderung und Abhilfe geschaffen werden möchte. Der Magistrat erklärt: Wir können nicht reinigen lassen; wir haben nicht die Mittel dazu, auch sind wir durch das Statut davon entbunden. Wenn nun die Hausbesitzer auch erklären: „Wir können es nicht,“ dann ist niemand dafür da, und diese Verhältnisse sind unhaltbar. Gerade so wie der Hausbesitzer sich jemand mieten kann, der die Reinigung ausführt, so kann es der Magistrat schließlich auch. Mag es nun durch Schüler geschehen oder wie irgend sonst, das mag man überlegen, aber einfach zu erklären: „Wir können nicht“, das ist ebenso der einen Partei recht und wie der andern billig. Ich stelle mich auf den Standpunkt, daß wir bei einer vernünftigen und humanen, aber hauptsächlich gleichmäßigen Handhabung der Vorschriften am allerweitesten kommen. Wir müssen darauf hinwirken, daß den Verhältnissen Rechnung getragen wird und eine gleichmäßige und vernünftige Handhabung der bestehenden Vorschriften vorgenommen wird.

Stadtv. Meyerhoff: Ich möchte bitten, den Wortlaut des Antrages in folgender Weise umzuändern:

„Der Magistrat wird ersucht, die Vorschrift der Ausdehnung der Reinigungspflicht der Fußwege von Schnee in der Innenstadt auf die Außenstadt zur Aufhebung zu bringen.“

Der erste, von der Statutenkommission zur Annahme empfohlene Antrag Meyerhoff wird abgelehnt, der von Herrn Stadtverordneten Meyerhoff zulezt eingebrachte Antrag wird angenommen.

Stadtv. Meyerhoff übernimmt den Vorsitz wieder.

5. Übernahme der katholischen Schule durch die Stadt.

Stadtv. Selle: Die hier zu behandelnde Vorlage betrifft die Übernahme der katholischen Schule durch die Stadt, nachdem jene nach Jahren fortschreitender Ausdehnung eine steigende finanzielle Belastung erfahren hat, welche zu tragen ihr immer schwerer wurde. Aus diesem Grunde hat sich die katholische Schule schon mehrfach bemüht, in die städtische Verwaltung als eine den städtischen gleichgestellte Schule aufgenommen zu werden.

Wie die Vorlage betont, liegt eine rechtliche Begründung dafür nicht vor, da die Schule von der katholischen Kirche ins Leben gerufen und seither lediglich als Privatschule anzusehen ist.

Verschiedene Gründe haben nun den Magistrat veranlaßt, Ihnen die Übernahme der katholischen Schule zu empfehlen:

1. Den Interessen der beiden christlichen Konfessionen entspricht die Unterhaltung getrennter konfessioneller Volksschulen, wie dieses durch die jährlichen Unterstützungen von Staat und Gemeinde anerkannt ist.

2. Die katholischen Mitbürger haben neben der hohen Abgabe, welche sie zu den Schullasten der katholischen Schule beisteuern müssen, die Entrichtung von Staats- und Gemeindesteuern zu leisten, aus denen diese ihre Aufwendungen für die evangelisch-lutherischen Schulen bestreiten.

3. Es liegt im Interesse unserer Bürgerschulen, da deren Unterrichtsbetrieb durch die Einschulung zahlreicher katholischer Schulkinder ungünstig beeinflusst werden würde. Es muß dabei auf den Geschichtsunterricht und darauf hingewiesen werden, daß der gemeinschaftliche Unterricht der Kinder, welche aus dem Osten zugezogen sind, zur Erreichung des Klassenziels auf Schwierigkeiten stößt.

Die Vorlage empfiehlt daher, die konfessionelle katholische Schule als solche bestehen zu lassen, ihr aber bei Erlangung gleichwertiger Rechte, wie sie die schon bestehenden städtischen Schulen genießen, die gleiche Fürsorge zuteil werden zu lassen.

Voraussetzung dabei ist jedoch die Beihilfe des Staates in gleicher Höhe, wie sie der Stadt zu den Kosten der Bürgerschulen gewährt wird.

Der Ihnen vorgelegte Entwurf des Vertrages bezüglich der Übernahme der katholischen Schule seitens der Stadt macht diese von folgenden Bedingungen abhängig:

1. Abtretung der der katholischen Schule gehörenden drei Schulgrundstücke am Sandwege, an der Goslarschen Straße und an der Straße Hinter der Masch schuldenfrei und unentgeltlich.

2. Abtretung des gesamten Schulinventars der katholischen Schulen.

3. Verpflichtung der katholischen Kirche, den Schulhof der Schule an der Straße Hinter der Masch zu vergrößern.

Die näheren Bedingungen des abzuschließenden Vertrages bittet der Magistrat aus dem der Vorlage beigegebenen Vertragsentwurf ersähen zu wollen.

Wir würden nun zur Besprechung der einzelnen Punkte des Vertrages kommen. Es ist wohl nicht nötig, daß ich die einzelnen Paragraphen verlese, da die Herren ja im Besitze eines Abdrucks des Vertragsentwurfs sind. (Zustimmung.)

In § 1 ist seitens der Kommission nichts zu beanstanden, desgleichen nichts in §§ 2, 3, 4, 5, 6 und 7.

In § 8 ist eine redaktionelle Änderung eingetreten. Es ist der Relativsatz „die dauernd ihren konfessionellen Charakter behalten soll“ zu streichen, weil diese selbe Erwähnung später noch einmal vorkommt.

Auch zu § 9 ist seitens der Kommission keine Aussetzung zu machen.

Die Kommission gibt Ihnen anheim, unter den mitgeteilten Bedingungen die Übernahme der katholischen Schule durch die Stadt zu genehmigen.

Über das „Statut über die Unterhaltung einer katholischen Volksschule“ hat Herr Dr. Landauer den Bericht übernommen.

Vorsitzender **Meyerhoff**: Wir hätten zunächst über den Vertragsentwurf abzustimmen. Es wird von der Kommission vorge schlagen, ihn mit einer einzigen redaktionellen Abänderung anzunehmen. Ich bitte die Herren, die für Annahme dieses Übereinkommens sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Vertrag ist angenommen.

Stadtv. Dr. **Landauer**: Meine Herren! Sie sind auch im Besitze eines Abdrucks des vom Magistrat vorgelegten „Statuts über die Unterhaltung einer katholischen Volksschule“. Ich darf annehmen, daß Sie diese Vorlage genau durchgesehen und geprüft haben, und glaube deshalb, daß es angängig ist, daß ich ohne Verlesung der einzelnen Paragraphen nur berichte, welche Änderungen vom Magistrat nachträglich beantragt sind, und welche Änderungen von der Kommission noch gewünscht werden.

Stadtv. **Ribbentrop**: Ist es nicht möglich, daß der Herr Referent etwas lauter spricht; ich verstehe absolut gar nichts.

Stadtv. Dr. **Landauer**: Es ist zunächst vom Magistrat in der Überschrift nach dem Worte „Volksschule“ die Einfügung der Worte „vom . . .“ gewünscht.

Zu dem § 1 werden keine Änderungsvorschläge gemacht, ebenso nicht zu den §§ 2, 3, 4, 5.

Oberbürgermeister **Reinemeyer**: Meine Herren! Sie werden wohl aus der Drucksache ersehen haben, daß in der Reihenfolge der Paragraphen die Nummer 6 ausgelassen ist. Ich möchte anheimgeben, daß Sie zustimmen, daß wir den § 5 teilen, und zwar so, daß wir die Nummern 1—5 als § 5 belassen und die dann folgenden Nummern als § 6 führen. Dann paßt die Sache. Es sind auch in diesen beiden Abteilungen des bisherigen § 5 verschiedene Sachen enthalten, die nicht alle in einem Paragraphen vereinigt zu werden brauchen. Wir können auf diese Weise die übrige Paragraphenfolge unverändert lassen.

Stadtv. **Riese**: Mir ist aufgefallen, daß in der Begründung der Vorlage angeführt wird, daß die Erteilung des Geschichtsunterrichts einer der Gründe ist, die für die Aufrechterhaltung einer besonderen katholischen Schule in Frage kommen. Es gibt darnach katholischen, jüdischen oder hebräischen und lutherischen Geschichtsunterricht. Eine solche Begründung kann ich nicht gelten lassen. Geschichtsunterricht ist Geschichtsunterricht, und ich kann, offen gesagt, nicht verstehen, warum das in den verschiedenen Schulen nicht einerlei sein soll.

Oberbürgermeister **Reinemeyer**: Ein solcher Unterschied bei Erteilung des Geschichtsunterrichts ist doch nicht zu bestreiten. Der Gegensatz zwischen Katho-

liten und Protestanten in bezug auf den Glauben besteht nun einmal, und daß der Unterricht z. B. über die Geschichte der Reformation sehr leicht dahin führen kann, die Gefühle des einzelnen zu verletzen, und daß der gemeinsame Unterricht von Katholiken und Protestanten in dieser Hinsicht zu Unzuträglichkeiten führen kann, ist eine bekannte Tatsache. Im Statut ist von diesem Grunde nichts gesagt; aber auch dann, wenn Herr Kiese diese von mir eben erwähnte Tatsache nicht als Begründung für die Übernahme der Schule ansehen kann, bleiben noch genug andere Gründe, die dafür sprechen, die katholische Schule seitens der Stadt zu übernehmen.

Stadtv. Dr. **Landauer:** Zu § 7 ist nichts Besonderes zu erwähnen.

In § 8 ist dreimal von „Säumnis“ die Rede, und zwar als Ersatz für das Wort „Versäumnis“. Da dies nicht gut angängig ist, so wird seitens der Kommission anheimgegeben, in Absatz 2 und 3 statt „Säumnis“ immer „Versäumnis“ zu sagen. — Sodann habe ich noch eine kleine Änderung zu beantragen: Die Mehrzahl im letzten Worte der Ziffer 3, erster Absatz ist nicht zutreffend, es muß statt „Strafverfügungen“ heißen „Strafverfügung“.

Vorsitzender **Meyerhoff:** Es ist wohl gegen diese Änderungen kein Einspruch zu erheben? (Ohne Widerspruch.)

Stadtv. Dr. **Landauer:** Auch in § 8 II 1 ist in der ersten Zeile „Säumnis“ gesetzt. Die Kommission bittet, daß auch dort „Versäumnis“ gesagt wird. (Ohne Widerspruch.)

Zu § 9 habe ich nichts zu erwähnen.

In § 10 ist statt „vom“ zu setzen „von dem“, so daß es heißt: „gegen eine von dem Klassenlehrer bzw. der Klassenlehrerin auszustellende Empfangsbefcheinigung.“

Zu § 11 sind keine Einwendungen gemacht.

In § 12 ist in der zehnten Zeile hinter „Vorsitzenden“ das Wort „wenigstens“ einzuschalten, so daß es dort heißt: „außer dem Vorsitzenden wenigstens drei Mitglieder“.

Bezüglich des § 13 wird gewünscht, statt „Disziplin“ zu sagen „Schulzucht“. In dem zweiten Absätze heißt es: „die ordnungswidrige Erledigung der letzteren zu rügen, ist er befugt“. Statt dessen wird beantragt, zu setzen: „Er ist befugt, die ordnungswidrige Erledigung der letzteren zu rügen, und verpflichtet . . .“.

Für § 14 wird beantragt, statt des Wortes „Lehrer“ zu sagen „Lehrkräfte“. Diese Änderung ist in dieser Ziffer dreimal zu machen, und ebenso ist in Ziffer 7 das Wort „Lehrer“ durch „Lehrkräfte“ zu ersetzen und das Wort „Differenzen“ durch „Streitigkeiten“.

Zu § 15, 2 wird hinter „Unterleiter“ die Einfügung folgender Worte beantragt: „oder vom Leiter der städtischen Bürgerschulen“.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: In diesem § 15, 2 sollte noch das Wort „die“ gestrichen werden, so daß es dort heißt: „über Beschwerden“, damit es nicht so klingt, als ob Beschwerden regelmäßig kämen.

Stadtv. Dr. **Landauer**: § 16 sollte unverändert bleiben.

Im § 17, 6 ist in der ersten Zeile statt „und“ zu setzen „in“, so daß es heißt: „Um Störungen in denjenigen Schulgebäuden zu verhüten“.

Über die §§ 18 bis 23 habe ich nichts zu bemerken.

In § 24 ist in Absatz 3 in der zweiten Zeile hinter „Privatunterricht“ einzufügen „durch Lehrer und Hilfslehrer“, so daß die Stelle lautet: „Zur Erteilung von Privatunterricht durch Lehrer und Hilfslehrer innerhalb dieser Grenzen“.

Für § 25, 3 wird beantragt, statt „dem übrigen Lehrpersonal“ zu setzen „den übrigen Lehrkräften“.

Betreffs der §§ 26, 27 und 28 sind keine Änderungen vorgeschlagen.

In § 29, 3 ist statt des Wortes „Pensionierung“ zu setzen „Versetzung in den Ruhestand“.

§ 30 — nichts zu bemerken.

In § 31 soll in der sechsten Zeile statt „Annahme“ gesagt werden „Anstellung“.

Das sind die gesamten Änderungen, die beantragt werden. Ich habe namens der Statuten- und Schulkommission zu beantragen, dieses Statut zu genehmigen.

Stadtv. **Salomon**: Meine Herren! Gestatten Sie mir einige kurze Ausführungen zu dieser Vorlage. Ich bin selbstverständlich für Übernahme der katholischen Schule durch die Stadt, und zwar vor allen Dingen aus dem Grunde, weil dadurch der Vereinheitlichung unseres städtischen Volksschulwesens Rechnung getragen wird. Ich fühle mich aber gedrungen, auf einen Punkt besonders hinzuweisen und meine grundsätzliche Stellungnahme dazu als Lehrer zu äußern. Es handelt sich um die Konfessionalität der Schule. Die Frage: „Konfessionelle oder Simultanschule?“ hat des öftern nicht nur die Lehrerschaft, sondern auch weite Kreise der Bevölkerung Deutschlands stark bewegt. Ich brauche nur auf Preußen hinzuweisen, wo gelegentlich der Vorlage zur Neugestaltung des Landtages eine sehr starke Bewegung für die Konfessionalität der Schule durch das Zentrum ins Leben gerufen wurde. Es handelt sich darum: Welche Schulform ist die richtige? Die konfessionelle Schule, in der nur Kinder einer Konfession vereinigt sind und nur von Lehrern dieser Konfession unterrichtet werden, oder die Simultanschule,

in der die Kinder aller Konfessionen vereinigt sind, und in der auch das Lehrpersonal dementsprechend zusammengesetzt ist? Nach meiner Überzeugung ist entschieden die letztere Schulform die richtigere, nämlich die Simultanschule. Diese Simultanschule tritt in den verschiedensten Arten in die Erscheinung. Wir haben sie als vollständig religionslose Schule beispielsweise in Amerika und in Holland, wo der Religionsunterricht lediglich der Kirche zugewiesen ist; wir finden sie als Schule mit Moralunterricht in Frankreich, als Schule mit konfessionslosem Religionsunterricht, also einem Religionsunterricht, der auf konfessionelle Unterschiede keine Rücksicht nimmt, wie sie früher in Nassau bestand, und finden sie als paritätische Schule, in der die Kinder der verschiedenen Religionsgruppen vereinigt sind, und in der nur der Religionsunterricht gesondert erteilt wird, und zwar jedesmal den Kindern der in Frage kommenden Konfession von einem Lehrer dieser Konfession. Diese paritätische Schule findet sich besonders in Baden, und man hat mit ihr die denkbar besten Erfahrungen gemacht. Wir haben es sogar erlebt, daß vor kurzem selbst konservative Mitglieder des badischen Abgeordnetenhauses erklärt haben, daß sie außerordentlich glücklich seien, jetzt diese paritätische Schule zu haben. In Norddeutschland steht man mehr oder weniger auf dem Boden der konfessionellen Schule, d. h. auf dem Boden des Prinzips, schon die Jugend nach Konfessionen auseinanderzureißen.

Meine Herren! Es drängt mich, auf wesentliche Gefahren bei dieser Maßnahme hinzuweisen. Zunächst sind es nationale Gründe, die mich prinzipiell zum Gegner dieser konfessionellen Schule machen. Nach dem Kriege wird eine schwere Zeit für unser Deutschland kommen; es wird jedenfalls wie Ketten auf uns lasten, und wenn wir diese Ketten brechen wollen, so ist auf jeden Fall die nationale Einheit und Geschlossenheit des ganzen Volkes nötig. Wenn wir aber schon die Jugend nach Konfessionen auseinanderreißen, so leidet darunter nach meiner Überzeugung die nationale Einheit ganz gewaltig. Ich könnte dies noch weiter ausführen, will es aber jetzt unterlassen. Es sind dann ferner auch soziale Gründe, die mich zum Gegner der konfessionellen Schule machen. In vielen Gegenden unseres Vaterlandes deckt sich der Begriff „arm“ mit „katholisch“, „reich“ oder ich will sagen „begüterte“ mit „lutherisch“, und umgekehrt. Wenn man nun die Kinder schon nach Konfessionen trennt, so bringt man dadurch einen sozialen Riß in die Bevölkerung. Dieser soziale Riß wird sich auch bei dem heranwachsenden Geschlecht weiter zeigen und wird nicht Einigkeit, sondern Zwiespalt hervorbringen. Das ist es, was mich auch in dieser Hinsicht zum Gegner der streng konfessionellen Schule macht.

Letzten Endes bewegen mich aber vor allen Dingen pädagogische Gründe. Zunächst der eine: Es ist immer noch so, daß aus der Konfessionalität der Schule die Kirche ein Aufsichtsrecht über die Schule herleitet, wenn auch nicht über den

ganzen Unterricht, so doch wenigstens über den Religionsunterricht. Nach meiner Überzeugung gibt es nur einen einzigen Schulherrn, und das ist der Staat. Der Staat soll die Schule beaufsichtigen, er kann und darf nicht eine zweite Aufsicht, die immerhin mindestens störend wirkt, daneben dulden; er allein muß die Aufsicht führen. Aber noch ein zweites pädagogisches Bedenken kommt dazu: In allen den Gegenden Deutschlands, wo konfessionelle Minderheiten sind, werden, wenn man die Schulen konfessionell trennt, auf jeden Fall minderwertige Zwergschulen entstehen, Schulen mit wenigen Klassen, in denen die Kinder nur eine mangelhafte Bildungsmöglichkeit haben. Wir haben ein Beispiel hierfür an unserer katholischen Schule in Braunschweig; sie war sechsklassig, unsere ausgebauten Volksschulen sind achtklassig. In andern Gegenden unseres Vaterlandes tritt das noch viel deutlicher und krasser in die Erscheinung. Wenn man streng konfessionell scheidet, so kommt man dort oft zu dreiklassigen Schulen, während man den Kindern voll ausgebauten Schulsysteme bieten könnte, wenn man die Schulen simultan gestaltete. Das sind schon schwerwiegende pädagogische Momente gegen die Konfessionalität der Schule. Vor allem aber wird ein großer, schöner Gedanke der deutschen Lehrerschaft durch diese Konfessionalität der Schule gefährdet, und das ist der Gedanke der nationalen Einheitsschule: Meine Herren! Es wird die Zeit kommen, wo wir uns auch hier mit dieser Frage befassen müssen. Was ist die Einheitsschule? Sie ist eine Schule mit einem gemeinsamen Unterbau für alle Kinder des deutschen Volkes. Aus dem gemeinsamen Unterbau als Stamm sollen wie die Zweige eines Baumes die übrigen Schulformen wachsen, und zwar in der Weise, daß für jedes Kind unseres Volkes, sei es arm oder reich, nur nach Maßgabe seiner Intelligenz, es möglich sein soll, von der niedrigsten bis zur höchsten Bildungsstufe, ohne Rücksicht auf den Geldbeutel des Vaters, emporzusteigen, also von der Elementarklasse bis zur Universität. Das ist der große, schöne Grundgedanke der Einheitsschule, ein Gedanke, der verwirklicht werden muß, wenn das Wort in die Tat umgesetzt werden soll: „Dem Tüchtigen freie Bahn!“

Meine Herren! Wir werden diese Tüchtigen nötig haben, wenn wir daran denken, wie viele, unendlich viele Intelligenz dieser furchtbare Krieg vernichtet hat. Ich wiederhole nochmals ausdrücklich: Der Einheitsschulgedanke wird stark gefährdet durch die Konfessionalität der Schule, d. h. wenn wir die Kinder nach Konfessionen trennen, wenn wir sie unter Umständen in Bildungsanstalten hineinbringen, in denen der Aufstieg der Begabten nicht möglich ist; manches gute und schöne Talent wird, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft verkümmern.

Es war mir Bedürfnis, diese Bedenken hier vorzutragen, denn die Konfessionalität der Schule wird auch den Landtag beschäftigen. Auch dort hat man

den Sicherungsantrag eingebracht, die Konfessionalität der Gemeindeschulen verfassungsmäßig festzulegen, so daß dieser Beschluß nur mit Zweidrittelmajorität des Landtages wieder aufgehoben werden kann. Ich halte dies für eine Gefahr und habe immer noch das Vertrauen zu der Staatsregierung, daß sie diesem Antrage nicht — wie es leider in Preußen geschehen ist — Folge geben wird. Es wird dadurch das gesamte Bildungswesen der Jugend gefährdet. Nationale, soziale und pädagogische Gründe sind es, die nach meiner Überzeugung nicht die konfessionelle Schule, sondern die paritätische Schule als Schule der Zukunft erscheinen lassen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Die Ausführungen des Herrn Vorredners waren jedenfalls nicht nur interessant, sondern auch belehrend. Ich freue mich aber, daß Herr Salomon nicht die Folgerung aus seinen Ansichten gezogen hat, gegen den Antrag des Magistrats stimmen zu müssen. Ich würde das auch nicht für richtig gehalten haben.

Über die Frage „Konfessionelle, paritätische oder Simultanschule?“ ist so viel geredet und geschrieben, daß dazu Neues kaum mehr vorgebracht werden kann. Für uns hier kann die Frage augenblicklich selbstverständlich gar nicht von Bedeutung sein, denn ich glaube — das wird Herr Salomon anerkennen, und das tut er auch —: Solange der Staat für die ihm unterstellte evangelische Volksschule den konfessionellen Charakter aufrechterhält, bleibt uns nichts anderes übrig, als die katholische Schule, wenn wir sie übernehmen wollen, auch als konfessionelle Schule weiterzuführen.

Nun hat Herr Salomon angeführt, daß er die Konfessionalität der Schule auch deshalb beanstanden müsse, weil dadurch Zwergschulen ins Leben gerufen würden. Diesen Grund kann ich nicht recht einsehen. Wenn das richtig wäre, was sollten wir dann mit den Landschulen machen, in denen doch fast immer nur wenig Kinder sind? Und in diesem Falle handelt es sich doch um eine Schule, die von insgesamt tausend und mehr Kindern besucht wird. Dabei kann man unmöglich von einer Zwergschule sprechen. Ich meine: Ebenso, wie eine große Bürgerschule voll und ganz ihr Ziel erreicht, ebenso muß die katholische Schule ihr Ziel erreichen können. Wenn wir die katholische Schule übernehmen, wenn wir ihr insbesondere die Möglichkeit geben, tüchtige Lehrkräfte zu gewinnen, dann zweifle ich nicht, daß die Schule sich ebenso gut entwickeln wird wie unsere Bürgerschulen.

Herr Salomon ist weiter der Ansicht, daß die Konfessionalität der Schule die Einrichtung der nationalen Einheitschule unterbindet. Ob das wirklich zutreffend ist, scheint mir sehr zweifelhaft zu sein. Die Frage, ob Einheitschule oder nicht, wird meiner Ansicht nach ohne Rücksicht auf die Konfessionalität sehr

wohl erledigt werden können. So einfach, wie es Herr Salomon darstellt, wird die Sache aber kaum durchzuführen sein, denn es ist tatsächlich nicht allein die Einrichtung dieser Einheitschule, wodurch — wie Herr Salomon es so schön ausdrückt — jedem Tüchtigen die Bahn frei gemacht wird, es kommen noch verschiedene andere Gesichtspunkte in Frage. Ich glaube aber, daß es nicht angebracht ist, heute näher auf diese Sache einzugehen, wir haben Ihnen ja heute nur vorgeschlagen, die katholische Schule seitens der Stadt zu übernehmen.

Herr Salomon hat noch darauf hingewiesen, daß es bedauerlich wäre, daß der Landtag den Beschluß gefaßt hat, daß die konfessionelle Schule nur dann beseitigt werden kann, wenn wenigstens eine Zweidrittelmehrheit im Landtage dafür ist. Meine Herren! Ich habe die Überzeugung, daß der nächste Landtag, wenn er wieder zusammentritt, diesen Beschluß nicht aufrechterhalten wird.

Stadt v. Salomon: Ich möchte nur den von mir gebrauchten Ausdruck „Zwergschule“ kurz erläutern. Der Vergleich mit den Landschulen paßt nicht recht. Wenn ich von Zwergschulen gesprochen habe, so meine ich Schulen mit einem kleinen Schülerkreise, wie er nicht zu entstehen braucht, wenn man die Kinder nicht nach Konfessionen trennt; und in Städten mit konfessionellen Minderheiten wäre das nicht nötig.

Die Entstehung der Einheitschule denke ich mir durchaus nicht einfach. Es wird noch viel Wasser zu Tal fließen, ehe wir dazu kommen werden. Aber ein ideales Ziel, das zur Verwirklichung kommen muß, ist die Einheitschule sicherlich.

Wenn der Landtag den von mir angeführten Beschluß nicht aufrechterhalten wird, so soll mir das sehr erfreulich sein.

Stadt v. Dr. Landauer: Herr Salomon hat eine irrtümliche Bemerkung gemacht, indem er gesagt hat, die katholische Schule sei eine sechsklassige Schule. In § 2 heißt es aber: Die katholische Schule hat sieben aufsteigende Klassen, von denen eine einen zweijährigen Lehrgang besitzt.

Oberbürgermeister Metemeyer: Wir haben die Absicht — das ist ausdrücklich in der Vorlage gesagt —, die katholische Schule genau so zu behandeln wie unsere jetzt bestehenden evangelischen Volksschulen. Der neue Lehrplan für diese evangelischen Volksschulen ist zwar leider immer noch nicht festgestellt, er wird aber jedenfalls sehr bald auch für diese Schulen erledigt werden.

Stadttrat von Frankenberg: Ich kann hinzufügen, daß der Vorstand der katholischen Schule, dem bisher durch die leidigen Finanzverhältnisse die Hände in bedenklicher Weise gebunden waren, durch die Übernahme der Schule auf die Stadt bedeutend günstiger gestellt sein wird, und daß wir selbstverständlich ge-

meinsam mit den im Schulvorstande sitzenden katholischen Mitbürgern alle Kräfte daransetzen werden, um diejenigen Folgen, deren Entstehung Herr Salomon aus dem konfessionellen Charakter der Schule befürchtet, nach Möglichkeit zurücktreten zu lassen. Wir werden sowohl in bezug auf die Pfllege des Geistes wie des Körpers, in bezug auf Unterricht und Fürsorge den Kindern, die die katholische Schule besuchen, diejenige Berücksichtigung zuteil werden lassen, wie sie auch den Kindern unserer sonstigen Gemeindefchulen zukommt.

Stadtv. Wesemeier: Ich freue mich, daß endlich von bürgerlicher Seite für die Einheitsschule und für die konfessionslose Schule eine Länze gebrochen wird. Oft schon haben wir Anträge in dieser Richtung hier gestellt, aber leider mußte konstatiert werden, daß unsere Lehrer hier in der Stadtverordnetenversammlung unsern Anträgen aufs schärfste entgegengetreten sind. Ich freue mich, daß Herr Salomon als Lehrer diese Forderung gleichsam offiziell von Lehrerseite gestellt hat. Ich wünsche auch, daß nicht — wie Herr Salomon glaubt — noch sehr viel Wasser zu Tal fließen wird, ehe wir die Einheitsschule bekommen. Ich glaube, wir bekommen sie bald, und ich hoffe, Herr Salomon wird kräftig mit beitragen, daß sie früher, als heute vorausszusehen ist, kommen wird. Ich glaube fest, daß der Gedanke der Einheitsschule besser marschiert, als das heute von Herrn Salomon eingeschätzt wird.

In der Abstimmung wird das Statut über die Unterhaltung der katholischen Volksschule angenommen.

6. Verpachtung von Flächen an der Goslarischen Straße und des Arkeröder Feldes für 1919.

Stadtv. Ohlendorf: Einige Pächter der von der Stadt vergebenen kleinen Flächen haben ersucht, ihnen das in Frage kommende Land wieder zu verpachten, und zwar sind das die Pächter, die die Flächen an der Goslarischen Straße gepachtet haben. Der Magistrat empfiehlt, daß nicht nur die Flächen an der Goslarischen Straße, sondern auch die des Arkeröder Feldes für das Jahr 1919 wieder verpachtet werden. Der Magistrat will sich allerdings vorbehalten, für den Fall, daß es notwendig ist, Häuser dort schon in diesem Jahre zu errichten, daß die Pächter verpflichtet sein sollen, von dem Pachtvertrage zurückzutreten. Aber dann sollen sie für das Notwendige, was sie für die Bewirtschaftung der Felder aufgewandt haben, nach Schätzung durch Sachverständige von der Stadt entschädigt werden. Ich habe Sie namens der Finanzkommission aufzufordern, der Wieder- verpachtung unter diesen Bedingungen zuzustimmen.

Stadtv. Wesemeier: Ich vermiße bei diesem Punkte der Tagesordnung eine Länderei von erheblichem Umfange, die zwar nicht städtischer Besitz ist, die uns aber von der Garnisonverwaltung in den letzten beiden Jahren zur Verpachtung zur Verfügung gestellt worden ist: es sind das etwa 400 kleine Parzellen am großen Exerzierplatze. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob der Magistrat schon mit der Garnisonverwaltung wegen Weiterverpachtung dieser Flächen in Verbindung getreten ist. Ich möchte darauf hinweisen, daß die kleinen Leute schon bemüht gewesen sind, den nötigen Dünger in Handwagen auf die Felder zu bringen und das Land umzugraben. Sie würden recht enttäuscht sein, wenn ihnen das Land plötzlich entzogen würde. Wünschenswert für die Allgemeinheit wäre es, daß die 400 kleinen Pächter dieses Land weiter behalten könnten, denn das ist von großer Bedeutung für die Ernährung aller jener Familien.

Stadtbaurat Gebensleben: Der Magistrat hat sich bereits vor längerer Zeit — es mag sechs Wochen her sein — an die Garnisonverwaltung mit der Bitte gewandt, zu genehmigen, daß die Stadt Braunschweig die Flächen auf dem großen Exerzierplatze wieder verpachten dürfe. Eine Antwort haben wir bislang noch nicht bekommen. Ich werde Gelegenheit nehmen, bei der Garnisonverwaltung daran zu erinnern, und zweifle keinen Augenblick, daß uns die Flächen wie bisher wieder zur Verfügung gestellt werden, allerdings mit einer geringfügigen Ausnahme; denn einige Parzellen werden voraussichtlich vom Kraftwagen-Hilfsdepot in Anspruch genommen werden. Ich habe gehört, daß dort sogar schon mit dem Bau von provisorischen Schuppen begonnen ist. Vielleicht ist dieses Bauvorhaben schuld daran, daß wir eine Nachricht von der Garnisonverwaltung noch nicht bekommen haben. Ich werde aber — wie gesagt — Gelegenheit nehmen, nochmals bei der Garnisonverwaltung Nachfrage zu halten.

Die Versammlung erklärt sich mit der Weiterverpachtung der genannten städtischen Flächen einverstanden.

7. Uebersicht über die Rechnungsabschlüsse für 1917/18.

Stadtv. Frede: Der Stadtmagistrat hat den Stadtverordneten die Übersicht über die Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1917/18 zugehen lassen.

Die Einnahme sollte nach dem Voranschlage 8 072 500 *M* betragen, es ist eine Einnahme erzielt im Betrage von 11 575 476,27 *M*, also ein erhebliches Mehr. Das würde ein Grund zur Freude sein, wenn nicht die wirklichen Ausgaben bedeutend höher gewesen wären als die veranschlagten. Die Gesamtausgabe war veranschlagt zu 8 433 500 *M*, und es ist eine Ausgabe erfolgt im Betrage von 14 616 234,77 *M*. Es beträgt demnach die Fehlsomme 3 040 758,50 *M*, während der Voranschlag die Fehlsomme nur auf 361 000 *M* angab. Der Magi-

strat führt zur Erklärung dieser Abweichung an, daß man bei der Aufstellung des Voranschlags angewiesen gewesen sei auf die Ausgaben, wie sie damals auch schon während des Krieges bestanden. Man konnte nicht voraussehen, wie sich die Ausgaben später entwickeln würden, welche neuen Bedürfnisse kommen würden, und vor allem nicht, daß sich die Teuerung in so ungeheurer Weise geltend machen würde, wie es geschehen ist. Es ist ganz klar, daß die Verhältnisse, je länger der Krieg dauerte, um so ungünstiger werden mußten. Die außerordentlich gewachsene Teuerung mußte zur Folge haben: eine starke Erhöhung der Arbeitslöhne, die Teuerungszulagen an Beamte und Lehrer, die erhöhten Kriegsbeihilfen für die Familien der Einberufenen, und durch das alles ist das ungeheure Wachsen der Ausgaben zu erklären.

Die Einnahme hat rund $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark mehr erbracht. Unter den Mehreinnahmen sind als Hauptposten zu nennen: die Einnahme aus dem Rieseltgute, die 63 000 *M* mehr eingebracht hat, die Einnahme aus der Neustadtmühle, die 34 000 *M* mehr betragen hat, an Pachtgeldern für unbebaute Grundstücke sind 15 000 *M* mehr eingegangen, die erhöhten Kapitalzinsen haben 22 000 *M* mehr eingebracht, das Straßenreinigungs-Institut 85 000 *M* mehr, erzielt wesentlich durch die Müllabfuhrgebühr. Dann sind auch höhere Einnahmen aus den Schulgeldern zu verzeichnen. Es ist schon verschiedentlich darauf hingewiesen, daß augenscheinlich unter dem Einfluß der höheren Arbeitslöhne ein stärkerer Andrang zu den höheren Lehranstalten: Oberrealschule, Mittelschule und auch zu den achtstufigen Bürgerschulen stattgefunden hat. An Einkommensteuer allein haben wir 758 028 *M* mehr eingenommen, die Lichtspielsteuer — das wird besonders interessieren — hat 101 793 *M* eingebracht. An Staatszuschüssen (Erstattung für Einquartierungsgelder und Gebühr für Erhebung staatlicher Steuern) haben wir 165 000 *M* mehr bekommen, und unter „Zusammen“ figuriert ein Posten von 2 193 375,60 *M*. Darunter sind fast 2 Millionen Mark Reichsbeihilfen zu den Kosten der Kriegswohlfahrtspflege.

In der Ausgabe sind vor allen Dingen zu nennen die höheren Zinsbeträge, die wir an das Leihhaus zu zahlen haben; es ist das ein Betrag von rund 434 000 *M*. Ferner hat die Straßenreinigung wegen der höheren Löhne, Futtermittelpreise und Kosten für Unterhaltung der Geräte 226 000 *M* mehr beansprucht. Die Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen für die Beamten und Lehrer bringen außerdem noch einen hohen Ausgabeposten. Ich möchte, um zu belegen, daß — wie ich sagte — die zunehmende Teuerung auch zunehmende Beihilfen im Gefolge habe, Ihnen vorführen, daß gezahlt sind an Kriegsausgaben für die Unterstützung der Kriegerfamilien

1914/15	1 200 000 <i>M</i> ,
1915/16	3 620 000 <i>M</i> ,

1916/17 : 6 331 000 *M*,

1917/18 : 8 548 000 *M*.

Hiervon sind als städtischer Zuschuß auf die Kämmereikasse übernommen

1914/15 : 400 000 *M*,

1915/16 : 1 206 000 *M*,

1916/17 : 2 727 000 *M*,

1917/18 : 3 795 000 *M*.

Das macht zusammen rund 8 130 000 *M*. Für das Reich verausgabt sind zusammen 11 571 000 *M*, worauf inzwischen erst 1 986 000 *M* zurückgezahlt sind.

Der Magistrat sagt in seiner Vorlage wegen der Buchung folgendes:

„Wie die früheren, so wird auch der Fehlbetrag der ordentlichen Rechnung der Kämmereikasse im Betrage von 3 040 758,50 *M* in der Rechnung über den Ausgleichsfonds als Ausgabe zu verbuchen sein, dessen Rechnung (§ 124 der Übersicht) am 31. März d. Js. mit einem Fehlbetrage von 3 800 161,42 *M* abschloß. Die Rechnung dieses Fonds für das laufende Jahr beginnt somit mit einem Fehlbetrage von 6 840 919,92 *M*, der die bis 1. April d. Js. aufgelaufene feststehende Kriegsschuld der Stadt darstellt. Die bei den verschiedenen Kriegsgeschäften insbesondere für Beschaffung von Lebensmitteln einstweilen verauslagten Beträge und die Ausgaben, auf deren Erstattung gerechnet werden kann, sind als Vorschüsse gebucht. Dahin gehört insbesondere auch der Betrag von 9 585 033,78 *M*, den das Reich der Stadt am 1. April c. für verauslagte Familienunterstützungen schuldete. Zur Deckung a) dieser Vorschüsse, b) des oben erwähnten Fehlbetrages des Ausgleichsfonds zu rund 6 841 000 *M*, c) der Mehrausgabe des Extraordinariums der Kämmereikasse (am 1. April d. Js. rund 2 462 000 *M*), d) des Neubaufonds der Kanalbaukasse (am 1. April d. Js. rund 617 000 *M*) und e) der Mehrausgaben der laufenden Rechnung der Kämmereikasse ist eine Anleihe beim Herzoglichen Leihhause aufgenommen, die zur Zeit 23 400 000 *M* beträgt. Die augenblickliche Finanzlage der Stadt ist somit eine wenig günstige.

Wie bereits bemerkt, betrug die Mehrausgabe des Neubaufonds der Kanalbaukasse am 1. April d. Js. rund 617 000 *M*; dagegen war nach der vorgelegten laufenden Rechnung dieser Kasse am 1. April d. Js. ein Bestand von 81 460,63 *M* vorhanden. Wir empfehlen, von diesem Überschusse die Summe von 70 000 *M* zur teilweisen Tilgung des Fehlbetrages des Neubaufonds zu verwenden, während der Rest auf die neue Rechnung zu übertragen sein wird.

Was endlich die Rechnung der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen betrifft, so schließt diese ungeachtet der Nachverwilligung von 7500 *M* infolge erhöhter Einnahme aus der Hundesteuer (rund 45 000 *M* statt der ausgeworfenen 40 000 *M*) mit einem Überschusse von 4340,65 *M* ab. Wir halten für unbedenklich, daß ent-

sprechend der im Mai d. Jz. getroffenen Vereinbarung von diesem Überschusse die Summe von 3000 *M* und außerdem von den Überschüssen der Gas- und Wasserwerke die Summe von 5000 *M* der inzwischen genehmigten Stiftung „Kinderjegen“ überwiesen werde.“ Herr Munte wird auf diese 5000 *M* noch einmal zurückkommen. Der Magistrat gibt den Stadtverordneten anheim:

1. die vorgelegten Rechnungen vorbehaltlich der rechnerischen Nachprüfung unter Billigung der vorgekommenen Überschreitungen genehmigen und
2. zustimmen zu wollen, daß
 - a) von dem Überschusse der laufenden Rechnung der Kanalbaukasse die Summe von 70 000 *M* an den Neubaufonds dieser Kasse abgeführt und
 - b) von den Überschüssen der Gas- und Wasserwerke 3000 + 2000 = 5000 *M* und von dem Überschusse der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen die Summe von 3000 *M* dem Stammvermögen der Stiftung „Kinderjegen“ zugeführt werde.

Es ist unter 1 die Rede von der rechnerischen Nachprüfung: Ich erinnere daran, daß wir noch einen besonderen Bericht zu erwarten haben über die Prüfung der einzelnen Rechnungen.

Die Finanzkommission empfiehlt die Genehmigung dieser eben vorgetragenen Anträge des Magistrats.

Dem Vorschlage der Finanzkommission entsprechend, stimmt die Versammlung den Magistratsanträgen zu.

8. Uebersicht über die im Rechnungsjahre 1917/18 stadtseitig gezahlten Ruheelöhne, Witwen- und Waisengelder.

Stadt v. **Ohlendorf**: Die Stadt zahlte im Jahre 1917/18 zusammen die Summe von 31 718,70 *M* an Ruheelöhnen, Witwen- und Waisengeldern, und zwar für 36 Personen an Ruhe Lohn die Summe von 16 843 *M*, gegenüber dem Vorjahre 11 896,40 *M*. An 62 Witwen wurden gezahlt 14 309,90 *M*, das Jahr vorher 10 819,96 *M*. Waisengelder wurden an 8 Familien gezahlt, und zwar 565,80 *M*, gegenüber dem Vorjahre 261,59 *M*. Insgesamt wurden gezahlt 31 718,70 *M* gegenüber dem Vorjahre 22 977,99 *M*, also ein Mehr von 9740,71 *M*.

Vorsitzender: Wir haben das nur zur Kenntnis zu nehmen, eine Abstimmung ist nicht erforderlich.

9. Erhöhung des Gaspreises.

Damit verbunden:

Anfrage Rector über das Versagen des Gases.

Wortlaut der Anfrage Rector: „Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft zu geben, woran es liegt, daß das Koch- und Leuchtgas so oft versagt?“

Stadtv. **Voetschigt:** Der Stadtmagistrat hat folgendes Schreiben an die geehrten Herren gerichtet:

„Aus den beigelegten Verhandlungen bitten wir ersuchen zu wollen, daß die Deputation zur Verwaltung der Gas- und Wasserwerke anheimgegeben hat, den Gaspreis vom 1. November d. J. ab um 1 Pfennig pro Kubikmeter zu erhöhen, so daß der Preis für das durch gewöhnliche Messer abgegebene Gas 19 Pfennig und für das durch Automaten abgegebene 20 Pfennig pro Kubikmeter betragen würde. Die in dem Berichte der Direktion vom 25. v. Mts. angegebenen Gründe lassen auch unserer Ansicht nach die Preiserhöhung als gerechtfertigt erscheinen, zumal die Stadt bei der noch immer wachsenden Schuldenlast genötigt ist, einen Rückgang der Überschüsse ihrer gewerblichen Betriebe zu verhüten. Wir stimmen daher dem Antrage der Deputation um so mehr zu, als ausweislich der beigebrachten Benachrichtigungsschreiben anderer Verwaltungen unser Gaspreis jetzt verhältnismäßig gering ist.

— Ob es möglich sein wird, die Erhöhung des Preises, falls sie die Zustimmung der Herren Stadtverordneten findet, schon mit dem 1. November in Kraft treten zu lassen, hängt von dem Zeitpunkte der Beschlußfassung ab; gegebenenfalls wird die Heraussetzung des Preises bis zum 1. Dezember zu verschieben sein.“

Der Stadtmagistrat gibt danach anheim, daß die Stadtverordneten zustimmen mögen, daß vom 1. November, eventuell vom 1. Dezember d. J. an der bisherige Gaspreis von 18 bzw. 19 Pfennig um je einen Pfennig pro Kubikmeter erhöht wird.

Meine Herren! Nach den Berichten der Deputation/rechtfertigt sich die Erhöhung des Gaspreises. Wir haben ja im Laufe der Zeit schon zu wiederholten Malen eine Erhöhung des Gaspreises vorgenommen, und ich hätte es daher für richtiger gehalten, wenn der Stadtmagistrat jetzt statt 19 Pfennig gleich 20 Pfennig pro Kubikmeter gefordert hätte. Ich kann aber mit meinem Antrage nicht weiter gehen, als der Magistratsantrag lautet, und die Finanzkommission gibt Ihnen daher durch mich die Annahme der Magistratsvorlage anheim.

Stadtv. **Stegmann:** Es ist heute wieder einmal der Fall, daß die Schraube ohne Ende angeseht werden soll. Wenn es auch nur 1 Pfennig ist, um den der Gaspreis erhöht werden soll, es schafft doch wieder für die Stadt, aber auch die

Verbraucher empfinden es. Man kann ja wohl sagen: Die Erhöhung liegt in den Verhältnissen begründet; die Kohlen werden teurer, also müssen wir mit dem Gaspreise auch folgen. Nun bin ich überzeugt, die Preiserhöhung wird beim Publikum verstanden werden und weniger böses Blut machen als die Straf-gelder, die immer noch erhoben werden. Es muß aber dahin kommen, daß dieses ungerechte und Erbitterung schaffende System der Straf-gelder abgeschafft wird. Ich erinnere daran, daß in Dessau seitens eines Einwohners ein Prozeß wegen der Erhebung dieser Straf-gelder geführt worden ist, und daß der Prozeß zugunsten des Betreffenden entschieden ist. Der Reichskohlenkommissar war wiederholt auf-gefordert worden, zu erscheinen, war aber nicht gekommen, hatte auch keinen Ver-treter entsandt, und so ist in einem Versäumnisurteil zugunsten des Klägers ent-schieden worden. Daraufhin hat Dessau die Straf-geldereinzahlung aufgehoben. Es geht daraus hervor, daß die Erhebung der Straf-gelder zu Unrecht geschehen ist, mindestens ist es zweifelhaft, ob ein Recht dazu besteht. Ich möchte auch Sie dringend ersuchen, dafür einzutreten — und ich will dies als An-trag ein-bringen —, daß die Erhöhung des Gaspreises um 1 Pfennig von der Beseitigung der Straf-gelder abhängig gemacht wird. Kann der Magistrat nicht selbst die Zahlung der Straf-gelder aufheben, so möge er die nötigen Schritte bei dem Reichskommissar tun, damit dieses ungerechte System beseitigt wird. Es ist vor-gekommen, daß Leute das Doppelte und Dreifache an Straf-geldern haben be-zahlen müssen von dem, was der normale Preis des von ihnen verbrauchten Gases gewesen ist. Wenn immer gesagt wird, es soll gespart werden, so ist darauf schon früher erwidert, daß die meisten Leute sowieso sparen. Es wird wenige geben, die absichtlich verschwenderisch mit dem Gas umgehen. Wenn aber doppelt und dreifach für die Menschen gekocht werden muß und dazu auch noch für das Vieh, wozu noch kommt, daß die Qualität des Gases schlechter ist als früher, so ist es selbstverständlich, daß viele beim besten Willen mit dem festgesetzten Gasquantum nicht auskommen können.

Ich be a n t r a g e, bis dahin, daß die Straf-gelder aufgehoben werden, die Erhöhung des Gaspreises um einen Pfennig nicht zu bewilligen.

Oberbürgermeister **Reitemeyer**: Dieser Antrag des Herrn Stegmann würde auf eine Ablehnung des Magistratsantrages herauskommen. Wie die Verhält-nisse liegen, ist Ihnen bekannt. Herr Stegmann selber sagt: Die Kohlenpreis-erhöhung zwingt die Stadt dazu, den Gaspreis zu erhöhen. Wenn Sie einen Vergleich unseres Gaspreises mit dem Preise in anderen Städten vornehmen, dann werden Sie erkennen, daß wir augenblicklich einen auffallend niedrigen Gaspreis haben.

Nun wünscht Herr Stegmann, der Magistrat solle die Strafgeelder zur Aufhebung bringen. Wenn heute die Strafgeelder aufgehoben werden und die Kohlenzufuhr nicht gewaltig zunimmt, dann wird diese Aufhebung der Strafgeelder zur Schließung der Gasanstalt führen; das ist nicht zu vermeiden. Wir wissen auf dem Gaswerk nicht ein und aus, wie wir den Betrieb aufrechterhalten können, wir sparen, wie wir nur können, aber wenn plötzlich mit dem Verbrauch des Gases darauflosgeewirtschaftet wird (und das kann man den Leuten nicht so sehr verdenken, denn überall fehlt es an Heizmaterial, auch Grude gibt es nur in geringer Menge), dann würde ein derartig starker Verbrauch von Gas eintreten, daß der ganze Betrieb geschlossen werden müßte, und das müssen wir auf jeden Fall verhüten. Der Magistrat kann augenblicklich für die Aufhebung der Strafgeelder nichts tun. Wenn wir die Strafgeelder entgegen der gegebenen Anweisung des Reichskommissars nicht einziehen würden, so würde die Folge davon sein, daß uns die Kohlenlieferung beschnitten würde, und das wollen wir doch nicht auf uns heraufbeschwören. Herr Stegmann hat darauf hingewiesen, daß in Dessau gerichtlich erkannt wäre, daß die Strafgeelder zu Unrecht erhoben wären. Nach eingezogenen Erkundigungen handelt es sich um ein Versäumnisurteil, ein endgültiges Urteil ist nicht ergangen, und ein Versäumnisurteil ist nicht von Bedeutung.

Es ist auch bei uns schon versucht, hier und da Erleichterungen in bezug auf diese Strafgeelder eintreten zu lassen, und es ist auch dem Vertrauensmanne des Reichskommissars das Recht eingeräumt, beim Vorliegen besonderer Verhältnisse mehr Gas zu gewähren, als nach dem aufgestellten Schlüssel zulässig ist, und davon ist in liberalster Weise Gebrauch gemacht. Wenn aber die Abnehmer sich nicht an die Vorschriften halten, muß eingegriffen werden, damit der Betrieb aufrechterhalten werden kann. Ich hoffe ja, daß es nicht allzulange mehr dauert, bis Kohlen in den Mengen herangebracht werden, daß die ganze Strafgeeldervorschrift ohne weiteres zu beseitigen ist. Der Magistrat wäre ja eine ganz wunderbare Behörde, wenn er seinerseits nicht ein Interesse daran hätte, soviel wie möglich Gas zu verteilen. Sie sehen aus den Berichten, die vorgetragen sind, daß die Gaswerke uns bisher einen erklecklichen Überschuß abgeworfen haben. Wir sind darauf angewiesen, dieses werbende Institut der Stadt ertragreich zu machen, aber was sollen wir machen, wenn von der höheren Instanz eine solche Verfügung kommt? Es bleibt uns nichts anderes übrig, als danach zu verfahren.

Stadtv. Bunge: Ich würde auch gern dafür sein, daß diese Strafgeelder ohne weiteres beseitigt würden, aber was würde die Folge davon sein? Es würden diejenigen Leute, die Geld in Hülle und Fülle haben, diejenigen sein, die Gas nach Belieben brauchten, ohne Einschränkung auf Gas kochten und nachher auch

noch die Grude zum Heizen hätten, während die ärmere Bevölkerung sich einschränken muß, weil ihr Geldbeutel nicht so weit reicht. Es ist meines Erachtens in der Weise ein Fehler gemacht, daß man die Verhältnisse der einzelnen Haushaltungen zu wenig berücksichtigt hat. Zum Beispiel ging es mir so. Mir steht ein Verbrauch von 35 cbm im Monat zu, während einzelstehenden Frauen ein Verbrauch von 50—60 cbm Gas zusteht. Als keine Grude zu erhalten war und ich den Gasherd mehr in Anwendung bringen mußte, habe ich ein Gesuch an die Direktion gemacht, die Verhältnisse klargelegt, daß wir zu vier verschiedenen Zeiten zum Essen nach Hause kommen usw., und darauf ist mir von seiten der Direktion auch ein etwas größerer Gasverbrauch zugestanden. Ich möchte den Magistrat bitten, in weitestgehender Weise denjenigen Leuten, bei denen man einsehen muß, daß die Verhältnisse tatsächlich so liegen, daß sie mit dem zugebilligten Gasverbrauch nicht auskommen können, ohne weiteres die Straf gelder zu erlassen und ihnen auch eine höhere Zuweisung von Gas zuteil werden zu lassen. Wenn das in dieser liberalen Weise geschieht, wie das der Herr Oberbürgermeister ja auch schon angedeutet hat, dann wird auch die Bevölkerung, die am meisten gedrückt ist, indem sie keine Kohlen kriegen kann, keine warme Stube hat, denen es an Geld fehlt, eine größere Gasmenge und dazu noch die Strafe zu bezahlen, eine große Erleichterung haben. Ich bitte, daß der Magistrat ersucht wird, für die Zukunft in dieser Weise vorzugehen.

Was nun die Preiserhöhung des Gases anbetrifft, so bin ich allerdings ein großer Gegner von sämtlichen Preiserhöhungen. Aber selbst Herr Stegmann kann sich dem nicht verschließen, daß alles teurer geworden ist, man mag nehmen, was man will, so daß man nicht anders kann, als auch hier zu sagen: Es geht nicht anders, wir müssen die Preiserhöhung bewilligen. Wenn wir aber nun einmal dazu schreiten, einen höheren Preis für das Gas festzusetzen, dann möchte ich aber auch bitten, daß dann die Qualität des Gases auf alle Fälle besser wird. Wenn wir das mit der Preiserhöhung erreichen würden, dann wären wir über eine große Schwierigkeit in der Stadt Braunschweig hinweg. Ich möchte den Magistrat ersuchen, in Überlegung zu ziehen, ob nicht dann, wenn ein höherer Preis bezahlt wird, es möglich ist, durch allerhand Verbesserungen in der Konstruktion ein besseres Gas zu erzeugen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Einer Bemerkung des Herrn Vorredners muß ich aufs entschiedenste widersprechen, nämlich der, den reichen Leuten werde es ermöglicht, indem sie ruhig die Straf gelder bezahlen, mehr Gas zu verbrauchen, als sie dürfen. So liegt die Sache nicht. Wenn wir zu der Überzeugung kommen, daß ohne genügenden Grund leichtsinnig über die Säge hinaus Gas verbraucht wird, bleibt uns nichts anderes übrig, als zur Abschneidung des Gas-

rohrs zu schreiten. Das wären ja heillose Zustände, wenn jemand sagen könnte: Ich kann es bezahlen und nehme so viel Gas, wie ich will! Es ist bereits mehreren Einwohnern, von denen der Vertrauensmann überzeugt ist, daß bei ihnen ohne genügenden Grund eine sehr wesentliche Überschreitung der ihnen zugewilligten Gasmenge stattgefunden hatte, die schriftliche Mitteilung zugegangen: Kommt das wieder vor, so wird die Gaszufuhr gesperrt.

Dann hat Herr Bunge hingewiesen darauf, daß es wünschenswert sei, die Qualität des Gases zu verbessern. Das ist selbstverständlich auch der Wunsch des Magistrats, und seitdem der Krieg ausgebrochen ist, sind fortwährend Versuche gemacht, um dies Ziel zu erreichen. Leider ist das Gegenteil eingetreten. Die Kohle war zeitweise so schlecht, daß es zur Hälfte Dreck war. Daraus kann man natürlich kein Gas machen. Englische Cannel-Kohle kommt überhaupt nicht mehr nach Deutschland herein, und wir haben nur noch einen ganz geringen Vorrat davon. Früher haben wir Benzol zugesetzt, um die Leuchtkraft des Gases zu verbessern. Aber auch Benzol gibt es nicht mehr, und außerdem hat sich herausgestellt, daß durch das Benzol sehr leicht die Röhren verschlammmt werden. Es ist augenblicklich — ich könnte mit diesen Ausführungen zugleich die Anfrage des Herrn Rector beantworten — ein Übelstand dadurch hervorgerufen, daß kein gutes Öl zum Waschen des Gases vorhanden ist. Öl wird benutzt, um das Gas von Naphthalin zu befreien. Dadurch, daß dieses Öl nicht in der geeigneten Qualität zu beschaffen ist, kommt es, daß in dem Gase, das durch die Röhrenleitung den Häusern zugeführt wird, mehr Naphthalin als zulässig enthalten ist; die Röhre verstopfen sich, und dadurch werden die Zuckungen der Gasflamme und die Unterbrechung des Brennens verursacht. Es bleibt nichts übrig, als die Röhre häufig reinigen zu lassen.

Wir tun das unsrige, um gutes Gas zu erzeugen, aber gegen die Macht der Verhältnisse ist nicht anzukommen. Es ist leider auch keine Aussicht vorhanden, besseres Waschöl zu erhalten.

Stadtv. Voeshigt: Ich möchte Herrn Stegmann gegenüber eine kurze Bemerkung machen. Er sprach von einem Hochschrauben des Preises, und daß die Schraube ohne Ende wiederkomme. Da möchte ich einmal darauf hinweisen, wie sich die Ausgaben für die Gaswerke stellen. Wir haben im vorigen Jahre an Löhnen in den Gaswerken 169 000 *M* und in diesem Jahre 203 000 *M* bezahlt. Das sind 34 000 *M* Löhne mehr. Auch für Kohlen haben wir mehr ausgegeben; im vorigen Jahre 708 000 *M* und in diesem Jahre 902 000 *M*. Wenn man die Differenz ausrechnet, so ist das in diesem Jahre eine erhöhte Ausgabe allein für Kohlen von über 80 000 *M*, und zusammen sind es 114 000 *M*, die wir für dieses beides mehr ausgegeben haben. Die Gaswerke sind ein Betrieb, den die Stadt

führt, um Gewinne zu erzielen, und die Einnahmen und Ausgaben müssen kaufmännisch berechnet werden und dabei die Unkosten, die größer geworden sind, mit berücksichtigt werden. Nicht aus Willkür, sondern tatsächlich wegen der erhöhten Ausgaben muß auch eine Erhöhung des Gaspreises vorgenommen werden. Ich bitte also, dem Beschluß der Finanzkommission zuzustimmen.

Stadtv. Stegmann: Herr Bunge erklärte vorhin, daß Grube- und sonstige Feuerung nicht zu haben gewesen sind. Gerade, weil das der Fall ist, sind viele darauf angewiesen, mehr Gas zu verbrauchen, als ihnen zugeteilt ist. Dafür sollen sie bestraft werden. Wenn ich mir das vor Augen führe, dann verstehe ich nicht, daß man die nötigen Schritte nicht unternehmen will, um die Strafgeelder zu beseitigen, besonders, nachdem man gesehen hat, daß die Strafgeelder als unrechtmäßig anerkannt sind. Wenn der Magistrat der Ansicht ist, daß alles beim alten bleiben soll, dann wäre zu empfehlen, daß die Braunschweiger Bevölkerung, wenn sie von solchen Strafen betroffen wird, Prozesse dagegen einleitet. Wenn auch in einzelnen Fällen den Leuten, bei denen es zu bunt geworden ist, die Leitung abgeschnitten ist, so trifft es doch zu, daß im allgemeinen diejenigen, welche es sich leisten können, wenig darauf achten, ob viel oder wenig Gas bei ihnen verbraucht wird. So schnell wird die Leitung nicht abgeschnitten, und die Strafgeelder schmerzen diese Leute nicht, wenn sie nur bequem, wie früher, wirtschaften können. Aber diejenigen, die sonst wenig Gas verbrauchen und doch aus Zwang jetzt mehr verbrauchen müssen, als ihnen vorgeschrieben wird, die schmerzt es am meisten. Deshalb sollte man dafür eintreten, daß diese Strafgeelder beseitigt werden. Der Herr Oberbürgermeister sagte, es würde nach Möglichkeit Entgegenkommen bewiesen. Was diese Erleichterungen betrifft, so könnte es der Leitung des Gaswerkes gar nicht angenehm sein, wenn alle Bürger nach den Worten des Herrn Oberbürgermeisters handeln und um Bewilligung eines größeren Quantum nachsuchen wollten. Es würde geradezu einen Sturm auf das Bureau des Gaswerkes geben, denn es sind viele Hunderte, die Strafgeelder bezahlen müssen. Viele unterlassen es nur, um sich die Scherereien zu ersparen. Es ist keine rechte Handhabung, daß man auf die Gnade des Magistrats verweist. Dem einen wird die Erhöhung abgelehnt, dem anderen genehmigt. Man beseitige entweder dieses System ganz, oder man treibt die Erbitterung noch weiter. Ich kann nur wünschen, daß auch von seiten der Bürger in Braunschweig Prozesse angestrengt und der Magistrat gezwungen würde, von diesem Systeme abzugehen.

Stadtv. Lauer: Ein Kubikmeter Gas kostet gegenwärtig 18 Pfennig, und wenn der Abnehmer sein Quantum überschreitet, wird als Strafe das Kubikmeter mit 50 Pfennig berechnet. Dieser Satz ist doch ein verhältnismäßig gar zu hoher,

und ich meine, eine Milde rung müßte bei diesen sogenannten Straf geldern in der Weise vorgenommen werden, daß nicht gleich von dem Sage 18 Pfennig auf 50 Pfennig geschritten wird. Es gibt doch noch ein Mittelding zwischen diesen beiden Preisen.

Viel böses Blut hat in Braunschweig die Tatsache erweckt, daß die Abrechnung immer eine monatliche ist, es wird immer nur der Verbrauch jedes Monats für sich berücksichtigt. Dabei kann es vorkommen, daß man vier bis fünf Monate lang unter dem entsprechenden Quantum geblieben ist, aber in einem einzigen Monat das Quantum überschritten hat und aus letzterem Grunde in Strafe gezogen wird. Richtig wäre es doch, wenn man sagen würde: Die Festsetzung des erlaubten Quantum erfolgt für das Winterhalbjahr oder, wenn die Spanne Zeit zu groß ist, für ein Vierteljahr; wer sein Quantum in dem betreffenden Vierteljahre überschreitet, muß Straf geld bezahlen. Ich glaube doch, daß eine solche Änderung stattfinden könnte oder müßte. Wenn man in mehreren Monaten vortheilhaft abgeschnitten hat und durch Verhältnisse, die man vorher nicht kennt, durch Krankheiten oder sonst etwas gezwungen wird, das festgesetzte Maß einmal zu überschreiten, so finde ich es nicht gerecht, wenn man dann eine Strafe bezahlen muß. Die Ungerechtigkeit in diesem Falle ist tatsächlich so krasser Art, daß der Magistrat im Sinne der Bürgerschaft handeln würde, wenn er den Versuch nicht unterließe, nach dieser Richtung hin etwas zu unternehmen. Ich irre mich jedenfalls nicht, wenn ich glaube, in den letzten Tagen gehört zu haben, daß außer Dessau noch in anderen Städten Prozesse in dieser Sache spielen, z. B. in Halle. Man sieht, daß überall in Deutschland die gleiche Ansicht über diese ungerechte Einrichtung besteht, und in Braunschweig sind die Verhältnisse so — das ist kein Geheimnis —, daß sich ein regelrechtes Consortium gebildet hat, welches den Plan hat, in dieser Beziehung sehr energisch auch bei dem Magistrat vorstellig zu werden. Ich gehe nicht so weit, wie Herr Stegmann es tut, daß ich meine Zustimmung, ob der Gaspreis erhöht werden soll, von einer Änderung in dieser Beziehung abhängig machen will. Wie die Verhältnisse liegen, bin ich für eine Erhöhung, aber ich meine, der richtige Augenblick ist es, diese Mißstände hier noch einmal besonders kräftig zu erwähnen, die lediglich in der Art der Abwicklung der Geschäfte liegen, und die tatsächlich leicht abgestellt werden könnten.

Oberbürgermeister Netemeyer: Herr Stegmann tat so, als ob der Magistrat es nicht der Mühe wert erachtete, in dieser Sache vorstellig zu werden. Bisher hat der Magistrat zu einem derartigen Vorwurf keine Veranlassung gegeben. Daß wir das größte Interesse daran haben, von der Einwohnerschaft diese Belastigung abzuwälzen, ist doch so klar, daß nicht darüber gestritten werden kann. Aber was sollen wir noch tun? Wir haben versucht, den Reichskohlenkommissar

dahin zu bewegen, daß das, was wir an der Straßenbeleuchtung sparen (und wir haben uns wirklich mit der Straßenbeleuchtung in einem Maße eingeschränkt, wie es nur möglich ist — das werden die Herren bezeugen können), der Einwohnererschaft gutgerechnet wird. Aber das ist von ihm abgelehnt. Nun frage ich Sie: Wenn sogar solche Anträge abgelehnt werden, haben Sie dann Hoffnung, daß die gänzliche Aufhebung der Strafgeelder Platz greifen würde? Das ist doch meiner Ansicht nach ganz aussichtslos. Ich muß anerkennen, daß der Kohlenkommissar jetzt in einer bösen Lage ist. Wenn er uns nicht mehr Kohlen schaffen kann und wir infolge zu starken Konsums nicht in der Lage wären, den Betrieb unseres ganzen Werkes aufrechtzuerhalten, was soll dann die Industrie in Braunschweig machen? Denn es handelt sich bei der Gaslieferung nicht nur um die Haushaltungen, sondern auch um die Aufrechterhaltung des Betriebes einer sehr wesentlichen Industrie, die ohne Gas nicht arbeiten kann. Wir müssen uns in die Verhältnisse schicken, meine Herren.

Nun hat Herr Lauer darauf hingewiesen, daß es eine unpraktische Einrichtung wäre, jeden Monat für sich allein zu rechnen.. Vollkommen einverstanden, Herr Lauer! Es ist deshalb auch in der Richtung, wie Herr Lauer vorschlägt, mit dem Kohlenkommissar verhandelt und ihm gesagt: Lassen Sie uns doch den Durchschnitt jeden Vierteljahres anrechnen! Aber auch das ist abgelehnt mit der Begründung, es könnte nicht darauf eingegangen werden, nachdem nun einmal diese Unordnung getroffen wäre. Ich erkenne an, daß bei dieser Art der Festsetzung des Schlüssels für den Gasverbrauch ein Fehler gemacht ist, und ich weiß aus eigener Erfahrung, daß man in dem einen Monat 60 Kubikmeter gebrauchen kann, in dem anderen sich mit 32 Kubikmetern behelfen muß. In dieser Festsetzung ist kein Sinn und Verstand — hätte ich beinahe gesagt; es hätte müssen ein Ausgleich geschaffen werden. Aber es ist das eine Unordnung, die für das ganze Reich getroffen ist, und wenn sie für die Allgemeinheit umgeworfen werden soll, macht das große Schwierigkeiten, und so ist diesem unseren Antrage nicht Rechnung getragen worden. Ich kann Ihnen nur den Rat geben: Lassen Sie uns versuchen, so gut es geht, durch die schwierigen Verhältnisse durchzukommen in der Hoffnung, daß es bald besser werden wird.

Stadtv. Munte: Selbstverständlich bedauere auch ich wie jeder, der bisher gesprochen hat, daß die Aufgelder — wie sie genannt werden, nicht Strafgeelder — bezahlt werden müssen von denen, die in dieser schlimmen Zeit mehr Gas verbrauchen, als sie dürfen. Das macht viel böses Blut. Sie haben aber vom Herrn Oberbürgermeister gehört, daß wir Beschlüsse fassen können, soviel wir wollen, daß wir damit aber doch nicht gegen die Bestimmungen, die von oben getroffen werden, ankommen können. Wir dürfen sie nicht aufheben, weil uns sonst die

Zufuhr an Kohlen für die Gasanstalt gesperrt würde, und dem dürfen wir uns unter keinen Umständen aussetzen.

Ich möchte nun darauf aufmerksam machen, daß nicht allein die bemittelten Leute diese Straf gelder zahlen müssen, es ist auch festzustellen, daß bedauerlicherweise am meisten von denen bezahlt werden muß, die früher wenig Gas gebraucht haben, auch jetzt noch einen geringen Gasverbrauch haben, aber notgedrungen statt 35 cbm deren 45 oder 47 gebrauchen. Das sind alles kleine Leute. Diejenigen, die früher über 150 cbm gebraucht haben, haben immer noch die Erlaubnis, 80 cbm zu verbrauchen, und damit kann man sich einrichten und auch sparen. Die kommen nicht an die Reihe bei Bezahlung der Straf gelder.

Nachdem wir aber gehört haben, daß es unmöglich ist, die Auf gelder abzu schaffen, möchte ich darauf hinweisen, daß wir mit 1 Pfennig Preiserhöhung für das Kubikmeter Gas bei Fortfall der Auf gelder gar nicht auskommen würden. Ich habe hier den Bericht über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, worüber wir nachher zu sprechen haben. Daraus geht hervor, daß für mehrverbrauchtes Gas, das durch Gasmesser abgegeben wurde, 95 000 *M* gezahlt sind, und für mehrverbrauchtes Gas, das durch Münzgasmesser bezogen wurde, noch 9000 *M* auf gekommen sind. Wir haben also im ganzen 104 000 *M* durch diese Auf gelder vereinnahmt. Da wir nun 8 Millionen Kubikmeter Gas verkaufen, und den Preis für das Kubikmeter nur um 1 Pfennig erhöhen, macht das nur eine Mehreinnahme von 80 000 *M*. Wir hätten also dann, wenn wir die Einnahme aus den Auf geldern nicht hätten, trotz der Erhöhung des Gaspreises um 1 Pfennig noch 24 000 *M* weniger einzunehmen, und müßten dann gleich den Preis für das Kubikmeter um 2 Pfennig erhöhen, wenn das Gaswerk auf der Höhe bleiben soll, was bei der Finanzlage der Stadt wünschenswert ist.

Stadtv. Ribbentrop: Das Gaswerk zu Dessau gehört einer privaten Gasgesellschaft, und ich bin mit einem der Direktoren bekannt; er hat mir gesagt, daß die Strafen mit vielem Vergnügen eingezogen würden. Die Privatgesellschaft betrachtet die Buße als eine Erhöhung ihrer Einnahmen. Ich unterstütze den Antrag des Herrn Lauer, daß es wünschenswert wäre, den erhöhten Konsum auf ein viertel oder halbes Jahr zu verteilen. Es ist mir gelungen, daß in Lodz durchzusetzen.

Bezüglich der Zufuhr an Kohlen habe ich dieselbe Erfahrung gemacht, die der Herr Oberbürgermeister gemacht hat; auch wir haben in unserem Werke in letzter Zeit wenig Kohlen bekommen. Ich will wünschen, daß der Herr Oberbürgermeister recht hat, daß es bald besser wird.

Was die Erhöhung des Gaspreises anlangt, so ist das eine Forderung, die absolut normal ist; es ist nichts dagegen zu sagen.

Stadtv. **Rector:** Ich muß es als eine große Härte bezeichnen, daß für den Mehrverbrauch des Gases Strafe bezahlt werden muß. Auch ich bin von dieser Maßnahme betroffen; das kommt aber nur dadurch, daß das Gas von so schlechter Beschaffenheit ist. Wäre das Gas besser, so wäre es nicht nötig, mehr davon zu gebrauchen, als festgesetzt ist. Bei diesem Gas kann ich absolut nicht arbeiten. Ich weiß nicht, ob das vielleicht daran liegt, daß ich so weit draußen wohne, und ob es in der Innenstadt damit besser ist. Es sind aus meiner Nachbarschaft eine ganze Menge Beschwerden gekommen von Leuten, die tagsüber zur Arbeit gehen. Wenn sie abends nähen wollen, z. B. ihre Wäsche ausbessern, so können sie das nicht, weil das Gas zu schlecht ist. Den Leuten müßte in der Weise entgegengekommen werden, daß man ihnen wenigstens Petroleum lieferte. Jetzt sind sie gezwungen, einige Tage zu Hause zu bleiben, um dann ihre Sachen in Ordnung zu bringen, denn neue können sie sich nicht kaufen, und bei dem schlechten Gaslichte ist abends nicht zu arbeiten. Einmal brennt es, dann flackert es, dann geht es ganz aus. In anderen Wohnungen ist es damit besser gewesen, aber in der Karlstraße, Grabenstraße, Oststraße ist es besonders schlecht. Ich möchte doch nochmals den Magistrat bitten, auf Mittel und Wege zu finnen — es bezieht sich das auf meine Anfrage —, damit sich in irgend einer Weise Remedur schaffen läßt. Wenn die Leute, von denen ich sprach, gezwungen sind, einzelne Tage zu Hause zu bleiben, so stört das den ganzen Betrieb, in dem sie beschäftigt sind. Wenn es auch eine Teilarbeit ist, die sie vorzunehmen haben, so sind doch diejenigen, die mit ihnen zusammen arbeiten, wenn einige ausbleiben, nicht imstande, weiterzuarbeiten, und der Arbeitermangel wird dadurch immer größer.

Der Erhöhung des Gaspreises wird zugestimmt.

Herr Stadtv. **Rector** erklärt sich damit einverstanden, daß seine Anfrage durch Behandlung dieses Punktes erledigt ist.

10. Abfuhr des Hausmülls nach dem Bürgerparke während der Wintermonate.

Stadtv. **Wesemeier:** Der Hausmüll aus der Stadt Braunschweig wird jetzt bekanntlich nach der Sandgrube vor dem Mascheröder Holze gefahren. Infolge der weiten Entfernung der Grube von der Stadt können die Müllwagen im Winter den Weg nicht mehr dreimal, sondern nur zweimal fahren. Nach den Erfahrungen, die bisher gemacht sind, sind im Sommer 16 und im Winter 23 Gespanne nötig. Der Magistrat ist der Ansicht, daß es infolge des zunehmenden Mangels an geeigneten Arbeitskräften im bevorstehenden Winter ausgeschlossen sein würde, daß 23 Gespanne gestellt werden könnten. Es muß deshalb Bedacht darauf genommen werden, daß die Wagen wieder drei Fuhren am Tage machen können, und das kann nur bewerkstelligt werden, wenn ein näher liegender Ab-

ladeplatz gefunden wird. Man hat nun ins Auge gefaßt, wie im vorigen Winter, so auch im nächsten Winter wieder den Hausmüll nach dem Bürgerparke zu fahren. Eine Regelung, die den Hausmüll aus der Stadt schafft, muß geschaffen werden, denn wir haben im vorigen Winter die üble Erfahrung gemacht, daß der Hausmüll, als er nicht abgefahren werden konnte, von den Einwohnern einfach auf die Straße geschüttet wurde. Deshalb schlägt uns der Magistrat vor, uns damit einverstanden zu erklären, daß während der bevorstehenden Wintermonate im Bedarfsfalle der Hausmüll statt nach der Mascheröder Grube wiederum nach dem Bürgerparke gefahren wird. Es ist selbstverständlich, daß ein geeigneter Platz dafür im Bürgerparke ausgesucht wird, damit keine Unzuträglichkeiten durch die Lagerung des Mülls entstehen.

Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen, dem zuzustimmen, was der Magistrat Ihnen vorgeschlagen hat.

Stadtv. Ribbentrop: Schon vor einigen Jahren wurde der Bürgerpark als Müllabladepatz benutzt. Ein günstiger Abladepatz ist das eigentlich nicht, aber die Fuhrwerke sind eben rar, und die Umlieger des Bürgerparks werden sich mit der Abfuhr nach dieser Stelle abfinden müssen. Ich möchte nur noch die Bitte an den Magistrat richten, er wolle dahin wirken, daß nicht ähnliche Verhältnisse daraus werden, wie sie sich damals herausgestellt hatten. Der Müll wurde direkt vor der Tür des Straßenbahngebäudes abgeladen, und man konnte ganz in unserer Nähe eine Herde von an Diphtheritis kranken Hühnern liegen sehen, von denen Herr Loeschigk meinte, es wären wohl alte Pudelmützen gewesen. Verschiedene Krankheiten brachen bei unserem Personal aus. Herr Dr. Roth sprach sich dahin aus, daß dies mit der Müllabfuhr zusammenhinge. Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß in dieser Hinsicht Vorsicht geboten ist. Die Papiersegen, die mit dem Müll abgeladen werden, werden bei dem immer vorherrschenden Westwinde gegen das Lazarett getrieben, sie und der Staub können die Verbreiter von Krankheiten werden; auch die Braupfannen in der Wolterschen Brauerei werden in Mitleidenschaft gezogen werden. Ich bitte deshalb, nach Möglichkeit dafür Sorge zu tragen, daß die Belästigungen durch die Müllabfuhr nach dem Bürgerpark so gering werden, wie es irgend möglich ist.

Der Antrag des Magistrats wird dem Antrage der Statutenkommission entsprechend angenommen.

11. Bericht über die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke, des Privateinrichtungsgeschäfts, der Neustadtmühle und des Abwäsepumpwerks.

Stadtv. Munte: Der Bericht über diese verschiedenen Einrichtungen ist Ihnen allen zugegangen; er ist in derselben übersichtlichen Weise hergestellt, wie

das schon immer geschehen ist. Ich darf annehmen, daß Sie sich bei dem Interesse, welches Sie für alle städtischen Angelegenheiten zeigen, mit dem Bericht genügend bekannt gemacht haben, und es wird mir daher erspart sein, einen ganz ausführlichen Bericht hier zu erstatten. Ich möchte mich darauf beschränken, wenn Sie damit einverstanden sind, jedesmal nur das Gewinn- und Verlustkonto und die Bilanz zu einer Besprechung zu empfehlen. Es könnten sich ja die Herren melden, die zu dem vorliegenden Bericht sonst noch irgend etwas zu bemerken hätten. (Zustimmung der Versammlung.)

Auf Seite 16 und 17 ist die Gewinn- und Verlustrechnung der städtischen Gaswerke für das Jahr 1917/18 aufgestellt. Sie finden dort, daß erfreulicherweise ein Gewinn von 646 112,24 *M* aus den Gaswerken herausgewirtschaftet ist, selbstverständlich ohne Berücksichtigung der vor einigen Jahren gebauten großen Neuanlage, die gewaltig viel Geld gekostet hat, aber erfreulicherweise jetzt ziemlich abgeschrieben ist. Nach der Vermögensübersicht (Seite 18/19) stehen die Gaswerke noch mit fast 1 Million Mark zu Buche.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für die städtischen Wasserwerke (S. 28/29) zeigt einen Gewinn von 277 115 *M*, und nach der Vermögensübersicht auf der folgenden Seite stehen die Wasserwerke noch mit 2 271 684 *M* zu Buche.

Das Privateinrichtungsgeschäft ist bekanntlich auf Beschluß der städtischen Behörden in der Rechnungslegung von den Gas- und Wasserwerken getrennt, während es früher mit den Wasserwerken vereinigt war. Diese Abtrennung ist geschehen, um eine bessere Übersicht darüber zu haben, wie es arbeitet. Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Privateinrichtungsgeschäft (Seite 34/35) schließt mit einem Gewinn von 54 903 *M*. Welche Bestände und Verpflichtungen für das Privateinrichtungsgeschäft vorhanden sind, zeigt die Vermögensübersicht auf derselben Seite. Unter den Verpflichtungen finden Sie eine Schuld von 181 417 *M*, die dadurch entstanden ist, daß bei Abtrennung des Privateinrichtungsgeschäftes von den Wasserwerken die Vorräte übernommen wurden, und den Betrag dafür hat es nach und nach abzutragen. Es wird Ihnen in der Vorlage des Magistrats ein Vorschlag darüber unterbreitet, wie das geschehen soll.

Auch die Neustadtmühle (Seite 36/37) hat erfreulicherweise sehr gut gearbeitet. Es sind beinahe 100 000 *M* durch ihren Betrieb gewonnen.

Endlich kommen wir zum Abwässpumpwerk, einem Werk, das nichts einbringen kann, sondern nur Kosten verursacht. Es pumpt für die Stadt die Abwässer aus Braunschweig und muß dafür wieder die Stadt anpumpen, damit ihm die Kosten aus der Kammereikasse bezahlt werden. Es erforderte im abgelaufenen Jahre einen Zuschuß von über 50 000 *M*.

Es ist dem Bericht über die genannten Werke angehängt eine Tabelle mit graphischen Darstellungen über die Fördermengen der beiden Wasserwerke, den

Eisen- und Chlorgehalt sowie die Härtegrade des Wassers und über die Höhe des Wasserspiegels in dem Sammelbrunnen. Dies ist jedenfalls sehr interessant und gibt uns manche wünschenswerten Aufschlüsse.

Stadtrat von Franckenberg: Es war im Finanzausschusse die Frage laut geworden, wie es mit der Gewerbesteuer des Privateinrichtungsgeschäftes stände. Ich habe inzwischen die Zahley herbeigeschafft und kann darüber heute Auskunft geben. Es ist bekanntlich das Streben der Stadtverwaltung gewesen, auch für dieses Privateinrichtungsgeschäft eine sachgemäße Veranlagung aufzustellen, allerdings nur für die Privatarbeiten und nicht für diejenigen Arbeiten dieses Geschäfts, die für die Stadt selber ausgeführt sind, z. B. bei Kanalan schlüssen. Es ist in den letzten Jahren die Veranlagung auf 240 M für 1915/16, 195 M für 1916/17, 240 M für das abgelaufene Jahr festgestellt gewesen. Im verfloffenen Jahre haben wir einen Umsatz von 141 531 M gehabt, und danach wird die Veranlagung für das kommende Jahr eingerichtet werden. Der Veranlagungsaus schuß ist immer bestrebt gewesen, mit dem gleichen Maße wie die hiesigen privaten Gewerbetreibenden in der Stadt auch das Privateinrichtungsgeschäft zu messen.

Stadtv. Munte: Meine Herren! Ich habe Ihnen nun die Vorschläge des Magistrats in betreff dessen, was mit den erzielten Gewinnen geschehen soll, vorzutragen. In dem den Berichten beigegeführten Schreiben wird gesagt:

„Auf Vorschlag der Verwaltungsdeputation empfiehlt der Magistrat, die Tilgung der dem Wasserwerke vom Privateinrichtungsgeschäft geschuldeten 181 417,14 M in der Weise zu bewirken, daß von dem Reingewinn des Privateinrichtungsgeschäfts, sofern dieser dazu ausreicht, alljährlich nach Abschluß der Jahresrechnung auf Beschluß der städtischen Behörden die Summe von etwa 20 000 M, und für diesmal — zur Abrundung — der Betrag von 21 417,14 M an die Kasse der Wasserwerke abgeführt wird.“

Von den Überschüssen der Gaswerke und der Wasserwerke sind, wie vereinbart, 3000 M + 2000 M = 5000 M an das Stammvermögen der Stiftung Kindersegen abzuführen. Von dem Reste der Überschüsse der Werke und des Privateinrichtungsgeschäfts fließt ein Fünftel nebst dem ganzen Gewinne der Neustadtmühle in die Kammereikasse und der übrigbliebende Teil in den Ausgleichsfonds. Die verschiedenen Überschüsse werden demnach zu verwenden sein, wie folgt:

Überschuß der Gaswerke	646 112,24 M,
Überschuß der Wasserwerke	277 115,10 M,
Überschuß des Privateinrichtungsgeschäfts	54 903,49 M,
Summa	978 130,83 M.

Davon erhält a) die Stiftung Kinderlegen 5000 *M*, b) das Wasserwerk für seine Forderung an das Privateinrichtungsgeſchäft 21 417,14 *M*. Von dem Reſte zu 951 713,69 *M* fließen vier Fünftel mit 761 370,95 *M* dem Ausgleichsfonds zu, während die verbleibenden 190 342,95 *M* und der Ueberſchuß der Neuſtadt-mühle zu 99 712,02 *M*, mithin 290 054,76 *M*, an das Ordinarium der Kammereikaſſe abzuführen ſind.“

Der Magiſtrat gibt anheim, die Ueberſchüſſe — vorbehaltlich der rechneriſchen Nachprüfung — genehmigen und die eben von mir mitgeteilte Verwendung der Ueberſchüſſe gutheißen zu wollen. Die Finanzkommiſſion, die über dieſe Punkte beraten hat, iſt einſtimmig zu der Entſchließung gekommen, dieſe Anträge des Magiſtrats gutzuheißen und ihnen zuzustimmen. Meine Herren! Sie erſehen aus dem Antrage, daß in den Ausgleichsfonds ca. 760 000 *M* fließen werden. Dieſer Ausgleichsfonds, der früher dazu beſtimmt war, bei neu zu errichtenden Schulbauten herangezogen zu werden, dient jezt zur Schuldentilgung, und der ihm in dieſem Jahre zu überweiſende Betrag wird zur Verringerung der Stadtſchulden erheblich beitragen, was ſehr erfreulich iſt.

Die Verſammlung ſtimmt gemäß dem Vorſchlage der Finanzkommiſſion den ſämtlichen in dieſer Sache geſtellten Anträgen des Magiſtrats zu.

12. Ankauf eines Grundstücks an der Ritterſtraße.

Stadt v. Dr. **Landauer**: Der Schuhmachermeiſter Poland hat ſein an der Ritterſtraße neben dem Volksbrauſebade liegendes Haus zum Preise von 25 000 *M* der Stadt zum Kauf angeboten in der Annahme, daß das Grundstück dereiſt zur Erweiterung des Volksbades dienen könnte. Der Magiſtrat hat das Hochbauamt wegen Ankauf dieſes Hauſes um Rat gefragt, und dieſes hat den Ankauf des Hauſes beſtätigt. Allerdings wird das Grundstück dereiſt nicht zur Vergrößerung des Volksbrauſebades in Anſpruch genommen werden, da es beſſer iſt, falls der Beſuch des Volksbades an der Ritterſtraße zu ſtark werden ſollte, daß dann ein zweites Bad in anderer Gegend gebaut wird. Aber das Grundstück hat einen andern wichtigen Wert für die Stadt. Es grenzt an den Hof der Gewerbeſchule, und da vom Direktor dieſer Anſtalt angeregt iſt, Lehrwerkſtätten für die Gewerbeſchule zu errichten, ſo würde dafür das Grundstück außerordentlich dienlich ſein können. Das Hochbauamt hat den Wert des Grundstücks auf 24 200 *M* geſchätzt, und Herr Poland hat darauf ſeine Forderung auf 24 500 *M* ermäßigt. Das Haus iſt in einem verhältnismäßig guten Zuſtande, ſo daß für das Grundstück in abſehbarer Zeit keine größeren Mittel zu Reparaturen uſw. in Anſpruch genommen zu werden brauchen. In dem Hauſe befinden ſich acht Wohnungen,

die vermietet sind. Der Magistrat hat unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Versammlung einen Kaufvertrag abgeschlossen und bittet um dessen Genehmigung.

(Redner teilt die wichtigsten Punkte aus dem Vertrage mit.)

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen die Zustimmung zum Kauf des Hauses und Bestätigung des Kaufvertrages.

Die Versammlung stimmt dem Kauf des Hauses zu und genehmigt den Kaufvertrag.

13. Ankauf eines Grundstücks an der Mönchstraße.

Stadt. **Munte:** Es handelt sich um den Ankauf des Hauses Mönchstraße 17. Das Grundstück gehört den Stöferschen Erben. Das sind alte Leute; sie wohnen in Halberstadt und möchten das Haus verkaufen. Da das Haus an das Grundstück der Mittelschule grenzt, so ist es wünschenswert, daß die Stadt dieses Haus — und später vielleicht auch noch andere, die in den Schulhof der Knaben-Mittelschule einschneiden — ankauft. Das heute in Frage stehende Haus ist nur klein und soll 16 000 *M* kosten. Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß die Instandsetzung des Hauses noch 3000 *M* Kosten verursachen wird, aber das Hochbauamt hat berichtet, daß trotz dieser Kosten es angemessen erscheine, das Haus zu dem geforderten Preise zu erwerben. Die Erben schreiben dann noch, daß sie mit dem Preise einverstanden sind, nur möchten sie die Umschreibungskosten nicht bezahlen. Es ist wohl mehr oder weniger selbstverständlich, daß diese Kosten zu Lasten des Käufers gehen. Der Magistrat scheint auch auf diesen Punkt nicht weiter eingehen zu wollen und ersucht uns, ihn zum Ankauf des Grundstücks Mönchstraße 17 zum Preise von 16 000 *M* und zur Aufwendung der dringend erforderlichen Instandsetzungskosten ermächtigen zu wollen.

Die Finanzkommission hat sich mit der Vorlage befaßt, hat ihre Zustimmung dazu erklärt und bittet Sie, den Anträgen des Magistrats gleichfalls zuzustimmen.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Wir haben nicht die Absicht, die 3000 *M* für die Instandsetzung des Hauses sofort aufzuwenden, es ist vielmehr beabsichtigt, nur die dringlichen Arbeiten dafür jetzt auszuführen. Im übrigen soll die Instandsetzung des Hauses auf später verschoben werden, und wir werden dann die erforderlichen Mittel dafür in den Haushaltsplan einstellen. Wenn Sie sich aber heute schon mit der Aufwendung der Instandsetzungskosten einverstanden erklären wollen, so steht dem nichts entgegen.

Vorsitzender **Wegerhoff:** Wenn wir heute darüber beschließen, brauchen wir es später nicht zu tun.

Dem Antrage der Finanzkommission wird zugestimmt.

Herr Stadt. **Niete** übernimmt den V o r s i z.

14. Bericht über die städtische Wohnungspflege im ersten Halbjahr.

Stadtv. **Wesemeier:** Wir haben die städtische Wohnungspflege bekanntlich am 1. April d. J. eingerichtet, und der Bericht, den die angestellte Wohnungspflegerin gibt, erstreckt sich auf die Zeit vom 1. April bis zum 30. September dieses Jahres. Die Wohnungspflege beschränkt sich auf Kleinwohnungen im Mietpreise bis zu ungefähr 400 M. In ihrem Berichte erklärt die Wohnungspflegerin, es sei ihr wegen der Kriegsverhältnisse nicht möglich gewesen, irgendwie wohnungspflegerisch einzugreifen, da infolge des Wohnungsmangels keine einwandfreien Wohnungen für schlechte zu beschaffen gewesen seien und Baumaterial für notwendige Reparaturen und die notwendigen Reinigungsmittel sehr knapp seien. Damit wird das ganze Wohnungselend, wie wir es heute in der Stadt Braunschweig zu konstatieren haben, amtlich festgestellt. Es wurde ja vor noch nicht langer Zeit hier immer noch bestritten, daß überhaupt ein Wohnungsmangel bei uns vorhanden ist. Hier haben wir die amtliche Feststellung, daß wir ein Wohnungselend in den kleinen Wohnungen in der Stadt haben. Die Wohnungspflegerin sagt, daß sie verschiedentlich bei Abstellung von unangenehmen Dingen in den Wohnungen auf Widerstand gestoßen ist. Stellenweise hat sie sogar die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen müssen, um gesundheitswidrige Mängel in den Wohnungen zu beseitigen. Was ich damals bei der Beratung über Einrichtung der Wohnungspflege schon gesagt habe, ist also eingetroffen, nämlich daß die Stellung der Wohnungspflegerin keine angenehme sein werde. Die Wohnungspflegerin konstatiert, daß sie vielfach bei der Besichtigung von Wohnungen selbst groben Beleidigungen ausgesetzt worden ist, weil die Bewohner teilweise angenommen haben, daß sie nach verborgenen Nahrungsmitteln und nach unabgelieferten Metallen und Fahrradhercifungen forschen wollte. Die Wohnungspflegerin kam infolge dieser unangenehmen Begleitererscheinungen dazu, daß sie ihre Tätigkeit, wenigstens die systematische Besichtigung der Wohnungen und soweit ihre Tätigkeit auf Anzeige der Fürorgestellten notwendig gewesen wäre, eingestellt hat, und empfiehlt, daß für die Zeit des Krieges, bis bessere Verhältnisse geschaffen sind, die Wohnungspflege sich darauf beschränkt, nur in den Fällen einzugreifen, wo die Benutzer der Wohnungen es verlangen. In dem Bericht wird gesagt, daß die Haupttätigkeit der Wohnungspflegerin, durch die Wohnungsknappheit hervorgerufen, sich darauf erstreckt habe, sich mit der Beschaffung von Wohnungen und Unterbringung der Obdachlosen zu befassen. Sie gibt weiter in ihrem Bericht eine Tabelle, die jedenfalls noch weiter ausgebaut werden muß, besonders auf dem sozialpolitisch wertvollen Gebiete. Es ist ja auch nur der einführende Bericht über das erste halbe Jahr, und die Wohnungspflegerin wird vielleicht selbst zu der Erkenntnis kommen, daß das Ergebnis ihrer Arbeit in dem Tabellenwerk mitbehandelt werden muß. Sie hat im ganzen in den sechs

Monaten 217 leerstehende Wohnungen angesehen; in den verschiedenen Monaten 26, 18, 58, 56, 38, 21. Auf Anzeigen oder Beschwerde und systematisch hat sie besichtigt im ganzen 281 Wohnungen; in den einzelnen Monaten 40, 28, 30, 27, 72, 84. Sie sehen, meine Herren, das ist eine steigende Tendenz nach dem Schluß des Halbjahrs zu. Was aus diesen besichtigten Wohnungen geworden ist, das ergibt leider die Statistik nicht, und es wäre wertvoll, das zu erfahren. Nachgeprüft hat die Wohnungspflegerin 74 Wohnungen, und zwar in den verschiedenen Monaten 2, 19, 22, 7, 10, 14. Der Baupolizei hat sie im ganzen 8 Fälle überwiesen, in den einzelnen Monaten 4, 1, 5, 8, 3, 13. Auskünfte hat die Wohnungspflegerin während des ganzen Halbjahrs erteilt 215, in den verschiedenen Monaten 7, 11, 23, 44, 48, 82. Das deutet darauf hin, daß im September gegenüber den früheren Monaten der Wohnungsmangel ganz erheblich gestiegen ist. 23 Fälle sind verzeichnet, die sie den verschiedenen Wohlfahrtseinrichtungen überwiesen hat (2, 2, 6, 6, 5, 2). Die Zahl der Eingaben um Freilassung verbotener Wohnungen beträgt 7, die der abgehaltenen Sprechstunden 184 (30, 28, 31, 31, 24, 30), die der Besprechungen an verschiedenen Orten 156 (28, 26, 24, 28, 18, 32). Ob die letzteren außerhalb Braunschweigs stattgefunden haben oder wo sonst, darüber bin ich mir nicht klar.

Wenn man die Endsumme des Zahlenmaterials ansieht, so ist das schon eine Tätigkeit, die ziemlich umfangreich ist. Der Bericht ergibt eben, daß wir an einem gewaltigen Mangel an Wohnungen leiden, und es wäre dringend zu wünschen, daß endlich vom Reichstage die Unterstützung der Bautätigkeit geregelt würde. Es ist bekanntlich geplant, daß die Mehrkosten der Bautätigkeit nach dem Kriege zu einem Drittel je von dem Reiche, dem Staate und den Gemeinden getragen werden sollen. Ob wir wollen oder nicht, es ist eine Notwendigkeit, daß wir die Bautätigkeit nach dem Kriege beleben. Die Wohnungspflegerin und der Magistrat werden in eine ganz böse Kalamität geraten, wenn die Leute aus dem Felde zurückkommen und die Wohnungsnot sich zuspitzt. Hoffentlich wird die Sache im Reichstage bald erledigt, damit die schlechten Wohnungen ausgemerzt werden können, die — wie man zwischen den Zeilen des Berichts der Wohnungspflegerin lesen kann — unter keinen Umständen bewohnt werden dürften.

Stadtrat von Frankenberg: Ich darf mich dem Wunsche, den der Herr Berichterstatter wegen Besserung der Wohnungsverhältnisse durch Zuschüsse des Reichs eben ausgesprochen hat, anschließen. — Was den Bericht der Wohnungspflegerin anbetrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß sie auf unsere Veranlassung insbesondere mit Rücksicht auf die Neuheit ihrer Tätigkeit in Verbindung getreten ist mit den andern Wohlfahrtseinrichtungen unserer Stadt, die mit ihrer Arbeit in gewissem Zusammenhange stehen, insbesondere mit dem Landes-

fürsorgeamt und der Jugendfürsorge. Sie hat allmonatlich an den Versammlungen der Armen- und Waisenspflegerinnen, die unter Mitwirkung des städtischen Oberarztes, Herrn Geh. Sanitätsrat Dr. von Holwede, abgehalten werden, teilgenommen und sich an der Aussprache, die sich in diesen Sitzungen regelmäßig ergab, beteiligt. Dadurch hat sie manchen wertvollen Einblick in die Fürsorgeeinrichtungen unserer Stadt gewonnen. Dieser Bericht über das erste halbe Jahr der Wohnungspflege läßt erkennen, daß bei Weiterentwicklung der Tätigkeit der Wohnungspflegerin den Erwartungen entsprochen werden wird, die die geehrten Herren und der Magistrat an sie geknüpft haben.

Vorsitzender **Riefe**: Der Bericht ist nur zur Kenntnis zu nehmen, eine Besprechung ist nicht vorgesehen.

Stadtv. **Meyerhoff** übernimmt den Vorsitz wieder.

15. Herrichtung eines Straßenbahngleises vom Hutfiltern über Rattreppeln nach dem Posthofe.

Stadtv. **Rajche**: Die Postverwaltung will künftig die Beförderung der Postgüter zwischen dem Hauptpostamte und dem Hauptbahnhofe durch die Straßenbahn vornehmen lassen. Zu dem Zwecke ist nötig, daß vom Hutfiltern über Rattreppeln ein Gleis in den Johannishof eingeführt wird. Schwierigkeiten bereitet die Einmündung des Gleises vom Rattreppeln in den Johannishof, da die Straße hier eng ist und der Fahrdamm zum größten Teile von einem Postkabelschacht in Anspruch genommen wird. Jedoch hat das städtische Tiefbauamt ermittelt, daß bei einer Abschrägung des Bürgersteiges an der Ecke des Postgebäudes, in dem die Paketannahme stattfindet, und des südlichen Bürgersteiges des Johannishofes die Legung des Gleises noch möglich ist. Der Anschluß der Straßenbahn nach dem Hauptbahnhofe steht hier nicht zur Besprechung, da die hierfür nötigen Gleise nur auf Gelände zu liegen kommen, über das die Eisenbahnverwaltung zu verfügen hat. Kosten erwachsen der Stadt aus der Anlage nicht, und es sind auch die nötigen Vorsichtsmaßregeln vorgeschrieben, damit Fahr- und Fußgängerverkehr auf dem Rattreppeln nicht gefährdet werden. Der Magistrat gibt anheim, der Anlage dieses Gleises zuzustimmen. Die Baukommission, die sich mit der Sache beschäftigt hat, empfiehlt ebenfalls Annahme des Antrages der Straßenbahn.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung zur Ausführung der Gleisanlage.

16. Aufstellung von Ueberwachungsbeamten für Ausgabe der Lebensmittellkarten.

Stadtrat **Wagner**: Die Zuteilung der öffentlich bewirtschafteten wichtigsten Lebensmittel auf Grund der sogenannten schlüsselförmigen Verteilung erfolgt be-

kanntlich nach den amtlichen Festsetzungen der Ziffer der versorgungsberechtigten Bevölkerung. Es ist schon vor einer Reihe von Monaten angeordnet, daß zu dem Zweck ganz genaue Nachweisungen gegeben werden müssen. Die Grundlage dazu ist geschaffen durch die Einrichtung einer Hauptkartei, die durch Eintragung von Zu- und Abgang für jede Person — wegen Todes, Fort- und Zuzuges, Einziehung zum Militärdienst, Entlassung aus dem Heeresdienst usw. — auf dem laufenden gehalten wird. Diese Kartei stützt sich auf die von den Haus- und Wirtinnen alle 8 Wochen vor Ausgabe jeder Lebensmittellistenreihe gegebenen Nachweisungen. Es ist nun nicht ausgeschlossen, daß auf Grund von wissentlich falschen Angaben von gewissenlosen Haus- und Wirtinnen zum Teil uns zu hohe Zahlen der Hausbewohner gemeldet worden sind. Einige Fälle dieser Art sind in letzter Zeit zutage gekommen, u. a. liegt folgender Fall vor: Es sind zwei Personen, die seit längerer Zeit aus Braunschweig verzogen sind, jedesmal noch weiter gemeldet, und der Hauswirt hat die Lebensmittellisten für sie weiter erhalten und für sich verbraucht. Da es unbedingt notwendig ist, daß die uns äußerst sparsam zugeteilten Lebensmittel — Schlachtvieh, Brotgetreide, usw. — ausreichen, müssen wir jetzt besondere Maßnahmen treffen, um zu überwachen, ob nicht die Angaben der Haus- und Wirtinnen falsch sind. Die Durchführung dieser Überwachung mit dem uns zur Zeit zur Verfügung stehenden Personal ist nicht möglich, denn unsere Lebensmittelüberwachungsbeamten haben schon so viele Aufgaben zu erfüllen, daß sie den ganzen Tag voll in Anspruch genommen sind und nicht auch noch Stichproben, die in größerem Umfange erforderlich scheinen, vornehmen können. Wir halten aber für nötig, daß zunächst einmal in größerem Umfange Nachprüfungen in den verschiedenen Häusern unerwartet vorgenommen werden. Dazu wird es notwendig sein, daß wenigstens eine Zeitlang mehrere Personen hierfür besonders angenommen werden. Ergibt sich dann, was zu hoffen ist, daß die Frechheit, die man in einer derartigen falschen Angabe erblicken muß, nur von vereinzelt Leuten ausgeht wurde, so wird man vielleicht die Beamten zum Teil entlassen und sich mit einem einzigen begnügen können. Wir möchten deshalb die geehrten Herren bitten, uns zu ermächtigen, die Mittel, die zur Annahme derartiger Überwachungsbeamten erforderlich sind, zur Verfügung zu stellen. Wir können nicht sagen, in welchem Umfange und wie lange das nötig ist, können Ihnen Zahlen dafür nicht angeben, werden aber natürlich so sparsam wie möglich vorgehen. Die Finanzkommission hat sich mit der Frage befaßt und stimmt unserer Auffassung bei.

Stadtv. Frede: Nach den Ausführungen des Herrn Stadtrats Wagner könnte in der Öffentlichkeit der Anschein erweckt werden, als wenn wegen Verfündigung gegen diese Vorschriften nur die Hauseigentümer bzw. deren Stell-

vertreter in Frage kämen. Ich muß einer solchen Annahme widersprechen. Es kann die Schuld ebenso gut auch an anderer Stelle liegen, und es ist selbstverständlich unsere Pflicht, daß wir der Sache auf den Grund gehen, schon um festzustellen, daß auch andernwärts Verfehlungen in dieser Beziehung vorkommen. Wenn ich in meinem Hause, in dem 8 Familien wohnen, Bescheid weiß und mich um den Familienbestand dieser 8 Familien kummere, so habe ich damit meiner Pflicht genügt. Aber die Hauswirte haben während des Krieges sehr viel mit solchen Sachen und andern Aufträgen zu tun, ständig müssen sie sich auf dem laufenden erhalten, und das sollte auch anerkannt werden! Wenn jemand mehrere Häuser hat, ist es von ihm nicht gut zu verlangen, daß er immer weiß, welcher Bestand in den einzelnen Familien vorliegt. Wenn ich die Karten in einem 2., 3. oder 4. Hause abliefern lasse und der Mieter attestiert: „Ich habe die Karten bekommen, es ist richtig“, obgleich eine der Personen verreist ist, dann kann den Hauswirt keine Schuld treffen.

Es kann auch eine Anordnung des Magistrates schuld an der verkehrten Auslieferung von Karten sein, wie ich das schon in der Kommission mitgeteilt habe, nämlich folgende: Es sind Leute bei mir kurz vor dem 1. Oktober ausgezogen, ohne sich bei mir abgemeldet zu haben. Ich wußte nicht, wohin sie gezogen waren, nach auswärts oder nach einem anderen Hause in der Stadt. Nun sind am vorigen Donnerstag die Karten ausgeteilt, und ich hatte meiner Frau gesagt: Gib die Karten für die ausgezogenen Leute an die Kartenausgabestelle zurück. Der Kartenverteiler aber hat das nicht angenommen, sondern gesagt: Sie müssen die Karten behalten, sie werden von dem ausgezogenen Mieter abgeholt. Zufällig stellt sich auch keine Abholerin ein, die die Karten für die Ausgezogenen anforderte. Wenn nun aber die Leute nach auswärts gezogen sind und die Karten nicht abgeholt werden, dann liegt damit eine Versuchung für den Hauswirt vor. Ich warte vielleicht ein oder zwei Tage, und die Karten werden nicht abgeholt. Geht noch längere Zeit vorüber, ohne daß dem Hauswirt die Karten abgenommen werden, so liegt die Versuchung für den Hauswirt vor, daß er sich sagt: Die Leute sind nach auswärts gezogen, behalte die Karten! In solche Versuchung darf der Hauseigentümer nicht geführt werden.

Sind nun die Leute nicht nach außen verzogen und lassen die Karten von dem früheren Hauswirt abholen, so weiß dieser doch nicht, ob der früher vorhandene Familienbestand bei den Ausgezogenen noch vorliegt. Sie mögen ein Dienstmädchen gehabt haben, das am 1. Oktober entlassen ist, und es sind nur noch 3 Personen, während sie 4 Karten bekommen. Da können die Ausgezogenen vielleicht sagen: Der frühere Hauswirt schick dir die vier Karten, der neue ist nicht unterrichtet, also behältst du die vier Karten. Der neue Hauswirt kümmert sich erst darum, wenn er das neue Verzeichnis aufstellt. Also die Maßnahme, wie sie

bisher gehandhabt wurde, ist nicht richtig. Ich habe deshalb Herrn Stadtrat von Frankenberg gebeten, eine andere Anweisung zu geben.

Ich wollte mit meinen Ausführungen nur sagen: Hier und da mögen Fehler wohl vorkommen, sie sollen allerdings nicht vorkommen, und Gewissenlosigkeit soll bestraft werden. Aber ich möchte vor einer einseitigen Stellungnahme warnen. Wir sind alle Menschen und alle unvollkommen, man darf nicht nur einen Stand beschuldigen.

Stadtrat Wagner: Selbstverständlich ist es nicht unsere Absicht, solche Hauswirte zu bestrafen, die an derartigen falschen Angaben schuldlos sind. Aber einmal wird man verlangen können, daß der Hausbesitzer selber, auch wenn er mehrere Häuser hat, oder ein von ihm zu bestellender Wirt sich vor der Aufstellung der alle 8 Wochen zu gebenden Nachweisung mit peinlicher Genauigkeit erkundigt, ob die Angaben richtig sind, die ihm von den einzelnen Familien gemacht werden. Das wird für ein Haus keine große Belästigung sein, da es nur alle 8 Wochen einmal zu geschehen braucht.

Nun ist es selbstverständlich, daß von der Aufstellung der Hauslisten bis zu dem Zeitpunkte, an welchem die Karten ausgeteilt werden, sich noch Veränderungen vollziehen können, und da wird es Pflicht des Hauswirts sein, daß er nach Möglichkeit schon vor Abholung der Karten für sein Haus, oder wenn sich das nicht durchführen lassen sollte, jedenfalls bei der Verteilung der Karten in seinem Hause sich noch vergewissert: Sind bei euch Veränderungen eingetreten? Ist jemand hinzugekommen, so wird sich der Mieter ohne weiteres melden. Wenn aber jemand aus der Familie verschwunden ist, wird man es nicht immer sagen, und der Hauswirt würde sich schuldhaft machen und die Allgemeinheit schädigen, wenn er die Karten unbesehen austeilte. Die Fälle, die uns nachgewiesen worden sind, treffen tatsächlich Vorkommnisse, daß Hauswirte solche Personen, die längere Zeit hindurch nicht mehr in Braunschweig waren, als Bewohner ihres Hauses angeführt, die Karten behalten und ständig für sich verbraucht haben. Gegen derartige Schädigungen der Allgemeinheit muß mit großer Rücksichtslosigkeit eingeschritten werden. Wenn wir Überwachungsmaßnahmen eintreten lassen und niemand sicher ist, daß eines schönen Tages Stichproben auch bei ihm vorgenommen werden, so hoffe ich, daß die Furcht vor Entdeckung eine sehr heilsame Wirkung ausüben wird. Ich darf erwähnen, daß wir die Zuversicht haben, daß es nicht viele Haus- und Wirtswirte in der Stadt Braunschweig gibt, die in der gerügten Weise vorgegangen sind, aber es sind derartige Fälle durch anonyme Anzeigen und dergleichen mehr aufgedeckt, und deshalb haben wir uns bewogen gesehen, solche Vorsichtsmaßregeln vorzuschlagen.

Stadtv. **Riese** hat den Vorsitz übernommen.

Stadtv. Meyerhoff: Ich habe nichts gegen die Kontrolle, möchte aber folgenden Fall vortragen: Ein Mieter weigert sich, die Karten abzuholen, obgleich der Hauswirt sagt: Deine Karten liegen hier, du kannst sie bekommen, wenn du sie holst. Der Mieter geht aber hin und zeigt den Hauswirt bei der Polizei an, worauf der Hauswirt ein Strafmandat über 30 *M* bekommt. Als ich um Rat gefragt wurde: „Was tue ich? Bezahle ich, oder lasse ich es auf gerichtliche Entscheidung ankommen?“ habe ich geantwortet: „Bezahlen Sie die 30 *M*; was wollen Sie erst den Staatsanwalt noch belästigen!“

Bei mir ist folgender Fall vorgekommen: Die Karten werden nicht abgeholt, denn der Mann wohnt nicht mehr bei mir. Ich habe die Karten eingepackt und sie mit 35 Pf. Porto durch die Post meinem früheren Mieter als Einschreiben zugesandt. Das von dem Hausbesitzer zu verlangen, geht doch zu weit, und es muß unbedingt Änderung eintreten. Möge doch von oben herab verfügt werden: „Die Karten müssen durch den Mieter vom Hauswirt abgeholt werden,“ damit die Hausbesitzer nicht unter Anzeigedruck stehen. Auch ich muß die Hausbesitzer in Schutz nehmen; sie haben in dieser Kriegszeit so viel mit diesen Karten zu tun, daß es wünschenswert wäre, es würde über die Bestimmungen eine Änderung getroffen. Wenn es möglich wäre, dann müßte bestimmt werden: „Jeder Mieter ist verpflichtet, von seinem Hauswirt die Karten abzufordern,“ dann wäre die Sache auf besserem Wege.

Stadtrat von Franckenberg: Ich möchte jeden Zweifel daran ausgeschlossen sehen, daß die Maßregel, wie sie der Stadtmagistrat durch Herrn Stadtrat Wagner vorgeschlagen hat, selbstverständlich gegen jedermann in Braunschweig, wohl auch gegen die Hauswirte, aber nicht nur gegen die Hauswirte und Wirtswirte sich richtet. Wir wollen die Wahrheit, Richtigkeit und Zuverlässigkeit der Angaben. Jeder soll die Karten haben, auf die er Anspruch hat, aber nicht mehr. Wir nehmen die wertvolle Mitwirkung der Hausbesitzer und ihrer Stellvertreter gern entgegen, aber diejenigen, die sich Nachlässigkeiten zu schulden kommen lassen, werden angezeigt werden müssen. Das letztere gilt aber auch für die Haushaltungsvorstände ohne jeden Unterschied. Wenn hier und da der Fall eingetreten ist, daß man Karten an den Ausgabestellen nicht hat zurücknehmen wollen, so ist das meiner Ansicht nach entschieden zu mißbilligen. Es soll jede Kartenverteilungsstelle jede ihr angebotene Karte erst einmal zurücknehmen und von der Erklärung, die ihr darüber gemacht wird, Akt nehmen. Im allgemeinen wird eine entgegengesetzte Stellungnahme der Kartenverteilungsstelle zu den Seltenheiten gehören, denn diese Stellen haben immer einen der Hausbogen zur Hand, in denen die nötigen Vermerke gemacht sind. Wenn im Laufe der letzten Verteilungszeit jemand fortzieht, muß er sich abmelden, damit er seinen Abmelde-

schein bekommt, und so könnte höchstens ein Fall in Frage kommen, wo keine Abmeldung erfolgt ist — daß jemand das Haus verlassen hat, indem er gefänglich eingezogen ist und ähnliches. Aber auch in dem Falle werden die Kartenverteilungsstellen guttun, solche Karten einstweilen zurückzunehmen. Ich habe mich bei der Kartenverteilung wiederholt davon überzeugt, daß die Geschäftsführer angewiesen sind, die Hausbogen genau zu vergleichen, und wenn z. B. jemand den Versuch machen sollte, mehr Karten in Anspruch zu nehmen, als ihm zustehen, gleich zu sagen: Es handelt sich um eine Persönlichkeit, die abgemeldet ist; es können nicht vier, sondern nur drei Karten verlangt werden. Ich glaube, daß wir damit die Schwierigkeit beseitigt haben.

Stadtv. Meyerhoff: Ist denn keine Änderung dahin möglich, daß die Mieter verpflichtet werden, die Karten von den Hauswirten zu holen? Damit wären wir doch schon einen Schritt vorwärts. Das zu erreichen, war mit der Grund, weshalb ich die vorhin vorgetragene Sache zur Kenntnis gebracht habe.

Stadtrat von Franckenberg: Ich glaube nicht, daß das von Herrn Meyerhoff Gewünschte möglich ist, und daß es auch mancherlei große Bedenken hätte, so zu verfahren. Es handelt sich doch darum, daß der Hausbesitzer selbst oder durch einen Beauftragten die Karten für das ganze Haus mit einem Male von den Kartenverteilungsstellen abholt. Wenn ein Hausbesitzer 10 bis 12 Parteien im Hause wohnen hat, werden ihm die Karten für diese alle mit einem Male ausgehändigt, und er verteilt sie auf e i n e m Wege, während sonst jeder der 12 Haushaltungsvorstände den Marsch nach dem Hauswirte antreten müßte, den sie wohl meistens zu Hause antreffen werden, aber manchmal auch nicht. Es ist allerdings m ö g l i c h, einen solchen Weg einzuschlagen, wie ihn Herr Meyerhoff wünscht, r ä t l i c h aber nicht.

Stadtv. Wesemeier: Im ganzen ist es doch keine große Beschwernis für den Hausbesitzer, die Kartenverteilung zu übernehmen. In dem Hause, wo ich wohne, muß ich es auch tun, denn ich vertrete dort die Stelle des Hauswirts. Auch den Fall, daß ein Mieter verzogen ist, habe ich am 1. Oktober gehabt. In einem solchen Falle würde ich einfach, wenn die Kartenverteilungsstelle sich weigert, die Karten zurückzunehmen, die Karten dort liegen lassen und mich nicht weiter darum bemühen. Es steht auf jedem Bogen, daß die Karten der verzogenen Personen innerhalb acht Tagen in der Kartenverteilungsstelle abzuliefern sind. Man braucht also nur zu sagen: „Hier ist die Karte und hier ist die Vorschrift,“ dann muß die Verteilungsstelle die Karten zurücknehmen. Herr Meyerhoff hatte gar nicht nötig, 35 Pf. für Porto auszugeben. Es ist mir als stellvertretendem Haus-

wirt auch lieber, daß ich die Karten zu den Mitbewohnern des Hauses bringe, als daß sie sich zu mir bemühen müssen.

Für den Antrag des Magistrats stimmt die Mehrheit der Versammlung.

Stadtv. **Meyerhoff** übernimmt den **V o r s i t z** wieder.

17. Errichtung eines Schnuppens für die Zimmermannsche Darre auf dem Schlachthausgrundstücke.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Meine Herren. Es dürfte Ihnen nicht unbekannt geblieben sein, daß der Magistrat mit Genehmigung des verstärkten Finanzausschusses seit zwei Jahren die Heinesche Malzfabrik an der Hamburgerstraße gepachtet hat, in erster Linie deshalb, um die mit Recht so unbeliebten getrockneten Stedrüben herzustellen, aber weiter auch, um andere Nahrungs- und Futtermittel hier anfertigen zu lassen. Der ganze Betrieb hat sich in diesen zwei Jahren durchaus bewährt. Es ist auch kein Geld dabei zugefetzt, sondern im Gegenteil noch ein bescheidener Nutzen daraus gezogen. Wir haben in diesem Betriebe alle möglichen Verbesserungen vorgenommen, um noch andere Nahrungsmittel herzurichten, z. B. Sauerkraut, grüne Bohnen usw. Außer den beiden in der Heineschen Fabrik vorhandenen Malzdarren haben wir auch eine eigene Darre, eine Zimmermannsche Darre, aufgestellt. Aber der Betrieb dort hat ein jähes Ende erreicht, und zwar durch ein Schadenfeuer, das am 2. September d. J. auf diesem Grundstücke ausgebrochen ist. Dabei ist der Dachstuhl abgebrannt, und das ist die Veranlassung gewesen, daß das Grundstück zum 1. Oktober in anderen Besitz übergegangen ist. Es ist von einer Faserstoffgesellschaft erworben, und diese Gesellschaft hat an uns die Bitte gerichtet, wir möchten den von uns abgeschlossenen Mietvertrag, der noch bis zum 1. Juli 1919 läuft, lösen, damit die neue Gesellschaft sofort ihren Betrieb eröffnen und Bauarbeiten ausführen lassen könnte. Mit Zustimmung des verstärkten Finanzausschusses haben wir diesem Wunsche entsprochen. Bei Gelegenheit dieser Besprechung in dem verstärkten Finanzausschuß ist gleichzeitig zur Sprache gebracht, ob es nicht zweckmäßig wäre, den Dörrbetrieb — aber nicht in dem großen Umfange, wie wir ihn damals aufgenommen hatten — an anderer Stelle wieder einzurichten, indem wir unsere eigene Zimmermannsche Darre an anderer Stelle wieder aufstellten. Ich hatte schon damals bei dieser Besprechung im verstärkten Finanzausschuß darauf hingewiesen, daß meiner Meinung nach als geeigneter Platz das Schlachthausgrundstück in Frage kommen könnte, und zwar die große freiliegende Fläche in der Nähe des Mittelweges zwischen den Gebäuden des Schlachthauses selbst und dem Mittelwege. Es war auch bei dieser Besprechung meinerseits schon erwähnt, daß dafür natürlich Mittel aufzuwenden sein würden. Die Darre kann ja nicht unter

freiem Himmel aufgestellt werden, sondern es müßte ein Schuppen dafür errichtet werden. Es war damals von mir ein Betrag von 10 000 *M* genannt, und der Finanzausschuß hatte sich auch grundsätzlich bereit erklärt, einen solchen Betrag zu bewilligen. In der Zwischenzeit habe ich Gelegenheit genommen, mit der Balhorn'schen Bierbrauerei zu verhandeln. Herr Direktor Röbbel und Herr Dr. Mehring hatten die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, unsere Darre zu veräußern und sie in der Balhorn'schen Bierbrauerei zur Aufstellung zu bringen. Die Verhandlungen darüber haben sich aber zerlegt, und es hat sich noch mehr als vor Wochen die Notwendigkeit ergeben, sobald als möglich die Zimmermann'sche Darre wieder in Betrieb zu nehmen, und zwar aus dem Grunde, weil die Abfallverwertungs-gesellschaft, die in großem Umfange mit der Sammlung von Küchenabfällen beschäftigt ist, seit Außerbetriebsetzung unserer Darre keine Gelegenheit mehr hat, ihre Abfälle zu dörren und in der Weise, wie sie es gern möchte, nämlich in der Form von Dauerfutter, nutzbar zu machen. Die Abfallverwertungs-gesellschaft hat mit den verschiedenen Dörranstalten in der Stadt Braunschweig verhandelt, es ist ihr aber nicht gelungen, eine Dörranstalt zu veranlassen, für sie zu arbeiten. Es kommt hinzu, daß auch der Magistrat, und zwar auch mit Zustimmung des verstärkten Finanzausschusses, plant, in nächster Zeit — wenn unser Dörrbetrieb schon aufgenommen wäre, wäre es jetzt schon geschehen — die Küchenabfälle aus der Stadt in größerem Umfange zu sammeln, als das bisher durch die Abfallverwertungs-gesellschaft möglich war. Den Herren ist bekannt, daß wir schon im vergangenen Jahre geplant hatten, die Küchenabfälle der Haushaltungen in größerem Umfange sammeln zu lassen, daß wir zu dem Zwecke einen Aufruf erlassen hatten, die Bevölkerung möchte die Küchenabfälle gleichzeitig mit dem Hausmüll in besonderen Gefäßen auf den Bürgersteig stellen; hinten an den Abfuhrwagen seien besondere Kästen angebracht, die zur Aufnahme dieser Küchenabfälle dienen sollten. Den Herren ist das ja bekannt; aber es ist ihnen wohl auch bekannt geworden, daß sich dieses Verfahren ganz und gar nicht bewährt hat. Zu Anfang allerdings ging es damit leidlich, nachher aber stellten sich außerordentliche Schwierigkeiten und Mißhelligkeiten ein. Insbesondere bestanden diese Mißhelligkeiten darin, daß die Gemüseabfälle nicht in einwandfreier Weise zur Verfügung gestellt wurden, sondern daß häufig oben in den herausgestellten Gefäßen wohl Gemüseabfälle vorhanden waren, aber darunter sich Asche befand. Wenn dann die Leute vom städtischen Marstall die Eimer in der Meinung, sie wären nur mit Küchenabfällen gefüllt, in den Kasten schütteten, so merkten sie bald, daß sie bemogelt waren und zu ihrem großen Leidwesen das ganze Futter verunreinigt war. Deshalb ist der ganze Betrieb allmählich eingeschlafen. Neuerdings plant aber der Magistrat — wie gesagt, mit Zustimmung des Finanzausschusses —, die Sammlung in anderer Weise vorzu-

nehmen, und zwar nicht mehr gleichzeitig mit der Sammlung des übrigen Hausmülls, sondern vollständig getrennt davon. Zu dem Zwecke hat die Stadt bereits ein Pommgespann beschafft und wird, wenn sich der Betrieb bewähren sollte, noch andere ähnliche Gespanne beschaffen. Diese sollen lediglich dazu dienen, Küchenabfälle zu sammeln. Es wird demnächst ein Aufruf erlassen werden, in dem unsere Einwohner aufgefordert werden, auf ein Klingelzeichen die Küchenabfälle zur Verfügung zu stellen. Die nutzbringende Verwertung dieser Küchenabfälle kann nur geschehen, wenn sie getrocknet und zu Dauerfuttermitteln verarbeitet werden. Damit aber keineswegs Mißverständnisse hier sich einschleichen, will ich gleich bemerken, daß diejenigen Haushaltungen, die schon eine anderweitige Verwertung für ihre Küchenabfälle haben, z. B. diejenigen, die Kleinvieh halten oder ihre Futtermittel an andere Kleinviehhalter abgeben, selbstverständlich nach wie vor in der gewohnten Weise ihre Abfälle abgeben können. Nur soweit eine ordnungsmäßige Verwertung der Küchenabfälle noch nicht vorliegt, sollen unsere Einwohner dringend ersucht werden, sie an die Stadt abzuliefern. Einstweilen also handelt es sich nur um eine freiwillige Sammlung. Sollte sie aber als freiwillige Betätigung nicht glücken, so würde allerdings demnächst zweifellos damit gerechnet werden müssen, unter Umständen einen Zwang einzuführen. Das zur Erläuterung, wozu die Zimmermannsche Darre dienen soll.

Ich habe schon erwähnt, daß als geeigneter Platz für den Schuppen das Schlachthausgrundstück von mir bezeichnet ist. Es ist weiter geprüft worden, in welcher Weise dieser Schuppen ausgestaltet werden könnte, und es sind auch schon Skizzen dafür angefertigt worden. Dabei hat sich allerdings ergeben, daß ein Betrag von 10 000 M nicht hinreicht, um den Schuppen fix und fertig herzustellen. Der Betrag wird wohl das Doppelte erreichen, wenn man berücksichtigt, daß wir auch noch einen Elektromotor beschaffen müssen, um den Ventilator für die Darre anzutreiben. Es ist aber in der Entwurfskizze vorgesehen, daß das Gebäude nicht bloß zur Unterbringung der Darre nutzbringend verwertet werden kann, sondern daß der Schuppen später nach Beseitigung der Darre auch zu Viehhofzwecken Verwendung finden kann. Den Herren ist bekannt, daß wir auf dem Schlachthausgrundstücke schon einen provisorischen Viehstall in Holzfachwerk errichtet haben. Dieser Viehstall ist ursprünglich errichtet, um das Vieh für die Heeres-schlachtungen einstweilen unterzubringen, aber er ist so hergestellt, daß er später auch vorübergehend zu Viehhofzwecken benutzt werden kann. Wir alle sind überzeugt, daß er verschiedene Jahrzehnte stehen bleiben und als der Anfang eines Viehhofes gelten kann. Das gleiche ist der Fall mit dem Schuppen zur Unterbringung der Zimmermannschen Darre. Er soll so hergerichtet werden, daß er später einmal auch zur Unterbringung von Schafen und dergleichen Verwendung finden kann. Zunächst wollen wir ihn allerdings nicht ausmauern, sondern nur

mit Holz verschalen, damit wir schnell in Betrieb kommen, auch deshalb, weil die Steine augenblicklich außerordentlich teuer sind. Aber die Einrichtung soll so getroffen werden, daß später eine Ausmauerung vorgenommen werden kann.

Der Magistrat hat sich heute morgen mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ist zu der Ansicht gekommen, daß Eile sehr geboten ist, um den Dörrbetrieb in diesem Spätherbst sofort wieder in Gang zu bringen. Aus diesem Grunde habe ich die Vorlage, obwohl sie von der Baukommission nicht vorher beraten werden konnte, hier Ihnen unmittelbar vorgetragen und bitte Sie, noch heute diesem Antrage zuzustimmen und die Bewilligung von etwa 20 000 *M* dafür auszusprechen. Allerdings kann ich mich nicht ohne weiteres dafür verbürgen, daß gerade 20 000 *M* ausreichen werden, denn ein genauer Kostenanschlag liegt nicht vor. Ich glaube aber, unter Berücksichtigung des Umstandes, daß es sich um Beschaffung eines Schuppens handelt, der auch zu anderen Zwecken verwendet werden kann, könnte Ihrerseits die Bewilligung ausgesprochen werden. An und für sich hätte der Magistrat diese Angelegenheit wieder dem verstärkten Finanzausschuß unterbreiten müssen, und ich möchte die Herren bitten, es mir nicht übelzunehmen, daß das nicht geschehen ist. Die Gelegenheit war aber gerade günstig, daß die Vollversammlung heute stattfand.

Ich bitte die Versammlung, sich mit der Errichtung eines Schuppens zur Unterbringung der Zimmermannschen Darre auf dem Schlachthausgrundstücke unter Bewilligung von etwa 20 000 *M* einverstanden zu erklären.

Stadtv. Kraus: Ich kann mich für die Vorlage nicht erwärmen, da sie nicht unbeträchtliche Mittel verlangt, um ein verhältnismäßig minderwertiges Produkt nutzbar zu machen. Für Viehfutter soll eine Anlage geschaffen werden, dessen Herstellung die Verwendung einer beträchtlichen Menge von Kohlen voraussetzt. Um 10, 8 oder 7 Kilogramm Wasser zu verdampfen haben wir ein Kilogramm Kohle nötig. Wenn die Knappheit in Kohlen, wie sie heute vorliegt, und wie das bei der Gaspreisfrage besprochen worden ist, in Betracht gezogen wird, wenn man bedenkt, wie gering die Quantitäten sind, die an Kohle für unseren Haushalt uns zugeteilt werden, dann läßt es sich nicht ohne weiteres rechtfertigen, die Darre aufzustellen, um mit einer so beträchtlichen Menge von Kohlen ein so minderwertiges Produkt zu schaffen. Es müßte erwogen werden, ob dafür nicht an irgend einer Stelle Abwärme oder Abgase vorhanden sind, die gar nichts kosten. Ich glaube auch nicht, daß Eile für diese Aufstellung geboten ist. Ich würde den Schuppen ja gern bewilligen, aber ich kann mich deshalb nicht dazu entschließen, weil ich glaube, daß man nicht rechtfertigen kann, Kohlen für eine solche Trocknung aufzuwenden, während unter Umständen die Möglichkeit vorhanden ist, sie mit Abgasen oder Abwärme an anderer Stelle billiger vorzunehmen.

Stadtv. **Riefe:** Ich bin wohl dafür, diese Einrichtung zu schaffen, aber leider ist das alles wieder zu spät. Die Küchenabfälle nehmen in dieser Jahreszeit nicht zu, sondern ab, und ob das Ding im November fertig werden wird, das bezweifle ich. Im Winter haben wir dann die Kosten aufgewandt, und wenn auch der Schuppen stehenbleibt, so erreichen wir mit der Errichtung doch nicht das, was wir wollen.

Stadtbaurat **Gebensleben:** Gewiß, es ist reichlich spät, aber man muß andererseits doch sagen: Es ist noch nicht zu spät. Wir hoffen, daß wir in vier Wochen so weit sind, daß wir den Betrieb einigermaßen wieder aufnehmen können. Herr Riefe kann in dieser Hinsicht also beruhigt sein. Wir wollen übrigens nicht bloß die Küchenabfälle der Abfallverwertungsgesellschaft trocknen — dazu würde allerdings die Anlage viel zu teuer werden —, sondern selbstverständlich wollen wir auch andere Futtermittel trocknen, z. B. haben wir sofort größere Aufträge von der Reichsfuttermittelstelle zum Trocknen von Schnitzeln zu erwarten. Wenn die Darre wieder aufgestellt wird, haben wir morgen Aufträge in Hülle und Fülle, so daß wir hoffen, daß wir die Mittel, die aufzuwenden sind, in wenig Monaten wieder herausgewirtschaftet haben. Das Unternehmen, das wir vorhaben — wenn es auch nicht gewinnbringend für die Stadt sein soll —, kostet die Stadt meiner Meinung nach keinen Pfennig. So schwarz wie Herr Kraus kann ich nicht sehen. Es würde allerdings besser sein, wenn wir Abdampf oder Abwärme zur Verfügung hätten, aber leider ist das nicht der Fall. Nicht allein bei uns soll eine Zimmermannsche Darre aufgestellt werden. In großer Menge sind solche Darren überall vorhanden, ja in Braunschweig selbst sind noch mehrere vorhanden.

Über die Beschaffung der Kohlen brauchen wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen. Wir werden diese Kohlen nicht von unseren Hausbrandkohlen nehmen, sondern haben dafür besonderen Koks zur Verfügung; die Feuerung dafür ist schon vorrätig. Wenn wir diesen Heizstoff verfeuern, so geht der Allgemeinheit an Hausbrand nicht ein einziger Zentner verloren. Ich gebe zu, wirtschaftlicher würde es an und für sich sein, wenn man für einen derartigen Betrieb Abdampf oder Abgase verwenden könnte; aber ich wüßte nicht, wo wir derartigen Abdampf oder Abgase so schnell beschaffen könnten.

Stadtv. **Riefe:** Wäre es nicht möglich, den Schweinestall im Schlachthause zur Aufstellung der Zimmermannschen Darre zu nehmen? Es war ja schon einmal geplant, die Bucheckermühle dort aufzustellen. Es sieht ja so aus, als ob wir in diesem Jahrhundert kein Schweinefleisch mehr zu essen bekommen würden und deshalb die Schweineställe doch nicht benutzt zu werden brauchen. Wie wäre

es mit dem Raume auf dem alten Wasserwerke, wo die Kessel weggerissen sind? Dort hätten wir auch Abdampf, und ich glaube, so groß ist eine Zimmermannsche Darre nicht, daß sie dort nicht Platz finden könnte. Ich bezwecke mit diesen Fragen, daß wir rasch zum Ziele kommen.

Stadtbaurat Gebensleben: Auch die Frage der Aufstellung der Zimmermannschen Darre an einem anderen Orte haben wir natürlich eingehend erwogen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht zweckmäßig ist, sie in einem anderen städtischen Gebäude unterzubringen. Insbesondere hatten wir auch die leerstehenden Schweineställe auf dem Schlachthausgrundstück ins Auge genommen. Aber es müßte dort die gesamte innere Einrichtung herausgerissen werden. Die Buchten sind einbetoniert, und es müßte der Fliesenbelag, wie auch die Entwässerungsanlage herausgenommen werden. Das würde viel Geld kosten. Es kommt noch hinzu, daß wir hinsichtlich der Feuerversicherung mancherlei Schwierigkeiten haben würden. Eine Zimmermannsche Darre ist nicht ganz ungefährlich, und wenn wir sie in dem Schweinestall, der mit den übrigen Gebäuden zusammenhängt, aufstellen, dann würden die Versicherungsprämien außerordentlich in die Höhe schnellen. Wir müssen doch zu vermeiden suchen, daß unsere städtischen Gebäude irgendwie in Gefahr gebracht werden, und aus dem Grunde sind wir davon abgekommen, die Darre in den Schweineställen des Schlachthauses aufzustellen.

Die Gebäude im Wasserwerk hätten wohl genügt, um die Buchedernmühle unterzubringen, aber für die Zimmermannsche Darre sind die vorhandenen Räume viel zu klein.

Stadtv. Dr. Rahlert: Ich kann mich für den Vorschlag des Magistrats auch nicht so sehr erwärmen. Es ist unter den heutigen Verhältnissen nicht so leicht, das Richtige zu treffen. Wir wollen das Wasser aus den Abfällen verdampfen und soundsso viel Kohlen dafür verbrauchen, während die Bevölkerung an Brennstoffmaterial Not leidet. Der Herr Stadtbaurat sagt, die Kohlen sind da und liegen schon zum Verbrennen bereit. Gut, dann möge man sie weiter ruhig liegenlassen. Vielleicht gebrauchen wir sie nicht als Industriekohle, sondern für die Bevölkerung als Hausbrand, wenn wir gar kein anderes Brennmaterial mehr haben. Auch Koks könnten wir in dem Falle sehr gut für unsere Bevölkerung gebrauchen. Ob wir eine Dörranlage schaffen, kommt dann erst in zweiter Reihe. Vielleicht würde sich doch Abdampf, Abgase oder etwas anderes finden, oder es ist vielleicht möglich, mit einem anderen Werk in Verbindung zu treten, das uns die nötigen Wärmeeinheiten zur Verfügung stellt, so daß uns die Dörrarbeit billiger zu stehen kommt, als wenn wir einen eigenen Bau ausführen. Wenn ein solcher Bau für

andere Zwecke nachher nötig wird, werden wir keinen Augenblick zögern, ihn zu bewilligen; für den Augenblick aber möchte ich dagegen sein.

Stadtbaurat Lebensleben: Ich möchte dringend warnen, dem Vorschlage des Herrn Dr. Kahlert stattzugeben. Wenn wir die Sache noch wochenlang verzögern, dann kommen wir in der Tat zu spät. Es tut mir leid, daß die Verhandlungen, die ich mit der Firma Balhorn geführt habe, zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Aber Sie sehen an meinen Bemühungen dort, daß ich gerade das, was Herr Dr. Kahlert will, auch wollte. Ich wüßte auch nicht, mit wem wir noch verhandeln könnten. Ich bin der festen Überzeugung: Es ist das beste, den Vorschlag des Magistrats anzunehmen. Wir bleiben dabei unser eigener Herr und stellen die Darre da auf, wo es uns am zweckmäßigsten scheint. Bei der Benutzung fremder Gebäude haben wir doch keine guten Erfahrungen gemacht. An der geplanten Stelle würde das Gebäude auch stehenbleiben und nachher noch nutzbringend verwendet werden können. Ich wiederhole: Es tut mir leid, daß die Vorlage wegen ihrer Eile nicht besonders hat vorbereitet werden können, aber ich bitte Sie, doch dafür zu stimmen.

Für die Aufstellung des Schuppens zur Aufnahme der Darre stimmt die Mehrheit der Versammlung.

Vorsitzender Meyerhoff: Es ist noch ein Antrag von Herrn Munte eingebracht. Er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die beiden freien Sitze im Magistrat durch Neuwahlen zu ergänzen.“

18. Antrag Wesemeier betreffend die Erwirkung der Aufhebung der fleischlosen Wochen.

Wortlaut des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung richtet an den Magistrat das Ersuchen, bei den zentralen Ernährungsbehörden sowie bei der Reichs- und Landesregierung mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß für die städtische Bevölkerung fleischlose Wochen nicht weiter angeordnet, die angeordneten fleischlosen Wochen als solche beseitigt werden.“

Stadtb. Wesemeier (zur Begründung): Mein Antrag bezweckt nichts weiter, als noch weiteres Elend von der Bevölkerung fernzuhalten. Am vorigen Donnerstag machte der Herr Oberbürgermeister sogleich den Einwand, es wäre nicht ohne weiteres zu übersehen, welchen Einfluß die Annahme und Verwirklichung des Antrages auf die Ernährung der Bevölkerung haben könne, und

welchen Einfluß insbesondere auf das Abnehmen des vorhandenen Viehbestandes. Gerade das will ich ja, daß auf den noch vorhandenen Viehbestand Rücksicht genommen werden soll. Wenn es möglich ist, wie amtlich von der preußischen Regierung festgestellt ist, daß in einem Jahre 300 000 Rinder heimlich verschwinden konnten, dann ist gerade der Antrag, den ich gestellt habe, dringend nötig. Die 300 000 Rinder sind doch verschwunden in den Kreisen, die es bezahlen konnten, und der allgemeinen Bevölkerung ist das Fleisch entzogen worden. Wenn man ein Rind nur mit dem Durchschnittsgewicht von 6 Zentnern rechnet, und die deutsche Bevölkerung mit 60 Millionen annimmt, so kommen auf den Kopf der Bevölkerung 3 Pfund Fleisch. Das sind 8 Wochen-Fleischrationen für die gesamte deutsche Bevölkerung, die ihr durch die heimlichen Schlachtungen entgangen sind. Wenn man dazu bedenkt, daß außer den 300 000 Rindern noch 1 300 000 Hammel verschwunden sind, wie die preußische Regierung feststellt, die auch auf dem Wege des Schleichhandels vertrieben worden sind, dann muß man zu der Erkenntnis kommen: Es muß mit dieser Mißwirtschaft, daß so unendlich viel Fleisch der Gesamtbevölkerung entzogen wird, ein Ende gemacht werden. Wenn man Maßnahmen treffen würde — und das kann man, das behaupte ich —, daß der Viehbestand richtig reguliert und die Schlachtungen richtig beaufsichtigt werden, dann würden auch keine fleischlosen Wochen nötig sein. Der Schleichhandel ist das Grundübel, welches die gesamte Bevölkerung unendlich schädigt. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die schlechten Ernährungsverhältnisse es sind, welche die Grippe zu einer so gefährdrohenden Krankheit sich auswachsen ließen, wie es heute der Fall ist. Wir haben sie nicht zum ersten Male, aber wissen Sie sich einer Periode zu erinnern, in der sie einen solchen mörderischen Charakter wie heute angenommen hat? Im Jahre 1900 haben wir die Grippe in weitem Umfange gehabt, wir haben sie noch zu verschiedenen Zeiten gehabt, aber nie hat sie so viel Opfer gefordert wie in der jetzigen Kriegszeit, und das kommt von der Unterernährung. Die 4 Pfund Brot und die 7 Pfund Kartoffeln, die wir wöchentlich haben, sind doch nicht zur Ernährung des Menschen genügend! Wenn man dann sieht, daß die begüterten Kreise auf Kosten des Volkes das wirklich Nahrhafte für sich herausholen und wirklich gut leben, dann muß man zu dem Ergebnis kommen, daß eingegriffen werden muß. Die Arbeiter können heute wirklich keine Einschränkung an Fleisch mehr vertragen; es ist weit genug mit der Unterernährung und den Verhältnissen, wie sie durch die schlechte Lebensmittelbelieferung geschaffen worden sind, gekommen.

Ein Feld, das gleichfalls beachtet werden muß, ist der Wildabschuß. Erst in diesen Tagen sagte mir ein Abschäger der Ernte aus dem Bezirke Stiege-Matode, also aus dem braunschweigischen Oberharz, daß das Wild ungeheuern Schaden anrichte, worüber selbst Förster ihm gegenüber ihre Entrüstung zum

Ausdruck gebracht hätten. Wo das Wild hingekommen ist, da soll ein Morgen Land statt 80 Zentner Kartoffeln nur 8 Zentner gebracht haben. Das Wild wird nicht abgeschossen. Wo es abgeschossen wird, verschwindet es. Sehen Sie, daß ein Stück Wild auf den Markt kommt? Ich habe nichts davon gesehen. Das ist auch so eine Maßnahme, die nicht durchgeführt wird. Sagen Sie nicht: „Das bringt nichts für die Bevölkerung, wenn auch das Wild abgeschossen wird!“ Das bringt doch etwas. Einerseits sichert es uns größere Ernten, und dann haben wir noch das Fleisch des Wildes. Es wird schon Wild nach Braunschweig hereinkommen, aber es bleibt bei den Bekannten und Verwandten der Jagdpächter und der hohen Herrschaften, die selbst Jagd haben, und nichts kommt in die Bevölkerung.

Nun hat zwar der Städtetag sich auch gegen die fleischlosen Wochen erklärt, aber wenn der Städtetag sich dagegen erklärt, so betrachte ich es ebenso, wie die Geheimdiplomatie waltet und schaltet. Die Städte müssen selbst nach außen hin auftreten und müssen fordern, daß die fleischlosen Wochen abgeschafft werden. Die Bevölkerung kann es verlangen auf Grund der Tatsache, daß die preußische Regierung selbst festgestellt hat, daß ungeheure Mengen Vieh im geheimen geschlachtet und auf dem Wege des Schleichhandels vertrieben werden. Wir wären nicht die einzige Stadt, die mit einem solchen Antrage vorgehe. Ich hatte gehofft, daß mein Antrag in der vorigen Woche erledigt werden konnte. Inzwischen ist Leipzig aus sich selbst heraus zu dem Ergebnis gekommen, an die Reichsregierung die Bitte zu richten, die fleischlosen Wochen aufhören zu lassen. Auch in Halle a. d. S. ist daselbe einstimmig beschlossen worden. Der Bürgermeister Seibel von Halle erklärte ausdrücklich: Der Magistrat hat keinerlei Bedenken gegen die angeregte Stellungnahme der Stadtverordnetenversammlung. So wird es noch andere Städte geben, die auch vorgegangen sind. Ich bin überzeugt: Nach dem Dezember wird es wieder heißen: „Die fleischlosen Wochen müssen weitergeführt werden,“ und auf dem Schleichwege gehen dann weiter Tausende von Rindern, Hammeln und Schweinen weg. Wenn man nur den Willen hat, dann läßt sich schon etwas erreichen, dann sind die fleischlosen Wochen nicht nötig.

Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen, ihn als dringlich zu behandeln und heute zu beschließen, daß der Magistrat ersucht wird, in entsprechendem Sinne vorzugehen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden **Meyerhoff** erklärt sich die Versammlung bereit, den Antrag als dringlich sofort zu behandeln.

Stadtrat **Wagner**: Meine Herren! Die Tatsache, daß in letzter Zeit umfangreiche Geheimischlachtungen vorgekommen sind und das daraus gewonnene Fleisch dem geordneten Wege der Fleischversorgung entzogen wird, ist bedauerlich

und wird, wie Sie wissen, von den Behörden, soweit es möglich ist, aufs ernste bekämpft. Schon vor einigen Monaten hat das Landesernährungsamt eine Belohnung von 50 M für jeden einzelnen Fall ausgesetzt, wo es auf Grund von Anzeigen gelingt, denjenigen, der Geheimschlachtungen oder Verschiebungen des auf diese Weise gewonnenen Fleisches vorgenommen hat, zur rechtskräftigen Verurteilung zu bringen. Außer der Bestrafung wird bekanntlich stets die Einziehung des betreffenden Stückes Vieh oder des Fleisches zugunsten der Allgemeinheit, und zwar ohne Bezahlung, verfügt. Ich halte es bei der Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen für unmöglich, die Geheimschlachtungen gänzlich zu beseitigen. Das bringt kein Mensch fertig. Ich würde es deshalb für unrichtig halten, zu sagen: „Weil in der Vergangenheit so viele Geheimschlachtungen vorgekommen sind und mancher sich daraus unrechtmäßig versorgt hat, deshalb können wir von jetzt ab a l l e mehr Fleisch essen.“ Im Gegenteil, dieser Übelstand hat dahin geführt, daß unsere Viehbestände noch mehr zusammengesmolzen sind, als es hätte zu geschehen brauchen, und dadurch ist die Fleischversorgung auf einen Punkt gekommen, wo man sich überlegen muß: Wie wird es in Zukunft, wenn wir ebenso fortfahren? Man hat jetzt die Fleischration auf 200 g herabgesetzt und fleischlose Wochen eingeführt. Ich gebe mich nicht der Hoffnung hin, daß selbst dann, wenn wir von seiten der städtischen Behörden einen Beschluß faßten, wie ihn Herr Wesemeier wünscht, die Reichsstellen diesem Beschlusse stattgeben können. Es würde nach meiner Kenntnis der Dinge verhängnisvoll sein, wenn sie auf derartige Dinge eingehen würden. Wir dürfen nicht nur die Gegenwart ins Auge fassen, sondern müssen auch auf die Zukunft sehen. Sie wissen alle, daß Schweinebestände zur Versorgung der Allgemeinheit so gut wie gar nicht zur Verfügung stehen. Wer noch Schweine mästet, der tut es für sich selbst oder für die Heeresverwaltung auf Grund eines Vertrages. Die wenigen Hammel, die zur Schlachtung kommen, spielen für die Versorgung der Allgemeinheit im Vergleich zum Rindvieh keine Rolle. Und ebenso ist es wegen ihrer geringen Stückzahl mit den Kälbern.

So sind wir fast allein auf die Rinderbestände angewiesen. Werden sie in erhöhtem Maße abgeschlachtet (und das würde die Folge der Maßnahme sein, die Herr Wesemeier erreichen möchte), dann wird dadurch die Möglichkeit der Milch- und Fettversorgung der Bevölkerung noch weiter gefährdet. Sie wissen alle, daß die Ausbringung der Schlachtrinder schon dazu geführt hat, daß zum Teil Kühe mit gutem Milchertrage den Leuten haben zwangsweise weggenommen werden müssen, um das nötige Fleisch für das Heer und für die Zivilbevölkerung aufbringen zu können. Dieser Übelstand würde bei Annahme der Vorschläge des Herrn Wesemeier — vorausgesetzt, daß die Reichsregierung darauf einginge — erhöht werden. Wo nähmen wir dann die Vollmilch her für die unbedingt Voll-

milchbedürftigen: für die heranwachsende Jugend, für die hoffenden und stillenden Frauen, für die Kranken, wenn wir noch mehr Kühe abschlachten müßten? Das ist so bedenklich, daß wir reiflich überlegen müssen, ob wir in dieser Beziehung irgendeinen Druck auf die Reichsregierung ausüben dürfen, ob wir das verantworten können.

Die meisten Fettquellen sind heute versiegt. Wie schon erwähnt, sind Schweine so gut wie gar nicht mehr vorhanden. so fehlt es an Schmalz, und die Menge des aus den Schlachtungen gewonnenen Rindertalges ist ungeheuer zurückgegangen, weil die Rinder, die zur Schlachtung kommen, viel magerer sind, als wir sie in Friedenszeiten oder in den ersten Kriegsjahren bekommen haben. Die Menge des Hammeltalges, die bei den Schlachtungen herauskommt, ist unbedeutend. So bleibt außer den pflanzlichen Ölen, die auch in der Menge sehr wenig bringen, selbst wenn man die Bucheckernernte mit in Rücksicht zieht, nur die Butter übrig, und die wird in ihrer bisherigen Menge noch weiter beschränkt werden, je mehr die Rinderschlachtungen ausgedehnt werden.

So muß ich für meine Person — der Magistrat hat sich mit der Sache noch nicht befassen können — warnen, einen derartigen Antrag anzunehmen. Ich glaube, man kann ihn bei der heutigen Lage der Fleischversorgung nicht verantworten. Ich glaube auch, es wird der zeitweilige Wegfall der 200 g Fleisch (einschließlich der 20 Prozent eingewachsenen Knochen) für die Ernährung der Bevölkerung nicht so sehr ins Gewicht fallen, wenn man bedenkt, daß der Bevölkerung in denselben Wochen, wo der Wegfall des Fleisches eintritt, ein halbes Pfund Mehl zugeteilt wird. Ich bin eben nicht unterrichtet, wie das Verhältnis der Wärmeeinheiten, das bei der Ernährung ausschlaggebend ist, bei 200 g Fleisch gegenüber der dagegen gewährten Sonderzuteilung sich stellt. Ich möchte aber doch glauben, daß ziemlich dieselben Wärmeeinheiten bei dem halben Pfunde Mehl herauskommen und damit der Nährwert des entgangenen Fleisches ausgeglichen wird.

Was den Wildabschuß anbelangt, so ist schon seit Jahren angeordnet, daß aus den herrschaftlichen Forsten die Zufuhr des Rotwildes nach der Stadt Braunschweig im weitesten Umfange durchgeführt werden soll, und sobald die Abschuszzeit begann, sind auch regelmäßig Hirsche hierher gekommen. Aber Sie müssen auch bedenken, daß in der Woche nur zwei oder drei Hirsche nach Braunschweig kommen und an die 12 oder 13 Wildhandlungen verteilt werden. In erster Linie soll auch die Versorgung der Lazarette und Krankenanstalten mit Wild ins Auge gefaßt werden. Daß dann für jede Wildhandlung nicht viel übrigbleibt, das liegt auf der Hand. Ich habe auch den Eindruck gewonnen, als ob die große Masse der Bevölkerung sich um das Wild nicht drängt, denn das ist Fleisch, das fettarm ist, und bei den heute zur Verfügung stehenden Zutaten läßt es sich im Haushalte

ziemlich schlecht verwerten. Deshalb sieht es die Bevölkerung lieber, daß wir, wie in letzter Zeit, Fleisch von Oldenburger Rindern bekommen, obgleich die Menge des Fleisches bei Ausgabe von Wild etwas größer ist. Auch bei größerer Ausdehnung des Abschusses ist das, was an die Wildhandlungen geliefert werden kann, an Menge so unbedeutend, daß es nach meiner Überzeugung auf den Kopf der Bevölkerung nicht einmal 1 g wöchentlich ausmachen würde; also dadurch können wir eine bessere Fleischversorgung nicht erreichen. Die Hauptsache ist aber: eine Schonung unseres Rinderbestandes ist in der Zukunft unbedingt geboten, denn es dauert mehrere Jahre, bis ein geschwächter Bestand wieder auf die Höhe gebracht werden kann, vorausgesetzt, daß wir dann Kraftfuttermittel zur Verfügung haben, die jetzt absolut fehlen.

Stadtv. **Ribbentrop** bezweifelt die Beschlußfähigkeit der Versammlung.

Der Vorsitzende Meyerhoff stellt fest, daß außer ihm selbst noch 18 Herren anwesend sind und damit das Haus für die Kriegszeit noch beschlußfähig ist.

Vorsitzender **Meyerhoff**: Wenn ich jetzt die Bitte an die Herren richte, sich in ihren Ausführungen kurz zu fassen, so tue ich gewiß damit nicht zu viel. Die Zeit ist so weit vorgerückt, daß wir uns, wenn wir noch alle die vorliegenden Sachen bewältigen wollen, kurz fassen müssen.

Stadtv. **Stegmann**: Herr Stadtrat Wagner erklärte, es würden alle möglichen Mittel angewandt, um dem Schleichhandel mit Fleisch beizukommen, auch seien Prämien von 50 M für die Ermittlung von solchen Übertretungen ausgesetzt. Dennoch aber will die Ausrottung dieses Schleichhandels nicht gelingen. Ich glaube allerdings, daß auch jene Herrschaften alle möglichen Kniffe anwenden, wie es bisher schon geschehen ist, so daß die versprochene Belohnung von 50 M nichts nützen kann. Ich bezweifle, daß man den festen Willen hat, diesem Unwesen wirksam zu steuern. Sollte es der Behörde nicht möglich sein, festzustellen, wieviel Vieh vorhanden und wo noch Vieh versteckt worden ist? Wenn danach gesehen würde, dann wäre es nicht möglich, daß diese große Zahl von Vieh heimlich verschwindet. Durch Verzicht auf Fleisch in den fleischlosen Wochen tragen wir nur den Geheimschlachtungen und dem Schleichhandel Rechnung, und das ist verkehrt. Was den Rindviehbestand Deutschlands in der Zukunft betrifft, so sieht Herr Stadtrat Wagner zu schwarz. Er vergißt, daß die Heeresverwaltung den Löwenanteil verbraucht. Da wir mit Sicherheit darauf rechnen können, daß der Krieg bald aufhören wird, so wird der Bezug dieser kolossalen Quantität durch die Heeresverwaltung in Zukunft nicht mehr stattfinden und dadurch mehr für die zivile Bevölkerung übrig sein. Diese Besorgnis wegen des Viehbestandes ist wohl nicht in dem Maße zu hegen, wie Herr Stadtrat Wagner sich ausdrückt.

Stadtv. **Wesemeier:** Herr Stadtrat Wagner meint, ich wünschte durch meinen Antrag eine erhöhte Abschachtung unseres Rindviehbestandes zu erreichen. Das ist durchaus nicht meine Absicht. Ich will nur erreichen, daß das geschlachtete Vieh auch unter die gesamte Bevölkerung gleichmäßig verteilt wird, und ich glaube, das läßt sich erreichen, wenn man etwas drakonisch gegen die Kreise vorgeht, die als Viehhalter in Frage kommen. Man soll endlich die Nachsicht gegen die Landwirte aufgeben. Mit dem Schleichhandel ist es immer schlimmer geworden. Sehen Sie sich den Schleichhandel mit Kartoffeln an! Zu reellem Preise sind Kartoffeln nicht zu haben, aber hinten herum, zu 12 bis 16 *M.*, können Sie so viel Kartoffeln erhalten wie Sie wollen. Trotzdem dies bekannt ist, wird nichts dagegen getan, und die Bestände werden nicht aufgenommen, weil man lässig gegen die Landwirte ist. Immer schlimmer wird es für die Bevölkerung mit dem Schleichhandel, und trotzdem soll die Bevölkerung immer ruhig sein. Wie es im nächsten Frühjahr mit den Kartoffeln wird, kann ich mir nicht vorstellen. Ich befürchte, dann werden die Kartoffelbestände so knapp sein, daß der Magistrat schon jetzt alle Angst haben muß, daß er nicht imstande ist, liefern zu können.

Nun meinte Herr Stadtrat Wagner, das halbe Pfund Fleisch fiele bei der Ernährung nicht ins Gewicht, weil dagegen Mehl ausgegeben würde. Ich sage: Es fällt um so mehr ins Gewicht, weil schon so wenig Fleisch geliefert wird. So angenehm es ist, in diesen fleischlosen Wochen wenigstens Mehl zu haben, so kann man damit doch kein Essen zubereiten wie mit Fleisch.

Betreffs des Wildes ist schon häufig in der Stadtverordnetenversammlung gesagt: Was macht dieses 1 g Wild aus? Aber die Tatsache, daß das Wild die Ernte schädigt und zum Teil vernichtet, und daß es doch nicht für notwendig gehalten wird, es abzuschießen, die ist empörend. Selbst in dieser Richtung gefaßte Landtagsbeschlüsse werden nicht innegehalten. Wenn auch gesagt ist, das Wild solle abgeschossen werden, so kümmert sich kein Deubel darum. Die Förster selber sind darüber entrüstet, daß, wie mir von einem Abschäger gesagt worden ist, die Ernte vernichtet oder doch stark geschädigt wird. Aus den Worten des Herrn Stadtrats Wagner könnte man die Schlußfolgerung ziehen: Es braucht das Wild überhaupt nicht abgeschossen zu werden; es bringt ja doch nur ein Gramm auf den Kopf der Bevölkerung. Dagegen ist meine Ansicht: Die Städte müssen aus sich selbst heraus Stellung nehmen, denn die Städte allein sind die Notleidenden unter diesem System, und zwar um so mehr, je größer die Städte sind. In kleinen Städten wird die Bevölkerung schon etwas besser versorgt; da hat jeder etwas Vieh, und auf dem Lande erst recht. Wie die Arbeiter leiden, das wissen Sie selbst, soweit Sie Fabrikanten sind. Es ist von Herrn Trinks ganz ausdrücklich konstatiert: In den letzten Stunden können die Arbeiter nicht mehr weiter, sie sind am Ende ihrer Kraft. Also entbehren können sie nichts mehr. Es liegt im

Interesse der Industrie und der Gesamtheit, wenn wir beschließen, der Magistrat möge vorgehen, um die fleischlosen Wochen abzuschaffen. Weshalb soll so etwas in Braunschweig nichts nützen? Andere Städte halten es für selbstverständlich! Es ist merkwürdig, daß in Braunschweig solcher Widerstand sich erhebt; wenn gegen die Regierung etwas getan werden soll, während es in Leipzig und Halle für selbstverständlich gehalten wird. Mit der Art und Weise kommen wir auf den Hund. Ich glaube, wir tun gut daran, dagegen Stellung zu nehmen, wenn gegen die städtische Bevölkerung so gehandelt wird, wie es mit der Festsetzung der fleischlosen Wochen geschieht.

Stadtv. **Lauer:** In diesem Falle kann ich die Stellungnahme des Herrn Stadtrats Wagner insofern nicht verstehen, als er sich in direkten Widerspruch setzt zu den Maßnahmen des deutschen Städtetags. Der deutsche Städtetag wünscht bekanntlich das Gegenteil von dem, was Herr Stadtrat Wagner für richtig hält. Ich möchte konstatieren, daß die fleischlosen Wochen uns auch deswegen in der unangenehmsten Weise bedrücken, weil die Reichshauptstadt, die Millionenstadt Berlin, bekanntlich keine fleischlosen Wochen hat. (Widerspruch und Zuruf: „Die Bevölkerung dort hat nur für die andern Wochen auf 250 g Fleisch Anspruch.) Ich bin der Ansicht, daß diese fleischlosen Wochen gerade die Geheimfleischtlachtungen wesentlich begünstigen.

In der Abstimmung entscheidet sich die Mehrheit der Versammlung für Annahme des Antrages Wesemeier.

19. Antrag **Genzen**, Beschaffung von Kleidungsstücken für die schulentlassene Jugend betreffend.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Stadtverordnetenversammlung demnächst eine Vorlage zu unterbreiten, um den Eltern der zu Ostern schulentlassenen Jugend die Beschaffung von Kleidungsstücken zu ermöglichen.“

Stadtv. **Genzen** (zur Begründung): Ich glaube, ich kann diesen Antrag sehr kurz begründen. Meine Herren! Sie alle wissen, welche Not in der Bevölkerung herrscht, und wie teuer die Anschaffung von Zeug und Stiefeln ist. Wenn die Jungen aus der Schule entlassen werden und man ihnen einigermaßen anständige Kleidung mit auf den Weg geben will, müssen 300—400 M dafür aufgewandt werden. Man sagt allerdings: „Es geht in dieser Zeit auch mit schlechterem Zeuge,“ meist aber ist es so, daß die Kinder aus ihrem Zeuge herausgewachsen sind. Der Junge soll in die Lehre, und dann muß er wenigstens anständige Kleidung haben. Den meisten Eltern, soweit sie minderbemittelt sind, ist

es nicht möglich, das nötige Geld dafür zu beschaffen, seien die Schulentlassenen nun Jungen oder Mädchen. Deshalb halten wir es für notwendig, daß auch die Kommune hier helfend eingreift, daß bei einem Einkommen bis zu 3000 M eine bestimmte Summe festgesetzt wird, um denjenigen, die einen Antrag stellen, eine Beihilfe geben zu können. Es ist zum größten Teil bei den Kriegerfrauen, Händlern, Handwerkern, wo das Geschäft während des Krieges zurückgegangen ist, oder wo es durch den Krieg geradezu zugrunde gegangen ist, notwendig, daß von der Kommune aus in dieser Beziehung helfend eingegriffen wird. — Die Eltern sind in Sorge um diese Anschaffungen, und deshalb möchte ich bitten, den Antrag sofort zu beraten.

Stadtv. Munte: Ich bin ja auch dafür, daß wir diesen Antrag beraten, aber nicht heute, denn er ist nicht dringlich — die Konfirmation findet erst zu Ostern statt. Ich möchte vorschlagen, daß der Antrag einer Kommission zur Vorberatung überwiesen wird. Die ganzen Beträge für neue Kleidung zu bewilligen, könnte nicht in Frage kommen, denn ein neuer Anzug kostet jetzt 400 M, und es würden vielleicht 600 Konfirmanden zu bedenken sein.

**20. Anträge des Stadtverordneten Riecke
auf Einführung der Reichsarbeitslosenunterstützung und auf Erhöhung der
gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung,
auf Arbeitsbeschaffung während der Uebergangszeit
auf Ausbau des städtischen Arbeitsnachweises,
auf Verkürzung der Arbeitszeit während der Uebergangszeit.**

Wortlaut der Anträge:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Reichsregierung schleunigst die Einführung der Reichs-Arbeitslosenunterstützung zu beantragen.

Ferner wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

1. eine Vorlage zu machen, nach der, solange von Reich und Staat die Arbeitslosenunterstützung noch nicht eingeführt ist, von seiten der Stadt die den Arbeitslosen (Arbeitern, Arbeiterinnen, Angestellten) aus Gemeindemitteln bezahlte Arbeitslosenunterstützung den veränderten Verhältnissen entsprechend erhöht wird,

2. eine Vorlage zu machen, nach der schleunigst die Mittel für Arbeitsbeschaffung während der Uebergangszeit bereitgestellt werden,

3. den städtischen Arbeitsnachweis so auszubauen, daß derselbe den zu erwartenden großen Anforderungen während der Übergangszeit gerecht werden kann, insbesondere die Arbeitgeber zu veranlassen, bei Bedarf an Arbeitskräften sich nur der nichtgewerblichen Arbeitsnachweise zu bedienen.

4. wird der Magistrat ersucht, um während der Übergangszeit viele Arbeitskräfte unterzubringen, auf die Unternehmer einzuwirken, die Arbeitszeit erheblich zu verkürzen. In den Betrieben der Stadt muß die Verkürzung der Arbeitszeit, soweit irgend möglich, zuerst geschehen."

Stadtv. **Riefe** (zur Begründung): Meine Herren! Wenn ich den Antrag gestellt habe, dahin zu wirken, die Reichsarbeitslosenunterstützung einzuführen, so kennen Sie alle die Not, in der wir uns in jeder Beziehung heute befinden, und diese wird am größten werden, wenn unsere Feldgrauen in die Heimat zurückkehren. Deshalb ist es notwendig, daß jetzt schon Vorsorge getroffen wird für anständige Unterstützungssätze. Wir wissen genau, daß die Reichsregierung, an die sich der Magistrat wenden soll, so rasch nicht arbeitet und die Reichsarbeitslosenunterstützung doch nicht gleich fürsorgend eintreten wird, und in Rücksicht darauf habe ich beantragt, daß vorerst in der Stadt eine solche Einrichtung geschaffen wird, wodurch die Arbeitslosenunterstützung in der Weise eingeführt wird, daß sie nicht durch die Armenpflege geht, wie es bisher der Fall war, daß auch nicht das Görlitzer System zu Hilfe genommen wird. Dazu haben wir keine Zeit, sondern in einer der jetzigen Zeit angemessenen Weise muß vorgegangen werden.

Wenn ich früher der Ansicht war, und mit mir auch noch viele andere, daß nach dem Kriege — vorausgesetzt, daß ein anderer Friede geschlossen werden konnte, wie er früher zu hoffen war — in Masse Arbeit vorhanden wäre, so stehen heute die Aktien ganz anders, nicht nur bei uns in Braunschweig, sondern in ganz Deutschland. Wir wissen nicht, ob Mittel zur Verfügung stehen, um diese großen Bauten, die früher in Aussicht genommen waren, ausführen zu können, und so müssen wir von seiten der Stadt dafür sorgen, daß Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, um die aus dem Felde zurückkehrenden Leute bei nutzbringender Arbeit unterzubringen. Ich habe beantragt, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen und habe keine bestimmte Summe gewählt, weil das schlecht möglich ist. Aber ich glaube nicht, daß es zu früh ist, schon heute darauf aufmerksam zu machen, daß dies in weitgehendstem Maße geschehen muß.

Weiter beantrage ich, den städtischen Arbeitsnachweis so auszubauen, daß derselbe den großen erwachsenden Anforderungen während der Übergangszeit gerecht werden kann. Kommen Sie meinem Antrage nach, dann darf das nicht in einseitiger Weise geschehen, sondern der Arbeitsnachweis muß in der Weise eingerichtet werden, daß er auch den größten Anforderungen genügen kann. Es

würde ein schlechter Trost sein für diejenigen, die Gut und Blut für die Verteidigung der Heimat geopfert haben, wenn sie bei ihrer Rückkehr den Hunger in ihrer Familie mit ansehen und dazu selbst noch darben müßten, sondern es muß für sie gesorgt werden, wie es in unsern Kräften steht.

Wenn ich ferner ersucht habe, daß während der Übergangszeit, um möglichst viele Arbeitskräfte unterzubringen, die Unternehmer veranlaßt werden, die Arbeitszeit zu verkürzen, und daß die städtischen Betriebe damit vorangehen sollen, so gehe ich dabei von dem Grundsatz aus, daß die staatlichen und städtischen Betriebe sich den Namen verdienen sollen, Musterbetriebe zu sein, und daß sie schon deshalb, wo es irgend möglich ist, damit zuerst den Anfang machen sollen, die Arbeitszeit zu verkürzen, so daß die Leute bei dem Massenangebote von Arbeitskräften unterkommen können.

Diese Forderungen sind so zeitgemäß und gerecht, daß sie keinen Verzug erleiden dürfen und mit allen Mitteln durchgeführt werden müssen. Die Arbeitslosenunterstützung muß in weitestem Umfange den Anforderungen der Zeit genügen, und auch Arbeitsgelegenheit muß in genügendem Maße beschafft werden. Wenn wir Arbeit für die Übergangszeit schaffen können, dann wehren wir die Mißstimmung ab, die sich im andern Falle verbreiten würde, und die heimkehrenden und die andern Arbeitskräfte würden daran sehen, daß nach Maßgabe der Verhältnisse gesorgt ist. Die Arbeitsverhältnisse werden sich demnächst ganz umkrempeln, wenn die Rüstungsindustrie zu arbeiten aufhört und die Betriebe erst wieder zu wirtschaftlich nutzbringenden Betrieben umgebaut werden müssen. Dann würde es heißen „Die Löhne werden abgebaut“, aber die hohen Lebensmittelpreise würden bleiben. Dagegen muß sich die Arbeiterschaft wehren; ein Palliativ könnte nur durch die Arbeitslosenunterstützung geschaffen werden. Ich möchte Sie ersuchen, in dieser ernstesten Zeit und in der dringenden Lage, in der wir uns befinden, meinen Antrag unverzüglich anzunehmen.

Vorsitzender **Meyerhoff**: Unterstützt ist der Antrag. — Ich überweise ihn der Finanzkommission und der Statutenkommission zur Vorberatung.

21. Anfrage-Genzen, betreffend die Ankündigung der Nummern beim Verkauf des Freibankfleisches.

Wortlaut der Anfrage f. S. 334.

Stadtv. **Genzen** (zur Begründung): Auch diese Anfrage soll von mir nur kurz begründet werden. Sie wissen alle, daß für den Freibankfleischverkauf die beim Verkauf an die Reihe kommenden Nummern an eine Tafel geschrieben werden, die öffentlich ausgehängt ist. Ich gehe täglich am Schlachthause vorbei und sehe dort zu jeder Zeit Leute stehen, die oft einen langen Weg gemacht haben, um

darnach zu sehen, welche Nummern fällig sind, und die sie sich notieren. Alte Mütterchen, die nicht mehr lesen und schreiben können, holen sich Zungen heran, die ihnen die Nummern aufschreiben müssen. Es ist eine unnötige Schererei und Plackerei, die damit den Leuten gemacht wird. So gut wie beim Pferdefleischverkauf in der Zeitung bekanntgemacht wird, diese und diese Nummern sind fällig, ebenso könnte es auch beim Freibankfleisch gemacht werden. Das würde für den Magistrat wenig Arbeit kosten, aber für diejenigen, die davon profitieren, würde viel Zeit und Plackereien gespart.

Stadtbaurat Gebensleben: Ich habe mit dem Schlachthausdirektor über den Aushang der Nummern beim Freibankfleischverkauf gesprochen. Er vertritt die Ansicht, daß sich eine Bekanntmachung durch Inserat leider nicht durchführen läßt, und zwar mit Rücksicht darauf, daß es sich um Ware handelt, die einem schnellen Verderben ausgesetzt ist. Er sagt, wenn dem stattgegeben werden sollte, so würde ein Tag durch die Aufgabe des Inserats verstreichen, und es müßte der Verkauf einen Tag später stattfinden, was bei dem leicht verderblichen Freibankfleisch nicht ratsam sei. Ich werde aber die Sache noch einmal im Schlachthausausschuß gründlich prüfen lassen, und wenn es sich irgend machen läßt, es in der Weise einrichten, wie Herr Genzen vorgeschlagen hat.

Für die beantragte Besprechung der Anfrage Genzen findet sich nicht die nötige Unterstützung.

22. Antrag Stegmann, betreffend die Geschäftshandhabung bei der Bucheckernsammelstelle.

Wortlaut des Antrages s. S. 334.

Stadtv. Stegmann (zur Begründung): Meine Herren, schon vor einigen Wochen haben wir uns mit der Bucheckernsammlung und mit der Verwertung der gesammelten Früchte befaßt. Es wurde schon damals gerügt, daß den Sammlern zu wenig dl geliefert wird: nur 6 Prozent sollen sie haben — eigentlich sollten sie nur 3 Prozent bekommen, während Preußen 6 Prozent geben wollte. Auch die Herren Salomon und Frede sprachen sich dagegen aus. Die Besprechung hat den Erfolg gehabt, daß ihnen doch, wie in Preußen, 6 Prozent dl geliefert werden. Wenn man nun bedenkt, daß 18 Prozent dl (wie mir als Auskunft auf meine Anfrage von der Sammelstelle mitgeteilt ist) aus den Bucheckern geschlagen werden, so sind die 6 Prozent nur ein Drittel dessen, was gewonnen wird. Wenn man selbst gesammelt hat (auch meine Frau und ich haben das getan), so weiß man, welcher geringe Ertrag dabei herauskommt. Wochenlang habe ich gesammelt und habe noch keinen Zentner zusammenbekommen. Auch das Sammeln mit dem Siebe ist nicht so ergiebig, wie immer gesagt wird. Nur in den ersten

Wochen, als noch nicht so viele hinausliefen, haben die Leute mehr Erfolg gehabt. Selbst die Schüler, die hinausfahren, bringen wenig Bucheckern nach Hause, so daß sich ihre Zahl immer mehr verringert.

Wenn nun die Leute schon darüber unzufrieden sind, daß sie so wenig Öl bekommen, indem sie sagen: „Wir müssen uns für diejenigen quälen, die sich der Mühe nicht unterziehen wollen und doch besser mit Fett versorgt sind als wir“, so wird dem Faß der Boden ausgeschlagen dadurch, daß man bei den Sammelstellen in an Betrug grenzender Weise vorgeht. Es wird verlangt: lufttrockene Bucheckern sollen abgeliefert werden. Ich habe gesehen, daß wirklich trockene Bucheckern, die beim Schütteln klapperten, abgeliefert sind, aber trotzdem sind von der Sammelstelle 10 Prozent des Gewichts abgezogen. Statt 100 Pfund mußten sie 111 Pfund abliefern. Es ist ein Skandal, daß in solcher Weise vorgegangen wird. Deshalb habe ich beantragt, daß der Magistrat bei der Landessammelstelle oder beim Ministerium dahin vorstellig wird, daß dies Geschäftsgebahren unbedingt beseitigt wird. Wer einen Zentner abliefern, muß auch aus dieser Ablieferung die Berechtigung bekommen, 6 Pfund Öl zu beziehen.

Auch noch andere Umstände tragen dazu bei, daß nicht mehr so viele Schüler zum Sammeln hinausgehen wollen, wie wir gedacht haben, und das nicht nur wegen der ungünstigen Witterung. Wiederholt ist es vorgekommen, daß bei den Schülern, die nach dem Elme ziehen wollten, auf jeden Lehrer nur zwei Schüler kamen. Die Eltern lassen ihre Kinder nicht mehr mitgehen, weil bei der Aufteilung des Öls noch andere Dinge in Frage kommen als der Erfolg der Sammel-tätigkeit. Der Lehrer bekommt 1 Prozent Öl aus dem Ertrage der Sammlung, die Kochfrauen $\frac{1}{2}$ Prozent, und sogar der Schulinspektor soll $\frac{1}{4}$ Prozent bekommen, obgleich sie absolut nichts dabei zu tun haben. Muß sich denn jeder in dieser Sache erst noch die Hände waschen, auch wenn sie bei der ganzen Sammlung herzlich wenig beteiligt sind? Auch diese Mißstände müssen zur Sprache gebracht und beseitigt werden.

Ich habe den Antrag als dringenden gestellt, denn es ist nötig, daß die Mißstände schnellstens beseitigt werden. Ich bitte Sie dringend um Annahme dieses Antrages.

Der Vorsitzende **Meyerhoff** stellt den Antrag zur Beratung.

Stadtv. **Bunge**: Es ist Tatsache: es herrscht über diese Maßnahmen, die man getroffen hat, Erbitterung in der Bevölkerung. Ich weiß aus meiner Nachbarschaft, daß man bei Bucheckern, die vollständig trocken waren, den Leuten 10 Prozent abgezogen hat; man will die Bucheckern goldgelb sehen. Ich muß auch sagen, daß das eine Ungerechtigkeit ist, und daß das bißchen Öl, die paar Prozent, die ausgegeben werden, herzlich wenig ist. Man muß auch in Betracht ziehen,

daß die Leute dann wohl einen Schein haben, aber wann bekommen sie das Öl? Auch darauf müßte man hinwirken, daß die Leute nicht nur den Ölschein im Hause haben, sondern auch Öl bekommen. Wenn das geschieht, dann wird ein ganzes Teil der Erbitterung beseitigt werden.

Stadtb. Munte: Ich bin dafür, daß von seiten des Magistrats oder in anderer Form die Abnahme der Bucheckern überwacht wird. Ich gebe ohne weiteres zu, daß es sehr schwer ist, zu entscheiden: diese Eckern sind lufttrocken und jene nicht. Ob dabei die Farbe eine andere wird, entzieht sich meiner Beurteilung, weil ich keine Erfahrung darin habe. Wenn so verfahren wird, daß alle Bucheckern, die abgeliefert werden, als zu frisch angesehen werden, dann kommt es dem gleich, daß man sagt: „Es werden Bucheckern angenommen, aber nur 90 Pfund für 100 berechnet“, und das müßte vermieden werden. Diejenigen allerdings, die heute gesammelt haben und morgen abliefern, die können nicht verlangen, daß ihnen das volle Gewicht angerechnet wird. Im allgemeinen aber behalten die Leute die Bucheckern 14 Tage lang im Hause und bringen dann die 14tägigen Sammlungen zur Ablieferung, denn unter 10 Pfund werden überhaupt nicht abgenommen. Die zuerst gesammelten Bucheckern sind dann trocken, und die von den beiden letzten Tagen sind noch feucht. Es wird schwer sein, eine Norm zu finden, um die Ablieferung gerecht zu gestalten. Es scheint aber, daß man schematisch vorgeht, und daß einfach gesagt wird: Jeder, der kommt, muß sich 10 Prozent Abzug gefallen lassen. Das scheint mir nicht richtig.

Stadtbaurat Gebensleben: Der Anregung des Herrn Munte, es möchten städtische Organe kontrollieren, ob alles bei der Abnahme der Bucheckern ordnungsmäßig zugeht, kann leider nicht stattgegeben werden. Die Landes-sammelstelle untersteht nicht dem Stadtmagistrat, sondern dem Staatsministerium. Wir könnten nur das Staatsministerium oder die Landes-sammelstelle ersuchen, diese Mängel abzustellen. Auch mir sind von verschiedenen Seiten Klagen zu Ohren gekommen. Ein Herr, der mir nahe steht, sagte mir, er hätte pounds 10 Pfund durchaus lufttrockene Bucheckern abgeliefert, hätte sie schon ein paar Wochen zu Hause sorgfältig gepflegt und sie lufttrocken abgeliefert, aber auch ihm hätte man 10 Prozent abgezogen. Ich habe nun Gelegenheit genommen, mit Herrn Dr. Nehring, dem Vorstände der Landes-sammelstelle, über die Sache zu sprechen. Darauf sagte er mir, ein solches Verfahren hielte er auch nicht für richtig, und er wolle für Abhilfe sorgen. Allerdings hätte die Landes-sammelstelle vom Kriegsaus-schuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette die Anweisung erhalten, bei Ablieferung nasser Bucheckern einen Abzug bis 10 Prozent vorzunehmen; denn der festgesetzte Preis würde bestimmungsgemäß nur für lufttrockene Bucheckern

bezahlt, d. h. nicht für durch und durch trockene, wie man sie auf der Darre trocknet, sondern für solche, die eine Zeitlang an der Luft gelegen haben. Dieser Anweisung entsprechend sollte verfahren werden. Ich wundere mich, daß noch Klagen gekommen sind, und selbstverständlich wird der Magistrat, wenn der Antrag angenommen wird, nochmals vorstellig werden, um die gerügten Mißstände zu beseitigen. Meine Herren, Sie kennen Herrn Dr. Nehring; er wird bereit sein, sie schnell zu beseitigen.

Stadtv. **Niese:** Der Unmut in der Bevölkerung in dieser Sache ist vollständig begründet. Ich behaupte: Es werden wegen der Mißstände bei der Sammelstelle viele Bucheckern von der Bevölkerung zurückgehalten, und dasselbe würde ich auch tun. Die Leute stellen sich auf den Standpunkt, daß die Sammelstelle den Versuch macht, die Vorschriften zu umgehen, und das kann man ihnen nicht übelnehmen. Ich bestreite aber, daß nicht viele Bucheckern vorhanden wären, sondern bin fest überzeugt: nicht allein, um für dieses Jahr den Fett- und Ölbedarf zu decken, würden die Bucheckern ausreichen, sondern auf Jahre hinaus. Aber daß diejenigen, die im Holze liegen und sich die Grippe dabei holen, für das bißchen Öl noch bluten sollen, das kann ich nicht für recht erklären. Ich bin der festen Überzeugung, daß schon die ganze Verordnung wegen Ablieferung der Bucheckern, wie das alles von oben herab bestimmt ist, nichts wert ist, daß dadurch die Bevölkerung beeinträchtigt und eingeschränkt wird. Der Schlaumeier, der bekanntmacht, trockene Bucheckern wären gelb, kennt die Sache nicht. Die Hauptsache ist, daß das Sammelgut 14 Tage trocken aufgehoben wird, dann ist es reif zum Schlagen und Walzen. So haben wir es schon vor 60 Jahren gemacht, und so ist es heute bei den besseren technischen Einrichtungen noch besser möglich. Wenn man endlich der Fettknappheit abhelfen will, dann sollte man nicht so verfahren, daß man den Aufsehern bei der Sammlung und den sonstigen Beteiligten $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ Prozent Öl gibt und so das Fett wegschöpft, sondern man sollte alle Hindernisse beseitigen, damit der Unmut in der Bevölkerung nicht wächst. Schon die Unsumme Geld, die für dies Öl verlangt wird, 16—20 *M.*, ist ungeheuerlich. Früher hat das Pfund 65 Pfennig gekostet. Wenn man solche Preise festlegt, dann setzt der Kriegswucher schon ein, ehe die Sammlung angeht. Der Prozentsatz an Öl, der für die abgelieferten Bucheckern gewährt werden soll, ist viel zu klein. Warum opfern die Sammler denn ihre Zeit und vielleicht auch ihre Gesundheit? Doch nur, um etwas Fett oder Öl zu erhalten. Wenn man sie dann noch knapp abspießt, so muß das Unmut erregen.

Stadtv. **Stegmann:** Herr Stadtbaurat Gebensleben hat nicht darauf geantwortet, was bezüglich der Lehrer und Schulinpektoren bestimmt ist, ob ihnen

tatsächlich diese Prozente gegeben werden. Kann auf diese Frage keine Auskunft gegeben werden?

Stadtbaurat Gebensleben: Nach den bestehenden Bestimmungen sollen diejenigen, die Bucheckern abliefern, einen Ölbezugschein bekommen, der sie berechtigt, demnächst 6 Prozent des Gewichtes der abgelieferten Bucheckermenge in Gestalt von Öl abzuholen. Diese 6 Prozent bekommen sie ohne weiteres, und es wird durchaus hierbei bestimmungsgemäß verfahren; es wird ihnen auch nicht 1 g von der zustehenden Menge abgezogen. Das ist eine gesetzliche Regelung, gegen die nichts einzuwenden ist. Allerdings trifft es zu, daß die Ausbeute an Öl eine größere ist, soweit ich weiß, werden der Sammelstelle 7 Prozent zurückgeliefert werden, so daß ein gewisser Überschuß entsteht. Dieser Überschuß muß berücksichtigt werden, soweit ich unterrichtet bin, mit Rücksicht auf die Verluste, die entstehen können. Sodann ist mir, wie auch dem Herrn Vorredner, bekannt geworden, daß gewisse Entschädigungen in Gestalt von Öl für die Herren Lehrer und die sonstigen Aufsichtsorgane gewährt werden sollen. Weiter bin ich darüber nicht unterrichtet. Ich wiederhole aber, daß jeder diejenige Menge Öl bekommt, die ihm von Rechts wegen zusteht.

Stadtv. Wesemeier: Es wäre toll, wenn die Inspektoren etwas bekämen, wo sie nichts bei der Sache zu tun haben.

Stadtv. Salomon: Es ist mir nichts davon bekannt, daß die Inspektoren etwas von dem gewonnenen Öl bekommen, aber wohl, daß die aufsichtsführenden Lehrer 1 Prozent Öl aus dem Gewichte der von ihnen beaufsichtigten Sammlungen bekommen sollen, und zwar geschieht dies aus der Ermägung heraus, daß man sagt: Wenn die Lehrer die Kinder beaufsichtigen, können sie nicht selbst sammeln.

Der Antrag Stegmann wird angenommen.

23. Anfrage Stegmann, betreffend die Verteilung des Brotaufstrichs.

Wortlaut der Anfrage S. S. 334.

Stadtv. Stegmann (zur Begründung): Seit vollen drei Monaten wird an Brotaufstrich fast nichts mehr geliefert, als jeden Monat, soviel ich weiß, ein bißchen Kunsthonig. Dabei muß man berücksichtigen, daß es Käse, der in ein paar Tagen verzehrt ist, nur alle vier Wochen gibt, und sonst gibt es überhaupt nichts aus Brot. Sich selbst Marmelade bereiten, kann die Bevölkerung nicht, auch dann nicht, wenn es ihr gelingt, sich Obst oder Kürbis zu verschaffen, denn

es fehlt an Zucker, so daß viele Familien nichts haben als Brot und die braune Brühe, Kaffee genannt. Dazu kommen die fleischlosen Wochen und in den ersten Wochen dieses Quartals hatten wir obendrein auch noch Kartoffelmangel, der ja jetzt aber glücklicherweise aufgehoben ist. Wenn man diese Verhältnisse berücksichtigt, erscheint es unbegreiflich, daß nicht einmal Brotaufstrich geliefert wird. Vergleicht man die Monate Mai und Juni damit, so wurde damals Marmelade in Massen geliefert. Aber wohl nur deshalb wurde sie den Leuten aufgedrängt, weil sie in Gärung geriet, und allerdings konnte sie die Stadt in diesem Zustande auch nicht aufbewahren, um für die Zeit der Not zu sorgen. Dann hätte man aber damals den Kunsthonig und Sirup aufbewahren sollen für die Monate August, September, Oktober, wo keine Marmelade geliefert werden kann, weil sie in dieser Zeit neu bereitet wurde. Vom 1. November ab sollte nun Marmelade ausgegeben werden, aber heute höre ich von zwei Kaufleuten, daß das erst Ende November geschehen soll. Das würde noch eine Verlängerung des jetzigen schlimmen Zustandes sein. Es müßte unbedingt dafür gesorgt werden, daß jetzt Brotaufstrich herauskommt. Woran liegt es, daß dem Publikum nicht mehr geboten wird?

Oberamtsrichter Meyer: Wenn in den letzten Monaten keine Marmelade verteilt ist, so liegt das daran, daß kein Zucker zur Bereitung von Marmelade zur Verfügung gewesen ist. Obstmark soll noch in Menge zur Verfügung gestanden haben, aber kein Zucker. Was nun die künftige Marmeladenverteilung betrifft, so ist vorgesehen, daß wieder 30 g täglich auf den Kopf der Bevölkerung des Reiches hergestellt werden soll; in den Großstädten wie Braunschweig werden dann wieder wie im Vorjahre 2 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung verteilt werden können. Wir haben heute die ersten Bezugsscheine auf neue Marmelade bekommen. Es sind das 1685 Zentner eigentliche Marmelade und 350 Zentner Kunsthonig; die sollen bis zum 15. November reichen. Wir werden also demnächst Marmelade verteilen können; die Sache kommt jetzt in Fluß, wenn es auch leider recht lange gedauert hat. Eine Einschränkung ist im Augenblicke allerdings zu machen: Nachdem ich gehört hatte, daß die Konservenfabrik Hinge in Rühme uns beliefern soll, habe ich mich mit ihr in Verbindung gesetzt und gebeten, uns umgehend Marmelade zuzuschicken. Es ist mir geantwortet worden, die Marmelade sei noch nicht fertiggestellt; man habe keine Rohlen. Darauf habe ich sofort nach Berlin telegraphiert, es möchte uns eine andere Marmeladenfabrik zur Lieferung aufgegeben werden, und ich habe auch mit Herrn Munte gesprochen. Es wird sich vielleicht ermöglichen lassen, daß wir von ihm Marmelade bekommen. Die Verteilung soll sofort ausgeführt werden, sobald wir die Marmelade haben. Die 350 Zentner Kunsthonig werden schon verteilt. Im

übrigen soll mit der Verteilung der Marmelade nach der Erklärung der Reichsstelle wieder genau so verfahren werden wie im vorigen Jahre.

Was die starke Belieferung der Bevölkerung mit Marmelade im vorigen Sommer betrifft, so haben wir den Versuch gemacht, die städtische Marmelade für die jetzigen Monate, von denen vorauszusehen war, daß der Brotaufstrich knapper sein würde, zurückzuhalten. Der Ernährungsausschuß hat damals aber beschlossen: Die Einwohner haben an 2—3 Pfund im Monat nicht genug, sie sollen 4 Pfund erhalten. So haben wir unserem eigenen Wunsche nicht entsprechen können, und die Marmelade wurde ausgegeben. Wäre das damals nicht geschehen, so hätte die Marmelade jetzt ausgeteilt werden können.

24. Antrag Munte auf Besetzung der beiden freien Sitze im Magistrat.

Wortlaut des Antrages s. S. 398.

Stadtv. **Munte** (zur Begründung): Meine Herren! Sie wissen, daß zwei Sitze im Magistrat erledigt sind, und wissen auch, daß wir in einer Sitzung auf Vorschlag des Herrn Oberbürgermeisters selbst beschlossen haben, diese Sitze vorläufig unbesetzt zu lassen. Der Herr Oberbürgermeister hat uns Vortrag darüber gehalten, daß das aus Uneigennützigkeit des Magistrats geschehe, indem sonst durch das Fehlen der zum Militärdienst eingezogenen Stadtverordneten bei den gemeinschaftlichen Sitzungen des Magistrats und der Stadtverordneten der Magistrat ein gewisses Übergewicht in der Stimmenzahl bekäme, was er ablehnen möchte. Wenn auch der Magistrat besonders in dieser Zeit reichlich zu tun habe, so bedürfe er der Hilfe dieser Herren nicht, denn von den unbefoldeten Mitgliedern des Magistrats sei ein Ressort nicht zu bearbeiten. Es sind also gewissermaßen Staatssekretäre ohne Portefeuille. Bei dem Zunehmen der Arbeit, die jedenfalls dem Magistrat als der Exekutivbehörde der Stadt in der nächsten Zeit bevorsteht — wie schon aus den heutigen Anträgen hervorgeht, es liegt reichlich Stoff vor — halte ich es für angebracht, daß der Magistrat ruhig die unbefoldeten Stadträte etwas mehr beschäftigt. Herr Stadtrat Mohr befaßt sich ja schon mit der Kohlenverteilung, und es lassen sich vielleicht auch noch andere Abteilungen abwälzen auf die Herren, die nicht mehr in ihrem Berufe, sondern nur in ihrem Ehrenamte tätig sind. Wer einmal ein solches Amt übernommen hat, der muß in dieser Zeit auch noch weitere Zeit diesem Amte opfern außer der für die Sitzungen am Montag und Donnerstag.

Nun habe ich allerdings noch einen Hintergedanken, wenn ich in meinem Antrage wünsche, die erledigten Sitze durch Neuwahlen zu ergänzen. Ich habe nämlich die Ansicht, daß es nützlich wäre, daß auch einmal einer der Herren von unserer Linken in den Magistrat mit einzieht. Das hielte ich deshalb für gut,

weil es einen guten Eindruck auf die gesamte Einwohnerschaft macht und vor allen Dingen auf die arbeitenden Klassen, wenn sie sehen, daß einer dieser Herren tatsächlich mit bei der Verwaltung der Stadt praktisch tätig ist. Ein anderer Hintergedanke ist der, daß dann die große Flut von Anträgen und Anfragen etwas nachlassen würde, da jene Partei dann Gelegenheit hätte, sich im Magistrat über alles Wissenswerte aufzuklären und in den Sitzungen, die die Herren unter sich abzuhalten pflegen, darüber Auskunft zu geben, so daß sie nicht weiter nötig hätten, hier diese Begründung von Anträgen und Anfragen vorzutragen. Das würde uns viel Zeit sparen, und es würde derselbe Zweck erfüllt, den die Herren erreichen wollen, indem sie hier Anträge stellen.

Ich möchte die Herren bitten, meinem Antrage zuzustimmen, daß der Magistrat eine gemeinschaftliche Sitzung ansetzt, in der die beiden Wahlen vollzogen werden.

Der Vorsitzende **Meyerhoff** überweist den Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung und schließt darauf die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 9¾ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 14. November 1918.

Tagesordnung:

1. Antrag Genzen, Beschaffung von Bekleidungsgegenständen für die schulentlassene Jugend betreffend Seite 418
2. Anträge des Stadtverordneten Rieke " 419
 - auf Einführung der Reichs-Arbeitslosenunterstützung und Erhöhung der gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung,
 - auf Arbeitsbeschaffung für die Übergangszeit,
 - auf Ausbau des städtischen Arbeitsnachweises,
 - auf Verkürzung der Arbeitszeit während der Übergangszeit.
3. Zahlung einer Beihilfe an das Mädchenheim " 430
4. Prüfung der Stadthaushaltsrechnungen für 1914/15 " 431
5. Antrag eines Stadtverordneten auf Entlassung aus dem Amte. " 433
6. Bargeldlose Zahlung der Gehälter an die Beamten und Lehrkräfte. " 433
7. Verkauf einer Fläche beim Wasserwerf Rünningen an die Königl. Preussische Eisenbahnverwaltung " 435
8. Anfrage Frede über die Vermeidung von Unzuträglichkeiten bei der Unterkunft und Verpflegung der zurückkehrenden Truppen " 435
9. Antrag Munte, betreffend Auszahlung der einmaligen Kriegsteuerungszulage an die städtischen Beamten und Lehrkräfte " 443
10. Anfrage Jasper, bezüglich der Befugnisse des Volkskommissariats für die Stadt Braunschweig " 446
11. Anfrage Jasper, bezüglich der Wahlen des Arbeiter- und Soldatenrats. " 451
12. Anfrage Jasper, betreffend die Wahlen zur Landes- und Gemeindevertretung " 453
13. Anfrage Rieke über den vorgemommenen Verkauf von Brotkarten " 457

Karl Rieckhoff
(Gf. Rieckhoff)

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister **Ketemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Seymann**, **Mohr**, **Schöttler**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Schmidt**, Dr. **Voge**, **Weichsel**. Außerdem fehlt Herr Stadtverordneter **Ribbentrop**.

Vorsitzender Dr. Wolters: Ich eröffne die Sitzung.

1. Antrag **Genzen**, Beschaffung von Bekleidungsgegenständen für die schulentlassene Jugend betreffend.

Stadtv. Ohlendorf: Der Antrag des Herrn **Genzen** lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Stadtverordnetenversammlung demnächst eine Vorlage zu unterbreiten, um den Eltern der zu Ostern schulentlassenen Jugend die Beschaffung von Bekleidungsgegenständen zu ermöglichen.“

Die Finanzkommission hat zu dem Antrage Stellung genommen, und ich kann berichten, daß einstimmig die Meinung vorhanden war, daß dem Antrage Rechnung getragen werden muß. Es ist allerdings nicht beschlossen worden, ihn anzunehmen, sondern es soll der Magistrat ersucht werden, eine Vorlage darüber zu machen, und zwar deshalb, weil in der Finanzkommission nicht festgestellt werden konnte, in welcher Weise die Mittel zur Bestreitung der Ausgaben für die Bekleidungsgegenstände beschafft werden könnten. Es wurde in Erwägung gezogen, daß die Altbekleidungsstelle, wo einige hundert Anzüge vorhanden sind, mit einspringen könnte, jedoch muß die Sachlage noch geklärt werden. Deshalb hat die Finanzkommission beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, den Stadtverordneten eine Vorlage in dieser Sache einzubringen.

Vorsitzender: Da Widerspruch nicht laut geworden ist, nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit dem Vorschlage der Finanzkommission an.

Eingelaufen ist eine Anfrage und ein Antrag. Zunächst eine Anfrage des Herrn **F r e d e:**

„Was gedenkt der Magistrat zu tun, damit Unzuträglichkeiten bei der Unterkunft und Verpflegung der zurückkehrenden Truppen vermieden werden?“

Sodann ein dringlicher Antrag des Herrn **M u n t e:**

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zu bewirken, daß den städtischen Beamten und Lehrkräften die schon teilweise gezahlte einmalige Kriegsteuerzulage in vollem Umfange gezahlt werde

- nach Maßgabe der Bestimmungen, wie sie in einer an den letzten Landtag gelangten, aber nicht erledigten Vorlage getroffen sind."

Beide Herren werden nachher Gelegenheit haben, ihre Anfrage resp. ihren Antrag zu begründen.

2. Anträge des Stadtverordneten Riefe auf Einführung der Reichs-Arbeitslosenunterstützung und Erhöhung der gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung, auf Arbeitsbeschaffung für die Übergangszeit, auf Ausbau des städtischen Arbeitsnachweises, auf Verkürzung der Arbeitszeit während der Übergangszeit.

1. Erwerbslosenunterstützung.

Stadtv. **Steinbrecher** (als Berichterstatter der Statutenkommission): Der auf eine Erwerbslosenunterstützung abzielende Antrag des Herrn Riefe lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Reichsregierung schleunigst die Einführung der Reichs-Arbeitslosenunterstützung zu beantragen.“

Ferner wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

eine Vorlage zu machen, nach der, solange vom Reich und Staat die Arbeitslosenunterstützung noch nicht eingeführt ist, von Seiten der Stadt die den Arbeitslosen (Arbeitern, Arbeiterinnen, Angestellten) aus Gemeindemitteln bezahlte Arbeitslosenunterstützung den veränderten Verhältnissen entsprechend erhöht wird."

Die Statutenkommission hat den Antrag beraten und kommt, soweit die Arbeitslosenversicherung in Frage kommt, zu folgenden Bestimmungen:

„Fürsorge für Erwerbslose in der Stadt Braunschweig.

Die Stadt Braunschweig gewährt bedürftigen arbeitswilligen und arbeitsfähigen Arbeitern, Angestellten und selbständigen Gewerbetreibenden beiderlei Geschlechts, die bisher regelmäßig berufstätig waren, Erwerbslosenunterstützung nach folgenden Bestimmungen:

§ 1. Die Unterstützung wird gewährt bei ganzer und teilweiser Arbeitslosigkeit. Sie hat nicht den Rechtscharakter der Armenunterstützung. Ein Rechtsanspruch auf sie besteht nicht.

§ 2. Unterstützt werden nur solche Erwerbslose, die unmittelbar vor Eintritt der ganzen oder teilweisen Erwerbslosigkeit bzw. vor Einberufung zum Heeres-

oder Hilfsdienste wenigstens drei Monate in der Stadt Braunschweig gewohnt haben.

§ 3. Die Unterstützung beträgt wöchentlich:

20 *M* für den Erwerbslosen selbst,

je 12 *M* a) für den Ehegatten,

b) für jedes Kind unter 15 Jahren,

c) für alle arbeitsunfähigen dem Hausstande des Erwerbslosen angehörigen Kinder und Eltern, deren Unterhaltung dem Erwerbslosen kraft Gesetzes obliegt.

Die vorstehend aufgeführten Angehörigen des Erwerbslosen erhalten in jedem Falle nur die Angehörigenunterstützung, auch wenn sie bisher selbst gearbeitet haben.

Der Höchstbetrag der wöchentlichen Unterstützung für eine Familie ist 80 *M*.

§ 4. Bei Einnahmen, die die Unterstützungssätze decken, wird keine Unterstützung gezahlt. Auf die zu zahlenden Unterstützungen sind alle Einnahmen in Anrechnung zu bringen mit folgender Einschränkung:

Invaliden- und Altersrente wird im Gegensatz zur Unfallrente nicht an gerechnet. Unterstützungen, die von Gewerkschaften, Arbeitgebern und dergl. gezahlt werden, und Zinsen von Spargroschen bleiben außer Betracht.

In keinem Falle darf die Unterstützung so bemessen werden, daß das vor Eintritt der Erwerbslosigkeit vorhandene Einkommen überschritten wird.

§ 5. Die Auszahlung der Unterstützungen erfolgt an den drei ersten Tagen der Woche nachmittags für die verflossene Woche an den vom Stadtmagistrat bekanntzumachenden Stellen. Der Anspruch auf Unterstützung kann nur innerhalb sieben Tagen nach Ablauf der Kalenderwoche, für welche Unterstützung gewünscht wird, geltend gemacht werden.

§ 6. Die Erwerbslosen haben den Anspruch auf Unterstützung bei dem Arbeitsnachweise ohne Verzug anzumelden. Der Tag der Anmeldung gilt als Beginn der Erwerbslosigkeit. Die Erwerbslosen sind verpflichtet, alle Fragen, die für die Unterstützungsbewilligung von Bedeutung sein können, wahrheitsgemäß zu beantworten.

§ 7. Die Erwerbslosen haben sich zur Überwachung der Erwerbslosigkeit täglich bei dem Arbeitsnachweis zu melden. Sie sind verpflichtet, jede ihnen zugewiesene Arbeit, die ihnen nach Lage der Verhältnisse zugemutet werden kann, zu übernehmen.

Verstöße gegen die Meldepflicht und unbegründete Verweigerung von Arbeit haben die dauernde oder zeitweilige Entziehung der Unterstützung zur Folge.

§ 8. Die Unterstützten haben für ihre freiwillige Krankenversicherung zu sorgen. Sie haben die freiwillige Krankenversicherung bei Anmeldung des Unter-

stützungsanspruch nachzuweisen oder darzutun, daß die Versicherung nicht möglich ist. Die Hälfte der Beiträge wird bei freiwilliger Versicherung von der Stadt getragen.

§ 9. Bei ihrer ersten Anmeldung erhalten die Erwerbslosen eine Ausweiskarte, die sie bei späteren Meldungen und der Erhebung der Unterstützung vorzulegen haben. Auf der Ausweiskarte haben sie bei zeitweiliger Beschäftigung von dem Arbeitgeber den Verdienst bescheinigen zu lassen.

§ 10. Die Leitung der Erwerbslosenfürsorge erfolgt unter Aufsicht des Stadtmagistrats durch den Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises. Der Ausschuß kann nähere Anordnungen zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge treffen. Er entscheidet endgültig über Beschwerden gegen die Geschäftsführung oder gegen Anordnungen des Ausschuhvorsitzenden."

Die Statutenkommission hat also beschlossen, daß die Erwerbslosen, die jetzt arbeitslos werden, sowie auch diejenigen, die aus dem Felde zurückkommen und Arbeit nicht erhalten, unterstützt werden sollen. Ich werde paragrafenweise die einzelnen Bestimmungen verlesen und nehme an, daß sie in dieser Weise zur Beratung kommen können.

Vorsitzender: Ich möchte den Herrn Berichterstatter der Finanzkommission fragen, ob er noch etwas Besonderes zu berichten hat, oder schließt er sich den Ausführungen des Berichterstatters der Statutenkommission an? (Zustimmung.) Dann würde lediglich Herr Steinbrecher für beide Kommissionen berichten.

Wir werden bei der Beratung absatzweise vorgehen. Die Herren, die zu den einzelnen Paragraphen etwas vorbringen wollen, können sich dann melden. Es würde zunächst die Feststellung derjenigen Personen, die Arbeitslosenunterstützung erhalten können, zur Beratung stehen, also der Eingang zu diesen Vorschriften.

Stadtv. Hartung: Es ist in den Bestimmungen der Ausdruck gewählt, es soll an Arbeiter usw., „die bisher regelmäßig berufstätig waren“, Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden. Das ist zweifellos richtig. Es könnten aber doch über einzelne Punkte immerhin Zweifel entstehen, insbesondere möchte ich einen Punkt hervorheben. Es ist hier ziemlich allgemein gesagt: „die bisher regelmäßig Berufstätigen“. Ich nehme an, daß diejenigen häufigen Fälle nicht gemeint sind, wo früher die Familie durch die Arbeit des Familienvaters als des natürlichen Ernährers unterhalten wurde, und wo nun infolge der Einziehung des Ernährers zum Kriegs- oder Hilfsdienst die Verhältnisse sich geändert haben und die Frau als Ernährer eingetreten ist. Ein Beispiel, das uns allen geläufig ist, ist der Eintritt der Frauen als Angestellte in den Dienst der Straßenbahn an die Stelle ihrer Männer. Ich nehme an, wenn gesagt ist: „Es sollen die Personen

bedacht werden, die regelmäßig berufstätig waren“, so ist gedacht an Friedenszeiten. Die Bestimmung könnte in ihrer Fassung dazu führen, daß man alle die Frauen, die jetzt erwerbstätig geworden sind und während der Kriegszeit regelmäßig berufstätig waren, auch als unter diese Bestimmungen fallend anerkennt und auf diese Weise der Mann und die Frau Erwerbslosenunterstützung bekommen. Daß das nicht gemeint ist, bitte ich zum Ausdruck zu bringen. Wenn die Versammlung sich aber einig ist, daß die Bestimmung so gemeint ist, wie ich eben sagte, so würde es nicht nötig sein, das in den Bestimmungen ausdrücklich hervorzuheben.

Oberamtsrichter **Meyer**: Gegenüber diesem Einwande des Herrn Stadtv. Hartung möchte ich hinweisen auf § 3. Es heißt dort ausdrücklich:

„Die vorstehend aufgeführten Angehörigen des Erwerbslosen erhalten in jedem Falle nur die Angehörigenunterstützung, auch wenn sie bisher selbst gearbeitet haben.“

In dem Falle, den Herr Stadtv. Hartung zur Besprechung verstellt hat, liegt die Sache so, daß die Kriegerfrau, die heute die Arbeit einstellt, nur die Angehörigenunterstützung, nicht aber die Erwerbslosenunterstützung in vollem Umfange bekommt, wenn der Mann sie bekommt, und gar nichts, wenn er arbeitet.

Vorsitzender: Wenn sich Widerspruch nicht erhebt, so nehme ich in jedem Falle nach Beendigung der Beratung der einzelnen Absätze oder Paragraphen an, daß die Versammlung mit dem vorgeschlagenen Wortlaute einverstanden ist. Ich nehme jetzt also an, daß die Versammlung mit der Einleitung zu den Bestimmungen einverstanden ist.

§§ 1 und 2 werden vom Referenten, Herrn Stadtv. **Steinbrecher**, verlesen. Widerspruch erhebt sich nicht.

Stadtv. **Steinbrecher** verliest § 3.

Hier darf ich mir erlauben zu bemerken, daß der Höchstatz in der Vorlage mit 80 M festgesetzt ist. Es ist mir nicht erinnerlich, daß wir das in der Statutenkommission beschlossen haben. Meiner Meinung nach war eine Höchstgrenze nicht festgesetzt.

Oberamtsrichter **Meyer**: Das ist richtig. Ich bitte, die ganze Vorlage und insbesondere die eben erwähnte Bestimmung als einen Antrag des Magistrats zu behandeln. Der Magistrat ist sich schlüssig geworden, daß ein Höchstbetrag angenommen werden muß, da naturgemäß die Erwerbslosenunterstützung nicht höher sein darf als der Durchschnittsverdienst, den der Erwerbslose haben würde,

wenn er Arbeit bekommen hätte. Sonst würde die Erwerbslosenunterstützung dahin führen können, daß angebotene Arbeit abgelehnt wird mit der Begründung, daß derjenige, der nicht arbeitet, mehr bekommt. Ich glaube, daß man mit dem Satze von 80 *M* hoch genug gegangen ist, so daß Unzuträglichkeiten sich nicht ergeben können. 80 *M* Wochenverdienst ist jedenfalls auch unter den heutigen Verhältnissen schon etwas, mit dem die Familien wohl auskommen können.

Stadtv. Steinbrecher: Wir haben in § 4 noch die Bestimmung: „In keinem Falle darf die Unterstützung so bemessen werden, daß das vor Eintritt der Erwerbslosigkeit vorhandene Einkommen überschritten wird.“ Das war der Grund, warum wir in der Statutenkommission keine Höchstgrenze für die Unterstützung festgesetzt haben. Wir waren in der Statutenkommission der Meinung, daß sich die Höhe der Gesamtunterstützung nach der Zahl der Angehörigen richten soll. Hat der Erwerbslose eine Ehefrau und 5 Kinder zu versorgen, so bekommt er dafür sechsmal 12 *M*, bei 7 Kindern achtmal 12 *M*, nur darf die Unterstützung nicht höher sein als das, was er vorher durch seine Arbeit verdient hat.

Vorsitzender: Sie stellen den Antrag, den letzten Absatz zu streichen? (Zustimmung des Herrn Stadtv. Steinbrecher.)

Oberamtsrichter Meyer: Ich muß doch bitten, diesen Satz stehenzulassen. Wenn wir für unsere Krieger diese Bestimmung in Absatz 3 des § 4 Anwendung finden lassen: „In keinem Falle darf die Unterstützung so bemessen werden, daß das vor Eintritt der Erwerbslosigkeit vorhandene Einkommen überschritten wird“, so wird man bei denjenigen, die schon 1914 einberufen sind, sagen müssen: Der damalige Wochenverdienst bildet die Höchstgrenze. Das möchte ich vermieden sehen. Ich glaube, es ist zweckmäßig, daß man den Höchstbetrag von 80 *M*, der zweifellos so hoch liegt, daß er den normalen Arbeitsverdienst überschreitet, der Unterstützung zugrunde legt.

Für Annahme des letzten Absatzes in § 3 stimmt die Mehrheit der Versammlung.

Stadtv. Steinbrecher verliest § 4.

Stadtv. Dr. Jasper: Nach der Erklärung des Herrn Oberamtsrichters Meyer müßte die Bestimmung im letzten Absätze des § 4 fortfallen, denn sie steht im Widerspruche zu der Höchstgrenze von 80 *M* in § 3. Eines kann nur gelten: die Höchstgrenze oder das letzte Einkommen. Die Ausführungen des Herrn Oberamtsrichters haben die Mehrheit gefunden: es ist nun folgerichtig, diesen Absatz zu streichen. Ich stelle diesen Antrag.

Stadtv. **Salomon:** Ich möchte diesen Antrag unterstützen, denn es würde, wie schon gesagt, der Fall eintreten können, daß ein Erwerbsloser in der Zeit dieser tiefen Teuerung nicht mehr Einkommen erhalten würde als zur Zeit vor dem Kriege, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse bedeutend günstiger waren. Es ist deshalb nur logisch, wenn wir, in Rücksicht auf den Zusatz: „Die Höchstgrenze der wöchentlichen Unterstützung beträgt 80 M“, diesen Absatz streichen.

Oberamtsrichter **Meyer:** Ich möchte dabei doch auf eins aufmerksam machen. Denken Sie an die vielen Arbeiter, die bisher nur während eines Teiles des Tages gearbeitet haben, z. B. die Ausgeherinnen. Wollen wir denen auch die ganze Wochenunterstützung von 20 M geben, obgleich sie bisher im Monat vielleicht nur 20, 25 oder 30 M bekommen haben? Das würde ich nicht für gerechtfertigt halten. Ich gebe zu, daß in den beiden Bestimmungen ein gewisser Widerspruch besteht. Es ist das dadurch zu erklären, daß die Grundsätze in Eile haben entworfen werden müssen, aber ich glaube doch auch, daß wir die ganze Sache vor allem so werden einrichten müssen, daß wir praktisch damit arbeiten können. Sie werden nachher die Bestimmung finden, daß der Ausschuß des Arbeitsnachweises die Leitung der Erwerbslosenfürsorge in der Hand haben soll, und daß Anordnungen, die noch nötig erscheinen, seinerseits erlassen werden können. Ich glaube, der Ausschuß wird dafür sorgen, daß alle Härten, die vorkommen könnten, ausgeglichen werden, wenn er nur erst einmal die entsprechenden Bestimmungen als Unterlage hat. Ich möchte bitten, mit Rücksicht auf die Fälle, von denen ich eben den einen erwähnt habe, die Bestimmung in § 4 stehenzulassen. In Fällen, bei denen die Arbeitskraft nicht voll verwertet ist, scheint es nicht angebracht, die volle Unterstützung zu gewähren.

Vorsitzender: Ich möchte zu bedenken anheingeben, ob man für diese Fälle nicht eine Ausnahmerebestimmung trifft. Für die in der Regel vorkommenden Fälle hat Herr Dr. Jasper recht. Ich würde vorschlagen, die Beratung über § 4 einstweilen auszusetzen, nachher darüber weiter zu beraten und zu beschließen.

Ich setze die Beratung und Beschlußfassung über § 4 einstweilen aus.

Stadtv. **Steinbrecher** verliest als Referent die §§ 5, 6, 7, 8, 9. Wortmeldungen dazu erfolgen nicht.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Nun kämen wir wieder zu § 4. — Man muß anerkennen, daß ein gewisser Widerspruch zwischen den beiden Bestimmungen, von denen Sie die eine gestrichen haben wollen, vorhanden ist. Ich möchte einmal fragen: Läßt sich dieser Widerspruch nicht beseitigen, indem wir die Vorschrift

wegen des Höchstbetrages ruhig beibehalten, aber den letzten Absatz des § 4 folgendermaßen fassen:

„Soweit nicht besondere Verhältnisse eine Ausnahme rechtfertigen, soll im allgemeinen die Unterstützung so bemessen werden, daß das vor Eintritt der Erwerbslosigkeit vorhandene Einkommen nicht überschritten wird.“

Dann treffen wir damit die Fälle, in denen — besonders bei den Familien — eine Ausnahme gerechtfertigt ist, und andererseits halten wir an der allgemeinen Regel fest. Der Ansicht werden die Herren doch auch sein, daß es ein Unding ist, eine Erwerbslosenunterstützung zu gewähren, die höher ist als der Verdienst. Diese Erwerbslosenunterstützung verlangt von der Stadt gewaltige Summen. Wir haben trotzdem diesen Fürsorgebestimmungen in unserer heutigen Sitzung zugestimmt, erwarten aber, daß der Staat uns einen Teil der dafür aufzuwendenden Kosten ersetzen wird. In der von mir vorgeschlagenen Weise ließe sich die Sache jedenfalls regeln.

Stadtv. Kraus: Ich glaube, wir können dieser etwas gummiartigen Fassung durch eine andere Fassung eine präzisere Form geben, indem wir einfach sagen: „Nur mit Genehmigung des Verwaltungsausschusses“ darf die Unterstützung so bemessen werden, daß . . . Wir haben in § 10 einem Verwaltungsausschusse das Recht gegeben, nähere Anordnungen für die Erwerbslosenfürsorge zu treffen, und außerdem erfolgt die ganze Leitung der Erwerbslosenfürsorge durch diesen Verwaltungsausschuß. Es wäre also allem, was billig ist, Rechnung getragen, wenn nur mit Genehmigung dieses Ausschusses die Höhe des früheren Einkommens überschritten werden darf, sonst aber in keinem Falle. Der Verwaltungsausschuß, der mit dem Arbeitsnachweis viel zu tun hat und in diesen Dingen genau informiert ist, wird dann schon eine angemessene Entscheidung treffen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich gebe zu, daß auf diese Weise die Sache gemacht werden könnte, aber im allgemeinen stehe ich auf dem Standpunkte, daß man solchen Ausschüssen nicht zu weitgehende Vollmachten geben soll. Es ist doch nicht die Absicht, diesem Ausschusse völlig freie Hand zu lassen, in dem einen Falle so und in einem zweiten anders zu verfahren. Um das zu verhüten, habe ich gesagt: „Soweit nicht besondere Verhältnisse eine Ausnahme rechtfertigen.“ Der Ausschuß soll prüfen, ob solche Verhältnisse vorliegen, und soll in dem Protokoll vermerken, weshalb er die Ausnahme zuläßt. Sagt man aber: „Er kann über das vorher vorhanden gewesene Einkommen hinausgehen, braucht es aber nicht,“ so ist das eine zu weitgehende Vollmacht. — Im übrigen ist die Sache nicht von so großer Bedeutung.

Stadtv. Dr. Jasper: In beiden Fällen, so, wie es der Herr Oberbürgermeister und auch, wie es Herr Stadtverordneter Kraus festgelegt wissen will,

würde der Verwaltungsausschuß die Stelle sein, die zu entscheiden hat, ob über das bisherige Einkommen hinausgegangen werden soll oder nicht. Ich halte die Fassung, die der Herr Oberbürgermeister vorschlägt, für die glücklichere und habe nur das Bedenken, daß hier gesagt werden soll, daß „besondere Verhältnisse“ die Überschreitung der bisherigen Einkommengrenze rechtfertigen sollen. Die Verhältnisse pflegen in vielen Fällen nicht besondere zu sein, sondern sind gerade ganz allgemeiner Natur, nämlich in Rücksicht darauf ist ein Überschreiten der Höchstgrenze als wünschenswert zu denken, daß das Einkommen der zurückgekehrten Krieger, entsprechend den damaligen Lohnverhältnissen und Preisen, sehr gering gewesen ist. Inzwischen aber sind die Preise sehr erheblich gestiegen, und dieser frühere geringere Lohnstand würde ihm zum Nachteil gegenüber den in der Kriegsindustrie und sonst tätigen Personen dienen. Ich würde deshalb bitten, einfach zu sagen: „Soweit nicht die Verhältnisse“ eine Ausnahme rechtfertigen. . . . Dann läßt das Raum, auch dieser allgemeinen Entwicklung Rechnung zu tragen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich habe gegen diese Fassung kein Bedenken.

Der Antrag des Magistrats (Seite 425) mit der Einbesserung Jasper wird angenommen und damit zugleich zu § 4 mit dieser Änderung die Zustimmung erteilt.

2. Arbeitsbeschaffung während der Übergangszeit.

Stadtv. Steinbrecher (als Referent): Unter Nr. 2 des Antrages Kiefe heißt es:

„Eine Vorlage zu machen, nach der schleunigst die Mittel für Arbeitsbeschaffung während der Übergangszeit bereitgestellt werden.“

In der Statutenkommission ist man sich darüber einig geworden, und der Magistrat hat gleichfalls zugegeben, daß es unbedingt notwendig sei, in dieser Frage schnelle Hilfe zu schaffen. Es kommen in Frage die verschiedenen Bauten: Tiefbauten, Straßenausbesserungen, Bahnhofsumbau, Wohnungsbau usw. Vom Magistrat wurde der Vorschlag gemacht, eine Deputation einzusetzen, die gemeinsam mit dem Magistrat diese Fragen regelt. Dem haben die vereinigten Kommissionen zugestimmt, und ich habe Ihnen für die Wahl folgende Herren zu empfehlen: Stadtverordnete Wesemeier, Kiefe, Rasche, Bartels, Kraus, Frede, Steinbrecher und Herrn Bauführer Tostmann.

Vorsitzender: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit dem Inhalt dieses Referats an und auch mit der Wahl der Herren, die diese Deputation bilden sollen.

3. Ausbau des Arbeitsnachweises.

Stadtv. Steinbrecher: Der Antrag 3 des Herrn Riefe geht dahin: „den städtischen Arbeitsnachweis so auszubauen, daß derselbe den zu erwartenden großen Anforderungen während der Übergangszeit gerecht werden kann, insbesondere die Arbeitgeber zu veranlassen, bei Bedarf an Arbeitskräften sich nur der nichtgewerblichen Arbeitsnachweise zu bedienen.“

Bei diesem Punkte führte Herr Oberamtsrichter Meyer in der Kommissionssitzung aus, daß der Arbeitsnachweis so ausgebaut werden wird, daß er auch für die Arbeitskräfte, die bei der Demobilisation in Frage kommen, zu genügen imstande wäre. Die verschiedenen Arbeitsnachweise sind schon zu einem einheitlichen Arbeitsnachweis zusammengefügt, so daß der Magistrat erklären konnte, daß alles getan wird, was getan werden kann, und daß zu hoffen sei, daß keine Schwierigkeiten kommen werden. Die Statutenkommission erklärt sich mit dem Vorgehen des Magistrats einverstanden.

Stadtv. Wesemeier: Es ist mir erst nach der gestrigen Beratung in Erinnerung gekommen, daß der jetzige Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises nicht ganz paritätisch zusammengesetzt ist. Ich glaube, die Stadtverordnetenversammlung wird sich damit einverstanden erklären, daß die Zusammensetzung dieses Ausschusses des Arbeitsnachweises nochmals an die Statutenkommission zurückverwiesen wird. Es eilt nicht so sehr, daß diese Sache geregelt wird, denn den Arbeitsnachweis an und für sich haben wir in Ordnung, und es handelt sich nur um die Zusammenfügung des Ausschusses für diesen Arbeitsnachweis. Er besteht aus Arbeitgebern und Arbeitern der Metallindustrie, aus Vertretern der Handwerkskammer und Handelskammer und aus verschiedenen anderen Berufsgruppen. Es sind aber nicht die Arbeitgeber und Arbeitnehmer nebeneinander berücksichtigt, sondern nur die Berufsgruppen.

Vorsitzender: Können Sie nicht gleich Vorschläge machen? Ich fürchte, daß der andere Weg zu langsam zum Ziele führen wird.

Oberamtsrichter Meyer: Der Arbeitsnachweis, wie wir ihn heute haben, ist nur ein Produkt des Krieges; eigentlich besteht das städtische Arbeitsamt mit allen seinen Vorschriften noch heute. Es ist bei Beginn des Krieges auf Veranlassung der Regierung eine Einrichtung getroffen, die alle nicht gewerblichen Arbeitsnachweise zusammenfassen sollte, und dieser sog. staatliche Arbeitsnachweis hat sich zu dem Kreisarbeitsnachweis für den Stadt- und Landkreis Braunschweig entwickelt. Er ist zugleich unter dem Namen Landesarbeitsnachweis Ausgleichsstelle

für sämtliche Arbeitsnachweise des Landes Braunschweig geworden. Weil es sich um eine Kriegseinrichtung handelte, sind die ganzen Vorschriften nur ergangen im Einverständnis mit dem Ministerium und dem Magistrat. Wir erwarten jetzt ein Arbeitsnachweisgesetz. Sobald dieses ergangen ist, wird der Magistrat Ihnen über den neuen Arbeitsnachweis eine neue Vorlage bringen. In dieser wird auch das Nähere über die Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses gesagt werden können. Ich glaube, Herr Wesemeier wird bis dahin seinen Antrag zurückstellen können.

Stadtv. Wesemeier: Ich bin zu meinem Antrage gekommen, weil diesem Arbeitsnachweise auch die Entscheidung über die Arbeitslosenunterstützung zukommt. Es könnte bei diesen Herren, die die Lage der Arbeitslosen nicht so zu würdigen wissen, die Ansicht vertreten werden, der Arbeitslose bedürfe nicht so vieler Unterstützung, und dadurch könnte der Arbeitslose geschädigt werden. Nur aus diesem Grunde, nicht wegen des Arbeitsnachweises selbst habe ich diesen Vorschlag gemacht. Es könnte bestimmt werden: Der Ausschuß wird zusammengesetzt aus 5 Arbeitnehmern und 5 Arbeitgebern, und die Handwerkskammer, Handelskammer wie die anderen Beteiligten mögen sich einigen, wen sie entsenden wollen.

Vorsitzender: Unter diesen Umständen möchte ich doch empfehlen, es so zu lassen, wie Herr Wesemeier es zuerst empfohlen hat: daß die endgültige Zusammenfassung der Beschlußfassung einer demnächstigen Versammlung vorbehalten wird, und die beruht auf einer Vorberatung der Statutenkommission.

(Ohne Widerspruch.)

4. Verkürzung der Arbeitszeit.

Stadtv. Steinbrecher: Herr Riefe beantragt unter Nr. 4:

„Der Magistrat wird ersucht, um während der Übergangszeit viele Arbeitskräfte unterzubringen, auf die Unternehmer einzuwirken, die Arbeitszeit erheblich zu verkürzen. In den Betrieben der Stadt muß die Verkürzung der Arbeitszeit, soweit irgend möglich, zuerst geschehen.“

Die Statutenkommission hat dem Magistrat empfohlen, in den städtischen Betrieben mit Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden sobald als möglich vorzugehen, und zwar sogleich, nachdem mit den in Frage kommenden Betriebsleitern Rücksprache genommen ist. Es kam der Wunsch zum Ausdruck, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden geschehen solle, ohne daß der Lohn eine Einbuße erleidet. Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen, dem Magistrat den Auftrag zu geben, in dieser Richtung zu wirken.

Stadtv. Riefe: Ich finde es sehr leicht, daß die Stadt, wie es ja auch schon früher geheißen hat, die Parole ausgibt, daß die städtischen und staatlichen Be-

triebe als Musterbetriebe in jeder Hinsicht vorangehen, vor allen Dingen mit Verkürzung der Arbeitszeit. Der Stadt Braunschweig ist das sehr gut möglich. Früher war schon bestimmt, bei der Gasfabrik die achtstündige Arbeitszeit einzuführen, indem verschiedene Schichten eingerichtet werden. Ebenso läßt sich die achtstündige Arbeitszeit bei der städtischen Straßenreinigung durchführen. Wenn morgens die Leute schon um 6 Uhr anfangen sollen, in der Dunkelheit herumfucheln und nichts Rechtes machen können, so daß sie ungehalten darüber sind, dann lasse man sie doch erst um 7 anfangen. Das würde sich machen lassen. Ohne wesentliche Störung und ohne Belastung des Stadtsäckels können wir die achtstündige Arbeitszeit einführen, und damit würde auch eine Verbesserung der Arbeitsgelegenheit geschaffen. Soviel ich weiß, ist der Magistrat nicht abgeneigt, das zu versuchen und uns eine dahingehende Vorlage zu machen. Ebenso wie in der Stadt geht es auch in anderen Betrieben, auch die Fabriken, die von privater Seite betrieben werden, können es sehr gut machen. Im übrigen ist in den meisten Fabriken die achtstündige Arbeitszeit schon gang und gäbe; in Berlin ist sogar die siebenstündige Arbeitszeit schon eingeführt. Ebenso wie dort, wird es auch hier gehen, und der Stadt wird es leicht sein, den Anfang damit zu machen.

Stadt v. Diekmann: Herr Rieke sagt: Es läßt sich auch in allen anderen Betrieben die achtstündige Arbeitszeit durchführen. Das möchte ich doch in dieser Allgemeinheit bezweifeln. Ich erinnere an die Betriebe, die leicht verderbliche Nahrungsmittel verarbeiten. Auch auf dem städtischen Schlachthause ist es ausgeschlossen, daß wir bei achtstündiger Arbeitszeit unsere ganze Arbeit erledigen können. Das haben wir gesehen, als der Schlachthausbetrieb um 6 Uhr beendet sein mußte. Da ist es nicht möglich gewesen, nachdem die Heereschlachtungen bis 1 oder 2 Uhr hindurch gedauert hatten, daß die anderen Schlachtungen ordnungsgemäß erledigt wurden. Das läßt sich in 8 Stunden auch nicht erledigen. Ich glaube, es müssen bei Einführung der achtstündigen Arbeitszeit Ausnahmen gemacht werden.

Vorsitzender: Es soll der Magistrat gebeten werden, über die Verkürzung der Arbeitszeit in den städtischen Betrieben eine Vorlage zu machen; die Ausnahmen, die dabei gemacht werden müssen, werden dann berücksichtigt werden.

Ich nehme das Einverständnis der Herren mit diesem Beschluß der vereinigten Kommissionen an.

(Ohne Widerspruch.)

Vorsitzender: Es sind drei Anfragen eingegangen von Herrn Dr. Jasper und eine Anfrage von Herrn Rieke. Die Anfragen des Herrn Dr. Jasper lauten:

„1. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat ein „Volkskommissariat für die Stadt Braunschweig“ eingerichtet. Ist bekannt, welche Befugnisse diesem Volkskommissariat gegenüber Magistrat und Stadtverordneten zustehen, und für welche Dauer es gedacht ist?“

„2. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat beschlossen, daß bis zum 21. November in der Stadt Braunschweig ein neuer Arbeiter- und Soldatenrat gewählt werden soll.

1. Wann werden diese Wahlen stattfinden?

2. Welches Verfahren wird für diese Wahlen gelten?

3. Wer wird die Wahlen leiten?

4. Werden Wählerlisten ausgelegt werden?

5. Sind alle Soldaten wahlberechtigt oder nur die Angehörigen der „Roten Garde“?“

„3. Der Arbeiter- und Soldatenrat bereitet die Schaffung einer neuen Landesvertretung und neuer Gemeindevertretungen vor. Die Gemeinden sollen die Neuwahlen bis 1. Dezember stattfinden lassen. Die Neuwahlen zum Landtage sollen am 8. Dezember stattfinden.

1. Hat die Stadtverwaltung zu diesem Plane Stellung genommen?

2. Wann werden die Gemeindewahlen in der Stadt stattfinden?“

Die Anfrage des Herrn R i e k e hat folgenden Wortlaut:

„An den verehrlichen Magistrat. Ist demselben bekannt, daß dieser Tage in einer hiesigen Fabrik Brotmarken, das Stück zu 2 M., in großer Anzahl — es soll sich um 20 bis 30 Stück handeln — vertrieben sind? Will der Stadtmagistrat sofort Erhebungen anstellen, wie und durch welche Umstände oder Personen dergleichen vorkommen kann?“

Die Herren werden nachher Gelegenheit zur Begründung der Anfragen haben.

3. Zahlung einer Beihilfe an das Mädchenheim.

Stadtov. **Loeschigt**: Das Mädchenheim hat um einen Zuschuß aus der Jüdel-Stiftung im Betrage von 500 M. gebeten, um die ihm erwachsenen Ausgaben zu bestreiten, die über den aufgestellten Etat des Mädchenheims hinausgegangen sind. Die Jüdel-Stiftung hat den Zuschuß bewilligt, und die Finanzkommission, die sich mit der Sache beschäftigt hat, gibt Ihnen durch mich anheim, dem Antrage des Magistrats auf Bewilligung des Zuschusses aus Abtheilung III der Jüdel-Stiftung zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt der Bewilligung stillschweigend zu.

4. Prüfung der Stadthanshaltsrechnungen für 1914/15.

Stadtv. **Munte:** Es handelt sich um eine formelle Sache. Es werden uns die aus dem Rechnungsjahre 1914/15 zurückliegenden Rechnungen der städtischen Verwaltung zur Prüfung überwiesen. Meine Herren, Sie wissen alle, daß diese Rechnungen in dem städtischen Rechnungsbureau schon mit großer Sorgfalt geprüft sind, und daß man sich bei der Prüfung von unserer Seite nur auf Stichproben einlassen kann, denn der Rechnung der Kammereikasse z. B. sind 12 055 Belege in 21 Mappen beigelegt, und mitunter hat jeder einzelne Beleg noch 10 bis 12 Unterbelege. Wenn man sich in die Sache vertiefen wollte, müßte man wenigstens vierzehn Tage in achttündiger Arbeitszeit sich damit beschäftigen. Das habe ich nicht getan, und ich glaube, auch diejenigen, die bisher dieses Amt gehabt haben, werden das auch nicht haben tun können. Das ist auch nicht der Zweck der ganzen Sache. Heute morgen hat mir Herr Stadtrevisor Helmer die Sachen vorgelegt, ich habe Einsicht davon genommen und, soweit es möglich war, Stichproben gemacht. Es ist mir aber nicht geglückt, einen Fehler zu entdecken. Ich gebe zu, daß es auch ein Zufall gewesen wäre, wenn ich einen Fehler gefunden hätte. Ich habe also nichts an den Haushaltsrechnungen für 1914/15 auszusetzen. Eine Verpflichtung für die Richtigkeit kann ich natürlich nicht übernehmen, aber ich glaube, daß wir annehmen können, daß alles in Ordnung ist. Die Rechnungen werden uns zur Kenntnisaufnahme und Prüfung überwiesen. Ich bitte Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß die Vorlegung und teilweise Prüfung geschehen ist.

Stadtv. **Hartung** hat während dieser Rede den Vorsitz übernommen.

Stadtv. Dr. **Wolters:** Ganz so schnell wie Herr Munte meint, ohne jede weitere Prüfung und Berichterstattung dürfen wir diese Abrechnung der Haushaltsrechnungen nicht hingehen lassen. Der Hauptzweck der ganzen Prüfungen soll der sein, etwaige Überschreitungen des Voranschlages und deren Berechtigung hier zum Vortrag zu bringen. Ich möchte daran erinnern, in welcher Weise die Landesversammlung über die Rechnungslegung aus früheren Finanzperioden verhandelt. Das ist eine umfangreiche Arbeit und Berichterstattung seitens der Kommission. Nun will ich damit nicht sagen, daß wir bei der beschränkten Zeit unserer Versammlung in ähnlich umfangreicher Weise vorgehen sollten, aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es sich lohnt, diejenigen Fälle in den Haushaltsrechnungen in Augenschein zu nehmen, die Überschreitungen des Voranschlages betreffen, soweit sie nicht der Magistrat nachgeprüft und die Stadtverordnetenversammlung genehmigt hat. Ich möchte also die Prüfung nicht lediglich beschränkt sehen auf eine schematische und schablonenhafte Durchsicht,

sondern möchte sie ausgeführt sehen mit Rücksichtnahme auf die grundsätzliche Frage: Liegen Fälle vor, daß Überschreitungen vorgekommen sind, die nicht von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt sind?

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich kann es Herrn Dr. Wolters ja nicht verdenken, daß er den Versuch unternehmen will, dem Magistrat nachzuweisen, daß er seine Kompetenz überschritten hat. Aber ich muß auch offen gestehen, daß ich eine solche Überschreitung für ausgeschlossen halte, und zwar aus dem Grunde, weil wir das praktische Verfahren eingeführt haben, nicht erst jahrelang, nachdem die Ausgaben erfolgt sind, Ihnen die Rechnung vorzuführen, sondern die Nachweisungen schon am Schlusse des betreffenden Etatsjahres Ihnen zugehen zu lassen. Es wird Ihnen in jedem Jahre im August oder September eine vorläufige Übersicht über den Abschluß der Kassen gegeben, und dabei wird jedesmal der Antrag gestellt: Wir beantragen, soweit noch Überschreitungen vorgekommen sind, sie genehm zu halten. Zu dem Zweck werden die Überschreitungen in den Nachweisungen angegeben. Ich wüßte nicht, was noch geschehen soll. Sonst müßten wir bei Vorlegung dieser mehrere Jahre zurückliegenden Rechnungen noch die besonderen Fälle herausuchen und sagen: Genehmigen Sie gefälligst noch einmal, daß diese Überschreitungen vorgekommen sind! Wenn Sie aber trotzdem die Rechnung in dieser Weise nachprüfen wollen, so steht Ihnen alles dafür zur Verfügung.

Stadtv. Frede: Es ist wohl diese Rechnungsprüfung bei uns etwas anderes als die im Landtage. Bei der Rechnungsvorlage aus dem vorigen Jahre habe ich über die Überschreitungen in der letzten Stadtverordnetenitzung, bei der Herr Dr. Wolters allerdings nicht zugegen war, berichtet und bin eingehend auf die verschiedenen Positionen zu sprechen gekommen. Was dagegen Herr Munte heute behandelt hat, habe ich in früheren Jahren ja auch behandelt. Es läßt sich auch da manches auslegen, aber das haben wir meist in der Kommission erledigt. Was Herr Dr. Wolters hervorhebt, wird also getroffen bei einer anderen Sache, die der Herr Oberbürgermeister erwähnt hat, und die für das letzte Rechnungsjahr bereits erledigt ist.

Stadtv. Dr. Wolters: Ich habe gegen die Richtigkeit der Rechnung und gegen die übrige Art der Prüfung nichts einzuwenden, nur müßte bei der Prüfung an Hand der Belege auch durchgesehen werden, welche Überschreitungen vorgekommen sind, welche Nachweise des Magistrats dafür vorhanden sind und ob nicht genehmigte Überschreitungen vorliegen.

Ohne weitere Besprechung.

Stadtv. Dr. **Wolters** übernimmt den **Vorsitz** wieder.

5. Antrag eines Stadtverordneten auf Entlassung aus dem Amte.

Stadtv. Dr. **Landauer**: Herr Major Ribbentrop hat sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt. Er schreibt darüber an die Stadtverordnetenversammlung:

„Da ich durch ein Gehörleiden nicht mehr imstande bin, den Verhandlungen in den Stadtverordnetensitzungen zu folgen, beehre ich mich, hierdurch mitzuteilen, daß ich auf Grund der §§ 23 und 26 der Nr. 32 vom 19. Juli 1912 der Gesetz- und Verordnungsammlung mein Amt als Stadtverordneter niederlege.

Indem ich den Herren Kollegen einen herzlichen Gruß zurufe, spreche ich den Wunsch aus, daß die Verhandlungen in den Sitzungen stets zum Wohle der Stadt gereichen mögen.“

Der angezogene Paragraph 23 der Städteordnung gibt allerdings Herrn Major Ribbentrop das Recht, sein Amt als Stadtverordneter niederzulegen. Es wird darin bestimmt, daß diejenigen Personen zur Ablehnung einer auf sie gefallenen Wahl berechtigt sind, welche an anhaltender, die Erfüllung der zu übernehmenden Obliegenheiten hindernder Krankheit oder Körperschwäche leiden, und § 25 gibt den Stadtverordneten das Recht, unter gleichen Umständen das Amt niederzulegen. Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen deshalb, die erbetene Entlassung aus dem Amte zu gewähren.

Dem Antrage der Statutenkommission wird stillschweigend zugestimmt.

6. Bargeldlose Zahlung der Gehälter an die Beamten und Lehrkräfte.

Stadtv. **Tebbenjohannis**: Der Antrag des Magistrats bezweckt, den dringend notwendigen bargeldlosen Verkehr weiter auszubauen, und geht dahin, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß den festangestellten städtischen Beamten und Lehrern, die ein Bank- oder Postcheckkonto unterhalten, ihr Gehalt jeweils für 3 Monate im voraus gezahlt wird.

Wer die Vorgänge der letzten Zeit mit der Knappheit der vorhandenen Bar-mittel verfolgt hat, der wird gewiß davon überzeugt sein, daß der Zahlungsverkehr in andere Bahnen gelenkt werden muß, als es früher der Fall war. Wir müssen mit dem bargeldlosen Verkehr entschieden weiter gehen als bisher, und deshalb wird es mit Freuden zu begrüßen sein, daß durch die Stadt wieder ein Schritt weiter dazu getan wird. Mit dem Vorgehen des Magistrates entsteht selbstverständlich auch eine gewisse Belastung der Stadtkasse. Der Magistrat führt darüber in seinem Schreiben folgendes aus:

„Da beim Ableben der verheirateten Stelleninhaber die Gehälter noch für die beiden auf den Sterbemonat folgenden Monate (die sogen. Gnadenmonate) zu zahlen sind, so können der Stadt, abgesehen von dem Zinsverlust, den wir bei einer Summe von rund 400 000 *M*, die monatlich zu zahlen ist, auf 16 000 *M* jährlich schätzen, durch die empfohlene Änderung Nachteile nur für den Fall erwachsen, daß aus sonstigen Gründen das Dienstverhältnis plötzlich gelöst wird. Die Zahl dieser Fälle ist aber erfahrungsgemäß so gering, daß diesershalb auf die Neuerung nicht verzichtet zu werden braucht. Diese ist übrigens auch in dem Entwurfe des neuen Staatsbeamtengesetzes vorgesehen, und wenn sie, wie anzunehmen ist, zugunsten der Staatsbeamten Platz greifen sollte, würde unseres Erachtens auch den im Dienste der Stadt stehenden Beamten und Lehrern die gleiche Vergünstigung ohnehin zugestanden werden müssen.

Die monatliche Gehaltszahlung ist durch § 414 des Statuts Nr. 40 vom 12. Oktober 1911 vorgeschrieben. Eine sofortige Änderung dieser Vorschrift zur Durchführung der empfohlenen Maßregel halten wir, da diese bedingungsweise zugunsten der Berechtigten getroffen werden würde, nicht für erforderlich; bei einer Umarbeitung des Verwaltungsstatuts kann auch die fragliche Vorschrift geändert werden.“

Der Magistrat gibt hiernach Zustimmung anheim, daß den festangestellten städtischen Beamten und Lehrern fortan ihre Gehälter jeweils für 3 Monate im voraus unter der Bedingung gezahlt werden, daß der Berechtigte durch Unterhaltung eines Bank- oder Postscheckkontos der Stadt die bargeldlose Zahlung ermöglicht und sich mit dieser einverstanden erklärt.

In der Vorberatung dieser Maßnahme hat die Finanzkommission sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß dem Antrage des Magistrats zuzustimmen ist. Nur ein Punkt ist dabei vielleicht noch zu erwähnen. Es ist gesagt: „ein Bank- oder Postscheckkonto“. Solange wir in Braunschweig kein Postscheckamt haben, wird die Überweisung auf ein Postscheckkonto mit gewissen Mängeln behaftet sein, denn der Beamte kann naturgemäß über diese Überweisung erst nach 2—3 Tagen verfügen, und auch die Bareinlösung des Betrages hat gewisse Mängel. Ich glaube — ohne daß ich dem Bankgewerbe im allgemeinen eine Vorzugsstellung damit zuweisen will —, daß für diese Zwecke das Bankkonto den Vorzug verdient; mit dem Postscheckkonto wird den Beamten in vielen Fällen nicht gedient sein.

Ich habe namens der Finanzkommission zu bitten, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Da Wortmeldungen nicht erfolgen, nimmt der **Vorsitzende** das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage der Finanzkommission an.

7. Verkauf einer Fläche beim Wasserwerk Rünningen an die Königl. Preussische Eisenbahnverwaltung.

Stadtv. **Frede:** Es handelt sich um Abtretung einer Fläche beim Wasserwerk Rünningen. Der Stadtmagistrat schreibt darüber: „Zum Zwecke der Verbreiterung des Bahnkörpers der Bahn Braunschweig–Wolfsenbüttel bedarf die Preussische Eisenbahnverwaltung der 5,18 a großen Teilfläche des Geländes, in dem die nördliche Wasserfassung des Wasserwerks Rünningen liegt. Die Eisenbahnverwaltung ist bereit, der Stadt den Selbstkostenpreis mit 828,80 *M* (4000 *M* für 25 a) zu zahlen und der Stadt die bedarfsmäßige Benutzung des abzutretenden Geländestreifens bei den Umbau- und Reinigungsarbeiten der Brunnen 10–17 unentgeltlich zu gestatten. Wir halten im Einvernehmen mit der Direction der städtischen Licht- und Wasserwerke die Abtretung der fraglichen Fläche für unbedenklich und geben anheim, uns zum Abschluß des im Entwurf vorgelegten Vertrages zu ermächtigen.“

Der Vertragsentwurf über den Verkauf des fraglichen Geländes liegt hier vor. Wünschen die Herren, daß ich ihn vorlese? Es sind darin außer den schon mitgetheilten nur noch unwesentliche Punkte erwähnt.

Die Finanzkommission hat dem Verkaufe und dem Vertrage zugestimmt und gibt Ihnen gleichfalls Genehmigung anheim.

Ohne Meldungen zum Wort.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Verkauf der genannten Fläche an.

8. Anfrage Frede über die Vermeidung von Unzuträglichkeiten bei der Unterkunft und Verpflegung der zurückkehrenden Truppen.

Wortlaut der Anfrage s. S. 428.

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Meine Herren! Als der Krieg ausbrach, sind grobe Unzuträglichkeiten bei der Unterbringung der einberufenen Mannschaften vorgekommen. Damals lag die Verpflichtung, für die Quartiere zu sorgen und die Soldaten aufzunehmen, nur den Hausbesitzern ob. Dabei ist es vielfach vorgekommen, daß kleinen Hausbesitzern, die keine Kammern und keine Betten dafür hatten, drei bis vier Mann zugewiesen sind, dagegen Mietern mit großen Wohnungen gar keine. Es ist ohne weiteres einzusehen, daß das nicht gerechtfertigt ist. Es kam auch vor, daß ein Hausbesitzer, der mehrere Häuser hatte, von den zugewiesenen Leuten vergeblich aufgesucht wurde, und daß sie von einem Hause zum andern irren mußten. Ich habe damals die Übelstände hier vorgetragen, und die Herren waren einig, daß für die Truppen, die für die Allgemeinheit zu kämpfen haben, auch die Allgemeinheit zu sorgen hat. Der

Magistrat wurde durch einen Antrag ersucht, eine Vorlage einzubringen, welche die Verpflichtung, Einquartierung aufzunehmen, der Gesamtheit der Einwohner auferlegte. Aus Gründen, auf die ich eben nicht eingehen will, ist die Vorlage des Magistrats nicht zur Erledigung gekommen, auch bis heute noch nicht. Nun fluten die Massen unserer Krieger zurück, und ich glaube, daß mindestens in demselben Maße dieselben Übelstände wie damals wieder eintreten können, wenn nicht vorgesorgt wird. In einer Bekanntmachung des Magistrats in den Tagesblättern stand fett gedruckt, daß die Hauseigentümer die Quartiere bereitzuhalten hätten. In der Kommission, wo ich schon auf diese Übelstände, die bestimmt zu erwarten sind, wenn man nicht vorbeugt, hingewiesen habe, hat Herr Wesemeier der Vermutung Ausdruck gegeben, daß diesmal solche Übelstände wohl nicht eintreten würden. Man würde in der Lage sein, in den vorhandenen Kasernen die Massen aufzunehmen. Aber ich glaube nicht so fest daran, daß sich die Rückkehr der Truppen so regelmäßig abspielen wird, und zwar einfach aus dem Grunde, weil wir nicht rechnen können mit bestimmt zurückkehrenden Truppenmassen, sondern es werden auch in unregelmäßiger Weise Truppen ankommen, die vom Ganzen sich losgelöst haben, und dann müssen wir unter allen Umständen vermeiden, daß unsere Krieger, die so lange für das Vaterland gekämpft haben, in eine üble Lage gebracht werden, indem sie Quartiere bekommen, die man nicht gutheißen kann. Es ist dringend wünschenswert, daß sie ordentlich untergebracht werden.

Nun ist in der Anfrage auch von der *B e r p f l e g u n g* die Rede. Darüber besteht in den Familien eine Befürchtung. Die in Frage kommenden Familien haben nicht die Mittel dafür und glauben, doch dafür aufkommen zu müssen. Es ist der Bevölkerung sehr erwünscht, vom Magistrat zu erfahren, wie man sich das gedacht hat, damit nicht nach der einen oder anderen Richtung Übelstände wieder zu erwarten sind.

Stadtrat Wagner: Meine Herren! Nach der Mobilmachung haben wir mungsgemäß ein Statut ausgearbeitet, wie es Herr Frede schon erwähnt hat, das sich nicht nur befaßt mit den Quartierleistungen, sondern auch mit den sogenannten Naturalleistungen. Es wurde damals eine Verständigung der städtischen Behörden über sämtliche Punkte erzielt mit einer Ausnahme: der Magistrat wollte sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Bekanntmachung über die Auslegung der Grundrolle, nach der die Einquartierungslast verteilt wird, in sämtlichen Tageszeitungen veröffentlicht werden sollte, weil das bisher nicht gebräuchlich war. Nun wissen Sie aber alle, meine Herren, daß während des Krieges dieser Brauch der Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen nur in den Braunschweigischen Anzeigen verlassen worden ist, und so würden wir jetzt

das damals von uns geäußerte Bedenken ohne weiteres fallen lassen. Damals aber war die Sache lediglich daran gescheitert, daß über diesen Punkt ein Einverständnis nicht erzielt werden konnte, und dann ist die Sache auf sich beruhen geblieben. Unter den heutigen Verhältnissen ist es ein eigen Ding, auf Grund eines Gesetzes, dessen Bestand wahrscheinlich nur kurz sein wird — es ist ein Reichsgesetz — jetzt noch ein derartiges Statut zu erlassen. Aber wenn das verwirklicht werden soll, was Herr Frede wünscht, ist keine andere Möglichkeit zu sehen, als daß man jetzt die damals abgebrochenen Verhandlungen wieder aufnimmt, seitens der städtischen Behörden das damals eingebrachte Statut jetzt beschlossen wird und daß die Regierung dem zustimmt.

Was die Unterbringung der betreffenden Mannschaften anlangt, so wurde in der Kommission von Herrn Wesemeier die Ansicht ausgesprochen, daß wahrscheinlich Privatquartiere in großem Umfange gar nicht in Anspruch genommen zu werden brauchen. Einmal würde man im Interesse der Ernährung der hiesigen Zivilbevölkerung sehr darauf sehen, daß diejenigen Truppen, die bei der Demobilmachung lediglich zur Entlassung in die Heimat in der Stadt weilen, so schnell als möglich nach ihrem Wohnorte weitergeleitet werden. Es wäre auch anzunehmen, daß die Soldaten selbst den Wunsch hätten, so schnell wie möglich nach Hause zu kommen, so daß sie sich nicht eine Nacht länger als nötig in Braunschweig aufhalten würden. Die übrigen Soldaten wären wohl zum größten Teil unterzubringen in den von den aktiven Truppenteilen nicht benutzten Kasernen und den Baracken der Flieger, ferner nötigenfalls in Massenquartieren, z. B. in den städtischen Turnhallen. Wie Herr Wesemeier berichtete, soll beim Proviantamt die nötige Streu für notdürftige Nachtquartiere vorhanden sein. Nur soweit man nicht mit derartigen Maßnahmen die Unterbringung durchführen könnte, würde auf die Privatquartiere zurückgegriffen werden müssen.

Nun war von Herrn Frede noch angefragt, ob Quartiere mit Verpflegung geliefert werden müßten. Es ist das, soweit ich weiß, uns gegenüber bisher nicht zur Sprache gebracht worden, aber im allgemeinen werden Quartiere stets ohne Verpflegung angefordert, und ich sollte meinen, daß gerade so gut, wie die Soldaten jetzt noch militärischerseits aus den Beständen der Heeresverwaltung verpflegt werden, das bei einer Masseneingartierung auch möglich sein würde. Dadurch würden die zweifellos vorhandenen außerordentlichen Schwierigkeiten, in die viele hiesige Familien durch die Einquartierung kommen würden, vermieden werden. Jede Familie ist, soweit sie nicht auf unerlaubte Weise sich Lebensmittel verschafft hat, angewiesen auf die Markenverpflegung, die nach der Kopfszahl der Familien berechnet wird, und wenn plötzlich Personen zukommen, die verpflegt werden sollen, ist nicht einmal die Möglichkeit vorhanden, sofort Lebensmittel zu beschaffen, selbst wenn der Soldat Marken mitbringt. Schon aus

diesem Grunde müßte dahin getrachtet werden, daß die Verpflegung militärischerseits weiter geliefert wird.

Ob nun diese Frage so dringlich ist, daß man auf das alte Statut zurückkommen soll, das möchte ich der Erwägung der Versammlung überlassen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß es in kurzer Zeit gegenstandslos werden wird, aber für die Tage der Demobilmachung würde ohne das Statut jede gesetzliche Handhabe, die Mieter zur Aufnahme zu zwingen, fehlen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Herr Stadtrat Wagner ist zeitweilig in der heutigen Sitzung des Magistrats nicht zugegen gewesen, er hatte außerhalb zu tun. Der Magistrat hat beschlossen, seine Bedenken gegen das Statut fallen zu lassen, das Statut der Regierung vorzulegen und damit die Genehmigung zu erbitten, daß in Zukunft auch die Mieter zu den Einquartierungslasten mit herangezogen werden können. Ich bin aber der Ansicht: Es wird kaum möglich sein, diese Neuerung sofort durchzuführen, denn es muß immerhin damit gerechnet werden, daß vierzehn Tage ins Land gehen könnten, bis das Statut genehmigt ist. Aber wir wollen so schnell wie möglich damit vorgehen.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß eine sofortige Besprechung der Anfrage gewünscht wird, und daß die Mehrzahl der Versammlung damit einverstanden ist.

Stadtv. Loeschigt: Ich wollte nur sagen: Die Stadt Hannover ist auch so verfahren, daß die Mieter zur Einquartierungslast mit herangezogen werden.

Stadtv. Meyerhoff: Die Übelstände, die sich damals ergeben haben, sind hier schon geschildert. Wenn wir aber warten wollen, bis das Statut umgeändert ist, so möchte ich bitten, daß wenigstens sofort eine Bekanntmachung erfolgt, die darauf hindeutet, daß der Mieter ebenso gut die Quartierlast zu tragen hat wie der Hausbesitzer. Nur möchte ich noch auf eins aufmerksam machen: Es sind eine ganze Masse Mieter da, die keine Einquartierung gebrauchen können. Ich denke an Familien mit vielen Kindern. Von denen kann man nicht verlangen, daß sie auch noch Soldaten in den Betten schlafen lassen, wo schon 2 oder 3 Kinder zusammengepfercht sind. Ich möchte bitten, daß die Quartierbehörde so zusammengelegt wird, daß sie auf solche Fälle Rücksicht nimmt und nur diejenigen zur Quartierlast heranzieht, die in der Lage sind, Soldaten aufzunehmen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Eine Bekanntmachung, wie sie Herr Meyerhoff gewünscht hat, kann der Magistrat nicht erlassen, denn sie würde dem Gesetz widersprechen. Es ist augenblicklich noch so, daß der Hausbesitzer als solcher verpflichtet ist, Einquartierung aufzunehmen, und der Mieter nicht. Allerdings möchte auch ich an dieser Stelle dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Mieter in

der jetzigen schweren Zeit den Hausbesitzern entgegenkommen, soweit das in ihren Kräften steht — das kann man wohl erwarten. Im übrigen müssen wir erst das Statut vorlegen, es muß genehmigt und bekanntgemacht werden, dann ist die Sache in Ordnung.

Stadtv. Direktor **Schmidt**: Ich möchte bitten, daß der Gang der Dinge sehr beschleunigt wird, denn tatsächlich ist die Demobilmachung in volstem Umfange schon im Betriebe. Es strömen täglich größere Scharen von Soldaten ins Land herein. Ich bin in der Lage, das bei meiner Kompagnie konstatieren zu können. Es kommen nicht Hunderte, sondern täglich Tausende von Soldaten zurück. An der Front klettern die Leute oben auf die Hügel und besetzen die Kohlenwagen, so daß 14 Tage meiner Ansicht nach ein viel zu langer Zeitraum ist, wenn das Statut zur Anwendung kommen soll.

Stadtv. **Munte**: Ließe sich eine schnelle Erledigung nicht dadurch erreichen, daß der Magistrat mit dem Arbeiter- und Soldatenrat persönliche Fühlung nimmt? In der Not müssen Gesetze auch von heute auf morgen gemacht werden können. Es wird einfach durch Gesetz der Zwang eingeführt, daß jeder, ob er nun Mieter oder Hausbesitzer ist, Einquartierung aufnehmen muß. Damit ist jeder verpflichtet. Wenn der Arbeiter- und Soldatenrat, der sonst so schnell arbeitet, hier versagen würde, dann würde das keinen guten Eindruck machen. Herr Wesemeier wird in der Lage sein, unsere Wünsche zu übermitteln.

Stadtrat **Wagner**: Jetzt gilt das alte Statut noch. Wenn aber jetzt über die Fassung des neuen Statutes Einverständnis erzielt wird, so kann morgen früh bei der jetzigen Regierung die Genehmigung eingereicht und nach erfolgter Genehmigung das Statut sofort verkündet werden. Ich möchte angeregt haben, so zu verfahren. (Zustimmung).

Wünschen Sie, daß der ganze Wortlaut des Statuts vorgelesen werden soll? (Zuruf: Nein.)

Stadtv. **Meyerhoff**: Wenn das so leicht geht, können wir uns sofort schlüssig machen.

Stadtv. **Munte**: Ich hatte die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters so aufgefaßt, daß er sagte, das Statut müsse erst von der Regierung genehmigt werden und das dauere 14 Tage. Das kann aber doch unmöglich 14 Tage dauern. Bei der jetzigen engen Fühlung, die man mit der Regierung hat, und bei der Betonung, daß alles überflüssige Schreibwerk nicht mehr nötig ist, und da wir den Vertreter der Regierung als Stadtverordneten unter uns sitzen haben, müßte sich das morgen in aller Stille und Einfachheit erledigen lassen. Der Arbeiter- und

Soldatenrat erläßt wie andere Bekanntmachungen einfach die Mitteilung: „Das ist jetzt Gesetz“, dann möchte ich einmal sehen, ob sich einer weigert, dem nachzukommen. Abgesehen davon, daß er dann gezwungen werden kann, Einquartierung aufzunehmen, würde er auch noch als unpatriotisch verschrien werden.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Ich habe gesagt, ich fürchte, daß es 14 Tage dauern könne, ich würde mich aber freuen, wenn es schneller geht. Wir unsererseits können den Bericht morgen abschicken. Das Statut müßte dann aber erst gedruckt werden. Das sind Vorschriften, über die man sich nicht so ohne weiteres hinwegsetzen darf. (Widerpruch).

Einer der Herren meinte, der Arbeiter- und Soldatenrat solle aufgefordert werden, eine Verfügung zu erlassen. Meine Herren, nehmen sie es mir nicht übel: Soll das der Magistrat beantragen? Die bestehenden Gesetze müssen wir doch hochhalten. Auch Herr Wesemeier hat erklärt: Alle bisherigen Gesetze bleiben aufrechterhalten. Die Städteordnung sagt, auf welche Weise die Statute zustande kommen. Es könnte doch auch einmal der Fall eintreten, daß etwas dekretiert wird, was uns nicht angenehm ist. Die Heiligkeit des Gesetzes müssen wir hochhalten, das liegt in unserem Interesse. Wir wollen diese Sache beschleunigen, soviel es möglich ist, aber sie aus dem Ärmel zu schütteln, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Stadtv. **Frede**: Ich sollte meinen, daß es nicht nötig ist, den Druck des Statuts erst abzuwarten. Wenn das Einverständnis der beiden Stellen da ist, kann bekanntgemacht werden: Dies ist jetzt Gesetz.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Ich setze voraus, daß Herr Frede die geltenden gesetzlichen Bestimmungen kennt. Es ist vorgeschrieben, wenn ein Statut in Kraft treten soll, so muß es gedruckt werden und in den Anzeigen die Bekanntmachung stehen, daß es gedruckt vorliegt. Wir dürfen das Gesetz nicht überschreiten.

Vorsigender: Ich gebe den Herren anheim, zu beschließen, daß der Magistrat und die Stadtverordneten dem damals vorgelegten Statut zustimmen. Auch der Magistrat hat ja sein Einverständnis nachträglich gegeben.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Die Versammlung hat überhaupt nichts mehr in diesem Falle zu tun, sondern hat uns schon zurückgeschrieben: Das Statut wird von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt unter der Bedingung, daß § 6 geändert wird. Dem stimmt der Magistrat jetzt zu.

Stadtrat Wagner: Ich glaube, es ist dem Herrn Oberbürgermeister nicht bekannt, daß damals der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt hat, daß die gepflogenen Verhandlungen als gescheitert gelten müssen. Nach meiner Meinung ist das Statut nicht zustande gekommen, deshalb würde wohl eine neue Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung nötig sein.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Diese Frage haben wir heute morgen im Magistrat erörtert und waren der Ansicht, daß ebenso, wie der Magistrat derzeit abgelehnt hat, er jetzt in der Lage wäre, seinerseits zu akzeptieren. Er wollte heute nachmittag die Gelegenheit wahrnehmen, der Versammlung von seiner geänderten Stellungnahme Mitteilung zu machen und war überzeugt, daß die Stadtverordneten nicht von ihrem früheren Beschlusse abweichen würden. Diese formelle Frage braucht die Sache nicht scheitern zu lassen. Aber wenn die Herren meinen, daß es nötig ist, noch einmal ihrerseits zuzustimmen, so bitte ich darum.

Stadtv. Roeshigt: Ich bin überzeugt, daß die Mieter, wenn sie hören, was hier beschlossen ist, sich ganz von selbst für die Aufnahme von Einquartierung einrichten und nicht erst abwarten, bis die Sache ordnungsmäßig erledigt ist. Es ist dann ja schon so gut wie Gesetz.

Stadtv. Wesemeier: Meine Herren! Wenn man eine Gefahr befürchtet, daß eine so große Überschwemmung der Stadt vom Feldheere stattfindet, daß die Unterbringung der rückflutenden Truppen auf große Schwierigkeiten stößt — ich bin nicht dieser Meinung —, dann braucht man über die Zwirnsfäden dieses Gesetzes, betreffend die Geltung der Statuten, was der Herr Oberbürgermeister ins Feld führte, nicht zu stolpern. Wir haben das Thronfolagesetz gehabt. Dies Gesetz ist mit einem Federstriche beseitigt. Wo Not am Mann ist, da geht es auch über das Gesetz hinweg. Wenn ein Notstand vorhanden ist, kann man sich an solche gesetzliche Bestimmungen, die für normale Zeiten aufgestellt sind, nicht halten. Aber ich bin nicht der Meinung, daß eine solche Not eintreten wird. Es sind 25 000 Soldaten gemeldet, die zurückkehren sollen. Die Kasernen und die Flugplatzbaracken sind leer, und die Soldaten kommen doch nicht alle an einem Tage. Ich wiederhole, das ist meine persönliche Meinung. Dieses Zu- und Abströmen verteilt sich auf längere Zeit. Die Soldaten kommen nach und nach hierher und können wieder abgeschoben werden. Wir haben unsere Turnhallen, die mit Stroh ausgefüllt werden können. Gestern war eine große Deputation der Hausbesitzer hier; die meinte, es würde Schwierigkeiten machen, wenn man den Hausbesitzern in diesem Falle die ganze Last aufhalsen wollte. Aber einer von ihnen erklärte auch: Ich bin mit meinen Mietern übereingekommen, und 11 von 16 Mietern haben sich freiwillig bereit erklärt, Soldaten aufzunehmen. Setzt man trotz alledem Befürchtungen, so frage ich: Was steht im Wege, in die schönen

Räumlichkeiten des Schlosses, ohne daß etwas lädiert wird, Mannschaften einzuquartieren? Alles das, was an Soldaten an das Bezirkskommando I geht, wird sich sofort in der Stadt verteilen, denn es sind — mit wenigen Ausnahmen aus dem Landkreise Helmstedt — Bewohner der Stadt. Das Bezirkskommando II wird die Leute nicht lange hier behalten, sondern auf schnellstem Wege weiterbefördern. Liegen bei den Herren doch noch Befürchtungen vor, daß Unzuträglichkeiten eintreten könnten, obgleich man mit den Mietern Vereinbarungen getroffen hat (in manchen Fällen mag es wohl nicht möglich sein, aber ein Beispiel über eine solche Übereinkunft habe ich ja eben schon angeführt), dann brauchen wir nicht den weiten Weg zu gehen, daß das Statut erst gedruckt und bekanntgemacht wird. Ich bin überzeugt: wenn die Stadt heute mit der Regierung in Verbindung tritt und erklärt: „Diese Befürchtungen liegen vor“, dann wird gerade die Regierung für die Soldaten sorgen und wird diese Zwirnsfäden des alten Gesetzes, daß auf den Friedenszustand aufgebaut ist, zerreißen und sagen: Hier ist Not am Mann, hier muß sofort geholfen werden! Wir können den Brunnen nicht erst zudecken, wenn das Kind hineingefallen ist.

Vorsitzender: Wir können uns wohl dahin einigen, daß wir den Magistrat bitten, zusammen mit dem Volkskommissar oder mit dem Arbeiter- und Soldatenrate diese Sache zu erledigen.

Stadtv. Munte: Ich will wünschen, daß die Ansicht des Herrn Wesemeier über die Verteilung der Rückkehr der Soldaten auf verschiedene Zeiten zutrifft. Aber zu bedenken ist, daß der Weg aus dem Westen nach dem Osten an unserer Stadt vorbeiführt, und es sind viele tausend Soldaten, die aus dem Felde zurückkehren. Wir bekommen vielleicht noch 40 000 Soldaten in die Stadt ohne diese 25 000, die schon angemeldet sind. Den Arbeiter- und Soldatenrat ein für allemal aufzufordern, in die bestehenden Gesetze und in die Statuten der Stadt einzugreifen, das soll auch nach meiner Ansicht nicht geschehen. Aber ausnahmsweise Zustände erfordern auch ausnahmsweise Maßnahmen. Wenn hier der Arbeiter- und Soldatenrat zum Wohle unserer Stadt eingreift, so halte ich das für vollständig wünschenswert. Der Krieg hat über 4 Jahre gedauert, und die Bundesratsverordnungen sind nur so geregnet über das deutsche Land. Es ist damit in die Kommunalverwaltung und in alle möglichen Sachen eingegriffen, und weigern haben wir uns dabei nicht können. Das mußte geschehen, und so muß es auch hier geschehen. Ich möchte nicht den Eindruck hervorrufen, daß ich der Meinung bin, die Regierung — mag es diese oder eine andere sein — solle befugt sein, in unsere Gemeindeverwaltung hineinzureden, aber in diesem einen Falle denke ich doch, es ist etwas anderes, zumal wenn es auf unsern ausdrücklichen Wunsch geschieht.

Stadtrat Wagner: Ich darf vielleicht im Anschluß hieran gleich auf die Einquartierungsdeputation zu sprechen kommen.

Die Einquartierungsdeputation ist im Laufe der Zeit unvollständig geworden. Herr Stadtverordneter Busch ist verstorben, Herr Major Ribbentrop ist heute aus seinem Amte ausgeschieden, und ich weiß nicht, ob er in der Lage sein wird, das Amt bei der Einquartierungsdeputation noch weiter zu versehen. Herr Wesemeier ist noch Mitglied dieser Deputation, aber er hat erklärt, daß er bei seiner jetzigen Stellung als Volkskommissar nicht in der Lage sein wird, das Amt zu verwalten. So bleibt nur Herr Kruse noch als Mitglied der Einquartierungsdeputation übrig. Es erscheint dringend nötig, daß heute noch Neuwahlen vorgenommen werden. Wenn Herr Ribbentrop auch das Amt niederlegen würde, so würde eine Wahl von drei Herren nötig sein.

Vorsitzender: Ich bitte um Vorschläge für die Wahl.

Stadtv. Frede: Die Einquartierungsdeputation von damals ist zu Friedenszeiten gewählt worden. Ich möchte bitten, daß wegen der außergewöhnlichen Verhältnisse eine größere Anzahl Mitglieder dafür genommen wird. Ich denke, 6 Deputationsmitglieder müssen es jedenfalls sein.

Vorsitzender: Ist die Versammlung einverstanden mit dieser Anzahl? Das scheint der Fall zu sein. (Zuruf: Es genügen auch 4 Mitglieder).

Von der Versammlung werden für die ausgeschiedenen Deputationsmitglieder die Herren Stadtv. Sch u l z e, M e h e r h o f f, S a l o m o n als Mitglieder der Einquartierungsdeputation durch Zuruf gewählt.

9. Antrag Munte, betreffend Auszahlung der einmaligen Kriegsteuerzulage an die städtischen Beamten und Lehrkräfte.

Wortlaut des Antrages f. S. 418.

Stadtv. Munte (zur Begründung): Meine Herren! Ich möchte den wirklich bedrängten städtischen Beamten und Lehrern durch diesen Antrag schnell helfen, zu derjenigen Unterstützung zu kommen, die wir ihnen zugebracht haben. Wir wissen, der Gang der Verhältnisse ist so gewesen, daß wir eine Abschlagszahlung auf die zugebrachte Steuerzulage haben auszahlen lassen und uns entschlossen haben, daß wir mit der vollen Auszahlung warten wollten, bis der Landtag eine Vorlage der Regierung verabschiedet haben würde, in der auch die Staatsbeamten ähnliche Zulagen bekommen sollten. Der Landtag des früheren Herzogtums sollte am 5. November zusammentreten, es waren aber damals Hindernisse eingetreten, und als er darauf am 12. November zusammentreten sollte, ergaben sich

noch viel größere Hindernisse. Wir wissen alle, daß die Regierungsvorlage die Zustimmung des damaligen Ausschusses der Landesversammlung hatte, und daß bei der Stimmung, die im Landtage herrschte, die Regierungsvorlage zweifellos angenommen wäre. Da wir nicht wissen, wann die neue Regierung diesem Punkte wieder nähertreten kann — ich nehme aber an, daß es bald geschehen wird —, möchte ich beantragen, heute zu beschließen, unsern städtischen Beamten diese ihnen zugedachte Teuerungszulage voll auszusahlen. Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen und den Magistrat zu ersuchen, die Auszahlung unverzüglich in die Wege zu leiten, soweit es bei dem jetzigen Personale möglich ist.

Das ist in kurzen Worten, was ich zu sagen habe; ich zweifle nicht, daß Sie mir zustimmen werden.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die nötige Anzahl Stadtverordnete zur Unterstützung des Antrages und für eine dringliche Behandlung desselben vorhanden ist. (Ohne Widerspruch).

Ich eröffne die Beratung über den Antrag.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich weiß nicht, ob Herrn Munte der Wortlaut der Regierungsvorlage für diese Teuerungszulage bekannt ist. Jedenfalls hat die Vorlage im Ausschuß und in der Finanzkommission Änderungen erfahren, die ich für Verbesserungen halte. Es entsteht die Frage: Was soll gelten; was die Regierung oder was der Ausschuß und die Kommission vorgeschlagen hat? (Zuruf: Der Ausschuß!) Soll der Magistrat ermächtigt sein, nach freiem Ermessen die Sache zu regeln, oder wollen die Herren erst die Grundsätze wissen? Jedenfalls möchte ich wissen, wie wir uns nach Ansicht der Versammlung zu verhalten haben.

Der Grund, weshalb wir bisher die Sache nicht der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet haben, ist die Frage der Entlastung der Stadt bei dieser Teuerungszulage. Wenn es so gekommen wäre, daß der Landtag die 2. Rate bewilligt hätte, dann hätten wir bei der gleichen Bewilligung durch die Stadt 65 Prozent von den Sätzen, die für die Lehrer gezahlt werden, aus Staatsmitteln zurückbekommen. Gehen wir jetzt selbständig vor, dann würde diese Unterstützung der Stadt durch den Staat wenigstens zweifelhaft sein; es würde davon abhängen, ob der Staat seinerseits denselben Weg beschreitet. Ich will damit aber nicht sagen, daß wir deshalb, weil möglicherweise dieser Zuschuß des Staates durch unser selbständiges Vorgehen verlorengehen könnte, die volle Zahlung nicht leisten sollen — selbstverständlich erkennt auch der Magistrat die Notlage der Lehrer und Beamten an. Aber ich muß Ihnen überlassen, wie Sie darüber entscheiden wollen. Sollte es nicht richtiger sein, daß Sie heute be-

schließen: Der verstärkte Finanzausschuß soll die Sache zusammen mit dem Magistrat regeln? Allerdings müßten Sie auch dann die Hauptfrage hier entscheiden, und das ist die Frage, ob gezahlt werden soll, auch bevor der Staat seinerseits vorgeht.

Stadtv. **Munte:** Zunächst würde ich im großen ganzen dafür sein, daß wir die Verbesserungen des Ausschusses gegenüber der Regierungsvorlage ohne weiteres annehmen, denn wir wollen doch die städtischen Beamten und Lehrer nicht schlechter stellen, als der Staat sie stellen wird. Was die Zuschüsse des Staates anbelangt, so hat Herr Wesemeier bereits mitgeteilt, daß seitens der Regierung die Ansicht vorhanden ist, daß die bestehenden Gesetze zu respektieren sind, und zwar insofern, als sie sich nach ihnen richten will, bis sie aufgehoben werden. Bis jetzt ist das Gesetz, betreffend die Zuschüsse zu den Kosten der Volksschulen noch nicht aufgehoben, und ich kann mir nicht denken, daß der Arbeiter- und Soldatenrat jetzt sagen würde: „Nein, wir bezahlen das nicht, mag die Stadt das selbst bezahlen!“ Noch dazu, wo Herr Wesemeier genau weiß, in welcher finanziellen Lage sich die Stadt befindet. Man könnte eine gewisse Ängstlichkeit allerdings dabei haben, aber ich habe das Vertrauen: in diesem Punkte wird die neue Regierung der Stadt Braunschweig etwas mehr zuwenden, als es der alte Landtag des Herzogtums getan hat. Ich glaube doch, darauf können wir uns verlassen.

Mit dem Vorschlage des Herrn Oberbürgermeisters, die Angelegenheit durch den verstärkten Finanzausschuß zusammen mit dem Magistrat erledigen zu lassen, bin ich einverstanden. Das ist ein einfacher Apparat. Wir können morgen oder übermorgen zusammenkommen und sind in der Lage, alles schnell zu erledigen.

Stadtv. **Salomon:** Der Ausfall dieser Restzahlung auf die einmalige Teuerungszulage würde jedenfalls für weite Kreise der Beamten eine sehr bittere Enttäuschung sein. Ich weiß aus vielfachen Zuschriften und mündlichen Äußerungen, daß man unter den Beamten fest und sicher mit dieser Teuerungszulage gerechnet hat, vor allen Dingen im Vertrauen darauf sich für den Winter versorgt hat. Besonders schwer betroffen würden bei dem Ausfall kinderreiche Familien, denn gerade diese sollen nach den Vorschlägen insofern besonders berücksichtigt werden, als für jedes Kind in der Familie von der festgesetzten Summe noch 10 Prozent besonders gezahlt werden. Ich möchte deshalb im Namen der Beamenschaft die dringliche Bitte aussprechen, daß heute die Versammlung beschließt: die Restzahlungen sollen geleistet werden. Mit dem Modus, daß der Magistrat im Einverständnis mit dem verstärkten Finanzausschuß handelt, bin ich einverstanden. Ich hege auch kein Bedenken, daß der Staat den 65prozentigen Zuschuß leistet. Ich glaube nicht, daß irgendwelche Schwierigkeiten in dieser Richtung erwachsen,

und möchte ersuchen, die Sache so schnell wie möglich zur Entscheidung zu bringen. Die Rot ist in den Kreisen, die hierbei in Betracht kommen, stellenweise recht groß.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß der Herr Antragsteller seinen Antrag dahin erweitert, daß bei Ausführung seines Antrages zu berücksichtigen sind die Verbesserungen der Finanzkommission des Landtages, und daß ferner der Magistrat ermächtigt werden soll, gemeinschaftlich mit dem verstärkten Finanzausschuß, nötigenfalls ohne mit der Regierung in Unterhandlung zu treten oder deren Einverständnis zu erlangen, die Restzahlungen an die städtischen Beamten und Lehrer verabfolgen zu lassen.

Die Versammlung ist mit dem so erweiterten Antrage Munte einverstanden.

10. Anfrage Jasper, bezüglich der Befugnisse des Volkskommissariats für die Stadt Braunschweig.

Wortlaut der Anfrage S. 430.

Stadtv. Dr. **Jasper** (zur Begründung): Meine geehrten Herren! Die Umwälzungen der letzten Wochen haben selbstverständlich auch auf unser städtisches Gemeinwesen einen gewissen Einfluß ausgeübt. Es ist unter anderem ein Volkskommissariat für die Stadt Braunschweig eingerichtet. Ich habe diese Einrichtung bekanntgemacht gefunden in der Proklamation, die am Montag, dem 11. November, im „Volksfreund“ und auch sonst in den Blättern bekanntgegeben wurde. Eine Erläuterung aber, welche Befugnisse dem Volkskommissar für die Stadt zustehen, habe ich bisher nirgends gefunden, obwohl es für mich von großem Interesse war, wie diese Einrichtung gedacht ist und wie sie praktisch durchgeführt werden soll. Auch aus den heutigen Ausführungen des Volkskommissars für die Stadt Wesemeier eingangs der gemeinschaftlichen Sitzung habe ich nähere Erläuterungen nicht entnehmen können. Ich habe nur gehört, daß der Herr dem Arbeiter- und Soldatenrat allein verantwortlich sei für das, was hier in der Stadt geschehe. Ich habe die Anfrage, die ich vorbereitet hatte, nicht etwa gestellt, um diesem oder jenem Hindernisse aufzutürmen, sondern um von vornherein klar zu sehen, wie es sich mit dieser Einrichtung in unserem städtischen Gemeinwesen verhält. Es ist von der gegenwärtigen Regierung bekanntgegeben, daß die bisherigen Gesetze bis auf weiteres in Kraft bleiben sollen. In der gegenwärtig geltenden Städteordnung ist für ein derartiges Kommissariat kein Raum. Wir haben etwas Ähnliches, wenn ein Konflikt eintritt. Dann kann von seiten der Regierung eine Verwaltung eingesetzt werden, und die Rechte der Selbstverwaltung sind dann auf ein Mindestmaß beschränkt. Ich weiß nicht, ob das in demselben Sinne mit dem

Volkskommissariat gemeint ist. Für mich ist besonders wichtig folgende Frage: Bisher war zu einer Bindung des städtischen Gemeinwesens regelmäßig notwendig ein übereinstimmender Beschluß des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten, und dieser übereinstimmende Beschluß beider Teile mußte in bestimmten, gesetzlich vorgesehenen Fällen noch durch die Landesregierung bestätigt werden. Wird es unter den gegenwärtigen Verhältnissen außerdem noch einer Zustimmung des Volkskommissars für die Stadt bedürfen? Kann der Volkskommissar für die Stadt ohne Rücksicht auf die Meinung von Magistrat und Stadtverordneten innerhalb der Stadt und zu Lasten der Stadt etwas anordnen? Alles das sind Dinge, über die man Klarheit haben muß, wenn man diese Einrichtung nicht nur als eine ganz vorübergehende Erscheinung ansehen soll. Daß sie vorübergehend sei, darüber ist auch nichts gesagt. Sie ist genau so als dauernde Einrichtung angekündigt wie die anderen Volkskommissariate für Arbeit, Volksbildung und anderes. Eine dauernde Einrichtung scheint geschaffen zu werden, die ihresgleichen in keinem anderen deutschen Staate hat. Ich habe nicht gesehen, daß in Preußen, in Württemberg oder Bayern für die Hauptstadt ein besonderes Volkskommissariat gebildet ist, und daß die Selbstverwaltung der Gemeinwesen irgendwie durch Maßnahmen der Regierung besonders beeinträchtigt sei. Wir müssen deshalb hier von vornherein uns Klarheit zu verschaffen suchen. Danach wird sich die Arbeitsfreudigkeit richten, und ob wir oder die Herren, die nach uns kommen, mitraten und -taten können, oder ob nur alles einem überlassen bleiben soll.

Ich nehme an, daß der Magistrat, der mit dem Volkskommissar für die Stadt Braunschweig eher Fühlung hatte als wir, diese Fragen pflichtgemäß geklärt hat, und um mich der Geschäftsordnung zu bedienen, richte ich diese Anfrage an den Magistrat. Wir könnten sonst auch von Herrn Wesemeier authentische Antwort bekommen, um Klarheit für die gemeinschaftliche Arbeit zu erhalten.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich möchte fragen, ob der Herr Volkskommissar die Beantwortung übernehmen will.

Stadtv. Wesemeier: Die Anfrage ist an den Magistrat gerichtet.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich kann berichten, daß Herr Wesemeier bei uns im Magistrat erschienen ist und uns von seiner Bestellung zum Volkskommissar für die Stadt Braunschweig Mitteilung gemacht hat. Er hat dabei ungefähr daselbe gesagt, was er vorhin hier ausgeführt hat *), und hat ausdrücklich hervorgehoben, daß die bestehenden Gesetze selbstverständlich in Kraft bleiben. Das hat mir — und ich glaube auch den übrigen Mitgliedern des Magistrats —

*) s. Bericht über die gemeinschaftl. Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten.

genügt. Ich bin durchaus der Ansicht des Herrn Dr. Jasper, daß wir bei verschiedenen Anlässen auch jetzt noch die Genehmigung der Regierungsbehörden einzuholen haben. Herr Wesemeier hat uns gesagt, die Regierungsbehörde sei der Arbeiter- und Soldatenrat, und daran ist auch nicht zu zweifeln. Eine Zwischeninstanz aber könnte meiner Ansicht nach nur durch Gesetz geschaffen werden. Ich habe deshalb die Stellung des Volkskommissars so aufgefaßt, daß er — ich möchte sagen — für die städtischen Sachen der sachverständige Berater des Arbeiter- und Soldatenrats ist und seinerseits die betreffenden Sachen dort vorzutragen hat, aber nicht, daß eine neue Instanz geschaffen ist. Es würden sonst drei Instanzen für die Stadt Braunschweig geschaffen sein: zunächst bleibt die Kreisdirektion als eine höhere Instanz bestehen, diese berichtet an den Staatskommissar und dieser wieder an den Arbeiter- und Soldatenrat. Das wäre das Gegenteil von dem, was wir erstreben: Vereinfachung der Geschäfte, und das habe ich nicht angenommen. Im übrigen habe ich zu erklären: Schriftliche Anweisungen und dergleichen sind uns nicht gegeben.

Vorsitzender: Der Herr Antragsteller hat mit vollem Recht seine Anfrage dahin gerichtet, welche Rechte dem Magistrat und den Stadtverordneten verbleiben sollen. Der Herr Oberbürgermeister hat darauf seitens des Magistrats geantwortet, ebenso sind aber auch unsere Pflichten und Rechte als Stadtverordnete durch den Vorgang berührt. Ich glaube, Herr Wesemeier wird die Güte haben, sich näher darüber zu äußern, welche Rechte und Pflichten die Stadtverordneten bei der neuen Regierung haben sollen. Ich teile die Auffassung des Herrn Oberbürgermeisters, daß unsere Städteordnung und die städtischen Statute selbstverständlich in Geltung bleiben. Derjenige, der die Ehre hat, den Vorsitz hier zu führen, muß selbstverständlich auf Innehaltung dieser Städteordnung und der Statute seine Obacht richten, und ich weiß nicht, ob in allen Fällen diese Innehaltung heute schon geschehen ist. Man ist tatsächlich in dieser Beziehung in einer unsicheren Lage, und so verstehe ich die Anfrage des Herrn Dr. Jasper vollkommen und wäre erfreut, wenn Herr Wesemeier durch eine klare Antwort die Rechtslage auseinanderlegen wollte.

Stadtv. Wesemeier: Es handelt sich um eine wunderbare Anfrage. Herr Dr. Jasper sagt: Bisher war die Bestimmung nur so: Wenn ein übereinstimmender Beschluß zwischen den Instanzen nicht zustande kommen konnte, griff der Staat ein, und so muß es eigentlich sein. Wir sind jedenfalls ohne allen Zweifel Verteidiger des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden. Das ist unser kommunalpolitisches Programm, und von dem gehen wir nicht ab. Nun weiß Herr Jasper aber auch, daß noch kein Vierteljahr seit der Revolution vergangen ist. Wenn man seinem Gedankengange folgen wollte, müßte man zu der logischen Folgerung

kommen: Da ist der Herzog abgesetzt; das ist ungesetzlich und ist gegen das Gesetz, das darf nicht sein! Ja, es ist Revolution gewesen, und wer nicht geschlafen hat, hat das bemerkt. Deshalb sind verschiedene Bestimmungen zur Sicherung der Revolution getroffen. Diese ganze Tätigkeit der neuen Regierung hat erst seit Montag eingesetzt — wohl gemerkt: erst seit Montag. Daß seit diesem Zeitpunkt nicht alles so im Flusse sein kann, wie es in einem vollständig geordneten Staatswesen sein müßte, das kann sich jeder an den Fingern abzählen; dazu braucht man kein Stadtverordneter zu sein. „Selbstverwaltung der Gemeinde unter allen Umständen“, auf dem Standpunkte stehe ich und damit falle ich. Das steht in unserm sozialdemokratischen Kommunal-Wahlprogramm. Die Bestimmungen darüber konnten beim besten Willen noch nicht erlassen werden.

Das Volkskommissariat für die Stadt Braunschweig ist eine Sicherheitsmaßregel zum Schutze der Revolution; ein Hoheitsrecht des Staates über die Gemeinde kann es nicht geben. Ich habe in meinen ersten Ausführungen schon gesagt, daß die Stadt bestrebt sein muß, ihr Selbstbestimmungsrecht nach jeder Richtung weiter auszuweiten, nicht aber, es einschränken zu lassen. Unser Programm ist unsere Richtschnur. Weil es eben in einem Zeitraum von 5 Minuten absolut nicht möglich ist, alles das regeln zu können, was nötig ist, um neue Zustände herbeizuführen, deshalb sind heute noch nicht klare Übergangsbestimmungen erlassen worden. Die Herren in der Regierung haben Tag und Nacht gearbeitet; sie haben zu nebensächlichen Sachen noch keine Zeit gehabt und haben vor allen Dingen dem Schutze der Revolution zu dienen, damit das, was errungen ist, nicht wieder niedergedrückt wird. Dem haben sie ihre Tätigkeit bis jetzt gewidmet und werden so noch weitere Tage wirken müssen. Es ist glücklicherweise die Revolution über Nacht gekommen. Manch einer wird wirklich nichts bemerkt haben von den Vorgängen der Nacht, wie durch diese Zustände der Herzog beseitigt ist und manches andere, auch so manche gesetzliche Bestimmung nebensächlicher Natur. Es ist dies geschaffen worden als etwas Neues, von dem man sich im ersten Augenblicke sagte: Es ist notwendig, dies zu tun, und das andere wird später geregelt werden.

Vorsitzender: Ich bitte Herrn Wesemeier über folgenden Punkt sich zu äußern: Er sitzt hier in doppelter Eigenschaft, als Volkskommissar und als Stadtverordneter. Er nimmt an unseren Beratungen und Beschlußfassungen teil. Nun wäre es wohl möglich, daß sich folgendes ereignete: Einmal macht er als Stadtverordneter einen Beschluß mit, und dann sagt er als Volkskommissar: Ich muß ihn aufheben. Ich fasse die Stellung des Herrn Wesemeier in der Stadtverordnetenversammlung so auf, daß er hier lediglich Stadtverordneter ist. (Zustimmung des Herrn Wesemeier.)

Stadtv. **Stegmann** beantragt Besprechung der Anfrage.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Besprechung an.

Stadtv. **Stegmann**: Ich muß gestehen, die Anfrage des Herrn Dr. Jasper hat mich eigenartig berührt. Er hat erklärt, er wolle der neuen Regierung keine Hindernisse in den Weg legen und nur Klarheit schaffen. Wenn von bürgerlicher Seite diese Anfrage gestellt wäre, so würde ich das begreiflich finden, aber daß sie von sozialdemokratischer Seite gestellt ist, muß ich bewundern. In der Städteordnung ist allerdings kein Raum für das Volkskommissariat, denn die ganze Revolution ist unvereinbar mit der Städteordnung, mit jenen alten Paragraphen von dazumal, die zum großen Teil in die Kumpeltammer gehören. Es ist wunderbar, daß in einer revolutionären Zeit Bedacht genommen werden soll auf Bestimmungen, die mit den Paragraphen der Städteordnung vereinbar sind. Daß Gesetze geschaffen werden müssen, die das Verhältnis der Regierung und der Städte festlegen, ist selbstverständlich, aber auch schon Herr Wesemeier hat eben ausgeführt, daß das in 5 Minuten nicht gemacht werden kann. Das sollte Herr Dr. Jasper als Sozialdemokrat und Rechtsgelehrter wissen. Ich bedauere, konstatieren zu müssen: daß es aussieht, als wolle Herr Dr. Jasper der neuen revolutionären Regierung und dem von ihr geschaffenen Kommissariat Knüppel zwischen die Beine werfen. Vom Herrn Oberbürgermeister ist gesagt, im Interesse aller liege es, zusammen zu arbeiten. Vor allen Dingen aber für die, die aufseiten der Revolution stehen sollten, ist es angebracht, der neuen Regierung nicht hindernd in den Weg zu treten. Vielleicht geschieht es aus dem Grunde, weil die Herren nicht selbst beteiligt sind.

Vorsitzender: Ich glaube, wenn Herr Dr. Jasper erklärt hat, er habe nicht die Absicht, gegen die neue Regierung Hindernisse aufzutürmen, so darf man seine Worte nicht anzweifeln.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Der Herr Vorsitzende hat mir schon abgenommen, auf die Worte des Herrn Vorredners zu erwidern. Ich kann nur versichern, daß es mir fernliegt, der neuen Regierung Schwierigkeiten zu machen. Meine Freunde und ich sind sehr erfreut, daß die Dinge eine grundlegende Umwälzung erfahren haben, wenn wir auch mit der gegenwärtigen Regierung, wie Herr Stegmann betont hat, nichts zu tun haben. Aber weil wir damit nichts zu tun haben, müssen wir klar sehen, wie es innerhalb unseres Gemeinwesens bestellt ist, wie wir mitwirken können, und da halte ich die Erklärung des Herrn Wesemeier für sehr erfreulich, daß die Selbstverwaltung nicht angetastet werden soll. Es ist ja demokratischer Grundsatz, auf Grundlage der Selbstverwaltung möglichst das ganze

Gebäude aufzubauen und nicht von oben herunter anzuordnen. Es wird dann vielleicht ein Zusammenarbeiten möglich sein.

Stadtv. **Bejemeier**: Ich kann Ihnen nur verraten, daß bürgerliche Rechtsanwälte mit bei der Arbeit sind, die fraglichen Zustände zu ordnen. Das wird auch den bürgerlichen Herren in betreff der Anfrage des Herrn Dr. Jasper genügen.

11. Anfrage Jasper, bezüglich der Wahlen des Arbeiter- und Soldatenrats.

Wortlaut der Anfrage s. S. 430.

Stadtv. Dr. **Jasper** (zur Begründung): Meine Herren! Aus dem Wortlaut meiner Anfrage haben Sie gehört, um was es sich für mich handelt. Die Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrats wird den geehrten Herren bekannt sein. Sie läßt Zweifel in diesen verschiedenen Fragen offen, besonders deshalb auch, weil nicht gesagt ist, wem die Pflicht der Ausschreibung und Leitung dieser Wahl obliegt. Ich nehme an, da in der Anordnung steht: „An allen Orten der Republik sind Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden“, daß die Selbstverwaltungskörper für diese verschiedenen Orte die berufenen Organe wären, und ich hatte erwartet, da die Zeit sehr kurz bemessen ist, bis zum 21. November bereits diese Wahlen vollzogen sein sollen, heute in acht Tagen die Zeit schon um ist, daß vom Magistrat uns eine eilige Vorlage unterbreitet würde, wie im einzelnen diese Wahl durchgeführt werden soll. Über die Fragen, die ich angeschnitten habe, ist in der Anordnung nichts gesagt. Es ist vielleicht eine Ausführungsvorschrift zu erwarten, vielleicht ist auch der Selbstverwaltung der einzelnen Gemeinden die Durchführung überlassen. Gewisse Anregungen hat auch der deutsche Rat der Volksbeauftragten in Berlin gegeben, indem als Verfahren für alle öffentlichen Wahlen die Verhältniswahl vorgesehen ist. Es bedarf besonders der Klärung, ob alle Soldaten wahlberechtigt sein sollen oder nur die Rote Garde. In der Anordnung selbst steht nur von einem Wahlrecht der Roten Garde zu lesen, während nach Zeitungsberichten erklärt sein soll: Selbstverständlich würden bei diesen ersten Wahlen, solange die Demobilisation noch nicht durchgeführt ist, auch die übrigen Soldaten wahlberechtigt sein. Unter den Kameraden sind schon die Köpfe zusammengesteckt, ob der Wortlaut der Anordnung oder die Auslegung, die vom Regierungstische gefallen ist, gelten würde. Es muß bald etwas geschehen, wenn innerhalb 8 Tagen die Wahl vollzogen sein soll und sie ein Ergebnis haben soll, wie es der allgemeinen Auffassung entspricht.

Stadtrat von **Frankenber**: Es ist dem Stadtmagistrat eine Mitteilung darüber, daß er in irgend einer Weise bei der Wahl zum Arbeiter- und Soldaten-

rat beteiligt ist, um sie vorzubereiten oder durchzuführen, nicht zugegangen. Das Gesetz selbst enthält darüber nichts, und soweit nach der Fassung des Gesetzes es möglich ist, in den Geist einzubringen, darf ich annehmen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat sich selber vorbehalten will, Ausführungsvorschriften zu erlassen und Wahlkommissare zu bestellen. Daß das die Absicht sein wird, vermute ich aus dem Grunde, weil bei einem anderen, bis zu dieser Stunde noch nicht erledigten Entwurf eines Wahlgesetzes für die Gemeinden und die Landesvertretung — auf den bei der anderen Anfrage des Herrn Dr. Jasper einzugehen sein wird — ausdrücklich gesagt war, die Gemeinde habe bis zum 1. Dezember die Neuwahlen stattfinden zu lassen, und an anderer Stelle hieß es: „Für die Gemeindewahlen haben die Ausschreibung und die näheren Anordnungen die Bürgermeister und Ortsvorsteher zu treffen.“ Da dem zuerst erwähnten Gesetze eine ähnliche Bestimmung mangelt, so vermute ich, daß es wohl die Absicht des Arbeiter- und Soldatenrats sein wird, in dieser Beziehung das Recht, Wahlkommissare zu bestimmen und die Ausführung im einzelnen zu regeln, nicht aus der Hand zu geben. Vielleicht nimmt auch in dieser Beziehung Herr Wesemeier das Wort.

Vorsitzender: Es wäre wünschenswert, wenn über diese Frage, über die in den nächsten 8—14 Tagen Entscheidung getroffen wird, von Herrn Wesemeier Auskunft erteilt würde.

Stadtv. Wesemeier: Ich glaube, es ist nicht Sache der Gemeinde, die in dem Gesetzesentwurfe gar nicht genannt ist, sich mit dem Gesetze zu beschäftigen. Mag der Stadtmagistrat abwarten, was darüber bestimmt werden wird. Bisher haben Sie keine Veranlassung, sich darum zu kümmern. Wie sollte der Stadtmagistrat auch dazu kommen, wo ihm keine Handhabe und keine Anweisung von irgend einer anderen Seite zuteil geworden ist. Es wäre das richtigste, die Anfrage an den Arbeiter- und Soldatenrat zu stellen. Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz sind noch nicht vorhanden.

Vorsitzender: Ich möchte mich nicht in die Debatte einmischen, aber die Bestimmungen der Städteordnung und des Verwaltungsstatuts scheinen der Verfügung des Arbeiter- und Soldatenrats entgegenzustehen, und insofern halte ich die Anregung des Herrn Dr. Jasper für zutreffend.

Stadtv. Wesemeier: Ich darf dagegen bemerken, daß von der Städteordnung bei der Wahl des Arbeiter- und Soldatenrats nicht die Rede ist.

Stadtrat von Franckenberg: Ich kann es nur für zweckmäßig halten, wenn durch die Anfrage des Herrn Dr. Jasper Klarheit über die vorliegende zweifel-

hafte Frage geschaffen wird, die bei ihrer Neuheit und ihrer Bedeutung die Aufmerksamkeit der Bürgerschaft selbstverständlich auf sich zieht. Diese Klarheit ist durch meine Vermutung, die vom Herrn Volkskommissar Wesemeier bestätigt wird, geschaffen. Der Stadtmagistrat wird bei den Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat voraussichtlich unbeteiligt sein.

Stadtv. Wesemeier: Ich kann zu den letzten Äußerungen keine Erklärung abgeben. Wenn ich recht verstanden habe, sagte Herr Stadtrat von Frankenberg, die Stadt sei bei den Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat unbeteiligt. Eine Erklärung darüber kann ich nicht abgeben, weil noch keine Ausführungsbestimmungen vorhanden sind.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Diese letzte Erklärung veranlaßt mich zu dem Ersuchen an den Herrn Volkskommissar, seinerseits dafür einzutreten, nicht die Sache zu überstürzen. Wir sind jetzt hier im Rathause besonders bei der Demobilisierung derart mit Arbeiten überlastet, daß die Aufstellung der Listen, die Erlassung von Wahlvorschriften usw. unmöglich in so kurzer Zeit durchgeführt werden kann, wenn nicht riskiert werden soll, daß Unordnung entsteht. Wir wollen doch alle bei dieser Sache Ordnung halten, und deshalb möchte ich Herrn Wesemeier bitten, soweit es in seinen Kräften steht, dafür einzutreten, daß die Sache nicht überstürzt wird.

Vorsitzender: Wir können beruhigt sein, wenn die Bestimmungen der Städteordnung über das Wahlverfahren aufrechterhalten werden. (Zuruf: „Damit hat die Wahl zum Soldatenrat nichts zu tun.“) Über die übrigen Anfragen wollen Sie, Herr Wesemeier, eine Antwort nicht erteilen? (Ablehnung seitens des Herrn Wesemeier.)

12. Anfrage Jasper, betreffend die Wahlen zur Landes- und Gemeindevertretung.

Wortlaut der Anfrage j. S. 430.

Stadtv. Dr. Jasper (zur Begründung): Dies ist eine ähnliche Frage wie die eben behandelten. Die Ummwälzungen der letzten Wochen haben es mit sich gebracht, daß endlich auch eine neue Landesversammlung und endlich auch eine neue Gemeindevertretung gewählt wird. Es ist besonders die letzte für unsere Stadt von ganz einschneidender Bedeutung. Wir haben uns schon früher, vor dem Kriege und auch während der Kriegszeit — wie ich aus der Zeitung entnommen habe — mit der Frage der Wahlrechtsausgestaltung hier im Saale befaßt. Ich nehme an, daß der Magistrat die Wichtigkeit der Neuregelung nicht

verkannt hat und seinerseits, wenn er auch sehr belastet ist, Stellung dazu genommen hat, um die städtischen Zeitpressen gegenüber dem Entwurf zu wahren und seinen Einfluß, soweit er noch besteht, auf die entscheidenden Körperschaften geltend zu machen. Da ist für mich in dem Entwurf, wie er aus den Zeitungen zu entnehmen war, besonders interessant der Vorschlag, daß die Zahl der bisherigen Gemeindevertreter dieselbe bleiben soll wie bisher. Also wir würden nach dem Vorschlage, wenn er aus dem Ausschuß und dem Arbeiter- und Soldatenrat als Gesetz hervorgehen sollte, es auch nur mit 36 Gemeindevertretern zu tun haben. (Zuruf.) Herr Wesemeier ruft: Nein. Es scheint, daß der Ausschuß inzwischen anders beschlossen hat; ich habe aus dem Entwurfe nichts anderes entnehmen können. Ich würde angeregt haben, daß, entsprechend der Bedeutung der Gemeindevertretung in unserer Stadt, die sich seit der letzten Festsetzung der Zahl der Stadtverordneten wesentlich vergrößert hat, und mit Rücksicht auf die große Zahl der Wähler, die jetzt beteiligt ist, ferner mit Rücksicht darauf, daß viel größere Aufgaben der Gemeinde obliegen als früher, die Zahl der Stadtverordneten oder Gemeindevertreter erheblich erhöht würde, und würde ferner angeregt haben, daß in diesem Sinne der Magistrat an der zuständigen Stelle vorstellig würde. Wesentlich war mir auch die Frage: Was hat der Magistrat getan, wenn so kurze Fristen gedacht sind für eine Wahl, die eine gewisse wahltechnische Vorarbeit erfordert? Wann soll die Wahl stattfinden, und wie kommen wir damit zu Rande? Auch die politischen Parteien haben ein Interesse daran, von der Festsetzung des Wahltermins nicht überrumpelt zu werden, sondern auf demokratischer Grundlage dafür zu sorgen, daß in Ruhe, Frieden und Klarheit die Sache hergeht. Die Arbeit, die sowohl den Behörden wie den Parteien aufliegt, ist sicherlich keine geringe, das läßt sich nicht verkennen, zumal andere wichtige Aufgaben drängen. Aber im Gegensatz zum Herrn Oberbürgermeister, der diese Seite, die verzögernd wirken könnte, besonders hervorhob, möchte ich dringend bitten, die Wahl nicht allzu lange hinauszuschieben. So, wie wir augenblicklich stehen, haben wir keinen anderen Boden unter den Füßen, als den, der formell gesetzlich noch anerkannt wird, und es ist nötig, auf möglichst breiter Grundlage die demokratischen Verhältnisse zu ordnen. Erst dann können alle Bevölkerungsschichten, alle Klassen, und auch der Teil der Arbeiterschaft, der bisher nicht beteiligt ist, ihrer Zahl und ihrem Einfluß entsprechend mit einwirken auf Regelung der öffentlichen Angelegenheiten. Aus dem Grunde wäre es wünschenswert, daß möglichst bald diese Ordnungen für die Wahl der Gemeindevertretungen und für die Landesvertretung herauskommen und die Wahlen bald vorgenommen werden.

Stadtrat von Franzenberg: In diesem Falle ist ein Gesetz seitens des Arbeiter- und Soldatenrates noch nicht erlassen, sondern nach den gestrigen Presse-

Mitteilungen, von denen mir die der Braunschweigischen Anzeigen vorliegt, ist der Gesetzentwurf zunächst noch an eine fünfgliedrige Kommission zurückverwiesen. Es ist mir nicht bekannt, ob inzwischen der Arbeiter- und Soldatenrat sich endgültig schlüssig gemacht hat, oder ob die Verhandlungen noch schweben. Jedenfalls ist die Spanne Zeit bis zum 1. Dezember eine so außerordentlich kurze und die Vorbereitungen für die Aufstellung von Wählerlisten, ohne die es schlechterdings bei einer geordneten Wahl nicht abgeht, sowie die Vorbereitung für die Bestimmungen über die Verhältniswahl, die auch bei allem Streben nach möglicher Knappheit und Einfachheit immerhin gewisse unleugbare Schwierigkeiten in sich birgt, sind von so erheblicher Bedeutung, daß der Wunsch des Magistrats auch von Seiten der geehrten Versammlung geteilt werden wird, daß wir, um nicht einen Rattenkönig von Zweifeln, Wahlanfechtungen und Schwierigkeiten der mannigfachsten Art heraufzubeschwören, wenigstens die Gelegenheit erhalten, um die nötigen Bestimmungen in einiger Ruhe und Überlegung auszuarbeiten. Die Auffassung des Herrn Dr. Jasper wird gewiß geteilt, daß kein Augenblick Aufschub bei der Sache zweckmäßig ist, der nicht unbedingt erforderlich ist. Aber so viel steht fest, daß wir es unseren heimkehrenden Kriegern schuldig sind, ihnen zu gestatten, das Verlangen zu stellen, sie innerhalb angemessener Frist in die Listen nachtragen zu lassen, damit sie des Wahlrechtes teilhaftig werden, soweit sie vor dem Wahltag zurückgekehrt sind. Das ist eine Forderung, die durchaus begreiflich erscheint und der man nach Möglichkeit Rechnung tragen soll. In dem bisherigen Entwurf ist gesagt, daß die näheren Anordnungen für die Landtagswahl der Volkskommissar für das Innere trifft, während für die Gemeindevahlen die Ausschreibung und die näheren Anordnungen durch die Bürgermeister und Ortsvorsteher zu treffen sein würden. Für die Stadt Braunschweig würde nach dem bisherigen Verfahren der Stadtmagistrat als solcher zuständig zu sein haben. In dieser Beziehung haben wir eine vollständige Klarheit, wie die Ausführung-gedacht ist, nicht. Wir haben gleichwohl im Stadtmagistrat es für unsere Pflicht gehalten, in eingehenden Erörterungen uns mit den Vorbereitungen zu befassen. Wir sind der Ansicht, daß eine gewisse Anlehnung an die letzten Listen für die Lebensmittelverteilung den Vorzug verdient vor dem Rückgreifen auf andere Listen, z. B. auf die Hausbogen, die wir im September ausgegeben haben. Wir würden diese Listen aber selbstverständlich zu ergänzen haben durch Zulassung von Nachmeldungen von Personen, die früher im Felde gestanden haben und inzwischen nach Braunschweig zurückgekehrt sind. Danach wird unter möglicher Einfachheit und in dem Bestreben, die Bestimmungen knapp und volkstümlich zu gestalten, die Durchführung bewerkstelligt werden. Wenn es angängig sein sollte, so würde es zweckmäßig sein, daß sich der Arbeiter- und Soldatenrat über gewisse wesentliche grundlegende Bestimmungen, insbesondere über die Listenaufstellung mit

der Stadtverwaltung in Verbindung setzte. Ich glaube, daß das zweckmäßiger sein würde, als eine Bestimmung zu erlassen und uns in knappster Frist die Durchführung aufzutragen, während über diese oder jene Punkte erhebliche Zweifel bestehen.

Stadt v. Wesemeier: Auch dies ist ein Notgesetz, das für die Folge allerdings Bestand haben soll in seinen Grundzügen, in denen festgelegt wird: Alle über 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Einwohner haben das Recht der Wahl. Es kommt weiter in der schnellen Herausgabe des Gesetzentwurfs zum Ausdruck, daß möglichst schleunigst das Ergebnis der revolutionären Reform auch in der Vertreterschaft der Stadt und des Landes zum Ausdruck gebracht werden soll, d. h. daß neue Stadtverordneten- und neue Landtagswahlen stattfinden sollen. So liegt die Sache, soweit ich bis heute unterrichtet bin; ich mußte gestern aus der Versammlung, in der dieser Entwurf zur Beratung stand, fortgehen. Der Entwurf würde einer Kommission zur Vorberatung überwiesen.

Es ist die schwerste Sorge des Herrn Dr. Jasper, daß die Zahl der Stadtverordneten in Braunschweig die gleiche bleiben soll wie vorher. Ich habe ausdrücklich gegen dies Geschwindigkeitsexperiment Widerspruch erhoben und betont, daß für die Stadt Braunschweig eine höhere Zahl von Gemeindevertretern festgelegt werden muß. Ich mußte dann aber diese Versammlung verlassen und weiß nicht, ob heute noch weiter darüber verhandelt wird, oder wie die Sache steht. Aber sicher ist, daß dem Rechnung getragen wird, daß für die Stadt Braunschweig eine höhere Zahl von Stadtverordneten gewählt werden muß. Ich glaube auch nicht, daß die Termine, wie sie ursprünglich angegeben sind, eingehalten werden. Richtig wäre es, daß, wenn das Gesetz jetzt veröffentlicht würde, die Stadt in eine böse Lage käme, daß sie aber trotzdem dann die Vorbereitungen doch treffen müßte, so unangenehm es auch wäre, die Soldaten von der Wahl auszuschließen und die Einspruchsfrist nicht so zu gestalten, wie es nötig wäre. Ich kann keine Erklärung darüber abgeben, wie weit die Sache vorwärtsgegangen ist.

Stadttrat von Frankenberg: Nach den Erklärungen des Herrn Volkskommissars möchte ich meinerseits der Ansicht Ausdruck geben, daß es sowohl seitens des Magistrats als seitens der Stadtverordneten als dringend wünschenswert bezeichnet werden müßte, als letzten Termin, bis zu dem die Wahlen durchgeführt sein müssen, nicht den 1. Dezember, sondern einen späteren Zeitpunkt zu wählen. Die Vorbereitungen sind so schwierig und das Verlangen eines wesentlichen Teiles der Feldgrauen, an der Wahl teilzunehmen, ist ein so berechtigtes und natürliches, daß gewiß auch seitens des Arbeiter- und Soldatenrats es für zweckmäßig gehalten werden wird, den Wunsch nach der Eizigkeit zurückzustellen und sich mehr der Richtigkeit des Volksempfindens anzupassen.

13. Anfrage Riefe über den vorgekommenen Verkauf von Brotkarten.

Wortlaut der Anfrage j. S. 430.

Stadtv. **Riefe** (zur Begründung): Wie an vielen anderen Stellen im Reiche, so ist auch hier bei uns in Braunschweig eine bedauerliche Erscheinung zutage getreten, und zwar, wie mir erinnerlich, zum dritten Male. Es ist vorgekommen, daß ehegestern in der Büßingschen Fabrik ein Mann aufgetreten ist, der in einem Kasten Brotkarten liegen hatte (dem Anscheine nach sollen es 20—30 Stück gewesen sein) und diese Karten pro Stück für 2,00 M verkauft hat. Mein Gewährsmann hat gefragt, wieviel er dafür bezahlen solle. — „2 Mark.“ — Darauf hat er den Verkäufer gepackt und gefragt, woher er die Karten habe. Darauf hat der Mensch erklärt, mein Gewährsmann solle froh sein, wenn er billig Brotkarten bekommen könnte, worauf ihm erwidert wurde: Wenn du das billig nennst, dann verstehe ich das nicht. Nun soll eine Haussuchung bei dem Betreffenden vorgenommen sein; er soll auf der Reichsstraße 1 wohnen und ein gewisser Kohlransch sein. Der Vertrauensmann Samleben hat das ebenfalls festgestellt, und auch in der Abteilung Könnemann sollen 10 Brotkarten abgesetzt sein. Jedenfalls muß eine Unregelmäßigkeit der Beamten, die die Verteilung besorgen, vor sich gegangen sein, sonst könnte es nicht möglich sein, daß Brotkarten zum Verkauf angeboten werden. Ich möchte nicht, daß wir in Braunschweig in den Ruf kommen wie andere Städte, wo Hunderte von Brotkarten der Bevölkerung entzogen werden und Wucher mit ihnen getrieben wird. Andere, die berechtigt sind, werden dadurch in dem Bezuge von Brot gekürzt, und dort wird das Brot verschleudert. Ich möchte bitten, daß der Magistrat sich darum kümmert und den Vorgang aufklärt. Einwandfreie Zeugen sind zu finden, wie ich schon angegeben habe. Ich möchte dringend ersuchen, die Sache zu klären.

Stadtrat von **Frankenbergr**: Der Stadtmagistrat ist für jede Mitteilung, die dienlich ist, um dem Schleichhandel mit Lebensmitteln oder dem Mißbrauch von Lebensmittelfarten entgegenzutreten, dankbar, und auch in diesem Falle wird er der soeben gegebenen Anregung nachgehen. Es hätte vielleicht des schweren Geschüßes einer Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung nicht einmal bedurft, sondern der Magistrat würde auch auf jede ihm mündlich oder schriftlich gemachte derartige Mitteilung sofort eingegriffen haben. Da aber die Anfrage in der öffentlichen Sitzung gestellt ist, so habe ich kein Bedenken, Herrn Riefe zu erklären, daß wir rücksichtslos der Sache nachgehen werden, um den Schuldigen der Bestrafung entgegenzuführen. Wie in diesem Falle die Möglichkeit hat eintreten können, daß der Betreffende über eine derartige Anzahl Karten verfügt, das vermag ich in diesem Augenblicke nicht aufzuklären, da diese Anfrage erst heute nachmittag an uns gerichtet wurde — bis dahin hatte ich nichts davon

erfahren. Mit den Zusatzbrotarten, die wir für Schwerarbeiter ausgeben, kann die Sache schwerlich zusammenhängen, denn sie werden erst am Donnerstag ausgegeben. Es wäre kaum möglich, daß gestern schon für diese Woche Zusatzbrotarten sich in den Händen einer bei Büßing beschäftigten Persönlichkeit befänden. Es könnte eine Fälschung vorliegen, vielleicht auch ein Mißbrauch mit Reisebrotarten, in die gewöhnliche Brotarten umgetauscht sind. Es ist auch denkbar, daß dadurch, daß wir mit einer großen Anzahl von Erkrankungsfällen zu rechnen haben, die Möglichkeit vorliegt, daß die verantwortliche Stelle es unterlassen hat, diejenigen Brotarten der vorigen Woche, die als erspart hätten zurückgeliefert werden müssen, uns zurückzugeben, sondern vielleicht diese Karten in einer durchaus zu mißbilligenden Weise als gute Prise betrachtet hat, um sie für sich und ihre Freunde gegen Gewinn zu vertreiben. Wir sind in ähnlichen Fällen einem solchen Mißbrauch aufs entschiedenste entgegengetreten. Wir haben im Zuschlagsausschuß eingehend erwogen, wie sich diese Sache überwinden läßt. Als sicherster Weg hierfür hat sich erwiesen, daß man Vertrauen zu der Arbeiterschaft des Betriebes hatte und der Leitung die Auflage machte, nur im Einverständnis mit der Arbeiterschaft des Werkes die Verteilung der Zusatzkarten vorzunehmen. Je mehr die Arbeiterschaft aufpaßt, um so weniger können Mißbräuche und Unterschleife vorkommen. Je größer das Werk ist, um so größer ist die Gefahr, weil die Menge der ersparten Brotarten bei Krankheit und Urlaubsfällen in solchen Werken eine größere sein wird als in kleineren. Herr Riefe wird aber aus meinen Darlegungen entnehmen, daß wir grundsätzlich aufs eifrigste bemüht sind, Unregelmäßigkeiten in dieser Sache entgegenzutreten, und daß wir für jede Mitteilung von Mißständen dankbar sind. Wenn aber bei einer Firma sich Unregelmäßigkeiten ergeben, so können wir nicht wohl die gesamte Arbeiterschaft dieses Betriebes dafür verantwortlich machen. Es wäre eine Unbilligkeit, der ganzen Arbeiterschaft eines Betriebes das aufzuerlegen, was ein einzelner gesündigt hat. Wir können uns nur an den einzelnen halten und dessen Bestrafung herbeiführen, außerdem ihm für die Zukunft die Brotkarten kürzen. Wir haben im Laufe der letzten Monate eine große Reihe von Personen, denen wir derartige Unregelmäßigkeiten für ihre Person oder Familie nachgewiesen haben, einfach auf Kinderbrotarten gesetzt — mehr haben sie nicht bekommen. Wer in derartigen schweren Zeiten sich an den Lebensmitteln versündigt, der verdient nicht, die volle Karte zu erhalten, sondern wird auf halbe Ration gesetzt werden dürfen; damit werden die geehrten Herren einverstanden sein. Einer derartigen Maßregel nebenher geht die Bestrafung durch die ordentlichen Gerichte.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4 $\frac{3}{4}$ bis 7 Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 12. Dezember 1918.

Tagesordnung:

1. Änderung der Vorschriften des Wertzuwachssteuerstatuts	Seite 461
2. Bewilligung von Mitteln zur Aufnahme von Notstandsarbeiten	" 462
3. Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung von Baukostenzuschüssen	" 463
4. Anschaffung von Gasmessern und Automatenkochern zum Einbau durch die Gaswerke	" 465
5. Antwort der städtischen Behörden auf einen Antrag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Abschluß von Kollektivverträgen betreffend	" 466
6. Verpachtung eines Teiles des Franzischen Feldes und des Prinz-Albrecht-Parkes zur Einrichtung von Schrebergärten	" 486
7. Preisausschlag für Entnahme elektrischen Stromes	" 487
8. Antrag Lauer auf Ausdehnung der Wahlzeit für die Stadtverordnetenwahlen	" 489
9. Anfrage Frede, betreffend Teuerungszulage an die städtischen Beamten und Lehrer	" 496
10. Anfrage Steinbrecher, betreffend den Abzug des von der Stadt gewährten Kartoffelbarlehns von der Kriegsunterstützung	" 498
11. Antrag Helle, betreffend die Nachtragung in die Wählerlisten bei unerschuldet unterbliebener Anmeldung	" 499

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Heymann**, **Mohr**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtverordneten **Schmidt**, Dr. **Voge**, **Weichsel**. Außerdem fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Schulze** und **Stegmann**.

Vorsitzender Dr. Wolters: Die öffentliche Sitzung ist eröffnet.

Eingegangen ist ein Schreiben des Herrn **Major von Norman**, in dem der Herr der Bürgerschaft der Stadt Braunschweig den herzlichsten Dank des 92. Infanterie-Regiments übermittelt für all die Liebe und Anhänglichkeit, die diesem bei der Rückkehr aus dem Felde entgegengebracht wurde, für die herrliche Ausschmückung der Straßen, die Spenden des Liebesgabenausschusses und für die ganze herzliche Art des Empfangs. Der Brief schließt mit den Worten: „Seien Sie versichert, daß wir 92er diese Gefühle herzlich erwidern und unserer schönen Garnison auch im späteren Leben ein dankbares Gedenken bewahren werden.“

Sodann sind folgende Anträge und Anfragen eingegangen:

Ein dringender Antrag des Herrn **Lauer**:

„Die Stadtverordnetenwahlen sollen am 15. dieses Monats an nur einem Tage ununterbrochen innerhalb 10 Stunden vorgenommen werden. Da die meisten Stimmbezirke durchschnittlich über 2000 Wähler zählen, so müßten also in nur 600 Minuten 2000 Wähler abgefertigt werden. Durch nötig werdende Nachtragungen und alle Nachschlagungen usw. ist die gewissenhafte Durchführung fast undenkbar.“

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen, beim Arbeiter- und Soldatenrat umgehend vorstellig zu werden, daß die Wahlzeit auch noch auf den 16. Dezember ausgedehnt wird.“

Eine Anfrage des Herrn **Friede**:

„Ist der Magistrat bereit, im Anschluß an das Vorgehen der Regierung eine nochmalige Zahlung der letzten Teuerungszulage an die städtischen Beamten und Lehrer in die Wege zu leiten?“

Schließlich eine Anfrage des Herrn **Steinbrecher**:

„Ist dem Magistrat bekannt, daß den aus dem Heere entlassenen Kriegern sofort der ganze Rest ihres Kartoffelbarlehns von der Kriegsunterstützung abgezogen wird?“

1. Aenderung der Vorschriften des Wertzuwachssteuerstatuts.

Stadt v. Hartung: Bekanntlich ist von den städtischen Behörden ein neues Statut über die Wertzuwachssteuer beschlossen worden. Dieses Statut ist der derzeitigen Regierung zur Genehmigung vorgelegt, und die letztere hat unter einigen Vorbehalten ihre Genehmigung dazu erteilt. Zunächst handelt es sich um redaktionelle Aenderungen. Der § 1 lautete im Entwurf: „Soweit nicht in den nachfolgenden Bestimmungen Abweichendes vorgeschrieben ist, unterliegt jeder Wechsel des Eigentums an einem im Stadtbezirk belegenen Grundstück mit Ausnahme der Zwangsenteignung, sofern die nachstehenden Voraussetzungen zutreffen, einer besonderen Abgabe („Wertzuwachssteuer“).“ Statt dessen ist vorgeschlagen, die Abgabe genauer zu bezeichnen und zu sagen: „einer besonderen Abgabe von der Wertsteigerung („Wertzuwachssteuer“). Als Wertsteigerung gilt der Unterschied zwischen dem höheren, gegenwärtigen „Veräußerungswert“ und dem niedrigeren, für den früheren Eigentumswechsel in Betracht kommenden „Erwerbswert“. Die Steuerpflicht wird begründet durch Eintragung der Rechtsänderung in das Grundbuch oder, wenn es einer solchen zum Übergang des Eigentums nicht bedarf, durch den Vorgang, der die Rechtsänderung bewirkt.“ Es ist das nichts anderes als eine genauere Feststellung des Begriffs Wertzuwachssteuer.

Ferner soll im § 1 Nummer 1 der Schlußsatz geändert werden, und darin liegt eine Beschränkung. Nach dem Entwurf sollte die Wertzuwachssteuer gezahlt werden in jedem einzelnen Falle der Eintragung einer Rechtsänderung in das Grundbuch, soweit es einer solchen bedarf, und auch in allen Fällen des Wechsels in den Geschäftsanteilen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, sowie von solchen Vereinigungen, die gewerbsmäßig den Erwerb oder die Veräußerung von Grundstücken betreiben, und zwar insoweit, als es der Beteiligung des ausscheidenden oder hinzutretenden Gesellschafters oder Mitgliedes an der Gesellschaft entspricht; nur soweit eine derartige Grundbesitzbeteiligung nicht den Wert von 300 *M* übersteigt, sollte sie außer Betracht bleiben. Statt dieser Bestimmungen wird eine beschränkte Fassung verlangt und der Schlußsatz soll jetzt so lauten:

„Dem Wechsel des Eigentums an Grundstücken steht gleich der Übergang von Rechten an dem Vermögen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einer Kommanditgesellschaft, Gewerkschaft, eingetragenen Genossenschaft, eines eingetragenen Vereins oder einer offenen Handelsgesellschaft, soweit das Vermögen der Vereinigung aus Grundstücken besteht, wenn entweder zum Gegenstand des Unternehmens die Verwertung von Grundstücken gehört, oder wenn die Vereinigung geschaffen ist, um die Wertzuwachssteuer zu ersparen.“ Mit anderen Worten: Es soll nicht jeder Fall des Wechsels an Eigentum, der dadurch entsteht, daß jemand in

eine neue Gesellschaft eintritt oder austritt, steuerpflichtig sein, sondern in den Fällen, wenn es sich um die eben genannten Gesellschaften handelt.

Vorsigender: Wenn jemand zu den Ausführungen des Herrn Referenten etwas zu bemerken hat, so bitte ich ihn, sich zum Wort zu melden. Geschieht das nicht, so nehme ich das Einverständnis der Herren zu der vorgetragenen Änderung an.

Stadtv. Hartung (fortfahrend): In § 1, Nummer 2 heißt es: „Als Veräußerungswert gilt der gemeine Wert, welchen das Grundstück beim Übergang vom bisherigen auf den neuen Eigentümer besaß. Dieser gemeine Wert ist bei ~~Schenkungen~~ und Tauschgeschäften durchweg zugrunde zu legen.“ Hier sollen die Worte „Schenkungen und“ gestrichen werden, da Schenkungen unter Lebenden nach § 1 Nummer 1 ohnehin frei sind.

In § 2 soll wieder eine redaktionelle Änderung vorgenommen werden. Der Paragraph fängt an: „Dem Erwerbswerte . . . sind hinzuzurechnen . . .“ Statt dessen soll der Eingang lauten: „Zur Ermittlung der Wertsteigerung sind dem Erwerbswerte . . . hinzuzurechnen . . .“ Diese Änderung geschieht nur wegen der größeren Deutlichkeit des Ausdrucks.

In § 4 B heißt es: „Die Steuer wird nicht erhoben: 1. wenn der Wertzuwachs 5 v. H. nicht übersteigt; 2. bei Teilungsverträgen, welche zwischen den Teilnehmern an einer Erbschaft oder an einer ehelichen Gütergemeinschaft oder der Teilung einer sonstigen Gemeinschaft zwischen Miteigentümern abgeschlossen werden, soweit die einzelnen Beteiligten nicht mehr erhalten, als der Wert ihres bisherigen Anteils an dem zur Teilung gelangenden Eigentum betrug.“ Es wird nun verlangt, daß noch eine dritte Ausnahme gemacht wird, indem hinzugefügt wird: „3. bei dem Erwerbe der Abkömmlinge von den Eltern, Großeltern und entfernten Voreltern.“ Das entspricht dem, daß der Erwerb der Nachkommen von den Voreltern auch frei bleibt von der gesetzlichen Umsatzsteuer, so daß die Wertzuwachssteuer ebenso behandelt wird wie diese andere Steuer.

Der Magistrat hat empfohlen, sich mit diesen Änderungen einverstanden zu erklären, und die Statutenkommission, die sich mit der Sache beschäftigt hat, ist der gleichen Ansicht.

Vorsigender: Widerspruch hat sich nicht erhoben. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit den Änderungen an.

2. Bewilligung von Mitteln zur Aufnahme von Notstandsarbeiten.

Stadtv. Munte: Die schnelle Demobilmachung und das schnelle Zurückfluten unserer Truppen macht es erforderlich, daß auch seitens der Stadt für Arbeits-

gelegenheit gesorgt wird. Es ist von den Herren eine Deputation zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gewählt worden, und diese ist in mehreren Sitzungen dazu gelangt, verschiedene Vorschläge zu machen, die ich Ihnen in folgendem vortragen werde. Es können in Angriff genommen werden:

A. **H o c h b a u e n.** 1. Doppelfenster auf der Westseite des Rathhauses, wofür die Tischlerarbeiten zu rund 25 000 *M* und die Schlosserarbeiten zu 8000 *M* veranschlagt sind. 2. Malerarbeiten: Erneuerung und Anstrich von Decken und Wänden in den Schulen und anderen städtischen Gebäuden, veranschlagt zu 10 000 *M*. 3. Dachdecker- und Klempnerarbeiten (nur ausführbar, soweit Material zu beschaffen ist) rund 10 000 *M*.

B. **T i e f b a u e n.** 1. Kanalbauten. Kanalisation der projektierten Straßen 367 und 368 — 66 000 *M* (Friedenspreis 23 000 *M*). Kanalisation der Göthestraße — 36 500 *M* (Friedenspreis 10 500 *M*). Kanalisation der Straßen, auf welchen Kleinhäuser errichtet werden sollen (Hinter der Jakobikirche) und Beschaffung von Zementröhren für einige Straßen auf dem Arteröder Felde — zusammen 40 000 *M*.

2. Straßenbauten: Göthestraße 27 500 *M*, Eichthalstraße 27 000 *M*, Beschaffung von Fußwegplatten (rund 1000 qm) 6500 *M*.

Die Gesamtsumme, die für alle diese Bauten ausgesetzt ist, beläuft sich auf 256 500 *M*. Die Finanzkommission ist damit einverstanden, daß diese Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden, und bittet die Versammlung, die nötigen Gelder zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt der Bewilligung stillschweigend zu.

3. Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung von Baukostenzuschüssen.

Stadtv. **Loeschigt:** Den verehrten Herren ist aus diesem Punkte der Tagesordnung eine vervielfältigte Vorlage zugegangen, ich glaube deshalb nicht näher auf die Einzelheiten eingehen zu brauchen. Es handelt sich um die Baukostenzuschüsse für Erbauung von Kleinwohnungen, wozu das Reich 500 Millionen Mark in Aussicht genommen und zunächst die erste Rate von 100 Millionen Mark bereitgestellt hat. Die neue Reichsregierung hat diesem Beschlusse zugestimmt. In der Vorlage sind die besonders hervorzuhebenden **B e s t i m m u n g e n d e s B u n d e s r a t s** in 8 Punkten zusammengefaßt:

Vorsigender: Eine Verlesung der einzelnen Punkte ist nicht nötig; ich bitte den Herrn Berichterstatter nur zu bemerken, ob er etwas Besonderes zu erwähnen hat.

Die Punkte 1, 2, 3 und 4 ohne weitere Besprechung.

Stadtv. Voetschigt: Punkt 5 betrifft die Versicherungsfrage. Sie ist derart geordnet, daß sie durch grundbuchliche Eintragung erfolgen soll. Über die Höhe der Beilehung ist in der Kommission beschlossen: Es soll eine Berechnung des Grund und Bodens, sowie des aufgeführten Gebäudes angestellt werden und davon bis zu 90 Prozent Baukostenzuschüsse gewährt werden.

Punkt 5 ohne weitere Besprechung, ebenso auch die Punkte 6, 7 und 8.

Vorsitzender: Wir kommen nun zur Behandlung der *Ausführungsbekimmungen*, die das hiesige Volkskommissariat für das Innere und die Finanzen erlassen hat.

Ohne Besprechung, ebenso auch die sich daran anschließenden weiteren Ausführungen des Magistrats über die Gewährung von Baukostenzuschüssen.

Stadtv. Voetschigt: Der Antrag des Magistrats lautet: „An die geehrten Herren richten wir das ergebene Ersuchen, diese 200 000 *M.* zu Lasten des Kap. XIV des Ordinariums der Kammereikasse gefälligst bewilligen und zugleich die Wohnungsdeputation mit der Gewährung der Zuschüsse nach Prüfung jedes einzelnen Falles zu beauftragen.“

Am Schlusse der Vorlage hat der Magistrat ausgeführt, daß bei der Berechnung des dauernden Ertragswertes zu dem Friedenspreise vom Jahre 1914 ein der örtlichen allgemeinen Mietsteigerung entsprechender Zuschlag angenommen werden soll, der seinem Dafürhalten nach zu etwa 15 Prozent anzunehmen sei. Der Magistrat ersucht um gutachtliche Äußerung über die Höhe des Zuschlages. Diese Frage hat in der Kommissionsberatung zu Debatten geführt, da man nicht einer Meinung darüber war, ob man 10 oder 15 Prozent als Zuschlag annehmen solle. Wenn auch vom Magistrat ausgeführt ist, daß nach den angestellten Berechnungen wohl 15 Prozent anzunehmen möglich sei, so wurde doch an verschiedenen Verhältnissen klargestellt, daß die Differenz geringer sei. Es handle sich doch auch meistens nur um Zuschläge, die gemacht würden, damit die Mieten gegenüber dem Friedenspreise nicht verteuert würden. Es ergeben sich aber nur kleine Differenzen von 6—10 *M.*, die bei einer Kleinwohnung vorkommen können, so daß die Kommission zu der Überzeugung gekommen ist, Ihnen einen Zuschlag bis zu 15 Prozent zu empfehlen.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich hatte im Finanzausschuß dieses vom Herrn Berichterstatter erwähnte Bedenken, daß ein Zusatz von 15 v. H. für angemessen erklärt würde, geltendgemacht. Die Mehrheit der Kommission hat aber so beschlossen, wie der Herr Berichterstatter vorgetragen hat. Für diese Vorlage ist der Beschluß

ja auch unbedenklich, wesentlich ist aber — und deshalb habe ich mich hier zum Wort gemeldet —, daß dieser Satz von 15 Prozent für die Handlungen des Miet-einigungsamtes in keiner Weise bindend ist oder auch nur als Richtlinie oder ähnliches dienen soll.

Vorsitzender: Ich schließe die Besprechung und nehme das Einverständnis der Versammlung mit der Vorlage des Magistrats an.

4. Anschaffung von Gasmessern und Automatenkochen zum Einbau durch die Gaswerke.

Stadt v. **Frede:** In einer Sitzung der Deputation der städtischen Gaswerke hat sich herausgestellt, daß verschiedene Gegenstände zur Verfügung für die Direktion der Gaswerke angeschafft werden müssen. Der Magistrat schreibt darüber: „In der Sitzung vom 6. Dezember der Deputation zur Verwaltung der Gas- und Wasserwerke wurde auf Antrag des Oberingenieurs Kellner beschlossen, zur Deckung des Bedarfs tunlichst bald anzuschaffen:

300 Stück fünfflammige nasse Gasmesser, zum Preise von 71 <i>M</i>	
das Stück	= 21 300 <i>M</i> ,
300 Stück fünfflammige Münzgasmesser, zum Preise von 115 <i>M</i>	
das Stück	= 34 500 <i>M</i> ,
300 Stück Automatenkocher (Tische) zu 2 Flammen, zum Preise	
von 21,60 <i>M</i> das Stück	= 6 480 <i>M</i> ."

Die Gasmesser sollen von der Firma E. Elster in Berlin, die Automatenkocher von der Firma Grimme, Natalis u. Comp. hier bezogen werden. Die Stadtverordneten werden ersucht, die hierfür nötige Summe von 62 280 *M* zu Lasten des Reservefonds der Gaswerke zu bewilligen. Die Finanzkommission ist der Meinung, daß diese Bewilligung notwendig ist.

Vorsitzender: Es hat sich kein Widerspruch erhoben; ich nehme an, daß die Herren mit der Anschaffung einverstanden sind.

Eingegangen ist noch ein Antrag, unterzeichnet von mehreren Herren, an erster Stelle von Herrn *Selle*:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, zu veranlassen, daß für die nachträgliche Eintragung in die Wählerlisten auch für die Zivilpersonen Ausnahmen in Fällen unverschuldeter Unterlassung der Eintragung zugelassen werden, wie solche Ausnahmen für die Soldaten bestehen.“

5. Antwort der städtischen Behörden auf einen Antrag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Abschluß von Kollektivverträgen betreffend.

Stadtvt. Dr. **Jasper:** Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat an den Magistrat ein längeres Schreiben gerichtet, das ich Ihnen mitteilen möchte:

„Die gegenwärtige Situation Deutschlands erfordert das Zusammenarbeiten aller wirtschaftlichen Faktoren, um den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft in der Übergangsperiode zu verhindern. Die Folgen eines solchen Zusammenbruchs müßten sich für Deutschland geradezu vernichtend gestalten. Es muß also erwartet werden, daß alle Faktoren, die imstande sind, einer solchen Gefahr vorzubeugen, ihr möglichstes tun, um drohendes Unheil abzuwenden. In richtiger Erkenntnis der gegenwärtigen Lage haben sämtliche deutsche Arbeitgeber die umseitig abgedruckte Vereinbarung mit den Gewerkschaften getroffen, die von der Regierung mit unterzeichnet ist, von ihr also als im vaterländischen Interesse liegend angesehen wird. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises auf die Tatsache, daß dieselben Gründe, die die Arbeitgeberorganisationen bestimmt haben, diese freiwillige Vereinbarung mit den Gewerkschaften abzuschließen, in noch höherem Grade auch für die Stadtgemeinden Geltung haben. Das hat auch die Reichsregierung erkannt und daher am 18. November folgendes amtlich bekanntgegeben:

„Diesen Vertrag veröffentlichen wir mit dem Ersuchen an die Leiter der Reichsbetriebe, seine Bestimmungen in den von ihnen geleiteten Betrieben zu beachten. Den Leitern der Landes- und kommunalen Betriebe wird das gleiche empfohlen.“

Wir ersuchen deshalb, den Beitritt der Stadtgemeinde zu dieser Vereinbarung beschließen zu wollen.

Als sinngemäße Abänderung der Sätze 10 und 11 der Vereinbarung schlagen wir Ihnen vor, den paritätischen Zentralausschuß für die Gemeindebetriebe in der Weise zu bilden, daß Vorstandsvertreter des deutschen Städtetages gemeinsam mit Vertretern des Hauptvorstandes unseres Verbandes die in Betracht kommenden Funktionen übernehmen.

Indem wir bitten, Ihre Entscheidung binnen einer Woche nach Einlauf dieser Eingabe uns oder der mitunterzeichneten Stelle mitteilen zu wollen, zeichnen wir
hochachtungsvoll der Verbandsvorstand: R. Hedmann,
F. Meißner, Hannover, Nikolaistraße 7.“

Es handelt sich also um die Aufforderung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Vereinbarung dieses Verbandes oder der Gewerkschaftsverbände aller Richtungen mit dem Zentralunternehmerverbande beizutreten. Der Magistrat hat zunächst dieses Anschreiben gelegentlich seines Zusammenseins mit

dem Statutenausschusse mitgeteilt. Wir haben dort die Sache vorbesprochen, und dann hat der Magistrat in einer Sitzung heute vormittag Stellung zu dem Schreiben genommen und ein Antwortschreiben an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter aufgesetzt, das er uns zur Zustimmung unterbreitet.

Es wird den Herren im allgemeinen wohl gegenwärtig sein, was zwischen den Zentralunternehmerverbänden und den Arbeiterverbänden abgeschlossen ist, dennoch aber wird es besser sein, im einzelnen diese Punkte den Herren ins Gedächtnis zu rufen. Die Vereinbarungen lauten, wie folgt:

„Die großen Arbeitgeberverbände vereinbaren mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer das folgende:

1. Die Gewerkschaften werden als Berufsvertretung der Arbeiterschaft anerkannt.

2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.

3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sogenannten wirtschaftlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.

4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege innehatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung im vollen Umfange durchgeführt werden kann.

5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.

6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen.

7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt werden.

8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse resp. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

9. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verdienstminderungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.

10. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen, sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft, insbesondere der schwer Kriegsbeschädigten zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein Zentralauschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.

11. Dem Zentralauschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Betracht kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.

12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, bis auf weiteres bis zu einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten."

Der Magistrat hat, wie ich bereits berichtet habe, diese Sache beraten und bittet um Zustimmung zu folgendem an Herrn Meißner in Hannover zu sendenden Antwortschreiben, das den Herren in der Sitzung der Statutenkommission noch nicht vorgelegt werden konnte:

"Auf das am 9. d. Mts. eingegangene Schreiben, betreffs Vereinbarung mit den Gewerkschaften über Arbeitsbedingungen und Anwendung der diesbezüglichen Grundsätze bei den städtischen Betrieben, erwidern wir ergebenst, daß wir bereit sind, nach den uns mitgeteilten Grundsätzen zu verfahren, soweit das nicht bisher schon geschehen, daß wir aber einzelnen Vorschriften nicht vorbehaltlos zustimmen können. Wir bemerken in dieser Beziehung folgendes:

Zu 6. Die Löhne, die den städtischen Arbeitern gezahlt werden, sind bisher alljährlich — und in Bedarfsfällen öfter — durch eine gemischte Deputation, die aus Mitgliedern des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten besteht, festgesetzt. Die Stadtverordneten (unter denen sich auch Arbeitnehmer befinden) bilden die Mehrheit in dieser Deputation. Wenngleich sich das Verfahren bisher bewährt hat, so wollen wir gleichwohl versuchen, die Arbeitsbedingungen und somit auch die Lohnbemessung auf Antrag durch Kollektivvereinbarungen mit den „Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer“, d. h. also mit den Ausschüssen der in dem einzelnen städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter zu vereinbaren. Sollte diese Vereinbarung aber im Einzelfalle nicht gelingen und auch die Tätigkeit des Schlich-

tungsausschusses (Nummer 8) ohne Erfolg bleiben, so müßte den städtischen Behörden die Entscheidung darüber belassen bleiben, unter welchen Bedingungen sie die Arbeiter der Gemeinde beschäftigen wollen.

Wir erkennen dabei aber ohne weiteres an, daß wir es unsererseits gern sehen, wenn die Streitigkeiten und Streiks durch die vermittelnde Tätigkeit des paritätisch zusammengesetzter unparteiischen Organs verhütet werden können.

Zu 8. Da der Schlichtungsausschuß aus der gleichen Zahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern bestehen soll, so kann sich leicht bei der Beschlußfassung Stimmungleichheit ergeben. Es wird sich die Aufnahme einer Vorschrift darüber empfehlen, wie in solchen Fällen zu verfahren ist.

Zu 9. Wir haben bereits vor Eingang des oben erwähnten Schreibens der baldigen Einführung der achtstündigen Arbeitszeit zugestimmt und verhandeln zur Zeit mit der Lohndeputation über die Durchführung dieser Maßregel. In den gewerblichen städtischen Betrieben ist sie bereits durchgeführt, abgesehen von einigen Arbeiten im Betriebe der Gaswerke, für die weitere Arbeitskräfte zur Zeit angelernt werden. In den gewerblichen Betrieben ergeben sich aber hier und da Schwierigkeiten, z. B. im landwirtschaftlichen Betriebe des städtischen Rieselsguts und ebenso bei dem Betriebe des städtischen Fuhrparks, doch hoffen wir, daß eine Verständigung mit den Arbeitnehmern in der Weise gelingen wird, daß im Jahresdurchschnitt die achtstündige Arbeitszeit auch in den hier in Rede stehenden Betrieben im allgemeinen in Anwendung gebracht wird.

Zu 12. Ob es angängig sein wird, die Grundsätze auch bei der Regelung der Verhältnisse der städtischen Angestellten und insbesondere bei der Bemessung der Gehälter zur Anwendung zu bringen, erscheint uns zweifelhaft. Die Gehälter der Beamten sind und werden statutarisch festgelegt, und wenngleich die städtischen Behörden naturgemäß wünschen müssen, der Stadt durch Zahlung angemessener Gehälter einen zufriedenen Beamtenstand zu erhalten, so ist doch andererseits das Recht der städtischen Behörden, die städtische Verwaltung durch Satzungen nach eigener Überzeugung zu regeln, ein so wichtiges, daß sie auf dieses Recht zugunsten einer dritten Stelle nicht verzichten können."

Meine Herren! Wie ich bereits berichtet habe, hat der Statutenkommission dieses Schreiben noch nicht vorgelegen, und ich kann deshalb nicht namens des Ausschusses darüber berichten, aber der Statutenausschuß hat doch im wesentlichen — wie auch der Magistrat — diesen Grundsätzen zugestimmt und hat es freudig begrüßt, daß eine einheitliche Regelung in allen Fällen stattfinden soll, daß besonders auch der Städtetag als höhere Stelle für diese Regelung berufen sein soll. Was ich zu diesem Antwortschreiben sage, ist mehr eine persönliche Stellungnahme.

Sie werden zunächst aus den ersten Punkten gehört haben: Anerkennung der Gewerkschaften, Anerkennung der Koalitionsfreiheit. Das sind Dinge, die heut-

Jutage wohl selbstverständlich sind und über die man wohl weiter kaum zu reden braucht. Ebenjowenig sind Bedenken vom Magistrat oder im Ausschuß geäußert über die Stellung zu den wirtschaftsfriedlichen Verbänden, die in unseren Gemeindebetrieben keine Rolle spielen. Daß die Arbeiter unserer Betriebe, die aus dem Heeresdienste zurückkehren, in erster Linie darauf Anspruch haben, in ihre alten Stellen wieder einzurücken, das hat der Magistrat und verschiedene Deputationsmitglieder immer wieder als richtig anerkannt, und die paritätische Regelung des Arbeitsnachweises (Punkt 5 dieses Vertrages) ist auch hier im allgemeinen geltendes Recht. Die ersten fünf Punkte könnten deshalb vom Herrn Vorsitzenden wohl gleich zur gemeinschaftlichen Erörterung gestellt werden, sie werden wohl kaum zu weiteren Besprechungen Veranlassung geben, während aber die Regelung des Kollektivvertrages Anlaß zu Bedenken geben wird.

Vorsigender: Das Wort wird nicht gewünscht. Ich bitte den Herrn Referenten, fortzufahren.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Das Wesentliche des Vertrages ist, daß an Stelle des individuellen Vertrages, den die städtischen Betriebsverwaltungen oder der Stadtmagistrat als formeller Vertreter der Stadt mit den einzelnen Arbeitern schließt, der kollektive Arbeitsvertrag treten soll, und zwar möchte ich (wenn ich gleich auf das Antwortschreiben des Magistrats hinweisen darf) eine gegenteilige Meinung als der Magistrat verlautbaren. Ich halte für richtig einen Vertrag, der geschlossen werden soll nicht mit den Vertretern der Betriebsarbeiterschaft, sondern mit dem Verbande als dem Vertreter der gesamten Gemeindearbeiterschaft. Das ist wenigstens der Gedanke, den der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gehabt hat, und der auch sonst von den Verbänden immer vertreten wird, der jetzt auch die Anerkennung seitens der Unternehmerverbände gefunden hat. Es sind Vereinbarungen von Verband zu Verband. Der Magistrat ist zwar grundsätzlich kollektiven Vereinbarungen, also einheitlichen Regelungen geneigt, auch ist er einverstanden mit der Regelung in der Weise, daß paritätische Ausschüsse in irgendwelcher gruppenweisen Gliederung nach oben eingreifen sollen, schlägt aber im Gegenteil zu dem Eingreifen der Zentralverbände und dem Ersuchen des Gemeindearbeiterverbandes vor, daß dieser kollektive Arbeitsvertrag geschlossen werden soll mit den Ausschüssen der in den einzelnen städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter. Die Gliederung — das müssen die Herren sich vergegenwärtigen — ist so: Überall da, wo mehr als 50 Arbeiter beschäftigt werden, auf den Gaswerken, beim Abfuhrwesen, Marstall, Wegebauverwaltung, soll ein Arbeiterausschuß ins Leben gerufen werden, und diese untere Stelle soll wie sonst in gewerblichen Privatbetrieben gegenüber dem Arbeitgeber die Interessen der Ar-

beiter wahrnehmen und einzugreifen haben, soweit Schlichtungen von Streitigkeiten in Betracht kommen. Mit diesen Stellen glaubt man den Arbeitsvertrag schließen zu sollen. Ich glaube, daß das nicht im Sinne des Anschreibens liegt, und möchte deshalb zur Erwägung verstellen, ob es nicht richtig sein sollte, die Vereinbarung in diesen Fällen von der Gemeinde mit dem Verbande abzuschließen. Die betreffende Stelle des Magistratschreibens darf ich wiederholen: „Die Löhne, die den städtischen Arbeitern gezahlt werden, sind bisher alljährlich — in Bedarfsfällen öfter — durch eine gemischte Deputation, die aus Mitgliedern des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten besteht, festgesetzt.“ Das ist auch später noch möglich, aber nur insofern, als die Deputation die Löhne nicht einseitig festsetzt. Bei den Tarifverhandlungen müßte die Lohndeputation als beratendes und entscheidendes Organ neben dem Magistrat eintreten. Nicht der Magistrat allein bildet den Willen der Gemeinde, sondern zu dieser Willensbildung der Gemeinde gehört die Zustimmung der Lohndeputation. Sie stellt den Willen auf der einen Seite dar und verhandelt mit der anderen Seite, und diese andere Seite soll der Ausschuß der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter sein. Es würde eine Vereinbarung mit dem Verbande zu treffen sein, und ich möchte anheimgeben, daß wir in diesem Sinne die Antwort der Versammlung an den Magistrat aufsetzen: die Verhandlungen nicht mit den Betriebsausschüssen der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter als Vertragsschließenden, sondern mit den Verbänden der Gemeinde- und Staatsarbeiter hier zu führen.

Ich darf hier einschalten, daß ein inhaltlich gleiches Schreiben wie an den Magistrat bereits an den Städtetag gegangen ist. Der Städtetag hat der Stadt dieses Schreiben mitgeteilt und hat gleichzeitig berichtet, daß er an sich nicht abgeneigt wäre, in solche Verhandlungen einzutreten. „Der Herr Vorsitzende des deutschen Städtetages hat dem Verbande geantwortet, daß er seinen Antrag dem Vorstände des deutschen Städtetages durch Rundschreiben zur Beschlußfassung im Wege der schriftlichen Abstimmung unterbreitet habe, und zugleich angefragt, ob außer dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter noch andere Gewerkschaften in Frage kommen. Mit Rücksicht auf zahlreich eingehende Anfragen einzelner Mitgliedsstädte gebe ich von diesem Sachverhalt ergebenst Kenntnis.“ Besondere Abneigung gegen den Vertrag scheint also bei dem Zentralvorstand des deutschen Städtetages nicht zu bestehen.

Es würde zweckmäßig sein, bei diesem Punkte haltzumachen und sich darüber schlüssig zu werden, in welcher Form der kollektive Arbeitsvertrag, dem wir grundsätzlich zustimmen, beschlossen werden soll, ob, wie der Magistrat meint, mit den Betriebsausschüssen des einzelnen Betriebes oder mit dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter verhandelt werden soll.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Es ist zu bedauern, daß die Sache so schnell erledigt werden muß; die Eingabe ist erst vorgestern abend eingegangen. Ich habe Veranlassung genommen, sie in der Statutenkommissionsitzung vorzutragen und hielt es für richtig, da heute gerade eine Stadtverordnetenitzung stattfindet, die Sache den Herren gleich zur Kenntnis zu bringen. In dem Schreiben ist gesagt: Die Berufsvereinigungen sollen diese Verträge schließen. In der Hinsicht kann man zweifelhaft sein, ob in diesem Falle der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gemeint ist. Es handelt sich doch auch darum, was praktisch ist, und da ist es mir fraglich, ob wir dem Vorschlage des Herrn Berichterstatters folgen sollen. Ich erinnere daran, wie es im Laufe dieses Jahres gegangen ist: Wir haben mehrfach sprunghaft, von heute auf morgen, die Löhne erhöhen müssen. Wenn nun ein solcher Vertrag mit dem Verbande, dessen Obmann außerhalb wohnt, gelöst und ein neuer geschlossen werden müßte, dann ershwert das ohne Frage die Verhandlungen sehr, während in dem Falle, daß wir hier mit den Ausschüssen unserer Arbeiter die Abmachungen treffen, weit schneller eine Änderung vornehmen können. Ich gebe zu, daß sich die Änderung der Verträge auch mit dem Verbande ermöglichen ließe, nur befürchte ich, daß der Verband, wenn wir mit ihm abschließen, kaum in der Lage sein wird, für ganz Deutschland — es handelt sich hier um das ganze Reich — die Verhältnisse so genau zu kennen, daß er sagen kann: Für den und den städtischen Betrieb sind die und die Löhne in der und der Gegend am Platze. Er wird sich wieder auf seine Vertrauensleute am Orte verlassen müssen. Es ist also zu befürchten, daß es dahin kommen wird, daß der Verband die Sache schablonenmäßig erledigt und nicht fragt: „Was ist die Arbeit für die einzelne Stadt wert?“, sondern nur: „Was erfordert der Lebensunterhalt der Arbeiter?“ und ähnliche Grundsätze. Das würde ich nicht für richtig halten. Wenn Sie unsere Lohnliste durchsehen, finden Sie eine große Reichhaltigkeit von Lohnsätzen. Ich habe schon bedacht, ob man das nicht vereinfachen könnte. Wenn man aber berücksichtigt, in welcher verschiedenen Weise wir die Personen in unseren Betrieben beschäftigen, teilweise als einfache Handarbeiter, dann wieder als qualifizierte Arbeiter, die höher besoldet werden müssen, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß einheitliche Lohnsätze nicht möglich sind. Da ein Unterschied gemacht werden muß, so möchte ich der Ansicht Ausdruck geben, daß die Lohndeputation zu einer sachlichen Beurteilung viel besser in der Lage ist als ein auswärts stehender Verband. Wenn unsere Arbeiter in den einzelnen Gruppen durch ihre Ausschüsse erklären, daß sie mit den von der Lohndeputation zugebilligten Sätzen zufrieden sind, dann bleibe ich lieber bei unserer Lohndeputation, als daß ich mit einem fremden Verbande und seiner Leitung verhandeln soll, die ich nicht kenne. Ich möchte doch bitten, zu überlegen, ob unser Vorschlag nicht der richtige ist.

Stadtb. Besemeier: Ich hege nicht die Befürchtung, die der Herr Oberbürgermeister gegen den Vorschlag, den kollektiven Arbeitsvertrag mit den Gewerkschaften abzuschließen, vorgebracht hat. Der Herr Oberbürgermeister meinte, es sei zu befürchten, daß bei den Lohnbestimmungen schablonenhaft verfahren würde, und das sei um so weniger angebracht, als wir die verschiedensten Arten von Berufs- und sonstigen Arbeiten in unseren städtischen Betrieben zu verrichten hätten. Ich halte es für durchaus nicht schwieriger, auf diese Unterschiede einzugehen, auch, wenn die Verhandlungen zwischen dem Stadtverbande und dem Verbande der Gemeindearbeiter stattfinden, denn auch heute schon ist die verschiedene Art der Beurteilung der Arbeit durch die Lohndeputation ausgeführt und den verschiedenen Arbeitern der entsprechende Lohn zugewiesen. Also eine Grundlage für die Verhandlungen mit dem Verbande ist von vornherein gegeben, auf der nur weitergearbeitet zu werden braucht. Der Verband erstreckt sich über ganz Deutschland und ist in Gaue eingeteilt. Die verschiedenen Gauvorsitzenden, so auch der in Hannover, sind ganz genau über alle Gemeindeinteressen und alle Gemeindearbeiten unterrichtet; die Leute sind also tatsächlich sachverständig gerade in der Frage der Gemeindearbeit und der Entschädigung dafür. Den Einwand, daß man mit den eigenen, bekannten Personen besser verhandeln könne als mit fremden Personen, die die Sachlage nicht genügend kennen und nicht sachverständig genug sind, kann ich nicht anerkennen. Ein ähnlicher Einwand ist auch schon früher gemacht und wird häufig auch jetzt noch von den Unternehmern vorgebracht — das wissen verschiedene der Herren ganz genau. Es wurde gesagt: Wir verhandeln nur mit unseren Leuten, mit Fremden haben wir nichts zu tun. Dieser Einwand wird in der Folge immer weniger stichhaltig, immer mehr hinfällig, indem der Verband die Verhandlungen übernimmt. In der Zustimmung zu den ersten Punkten erkennt der Magistrat die Gewerkschaften ohne weiteres an, und der Magistrat befindet sich in derselben Lage wie jede Unternehmerorganisation. Die Gewerkschaft wird anerkannt werden müssen, und wenn das geschieht, dann muß man auch dazu übergehen, zu sagen: Dann haben wir selbstverständlich auch mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Es ist nicht damit getan, daß man zugesteht, daß die Arbeiter organisiert sein dürfen, sondern die Folge davon ist, daß man auch mit der Organisation, die anerkannt ist, verhandelt. Es wäre eine Inkonssequenz, wenn wir anders handeln wollten. Ich stehe deshalb auf dem Standpunkte, den Herr Dr. Jasper vertreten hat, daß die Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Verbande stattfinden müssen. Der Herr Oberbürgermeister wird dabei auch die Erfahrung machen, daß es dabei nicht anders zugehen wird als bei den Verhandlungen zwischen den einzelnen Betriebsausschüssen und dem Magistrat, resp. der Lohndeputation; es wird genau so sachgemäß und sachkundig verhandelt werden, als wenn das den einzelnen Ausschüssen überlassen bleibt. Wir werden mit der neuen Einrichtung einen Streitpunkt aus

der Welt schaffen, der sonst zweifellos immer wiederkehren wird, denn es ist eine allgemeine Forderung der organisierten Arbeiterschaft, daß mit den Organisationen der Arbeiter kollektive Arbeitsverträge abgeschlossen werden. Ich bitte zu beschließen, daß die Abstimmung in dem Städtetage dahingehend erfolgt, daß der kollektive Arbeitsvertrag zwischen Stadt und Verband geregelt wird.

Vorsitzender: Ich möchte anregen, zu überlegen, ob es nicht ratsam ist, die Vorteile der beiden Vorschläge zu verbinden: es wird zunächst mit den Arbeiterausschüssen verhandelt, aber vorbehaltlich der nachfolgenden Genehmigung des Berufsverbandes. Dann wäre der Vorteil der Schnelligkeit des Entschlusses, wie auch der endgültige Einfluß des Berufsverbandes gewahrt.

Stadtv. Genzen: Es scheint sich beim Magistrat um eine prinzipielle Frage zu handeln. Einleitend erkennt der Magistrat die Organisation an, sagt dann aber: Aus praktischen Gründen will ich lieber mit meinen Arbeitern verhandeln. Weiter meint der Magistrat, daß die Verschiedenheit der Arbeit und der Arbeitsgelegenheit mehr zum Ausdruck gebracht werden müsse. Wie sieht es denn aber in der Praxis aus? In Wirklichkeit sind auch die städtischen Arbeiter nicht ausgeschaltet bei dieser Bewegung. Es ist zwar richtig, daß der Zentralverband in Berlin nicht so genau orientiert sein kann, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen hier in Braunschweig liegen, aber Herr Wesemeier hat schon erklärt, daß das Reich in bezug auf den Verband in Gauen eingeteilt ist, daß hier der Gau Hannover in Frage kommt, wo der Gauvorsitzende seinen Sitz hat. Nun wird der selbstverständlich, wenn über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Gemeinden verhandelt werden soll, sich an seine Zahlstelle in Braunschweig wenden und den Vorsitzenden und die Verwaltungsmitglieder dort zur Mitarbeit heranziehen. So ist es nach der technischen Seite der Verhandlungen genau dasselbe wie früher: die Gemeindearbeiter werden genau so zum Worte kommen, nur daß der Verband als Bevollmächtigter der Gemeindearbeiter auftreten würde. Die Bestrebungen, daß von Organisation zu Organisation verhandelt werden soll, und daß der Einzelbetrieb dabei ausgeschaltet, bestehen schon jahrelang. Die Fabrikanten haben immer den Standpunkt des „Herrn im Hause“ vertreten, die Arbeiter haben bei diesem Standpunkte immer schlecht abgeschnitten. In meiner Organisation stehen wir seit Jahren mit den Konservenfabrikanten in einem Tarifverhältnisse, dieser ist von Jahr zu Jahr erneuert worden, ohne daß die einzelnen Faktoren jeder Seite herangezogen sind. Genau so wird es auch hier sein, wenn der Gemeindearbeiterverband mit der Gemeinde Braunschweig einen Vertrag abschließt. Natürlich werden bei den Festsetzungen die Arbeiter zur Mitarbeit herangezogen und geben ihre Zustimmung ab. Ich stehe prinzipiell auf dem Stand-

punkte, daß das, was seitens der Arbeiterschaft seit Jahren als richtig erkannt ist, auch das einzig Richtige ist.

Oberbürgermeister Metemeyer: Was mich besonders zweifelhaft macht, ist folgendes: Es mag durchaus richtig sein, daß bei Berufsvereinigungen für gleichartige Arbeiter das Verfahren, das die Herren empfehlen, am Platze ist. Man kann meiner Ansicht nach sehr wohl sagen: „Die Metallindustriellen müssen im allgemeinen — aber auch gegliedert nach den Orten — die und die Löhne zahlen, und die Holzarbeiter, die Zimmerer, die Maurer haben folgende Lohnsätze.“ Bei uns aber liegt die Sache anders. Es handelt sich bei uns nicht um Berufsarbeiter nur einer bestimmten Gruppe, sondern um Arbeiter aller möglichen Gruppen, die nur insofern vereinigt sind, als sie einen einzigen Arbeitgeber haben. Wie ist es in den großen landwirtschaftlichen Betrieben, die Nebenbetriebe unterhalten? Da sind die verschiedenen Arbeiter in verschiedenen Organisationen; hier aber soll alles zusammengeworfen werden. Wenn die Herren es in dem Sinne des Verbandes versuchen wollen, so will ich ihnen die Entscheidung überlassen. Wie denken Sie sich aber die praktische Durchführung? Nehmen wir an, wir hätten heute mit dem Verbands der Gemeindearbeiter einen solchen Kollektivvertrag abgeschlossen und morgen kämen unsere Arbeiter von der Straßenreinigung oder vom Marstall und sagen: „Wir können mit unseren Lohnsätzen nicht auskommen.“ Soll sich der Magistrat dann erst an den Verband wenden, damit der Vertrag geändert wird? Da ist es doch einfacher, wenn wir die Sache der Lohndeputation vorlegen. Die Arbeit mit dem Verbands e r s c h w e r t das Verfahren, davon bin ich überzeugt.

Stadtv. Diedmann: Auch mich können die Ausführungen der Herren Wesemeier und Genzen nicht überzeugen. Ich verstehe beispielsweise nicht, wie eine Gewerkschaft, die in Bremen oder Hamburg ihren Sitz hat, wissen soll, was für Schmerzen die Leute hier haben. Das wissen die Hiesigen jedenfalls besser, als die dort. Außerdem sind die Lebensverhältnisse in den einzelnen Städten ganz verschieden, und dann muß man auch einen Unterschied machen zwischen dem einen und anderen Arbeiter. Sie scheeren alles über einen Kamm; der Tüchtige soll genau so viel verdienen wie der andere. Das halte ich für verkehrt. In der Beziehung weiß die Kommission am Orte die Leute besser zu beurteilen als ein derartiger Zusammenschluß, den sie in einer fremden Stadt haben. Sie reden immer davon, daß die Leute stundenweise bezahlt werden sollen. Dann muß man doch aber einen Unterschied machen zwischen den Personen. Der eine verdient, in der Stunde mehr Lohn zu erhalten als der andere; wenn ich von meinem Betriebe spreche, so gibt es Leute, die für das Frühstück zu teuer sind und die trotzdem 1,75 M für die Stunde erhalten. Solche Leute arbeiten zu teuer, und es ist nötig, daß darin ein Unterschied gemacht wird.

Stadtv. **Wejemeier:** Aus den Ausführungen des Herrn Diedmann geht hervor, daß er über die Frage der Gewerkschaftsbewegung sehr wenig unterrichtet ist. Er fragt: Wie kann ein Mann in Bremen über die Braunschweiger Verhältnisse unterrichtet sein? Die Sache ist so, daß die Organisationen hier am Orte selbst ihre Vertreter haben. Es käme aber bei diesen Verhandlungen nicht der eine Verband allein in Frage, sondern für die Neustadtmühle miteinander der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband, für das Rieselgut der Landarbeiterverband usw., also die verschiedensten Arten der Verbände. Der Oberbürgermeister wird sich bald in diese Sache hineinfinden. Wir sind damit vertraut, haben es gewissermaßen im kleinen Finger sitzen, so daß wir jeden Augenblick Auskunft geben können. Sie aber sind nicht darüber unterrichtet, denn Sie haben sich nie damit befaßt, und so begreife ich, daß Sie im unklaren sind, wie sich die Sache entwickeln und sich regeln lassen wird. Es sind aber eine Reihe Herren hier, besonders aus den Kreisen der Industriellen, die ungefähr wissen, wie die Sache liegt. Auch der Herr Oberbürgermeister hat schon gesagt, für die Bauarbeiter sei die Regelung klar. Es gibt auch eine ganze Anzahl Arbeiter in Deutschland, deren Arbeitsvertrag für ganz Deutschland kollektiv geregelt ist: Bauarbeiter, Buchdrucker, Steindrucker, Lithographen, Lederarbeiter, Zimmerer und andere. Es ist erst in den letzten Monaten vor Beendigung des Krieges — Herr Kraus ist davon unterrichtet — auch in Braunschweig vor dem Schlichtungsausschuß zur Sprache gekommen, ob die Gewerkschaft oder die eigene Belegschaft bei den Verhandlungen in Frage käme. Die Metallindustriellen hier stellen sich auf den Standpunkt: „Wir haben nur mit unseren Arbeiterausschüssen zu verhandeln“, während in Magdeburg mit dem Verbandsverbande verhandelt wurde. Also in so nahe beieinanderliegenden Ortschaften wurde die Frage verschieden behandelt; die hiesigen Metallindustriellen erklärten: „Es ist nicht möglich, so zu verfahren“, und in Magdeburg ist es längst eingeführt. Aber dazu wird es auch hier ohne weiteres kommen; darüber besteht für mich kein Zweifel, daß in allernächster Zeit zwischen den Metallindustriellen und der Gewerkschaftsorganisation die Frage erledigt wird. Ich sagte schon, daß auch hier die verschiedenen Verbände in Betracht kommen, so daß die einzelnen Gruppierungen der Arbeiter tatsächlich von sachverständiger Seite vertreten und die Verträge von durchaus sachkundiger Seite geregelt werden würden.

Nun wies der Herr Oberbürgermeister darauf hin, daß wir während der Kriegszeit in schneller Aufeinanderfolge Neuregulierungen der Löhne haben vornehmen müssen, und meinte, es wäre nicht möglich, das mit den Verbänden zu machen. Das ist aber doch möglich, denn die Verbände haben hier ihre Ortsvertretungen, so daß solche Sachen ohne weiteres genau so schnell erledigt werden können wie mit den Arbeiterausschüssen. Ich glaube doch, es wird sich gar nicht

umgehen lassen, daß diese Frage der kollektiven Arbeitsverträge durch die Stadt und die Organisation geregelt werden muß.

Oberbürgermeister Metemeyer: Daß die Sache so geht, habe ich anerkannt. Ich habe nur gesagt, es werde eine Erschwerung eintreten. Nun bin ich wohl bisher nicht recht im Bilde gewesen. Ich habe auch Herrn Dr. Jasper so verstanden, daß der Vertrag mit dem Verbande abgeschlossen wird. Das Schreiben ist nicht so klar gefaßt — es mag sein, daß Herr Wesemeier recht hat, weil in dem Schreiben „Berufsvereinigungen“ steht und nicht der Verband als solcher für den Abschluß des kollektiven Arbeitsvertrages in Frage kommt. Wenn man das Schreiben durchliest, muß man zu der Ansicht kommen, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter möchte das in die Hand nehmen, was bei den Gewerbebetrieben die Berufsvereinigungen besorgen. Man könnte z. B. annehmen, es sollen nicht die Müller der Berufsvereinigung der Müller zugewiesen werden, sondern der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wolle den Kollektivarbeitsvertrag abschließen. Der eine der Herren nickt und der andere schüttelt mit dem Kopfe. Ich möchte anheimgen, daß wir die Sache zu klären versuchen. Sollten wirklich nur Berufsvereinigungen in Frage kommen, mit denen wir abschließen sollen, dann würden wir nicht einen Vertrag abzuschließen haben, sondern ein halbes Schock davon. Weiter frage ich: Was wird aus den städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen, die nicht in die Berufsvereinigungen eingeschlossen sind, z. B. mit den Reinemachefrauen im Rathaus? Welcher Berufsvereinigung würden sie angehören? So können sich auch noch andere Arbeitergruppen ergeben, die einer Berufsvereinigung nicht angehören. Sollen wir mit denen selbstständig verhandeln? Deshalb glaube ich, es ist beabsichtigt, daß der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter unser Gegenkontrahent sein will, und das würde ich dann auch vorziehen. Sollte es nicht richtig sein, daß wir das Schreiben erst einmal so absenden, wie es gefaßt ist, vielleicht andeuten, was der Herr Vorsitzende vorgeschlagen hat, und abwarten, was die Herren antworten werden? Es braucht doch die Sache nicht von heute auf morgen erledigt zu werden, wie ich mir auch nicht denken kann, daß sie in allen deutschen Städten in acht Tagen erledigt sein wird. Wir sind bereit, in allen Dingen entgegenzukommen, um die leidigen Lohnstreitigkeiten aus der Welt zu bringen, aber wir müssen klare Verhältnisse schaffen und müssen wissen, was wir zu tun haben.

Stadtv. Ohlendorf: Es ist richtig, daß die Frage geklärt werden muß. Daß Zweifel entstehen, liegt daran, daß die Sache für einen Teil der Herren neu ist, an und für sich aber ist die Sache klar. Bezüglich der Berufsorganisation für die städtischen Arbeiter liegt die Sache so, daß, wie für ganz Deutschland ein Metall-

arbeiterverband existiert, es auch für das ganze Gebiet einen Gemeinde- und Staatsarbeiterverband gibt, und darin sind alle in den städtischen Betrieben Arbeitenden eingeschlossen, gleichviel ob sie Müller, Gasarbeiter oder sonst etwas sind. In den übrigen Betrieben stellt sich auch der Herr Oberbürgermeister die Sache schwieriger vor, als sie ist. Wenn das Abkommen schon früher bestanden hätte, würde sich die Deputation für die Gas- und Wasserwerke viele Sitzungen gespart haben. Wie oft haben wir uns mit den einzelnen Gruppen wegen der Lehnerhöhung beschäftigen müssen, während sonst eine bis zwei Sitzungen nötig gewesen wären. Es gibt kein besseres Beispiel für diese Sache, als wenn man sich die Verhältnisse in der Buchdruckerbranche vor Augen führt. Dort wird zentralistisch verhandelt, und die einzelnen Orte sind prozentisch festgelegt. Das ist eine sehr einfache Sache, und ich möchte Sie bitten, einer gleichen Regelung ruhig zuzustimmen. Allerdings ist es richtig, daß es nicht nötig ist, daß die Regelung innerhalb acht Tagen geschieht; aber ich bin auch fest überzeugt, daß wir in kurzer Zeit dem Antrage einhellig zustimmen werden.

Vorsitzender: Eben einen Beschluß zu fassen, ist unmöglich oder doch schwierig. Der Magistrat hat in seinem Schreiben gebeten, zuzustimmen, daß mit den Ausschüssen aus den einzelnen städtischen Betrieben verhandelt werden soll, die Herren Jasper und Ohlendorf sagen, die Stadt sei der eine Kontrahent und ihr Gegenkontrahent möchte der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband sein, die Herren Genzen und Wesemeier sind der Ansicht, es sollen die Verbände der einzelnen Berufsvereinigungen für den Abschluß des Arbeitsvertrages in Frage kommen. Das sind verschiedene Möglichkeiten, und darüber müßte abgestimmt werden, wenn die Herren nicht sagen, daß ein Verfahren eingeschlagen wird, in dem vorbehaltlich der späteren Einigung mit dem Verbande mit den Arbeiterausschüssen verhandelt wird.

Herr Wesemeier wünscht das Wort zum dritten Male. Ich nehme die Zustimmung der Versammlung dazu an, daß Herrn Wesemeier das Wort nochmals erteilt wird.

Stadtv. Wesemeier: Im Prinzip ist das, was Herr Dr. Jasper gesagt hat, dasselbe, was ich gewünscht habe. Die Neustadtmühle zum Beispiel ist ein städtischer Betrieb, bei dem der Brauer- und Mühlenarbeiterverband zuständig ist und die Verhandlungen leiten würde. Das ist nichts anderes als das, was Herr Dr. Jasper gesagt hat.

Vorsitzender: Ich darf eine Aufklärung vom Herrn Oberbürgermeister erbitten: Wie ist in anderen Städten in dieser Beziehung verfahren? Liegt schon

ein Vorgang durch andere Städte vor? (Wird verneint.) Dann ist die Beschlußfassung um so schwieriger.

Stadtv. Riefe: Warum ist der Versammlung diese Sache fremd? Ich weiß, daß schon vor Jahren eine Zentralstelle für Gemeindearbeiter bestand; ich habe selbst in der Sache vermittelt, und der Herr Vorsitzende aus Hannover ist hier gewesen. Auch Gas- und Wasserleitungsarbeiter waren Mitglieder dieser Vereinigung, aber sie mußten sich verstecken mit ihrer Mitgliedschaft; der Magistrat durfte es nicht wissen. Heute liegt die Sache anders. Uns als Vertretern der Arbeiter ist die Sache durchaus nicht fremd, denn wir haben uns in diesem Milieu seit 30–40 Jahren bewegt und die Vereinigung mit ausbauen helfen. Wenn Ihnen die Sache erst so geläufig ist, wie sie uns ist, so möchte ich darauf wetten, daß Sie Bereitwilligkeit zeigen, auf diese Vorschläge des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes einzugehen, denn dann werden Sie einsehen, daß so die Sache am besten und einfachsten zu machen ist. Wie hat es in der Lohndeputation gegangen? Wenn wir kaum die Löhne festgesetzt hatten, dann konnte man nicht mehr durchfinden, weil die Ofenarbeiter und die verschiedenen anderen Arten der Arbeiter verschieden behandelt wurden. Schließlich hat uns der Direktor des Gaswerks erklärt, er könne keine Arbeiter für seinen Betrieb mehr finden. Und da waren wir gezwungen, die Löhne zu erhöhen. Geschieht die Festsetzung auf der Grundlage, daß von der Gemeindebehörde mit der Arbeiterorganisation verhandelt wird, dann läßt sich die Sache viel einfacher erledigen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich möchte Herrn Riefe bitten, mir zu sagen, weshalb Herr Meißner usw. sich vor dem Magistrat hätten verstecken müssen. (Zuruf: Nein, die Mitglieder der Vereinigung.) Ich frage Herrn Riefe: Haben wir uns jemals darüber mißbilligend ausgesprochen? (Zuruf: Herr von Feilitzsch!) Sie sagten eben, der Magistrat habe eine solche Stellung eingenommen. Im übrigen wäre ich sehr gern mit Herrn Meißner direkt in Verhandlung getreten, er hat aber, soweit ich mich erinnere, immer nur schriftlich mit uns verhandelt.

Stadtv. Kraus: Die Angelegenheit ist nicht so einfach, wie die Herren, die mit dem gewerkschaftlichen Leben nicht so vertraut sind, sich vorstellen. Ich will nur einmal folgenden Fall konstruieren: Nehmen wir an, wir hätten die Straßenbahn verstadtllicht und hätten eine Reparaturwerkstätte eingerichtet, in der eine große Anzahl von Metallarbeitern beschäftigt ist. Diese können nun einer freien Gewerkschaft oder einer Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaft angehören. Gehört nun diese Gruppe der Gewerkschaften wieder der Gemeindearbeiterzentrale in Berlin an? Das ist noch lange nicht gesagt! Solange wir darüber keine Feststellung haben, daß die gesamten Arbeiter der Gemeinde, beziehungsweise die über-

wiegende Mehrzahl derselben dem Berliner Verbande angehören und seiner Leitung unterstehen, solange können wir praktisch einen solchen Antrag, wie ihn Herr Dr. Jasper gestellt hat, nicht annehmen. Es gibt auch hierbei vermittelnde Vorschläge, die sowohl dem Bedenken des Herrn Oberbürgermeisters wie auch den anderen Herren gerecht werden. Man kann doch sehr wohl sagen, daß der Magistrat bzw. die Lohndeputation mit dem betreffenden Arbeiterausschuß verhandelt oder auf dessen Wunsch mit der von diesem Arbeiterausschuß zu bezeichnenden gewerkschaftlichen Zentralinstanz. Damit ist das erreicht, was die gewerkschaftlich gerichteten Herren wünschen, und andererseits kann man dadurch den übergangsschwierigkeiten gerecht werden. Ich glaube, daß man nicht nötig hat, das Ganze in drei Fragen zu zerlegen, denn mit meinem Vorschlage erfassen wir alle Gelegenheiten. Ich wiederhole: Es ist mit dem Arbeiterausschuße zu verhandeln bzw., wenn er so gewerkschaftlich organisiert ist, daß er für die Mehrzahl der Vertretenen glaubt sprechen zu können, mit der von diesem Arbeiterausschuß gewünschten gewerkschaftlichen Zentralinstanz. Das kann in dem einen Falle die Hirsch-Dunkersche Gewerkschaft sein oder in dem anderen Falle — was die Herren drüben annehmen — der Metallarbeiterverband. Gegen diesen Entwurf läßt sich wohl kaum etwas sagen, jedenfalls ist er praktisch.

Stadtv. Genzen: Wenn Herr Kraus so spricht, so verstehe ich das wohl, denn seine Gruppe hat sich am meisten geweigert, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. In der Praxis aber stellt sich die Sache anders dar, als es Herr Kraus hinstellt. Ich erinnere wieder an unseren Vertrag mit den Konservenfabrikanten. Herr Munte wird mir bestätigen: Seit 1906 leben wir mit den Herren in Tarifgemeinschaft; auch die kleinste Lohnangelegenheit wird von Organisation zu Organisation verhandelt. Dabei scheiden die Arbeiter des einzelnen Betriebes aus und ebenso der Arbeitgeber des Einzelbetriebes, Herr Munte wird mir recht geben, wenn ich sage, daß das auf beiden Seiten in zufriedenstellender Weise geschehen ist. Ich glaube nicht, daß die Herren den Zustand von früher zurückwünschen. Die Löhne sind dadurch höher geworden, aber trotzdem haben sich die Fabrikanten dabei besser gestanden. Wenn Herr Direktor Kraus sagt, es seien nicht alle Metallarbeiter an die freien Gewerkschaften angeschlossen, so sieht es in der Praxis ganz anders aus, denn auf hundert in freien Gewerkschaften organisierte Arbeiter kommt in Braunschweig höchstens $\frac{1}{2}$ Hirsch-Dunkerscher — mehr ist es nicht. Wenn aber in anderen Orten oder Betrieben die Zahl der Hirsch-Dunkerschen stärker ist, so werden die Leute von dieser Seite bei den Verhandlungen mit herangezogen. Es ist ein besonderer Beschluß unserer Verbandstage usw., daß in Betrieben, wo andere Organisationen dominieren, sie an den Verhandlungen beteiligt werden; sie haben sich allerdings der Majorität zu fügen.

Wenn man jetzt noch auf dem Standpunkte steht, mit dem Lohnausschuß der eigenen Leute zu verhandeln, so hätte ich das verstehen können, wenn Sie das vier Wochen vor der Revolution erklärt hätten. Wenn Sie aber heute noch nicht aufgewacht sind, dann bedaure ich das, denn heute müßte man annehmen und verlangen, daß Sie anderer Ansicht sind. Heute scheidet der einzelne Mensch aus. Wenn Sie eine Belegschaft von tausend Arbeitern haben und wollen mit ihrem Ausschuß verhandeln, so ist das nicht dasselbe, als wenn Sie mit der Organisation als solcher verhandeln. Die Arbeiter haben der Organisation den Auftrag gegeben, sie stehen dahinter, und die Organisation hat die Macht, das, was sie mit den Arbeitgebern vereinbart hat, in die Tat umzusetzen, wenigstens in den allermeisten Fällen. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, daß es richtiger ist, wenn der Magistrat seine Zurückhaltung fallen läßt und sich bereit erklärt, von Organisation zu Organisation zu verhandeln. Wenn die Neustadtmühle und ähnliches angeführt wird, so sind das Grenzstreitigkeiten, um die sich der Magistrat nicht zu kümmern braucht. Ich bin der Meinung, daß der Müllerverband in diesem Falle zuständig ist und nicht der Gemeindearbeiterverband. Aber das zu entscheiden, überlassen Sie ruhig nur denen, die der Organisation angehören; das ist nebensächlich.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Auf den Einwand des Herrn Dieckmann will ich nicht eingehen; er ist wohl in der heutigen Zeit kaum ernst zu nehmen. Anders verhält es sich mit dem Einwand des Herrn Kraus, aber ich glaube, praktisch ist auch der Einwand nicht erheblich, wie das Herr Genzen schon ausgeführt hat. Er fällt um so weniger ins Gewicht, weil die Zentralvereinigung, die die Grundlage unserer heutigen Vereinbarung bildet, nicht nur von der Zentralkommission der freien Gewerkschaften geschlossen worden ist, sondern gleichfalls auch von den anderen zentral organisierten Gewerkschaften. Auch der Hirsch-Dunker'sche Zentralverband und der christliche Verband haben diese zentralen Abmachungen gutgeheißen.

Die Bedenken des Herrn Oberbürgermeisters halte ich auch nicht für stichhaltig; sie sind zum Teil schon von Herrn Genzen und Herrn Wesemeier widerlegt. Ich wünsche auch nicht, daß die Lohndeputation ausgeschaltet wird, sie hat nur eine andere Aufgabe. Sie soll, wie bisher, mitwirken bei der Willensbildung der Stadt, aber nicht soll dieser Wille ohne weiteres maßgebend sein, sondern der Wille kommt nur zum Ausdruck in den Vertragsverhandlungen mit der Gegenseite, über deren Zusammensetzung wir uns heute unterhalten haben. Es wird durchaus die Sachkunde der Lohndeputation dem Magistrat weiterhin zur Seite stehen, nur fragt es sich, mit wem der Vertrag geschlossen werden soll, und da läßt sich nach der heutigen Auseinandersetzung nicht leugnen, daß das Magistrats-

antwortschreiben widerspruchsvoll lautet, wenn es in demselben heißt: „Wir wollen versuchen, die Arbeitsbedingungen und somit auch die Lohnbemessung auf Antrag durch kollektive Vereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer, d. h. also mit den Ausschüssen der in den einzelnen städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter zu vereinbaren.“ Diese Berufsvereinigungen und die Ausschüsse sind zwei verschiedene Sachen; das ist wohl jedem klar geworden. Es fragt sich, mit welcher Seite verhandelt werden soll, mit dem Ausschuß oder mit einer Berufsvereinigung, und da ist nicht zu verkennen, daß die Sache nicht so völlig klar liegt, wie es wünschenswert ist, und zwar deshalb, weil Streitigkeiten bestehen, weil von einer Reihe von Zentralverbänden die Betriebsgemeinschaft angestrebt wird in der Weise, daß alle in einer gewissen Betriebsart tätigen Arbeiter in dieser Berufsorganisation tätig sein müssen, alle Metallarbeiter in dem Metallarbeiterverbande, alle in der Holzbranche Tätigen in dem Holzarbeiterverbande organisiert sein sollen. Darüber sind zentrale Vereinbarungen getroffen, und zwar, soweit ich unterrichtet bin, dahin gehend, daß für die ständig in Gemeindebetrieben tätigen Arbeiter die Organisation des Gemeindearbeiterverbandes zuständig ist, so daß ich von vornherein den Standpunkt vertreten habe, abzuschließen mit der Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Das Prinzip der Einteilung ist ein anderes; bei dem Gemeindearbeiterverbande soll die Art des Arbeitgebers — ob er ein Privater, eine Gemeinde oder ein Staat ist — das Entscheidende sein, während bei den anderen Verbänden die Art des gewerblichen Vorganges entscheiden soll, nämlich ob in der Hauptsache Holz, Metall oder sonst etwas bearbeitet wird. Die Gemeinden und der Staat haben sowohl Holz und Metall, wie auch Nahrungsmittel zu bearbeiten, und dadurch kommen die verschiedenen Reibungen unter den Verbänden, die in der Praxis sich aber schiedlich friedlich haben lösen lassen, jedenfalls in Braunschweig nicht zu Schwierigkeiten mit der christlichen oder Hirsch-Dunferschen Organisation führen würden. Ich glaube deshalb, daß die Bedenken des Herrn Oberbürgermeisters hinfällig sind.

Es würde sich nun fragen, ob nicht der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden oder des Herrn Kraus die praktische Lösung sei. Es sind vier Vorschläge gemacht. Zunächst der Vorschlag des Magistrats, zu sagen: Wir wollen die Kollektivvereinbarungen mit den Betriebsausschüssen der städtischen Arbeiter treffen, und Herr Dr. Wolters wünscht hierzu die Ergänzung, daß man sagt: Die Betriebsausschüsse der städtischen Arbeiter vorbehaltlich der Genehmigung der Berufsvereinigung. Ähnlich wünscht Herr Kraus die Magistratsvorlage zu ergänzen, indem hinzugefügt wird: Oder auf Wunsch des Ausschusses mit der von diesem gewünschten Berufsvereinigung, während ich schlechterdings vorschlage, zu sagen: Die Berufsvereinigung der Arbeitnehmer ohne weiteres, alles andere ist auszuschneiden.

Vorsitzender: Aber, wenn ich das einschalten darf, die Berufsvereinigung der Gemeinde- und Staatsarbeiter; das ist die Unterscheidung von dem Antrage des Herrn Wesemeier.

Stadtv. Dr. **Jasper** (fortfahrend): Ich will mich nicht festlegen auf den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, denn die Fassung des Magistratsantwortschreibens geht dahin, daß gesagt wird „mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer“, und zwar im Anschluß an das Anschreiben des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Das würde ich für die Praxis für ausreichend halten; es wird sich ein gangbarer Weg finden, so daß Unterabstimmungen kaum nötig sein werden. Ich würde bitten, bei der Abstimmung meinen Antrag als den weitestgehenden voranzustellen.

Vorsitzender: Die Anträge Jasper und Wesemeier sind jetzt vereinigt, wenn Herr Wesemeier einverstanden ist.

Stadtv. Dr. **Jasper** (fortfahrend): Dann würde der Antrag des Herrn Kraus kommen, der einschaltet: Die Berufsvereinigung dann, wenn der Ausschuß es will, während Herr Dr. Wolters die Berufsvereinigung bei der ersten Verhandlung ausschalten und nur deren Genehmigung vorbehalten sehen will. — Der Herr Oberbürgermeister hat noch vorgebracht, daß der Magistrat eine Lohnerhöhung müsse vornehmen können, wenn sie notwendig wird. Das ist doch aber selbstverständlich möglich; jede Lohnverbesserung wird der Berufsverband gern gutheißen, eine Verschlechterung allerdings würde, da tarifliche Vereinbarungen entgegenstehen, unliebsame Folgen haben.

Vorsitzender: Der weitestgehende Antrag, nämlich der, der sich vom Magistratsantrage am weitesten entfernt, ist der Antrag Jasper und Wesemeier. Er geht dahin, daß die Vertragsschließenden die Gemeinden und Berufsvereinigungen sind, gleichviel ob die Arbeiter dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter angehören oder nicht. Der zweite ist der Antrag Kraus und die dritte Möglichkeit ist die, wie sie der Magistrat in seinem Schreiben ausdrückt, eine unmittelbare Verhandlung mit den Arbeiterausschüssen der städtischen Betriebe. Wenn die Herren wünschen, könnte meine Anregung auch noch mit in Frage kommen.

Ich bitte diejenigen Herren, die dem vereinigten Antrage der Herren Dr. Jasper und Wesemeier zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Stadtv. Dr. **Jasper:** In Ziffer 8, die über paritätisch zusammengesetzte Schlichtungsausschüsse resp. Einigungsämter spricht, wünscht der Magistrat eine Bestimmung darüber, wer den Vorsitz führen soll, was wichtig ist, wenn sich bei Abstimmungen des Schlichtungsausschusses Stimmengleichheit ergibt. Es ist sachgemäß, hierfür einen vertragsmäßigen Ausweg zu finden, und die Herren werden keine Bedenken gegen das Antwortschreiben in diesem Punkte haben.

Die Ziffer 9 betrifft den Achtstundentag. Der diesen Punkt betreffende Teil der Magistratsantwort ist mehr eine Berichterstattung über das, was in dieser Sache hier schon geschehen ist. Die Sache liegt so, daß der Achtstundentag durch Landesgesetz vorgesehen und zum größten Teil schon eingeführt ist, daß aber einzelne Schwierigkeiten entstanden sind, die nicht restlos durch die Ausschüsse haben geregelt werden können, aber wohl in Kürze geregelt werden.

Punkt 10 und 11 sehen die Errichtung eines von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gebildeten Zentralausschusses auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau vor. Der Magistrat hat keine Bedenken dagegen, und auch wir werden keine Bedenken dagegen haben, wenn wir später gewissermaßen als Unternehmer organisiert sind. Dagegen könnten Bedenken auftreten gegen Punkt 12 des Anschreibens, der darauf abzielt, daß die getroffenen Vereinbarungen sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten sollen. Der Magistrat wünscht zu antworten, daß das schlecht zu ermöglichen sei, weil die Gehälter der Angestellten durch Statut, Satzungen usw. geregelt würden, und dabei ließen sich keine dem hier vorliegenden Verträge ähnliche Vereinbarungen treffen. Ich halte diesen Einwand nicht für durchschlagend, denn die Aufstellung von Statuten ist nur eine besondere Form des Willensausdrucks der städtischen Stellen. Genügt es im einfachen Lohnverträge mit dem Arbeiter, zu sagen: „Wir beschließen dies und halten es für unsere Arbeiter im Betriebe und für unsere Betriebsleiter für bindend“, so ist es bei den Beamten anders; dort wird es durch Satzungen ausgedrückt. Wir würden uns demnächst durch den Tarifvertrag verpflichten müssen, eine Satzung zu erlassen. Das ist möglich, wenn es selbstverständlich auch schwieriger ist als bei den Verträgen mit den Arbeitern. Ich sehe aber die Schwierigkeit auf einer anderen Seite, denn ich bin mir nicht klar, wie das Schreiben des Verbandes in der Hinsicht gemeint ist, ob unter den Angestellten auch die Gemeindebeamten und Lehrer verstanden sein sollen. Die Lehrer haben eine Berufsvereinigung, ebenso auch unsere Gemeindebeamten, und ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Gemeindebeamten und Lehrer genau so gut, wie es bei den Arbeitern jetzt durchgeführt werden soll,

ihre Wünsche durch kollektive Abkommen verwirklichen lassen. Es könnte allerdings möglich sein, daß nur gemeint ist, die nicht-angestellten Beamten durch diese Forderung zu treffen. Wir haben ja eine Menge solcher Personen im städtischen Dienste, die sich nicht zu den Arbeitern rechnen, wenn sie auch eine proletarischere Existenz haben als diese, z. B. die meisten Damen, die nur aus- hilfsweise während des Krieges angenommen sind. Ich glaube, wir würden uns nichts vergeben, wenn wir den Magistrat ersuchten, eine sinngemäße Anwendung der Vereinbarung mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverbände auch auf die Verhältnisse der Angestellten zu treffen. Es würde dann auf die Berufsvereinigungen der Beamten und Lehrer ankommen, ob sie sich genug rühren können und Einfluß genug haben, um beim Magistrat einen günstigen kollektiven Vertrag durchzusetzen. Ich glaube, Punkt 12 des Antwortschreibens kann ohne weiteres fallen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Der Verband hat in seinem Schreiben auch diese Anregung gegeben, und dagegen haben wir die angeführten Bedenken. Wenn die städtischen Behörden mit einem Verbands der Angestellten ein Abkommen treffen, bestimmte Gehaltsätze zu zahlen, so kann man das selbstverständlich nachher auch statutarisch festsetzen. Aber die Sache liegt insofern anders als bei den Arbeitern, als der Erlaß einer neuen Satzung der höheren Genehmigung bedarf, was bei den Lohn tariffsätzen nicht der Fall ist, und auch insofern, als manche Sachen in Frage kommen, bei denen die Vorschriften des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes nicht passen, z. B. der Achtfundentag. Ich erinnere an die Magistratsmitglieder. Es kommen häufig Tage vor, an denen wir mehr als acht Stunden arbeiten. Wenn Sie Ihre Sitzungen ausdehnen, kommen wir mit acht Stunden nicht aus. Es lassen sich diese Sachen nicht alle über einen Kamm scheren. Soviel ich weiß, hat sich ein Verband der Angestellten gebildet, und offen gesagt, meine ich: Dieser Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter könnte wohl den anderen Verbänden den Vortritt lassen und abwarten, welche Anträge die bei uns stellen. Insofern hat Herr Dr. Jasper recht, wenn er sagt, man könnte über diese Anregung leichter hinweggehen.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die Herren damit einverstanden sind, wie die Sache zuletzt vorgetragen ist.

Ebenso nehme ich das Einverständnis der Versammlung an mit dem Ganzen, wie es im Laufe der Beratung beschlossen ist.

6. Verpachtung eines Theiles des Französischen Feldes und des Prinz-Albrecht-Parkes zur Einrichtung von Schrebergärten.

Stadtth. **Loeschigt:** Es ist ein Übersichtsplan hier ausgehängt über das Französische Feld und den Prinz-Albrecht-Park. Die weißen Felder dort sind vorgesehen, zur Einrichtung von Schrebergärten abgegeben zu werden. Der Magistrat schreibt darüber: „Die einzelnen Schrebergärten sollen eine Größe von $\frac{1}{2}$ Morgen erhalten; ein Pachtpreis von 10 *M* dürfte angemessen sein unter der Voraussetzung, daß die Pächter die Flächen selbst umgraben. Die beiden Diagonalwege sollen bestehen bleiben.“ Es handelt sich hier um 134 Parzellen.

Ferner bittet der Magistrat, davon Kenntnis zu nehmen, daß das hiesige Volkskommissariat für das Innere und die Finanzen sich auf seine Anregung damit einverstanden erklärt hat, daß die auf dem Plane kenntlich gemachte Fläche des Prinz-Albrecht-Parkes durch seine Vermittlung ebenfalls zu Kleingärten aufgeteilt und verpachtet wird. Der Erlös ist vom Magistrat an die Kasse des Prinz-Albrecht-Parkes, also an das frühere Hofmarschallamt, abzuführen, die Stadt übernimmt in diesem Falle nur die Auftheilung und die Vermittlung der Verpachtung.

Die Finanzkommission hat die Vorlage geprüft und gibt durch mich Genehmigung anheim.

Stadtth. **Wesemeier:** Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob vom Magistrat betreffs der Ländereien des Großen Exerzierplatzes etwas unternommen ist. Ich glaube, daß der Große Exerzierplatz in der nächsten Zeit nicht so benutzt werden wird, wie es vorher der Fall gewesen ist, und so wird es möglich sein, dort erhebliche Ländereien für die Einwohner der Stadt nutzbar zu machen. Es wird auch deswegen an die Garnisonverwaltung herangetreten werden müssen, und zwar bald, denn jetzt ist die Zeit zum Umpflügen. Jedenfalls haben wir es groß nötig, daß diese Ländereien nutzbringend verwendet werden.

Stadtthaurat **Gebensleben:** Wir haben uns schon vor längerer Zeit an das Garnisonkommando mit dem Ersuchen gewandt, wieder zu genehmigen, daß Flächen vom Großen Exerzierplatze an die hiesigen Einwohner verpachtet werden, und haben eine zustimmende Erklärung darüber bekommen. Allerdings sollten einige Flächen von der Verpachtung ausgeschaltet werden. Ich will gern der Anregung des Herrn Wesemeier folgen und noch einmal anfragen, ob nicht auch noch andere Flächen, die bisher für unsere Einwohner nicht nutzbar gemacht sind, uns zur Verfügung gestellt werden können.

Ich möchte bei der Gelegenheit noch mitteilen, daß wir uns auch an die stellvertretende Intendantur in Hannover gewandt haben mit dem Ersuchen, uns

Flächen vom Flugplatz zur Verfügung zu stellen, da der Magistrat der Überzeugung ist, daß auch diese Flächen im vollen Umfange in den nächsten Jahren nicht gebraucht werden. Eine Antwort haben wir auf unsere Anfrage noch nicht erhalten.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der vorgeschlagenen Verpachtung an.

7. Preisaufschlag für Entnahme elektrischen Stromes.

Stadtv. **Loeschigt**: Das Elektrizitätswerk der Straßeneisenbahngesellschaft in Braunschweig hat dem Magistrat die Mitteilung gemacht, daß die Kohlenversorgung des Werkes in letzter Zeit Schwierigkeiten macht, und daß zu befürchten ist, daß erhebliche Störungen in der Elektrizitätsversorgung der Stadt Braunschweig eintreten, wenn nicht täglich 200 Tonnen Kohlen angeliefert werden. In der Woche vom 1. bis 7. Dezember hat das Elektrizitätswerk aber nur 691 Tonnen bekommen, was durch die augenblicklich mangelhaften Transportverhältnisse auf der Staatsbahn sich erklärt. Wenn aber die Anfuhr durch Benutzung der Schöninger Bahn stattfinden könnte, so würden sich die Übelstände beheben lassen. Nun ist aber augenblicklich eine Gleisverbindung zwischen der Grube und dem nächsten Bahnhofe der Braunschweig-Schöninger Bahn in Hötensleben noch nicht hergestellt, und deshalb müßten die Kohlen durch Lastautomobile dorthin geschafft werden. Durch diese Beförderung und die nötig werdende Umladung erwachsen nicht unerhebliche Kosten im Betrage von täglich 400—500 M. Das Elektrizitätswerk erklärt durch Herrn Lehmann, daß es diese Kosten nicht tragen könne, und schlägt deshalb vor, daß zur Vermeidung der Einstellung der Lieferung von Kraftstrom und später event. auch des Stromes für Licht die Stadt genehmigen möchte, daß die Kosten für den Lastwagenverkehr auf den Preis für verbrauchten Kraft- und Lichtstrom prozentual aufgeschlagen werden. Es wird sich vielleicht um einen Aufschlag von 15 Prozent handeln, und das wäre nicht zu teuer, wenn man bedenkt, daß dadurch verhütet wird, daß wir mit einem Male kein elektrisches Licht und keine elektrische Kraft für den Betrieb der Industrie mehr hätten. Wenn deswegen die Arbeit eingestellt werden müßte, dann würde noch weniger Arbeitsgelegenheit vorhanden sein als jetzt, und der Schaden wäre unendlich groß.

Die Finanzkommission hat sich gestern intensiv mit der Sache befaßt und ist zu der Überzeugung gekommen, daß man, da das Elektrizitätswerk seit Jahren keine Überschüsse, sondern eine Unterbilanz gehabt hat, entgegenkommen müsse, solange die Kohlenversorgung in dieser Weise nötig ist. Die Herren wissen auch,

daß die städtischen Behörden den Tarif für Abgabe von elektrischem Strom nicht erhöht haben, und zwar aus dem Grunde, da die Stadtverwaltung mit dem Lichtwerk in Verhandlungen steht, um das Werk zu erwerben. Auf jeden Fall müssen wir aber vermeiden, in die Verlegenheit zu kommen, daß die Stadt ohne elektrischen Strom für Kraft und Licht ist. Ich gebe deshalb namens der Finanzkommission anheim, den Magistratsantrag anzunehmen, der folgendermaßen lautet: Zuzustimmen, daß die durch den Lastkraftwagenbetrieb erwachsenden Mehrkosten in ihrer wirklichen (nachweisbaren) Höhe nachträglich auf die Rechnungen der Stromabnehmer aufgeschlagen werden.

Stadtv. Wesemeier: Diese Erhöhung des Strompreises ist ja außerordentlich schmerzlich für die Bevölkerung. Wie wir eben vom Herrn Referenten gehört haben, handelt es sich um die Beförderung der Kohlen von der Grube nach der Bahn in Hötensleben. Soweit ich von der Örtlichkeit Kenntnis habe, ist das keine weite Entfernung, vielleicht nur 800 m. Ich möchte einmal anfragen, ob es da nicht möglich wäre, ein Eisenbahngleis zu legen, denn wir werden noch monatelang mit der Möglichkeit zu rechnen haben, daß die Wagen der Staatsbahn knapp sind. Ich glaube kaum, daß es große Schwierigkeiten machen könnte, ein Anschlußgleis dort zu legen, event. müßte man das Eisenbahnregiment in Anspruch nehmen. Ich möchte anfragen, ob in der Richtung schon etwas geschehen ist.

Stadtbaurat Gebensleben: Es ist schon seit längerer Zeit geplant, ein Anschlußgleis von der Grube „Viktoria“ nach dem Bahnhofe Hötensleben der Braunschweig-Schöninger Eisenbahn herzurichten, und es hat eine Besichtigung stattgefunden, an der auch zwei Volkskommissare teilgenommen haben. Man ist dabei zu der Überzeugung gekommen, daß ein derartiges Anschlußgleis sich ausführen läßt, allerdings sind noch gewisse Schwierigkeiten, die seitens der preussischen Eisenbahnverwaltung gemacht werden, zu überwinden, aber man ist dabei, sie aus dem Wege zu räumen. Für den Bau des Anschlußgleises muß erst ein größerer Einschnitt hergerichtet werden, und das wird eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Die Schwierigkeiten, von denen der Herr Referent gesprochen hat, sind aber sofort zu überwinden, und aus diesem Grunde soll der Automobilverkehr schleunigst eingerichtet und so lange aufrechterhalten werden, bis dieses Anschlußgleis hergestellt sein wird.

Vorsitzender: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit der Magistratsvorlage an.

8. Antrag Lauer auf Ausdehnung der Wahlzeit für die Stadtverordnetenwahlen.

Stadtv. **Lauer** (zur Begründung): Meine Herren. Selbstverständlich haben wir alle das größte Interesse daran, daß die bevorstehende Stadtverordnetenwahl am nächsten Sonntage korrekt verläuft. Prüft man indessen die maßgebenden diesbezüglichen Bestimmungen, wie gewählt werden soll, dann werden einem Bedenken und Zweifel aufsteigen, ob die Wahl regelrecht durchzuführen ist. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die große Zahl der Wähler aus der Damenwelt in der Betätigung dieses Wahlrechts recht unerfahren ist, daß es sich zum Teil um Wähler von dem 20. Lebensjahre ab handelt, und daß der betreffende Wahlvorsteher mit allen möglichen Fragen zahlreich behelligt werden wird. Solche Ablenkungen dürften nicht eintreten, wenn nach der Berechnung — die richtig sein wird — in der Minute drei Wähler abzufertigen sind. Die ganzen Parteiverhältnisse in Braunschweig liegen gegenwärtig so, daß ohne weiteres eine gewaltige Kraftanstrengung der verschiedenen Parteien zu erwarten ist, so daß wahrscheinlich eine ganz außerordentliche Wahlbeteiligung, die ich auf 80—90 Prozent schätze, sich ergeben wird. Das sind Gründe, die für eine richtige Vorbereitung zur genauen Durchführung der Wahl sprechen. Es wäre zu bedauern, wenn durch einen Fehler, der durch ungenügende Organisation entstehen kann, die ganze Wahlhandlung in der Stadt Braunschweig hinfällig würde. Damit nicht genug: es trifft zu, daß der Wahlvorstand bis zur letzten Minute des Wahltages selbst noch Anmeldungen zur Wählerliste entgegennehmen soll von solchen Wählern, die nachträglich in die Liste einzurubrizieren sind. Ich hatte gestern auf dem Rathause zu tun und erfuhr, daß in diese Nachtragslisten auf dem Rathause, soweit die Nachträge schon vorgenommen sind, diese Nachträge so geschehen sind, daß die Namen, wie sie gemeldet wurden, durcheinander eingeschrieben sind, ohne daß sie weiter eingeteilt sind. Man muß sich vergegenwärtigen: der Wahlvorsteher soll also, wenn er einen Namen sucht, von der ersten bis zur letzten Zeile die Nachtragsliste durchsehen, bis er einen Namen gefunden hat. Die diesbezügliche Bestimmung bestand noch gestern abend; ob der Stadtmagistrat noch eine Änderung eintreten läßt, weiß ich nicht. Es muß dabei erwähnt werden, daß den Magistrat ein Vorwurf deswegen allerdings nicht treffen kann, denn er konnte nicht ahnen, daß die Zahl der Nachmeldungen so hoch sein würde. In meinem Bezirke — und das ist bezeichnend — beträgt die Zahl der Nachmeldungen, soweit sie allein auf dem Rathause vorgenommen sind, 200. Wenn man nun weiter bedenkt, daß dieser Wahl eine Liste zugrunde liegt, die bereits $1\frac{1}{2}$ Monate alt ist, nämlich die Nahrungsmittelliste, die am 3. November dieses Jahres aufgenommen wurde, so steht fest, daß in dieser verhältnismäßig

langen Zeit, gerade in dieser Zeit, aus besonderen Gründen viele Einwohner abgewandert sind. Diese sind in den Listen nicht gestrichen, können auch nicht mehr gestrichen werden, aber für den Wahlvorstand ist das ein weiterer Grund, besonders, wenn er sein Amt gewissenhaft ausführen will, darauf zu achten, daß ein Mißbrauch des Wahlrechts auch nach der Richtung nicht vorgenommen wird. Früher haben wir zu den Stadtverordnetenwahlen an zwei Tagen gewählt, und ich kann nicht einsehen, daß diesmal, wo eine außergewöhnlich große Wahlbeteiligung eintreten wird, die Wahl an einem Tage beendet werden soll. Es wäre meiner Meinung nach richtig, um die ganze Wahlhandlung nicht zu gefährden, wenn noch jetzt versucht würde, die Wahlzeit auch auf den 16. Dezember auszu dehnen, und zwar so — wir kommen ja jetzt in die Zeit des Achsstundentages —, daß an beiden Tagen in je acht Stunden diese umfangreiche Wahlhandlung erledigt wird. Unter diesen Verhältnissen könnte man ohne weiteres die Garantie übernehmen, daß die Wahl in korrekter Weise stattfinden wird. Was soll z. B. werden, wenn sich die Wähler in einigen Bezirken in der Zeit von 6—7 Uhr so sammeln, daß sie zu vielen Hunderten vor der Tür stehen und nicht mehr abgefertigt werden können? Am Sonntag braucht man eine besondere Freistunde sich nicht zu holen, und die Beteiligung wird bestimmt eine ungemein lebhafte sein. Was sollen die Wahlvorsteher bei starkem Andrang machen, denn die Übersicht im Wahllokal geht dann vielleicht verloren. Nach 2 Uhr soll kein Wähler zum Wählen mehr ins Lokal hineingelassen werden, wie überhaupt Nichtwähler in dem Raume nichts zu suchen haben. Die Möglichkeit, daß nach dieser Richtung hin verstoßen wird, liegt gar zu nahe, und durch den Wahlvorsteher wird eine Verantwortung, daß solche Versehen nicht vorkommen, kaum zu übernehmen möglich sein. Es liegt im Interesse aller Wähler, wenn wir den Stadtmagistrat bitten, bei dem Arbeiter- und Soldatenrat vorstellig zu werden, die Wahlzeit auf zwei Tage, auf je acht Stunden am 15. und 16. Dezember d. J., auszudehnen.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die Versammlung bereit ist, sofort in die Beratung des Antrages einzutreten.

Stadtrat von Franckenberg: Ich kann es sehr wohl verstehen, wie der Herr Stadtverordnete Lauer bei der gewaltigen Menge der Wähler und Wählerinnen, mit der man diesmal bei der Stadtverordnetenwahl rechnen muß, gewisse Bedenken hat, aber der Stadtmagistrat seinerseits hat dieser Tatsache nicht mit verschränkten Armen gegenübergestanden — wie das Herr Lauer schon angedeutet hat —, sondern wir haben, abweichend von dem Verfahren bei den Stadtverordnetenwahlen früherer Zeiten, bei denen wir immer nur 4 Wahlbezirke

nach der Weise der Doppeltordistrikte in der Stadt eingerichtet hatten, diesmal 48 verschiedene Stimmbezirke geschaffen, und das will schon etwas sagen, auch wenn ich damit rechne, daß wir mit einer ungefähren Wählerzahl von 84 000 zu rechnen haben (Anfang dieser Woche waren es 80 500), so daß ungefähr 1750 Wähler auf jeden Bezirk kommen. Das bringt bei 10 Stunden Wahlzeit in der Stunde 175, oder in der Minute annähernd 3 Wähler. Nun bitte ich Sie, sich zu vergegenwärtigen, wie sich die Wahlhandlung abwickeln wird. Zunächst ist bei dieser Zahl damit gerechnet, daß 100 Prozent der Wähler ihr Wahlrecht ausüben werden, und davon kann doch nach den früheren Erfahrungen, selbst wenn man auf eine ganz außerordentlich starke Beteiligung rechnet, nicht operiert werden. Selbst bei den Wahlen mit der bisherigen stärksten Beteiligung sind nur ungefähr 90 Prozent zur Wahl erschienen, es würden darnach in der Stunde nicht 175, sondern nur 150—160 abzufertigen sein. Weiter bitte ich, sich zu vergegenwärtigen, daß wir in den Listen die Sache außerordentlich bequem vorbereitet haben. Wir haben die Straßen nach dem Alphabete geordnet und innerhalb der Straßen die Namen der Wähler selbstverständlich nach den Nummern der Häuser. Wir haben auch nicht den Fehler gemacht, den Herr Lauer befürchtet, daß wir die nachgetragenen Wähler kunterbunt wie Kraut und Rüben, wie uns die Namen gerade angemeldet sind, aufgeführt haben, sondern auf meine Anordnung hin nach der Reihenfolge der betreffenden Straßen des Bezirks alphabetisch geordnet. Es ist in Vorbereitung, daß bestimmt wird, daß einer der Beisitzer die Nachtragsliste zur Hand nimmt, während der Wahlvorstand, ein anderer Beisitzer oder der Protokollführer die Hauptliste zur Hand hat. Es kann durch eine Pressenotiz den Wählern noch mitgeteilt werden, daß diejenigen, die nachgetragen sind, sich an denjenigen wenden, bei dem das Schild „Nachtragsliste“ zu finden ist. Während der Zeit können wieder andere, die in der Hauptliste stehen, abgefertigt werden. Dann wollen Sie bitte beachten, daß in dem Falle, daß ganze Familien — Vater, Mutter, Sohn und Tochter — zusammen zur Wahl erscheinen, diese Personen Schlag auf Schlag abgefertigt werden, und ich bin überzeugt, daß man in solchen Fällen mit viel kürzerer Zeit als $\frac{1}{2}$ Minute für eine Person auskommen wird, und das gleicht den Zeitverlust aus bei denjenigen, wo die Abgabe des Wahlzettels mehr Zeit in Anspruch nimmt. Auch ich habe mit in Wahlsachen unerfahrenen Damen schon gerechnet, und Herr Lauer hat vielleicht die „zehn Gebote für Wähler bei der Stadtverordnetenwahl“ gelesen. Ich darf wohl hier verraten, daß ich mir erlaubt habe, diese zehn Gebote aus meiner Feder fließen zu lassen, um allen Wählern eindringlich vor Augen zu stellen, worauf es bei der Wahl ankommt und worauf es nicht ankommt. Da steht z. B.: „Frage den Wahlvorstand nicht, wen du wählen sollst; er kann und darf dir darüber keine Ratschläge geben, denn das Gesetz hat dich mündig ge-

sprochen, und du sollst selbst urteilen und wählen". Ich bin fest überzeugt, daß unsere Wahlvorsteher solch wetterfeste und pflichtgetreue Männer sind, daß sie sich auch durch die Fragen junger Damen nicht von ihrer Pflicht ablenken lassen, sondern nur ihre Obliegenheiten erfüllen werden.

Im übrigen würde es das Ergebnis der Wahl nicht sichern, sondern eher gefährden, wenn wir noch im letzten Augenblicke einen zweiten Tag für die Wahl vom Arbeiter- und Soldatenrat oder vom zuständigen Volkskommissar loslösen wollten. Ich bin zwar nicht in der Lage, mir den Kopf des Herrn Dertter über einen derartigen Antrag zerbrechen zu müssen, aber wir würden in eine schwere Lage kommen, wenn wir dem Antrage entsprechen müßten, da die Besetzung des Amtes des Wahlvorstehers und seiner Beisitzer für den zweiten Tag uns Schwierigkeiten machte. Ich habe die Wahlvorsteher aus allen möglichen Gruppen der Bevölkerung genommen, z. B. Lehrer, Handwerker, Geschäftsleute usw., und kann Gewähr dafür nicht übernehmen, daß diese Wahlvorsteher, denen ich für Übernahme dieses Amtes dankbar bin, am Montag dieses Geschäft fortsetzen wollen oder können. Die Herren haben ihren Beruf und Geschäftskreis, können vielleicht am zweiten Tage nicht abkommen, und jetzt noch im letzten Augenblicke auf die Suche nach Wahlvorstehern und Beisitzern für 48 Wahlbezirke zu gehen, die Verantwortung würde ich bei aller Bereitwilligkeit, den Wünschen der geehrten Herren entgegenzukommen, nicht übernehmen können.

Die Wahl ist nicht dazu da, um gemütlich in vollen Zügen die Wonne des Wählens viertelstundenlang auszukosten, sondern die Wahl ist ähnlich so, als wenn man einen Brief in den Kasten steckt; das macht man rasch und ohne Umstände. Ich möchte freundlichst bitten, den Antrag als schätzbares Material, als Aufforderung an die Wähler und Wählerinnen zu betrachten, ihre Wahl rasch und glatt abzuwickeln, und nicht dem Wahlvorsteher sein Amt zu erschweren.

Ich habe nun aber noch eine Sicherheitsbande, wie der Billardspieler sagt, eingeschaltet, indem wir die Bestimmung getroffen haben: Wenn am Schlusse der Wahlzeit, 7 Uhr abends, noch Wähler im Wahlraum vorhanden sind, die nicht abgefertigt sind, so sollen sie noch das Recht haben, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Der Wahlvorsteher wird das in der Weise bewerkstelligen können, daß er kurz vor 7 Uhr alle diejenigen, die anwesend sind und noch nicht gewählt haben, auf die Seite treten läßt und sich einen Überblick sichert, daß niemand weiter auf diese Seite hinübertreten kann, und von dort aus die Wähler an den Wahlstisch herantreten läßt. Diese 48 Wahlvorsteher sind so praktische Leute, daß ich glaube, wir können sie getrost ihrem Schicksal überlassen.

Stadtv. Ohlendorf: Die Bedenken, die Herr Lauer geäußert hat, bestehen nicht nur bei ihm, sondern auch ich habe sie, und eine ganze Reihe von solchen,

die bei der Wahl beschäftigt sind, teilen sie. Ich muß sagen: Es ist gefährlich, diese Wahl an dem einen Tage vornehmen zu lassen. Ich erinnere mich an eine Wahl — ich glaube, es war eine Angestelltenwahl —, die im Unionssaale stattfand und wiederholt werden mußte, weil sie damals nicht ausgeführt werden konnte. Herr Stadtrat von Frankenberg sagt, zum Schluß der Wahlzeit werde es so gemacht werden, daß diejenigen, die noch nicht an die Reihe gekommen sind, zur Seite treten und von dort an den Tisch herankommen sollten. Aber unsere Wahllokale sind, soweit ich sie kenne, in ihrem Raume sehr beschränkt, und so kann ich mir denken, daß kurz vor Schluß der Wahlzeit noch Wähler vor dem Wahllokale stehen und Einlaß begehren. Ich glaube das Bedenken äußern zu müssen, daß unter Umständen, da jeder und auch wir alle den Wunsch haben, daß jeder, der das Wahlrecht hat, auch seine Stimme abgeben soll, eine Erregung entstehen kann, wie sie damals entstanden war, und dadurch die Wahl in den Brunnen fällt. Allerdings gebe ich die Richtigkeit des Bedenkens, das Herr Stadtrat von Frankenberg angeführt hat, zu. Es ist eine unangenehme Aufgabe, für zwei Tage Wahlvorsteher und Beisitzer zu schaffen; aber dann möchte ich vorschlagen, daß die Wahlzeit wenigstens noch um eine Stunde länger ausgedehnt wird. Es liegt uns am Herzen, daß die Wahl ordnungsmäßig vor sich geht und jeder Gelegenheit hat, seine Stimme abzugeben. Die Zahl der Wähler ist so groß, daß Befürchtungen deswegen nicht von der Hand zu weisen sind. Es ist nun einmal die Angewohnheit einer großen Zahl von Wählern, die Stimmabgabe auf die letzte Stunde hinauszuschieben.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte darauf hinweisen, daß in den zehn Geboten besonders darauf hingewiesen ist, daß es zweckmäßig ist, möglichst frühzeitig vom Wahlrecht Gebrauch zu machen, und das ist keine unbillige Forderung. Auch Herr Ohlendorf rechnet damit, daß es Stunden gibt, in denen die Wahl-tätigkeit flauer ausgeübt wird. Am Sonntag, wo jeder über seine Zeit verfügen kann, wird es sich leicht einrichten lassen, daß jeder frühzeitig zur Wahl geht. So sehr ich verstehe, daß die geehrten Herren jedem in ausgiebigster Weise sein Recht sichern wollen, so bin ich doch der Ansicht, daß eine Änderung im letzten Augen-blicke die Sache noch schwieriger gestalten würde.

Stadtv. Steinbrecher: Wenn das eintreten sollte, was Herr Stadtv. Ohlen-dorf anführte, dann müßte es als eine Rücksichtslosigkeit gegenüber der ganzen Organisation bezeichnet werden. Es muß darauf hingewirkt werden, daß die-jenigen, die die Gewohnheit haben, am Sonntagnachmittag erst spazierenzu-gehen und nachher zu wählen, es diesmal umgekehrt machen, erst wählen und dann spazierengehen. So, wie bei der Angestelltenwahl, wird es diesmal nicht

kommen, weil tatsächlich die Leute bei Abgabe ihrer Stimme nicht viel Zeit gebrauchen werden. Es finden sich doch auch Familien, in denen 3, 4 oder gar 6 Familienmitglieder wahlberechtigt sind, und deren Abfertigung wird schnell vor sich gehen. (Zuruf: Sie kommen nicht alle immer zusammen.) Zum größten Teil ist doch anzunehmen, daß der Vater mit den beiden Söhnen oder die Mutter mit den Töchtern zusammen zur Wahl erscheint. Ich glaube nicht, daß die Verlegung der Wahl auf zwei Tage praktisch erscheint, ich würde dagegen sein. Ich möchte aber bitten, daß in den Blättern noch einmal darauf hingewiesen wird, wie rücksichtslos diejenigen handeln, die erst in den letzten Stunden zur Wahl kommen.

Stadtv. Munte: Sicherlich hat dieser Antrag des Herrn Lauer viel für sich, und ich kann mich nur schwer hineindenken, daß alles glücklich vorstatten geht. Ich bin öfter bei den Reichstags- und Stadtverordnetenwahlen Wahlvorsteher gewesen und weiß, wie anstrengend die Sache ist. Wenn ausgerechnet ist, daß in der Minute drei Personen abgefertigt werden müssen, dank bedeutet das, daß der Wahlvorsteher und der Protokollführer ununterbrochen von 9—7 Uhr arbeiten, und das ist eine große Anstrengung. Sodann glaube ich auch, daß nicht alle Leute gleichmäßig kommen, daß vielmehr viertelstundenlange Pausen eintreten werden und nachher die Arbeit zu groß werden wird. Andererseits glaube ich aber auch, daß es jetzt für die Festlegung eines zweiten Wahltages zu spät ist, daß die Herren, die als Wahlvorsteher und Beisitzer berufen sind, am Montag nicht abkommen können. Wir müssen jetzt, so gut es geht, durchzukommen suchen. Ich mache noch darauf aufmerksam, daß in dem Falle, daß am 16. noch gewählt wird, diejenigen noch nachgetragen werden müßten, die am 16. Dezember 20 Jahre alt werden — das könnten sie beanspruchen. Gerade diese werden gern kommen und werden sagen: Ich habe heute Geburtstag, werde 20 Jahre und wünsche nachgetragen zu werden. Man könnte ihnen dann ja gleich gratulieren, aber auch durch diese Nachtragungen würden weitere Schwierigkeiten entstehen.

Stadtv. Frede: Wir stehen vor etwas Neuem; es ist möglich, daß Herr Stadtrat von Frankenberg recht behält, es ist aber auch möglich, daß Herrn Lauers Befürchtungen richtig sind. Sicher scheint mir aber, daß der Wahlleifer diesmal außerordentlich groß ist, und daß wir mit einer Wahlbeteiligung von nur 80 bis 90 Prozent zu rechnen haben, möchte ich bezweifeln. Auch ist zu bedenken, daß — wie schon Herr Munte gesagt hat — der Besuch des Wahllokals nicht gleichmäßig sein wird, daß auch einmal eine flaute Zeit kommt, wo nur wenig Wähler erscheinen, und die damit verlorene Zeit ist nicht wieder einzuholen. Nun sind aber auch die Bedenken, die Herr Stadtrat von Frankenberg

gegen einen zweiten Wahltag vorgebracht hat, ganz erheblich. Ich möchte deshalb vorschlagen, eine Stunde in der Wahlzeit zuzulegen; damit könnten wir viel erreichen. (Zuruf: Zwei Stunden!) Zwei Stunden ist wohl zuviel; ich denke, mit einer Stunde mehr ist es wohl zu machen. Ich möchte das beantragen haben.

Stadtv. Genzen: Ich bin der Meinung, daß wir als Wahlzeit die Stunden von 8 bis 8 Uhr nehmen. Ich denke noch an die Wahl im Englischen Hof. Ich glaube, es war Herr Stadtrat Wagner, der Reißaus nehmen mußte, denn alle Tische wurden durch den Andrang von der Stelle gerückt, und überall ging es kopfüber. Es ist nicht unmöglich, daß es diesmal wieder so kommt. Wenn es auch um 8 Uhr noch dunkel ist (Zuruf: Auch am Abend ist es dunkel.), so glaube ich doch, daß manche Wähler schon der Wahl wegen auch am Sonntag einmal eine Stunde früher aufstehen. Der Andrang wird natürlich um 8 Uhr morgens nirgend groß sein, aber eine ganze Menge Wähler sind dann um 9 Uhr schon abgefertigt. Wenn Herr Munte sagte, es sei eine anstrengende Arbeit, die sich über die 10 Stunden verteile, so kann es schon gemüthlicher werden, wenn wir 12 Stunden dafür ansetzen. Ich möchte den Antrag stellen, die Wahl von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends auszu dehnen.

Stadtrat von Franckenberg: Wenn der zuständige Volkskommissar eine Aus-schreibung abweichend von der schon erlassenen Bekanntmachung zuläßt, dann würde es höchst wahrscheinlich sein, daß sich die Mitteilung darüber in den Tages-blättern erst für den Sonnabendmittag oder Sonntagmorgen bewerkstelligen läßt, auch wenn sie beschleunigt wird. Mit einer Versfrühung des Wahlbeginns würde nicht viel zu machen sein, denn die meisten haben sich schon zurechtgelegt, wann sie zur Wahl gehen wollen, wenn sie um 9 Uhr anfängt. In der Zeit zwischen 8 bis 9 Uhr morgens würden die Wähler nur tropfenweise ankommen. Mit der Verlängerung der Wahlzeit des Abends von 7 auf 8 Uhr ist es eine andere Sache. Das ist nicht viel anders als die Bestimmung, daß wir den Andrang, der um 7 Uhr vor der Urne steht, noch abfertigen. Ich glaube auch, wenn sich die geehrten Herren auf diese Verlängerung verständigen würden, daß sie am leichtesten zu erreichen sein würde, und eine solche Verlängerung könnte man mit Einwilligung des Volkskommissars auch zugestehen, selbst wenn wir die Bekanntmachung nicht mehr rechtzeitig bewerkstelligen könnten. Sollten die Herren den dahingehenden Antrag annehmen, so wird ihn der Magistrat selbst-verständlich mit seinem Gutachten dem Volkskommissar schleunigst vorlegen.

Stadtv. Meyerhoff: Es ist richtig, daß eine ganze Menge Arbeit von den Wahlkommissionen zu bewältigen ist, denn es sollen zirka 200 Wähler in der

Stunde abgefertigt werden, und bei verschiedenen Wahlbezirken sind es gar 250. Darin liegt der Fehler. Selbst wenn die Register noch so schön in Ordnung sind, so geht es doch nicht ab ohne vieles Blättern. Erst kommt einer von der einen und dann jemand von einer anderen Straße, und das ganze Register von A bis Z muß durchgeblättert und jede Stimmabgabe kontrolliert werden. Damit geht eine Menge Zeit verloren. Deshalb möchte ich dafür plädieren, daß abends eine Stunde zugelegt wird. Von einer weiteren frühen Morgenstunde verspreche ich mir nicht viel, denn jeder schläft am Sonntage gern aus. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, mehr als 200 Wähler in einer Stunde abzufertigen.

Stadtv. **Kruse:** Morgens um 8 Uhr ist es noch dunkel, und deshalb hat es keinen Zweck, den Wahlbeginn schon auf 8 Uhr festzusetzen. Ich bin überzeugt, daß in dem Falle doch vor 9 Uhr morgens niemand zur Wahl kommen wird. Einer Verlängerung bis 8 Uhr möchte ich aber zustimmen. Dann möchte ich noch auf die Bestimmung aufmerksam machen, in der es heißt, daß alle beim Schlusse der Wahlzeit im Wahllokal Befindlichen noch zur Wahl zugelassen werden. Ich möchte vorschlagen, daß um 8 Uhr mit der Stimmabgabe Schluß gemacht wird. Wer dann seinen Wahlzettel noch nicht abgegeben hat, kann nicht mehr wählen.

Stadtv. **Steinbrecher:** Mir wäre es lieb, wenn die Zeitbestimmung 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends beibehalten bliebe. Wenn Sie die Wahlzeit noch um eine Stunde des Abends verlängern, so verleiten Sie dadurch nur diejenigen, die einen Nachmittagsspaziergang machen wollen, erst am Abend zu kommen. Dann werden noch viele angestürmt kommen, denn sie sagen sich am Nachmittage: Es ist ja am Abend noch Zeit genug dazu.

Der Antrag **Lauer** wird abgelehnt und darauf der Antrag, die Wahlzeit bis 8 Uhr abends zu verlängern, angenommen.

9. Anfrage **Frede**, betreffend Steuerungszulage an die städtischen Beamten und Lehrer.

Wortlaut der Anfrage f. S. 460.

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Es ist mir vor einigen Tagen die Mitteilung gemacht, daß die jetzige Regierung beabsichtige, die zuletzt gezahlte Steuerungszulage den Staatsbeamten noch einmal auszusahlen. Die Regierung ist dabei sicher von der Erwägung geleitet, daß diese ganz außergewöhnliche Steuerungszulage auch außergewöhnliche Maßnahmen und Zuschüsse verlangt. Ich halte es für selbstverständlich, daß der Magistrat diesem Vorgehen folgen wird; eine Ver-

lautbarung darüber ist aber noch nicht erfolgt. Es würde sicher sehr beruhigend in den betreffenden Kreisen wirken, wenn hier eine Mitteilung darüber erfolgte, daß die städtischen Beamten und Lehrer eine gleiche Auszahlung zu erwarten haben.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Wenn die Stadtverordnetenversammlung gestern gewesen wäre, dann hätte ich sagen müssen: Der Magistrat hat sich mit der Frage noch nicht beschäftigt. Heute aber kann ich folgendes mitteilen: Es ist mir heute morgen ein Schriftstück vorgelegt, aus dem ich ersehen habe, daß unter dem 6. Dezember das Volkskommissariat für Inneres und Finanzen an sämtliche Staatsbehörden geschrieben hat: „Wir bewilligen mit Rücksicht auf die andauernde Teuerung im Anschluß an das Vorgehen im Reiche und in Preußen eine sofort zahlbare nochmalige Kriegsteuerungszulage vorbehaltlich der Zustimmung der Landesversammlung. Die Zulage ist den in der Verfügung genannten Personenkreisen in der gleichen Höhe wie früher zu zahlen; sie ist ferner den inzwischen aus dem Heeresdienste entlassenen oder demnächst zu entlassenden Beamten zu zahlen.“ Es folgen dann noch Vorschriften über Änderungen.

Sobald mir das Schriftstück vorgelegt wurde, hielt ich mich für verpflichtet, die Sache dem Magistrat zu unterbreiten. Ich zweifle nicht daran, obgleich das mir vorliegende Schriftstück nur ein Abzug ist, daß die Mitteilung richtig ist. Die Zulage, die wir vor kurzem ausbezahlt haben, und für die der Stichtag der 1. Oktober war, wird also den Staatsbeamten noch einmal gezahlt werden, und automatisch ergibt sich daraus nach dem Gesetz Nummer 39 von 1917, daß wir in gleicher Weise den Gemeindegullehrern dieselbe Zulage zahlen müssen. Zahlen wir sie aber den Lehrern, dann dürfen wir konsequenterweise die städtischen Beamten nicht leer ausgehen lassen, und so hat der Magistrat heute morgen beschlossen, durch mich Ihnen heute schon in dieser Sitzung den Antrag zu unterbreiten, zuzustimmen, daß wir die Zulage, die wir eben gezahlt haben, den Beamten und Lehrern noch einmal zahlen.

Meine Herren! Es handelt sich dabei um eine gewaltige Summe, und wenn gleich der Krieg vorbei ist, so muß man doch sagen, daß die finanzielle Lage der Stadt noch immer eine sehr schwierige sein wird. Der Reichsschatzsekretär hat, wie die Zeitungen melden, gestern oder vorgestern erklärt, die finanzielle Lage des Reiches sei unübersiehbar. Ich bin der Ansicht, daß die finanzielle Lage der Großstädte mindestens ebenso unübersiehbar ist. Das aber glaube ich erklären zu können: Wenn unser Hauptschuldner, das deutsche Reich, uns bei Erstattung der großen Summen, die wir an Familienunterstützungen aufgewandt haben, nicht im Stiche läßt, dann werden wir zwar schwer belastet in die nächsten Jahre hineingehen, aber es würde uns dann doch möglich sein, wenn uns der braun-

schweigische Staat zu Hilfe käme, im Laufe von zehn bis zwanzig Jahren diese kolossale Last allmählich zu tilgen. Das Nähere darüber werden wir Ihnen bei Vorlegung des Stats mitteilen. Eins ist sicher, meine Herren, daß die Einnahmen, die wir in diesem letzten Jahre aus Steuern gehabt haben, wegen der Durchschnittsberechnung sich vielleicht noch ein, höchstens zwei Jahre auf einer ähnlichen Höhe halten werden, aber dann wird — davon sind wir überzeugt — ein wesentlicher Rückgang in den Steuererträgen eintreten, weil die großen Kriegsgewinne dann nicht mehr besteuert werden. Einfach und leicht wird unsere finanzielle Lage also nicht sein. Aber die Teuerung ist vorhanden, wir erkennen die Notlage der Beamten und Lehrer an, und wir glauben mit Ihnen übereinzustimmen, wenn wir sagen: Da wir den Lehrern diese einmalige Teuerungszulage zahlen müssen, so müssen wir sie auch den städtischen Beamten gewähren. Deshalb trägt der Stadtmagistrat kein Bedenken, diesen Antrag Ihnen vorzulegen und Sie zu erjuchen, ihm zuzustimmen.

Vorsigender: Da ein Antrag des Magistrats vorliegt, würden wir in die Beratung gleich eintreten können.

Es nimmt keiner der Herren das Wort. Ich darf annehmen, daß alle Herren einverstanden sind, diese einmalige Teuerungszulage zu bewilligen. — Es erhebt sich kein Widerspruch, die Gewährung der Teuerungszulage ist damit beschlossen.

10. Anfrage Steinbrecher, betreffend den Abzug des von der Stadt gewährten Kartoffeldarlehn von der Kriegsunterstützung.

Wortlaut der Anfrage f. S. 460.

Stadtv. **Steinbrecher** (zur Begründung): Wir haben seitens der Stadtverordneten beschlossen, daß den Kriegerfrauen ein Vorschuß zur Beschaffung von Kartoffeln gewährt werden soll, und daß das dargeliehene Geld von der Kriegsunterstützung abgezogen werden soll. Nun sind in dieser Woche vier Frauen bei mir gewesen, die sich über den plötzlichen Abzug des gewährten Darlehns beklagt haben. Eine davon hatte noch einen Rest von 60 *M* zu begleichen, und dieser Frau ist das ganze Geld mit einem Male abgezogen. Ich habe bei dem Herrn, der die Sache unter Händen hat, antelephoniert und erhielt die Antwort, ich möchte ihm die Frau zuschicken. Am anderen Tage kam eine andere Frau, der waren 50 oder 54 *M* abgezogen, und so ging es weiter. Es sind immer Beträge, bei deren Abzuge den Frauen nur noch einige Mark bleiben. Das kann unmöglich so beibehalten werden. Wenn auch der Mann aus dem Felde kommt, so muß die Frau doch noch mit der Kriegsunterstützung rechnen. Ich möchte Herrn Stadtrat von Frankenberg bitten, Anweisung zu geben, daß nicht planlos bei jeder Frau

dieses Darlehn abgezogen wird. Es ist aus den Akten zu ersehen, wie die Frau gestellt ist, und wenn der Mann keinen Verdienst hat, dann muß Rücksicht genommen und das Geld den Leuten noch einige Zeit gelassen werden. Es handelt sich dabei um Leute, die infolge ihrer Profession von der Stadt auch später noch gefaßt werden können, wenn sie als Schlosser oder Dreher wieder einen Verdienst haben. Aber auf einmal können sie jetzt nicht 50—60 *M* hergeben. Noch dazu, da Weihnachten vor der Tür steht, sollte man Rücksicht nehmen und nicht das ganze Geld auf einmal abziehen, wenn die Leute nicht selbst erklären: Wir sind in der Lage, die Abzahlung jetzt zu machen.

Stadtrat von Frankenberg: Die Anregung des Herrn Steinbrecher ist sehr beachtenswert. Es ist erfreulicherweise eine Anordnung des Reichsamts für Demobilmachung herausgekommen, in der bestimmt ist, daß die Kriegsunterstützung für diejenigen Frauen, deren Männer in dieser Zeit zur Entlassung kommen, nicht mit dem nächsten halben Monat endigen soll, sondern daß sie noch einen halben Monat länger gewährt werden soll, so daß die Unterstützung für die Angehörigen des Ende November Entlassenen noch weiter bis zum Schluß des Dezember zu zahlen ist, während sie sonst nur bis Mitte Dezember zahlbar gewesen wäre. Hierdurch wird es möglich gemacht, daß man derartige Abzüge auf zwei Halbmonatsraten verteilt und dadurch den Leuten entgegenkommt. Immerhin werden Sie es verstehen, daß von seiten der Stadt eine gewisse Sicherung gewünscht wird; durch allmähliche Abzahlungen ist für die Stadt keine solche Sicherung gegeben, als wenn das Darlehn von der Kriegsunterstützung, die die Stadt selber auszahlt, abgezogen wird. Ich habe aber bei der Stadtkartoffelstelle, durch die derartige Anträge auf Kartoffeldarlehen entgegengenommen werden, die Sache zur Sprache gebracht und gefunden, daß man der Ansicht gewesen ist, daß man Entgegenkommen zeigen könnte. In einer Weise können wir durch die Anordnung des Reichsamts in Berlin dem Wunsche des Herrn Steinbrecher nach Möglichkeit gerecht werden, und wenn dann noch Härten eintreten sollten, sind noch andere Quellen vorhanden, um den Leuten entgegenzukommen. Ich glaube aber, es wird im allgemeinen schon durch Verteilung der Rückzahlung auf zwei Halbmonatsraten die Sache sich regeln lassen.

11. Antrag Helle, betreffend die Nachtragung in die Wählerlisten bei unverschuldet unterbliebener Anmeldung.

Wortlaut des Antrages s. S. 465.

Stadtb. Helle (zur Begründung): Die Ausnahme, die bei Anmeldung zur Wählerliste in den Ausführungsbestimmungen für die Soldaten getroffen ist,

lautet dahin, daß die Soldaten gegen Vorzeigung einer polizeilichen Anmeldung in die Wählerlisten auch nach dem damals abgelaufenen Termin eingetragen werden können, daß sie sogar im Wahllokal sich noch melden können und auch dann noch nachgetragen werden. Nun sind mir eine ganze Anzahl Fälle zuge-
tragen, in denen Zivilisten, die sich auswärts befanden — so Reisende, Mon-
teure usw. — und jetzt zurückkommen, seinerzeit aus den Listen für die Lebens-
mittelfarten abgemeldet und deshalb nicht in die Wählerlisten eingetragen sind.
Die Frauen haben zum Teil keine Zeit gehabt, die Anmeldung zu besorgen, oder
haben nicht gewußt, wann der Mann wiederkommt, und insolgedessen ist die An-
meldung unterblieben. Nun kommen die Leute in diesen Tagen zurück, können
die Anmeldung nicht mehr vornehmen und sind von der Beteiligung an der Wahl
ausgeschlossen. Ich möchte deshalb beantragen, bestimmte Ausnahmen zu
machen, wenn ein Nachweis für die erst in diesen Tagen erfolgte Rückkehr erbracht
wird, und die Eintragung dann noch vornehmen zu lassen. Es wird sich nicht um
viele Fälle handeln, aber dieser oder jener Fall wird doch eintreten. Ich weiß,
daß mein Antrag nicht sehr viel Aussicht auf Annahme hat, aber ich möchte ihn
doch bringen, da die Leute mich sehr darum gebeten haben und sie Wert darauf
legen, das Wahlrecht auszuüben.

Vorsitzender: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit der so-
fortigen Besprechung dieses Antrages an.

Stadtrat von Frankenbergr: Es macht dem guten Herzen und dem ritter-
lichen Sinne des Herrn Antragstellers alle Ehre, wenn er für diejenigen ein-
tritt, denen der Gesetzgeber in diesem Falle die Thür vor der Nase zugeschlagen
hat. Aber der Gesetzgeber muß unter Umständen doch sein Herz mit dreifachem
Erz panzern, wenn er nicht der Versuchung unterliegen will, überall nachzugeben,
auch da, wo Nachgiebigkeit eine große Gefahr in sich schließt. Wenn wir den
Weg, den Herr Stadtv. Helle angedeutet hat, gehen würden, an wem würde
schließlich die Verantwortung hängenbleiben, daß derartige Persönlichkeiten im
letzten Augenblicke doch ausgeschlossen bleiben? Herr Helle will, daß u n d e r =
s c h u l d e t in die Wählerliste nicht Aufgenommene im letzten Augenblicke noch
eingetragen werden. Wer soll darüber entscheiden? Die Herren Stadtverord-
neten zusammen mit dem Stadtmagistrat in gemeinschaftlicher Sitzung? Das
würde jetzt unmöglich sein. Der Stadtmagistrat allein? Das wäre eine außer-
ordentlich empfindliche Verantwortung, die wir neben manchem anderen natürlich
auch noch auf uns nehmen würden, der wir aber doch lieber unter Hinweis auf
wohlernogene gesetzliche Bestimmungen entgehen möchten. Oder soll der unglück-
liche Wahlvorstand in den ihm knapp bemessenen Stunden und Minuten prüfen:

Liegt nicht dieser Fall so, daß der Mann oder die Frau nur sich unrechtmäßigerweise an die Wahlurne heranschlingeln möchten? Das wäre entschieden nicht wohlgetan, denn es würde innerhalb des Wahlvorstandes eine unerquickliche Meinungsverschiedenheit auftauchen können und die kostbare Zeit damit sehr lange in Anspruch genommen werden. Ich glaube, man wird es dabei bewenden lassen müssen, daß man sagt: Es war immer wieder von einsichtigen Personen, von den Behörden, von der Presse darauf hingewiesen worden: „Seht in der Wählerliste nach, die letzte Stunde ist Freitag abend 6 Uhr!“ Man kann beim besten Willen nicht verantworten, daß durch eine solche vielleicht unrechtmäßige Nachtragung das Wahlergebnis gefährdet wird. Selbstverständlich würden wir nicht in der Lage sein, eine solche Anordnung, wie sie Herr Helle wünscht, zu treffen, sondern nur der Volkskommissar, und ehe dessen Entscheidung beantragt, beschlossen und bekanntgemacht ist, werden wieder kostbare Stunden vergehen, so daß der Zweck des Antrages doch nicht erreicht würde.

Ich will aber dem guten Herzen des Herrn Antragstellers entgegenkommen, indem ich mitteile: Der Stadtmagistrat hat meinem Vorschlage zugestimmt, für die Vorbereitung der Reichswählerliste, mit der wir bis zum Schlusse dieses Monats im Rathause beschäftigt sein werden, eine Aufforderung an die Nachzügler zu erlassen, daß sie innerhalb der nächsten Woche diesen Ergänzungsantrag bei uns stellen. Auf diese Weise werden sie noch zur Wahl im Reiche zugelassen werden, wenn ihnen auch die Tür zur Landtagswahl verschlossen bleibt. Den geehrten Herren möchte ich empfehlen, dem gutgemeinten Antrage des Herrn Helle nicht zu folgen.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** zieht Herr Stadtv. Helle seinen Antrag zurück.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 9. Januar 1919.

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	Seite 505
2. Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters	" 509
3. Wahl der Mitglieder der Ausschüsse und Deputationen	" 510
4. Inangriffnahme der vorbereitenden Arbeiten für die Anlage des Schul- gartens am Dowesee	" 534
5. Anfrage Genzen über Inangriffnahme von Notstandsarbeiten	" 535
6. Anfrage Schilke, betreffend die Gewalttaten am 7. Januar	" 549
7. Anfrage Salomon über die Verschmelzung der siebenstufigen und acht- stufigen Bürgerschulen	" 562
8. Anfrage Fahnß über die Auszahlung von Teuerungszulagen an die katholischen Lehrer	" 564
9. Antrag Schilke, die bisherigen unbesoldeten Stadträte zum Rücktritt auf- zufordern	" 565
10. Antrag Schilke auf Vorlegung eines Statuts zur Einführung der völligen Sonntagsruhe	" 565
11. Antrag Salomon auf Einführung der Pflichtfortbildungsschule zu Ostern d. Js.	" 566

Am 15. Dezember 1918 wurden folgende Stadtverordneten gewählt:

Nr.	Namen	Stand	Wohnung	nach Wille
1	Blumeier, Gustav	Geschäftsführer	Leopoldstr. 7	4
2	Böhm, Emma, Frau	—	Marienstr. 22 a	4
3	Bunge, Fritz	Barbier	Eichenburgstr. 2	3
4	Engmann, Wilhelm	Lagerhalter	Commannstr. 8	4
5	Einert, Karl	Kaufmann	Bankplatz 3	2
6	Frede, Gustav	Lehrer	Wilmerdingstr. 7	1
7	Friedrich, Gusta, Frau	—	Raabeistr. 6	3
8	Fürmann, Hermann	Schlosser	Sophienstr. 38	2
9	Genzen, Albert	Geschäftsführer	Karl-Schmidtstr. 1	4
10	Goeke, Hedwig, Frau Profess.	—	Kaiser-Wilhelmstr. 28	1
11	Graf, Hulda, Frau	—	Schloßstr. 6	4
12	Jahns, Ernst	Finanzrevisor	Kaiser-Wilhelmstr. 47	1
13	Jasper, Dr. Heinrich	Rechtsanwalt	Bültenweg 85	3
14	Lehnert, Hermann	Büroangestellter	Karl-Schmidtstr. 4	4
15	Marxner, Paul	Kaufmann	Altewiekring 76	1
16	Marth, Heinrich	Eisenbahnwerkführer	Dastr. 2	3
17	Meyerhoff, Johannes	Schlossermeister	Bohlweg 53	1
18	Munte, Hans	Fabrikant	Rastanienallee 40	2
19	Oden, Käthe, Fräulein	Wohnungspflegein	Gutfiltern 7	2
20	Ohlendorf, Fritz	Parteisekretär	Gertrudenstr. 27	3
21	Rector, August	Schneidermeister	Grabenstr. 2	3
22	Reißner, Wilhelm	Ingenieur	Zeppelinstr. 1	2
23	Richter, Karl	Schlosser	Weststr. 61	4
24	Rieke, Heinrich	Maurer	Schöppenstedterstr. 48	3
25	Rieke, Wilhelm	Geschäftsführer	Karl-Schmidtstr. 13	4
26	Rönneburg, Heinrich	Lehrer	Raabeistr. 27	2
27	Salomon, Max	Lehrer	Wendenmashstr. 13	2
28	Schilke, Karl	Kaufmann	Hennebergstr. 6	2
29	Schmidt, Karl	Geschäftsführer	Sophienstr. 19	4
30	Spangenberg, Karl	Eisenb.-Verf.-Kontroll.	Königstiege 2	2
31	Stegmann, Karl	Geschäftsführer	Bestalozzi str. 4	4
32	Steinbrecher, Gustav	Arbeitersekretär	Nischlagers 29	3
33	Tostmann, Wilhelm	Geschäftsführer	Hamburgerstr. 12 c	4
34	Wahrendorf, Robert	Klempnermeister	Leonhardstr. 54	1
35	Wesemeier, August	Redakt., Volkskommissar	Hamburgerstr. 12 b	4
36	Wolters, Dr. jur. Karl	Brauereibesitzer	Obergstr. 5	1

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, -Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Franckenberg**, Stadtrat **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Stadtrat **Heymann**, Stadtrat **Mohr**.

Es fehlt entschuldigt Herr Stadtv. **Schmidt**.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich eröffne die Sitzung, indem ich zugleich im Namen des Magistrats die neu gewählten Vertreter der Bürgerschaft im Ratshause willkommen heiße. Eine Fülle bedeutungsvoller und schwieriger Aufgaben, die wir in gemeinsamer Arbeit zu erledigen haben, harret unser. Es ist nicht möglich, daß in einem Parlamente jeder mit seinem Nachbar über den Weg einig ist, der zum Ziele führt. Das ist auch ohne Bedeutung, aber eins ist vor allem notwendig, und das müssen wir hochhalten: Wir alle müssen darnach streben, durch unsere Tätigkeit hier das Wohl der Stadt zu fördern. Wenn wir uns von diesem Gesichtspunkte leiten lassen, dann wird das Ziel erreicht werden. Bisher, meine hochgeehrten Herrschaften, hat das glücklichste Einvernehmen zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung geherrscht; ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß das auch in Zukunft der Fall sein wird. Wenn die städtischen Behörden einig sind, dann ist das höchste Gut der Stadt, nämlich die Selbstverwaltung, gesichert. Soviel am Magistrat liegt, wird er es nicht daran fehlen lassen, das seinige zu tun, damit dieses gute Einvernehmen erhalten bleibt.

Der Älteste in unserer Mitte ist, wenn ich recht unterrichtet bin, Herr Stadtv. **Meyerhoff**. Er ist im Jahre 1842 geboren und würde zur Wahl des Vorsitzenden als Alterspräsident den Vorsitz zu übernehmen haben. Ist jemand in der Versammlung älter? — Das ist nicht der Fall. Ich bitte Herrn Meyerhoff, den Vorsitz zu übernehmen.

(Stadtv. Meyerhoff übernimmt den Vorsitz.)

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Altersvorsitzender Meyerhoff: Geehrte Vertreter der Bürgerschaft! Wir stehen vor der Wahl des Vorsitzenden, der Kommissionen und der Deputationen. Bisher ist es Brauch gewesen, daß ein Kollegium die Wahlen vorberaten hat, und so ist es auch diesmal geschehen. Sie haben die Vorschläge, die für die einzelnen Ausschüsse gemacht werden, in Vervielfältigung vor sich liegen.

Zuerst handelt es sich darum, den Vorsitzenden zu wählen, und ich bitte, geeignete Vorschläge zu machen.

Stadtv. Wesemeier: Ich schlage den Stadtv. **Wilhelm Rieke** (Geschäftsführer) als ersten Vorsitzenden vor.

Stadtv. **Salomon:** Ich möchte bemerken, daß es vielleicht richtig ist, die Wahl des ersten Vorsitzenden und die Wahl der Stellvertreter in getrennten Wahlgängen vorzunehmen, und daß es angesichts der Neugruppierung der Versammlung, die nach politischen Gesichtspunkten stattgefunden hat, räthlich ist, wenn nicht nur ein Stellvertreter, sondern aus jeder politischen Gruppe, die den 1. Vorsitzenden nicht stellt, je ein Stellvertreter für den Vorsitzenden gewählt wird.

Alterspräsident **Meyerhoff:** Wünscht jemand das Wort zu dem Vorschlage des Herrn Salomon? Wir würden darüber zu beschließen haben. Wenn die Anregung als Antrag gelten soll, bitte ich, ihn schriftlich einzureichen.

Stadtv. **Frede:** Ich lese in dem Verwaltungsstatut folgende Vorschrift: „§ 6. Die Wahl des Vorsitzenden der Stadtverordneten und seines Stellvertreters wird durch den Vorsitzenden des Stadtmagistrats dadurch vorbereitet, daß die Einladung zur ersten Sitzung der Stadtverordneten . . . von ihm ergeht.“ Es ist also bisher Bestimmung gewesen, daß nur ein Vorsitzender und ein Stellvertreter gewählt werden soll, und wir haben das auch in der Vergangenheit immer so gehalten. Die Kriegszeit, die eine außerordentliche Handhabung notwendig machte, hat hier allerdings eine Änderung nötig gemacht. Jetzt aber haben wir wieder normale Verhältnisse, und gegenüber dem Vorschlage des Herrn Salomon müssen wir uns bewußt sein, daß wir, wenn er gebilligt werden sollte, damit etwas Neues schaffen. Wenn bisher nur ein Vorsitzender und ein Stellvertreter zulässig war, müssen wir zu erkennen geben, daß wir diese Bestimmung der Städteordnung nicht mehr für maßgebend erachten. Ich wollte nur auf diesen Punkt aufmerksam machen, habe sonst aber keine grundsätzlichen Bedenken gegen das Vorgeeschlagene.

Altersvorsitzender **Meyerhoff:** Meine Meinung ist folgende: In einem weiteren Paragraphen der Städteordnung — ich glaube 57 oder 58 — wird nicht streng präzisiert, daß ein Stellvertreter vorhanden sein muß, sondern nur von Stellvertretern gesprochen. Es ist diese Frage in der Vorberatung über die Vorannahme der Wahlen nicht berührt. Ich glaube aber, die Versammlung ist souverän in dieser Sache, so daß sie den Antrag des Herrn Salomon annehmen kann, wenn sie es will.

Stadtv. Dr. **Wolters:** Ich will mich nicht darüber äußern, ob es praktisch ist oder nicht, wenn wir dem Antrage des Herrn Salomon folgen, möchte aber auf eins aufmerksam machen: daß wir nicht ohne weiteres auf die Bestimmungen der Städteordnung oder des Verwaltungsstatuts verzichten dürfen. Für den Fall,

daß der Vorschlag des Herrn Salomon sachlich die Zustimmung der Versammlung finden sollte, würde ich dringend empfehlen, gleichzeitig eine Änderung des § 6 des Verwaltungsstatuts zu beantragen. Wir müssen den Grundsatz aufrecht erhalten, daß die alten Gesetze zur Geltung zu bringen sind, solange sie nicht durch die zustehenden Stellen aufgehoben sind.

Altersvorsitzender Meyerhoff: Der Antrag Salomon lautet folgendermaßen:
 „Die Wahl des ersten Vorsitzenden und der Stellvertreter geschehen in getrennten Wahlgängen mit der Maßgabe, daß drei Stellvertreter gewählt werden.“

Der Antrag wird angenommen und darauf durch Stimmzettel die Wahl des ersten Vorsitzenden vorgenommen. Als Stimmzähler fungieren auf Bitte des Altersvorsitzenden die Herren Stadtverordneten Lofmann und Frede. Es fallen auf Stadtv. Wilhelm Kiefe 20 Stimmen, auf Stadtv. Heinrich Kiefe 1 Stimme, auf Stadtv. Dr. Wolters 1 Stimme, auf den Namen Kiefe (ohne nähere Bezeichnung) 3 Stimmen und außerdem werden 10 unbeschriebene Stimmzettel abgegeben.

Altersvorsitzender Meyerhoff: Darnach ist Herr Wilhelm Kiefe zum ersten Vorsitzenden gewählt. Ich richte die Frage an Herrn Wilhelm Kiefe, ob er die Wahl annimmt. (Wird bejaht.)

Sodann hätten wir nach dem Vorschlage des Herrn Salomon drei Stellvertreter zu wählen.

Stadtv. Rönneburg: Als ersten Stellvertreter schlage ich Herrn Stadtv. Munte vor.

Stadtv. Lehnert: Als zweiten Stellvertreter schlage ich Herrn Dr. Jasper vor.

Stadtv. Wahrenndorf: An dritter Stelle bitte ich Herrn Stadtv. Dr. Wolters zu wählen.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich verzichte auf die Wahl und schlage statt meiner Herrn Stadtv. Kiefe I vor.

Altersvorsitzender Meyerhoff: An erster Stelle?

Stadtv. Dr. Jasper: An dritter Stelle.

Altersvorsitzender Meyerhoff: Dann würde der Vorschlag so lauten: An erster Stelle Herr Munte, an zweiter Stelle Herr Dr. Wolters und an dritter Stelle Herr Kiefe I.

Stadtv. **Rönneburg**: Es scheint, als ob der Grundsatz befolgt werden soll, daß nach der Stärke der Gruppen die Vorschläge erfolgen sollen. Darnach müßte der von unserer Gruppe Vorgeschlagene an die erste Stelle, Herr Rieke I an die zweite Stelle und Herr Dr. Wolters an die dritte Stelle kommen. Ich mache diesen Vorschlag.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich hatte meinen Vorschlag in derselben Weise gemeint, indem Herr Rieke II an erster Stelle gewählt ist, Herr Munte an die zweite Stelle, Herr Rieke I an die dritte und Herr Dr. Wolters an die vierte tritt.

Altorsvorsitzender **Meyerhoff**: Damit wäre die Versammlung sich in den Vorschlägen einig. — Wenn kein Einwand erfolgt, können wir durch Zuruf wählen. (Ohne Einspruch.)

Durch Handaufheben werden von der Versammlung nacheinander die Herren Stadtv. **Munte** als erster Stellvertreter des Vorsitzenden, Herr Stadtv. **Heinrich Rieke** als zweiter und Herr Stadtv. Dr. **Wolters** als dritter Stellvertreter gewählt.

Stadtv. **Wilhelm Rieke** übernimmt den Vorsitz.

Vorsitzender **Wilhelm Rieke**: Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl zum Vorsitzenden entgegengebracht haben, und werde bemüht sein, es zu rechtfertigen, indem ich das Amt des Vorsitzenden unparteiisch führen werde. Ich bitte dabei um Ihre Unterstützung.

Mit Recht hat der Herr Oberbürgermeister bei der Eröffnung der Sitzung darauf hingewiesen, daß uns große Aufgaben bevorstehen. Die größte Aufgabe in nächster Zeit wird zweifellos die sein, Arbeit für das Heer der Arbeitslosen zu schaffen und das zerrüttete Finanzwesen der Stadt wieder so zu gestalten, wie es notwendig ist. Die Wunden, die der 4½jährige Krieg geschlagen hat, sind zu groß, als daß mit kleinen Mitteln diese Wunden und Narben zum Heilen gebracht werden könnten, und so müssen auch bei der Finanzierung der ganzen Vermögenslage der Stadt große Mittel zur Anwendung kommen. Die Meinung über die richtigen Mittel wird bei den einzelnen wahrscheinlich weit auseinandergehen; aber ich bitte alle Damen und Herren, zu berücksichtigen, daß sie gewählt sind, um zu arbeiten für das Wohl der Stadt und damit für das Wohl der Allgemeinheit.

Stadtv. **Munte**: Ich möchte eine kurze Erklärung abgeben.

Die nachfolgenden Stadtverordneten: Salomon, Schilke, Rönneburg, Reißner, Einert, Jüermann, Spangenberg, Munte und Fräulein Oden haben

sich zu einer Fraktion der Deutschen demokratischen Partei zusammengeschlossen. Wir werden alle größeren Fragen, die uns hier beschäftigen, einheitlich und geschlossen betrachten und behandeln. Dies nur zur Kenntnissnahme für die Versammlung.

2. Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters.

Vorsigender: Zum Schriftführer ist wieder vorgeschlagen Herr Magistratssekretär Müller, als sein Stellvertreter Herr Magistratssekretär Kühn und als Stenograph Herr Lehrer Reinhard. — Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß auf Beschluß der Versammlung diese drei Herren für die Dauer gewählt werden können.

Durch Handaufheben werden die Genannten von der Versammlung gewählt.

Vorsigender: Erhebt sich Widerspruch dagegen, daß die Herren dauernd gewählt sind?

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich bitte um Aufklärung, was mit „dauernd“ gemeint ist. Bisher haben wir keine dauernde Wahl für alle Ewigkeit gehabt; ich habe mich deshalb auch der Abstimmung enthalten.

Vorsigender: In § 54 der Städteordnung heißt es: „Auf Beschluß der Stadtverordneten kann im Einverständnis mit dem Stadtmagistrat ein städtischer Beamter oder eine andere Person mit der Protokollführung dauernd beauftragt werden.“ Das wäre wohl so zu verstehen, daß nicht zu jeder Sitzung ein neuer Protokollführer zu wählen ist, sondern für ein Jahr, wie auch das Präsidium.

Stadtv. **Reißner:** Ich mache den Vorschlag, daß die Herren auf ein Jahr zu wählen sind.

Stadtv. Dr. **Wolters:** Es handelt sich hier nicht um eine Wahl, sondern gemäß Abs. 2 von § 54 der Städteordnung um einen Auftrag.

Stadtv. **Lehnert:** Diesem Einwurf des Herrn Dr. Wolters gegenüber scheint es mir eigenartig, daß von seiten des Stadtmagistrats oder des Herrn Oberbürgermeisters Metemeyer in der Anberaumung der Sitzung der 2. Punkt der Tagesordnung bezeichnet wird: „Wahl des Schriftführers“. Nach der Tagesordnung soll unbedingt eine Wahl vor sich gehen und keine Beauftragung, sonst würde der Herr Oberbürgermeister so viel juristischen Sinn haben, das nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Vorsitzender: Ich glaube, unsere Zeit hier ist zu kostbar, um uns in Wortklaubereien zu verlieren. Ob wir jemand beauftragen oder ihn wählen, für ein Jahr das Protokoll zu führen, das würde in der Praxis keinen Unterschied ausmachen. Im übrigen lautet § 54 der Städteordnung: „Die Stadtverordneten wählen . . . einen Protokollführer“. Also eine Wahl ist es selbst nach der Städteordnung, und vorhin hat Herr Dr. Wolters vielleicht mit Recht darauf hingewiesen, daß wir uns, solange die Städteordnung besteht, darnach richten müssen. Ich bin der Ansicht, daß diese Frage genügend geklärt ist, und bitte abzustimmen.

Die Versammlung erklärt durch Handaufheben ihre Zustimmung, daß die Wahl für ein Jahr gelten soll.

3. Wahl der Mitglieder der Ausschüsse und Deputationen.

I. Ausschüsse der Stadtverordneten.

Ausschuß für Vorbereitung der Wahlen.

Stadtv. Wesemeier schlägt aus seiner Fraktion die Herren Stadtv. Wilh. Kiefe und Toßmann vor,

Stadtv. Rönneburg aus seiner Fraktion die Herren Stadtv. Munte und Salomon,

Stadtv. Kiefe aus seiner Fraktion die Herren Stadtv. Kiefe I und Dr. Jasper, Stadtv. Frede von der rechten Seite des Hauses die Herren Stadtv. Dr. Wolters und Meyerhoff.

Stadtv. **Wesemeier:** Bislang hat die Kommission bestanden aus den Vorsitzenden der vier Kommissionen und aus sieben Stadtverordneten. Wir können sie ohne weiteres auf acht vermehren, dann würde es eine gleiche Besetzung wie im Hause selbst sein.

Die vorgeschlagenen Herren werden von der Versammlung einstimmig durch Zuruf gewählt.

Rechtsausschuß.

Vorsitzender: Vorgeschlagen durch den Ausschuß zur Vorberatung der Wahlen sind die Stadtv. Steinbrecher, Frau Gusta Friedrich, Genzen, Stegmann, Rönneburg, Meyerhoff, Dr. Wolters.

Stadtv. **Rönneburg:** Ich möchte vorweg eine Bemerkung machen. Wir sind der Meinung, daß in den Kommissionen die Fraktionen nach ihrer Stärke ver-

treten sein müssen, und darnach werden wir die Einbringung von Abänderungsvorschlägen für einzelne Kommissionen uns vorbehalten müssen. In betreff dieses Ausschusses haben wir nichts zu bemerken.

Die Versammlung stimmt der Wahl der vom Vorsitzenden Genannten zu.

Finanzausschuß.

Vorsitzender: Vorgeschlagen werden die Herren Blumeier, Frede, Wilhelm Rieke, Dr. Jasper, Ohlendorf, Munte, Dr. Wolters.

Stadtv. **Rönneburg:** Unsere Fraktion ist im Rechtsausschuß durch ein Mitglied vertreten und müßte deshalb in diesem Ausschuß durch mindestens zwei Mitglieder vertreten sein. Ich schlage deshalb für Herrn Frede Herrn Reißner vor.

Vorsitzender: Es würde sich empfehlen, daß wir über die übrigen Vorgeslagenen durch Handaufheben abstimmen und nur über die Wahl der Herren Frede und Reißner durch Stimmzettel abstimmen.

Stadtv. **Spangenberg:** Ich bitte, auch diese Wahl durch Handaufheben vorzunehmen.

Stadtv. Dr. **Wolters:** Ich beantrage Zettelwahl.

Die Herren Blumeier, Rieke II, Dr. Jasper, Ohlendorf, Munte, Dr. Wolters werden durch Handaufheben gewählt. Bei der Zettelwahl entfallen auf Herrn Stadtv. Reißner 25 Stimmen, auf Herrn Stadtv. Frede 9 Stimmen; 1 Zettel ist unbeschrieben.

Bauausschuß.

Vorsitzender: Vorgeschlagen sind die Herren Tostmann, Stegmann, Rieke I, Meherhoff, Reißner, Wahrenndorf, Füllermann.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich schlage an Stelle des Herrn Wahrenndorf Herrn Marth vor, entsprechend dem Grundsatz, den Herr Rönneburg mitgeteilt hat, daß die Fraktionen nach ihrer Stärke auch in den Kommissionen vertreten sein sollen.

Stadtv. Dr. **Wolters:** Ich erkenne wohl an, daß die Anregung der Herren Rönneburg und Dr. Jasper etwas für sich hat. Wenn sie aber das Verhältnis der Parteien, wie es jetzt tatsächlich hier vorhanden ist, dahin gehend ausdrücken

wollen, daß in dem einen Falle seitens einer Fraktion auf einen Platz in einer Kommission verzichtet wird, so würde das konsequent dahin führen, daß auf den Vorschlag des Ausschusses zur Vorberatung der Wahlen bei der Wahl des Bauausschusses eingegangen wird. Gewissermaßen einen Ausgleich hat Herr Rönneburg dadurch hervorzuführen versucht, daß er sich damit einverstanden erklärt, daß im Rechtsausschuß statt zwei Mitglieder seiner Fraktion nur eines vertreten ist. Wenn man das annehmen wollte, was Herr Dr. Jasper vorschlägt, so glaube ich, trägt das nicht dem Maßstabe der Verhältniszahl nach der Zahl der gewählten Stadtverordneten Rechnung.

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte mich dem von Herrn Dr. Wolters geäußerten Bedenken anschließen. Wir haben uns einverstanden erklärt, im Rechtsausschuß nur durch ein Mitglied unserer Fraktion vertreten zu sein, und haben dafür im Finanzausschuß zwei Mitglieder von uns verlangt. Da die alte Sozialdemokratie im Rechtsausschuß und im Finanzausschuß durch zwei Mitglieder vertreten ist, muß sie sich in diesem Bauausschusse mit einem Vertreter begnügen. Wir sind einverstanden, daß die vom Ausschuß für Vorberatung der Wahlen Vorgeschlagenen gewählt werden.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich gebe zu, daß in dieser Hinsicht Schwierigkeiten vorliegen, da die Stärke der Parteien hier sich ziemlich ausgleicht und die Zahl der Kommissionsmitglieder nicht derartig bemessen ist, daß alle Fraktionen gleichmäßig zum Ziele kommen können. Ich trete deshalb für einen Ausgleich ein in einer ganzen Reihe von anderen Ausschüssen. Dort werden meine Freunde nicht so großen Wert darauf legen, vertreten zu sein, im Bauausschuß allerdings würden wir gern sehen, wenn Herr Marth außer unserem alten Baukommissionär Riefe gewählt würde, weil er einige Erfahrung aus dem Bauwesen mitbringt.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die Herren einverstanden sind, daß in derselben Weise verfahren wird wie vorhin: daß wir zunächst über diejenigen Herren, bei denen kein Einwand gemacht ist, durch Handaufheben wählen.

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte vorschlagen, auch über die beiden anderen Herren durch Handaufheben abstimmen zu lassen, sonst können wir noch lange sitzen.

Die Herren Stadtv. **Tostmann, Stegmann, Riefe I, Meyerhoff, Reißner und Fiermann** werden durch Handaufheben gewählt.

Vorsitzender: Es ist nicht beantragt, eine Wahl durch Stimmzettel vorzunehmen, deshalb könnten wir auch über die Wahl der Herren Warendorf und Marth durch Handaufheben abstimmen.

Stadtv. Meyerhoff: Ich glaube nicht, daß wir über die Wahl durch Stimmzettel hinwegkommen können. Wenn gegenteilige Meinungen eintreten, haben wir immer durch Stimmzettel abgestimmt. Aber ich habe ja schon gesagt, daß die Versammlung gewissermaßen souverän ist, doch muß eine Einigkeit der Versammlung darüber herbeigeführt werden, ob es angängig ist, in diesem Falle durch Handaufheben zu wählen.

Stadtv. Dr. Wolters: Der Vorsitzende hat es in der Hand, die Art der Abstimmung festzustellen. Nach § 17 des Verwaltungsstatuts bestimmt der Vorsitzende die Art der Abstimmung. Ich würde aber auch empfehlen, den Brauch, der sich früher als praktisch erwiesen hat, beizubehalten, und wenn solche Meinungsverschiedenheiten sich geltend machen, eine Zettelwahl vorzunehmen.

Vorsitzender: Da vorhin keinerlei Antrag daraufhin vorlag, hätte die Zettelwahl in diesem Falle nur eine Verlängerung der Sitzung bedeutet. Wo sie jetzt aber beantragt ist, nehme ich keinen Anstoß, die Zettelwahl vornehmen zu lassen.

In der Wahl durch Stimmzettel fallen auf Herrn Stadtv. Marth 20 Stimmen, auf Herrn Stadtv. Warendorf 15 Stimmen.

Ausschuß für Schulsachen.

Vorsitzender: Vorge schlagen sind die Stadtv. Frau Gusta Friedrich, Frau Graf, Schmidt, Frau Goetze, Frede, Salomon, Jahnz.

Stadtv. Könneburg: Die Gruppe der rechtsstehenden Stadtverordneten ist in diesem Ausschuß durch drei Mitglieder vertreten, die unsrige nur durch einen. Wir haben deshalb vorzuschlagen, für Herrn Jahnz Herrn Fiermann zu wählen.

Die ersten sechs Vorge schlagenen werden durch Handaufheben gewählt. Nachdem der Vorsitzende Zettelwahl zwischen den Stadtv. Jahnz und Fiermann vorgeschlagen hat, erklärt Herr Stadtv. Jahnz, daß er verzichten wolle. Infolge dessen läßt der Vorsitzende auch über die Wahl des Herrn Stadtv. Fiermann durch Handaufheben abstimmen. Die Versammlung stimmt dieser Wahl zu.

Ausschuß zur Einschätzung fruchttragender Grundstücke und gewerblicher Unternehmen.

Vorsitzender: Vorge schlagen sind die Herren Stadtv. Karl Schmidt, Gärtner Meyer, Stadtv. Jahnz, Rentner Halbe, Ökonom Drewes, Landwirt August Ohm, Stadtv. Heinrich Riefe I, Stadtv. Bunge, Stadtv. Fräulein Oden und Stadtv. Frede.

Die Wahl der Vorge schlagenen erfolgt durch Handaufheben.

II. Deputationen.

Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge.

Vorsitzender: Vorge schlagen werden: Schlossermeister Gattermann, Frau L. Hamburger, Stadtv. Wesemeier, Zimmerer Krull, Frau Auguste Zink, Buchdruckereibesitzer Kleuder, Maurermeister Ausmeyer, Malermeister Flühe, Tischler Lages, Arbeiter Adam, Handlungsgehilfe Meier, Kaufmann Ohms, Direktor Müller-Schöll, Maschinenarbeiter Bopel, Ritterguts-pächter Griefenhagen-Beltheim, Inspektor Glusmann.

Stadtv. **Rönneburg:** Ich möchte namens unserer Fraktion außer den in der Vorschlagsliste Angeführten, gegen die wir nichts einzumenden haben, noch vorge schlagen die Herren Stadtv. F ü e r m a n n und S c h i l k e, so daß also die Zahl der Mitglieder dieser Deputation auf 16 erweitert wird.

Die Vorge schlagenen, einschließlich der Herren Stadtv. F ü r m a n n und S c h i l k e werden durch Handaufheben gewählt.

Ausschuß für Arbeitsbeschaffung.

Es werden entsprechend dem schriftlich vorliegenden Vorschlage durch Handaufheben gewählt: Stadtbaurat Gebenzleben, Fabrikdirektor Kraus, Architekt Rasche, Architekt Bartels, Stadtv. Frede, Wesemeier, Heinrich Riefe I, Steinbrecher, Tostmann, Schlosser Schwandt.

Archiv.

Justizrat Engelbrecht und Oberlehrer Professor Dr. Bieder werden dem schriftlichen Vorschlage entsprechend gewählt.

Armendirektion.

Stadtv. Frau Graf, Frau Gusta Friedrich, Frau Goetze, Munte, Rentner Carl Adolf Müller, Pastor Kaufshe ebenso gewählt.

Bauarbeitenvergebung.

Als Mitglieder des Ausschusses werden die Stadtv. Stegmann und Heinr. Kiefe I gewählt, als Stellvertreter Stadtv. Wese meier und Architekt Rasche.

Feuerbestattungsamt.

Justizrat Hartung, Stadtv. Ohlendorf und Stegmann gewählt.

Feuerlöschwesen.

Vorsitzender: Vorge schlagen sind die Herren Stadtv. Lostmann, Spangenberg und Ohlendorf.

Stadtv. **Frede:** Ich möchte bitten, daß Herr Stadtv. Jahn s mit in diese Deputation gewählt wird, und zwar wegen seiner Verbindung mit der Landesbrandkasse. Außerdem ist von unserer Seite keiner bei dem Vorschlage berücksichtigt. Nun ist es eine peinliche Sache, zu sagen: An Stelle dieses einen Mitgliedes möchte ich den und den Herrn vorschlagen; deshalb möchte ich bitten, diese Deputation durch Zuwahl des Herrn Jahn s zu erweitern.

Vorsitzender: Geschäftsordnungsmäßige Bedenken stehen dem nicht entgegen, da, wie der Herr Altersvorsitzende ausgeführt hat, die Sitzung hierin ohnehin souverän ist.

Die vier vorgeschlagenen Herren werden durch Handaufheben gewählt.

Gas- und Wasserwerke nebst Abwässpumpwerk und Neustadtmühle.

Vorsitzender: Vorge schlagen sind die Herren Stadtv. Meyerhoff, Ohlendorf, Wahren dorf, Schilke, Blumeier.

Stadtv. **Ohlendorf:** Ich möchte bitten, statt meiner Herrn Marth zu wählen. Wir hatten ihn vorgeschlagen, und ich weiß nicht, weshalb das geändert ist.

Die Herren Stadtv. Meyerhoff, Wahren dorf, Schilke, Blumeier und Marth werden gewählt.

Gehaltsdeputation.

Vorsitzender: Für diese Deputation braucht keine Wahl vorgenommen zu werden. (Siehe auch folgende Seite!)

Gemeindesteuer-Rekurs-Reklamationen.

Vorsitzender: Vorgeschlagen werden die Herren Stadtv. Lehnert, Jahns, Marschner, Frede.

Stadtv. **Rönneburg:** Unsere Fraktion ist hier gar nicht vertreten. Der Gegenvorschlag, den ich vorzubringen habe, richtet sich nicht gegen eine Person, sondern es handelt sich nur darum, daß wir wünschen, in dieser Deputation vertreten zu sein. Wir schlagen vor, für Herrn Frede Herrn **Füermann** zu wählen.

Stadtv. **Frede:** Ich trete zurück.

Die Herren Stadtv. Lehnert, Jahns, Marschner und **Füermann** werden gewählt.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich darf auf die Wahl der **Gehaltsdeputation** zurückkommen. Der Herr Vorsitzende hat erklärt, daß sie nicht zu wählen sei; ich glaube, es ist der Beschluß zu fassen, daß wie bisher die Mitglieder des Finanzausschusses sowie die Vorsitzenden der Ausschüsse für Rechtsachen, Schulachen und Baufachen die Aufgaben der Gehaltsdeputation erledigen.

Auf Aufforderung des **Vorsitzenden** erklärt sich die Versammlung mit dem für die Gehaltsdeputation gemachten Vorschläge einverstanden.

Für das Gesundheitswesen

werden durch Handaufheben gewählt Stadtv. Fräulein Oden, Stadtv. Engmann, Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Beckurts, Chemiker und Apotheker Dr. Nehring, Sanitätsrat Dr. Henking, Sanitätsrat Dr. Kleinknecht, Stadtv. Frau Böhm, Stadtv. Frau Gusta Friedrich,

für die Gewerbesteuer

die Stadtv. Karl Schmidt, Einert, Marschner, Ohlendorf,

für die Einschätzung gewerblicher Unternehmungen zu besonderen Wegegeld- und Kanalsteuerbeiträgen

die Stadtv. Karl Schmidt, Munte, Recter, Heinrich Rieke I, Frede,

für die Stiftung „Kinderlegen“

Stadtv. Salomon, Pastor Schomburg, Arbeiter Wittneben.

Lohndeputation.

Vorsigender: Vorgeschlagen werden die Herren Stadtv. Engmann, Benzen, Dr. Jasper, Heinrich Riefe I, Munte, Meyerhoff.

Stadtv. **Munte:** Ich möchte statt meiner meinen Fraktionsgenossen **Füermann** vorschlagen.

Unter Berücksichtigung dieses Vorschlages werden die Genannten gewählt.

Für die Marktdeputation

werden die Stadtv. Bunge, Frau Graf, Frau Gusta Friedrich und Wurstfabrikant **Diedmann** entsprechend dem schriftlichen Vorschlage gewählt,

für die Marstalldeputation

die Herren Stadtv. Stegmann, Stadtv. Ohlendorf und Brenneireibefitzer **Loeschigk**.

Müllabfuhr.

Vorsigender: In Vorschlag gebracht sind die Herren Stadtv. Tostmann, Wilhelm Riefe II, Ohlendorf, Steinbrecher, Frede, **Füermann**.

Stadtv. **Füermann:** Statt meiner bitte ich Herrn Stadtv. Spangenberg zu wählen.

Stadtv. **Ohlendorf:** Ich bitte, an meiner Stelle Herrn Stadtv. Rechter zu wählen.

Entsprechend diesen Abänderungsvorschlägen findet die Wahl statt.

Für das Museum

werden gewählt die Herren Bankier **Löbbecke**, Apotheker **Bohlmann**, Stadtv. **Salomon**, Stadtv. Dr. **Jasper**, Architekt **Rasche**.

Ortsbauplanrevision.

Vorsigender: Vorgeschlagen sind die Herren Stadtv. Tostmann, Heinrich Riefe I, Meyerhoff, Architekt **Rasche**, Stadtv. **Schille**, Architekt **Bartels**.

Stadtv. **Schille:** Für mich bitte ich meinen Parteifreund **Reizner** zu wählen, der bei dieser Sache mehr als ich in Frage kommt.

Dem abgeänderten Vorschlage stimmt die Versammlung zu.

Partdeputation.

Vorsitzender: In Vorschlag gebracht werden die Herren Stadtvv. Lehnert, Frede, Ohlendorf, Genzen.

Stadtv. **Genzen:** Ich möchte an meiner Stelle Frau B ö h m vorschlagen.

Stadtv. **Reißner:** Meine Fraktion schlägt für Herrn Frede Herrn Sch il l e vor.

Vorsitzender: Nach diesen Vorschlägen glaube ich kaum, daß wir um eine Zettelwahl herumkommen.

Stadtv. **Ohlendorf:** Es wird nichts entgegenstehen, die Herren durch Handaufheben zu wählen.

Stadtv. **Rönneburg:** Ich schlage vor, nicht Herrn Frede durch Herrn Schille zu ersetzen, sondern Herrn Sch il l e h i n z u z u n e h m e n , so daß die Deputation aus fünf Personen besteht.

Die Stadtvv. Lehnert, Frede, Ohlendorf, Frau B ö h m und Schille werden durch Handaufheben gewählt.

Kieselgut.

Stadtvv. Wilhelm Rieke II, Heinrich Rieke I, Rentner Halbe, Landwirt August Ohm und Rentner Schönermark werden entsprechend der Vorschlagsliste gewählt.

Stadtbauamt.

Als Mitglieder werden nach der Vorschlagsliste gewählt die Herren Stadtvv. Lofmann, Heinrich Rieke I und Maurermeister Louis Gide.

Vorsitzender: Als Stellvertreter werden vorgeschlagen die Stadtvv. Wilhelm Rieke II, Rönneburg und Marschner.

Stadtv. **Rönneburg:** Ich verzichte zugunsten des Herrn Reißner.

Die Versammlung stimmt der Wahl der Herren Stadtvv. Rieke II, Reißner und Marschner zu.

Schlachthaus.

Vorsitzender: Vorgeschlagen werden Stadtvv. Rieke II, Bunge und Recter.

Stadtv. **Rönneburg:** Für Herrn Recter schlage ich Herrn Spangen-berg vor.

Stadtv. Jahn: Ich möchte Herrn Stadtv. W a h r e n d o r f durch Zuwahl mit in die Deputation genommen sehen, da in der Deputation Genossenschaftsfragen mit behandelt werden.

Stadtv. Rönneburg: Ich ändere meinen Vorschlag ab und bitte, Herrn Rector in der Deputation zu belassen und Herrn S p a n g e n b e r g hinzuzuwählen.

Die fünf vorgeschlagenen Herren (Stadtv. Riefe II, Bunge, Rector, Spangenberg, Wahrenndorf) werden gewählt.

Schwimmbadbau.

Vorsigender: In Vorschlag gebracht werden die Herren Stadtv. Ohlendorf, Wilh. Riefe II, Architekt Rasche und Stadtv. Rönneburg.

Stadtv. Frede: Ich bitte, Herrn Dr. Wolters für diese Deputation noch hinzuzuwählen. Herr Dr. Wolters hat die Studienfahrten für Erbauung eines Schwimmbades in früherer Zeit mitgemacht, verfügt also über Kenntnisse, die uns wertvoll sein müssen. Es ist nicht zu begreifen, daß er nicht wieder vorgeschlagen ist.

Stadtv. Rönneburg: Ich verzichte zugunsten des Herrn Einert.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich bitte, diesen Ausschuß für den Schwimmbadbau mit dem für Volks- und Flußbäder zu vereinigen. Beides sind Angelegenheiten, die ineinandergreifen und eine gewisse Sachkunde bedingen.

Vorsigender: Wenn ich recht verstanden habe, sollen die vier Personen für die Volks- und Flußbäder mit den Personen für den Schwimmbadbau zusammen gewählt und beide die Angelegenheiten gemeinsam erledigen.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich beantrage, daß ein Ausschuß für beide Angelegenheiten gewählt wird. Hinsichtlich der Personen habe ich mir keine Vorschläge erlaubt. Es würde allerdings zweckmäßig sein, die Kollegen, die für die Volks- und Flußbäder vorgeschlagen sind, auch für die Angelegenheiten des Schwimmbaubaus hinzuzuziehen, so daß die Deputation für beide Aufgaben zuständig sein soll.

Stadtv. Frede: Wenn die Mitglieder der Deputation für die Volks- und Flußbäder für das gesamte Thema allein bestehen sollen, dann fallen die Herren Wilhelm Riefe, Rasche, Einert und der von mir vorgeschlagene Herr Dr. Wolters aus. Ist das Ihre Meinung? Oder wünschte Herr Dr. Jasper die Personen aus beiden Deputationen zu einer Deputation zu vereinigen?

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich habe mir die Personenfrage nicht angesehen, weil ich angenommen habe, daß in der Vorversammlung unserer Anregung Folge gegeben wäre. Ich sehe jetzt, daß verschiedene Personen für beide Deputationen vorgesehen sind. Ich glaube, daß eine Kombination möglich ist, ohne daß der Ausschuß zu stark wird.

Oberbürgermeister **Metemeyer:** Die beiden Ausschüsse haben ganz verschiedene Aufgaben. Der eine Ausschuß ist bestimmt für die Verwaltung der jetzt schon bestehenden Bäder, der andere war nur gewählt, um Vorbereitungen für einen event. Neubau zu treffen, er verschwindet also, wenn der Bau ausgeführt ist. Wir hatten auch bereits einen Entwurf für Erbauung eines Schwimmbades den Stadtverordneten vorgelegt, der aber abgelehnt ist. Für eine einfache Verwaltung ist ein achtegliedriger Ausschuß, zu dem auch noch zwei Magistratsmitglieder hinzukommen, ein recht großer Apparat. Ich will es aber Ihnen überlassen, darüber zu beschließen, falls Sie einen so großen Ausschuß dauernd für eine Verwaltungsfrage bestellen wollen. Für praktisch halte ich es aber nicht.

Stadtv. **Lehnert:** In den Vorschlägen für beide Ausschüsse ist Herr Ohlendorf genannt; der neue Ausschuß würde also dann aus 7 Personen bestehen, und wenn noch zwei Magistratsmitglieder hinzukommen, sind es 9. Ich glaube, diese Zahl Personen kann ganz gut zusammen arbeiten, und bitte, beide Deputationen zusammenzulegen.

Stadtv. **Rönneburg:** Ich schlage vor, die Trennung der beiden Ausschüsse aufrechtzuerhalten, da sie ganz verschiedene Aufgaben haben.

Vorsitzender: Wir werden eine Abstimmung vorzunehmen haben, ob die beiden Ausschüsse zusammengelegt werden oder getrennt weiterbestehen sollen.

Stadtv. **Ohlendorf:** Ich kann nicht finden, daß die Aufgaben der beiden Deputationen so verschieden sind. Allerdings ist es richtig, was der Herr Oberbürgermeister sagt, daß die zweite Kommission für den besonderen Zweck extra gewählt ist, aber auch die Bäderdeputation hat sich seit Jahren mit der Sache beschäftigt, und nicht richtig ist es, daß die Bäderdeputation lediglich Verwaltungssachen zu besorgen hat; sie beschäftigt sich auch mit dem, was in anderen Städten an Neuerungen auf diesem Gebiete vor sich geht. Ich möchte dafür sprechen, daß, wie vorhin vorgeschlagen ist, beide Deputationen vereinigt werden.

In der Abstimmung wird die Zusammenlegung der beiden Deputationen abgelehnt und in die Deputation für den Schwimmbadbau die Herren Stadtv. Ohlendorf, Wilhelm Niese II, Architekt Rasche, Stadtv. Einert und Dr. Wolters gewählt.

Spielplatzdeputation.

Stadtv. Frau B ö h m, Rector, Salomon werden gewählt.

Deputation zur Vorberatung von Angelegenheiten der vereinigten Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten.

Es werden die Mitglieder des Rechtsausschusses gewählt.

Verkehrsdeputation.

Vorsitzender: In Vorschlag gebracht werden die Herren Stadtv. Lofmann, Wilhelm Kiefe II, Dr. Wolters, Dr. Jasper, Heinrich Kiefe I, Reißner, Meyerhoff, Architekt Rasche.

Stadtv. **Rönneburg:** Ich schlage vor, Herrn Stadtv. Verkehrskontrolleur Spangenberg dazuzuwählen.

Der Wahl der Genannten mit der vorgeschlagenen Zuwahl wird von der Versammlung zugestimmt.

Volks- und Flußbäder.

Vorsitzender: Vorgeschlagen sind Stadtv. Frau B ö h m, Marth, Ohlen-
dorf und Sanitätsrat Dr. Henking.

Stadtv. **Rönneburg:** Auch hier habe ich einen Zusatzvorschlag zu machen: Herrn E in e r t hinzuzuwählen.

Die fünf Genannten werden gewählt.

Wehrausschuß.

Vorsitzender: Es werden vorgeschlagen die Herren Stadtv. Meyerhoff, Salomon, Richter, Steinbrecher.

Stadtv. **Meyerhoff:** Ich bitte, von meiner Person abzusehen, und schlage Herrn Stadtv. M a r s c h n e r vor.

Dieser Änderung entsprechend wählt die Versammlung.

Wohlfahrtsamt.

Vorsitzender: Als Mitglieder des Wohlfahrtsamts nennt die Vorschlagsliste: Stadtv. Munte, Pastor Kaufe, Stadtv. Rector, Frau Goeke, Lofmann, Wilhelm Kiefe II.

Stadtv. **Rönneburg**: Die Wahl von Fräulein **Oden** möchte ich dazu vorschlagen.

Die Wahl erfolgt mit diesem Zusage.

Vorsitzender: Als Stellvertreter werden vorgeschlagen: Dr. **Landauer**, Stadtv. **Marth**, Stadtv. **Salomon**, Fräulein **Else Wolters**, Arbeiter **Herm. Bartels**, Volkskommissar **Gerecke**.

Stadtv. **Rönneburg**: Es müßte noch ein Stellvertreter mehr vorgeschlagen werden. Ich bitte, Herrn **Spangenberg** dafür zu nehmen.

Dem in dieser Weise erweiterten Vorschlage wird zugestimmt.

Wohnungsdeputation.

Vorsitzender: In Vorschlag gebracht sind Stadtv. **Meyerhoff**, Architekt **Rasche**, Stadtv. **Heinrich Kiefe I**, **Wesemeier**, **Frede**, Fabrikdirektor **Kraus**.

Stadtv. **Rönneburg**: Unsere Fraktion ist in dieser Deputation gar nicht vertreten; ich bringe deshalb den Zusatzvorschlag, Herrn **Reißner** noch mitzuwählen.

Die Genannten einschließlich des Herrn Stadtv. **Reißner** werden gewählt.

Lichtwert-übernahme.

Vorsitzender: Vorgeschlagen werden Stadtv. **Meyerhoff**, Stadtv. Dr. **Wolters**, Fabrikdirektor **Kraus**, Bankdirektor **Tebbenjohannis**, Stadtv. **Blumeier**.

Stadtv. **Salomon**: Ich möchte außer den Genannten noch Herrn **Munte** vorschlagen.

Stadtv. **Rector**: Ich schlage vor, Herrn **Marth** noch hinzuzuwählen.

Stadtv. **Wesemeier**: Ich bringe Herrn **Stegmann** noch in Vorschlag.

Außer den vom Vorsitzenden Aufgeführten werden auch die aus der **Versammlung** eben Vorgeschlagenen gewählt.

In das

Stiftungsklassenkollegium

wird Stadtv. J a h n s gewählt, als

Rassenprüfer

ebenfalls Stadtv. J a h n s, und

für die Drogistenakademie

Herr Dr. Kahlert.

III. Schulvorstände.

Bürgerichulen.

Vorsigender: Als Mitglieder dieses Schulvorstandes werden vorgeschlagen die Herren Stadtv. Frede, Genzen, Recker und Schulinspektor A. Oppermann.

Stadtv. **Rönneburg:** Ich möchte vorschlagen, Herrn Salomon, der seinerzeit als Vertrauensmann der gesamten Lehrerschaft vorgeschlagen und gewählt ist und bisher als Schulvorstandsmitglied amtiert hat, wiederzuwählen. Es ist mir unerklärlich, warum sein Name nicht wieder in der Vorschlagsliste erscheint.

Stadtv. Dr. **Wolters:** Ich glaube, daß bei Zusammenstellung der Vorschläge für diesen Schulvorstand ein Irrtum untergelaufen ist. Ich habe mir notiert: Salomon, Frede, Oppermann, Genzen. Meiner Meinung nach müssen wir nach dem Wortlaut des Gesetzes noch eine weibliche Person hinzuwählen, und diese Wahl ist hier nicht vorgesehen. Ich hatte bei der Vorberatung vorgeschlagen, Frau Professor Goege in Aussicht zu nehmen. Sodann würde noch die Stellvertretung zu regeln sein.

Stadtv. Frau **Goege:** Ich glaube, einem Wunsche der Lehrerinnen Folge geben zu sollen, der dahin geht, daß eine Vertretung der Lehrerinnen im Schulvorstande vorhanden ist. Ich bitte deshalb, auf meine Wahl zu verzichten und statt meiner Fräulein Lerche in den Schulvorstand zu wählen.

Stadtv. **Rönneburg:** Ich schließe mich den Ausführungen der Frau Professor Goege an, glaube aber, daß Fräulein von Strombeck, die die Vorsigende des hiesigen Lehrerinnenvereins ist, die geeignete Person für die Wahl in den Schulvorstand wäre.

Stadtv. Frau **Goege**: Fräulein Verche ist die Vorsitzende vom Landes-Lehrerinnenverein, und ich lege besonderen Wert darauf, daß dieser mein Vorschlag angenommen wird. Als Stellvertreterin würde ich Fräulein Julie Huisken vorschlagen.

Stadtv. **Könneburg**: Als Mitglied des Schulvorstandes würden wir Fräulein von Strombeck vorschlagen und als Stellvertreterin Fräulein Verche.

Vorsitzender: Hier in der Vorschlagsliste sind vier Personen vorgesehen. Wir müssen uns jetzt schlüssig werden, ob der Schulvorstand verstärkt werden soll.

(Zuruf des Stadtv. Dr. Wolters: Es müssen fünf Personen sein und darunter eine Frau!)

Stadtv. **Frede**: Wir haben uns bei dieser Wahl nach dem Statut über die städtischen Bürgerschulen zu richten, und es ist dafür heranzuziehen § 12, Ziffer 5 und 6. Nach Ziffer 1 ist ein vom Magistrat zu wählendes Magistratsmitglied für den Schulvorstand bestimmt, nach Ziffer 2 der Stadtsuperintendent, nach Ziffer 3 der Schulleiter, nach Ziffer 4 ein von der vereinigten Versammlung zu wählendes Mitglied des Stadtkirchenrats, und nun kommt Ziffer 5, die hier in Frage steht, in der es heißt: „Hier zu Gemeindeämtern wählbare Bürger, die von der Stadtverordnetenversammlung auf die Dauer von je zwei Jahren gewählt werden; einer von ihnen muß Unterleiter und einer angestellter Bürgerschullehrer sein.“ Ziffer 6 schreibt die Wahl einer „weiblichen Person“ vor. Als dies Statut geschaffen war, sind die Lehrer gefragt worden, wen sie als Mitglied des Schulvorstandes wünschen, und da ist Herr Salomon genannt. Dieser müßte also wohl auch heute wieder in den Schulvorstand aufgenommen werden. Der Schulinspektor Oppermann ist hier schon vorgesehen. Neu hinzugekommen sind die Namen Frede, Genzen und Recter. Die Anwartschaft von Frau Professor Goege ist entfallen, dafür ist eine andere Dame vorgeschlagen. Statt der 5 Personen, die zu wählen sind, erscheinen 6 Namen: Salomon, Frede, Genzen, Recter, Oppermann und Fräulein Verche oder Fräulein von Strombeck. Ein Name muß also verschwinden:

Stadtv. **Könneburg**: Da die Lehrerschaft in diesem Vorschlage durch zwei Namen vertreten ist, so möchte ich vorschlagen, Herrn S a l o m o n, der als Vertrauensmann der Lehrerschaft genannt ist, zu wählen und von der Wahl des Herrn Frede abzusehen.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Ich möchte um Aufklärung bitten, wie diese Änderung der Namen in dem schriftlichen Vorschlage zustande gekommen ist. Es sind in der

Kommission vorgeschlagen die Herren Salomon, Oppermann, Frede und Genzen. Herr Rector ist, wie ich glaube, von der vorbereitenden Kommission nicht vorgeschlagen. (Zuruf Wesemeier: Herr Rector ist dort in Vorschlag gebracht; auch ich habe meine Notizen.)

Oberbürgermeister **Kettemeyer**: Es scheint allerdings ein Versehen vorgekommen zu sein. Es müssen fünf Personen gewählt werden und darunter eine Dame, davon können wir nicht abweichen. Aber auch mir ist es unverständlich, wie es gekommen ist, daß der Name Salomon aus den Vorschlägen für den Schulvorstand verschwunden ist.

Stadtv. **Meyerhoff**: Ich habe meine Aufzeichnungen aus der vorberatenden Kommissionsitzung hier. Ich habe notiert als Mitglieder Salomon, Oppermann, Frede, Genzen, und als Stellvertreter Rönneburg, Frau Goeke, Steinbrecher, Frau Böhm.

Stadtv. **Wesemeier**: In Vorschlag gebracht sind in der vorberatenden Sitzung Genzen, Rector, Salomon und Oppermann und als Stellvertreter Rönneburg, Frau Goeke, Steinbrecher und Frau Böhm. Daß eine Frau unter den erstgenannten Vorschlägen sich befinden muß, ist bei der Vorberatung nicht gesagt.

Stadtv. **Munte**: Herr Frede tritt zurück.

Stadtv. **Jahns**: Nachdem nun Herr Frede zurückgetreten ist, bitte ich, Fräulein Lerche in den Schulvorstand zu wählen. Weil wir von unserer Seite diese Opfer gebracht haben, können wir verlangen, daß das von unserer Seite vorgeschlagene Mitglied Fräulein Lerche gewählt wird.

Vorsitzender: Für die Wahl in den Schulvorstand kämen jetzt in Frage die Stadtvv. Salomon, Genzen, Rector, Oppermann und Fräulein von Strombeck oder Fräulein Lerche.

Stadtv. **Rönneburg**: Es ist heute „Opfertag“, aber ich glaube doch, daß die Vorsitzende der städtischen Lehrerinnen die geeignete Vertreterin für den städtischen Schulvorstand ist. Ich will damit nichts gegen Fräulein Lerche gesagt haben; sie kann ja auch als Stellvertreterin in Betracht gezogen werden.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Wenn ich recht verstanden habe, sind vier Herren vorgeschlagen, und zwei Damen. Dann könnten die vier Herren durch Zuruf gewählt werden, und nur zwischen den beiden Damen müßte gezettelt werden.

Vorsitzender: Das ist auch mein Vorschlag.

Die Herren Stadtvv. Salomon, Genzen, Rector und Schulinspektor A. Oppermann werden durch Handaufheben gewählt. Die Abstimmung durch Zettel ergibt 27 Stimmen für Fräulein v. Strombeck und 8 Stimmen für Fräulein Lerche.

Vorsitzender: Als Stellvertreter nennt die Vorschlagsliste die Stadtvv. Rönneburg, Frau Goeze, Frau Böhm, Steinbrecher.

Stadtv. Frau **Goeze:** Ich verzichte auf die Wahl, an meiner Stelle ist von mir Fräulein Julie Huisken in Vorschlag gebracht.

Stadtv. **Rönneburg:** Nachdem Frau Goeze verzichtet hat, schlage ich Fräulein Lerche vor.

Vorsitzender: Von Frau Goeze ist Fräulein Huisken und von Herrn Rönneburg Fräulein Lerche in Vorschlag gebracht, so daß jetzt 5 Namen für die Wahl der Stellvertreter genannt sind.

Stadtv. Frau **Goeze:** Ich hatte Fräulein Lerche als Mitglied des Schulvorstandes vorgeschlagen und Fräulein Huisken als Stellvertreterin. Nachdem die Wahl zum Mitgliede des Schulvorstandes nicht auf Fräulein Lerche gefallen ist, ziehe ich zu ihren Gunsten meinen Vorschlag Huisken zurück und bitte, Fräulein Lerche als Stellvertreterin zu wählen.

Stadtv. **Stegmann:** Ich schlage Stadtv. Schmidt vor.

Durch Zurf werden als Stellvertreter die Stadtvv. Rönneburg, Frau Böhm, Steinbrecher, Schmidt und Lehrerin Fräulein Lerche gewählt.

Knabenmittelschule.

Die Herren Stadtvv. Genzen, Richter und Salomon werden gewählt.

Lyzeum und Mädchenschule.

Vorsitzender: Es sind vorgeschlagen: Stadtv. Frau Graf, Richter, Engmann, Rönneburg.

Stadtv. **Jahns:** Ich möchte zu diesem Punkte eine andere Wahl beantragen. Das Statut, betreffend Unterhaltung der städtischen Mädchenschulen besagt, daß in den Schulvorstand nur vier Stadtverordnete gewählt werden dürfen. In dem

Vorschläge der Kommission sind drei Namen von den linksstehenden Parteien, einer von der demokratischen Partei und von unserer Fraktion gar keiner enthalten. Wir müssen doch aber berücksichtigen, daß die höhere Mädchenschule von Kindern unserer Seite am meisten besucht wird, und daß darum eine Vertretung von unserer Seite im Schulvorstande nötig wäre. Ich möchte bitten, daß von der linksstehenden Seite ein Vertreter verzichtet und dafür Frau Professor Goeke gewählt wird. (Zuruf: Einheitsschule!) Zunächst besteht noch die Höhere Mädchenschule; wenn wir schon die Einheitsschule hätten, brauchten wir für die Höhere Mädchenschule nicht zu wählen, vorläufig ist sie aber noch vorhanden. Ich schlage vor, für Herrn Engmann Frau Professor G o e k e zu wählen.

Stadtv. Frau **Graf**: Ich trete von der Wahl zurück.

Durch Handaufheben werden die Stadtv. Recter, Engmann, Rönneburg, Frau Goeke gewählt.

Katholische Schule.

Vorsitzender: Vorgeschlagen wird Herr Stadtv. F r e d e.

Stadtv. **Frede**: Ich bin nun im Laufe der Jahre für dieses Amt zum dritten Male vorgeschlagen und habe immer gebeten, mich hierbei nicht zu berücksichtigen. Ich bitte, von meiner Person abzusehen und Herrn Rönneburg dafür zu wählen.

Stadtv. **Rönneburg**: Ich muß verzichten; ich bin bereits in verschiedenen Schulvorständen.

Vorsitzender: Es fehlen hier Vorschläge; will dieses Opfer keiner bringen?

Stadtv. **Jahns**: Wenn es kein Lehrer zu sein braucht, melde ich mich freiwillig.

Stadtv. **Meyerhoff**: Es würde doch besser sein, wenn es ein Lehrer ist.

Vorsitzender (auf eine Bemerkung des Herrn Stadtv. Frede hin): Herr Frede hat sich bereit erklärt, das Amt wieder zu übernehmen.

Stadtv. F r e d e wird gewählt.

Für die Oberrealschulen

werden durch Handaufheben gewählt die Herren Stadtv. Blumeier, Munte, Dr. Jasper und Rönneburg,

für die Gewerbe- und Fortbildungsschule

die Stadtv. Bunge und Wahrenndorf.

Stadtv. **Genzen**: Wir vermiffen, daß der Vorstand der Züdelstiftung nicht neu zur Wahl steht, und haben das auch schon neulich in der Kommission moniert. Ich möchte bitten, daß jetzt auch der Vorstand der Züdelstiftung neu gewählt wird.

Oberbürgermeister **Hetemeyer**: Das ist nicht zulässig aus dem Grunde, weil nicht die Stadtverordnetenversammlung, sondern die vereinigte Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten in vertraulicher Sitzung die Wahl vornimmt. Einer Neuwahl steht nichts entgegen, und wenn ein entsprechender Antrag gestellt wird, würde ich die vereinigte Versammlung einberufen. Wenn diese Versammlung den Auftrag zurücknimmt, muß der Vorstand der Züdelstiftung neu gewählt werden.

Stadtv. **Genzen**: Dann beantrage ich, daß dementsprechend verfahren wird.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Ich möchte vorschlagen, diese Wahl durch die vereinigte Versammlung bis zum nächsten Male anstehen zu lassen, damit die Sache vorberaten wird.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Das kann ich unterstützen. Es ist wünschenswert, daß eine Aussprache darüber in der gemeinschaftlichen Sitzung stattfindet.

Oberbürgermeister **Hetemeyer**: Es bestehen noch verschiedene Ausschüsse, die während des Krieges ins Leben gerufen sind, wie die Preisprüfungsstellen, der Ernährungsausschuß usw. Ich habe hiervon dem vorbereitenden Ausschuß Mitteilung gemacht, und die Herren waren der Ansicht, daß man diese Ausschüsse ruhig bestehen lassen könnte. Es fragt sich nun, ob die verehrte Versammlung derselben Ansicht ist. Es handelt sich um eine große Zahl von Personen; meine Herren Kollegen würden in der Lage sein, auf Wunsch die Namen der in Frage kommenden Personen mitzuteilen. Ich bitte die geehrte Versammlung, Stellung zu dieser Angelegenheit zu nehmen.

Weiter möchte ich darauf aufmerksam machen, daß während der Kriegszeit, wo es sich häufig darum handelte, sehr wichtige Beschlüsse in ganz kurzer Zeit zu fassen, die verstärkte Finanzkommission, bestehend aus den Mitgliedern der Finanzkommission und den Vorsitzenden der übrigen Kommissionen, von der Stadtverordnetenversammlung ermächtigt war, an deren Stelle Verwilligungen vorzunehmen. Davon hat die verstärkte Finanzkommission in weitgehendem Maße Gebrauch gemacht. Es würde sich nun um die Frage handeln, ob die geehrte Versammlung diesen Auftrag weiterbestehen lassen will. Ich gebe

ohne weiteres zu, daß so dringliche Fragen wie während der Kriegszeit jetzt in der Regel nicht mehr auftauchen werden, aber beim Einkauf von Lebensmitteln ergibt sich auch jetzt noch zuweilen die Notwendigkeit solcher schleunigen Beschlüßfassungen. Deshalb würde es uns sehr lieb sein, wenn die verehrte Versammlung die verstärkte Finanzkommission weiter mit diesem Auftrage betraute. Je nachdem die Versammlung beschließt, werden wir verfahren.

Stadtv. Genzen: Ich möchte bitten, dem nicht zuzustimmen, denn es ist eine Tatsache, daß die Versammlung ihre Wirksamkeit durch solch einen Beschluß zum Teil ausschaltet. Ich bitte, in der Zukunft nicht mehr so zu verfahren, daß alle 6—8 Wochen eine Stadtverordnetenversammlung einberufen wird mit 20—24 Punkten, wo wir bis 10 Uhr hier gegessen haben und die Sachen nicht so erledigen konnten, wie es geschehen müßte, sondern von nun ab alle drei Wochen regelmäßig eine Sitzung einzuberufen. Dann hat auch die verstärkte Finanzkommission nicht nötig, in der bisherigen Weise einzugreifen.

Stadtv. Rönneburg: Ich schließe mich dem letzten Wunsche auf Abhaltung regelmäßig wiederkehrender Sitzungen an. Zu dem ersten Punkte möchte ich namens meiner Parteifreunde vorschlagen, die früher gewählten Ausschüsse erwählter Art bestehen zu lassen, denn die Dauer der Tätigkeit dieser Ausschüsse ist nur noch gering. Betreffend den zweiten Punkt möchte ich ebenfalls dem Vorschlage des Herrn Oberbürgermeisters folgen. Ich glaube, wir können uns auch schon deshalb damit einverstanden erklären, weil die neu gewählten Kommissionen und Ausschüsse, und so auch der Finanzausschuß, in ihrer Zusammensetzung das Bild der Stadtverordnetenversammlung im Kleinen widerspiegeln. Es liegt kein Grund vor, zu befürchten, daß irgend eine Meinung von irgend einer fremden Seite beeinflusst würde, und im Falle der Notwendigkeit einer schnellen Erledigung ist es wünschenswert, daß wir die Ermächtigung bestehen lassen. Ich beantrage: Abhaltung regelmäßiger Sitzungen, Belassung der Ausschüsse, die früher für die Kriegszeit gewählt sind, und ferner, der verstärkten Finanzkommission dieselben Funktionen zu belassen, die sie früher gehabt hat.

Oberbürgermeister Netemeyer: Herr Genzen hat recht, wenn er sagte, daß wir guttun, die Stadtverordnetenversammlung öfter tagen zu lassen. Häufig aber handelt es sich auch noch in dieser Übergangszeit um die Erledigung sehr dringlicher Sachen. Beim Einkauf von Lebensmitteln z. B. ist es nicht angängig, daß wir mit unserer Zusage vielleicht 3—4 Wochen warten, wie es Herr Genzen wünscht. Wenn Sie das beschließen sollten, müßten Sie auch die Verantwortung dafür übernehmen. Der Magistrat ist nicht in der Lage, allein seinerseits solche

gewaltigen Einkäufe vorzunehmen, wir müßten dann so schnell wie möglich die Stadtverordnetenversammlung einberufen. Es handelt sich auch nicht nur um Einkäufe von Lebensmitteln. Es kommt jetzt bei der Demobilmachung oft vor, daß Sachen, die für die Stadt von großem Werte sind, frei werden — ich erinnere an den Verkauf von Automobilen und dergleichen — und dabei heißt es häufig: Wir bitten um sofortige Erklärung, wenn ihr auf diese Sachen reflektiert. In solchem Falle ist es nicht möglich, die Stadtverordnetenversammlung so schnell zusammenzubringen, aber die verstärkte Finanzkommission können wir recht gut vom Morgen auf den Nachmittag einberufen, und davon haben wir in zahlreichen Fällen Gebrauch gemacht. Ich will gern erklären, daß uns nicht daran liegt, dem Plenum Sachen zu entziehen und sie zur Behandlung in die verstärkte Finanzkommission zu bringen. Selbstverständlich werden wir von dieser Einrichtung nur mit Vorsicht Gebrauch machen.

Stadtv. Dr. Wolters: Den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters kann ich mich anschließen, und im besonderen möchte ich dem Wunsche Ausdruck geben, die Ermächtigung der verstärkten Finanzkommission bestehen zu lassen. Es hat sich mehrfach als notwendig erwiesen, sie unverzüglich einzuberufen, der Apparat der ganzen Versammlung ist für ein schnelles Arbeiten zu schwerfällig.

Stadtv. Genzen: Ich bin mit Beibehaltung der Ermächtigung einverstanden, wenn nur in äußerst notwendigen und wichtigen Fällen dieses Recht der Finanzkommission bestehen bleibt, und bin befriedigt, wenn der Oberbürgermeister sagt, daß nur in solchen Fällen der verstärkte Finanzausschuß zusammenberufen werden soll, in anderen Fällen die Sache aber in der Stadtverordnetenversammlung beraten wird.

Stadtv. Riefe I: Es hat sich mehrfach herausgestellt, daß dem Magistrat, wenn Kriegsunterstützungen zu regulieren waren, in einem Bericht mitgeteilt wurde, daß wir zwei Millionen Mark Anleihe bedurften. Das war auch solch eine eilige Sache, die in der verstärkten Finanzkommission erledigt wurde. Betreffs der verschiedenen Kommissionen aus der Kriegszeit möchte ich darauf hinweisen, daß noch verschiedene andere als die schon genannten bestehen, wie die Mitleider- und Mtmöbelfstelle und dergleichen. Wenn alle diese Kommissionen neu gewählt werden sollten, so stände dem ja nichts entgegen, aber die Sache wird sich so einfacher erledigen. Endlich wird es doch dahin kommen, daß wir diese Kommissionen nicht mehr nötig haben. Auf Grund meiner Erfahrung kann ich feststellen, daß die Tätigkeit der verstärkten Finanzkommission in der ganzen Zeit, in der ich ihr angehört habe, zweckmäßig gewesen ist, um die Frage der Beschaffung

von Nahrungsmitteln und Anleihen zu erledigen, und deshalb bitte ich, auch diese Kommission in der bisherigen Weise bestehen zu lassen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich habe noch folgendes mitzuteilen: Die verstärkte Finanzkommission hatte vor kurzem die L o h n d e p u t a t i o n ermächtigt, die Löhne der städtischen Arbeiter zu erhöhen. Die Lohndeputation hat von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht und die Löhne in den verschiedenen Betrieben neu festgesetzt. Es liegen jetzt aber neue Anträge auf weitere Erhöhung der Löhne vor. Gestern abend habe ich bis spät hin mit den Vertretern unserer Arbeiter verhandelt, sie ersuchen dringend, sobald als möglich eine weitere Erhöhung der Löhne vornehmen zu lassen. Es wird erforderlich sein, daß über diese Frage von der Lohndeputation baldigst entschieden wird, und deshalb möchte ich Ihnen den Vorschlag unterbreiten, heute die Lohndeputation zu ermächtigen, soweit sie es für nötig hält, die Löhne anderweit festzusetzen. Ich glaube nicht, daß lediglich aus diesem Grunde so bald schon eine nochmalige Einberufung der Stadtverordnetenversammlung nötig sein wird, denn die Lohndeputation, wie Sie sie heute zusammengesetzt haben, wird wohl Ihr Vertrauen verdienen, daß sie die Löhne angemessen festsetzt. Ich würde dann die Lohndeputation noch auf einen der Tage dieser Woche zusammenberufen und möchte gleich bitten, daß die Mitglieder der Lohndeputation nach Schluß der heutigen Sitzung sich auf einige Augenblicke im Nebenraum zusammenfinden, damit wir noch eine weitere Frage besprechen.

Vorsitzender: Es wird jetzt das Einverständnis der Versammlung mit den gemachten Vorschlägen einzuholen sein, einmal: ob die verstärkte Finanzkommission auch noch für die Zukunft in besonders dringenden Fällen die Rechte haben soll, die ihr bisher eingeräumt waren. Wer damit einverstanden ist, den ersuche ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist beschlossen.

Des weiteren wurde es als wünschenswert erachtet, die verschiedenen Ausschüsse, die lediglich für die Kriegszwecke oder für die Kriegszeit gewählt sind, wie die Preisprüfungsstellen und dergleichen, noch bestehen zu lassen. Ich bitte diejenigen, die sich damit einverstanden erklären wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Versammlung ist dafür.

Ferner hat der Herr Oberbürgermeister vorgeschlagen, die Lohndeputation zu ermächtigen, eine sofortige Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter vorzunehmen. Ich glaube, dieser Punkt wird noch eine Aussprache erfordern.

Stadtb. Lehner: Ich möchte ersuchen, dem Vorschlage des Herrn Oberbürgermeisters zuzustimmen, und zwar aus dem Grunde, weil man die Fest-

stellung machen kann, daß momentan nicht an einen Abbau der Preise für Lebensmittel zu denken ist. Ich bin der Meinung, daß in erster Linie darnach getrachtet werden muß, einen Abbau der Lebensmittelpreise herbeizuführen, und wenn wir das von seiten der Stadt für den Bereich der städtischen Verwaltung erringen könnten, so würde ich es mit Freuden begrüßen. Wenn es nicht anders geht, müßten wir an die Landesregierung mit dem Ersuchen herantreten, daß sie sich bei der Reichsregierung um den Abbau der Lebensmittelpreise bemüht. Was nützen uns die höheren Löhne, wenn unsere Frauen den Lohn für die hohen Lebensmittelpreise schnell wieder ausgeben müssen? Wenn heute oder morgen bei uns allein Höchstpreise festgesetzt werden, dann werden auch die Lebensmittel vom Markte verschwinden, nichts ist mehr zu haben, und es floriert dann der Schleichhandel, und nur wer die Preise dieses Schleichhandels noch bezahlen kann, ist in der glücklichen Lage, seinen Körper zu erhalten. Wer in seiner Finanzlage nicht so gestellt ist, muß darben; und einem großen Teil der städtischen Arbeiter ist es nicht möglich, diese Preise zu bezahlen. So ist es unsere Hauptaufgabe, damit Arbeitslust bei den in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeitern auch erhalten wird, unsere Einstimmung dazu zu geben, daß in eine Erhöhung der Löhne eingetreten wird. Unbedingt muß aber nicht nur eine höhere Festsetzung der Löhne erfolgen, sondern auch auf die Innehaltung der gesetzlichen Arbeitszeit muß die Lohndeputation ihr Augenmerk richten, damit die Arbeitsfreudigkeit bei den städtischen Arbeitern erhalten bleibt.

Stadtv. Jüermann: Den Ausführungen des Herrn Vorredners kann ich zustimmen. Auch ich bitte, die Lohnerhöhung heute zu beschließen, damit die Lohndeputation in der Lage ist, sie eintreten zu lassen, denn daß Not in diesen Preisen vorhanden ist, wird voll anerkannt werden müssen.

Vorsitzender: Wer dafür ist, daß die Lohndeputation ermächtigt wird, eine Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter vorzunehmen, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme dieser Ermächtigung.

Es sind eine Reihe von Anfragen und Anträgen eingegangen.

Eine Anfrage des Herrn Genzen:

„Der Stadtmagistrat wird ersucht, Auskunft zu geben, welche Notstandsarbeiten er schleunigst in Angriff zu nehmen gedenkt, sowie welche Arbeiten schon in Angriff genommen sind.“

Eine Anfrage des Herrn S a l o m o n :

„Ist der Magistrat in der Lage, darüber Auskunft zu geben, ob zu Ostern dieses Jahres eine Verschmelzung der siebenstufigen und achtstufigen Bürgerschulen zu einer einheitlichen Volksschule stattfinden wird?“

Eine dringende Anfrage des Herrn S c h i l k e :

„Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Einwohner unserer Stadt gegen Gewalttaten, wie sie am letzten Dienstag in verschiedenen Häusern und gegen das Eigentum vorgekommen sind, zu schützen?“

Ein Antrag des Herrn S a l o m o n , mitunterzeichnet von den Stadtvv. Schilke, Rönneburg, Fräulein Oden, Reißner, Jüermann, Spangenberg, Einert, mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Einführung der Pflichtfortbildungsschule für beide Geschlechter zu Ostern d. J. zu bewirken.“

Ein Antrag des Herrn S c h i l k e , mitunterzeichnet von den Stadtvv. Salomon, Rönneburg, Jüermann, Fräulein Oden, Spangenberg, Munte, Einert, Reißner, mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß der Magistrat aufgefordert wird, allerschnellst ein Statut über die Einführung der völligen Sonntagsruhe für Handel und Industrie vorzulegen.“

Ein Antrag des Herrn S c h i l k e , mitunterzeichnet von den Stadtvv. Reißner, Rönneburg, Fräulein Oden, Spangenberg, Salomon, Munte, Einert, Jüermann mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die bisherigen unbefoldeten Mitglieder des Stadtmagistrats aufzufordern sind, ihr Mandat der Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung zu stellen, um auch in der Zusammensetzung des Stadtmagistrats die in der Stadtverordnetenversammlung nach der Neuordnung der Verhältnisse vorhandenen politischen Gruppen zur Geltung kommen zu lassen.“

Eine Anfrage des Herrn Stadtv. J a h n s :

„Der Stadtmagistrat wird ersucht, Auskunft zu geben, ob den katholischen Lehrern baldigt Teuerungszulagen zugebilligt werden. Dieselben sollen bis jetzt noch keine Teuerungszulagen erhalten haben.“

Herr Stadtbaurat G e b e n s l e b e n hat gebeten, ihm nach Verlesung der Anträge zu einer dringenden Angelegenheit das Wort zu erteilen.

4. Inangriffnahme der vorbereitenden Arbeiten für die Anlage des Schulgartens am Dowejee.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Meine verehrten Damen und Herren! Es handelt sich um die Anlage des Schulgartens in der Nähe des Dowejees nördlich des Arkeröder Feldes. Die frühere Stadtverordnetenversammlung hatte sich seinerzeit, als es sich um die Festsetzung des Bebauungsplanes für das Arkeröder Feld handelte, grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß nördlich des Arkeröder Feldes ein Schulgarten angelegt wird. Der Stadtmagistrat hält es nun für notwendig, schon jetzt der Frage der Ausgestaltung des Schulgartens näherzutreten, und zwar aus dem Grunde, um Notstandsarbeiten vornehmen zu lassen; denn es müssen nicht unerhebliche Erdbewegungsarbeiten und Wegearbeiten dort ausgeführt werden, wobei eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigt werden kann. Ein genereller Entwurf ist vom Tiefbauamte aufgestellt, er ist hier im Saale ausgehängt. Aus dem rechts hängenden Entwurfe geht hervor, an welcher Stelle der Schulgarten geplant ist, nämlich südöstlich vom Dowejee, und in dem Plane links hat der Stadtgärtner einen Dispositionsplan entworfen, wie der Schulgarten nach seinen Gedanken ausgestaltet werden soll.

Ein Kostenanschlag über dieses Projekt, meine verehrten Damen und Herren, kann Ihnen heute noch nicht vorgelegt werden; es liegt aber dem Stadtmagistrat sehr daran, daß mit den Arbeiten für den Schulgarten sofort begonnen wird, und deshalb hält es der Magistrat für zweckmäßig, daß die verehrte Versammlung beschließt, die neugewählte Deputation zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit mit der Weiterberatung und Beschlußfassung über Inangriffnahme und Durchführung dieser Notstandsarbeiten zu betrauen. Ich möchte Sie namens des Magistrats bitten, dementsprechend zu beschließen.

Stadtv. **Riese I**: Ich möchte fragen, ob die Sache zur Debatte steht. -- Wenn das der Fall ist, so möchte ich erklären, daß wir im Ausschuß schon diese Arbeiten in Aussicht genommen hatten. Es ist eine ganze Menge Sandboden im Bullenteiche zu transportieren, und außerdem ist mit der Einrichtung des Schulgartens verbunden die Instandsetzung eines Teiles der Wege, die eben gemacht werden müssen. Damit wäre schon ein Teil von Notstandsarbeiten in Gang gebracht. Wenn wir auch noch Krieg haben, so ist es keine luxuriöse Ausgabe, an die Herstellung eines Schulgartens zu denken, denn in betreff der Einrichtungen für botanische Unterrichtszwecke sind wir eben im argen. Auf dem Nieselgute hat es mit dem Schulgarten aufgehört, und die Anlage im Bürgerpark erfüllt ihren Zweck nicht. Je eher wir die Anlage am Dowejee einrichten, um

so besser ist es. Wir schaffen damit Arbeit und helfen zweitens, daß sich der Schulgarten entwickeln kann, wie er in anderen Städten vorhanden ist.

Stadtb. **Salomon**: Ich möchte die Worte meines Vorredners warm unterstützen. Auch ich sehe einen doppelten günstigen Gesichtspunkt in diesem Vorschlage des Herrn Stadtbaurats Gebensleben: Einmal wird durch die Instandsetzung des Schulgartens Arbeitsgelegenheit geschaffen, und andererseits kommen wir dadurch aus den außerordentlich beklemmenden Verhältnissen unseres Schulgartens heraus. Ich möchte Sie bitten, dem Vorschlage zuzustimmen, damit die Arbeiten so schnell wie möglich in Angriff genommen werden.

Stadtb. **Riefe I**: Da es sich um die Behebung der Arbeitslosigkeit handelt, so möchte ich noch hervorheben, daß wir ein ganzes Teil Arbeiten noch vor uns haben. Ich erinnere an die Arbeiten auf dem Rieselgute, wo an vielen Stellen der Ortsstein vorhanden ist und das Land noch als Unland daliegt. Auch da wäre es möglich, Arbeiter hinauszuschicken und Arbeiten ausführen zu lassen, die einen Ertrag für die Ernährung geben. Ich führe gerade dieses an, weil ich Mitglied der Rieselgutdeputation bin und in dieser Eigenschaft Gelegenheit gehabt habe, zu sehen, wie hier Arbeiten ins Auge zu nehmen sind, um dieses Unland in fruchttragendes Land zu verwandeln.

Dem Antrage des Magistrats stimmt die Versammlung einstimmig zu und bewilligt die nötigen Mittel.

5. Anfrage Genzen über Inangriffnahme von Notstandsarbeiten.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 532.

Stadtb. **Genzen** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß Braunschweig eine große Zahl von Arbeitslosen hat, und daß auch hier eine Arbeitslosendemonstration stattgefunden hat. Im Publikum wird die Ansicht verbreitet, daß von seiten der Stadt nichts getan sei, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. In einer neulichen Versammlung konnte man nicht anführen, welche Notstandsarbeiten in Angriff genommen sind. Man wies immer wieder nach Auswärts hin, wo Arbeit vorhanden sei, und war der Meinung, die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten sei hier nicht so notwendig. Wir wissen aber, daß eine große Menge Arbeit hier vorhanden ist. Ich weiß nicht, weshalb die Arbeiten auf dem Arkeröder Felde noch nicht in Angriff genommen sind. Dann erinnere ich an die Ludwigstraße. Bei solchen Zuständen einer Straße in einer Stadt wie Braunschweig ist wohl das Wort Skandal wirklich am Plage. Wie

hat die Straße in den letzten Wochen ausgesehen! Die Bewohner der Ludwigstraße sind wirklich nicht zu beneiden. Ich gebe zu, daß wegen des Krieges manche Arbeiten haben zurückgestellt werden müssen, aber man hätte doch dafür sorgen können, daß diese Straße und eine ganze Menge anderer gepflastert wurden. Dann weise ich auf die Gräben hin, z. B. auf den Galggraben. Im vergangenen Jahre, wo das Futter so knapp war, hat man den Graben gereinigt und den Unrat zu beiden Seiten aufgeschüttet, so daß der Pflanzenwuchs, der zu Kaninchen- und Ziegenfutter gut zu gebrauchen war, verdorben ist. Das sind Arbeiten, die auch im Winter vorgenommen werden können, wo kein Futter verdorben wird. Es ist notwendig, daß einmal zum Ausdruck kommt, welche Notstandsarbeiten in Angriff genommen sind, und welche Arbeiten in nächster Zeit in Angriff zu nehmen sind.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Meine verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es war in der letzten Stadtverordnetenversammlung, in der 250 000 M zur schleunigen Inangriffnahme verschiedener Notstandsarbeiten verwilligt wurden. Die Herren der alten Versammlung werden sich erinnern, daß vorgesehen war, Doppelfenster auf der Westseite des Rathauses anzubringen, der Anstrich in verschiedenen städtischen Gebäuden, insbesondere Schulen, dann Inangriffnahme von Kanalisationsarbeiten, insbesondere die Herstellung einiger größerer Vorflutkanäle in der Nähe der Goslarschen Straße, weiter Kanalisationsarbeiten auf der Goethestraße und für verschiedene Straßen auf dem Arkeröder Felde und hinter der Jakobikirche, schließlich noch einige Ausbesserungsarbeiten, außerdem die Straßenbauten auf der Goethestraße und Sichtalstraße. Sie werden heute mit Recht fragen: „Welche von diesen Arbeiten sind inzwischen in Angriff genommen?“

Selbstverständlich mußten zunächst Vorarbeiten gemacht werden. So sind mehrere Probefenster für die Doppelfenster des Rathauses in Auftrag gegeben. Es war seinerzeit von der Deputation zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gewünscht, daß, bevor sämtliche Fenster in Auftrag gegeben würden, zunächst eine Probe hergestellt würde, damit man sehen könne, ob die Form als zweckmäßig anzusprechen ist. Die Arbeiten für die Kanalisation, bei der bekanntlich eine größere Zahl von ungelernten Arbeitern beschäftigt werden kann, sind in gewisser Beziehung in Angriff genommen, indem die Materialien, die für diese Arbeiten notwendig sind, in Auftrag gegeben sind. Vor einigen Tagen hat die Deputation zur Vergabe städtischer Bauarbeiten getagt und größere Aufträge an hiesige Fabrikanten vergeben, und zwar sind alle hiesigen Zementwarenfabriken mit Aufträgen bedacht worden. Ich nehme an, daß diese inzwischen die Arbeit in Angriff genommen haben. Ebenso sind auch die Vorarbeiten für die Tiefbauten

in Angriff genommen, insbesondere sind größere Aufträge für Herrichtung von Zementplatten für die auszubauenden Straßen erteilt. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß, bevor mit dem Straßenbau begonnen werden kann, die unterirdischen Kanäle fertiggestellt sein müssen. Wir müssen z. B. mit dem Straßenbau für die Goethestraße so lange warten, bis der große Kanal auf dieser Straße fertiggestellt ist.

Der Magistrat ist ferner mit dem Volkskommissariat für das Innere in Verbindung getreten und hat angefragt, ob nicht noch größere Flächen des Großen Exerzierplatzes zur Verfügung gestellt werden könnten, um dort Schrebergärten einzurichten. Wir haben jetzt den mündlichen Bescheid bekommen, daß uns der gesamte Große Exerzierplatz zur Verfügung gestellt werden könnte, und werden jetzt schleunigst darangehen, eine größere Anzahl von Arbeitslosen mit dem Umgraben dieser Flächen zu beschäftigen. Weiter haben wir auch beschlossen, einen Teil des Franzischen Feldes, der nach dem Beschlusse der letzten Stadtverordnetenversammlung ebenfalls zu Schrebergärten umgewandelt werden soll, umgraben zu lassen. Es ist das eine ziemlich umfangreiche Arbeit, bei der eine große Anzahl von Leuten beschäftigt werden kann. Das Tiefbauamt hat inzwischen schon die nötigen Handwerkszeuge, wie Spaten und Schaufeln, bestellt, die natürlich auch erst ankommen müssen, ehe mit der Arbeit begonnen werden kann. Schließlich werden wir die Flächen, welche uns das Volkskommissariat für das Innere im Prinz-Albrecht-Park zur Verfügung gestellt hat, ebenfalls umgraben lassen. Es war allerdings bisher, auch in der letzten Stadtverordnetenversammlung, vorgesehen, es sollten die Pächter dieser Flächen das Umgraben selbst besorgen, und das würde volkswirtschaftlich wohl auch das beste sein. Aber darauf kommt es augenblicklich nicht an, sondern darauf, daß wir die Arbeitslosen mit nutzbringender Arbeit beschäftigen, und eine derartige Arbeit, wie das Umgraben von zur Bewirtschaftung bestimmten Flächen, ist zweifellos nutzbringend.

Das würden die Arbeiten sein, die wir bislang zur Ausführung ins Auge gefaßt haben. Hinzu kommen noch die Arbeiten für die vorhin beschlossene Anlegung eines Schulgartens. Ich habe ferner gehört, daß die braunschweigische Siedlungsgesellschaft zwischen dem Madamenwege und der Hildesheimer Straße eine größere Siedlung anlegen will. Auch da sind verschiedene Wege und Straßen anzulegen, die Straßen sind zu kanalisieren und Gas- und Wasserleitung zu legen, und so kann auch dort eine größere Anzahl von Arbeitern Beschäftigung finden. Die Siedlungsgesellschaft beabsichtigt auch, die Erbauung von etwa 130 Kleinhäusern auf dem von mir genannten Terrain sofort in Angriff zu nehmen. Die Beschaffung der nötigen Bausteine dafür ist allerdings eine heikle Sache. Da Ziegelsteine nicht zu haben sind, so ist man der Frage nähergetreten, in Oker Schlackensteine anfertigen zu lassen, wozu man keine Feuerung gebraucht.

Ferner hat die Stadtverordnetenversammlung früher beschlossen, auch auf dem Arteröder Felde eine Bebauung vornehmen zu lassen. Wir haben gestern noch mit dem Direktor der braunschweigischen Siedlungsgesellschaft dahin verhandelt, daß auch er eine Bebauung des Arteröder Feldes mit Häusern sofort ins Auge faßt. Da er dies zugesagt hat, so wird die braunschweigische Siedlungsgesellschaft voraussichtlich in diesem Frühjahr schon mit Errichtung einer größeren Anzahl von Häusern dort beginnen.

Sie sehen aus dem allen, daß mancherlei in die Wege geleitet ist; nur läßt sich die Inangriffnahme der Arbeiten nicht von heute auf morgen ermöglichen. Die Zementplatten und die Materialien für die Kanalisation sind in Auftrag gegeben, und auch die Grabarbeiten können sofort in Angriff genommen werden, aber bis zur Errichtung von Häusern und der Legung von Wasserleitungen wird noch einige Zeit vergehen, da die Materialien dafür noch zu beschaffen sind. Wir hoffen aber, daß bei diesen Arbeiten eine große Zahl von gelernten und ungelernten Arbeitern beschäftigt werden wird.

Es kommt noch hinzu, daß wir uns vor etlichen Wochen an die Eisenbahndirektion in Magdeburg mit der Anfrage gewandt haben, ob nicht auch der Umbau des Bahnhofes sofort in Angriff genommen werden könnte, da wir davon überzeugt sind, daß gerade diese außerordentlich umfangreiche Arbeit einer großen Anzahl von gelernten und ungelernten Arbeitern Beschäftigung bringen wird. Wir hatten insbesondere darauf hingewiesen, daß bei den Planierungsarbeiten für den großen Verschiebe- und Güterbahnhof, der sich von der Helmstedter bis zur Wolfenbütteler Straße erstrecken wird, sich viel Arbeitsgelegenheit ergeben wird. In dankenswerter Weise hat sich die Eisenbahndirektion in zustimmendem Sinne geäußert und in Aussicht gestellt, daß in kürzester Zeit wenigstens der Werkstättenbahnhof und die Hauptwerkstätte in Angriff genommen werden. Sollte das nicht in kürzester Zeit geschehen, so wird sich der Magistrat erlauben, bei der Eisenbahndirektion erneut vorstellig zu werden.

Das eine fällt mir eben noch ein: Wir haben uns vor einigen Tagen an das Volkskommissariat für revolutionäre Verteidigung mit der Anfrage gewandt, ob nicht die Kaserne an der Korfesstraße, die für militärische Zwecke zweifellos nicht mehr benutzt werden wird, uns zur Verfügung gestellt werden könnte, damit wir mit dem Eigentümer der Kaserne, der Guadtschen Stiftung, ein Abkommen treffen könnten, wonach diese Häuser zu Wohnzwecken hergerichtet würden; denn der Magistrat hält es für dringend nötig, daß bis zum 1. April eine größere Anzahl Wohnungen beschafft wird. Auch bei Herrichtung dieser Mietwohnungen werden wir eine größere Anzahl gelernter und ungelernter Arbeiter beschäftigen können. Ich hoffe, daß das Volkskommissariat für revolutionäre Verteidigung uns in

kürzester Zeit eine zusagende Antwort geben wird, und dann werden wir sofort an die Ausführung des eben genannten Projektes herantreten.

Vorsigender: Wer für Besprechung der Anfrage ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Besprechung ist beschlossen.

Stadt v. Frede: Ich hatte mich gemeldet, um die Besprechung der Anfrage zu beantragen, und zwar deshalb, um auf die Angelegenheit zu sprechen zu kommen, die Herr Stadtbaurat Gebensleben anfänglich zu erwähnen vergessen hatte, aber zuletzt noch berührt hat, nämlich die Beschaffung von Notwohnungen in möglichst kürzester Frist. Als Mitglied des Mieteinigungsamtes und des Schiedsgerichts habe ich Gelegenheit zu hören, wie dringend die Not an Wohnungen in Braunschweig ist. Es kommen viele aus dem Kriege zurück, die sich während der Kriegszeit verheiratet haben, die kriegsgetraut sind oder die jetzt heiraten wollen, und alle müssen sich einen Hausstand gründen, und deshalb haben wir mit außerordentlichen Schwierigkeiten in der Wohnungsbeschaffung zu kämpfen. Wir sollen beim Schiedsamt darauf sehen, daß Wohnungssumzüge vermieden werden, können aber nicht Rat schaffen für neue Wohnungen, und bei dieser Schwierigkeit hat Herr Postmann den Gedanken ausgesprochen, Unterkunft für Familien in der Kaserne an der Korfesstraße zu schaffen. Wenn das nicht ausreicht — und es wird nicht ausreichen —, könnte erwogen werden, ob die Bestimmung, die durch den Reichstag im allgemeinen getroffen ist, wonach das Reich, der Staat und die Gemeinde Zuschüsse bei Neubauten von Wohnungen zu geben haben, in Anwendung zu bringen ist. Wir haben diese Bestimmung in der Wohnungsdeputation so aufgefaßt, daß nur für Neubauten die Zuschüsse gewährt werden. Wir könnten aber auch erwägen, ob die Bestimmung nicht auch für andere Zwecke zu gebrauchen ist. Nach Zuschriften, die ich aus Berlin erhalten habe, ist es nach Anweisung des preußischen Wohnungskommissariats angängig, daß die Zuschüsse auch gegeben werden bei Herrichtung von solchen Wohnungen, die Privaten zu viel Kosten verursachen würden, wenn sie in einen bewohnbaren Zustand gebracht werden sollen. Der Zuschuß wird nach den Quadratmetern an Wohnraum bemessen, der auf diese Wohnungen entfällt. Ich werde nähere Ausführungen darüber in der Wohnungskommission machen, aber jedenfalls möchte ich jetzt schon aussprechen, daß wir alles tun müssen, um Notwohnungen zu beschaffen.

Stadtbaurat Gebensleben: Ich kann die Angaben des Herrn Vorredners nur bestätigen. Es existiert tatsächlich eine Bestimmung des Bundesrats vom 31. Oktober vorigen Jahres, wonach die Baukostenzuschüsse, mit denen wir uns in der letzten Stadtverordnetenversammlung eingehend beschäftigt haben, nicht nur für

Neubauten, sondern auch für Herrichtung von Notwohnungen bewilligt werden können. In der Hauptsache hatte man dabei wohl die Stadt Berlin im Auge, wo bekanntlich eine große Anzahl von Notwohnungen im Dachgeschoße hergerichtet werden soll. Jedenfalls handelt es sich um solche Räume, die nach früherer Ansicht nicht ohne weiteres als Wohnungen zugelassen werden dürfen. Man hat jetzt aus der Not eine Tugend gemacht und sich entschlossen, auf eine Reihe von Jahren Notwohnungen in dieser Weise herzurichten, und die Reichsregierung hat sich auch bereit erklärt, Reichszuschüsse dafür zu bewilligen. Die Verhältnisse hier bei uns liegen allerdings zum Teil wesentlich anders als in Berlin; aber es mag auch hier Räume geben, die unter Aufwendung nicht erheblicher Mittel zu Wohnungen eingerichtet werden können. Ich will dieser Frage gern noch nähertreten und insbesondere zu erreichen versuchen, daß die hiesige Regierung Zuschüsse auch hierfür bewilligt.

Stadtv. Fräulein **Oden**: Ich habe mich nach den Verhältnissen auf der Korfeßstraße erkundigt. Das 10. Armee-korps hat einen Mietvertrag mit den Gnadtischen Erben abgeschlossen, der bis zum Jahre 1922 läuft, und das Armee-korps hat eine Anfrage an die Erbschaftsverwaltung gestellt, ob der Mietvertrag aufgelöst werden könnte. Der Verwalter der Erbschaft, Herr Lehrer Kunkel, hat erklärt, daß es möglich wäre, daß der Magistrat in diesen Vertrag eintreten könnte. Einstweilen würde das noch eine schwierige Sache sein. Es kommt der Mietpreis in Frage, und dann würden auch noch die Umbaukosten dazuzurechnen sein; im ganzen würden etwa 30 Wohnungen dort zu beschaffen sein. Das Kommissariat für revolutionäre Verteidigung wußte überhaupt nicht über die Sache Bescheid.

Stadtv. **Mönneburg**: Ich freue mich, daß auch Herr Frede den Notstand in bezug auf Wohnungsbeschaffung anerkennt, glaube aber, daß die Errichtung von Neubauten die erste Aufgabe ist, um ihm abzuhelpen. Zur Ergänzung der bisherigen Ausführungen möchte ich darauf hinweisen, daß heute eine ganze Reihe von Familien nicht in der Lage ist, auch nur möblierte Zimmer als Wohnung zu bekommen. Von einer mir bekannten Familie, die seit langem hier ansässig ist, wurde mir erzählt, daß sie ihre Wohnung hat räumen müssen und auf die Straße gesetzt sei, weil das Haus, in dem sie wohnte, verkauft ist. Sie hat sich nur einen Schuppen mieten können, wo sie ihre Sachen unterstellen kann. Wohin sie aber ziehen wird, das weiß sie heute noch nicht. In dieser Sache könnte noch viel geschehen, und insbesondere möchte ich den Stadtmagistrat bitten, sein Augenmerk darauf zu lenken, daß in unserer Stadt große Wohnungen ermietet, aber nicht benutzt sind. Wenn da eingegriffen würde, könnte entschieden manches Gute ge-

stiftet werden. Ich weise ferner darauf hin, daß das große Eckhaus Raabestraße-Kiddagshäuser Weg seit fünf Jahren zu 95 Prozent fertiggestellt ist, so daß nur noch die letzte Hand daran fehlt, aber seit dieser Reihe von Jahren unbenutzt da steht. Die Wohnungsnot wird uns vielleicht dazu zwingen, über Maßnahmen nachzudenken, um die Riesenwohnungen, die nur für einzelne Damen oder Herren bestimmt sind, zu beschneiden. Mit Material dafür könnte ich dienen, denn mir sind mehrfach Angaben darüber gemacht. Wenn Baukostenzuschüsse für Instandsetzung von vorhandenen Räumen vom Reiche gezahlt werden, dann wird sich auch der Ausbau der Kaserne an der Korfessstraße ermöglichen lassen.

Stadtv. Lehnert: Am 3. Mai vorigen Jahres hat im Staatsministerium eine Sitzung stattgefunden, an der vom Magistrat auch Herr Stadtrat von Frankenberg teilgenommen hat. In dieser Sitzung ist zur Sprache gekommen, welche Maßnahmen der Staat ergreifen wolle zur Behebung der Wohnungsnot. Aber man ist aus den Erwägungen nicht herausgekommen und steht heute noch auf demselben Standpunkte wie am 3. Mai. Wenn das Vorhandensein der Wohnungsnot von Herrn Frede zugegeben wird, so ist das erfreulich, und in Wirklichkeit ist auch kein Wohnungsmangel, sondern krasse Wohnungsnot vorhanden. Ich kann aus meiner Tätigkeit beweisen, wie groß die Wohnungsnot ist. Ist es doch vorgekommen, daß Leute, die in dem städtischen Gebäude auf der Taubenstraße jahrelang als einwandfreie Mieter gewohnt haben, die Wohnung haben räumen müssen und nicht wissen, wohin sie gehen sollen. Sie kamen auch zu uns mit der Bitte, ihnen Wohnung zu verschaffen, aber leider mußten wir ihnen sagen: Wer nicht Mitglied bei uns ist, kann von uns keine Wohnung bekommen. Es mag sein, daß der Magistrat für sein technisches Personal zu sorgen hat, daß sie unter Dach und Fach kommen, aber immerhin hätte man in Erwägung ziehen müssen, ob denn das technische Personal direkt neben dem städtischen Institut Wohnung haben muß, und ob es nicht möglich war, die Mieter auf andere Weise zu befriedigen. Schon Herr Stadtbaurat Gebensleben hat darauf hingewiesen, daß ein Vertrag mit dem 10. Armeekorps zustande kommen müsse. Der Kostenpunkt darf uns dabei nicht abhalten; wir müssen für unsere Bürger und Arbeiter sorgen, indem wir Wohngelegenheit schaffen. Die Herren, die nicht im Wohnungsamte sitzen, kennen die Verhältnisse jedenfalls nicht so genau, aber Herr Frede weiß, daß von hundert Fällen kaum in fünf die Kündigung aufrechterhalten ist. Wenn wir nicht das Mieteinigungsamt hätten, würden die Verhältnisse noch viel schwieriger sein, weil ein Teil der Hausbesitzer, deren Sohn oder Tochter kriegsgetraut sind, glauben, jetzt kündigen zu können. Wir haben ja eine Kommission für den Kindersegen gewählt, und diese Kommission wird jetzt ein ergiebiges Feld darin finden, daß sie darauf hinarbeitet, daß den

Hauswirten auferlegt wird, für diejenigen Familien, die mit großem Kindersegen belastet sind, Wohnungen zu beschaffen. Wenn wir in den Vertrag treten, den das Armeekommando mit der Gnadtstiftung abgeschlossen hat, so wird das der Stadt allerdings große Kosten verursachen, aber davor dürfen wir nicht zurückschrecken. Und auch das ist gewiß, daß sich in den Gebäuden allerlei angesammelt hat, von beweglichem Vieh will ich gar nicht reden. Wenn wir so jemand dorthin bringen würden, dann hätten wir hinterher noch die schwersten Kosten für Desinfektion zu übernehmen, wenn er wieder ausziehen will. Von Grund aus muß das Gebäude einer Reparatur unterzogen werden.

Das Haus, das Herr Rönneburg angeführt hat, das am Riddagshäuser Wege der Raabestraße gegenüber liegt, ist ein Grundstück des Architekten Zinkeisen, in das man uns hat hineinschieben wollen. Aber wir haben uns bedankt, denn wir wollen nicht als Betrüger dort stehen und uns nicht an den Hypotheken aufhängen. Eine Ordnung hätte herbeigeführt werden können, wenn eine Zwangsenteignung vorgenommen wäre, oder wenn die Stadt stärker aufgedrückt hätte. Es ist bezeichnend, wo wir uns doch in Zeiten der Wohnungsnot befinden, daß dieses Haus, das bis zu 95 Prozent fertig ist, zum Spiel der lieben Jugend daliegt. Jetzt sieht das Haus kaum zu 50 Prozent fertig aus, so ist damit umgegangen. Wo niemand wohnt, glaubt jeder Herr zu sein.

Ich möchte auch ersuchen, daß unbedingt Schritte unternommen werden, damit die Not in Wohnungen aufgehoben wird. In erster Linie möchte ich an den Stadtmagistrat die Anfrage richten, ob es nicht möglich ist, daß Gelegenheit geschaffen wird, daß die Ziegeleien ihren Betrieb wieder aufnehmen können, indem Kohlen herangeschafft werden, denn darin liegt zum großen Teil der Grund der Wohnungsnot. Wir haben schon seit geraumer Zeit Anträge zur Lieferung von Steinen gestellt, aber noch heute liegen die Lieferungen unter der Bezugspflicht. Ich kann nicht begreifen, daß das noch für nötig gehalten wird, wo doch das Bauen so notwendig ist, um der Wohnungsnot abzuhelpen. Ich möchte bitten, möglichst rasch Mittel zu bewilligen, daß diesem Mißstande der Wohnungsnot abgeholfen wird.

Stadtbaurat Gebensleben: Der Herr Vorredner hat im Eingang seiner Ausführungen erwähnt, daß im Mai vorigen Jahres eine Sitzung stattgefunden hat, in der über die Wohnungsnot verhandelt ist, aber seit dieser Zeit sei in der Stadt Braunschweig nichts geschehen. Der Herr Vorredner wird es mir nicht übelnehmen, wenn ich ihm widerspreche. Es handelte sich damals — ich habe der Sitzung im Ministerium nicht beigewohnt, aber ich bin darüber unterrichtet — darum, festzustellen, wieviel Wohnungen wohl nach der Demobilisierung nötig sein würden, und wieviel Wohnungen insolgedessen herzurichten sind, und es war

der Endzweck, das Reich zu veranlassen, Baukostenzuschüsse zur Erbauung von Wohnungen herzugeben. Das Reich hat allerdings sehr lange Zeit gebraucht, um die Beschlüsse, die damals schon in Aussicht gestellt waren, endgültig zu fassen. Sie sind, wie den Herren aus der alten Stadtverordnetenversammlung bekannt ist, erst vor kurzem herausgekommen. Das Reich hat 500 Millionen Mark als Baukostenzuschüsse bewilligt, und davon zunächst eine Rate von 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Erst durch diese Zuschüsse — davon sind wir alle überzeugt — ist es möglich geworden, die Bautätigkeit wieder zu beleben, vorher war es einfach ein Ding der Unmöglichkeit, denn es hätte sich kaum ein Unternehmer gefunden, der die Baukostenübertreibung, die weit über 150 Prozent ausmacht, auf seine Schultern genommen hätte. Wir hatten gehofft, es würden diese Beschlüsse schneller gefaßt werden, aber leider ist es nicht geschehen. Da sie erst vor kurzem herausgekommen sind, konnten die städtischen Behörden bezüglich der Bewilligung städtischer Zuschüsse auch erst vor kurzem Stellung nehmen. Erst vor wenigen Tagen haben wir die Ausführungsbestimmungen durch die Kreisdirektion erhalten; und sofort darauf — ich glaube, am anderen Tage — haben wir unsererseits eine Bekanntmachung in sämtlichen Zeitungen erlassen, in der wir darauf aufmerksam gemacht haben, daß für diejenigen Bauherren, die an der Bekämpfung der Wohnungsnot teilnehmen, Baukostenzuschüsse gezahlt werden. Verschiedene Baulustige haben sich schon in meinem Dienstzimmer gemeldet. Der erste war Herr Stadtv. Lofmann, der Geschäftsführer der Braunschweigischen Baugenossenschaft, der mir erklärte, daß die Baugenossenschaft schon, bevor die Zuschüsse bewilligt waren, beschlossen habe, mit dem Bauen zu beginnen. Wir haben ferner Fühlung mit der Siedlungsgesellschaft genommen und ihr nahegelegt, auch auf dem Krkeröder Felde zu bauen. Es ist eine große Anzahl Baulustiger — sie zählen nach Duzenden — in den letzten Tagen bei mir gewesen, und allen diesen habe ich erklärt, daß es zweckmäßig ist, jetzt sofort zu bauen, sobald die Baustoffe zur Verfügung stehen, da den Bauenden ganz erhebliche Zuschüsse von Reich, Staat und Gemeinde gewährt werden. Sie werden fragen: Warum baut die Stadt nicht selbst Wohnhäuser? Nun, darin haben die städtischen Behörden ein Haar gefunden. Auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung werden von uns keine Wohnhäuser mehr gebaut, sondern wir wollen die Baulustigen zum Bauen veranlassen; das ist nach unserer Überzeugung für beide Teile besser.

Es hat der Herr Vorredner noch erwähnt, die städtischen Behörden sollten nicht fürückschrecken vor den hohen Kosten, die bei der Einrichtung der Kaserne an der Korfesstraße zu Familienwohnungen aufzuwenden sind. Nein, davor schrecken die städtischen Behörden nicht zurück, vor allem nicht angesichts des Umstandes, daß wir auch für diese Arbeiten den Reichs- und Staatszuschuß voraussichtlich bekommen werden. Damit kann ich überleiten zu der Frage, was wir mit den

Häusern des Herrn Zinkeisen am Riddagshäuser Wege zu tun gedenken. Über diese Doktorfrage hat der Magistrat schon viel nachgedacht und verhandelt, leider aber immer mit einem negativen Ergebnis. Jetzt ist aber der Augenblick gekommen, wo an die Fertigstellung dieser Häuser gedacht werden kann unter der Voraussetzung, daß dafür der Reichs- und Staatszuschuß bewilligt wird. Wir unsererseits werden auch den städtischen Zuschuß bewilligen, damit so schnell wie möglich diese Häuser bewohnbar werden.

Selbstverständlich hat der Herr Vorredner damit recht, daß das Bauen erst wieder in großem Umfange aufgenommen werden kann, wenn die Ziegeleien in der Lage sind, Ziegelsteine zu liefern. Ich habe vorhin schon angedeutet, daß die Beschaffung der Ziegelsteine um deswillen große Schwierigkeiten macht, weil den Ziegeleien nicht die entsprechende Menge Kohlen geliefert werden kann. Deshalb ist den Bauenden von vielen Seiten empfohlen, Ersatzstoffe zu verwenden. Diese können z. B. in Oker angefertigt werden, wo man Schlacken unter Hinzufügung von Bindemitteln zu Bausteinen formt; mit diesen Schlackensteinen hat man ganz gute Erfahrungen gemacht. Zur Anfertigung dieser Steine braucht man keine Kohlen, sondern sie werden einfach unter einem bedeckten Schuppen an der Luft getrocknet. Ich habe schon erwähnt, daß die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft dieser Frage energisch nähergetreten ist. Wie mir der Direktor der Siedlungsgesellschaft gesagt hat, hofft man, die Fabriken in Oker zu veranlassen, diese Ersatzbausteinfabrikation in großem Maßstabe aufzunehmen. Wenn das gelingt, so bekommen wir nicht nur ein gutes, sondern auch ein ziemlich billiges Steinmaterial zum Bauen, denn die Schlackensteine sind erheblich billiger als Ziegelsteine. Zweifellos würden die Fabriken in Oker in der Lage sein, so große Mengen dieser Steine herzustellen, daß hier der Bedarf einigermaßen gedeckt wäre. Trotzdem wird sich der Magistrat Mühe geben, die zuständigen Stellen zu veranlassen, daß die hiesigen Ziegeleien ausreichend mit Kohlen beliefert werden, damit sie die Ziegelfabrikation wieder aufnehmen können.

Bürgermeister Meyer: Der Herr Vorredner hat die Frage angeschnitten, ob den hiesigen Ziegeleien Kohlen in so großer Menge geliefert werden können, daß mit der Fabrikation von Ziegelsteinen dem hiesigen Bedarfe entsprechend wieder angefangen werden kann. Meine geehrten Damen und Herren, Sie wissen, daß die Regelung der Kohlenfrage erfolgt durch das Reich und die Gemeinde. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat eine Zweiteilung in der Versorgung mit Kohlen eintreten lassen, indem er gesagt hat: Alle Verbraucher von mehr als 10 Tonnen im Monat sollen durch die Kriegsamtsstelle bedient werden, und die kleineren Verbraucher sollen durch die von den Gemeinden eingerichteten Ortskohlenstellen beliefert werden. Zu den großen Verbrauchern werden sämtliche

Ziegeleien, die ihren Betrieb wieder aufgenommen haben, gehören. Was die Kriegsamtstelle zu liefern hat, das kann ich nicht übersehen, denn das erfahren wir nicht, nur darüber kann ich Auskunft geben, was die Gemeinden zu besorgen haben. Diese Auskunft ist nicht erfreulich, und zwar um deswillen nicht, weil wir auch heute noch in großer Kohlenknappheit leben. Wenn wir die Kohlen herankämen, die uns der Reichskommissar für Kohlenverteilung für diesen Winter auf dem Papier in Aussicht gestellt hat, so würden wir uns wesentlich besser stehen als im vergangenen Jahre; leider aber sind die Anlieferungen hinter dem, was uns zugesagt ist, erheblich zurückgeblieben. Wir bekommen die Kohlen im einzelnen auf Bezugsschein geliefert — das ist das, was Herr Stadtv. Lehnert in gewisser Weise kritisiert hat. Ich halte aber sehr viel von den Bezugsscheinen, denn sie bilden die Unterlage für die Aufrechterhaltung und Durchführung der erlassenen Regelungen. Jeder Bezugsschein, der uns geliefert wird, bedeutet für uns eine Menge von 300 Zentner Kohlen. Wir unsererseits geben kleinere Bezugsscheine für die Verbraucher aus, soweit sie nicht ganze Waggonladungen erhalten. Wenn die Ortskohlenstelle eine Ziegelei zu beliefern hätte, würde sie selbstverständlich bereit sein, das nötige Kohlenmaterial der Ziegelei zu überweisen, aber ich mache darauf aufmerksam, daß augenblicklich die Not an Kohlen so groß ist, daß wir nach Bedienung der kleineren Gewerbetreibenden für die Haushaltungen im Durchschnitt nicht einmal zwei Zentner im letzten Monat haben ausgeben können. Daraus können Sie sehen, wie knapp es bei uns mit den Kohlen bestellt ist. Ich bin leider nicht in der Lage, für den Schluß dieses Monats oder für den kommenden Monat mehr in Aussicht zu stellen, weil die Schwierigkeit der Heranschaffung noch nicht beseitigt ist.

Stadtv. Meißner: Um der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsknappheit zu steuern, möchte ich den Magistrat gebeten haben, baldmöglichst an den Ausbau der Lorgingstraße und der Bayreuther Straße zu denken. Der unterirdische Ausbau der beiden Straßen ist bereits vor dem Kriege fertiggestellt, die Kanäle sind verlegt; meiner Ansicht nach würde dem baldigen oberirdischen Ausbau nichts mehr im Wege stehen. Es ist auch in Aussicht genommen, das Gelände schon in diesem Frühjahr zu bebauen.

Stadtv. Lehnert: Seitens des Herrn Stadtbaurats Lebensleben wurde gesagt, daß ich auf dem Irrwege gewesen wäre, als ich ausgeführt habe, es sei seit Mai vorigen Jahres nichts in der Wohnungsnot geschehen. Wie steht denn die Sache? Es ist doch seit dem 3. Mai vorigen Jahres bis vor vierzehn Tagen, wo die Verordnung über die Baufostenzuschüsse herausgekommen ist, tatsächlich nicht zum Bauen gekommen. Man hätte wenigstens die Erklärung abgeben können:

„Wir wollen unser möglichstes tun“, aber jetzt stellt ein großer Teil derjenigen, die bauen wollen, erst die Anträge auf Zuschuß.

Herr Bürgermeister Meyer hat erklärt, daß er die Bezugsscheine für wertvoll halte. Ich habe die Anfrage an den Magistrat gestellt, ob es ihm nicht möglich ist, bei der Reichskohlenstelle einen Antrag zu stellen, daß die Ziegeleien genügend mit Kohlen beliefert werden. Mit einer Menge von 10 Tonnen Kohlen können sie ihren Betrieb nicht beginnen. Eine solche Menge reicht nicht einmal einen Tag lang, um den Ringofen zu heizen, so daß die Produktion mit solch kleinen Mengen viel zu gering wäre.

Ferner möchte ich noch eine Anfrage stellen. Es ist seinerzeit der Ausbau der Raabestraße beschlossen; hat der Magistrat dazu Stellung genommen? Es liegt dort ein großer Bauplan, wo etwas gegen die Wohnungsnot unternommen werden könnte. Vor allen Dingen kommt es darauf an, daß wir Arbeitsgelegenheit schaffen, woher sie kommt, das ist einerlei.

Stadtbaurat Lebensleben: Es sind einige Anfragen an mich gerichtet, die ich noch beantworten möchte. — Von Herrn Stadtv. Reißner wurde angeregt, die Vorzingstraße und die Bayreuther Straße auszubauen. Dieser Frage wird der Magistrat sofort nahetreten, wenn die Bauvereinigung einen entsprechenden Antrag bei uns stellt. Dem Ausbau wird nichts im Wege stehen, und zwar aus folgendem Grunde — und das trifft auch für die Wabestraße zu: denjenigen, die an einer neu auszubauenden Straße ein Gebäude aufführen, werden auch die Baukostenübertreibungen für die Straßenanlagen aus Reichs-, Staats- und Gemeindemitteln ersetzt. In derselben Weise verfährt augenblicklich z. B. die Braunschweigische Baugenossenschaft. Sie hat sich vorgenommen, die Goethestraße in ganzer Länge zu bebauen, hat einen entsprechenden Bauplan eingereicht und bekommt die Baukostenzuschüsse für die Wohnhäuser. Sie hat aber gleichzeitig den Antrag gestellt auf Bewilligung des Baukostenzuschusses für den Ausbau der Goethestraße; sie bekommt auf diese Weise auch diejenigen Beträge ersetzt, um die die Anliegerbeiträge durch die Baukostenübertreibung gewachsen sind. Wenn die Bauvereinigung beabsichtigt, die Vorzingstraße und die Bayreuther Straße zu bebauen, so mag sie sofort den Antrag beim Magistrat auf Ausbau der Straße stellen, dann kann ihr auch die Baukostenübertreibung aus Reichs-, Staats- und Gemeindemitteln ersetzt werden. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Wabestraße. Soweit ich weiß, hat die Braunschweigische Baugenossenschaft das Baugelände an dieser Straße erworben. Sobald sie plant, an dieser Straße Häuser zu bauen, empfehle ich ihr, mit dem Magistrat in Verbindung zu treten; wir werden dann genau so verfahren, wie ich das eben erläutert habe.

Herr Stadtv. Lehnert hat gemeint, der Stadtmagistrat hätte tatsächlich die Zeit vom Mai bis jetzt verstreichen lassen, ohne mit dem Bauen zu beginnen. Ich möchte die Frage an ihn richten, ob wir denn hätten bauen sollen unter Außerachtlassung dieser in Aussicht gestellten Reichs- und Staatszuschüsse. Das ging doch nicht an. Aber verhandelt habe ich mit Baulustigen in der Zwischenzeit wiederholt (auch mit der Baugenossenschaft, das wird Herr Tostmann bestätigen können) und habe sie zu veranlassen gesucht, die Bautätigkeit wieder aufzunehmen. Das letztere war aber nicht möglich, weil die Braunschweigische Baugenossenschaft die höheren Mittel nicht aufwenden konnte und auch nicht wollte, was man ihr nicht verdenken kann.

Stadtv. **Tostmann:** Als seinerzeit im Staatsministerium die Sitzung stattgefunden hatte, wurde mir von Herrn Stadtrat von Frankenbergr die Anregung gegeben, wir möchten schleunigst Anträge an den Stadtmagistrat stellen, um Baukostenzuschüsse zu erhalten, und die Baugenossenschaft hat sich, da sie selbst genau über die Wohnungsnot informiert war, sofort mit dem Stadtmagistrat in Verbindung gesetzt und um den nötigen Zuschuß gebeten, damit sie die Bautätigkeit aufnehmen könnte. Nach öfteren Verhandlungen ist aber bei der Sache kein Resultat herausgekommen, weil sich der Stadtmagistrat nicht entschließen konnte, die höheren Kosten, die nun einmal das Bauen eben kostet, uns zuzuschießen. Infolgedessen waren wir nicht in der Lage, die Bautätigkeit schon im Sommer aufzunehmen. Als nun der Krieg zu Ende ging und die Wohnungsnot immer größer wurde, haben wir selbstverständlich uns entschlossen, ohne Rücksicht darauf, ob wir Zuschüsse bekämen oder nicht, die Bautätigkeit auf unsere Kosten aufzunehmen. Nachher ist das Gesetz, betreffend die Bautkostenzuschüsse herausgekommen, und diese werden wir ja nun auch bekommen. Der Vorwurf, den Herr Lehnert gemacht hat, ist also in gewissem Grade berechtigt. Wenn seinerzeit von der Stadt etwas geschehen wäre, dann wären wir in der Lage gewesen, zum 1. Juli oder zum 1. April fertige Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Was die Baumaterialien betrifft, so kann ich erklären, daß schon sehr viel davon zur Verfügung steht. Ich habe mich selbstverständlich überall darnach erkundigt und habe keine Befürchtung, daß eine Stockung im Bauen eintreten könnte, auch durch die Ziegeleien nicht. Ich habe mich deswegen mit den hiesigen Ziegeleien in Verbindung gesetzt, und mir ist die Antwort geworden, daß sie uns genügend Ziegelfeine liefern könnten. Die jetzige Knappheit läge nur daran, daß die sämtlichen Ziegelwaren beschlagnahmt waren, und deshalb sagt Herr Lehnert, daß man sie nur gegen Bezugsschein bekommen kann. Mir wurde mitgeteilt, daß sehr viele Anforderungen von seiten der Industrie erfolgt wären, und daß davon nur ein ganz kleiner Teil habe berücksichtigt werden können, weil die Lieferung

vom Kriegsamt Hannover abgelehnt sei. In dieser Beziehung müßten Schritte getan werden, damit die Ziegelsteine frei werden.

Über das Kasernement in der Korfesstraße hat Herr Frede schon gesprochen. Der Stadtmagistrat hat die Ermietung in die Wege geleitet, weil das Militär doch nun nach Hause geschickt wird und das Kasernement dann leer wird. Allerdings ist ein sehr hoher Preis seitens der Militärverwaltung dafür gezahlt; 40 000 *M* für diese Gebäude, das darf man geradezu Wucherpreise nennen. Ich sehe nicht ein, daß die Stadt, wenn sie das Kasernement pachtet und als Wohnungen weiter vermietet, auch diese Wucherpreise zahlen soll, auch wenn die Gnadtche Stiftung diesen kolossalen Preis von der Militärverwaltung bekommen hat. Dagegen muß man sich ganz energisch wehren, daß solche Preise bezahlt werden. Zu bedenken ist noch, daß der Ausbau sehr viel kosten wird. Ich will dabei bemerken: Wenn der Herr Stadtbaurat sagte, daß die Baukosten jetzt um etwa 100 Prozent teurer würden, so ist das nicht richtig. Die Berechnung, die wir gemacht haben, stimmt genau mit 250 Prozent. Sie können sich darnach ausrechnen, daß der Bau eines Einfamilienhauses, der früher 7—8000 *M* gekostet hat, jetzt nur zu 25—26 000 *M* herzustellen sein wird, und davon wird kein Pfennig heruntergehen. -

Was den Ausbau der Wabestraße anbelangt, so ist diese Frage in der Deputation für Arbeitsbeschaffung schon zur Sprache gebracht, und der Magistrat hat zugesagt, daß, sobald ein Antrag gestellt wird, mit dem Bau der Straße begonnen werden soll; es müsse nur erst ein großer Sammelkanal hergestellt sein; bevor das nicht geschehen ist, könne auch mit den Arbeiten in der Wabestraße nicht begonnen werden.

Stadtbaurat Lebensleben: Es trifft zu, daß Herr Stadtv. Lofmann vor längerer Zeit mit uns verhandelt hat über Zuschüsse, die die Stadt bewilligen sollte, damit die Baugenossenschaft unabhängig von den in Aussicht gestellten Reichs- und Staatszuschüssen mit dem Bau von Wohnhäusern beginnen könnte. Die Verhandlungen haben damals zu einem Ergebnis nicht geführt, denn die Baugenossenschaft verlangte Zuschüsse in solcher Höhe, daß sich die Wohnungsdeputation nicht dazu verstehen konnte, sie zu bewilligen, und zwar um so weniger, als feststand, daß in kürzerer Zeit aus Reichs- und Staatsmitteln erhebliche Zuschüsse in Aussicht standen. Die städtischen Behörden haben aber doch die Zeit nicht verstreichen lassen, ohne irgend etwas zu tun. Die Herren der alten Stadtverordnetenversammlung und insbesondere die Herren der Wohnungsdeputation wissen genau, daß eine ganze Menge geschehen ist. Es sind erhebliche Mittel aufgewandt, um eine Anzahl Wohnungen in städtischen und nichtstädtischen Gebäuden herzurichten. Ich erinnere an die recht hübsch gewordenen Wohnungen in den

städtischen Häusern am Nickenkult, in den Häusern an der Martinikirche, am Bohlwege, in der Schule an der Leopoldstraße, in der Mönchstraße und an anderen Stellen. Eine große Zahl sehr hübscher kleiner Wohnungen ist geschaffen. Zuletzt hatten wir beschlossen, die Schule an der Leopoldstraße zu Familienwohnungen umzugestalten. Ich habe mich überzeugt, daß die Wohnungen, die dort geschaffen sind, ihrem Zwecke gut entsprechen; und die Leute, die dort wohnen, haben mir erklärt, daß sie mit den Wohnungen sehr zufrieden sind. Einige Wohnungen stehen uns dort noch zur Verfügung, aber wir werden wohl noch dazu übergehen müssen, wenn die Not uns zwingt, noch eine andere Schule zu opfern. Das wichtigste aber ist die schleunige Inangriffnahme des Baues von neuen Wohnungen; und da ist es anzuerkennen, daß die Braunschweigische Baugenossenschaft schnell vorgegangen ist. Hoffentlich gelingt es auch, die Siedlungsgesellschaft und noch andere Bauherren zum schleunigen Bauen zu veranlassen. Ich betone, daß die Reichs-, Staats- und Gemeindegewährschaften nicht nur Genossenschaften, sondern auch Privatunternehmern zugebilligt werden, und möchte auch diese letzteren bitten, in großer Zahl sich bereit zu erklären, mitzuhelfen zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

6. Anfrage Schilke, betreffend die Gewalttaten am 7. Januar.

Wortlaut der Anfrage s. S. 533.

Stadtv. **Schilke** (zur Begründung): Wir haben es am letzten Dienstag in Braunschweig erleben müssen, daß einige Privathäuser, in denen sich Wahllokale befinden, von der Volkswehr und den Mitgliedern einer anderen Vereinigung gestürmt, die Wahlzettel, Wahlaufträge und die Utensilien verbrannt worden sind, daß es sogar auch zu Tötlichkeiten dabei gekommen ist. Ich möchte den Magistrat bitten, sich darüber zu äußern, ob es in Braunschweig und in unserem engern Vaterlande jetzt möglich ist, daß Privathäuser gestürmt werden, unter Umständen Gewalt angewendet wird, das dort befindliche Privateigentum entwendet und vernichtet werden kann, ohne daß in irgend einer Weise hier von Seiten der Polizei oder einer anderen Seite einer solchen Vergewaltigung entgegengetreten wird. — Ich beantrage zugleich, daß eine Aussprache über diese Anfrage stattfindet.

Die Besprechung der Anfrage wird von der Versammlung angenommen.

Stadtrat **von Frankenberg** (zur Beantwortung der Anfrage): Die Ereignisse, die sich vorgestern hier vollzogen haben, sind in aller Erinnerung. Es wird in erster Reihe Aufgabe der Regierung, der Polizeidirektion und des Kommissariats für Volksverteidigung sein, gegen derartige Vorkommnisse jeden Bürger und Ein-

wohner zu schützen, denn jeder in Braunschweig hat, wie wir überzeugt sein dürfen, den gleichen Anspruch darauf, daß er in seinem Eigentum, seiner Sicherheit und seiner Bewegungsfreiheit geschützt wird. Der Volkskommissar für die Stadt Braunschweig wird, dazu dürfen wir das zuversichtliche Vertrauen haben, bemüht sein, diesen Schutz, auf den jeder Bürger und jede Bürgerin Anspruch hat, nach Möglichkeit durchzuführen.

Stadtv. **Wesemeier:** Meine geehrten Damen und Herren! Ich begreife die Anfrage, die Herr Schilke gestellt hat, und die wohl von sämtlichen Mitgliedern der demokratischen Fraktion unterschrieben worden ist, sehr wohl, aber ich glaube doch: die Anfrage ist in der heutigen Zeit recht naiv insoweit, als die Herren zu glauben scheinen, daß sie sich im Laufe einer Zeit befinden, die man der Friedenszeit gleichrechnen könnte. Wir leben aber zufälligerweise in einer Zeit, in der es ebenso berechtigt wäre, wenn Herr Schilke eine Anfrage stellte: „Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Revolution zu verhindern?“ Wir leben in einer Revolutionszeit, und allerdings kommt da manches vor, was manch einem nicht angenehm ist, was von mancher Seite nicht gebilligt werden kann und auch nicht gebilligt zu werden braucht. Wenn Sie, Herr Schilke und die demokratische Fraktion, in Berlin lebten — Berlin ist ein Stück vom deutschen Reich — und würden dort eine Anfrage an den Magistrat richten: „Was gedenkt der Magistrat zu tun, um diese Zustände, wie sie heute bestehen, zu beseitigen“, ich glaube, die Fraktion würde der allgemeinen Lächerlichkeit anheimfallen. Ähnlich verhält es sich hier in Braunschweig. Gerade die demokratische Fraktion ist es gewesen, die es mit zuwege gebracht hat, was geschehen ist. Denken Sie an die Inserate, an diese wüste Hege, an dieses Bild, in dem Sie den Spartakus abmalen, und selbstverständlich sollte damit die unabhängige Sozialdemokratie getroffen werden. Das Bild ist zum Stimmfang veröffentlicht; es wird ein Mann aus dem Pöbel hingestellt, der dem braven Bürgermann an die Kehle springt. Das ist dasselbe Manöver, das 1887 die Faschingswahl hervorgebracht hat, um eine regierungstreue Mehrheit zusammenzubringen. Auf denselben Gedanken verfällt die demokratische Partei, und dadurch ist zum guten Teil diese Bewegung mit ausgelöst und der Ärger der Arbeiterschaft erregt gegen die Art der Agitation, wie sie hier betrieben wird, dadurch, daß immer unter dem Namen Spartakus die gesamte braunschweigische revolutionäre Arbeiterschaft verstanden werden soll. Die Demokraten von 1848 waren andere Kerle. Vor 70 Jahren haben die Demokraten selbst Revolution gemacht und Minister aus dem Fenster gestürzt. Da hat keiner gefragt: „Was gedenkt die Regierung zu tun?“ Heute sind die Demokraten anders geartet. Inmitten einer Revolution stellen sie eine solche Anfrage und suchen die Revolution in solche Bahnen zu lenken, daß keiner davon belästigt wird. Sie ver-

kennen die Situation, wie sie in Wirklichkeit ist. Eine Revolution von unten im Salon wird es nie geben. Wir haben 4½ Jahre die Revolution im Salon gehabt, die gegen das Volk gerichtet war. Als das Volk geknechtet und gestrielt worden ist, haben Sie nicht gesagt: „Was gedenkt der Magistrat zu tun, um der unerhörten Diktatur aus dem Wege zu gehen?“ Heute ist die Revolution auf der Straße ausgelöst, um reine Bahn zu machen mit dem, was wir seit 4½ Kriegsjahren erlebt haben. Die Angestellten, die Sie in einer Organisation vertreten, haben den wesentlichsten Vorteil von der Revolution, denn sie waren zum größten Teil Sklaven und sind durch die Revolution befreit. Die Revolution ist heute in andere Bahnen gelenkt, als Sie es wünschen. Wenn die Revolution nur die Angestellten befreien würde und dann jeder ruhig nach Hause gehen könnte, dann wird das nicht erreicht, was diejenigen wollen, die die Revolution gemacht haben. Ich erinnere an Blankenburg a. S. Dort haben erst in dieser Woche die Offiziere eine Revolution gegen die rechtssozialistische Regierung entfacht, und wenn sie gelungen wäre und die Offiziere es fertiggebracht hätten, wenn sie dort in die Wohnungen der Sozialisten gedrungen wären und Sie hätten in Blankenburg gelebt als Fraktion, wie Sie es hier sind, Sie hätten sich darüber gefreut. (Sehr richtig! Widerspruch und Zurufe. Glocke des Vorsitzenden.) Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß Sie dann nicht daran gedacht hätten, das zu tun, was Sie heute hier getan haben, weil es sich dort um einen Akt von oben und nicht von unten handelte. Da würden Sie nicht fragen: „Was gedenkt der Magistrat zu tun?“ Ich glaube, es ist für den Magistrat schwer, die Frage zu beantworten. Er kann sie nicht beantworten, denn er weiß, daß wir in einer Revolutionszeit leben; Sie dagegen scheinen nicht begriffen zu haben, daß die Revolution Zustände mit sich bringt, über die nicht hinweggegangen werden kann, wo unter Umständen auch in die Privatwohnungen eingedrungen werden muß. (Hört! Hört!) Sie halten eine Revolution gegen das arbeitende Volk für selbstverständlich. (Zuruf: Denkt keiner daran!) Daß aber die Gegner der Revolution geknebelt sind, das halten Sie für verabscheuenswert. Das ist nicht der Standpunkt derjenigen, die sich ihr Recht erkämpfen wollen. Ich erkläre: Sie von der demokratischen Vereinigung hätten am wenigsten Recht, darnach zu fragen, wie es zu den Gewalttaten gekommen ist. Mit Ihrer Bilderagitation sind Sie schuld, daß die Arbeiterschaft aufgebracht ist zu dem Tun, unter dem Sie jetzt zu leiden haben.

Stadtv. Rönneburg: Ich bin wesentlich anderer Meinung als Herr Wesemeier und muß sagen: Da Herr Wesemeier nicht nur Stadtverordneter, sondern auch Volkskommissar für die Stadt Braunschweig ist, so hätte ich, wenn er veranlaßt wird, sich die Frage vorzulegen: Wie wird Ruhe und Ordnung und die Sicherheit des Eigentums der Bürger geschützt?, eine andere Antwort erwartet,

insbesondere von einem Mann, der in Übereinstimmung mit seinen Parteigenossen erklärt hat, die Revolution solle Frieden, Freiheit und Ordnung bringen. Davon hat man am Dienstag recht wenig zu sehen bekommen; von Freiheit und Ordnung war nicht die Spur zu sehen. Wenn das die Freiheit ist, daß man den anderen vergewaltigt, in die Privaträume eindringt, vor Männern und Frauen mit entschulten Gewehren herumfuchelt, Fenster einschlägt, und Zehntausende von Mark Schaden anstiftet, dann danken wir für solche Freiheit. Wir sind überzeugt, daß die Stadtverwaltung die Aufgabe hat, selbst Maßnahmen zu treffen und sich mit den betreffenden Behörden in Verbindung zu setzen, damit derartige unerhörte Ausschreitungen nicht möglich sind. Ich habe geglaubt, daß Herr Wesemeier deutlich abrücken würde von einem derartigen nichtswürdigen Treiben, wie wir es am vorigen Dienstag erlebt haben, auch habe ich geglaubt, er würde hierin mit uns auf demselben Boden stehen und erklären: Mit solchen Leuten, die derartige Ausschreitungen begangen haben, haben wir nichts zu tun. Seien Sie doch nicht so empfindlich über die Bilderagitation! Allerdings muß ich offen gestehen, daß ich verhindert habe, daß künftig solche Bilder wieder erscheinen. Aber Sie werden, wenn Sie in dieser Beziehung lehren wollen, genug vor Ihrer eigenen Tür zu lehren haben. Würden Sie die Bilder aus dem Volksfreund und aus der Silbesterzeitung ansehen, so würden Sie mancherlei finden, was Ihnen keine Freude machen würde — uns auch nicht. Wir leben mitten in einer Revolution, und wenn es kocht, dann werden Blasen getrieben; davon will ich nichts sagen. Aber wir wollen endlich wieder Ruhe und Ordnung, wir haben Gesetze von der neuen Regierung, und darunter auch ein Gesetz über das Volks-Standessgericht. Darin steht: Wer in die Häuser eindringt, wer sich an fremdem Eigentum vergreift, wird sogar mit dem Tode bestraft. Diese Beschüsse sind von Ihren Parteifreunden gefaßt worden, nur haben Sie in den letzten Tagen die Todesstrafe abgeschafft und andere schwere Strafen dafür eingesetzt. Es läge in Ihrem Sinne, alle Bestrebungen zu unterstützen, die eine derartige Gewaltpolitik unmöglich machen. Auch der Volkskommissar für die Stadt und die Stadtbehörden haben alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß derartige unerhörte Vorkommnisse nicht wieder möglich sind. Wir haben sehr wohl begriffen, was die neuen Verhältnisse bringen sollen: vor allen Dingen Freiheit, Frieden und Ordnung. Bringen sie uns das nicht, dann können sie uns gestohlen werden! Darnach, was in Berlin geschehen ist, sehnen wir Braunschweiger uns nicht; wir bedanken uns für derartige Vorkommnisse und glauben, der Berliner Stadtmagistrat wird sich wohl schon gefragt haben, was die Stadtverwaltung tun könnte, um solches Treiben unmöglich zu machen. Wir wollen wünschen, daß wir nicht in solche Verhältnisse hineinkommen, einen Vorgeschmack davon haben wir ja nun erlebt. Wir fallen mit unserer Anfrage keineswegs der Lächerlichkeit anheim. Ich hätte

einmal sehen mögen, was Sie getan hätten, wenn es anders herum gegangen wäre. Ich glaube, der erste, der eine Anfrage gestellt hätte, wäre Herr Wesemeier gewesen. Denken Sie an Ihre Demonstration, als die Polizei sich Übergriffe erlaubt hatte! Damals haben Sie eine Anfrage eingebracht: „Was gedenkt der Magistrat zu tun, um uns gegen den Polizeiknüppel zu schützen?“, und damals hätten Sie es übelgenommen, wenn gesagt wäre, Sie verfielen damit der allgemeinen Lächerlichkeit. Wir verfallen der Lächerlichkeit nicht, wenn wir für Ruhe und Ordnung eintreten. Das ist die oberste Pflicht der Stadtverwaltung, einschließlich des Volkskommissars für die Stadt. (Zurufe von der Galerie her.)

Vorsitzender: Ich möchte die Zuhörer auf den Tribünen ersuchen, sich der Äußerung des Beifalls oder Mißfallens zu enthalten.

Stadtv. Lehnert: Wenn man Herrn Rönneburg gehört hat, muß man zu dem Worte kommen: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.“ Als seinerzeit in Braunschweig auf Kommando der Militärbehörde Polizeibeamte nachts in die Wohnungen friedlicher Bürger und Arbeiter eindringen und Hausdurchsuchungen hielten, als man ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, meinen Genossen Genzen, auf Monate auf Verdächtigungen hin ins Untersuchungsgefängnis gesetzt hatte, da ist die demokratische Partei nicht Sturm gelaufen gegen solche Übergriffe. Herr Wesemeier hat recht, wenn er die Behauptung aufstellt, daß, nachdem sich die Revolution nicht mehr im Salon abspielt, sondern auf der Straße, dort ein anderer Ton herrscht. Nur der Ton macht die Musik. Wären in diesen Fällen die demokratischen Heftblätter nicht in dieses Fahrwasser hineingeraten, wie es in der letzten Zeit geschehen ist, dann wären auch diese Vorkommnisse nicht geschehen. Wenn Sie als Pädagogen die Bilder veröffentlichen und doch keinen Geschmack daran finden, dann möchten Sie Ihren Einfluß auf die geistigen Kräfte dahin arbeiten lassen, daß die Veröffentlichung unterbliebe. Wenn unsere Blätter solche Schreibweise geführt hätten — was dann geschehen wäre, das haben wir innerhalb der 4½ Jahre gesehen, wo jeder freiheitliche Ton heruntergedrückt wurde und die bürgerliche Gesellschaft Beifall gezollt hat. Mächtelang sind Hausdurchsuchungen nach dem Briefwechsel unserer Parteifreunde gehalten, aber darüber haben Sie sich nicht empört, sondern haben gesagt: Es ist gut, daß solche Maßnahmen ergriffen werden. Jetzt, nachdem der Spieß umgekehrt ist, reden Sie anders. Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Sie haben einen großen Teil Schuld daran, daß die Erbitterung in die Arbeiterkreise hineingetragen ist. Ich möchte Sie fragen: Was sagen Sie als Pädagogen dazu, wenn den Kindern in den Schulen die Aufforderung zugestellt wird, Kriegsanleihe zu zeichnen (Zuruf: Sehr richtig!), und eins der Kinder, das aus Unver-

stand die Aufforderung entzwei gerissen hat, dafür vom Schulinspektor körperlich gezüchtigt wird? Haben Sie als Pädagogen dies vielleicht gutgeheißen? Was würden Sie als Vater getan haben, wenn in dieser Weise Ihr Kind behandelt wäre? Ich bin nicht gegen jede körperliche Züchtigung, aber ich kann versichern: ich hätte mit dem Herrn ein ernstes Wort gesprochen, und dann hätten Sie vielleicht auch sagen können: Der Ton macht die Musik. (Erneute Zurufe von der Galerie.)

Vorsitzender: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß es nicht statthaft ist, daß die Zuhörer auf der Tribüne in die Verhandlung eingreifen, und möchte bitten, sich darnach zu richten.

Stadtv. Wahrenndorf: Auch ich möchte darauf hinweisen, daß die Bilder, die von der demokratischen Partei in der Zeitung veröffentlicht sind, Anlaß zu großem Argernis gegeben haben. Ich weiß auch bestimmt, daß ein großer Teil der bürgerlichen Parteien diese Agitation nicht mitmachen will und es verwirft, mit derartigen Sachen in den Wahlkampf hineinzugehen. Das war aber kein Grund, daß Arbeiter, die das Recht auf ihre Fahne geschrieben haben, in solcher Weise vorgehen, wie sie es getan haben. Es muß der höchste Grundsatz im politischen Kampfe sein, daß man die Meinung der Gegner achtet, und die Gegnerschaft darf nicht so zum Ausdruck kommen, wie es geschehen ist. Sonst könnte jeder Grund zum Vorwand genommen werden, um solche Taten auszuführen; es mögen Bilder kommen oder nicht, irgendwo würden sich die Gegner an einer Sache reiben. Ich kenne viele dieser Leute persönlich, sie sind als Einzelperson nicht so gefährlich, nur in großer Masse sind sie es. Ich möchte, daß Sie Ihren Einfluß dahin ausüben, daß solche Zustände nicht wieder vorkommen, denn schließlich schaden Sie doch Ihrer Sache mehr, als daß Sie Nutzen davon haben.

Stadtrat von Franckenberg: Es liegt mir fern, in den Streit der Meinungen über das, was heute hinter uns liegt, einzugreifen und Öl ins Feuer zu gießen. Ich möchte aber als derjenige, der im Stadtmagistrat mit der Vorbereitung der verschiedenen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, zum Landtag und zur Nationalversammlung betraut ist, eine dringende Bitte an die verehrten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung richten, die ich einkleiden kann in die Form des Dankes dafür, daß viele von Ihnen sich bereit erklärt haben, das Amt eines Wahlvorstehers oder Stellvertreters bei den Wahlen zu übernehmen. Wenn diese Wahl am Sonntag in acht Tagen, wie wir wünschen müssen, ordnungsmäßig durchgeführt werden soll, dann wird das nicht nur des Schweißes der Edlen im Wahlraum selbst wert sein, sondern ich vertraue auch auf den starken Einfluß

aller Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung ohne Ausnahme in der politischen Richtung, daß diese Wahl ruhig und so geordnet sich vollzieht, wie es das deutsche Reichsgesetz, wie es die Vorschriften für die Wahl und wie es die gesetzlich gewährleistete Wahlfreiheit verlangt. Ich darf wohl im Namen derjenigen, die für vollständige Wahlfreiheit sind, sprechen, wenn ich sage: Wehe denen, die es wagen sollten, die Wahlfreiheit am Sonntage in acht Tagen anzutasten. (Bravo!)

Stadtv. **Salomon:** Ich bedaure aufrichtig, daß Herr Wesemeier sein Schwert gegen meine Partei gefehrt hat, und glaube, ein wirklich ausreichender Grund dafür liegt nicht vor. Gerade wir Demokraten haben uns der Sozialdemokratie gegenüber in dem ganzen Wahlkampfe nur rein sachlicher Waffen bedient, wir haben sogar öffentlich anerkannt, daß viele Bestrebungen der Sozialdemokratie von unserer Seite Billigung erfahren, haben allerdings auch bei bestimmten Sachen einen scharfen Strich zwischen unseren Parteien gezogen. Einen ganz scharfen Strich haben wir allerdings gezogen gegen die Vergewaltigung, gegen den Terror, der von einer gewissen Seite ausgeübt worden ist, und in das Kapitel Terrorismus, Vergewaltigung, verweise ich die Vorkommnisse, die am letzten Dienstag stattgefunden haben, die tief zu bedauern sind. Jetzt wird das Bild in den Zeitungen zum Prügeln gemacht: das Bild soll die Veranlassung dazu gewesen sein, daß diese Demonstration und Vergewaltigung stattgefunden hat. Ich glaube, Herr Wesemeier, diesen Satz können Sie nicht aufrechterhalten. Nach meiner Überzeugung liegt die Veranlassung für die Demonstration in Braunschweig in der Reichshauptstadt Berlin, von dorthier ist der Einfluß gekommen. Ich bekenne frei und offen, daß ich das Bild mißbillige, und ich bin mit dem Kollegen Rönneburg sofort, nachdem uns die Gelegenheit dazu gegeben war, dafür eingetreten, daß Derartiges in der Presse nicht wieder erscheint. Es wird nicht wiederkommen, so wahr ich hier bin. Aber das werden wir uns nicht gefallen lassen, daß man unsere Partei verantwortlich macht für die Gewalttätigkeiten vom vorigen Dienstag, die zum Himmel schreien. Dafür lehnen wir die Verantwortung ab.

Sodann wurde von Herrn Lehnert gesagt, daß es unrecht sei, daß wir seinerzeit aufgefordert haben, Kriegsanleihe zu zeichnen. Hat denn die Sozialdemokratie das zum großen Teil nicht auch getan? Wir haben uns natürlich jeder strikten Beeinflussung enthalten; wir sahen es als eine Notsache an; das Reich mußte das Geld haben. Wir wußten nicht, daß wir leider in vielen Beziehungen von anderen Stellen getäuscht sind. Über diese Art der Aufforderung zum Zeichnen der Kriegsanleihe machen wir Lehrer uns keinen Vorwurf.

Wenn von den Herren an unser pädagogisches Gewissen appelliert worden ist, so kann ich sagen: Wir verurteilen auch als Pädagogen das Bild, ich betone das noch einmal, aber wir verurteilen immer wieder besonders scharf die Gewalttätigkeiten, und ich bedaure es, daß Herr Wesemeier bis zu einem gewissen Grade die Gewalttätigkeiten, die hier stattgefunden haben, gutgeheißen hat. Ich bin fest überzeugt, die Revolution würde zu viel besseren und günstigeren Ergebnissen kommen, wenn sie ruhig verlief, und wenn sie nicht in diese Bahnen hineingelenkt würde, die nach meiner Überzeugung unser deutsches Volk ins Verderben stürzen.

Stadtv. Wesemeier: Zunächst möchte ich aus den Ausführungen des Herrn Salomon berichtigen, daß ich nicht gesagt habe, das Bild sei die Ursache der Demonstration, sondern die Ursache der Vorgänge bei der Demonstration, und zugleich ist mit die Ursache der Vorgänge die Verlogenheit, mit welcher die bürgerliche Presse, die in gewaltiger Auflage herausgegeben wird, nicht nur während der ganzen Kriegszeit gearbeitet hat, sondern auch jetzt noch ihre Arbeit fortsetzt. Das alles hat die Vorgänge mit ausgelöst, die die Begleiterscheinung der Demonstration gewesen sind.

Nun hätte Herr Rönneburg von mir erwartet, daß ich entschieden abgerückt wäre von den Vorgängen bei der Demonstration, er hat die Erwartung, daß ich solche Dinge nicht mitmache. Da stellt sich Erwartung gegen Erwartung. In Ihrer Partei müssen so viele Programme vorhanden sein, wie Personen vorhanden sind, denn so viel Konstellationen der einzelnen Gesinnungen sind vorhanden. Herr Rönneburg und Herr Salomon sind mit der Bilderagitation nicht einverstanden, aber die anderen Herren machen solche Dinge. (Zuruf Rönneburg: Ein einziger! Zuruf Salomon: Jeder macht einmal einen Fehler.) Die Bilder sind doch da! Eigenartig ist es, wenn Herr Rönneburg den heutigen politischen Zustand so hinstellt, als lebten wir in einer Zeit des Friedens, der Ruhe und Ordnung. Wenn das war wäre, dann wäre es unverständlich, daß es zu solchen Vorgängen bei der Demonstration gekommen wäre. Aber diese Voraussetzung ist grundfalsch. Wir leben in einer Zeit der Gärung, des gegenseitigen Mißtrauens, die von unten her durchaus berechtigt ist. Sehen Sie nicht überall, wie die Militärmacht sich aufbäumt gegen die Revolution, daß sie nur heute für die Revolution sich aufstut und sich später wieder dagegen auflehnen wird? Darüber besteht für mich kein Zweifel. Es werden Freiwilligenregimenter gegründet, es wird der Grenzschutz aufgerufen (Zuruf: Gott sei dank!), man zieht die Truppen zusammen in entfernt gelegenen Gegenden, um sie in der Hand der Offiziere zu haben. Die Revolution, die im Salon vorbereitet wird, ist noch nicht vorüber. Angesichts dieser offenkundigen Tatsache von einer Zeit der Ruhe und des Friedens zu reden, das zeigt mir, daß Sie nicht den offenen

Blick für die Vorgänge des heutigen Lebens haben, wie sie ihn als Demokraten haben müßten. Es ist ganz richtig von Herrn Lehnert angeführt worden, und auch Sie haben darauf hingewiesen, wie bei der Wahlrechtsdemonstration vor Jahren der Polizeiknüppel und der Polizeifädel auf die Leute niedersauste. Daß Sie das mit den Vorgängen bei der letzten Demonstration in Vergleich ziehen können, geht über mein Begriffsvermögen. Ich kann nicht einsehen, wenn Sie einen Vorgang, wo das Volk seine Rechte fordert, mit einer Zeit vergleichen können, in dem es sich gegen die ewige Sklaverei auflehnt. Wenn Herr Lehnert darauf hinwies, daß nachts von der Polizei in die Wohnungen eingebrochen sei, daß die Einwohner des Nachts aus dem Bette geholt sind, so ist das bei mir auch geschehen; sie haben die ganze Wohnung umgewühlt. „Das war früher einmal so“, werden Sie mir sagen, aber zeigen Sie mir eine Zeile aus Ihrer Presse, die dagegen gesprochen hätte. (Zuruf: Wir haben ja keine Presse!) Die demokratische Presse in Braunschweig arbeitet in gleichem Sinne wie die rechtsstehende. Keine Redaktion hat sich gegen diese Verwaltung damals aufgelehnt, da ist alles gutgeheißen. Heute, wo das Volk wagt, hervorzukommen, und wo Übergriffe vorkommen, wie bei jeder Revolution, da erheben Sie großes Geschrei. Wo sie selbst in Frage kommen, begreife ich, daß sich Widerwille bei ihnen geltend macht, aber dann soll man die Sache nicht so darstellen, als handle es sich bei der Revolution um ganz einfache Vorgänge, die sich unter ganz normalen Verhältnissen abgespielt hätten. Wir leben in keinen normalen Verhältnissen, und wenn solche Dinge vorkommen, so ist das eine begreifliche Begleiterscheinung der revolutionären Vorgänge. Das wird in manchen Städten in Deutschland noch vorkommen; es kommt ganz auf die gegenrevolutionären Maßnahmen an. Denken Sie an die Lügen, die in den Wählerversammlungen verbreitet sind, da kommt Herr Südekum her und sagt, obgleich er sich die Unwahrheit dieser Behauptung abfangern kann, es würden 15½ Millionen für die Rote Garde ausgegeben, und Professor Bach erzählt in derselben Versammlung: Es sind 5 Millionen Mark dafür ausgegeben. Da versucht die Presse glaubhaft zu machen, obgleich nicht die geringste authentische Nachricht von den Staatsorganen der Entente vorliegt, „Wenn es zu keiner Nationalversammlung kommt, dann marschiert die Entente in Deutschland ein, es gibt kein Brot ohne die Nationalversammlung“. Alle diese aus der Luft gegriffenen Dinge müssen die Arbeiterchaft aufbringen, und wenn sie an solchen Zeitungen im Demonstrationszuge vorbeikommt, dann ist es nicht unverständlich, wenn Gruppen sich auflösen und eingreifen. Die Regierung hat sofort Maßnahmen zum Schutze der Häuser getroffen, damit nichts demoliert werden sollte, und hat in einer Sitzung gestern morgen sofort die Freigabe der Zeitungen beschlossen. Solche Begleiterscheinungen einer Revolution zu einer solchen Anfrage auszugestalten, dafür geht mir das Verständnis ab.

Stadtv. Hönneburg: Ich muß dem Herrn Vorredner ganz kurz entgegnen. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit Herrn Volkskommissar Dertter über die Vorkommnisse bei dem Demonstrationszuge zu sprechen, und habe zu meiner Freude festgestellt, daß er die Vorgänge in schärfster Weise mißbilligt. Er erklärte, sie im Arbeiter- und Soldatenrat hätten nichts damit zu tun. Ich glaubte, eine gleiche Erklärung wie von Herrn Dertter würde von der Stadtverwaltung wie von Herrn Wesemeier ebenfalls gegeben werden. Leider ist dies Bedauern nicht zum Ausdruck gekommen, und Herr Wesemeier hat die Vorkommnisse durch die ganzen jetzigen Verhältnisse entschuldigt und gerechtfertigt. Das habe ich nicht erwartet und kann mich nicht damit einverstanden erklären. Unsere Anfrage ist mindestens ebenso begründet, wie die frühere Anfrage des Herrn Wesemeier: „Was gedenkt der Magistrat zu tun, damit die Vorkommnisse — die seinerzeit sich ereignet hatten — sich nicht wiederholen?“ Ich habe damals jene Vorkommnisse mit aller Entschiedenheit mißbilligt, und Herr Wesemeier wird wissen, daß die kleine Gruppe, die wir vor dem Kriege waren, damals für das allgemeine Wahlrecht eingetreten ist. Er weiß auch, daß wir ohne jeden Einfluß sind auf die Haltung der „Landeszeitung“ und der „Neuesten Nachrichten“, daß wir weiter nichts von ihnen haben, als was wir an Annoncen bei ihnen bezahlen. Wir sind also ohne Einfluß auf die Presse; bringt sie Schwindelnachrichten, so hängen Sie die nicht uns an die Rockschöße. Es wird gelogen auf beiden Seiten, auch in Ihrer Presse, und zwar nicht zu knapp. Ich habe es immer in der schärfsten Weise mißbilligt, wenn man die Meinungsfreiheit vergewaltigt hat, und Herr Wesemeier und seine Freunde haben mir bestätigt, daß sie derselben Ansicht sind, und so habe ich geglaubt, wir wären in dieser Beziehung einer Meinung.

Über den Fall Hoffmeister, den Herr Lehnert anschnitt, habe ich zu sagen: Jawohl, wir haben für die Kriegsanleihe geworben. Wenn das Vaterland in Gefahr ist, sind wir genötigt, alles aufzubieten, und ich freue mich, daß die alte Sozialdemokratie das auch gemacht hat. Dazu bekennen wir uns mit Stolz! Wenn in dem angeführten Falle, wie ihn Herr Lehnert darstellt, der Herr Inspektor Hoffmeister seine Befugnisse überschritten und den Knaben, der den Zettel mißbraucht hat, körperlich gezüchtigt hat, so ist das zu mißbilligen, und das mißbilligt jeder Lehrer.

Über die veröffentlichten Bilder haben wir schon gesagt, daß die Parteileitung insgesamt diese Veröffentlichung nicht billigt, und wir haben den Leiter, der sie in die Zeitung gebracht hat, zur Verantwortung gezogen. Denken Sie an ihre Partei, ob da nicht auch Fehler vorkommen! Kommt es nicht überall vor, daß einmal die Ansichten über eine Sache verschieden sind? Bilden Sie nicht auch drei bis vier verschiedene Richtungen? Ist es bei Ihnen noch nicht vorgekommen, daß in einer Versammlung sich drei bis vier Meinungen über eine Frage zeigten?

Wir wollen uns doch nichts vormachen. Wie wir bisher gegen Übergriffe gekämpft haben, werden wir das auch jetzt noch tun. Ich wundere mich, daß nicht die Herren von der alten Sozialdemokratie sich gegen die Vorkommnisse aussprechen. Der Groß am Dienstag über unser Bild war so groß, daß man nicht nur uns 15 000 Mark Schaden in unserem Parteilokale anrichtete und die Fensterscheiben zertrümmerte, sondern auch gegen den Landeswahlverband und die alte Sozialdemokratie vorging und auch Herrn Ohlendorf den Revolver auf die Brust setzte. Das soll nur das eine Bild verursacht haben? Das glauben Sie doch selbst nicht! Wir leben gewiß nicht in einer Zeit der Ruhe und Ordnung; ich bin durchaus nicht der Meinung, daß das der Fall wäre. Aber ich nagle fest, daß die jetzige Regierung verkündigt hat: „Wir wollen Frieden, Freiheit, Ruhe und Ordnung bringen“, und ich verlange, daß sie zu ihren Worten steht, mit der Tat sich dafür einsetzt, daß die Partei in keiner Weise gestattet — wie auch Herr Volkskommissar Dertter sich ausgesprochen hat —, daß solche Gewalttätigkeiten vorgenommen werden. Wir verlangen, daß die Regierung alle Maßnahmen trifft, um solchen Vorkommnissen vorzubeugen.

Herr Wesemeier redete von der Gegenrevolution. Kein vernünftiger Mensch denkt an Gegenrevolution. Was man von Außenseitern dafür tut, das bekämpfen wir auch, denn wir wünschen den Bürgerkrieg vermieden zu sehen. Wenn Herr Wesemeier sogar darin die Gegenrevolution sieht, daß Freiwillige aufgefördert werden, für den Grenzschutz sich zu melden, so muß ich eine solche Stellungnahme bedauern. Ich bin der Meinung, daß es eine selbstverständliche Pflicht des deutschen Reiches ist, dafür zu sorgen, daß sein Grenzschutz aufrechterhalten wird. Es ist eine unerhörte Vergewaltigung, wenn man die Meldung dazu verhindert, und wir bedauern aus tiefstem Herzen heraus den Beschluß, in dem diese Freiwilligen als Landesverräter bezeichnet werden.

Wenn die Stadtverwaltung erklärt hätte: „Wir wollen uns mit den in Betracht kommenden Instanzen in Verbindung setzen, damit solche Gewalttätigkeiten nicht wieder vorkommen“, und wenn Herr Wesemeier ein übriges getan hätte und gesagt: „Auch ich billige solche unerhörten Ausschreitungen nicht“, dann wäre damit der Allgemeinheit gedient gewesen, und wir hätten uns alle über diese Angelegenheit verständigen können.

Stadtv. Lehnert: Hier kann man das Sprichwort in die Tat umgesetzt sehen: „Wenn zwei sich streiten, dann freut sich der Dritte“ und „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe“. Es heißt jetzt seitens der demokratischen Partei: „Wir stehen auf den Grundfesten der Revolution, wir wollen keine Gegenrevolution machen.“ Aber es gibt in dieser Partei so viel Grundfesten, wie die demokratische Partei Mitglieder hat, aus denen sie sich zusammensetzt, und uns

wirft man vor: „Sie haben drei oder vier Spaltungen.“ Wenn man die Spaltungen alle aufzählen wollte, die bei Ihnen bestehen, dann reicht Ihre Fraktion nicht aus. Man wirft uns vor, daß wir den Grenzschutz nicht wollen, der doch nur eine Verstärkung des Militarismus bedeutet. Hier bei dieser Anfrage konnte es Herr Rönneburg nicht lassen, daß er an dem Magistrat sich rieb, indem er sagte: Wenn der Stadtmagistrat die Erklärung abgegeben hätte: „Wir wollen dies und das machen“, dann ließe sich darüber reden. Ich weiß nicht, ob er vergessen hat, was Herr Stadtrat von Frankenberg zur Beantwortung der Anfrage gesagt hat. Ebenso gut wie ich es gehört habe, müßte es Herr Rönneburg und die anderen Herren von der demokratischen Partei auch gehört haben. Ferner ist gesagt, daß die Lehrer als heiligste Aufgabe es sich gestellt hätten, bei der Werbung für die Kriegsanleihe tätig zu sein. Ich habe aber nur geißeln wollen, daß jener Pädagoge sich herbeigelassen hat, ein unwissendes Kind, das ein solches Zettelchen, das für die Kriegsanleihe wirbt, zerrissen hat, mit körperlicher Strafe zu belegen. Ob Sie dieses gerechtfertigt finden, steht auf einem anderen Blatte. Ich erkläre noch einmal: Wenn ein Pädagoge in dieser Art und Weise seine Macht an meinem Kinde ausgelassen hätte, so hätte ich etwas anderes getan. Seien Sie überzeugt, Sie selbst tragen viel dazu mit bei, daß bei den Arbeitern sich gegen Sie Erregung geltend macht.

Herr Wahrenndorf hat vor 30 Jahren einen anderen Standpunkt eingenommen als heute. Man kann bei ihm sagen: „Alter schützt vor Torheit nicht“ und „Wer in der Jugend eine Vetschwefter ist, ist im Alter“ — etwas anderes.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, in der Debatte nicht so weitschweifig zu werden, daß man eine persönliche Kränkung des Gegners vornimmt.

Stadtv. **Meyerhoff** (zur Geschäftsordnung): Wir bewegen uns in einer Debatte, die recht unerfreulich ist. Es heißt im Sprichwort: „Politisch Lied, ein garstig Lied.“ Ich habe immer gesagt: „Tragen Sie in unsere Stadtverordnetenversammlung keine Politik hinein!“ Wir haben für das Wohl der Stadt und für das Wohl unserer Mitbürger zu sorgen, und nun kommen hier die politischen Kampffzenen gleich am ersten Tage, wo die Stadtverordnetenversammlung in ihrer neuen Besetzung zusammengekommen ist. Der heutige Tag zeigt schon das Bild einer Arena; Blut wie bei Stiergefechten ist ja noch nicht geflossen. (Heiterkeit.) Aber wenn sich das so weiter entwickelt, dann weiß man nicht, wie das noch kommen kann. Ich möchte den dringenden Wunsch an sämtliche Anwesenden richten, nicht nach Fraktionen sich zu ordnen; in der alten Stadtverordnetenversammlung haben wir das auch nicht getan. Man soll hier nicht das politische Moment betonen und sagen: Meine Fraktion wünscht das und meine das. Lassen

Sie sich von einem alten Parlamentarier warnen, und lassen Sie das politische Moment aus unserer Versammlung heraus. Wollen Sie sich in der politischen Arena bewegen, dann fordern Sie sich doch in einer anderen Versammlung heraus.

Vorsitzender: Zur Geschäftsordnung war das wohl etwas zu viel gesagt; aber weil es heute die erste Sitzung der neuen Versammlung war, habe ich den Redner nicht unterbrochen.

Stadtv. Ohlendorf: Es ist die allgemeine Auffassung verbreitet, als habe die Arbeiterschaft Braunschweigs das verschuldet, was am letzten Dienstag vorgekommen ist. Vor dieser Annahme möchte ich die Arbeiterschaft Braunschweigs in Schutz nehmen. Es steht fest, daß die Arbeiterschaft anders denkt und nicht gewillt ist, derartige Vorkommnisse zu billigen; sie lehnt sie entschieden ab. (Bravo!) Richtig ist, was die Herren Lehner und Wesemeier in bezug auf die Erregung und die Berechtigung der Erregung unter den Arbeitern über die Zustände von früher sagten, und Sie alle werden mit uns das Gefühl haben, daß manches Unrecht früher geschehen ist, und daß davon jetzt die Folgen gekommen sind. Wir sind fest überzeugt — auf dem Standpunkte steht auch die überwiegende Mehrheit der Braunschweiger Arbeiterschaft —, daß solche Vorkommnisse wie am letzten Dienstag verhindert werden müssen, denn die Arbeiterschaft glaubt, daß durch solche Gewalttätigkeiten die Errungenschaften, die die Revolution gebracht hat, unter Umständen gerade geschädigt werden. (Sehr richtig!) Das ist sicher im allgemeinen der Standpunkt der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Braunschweigs. Ich kann mir nicht denken, daß auch nur einer unter den Arbeitern vorhanden ist, der meint, daß die Errungenschaften der Revolution gebessert werden dadurch, daß man einzelnen gleichgesinnten Leuten mit dem Revolver droht und ihnen das Eigentum raubt. Das tut der aufgeklärte Braunschweiger Arbeiter nie. Das möchte ich hier festgestellt haben. (Bravo!)

Stadtv. Salomon: Nur noch ein kurzes Wort. Ich hätte gewünscht, Herr Wesemeier hätte als Volkskommissar für die Stadt Braunschweig so gesprochen, wie eben Herr Ohlendorf gesprochen hat. Auch wir haben die feste Überzeugung, von der Arbeiterschaft Braunschweigs, daß sie diese Vorkommnisse vom Dienstag mißbilligt.

Nun eine kurze Entgegnung zu dem, was Herr Meyerhoff gesagt hat. Wir wollten gewiß nicht die Stadtverordnetenversammlung zu einem politischen Tummelplatz und zu einer politischen Arena machen, sondern wir wollten mit unserer Anfrage das, was Sie auch wollen: für das Wohl unserer Braunschweiger Stadteinwohner sorgen. Wir wollten das Eigentum schützen und keine Ver-

gewaltigung wieder erleben, deswegen haben wir die Anfrage gestellt. Wenn wir aber als politische Partei in einer solchen Weise angegriffen werden wie heute, dann werden wir uns als Partei auch mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, verteidigen.

Vorsitzender: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor; die Anfrage ist erledigt.

7. Anfrage Salomon über die Verschmelzung der siebenstufigen und achtstufigen Bürgerschulen.

Wortlaut der Anfrage f. S. 533.

Stadtv. Salomon (zur Begründung): Vom Klassenstaat zum Volksstaat! So heißt jetzt die Parole. Ein wesentlicher Bestandteil der Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist die Gestaltung unserer Volksschule. Die Lehrerschaft nimmt für sich in Anspruch, daß sie seit langem die Einheitschule erstrebt. Die Grundlage der Einheitschule ist die einheitliche Gestaltung der Volksschule. Bei uns haben wir sie nicht; wir haben siebenstufige und achtstufige Volksschulen in Braunschweig. Wir Lehrer haben schon seit langer Zeit eine Gefahr darin erblickt insofern, als die Bevölkerung dadurch schon von klein auf sozial zerklüftet wird, und das wollen wir verhindern. Jetzt ist die Frucht reif, sie muß vom Baum fallen. Der Schulvorstand, zu dem ich gehöre, hat sich bereits im Prinzip zu dieser Frage bejahend geäußert, indem er beschlossen hat, an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, die Vereinheitlichung der beiden Schulgattungen vorzunehmen. Ich bin überzeugt, daß der Stadtmagistrat dieser Aufforderung folgen wird. Mir liegt daran, daß vom Magistratsstische aus eine Erklärung in die Öffentlichkeit hinausgeht, daß diese Verschmelzung der Bürgerschulen bis zum 1. April d. J. sich vollziehen wird.

Oberbürgermeister Netemeyer: Die Frage, ob die Verschmelzung der Bürgerschulen sich bis Ostern vollziehen wird, kann der Stadtmagistrat nicht beantworten. Herr Salomon hat darauf hingewiesen, daß der Schulvorstand sich bereits mit der Frage befaßt hat. Der Magistrat seinerseits nimmt den Standpunkt ein, daß die Teilung unserer Bürgerschulen ihre Vorteile hat, aber er erkennt an, daß weite Kreise der Einwohnerschaft, insbesondere auch unsere Lehrer, entschieden gegen die Beibehaltung der jetzigen Trennung sind, und der Magistrat ist gewillt, der Tatsache, die ich eben festgestellt habe, Rechnung zu tragen. Es kommt nun aber ein weiteres Moment in Betracht. Der Schulvorstand hat sich seinerzeit für die Verschmelzung ausgesprochen unter der Bedingung, daß die Stadt keine Einbuße

an Einnahmen dabei erleidet, und wir im Magistrat haben uns die Frage vorgelegt, wie das durchzuführen ist. Der Hauptgrund, der für die Vereinheitlichung angeführt wird, nämlich nicht schon in der Jugend das Bewußtsein des Unterschiedes zwischen reich und arm allzustark in die Erscheinung treten zu lassen, muß uns zu der Frage bringen: Was wird nun eintreten, wenn wir die Schulen verschmelzen und nicht gleichzeitig die Schulgeldfrage erledigen? Der Magistrat glaubt ohne weiteres annehmen zu dürfen, daß die Kreise, die die Verschmelzung der Schulen befürworten, damit zugleich die allgemeine Schulgeldfreiheit einführen wollen. (Sehr richtig!) Das wird auch kaum anders gehen, und zwar aus einem einfachen Grunde. Man könnte ja auf den Gedanken kommen, daß in Zukunft trotz der Verschmelzung der Schulen die wohlhabenden und reichen Eltern für das, was wir ihren Kindern bieten, eine Bezahlung leisten sollen. Aber dadurch würde der jetzige Zustand noch verschlechtert werden. Jetzt sind wenigstens getrennte Schulen je nach der Leistung an Schulgeld vorhanden, dann aber würde der Unterschied in den einzelnen Schulen selber hervortreten. Es wird also tatsächlich damit gerechnet werden müssen, daß wir bei der Verschmelzung Schulgeldfreiheit und unentgeltliche Vierung der Lernmittel zugestehen müssen. Sie wissen aber alle, wie es mit der finanziellen Lage unserer Stadt augenblicklich bestellt ist. Ich weiß noch nicht, wie man aus diesen Schwierigkeiten herauskommen soll, und deshalb hat der Magistrat in voller Übereinstimmung mit dem, was der Schulvorstand beschlossen hat, an die Regierung oder an das Volkskommissariat für Volksschulbildung, das uns aufgefordert hatte, dieser Frage der Vereinheitlichung der Volksschulen näherzutreten, die Bitte gerichtet, dafür einzutreten, daß der Ausfall an Schulgeld von seiten des Staates gedeckt wird. Es ist das auch kein ungeheuerliches Verlangen, wenn wir bedenken, daß der Staat schon 65 Prozent Zuschuß der Gehälter übernommen hat — allerdings für die städtischen Verhältnisse nicht ganz, sondern nur, soweit die Gehälter dem Gesetze entsprechen. Unter diesen Umständen könnte der Staat auch noch ein übriges tun und den Ersatz des ausfallenden Schulgeldes übernehmen. Mag der Staat den Gemeinden die Pflicht auferlegen, für die Schulhäuser zu sorgen — damit können wir uns einverstanden erklären —, im übrigen aber müßte der Staat meiner Ansicht nach die Schulkosten übernehmen. Nun ist dabei aber noch eins zu erwähnen. Wir haben ausdrücklich erklärt: Wir bitten, daß der Staat diese Last übernimmt, aber wir ersuchten zugleich, daß er nicht aus diesem Anlaß die Rechte der Stadt in bezug auf die Schulen schmälern möge. Wir legen im Magistrat großen Wert darauf, daß unsere Rechte, die wir jetzt haben, z. B. das Präsentationsrecht der Lehrer usw., erhalten bleiben. Der Schulvorstand muß als ein städtisches Organ bestehen bleiben. Dagegen würden wir es tief bedauern, wenn der Staat sagen würde: Ich übernehme die ganzen Kosten, nehme aber auch die Leitung in die

Hand. Wir haben also bei unserer Bitte an die Regierung diesen Vorbehalt gemacht, und ich hoffe, daß die Vereinbarung zustande kommt.

Stadtv. **Stegmann** beantragt Besprechung der Anfrage.

Vorsitzender: Es ist schon reichlich spät geworden. Legt die Versammlung Wert darauf, daß eine Besprechung stattfindet? — Das ist nicht der Fall.

8. Anfrage **Jahns** über die Auszahlung von Teuerungszulagen an die katholischen Lehrer.

Wortlaut der Anfrage j. S. 533.

Stadtv. **Jahns** (zur Begründung): Es ist mir vor einigen Tagen mitgeteilt, daß die hiesigen Lehrer der katholischen Schule bisher noch keine Teuerungszulage erhalten haben. Die Staats- und Kommunalbeamten, sowie die Lehrer haben eine ganz wesentliche Aufbesserung in ihrem Einkommen durch die Teuerungszulagen erhalten, und jeder von Ihnen wird mir zustimmen, daß sie ohne solche in der jetzigen Zeit nicht durchkommen könnten. Daß die katholischen Lehrer die Teuerungszulagen nicht erhalten haben, liegt wohl an der früheren Stellung der katholischen Schule. Jetzt aber, nachdem sie von der Stadt übernommen ist, wäre es dringend nötig, auch diesen Lehrern unverzüglich die bisher den anderen Lehrern und Beamten gewährten Teuerungszulagen zu zahlen resp. nachzuzahlen.

Stadtrat **von Frankenberg:** Meine geehrten Damen und Herren! Ich kann auf diese Anfrage antworten, daß der Stadtmagistrat in wiederholten, sehr dringlichen Schreiben an das Volkskommissariat es sich hat angelegen sein lassen, den Wünschen der Lehrerschaft der katholischen Schule zur Erlangung der Teuerungszulagen behilflich zu sein. Der Stadtmagistrat hat auch in Aussicht gestellt, er würde befürworten, daß diese Teuerungszulagen zu tragen sind — wie in früheren Fällen — gemeinschaftlich zu je einem Drittel von der katholischen Kirche, der Stadt und dem Staate. Ich darf hoffen, daß diese wiederholt vom Stadtmagistrat an das Volkskommissariat gerichteten Wünsche an der genannten Stelle bald ein Echo finden werden, darf vielleicht auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß mit etwas stärkerem Erfolge als bei meinem vorhin erfolgten Hinweis auf den Volkskommissar für die Stadt, Herrn Wesemeier, unser Schreiben an das Volkskommissariat für Volksbildung begleitet sein wird. Ich würde mich freuen, wenn endlich die Lehrer der katholischen Schule an das Ziel ihrer Wünsche kommen sollten. An dem Magistrat liegt es nicht, daß das noch nicht geschehen ist, wir warten nur auf die Zusage der Regierung.

Stadtv. KÖnneburg: Mir ist bekannt geworden, daß diese Angelegenheit dem Volkskommissariat vorgelegen hat, und auch ich habe mich wiederholt um Gewährung der Teuerungszulagen für die katholischen Lehrer bemüht. Das Volkskommissariat hat auch bereits in dem gewünschten Sinne entschieden.

Stadtrat von Franckenberg: Es mag sein, daß die Entscheidung gefallen ist, eine Mitteilung ist uns darüber noch nicht zugegangen. Im übrigen ist den katholischen Lehrern schon eine Teuerungszulage zuteil geworden, und es handelt sich jetzt um die beiden Teuerungszulagen, die in den letzten Monaten in rascher Folge gewährt und im Oktober und um die Jahreswende ausgezahlt wurden. Es ist begreiflich, daß die katholischen Lehrer den Wunsch haben, mit gleichem Maße wie die Lehrer der städtischen Bürgerschule gemessen zu werden, und ich freue mich, daß in den Worten des Herrn KÖnneburg eine Hoffnung für die beteiligte Lehrerschaft zu finden ist.

9. Antrag Schilke, die bisherigen unbesoldeten Stadträte zum Rücktritt aufzufordern.

Wortlaut des Antrages f. S. 533.

Stadtv. Schilke (zur Begründung): Es ist selbstverständlich, daß bei der jetzigen Ummwälzung und bei der Neuzusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung der Wunsch der Parteien vorliegt, daß die unbesoldeten Stadträte aus den Reihen dieser Parteien genommen werden. Wir wollen damit keineswegs verkennen, daß die Herren, die bis jetzt die Stellen der unbesoldeten Magistratsmitglieder eingenommen haben, ihr Bestes getan haben und auch weiterhin bemüht sein würden, für das Wohl der Braunschweiger Einwohner zu sorgen. Aber wir haben den Wunsch, daß der Stadtmagistrat in der Form zusammengesetzt wird, wie die Parteien in der Stadtverordnetenversammlung bestehen, und deshalb möchte ich bitten, den Antrag, den ich eingebracht habe, dem Magistrat zur Annahme vorzulegen bzw. der in Frage kommenden Kommission zu überweisen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

10. Antrag Schilke auf Vorlegung eines Statuts zur Einführung der völligen Sonntagsruhe.

Wortlaut des Antrages f. S. 533.

Stadtv. Schilke (zur Begründung): Über die Einführung der völligen Sonntagsruhe in der Stadt Braunschweig ist hier schon verschiedentlich verhandelt, und

ich entsinne mich, daß wir vor Jahren dicht daran waren, die Segnungen der völligen Sonntagsruhe für Handel und Industrie genießen zu können, wenn nicht durch kleine Momente dieser Gedanke wieder in die Brüche gegangen wäre. Ich möchte bitten, meinen Antrag anzunehmen, denn es handelt sich dabei um etwas Selbstverständliches. Die völlige Sonntagsruhe wird von den Kreisen der Angestellten und der Firmeninhaber aufs lebhafteste gewünscht. Es ist wohl überflüssig, daß ich in dieser Versammlung noch die Notwendigkeit der völligen Sonntagsruhe besonders begründe. Ich bitte, diesen Antrag der Kommission zu überweisen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

11. Antrag Salomon auf Einführung der Pflichtfortbildungsschule zu Ostern d. Js.

Wortlaut des Antrages j. S. 533.

Stadt. **Salomon** (zur Begründung): Die Pflichtfortbildungsschule ist hier in Braunschweig ein Schmerzenskind, das schon ziemlich reich an Jahren ist. Zum letzten Male haben wir über die Einführung der Pflichtfortbildungsschule am 2. Mai vorigen Jahres verhandelt. Das Hemmnis für die Einführung der Pflichtfortbildungsschule war früher das Ministerium (ich will darauf aber nicht weiter eingehen), und zwar handelte es sich um die finanzielle Beihilfe der Staatsregierung, über die man zu keiner Einigung gelangen konnte. Jetzt leben wir in einer anderen Zeit, in der ich es für noch viel dringender notwendig halte, daß unsere heranwachsende Jugend geistig versorgt wird, daß wir nicht nur versuchen, sie mit tüchtigen Kenntnissen zu bilden, sondern auch Herz und Seele mit neuen Idealen zu erfüllen; und dazu ist die Pflichtfortbildungsschule unbedingt am Platze. Ich habe deshalb diesen Antrag aufs neue gestellt und bitte, bei der jetzigen Regierung vorstellig zu werden, wenn es irgend möglich ist, die Pflichtfortbildungsschule für beide Geschlechter zu Ostern d. J. endlich, nachdem die Stadtverwaltung schon lange darnach gerufen hat und immer wieder den Widerstand der derzeitigen Regierung erfahren mußte, in die Tat umzusetzen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Schulausschuß zur Vorberatung.

Stadt. **Wahrendorf**: Würde es nicht möglich sein, daß bei der Vorberatung mehrere Vertreter aus den Handwerkerkreisen hinzugezogen werden? Die Fortbildungsschule hat für sie mindestens ebensoviel Interesse wie für die Herren Lehrer. Ich habe in anderen Städten diese Schulen besichtigt, und wir aus den Handwerkerkreisen nehmen großen Anteil an der Gestaltung dieser Frage.

Vorsitzender: Soweit ich die Bestimmungen kenne, ist es nicht möglich, daß außer den Stadtverordneten andere Herren an der Vorberatung teilnehmen, die Stadtverordneten jedoch haben das Recht, den Vorberatungen als Zuhörer beizuwohnen. Ich glaube auch, der Magistrat hat das Recht, in allen Fragen noch den Rat anderer Herren herbeizuziehen.

Stadtrat von Franckenberg: Wir werden bei den Beratungen in der Kommission sehr gern sehen, wenn die Herren aus dem Handwerkerstande, die Stadtverordnete sind, sich an der Sitzung der Kommission beteiligen.

Vorsitzender: Die Tagesordnung ist damit erschöpft. Ich -schließe die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8¾ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 30. Januar 1919.

Tagesordnung:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Verlängerung des Vertrages wegen Aufstellung und Unterhaltung der Aufschlagssäulen in den Straßen der Stadt | Seite 573 |
| 2. Besuch der städtischen Oberwächter und Wächter wegen Gewährung der Beamtensteuerungszulagen und wegen fester Anstellung | " 575 |
| 3. Antrag Schilke auf Vorlegung eines Statuts zur Einführung der vollen Sonntagsruhe | " 575 |
| 4. Antrag Schilke, die bisherigen unbesoldeten Stadträte zum Rücktritt aufzufordern | " 589 |
| 5. Antrag Salomon auf Einführung der Pflichtfortbildungsschule zu Ostern d. Js. | " 592 |
| 6. Bewilligung von Mitteln für Bereithaltung von Wachräumen für das städtische Wächterpersonal | " 599 |
| 7. Stellungnahme zu der nochmaligen Vereileigung der Stadt am Waldweidebetriebe für Schweine. | " 600 |
| 8. Erhöhung des Zuschusses für die kaufmännische Fortbildungsschule für 1917/18 | " 604 |
| 9. Festsetzung der neuen Satzungen der wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke, A.-G., in Köln und Abschluß eines Vertrages mit derselben wegen Verkauf von Holz. | " 605 |
| 10. Erhöhung der Preise für Gas und Wasser | " 611 |
| 11. Aufnahme eines Rechtsstreits | " 626 |
| 12. Steuerfreiheit für die von Kriegsblinden zu ihrer Führung gehaltenen Hunde | " 628 |
| 13. Niederschlagung von Steuern | " 629 |

14. Anfrage der Demokratischen Fraktion, betr. Maßnahmen der Stadtverwaltung und des Volkskommissars für die Stadt zur Erhaltung der Freiheit der Person und der Tätigkeit der hiesigen Einwohner.

Damit verbunden:

Antrag Wolters, betr. Einwirkung auf die Landesregierung, Maßregeln zu ergreifen, um die Einwohner vor Gewalttätigkeiten zu schützen und ungesetzliche Eingriffe in die hiesigen Gewerbebetriebe zu verhüten bzw. aufzuheben. Seite 630

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtrat **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**, Stadtrat **Heymann**, Stadtrat **Schöttler**, Stadtrat **Mohr**.

Es fehlt entschuldigt Herr Stadtv. **Engmann**.

Vorsigender Wilh. Riefe: Ich eröffne hiermit die heutige Stadtverordneten-sitzung.

Eingegangen sind eine Anzahl von Anträgen, Anfragen und Eingaben.

Zunächst von der **Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals** 22 Exemplare eines Sonderdrucks über „die Bedeutung der südlichen Linienführung des Mittellandkanals für das braunschweigische Land“. Ich bitte diejenigen Herren, die besonderes Interesse an dieser Schrift nehmen, sich hierher zu bemühen und ein Exemplar in Empfang zu nehmen.

Sodann ist eingegangen eine dringliche **Anfrage**, unterzeichnet von der **demokratischen Fraktion** der Stadtverordneten (den Herren Stadtv. Munte, Füermann, Rönneburg, Salomon, Schilke und Einert), die folgenden Wortlaut hat:

„Was gedenken der Magistrat und der Volkskommissar für die Stadt Braunschweig zu tun, um künftig den Einwohnern der Stadt Braunschweig die nötige Freiheit für ihre Person und ihre Tätigkeit zu verschaffen, die insolge des letzten Streiks aufgehoben war.“

Ein **Antrag**, unterzeichnet von den Herren Stadtv. Dr. **Wolters**, **Frede**, **Marßner**, **Jahns**, **Wahrendorf** und **Meyerhoff**, zielt auf dieselbe Angelegenheit ab. Er lautet:

„Dringender Antrag an die Stadtverordnetenversammlung.

Der Magistrat wolle die Landesregierung ersuchen, geeignete Maßregeln zu ergreifen,

1. um die Einwohner der Stadt vor Gewalttätigkeiten, wie sie aufs neue in voriger Woche von Teilen der Bevölkerung ausgeübt sind, künftig zu schützen,

2. um zur Wahrung der städtischen Interessen ungegesetzliche Eingriffe in hiesige Gewerbebetriebe zu verhüten, soweit sie geschehen sind und fortbestehen, aufzuheben."

Ein Antrag der demokratischen Fraktion, unterzeichnet von den Stadtbv. Reißner, Emert, Munte, Hönneburg, Füllermann, Spangenberg, Schilke und Oden:

"Der Magistrat wird ersucht, baldigst die Neuregelung der Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse der städtischen Beamten und Lehrer vorzunehmen und zu diesem Zwecke den Stadtverordneten ein Gehaltsstatut vorzulegen, das möglichst am 1. April d. J. in Kraft treten kann. — Bei der Aufstellung des Statuts ist die Zahl der Gehaltsklassen zu verringern."

Ein Antrag, unterzeichnet von den Stadtbv. Jahnz, Wolters, Marschner, Frede, Goege und Währendorf:

"Der Stadtmagistrat wird ersucht, bei der Verpachtung der Schrebergärten auf dem Franzischen Felde einen geeigneten Platz zur Errichtung eines städtischen Luftbades zu reservieren und Mittel zur Einrichtung desselben zur Verfügung zu stellen."

Ein dringender Antrag des Herrn Stadtv. Blumeyer:

"Der Stadtmagistrat wird ersucht, sofort mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für einen Abbau der hohen Lebensmittelpreise einzutreten."

Eine Anfrage des Herrn Stadtv. Schmidt an den Magistrat:

"Hat der Magistrat schon Stellung genommen, diejenigen Arbeitskräfte, die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes im Stadthause eingestellt wurden, durch Arbeitslose zu ersetzen? Wieviel dieser Arbeitskräfte werden zur Zeit noch im Stadthause beschäftigt?"

Weiter ist zu Punkt 10 der heutigen Tagesordnung, betreffend die Erhöhung der Gas- und Wasserpreise, folgender Antrag von Herrn Stadtv. Stegmann eingegangen:

"Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

1. der Stadtverordnetenversammlung baldmöglichst eine Vorlage zu unterbreiten betreffs Herbeiführung einer gerechten Gasverbrauchsregelung,
2. beim Reichskommissar für die Kohlenverteilung dahin zu wirken, daß das bestehende Straffsystem beseitigt wird."

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, die Einführung der völligen Sonntagssruhe betreffend, sind einzelne Petitionen eingelaufen. Zunächst eine solche, die von zahlreichen hiesigen Firmen unterzeichnet ist. Sie lautet:

„Im Laufe der Jahre hat es sich erwiesen, daß einem großen Teil des kausenden Publikums die Zeit fehlt, Weihnachtseinkäufe an Wochentagen vornehmen zu können. Es wäre daher wohl im beiderseitigen Interesse angebracht, wenn an den letzten beiden Sonntagen vor Weihnachten das Offenhalten der Geschäftsräume in der Zeit von 11 bis 6 Uhr gestattet sein würde. Wir bitten, dieses Gesuch bei Beratung der diesbezüglichen Vorlage entsprechend berücksichtigen zu wollen.“

Sodann eine E i n g a b e der Gruppe Braunschweig des Verbandes deutscher Gartenbaubetriebe, unterzeichnet von dem Vorsitzenden Picard.

(Die Eingabe wird vom Herrn Vorsitzenden verlesen. Sie weist darauf hin, daß für den Bedarf am Sonntage ein früherer Einkauf des leicht verderblichen gärtnerischen Materials sich verbietet und schließt: „Wir ersuchen daher, bei der Beratung des Antrages Schilke auf die Eigenart unseres Berufs Rücksicht zu nehmen und es bei einer Verkaufszeit von 8 bis 9 und 11 bis 1 Uhr zu belassen.“)

Sodann ist ein Schreiben des Arbeiter- und Soldatenrats Watenbüttel eingegangen, in dem gefragt wird, ob es bei der Parzellenverpachtung des städtischen Rieselfeldes Steinhof zulässig ist, daß der Herr Amtmann Haars einem Manne wie Herrn Höfert in Hülperode im Jahre 1918 zwölf Parzellen abgeben darf, während der Arbeiter- und Soldatenrat zu Watenbüttel nachweisen kann, daß der dort zugezogene Herr Höfert gar nicht in stande ist, selbige Parzellen ohne Hilfe der Gutsarbeiter bewirtschaften zu können. Für die vielen kleinen Leute der Gemeinde Watenbüttel sei nichts zu haben, obgleich ihnen ein gewisses Vorrecht zustehe, weil durch die Anlage der Rieselfelder ihre Feldmark bedeutend verkleinert ist. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß Herr Höfert nur Gemüse, aber keine Kartoffeln baue, und daß vom Amtmann Haars ein Aufschlag von 15 Mark auf den Morgen Pachtland vorgenommen sei, was ungerechtfertigt erscheine. (Der Herr Vorsitzende verliest das Schreiben.)

Von der Deutschen demokratischen Partei ist ein weiterer Antrag eingelaufen, der folgendermaßen lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Landesregierung einen entschiedenen Einspruch dagegen zu erheben, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in Braunschweig über die anderweitige Festsetzung der Wahlen der Magistratsmitglieder und Gemeindevorsteher ein Gesetz erlassen; sie erhebt vielmehr die Forderung, daß der demnächst einzuberufende Landtag für die tief eingreifende Neuordnung auf dem Gebiete der städtischen Selbstverwaltung allein zuständig ist.“

Eine A n f r a g e des Herrn Stadtv. Schilke lautet:

„In vielen Städten des Reiches und auch im benachbarten Wolfenbüttel ist durch Kauf oder Pachtung von Rittergütern usw. die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sichergestellt. Wie stellt sich der Magistrat zu dieser Frage? Ist in Aussicht genommen, vom Staat die Domäne Riddagshausen oder Salzdahlum oder Steterburg oder einige von diesen zu pachten oder käuflich zu erwerben, um dadurch die Kleinbewirtschaftung bzw. die Frage der Kleinsiedlungen zu fördern und auch durch eigene Bewirtschaftung die Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten auf eine bessere Grundlage zu bringen?“

Damit sind die Eingänge erledigt. Wir treten in die Tagesordnung ein.

1. Verlängerung des Vertrages wegen Aufstellung und Unterhaltung der Anschlagssäulen in den Straßen der Stadt.

Stadtb. **Meyerhoff:** An die Stadtverordnetenversammlung ist unter dem 27. Dezember 1918 folgendes Anschreiben des Stadtmagistrats ergangen:

„Der im Einverständnisse mit den städtischen Behörden unterm 1. Juni 1892 zwischen der Polizeidirektion und dem Fabrikanten Wilke wegen Aufstellung und Unterhaltung der Anschlagssäulen in den Straßen der Stadt abgeschlossene Vertrag läuft mit dem 31. d. Mts. ab. Über die Frage, wie das Plakatwesen nach Ablauf der Vertragszeit geregelt werden sollte, ist mit der Polizeidirektion schon im Frühjahr dieses Jahres verhandelt; wie wir aus der anliegenden Zuschrift zu ersehen bitten, ist die genannte Behörde indessen wegen Überlastung des derzeitigen Referenten mit anderen dringlichen Geschäften nicht dazu gekommen, die eingeleiteten Verhandlungen rechtzeitig zum Abschluß zu bringen. Sie gibt deshalb anheim, sich mit der vorläufigen Verlängerung des bestehenden Vertrages auf ein Jahr einverstanden zu erklären.

Wir tragen keine Bedenken, diesem Wunsche zuzustimmen, und ersuchen, auch dortseits mit der bezeichneten Verlängerung des Vertrages sich gefälligst einverstanden zu erklären.

Eine Abschrift des Vertrages ist in den beigelegten Akten enthalten.“

Meine geehrten Anwesenden! Die Vorberatung dieser Sache im Rechtsausschuß hat ergeben, daß Ihnen der Ausschuß durch mich empfehlen läßt, zuzustimmen, daß der Vertrag wegen Aufstellung und Unterhaltung der Anschlagssäulen auf ein Jahr verlängert wird. Bisher stehen die Anschlagssäulen auf städtischem Terrain, ohne daß ein Entgelt dafür gefordert wird. Aus den noch zu führenden Verhandlungen mit dem Fabrikanten Wilke und der Polizeidirektion wird sich ergeben, ob das geändert werden soll.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Meine geehrten Damen und Herren! Ich kann nicht ohne weiteres meine Zustimmung zu diesem Vorschlage des Rechtsausschusses geben. Der Herr Berichterstatter hat mitgeteilt, daß wir die Verfügung über die Anschlagssäulen, die sich auf städtischem Gelände befinden, dem vertragsschließenden Herrn unentgeltlich abgeben sollen. Ich sehe nicht ein, warum wir, wenn auch nur für ein Jahr, die Sache unentgeltlich aus der Hand geben sollen, und bin grundsätzlich der Ansicht, daß, wenn der Vertrag abgelaufen ist, die Stadt sehr wohl in der Lage sein könnte, selber über die Anschlagssäulen zu verfügen, aber nicht irgend einem fremden Unternehmen das Verfügungsrecht über die Anschlagssäulen zu geben. Bisher war eine Verständigung über die Anschlagssäulen nicht so leicht möglich, weil die Polizeidirektion als Kuratorium des Waisenhauses ein gewisses Zensurrecht darüber ausübte, aber jetzt, wo der Vertrag abgelaufen ist, würde es am Platze sein, der Stadt das volle Verfügungsrecht über die Anschlagssäulen einzuräumen. Ich möchte vorschlagen, die Sache von diesem Gesichtspunkte aus zu prüfen und die Vorlage an den Rechtsausschuß zurückzuverweisen.

Stadtv. **Meyerhoff**: Herr Stadtv. Dr. Jasper gehört dem Rechtsausschuß nicht an, und so hat er an der Aussprache nicht teilgenommen. Diese Seite der Sache ist dort bereits zur Sprache gekommen. In der Sitzung des Ausschusses wurde vom Dezernenten des Magistrats mitgeteilt, daß für die Folge von dem Mitkontrahenten der Stadt jedenfalls eine Entschädigung gezahlt werden sollte. Wie die Sache eben liegt, konnte der Rechtsausschuß nicht anders handeln, als von mir vorgetragen ist.

Bürgermeister **Meyer**: Das Versehen, welches dazu geführt hat, daß der bisherige Vertrag abgelaufen ist, ohne daß irgendwie eine neue Lösung der Frage geschaffen wäre, liegt nicht bei der Stadtverwaltung, sondern bei der Polizeidirektion und ist zurückzuführen auf die besonderen Verhältnisse, die dort Anfang November eingetreten sind. Es schien uns bei Lage der Sache nicht angezeigt, dem Wunsche der Polizeidirektion, eine Verlängerung des Vertrages gutzuheißen, entgegenzutreten, grundsätzliche Bedenken stehen nicht entgegen. Daß es notwendig erscheint, für den Abschluß eines neuen Vertrages ein ganzes Jahr Frist zu gewähren, glaube ich nicht. Der Magistrat wird damit einverstanden sein, wenn die Sache nochmals zur Vorberatung an den Rechtsausschuß zurückverwiesen wird.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Rückverweisung der Vorlage an.

2. Gesuch der städtischen Oberwächter und Wächter wegen Gewährung der Beamtenernungszulagen und wegen fester Anstellung.

Stadtv. **Genzen:** Die städtischen Wächter und Oberwächter hatten am 7. Januar eine Eingabe an die Stadtverordneten gerichtet, in der sie wünschten, daß ihre Gehälter mit dem Satze von 2100 *M* anfangen und in jährlichen Zulagen von 75 *M* bis zur Höhe von 2850 *M* steigen sollten. Ferner war der Wunsch ausgesprochen, daß ihnen die Beamteneigenschaft zugelegt würde. Da inzwischen am 15. Januar die Lohndeputation die Gehälter der Wächter und Oberwächter anderweitig geregelt hat und dabei über die verlangten Sätze hinausgegangen ist, die Wächter aber noch andere Wünsche wegen fester Anstellung und Verleihung der Beamteneigenschaft haben, die sie schriftlich niederlegen wollen, so beantragt der Rechtsausschuß, den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung bis dahin zu vertagen.

Die Versammlung ist mit der Vertagung einverstanden.

3. Antrag Schille auf Vorlegung eines Statuts zur Einführung der völligen Sonntagsruhe.

Stadtv. **Genzen:** Herr Stadtv. Schille hat unter dem 9. Januar folgenden Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß der Magistrat aufgefordert wird, allerschnellst ein Statut über die Einführung der völligen Sonntagsruhe für Handel und Industrie vorzulegen.“ Die Stadtverordnetenversammlung hat sich wiederholt mit derartigen Anträgen wegen Einführung der völligen Sonntagsruhe beschäftigt, zuletzt im Jahre 1914. Es sind damals auch Erhebungen angestellt, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind gutachtlich gehört und die Stadtverordneten haben sich dann ziemlich einstimmig für Einführung der Sonntagsruhe ausgesprochen. Darüber ist der Krieg gekommen, und die Angelegenheit ist nicht weiter verfolgt worden. Der Rechtsausschuß steht auf dem Standpunkte, daß diesem Antrage des Herrn Schille stattzugeben ist, und der Magistrat nimmt denselben Standpunkt ein. Es sollen aber noch einmal Erhebungen angestellt werden, weil die letzte Erhebung vier Jahre zurückliegt. Die Sache soll aber so gefördert werden, daß spätestens am 1. April d. J. dem Antrage stattgegeben werden kann. Ich habe also namens des Rechtsausschusses zu empfehlen, dem Antrage Schille beizutreten.

Stadtv. **Jahns:** Ich möchte zu diesem Antrage noch einiges ausführen. Die Bestrebungen, die völlige Sonntagsruhe durchzuführen, bestehen schon seit dem Jahre 1912 (Zuruf: Viel eher!). Nun, ich will einmal sagen, die letzte Inangriff-

nahme der Durchführung. Ursprünglich sind die Handlungsgehilfen diejenigen gewesen, die diesen Wunsch hatten, aber auch viele Geschäftsleute, die für die Sonntagsruhe zu haben waren, schlossen sich dieser Bewegung an, und so wurde der Ausschuß für die Sonntagsruhe ins Leben gerufen. Diesem Ausschuß traten auch verschiedene Beamtenorganisationen und einzelne Personen bei, ich nenne z. B. Frau Professor Goege und meine Person. Auch wir sind in dieser Bewegung mit tätig gewesen, und ich möchte hervorheben, daß gerade von unserer Partei für die Sonntagsruhe kräftig gewirkt worden ist. (Zuruf: Na, na! Davon haben wir nichts gemerkt!) Ich könnte den Damen und Herren Beweise dafür vorlegen. Nachdem nun der Ausschuß für die Durchführung der Sonntagsruhe längere Zeit tätig gewesen war, wurde am 8. August 1914 hier ein Statut vorgelegt, das leider nicht zur Durchführung gekommen ist. Ich muß anerkennen, daß damals die sozialdemokratische Fraktion dafür gestimmt hat, leider aber ist von den bürgerlichen Vertretern zuviel gesiebt — das will ich gern zugeben. Aber wir wollen nicht die Schuldfrage erörtern, sonst könnte ich nicht umhin, festzustellen, daß nicht nur von unserer Partei sondern auch von der demokratischen Partei viele dagegen gewesen sind. Wir wollen nun auf gemeinsamer Grundlage handeln und versuchen, das, was damals versiebt ist, wieder gutzumachen.

In betreff des Kommissionsberichts habe ich zu bemerken, daß ich ursprünglich die Absicht hatte, zu beantragen, daß die nochmalige Umfrage bei den einzelnen Geschäften und Organisationen nicht mehr vorgenommen wird. Ich bin aber belehrt, daß nach §§ 102 und 105 des Gewerbegesetzes diese Umfrage stattfinden muß, habe mich deshalb bescheiden müssen. Ich möchte aber bitten, dafür zu sorgen, daß die Durchführung der Sonntagsruhe mit aller Energie betrieben wird, damit wir nicht wieder auf den Standpunkt kommen, daß das Statut nach kurzer Zeit zu Fall gebracht wird und den Handelsangestellten und Geschäftsleuten die Möglichkeit genommen wird, darnach zu handeln. Wir müssen berücksichtigen, daß jetzt ganz andere Zeiten eingetreten sind. Früher waren die Herren der Zigarrenbranche entschiedene Gegner der Sonntagsruhe, aber auch das hat sich jetzt geklärt. Man wird jetzt kaum noch offene Zigarrenläden am Sonntage sehen. (Zuruf: Weil keine Zigarren da sind.) Nun, Sie können an den Wochentagen in der Stadt hin und her gehen und ruhig 200 Zigarren kaufen. So knapp sind sie denn doch nicht; trotzdem können wir sehen, daß die Zigarrenläden auch am Montage in der Zeit von 1 bis 3 Uhr geschlossen sind, und die Kundschaft hat sich schnell daran gewöhnt. So wird es mit allen anderen Sachen gehen. Ich bitte Sie, dahin zu wirken, daß die Sonntagsruhe schnell durchgeführt wird.

Stadtrat **Wagner:** Schon vor dem Kriege war bereits eine Vorlage über die vollständige Sonntagsruhe an die Stadtverordnetenversammlung gegangen, und

diese ist noch heute bei der betreffenden Kommission. Da sich jetzt die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung geändert hat und die jetzigen Mitglieder der Stadtverordneten den Wortlaut der Vorlage nicht kennen werden, so wird es sich empfehlen, daß wir seitens des Magistrats noch einmal eine neue Vorlage aufsetzen. Weil nun während des Krieges die frühere Vorlage liegengeblieben ist, ist es nötig, noch einmal die beteiligten Kreise über die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe zu hören. Das betrachten wir nur als eine Erfüllung der rechtlichen Form und beabsichtigen nicht, umständliche Umfragen durch Fragebogen zu veranstalten, sondern wollen nur die großen Organisationen dabei berücksichtigen und eine kurze Frist für die Beantwortung setzen. Wenn wir keine gegenteiligen Äußerungen bekommen, nehmen wir an, daß Einverständnis mit der Einführung der vollständigen Sonntagsruhe herrscht.

Nun regen sich schon jetzt wieder — wie Sie aus den Eingängen gehört haben — die interessierten Kreise, z. B. die Blumengeschäfte, und wollen Ausnahmen haben. Eine der Eingaben befaßt sich mit den Sonntagen vor Weihnachten; derartige Ausnahmen festzusetzen, ist Sache der Polizeidirektion. Wir haben gedacht, daß wir derartige Ausnahmen in unserem Statut überhaupt nicht vorsehen, sondern es lediglich der höheren Verwaltungsbehörde, die für die Bedürfnisgeschäfte zuständig ist, überlassen, Ausnahmen zu gestatten. Ich denke dabei an den Milchhandel und dergleichen. Es würde sich allerdings empfehlen, daß man die Polizeidirektion ersucht, diese Ausnahmebestimmungen nicht ohne Fühlungnahme mit der Stadtverwaltung zu treffen, sondern die dort geplanten Maßnahmen vorher uns zur Äußerung zu unterbreiten. Damit die nötige Zeit für die Polizeidirektion vorhanden ist, ihre Vorbereitungen zu treffen, ist es nicht möglich, das Statut sofort in Kraft zu setzen, sondern es ist vorgesehen, daß mit Beginn des zweiten auf die Veröffentlichung folgenden Kalendermonates die neue Satzung in Kraft tritt. Bis dahin wird die Polizeidirektion Zeit genug haben, die betreffenden Ausnahmen zu prüfen und festzustellen.

Stadtv. Ohlendorf: Der Krieg hat so manches geändert, und so hat er auch in bezug auf die völlige Sonntagsruhe eine Abänderung der Meinungen geschaffen. Ich freue mich ja, daß auch von jener Seite die Anregung zur Einführung der völligen Sonntagsruhe kommt, aber es ist nicht erst, wie Herr Zahns sagte, seit dem Jahre 1914 oder 1913 der Wunsch der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber auf Durchführung der völligen Sonntagsruhe vorhanden, sondern seit viel längerer Zeit, und dieser Wunsch war in mancher Versammlung zum Ausdruck gekommen. Richtig ist es an und für sich, daß durch den Krieg die Einführung der völligen Sonntagsruhe ins Stoden gekommen ist; denn die Stadtverordnetenversammlung hatte seinerzeit mit großer Mehrheit beschlossen, den Magistrat auf-

zufordern, in dem Sinne vorzugehen, wie es jetzt wieder von Herrn Schille beantragt worden ist. Nun möchte ich aber bitten, die Sache nicht noch weiter auf die lange Bank zu schieben. Es ist allerdings von Herrn Stadtrat Wagner gesagt, daß nichts weiter geschehen soll, als daß ein großes Rundschreiben erlassen und dann nach ihm Stellung genommen werden soll. Ich meine, es müßte genügen, wenn die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gefragt werden; dann können wir recht bald die Neueinführung der Sonntagsruhe haben. Bezeichnend ist es, daß man es von seiten des Herrn Jahns für möglich hält, es so hinzustellen, als wenn die Wünsche nach Einführung der völligen Sonntagsruhe auch früher schon von dort vertreten worden seien. Aber eine solche Stellungnahme soll uns nicht scheren; die Hauptsache ist, daß für jeden Menschen alle acht Tage ein freier Tag geschaffen wird.

Stadtv. Schille: Meine Damen und Herren! Es war nicht klug von Herrn Jahns, der demokratischen Partei den Vorwurf zu machen, daß einer aus unserer Partei damals gegen die Sonntagsruhe gestimmt hat, die demokratische Partei, wie sie heute hier sitzt, hat damals noch nicht existiert. Ich möchte dagegen Herrn Jahns darauf aufmerksam machen, daß sein Parteikollege Frede derjenige war, welcher seinerzeit mit aller Schärfe gegen die Sonntagsruhe eingetreten ist. (Sehr richtig!) Es wäre zweckmäßig gewesen, wenn Herr Jahns diese Frage überhaupt nicht angeschnitten hätte.

Ich möchte nun auch meinerseits bitten, nachdem die Sache an und für sich klar liegt, so zu verfahren, daß wir recht schnell in den Genuß der Sonntagsruhe kommen. Wenn verschiedene Wünsche nach Ausnahmen laut geworden sind, so ist es Sache der Polizei — wie schon Herr Stadtrat Wagner sagte —, Ausnahmen für das Lebensmittelgewerbe usw. zuzulassen. Betonen möchte ich aber noch, daß der Wunsch nach Einführung der völligen Sonntagsruhe nicht ein Kind der letzten zehn Jahre ist, sondern daß wir uns im deutschen Reich seit 25 Jahren darüber unterhalten. Wenn in der Stadt Braunschweig der Gedanke der Sonntagsruhe erst später aufgetaucht ist, so ist das meiner Ansicht nach ein Mangel an Verständnis unter den beteiligten Kreisen gewesen. Ich bedaure, daß es nicht früher zur Einführung der völligen Sonntagsruhe gekommen ist. An dem neuen Statut, welches am 18. Juni 1914 vorgelegt ist, haben wir eine brauchbare Grundlage, auf der wir sehr gut weiterarbeiten können. Ich bitte noch einmal, die völlige Sonntagsruhe mit aller Beschleunigung zu schaffen, damit wir — sowohl die Arbeitgeber und die Gewerbetreibenden, wie auch die Arbeitnehmer — recht bald in Genuß derselben kommen.

Stadtv. Ginert: Soweit sich Einsprüche der Tabak- und Zigarrenhändler gegen die völlige Sonntagsruhe geltend gemacht haben, handelt es sich hauptsächlich

lich um Verwahrung gegen den Verkauf an anderweitigen Stellen. Meine speziellen Kollegen waren sich bei der letzten Verhandlung über diesen Gegenstand darin einig, daß die Sonntagsruhe auch für unseren Geschäftszweig eingeführt werden sollte, es wurde nur Protest dagegen erhoben, daß z. B. in den Gastwirtschaften, bei den Frisuren usw. während der Zeit der Sonntagsruhe Tabakfabrikate verkauft werden dürfen, und eine solche Stellungnahme ist für gerechtfertigt zu halten, denn bei solchen Verhältnissen würde das Publikum nicht dazu erzogen werden, seine Einkäufe an Wochentagen zu machen. Im übrigen möchte ich erwähnen — Herr Jahns kann das allerdings nicht wissen —, daß schon vor zirka 50 Jahren mein Vater unter den Inhabern der Tabak- und Zigarrengeschäfte auf privatem Wege eine Sonntagsruhe eingeführt hatte. Das mußte aber fallen gelassen werden, weil die freie Vereinbarung der Geschäftsinhaber doch nicht derartig war, um die Sache vollständig durchzuführen. Die letzteren sind deshalb jetzt für die Einführung der völligen Sonntagsruhe unter obigen Einschränkungen, die durch statutarische Verfügung festgelegt werden müßten.

Stadtv. **Frede:** Herr Schille hat behauptet, daß ich seinerzeit mit aller Schärfe gegen die Sonntagsruhe aufgetreten sei. Herr Schille ist damals noch nicht Stadtverordneter gewesen und kann die Unterlagen für seine Behauptung jedenfalls nur schöpfen aus den Redereien in den Versammlungen, die seinerzeit infolge der Zurückweisung der Vorlage des Magistrats an die Kommission stattgefunden haben. Den Ausführungen des Herrn Schille haben einige Herren mit dem Rufe „Sehr richtig“ zugestimmt. Sofern Stadtverordnete darunter sind, die damals schon Stadtverordnete waren, haben sie es getan, ohne sich die Mühe gegeben zu haben, in dem stenographischen Berichte von damals nachzublättern. Ich war schon im voraus auf einen solchen Vorwurf gefaßt und habe deshalb den betreffenden Bericht mitgebracht. Ich brauche die in Frage kommenden Stellen nicht zu verlesen, die Herren werden es selber finden können. Es ist der Bericht vom 18. Juni 1914, Nummer 5. Der Magistrat hatte eine Vorlage wegen der Sonntagsruhe an die Stadtverordneten ergehen lassen; die Statutenkommission hatte sie beraten und war in ihrer Mehrheit dafür eingetreten, daß die Sonntagsruhe eingeführt werden sollte. Bevor diese Beratung im Plenum stattfand, hatten sich verschiedene Geschäftsinhaber bei einigen Stadtverordneten, so auch bei mir, gemeldet und sich darüber beklagt, daß sie bei der allgemeinen Umfrage unbefragt geblieben seien. Ich könnte noch jetzt eine Reihe von solchen Geschäften nennen und bin jederzeit dazu bereit, wenn sich jemand aus der Versammlung dafür interessiert. Ich hatte mir das Material geben lassen und daraus gesehen, daß tatsächlich die beschwerdeführenden Geschäftsinhaber nicht befragt waren. Der Beschluß der Statutenkommission war nun seinerzeit besonders deshalb so ausgefallen, weil an-

geführt war, daß 65 Prozent der Geschäftsinhaber sich für Einführung der Sonntagsruhe ausgesprochen hätten. Bei eingehender Betrachtung aber ergab sich, daß diese Prozentzahl dadurch zustande gekommen war, daß alle offenen Geschäfte mit befragt waren, also auch die Flaschenbierhändler und Kohlenhändler, die gar kein Interesse an der Frage hatten, weil sie sowieso Sonntags kein Bier und keine Kohlen ausfahren, und daß Inhaber größerer Geschäfte, z. B. Pieper auf dem Damm, bei der Umfrage nicht mit berücksichtigt waren. Es lagen Eingaben vor, in welchen Beschwerden dieser Art über die Statistik geführt wurden, und so bin ich lediglich in der Weise tätig gewesen, daß ich gesagt habe: Die Gerechtigkeit erfordert, daß auch diese Geschäfte befragt werden; die Zusammenstellung ist lückenhaft und insofern nicht richtig, als bei der Bildung des Prozentsatzes in großer Anzahl Geschäfte zum Zuge gekommen sind, die eigentlich bei der Frage nicht interessiert waren. Dieser Auffassung hat sich die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung angeschlossen, und die Vorlage ist auch nicht abgelehnt, sondern in die Kommission zurückverwiesen. Das ist der Sachverhalt. In den Versammlungen, die darauf stattgefunden haben, und in denen es sehr heftig hergegangen ist — ich bin dabei nicht zugegen gewesen, sondern habe das nur aus der Presse gesehen —, ist von dieser Tatsache nichts erwähnt, sondern einfach gesagt: „Der Stadtv. Frede ist gegen die Einführung der Sonntagsruhe“, und in ähnlicher Weise wurde die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung verurteilt. Der damalige Stadtverordnetenvorsteher hat ausdrücklich hervorgehoben, daß die Versammlung für die Sonntagsruhe sei, daß aber eine korrekte Behandlung der Sache erforderlich sei, daß die sämtlichen Geschäfte berücksichtigt werden müßten, auch die, die bisher unbeachtet geblieben waren.

Stadtv. Wahrendorf: Mir scheint, als ob die Sonntagsruhe hier mehr eine Parteiache als eine Sache der Moral ist. Ich bin von vielen Geschäftsleuten beauftragt, ihre Stimmung hier dahin zu kennzeichnen, daß die absolute Sonntagsruhe nicht nur für die Kaufenden, sondern auch für die Geschäftsleute nicht schädlich sein kann. Wir haben aus dem Statut gesehen, daß eine ganze Menge Geschäfte als Ausnahmegewerbe genannt sind. Aus dem Antrage Schilke ersieht man das nicht; er lautet in seiner ersten Fassung anders, als er jetzt lautet. In seinem Antrage sagte Herr Schilke, daß die völlige Sonntagsruhe für Handel und Industrie einzuführen ist, während jetzt nur von Sonntagsruhe in den Geschäften geredet wird. Mit diesem Zurückziehen haben die Herren den Antrag jetzt anders formuliert. Wir müssen auf alle Fälle Rücksicht nehmen auf die Geschäftskreise, die auf den Sonntagsverkehr nicht verzichten können. Es gibt eine ganze Menge Gewerbe, welche durch die Sonntagsruhe tatsächlich schwer geschädigt werden, wo durch die Sonntagsruhe auch das laufende Publikum geschädigt wird, wenn es

nicht zur rechten Zeit seine Einkäufe machen kann. Ich weiß aus der jetzigen Zeit, daß Handwerker und Arbeiter, die Tag für Tag ihre Zeit ausnützen müssen, nicht an Wochentagen ihre Einkäufe machen können, und auch diesen Leuten muß man entgegenkommen, damit sie in Ruhe die Geschäfte besuchen und Einkäufe machen können. Daß auch ich ein großer Freund der Sonntagsruhe im allgemeinen bin, das ist selbstverständlich, und ich möchte den sehen, der in dieser Zeit nicht für eine solche Sache wäre, aber man darf das nicht als Parteiache betrachten. Es gibt Kreise, die ein Interesse daran haben, auch Sonntags ihre Arbeitskraft auszunützen, und deshalb freut es mich, daß in der Kommission zum Ausdruck gekommen ist, daß das Bedürfnisgewerbe in dem Statut berücksichtigt werden soll, wenn es auch nicht bei den Stadtverordneten liegt, diese Gewerbe zu benennen, sondern nach der Gewerbeordnung dies Sache der Polizei ist, welche diese Ausnahmen zu gestatten hat. Ich möchte darum dem Wunsche Ausdruck geben, daß wir hier sagen: Wir stimmen der Einführung der völligen Sonntagsruhe zu, und zwar besonders in Rücksicht auf diejenigen Gewerbe, welche viele Angestellte beschäftigen, so daß diese einen freien Sonntag haben — das ist ja eine selbstverständliche Sache. Aber auf der anderen Seite muß auch der Wunsch der Geschäftsleute berücksichtigt werden, welche vor Weihnachten an den Sonntagen, wo es nötig ist, ihre Geschäfte offen halten wollen, damit es nicht heißen kann: Die Stadtverordneten haben kein Interesse für die Bürger und sorgen nicht dafür, daß sie ihren Geschäften, soweit es nötig ist, nachgehen können.

Stadtv. Marichner: Es wird von einem großen Teil der beteiligten Geschäftsinhaber angeregt, daß an den letzten zwei Sonntagen vor Weihnachten die Geschäfte von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags geöffnet bleiben dürfen, um damit sowohl den Käufern wie auch den Verkäufern gerecht zu werden. Ich bitte, diese Bestimmung gleich mit in das Statut aufzunehmen und diese Sache nicht der Polizeidirektion zur beliebigen Regelung zu überlassen.

Stadtv. Schille: Die Ausführungen des Herrn Stadtv. Wahrenndorf sind insofern nicht richtig, als ich nie daran gedacht habe, den Antrag, den ich eingebracht habe, zu ändern. Die Frage der Sonntagsruhe ist eine so alte, daß es nicht nötig sein sollte, darüber so lang und breit zu sprechen. Wenn die besonderen Wünsche der einzelnen Gewerbegruppen Beachtung finden müssen, dann ist das Sache der Polizeidirektion, die ja ohne Zweifel die nötigen Feststellungen machen wird.

Herrn Stadtv. Frede möchte ich noch erwidern, daß ich meine Kenntnis über seine Stellungnahme aus der Presse habe, und wenn die Presse in dieser Sache unrichtige Notizen gebracht hat, so kann Herr Frede mich dafür nicht verantwortlich machen, sondern muß sich mit seinen Entgegnungen an die Presse wenden. Jeden-

falls steht fest, daß durch die diversen Nachträge, Verhandlungen und Eingänge von Wünschen usw. gerade seitens des Herrn Frede und seiner Parteigänger die Frage der Sonntagsruhe in Braunschweig immer und immer wieder hinausgezögert wurde. Wenn Herr Frede die Interessen einer großen Anzahl Gewerbetreibender vertreten zu wollen glaubt, so ist das etwas, was er im Rahmen der großen Frage der Sonntagsruhe nicht richtig aufgefaßt haben kann. Jedenfalls müssen wir festhalten: Nicht nur die Angestellten sollen ihre Sonntagsruhe haben, sondern alle Gewerbetreibenden, und es ist nötig, die Sonntagsruhe schleunigst einzuführen. Nicht nur in dieser schweren Zeit wird sie verlangt, sondern schon seit 25 Jahren, und mit ihrer Einführung wird nicht nur für die Gewerbetreibenden, sondern für die Menschheit im allgemeinen ein Segen geschaffen.

Stadtv. Ohlendorf: Herr Stadtv. Wahrenndorf sagte, die Einführung der Sonntagsruhe sei eine Parteisache. Nun, das glaubt er doch selber nicht. Selten ist eine Sache von Leuten, die die verschiedensten Parteiansichten haben, so einmütig wie diese verfochten worden. Nicht nur von Seiten der Arbeitnehmer, sondern auch von Seiten der Arbeitgeber sind Organisationen aufgetreten, die seit langer Zeit die völlige Sonntagsruhe verlangen. Ich behaupte: Die weit größte Zahl der Arbeitgeber hätte die Einführung der völligen Sonntagsruhe mit Freuden begrüßt. Allerdings war immer ein kleiner Kreis von Gegnern der Sonntagsruhe vorhanden, und man muß bedauern, daß er den großen Einfluß hatte und es verstanden hat, die Einführung der Sonntagsruhe zu verhindern. Ich gebe auch zu, daß es Leute gegeben hat, die aus Überzeugung glaubten, daß es nicht gehen würde, die Sonntagsruhe einzuführen, aber in der letzten Zeit ist doch bewiesen worden, daß die völlige Sonntagsruhe sehr gut ohne Schädigungen eingeführt werden kann. Es wird sehr gut damit gehen, wie so manches im Kriege gut gegangen ist, was früher nicht für möglich gehalten wurde. Weshalb sollen wir das Alte, was sich überlebt hat, wieder einführen? Ich kann verstehen, daß Herr Frede nicht gern daran erinnert werden will, welche Stellung er früher eingenommen hat, aber ich glaube, heute würde er eine solche Stellung nicht einnehmen, und das gereicht jedem von uns zur Freude. Es läßt sich nicht wegstreiten, daß Herr Frede es verstanden hat, in einer Stadtverordnetenversammlung, die einer anderen folgte, worin das Statut der Sonntagsruhe angenommen war, einen Antrag durchzubringen, durch den die Sache illusorisch wurde, und man sollte es ruhig zugestehen.

Ich hoffe, daß der Magistrat uns bald eine Vorlage machen wird, und bei der Beratung dieser Vorlage können wir dann festlegen, nach welcher Seite hin die Notwendigkeit besteht, Ausnahmen zu machen, denn es gibt Gewerbe, wie den Milchhandel usw., für die vielleicht während einer Stunde der Verkauf offen gehalten werden muß.

Stadttrat Wagner: Ich halte es für dringend erwünscht, daß bereits heute festgestellt wird, ob die Stadtberordnetenversammlung besonders Wert darauf legt, daß in das Statut alle die Vorschriften für die Bedürfnisgewerbe aufgenommen werden, oder ob die höhere Verwaltungsbehörde diese Ausnahmen gestatten und wir nur den Grundsatz der allgemeinen Sonntagsruhe aufstellen sollen. Es wäre für den Magistrat unangenehm, wenn er vergebliche Arbeit gemacht hätte und das Statut hinterher umgearbeitet werden müßte. Bei statutarischer Regelung der Ausnahmen müßte übrigens die Festlegung der Verkaufsstunden erfolgen, die für das Zeitungsgewerbe anders geschehen muß als für den Milchhandel, den Blumenhandel. So früh, wie Milch und Zeitungen ausgetragen werden, geschieht der Verkauf von Blumen doch nicht. Wenn wir hier über diese Einzelheiten verhandeln wollen, machen wir unfruchtbare und zeitraubende Detailarbeit, die wir am besten der Polizeidirektion überlassen. Ich möchte wünschen, daß sich die Versammlung heute dahin äußerte: Wir wünschen nur die Festlegung der vollständigen Sonntagsruhe. Dann weiß der Magistrat Bescheid, und wir kommen am schnellsten zum Ziele. Ich zweifle nicht daran, daß die Polizeidirektion einem von uns auszusprechenden Wunsche, ihre beabsichtigten Maßnahmen uns vorher zur Kenntnis zu bringen, nachkommen wird. Geschieht das, dann können wir immer noch prüfen, ob die Polizeidirektion nicht zu engherzig oder zu weitherzig verfährt.

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte mich dem letzten Vorschlage des Herrn Stadtrats Wagner anschließen: Wir sprechen uns heute grundsätzlich und allgemein für die Durchführung der völligen Sonntagsruhe aus und überlassen es der Polizeidirektion, die Ausnahmen für die Bedürfnisgewerbe festzusetzen. Die Durchführung der Sonntagsruhe ist nicht eine Parteiache, sondern eine Frage des sozialen Empfindens, und wenn sich das in allen Reihen der Bevölkerung bemerkbar macht, so kann man sich nur darüber freuen. Ich bin nicht der Meinung, daß die Sonntagsruhe für eine große Anzahl Gewerbetreibender schädlich sei, wie das ja auch durch die Praxis in Braunschweig und anderen Städten und Staaten widerlegt ist, besonders während der Kriegszeit. Das Bedürfnisgewerbe, für das die Sonntagsruhe wirklich schädlich sein könnte, wird ja durch die Sonderbestimmungen geschützt. Das Publikum kann sich daran gewöhnen, seine Einkäufe an Wochentagen zu machen. Es hat sowohl der Angestellte wie auch der Gewerbetreibende ein Recht darauf, einmal in der Woche für sich einen Ruhetag zu beanspruchen.

Bezüglich der Haltung des Herrn Stadtv. Frede erinnere ich mich einer Versammlung im Wilhelmsgarten, der ich beigewohnt habe und zu der auch Herr Frede eingeladen, aber nicht erschienen war. Damals war es Herr Jahns, der in der schärfsten Weise gegen Herrn Frede Stellung nahm und sagte, daß die Be-

amtenenschaft keineswegs die Anschauungen des Herrn Frede in dieser Sache teile. In der Öffentlichkeit war wohl allgemein die Auffassung verbreitet, daß Herr Frede nicht im Prinzip ein Freund der Sonntagsruhe sei.

Daß einige Sonntage vor Weihnachten für den geschäftlichen Verkehr frei bleiben können, versteht sich wohl von selbst, und auch die bisherigen Bestimmungen sehen das bereits vor.

Stadtv. Frede: Es scheint einigen Herren daran gelegen zu sein, einen Sündenbock für das Nichtzustandekommen der Sonntagsruhe vor dem Kriege zu finden, und da ich den vorhin von mir erwähnten Antrag gestellt habe, so macht es sich von selbst, daß man mich dafür ausersehen hat. Ich muß deshalb noch einmal auf diesen Punkt eingehen, trotzdem wir heute eine sehr umfangreiche Tagesordnung haben. Herr Stadtv. Ohlendorf hat gesagt, er freue sich, daß meine Stellung heute anders wäre als früher. Ja, meine Herrschaften, von meiner früheren Stellung zur Sonntagsruhe müßten Sie doch unterrichtet sein. Ich habe niemals gesagt: Ich bin gegen die Sonntagsruhe, sondern habe gesagt: Ich gönne sie den Angestellten. Bitte, lesen Sie den Bericht über die damalige Stadtverordnetenversammlung nach. Auf Redereien und Klatschereien kann ich mich selbstverständlich nicht einlassen. Lediglich die korrekte Behandlung der Sache verlangte das, was ich damals vorschlug. Herr Stadtv. Rönneburg sagt, der allgemeine Eindruck in der Öffentlichkeit sei der gewesen, daß ich ein Feind der Sonntagsruhe sei. Dieser Eindruck ist auf Grund falscher Unterlagen gewonnen, und wenn Herr Zahns in jener Versammlung so gesprochen hat, wie eben angegeben wird, dann hat auch er sich nicht gehörig unterrichtet gehabt. Herr Rönneburg sagte, ich sei zu der Versammlung eingeladen gewesen, aber nicht erschienen. In solche Versammlungen gehe ich nicht gern; aber ich habe Herrn Bretschneider und anderen Herren den amtlichen Bericht über die Stadtverordnetenverhandlungen gegeben und sie über die Sache aufgeklärt; trotzdem habe ich nicht gehört, daß in dem nötigen Maße von der Aufklärung Gebrauch gemacht ist.

Herr Schilke sagt, er sei auf Grund der Mitteilungen der Presse zu seiner Ansicht gekommen, aber es stände fest, daß die wiederholten Wünsche und Anträge die Verschleppung der Sonntagsruhe zur Folge gehabt hätten. Auch das ist falsch. Ich habe keine Wünsche und Anträge zu dieser Sache geäußert, sondern die einzige Gelegenheit, die ich zu einem Antrage genommen habe, ist die gewesen, die ich schon erwähnt habe. Ich berufe mich nochmals auf den stenographischen Bericht über unsere Versammlungen. Sie werden dort meine Worte bestätigt finden und noch vieles andere, was für mich spricht, aber ich will eben darauf verzichten, es anzuführen.

Stadtv. Dr. **Wolters**: In der Sitzung vom 4. Juni 1914 haben sich sämtliche Stadtverordnete einstimmig für die Einführung der Sonntagsruhe ausgesprochen, auch Herr Stadtv. Frede. Nachdem dieser Beschluß gefaßt war, wurde kurze Zeit darauf bei einer Anzahl von Geschäften eine Erhebung über ihre Stellung zur Einführung der Sonntagsruhe veranstaltet, und es stellte sich nachträglich heraus, daß eine Anzahl von Gewerbetreibenden bei dieser Erhebung nicht befragt war. Nun haben wir gesetzliche Schranken in unserer städtischen Gesetzgebung; wir können nur für das Handelsgewerbe Statuten erlassen, und es schreibt außerdem die Gewerbeordnung vor, daß vor Erlaß solcher Statuten die Handwerkskammer als solche und auch die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehört werden sollen. Diesem gesetzlichen Verlangen war nicht entsprochen, und daher war die Stadtverordnetenversammlung genötigt, dem Antrage nachzugeben, die Sache an die Statutenkommission zurückzuberweisen, damit nunmehr die Anfrage vervollständigt wurde. Das ist die Sachlage, die die leidige Verzögerung im Gefolge hatte.

Bezüglich der Bedürfnisgewerbe haben wir kein Bestimmungsrecht. Darin bestimmt nach § 105 e der Reichsgewerbeordnung *s e l b s t ä n d i g* die oberste Verwaltungsbehörde oder in deren Auftrage die Polizeidirektion. Dieser Rechtslage ist sowohl in dem alten Statute vom Jahre 1907 Rechnung getragen, wie auch in dem neuen Entwurf, der im Jahre 1914 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt war. Es lautet in § 3 noch heute der Entwurf so: „Vorbehaltlich der Bestimmung von § 105, die die höhere Verwaltungsbehörde trifft.“ Nun hat der Magistrat unter Zustimmung der Versammlung sich dahin geäußert: Es möchten die Handwerkskammer und einzelne Gewerbetreibende gehört werden, um uns Ratschläge fernzuhalten, die uns wegen Unterlassung der Frage treffen könnten. Wir müssen also diese Herren hören und dürfen ohne sie eine endgültige Regelung nicht treffen.

In dieser Beziehung möchte ich mir erlauben, auf eine Äußerung des Herrn Stadtrat Wagner einzugehen. Ich glaube nicht, daß, wenn wir diese Äußerung der Handwerkskammer und der anderen Erwähnten einholen wollen, wir uns heute schon im Punkte der Ausnahme von den Bestimmungen über die Sonntagsruhe festlegen können, sondern wir müssen das Ergebnis der Anfrage abwarten und bis dahin, daß die Wünsche uns geäußert sind, einer Stellungnahme zu der weiteren Frage, was wir der höheren Verwaltungsbehörde oder der Polizeidirektion empfehlen werden, ihrerseits festzusetzen, uns enthalten. Wir können nicht jetzt schon sagen, die Polizeidirektion möchte in dieser oder jener Weise verfahren, wenn wir einsehen, daß es notwendig ist, von bestimmten Korporationen Auskünfte einzuholen. Ich möchte empfehlen, besonders über den letzten Punkt eine endgültige Stellungnahme so weit hinauszuschieben, bis innerhalb vierzehn Tagen, wie der

Magistrat wünscht, die Auskünfte eingegangen sind. Bei der Gelegenheit kann dann auch dem Wunsche des Herrn Stadtv. Marschner und des Herrn Stadtrat Wagner, der Polizeidirektion die Festsetzung von Ausnahmen zu empfehlen, Rechnung getragen werden, auch bezüglich der Freilassung von Stunden an den Sonntagen vor dem Weihnachtsfeste. Ich möchte also bitten, über den letzten Punkt, Verständigung mit der Polizeidirektion, eine endgültige Stellungnahme auszusprechen.

Stadtrat Wagner: Ich glaube, Herr Stadtv. Dr. Wolters hat mich mißverstanden. Ich habe nicht etwa gewünscht, daß man jetzt schon einzelne Ausnahmen in Fühlungnahme mit der Polizeidirektion festlegen solle, sondern nur gebeten, die Stimmung der Versammlung zum Ausdruck zu bringen, ob wir in dem städtischen Statute die Ausnahmen für jede Bedürfnisgewerbegruppe nach Stunden festlegen, oder ob wir diese Kleinarbeit der Polizeidirektion überlassen sollen. Nur auf Entscheidung dieser grundsätzlichen Frage lege ich Wert, weil je nachdem die Gestaltung des Statuts eine andere werden muß. Im Falle hier keine Äußerung erfolgt, müßten wir jedenfalls die einzelnen Gewerbegruppen, für die Ausnahmen gelten sollen, in das Statut erst einmal aufnehmen. Um die Sache nicht zu verzögern, liegt mir daran, zu wissen, wie die Versammlung über diese Frage denkt.

Stadtv. Ginert: Der Anregung des Herrn Stadtrat Wagner folgend, möchte ich beantragen, in das Statut aufzunehmen, daß der Verkauf von Tabakfabrikaten während der Sonntagsruhe auch in anderen Geschäften als Tabakhandlungen verboten ist, und die Bestimmungen dahin zu formulieren, daß in den Gastwirtschaften während der Zeit der Sonntagsruhe nur die Verabreichung von Speisen und Getränken erlaubt ist. Ich weise dabei auch darauf hin, daß sich die *Papierwarenhandler* gegen den Verkauf ihrer Waren (Ansichtspostkarten u. dergl.) in anderen Geschäften, während der Zeit der Sonntagsruhe, verwahrt haben.

Stadtv. Marschner: Ich bitte, genaue Vorschriften über die Bedürfnisgewerbe in das Statut mit aufzunehmen. Es ist ein streitiger Punkt, ob das Bedürfnisgewerbe zum Gewerbe- oder zum Handelsbetriebe gehört. Sehr viele Gewerbetreibende bezahlen Steuern für den Handelsbetrieb und fallen dadurch zum Teil auch mit darunter. Ferner möchte ich bitten, auch wegen der Geschäftsstunden an den freigegebenen Sonntagen vor Weihnachten eine Bestimmung in das städtische Statut aufzunehmen.

Stadtv. Dr. Wolters: In dem Statut vom 19. September 1907 lautet § 3 folgendermaßen: „Bei den gesetzlich bestimmten und den durch die höhere Verwaltungsbehörde gemäß § 105 e Absatz 1 der Gewerbeordnung festgesetzten Aus-

nahmen behält es sein Bewenden.“ Nun lautet aber § 105 e der Gewerbeordnung: „Für Gewerbe zur Befriedigung täglicher Bedürfnisse können durch Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde Ausnahmen von den im § 105. b getroffenen Bestimmungen zugelassen werden.“ Darauf hat die oberste Verwaltungsbehörde die Herzogliche Polizeidirektion schon im Jahre 1907 ermächtigt, die Ausnahmen zu treffen, die ich eben wohl nicht zu verlesen brauche. In den Entwurf, der im Jahre 1914 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wurde, ist wörtlich dieselbe Bestimmung, wie sie in dem früheren Statute enthalten war, aufgenommen. Wir können über die Bedürfnisgewerbe keine Bestimmung treffen; das würde unsere Kompetenz überschreiten, wir müssen es der Regierung oder der Polizeidirektion überlassen. Wie sie sachlich verfahren wird, das zu entscheiden, ist nicht unsere Sache. Dahingegen können wir gegenüber der Polizeidirektion W ü n s c h e geltend machen, und diesen Wünschen wird jedenfalls die Polizeidirektion Folge leisten. In das Statut selber aber können Vorschriften über die Bedürfnisgewerbe nicht aufgenommen werden, das ist nach der Gewerbeordnung unzulässig.

Stadtb. **Stegmann:** Meine Damen und Herren! Das letzte, was Herr Dr. Wolters ausführte, trifft meiner Ansicht nach nicht zu; wir könnten sehr wohl! derartige Ausnahmen in das Statut aufnehmen, aber ich glaube, aus den bereits überzeugend dargelegten Gründen ist es besser, wenn das Statut diese Ausnahmebestimmungen nicht enthält und wir das Statut nur als etwas Abgeschlossenes annehmen.

Nun hat Herr Dr. Wolters Herrn Stadtb. Frede herauszuheben versucht. Tatsache aber ist es, und wer Mitglied der Stadtverordnetenversammlung zu der Zeit gewesen ist, der weiß, daß Herr Frede stets einer derjenigen war, der allen reaktionären Bestrebungen das Wort geredet hat. So hat er auch in der Frage der Sonntagsruhe den Fortschritt hintanzuhalten gesucht. Der Geist, der aus Herrn Wahrendorf spricht, ist der Geist des Herrn Frede. Seine Worte bedeuten doch im ganzen: „Lassen wir alles beim alten, so wie es zur Zeit unserer Väter und Urgroßväter war“; sie schließen eine Ablehnung der Sonntagsruhe in sich ein. Aber heute werden die Herren nicht damit durchkommen. Man kann sich ja freuen über die Veränderungen, die durch den Krieg hervorgebracht sind. Heute sind die, die früher eifrige Monarchisten bis in die Knochen gewesen sind, zu Republikanern geworden. Die schwarzen Reaktionäre haben ihr demokratisches Herz entdeckt, und so ist auch Herr Frede freiheitlich gesinnt geworden. Es ist verkehrt, was Herr Stadtb. Wahrendorf sagte, wenn er ausführte, die Stadtverordneten würden mit ihrem Beschluß der völligen Sonntagsruhe den Eindruck erwecken, sie täten nichts für ihre Bürger. Umgekehrt ist es, wenn wir das Statut einführen, dann wird

die große Mehrheit der Bürgerschaft sehen, daß wir alles mögliche tun, um etwas Gutes zu schaffen. Ich bitte Sie, das Statut ohne die Ausnahmbestimmungen anzunehmen.

Stadtv. Schille (Schlußwort als Antragsteller): Die Ausführungen der verschiedenen Herren Redner haben gezeigt, daß der Wunsch nach Einführung der völligen Sonntagsruhe zweifellos ein allgemeiner ist. Wir sind der Ansicht, daß ein Statut herauskommen muß, in dem die völlige Sonntagsruhe festgelegt wird, und daß wir alle Ausnahmbestimmungen, die für die Lebensmittelgeschäfte usw. in Frage kommen können, aus ihm weglassen. Über die Wünsche, welche die einzelnen Gewerbetreibenden haben, können wir uns in der Kommission unterhalten und können sie dann der Polizeidirektion vortragen, damit ihnen dort Rechnung getragen wird. Ich möchte Sie bitten, heute im Prinzip unseren Antrag auf Einführung der völligen Sonntagsruhe anzunehmen und als Zeitpunkt für die Einführung den 1. April in Aussicht zu nehmen.

Die Versammlung stimmt im Prinzip der Einführung der völligen Sonntagsruhe (dem Anschein nach einstimmig) zu.

Vorsitzender: Es würde sich jetzt noch darum handeln, festzulegen, ob die Versammlung wünscht, daß die Festsetzung der Ausnahmbestimmungen der Polizeidirektion überlassen werden soll, oder ob sie in das Statut hineingenommen werden sollen.

Stadtv. Dr. Wolters (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, diese zweite Frage zur Prüfung in die Statutenkommission zurückzuverweisen.

Stadtrat Wagner: Es liegt doch wohl ein Irrtum auf Seiten des Herrn Stadtv. Dr. Wolters über diese zweite Frage vor. Die Gemeindeverwaltung ist sehr wohl in der Lage, die Sonntagsruhe für die verschiedenen Zweige des Handelsgewerbes durch Statut verschieden zu regeln, und sie kann auch, wenn sie die Notwendigkeit von Ausnahmen für Bedürfnisgewerbe anerkennt, ohne die Polizeidirektion zu fragen, Ausnahmen von der Sonntagsruhe zulassen und bestimmte Verkaufsstunden z. B. für Milch usw. festzusetzen. Es würde dann eine Spaltung in den Bestimmungen eintreten insofern, als gewisse Gewerbe schon von der Gemeinde als Bedürfnisgewerbe anerkannt und ihre Verkaufszeiten durch Statut geregelt werden, während die Polizeidirektion noch andere Gewerbe als Bedürfnisgewerbe anerkennen und für sie besondere Verkaufszeiten festsetzen könnte. Das würde einmal die Verhandlungen sehr erschweren, indem bei uns umfangreiche Erörterungen entstünden. Wir würden mit einer Flut von Eingaben überschüttet werden, und derselbe Vorgang würde sich bei der Polizeidirektion wiederholen. Außerdem würde für die große Masse der Bevölkerung die ganze

Sache dadurch unübersichtlich werden, daß ein Teil der Ausnahmeg Bestimmungen in dem Statut stehen und ein anderer Teil von der Polizeidirektion geregelt würde. Aus diesen praktischen Gründen empfiehlt es sich, wenn ich auch die rechtlichen Bedenken des Herrn Dr. Wolters nicht anerkennen kann, die Festsetzung der Ausnahmeg Bestimmungen der Polizeidirektion zu überlassen unter der Voraussetzung, daß sie vor ihrer Entscheidung mit den städtischen Behörden Fühlung nimmt.

Stadtv. Ohlendorf: Ich möchte bitten, den Antrag des Herrn Dr. Wolters auf Zurückverweisung dieses zweiten Punktes in die Kommission nicht anzunehmen. Ich betrachte ein solches Verfahren nur als eine Verschleppung der ganzen Sache.

Stadtv. Dr. Jasper: Meiner Meinung nach bedarf es keiner Abstimmung darüber, wie hier verfahren werden soll, und eine Abstimmung ist an sich auch nicht zulässig, denn ein Antrag liegt nicht vor. Uns beschäftigt lediglich ein Antrag des Ausschusses, und der lautet auf glatte Annahme des Antrages Schilke. Lediglich Herr Stadtrat Wagner hat gewünscht, eine gutachtliche Meinung der Versammlung über die Aufnahme der Ausnahmen in das Statut zu haben. Diese zur Abstimmung zu bringen, liegt keine Veranlassung vor. Der Magistrat muß wohl oder übel eine Vorlage ausarbeiten, und er wird aus der Aussprache das Nötige entnommen haben, wie die Meinung der Herren und Damen in der Versammlung ist. Unter Umständen wird er sich gefallen lassen müssen, daß eine andere Verabschiedung des Statuts eintritt, als seine Ausarbeitung lautet. Wir können uns nicht schon im voraus die Hände binden, wie es durch eine Abstimmung geschehen soll.

Vorsigender: Es hat sich meines Erachtens nur darum gehandelt, dem Wunsche des Herrn Stadtrat Wagner Rechnung zu tragen, ihm Richtlinien zu geben, damit er die Magistratsvorlage in dem Sinne der Stadtverordnetenversammlung unterbreiten kann, wie sie von ihr gewünscht wird. Es könnte sonst kommen, daß er uns eine Vorlage bringt, die die gegenteilige Meinung als die der Versammlung enthält, und dann wäre die Arbeit vergeblich gewesen. Ich bin der Ansicht, eine gutachtliche Meinung über diesen Punkt wäre doch nicht so sehr verfehlt.

Ich bitte diejenigen Mitglieder der Versammlung, die sich gutachtlich dahin äußern wollen, daß die Ausnahmeg Bestimmungen festzulegen der Polizeidirektion überlassen werden soll, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

4. Antrag Schilke die bisherigen unbefoldeten Stadträte zum Rücktritt aufzufordern.

Stadtv. Dr. Wolters: Der Antrag des Herrn Stadtv. Schilke lautet dahin: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die bisherigen un-

befol deten Mitglieder des Stadtmagistrats aufzufordern sind, ihr Mandat der Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung zu stellen, um auch in der Zusammensetzung des Stadtmagistrats die in der Stadtverordnetenversammlung nach der Neuordnung der Verhältnisse vorhandenen politischen Gruppen zur Geltung kommen zu lassen."

Wie den verehrten Damen und Herren bekannt ist, werden die unbesoldeten Mitglieder des Stadtmagistrats von der vereinigten Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten gewählt. Es müßte an sich die Frage, ob ein Mandat als unbesoldetes Mitglied des Stadtmagistrats aufgehoben werden soll, einer in diesem Sinne zusammengesetzten Körperschaft unterbreitet werden. Es hat aber die Städteordnung in § 46 folgendes festgesetzt: „Die Stadtverordneten haben das Recht der Entscheidung über die Zulässigkeit der Ablehnung oder Niederlegung des Amtes eines unbesoldeten Mitgliedes des Stadtmagistrats und eines Stadtverordneten.“ Es haben also die Stadtverordneten über die Niederlegung dieser Mandate zu entscheiden. Nun sind gleichzeitig in der Städteordnung Bestimmungen darüber getroffen einmal, unter welchen Umständen ein unbesoldetes Magistratsmitglied nicht mehr das Recht hat, sein Amt fortzuführen, dann darüber, unter welchen Voraussetzungen es sein Amt niederlegen kann. Das Recht zur Verwaltung des Amtes hört auf, wenn die Bedingungen der Wählbarkeit nicht mehr vorhanden sind. Die Bedingungen der Wählbarkeit sind im § 69 der St.O. dahin geregelt, daß gesagt ist: „Zu dem Amte eines unbesoldeten Mitgliedes des Stadtmagistrats ist jeder wahlberechtigte Bürger wählbar.“ Solange der Betreffende wahlberechtigt ist, ist er auch wählbar. Es ist also nicht die Möglichkeit vorhanden, zu fordern, daß Amt eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes niederzulegen, solange der Betreffende wahlberechtigt ist.

Die Voraussetzungen, unter denen ein unbesoldetes Magistratsmitglied sein Amt niederlegen kann, sind durch die Städteordnung gesetzlich festgelegt, und andere als gesetzliche Gründe gibt es nicht. Dieselben Gründe, die für die Ablehnung eines unbesoldeten Gemeindeamtes maßgebend sind, gelten nach § 25 St.O. auch für die Niederlegung des Mandats. Sie lauten in § 23 St.O. so: „Zur Ablehnung sind nur diejenigen Personen berechtigt, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben, oder an anhaltender, der Erfüllung der zu übernehmenden Obliegenheiten hindernder Krankheit oder körperlicher Schwäche leiden, oder in solchen häuslichen und geschäftlichen Verhältnissen stehen, daß sie durch die Übernahme des Amtes einen erheblichen Nachteil erleiden würden.“

Diese gesetzlichen Gründe werden sich die unbesoldeten Magistratsmitglieder vor Augen halten müssen, wenn sie erklären wollen: Wir legen unser Amt nieder. Besonders beachten müssen sie, welche Folgen eine ungesetzliche Niederlegung ihres Amtes haben würde. Es heißt in § 26 der Städteordnung über unberechtigte Ab-

lehnung oder Niederlegung: „Wer die Annahme einer Wahl zu einem unbesoldeten Gemeindeamt oder die Fortsetzung desselben ohne gesetzlichen Entschuldigungsgrund verweigert, hat die Kosten einer Neuwahl zu tragen und zahlt für den Zeitraum, in welchem er verpflichtet war, das Amt zu verwalten, eine nach den Verhältnissen seines Einkommens durch die Stadtverordneten festzusetzende Strafe von 10—500 M jährlich in die Stadtkasse. Außerdem ruht für diesen Zeitraum sein Bürgerrecht.“

Es findet deshalb die Forderung, das Amt als unbesoldetes Magistratsmitglied niederzulegen aus den Gründen, wie sie der Antrag anführt, nämlich daß nunmehr die Zusammenfassung der Stadtverordnetenversammlung eine andere geworden ist, keine gesetzliche Grundlage zur Niederlegung des Amtes. In der Tat würden nur die von mir angeführten gesetzlichen Niederlegungsgründe dazu berechtigen.

Nun würde es ja möglich sein, daß unter dem Drucke eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung oder der öffentlichen Meinung die unbesoldeten Magistratsmitglieder sagten: Wir legen das Amt nieder. Würde die Stadtverordnetenversammlung daraufhin drei oder vier andere als neue unbesoldete Mitglieder des Magistrats wählen, so würde die Frage entstehen: Ist nun nach dieser Neuwahl der Stadtmagistrat in gesetzmäßiger Weise zusammengesetzt? Solange das nicht angefochten wird, ist eine solche Zusammenfassung des Stadtmagistrats vielleicht nicht bedenklich. Würde aber jemand die Rechtmäßigkeit der Zusammenfassung anfechten, und würde in letzter Linie es zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs kommen, so ist das Gericht verpflichtet, nachzuprüfen: „Haben die früheren unbesoldeten Magistratsmitglieder aus gesetzlichen Gründen ihr Amt niedergelegt oder nicht?“, und mit ziemlicher Sicherheit ist anzunehmen, daß die Entscheidung dahin fällt: „Dieser Grund, nämlich Rücksicht auf die Zusammenfassung der Stadtverordnetenversammlung, ist kein gesetzlicher Niederlegungsgrund“, vielmehr werden nur die von mir angeführten gesetzlichen Gründe als maßgebend betrachtet werden. Es könnte eintreten, daß nach solcher Richtigkeitsklärung irgend jemand eine Verwaltungstat des Stadtmagistrats anfecht, beispielsweise die Steueraussschreiben, denn die Gültigkeit der von einem nicht gesetzmäßig zusammengesetzten Magistrat ausgegebenen Steueranssschreiben kann bestritten werden, und mancher aus der Bürgerschaft würde mit Recht eine solche Verfügung beanstanden. Das können wir selbstverständlich nicht riskieren.

Dennoch ist der Grundgedanke des Antrages des Herrn Stadtv. Schille als berechtigt anzuerkennen, daß im allgemeinen die Zusammenfassung der Stadtverordnetenversammlung für die Wahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder grundlegend sein muß, aber doch nur mit Einschränkungen. Es muß doch in der Verwaltung des Magistrats eine gewisse Stetigkeit vorhanden sein. Wer weiß, wie

in einem, zwei oder drei Jahren die Parteien in der Stadtverordnetenversammlung sich zusammensetzen? Wer weiß, wo die zufälligen Mehrheiten zu finden sind? Einer solchen wechselnden Mehrheit folgend, kann nicht alljährlich oder in kurzen Zeiträumen eine andere Zusammensetzung des Stadtmagistrats stattfinden. Trotz dieses Bedenkens (bekanntlich ist die Dauer des Amtes eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes wie die der Stadtverordneten auf 6 Jahre festgesetzt) ist der Gedanke des Antrages als richtig anzuerkennen. Wenn man ihn auch nicht als theoretisch richtig anerkennen wollte, so würden die Tatsachen über diese Ansicht hinweggehen und die unbesoldeten Magistratsmitglieder mit der Zeit so zusammengesetzt werden, wie die Mehrheit der Versammlung es beschließen würde.

Ich habe namens des Rechtsausschusses zu empfehlen, den Antrag grundsätzlich als berechtigt anzuerkennen, aber ihn aus rechtlichen Gründen in den gegenwärtigen Fällen nicht anwenden zu lassen.

Außer den Rechtsgründen waren es aber auch Gründe allgemeiner Art, die zu diesem Beschlusse des Ausschusses führten. Die Stetigkeit des Amtes der einzelnen Personen muß gewahrt werden. Einzelne der jetzigen unbesoldeten Mitglieder des Magistrats haben besondere Ämter zu verwalten, die den Krieg, die Demobilisation und anderes betreffen, und es ist nicht ratsam, daß ohne weiteres diese erfahrenen Herren entlassen werden. Auch aus allgemein menschlichen Gründen ist es richtig, den Lauf der Dinge abzuwarten und sich damit zu begnügen, was der Lauf der Zeit mit sich bringt. Die geehrten Damen und Herren werden hören, daß einer der Herren unbesoldeten Stadträte aus Gesundheitsrücksichten die Bitte um Entlassung aus dem Amte als Magistratsmitglied ausgesprochen hat. Es wird genügen, die drei Sitze im Magistrat, die dann erledigt sind, neu zu besetzen, im übrigen aber die Besetzung zu belassen, wie sie ist.

Ich empfehle den geehrten Damen und Herren, den Antrag des Rechtsausschusses anzunehmen.

Der Herr **Vorsitzende** läßt über den Antrag des Rechtsausschusses abstimmen und die Gegenprobe machen. Es ergibt sich, daß der Antrag des Rechtsausschusses mit einer Anzahl Stimmenenthaltung **a n g e n o m m e n** ist.

5. Antrag Salomon auf Einführung der Pflichtfortbildungsschule zu Ostern d. Js.

Stadt v. **Schmidt**: Seitens des Herrn Stadt v. Salomon ist folgender Antrag eingegangen: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Einführung der Pflichtfortbildungsschule für beide Geschlechter zu Ostern dieses Jahres zu bewirken.“ Der Antrag hat der Schulkommission vor-

gelegen, und so wünschenswert es auch erschien, diesen Antrag heute dem Plenum zur Annahme zu empfehlen, damit endlich die Einführung des Besuchszwanges für die Fortbildungsschule erreicht würde, so gab es dagegen doch in der Schulkommission Bedenken, wenn auch nicht grundsätzlicher, sondern finanzieller Art, die es unmöglich machten, einen derartigen Plan heute schon vorzulegen. Es dürfte sich als sicher erweisen, daß mit der Einführung der Besuchspflicht für die Fortbildungsschule ein höherer Kostenaufwand für die Unterhaltung der Schule sich notwendig macht. Mit Rücksicht darauf, daß die Unterhaltung der Fortbildungsschule, wie sie bisher geübt worden ist, der Stadt an Einnahmen nur das Schulgeld und andererseits einen Zuschuß von 8500 *M* aus der Hauptfinanzkasse und 8000 *M* aus den Erträgen der Umsatzsteuer erbrachte, so daß ein höherer Fehlbetrag, der in den letzten Jahren sich auf 29 000 und 39 000 *M* gestellt hat, von der Stadt allein getragen werden mußte, und in Rücksicht darauf, daß bei Einführung des Besuchszwangs für die Fortbildungsschule ein noch höherer Fehlbetrag zu decken sein wird, wollte die Stadt sich sichern, daß seitens des Staats ein entsprechender höherer Zuschuß geleistet würde, und hat dementsprechend, als im Jahre 1901 der erste Antrag auf Einführung der Pflichtfortbildungsschule eingebracht worden war, sich an das Staatsministerium um eine solche Zusicherung gewandt. Als im Jahre 1903 in der Stadtverordnetenversammlung erneut der Antrag auf Einrichtung der Fortbildungsschule eingegangen war, hat der Magistrat in einem Bericht an das Ministerium gefragt, wie es sich jetzt zu dieser Sache stelle, ob es bereit sei, den gewünschten Zuschuß zu leisten. Das Ministerium hat geantwortet, daß es erst bestimmte Garantien und genaue Unterlagen haben müßte, worauf der Magistrat sich bereit erklärte, ein Statut zu erlassen, wenn von vornherein ein angemessener Zuschuß seitens des Ministeriums sichergestellt sei. Nun tauchte die Frage auf, wer dafür aufzukommen hat, daß neben den höheren Aufwendungen für Lehrkräfte auch Räume zu schaffen seien und größere Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und Reinigung sich ergeben würden. Das Ministerium legte dar, Aufgabe der Stadt sei, sich zu erklären, wie sie sich dazu stellen würde. Die Stadt hat sich daraufhin insofern entgegenkommend geäußert, als sie ausreichende Räume zur Verfügung stellen wollte, daß auch für Heizung, Beleuchtung und Reinigung seitens der Stadt aufkommen werden sollte, daß dafür aber als Entgelt das eingehende Schulgeld gerechnet werden sollte; der überschießende Kostenteil solle dann von beiden Seiten getragen werden. Das Ministerium hat sich zwar damit einverstanden erklärt, aber die Sache blieb ruhen, so daß erst im Jahre 1909 durch einen abermaligen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung die Frage der Einführung der Pflichtfortbildungsschule wieder in Fluß kam. In diesem Jahre hat die Versammlung ein Ortsstatut angenommen, und man gab sich der Hoffnung hin, daß, nachdem das Ministerium einen angemessenen Zuschuß zugesichert hatte, am

1. April der Zwangsbesuch der Fortbildungsschule eingeführt werden könnte. Das Ministerium hatte aber bei der Bewilligung eines Zuschusses eine Klausel festgesetzt, indem es sagte: Wir sind bereit, den Zuschuß zu leisten, aber wir machen es davon abhängig, daß der jeweilige Landtag seine Zustimmung dazu gibt. Das war dem Magistrat insofern nicht genügend, als er das Bedenken hatte, es wäre möglich, daß der Landtag nur das eine Mal den Zuschuß zubilligte, daß damit aber nicht garantiert sei, daß bei dem nächstmaligen Antrage auf Zuschuß der Landtag seine Bewilligung nicht versagt oder den Zuschuß in angemessener Höhe zubilligt, und so dieser Teil der Last doch wieder auf die Stadt fällt. Bei dieser Unsicherheit bestand die Stadt auf eine bestimmte Zusicherung seitens des Ministeriums und des Landtages, daß der Zuschuß für die Pflichtfortbildungsschule an die Stadt dauernd geleistet wird. Es haben dann weitere Verhandlungen stattgefunden, immer auf Grundlage der Mindestsumme, die als Zuschuß seitens des Ministeriums zu leisten ist, sie haben aber zu keinem Ergebnis geführt. Im Jahre 1912 fragte das Ministerium — ein Zeichen dafür, daß auch in diesem Ressort nachgesehen wurde — beim Magistrat an, wieweit die Sache gediehen sei. Der Magistrat hatte in dem genannten Jahre eine Vorlage über die Pflichtfortbildungsschule der Schul- und Finanzkommission vorgelegt, und diese Kommissionen hatten sich mit ihr auch aus dem Grunde eingehend beschäftigt, weil von den Herren Stadtvv. Riese und Steinbrecher wieder Anträge auf Einführung des Schulzwanges für die Fortbildungsschule eingegangen waren. Es ist eine Kostenaufstellung gemacht worden und dabei festgestellt, daß man, wenn die Besuchspflicht auf sämtliche unter 18 Jahren stehenden Personen ausgedehnt wird, mit einer Besucherzahl von 6000 zu rechnen hätte und dafür ein Kostenaufwand von ca. 160 000 M sich notwendig machte. Der Stadtmagistrat erwartete einen staatlichen Zuschuß von 67 000 M, so daß immer noch seitens der Stadt 90 573 M zu decken waren. In seiner damaligen Vorlage hat der Magistrat gebeten, daß die Kommission den Vorschlag machen sollte, die Stadtverordnetenversammlung möge empfehlen, daß der Magistrat erneut mit dem Ministerium in Verhandlung über die Zuschußhöhe eintrete, um zu erreichen, daß durch die Zulage des staatlichen Zuschusses die Gewährleistung für Einführung des Besuchszwangs für die Fortbildungsschule gegeben sei. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich mit den Darlegungen des Magistrats einverstanden erklärt, und so sind die Verhandlungen weiter gepflogen worden.

Ich möchte nun darauf verweisen, daß auch im vorigen Jahre, im Mai 1918, sich die Stadtverordnetenversammlung erneut mit der Angelegenheit des Besuchszwangs für die Fortbildungsschule beschäftigt hat, und erinnere daran, daß der Stadtv. Frede, der ausgiebig über den Werdegang der ganzen Materie berichtet hat, auch nicht anders konnte, als sagen: Wir stehen auf demselben Standpunkt, die Verhandlungen sind weiterzuführen. Das Ministerium ist derselben Ansicht,

und deshalb ist auch seitens der Stadtverordnetenversammlung der Beschluß gefaßt worden, den Magistrat zu beauftragen, im Sinne der Vorlage vom 1. Februar 1912 mit dem Ministerium weiter zu verhandeln, damit es endlich möglich wäre, zum 1. April 1919 den Besuchszwang für die Fortbildungsschule einzuführen.

Nun ist es richtig: Mit dem damaligen Ministerium war der Magistrat im großen und ganzen im Einverständnis, oder es wäre doch zweifellos zu einem Einverständnis gekommen. Aber die Zeitverhältnisse haben sich geändert; das damalige Ministerium, mit dem der Magistrat seit 1901 verhandelt hat, besteht nicht mehr, und so mußte man fast annehmen, daß alles, was bisher zugesagt war, damit hinfällig geworden ist. Es ist aber nach unserem Ermessen doch anzunehmen, daß die jetzige Landesregierung jedenfalls auf dem Standpunkte steht, daß sie den Anregungen, die seitens des Stadtmagistrats seit Jahren gegeben sind, und auf deren Grundlage die Schulkommission heute noch steht, nämlich, daß der Staat einen angemessenen Zuschuß zu diesen Mehraufwendungen bei Einführung des Besuchszwanges für die Fortbildungsschule leisten mußte, beitreten wird, und so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Verhandlungen jetzt Erfolg haben und schneller erledigt werden, als es früher der Fall gewesen ist. Aus alle diesen Gründen schlägt die Schulkommission Ihnen vor:

„Grundsätzlich möge sich die Stadtverordnetenversammlung mit dem Antrage Salomon einverstanden erklären und den Magistrat ersuchen, die Regierung dringlichst aufzufordern, in Verbindung mit dem Landtage die Finanzfrage in befriedigendem Maße zu lösen, damit die Stadt in die Lage kommt, die Pflichtfortbildungsschule zum 1. April einzurichten.“

Stadttrat von Frankenber: Der Herr Berichterstatter hat in seinen Ausführungen im wesentlichen durchaus zutreffend die geschichtliche Entwicklung der weitsschichtigen Frage dargelegt. Als im Mai vorigen Jahres diese Angelegenheit verhandelt wurde und ich den dringenden Wunsch aussprach, daß es durch das Entgegenkommen der Regierung gelingen möchte, rechtzeitig im Frühjahr 1919 die Angelegenheit zum ersehnten Abschlusse zu bringen, war es Herr Wesemeier, der gewisse Cassandra-Rufe erklingen ließ und stark bezweifelte, daß es möglich sein werde, diesen Zeitpunkt innezuhalten. Ich möchte nicht wünschen, daß Herr Wesemeier, nachdem inzwischen die Regierung gewechselt hat und Herr Stadtv. Wesemeier in dieses nähere Verhältnis zu der gegenwärtigen Regierung getreten ist, mit seinem Zweifel recht behalten wird. Ich habe im Gegenteil die Überzeugung, daß es uns nach dem Programm, das uns Herr Wesemeier nach dem Umschwunge der Verhältnisse dargelegt hat, und nach dem die Regierung auf einem bildungsfreundlichen Standpunkte in dieser Beziehung steht, mit Hilfe der Regie-

rung und des Landtages gelingen wird, das Schiff der Pflichtfortbildungsschule, nachdem es an so vielen Klippen hat vorbeisegeln müssen, in den sicheren Hafen hineinzubringen. Darüber müssen wir uns klar sein: Wenn jetzt irgend jemand eine bessere Grundlage der Ausbildung im allgemeinen und in beruflicher Hinsicht nötig hat, so sind es die jungen Leute zwischen 14 und 18 Jahren, die augenblicklich dadurch unangenehm auffallen, daß sie es an Zucht außerordentlich fehlen lassen, die aber mit Hilfe dieser Schule nicht nur in nützlichen Kenntnissen, sondern auch in besserer Ordnung innerhalb und außerhalb der Schule gewiß erzogen werden dürften. Das würde uns allen ein dringendes Bedürfnis sein. Ich glaube, es gibt wenig Vorlagen, über die sich so viel Übereinstimmung unter den sämtlichen Mitgliedern der Versammlung erzielen läßt wie gerade die über die Einführung des Pflichtfortbildungsschulunterrichts. Über die Einzelheiten werden wir uns selbstverständlich hier noch weiter unterhalten müssen, aber über den Sturm und Drang der Parteien hinaus, die in letzter Zeit fast übergenug die Einwohner in Braunschweigs Mauern erregt haben, könnten sich in dieser Sache alle die Hand reichen zum Besten unserer Jugend. (Bravo!)

Stadtv. **Frede:** Aus den Darlegungen des Herrn Referenten ergibt sich, daß die Einführung der Pflichtfortbildungsschule seit 1901 in der Versammlung verfolgt ist. Wenn man auch zugeben kann, daß die vorliegenden Umstände zu diesem langen Hinausschieben geführt haben, und daß die eine Instanz von der anderen abhängig war — man kann für jedes eine Erklärung finden —, so muß man doch zu alledem sagen, daß die ganze Geschichte der Einführung des Fortbildungsschulzwangs als eine Leidensgeschichte zu bezeichnen ist. Es ist unendlich zu bedauern, daß eine solche Einrichtung, deren Wert kein Mensch bestreiten kann, eine solche lange Zeit zu ihrer Entwicklung gebraucht hat. Um was handelt es sich denn in der Hauptsache? Um eine Summe von 160 000 M. Gerade die jetzige Zeit hat bewiesen, daß keine Mittel so gut angewandt sind wie diejenigen, die für Bildung ausgegeben werden. Das allgemeine Wahlrecht ist jetzt der Bevölkerung unvorbereitet in den Schoß gefallen. Die 20jährigen jungen Mädchen und die 20jährigen jungen Männer haben mit über die schwierigsten Fragen zu urteilen, indem sie ihr Wahlrecht ausüben. Es ist nicht verwunderlich, daß bei der ganz ungenügenden Bildung, die infolge des Fehlens der Fortbildungsschule so vielfach anzutreffen ist, die Wahlen nicht mit der gehörigen Reife ausgeführt worden sind, wie es doch zu wünschen wäre. Das muß in der Zukunft anders werden. Die Mädchen haben sich bisher nie mit Politik beschäftigt, aber auch dieser Gegenstand muß in die Fortbildungsschule eingeführt werden. Ich muß bedauern, daß diese Institution nicht schon vor Jahren ins Leben getreten ist, und muß wünschen, daß am 1. April endlich Schluß gemacht wird mit diesen ganzen Verhandlungen.

Stadtv. **Bunge:** Hier trifft das Wort zu: „Der Worte sind genug gewechselt, laßt mich nun endlich Taten sehen.“ Seit 1901 ist es hauptsächlich die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion gewesen, die stets und ständig mit Anträgen und Anfragen versucht hat, die Frage der Pflichtfortbildungsschule zu fördern. Es ist erfreulich, daß wir endlich so weit sind, daß die Sache tatsächlich Hand und Fuß bekommen hat. Auch von seiten des Magistrats sind fortgesetzt Arbeiten unternommen, um die Sache zu fördern, das kann ich als Deputationsmitglied bezeugen. Es dreht sich die ganze Sache nur noch um das leidige Geld, und ich bin fest überzeugt, daran wird sie nicht scheitern. Die jetzige Regierung — das haben wir bei verschiedenen Gelegenheiten gesehen — arbeitet nicht sehr schleppend und bureaukratisch, wenn sie auch sonstige Mängel aufzuweisen hat. Insbesondere haben wir gesehen, daß es schnell vorwärts geht in solchen Sachen, wo es sich um die Bildung des Volkes handelt. Wir können deshalb ganz ruhig den Magistrat bitten, er möge so schnell als möglich an die Regierung mit dem Wunsche herantreten, daß sie die Mittel bereitstellt, damit die Pflichtfortbildungsschule am 1. April eingeführt werden kann. Ich glaube, wir werden Erfolg damit haben.

Stadtv. **Salomon:** Meine geehrten Damen und Herren! Als Antragsteller möchte ich die Dringlichkeit der Einführung der Pflichtfortbildungsschule von dieser Stelle aus aufs wärmste befürworten. Der 1. April ist nach meiner Ansicht der äußerste Zeitpunkt für die Einrichtung der Pflichtfortbildungsschule. Ich habe das Vertrauen zu der jetzigen Regierung, daß sie diese so ungemein wichtige Kulturfrage fördern und unterstützen wird, und daß auch nicht die geringste Schwierigkeit in bezug auf die finanzielle Frage von ihr gemacht wird.

Noch eine Kleinigkeit möchte ich zu dieser Frage nachholen. Man könnte glauben, daß es sich bei der Fortbildungsschule nur um Kinder unserer Normalschulen handelt, aber ich möchte darauf hinweisen, daß es selbstverständlich erscheint, daß die Fortbildungsschulpflicht auch ausgedehnt wird auf die schulentlassenen Böglinge der Hilfschule. Da liegt eine fast noch größere Notwendigkeit des Schulzwangs vor, denn diese Kinder werden oft als Ausgestoßene behandelt und kommen leicht unter die Räder. Es ist wohl selbstverständlich, daß wir den Fortbildungsschulunterricht für diese Kinder mit einschließen, allerdings muß bei dem Entwurf des Unterrichtsplanes diesen besonderen Verhältnissen Rechnung getragen werden.

Stadtrat **von Franckenberg:** Ich kann den Herrn Antragsteller über den letzten Punkt vollständig beruhigen. Ich bin vollkommen damit einverstanden, daß die schulentlassenen Böglinge der Hilfschule den Fortbildungsschulunterricht durchaus

nötig haben, so daß auch sie durch diesen Unterricht eine bessere Vorbereitung für den für sie besonders schweren Kampf ums Dasein erhalten. Ich kann zusagen, daß wir sowohl in der Verhandlung mit der Regierung, wie auch in der Vorbereitung für Einrichtung der Pflichtfortbildungsschule zum 1. April die nötigen Schritte tun werden, damit auch dieses Ziel möglichst erreicht werden kann.

Stadtv. Wahrenndorf: Meine geehrten Damen und Herren. Die gehörten Ausführungen haben uns bewiesen, daß die Sache in guten Händen ist, und ich möchte meiner ganz besonderen Freude Ausdruck geben, daß die Frage nun endlich geregelt wird. Mein Stand hat seit langen Jahren darnach gestrebt, daß unsere Jugend in den Fortbildungsschulen eine Weiterbildung erhält. Wenn ich noch einen Wunsch aussprechen darf, so wäre es der, daß der Gewerbestand der Fortbildungsschule als Lehrkraft erhalten wird. Ich habe in verschiedenen Städten — München, Düsseldorf, Magdeburg — bei besonderen Gelegenheiten die Fortbildungsschulen besichtigt und habe die Erfahrung gemacht, daß dort die Leistungen die besten waren, wo Handwerksmeister und technische Beamte bei der Unterrichtsverteilung mitbeschäftigt waren. Deshalb möchte ich wünschen, daß dies auch hier eingeführt wird, so daß nicht nur Berufslehrer, sondern auch eine Menge Kräfte aus dem praktischen Leben, die wirklich Verständnis dafür haben, was für die Jugend nötig ist, zur Unterrichtsverteilung in der Fortbildungsschule mit herangezogen werden, ganz gleich, welchem Stande sie angehören. Wenn das berücksichtigt wird, so wird dadurch ein großer Teil unserer Wünsche befriedigt werden.

Stadtrat von Frankenberg: Auch in dieser Beziehung kann ich eine beruhigende Erklärung abgeben. Diejenigen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, die unseren früheren Verhandlungen beigewohnt haben, werden sich erinnern, daß ausdrücklich Wert darauf gelegt war, nicht nur den Lehrplan und die ganze Schulordnung im Einverständnis mit den beteiligten Handwerkern und gewerbetreibenden Kreisen auszuarbeiten, sondern auch den Unterricht unter Zuhilfenahme der tüchtigsten Handwerkerfreise und Ingenieure durchzuführen.

Stadtv. Wesemeier: Herr Bunge hat schon gesagt, daß es unsere Partei gewesen ist, die immer wieder und wieder die größten Anstrengungen gemacht hat, um den Schulzwang für die Fortbildungsschule endlich zur Durchführung zu bringen. Wenn man trotz größter Anstrengungen während 17 Jahren erleben mußte, daß, als im vorigen Jahre die Materie wieder zur Verhandlung stand, immer wieder auf das nächste Jahr vertröstet wurde, so war meine Äußerung auf die Worte des Herrn Stadtrat von Frankenberg, daß er glaube, zum 1. April werde die Pflichtfortbildungsschule wohl Gesetz sein, doch wohl berechtigt, indem

ich sagte: Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Es hätte der braunschweigischen Regierung schon längst ein übles Empfinden aufstoßen müssen darüber, daß die Stadt Braunschweig in dem schlechten Rufe stand, in Deutschland die einzige Stadt zu sein, die keine Zwangsfortbildungsschule hatte. Ich glaube aber auch, daß ich es heute offen aussprechen kann: Ich habe die feste Hoffnung, daß jetzt unter der neuen Regierung es allerdings möglich sein wird, den Fortbildungsschulzwang einzuführen. Unter der alten Regierung — davon bin ich vollständig überzeugt, gerade so wie im Mai vorigen Jahres — wäre sie sicher nicht zur Durchführung gekommen. Wenn aber nun Dampf dahintergesetzt wird, dann werden wir am 1. April das Ziel erreichen, das wir von unserer Partei seit 19 Jahren angestrebt haben.

Stadtrat von Franckenberg: Ich begrüße auch diese Erklärung mit Freuden. Besonderen Wert müssen wir seitens des Magistrats auf das Zusammenarbeiten mit der Regierung und dem Landtage legen; wenn wir uns mit ihnen auf Grund eines Staatsvertrages bezüglich der Zuschußfrage verständigen, dann werden wir bestimmt zum Ziele kommen.

Der Antrag des Schulausschusses wird einstimmig angenommen.

6. Bewilligung von Mitteln für Bereithaltung von Wachräumen für das städtische Wächterpersonal.

Stadtv. Munte: Es hat sich als notwendig herausgestellt, daß für das städtische Wächterpersonal Unterkunftsräume zur Verfügung gestellt werden, in denen sie während der Nacht ihre Kaffeepause abhalten können. Die Polizeidirektion ist bereit, dazu die Räume zur Verfügung zu stellen, die an den Toren gelegen sind, und die man Polizeiwachräume nennt. Sie sind deswegen besonders zweckmäßig, weil sie mit Telephonanschluß versehen sind, so daß nötigenfalls die Wächter schnell herbeigeholt werden können. Die Polizeidirektion beantragt, daß die Kosten für Heizung, Beleuchtung und Reinigung von der Stadt übernommen werden. Sie sind berechnet mit 1305 *M* für das Jahr. Der Antrag des Magistrats geht dahin, sich mit der Gewährung einer jährlichen Entschädigung von 1305 *M* an die Polizeidirektion gegen Bereithaltung, Heizung, Beleuchtung und Reinigung der Wachräume für die städtischen Wächter einverstanden zu erklären.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt, hat sich einstimmig für diese Regelung erklärt und mich beauftragt, die Versammlung zu ersuchen, dem Antrage des Magistrats stattzugeben.

Gemäß dem Antrage des Finanzausschusses wird dem Magistratsantrage zugestimmt.

7. Stellungnahme zu der nochmaligen Beteiligung der Stadt am Waldweidebetriebe für Schweine.

Stadtv. Ohlendorf: Die Stadt hat sich im Jahre 1917 an dem von dem früheren Staatsministerium eingerichteten Waldweidebetriebe zur Mästung von Schweinen beteiligt und hatte das Risiko des Unternehmens zur Hälfte übernommen. Es wird Ihnen bekannt sein, daß dieses Unternehmen mit einem vollen Mißerfolge geendet hat; die Stadt mußte rund 117 000 M. zuschießen, um den entstandenen Fehlbetrag zu decken. Die für den Waldweidebetrieb geschaffenen Einrichtungen sind zum Teil noch vorhanden. Sie sollen einstweilen beibehalten werden, wenn die städtischen Behörden Neigung haben, in einem der nächsten Jahre nochmals an einem gleichartigen Unternehmen sich zu beteiligen. Der Magistrat stellt nun die Frage an uns, ob wir event. bereit sind, zu beschließen, die angeschafften Einrichtungen, Ställe usw. für eine Wiederholung dieses Unternehmens bereitzustellen, oder ob wir damit einverstanden sind, daß sie veräußert werden. Die Finanzkommission hat sich mit dieser Frage beschäftigt und hat ebenso wie der Magistrat Bedenken, einer Wiederholung des Waldweidebetriebes zuzustimmen. Nach den einmal gemachten schlimmen Erfahrungen kann wohl kaum daran gedacht werden, ein derartiges Unternehmen nochmals zu unterstützen, und so empfiehlt die Finanzkommission, der beabsichtigten Veräußerung der vorhandenen Einrichtungen zuzustimmen.

Stadtv. Könneburg: Namens meiner Fraktion möchte ich mich den Ausführungen des Herrn Referenten anschließen, denn Schweinefleisch aus jenem Mästungsversuche haben wir doch nicht zu sehen bekommen, und eine Wiederholung des Waldweidebetriebes würde wohl wieder mit einem Fiasko abschließen.

Stadtv. Bunge: Der Waldweidebetrieb ist mit einem großen Fiasko für unsere Stadt zusammengebrochen, und deshalb möchte ich dringend davor warnen, nochmals in dieser Weise vorzugehen. Es mögen die Stallungen und sonstigen Einrichtungen zum Verkauf gestellt werden. Sie sind dort, wo sie stehen, zum größten Teil nicht sachgemäß eingerichtet und angewandt. Übrigens ist bei der ganzen Ausführung des Waldweidebetriebes viel gesündigt worden, indem man nicht Bedacht genommen hat auf das Vieh, das man unterstellen wollte, so daß es statt zu einer Mästung zu einer Hungerkur für die Tiere gekommen ist. Denken Sie sich: Schweine von 150—190 Pfund Gewicht sollten auf 10—12 Wochen mit

einem Pfunde Korn am ganzen Tage auskommen, und das übrige Futter sollten sie sich im Walde fuchen. Was kann dabei herauskommen? Schweine, die von vornherein nie eine Weide gesehen hatten, wurden dazu genommen; wie eine Pflanze aus dem Treibhause wurden sie in ungewohnte Verhältnisse gesetzt. Sie gingen zugrunde, oder Schweine, die vorher ein Gewicht von 180 Pfund hatten, wogen nur noch 90 Pfund, als sie von der Weide zurückkamen. (Lachen.) Ich will nicht weiter auf die Frage eingehen, aber eins möchte ich noch sagen: Wir hätten uns bedeutend besser gestanden, wenn wir von vornherein die Schweine, statt sie nach der Waldweide zu schicken, eingeschachtet und eingedöst hätten. Damit hätten wir mindestens das Doppelte des Ertrages gehabt.

Ich möchte die Gelegenheit noch wahrnehmen, darauf aufmerksam zu machen, daß von seiten der Stadt etwas für Mästung von Schweinen geschehen müßte. Wir alle sind überzeugt, daß es dringend nützt, damit Fleisch und Fett produziert wird. Ich möchte Ihnen empfehlen, entweder so vorzugehen, wie in den ersten Kriegsjahren, daß man Verträge mit den Landwirten abschließt und ihnen das nötige Futter liefert, oder noch weiter zu gehen und seitens der Stadt und der Regierung den hierfür in Frage kommenden Landwirten Schweine und Futter zu liefern. Die größeren Landwirte müßte man zwingen, daß sie Vieh und Schweine einstellten: Ich habe die Erfahrung gemacht, daß Landwirte, die 500—600 Morgen Land zu eigen hatten, kein Stüd Vieh im Stalle hielten. (Sehr richtig!) Ein Mann, der in der Umgegend 600 Morgen eigenes Land besitzt, hatte die Unverfrorenheit, einem Molkereibesitzer anzubieten, er möchte für ihn 6 Schweine hinsetzen und mästen. Das hat der natürlich abgelehnt. Solche Herrschaften müßte man zwingen, Vieh zu halten, und wenn in dieser Weise vorgegangen wird, dann wird auch etwas Tatsächliches dabei herauskommen. Auch die Stadt selbst hätte Gelegenheit, in den Stallungen, die sie zur Verfügung hat, Schweine einzustellen. Wir haben z. B. auf der Taubenstraße einen ganz netten Schweinestall, auf dem Pflegehause könnten Schweine untergebracht werden und vielleicht auch auf dem Rieselgute. Eine nochmalige Einstellung von Schweinen auf dem Schlachthofe möchte ich aber nicht empfehlen. Obwohl wir dort keine schlechten Resultate mit den eingestellten Tieren gemacht haben, so saßen wir dabei doch wie auf einem Vulkan, weil immer wieder die Gefahr vorlag, daß Seuchen eingeschleppt und die Tiere gefährdet wurden, so daß nur dadurch, daß die Tierärzte ständig in Tätigkeit waren und die Tiere beobachteten, Schaden verhütet wurde. Sobald in einem Stalle sich etwas Verdächtiges zeigte, wurde das Tier abgeschachtet und der ganze Stall desinfiziert; nur dadurch war es möglich, die Schweine hochzuhalten und fett zu bekommen. Wenn auch die Schweine jetzt sehr teuer sind, so glaube ich doch, daß sich ein Erfolg herausstellen würde, wenn ernstlich von seiten der Stadt und der Regierung an die Sache herangegangen würde.

Stadtrat Wagner: Zu der Anregung des Herrn Stadtv. Bunge, die Aufzucht von Schweinen mit aller Kraft zu fördern, darf ich folgendes erwähnen: Wir sind auch der Ansicht, daß dies gefördert werden muß, soweit die tatsächlichen Verhältnisse es erlauben. Leider liegen die Verhältnisse aber noch so, daß es unmöglich ist, Schweine in großen Mengen aufzustellen. Als die Truppenteile aufgelöst wurden und uns — ich glaube, vom Husarenregiment — die von den Küchenabfällen erhaltenen Schweine überwiesen wurden, wollten wir sie gern weiterfüttern lassen, aber es war weder auf dem Rieseltgute noch sonst wo möglich, sie zu ernähren, weil kein Futter vorhanden war, und so geht es heute bei der Knappheit an Brotgetreide usw. überall. Freilich gibt es auf dem Lande Leute, die sogenannten „Kunstmäster“, die es fertigbringen, mit unerlaubten Mitteln Schweine wirklich fett zu machen; es handelt sich dabei aber nur um einzelne Fälle. Sobald es möglich ist, zu erträglichen Preisen Futtermittel für Schweine heranzubekommen, muß auch von uns darauf hingewirkt werden, daß wieder Schweine zur Mastung eingestellt werden. Wir sind überzeugt, daß besondere Maßnahmen, durch welche der kleine Mann an der Schweinemast interessiert wird, viel erreicht werden kann. Was wir zur Versorgung der Stadt an Schweinen herangekriegt haben, stammte zum größten Teil von kleinen Leuten.

Stadtv. Einert: Ich darf bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß leider seinerzeit die genossenschaftliche Schweinemastung an einem Widerstande des Magistrats gescheitert ist. Damals hatten Herr Diekmann und meine Wenigkeit mit vielen kleinen Beamten und Handwerkern Schweine gekauft, und wir hatten auch für eine ganze Zeit Futter dafür. Aber von seiten des Magistrats wurde gesagt, es sei unmöglich, die Genehmigung zu Hauschlachtungen für diese Mäster freizubekommen. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, wie sich der Magistrat dazu stellen würde, wenn erneut eine derartige Vereinigung sich bilden würde.

Stadtrat Wagner: Der Stadtmagistrat steht auf dem Standpunkte, daß er sich nach den gesetzlichen Bestimmungen richten muß. Es war unerlaubt, daß jemand, der von einem großen Unternehmen Schweine mästen ließ, bei der Schlachtung dieser Schweine die Zuteilung des Selbstversorgers, die besser ist als die der übrigen Bevölkerung, für sich bekam. Eine solche Bevorzugung wäre nach unserer Überzeugung ungerechtfertigt gewesen, und denselben Standpunkt hat auch das im Beschwerdewege angerufene Staatsministerium eingenommen. Wie das jetzige Volkskommissariat sich zu der Sache stellen wird, wenn der Versuch wiederholt wird, wissen wir nicht. Ein solcher Standpunkt, wie er durch die ehemalige Regierung vertreten wurde, ist aber der richtige, denn das Vorrecht des Selbstversorgers soll die Belohnung dafür sein, daß er sich den Bemühungen bei der

Schweinemästerei unterzieht und sich der Gefahr des Eingehens der Schweine aussetzt. Wenn diese Bestimmung nicht erhalten bliebe, könnte jeder, der Geld hat, auf dem Wege der Beteiligung an einer großen Genossenschaftsmästerei sich eine bessere Fleischversorgung verschaffen; und das dürfte meiner Ansicht nach die Behörde nicht unterstützen.

Stadtv. Niefe: Wenn Sie bessere Resultate in der Fleischversorgung erzielen wollen, dann schaffen Sie erst einmal die Viehverteuerungs-gesellschaft, die Vieh-handelsgesellschaft ab, dann ist man in der Lage, Ferkel wieder zu 15—20 *M* zu kaufen, während jetzt Ferkel, die man bequem in die Tasche stecken kann, 150 bis 200 *M* kosten, wie ich es zufällig gesehen habe. Man kann in dieser Beziehung sein blaues Wunder erleben. Ich kenne mehrere landwirtschaftliche Betriebe, kleine bäuerliche Wirtschaften von höchstens 40 Morgen Land, die 30 fette Schweine lieferten, die auch Rindvieh ziehen und Butter und Milch lieferten, aber auf den großen Domänen konnte man nicht ein Zehntel davon halten. Das ist das Resultat der Verpachtungsmischelei, die Unmut in der Bevölkerung verursachen muß. Wenn bei den Verpachtungen der braunschweigischen Domänen in der Weise vorgegangen wird, daß den kleinen bäuerlichen Betrieben Schweine zugänglich gemacht werden, dann kommen wir am ersten dazu, daß wir wieder einmal Schweinefleisch essen können. Von seiten der Regierung und der Kommunen müßte dafür gesorgt werden, daß wieder Vieh angeschafft wird, dann würde es bei den Schweinen nicht allzulange dauern, daß wieder bessere Zustände eintreten; bei dem Rindvieh ist es ja nicht so leicht, ihn wieder zu erhöhen. Ich bin aber auch heute noch der Überzeugung, daß man auch zu guten Resultaten kommen kann, wenn man geeignete Tiere — nicht aber veredelte Schweine — im Walde nach Wurzeln und Bucheckern suchen läßt. Wenn man heute nach Ampelen geht, dann kann man das Buch noch schuhtief im Walde liegen sehen, und davon würden sehr gut einige Duzend Schweine fett werden, vielleicht besser noch als bei dem Futter, was ihnen heute in den Ställen verabreicht werden kann. Aber es wird ja alles am verkehrten Ende angefangen. Wenn man wie im vorigen Jahre Ferkel, die kaum laufen können, in den Wald bringt, dann wird die Degeneration schon am zweiten Tage eintreten, und es werden nur Resultate erzielt, die uns abschrecken.

Ich möchte ersuchen, daß sobald wie möglich von der Stadt selbst Schweine angeschafft werden und auf dem Schlachthofe, oder wo sonst Platz dafür ist, aufgestellt werden, und daß die Stadt auch Futter selbst beschafft. Denn Futter für die Schweine ist auch noch vorhanden; so stehen bei der Warberger Domäne noch 120 Morgen Rüben, die nicht gerodet sind, und bei Uthmöden noch 6 Morgen Kartoffeln. Auch an anderen Stellen läßt man manches verderben. Bei

Schöningen sind 80 Morgen Raps gemäht, die vor 3 Wochen infolge Hochwassers unter Wasser standen, die Pflanzen verfaulen dort, und Saatöl kann keiner bekommen, nur für Phantasiepreise, das Pfund 16—20 M. Auch viele Mohrrüben stecken noch in der Erde. Wenn die Leute auf das Land gehen und sie roden wollten, könnten sie für drei Jahre genug davon haben. Wenn man draußen herumgekommen ist, kann man ein Bild von dem allen machen. Von Wenden bis Gifhorn konnte man sehen, daß 700 Morgen Land mit Mohrrüben bestellt waren, aber mit Kartoffeln ist wenig Land bebaut worden. Es ist ein trauriger Zustand in der Landwirtschaft, denn jeder Landwirt wollte von den teuren Preisen seinen Profit ziehen, aber an die Notwendigkeit der Ernährung ist wenig gedacht. Und wenn von uns Einwände gegen eine solche Bewirtschaftung erhoben und ein Eingreifen der Regierung wegen der Feldbestellung gefordert wird, dann wird gesagt, die Regierung könne solche Sachen nicht rationieren, weil es an Düngemitteln fehlt. Das ist ein einseitiger Standpunkt, denn Düngemittel können wohl noch beschafft werden. Der Winterroggen ist bestellt, und nun ist es nötig, daß den Leuten aufgegeben wird, Kartoffeln zu bauen, damit wir nicht wie jetzt mit 5 Pfund in der Woche auskommen müssen und wohl auch noch weiter herabkommen. Ich glaube, im Frühlinge werden wir noch in Mohrrübenmarmelade umkommen, so viel ist an Mohrrüben gebaut, da der Preis dafür so hoch getrieben war. Wir leiden noch an den Sünden von früher, und die müssen erst abgeschafft werden.

Der Antrag der Finanzkommission, von einer nochmaligen Beteiligung am Waldweidebetriebe abzusehen, wird angenommen.

8. Erhöhung des Zuschusses für die kaufmännische Fortbildungsschule für 1917/18.

Stadtv. **Reigner**: Meine Damen und Herren! Der kaufmännischen Fortbildungsschule sind im Jahre 1917/18 dadurch erhebliche Mehrkosten entstanden, daß zwei hauptamtliche Lehrkräfte und ein Beamter zum Seeresdienst eingezogen waren und Vertretung für sie geschaffen werden mußte. Auch durch andere durch den Krieg verursachte Ausgaben und durch Verminderung der Einnahme an Schulgeld ist veranlaßt, daß der bisher gewährte Zuschuß für die kaufmännische Fortbildungsschule nicht ausgereicht hat. Das Staatsministerium und die Handelskammer haben bereits zwei Drittel der Mehrausgaben bezahlt, und es ergeht an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen, ebenso wie diese beiden Stellen auch seitens der Stadt 3041,35 M noch nachzuverwilligen. Der

Finanzausschuß, der die Sache geprüft hat, empfiehlt Ihnen, dieses letzte Drittel des Fehlbetrages der Handelskammer zu ersetzen.

Die erbetene Summe wird verwilligt.

9. Festsetzung der neuen Satzungen der wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke, A.-G., in Köln und Abschluß eines Vertrages mit derselben wegen Verkauf von Koks.

Stadtv. Rönneburg: Die Wirtschaftliche Vereinigung der Gaswerke in Köln, der wohl die meisten größeren Gaswerke angehören, und an der auch die hiesigen Gaswerke schon seit Jahren mit 600 *M* Aktien-Kapital beteiligt sind, hat ihren Aktionären vorgeschlagen, den früheren Vertrag zu ändern und mit ihr einen kündbaren Vertrag wegen des Verkaufs von Koks abzuschließen. Diese Änderung wird mit dem Hinweis begründet, daß die Verpflichtungen, die die einzelnen Werke der Wirtschaftlichen Vereinigung gegenüber bisher schon übernommen hatten und auch künftig erfüllen sollen, nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs durch die Satzung der Aktiengesellschaft in rechtsgültiger Form den Aktionären nicht auferlegt werden können, und daß außerdem die Zerlegung der bisherigen Satzung, an deren Inhalt in sachlicher Beziehung im allgemeinen nichts geändert werden soll, in eine Satzung und einen Vertrag aus steuerlichen Rücksichten zweckmäßig erscheint. Während die Beteiligung an der Gesellschaft durch Einzahlung von 600 *M* für drei Aktien im Betrage von je 200 *M* von der Verwaltungsdeputation selbständig beschloffen werden konnte, bedarf es zur Übernahme der vertraglichen Verpflichtungen, wenn diese für die Stadt bindend sein sollen, der Genehmigung der städtischen Behörden. Mit Rücksicht auf die erheblichen Vorteile, die der Stadt aus der Möglichkeit erwachsen, ihren Koks jederzeit zu angemessenen Preisen absetzen zu können, hält der Magistrat die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft für durchaus zweckmäßig, zumal dadurch auch die lästige Konkurrenz fremder Gaswerke beim Koksabfahze ausgeschlossen, der eigene Absatz am hiesigen Platze aber in keiner Weise beschränkt wird. Zur Deckung der Verwaltungskosten wird von der Wirtschaftlichen Vereinigung der Gaswerke eine nach der Menge des erzeugten Gases bemessene Abgabe, die in den letzten Jahren rund 900 *M* betragen hat, erhoben. Der Magistrat gibt anheim, ihn zu ermächtigen, der Festsetzung der neuen Satzungen zuzustimmen und den neuen Vertrag, dessen Entwurf hier vorliegt, zu vollziehen.

Die Deputation für die Verwaltung der Licht- und Wasserwerke, wie auch die Direktion dieser Werke ist über ihre Ansicht betreffs des neuen Vertrages gehört worden und hat dem Abschluß zugestimmt, da sachliche Änderungen gegenüber dem

früheren Verhältnis zu der Wirtschaftlichen Vereinigung nicht eingetreten sind. Der Rechtsausschuß schlägt Ihnen ebenfalls vor, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Stadtv. Rector: Ich möchte empfehlen, daß, bevor der Magistrat den Vertrag mit der Wirtschaftlichen Vereinigung abschließt, dafür gesorgt wird, daß eine genügende Menge Koks hier am Orte zurückbehalten wird, denn bei der jetzigen knappen Zuteilung von Brennstoff ist es nicht möglich, die Räume angemessen zu beheizen. Es ist daher unter allen Umständen erforderlich, daß hier baldigst eine Änderung eintritt und den Einwohnern neben der Zuteilung von Brennstoff auf Kohlenarten noch Koks besonders geliefert wird, sonst werden die Verhältnisse dazu führen, daß die Leute versuchen, sich selbst zu helfen, und daß sie nehmen, was sie kriegen können. Sehen Sie sich einmal den Nußberg an. Dort sind einfach Bäume abgesägt und zu Brennholz verwandt, und ähnliches ist auch an anderen Stellen zu beobachten, besonders auch im Rischauer Holze. Ohne daß nach dem Rechte gefragt wird, werden einfach die Stämme abgesägt und mitgenommen. Dabei wird etwaigen Einwänden entgegengehalten: „Uns hat kein Mensch etwas zu sagen!“ Dem muß Einhalt getan werden, und das können Sie am besten, wenn Sie den Leuten die nötige Feuerung zur Verfügung stellen und sie nicht nach auswärts gehen lassen.

Oberbürgermeister Reitemeyer: Der Wunsch des Herrn Rector, unseren Gaskoks in dieser Zeit nicht nach auswärts zu versenden, ist gerechtfertigt und wird in Erfüllung gehen. Es ist in der Satzung der Wirtschaftlichen Vereinigung ausdrücklich vorgesehen, daß unsere Verpflichtung nicht so weit geht, daß wir im voraus auf die Versorgung unserer Einwohnerschaft mit Koks verzichten, sondern es ist ausdrücklich vorbehalten, daß wir so viel von unserem Koks behalten können, wie wir wollen. Obgleich der augenblickliche Zeitpunkt außerordentlich ungünstig scheint, einen neuen Vertrag abzuschließen, so haben wir es dennoch für richtig gehalten, Ihnen die Aufrechterhaltung dieses Abkommens zu empfehlen, weil wir hoffen, daß die jetzigen Zustände in der Versorgung mit Feuerung nur vorübergehende sind, daß sich unser Gaswerk in der Zukunft wieder voll entwickeln wird, und daß wir wieder Koks in Menge haben. In früheren Jahren vor dem Kriege sind wir im Sommer häufig in Verlegenheit gekommen, wie wir den Koks abstoßen könnten. Wir haben Zeiten gehabt, wo Berge von Koks auf dem Hofe des Gaswerkes lagen, wo er so lange liegen blieb, daß er zu Staub zerfiel. Für diese Fälle ist das Abkommen von ausgezeichnete Wirkung. Es geht dahin, daß die Wirtschaftliche Vereinigung verpflichtet ist, den Koks den einzelnen Werken abzunehmen, dessen Abnahme diese Werke zu Beginn des Jahres von der Vereinigung

verlangen. Die Aktiengesellschaft kann das tun, weil sie den Bedarf in den einzelnen Orten im deutschen Reiche kennt und den Koks dahin dirigieren kann, wo er gerade nötig ist.

Stadtv. Lehnert: Die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters erwecken eigentümliche Gefühle. Ich möchte hinweisen auf das Schauspiel, wie es bei der Koksverteilung zugeht. Wer das angesehen hat, wird der Meinung sein, daß die Betroffenen eher erfrieren, als sie in Besitz einer warmen Stube kommen. Wer sich heute nicht durch den Schleichhandel mit Koks oder mit Brennmaterial versorgt, der kann sich keine warme Stube schaffen. Sie werden alle wissen, daß es unter den gegebenen Verhältnissen unmöglich ist, mit dem geringen Quantum an Gruderkoks, Briketts und dem noch geringeren Quantum an Koks und Kohlen auszukommen. Wir müssen damit rechnen, daß bei der ungenügenden Zuteilung des Brotes die Frau mittags und abends kochen muß. Daß dabei mehr Feuerung daraufgeht, ist klar. Ich möchte ersuchen — und ich bin erfreut, daß der Herr Oberbürgermeister diese Zusicherung gibt —, daß so rasch wie möglich ein größeres Quantum Feuerung als bisher ausgegeben wird, sonst wird das zutreffen, was Herr Rektor angeführt hat. Die Leute gehen nicht aus Übermut nach dem Holze und holen sich dort Brennholz, sondern nur der Not gehorchend, damit sie für sich und ihre Angehörigen ein einigermaßen warmes Zimmer haben.

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte feststellen, daß der Vertrag, der abgeschlossen werden soll, diese Zustände keineswegs bessern kann, aber auch, daß er nicht in Betracht kommen kann, um unsere Koksversorgung zu gefährden. Daß die Versorgung mit Brennstoff jetzt so unsicher ist, liegt an den unsinnigen, ja ich kann sagen verbrecherischen Streiks, die heute veranstaltet werden; die Stadtverwaltung ist vollständig ohnmächtig, das nötige Brennmaterial heranzuschaffen, auch wenn von ihr alles mögliche versucht wird.

Bürgermeister Meyer: Der Stadtmagistrat hatte sich vorgenommen, in der heutigen Sitzung eine Erklärung abzugeben über den augenblicklichen Stand der Kohlenversorgung in Braunschweig. Es hängt das zusammen mit einem Antrage, der den geehrten Damen und Herren zugehen sollte. Nachdem die Kohlenfrage einmal angeschnitten ist, scheint es mir richtig, daß ich gleich jetzt die nötigen Mitteilungen gebe.

Daß die Kohlennot groß ist, wissen wir alle. Ich habe schon in der letzten Stadtverordnetenversammlung gesagt: Wenn wir die Kohlen alle bekämen, die wir nach dem aufgestellten Plane bekommen sollten, so könnten wir in Kohlen schwelgen. Aber wir haben sie nicht erhalten. Wir haben für Januar zugewiesen

bekommen 10 695 Tonnen, eingegangen waren davon einschließlich des selbstproduzierten Gaskoks bis gestern abend 6337 Tonnen, es fehlen also für den Januar noch 4358 Tonnen. Wir haben also nur drei Fünftel des festgesetzten Quantums bekommen, zwei Fünftel fehlen, und dabei stellen die zugesagten fünf Fünftel schon eine knappe Zuweisung dar gegenüber dem, was die Bevölkerung im Frieden verbraucht hat. In jüngerer Zeit haben wir uns in der Hauptsache aus den Helmstedter Braunkohlenwerken eindecken können. Das ist unsere Zuflucht gewesen, und Helmstedt hat nicht versagt, dagegen haben wir aus dem Ruhrgebiet wenig Kohlen bekommen. Aber auch die Lieferungen aus Helmstedt haben sich in der letzten Zeit verschlechtert. Von den nach Helmstedt zur Belieferung abgegebenen 293 Januar-Bezugscheinen sind bis jetzt erst 20 beliefert, und zwar die Bezugscheine, welche für den Lastkraftwagenbetrieb ausgegeben waren. Leider ist auch deren Betrieb durch Frost, Schnee und Glätte, sowie durch den Mangel von Benzin starken Störungen unterworfen.

Es ist schon die Frage angeschnitten, worauf die Unzulänglichkeit der Lieferungen in der Hauptsache zurückzuführen sind. Zuerst und in der Hauptsache sind es unüberwindliche Transportschwierigkeiten gewesen, welche dem Antransport entgegenstanden. Dazu sind dann die Streiks in den Zechen getreten, durch welche die Förderung der Kohlen stark beeinträchtigt ist. In letzter Zeit ist noch ein weiterer Grund hinzugekommen. Es ist mir von einem Kohlenhändler mitgeteilt, daß die Riebeder Montanwerke in Halle an der Saale heute morgen die Erklärung abgegeben hätten, sie trügen Bedenken, den von ihm bestellten Grudokoks abgehen zu lassen, da sie bei den politischen Verhältnissen in Braunschweig nicht sicher seien, ob sie Zahlung bekämen. (Gelächter.) Sie hätten erfahren, daß die Banken in Braunschweig vor Eingriffen nicht mehr sicher wären — ich trage das vor, wie es mir mitgeteilt ist. Darunter, daß diese Auffassung der politischen Lage in Braunschweig außerhalb Platz gegriffen hat, haben wir in der Allgemeinheit zu leiden. Ich habe dem Händler geraten, sich mit dem Finanzpräsidenten Bartels in Verbindung zu setzen, und habe eben während der Sitzung gehört, daß Hoffnung für eine Regelung der Sache besteht. Die Sache ist sehr ernst, und der Magistrat glaubt alles tun zu müssen, um die Kohlenanlieferungen nicht durch eine befürchtete Kreditunsicherheit gefährden zu lassen. Er hält deshalb für notwendig, daß event. die Stadt eingreift, und zwar in der Weise, daß sie selbst als Käufer auftritt. Der Stadtmagistrat richtet daher an die Versammlung den Antrag, ihn zu ermächtigen, nötigenfalls an Stelle der Kohlenhändler die Kohlen von den Zechen usw. zu erwerben.

Es ist ja etwas Ungewöhnliches, daß ich in die schwebenden Verhandlungen über einen anderen Punkt eingreife, aber ich möchte doch bitten, gleich im Anschluß

an die offiziell zur Verhandlung stehende Sache diesen Antrag des Magistrats mit zur Abstimmung zu bringen.

Stadtv. Jahns: Herr Bürgermeister Meyer hat eben erklärt, daß auch die Lastkraftwagen zur Beschaffung von Kohlen mit herangezogen seien, daß aber der Betriebsstoff zum Teil gefehlt habe, so daß nicht genügend Kohlen herangeschafft werden konnten. Ich muß meine Vermunderung darüber aussprechen, daß unter diesen Umständen zu Wahlhandlungen Automobile der Regierung herangezogen werden, daß zum Vergnügen in der Stadt Automobile mit Mannschaften herumspazieren; dann muß doch genügend Betriebsstoff vorhanden sein. Ich meine, man könnte mit diesen Fuhrwerken und Betriebsstoffen sparsamer umgehen, damit unserer Bevölkerung die nötigen Kohlen zugeführt werden können. Auch unsere Kohlenhändler sollen nicht genügend Fuhrwerke für den Kohlentransport zur Verfügung haben. Ich möchte angeregt haben, daß die Regierung ihre Lastkraftwagen hierfür zur Verfügung stellt, damit unsere Frauen nicht mit Handkarren losziehen brauchen, wenn sie Brennmaterial holen.

Stadtv. Genzen: Aus den letzten Worten des Herrn Bürgermeister Meyer kann man entnehmen, welche Blüten eine gewisse Heze getrieben hat, so daß man besorgt ist, Braunschweig wäre nicht mehr sicher, um einige Waggons Grudelofs bezahlen zu können. Dann müßte es ja sehr, sehr jämmerlich in Braunschweig aussehen. Es kann sich meiner Ansicht nach in diesem Falle nur darum handeln, daß der betreffende Kohlenhändler dem Lieferanten nicht sicher genug ist. Die Heze, die getrieben wird, und das Bild, das dem Inlande von Braunschweig gegeben wird, ist staunenerregend. Ich habe kürzlich einen Brief gelesen, den eine Tochter an ihre Mutter in den Tagen schrieb, wo die Berliner Zustände wirklich nicht schön waren. Sie schrieb am Schlusse: „In Braunschweig möchte ich nicht sein; da muß es ja noch viel toller aussehen als hier.“ Wie sieht es denn hier aus? Ich hatte kürzlich Gelegenheit, im Rathause einen bekannten Herrn zu treffen, der mir sagte, daß selbst der Staatsminister Wolff erklärt hätte, man müsse sich wundern und seine Anerkennung aussprechen, daß die jetzige Regierung in der bewegten Zeit verstehe, für Ruhe und Ordnung in Braunschweig zu sorgen. (Bewegung.) Lachen Sie nicht darüber! Können Sie nicht genau so ruhig wie in Friedenszeiten zu Bett gehen? (Zuruf: Nein.) Dann haben Sie ein schlechtes Gewissen. (Lachen.) Es geht genau so gut in Braunschweig, wie es immer gegangen ist, kein Härchen wird den Einwohnern gekrümmt, und es passiert nichts mehr, wie früher so oft. Wenn Sie die Streiks meinen, so hat mein Freund Wesemeier schon neulich gesagt: Wir leben in einer Revolutionszeit, wir leben in einer Zeit, wo man sich wundern muß, daß trotz der Revolution alles so ruhig ab-

geht. Streiks haben wir früher auch schon gehabt, und auch stürmischere Wahlbewegungen als jetzt haben wir früher erlebt. Das Eingreifen des Volkes ist während der Wahlzeit geschehen, und das haben wir als selbstverständlich angenommen. Aber das kleinste außergewöhnliche Vorkommnis wird jetzt ausgeschlachtet und in die Welt hinausposaunt. Welcher Schaden der Einwohnerschaft aus diesem Treiben entsteht, das haben Sie aus den Ausführungen des Herrn Bürgermeister Meyer gehört. Ich möchte davor warnen, solche Gerüchte in die Welt zu setzen und aus der Maus einen Elefanten zu machen. Das trägt zu dem Gegenteil dessen bei, was Sie wünschen; es werden nicht die Interessen der Stadt gefördert, sondern die Stadt wird dadurch geschädigt, daß solche Gerüchte verbreitet werden, um die heutige Regierung herunterzusetzen. Ich möchte nochmals vor solchem Gebahren warnen; es trägt nicht zum Wohle der Stadt bei.

Vorsitzender: Ich halte mich für verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, daß wir gegenwärtig noch bei Beratung des Punktes 9 uns befinden, und bitte die Redner, sich an diesen Punkt zu halten.

Stadt v. **Mönneburg:** Dann möchte ich nachher auf die Worte des Herrn Vorredners zurückkommen. Es bietet sich vielleicht nachher Gelegenheit, auf die Ausführungen des Herrn Genzen zu antworten; sonst würde es ein merkwürdiges Bild geben und so aussehen, als wäre die Bürgerschaft schuld an diesen Vorkommnissen.

Stadt v. **Jahns:** Wenn Herr Genzen sagte, wir hingen alles an die große Glocke und übertrieben dabei, so möchte ich darauf erwidern: Gerade der Arbeiter- und Soldatenrat hat der Ortskohlenstelle Vorwürfe gemacht, die nicht berechtigt waren und denen von Herrn Wesemeier widersprochen ist. Wir haben alle Veranlassung, gerade einen bewährten Beamten in Schutz zu nehmen und ihm unser Vertrauen auszusprechen, nachdem solche Angriffe dort laut geworden sind.

Der Antrag der Rechtskommission auf Abschluß des neuen Vertrages wird angenommen.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Meyer hat gebeten, den Stadtmagistrat zu ermächtigen, nötigenfalls Schritte zu unternehmen, um rechtzeitig möglichst viele Kohlen hierher zu schaffen. Wer dem Magistrat diese Ermächtigung erteilen will, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere einen einstimmigen Beschluß.

10. Erhöhung der Preise für Gas und Wasser.

Stadtv. Dr. **Bolters**: Die Vorlage ist den geehrten Damen und Herren im Wortlaut zugegangen. Es finden die Herrschaften darin am Schlusse die beiden Anträge,

- I. zustimmen zu wollen, daß
 1. vom 1. Februar d. J. die Gaspreise von 19 und bzw. 20 Pf. für das Kubikmeter auf
 - a) 26 Pf. bei Verwendung gewöhnlicher Gasmesser und auf
 - b) 27 Pf. bei Verwendung von Automaten,
 2. vom 1. April d. J. die Preise für das aus der städtischen Wasserleitung abgegebene Wasser, und zwar
 - a) für das durch Wassermesser abgegebene Wasser von 15 auf 20 Pf. für das Kubikmeter,
 - b) bei Wasserlieferung ohne Verwendung von Wassermessern bei kleineren, schätzungsweise festzustellenden Mengen bis zu 6 Kubikmeter von 1,50 *M* auf 3,50 *M* und bei größeren, unter Verwendung von Meßgefäßen gemessenen Mengen von 0,30 *M* auf 0,40 *M* für jedes Kubikmeter erhöht werden,

II. den angeschlossenen, in Form eines Anhangs zur Sammlung der Statuten der Stadt Braunschweig zu erlassenden dritten Nachtrag zu den Bedingungen für die Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserleitung zu Braunschweig genehmigen zu wollen.

Im Magistratschreiben wird darauf hingewiesen, daß für das bevorstehende Betriebsjahr die Betriebskosten für die Gaswerke sowohl wie für die Wasserwerke eine außerordentliche Steigerung erfahren werden. Es sind die Mehrkosten im Betriebe der Gaswerke auf 865 000 *M* und diejenigen im Wasserwerke auf 186 000 *M*, zusammen auf 1 051 000 *M* geschätzt. Wie sich diese Posten zusammensetzen, ist im Magistratschreiben nicht erwähnt; es ist aber bereits im Finanzausschuß der Wunsch ausgedrückt, diese Zahlen zu vernehmen, und ich will Ihnen kurz die Zahlen nennen, die die Höhe der Steigerung begründen.

Es setzen sich die 865 000 *M*, die das Gaswerk betreffen, aus drei Posten zusammen. Zunächst sind es 450 000 *M* Mehrkosten für Kohlen. Die Kosten für die Tonne Kohlen sind um 15 *M* gewachsen, und 30 000 Tonnen Kohlen sind zu beschaffen.

Der zweite Posten sind 250 000 *M* Mehrkosten für Löhne. Es liegt ein Anschlag vor, der darauf beruht, daß man aus den Vorjahren den Januar als Stichtag angenommen hat und nunmehr den Januar 1919 wieder als Stichtag, und

die einzelnen Monatsstichtage in Verhältnis gesetzt hat zu dem ganzen Jahre. Das ergibt, daß an Löhnen für das nächste Betriebsjahr ein Mehrkostenbetrag von 250 000 *M* erwächst. Ich nehme an, daß bei der Versammlung ein Bedürfnis, Näheres über die Berechnung zu erfahren, nicht besteht.

Der dritte Posten sind die Mehrkosten für Materialien, Erneuerungen, Gehälter, Handlungsunkosten. Sie betrugen 1917/18 rund 330 000 *M*, und man nimmt an, daß sie um die Hälfte wachsen werden, also um rund 165 000 *M*. Diese drei Posten (450 000 + 250 000 + 165 000) zusammengerechnet, ergeben als Mehrkosten für die Gaswerke 865 000 *M*.

Für die städtischen Wasserwerke betragen die Mehrkosten 186 000 *M*. Sie sind dadurch berechnet, daß die voraussichtlichen Kosten zu 440 000 *M* zu vermindern sind um die im Betriebsjahre 1917/18 verausgabten Kosten (rund 254 000 *M*). Die 440 000 *M* setzen sich zusammen aus den Kosten für die Kohlenbeschaffung mit 150 000 *M*, den Löhnen mit 90 000 *M* und sonstigen Unkosten mit 200 000 *M*.

Die Finanzkommission hat diese Zahlen geprüft und hält sie für zutreffend. Zu dem Posten von 250 000 *M* Mehrkosten für Löhne beim Gaswerke tritt außerdem hinzu die Summe von 125 000 *M*, die dadurch entsteht, daß erst in allerletzter Zeit (am 15. Januar d. J.) die Arbeiter der Gaswerke in ihren Bezügen aufge bessert sind. Durch dieses Hinzutreten der 125 000 *M* zu den 1 051 000 *M* kommt als zu deckende Gesamtsumme 1 176 000 *M* heraus.

Ich komme nunmehr zu dem Vorschlage zunächst der Deputation, sodann des Magistrats, wie dieser Fehlbetrag wieder eingebracht werden soll.

Es wird von der Deputation und dem Magistrat gemeinschaftlich empfohlen, die Preise für Koks zu erhöhen. Der Preis für groben Koks ist von 1,85 *M* auf 2,50 *M* und der für gebrochenen Koks von 1,95 *M* auf 2,80 *M* erhöht, somit im Mittel um 75 Pf., und man hofft bei einer Kokszerzeugung von rund 18 000 Tonnen Koks 270 000 *M* aus dem Verkauf mehr zu Erlösen.

Einig sind Magistrat und Deputation auch bezüglich der Erhöhung der Gaspreise. Bei der Erhöhung des Preises um 7 Pf. würde bei 9 Millionen Kubikmeter Absatz eine Mehreinnahme von 630 000 *M* herauskommen.

Bezüglich der Erhöhung des Preises für Wasserbezug empfiehlt die Deputation eine Steigerung um 3 Pf.; das würde bei einem Abgabe von 4 Millionen Kubikmeter eine Mehreinnahme von 120 000 *M* ausmachen. Dagegen empfiehlt der Magistrat eine Erhöhung um 5 Pf. für das Kubikmeter, was einen Mehrerlös von 200 000 *M* ergeben würde.

Bei Befolgung der Vorschläge der Deputation würde sich eine Mehreinnahme von 1 020 000 *M* ergeben, bei den Magistratsvorschlägen eine solche von 1 100 000 *M*. Es blieben ungedeckt bei dem Vorschlage der Deputation 156 000 *M*,

während bei Befolgung des Magistratsvorschlages aus dem Fehlbetrage 76 000 *M* ungedeckt blieben.

Darin waren beide Körperschaften sich einig, daß es notwendig ist, die Mehrausgabe einigermaßen wieder wettzumachen. Es waren im Voranschlage für das laufende Rechnungsjahr die Überschüsse der Werke mit 395 000 *M* + 241 000 *M*, also mit 636 000 *M* ausgeworfen. Berücksichtigt man die bedeutenden Mehrausgaben, so würde nicht allein der Überschuß der Werke verschwinden, sondern sogar ein Fehlbetrag aus dem Betriebe der Werke entstehen.

Die Frage der Erhöhung des Preises für Wasser um 3 oder 5 Pf. hat der Magistrat in seinem Schreiben auf Seite 2 und 3 eingehend begründet. Der Magistrat legt Wert darauf, daß die Einkünfte aus werbenden Werken nicht geschmälert, sondern in der bisherigen Höhe aufrechterhalten werden. Die Ausführungen, die der Magistrat hierüber macht, möchte ich wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung für jetzt und für künftig den Herrschaften noch einmal in Erinnerung rufen. Sie lauten:

„Die gewaltige Schuldenlast, die der Stadt infolge des Krieges aufgebürdet ist, und auf deren baldige wesentliche Minderung durch staatliche Beihilfen wir kaum noch hoffen können, hat die leidige Folge gehabt, daß die Stadt zur Zeit ihre Schuldzinsen nicht mehr durch laufende Einnahmen decken kann, und daß überdies bei der ganz unvermeidlichen erheblichen Steigerung der Ausgaben auch für andere Zwecke eine bedenkliche Gefährdung des Credits unseres Gemeinwesens zu beforgen sein würde, wenn auch die in Aussicht genommene starke Erhöhung der Gemeindecinkommensteuer das arg gestörte Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht herbeiführen sollte. Das Einkommen aber wird ohne Frage auch der Staat stärker als bisher besteuern, und leider droht daneben bei der ungünstigen wirtschaftlichen Lage von Handel und Gewerbe ein bedenkliches Sinken der Steuerkraft. Die finanzielle Lage der Stadt ist daher zur Zeit eine wenig erfreuliche, und die tunlichste Sicherung der Erzielung von Überschüssen der werbenden Werke in wenigstens annähernd gleicher Höhe wie bisher erscheint uns daher dringend geboten.“

Zwei Punkte also führt der Magistrat an: erstens die sichere Aussicht, daß die Einnahmen aus der Einkommensteuer sinken werden, und zweitens die Notwendigkeit, die Überschüsse der werbenden Werke zur Erfüllung der Aufgaben aufrechtzuerhalten, die ihnen zufallen. Die werbenden Werke haben ihre Überschüsse, wie den Herrschaften bekannt ist, an den sogenannten Ausgleichsfonds abzuliefern. Dieser Ausgleichsfonds hatte seinerzeit einen Zweck, der in der gegenwärtigen Zeit nicht in so bedeutender Weise mitspricht: die Mittel für Schulbauten zu liefern. Es werden dem Ausgleichsfonds aber auch die Verlustbeträge überwiesen, die sich im Laufe des Finanzjahres ergeben haben. Die Stadt hat zu den bisherigen Schulden

von 21 Millionen Mark weitere 26 Millionen Mark Schulden gemacht, und ich bitte zu bedenken, daß allein der Zinslauf der neuen Schuld bei 4 Prozent schon mehr als 1 Million Mark ausmacht — der Zinsfuß wird aber durchweg höher als 4 Prozent sein. Es ist also notwendig, daß irgendwelche Mittel beschafft werden, die der Verzinsung und der Schuldentilgung dienen, und diesem Zwecke dient der Ausgleichsfonds, der dafür genügend Mittel erhalten muß. Es hat daher die Finanzkommission den Grundsätzen zugestimmt: man müsse anerkennen, daß ein Sinken der Gemeindeeinkommensteuer eintreten wird, und daß es notwendig ist, daß die werbenden Werke ihre Einnahmen in alter Höhe behalten.

Es ist vom Magistrat zum Vergleich angeführt, wie auch in anderen Städten die Werke ihre Preise, besonders die Gaspreise, erhöht haben, und darnach ist der Preis des Gases in Braunschweig bisher anderen Städten gegenüber ein niedriger gewesen. Die jetzt vorgeschlagene Erhöhung bewegt sich im Rahmen der Erhöhung, die andere Gemeindeverwaltungen beschlossen haben. Der Gaspreis in Hannover betrug früher 20 Pf. für das Kubikmeter, es wird eine Erhöhung auf 30 Pf. geplant. Die betreffenden Preise früher und jetzt betragen für Hamburg 20 und 24 Pf., für Leipzig 26 und 32 Pf., für Göttingen 26 und 30 Pf., für Hildesheim 20 und 30 Pf., Wolfenbüttel 20 und 25 Pf., Braunschweig 19 und 26 Pf. Die verehrten Herrschaften ersehen daraus, daß hier das Gleichgewicht gegenüber den anderen Städten als aufrechterhalten anzuerkennen ist. Es empfiehlt daher der Finanzausschuß, den Erhöhungen, wie sie vom Magistrat vorgeschlagen sind, zuzustimmen, sowohl bei Berechnung der Gaspreise, wie auch der Wasserpreise.

Der zweite Antrag des Magistrats geht dahin — wie die geehrten Herrschaften auf Seite 5 der Vorlage sehen — den angeschlossenen dritten Nachtrag zu den Bedingungen für die Abgabe von Wasser zuzugenehmigen. Eine solche Änderung ist deshalb nötig geworden, weil der bisherige Nachtrag zu den Bedingungen für Abgabe von Wasser andere Zahlungsfristen festsetzt, als sie für das Gas gelten sollen. Es wird vorgeschlagen, die Erhöhung der Gaspreise schon vom 1. Februar ab stattfinden zu lassen, die Erhöhung der Preise für Wasser erst vom 1. April an, und zwar das letztere mit Rücksicht auf das Verhältnis zwischen Mieter und Hauswirt. Es ist zugleich vorgesehen, die Bedingungen für Abgabe in gleicher Weise zu ändern, wie solches durch die Vorschriften in den Artikeln I und IV des Anhangs Nummer 44 in Ansehung der Gaspreise geschehen ist. Auch zur Änderung der Wasserpreise würde darnach künftig die Bekanntmachung des bezüglichen Beschlusses der städtischen Behörden genügen und eine jedesmalige mit Kosten verbundene Drucklegung der Änderung der Bedingungen nicht weiter erforderlich sein.

Ich habe namens des Finanzausschusses auch den zweiten Teil des Magistratsantrages zur Genehmigung zu empfehlen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Es ist immer eine unangenehme Sache, eine derartige Erhöhung der Gas- und Wasserpreise zu erörtern oder gar zu beschließen. Ich hatte anfänglich einige Bedenken dagegen, ob die Erhöhung der Preise in diesem Umfange notwendig sei, besonders da eine Differenz bestand zwischen der Stellungnahme der Deputation unserer Werke und dem Magistrat. Auch schienen mir die Zahlen, die in der Vorlage gegeben waren, nicht ganz ausreichend, um die Erhöhung in dem gewünschten Umfange zu rechtfertigen. Ich bin aber durch die Ausführungen in der Ausschußsitzung der Ansicht geworden, daß es wohl notwendig sein wird, der Erhöhung in diesem Umfange zuzustimmen, und zwar ist für mich wesentlich mitbestimmend gewesen, daß der Reservefonds der Gaswerke nicht ausreichend aufgefüllt ist, wie es bei einem derartigen Unternehmen der Fall sein müßte. Wir sind nicht nur nach der Städteordnung, sondern auch aus allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunkten darauf angewiesen, unsere Werke so zu verwalten, daß wir nicht nur eine Rente herauswirtschaften, sondern auch einen angemessenen Reservefonds zur Verfügung haben. Im Ausschuß ist besonders hervorgehoben, daß dem Wasserwerke größere Ausgaben für Erneuerung bevorstehen, so daß auch da große Mittel erforderlich sind, besonders für die Enteisungsanlage, die dringend notwendig ist.

Im übrigen muß ich dem Herrn Berichterstatter doch widersprechen, daß im Ausschuß eine Beschlußfassung darüber, ob man den Grundsätzen des Magistrats zustimmen wollte oder nicht, stattgefunden hat. Wir haben nicht grundsätzlich gutgeheißen, daß ohne weiteres aus den Mitteln dieser gewinnbringenden Werke die Mittel gewonnen werden sollen an Stelle der event. ausfallenden Einkommensteuer. Der Magistrat begründet seine Vorlage so; wenn nun wir aber der Magistratsvorlage zustimmen, so kann das aus diesen oder anderen Gründen geschehen, die für uns überzeugend sind. Die Gründe des Magistrats haben wir uns nicht zu eigen gemacht. Ich kann allerdings nicht umhin, anzuerkennen, daß auch diese Gründe viel für sich haben. Wenn es auch an sich ein Ding ist, das durchaus nicht gerechtfertigt ist, die Allgemeinheit der Steuerzahler zu entlasten durch die Benutzung der Gas- und Wasserwerke, so befürchte ich, daß wir die allgemeine Steuerkraft doch ohnehin schon genug belasten müssen und Mittel, die wir auf andere Weise haben können, uns nicht vorzeitig entziehen sollen. Nicht nur die Stadt, sondern auch der Staat werden auf die großen Einkommen zurückgreifen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Regelung von zentraler Stelle eintreten wird, wie weit wir mit unseren Zuschlägen gehen dürfen. So wäre es verfehlt, die Mittel, die hier zur Verfügung stehen und die im Ausgleichsfonds zur Entlastung der Allgemeinheit dienen können, uns zu versagen. Deshalb kann ich auch dieser Begründung des Magistrats nicht ganz abfallen; es ist nicht nur die Meinung des Ausschusses, daß dies gerade das richtige sein würde. Auch in for-

meller Beziehung habe ich gegen die Änderung der Satzung keine Bedenken und muß mich deshalb, wenn auch schweren Herzens, dem Antrage des Herrn Berichterstatters anschließen.

Stadtv. Stegmann: Es ist eine böje Bescherung, die mit dieser Vorlage der Braunschweiger Einwohnerschaft geboten wird, aber ebenso wie der Herr Vorredner bin ich der Ansicht, daß wir kaum darum wegkommen werden. Wir haben uns hier wiederholt mit der Erhöhung des Gas- und Wasserpreises und auch des Kokspreises befassen müssen, allerdings waren es früher immer nur mäßige Erhöhungen, während die jetzige ein kolossaler Sprung ist. Aber angesichts der ungeheuren Steigerung der Produktionskosten ist die Erhöhung nicht zu vermeiden, und so bin ich der Meinung des Herrn Vorredners, daß wir wohl oder übel in den sauren Apfel beißen und unsere Zustimmung zu dem Vorschlage der Kommission geben müssen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber eine Sache zur Sprache bringen, die hier wiederholt verhandelt ist, nämlich die Frage der Regelung des Gasverbrauchs und des Aufschlages für mehrverbrauchtes Gas. Sie wissen, daß es schon im Jahre 1916 infolge der Kohlenknappheit nötig wurde, ein gewisses Quantum Gas für den Verbrauch festzusetzen. Es wurde dann 1917 festgelegt, daß nur 80 Prozent des Gasverbrauchs aus dem Jahre 1916 entnommen werden dürfen. Später, im Jahre 1917, ist dann eine vollständige Rationierung eingetreten, wodurch aber keine Beschränkung nach oben hin eingetreten ist. Es war nicht so wie bei der Rationierung der Lebensmittel — Brot, Kartoffeln, Zucker usw. —, sondern hier wurden nur die kleinen Verbraucher in ihrem Bezuge beschränkt und für den Mehrverbrauch Strafen von zuerst 1 M. und später 50 Pf. für das Kubikmeter festgelegt. Daß dies ein ungerechtes System ist, wurde allgemein empfunden und löste lebhafte Empörung aus. Es ist dann von unserer Seite der Antrag gestellt, eine gerechte Regelung dieses Gasverbrauchs einzuführen, und zwar dahin gehend, daß ebenso wie bei den Lebensmitteln auch der Gasverbrauch nach der Kopffzahl der Familie festgelegt werden solle. In mehreren Sitzungen der Kommission versuchte namentlich Herr Direktor von Feilich, mit technischen Ausführungen zu begründen, daß dies ein System sei, das ebenfalls ungerecht genannt werden müsse, und so wurde mein Antrag abgelehnt und nur zugegeben, daß das Quantum der kleinen Verbraucher von 30 auf 35 Kubikmeter heraufgesetzt werden sollte, und daß die größeren Verbraucher sich eine Beschränkung gefallen lassen sollten, so daß sie nicht mehr nach Belieben Gas verschwenden könnten. Es wurde für sie ein Höchstmaß von 80 Kubikmeter festgelegt. Wie die Dinge liegen, schlägt es nicht ins Gewicht, daß die kleinen Verbraucher jetzt 5 Kubikmeter Gas mehr verbrauchen können als vorher. Jeder weiß, daß die Verschlechterung des Gases dahin gewirkt

hat, daß man sagen kann, man braucht 100 Prozent Gas mehr, um die Heizkraft wie in Friedenszeiten zu erzielen. Hinzu kommt, daß durch den Mangel an anderen Heizstoffen — Kohlen, Koks, vor allen Dingen Grubekoks — die Bevölkerung gezwungen war, mehr Gas zu verbrauchen. Dennoch blieb die erlaubte Menge beschränkt. Durch die Lebensmittelnappheit und ihre geringe Nährkraft sind die Kochtöpfe zwei- bis viermal so groß geworden als in Friedenszeiten. In neuerer Zeit sind Väter, Geschwister und Söhne aus dem Felde zurückgekehrt, aber das einmal rationierte Quantum soll nun auch für die betreffenden Familien gelten. Eine ganze Menge Dinge sprechen mit, die dahin wirken, daß man mehr Gas verbraucht, als zugewilligt ist, so daß es dahin kommt, daß man Aufgeld bezahlen muß. Das ist eine Ungerechtigkeit ohnegleichen. Vielfach ist es vorgekommen, daß Leute, die wirklich sparen, das Doppelte und Dreifache des zugewilligten Quantums verbrennen. Diejenigen aber, die früher mehr verbraucht und nicht gespart haben, und zwar zum Teil kleine Familien, kommen jetzt gut aus, während andere Familien, die früher gespart haben und bei denen die Familie größer geworden ist, nur sehr wenig verbrauchen dürfen. Sie werden dafür bestraft, daß sie früher gespart haben. Das ist in der Kommission auch vorgebracht worden, besser geworden ist es jedoch nicht. Jetzt aber, wo dieser gewaltige Sprung von 19 auf 26 Pf. vorgenommen werden soll, müßte ganz energisch dafür eingetreten werden, daß eine grundsätzliche und gerechte Regelung eintritt.

Ich hatte erst die Absicht, meinen alten Antrag wieder aufzunehmen, infolge der bösen Erfahrung, die ich aber damit gemacht habe, habe ich es unterlassen. Ich will es jetzt dem Magistrat überlassen und bitte ihn, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, in welcher Weise ein gerechtes System zustande gebracht werden kann. Jedenfalls ist es nötig, daß die ungerechten Zustände endlich beseitigt werden, mindestens daß das skandalöse Strafsystem wegfällt. Allerdings hat der Magistrat nicht darüber zu befinden. Der Magistrat muß alle Mittel anwenden, den Reichskohlenkommissar zu bewegen, mit diesem System zu brechen. In verschiedenen Städten ist eine Ermäßigung der strengen Bestimmungen vom Reichskommissar zugegeben, und das hätte auch für uns eingeführt werden müssen. Ob es nicht möglich ist, das zu erreichen, weiß ich nicht, aber bei dem neuen erhöhten Gaspreise darf nichts unversucht gelassen werden, das ungerechte Strafgeld zu beseitigen.

Hinzu kommt noch eins. Sie wissen, daß in neuerer Zeit viele Hauswirte sich veranlaßt gesehen haben, elektrisches Licht anzulegen, aber dasselbe Quantum Gas wie früher ist für solche Familie immer noch maßgebend, obgleich sie kein Leuchtgas mehr gebrauchen. Viele ungerechte Dinge sprechen hier mit, die untersucht werden können, und vielleicht gelingt es dem Magistrat, ein besseres System herbeizuführen als das, welches bisher bestanden hat.

Ich bitte, nicht nur dafür einzutreten, daß der Kommissionsantrag angenommen wird, sondern auch dieser mein Antrag, und bitte auch, ihn nicht erst an die Kommission zu verweisen. Der Magistrat wird ersucht, uns über die Gasregelung eine Vorlage zu machen, mit der wir uns jedenfalls in der nächsten Stadtverordnetenversammlung beschäftigen können.

(Wortlaut des Antrages Stegmann j. S. 571.)

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Meine geehrten Damen und Herren! Der Magistrat bedauert es lebhaft, in dieser teuren Zeit mit dieser Vorlage kommen zu müssen, aber die Not zwingt uns dazu. Ich freue mich, daß die Herren wenigstens anerkennen, daß der Magistrat nicht anders handeln konnte.

Es ist richtig, daß der Magistrat bei der Unterhaltung seiner Gas- und Wasserwerke nicht reiner Kaufmann ist. Wir können und brauchen uns nicht auf den Standpunkt des Kaufmanns zu stellen, der einfach seine Ware kalkuliert und danach den Preis bemißt; im Gegenteil, wir müssen die Gas- und Wasserwerke erhalten, auch wenn wir mit einem Defizit arbeiten. Die früheren Verhältnisse, wie Sie sie wohl kennen, die uns den schönen Ausgleichsfonds brachten, in den wir hineingreifen konnten, wenn es sich um Summen handelte, die nicht unbedingt nötig waren, deren Aufbringung aber im Interesse der Wohlfahrt unserer Stadt dringend notwendig erschien, sind vorüber. Aber die heutigen Verhältnisse drängen unwillkürlich dahin, dafür zu sorgen, daß der Ausgleichsfonds wenigstens nicht ganz zugrunde geht.

Es wurde von Herrn Dr. Jasper angedeutet, daß wir diese Einnahme benutzen wollen, um einer Steuererhöhung aus dem Wege zu gehen. Das würde ich für verkehrt halten, und das wollen wir auch nicht tun. Aber so weit sind wir allerdings auch Kaufmann, daß wir, wenn uns nachgewiesen wird, statt der Überschüsse von 800 000 M im vorigen Jahre werden wir ein Defizit beim Betriebe der Gas- und Wasserwerke haben, uns sagen müssen: Das würde unerträglich sein. Es kommt merkwürdigerweise alles zusammen, was ungünstig für die Werke ist. Eben bekomme ich wieder ein Schreiben, daß die unglückliche Unterbrechung des Kanals bei Minden, die uns den Bezug der Kohlen insam verteuert, jetzt auch noch die Folge hat, daß wir die Kohlen über Bremen nach Braunschweig bringen müssen. Es wird dadurch unser Betrieb wieder noch mehr belastet, und ich kann nicht beurteilen, welche Folgen daraus noch entstehen werden. Schon durch diesen schwierigeren Bezug der Kohlen entsteht uns für den Februar eine Mehrausgabe von 40 000 M; und nun rechnen Sie, was das bringt, wenn das monatelang so geht. Wir sind gezwungen, der Einwohnerschaft diese Opfer der höheren Preise aufzuerlegen, aber ich hoffe, daß wir mit der Zeit den Preis wieder herabsetzen

können. Das wird wesentlich abhängen von dem Preise der Kohlen und von der Höhe der Arbeitslöhne. Man wird ohne weiteres anerkennen müssen, daß wir die Höhe der Löhne so lange nicht herunterdrücken können, solange nicht die Lebensmittelpreise heruntergehen. (Sehr richtig!) Sobald wir aber das erreichen, werden auch unsere Arbeiter — davon bin ich überzeugt — selber sagen: Diese Löhne kann der Staat nicht weiter zahlen. Die Stadt und der Staat könnten die hohen Löhne wohl eine Zeitlang ertragen, denn wir erheben je nachdem Steuern oder schaffen sonst Mittel — wie wir eben im Begriff sind. Aber unsere Industrie, die auf den Export angewiesen ist, wird es sich nicht auf die Dauer leisten können, die hohen Arbeitslöhne zu zahlen, und wenn unsere Industrie zugrunde geht, dann geht damit das ganze wirtschaftliche Leben im deutschen Reiche zugrunde. Ich hoffe, daß diese Zustände sich wieder bessern werden, daß die Preise wieder heruntergehen, und daß wir die Überschüsse, die wir früher mit unseren werbenden Werken erzielt haben, auch in Zukunft wieder erzielen. Sollten wesentlich höhere Einnahmen für die Stadt dadurch gewonnen werden, dann wird der Magistrat — das glaube ich heute schon erklären zu können — Ihnen ohne weiteres seinerzeit den Antrag unterbreiten, die Gas- und Wasserpreise wieder herunterzusetzen.

Nun hat Herr Stegmann wieder seine Wünsche wegen der Strafbestimmungen und wegen einer gerechten Gasverbrauchsregelung vorgebracht. Ich kann es Herrn Stegmann nicht verdenken, daß er immer wieder in dieselbe Kerbe hineinhaut, denn man muß anerkennen, daß das System, das uns im Laufe des Krieges, sobald die Kohlennot eintrat, aufgezwungen ist, ein ungerechtes und von Anfang bis zum Ende verfehltes ist. Wer reich gewesen ist, und wem es früher nicht darauf angekommen ist, viel Gas zu verbrauchen, hat das Recht erhalten, auch während der kohlenknappen Zeit viel Gas zu verbrauchen, und der arme Mann, der auch früher mit dem Gase schon gespart hat, hat jetzt nicht einmal so viel Gas, daß er sein Essen kochen kann. Es ist ein ungerechtes System von Anfang an gewesen. Wenn sich nun Herr Stegmann wegen dieser Sache wieder an den Magistrat wendet, so möchte ich ihm erwidern: Der Magistrat ist beim Vertriebe von Gas Kaufmann. Wo ist aber ein Kaufmann, der seinem Kunden sagt: Nimm mir ja nicht zu viel Waren ab, sonst nehme ich dich in Strafe! Das wäre so widersinnig, wie es nur sein kann. Dem Magistrat könnte nicht Unangenehmes passieren, als daß ihm die Möglichkeit gegeben wäre, diese Rationierung über Bord zu werfen und das Quantum, das jedem einzelnen zukommt, zu erhöhen oder unbefristet zu lassen.

Aussichtslos ist es, den Antrag, den wir Ihnen heute unterbreitet haben, zum Anlaß zu nehmen, überhaupt die Frage beim Kohlenkommissar nochmals anzuregen. Wünschen Sie es gleichwohl, so sind wir gern bereit, nochmals vorstellig zu werden. Wenn Sie jedoch den Bericht über die Berliner Verhandlungen des

Vertrauensmannes lesen, bei denen er immer wieder auf die Ungerechtigkeit, die in dem System liegt, hingewiesen hat, und bei denen er darauf gedrungen hat, man möge uns doch deshalb etwas mehr Gas freigeben, weil wir hier so sehr sparsam mit der Straßenbeleuchtung sind, und wenn Sie dann erfahren, daß alle seine Anträge abgelehnt sind, dann werden Sie selber nicht glauben, daß in diesem Augenblicke, wo die Kohlennot aufs höchste gestiegen ist, ein solcher Antrag Aussicht auf Erfolg hat. Zugeden will ich, daß durch solchen Antrag, wenn er angenommen wird, in gewisser Weise doch die öffentliche Meinung beeinflusst werden könnte, und wenn das von mehreren Städten wiederholt geschieht, muß es doch in den Ohren des Kohlenkommissars klingen, so daß er, wenn er überhaupt in der Lage dazu ist, einer größeren Freigabe zuzustimmen, sie schließlich seinerseits zugeben wird. Allerdings glaube ich, daß augenblicklich auch der Kohlenkommissar nicht in der Lage ist, ein neues System — nicht in der einzelnen Stadt, sondern im ganzen deutschen Reiche — einzuführen.

Ferner hat Herr Stegmann gebeten, der Magistrat möchte sich seinen Kopf zerbrechen über Aufstellung eines gerechten Systems für den Gasverbrauch. Das tut er schon recht sehr, verehrter Herr Stegmann. Und dann glaube ich, auch der Herr Kohlenkommissar würde Bedenken tragen, sich den Kopf wegen dieser Frage zu zerbrechen. Die Kohlennot ist allmählich auch in unserer Stadt, soweit es sich um Gaserzeugung handelt, bedenklich geworden. Wir haben augenblicklich noch Kohlen für 12 Tage. Wir brauchen zur Gaserzeugung täglich 90 Tonnen Kohlen, und in der letzten Zeit ist überhaupt nichts an Kohlen zu uns herangekommen. Sollte die Stöckung noch länger anhalten, so würde uns nichts übrigbleiben, als eine stundenweise Sperrung eintreten zu lassen und schlimmstenfalls einstweilen den ganzen Betrieb einzustellen. Ich will hoffen, daß es nicht dazu kommt.

Ob Sie dem Antrage zustimmen, muß ich der Versammlung überlassen. Sollten Sie es tun, dann kann ich erklären, daß wir ihn selbstverständlich an der zuständigen Stelle befürworten werden. — Im übrigen möchte ich Sie bitten, den Anträgen des Magistrats mit Rücksicht auf die Lage, in der wir uns befinden, zuzustimmen.

Stadtv. Frede: Von der Erhöhung des Preises für Gas wird die ganze Stadt betroffen, es macht für eine kleine Familie im Jahre vielleicht 40 M. aus. Die Erhöhung ist bedauerlich, aber sie muß getragen werden. Von der Erhöhung des Wasserpreises werden diejenigen Hauseigentümer betroffen, die das Wassergeld in der Miete miterheben. Es geht nicht an, und ich hätte auch nicht den Wunsch, daß eine Erhöhung der Miete deswegen vorgenommen wird. Nun, wir haben als Hausbesitzer so viel Belastungen, daß wir auch diese noch auf uns nehmen wollen; wir tun das in Würdigung der außerordentlich schwierigen Lage, in der sich die

Stadt befindet. Ich habe das Wort ergriffen, um zu versuchen, eine andere mit der Berechnung des Wassergeldes in Zusammenhang stehende Angelegenheit in Ordnung zu bringen, die mir seit langem am Herzen gelegen hat. Der Herr Oberbürgermeister hat vorhin gesagt, daß sich die Stadt in der Lage eines Kaufmanns befinde, und hat die Handlungen, die dem Auftreten eines tüchtigen Kaufmanns nicht entsprechen, als widersinnig bezeichnet. Nun meine ich aber: Ein Kaufmann, der etwas bezahlt nimmt, was er nicht geliefert hat, handelt nicht nur widersinnig, sondern unreell — und das ist bisher von der Stadt geschehen. Es ist gerade das Umgekehrte von dem, was Herr Stegmann sagte: es soll der Betreffende gezwungen werden, nicht zu viel Gas zu verwenden, sonst muß er Strafe bezahlen. Die Stadt sagt: Wenn du nicht wenigstens so viel Wasser verbrauchst, mußt du das Fehlende doch bezahlen; du mußt bezahlen, was nicht an den gedachten Verbrauch reicht. In den Bedingungen über die Abgabe von Wasser heißt es in § 6: „Das Wassergeld wird nach der Angabe des Wassermessers berechnet und in vierteljährlichen Teilbeträgen eingezogen; der Anschlußinhaber ist jedoch verpflichtet, für jedes Rechnungsjahr ohne Rücksicht auf den wirklichen Verbrauch die der lichten Weite des Wassermessers entsprechende Wassermenge zu bezahlen, und zwar bei einer lichten Weite des Wassermessers von 13 mm 90 cbm . . .“ und so geht das weiter bis zur Weite von 150 mm mit 20 000 cbm. „Die Einziehung des Wassergeldes für die am Mindestverbrauch fehlende Wassermenge erfolgt nach Schluß des Rechnungsjahres.“ Es wird damit klipp und klar ausgesprochen, daß die fehlende Wassermenge bezahlt werden muß. Nun war es in den Zeiten, wo wir Wohnungsüberschuß hatten, häufig vorgekommen, zumal in Neubauten, daß die Eigentümer des Hauses das Wasser bezahlen mußten, auch wenn es bei ihnen nicht verbraucht war, und es sind darüber lebhafteste Klagen an uns gelangt, die ich auch dem Herrn Oberbürgermeister überliefert habe. Er antwortete darauf: Wir haben das Statut eben aufgestellt, und nun kann es nicht schon wieder geändert werden. Ich möchte deshalb bei dieser Gelegenheit, wo ein Nachtrag geschaffen werden soll, eine Änderung dieser Bestimmung beantragen und reiche folgenden formulierten Antrag ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß vom 1. April 1919 an die Berechnung des Wassergeldes nur für das wirklich verbrauchte Wasser nach Angabe des Wassermessers erfolgt und die Bestimmungen von § 6 der Bedingungen für die Abgabe von Wasser vom 15. Januar 1914, soweit sie anderes vorsehen, in Wegfall kommen.“

Ich bitte Sie, meine Forderung als gerechtfertigt anzuerkennen und dafür zu stimmen.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Es hat jeder sein Stedenpferd, und so reitet Herr Frede dieses Stedenpferd schon lange. Heute will er auf der einen Seite mit freigebiger Hand geben, nämlich die Erhöhung der Gas- und Wasserpreise zugestehen, und auf der anderen Seite will er eine Bestimmung aus den Bedingungen herausnehmen, die die städtischen Behörden nicht etwa willkürlich und aus Schikane gegen die Hausbesitzer, sondern aus wohlermogenen Gründen in die Bedingungen aufgenommen haben, nachdem sich herausgestellt hatte, daß, wenn die Bestimmung fehlt, geradezu wunderbare Zustände entstehen. Es klingt sehr schön, wenn Herr Frede sagt — ich glaube, so hat er sich ausgedrückt —, der Magistrat wäre ein unreeller Kaufmann. (Heiterkeit.) Dann hätte Herr Frede wenigstens auch sagen müssen, die früheren Stadtverordneten haben auch unreell gehandelt, denn sie haben der betreffenden Vorschrift zugestimmt. Es hat sich herausgestellt, daß manche Leute, wenn nicht ein Betrag für ein bestimmtes Mindestquantum erhoben wird, derartig knapsen, daß der Anschluß des Grundstücks an die Wasserleitung sich für die Stadt nicht lohnt. Es kommt noch ein anderes hinzu: daß jahrelang Wohnungen leerstehen und wir Maschinen und Anschluß unterhalten müssen, aber Wassergeld in solchen Fällen auch von wohlhabenden Leuten nur in ganz geringem Betrage beziehen. Wenn das in großem Umfange geschähe, dann würde die Stadt mit der Wasserleitung ein schlechtes Geschäft machen. Wenn Herrn Frede daran liegt, den Grundsatz hochzubehalten: „Nur das wird bezahlt, was entnommen ist“, dann wäre es möglich, daß wir auf diesen Vorschlag eingingen, aber nur unter einer kleinen Bedingung, nämlich daß für den Anschluß, der durch uns geschaffen ist, ein fester Beitrag je nach der Weite des Wassermessers bezahlt wird. Ist Herr Frede damit einverstanden? (Zuruf: Nein.) Nun sagt Herr Frede wieder nein! (Heiterkeit.) Bedenken Sie doch, was es kostet, ein derartiges Werk zu erhalten. Während unser Gaswerk infolge der Abschreibungen und der soliden Wirtschaft, bei der wir alle Erneuerungen und Erweiterungen aus laufenden Mitteln gedeckt haben, mit nur ungefähr 1 Million Mark zu Buche steht, stehen die beiden Wasserwerke infolge der fortwährenden Erweiterungen mit 2 200 000 M zu Buche. Das ist ein sehr anständiges Kapital, und Herr Dr. Jasper hat ja schon angedeutet, daß wir eine Enteisungsanlage bauen müssen, die 300 000 M kosten wird. Das Geld dafür ist allerdings im Reservefonds vorhanden. Im übrigen ist nicht zu bestreiten, daß Braunschweig mit seinem Wassergelde ziemlich weit unten steht. Es gibt allerdings Städte, wie München, die überhaupt nur die Anlagekosten zu verzinsen haben, die gar keine Maschinenkräfte gebrauchen und bis vor kurzem nur 5 Pf. für das wundervolle Wasser aus der Mangfall genommen haben. Wenn wir aber die „Verarbeitung“ des Wassers in einer so eisenreichen Gegend auszuführen haben, so macht das erhebliche Kosten, und ein Preis von 15 Pf. für das Kubikmeter Wasser ist dann sehr billig. Über die Erhöhung des Preises kann

man sich also nicht beklagen, und das will Herr Frede ja auch nicht, er will nur die „Ungerechtigkeit“ aus den Lieferungsbedingungen heraushaben. Dabei wollen wir ihm entgegenkommen; ich möchte nur bitten, die Frage nicht heute im Plenum zu erledigen; man müßte sich doch wenigstens erst einmal über das Prinzip und die Folgen klar werden.

Vorsitzender: Herr Frede hat sich schon damit einverstanden erklärt, daß dieser Antrag der Finanzkommission überwiesen werden soll.

Stadtv. Dr. Jasper: Die Klagen, die Herr Stegmann vorgebracht hat, sind nur zu berechtigt. Ich habe mich im Finanzausschuß im gleichen Sinne geäußert und habe hier nur die Wiederholung dieser Klagen vermieden, weil ein selbständiger Antrag Stegmann bekanntgegeben war. Auch der Herr Oberbürgermeister hat die Klagen im Wesentlichen als berechtigt anerkannt. Dem, was Herr Stegmann sagte, möchte ich noch hinzufügen, daß eine Änderung der Verbrauchsregelung auch deshalb notwendig sein dürfte, weil der Familienbestand, nachdem die Krieger zurückgekehrt sind, vielfach anders zusammengesetzt ist als früher und eine ganz andere Haushaltung bedingt, so daß nicht auf die Verhältnisse in den früheren Kriegsjahren zurückgegriffen werden kann. Eine Neuordnung müßte möglichst bald geschehen, wenn man den Härten ausgleichend entgegenzutreten will.

Nun steht der Antrag Stegmann mit der Vorlage, die uns beschäftigt, nur in losem Zusammenhange; es ist an sich kein Antrag zu diesem Punkte, sondern ein selbständiger Antrag. Aber Herr Stegmann wird einverstanden sein, daß er mit seinen Worten von vornhin diesen selbständigen Antrag begründet hat. Die Dringlichkeit des Antrages will ich mit unterstützen, der Magistrat hat sich schon geäußert, und wenn die Herren und Damen damit einverstanden sind, kann der Antrag gleich mit bei diesem Punkte verabschiedet werden. Der Herr Oberbürgermeister hat namens des Magistrats erklärt, daß er im Sinne des Antrages vorstellig werden will, und ich glaube, damit würde dem Antragsteller und auch meinen Wünschen durchaus gerecht geworden sein.

Wohin es führt, wenn man einen Antrag im losen Zusammenhange mit dem behandelten Punkte zuläßt, das sieht man an dem Antrage Frede. Er hat von Wasser gehört und führt sein Pferd aus dem Stalle. Ich bin der Ansicht, daß wir nicht über die Wasserabgabe heute eine Erörterung haben, und so müßte der Antrag Frede ein selbständiger Antrag sein, der nach seiner Tragweite innerhalb des selbständigen Ausschusses erörtert werden muß.

Indem ich mich nun zu der Vorlage zurückwende, möchte ich etwas bemerken, was gerade den Freunden des Herrn Frede ins Buch geschrieben werden soll. Die Erhöhung des Preises für Wasser ist an sich so geringfügig, daß sie kaum das aus-

gleich, was die Hausbesitzer schon jetzt von den Mietern über das tatsächlich von der Stadt eingezogene Wassergeld hinaus einziehen. (Sehr richtig!) Ich möchte deshalb die Hausbesitzer auffordern, die Erhöhung des Wassergeldes nicht zu benutzen, um ihrerseits einen Mehrgewinn herauszuschlagen. Der Hausbesitzer soll nicht Kaufmann sein, im besonderen nicht in dem Sinne, wie Herr Frede es versteht dem Magistrate vorgeworfen hat. Im übrigen sind alle Herren, die sich geäußert haben, e i n e r Ansicht, daß wir in den sauren Apfel beißen müssen.

Stadtv. Stegmahn: Auch ich bin der Meinung, daß mein Antrag als selbständiger behandelt werden soll, obgleich er, wenn auch nur lose, mit dem oben verhandelten Punkte in Verbindung zu bringen ist.

Ich möchte nur noch eine Frage an den Magistrat richten. Als im vorigen Jahre die Sache behandelt wurde, ist ausdrücklich erklärt worden, daß denjenigen großen Verbrauchern, welche trotz Mahnung fortgesetzt über 80 Prozent Gas verbrauchen, das Gas abgeschnitten werden sollte. Ich möchte fragen, ob von dieser Androhung Gebrauch gemacht worden ist und in welchem Umfange.

Wenn die kleinen Verbraucher nur 35 cbm verbrauchen dürfen, die großen dagegen 80, so hatte ich mir die Sache so gedacht, daß ein Ausgleich geschaffen werden mußte dadurch, daß auch die großen Verbraucher, die tatsächlich zum Teil weniger Familienmitglieder haben, mit 50 cbm gut auskommen müssen, so daß auch bei den miserablen Verhältnissen es ihnen doch noch möglich ist, durchzukommen. Der Herr Oberbürgermeister sagt, die Verhältnisse der Kohlenzufuhr lägen so traurig, daß möglicherweise mit einer Einstellung des Betriebes zu rechnen sei. Unter solchen Umständen ist es erst recht nicht nötig, daß einzelne 80 cbm verbrauchen dürfen, dann sind 50 cbm vollständig ausreichend. Früher war ich der Meinung, daß man lieber das Quantum, was unten gegeben wird, heraufsetzen sollte, die Stadt ist aber dazu nicht imstande. Es ist vom Reichskommissar festgesetzt, daß auch diese nur 80 Prozent des früheren Verbrauchs erhalten sollen. Ich bin der Ansicht und auch die Kommissionsmitglieder standen auf dem Standpunkte, daß es dem Reichskommissar gleich sein könnte, wie die Stadt die Sache regelte, wenn nur das für die ganze Stadt festgesetzte Quantum nicht überschritten würde. Es mußte die Bestimmung so aufgefaßt werden, daß 80 Prozent vom Durchschnittsverbrauch festgesetzt und die Regelung am Orte der Gemeinde selbst überlassen wird. In dieser schweren Zeit mußte es dem Magistrat doch gelingen, den Reichskommissar zu bewegen, mindestens zuzugeben, daß d a s der Stadt zugestanden wird. Im übrigen bin ich der Meinung, daß die Annahme des Antrages, wenn sie von mehreren Städten geschieht, die öffentliche Meinung beeinflussen und so zu einer Besserung mit beitragen wird. Ich bitte deshalb, meinem Antrage zuzustimmen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Die Frage, wie vielen Leuten das Gas entzogen ist, kann ich leider eben nicht beantworten; ich habe mich nicht darnach erkundigt. Beschwerden über Sperren sind mir nicht vorgelegt. Wir haben aber den Vertrauensmann (den Direktor des Gaswerks) angewiesen, er solle auf keinen Fall den Leuten, die Strafe zu bezahlen in der Lage sind, durch die Finger sehen und solle ihnen androhen, wenn die Überschreitung des festgesetzten Quantums nicht aufhöre, werde ihnen der Anschluß entzogen. Ich glaube, es wird in den meisten Fällen so gekommen sein, daß verschiedene der großen Abnehmer hier und da ihr gesetztes Quantum überschritten haben, dann ist die Sperrung angedroht und darauf haben sie sich nach den Vorschriften gerichtet. Dann haben auch wieder andere den Versuch gemacht, die auch verwahrt werden mußten. Die große Mehrzahl der Überschreitungen ist übrigens nach meiner Kenntnis im Kreise der mittleren Verbraucher vorgekommen. Wir haben aber nicht umhingekönnt, zu sagen: Wenn besondere Umstände vorliegen, dann soll der Vertrauensmann Milde walten lassen und nicht gleich in jedem Falle Strafgeld erheben, doch soll er die Leute darauf hinweisen, daß sich solche Fälle nicht wiederholen dürfen. Sind besondere Anträge gestellt, die sich auf sachliche Gründe stützen, dann sind regelmäßig einige Kubikmeter über den Satz, der den Leuten zusteht, zugelegt.

Was nun die Verbrauchsordnung, wie sie Herr Stegmann vorgeschlagen hat, anbetrifft, so gebe ich zu: Wir würden, wenn wir unser Gesamtquantum zugemessen bekommen, auf Grund unserer Kartei sehr wohl in der Lage sein, individuell nach der Zahl der Personen jedes Haushalts ein solches Quantum zu bemessen, daß ein gerechtes Prinzip voll zur Geltung käme. Es ist das, soweit ich mich erinnere, ganz im Anfange einzuführen versucht, aber der Kohlenkommissar hat das abgelehnt. Wir können es ja aber noch einmal versuchen. Es müßte dem Kohlenkommissar allerdings einerlei sein, was wir mit unserem Quantum machen, wenn wir es nur nicht überschreiten. Wir wollen also befürworten, daß er uns die Verteilung überläßt.

Stadtd. Hönneburg: Ich möchte zur Geschäftsordnung meine Bedenken darüber äußern, daß diese beiden Anträge, die nur in losem Zusammenhange mit dem zu verhandelnden Punkte der Tagesordnung stehen, jetzt erledigt werden, und erlaube, daß die Aussprache darüber abgebrochen wird und wir uns jetzt ausschließlich auf den zur Besprechung stehenden Punkt der Tagesordnung beschränken. Zu diesem Punkte ist bisher wenig gesagt oder überall dasselbe. Ich möchte Schluß der Debatte beantragen und Überweisung der beiden Anträge an eine Kommission. Im übrigen werden wir auch für uns das Recht in Anspruch nehmen, künftig Anträge zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung zu stellen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich gebe zu, daß leicht Mißbräuche einreißen könnten, wenn solche Anträge im Anschluß an andere Punkte der Tagesordnung sich wiederholten. Ich möchte aber zur Geschäftsordnung dem Antrage widersprechen, daß die Anträge der Kommission überwiesen werden. Bezüglich des Antrages Stegmann ist beantragt, ihn als dringlich zu behandeln, während der Antrag Frede zurückgezogen ist. Die Erörterung über den Antrag Stegmann ist ziemlich vollendet. Ich glaube, es ist geschäftsordnungsmäßig richtiger, ihn gleich mitzu erledigen.

Stadtv. **Rönnenburg:** Der Antrag Stegmann war als besonderer Antrag eingebracht, er kommt also erst nach Erledigung der Tagesordnung zur Verhandlung.

Vorsitzender: Nein, er ist zu Punkt 10 eingebracht, den wir eben behandeln.

Der Schluß der Debatte wird angenommen. Darauf wird der Antrag des Stadtmagistrats, betreffend Erhöhung der Gas- und Wasserpreise gemäß der Befürwortung des Finanzausschusses angenommen und ebenso der Antrag des Magistrats, betreffend den 3. Nachtrag zu den Bedingungen für die Abgabe von Wasser.

Für die Dringlichkeit des Antrages Stegmann stimmt die Mehrheit, der Antrag wird darauf (dem Anschein nach einstimmig) angenommen.

11. Aufnahme eines Rechtsstreits-

Stadtv. Dr. **Wolters:** Zu diesem Punkte der Tagesordnung ist über die Aufnahme eines Rechtsstreits zu berichten, und ich nehme an, daß auch bezüglich des zweiten Rechtsstreits eine kurze Erklärung vom Rechtsausschuß abzugeben ist. Zunächst würde es sich also um die Aufnahme des Rechtsstreits, wie er auf der Tagesordnung steht, handeln.

Der Rittergutsbesitzer Hermann Voges in Groß Eisbeck hat die Stadtgemeinde verklagt wegen einer Forderung von 1299,38 M für gelieferte Kartoffeln, die durch die Stadt auf Bezugsschein von ihm bezogen sind. Im Oktober vorigen Jahres hat die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke von ihm 231 Zentner Kartoffeln erhalten, die unter den Angestellten des Gas- und Wasserwerkes verteilt sind. Da sich nach der Angabe der Empfängerin unter den Kartoffeln viele schlechte befunden haben sollen, habe sich der Kläger bereit erklärt, 10 Prozent des Rechnungsbetrages in Abzug bringen zu lassen. Kläger berechnet demnach noch 207,90 Zentner zum Preise von 6,25 M.

In der Klagebeantwortung ist gesagt, daß die Kartoffeln sich als schlecht herausgestellt haben. Sie waren bei der Ablieferung vollständig naß, stark mit Erd-

besag versehen und zum großen Teil angefault und ungenießbar. Die Direktion hat die gelieferten Kartoffeln durch den Sachverständigen Jken untersuchen lassen, und darnach hat sich ein Minderwert der Kartoffeln von 33½ Prozent herausgestellt. Darauf teilte die Direktion der Gas- und Wasserwerke dem Kläger mit, daß sie vom Preise für die Kartoffeln als Minderwert 25 Prozent in Abzug bringen werde, obgleich sie berechtigt gewesen wäre, 33½ Prozent in Abzug zu bringen. Der Betrag von 1082,81 *M*, der sich dadurch ergibt, daß 25 Prozent dem Rechnungsbetrage von 1443,75 *M* abgezogen werden, ist durch die Direktion dem Kläger eingeschickt, nachdem der Kläger verweigert hatte, den Betrag selbst abzuholen. Die Behauptung des Klägers, daß trotz Mahnung nicht gezahlt sei, ist also irrig. Außerdem handelt es sich bei Schulden einer Behörde um Holschulden und nicht um Bringschulden. Lediglich streitig ist noch die Differenz von 216,57 *M*, und diese nicht zu bezahlen, hält sich der Magistrat auf Grund des Gutachtens des Herrn Jken berechtigt.

Der Rechtsausschuß hat in allen Punkten der Stellungnahme des Magistrats zugestimmt und empfiehlt, die Genehmigung zur Aufnahme der Klage auszusprechen.

Stadtv. Reißner: Meine Damen und Herren! Ich möchte die Einreichung der Klage seitens des Kartoffelerzeugers als ziemlich unverfroren bezeichnen. Die ganze Sache ist mir durch den Beamten der Licht- und Wasserwerke, der die Verteilung in die Hand genommen hatte, bekanntgeworden, und ich habe ihm geraten, er möge Herrn Jken, den Sachverständigen der Handelskammer, zu Rate ziehen. Dieser hat festgestellt, daß ein Drittel der Kartoffeln schlecht war. Wenn trotzdem nur 25 Prozent des Rechnungsbetrages abgezogen sind, so bedeutet das meines Erachtens gegenüber dem Kartoffelerzeuger ein großes Entgegenkommen. Ich möchte dafür sein, daß der Prozeß aufgenommen wird.

Die Versammlung gibt ihr Einverständnis mit der Aufnahme der Klage kund.

Stadtv. Dr. Wolters: Nun noch eine Erklärung, die ich im Namen des Rechtsausschusses vorzutragen habe. Es hatte der Magistrat ursprünglich beantragt, eine Klage aufzunehmen, die der Wurstfabrikant *Dieckmann* gegen die Stadtgemeinde angestrengt hat, und der Rechtsausschuß war schon im Begriff, auch der Aufnahme dieser Klage zuzustimmen, als ihm bekannt wurde, daß der Kläger aus folgendem Grunde Aussetzung des Verfahrens beantragt hat. Der Lieferant der mangelhaften Ware, um die es sich handelt, Herr *Max Holländer*, Hamburg, hat gegen seinen Lieferanten, die Firma von *Brehmann u. Co.*, Hamburg, eine Regreßklage erhoben, und die Ansprüche des Lieferanten *Holländer* an

die Firma Brehmann sind von der Stadtgemeinde gepfändet. Es ist zu hoffen, daß die Stadt durch die Pfändung zum Zuge kommt, da sie sich richtet gegen eine zahlungsfähige Firma, und es ist auch zu beachten, daß der Schwiegervater des Lieferanten-Holländer sich bereit erklärt hat, einen Teil des Schadens zu tragen. Da vielleicht, nämlich wenn Herr Diekmann durch seine Regreßklage gegen die Firma Brehmann zum Zuge kommt, der ganze Prozeß gegen die Stadtgemeinde hinfällig wird, so dürfte es sich empfehlen, die Beschlußfassung über die Aufnahme der Klage auszusetzen und damit zu warten, bis die Regreßklage erledigt sein wird. Sollte die eben angeführte Erwartung nicht zutreffen, so würde sich in späterer Zeit die Versammlung erneut wieder mit der Aufnahme der Klage zu beschäftigen haben. Ich habe zu empfehlen, über eine Aufnahme des Prozesses nicht zu beschließen und auch in eine sachliche Erörterung des Falles für heute nicht einzutreten.

12. Steuerfreiheit für die von Kriegsblinden zu ihrer Führung gehaltenen Hunde.

Stadtfr. Frau **Friedrich**: Der Landesauschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Braunschweig hat an das Volkskommissariat für das Innere und für Finanzen folgendes Schriftstück geschickt: „Den Kriegsblinden kann das Schicksal durch die Beigabe von in der Führung von Blinden ausgebildeten Hunden erleichtert werden. Verschiedene Kriegsblinde im Lande Braunschweig sind auf unsere Veranlassung in dieser Weise mit Führerhunden ausgebildet und ausgestattet worden. Es wird erstrebt, möglichst allen Kriegsblinden im Lande Braunschweig diesen Vorteil zugänglich zu machen. Die Haltung der Führerhunde verursacht den Kriegsblinden Unkosten. Es erscheint erwünscht, daß diese Unkosten durch die Hundesteuer nicht vermehrt werden. Wir stellen deshalb ergebenst anheim, auf die Kreise und Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie entweder in ihre Hundesteuer eine Befreiungsvorschrift für Führerhunde von Kriegsblinden aufnehmen oder aber im einzelnen Falle Kriegsblinden für ihre Führerhunde Steuererlaß gewähren.“

Das Volkskommissariat gibt anheim, das Weitere hinsichtlich des hiesigen Hundestatuts zu veranlassen, und der Stadtmagistrat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich grundsätzlich und allgemein damit einverstanden erklären zu wollen, daß Kriegsblinden für die von ihnen zur Führung gehaltenen Hunde Steuerfreiheit zugestanden wird.

Der Rechtsauschuß ist mit diesem Antrage des Magistrats einverstanden. Nicht jeder Kriegsblinde ist in der Lage, sich einen Führer zu halten, und es wäre wünschenswert, daß die Haltung von Führerhunden nicht durch die Steuer verteuert wird. Deshalb wäre es notwendig, daß die Hunde, die von Blinden zur

Führung angeschafft werden, steuerfrei bleiben. Ich bitte namens des Rechtsausschusses, in diesem Sinne zu beschließen.

Stadtrat von Frankenberg: Der Vorschlag, den die Frau Berichterstatterin gemacht hat, deckt sich ganz mit der Auffassung des Stadtmagistrats. Ich darf als Meinung der Anwesenden ansehen, daß es bei diesem Steuererlaß nicht auf die Vermögensverhältnisse des Kriegsblinden ankommen soll, sondern daß sich die Steuerfreiheit auf alle zur Führung von Kriegsblinden benötigten Hunde bezieht.

Stadtv. Reißner: Ich möchte den Antrag dahin erweitert haben, daß die Steuerfreiheit auch auf diejenigen Hunde ausgedehnt wird, die zur Führung der anderen Blinden nötig sind, der Antrag sich also nicht nur auf die Führerhunde von Kriegsblinden bezieht.

Stadtrat von Frankenberg: Ich würde gegen einen derartigen Beschluß gar keine Bedenken haben, weil die geehrten Herren in jedem Falle, der an sie herangetreten ist — es ist das ganz selten geschehen —, in demselben Sinne wie Herr Stadtv. Reißner vorgeschlagen hat, sich ausgesprochen haben. Wollen die Herrschaften ganz allgemein diese Führerhunde der Blinden für steuerfrei erklären, so erleichtern sie sich und uns damit die Beschlußfassung.

Der Antrag des Rechtsausschusses mit der Erweiterung, wie sie von Herrn Stadtv. Reißner beantragt ist, wird einstimmig angenommen.

13. Niederschlagung von Steuern.

Stadtv. Dr. Wolters: Es handelt sich um eine kleine Sache, die aber für diejenigen, die es betrifft, eine erfreuliche Angelegenheit ist. Es wird vom Magistrat beantragt, daß für die Zeit bis zum 31. März d. J. bei denjenigen aus dem Heeres- oder Frontdienste entlassenen Steuerpflichtigen, die von einem Jahreseinkommen von nicht über 900 M zur Gemeindeeinkommensteuer veranlagt sind, etwaige Steuerrückstände aus dieser Veranlagung niedergeschlagen werden.

Der Rechtsausschuß hat diesem Antrage gern zugestimmt und bittet Sie, das gleiche zu tun.

Dem Magistratsantrage stimmt die Versammlung zu.

14. Anfrage der Demokratischen Fraktion, betr. Maßnahmen der Stadtverwaltung und des Volkskommissars für die Stadt zur Erhaltung der Freiheit der Person und der Tätigkeit der hiesigen Einwohner.

Damit verbunden:

Antrag Wolters, betr. Hinwirkung auf die Landesregierung, Maßregeln zu ergreifen, um die Einwohner vor Gewalttätigkeiten zu schützen und ungesetzliche Eingriffe in die hiesigen Gewerbebetriebe zu verhüten bzw. aufzuheben.

Wortlaut der Anfrage und des Antrages s. S. 570.

Stadtov. **Salomon** (zur Begründung der Anfrage): Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einem Vorwurfe entgegentreten, der vielleicht erhoben wird und dahin gehen könnte, daß sich unsere Besprechung auf das politische Gebiet hinüberbegeben könnte. Wenn es sich um das Wohl der Stadt handelt, müssen wir uns auch damit abfinden. Es ist eine Tatsache, daß seit der Revolution niemals wieder innerhalb weiterer Kreise der Bürgerschaft eine derartig tiefgehende Erregung Platz gegriffen hat als in den Tagen des Generalstreiks. Diese Erregung hat sich bis zur Erbitterung gesteigert. Ich bestreite nicht das Recht auf den Streik, ich bestreite auch nicht das Recht einer Volksschicht, durch eine öffentliche Kundgebung sich gegen etwas aufzulehnen, das nach ihrer Meinung zu ihrer Bedrückung führt. Wohl aber muß ich mich mit aller Schärfe dagegen wenden, wenn solche Äußerungen des Volkswillens Formen annehmen und zu Ereignissen führen, die geeignet sind, weite Schichten der Bürgerschaft unserer Stadt aufs tiefste zu schädigen und sie als Bürger zu beleidigen. Ich will mich nicht auf Einzelheiten einlassen, sondern nur drei Punkte hier hervorheben.

Zuerst diesen: Es hat sich gelegentlich des Streiks um eine geradezu maßlose Beschränkung der persönlichen Freiheit der Einwohner gehandelt. Diese Beschränkung der persönlichen Freiheit erblicke ich darin, daß verlangt wurde, daß abends nach 7 Uhr niemand mehr die Straße betreten sollte. Das darf man freien Bürgern nicht antun; das ist keine Freiheit, sondern Beugung unter ein sflavisches Joch, und gegen eine solche Beugung unter ein sflavisches Joch muß ich von dieser Stelle aus feierlichst und nachdrücklichst Verwahrung einlegen. (Bravo!)

Der zweite Punkt, den ich berühren möchte, bezieht sich darauf, daß durch den Streik weite Kreise unserer erwerbstätigen Bevölkerung in ihrem Erwerbe stark geschädigt sind. Diese Schädigung ist eingetreten einmal durch eine willkürlich angeordnete Schließung der Geschäfte, sodann durch einen Druck auf die arbeitswillige Arbeiterschaft, an dem Streik teilzunehmen, und drittens dadurch, daß man

in ganz willkürlicher Weise schließlich das Licht absperrte. Meine Damen und Herren! Das ist keine Förderung, sondern eine Einschränkung des Erwerbs, die einer Enteignung gleichkommt — um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen —, ich möchte ihn fast bezeichnen als einen Raub des Eigentums.

Nun der dritte Punkt: Wer hat alle diese Anordnungen erlassen? Eine Streikleitung. Wo ist denn eigentlich der Rechtsgrund, auf dem diese Streikleitung gestanden hat? War sie eine Regierungsgewalt? Ich weiß es nicht. Sind jemandem von Ihnen vielleicht die Persönlichkeiten bekannt gewesen, die diese Streikleitung gebildet haben? Sind es nicht vielleicht sogar auswärtige Machthaber gewesen, die hier am Werke waren und weite Kreise der Bürgerschaft unserer Stadt unter einen Terror gezwungen haben, den sie sich nicht bieten dürfen? Ich möchte insbesondere den Herrn Volkskommissar bitten, mir über den Rechtsgrund Auskunft zu geben, auf dem diese Streikleitung gestanden hat.

Dieses Dreifache, das ich eben gekennzeichnet habe, schließt eine Behandlung in sich, die für freie Bürger in einem freien Staat unwürdig ist, für eine Bürgerschaft, die eine solche Behandlung nicht verdient hat. Ich muß annehmen, daß eine Regierung — sei es, welche es sei — sich mit dieser Beugung des Rechts, wie sie hier stattgefunden hat, niemals einverstanden erklären kann und einverstanden erklären wird. Wir als Vertreter der Bürgerschaft haben die Pflicht, von dieser Stelle aus mit allem Nachdruck zu fordern, daß die Bürgerschaft in Zukunft vor derartigen Vergewaltigungen und Knebelungen durch die Regierungsgewalten geschützt wird. Geschieht das nicht, so macht sich nach meiner Überzeugung jede Regierung — sei es, welche es sei — eines Rechtsbruches schuldig, und das ist der schwerste Vorwurf, der eine Regierung treffen kann. Das Recht muß in der Welt seinen Lauf nehmen, und wenn die Welt in Stücken ginge!

Stadtv. Dr. **Bolters** (zur Begründung seines Antrages): Meine Herrschaften. Ich habe einen dringenden Antrag, nicht eine Anfrage an die geehrte Versammlung gestellt. Der erste Teil des Antrages lautet: „Der Magistrat wolle die Landesregierung ersuchen, geeignete Maßregeln zu ergreifen, um die Einwohner der Stadt vor Gewalttätigkeiten, wie sie aufs neue in voriger Woche von Teilen der Bevölkerung ausgeübt sind, künftig zu schützen.“

Als Grundlage der Betrachtung möchte ich in Erinnerung rufen, welches Gesetz die neue Landesregierung am 13. November erlassen hat. Es lautet so: „Alle bisherigen Landesgesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und sonstigen Verwaltungsanordnungen, soweit sie nicht durch die neue Regierung aufgehoben sind oder noch aufgehoben werden, bleiben in Kraft.“ Unterschrieben ist das Gesetz: Arbeiter- und Soldatenrat, im Auftrage Sepp Dertter. Also sämtliche Landesgesetze bleiben in Kraft, und das wichtigste Landesgesetz ist unser Verfassungsgesetz,

das Landesgrundgesetz von 1832. Von diesem Landesgrundgesetze sind freilich durch die Tat einige wichtige Bestimmungen aufgehoben: Die Monarchie ist beseitigt, Braunschweig ist ein Freistaat geworden; die Zusammensetzung des Landtages hat sich geändert. Es sind aber wichtige und wichtigste Teile des Landesgrundgesetzes in voller Kraft bestehen geblieben, insbesondere die Bestimmung über die Rechte und Pflichten der „Untertanen“, wie es darin noch heißt, heute würde man sagen „Landeseinwohner“, über die behördlichen Organisationen, über die Schulen und Stiftungen usw. Hier interessieren uns die Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Untertanen, und da lautet der § 32:

„Die Verfassung gewährleistet Freiheit der Person und des Eigentums, soweit nicht Recht und Gesetze sie beschränken.“

Die Verfassung ist geboren aus den Stürmen der Revolution um 1830, sie ist die freiheitlichste Verfassung, die ein deutscher Bundesstaat festgesetzt hat, und enthält in den §§ 29—38 die sogenannten Grundrechte des Volkes. Die individuellen Freiheitsrechte sind die Kronenjuwelen der Verfassung genannt, und wehe der Regierung, die in früheren Zeiten die Rechte des Volkes angetastet haben würde.

Nun ist es zweifellos, daß die Freiheit der Person bei den Vorgängen in den letzten Wochen nicht gewahrt ist. Ich nehme davon Abstand, mich in die Einzelheiten dieser Frage zu vertiefen, und möchte jede Schärfe einer persönlichen Debatte vermeiden, denn ich hoffe, wir alle werden uns im Rechtsstandpunkte wohl auf denselben Boden stellen. Ich führe daher nur eins an: es sind arbeitswillige Personen, teilweise unter Beschädigung des Eigentums, aus ihrer Arbeitsstätte entfernt. Ich lasse mich auf die Einzelheiten nicht ein. Ich glaube ohne weiteres der Erklärung der Landesregierung, daß sie diesen Vorgängen fernsteht; Gegner der Regierung behaupten — ob böswillig oder nicht — das Gegenteil. Wenn die Regierung aber erklärt, sie stehe diesen Vorgängen fern, so schenke ich der Regierung Glauben. Nun ist es Aufgabe jedes Staatswesens, ganz gleich, ob es eine Monarchie, ein Freistaat, ein Bundesstaat oder ein Staatenbund ist, zweierlei zu beobachten: Einmal, darauf zu achten, daß die Landeseinwohner die Gesetze befolgen, und dann — das ist das wichtigste — der Schutz der Untertanen gegen die Verletzung solcher Gesetze. Und da möchte ich aussprechen: Es ist durchaus notwendig, daß für die Zukunft solche Vorgänge, solche Gewalttätigkeiten, wie sie kürzlich vorgefallen sind, vermieden werden. Die Machtmittel dazu hat die Regierung in der Hand. Sie hat sie zum Teil übernommen, zum Teil selbst geschaffen. Ich glaube, daß wir alle, sämtliche Parteien, uns in dem Punkte einigen können, der Magistrat möge die Landesregierung ersuchen, geeignete Maßregeln zu ergreifen, um künftig die Landeseinwohner vor Gewalttätigkeiten, wie sie aufs neue in voriger Woche von Teilen der Bevölkerung ausgeübt sind, zu schützen. — Das ist der erste Teil meines Antrages.

Der zweite Teil ist der: „Der Magistrat wolle die Landesregierung ersuchen, geeignete Maßregeln zu ergreifen, um zur Wahrung der städtischen Interessen ungesetzliche Eingriffe in hiesige Gewerbebetriebe zu verhüten und, soweit sie etwa geschehen sind und fortbestehen, aufzuheben“, also um ein Schlagwort zu gebrauchen, ein sehr aktuelles Thema: die Frage der Sozialisierung. Meine Herrschaften. Auch hier bietet zunächst die Rechtsgrundlage das Gesetz, welches die Landesregierung am 12. November erlassen hat, und es jagt derselbe § 32 der Verfassung Sicherheit auch des Eigentums zu. Noch wichtiger ist hier aber das Reichsrecht. Noch ist Braunschweig und wird es bleiben ein Teil des deutschen Reiches, und die Reichsgesetze haben Geltung auch in unserem Freistaat Braunschweig. Die jetzige Regierung erkennt an sowohl die von der früheren Reichsregierung erlassenen Gesetze als auch die zahlreichen von der neuen Reichsregierung erlassenen Verordnungen und Bekanntmachungen. Ich darf in erster Beziehung wohl darauf hinweisen, daß das Reichsfinanzwesen in alter Weise ruhig weitergeht, ich erinnere an die Kriegs- und Besitzsteuern usw., daran, daß das Rechtswesen nach Reichsrecht geregelt wird, die Zivilprozeßordnung, die Strafgesetzgebung, die Arbeiterversicherung, das Gewerbegesetz, das Handelsrecht ist Reichsrecht. Alle diese Gesetze widersprechen dem Begriff der Sozialisierung, wie sie hier von einem einzelnen Bundesstaate in Angriff genommen ist oder in Angriff genommen werden soll, denn das Reich nimmt die Idee der Sozialisierung auf sich, nicht allein deshalb, weil es dekretiert, sondern weil ein innerer Grund dafür vorhanden ist. Es ist für ein einzelnes Unternehmen, eine einzelne Stadt, nicht einmal einen Bundesstaat möglich, solche Versuche mit Erfolg zu unternehmen; sie sind notwendigerweise auf eine breite Basis zu stellen, und die Reichsregierung ist ja auch im Begriff, dem Sozialisierungsgedanken Rechnung zu tragen. Ich erinnere in dieser Beziehung an die ausgezeichnete Denkschrift, die Staatssekretär Preuß veröffentlicht hat. Es wird dort auseinandergelegt: Die Einführung großer Monopole, entweder auf dem Wege der Enteignung oder auf andere Weise, wird die Reichstätigkeit bedeutsam ausdehnen, ohne die ergänzende Tätigkeit der einzelnen Staaten auszuschließen. Auch auf anderen Gebieten der Sozialpolitik wird die Tätigkeit durch das Reich intensiver werden müssen unter Mitwirkung der Einzelstaaten nach den von dem Reiche gezogenen Grundlinien. Es hat deshalb der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes ein Reichsgesetz ausgearbeitet, das er unverzüglich der Nationalversammlung vorlegen wird, um die Energiewirtschaft des Reiches zu regeln. Es handelt sich um einheitliche Organisation der Energiequellen Deutschlands, die vor allen Dingen in Brennstoffen (Kohlen, Torf, Erdöl) und Wasserkraften bestehen, Diese wandeln sich um in Gas, Dampf, Druckluft und elektrische Energie. Alle diese Kräfte zu organisieren und die einzelnen Betriebe der deutschen Wirtschaft zu heben und die Bewirtschaftung Deutschlands zu entfalten, ist die Aufgabe der vor-

liegenden Gegegentwürfe. Damit will das Reichswirtschaftsamt auf diesem Gebiete den modernen Grundsatz festlegen, daß unerzehlliche Gemeingüter nicht mehr bedenkenloser privater Willkür ausgesetzt sein dürfen, sondern im Rahmen der Gemeinwirtschaft der ganzen Nation eingegliedert werden müssen. Ich will mit diesem nur beweisen, daß das Reich den Sozialisierungsgeanken aufgenommen hat, und daß es für einen einzelnen Bundesstaat untunlich ist, in solche Verhältnisse einzugreifen. Nun ist uns allen bekannt, daß mindestens geplant, vielleicht sogar hier und da schon für einzelne Firmen oder ganze Städte versucht ist, die Sozialisierung durchzuführen. Es ist nicht unsere Sache hier, die Interessen der Arbeitgeber zu schützen, als auch ebensowenig die der Arbeitnehmer — das möchte ich mit Einschränkungen sagen —, obwohl wir ein Interesse daran haben, die Erwerbslosen zu unterstützen. Was die Verhandlung dieser Sache in der Öffentlichkeit der Stadtverordnetenitzung rechtfertigt, ist die Rücksicht auf die Finanzen der Stadt und das finanzielle Interesse der Stadt. Wenn hier gerade die allerbesten Steuerträger ausersehen werden, zu diesem Sozialisierungszwecke als Muster und Versuchsobjekt zu dienen, so ist zweifellos die Einkommensteuerquelle für die Stadt mindestens beeinträchtigt. Es ist als sicher vorauszusetzen, daß durch eine vereinzelte, l o k a l i s i e r t e Sozialisierung eine Schädigung der Industrie eintreten wird. Aber diese Schädigung der städtischen Interessen geht noch weiter. Es ist zweifellos, daß sie eine allgemeine Wirkung auf die Industrie in ihrer Gesamtheit haben wird. Ich erinnere daran, daß die früheren Stadtverwaltungen von Hildesheim, Halberstadt usw. alle möglichen Anstrengungen gemacht haben, um Industrie in ihre Städte zu schaffen, vielleicht durch kostenfreie Überlassung von Land, durch Steuervergünstigungen oder andere Mittel. Kurz und gut, man beabsichtigte, die Entwicklung einer Stadt durch Stärkung der Industrie zu stützen. Hier bei uns aber würde die Industrie durch vereinzelte Sozialisierungsversuche geschädigt, und ich fürchte, es wäre ein böses Vorgehen, welches die städtischen wirtschaftlichen Interessen dauernd schädigte. Der Hauptgrundsatz muß sein: keine lokale Sozialisierung, sondern überlassen wir es der Reichsregierung, das Ihrige in dieser Hinsicht zu tun. So gelange ich zum zweiten Teile meines Antrages: daß zur Wahrung der städtischen Interessen ungesetzliche Eingriffe in hiesige Gewerbebetriebe verhütet werden müssen.

Ich empfehle meinen Antrag der geehrten Versammlung zur Zustimmung.

Die Versammlung stimmt zu, daß der Antrag Wolters als dringlich sofort behandelt wird.

Stadtrat von Franckenberg: Meine verehrten Damen und Herren! Auf die Anfrage des Herrn Stadtv. Salomon zu antworten, ist dem Stadtmagistrat da-

durch verhältnismäßig leicht, daß gleichzeitig der Antrag des Herrn Dr. Wolters und seiner politischen Freunde zur Erörterung steht. Der Antrag des Herrn Dr. Wolters zeigt in verschiedener Beziehung denjenigen Weg, der einzuschlagen ist, um, soweit es am Stadtmagistrat ist, auf Abhilfe hinzuwirken.

Daß der Stadtmagistrat den Wunsch hat, Abhilfe geschaffen zu sehen, können Sie uns nicht verdenken, wenn Sie die verschiedenen Punkte, die uns in den letzten Wochen, besonders in der Streikwoche, mit schwerster Sorge erfüllt haben, an Ihrem geistigen Auge vorbeigehen lassen. In bezug auf die Lebensmittel- und Kohlenversorgung haben wir durch diesen Streik außerordentlich große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt; es hing an einem Haar, daß unsere Fleisch- und Brotversorgung, überhaupt unsere ganze Verbrauchsregelung in bedenklicher Weise in Frage gestellt war. Wir haben keine Minute gezögert, den Arbeiter- und Soldatenrat auf die Schwierigkeiten, die durch den Streik erwachsen waren, hinzuweisen. Zwar ist uns eine Antwort darauf nicht geworden, aber es ist dadurch, daß der Streik in wenigen Tagen beendet wurde, die große Schwierigkeit, die sonst eingetreten wäre, vermieden.

Ich darf darauf hinweisen, daß die Steuerkraft unserer Einwohnerschaft — ganz abgesehen von den Sozialisierungen der Betriebe, auf die Herr Dr. Wolters hingewiesen hat — durch ähnliche Vorkommnisse in der empfindlichsten Weise beeinträchtigt wird. Während ich in den verfloßenen Jahren mit Freuden wöchentlich zahlreiche Anfragen auswärtiger Persönlichkeiten zu beantworten hatte, die als Dauermohnsitz Braunschweig zu wählen im Begriff standen, sind es jetzt im ganzen Monat nur wenige, welche haben, die eine derartige Absicht geäußert haben. Ich kann nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß der berechtigte Ruf, den Braunschweig einst genoß, als angenehmer Ruheort für wohlhabende und steuerkräftige zuziehende Personen zu dienen, sich aufs neue wieder geltend machen wird.

Vor allen Dingen glaube ich, darauf hinweisen zu dürfen, daß unsere hiesige gewerbetreibende Bevölkerung, unsere ganze erwerbstätige Einwohnerschaft einen begründeten Anspruch auf Schutz in ihrer Absicht hat, ruhig weiter ihrem Erwerbe und ihrer Beschäftigung nachzugehen. Das gilt sowohl von der körperlich erwerbstätigen Bevölkerung wie auch von der höheren, geistigen Arbeit. Ich will darauf hinweisen, daß die Tätigkeit der Rechtspflege, wie ich mir habe sagen lassen, sehr zur Überraschung des Herrn Volkskommissars Junke in bedenklicher Weise am ersten Streiktag gestört worden ist, so daß es viele Mühe gekostet hat, bis die Rechtspflege mit ihrer Tätigkeit wieder in Gang kommen konnte. Auch bei anderen Behörden sind Schwierigkeiten eingetreten, so daß es nicht möglich war, im Regierungsgebäude den von uns oftmals erstrebten Anschluß durch Fernsprecher oder durch persönliche Verständigung herzustellen. Hier im Rathaus ist dank der verständigen Gesinnung der Beamten der Betrieb ununterbrochen aufrechterhalten, in

Privatbetrieben aber ist das nicht der Fall gewesen, auch da nicht, wo man bereit war, es zu tun.

Wenn ich auch keineswegs den großzügigen und bestechenden Gedanken einer allgemeinen Kundgebung durch Arbeitsniederlegung verkennen will, so muß man doch sagen: Eine derartige Kundgebung hat nur dann idealen Wert, wenn sie durchweg freiwillig ist und nicht erzwungen wird. (Sehr richtig!) Eine erzwungene Kundgebung dieser Art ist für die Kasse (Bravo!), das muß ausgesprochen werden. Deshalb möchte ich glauben, daß diejenigen, die die Geister, die sie riefen, nicht los geworden sind, sich schließlich werden haben überzeugen müssen, daß ein derartiger Versuch schlechterdings nicht wiederholt werden kann und darf.

Vor allen Dingen muß ich auf die große Gefahr hinweisen, die für unsere armen Kranken durch den Streik und seine Folgezustände hervorgerufen war, und kann nur dringend bitten, daß diejenigen, die gegenwärtig die Macht in der Hand haben, insbesondere der Volkskommissar unserer Stadt, dafür sorgen, daß sich Ähnliches für die Stadt Braunschweig, für die Erwerbstätigkeit, für die Steuerkraft und den guten Ruf Braunschweigs Schädliches nicht wiederholen möge. (Bravo!)

Stadtv. **Besemeier:** Zunächst möchte ich feststellen, daß die Anfrage wie auch der Antrag gerade von den Parteien ausgeht, deren ganzes politisches Verhalten schuld daran ist, daß Deutschland an den Abgrund gebracht ist. (Zuruf: Das ist alte Musik! Glocke des Vorsitzenden.) Sie bleibt neu, und vor allem hat sie den Vorzug, daß sie wahr ist.

Herr Stadtv. Salomon sagte in der Begründung seiner Anfrage, daß es eine maßlose Beschränkung der persönlichen Freiheit gewesen sei, die der Streik mit sich gebracht habe, und er lege feierlichst Verwahrung dagegen ein. Ich gebe zu, daß hier sichtlich die persönliche Freiheit in erheblichem Maße durch den Streik beschränkt gewesen ist. (Hör! Hör!) Aber wo waren Sie mit Ihrer Anfrage vor einem Jahr, als der Belagerungszustand über Braunschweig verhängt wurde, als jeder um 9 Uhr von der Straße sein mußte, als während des ganzen Tages Militärtruppen über die Straße marschierten. Ja, damals war noch die alte bürgerliche Regierung da, gegen die von Ihrer Seite nicht aufzumucken war.

Herr Salomon beklagte zweitens den Druck, der auf Personen ausgeübt sei, am Streik teilzunehmen, und er gebrauchte das schroffe Wort, das sei ein Raub am Eigentum. Ich glaube Ihnen, daß Ihnen das unangenehm gewesen ist. Ich will mich gar nicht damit identifizieren, daß es richtig ist, daß man Personen gewaltfam aus ihren Beschäftigungsstätten herausholt. Aber wo waren Sie, als die Generalaussperrung von seiten der sämtlichen Metallindustriellen vorgenommen wurde, als alle Arbeiter ohne Unterschied gezwungen wurden, nicht tagelang, sondern sieben

Wochen lang auf der Straße zu liegen? Wo wären Sie mit Ihrem Proteste, mit Ihrem Worte „Raub am Eigentum“? Das war eine Maßnahme der bürgerlichen Gesellschaft, und deshalb mußte geschwiegen werden.

Herr Salomon fragt, auf welchem Rechtsgrunde die Vorgänge stehen, fragte mich persönlich, auf welchem Rechtsgrunde die Streikleitung gestanden hat. Herr Dr. Wolters hat schon die Antwort darauf erteilt. Er beruft sich auf die Grundrechte vom Jahre 1832. Gewiß, es bestehen die Grundrechte noch, aber es gibt ein ungeschriebenes Recht, auf das sich Schiller im „Wilhelm Tell“ schon bezogen hat, das Recht, das sich die Menschheit vom Himmel herunterholen soll, wenn es ihr nicht gewährt wird, und das ist das Recht der Revolution. Dieses Recht werden Sie niemals der Arbeiterklasse nehmen können, so sehr Sie auch den Willen dazu haben.

Welches war denn die Ursache des Streiks? Es ist bezeichnend, daß Sie diese Stellung einnehmen, die Sie 4½ Jahre lang den Mord und Totschlag verherrlicht haben, die geduldet haben, daß Hunderttausende von Personen in Deutschland verhungert sind, wogegen Sie nie ein Wort der Kritik gesprochen haben, die Sie wissen, daß in der ganzen Reihe von Jahren wer weiß wie viele Familien in dunkeln Stuben haben sitzen müssen, weil keine Beleuchtungsmittel da waren. Sie haben kein Wort darüber verloren, haben diese Politik unterstützt. Ich bin es gewesen, der am zweiten Abend des Streiks dafür gesorgt hat, daß das Licht freigegeben wurde. Ich habe mir gesagt: Die Entbindungsanstalten, die Krankenhäuser dürfen nicht gefährdet werden. Das Gas ist überhaupt nicht abgestellt gewesen, und gerade die bürgerlichen Familien haben den Vorteil davon gehabt. Wenn Sie um 7 Uhr abends zu Hause sein mußten, was manchem von ihnen nicht angenehm gewesen sein mag, so haben Sie das Vorspiel dazu schon unter dem Belagerungszustande gehabt, gegen den Sie nichts einzuwenden hatten.

Ich erinnere Sie an die erste Zeit des Krieges. Wie ging es in den Cafés her. Wer nicht bei jedem lämmelhaften Kaiserhoch aufsprang, der wurde hinausgeworfen (Zustimmung), dem wurde der Hut eingetrieben. Diese Art Hurra-Stimmung ist ja Ihren Kreisen entsprungen. Das heutige Auftreten der Streikenden ist das Produkt Ihrer politischen Anschauung. Wenn Sie heute herkommen und stellen sich auf den freiheitlichen Grundsatz der Demokratie, so kann ich Sie nur daran erinnern, daß es Ihre Parteien gewesen sind, alle bürgerlichen Parteien und besonders die fortschrittliche Partei, die 12 Jahre das Schandgesetz über die Arbeiterbevölkerung verhängt hat. Ich erinnere Sie daran: Als das blödsinnige Attentat des Nobiling verübt wurde, da wurden hunderttausend Bürger verfolgt, und innerhalb zwei Monaten nach diesem Attentat 521 Personen zu 912 Jahren Gefängnis verurteilt. (Zuruf Salomon: Das alles haben wir getan?) Das war das Produkt der Politik der gesamten bürgerlichen Parteien. In Brandenburg

wurde ein angetrunkenener Mann, der in seinem Dufel gemurmelt hatte: „Wilhelm ist tot, er lebt nicht mehr“, zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt, in Frankfurt a. M. ein Duzend braver Arbeiterväter am Heiligen Abend von ihren Familien weggerissen und ausgewiesen. So ging es in die Hunderte und Tausende. Das war das Produkt Ihrer damaligen bürgerlichen Politik. Eine Frau in Schöningen, eine Verwandte von mir, der jede Majestätsbeleidigung fernlag, erklärte in Gegenwart eines Feldhüters: „Das muß ein schlechter Kerl gewesen sein.“ Sie meinte den Nobiling und wurde zu 3 Monaten wegen Majestätsbeleidigung verurteilt. So haben Ihre Parteien gegen die Arbeiterklasse gewütet, und am schlimmsten war Eugen Richter, der Fortschrittler: Sie werden nicht bestreiten, daß das der Vertreter der demokratischen Richtung innerhalb der Parteien war, aber er verlangte, daß jede Beleidigung von Privatpersonen vom Staatsanwalte amtlich verfolgt werden sollte. Es wurde uns jede Versammlung unmöglich gemacht. Alle unsere Vereine wurden aufgelöst, alle unsere Zeitungen verboten. Das war die Politik der bürgerlichen Parteien, und jetzt begehren Sie auf, wo Sie an einem einzigen oder zwei Abenden etwas Ungemach durchmachen. Damals galt das Recht der Gewalt, wie es geschrieben war, wie Sie es wünschen, und Sie hatten nichts einzuwenden, sondern wollten es noch verschärfen, wie Eugen Richter es wollte.

Was geschah denn jetzt? Es demonstrierte die Arbeiterchaft, sie trat in einen Proteststreik ein gegen die Mörder Liebknechts und unserer Genossin Rosa Luxemburg. Das ist jedenfalls ein edler Zweck. Sie haben gegen die Mörder dieser edlen Menschen nichts einzuwenden gehabt, gegen diesen Mord richtet sich Ihre Entrüstung nicht. Mit dem Morde sollte die Arbeiterklasse getroffen werden. Daß Karl Liebknecht ein edler Mensch gewesen ist, wird niemand bestreiten. Er hat eine glänzende Existenz aufs Spiel gesetzt und alles hingegeben, seinen Idealen zuliebe. Sein Mut, sein Idealismus, seine Überzeugungstreue ist bewundernswert. Ich stehe nicht auf dem politischen Standpunkte Liebknechts, aber als Mensch finde ich ihn verehrungswürdig. Es ist bezeichnend, daß sein bester Freund in Braunschweig, einer Ihrer Partei, es über sich gebracht hat — wenn die Zeitungen recht berichten —, hier in einer Versammlung zu erklären, daß der Streik kein Proteststreik gegen Liebknechts Ermordung gewesen sei. Wenn ein Freund Liebknechts das zu sagen vermag, dann kennzeichnet er sich mit seiner demokratischen Gesinnung. Wie Liebknecht als Mensch dachte, geht aus einigen seiner letzten Worte hervor, die er in einer seiner letzten Reden an seine Freunde richtete. Er sagte:

„Bevor ich mit meinem Vortrage beginne, erlaubt mir, werthe Genossen und Genossinnen, daß ich ein privates Wort an Euch richte.

Ihr alle wißt, daß man mir nach dem Leben trachtet. Sollte ich einer Mordtugend zum Opfer fallen, so bitte ich Euch — im Namen der Menschlichkeit — den Mörder an seinem Leben schonen zu wollen, denn er ist ein Verblendeter! Die

Schuldigen haben mich auf dem Gewissen, nicht er. Führt ihn unbeschädigt zum Richter, der sein Urteil über ihn sprechen und vor dem er seine Unschuld am Morde beweisen oder seine Schuld bekennen wird.“

So spricht nur jemand, der ein Idealist ist, ein edler Mensch, der nicht Gleiches mit Gleichem vergelten will. Ein Opfer seiner Menschenliebe ist er geworden, alles hat er für die armen Proletarier aufs Spiel gesetzt. Und unsere Freundin, Genossin Rosa Luxemburg, ist eine so hoch gebildete Frau, der man alle Hochachtung zollen muß. Sie hat aus Idealismus sich allen Fährnissen des Lebens ausgesetzt, wozu sie wahrhaftig keine Veranlassung hatte. Die Arbeiter haben alle Veranlassung, gegen diese Frau Verehrung zu üben. Und diese Personen hat man auf ruchlose Weise hingemordet, absichtlich, das behaupte ich. Wer glaubt es, daß im Tiergarten die Panne an dem Auto eingetreten ist, wer glaubt es, daß Liebknecht dort geflüchtet ist? Ist es nicht ein Schuldbekenntnis, daß Liebknecht als unbekannte Leiche eingeliefert wurde? Was für eine Höhe der Gefinnung ist es, eine Frau totzuschlagen und zu verschleppen, um die Bestialität zu verweisen! Gegen diese Bestialität richtet sich der Proteststreik der Arbeiterbevölkerung. Nichts anderes als der Protest hiergegen und gegen die Regierung Ebert-Scheidemann ist die Ursache des Streiks.

Ich sagte schon in der vorigen Stadtverordnetenversammlung: Wenn in Braunschweig solche Zustände wären wie in anderen Städten, in Hamburg, Kuzhaven, Düsseldorf, dann möchte ich Sie einmal sehen. Hier ist tatsächlich alles ruhig. (Zuruf: Die Ruhe des Kirchhofes!) Es ist bezeichnend für Sie, daß Sie lachen konnten, als mein Freund Genzen vorhin sagte, der frühere Staatsminister Wolff habe erklärt, er wundere sich, daß es hier so ruhig hergehe. Herr Wolff hat doch recht. Nur davon hat Braunschweig den Schaden, daß von Ihrer Seite alles so aufgebauscht wird. Die ganzen Lügen, die von Braunschweig aus in die Welt getragen werden, sind dazu geeignet, Braunschweig draußen im Lande anzuschwärzen. Noske, der Höchstkommmandierende der Marken, hat ein Telegramm hierhergeschickt, in dem er gegen die angebliche Gefangennahme und Erschießung von Freiwilligen protestiert, die die Regierung vorgenommen haben soll. Kein Mensch ist gefangengenommen. Solche Lügen werden bewußt aus Braunschweig hinausgeschickt, um der braunschweigischen Regierung Unannehmlichkeiten zu machen, und zwar nur, weil die Regierung auf dem Boden der unabhängigen Sozialdemokratie steht. So sind über die Versammlung der Kinder im Dome vor der Weihnachtsbescherung die unvernünftigsten Lügen in die Welt hinausposaunt. Das Generalkommando in Hannover war so belogen, daß es erstaunt darüber gewesen ist, als es von den wirklichen Verhältnissen unterrichtet worden ist. Es wird systematisch gelogen. Ein Bankier, ein angesehenen Mann, den rechtsstehenden Gruppen angehörig, kam neulich zu mir und sagte, er hätte in Hannover einer

Versammlung von Kapitalisten, von Finanzleuten beigewohnt und sei ganz erschrocken gewesen über die Meinungen, die über braunschweigische Verhältnisse ausgedrückt worden sind, und fügte hinzu: Ich habe mir die größte Mühe gegeben, die irrthümlichen Meinungen richtigzustellen und alle die geäußerten Bedenken zu zerstreuen. Aber man sagte dagegen: Sie haben Interesse daran, die Verhältnisse in Braunschweig zu beschönigen, wir können Ihnen nicht glauben. Es ist ein hochangesehener Mann, aus Ihren Kreisen, der mir bestätigte, daß die größten Schwindelnachrichten über Braunschweig verbreitet werden. In anderen Städten sind die bürgerlichen Parteien nicht so empfindlich, weil sie wissen, daß in revolutionären Zeiten es nicht anders sein kann. Das ungeschriebene Recht der Revolution ist ein anderes Recht als das Gesetz von 1832, aus jenem vermoderten Zeitalter.

Im Jahre 1848 waren es die Demokraten, die die Minister aus dem Fenster geworfen haben. Hier ist die „Freie Zeitung“, eine Schweizer Zeitung Ihrer demokratischen Richtung aus Bern. Ich erinnere daran, daß die Schweiz eher deutschfreundlich als deutschfeindlich ist; wenn sie mehr und mehr deutschfeindlich geworden ist, so haben Sie es mit Ihrer Politik mit verschuldet. Es heißt in dieser Zeitung:

„Man ist sich heute in der Welt so ziemlich einig darüber, wen die Hauptschuld an diesem Kriege und an der Katastrophe trifft, die jetzt über das deutsche Volk hereingebrochen ist. Nur vergißt man leicht über den Hauptschuldigen diejenigen, die auch mittragen an dieser Schuld, und zu diesen gehört vor allem die deutsche Demokratie. Mit deren Schuldanteil möchte ich mich daher hier mit einigen Worten beschäftigen.“

Nicht ohne Grund hat man vor der jetzigen Revolution in diesem Blatte die Frage aufgeworfen, ob es denn in Deutschland überhaupt eine Demokratie gegeben habe. Es war von demokratischem Geiste dort vor und während dieses Krieges in der That nicht viel zu spüren, ja man mußte sich schon aus dem vielgepriesenen zwanzigsten Jahrhundert in frühere Zeiten zurückversetzen.

Von dem Geiste der alten Achtundvierziger erst war in den letzten Jahrzehnten aber auch rein gar nichts mehr zu spüren. Was für ideale Persönlichkeiten, von wahren demokratischen Geist erfüllt, hatte es doch damals schon gegeben!

Ihnen gegenüber repräsentieren die deutschen demokratischen Führer der letzten Jahrzehnte ein Epigontum schlimmster Sorte. Noch in den siebziger Jahren war es besser um die deutsche Demokratie bestellt gewesen als in den letzten zwanzig Jahren.“

Vorsitzender: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß die Zeit ziemlich vorgeschritten ist. Ich habe bisher zu den längeren Ausführungen des Herrn Wese-

meier nichts gesagt, weil ich daran denke, daß er in seiner Eigenschaft als Volkskommissar antwortet. Für die Stadtverordneten gilt aber immer noch der § 15 der Geschäftsordnung, in dem zehn Minuten Redezeit vorgesehen ist. Ich möchte aber auch Herrn Wesemeier wegen der vorgerückten Zeit bitten, sich auch als Volkskommissar kürzer zu fassen.

Stadtv. **Wesemeier** (fortfahrend): Dann will ich nur noch diesen einen kurzen Passus zur Verlesung bringen:

„Auf den Außenstehenden mußte auch die plötzliche Demokratisierung daher den Eindruck einer Komödie machen, mittels deren man einen „Verständigungsfrieden“ herbeizaubern wollte — einer Komödie, an der leider auch die deutschen Demokraten mithalfen. Sie fanden alles, was Bethmann Hollweg und Michaelis sagten oder taten, gerade so schön, wie die Worte und Taten des Grafen Hertling und des Prinzen Max von Baden. Kein einziger mutiger Mann war unter den deutschen Demokraten, der ein Veto gegen das herrschende Vertuschungs- und Lügensystem eingelegt hätte.

Und dann kam über Nacht die deutsche Revolution! Keine demokratische Revolution naturgemäß! Demokraten waren ja keine da, die fähig gewesen wären, eine Revolution zu machen, und so mußte die Revolution denn notgedrungen, mit Überspringung des bürgerlichen Elements, einen sozialistischen Charakter tragen.“

Das ist die Stimme einer Zeitung Ihrer Parteirichtung aus dem Zeitartikel „Ausland“. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß tatsächlich 1848 andere Demokraten in Deutschland gewesen sind, seit den sechziger Jahren ist aber von Demokratie in Deutschland nichts zu spüren. Wenn die Demokraten von heute sich den Anschein geben, als seien sie der Hort der Freiheit, dann muß man sich vollständig in Übereinstimmung erklären mit der Stimme aus der „Freien Zeitung“, die bitter beklagt, daß erst jetzt nach der Revolution die Demokratie wieder aufgetaucht ist, wo es heißt, sich etwas demokratisch zu zeigen, nachdem die Demokratie von unten aufgekomen ist.

Zu gleicher Zeit mit dem Streik in Braunschweig fand der Streik der Elektrizitätswerke in Berlin statt, der den ganzen, gewaltigen Berliner Verkehr lahmlegte, zu gleicher Zeit auch der Streik in Leipzig, wodurch die Stadt in vollständiges Dunkel gehüllt wurde. Wenn man bedenkt, was es bedeuten will, daß in der Millionenstadt Berlin das Licht ausgeschaltet war, so ist das doch viel schlimmer, als was sich hier ereignet hat; dagegen ist doch das alles zusammengenommen, was in Braunschweig vorgekommen ist, das reinste Kinderspiel. (Zuruf: Das in Berlin war auch nicht richtig gehandelt!) Sie werden aber in Berlin nicht Stadtverordnete finden, die solche Anfragen stellen. In Braunschweig ist eben alles möglich. (Ironisches: „Sehr richtig!“) Braunschweig ist eben das Nest der bürgerlichen

Krähwinkler, und von diesem Gesichtspunkte, daß man nur „seine Ruh“ haben will, behandeln Sie die ganzen politischen Fragen.

Herr Dr. Wolters hat Anträge gestellt, die sich teilweise auf demselben Boden bewegen, auf dem die Anfrage steht. Er spricht von Arbeitswilligen, die an der Aufnahme der Arbeit verhindert sind, und kam dann auf die Sozialisierung in Braunschweig. Wir kennen sehr wohl die Gefahren der Sozialisierung, die nur für kleine Landesteile vorgenommen werden. Wenn Sie aber das schon Sozialisierung nennen, was hier in Braunschweig vor sich geht, dann würden Sie mit beiden Händen zugreifen können, um diese Sozialisierung festzuhalten. Es ist das aber keine Sozialisierung des Betriebes, wenn man Betriebsausschüsse einsetzt, sondern höchstensfalls eine Demokratisierung. Einen Betrieb zu sozialisieren, dazu gehört mehr. Diese Betriebsausschüsse sind gerade deshalb eingesetzt, um die Streiks zu verhindern, die auszubrechen drohten. Die Leute wollten nicht weiterarbeiten, und um sie bei der Arbeit zu behalten, ist ihnen das Recht geworden, die Betriebsräte in den Fabriken einzusetzen, die die Lohnfragen mit den Direktoren erledigen werden, die dafür sorgen werden, daß Druck dahintergesetzt wird, Rohmaterialien heranzuholen. Gerade die Schädigung der Industrie soll durch die Betriebsräte hintangehalten werden. Es besteht schon ein Gesetzentwurf in der Kommission des Arbeiter- und Soldatenrats, der paragraphiert, welche Aufgaben die Betriebsräte haben sollen. Wenn dieser Entwurf, der dort vorgelegt werden soll, Gesetz wird, dann seien Sie froh, soweit Sie Kapitalisten sind, dann brauchen Sie in keiner Angst um Ihren Geldschrank zu schweben. Was in Braunschweig geschehen ist, überschreitet nicht die Reichsgesetzgebung; dieselben Bestimmungen über die Betriebsräte sind in Berlin längst eingeführt; was wir hier tun, ist dasselbe, was in Berlin und Düsseldorf bereits eingeführt ist.

Wenn Sie dem Antrage Wolters folgen wollen, so habe ich nichts dagegen, daß er angenommen wird; aber was Sie unter Sozialisierung verstehen, ist noch lange keine Sozialisierung. Der Antrag Wolters ist wenigstens ein sachlicher Antrag, verquickt allerdings mit den allgemeinen Klagen, die ich zum größten Teil für gegenstandslos halte, indem sie von Leuten kommen, die alle Unterdrückungen in früherer Zeit ertragen haben und nur jetzt, wo die Arbeiter die politische Macht haben, jeden Dreck aufbauen. Das sind die Kreise, deren Verhalten die Ursache dafür ist, daß auf Braunschweig nach außen hin ein schlechtes Licht fällt.

Stadtv. Rönneburg: Ich habe mich am Ende der langen Ausführungen des Herrn Volkskommissar Wesemeier gefragt, was für eine Antwort er denn nun damit gegeben hat, und ich bin zu dem Ergebnis gekommen: Er hat mit all seinen vielen Worten nichts gesagt. Die positive Antwort auf unsere Anfrage vermissen wir immer noch.

Ich möchte nun auf die Ausführungen des Herrn Genzen zurückkommen. Er gibt den bürgerlichen Kreisen die Schuld, daß Braunschweig so herzlich wenig Kredit im übrigen deutschen Vaterlande genießt, während doch in Braunschweig ziemlich ruhige Verhältnisse herrschten. Ja, Arbeiterrat Knapp aus Kuxhaven hat sich freilich die Dinge noch „idealer“ gedacht, indem er gesagt hat, man hätte zu Anfang der Revolution nicht die Plünderungen hindern sollen, denn das hätte doch nur die Besitzenden getroffen. Wie kommt es denn aber, daß die Braunschweiger Verhältnisse in dem übrigen Deutschland in Mißkredit gekommen sind? Der Hauptgrund liegt darin, daß wir im Lande Braunschweig eine Regierung haben, die sich nur auf einen Bruchteil des Volkes stützt, die nicht die legitime Gewalt auf Grund des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes beanspruchen kann, sondern die nur auf den Willen einer Minderheit gegründet ist und damit eine Gewaltregierung ist. Eine derartige Regierung kann nicht beanspruchen, daß sie irgendwelchen Kredit im deutschen Vaterlande genießt. Eine Regierung, die Gewalttätigkeiten zuläßt und die Streiks, wie das letzte Mal, in ihrem ersten Anfange selbst leitet — die ersten Aufrufe zum Streik waren gezeichnet Arbeiter- und Soldatenrat —, die die Bürger von der Straße treibt, ihnen das Licht abschneidet und nur dafür sorgt, daß sie selbst noch genügend Licht im Schlosse hat, die kann nicht erwarten, daß ihr in Deutschland Kredit entgegengebracht wird. Nicht die törichten und übertriebenen Meldungen, die aus Braunschweig hinausgegangen sind — und die wohl begreiflich sind, denn auf dem Boden derartiger Verhältnisse, wie ich sie eben erwähnt habe, wuchert die üppigste Phantasie — haben Braunschweig in Mißkredit gebracht. Ich habe solchen Klatzsch immer bekämpft. In der Hauptsache suchen Sie den Grund zu dem mangelnden Vertrauen zu Braunschweig nur bei sich selbst, dann werden Sie den richtigen Grund finden, warum man mit Braunschweig nichts mehr zu tun haben will. Erinnern Sie sich nur des Tones, in dem Sie mit den Reichsinstanzen verhandeln, erinnern Sie sich Ihrer Äußerungen und Gesetze, in denen die Ignorierung aller Reichsgesetze liegt!

Man muß an den Volkskommissar und an die jetzige Regierung die Frage stellen: Wie kann die Regierung es dulden, daß sich eine Streikleitung aufmacht, die die Straßen von Menschen rein fegt, den Einwohnern das Licht wegnimmt und bei der die Regierung im Hintergrunde stand. Man kann die Regierung nur anklagen, daß sie ein solches Treiben geschützt hat. Sie kommen mit allen Zeitungsartikeln und mit allen Ausgrabungen aus früherer Zeit nicht darum weg! Ich habe es auch früher mißbilligt, wenn die Unternehmer dazu übergingen, Ausperrungen vorzunehmen, und habe es regelmäßig für meine Pflicht gehalten, meinen Beitrag zum Unterstützungsfonds der Arbeiter zu zahlen — das wird Herrn Wesemeier nicht unbekannt sein. Daß uns Herr Wesemeier die Stellungnahme Eugen Richters vorhält, macht nicht den geringsten Eindruck auf mich.

Hier handelt es sich darum: Wie konnte die gegenwärtige Regierung eine Streif-
leitung mit öffentlicher Gewalt zulassen, von der man nicht mußte, von welchen
Personen sie gebildet wurde. Warum ist die Braunschweiger Bevölkerung nicht
in Massen auf die Straße gegangen und hat die Freiheit des Verkehrs ertrotzt?
Es fehlt uns der Mut, die Entschlossenheit, dem Terrorismus entgegenzutreten.
Den sollte die Bürgerschaft einmal aufbringen, dann würde auch Klarheit über die
Macht- und Rechtsverhältnisse geschaffen werden!

Bei dem letzten Streif hat die Regierung keineswegs ihre Pflicht getan,
sondern ist mitschuldig an den Übergriffen; das kann sie nicht abschütteln, auch
wenn sie nachher die Streifleitung vorgehoben hat. Durch unsern Antrag an
die Regierung muß gezeigt werden, daß die Braunschweiger Bevölkerung nicht
gewillt ist, auf sich herumtrampeln und ihre Freiheit in ein Nichts zerstäuben zu
lassen. Schiller hat bei seinem von Herrn Wesemeier angeführten Ausspruch
nicht derartige Gewalttaten im Sinne gehabt. Wenn Sie sagen, wir wären zu
ängstlich gewesen, gegen die frühere bürgerliche Regierung etwas zu tun, so ist
meine Ansicht die, daß auch der frühere Belagerungszustand zu bekämpfen ge-
wesen ist, und ich habe ihn auch bekämpft. Aber nach solchen Vorbildern sollten
Sie sich nicht richten. Entschuldigen Sie nur nicht Ihre Sünden mit den Sünden,
welche andere in der Vergangenheit begangen haben.

In der Sozialisierungsfrage kann ich mich auf den Ausspruch des Volks-
kommissars Eckardt stützen, daß in Braunschweig allein nicht mit der Sozialisie-
rung vorgegangen werden dürfe. Wir halten es für eine schwere Schädigung der
städtischen Interessen, der städtischen Steuerkraft, wenn in dieser Frage einseitig
von Braunschweig vorgegangen wird. Die Sozialisierung kann nur auf dem
Wege erreicht werden, wie ihn Herr Dr. Wolters angedeutet hat, und wie es im
Willen der Berliner Regierung steht, auf dem Wege der Reichsgesetzgebung.

Zum Schluß möchte ich noch die Anfrage an den Herrn Volkskommissar
stellen, w a s e r k ü n f t i g z u t u n g e d e n k t, um die Freiheit und Sicherheit
der Person in Braunschweig zu gewährleisten? Diese Frage möchte ich mit
klippen, klaren Worten beantwortet sehen. Hier ist Rhodus, hier muß gesprungen
werden!

Stadtv. **Salomon:** Ich will mich ganz kurz fassen und nur feststellen, daß mich
jachlich die Ausführungen des Herrn Volkskommissars Wesemeier nicht befriedigt
haben; indem er das, was ich als Anschuldigungen erhoben habe, in keinem ein-
zigen Punkte widerlegt hat. Er handelte nach dem schönen Worte: Wenn man
jachlich nichts erwidern kann, so greift man die Personen an. (Zuruf: Die Par-
teien.) Das ist ein Zeichen von Schwäche. Herr Wesemeier meint, er habe die

Parteien gekennzeichnet, aber er hat vor allen Dingen den Antragsteller gemeint, und ich erlaube mir, seine Schmeicheleien auf mich zu beziehen.

Sodann stelle ich ferner fest, daß aus der langen Rede des Herrn Wesemeier ein *s* hervorgegangen ist: nämlich, daß er restlos die ganzen Vorgänge billigt. (Sehr richtig!) Es mag Herr Wesemeier als Volkskommissar vor seinem Gewissen verantworten, daß er es gutheißt, daß in weiten Kreisen der Bürgerschaft, deren Rechte und Freiheit er als Volkskommissar zu vertreten und zu schützen hat, eine tiefgehende Erbitterung hervorgerufen worden ist! (Zuruf Wesemeier: Lesen Sie nur meine Rede durch!)

Vorsitzender: Ich möchte feststellen, daß ich es nicht geduldet hätte, wenn Herr Wesemeier hier Angriffe gegen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung gerichtet hätte.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich kann mir die Ausführungen in der Anfrage und dem Antrage nicht zu eigen machen, aber in der Grundrichtung der Ausführungen bei der Begründung der beiden Herren, wie auch des Diskussionsredners Könnigs stimme ich zu. Ich glaube, daß Herr Wesemeier durch die Art, wie er seine Partei vertreten hat, ihr keine guten Dienste geleistet hat. Es ändert nichts daran, daß die Tatsachen aus den letzten Tagen nicht zu billigen sind, wenn es auch richtig ist, daß früher von anderer Seite in ähnlicher Weise gesündigt worden ist und vielleicht noch mehr, als in den letzten Tagen die, die heute angeklagt werden. Mir kann Herr Wesemeier nicht den Vorwurf machen, daß ich mich früher nicht ebenso scharf wie er gegen das Unrecht auf der rechten Seite gewandt habe. Aber gerade, weil ich schon damals das Unrecht mit allem Nachdruck bekämpft habe, wende ich mich ebenso gegen das Unrecht, das jetzt geschieht und unser städtisches Leben in größtem Umfange benachteiligt und beeinträchtigt.

Herr Dr. Wolters meinte: Er glaube der Regierung, sie wolle von diesen ganzen Vorgängen nichts wissen und wolle keinen Anteil daran haben. Ich habe doch etwas leise Zweifel daran, ob dieser Glaube des Herrn Antragstellers berechtigt ist. (Hört! Hört!) Wenn der Arbeiter- und Soldatenrat, unsere höchste Regierung, die Streikleitung in dieser Weise unterstützt, wie sie es in dieser Zeit getan hat, dann kann man eine Billigung der Streikabsichten ohne weiteres daraus herleiten. Es ist doch darauf hinzuweisen — und das ist gerade dasjenige, was besonders die Kritik herausfordern muß —, daß in weitem Umfange die Volkswehr, ein Organ der Regierung, sich im Interesse der Streikleitung betätigt hat und mit einem Terror vorgegangen ist, der die schärfste Mißbilligung aus Arbeiterkreisen verdient und gefunden hat. (Sehr richtig!) Wenn die Arbeiter von dieser Kundgebung nichts wissen wollten, dann wurden sie mit Waffengewalt von

der Volksmehr aus den Betrieben herausgebracht, und es ist nicht in einem, sondern in mehreren Fällen geschehen. Ein solches Vorgehen verdient entschieden Mißbilligung. Herr Stadtrat von Frankenberg hat mit Recht hervorgehoben, daß der ideale Wert dieser Kundgebung durch derartige terrorisierende Machenschaften aufs äußerste beeinträchtigt, ja in das Gegenteil umgekehrt wird. Gegen derartigen Terror sich zu wenden, ist die Stadtverordnetenversammlung der richtige Platz, schon wegen der Folgen, die der Geldsäckel der Stadt erleidet: die Erwerbslosenunterstützung auf der einen Seite und die Steuerminderung auf der anderen. Ich weise Herrn Wesemeier darauf hin, daß die Streiks doch das ganze wirtschaftliche Leben aufs höchste beeinflussen, noch dazu jetzt, wo die Arbeit doch so notwendig ist. Es ist sehr fraglich, was denn bei diesem Streik herauskommt. Nach dem Volksfreund, der Herrn Wesemeier nahesteht, war der Zweck des Streiks erledigt, nachdem die gegenwärtige braunschweigische Regierung sich bereit erklärt hat, im Sinne der Streikenden mit der Regierung in Berlin in Verbindung zu treten. Das stand aber wohl schon vorher fest, denn die Volkskommissare haben sich in dem gleichen Sinne wie die Streikenden betätigt. Beides war kaum zu unterscheiden, wenn man die ganzen Vorgänge aufmerksam verfolgt.

Herr Wesemeier sagte, es sei in anderen Städten schlimmer, er gibt also zu, daß es hier schon schlimm war. (Heiterkeit.) Er billigt es auch nicht, daß hier das Licht abgesperrt war, er hat sich wenigstens dagegen gewandt, die Absperrung auf lange Dauer auszudehnen, und gleichwohl macht er Ausführungen, die auf eine Beschönigung und Bemäntelung der Geschehnisse hinauskommen. Er berührt Dinge, die mit den einzelnen Vorgängen wenig im Zusammenhange stehen. Was er über die früheren Zustände gesagt hat, das war richtig, und das können sich die bürgerlichen Herren hinter die Ohren schreiben, aber um die Tatsache, daß diese Vorgänge von neuem auch nicht zu billigen sind, kommen wir nicht herum.

Der zweite Antrag des Herrn Dr. Wolters bezieht sich auf die Sozialisierung. Erfreulicherweise ist Herr Wesemeier darin etwas abgerückt von dem, was die frühere Lesart der Volkskommissare war; es scheint, als ob Herr Eckardt Schule macht, denn ursprünglich pries man dasjenige als Sozialisierung an, was in den braunschweigischen Großbetrieben eingeführt werden sollte. Gerade als Sozialist kann ich mich nicht scharf genug dagegen wenden, derartige Maßnahmen als Sozialisierung oder Verwirklichung des Erfurter Programms auszugeben. Es ist das bedauernswerteste, daß derartige Experimente, die mehr nach anarchistischer Methode eingeführt werden, der ganzen sozialistischen Welt den Kredit nehmen oder ihn aufs äußerste erschüttern. Sie können zu nichts Gutem führen, wie auch Herr Wesemeier anerkennt, und deshalb könnte man sie unterlassen, und noch mehr sollte man unterlassen, sie mit dem Deckmantel zu verbrämen, als wären sie die Verwirklichung unserer Endziele. Herr Eckardt hat recht, daß derartige Maß-

nahmen nur auf der breiten Grundlage des deutschen Reiches durchgeführt werden können, und daß keine Rede davon sein dürfte, daß der Betrieb der Eisenbahnsignalbauanstalt von Jüdel jetzt Eigentum der Arbeiter sei, daß die Unternehmer befeitigt seien. Man könnte nur sagen: Wir wollen Betriebsräte haben, die die Demokratisierung in die Wege leiten. Wir haben bis in die letzten Tage von Herrn Dexter gehört, daß er folgendes als Sozialisierung auffasse: Wenn ein Grundbesitzer sein Haus nicht angemessen verwertet, dann wird es einfach von dem Arbeiter- und Soldatenrat oder auch von den Arbeitern in Verwaltung genommen. Das billigt er von Regierung wegen durchaus. Der Antrag Wolters ist deshalb keineswegs überholt, denn es scheint in der Regierung keine Einmütigkeit darüber vorhanden zu sein, wie man sich in der Zukunft stellen will. Es ist im Interesse unserer Gemeinde durchaus geboten, im Sinne des Antrages Wolters sich zu betätigen. Wir werden deshalb beide Anträge Wolters unterstützen. Wenn in der Weise etwas geschehen sollte, so wird jedenfalls die Wohlfahrt der Stadt besser bestellt sein, als wenn derartige Streiks und Sozialisierungsversuche noch weiter in Braunschweig Platz greifen sollten. Gerade als Sozialist muß ich mich gegen derartige Experimente wenden und als Vertreter der Arbeiter gegen den Terror, der in weitem Maße ausgeübt worden ist.

Stadtv. **Frede:** Nach der entschiedenen Beurteilung, die mir gegenüber von unabhängigen Kollegen aus der Stadtverordnetenversammlung über die Vorgänge beim letzten Streik kundgegeben ist, hatte ich angenommen, daß hier keine Gegenfälschlichkeit in der Beurteilung der Vorgänge, sondern volle Einmütigkeit in der Stellungnahme zu diesen Vorgängen vorhanden sein würde. Wir haben uns bemüht, sachlich zu bleiben, und Herr Dr. Wolters hat sich sogar sehr höflich ausgedrückt, indem er sagte: Ich glaube der Regierung, wenn sie versichert, daß sie diesen Vorgängen ferngestanden hat. Wodurch wird nun die Schärfe hineingetragen? Durch die Art und Weise, wie Herr Wesemeier sich der Sache annahm. Ich hatte geglaubt, er würde heute abend anders handeln, und zwar deshalb, weil ich durch den Zeitungsbericht erfahren habe, daß er bei einem trassen Angriffe der Regierung gegen den Magistrat — es war gesagt worden, der Magistrat habe nichts zu tun, es müßte für mehr Beschäftigung gesorgt werden, und die Kohlenstelle müsse beaufsichtigt werden — Veranlassung genommen habe, dagegen vorzugehen. Ich hatte deshalb gehofft, er würde hier das auch verurteilen, was unbedingt verurteilt werden muß. Die Art seiner Erwiderung ist aber zweifellos eine Verteidigung der Zustände, die eingetreten sind. Nun kann ich mir nicht denken, daß er die Streikleitung verteidigen will, sondern nur die Regierung; denn die Regierung wird tatsächlich hier angegriffen. Die Streikleitung kann nicht gegen den Willen der Regierung dekretieren: Um 7 Uhr darf kein Einwohner mehr

auf der Straße sich sehen lassen, das Licht wird ausgedreht, einerlei um die Folgen, ob Operationen vorgenommen werden, ob Sterbende darunter leiden müssen, ob Entbindungen vorgenommen werden. Es ist nicht anzunehmen, daß die Anordnungen gegen den Willen der Regierung geschehen sind, die Regierung hat mindestens darein gewilligt, wenn die Anordnungen nicht gar von ihr angenommen sind. Es ist notwendig, auf Einzelheiten einzugehen, denn daraus gehen am plätschlichsten die Übelstände hervor. Ich will deshalb folgendes erwähnen:

Es sind bei Herrn Dr. Kahler eine Anzahl Leute mit Gewehren eingedrungen, die die Beamten haben hinaustreiben wollen. Diese haben sich das verbeten, und als die Soldaten zu Gewalttätigkeiten übergehen wollten, hat man nach ihrem Ausweise gefragt. Darauf haben sie an ihr Gewehr geschlagen und gesagt: „Das ist unser Ausweis“. Einer der Leute hat seinen Militärpaß als Ausweis vorgezeigt.

Auf einer anderen Stelle, auf der Hildesheimerstraße, sind Frauen und Männer eines Aufzuges, vor dem die rote Fahne getragen ist, in ein Geschäft gedrungen und haben die Leute hinausgetrieben. Die Kontoristinnen, die tödlich verängstigt waren, wußten nicht, wohin sie gehen sollten. Die Frauen, die ihnen aus dem Aufzuge entgegentraten, belästigten und beleidigten sie mit gemeinen Reden und rissen an ihrem Zeuge.

Wenn in dem Antrage Wolters steht „Gewalttätigkeiten“, so ist das milde ausgedrückt, denn es sind auch Anordnungen ergangen, die das Leben und die Gesundheit von Personen aufs äußerste gefährdet haben. Ich weiß, daß eine Mutter an Herrn Merges den dringenden Wunsch telephoniert hat, die elektrische Beleuchtung wiederherstellen zu lassen. Zunächst hat eine Frau geantwortet; die Mutter hat darauf wiederholt hingesprochen und ihr Möglichstes getan, um eine Zurücknahme der Beleuchtungsunterbrechung zu erwirken, weil ihr Kind auf dem Operationstische gelegen hat. Die beiden Ärzte haben in der Operation aufhören müssen, und das Kind ist gestorben. Das ist Tatsache.

Sodann weiß ich von einem anderen Arzte, daß die Frau eines Postassistenten im Sterben gelegen hat, und sie hat ihre letzten Stunden im Dunkeln zubringen müssen und Handreichungen haben ihr nicht geleistet werden können.

Wenn man von solchen Vorkommnissen hört, so schnürt es einem die Kehle zu. Hier ist gesagt, die Bürgerschaft habe keinen Mut, darauf sage ich: Wäre ein Aufstand ausgebrochen, ich wäre dabeigewesen, darauf können Sie sich verlassen. Das Lachen ist nicht angebracht, und gerade Sie, (zu Frau Stadtv. Böhm gewendet) als Frau sollten es nachfühlen, was jene Mutter durchgemacht hat. Es soll eine Frau aus Ihrem Stande gewesen sein, von der ich sprach.

Ich will damit schließen. Ich denke, die vorgebrachten Fälle genügen, um zu illustrieren, was für heillose Zustände hervorgetreten sind. Ich beantrage, daß über den Antrag Wolters eine namentliche Abstimmung vorgenommen wird.

Vorsitzender: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß es bereits $\frac{1}{4}$ nach 9 Uhr durch ist und noch acht Redner sich zum Worte gemeldet haben, und daß wir außer diesem Punkte noch eine Reihe von Beratungspunkten zu erledigen haben. (Zuruf: Vertagen!)

Stadtv. Jüermann: Wenn ich trotz der vörrückten Stunde noch einige Worte zu Herrn Wesemeier sagen möchte, so betrifft es zunächst das, was Herr Wesemeier über Liebknecht und Rosa Luxemburg hervorgehoben hat. Daß es beide ehrenwerte Leute gewesen sind, hat niemand von uns bestritten. Aber mit demselben Recht, wie Herr Wesemeier den guten Glauben für Liebknecht und Rosa Luxemburg in Anspruch nimmt, müssen wir als demokratische Partei, die der Regierung in Berlin von weitem zusehen, auch Scheidemann, Noske und Ebert als ebensolche ehrenwerte Leute und hochachtbare Charaktere ansehen.

Herr Wesemeier hat ferner zu bedenken gegeben, daß auch in Berlin ein Streik stattgefunden hätte, bei dem das elektrische Licht abgeschnitten gewesen sei. Ja, das war ein wirtschaftlicher Streik, der entstanden war, um Arbeiterforderungen durchzusetzen; dies hier bei uns ist aber ein politischer Streik, und die politisch ganz anders gesinnten Kreise, die Mehrheitssozialisten und die demokratischen Arbeiter, sind gezwungen worden, gegen ihre Führer in den Streik einzutreten. Sie mußten aus ihren Betrieben hinausgehen, um gegen Ebert und Scheidemann und für Liebknecht und Rosa Luxemburg zu demonstrieren.

Sodann sagte Herr Wesemeier, Eugen Richter hätte das Sozialistengesetz verherrlicht. Ich weiß nicht, ob das stimmt. Aber wenn es stimmt, so frage ich: Hat es nicht in der Sozialdemokratie auch schon Leute gegeben, die ebensogut Fehler gemacht haben, wie sie in anderen Parteien vorkommen. Ich erinnere an Dr. Schweizer. Er wurde als Polizeispitzel entlarvt, und das war ein Sozialdemokrat. Nehmen wir einmal den Volksfreund zur Hand. Leute, mit denen Sie früher Schulter an Schulter gekämpft haben, machen Sie heute die schwersten Vorwürfe. Mit derartigen Sachen, die so weit hergeholt sind, wie Ihr Hinweis auf Eugen Richter, machen Sie keinen Eindruck. Die demokratische Partei als solche hat sich neu gruppiert, wir dürfen ohne Feh! sagen: sie ist aus der Zeit geboren; wenn die Revolution nicht gekommen wäre, wäre die demokratische Partei in dieser Form vielleicht nicht entstanden. Wenn Sie nun fragen: Wo war die demokratische Partei bei der Revolution, so muß ich erwidern: Herrn Genzen wird derselbe Vorwurf gemacht. Im Volksfreund wurde ausdrücklich gesagt, Herr Genzen hätte sich bei der Revolution verkrochen, und die Quittung dieser Anschuldigung hat er bei der Vorstandswahl bekommen, indem er nicht wiedergewählt ist.

Herr Benzen führte an, die bürgerlichen Parteien wären daran schuld, daß der Mißkredit über Braunschweig gekommen sei. Ich kann sagen, daß die Arbeiterräte in Braunschweig ein gerütteltes Maß Schuld daran tragen. Ich will einen Fall herausgreifen: Das Verbot der Harzburger Zeitung. Wenn Lächerlichkeit tötete — die Fortsetzung können Sie sich denken.

Wenn Sie beachten, daß Sie das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht in Ihr Programm aufgenommen haben und das Verhältniswahlssystem bei der Wahl der Arbeiterräte verworfen haben, dann muß man dazu doch sagen, daß Sie die Mehrheitssozialisten bei dieser Wahl doch nicht ausschließen durften, da Sie dort auch auf dem Boden des Erfurter Programmes stehen. — Herr Wesemeier faßt sich vor den Kopf; ich weiß nicht, ob es ihm dämmert, es mag wohl möglich sein. Jedenfalls ist das, was ich gesagt habe, Tatsache.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, diese persönlichen Anzuspinnungen zu lassen. Wenn sich jemand vor den Kopf faßt, können Sie solchen Schluß nicht ziehen.

Stadtv. **Jüermann** (fortfahrend): Ich komme zum Schluß. Wir von der demokratischen Partei legen bei dieser Sache nicht den Schwerpunkt darauf, daß der Streik stattgefunden hat, sondern daß die Streikleitung mit Rechten ausgerüstet gewesen ist, um die Einwohnerschaft zu vergewaltigen. Wenn Sie sagen, im Jahre 1906 sind wir vergewaltigt, so wird doch die unabhängige Sozialdemokratie nicht den Standpunkt einnehmen: Weil es 1906 Kapitalisten gegeben hat, die Arbeiter aus ihren Betrieben herausgeworfen haben, aus diesem Grunde dürfen wir im Jahre 1919 in Hinblick auf die Revolution anders gefinnnte Arbeiter auch aus den Betrieben hinauswerfen.

Stadtv. **Marth:** Auch mir hat die Antwort des Herrn Wesemeier nicht gefallen. Ich hatte erwartet, daß er ganz entschieden von den Grundlagen dieses Streiks abweichen würde, aber das hat er tatsächlich nicht gemacht.

Nun zu der Frage: Ist der Streik durch die Regierung oder durch den Willen der Arbeiterschaft selbst hervorgerufen? Zufälligerweise ist die erste Anregung zu dem Streik in eine Eisenbahnerversammlung hineingetragen. Diese Versammlung war nur als Vorwand genommen, um die Arbeiter in diesen Streik hineinzureißen; und auch das muß ich verurteilen. In dieser Versammlung hat der Präsident Merges zum Streik aufgereizt, und deshalb muß ich sagen: Die jetzige Regierung und ihre Beamten sind schuld an diesem Streik. Ein Sympathiestreik aus der Arbeiterschaft heraus wäre berechtigt gewesen, wenn aber die Regierung, die Beamten der Regierung und die untergeordneten Organe mit Gewalt die Arbeiterschaft zum Streik zuziehen und sogar drohen: Wenn ihr nicht mitgeht, so

schießen wir, dann muß ich das hart verurteilen. Besonders auf der Eisenbahn ist in dieser Weise verfahren worden. Man hat versucht, aus dem Betriebe der Eisenbahn die Leute herauszunehmen und hat sie mit den Waffen bedroht. Denken Sie sich, was das ausgemacht hätte, wenn unsere Eisenbahn stillgelegen hätte. Dann hätten Sie jetzt schon keine Kohlen mehr. Der Ausfall an Zügen, den wir in den 2—3 Tagen gehabt haben, ist bei unserem heutigen rollenden Material nicht wieder nachzuholen — was versäumt ist, ist heute nicht mehr heranzuschaffen. Wenn nicht unsere Beamtenschaft auf der Stelle geblieben wäre, um die herausgerissene Arbeiterschaft zu ersetzen, dann hätte die ganze Bevölkerung den Schaden davon gehabt. Besonders für die ärmeren Klassen, die darauf angewiesen sind, bei kleinem ihre Sachen einzukaufen, wäre das sehr drückend gewesen. Ich erkläre, daß die Masse der Arbeiterschaft, die Beamtenschaft und die Bürgerschaft auf dem Standpunkte steht, daß es von der Regierung unverantwortlich war, solche Zustände zuzulassen.

Stadtv. **Jahns:** Ich möchte Herrn Salomon darin zustimmen, daß wir von Herrn Wesemeier eine sachliche Antwort auf die Anfrage nicht erhalten haben. Vor allen Dingen möchte ich fragen, wer eigentlich der Träger des Rechtes gewesen ist, die Anordnungen für den Streik zu treffen. Ich bin seinerzeit selbst bei Herrn Tappe, dem Vorsitzenden der Polizeidirektion, gewesen und habe mich orientieren wollen. Der Herr hat mir erklärt: „Eben ist mir die Sache von der Streikleitung auf den Tisch gelegt worden,“ eine andere Antwort habe ich nicht bekommen.

Sodann möchte ich eine Frage des Herrn Wesemeier beantworten, nämlich: Wo wir Bürgerlichen gewesen wären, als die Rechte der Arbeiter seinerzeit beschränkt worden sind. Es hat in unseren bürgerlichen Gruppen auch viele Leute gegeben, die damals die Maßnahmen der Regierung kritisiert haben, und auch die Beamtenschaft hat daran kritisiert. Nach den Vorgängen, die sich seit dem 9. November abgespielt haben, sind wir aber zu der Überzeugung gekommen: „Kritisieren ist leicht, Bessermachen schwer“, denn Positives ist seitdem überhaupt nicht geleistet. Jetzt ist uns der Weg durch den Antrag Wolters gezeigt, den wir gehen müssen; nämlich möglichst weit nach rechts, auch selbst wenn wir keine Kapitalisten sind.

Stadtv. Dr. **Wolters:** Gegen eine Äußerung des Herrn Vorsitzenden und gegen eine Äußerung, die auch sonst in der Versammlung gefallen ist, in denen Herr Stadtv. Wesemeier Volkskommissar genannt ist, möchte ich anführen: Volkskommissar ist Herr Wesemeier nur, soweit er im Auftrage der gegenwärtigen Regierung arbeitet; hier in der Versammlung gilt er als Stadtverordneter. Diese selbe Frage ist bereits in einer früheren Sitzung zum Austrage gebracht. Der Vorsitzende hatte sich an Herrn Wesemeier mit einer Anfrage gerichtet: „Ich bitte Herrn

Wesemeier über folgenden Punkt sich zu äußern: Er sitzt hier in doppelter Eigenschaft, als Volkskommissar und als Stadtverordneter. Er nimmt an unseren Beratungen und Beschlußfassungen teil. Ich fasse die Stellung des Herrn Wesemeier in der Stadtverordnetenversammlung so auf, daß er hier lediglich Stadtverordneter ist." Darauf hat Herr Wesemeier zustimmend geantwortet.

Vorsigender: Ich muß Herrn Dr. Wolters erwidern, daß hier eine Anfrage an den Volkskommissar Wesemeier gerichtet ist. Wenn eine Anfrage an den Stadtverordneten Wesemeier gerichtet wäre, hätte er die ihm zugewilligte Redefreiheit nicht bekommen.

Stadtv. Wesemeier: Man sieht an den Ausführungen, wie die Ansichten verschieden sind. Herr Dr. Wolters sagt: „Hier wird alles sozialisiert“ und Herr Jahnz sagt: „In Braunschweig ist seit der Revolution noch gar nichts geschehen“. Aber das mögen die Herren miteinander ausmachen.

Herr Marth befindet sich mit seiner Ansicht über die Entstehung des Streiks auf einem groben Holzwege. Er sagt, es wäre der treuen Beamtenschaft der Bahn vorbehalten gewesen, den Bahnbetrieb aufrechtzuerhalten; aber so ist es nicht. Es ist vielmehr von allem Anfang an beschlossen gewesen, den Bahnbetrieb aufrechtzuerhalten und auch die Reparaturen in den Bahnhofswerkstätten nicht mit in den Streik einzuschließen. Ich bin dabei gewesen, als das beschlossen wurde. (Zuruf: Aber es ist nicht ausgeführt!)¹ Doch, es ist ausgeführt. Es ist auch da der Streik ausgeschlossen gewesen, wo das Verderben von Lebensmitteln in Frage kommen konnte, auch die Gasanstalt sollte ihren Betrieb fortsetzen. (Zuruf: Wer hat denn das beschlossen?) Das werden Sie noch zu hören bekommen.

Nun hörte ich vorhin, als von Herrn Frede die Zustände geschildert wurden, den Ruf „Pfui“ von Frau Professor Goeke. Sie hatte aber kein Pfui dafür, daß man infolge der mangelnden Nahrung die Kinder tausendweise verhungern lassen hat. (Frau Stadtv. Goeke: Ich habe Pfui gerufen über das Lachen einer Frau.)

Es ist auch nicht richtig, daß die Eisenbahner den Anlaß zum Streik gegeben haben. Nach Herrn Fiermann ist der Streik gar zu verurteilen, weil er ein politischer Streik ist. Man sollte solchen Standpunkt einfach nicht für möglich halten. Ich stehe zu dem Streik. Denn er ist beschlossen von den Arbeiterausschüssen aller großen hiesigen Fabriken und nicht von den Eisenbahnern. Wenn Sie weiteres wissen wollen, dann lesen Sie meine erste Rede nach. Ich werde auch in der Folge zu solchen Streiks stehen, wenn der Pöbel im Zylinderhut weiter solche Greuelthaten verübt, wie er sie an Wilhelm Liebknecht und Rosa Luxemburg verübt hat.

Stadtv. Wahrenndorf: Auch in meine Werkstätte sind die Soldaten gekommen und haben meine Lehrlinge herausgeholt. Meine Frau war froh, daß ich nicht zu Hause war, aber Furcht hat sie vor diesen Leuten nicht gehabt, und (zu Herrn Stadtv. Wesemeier) wenn ihr nicht bessere Leute habt, die eure Sache vertreten, dann könnt ihr euch begraben lassen. Gut ab vor den anderen, aber nicht vor diesen Leuten! (Zuruf Wesemeier: Früher standest du auf einem anderen Standpunkte, da warst du Sozialdemokrat!) Den Standpunkt, der von jener Seite heute vertreten wird, habe ich nie eingenommen und werde ihn auch nie einnehmen. (Zuruf: Kongreß von Saint Gallen!)

Haben denn die Leute, die bei mir eindringen, auch überlegt, was sie mit diesen jungen Menschen aufstellen wollten? Wer ist es denn, der heute den Radau auf der Straße macht? Die jungen Leute dazu zu gebrauchen, das ist ein Mißbrauch, und das hat mich bei der ganzen Revolution am meisten empört. (Zuruf: Schulungen zum Stimmzettelverteilen!) Ich habe gesehen, daß diese jungen Leute die Schilder und Fahnen der anderen Parteien mit Latten heruntergehauen haben. Bengel, die sonst zu nichts zu gebrauchen sind, die haben sich zu solchen Zwecken hergegeben. Wir lassen uns viel gefallen, aber was die Bürger sich jetzt gefallen lassen müssen, das geht denn doch über die Huttschnur!

Ich weiß von bestimmten Fällen, daß Leute in Braunschweig Bestellungen machen wollten, aber sie sind nicht zu uns gekommen, weil diese Zustände bei uns herrschen. Wie die Geschäftswelt darüber denkt, das können Sie sich vorstellen. Sie jagen, Sie hätten Veranlassung zu einem solchen Streik wegen der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburg. Nun, auch wir haben manches Bittere im Kriege geschluckt: Unsere Betriebe sind stillgelegt worden und wir sind zum Hilfsdienst herangezogen, aber wir sind deswegen nicht zu Demonstrationen auf die Straße gegangen. In einem früheren Gesetze, das von dem Arbeiter- und Soldatenrat angenommen ist, heißt es, daß die persönliche Freiheit des Individuums gewährleistet werden solle. Wie stimmt es nun aber mit ihrer Ansicht über Freiheit und Gleichheit, wenn sie die Arbeiter aus den Werkstätten herausholen und tyrannisieren?

Ich möchte im Interesse der Bürgerschaft und der allgemeinen Verständigung wünschen, daß eine Brücke gefunden würde, mittels deren wir uns verbinden, um etwas zum Wohl der Allgemeinheit zu erreichen. Es müßten sich Gesichtspunkte herausfinden lassen, bei denen die gesamte Bürgerschaft sich auf einer gesunden Basis findet. Diese Erkenntnis muß einmal kommen, damit nicht nur zerstört wird, sondern im Aufbauen das Heil gesucht wird. Das muß uns eine dringende Mahnung sein.

Stadtv. Frau Böhm: Ich möchte zu meiner Rechtfertigung nur ein paar Worte sagen. Herr Frede denkt, ich habe gelacht, weil ich hörte, daß das Kind gestorben ist. Das ist nicht der Fall; nicht deshalb habe ich gelacht, sondern weil ich nicht glaube, was darüber vorgebracht war. Wenn das wahr wäre, was Herr Frede mitgeteilt hat, dann hätten die bürgerlichen Parteien das ganz anders ausgeklacht. Als im vorigen Jahre die armen Familien kein Petroleum gehabt haben, sind die bürgerlichen Parteien auch nicht gekommen und haben geholfen, und auch damals sind Entbindungen in dunkeln Wohnungen vorgekommen. Wie oft ist nicht schon das elektrische Licht ausgegangen, weil das Elektrizitätswerk versagt hat, und dann konnte auch nicht operiert werden. Darüber brauchen sich die Herren nicht aufzuregen.

Stadtv. Marth: Ich glaube ganz geru, daß Herr Wesemeier recht hat, wenn er sagt, daß schon vorher, ehe diese Versammlung der Eisenbahner stattfinden sollte, beschlossen war, daß ein Streik stattfinden sollte. Aber tatsächlich ist Präsident Merges in der Versammlung im Reglerheim erschienen, wohin die Eisenbahnerversammlung einberufen war, und wo ein Teil der Eisenbahner nicht mehr Platz finden konnte, weil der halbe Saal schon von den Anhängern des Herrn Merges eingenommen war, die ganz auf ihn eingeschult waren, so daß der Redner, der für uns sprechen wollte, nicht zum Worte kommen konnte. In diese Versammlung hat Herr Merges die Anregung zum Streik hineingetragen, um die Verkehrsarbeiter in Wallung zu bringen. Ich will Herrn Wesemeier glauben, daß er selbst glaubt, daß dieser Streik von den Eisenbahnarbeitern des Verkehrs ferngehalten werden sollte. Aber es sind doch Arbeiter von mit Gewehren bewaffneten Leuten aus dem Betriebe herausgeholt, so aus unserem Lokomotivschuppen und von einer Rotte, die ein Gleis aufgerissen hatte, so daß diese Arbeit liegenblieb, weil die Leute bedroht waren. Also mit Waffengewalt sind die Leute gezwungen worden, ihren Dienst aufzugeben, und ich behaupte: Nur der Tätigkeit der Beamten ist es zuzuschreiben, daß der Verkehr nicht eingestellt zu werden brauchte. Es wäre zweckmäßig, wenn sich auch Herr Wesemeier auf den Standpunkt stellte, daß er ein solches bewaffnetes Eingreifen tief bedauert.

Stadtv. Frede: Wenn Frau Böhm den Mitteilungen, die ich gemacht habe, nicht Glauben schenken will, so ist das ihre Sache. Sollte sie sich aber dafür interessieren, Näheres zu erfahren, so stehe ich auch mit Einzelheiten über das Mitgeteilte zur Verfügung.

In der namentlichen Abstimmung über den Antrag Wolters stimmen mit Ja die Stadtv. Marschner, Wahrenndorf, Meyerhoff, Jahn, Frau Goeke, Dr. Wolters,

Frede, Einert, Fräulein Oden, Füermann, Schilke, Spangenberg, Reißner, Rönneburg, Salomon, Munte, Marth, Steinbrecher, Riefe I, Recter, Dr. Jasper, Frau Friedrich, Bunge, Ohlendorf und Blumeier. Mit Nein stimmen die Stadtvv. Schmidt, Lehnert, Richter, Frau Böhm, Frau Graf, Genzen, Wesemeier, Stegmann.

Stadtv. **Munte** beantragt Vertagung.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** entscheidet sich die Versammlung für die Vertagung. Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis nach 9¾ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 13. Februar 1919.

Tagesordnung:

1. Verlängerung des Vertrages wegen Aufstellung und Unterhaltung der Aufschlagssäulen in den Straßen der Stadt Seite 663
2. Antrag Blumeier, betr. Hinwirkung auf den Abbau der hohen Lebensmittelpreise " 663
3. Antrag Fahnz auf Errichtung eines städtischen Luftbades auf dem Franzischen Felde " 679
4. Antrag Reißner, betr. die Neuregelung der Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse der städtischen Beamten und Lehrer " 679
5. Antrag der deutschen demokratischen Partei, betr. Neuordnungen auf dem Gebiete der städtischen Selbstverwaltung durch die Arbeiter- und Soldatenräte " 685
6. Anfrage Schmidt und Anfrage Rönneburg, betr. die Weiterbeschäftigung der auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eingestellten städtischen Hilfskräfte " 686
7. Anfrage Schilke, betr. den Kauf oder die Pachtung von Rittergütern oder Domänen durch die Stadt zur Versorgung der Stadt mit landwirtschaftlichen Produkten " 689
8. Antrag des Zentralverbandes der Dachdecker, Filiale Braunschweig, auf Mitwirkung von Arbeitnehmern bei Vergabung und Berechnung städtischer Dachdeckerarbeiten " 691
9. Anspruch der Militärbetriebsstelle Konservenfabrik Otto Struck auf Schadenersatz für die in der Revolutionsnacht bei ihr erfolgten Plünderungen " 692
10. Anspruch auf Schadenersatz für die verschiedenen Polizeiangehörigen in der Revolutionsnacht im Gebäude der Polizeidirektion entwendeten Sachen " 697

11. Abänderung der Fluchtlinie für die Straße 201 a	Seite 699
12. Herrichtung von Rohrkanälen in der Schweineschlachthalle des Schlachthaus	" 700
13. Bewilligung von Mitteln zur Herrichtung einer Dampfbocheinrichtung im Feuerlöschgebäude.	" 701
14. Stellungnahme zu einigen regierungsseitig als Notstandsarbeiten in Aussicht genommenen Bahnbauten	" 701
15. Zuschuß für die Kinderspeiseanstalt am neuen Petritor	" 709
16. Rückverweisung der Vorlage, betr. Einrichtung eines gemischten Betriebes des Elektrizitätswerks	" 710
17. Antrag der Partei „Bürgerliche Gruppe“ und Antrag der deutschen demokratischen Partei, betr. die Antwort des Volkskommissariats für Inneres auf das an die Regierung gerichtete Ersuchen vom 12. Februar . .	" 712
18. Antrag Wolters (Partei „Bürgerliche Gruppe“), betr. die Gewinnung von Arbeitskräften zur Braunkohlenförderung und zu landwirtschaftlichen Arbeiten	" 725

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtrat **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**, Stadtrat **Heymann**, Stadtrat **Schöttler**, Stadtrat **Mohr**.
Es fehlen entschuldigt die Stadtverordneten **Engmann** und Fräulein **Oden**.

Vorsitzender Stadtv. **Wilhelm Riefe**: Ich eröffne die Sitzung.

Es ist eine Reihe von Eingängen zu verzeichnen, die ich Ihnen zunächst bekanntgeben möchte.

In der vorigen Sitzung hatte die Mehrheit beschlossen, den Stadtmagistrat aufzufordern, die Landesregierung zu ersuchen, geeignete Maßregeln zu ergreifen,

1. um die Einwohner der Stadt vor Gewalttätigkeiten, wie sie aufs neue in voriger Woche von Teilen der Bevölkerung ausgeübt sind, künftig zu schützen.
2. um zur Wahrung der städtischen Interessen ungesetzliche Eingriffe in hiesige Gewerbebetriebe zu verhüten und, soweit sie etwa geschehen sind und fortbestehen, aufzuheben.

Diesem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung ist der Magistrat beigetreten und hat ebenfalls gebeten, entsprechende Anordnungen zu treffen und ihm das Befugte alsbald mitteilen zu wollen. Darauf ist vom Volkskommissariat für das Innere unter dem 7. Februar folgende Antwort eingegangen:

„Der Stadtmagistrat richtet an mich den dringenden Antrag, welchen die Stadtverordneten in ihrer Sitzung vom 30. v. Mts. angenommen haben. Darauf ist zu erwidern:

1. Die Einwohner der Stadt sind durch die Regierung in jeder Weise vor Gewalttätigkeiten geschützt. Die Stadtverordneten, welche in leichtfertiger Weise

einen Beschluß annehmen, aus welchem geschlossen werden könnte, daß die Gewalttätigkeiten durch die Regierung nicht verhindert würden, sind es, die durch solche Beschlüsse es dazu treiben können, daß in Braunschweig Gewalttätigkeiten verübt werden. Die Braunschweiger Regierung hat bisher alles getan, um die Ruhe und Ordnung in der Stadt und im Lande Braunschweig aufrechtzuerhalten. Die Herren Stadtverordneten, die Vorkommnisse übertreiben und dadurch eine Reichsregierung, die nur darauf lauert, den Bürgerkrieg nach Braunschweig zu tragen, veranlaßt, Gewalttätigkeiten in Braunschweig zu begehen, sind es, die Gefahren für die Stadt Braunschweig heraufbeschwören.

2. In hiesige Gewerbebetriebe sind keine ungeheuerlichen Eingriffe gemacht worden, wie sich schon aus der Abweisung der Klage der Metallindustriellen gegen die Volkskommissare Eckardt und Dertter ergibt. Die Stadtverordneten hätten auch in dieser Hinsicht besser getan, sich über die Tatsachen genau zu informieren, statt durch auf Grund falscher Informationen gefaßter Beschlüsse Unruhen in die Bevölkerung zu bringen.

Die Anträge der Stadtverordneten sind übrigens nicht veranlaßt worden durch die Sorge um das Wohl der Stadt Braunschweig, sondern sie sind ein Glied in der Kette, welche seit Bestehen der jetzigen Regierung von gewissen Kreisen ausgeht, um diese Regierung zu verdächtigen und eventuell zu beseitigen. Es wäre viel zweckmäßiger, wenn sich die Herren Stadtverordneten ebenso wie der Stadtmagistrat ausschließlich mit dem Wohl der Stadt beschäftigen würden, statt den Stadtverordneten-saal zum Tummelplatz von Hekereien gegen die jetzige Regierung zu benutzen.

Sepp Dertter."

(Unruhe.)

Des weiteren habe ich Mitteilung zu machen von einer Anzahl längerer Eingaben:

Die städtischen Hilfsarbeiter haben Wünsche bezüglich ihrer Bezahlung, Anstellung und Amtsbezeichnung. Der Magistrat bemerkt dazu, daß es zweckmäßig sein würde, diese Angelegenheit bis zu der allgemeinen Regelung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse zurückzustellen. — Die ganze Eingabe zu verlesen, ist wohl eben nicht nötig. (Zustimmung.)

In einer Eingabe der Kirchenvögte der hiesigen Stadtkirchen wird gebeten um Aufnahme in das Verhältniß der Gemeindeunterbeamten und gleichzeitig um Erhöhung ihrer Bezüge.

Eine Eingabe der remuneratorisch besoldeten Lehrer der städtischen Gewerbeschule wünscht Berücksichtigung dieser Gruppe bei der Gewährung der Kriegsbeihilfen und Bezahlung der Beiträge für die Angestelltenversicherung für die im Hauptamte tätigen Lehrer durch die Stadt.

Sodann ist eine besonders lange Abhandlung von Herrn Professor von Aſchen eingegangen, welcher eine Kriegsteuerungszulage für die Ruhegehalt beziehenden pensionierten Beamten und Lehrer wünscht. Wenn die Versammlung Wert darauf legt, könnte ich die Eingabe verlesen. (Wird nicht gewünscht.)

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte anheimgeben, die Eingaben nicht ohne weiteres bis zur Regulierung der neuen Gehaltsätze, über deren Zeitpunkt jetzt noch nichts feststeht, zurückzustellen, sondern sie vielleicht der Finanzkommission zur Nachprüfung zu übergeben, ähnlich wie wir es mit den Anträgen gemacht haben, die seitens der städtischen Arbeiter eingegangen und deren Anträge in der Lohndeputation behandelt sind.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte den Antrag des Herrn Stadtv. Rönneburg unterstützen und daran erinnern, daß es dem bisherigen Brauche der Versammlung entspricht, Angelegenheiten, mit denen der Magistrat sich noch nicht befaßt hat, Ihrerseits noch nicht zu behandeln. Ich würde darnach annehmen, daß der Antrag Rönneburg sich nur auf diejenigen Angelegenheiten bezieht, die der Magistrat schon behandelt hat. Der Herr Vorsitzende wird vielleicht zweckmäßig dem früheren Brauche entsprechend eine Sonderung der Eingaben eintreten lassen.

Stadtv. Dr. Wolters: Ich stimme dem Antrage des Herrn Rönneburg grundsätzlich zu, möchte aber ergänzend bemerken, daß der Lohndeputation oder Gehaltsdeputation Gelegenheit gegeben werden müßte, die Sachen durchzusprechen. Ich möchte deshalb empfehlen, die Eingaben zunächst den entsprechenden Deputationen zu überweisen.

Stadtv. Jahn: Ich stimme diesem Antrage zu, möchte aber bitten, den Wunsch der Hilfschreiber vor allen Dingen zu berücksichtigen, da deren Anstellungs- und Befoldungsverhältnisse absolut unzureichend und diese Verhältnisse von der allgemeinen Gehaltsregulierung unabhängig sind.

Vorsitzender: Vom Arbeiter-Sport-Kartell ist eine Eingabe mit einer langen Entschließung eingegangen. Die Entschließung ist ja auch in der Presse mitgeteilt, so daß ich sie nicht zu verlesen brauche. Ich glaube, wir können mit dieser Eingabe ähnlich verfahren wie mit den übrigen.

Sodann sind einige neue Anträge und Anfragen heute eingegangen:

- Ein Antrag von Herrn Frede:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, bei dem zuständigen Reichskommissar dahin vorstellig zu werden, daß bei denjenigen

gewerblichen Betrieben, welche während des Krieges aus Mangel an Arbeit oder Arbeitskräften stark eingeschränkt oder gar geschlossen waren, bei der Berechnung des Verbrauchs elektrischer Energie das letzte Friedensjahr zugrunde gelegt wird."

Eine Anfrage des Herrn R i c h t e r:

"Was gedenkt der Magistrat zu tun, um dgs lange und vergebliche Warten bei der Altbekleidungsstelle zu verhindern?"

Ist dem Magistrat bekannt, daß am Sonnabend, dem 1. Februar, in der Altbekleidungsstelle Jacketts und Röcke ohne Bezugsschein verkauft sind, ohne daß der Verkauf bekanntgemacht ist?"

Ein dringender Antrag des Herrn Dr. W o l t e r s namens der Partei „Bürgerliche Gruppe“:

„Zu der Verfügung des Volkskommissariats für das Innere vom 7. d. Mts., mit der das an die Landesregierung gerichtete Ersuchen der städtischen Behörden vom 3. d. Mts. wegen Schutz vor Gewalttätigkeiten gegenüber der Einwohnerschaft und vor ungesetzlichen Eingriffen in hiesige Gewerbebetriebe beantwortet ist, erklärt die Stadtverordnetenversammlung folgendes:

1. Das Volkskommissariat für das Innere ist für seine Verfügung nicht zuständig. Der Inhalt der Verfügung verletzt das durch die Verfassung und die Städteordnung gewährleistete Selbstverwaltungsrecht der Städte. Die Verfügung ist sachlich unzutreffend.

2. Die Stadtverordnetenversammlung weist die ihr in der Verfügung gemachten Unterstellungen und Vorwürfe nachdrücklich zurück.

3. Die Stadtverordnetenversammlung hält ihren Beschluß vom 30. vor. Mts., dem der Magistrat nach seinem Schreiben an die Landesregierung vom 3. d. Mts. beigetreten ist, aufrecht und erwartet, daß die Landesregierung dem Beschlusse der städtischen Behörden Folge gibt."

Von der gleichen Gruppe ist durch Herrn Dr. W o l t e r s folgender dringende Antrag eingereicht:

"Der Magistrat wolle die Landesregierung ersuchen, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß sich von den in der Stadt Braunschweig befindlichen Arbeitslosen geeignete Kräfte zur Braunkohlenförderung und zu landwirtschaftlichen Arbeiten unverzüglich zur Verfügung stellen, nötigenfalls und bedingungsweise unter Lohnzuschußleistung der Stadt."

Ein weiterer dringender Antrag von der gleichen Gruppe, auch von Herrn Dr. W o l t e r s eingereicht:

"Der Magistrat wolle die Landesregierung ersuchen, der Landesversammlung zur Änderung der Bestimmungen von § 203 ff. der Städteordnung einen Gesetz-

entwurf vorzulegen, durch den die Haftung der Städte für Aufrufschäden beseitigt wird."

Sodann ein dringlicher Antrag des Herrn G e n z e n:

"Der Nationale Frauendienst hat am 1. Februar seine Tätigkeit eingestellt. Diejenigen Kriegerfrauen, deren Männer noch nicht entlassen sind (Kriegsgefangene usw.), sind durch das Aufhören der Unterstützungen des Nationalen Frauendienstes in ihrem ohnehin geringen Einkommen geschädigt."

Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Sätze der Familienunterstützung um 25 Prozent zu erhöhen."

Eine Anfrage des Herrn G e n z e n:

"Im Herbst vorigen Jahres erklärte der Magistrat, für die zu Ostern schulentlassene Jugend billige Anzüge beschaffen zu wollen. Der Magistrat wird ersucht, Auskunft zu geben, was bisher in dieser Sache geschehen ist."

Eine weitere Anfrage des Herrn G e n z e n:

"Kann der Magistrat Auskunft geben, wie es kommt, daß noch kein Buchöl herausgegeben wird?"

In der Schule an der Pestalozzistraße haben die Kinder für die gesammelten Bucheckern, trotzdem der betreffende Lehrer sich alle erdenkliche Mühe gegeben hat, bisher weder Geld noch Öl erhalten."

Eine Anfrage des Herrn J a h n s:

"Ist der Stadtmagistrat in der Lage, Auskunft darüber zu geben, wo die 11 Waggon Lebensmittel im Werte von $\frac{3}{4}$ bis $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark geblieben sind, die von der Kantine der 50. Reservedivision dem Magistrat zur Verfügung gestellt, aber nicht mehr erfaßbar waren, als dieselben von der Stadt abgenommen werden sollten?"

Sodann ist eine „Entschließung“ beantragt von der deutschen demokratischen Fraktion:

"Auf das am 3. Februar d. J. von den städtischen Behörden an das Volkskommissariat für Inneres gerichtete Ersuchen ist von letzterem eine Antwort erteilt worden, die nach Inhalt und Form entschieden gemißbilligt werden muß."

Ein sachliches Eingehen auf das Ersuchen ist überhaupt nicht erfolgt, dagegen enthält das Schreiben des Volkskommissariats neben unrichtigen und unbewiesenen Behauptungen eine Zurechtweisung der städtischen Behörden, die ebenso unstatthaft wie verlegend ist, gegen die auf das entschiedenste Verwahrung eingelegt und die mit Entrüstung zurückgewiesen wird."

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Verlängerung des Vertrages wegen Aufstellung und Unterhaltung der Anschlagssäulen in den Straßen der Stadt.

Stadtv. **Meyerhoff**: Geehrte Anwesende! Schon in der vorigen Sitzung haben wir uns mit dieser Angelegenheit beschäftigt, sie ist auf Anregung des Herrn Dr. Jasper an die Kommission zurückverwiesen. Ein schriftlicher Antrag seitens des Herrn Dr. Jasper liegt nicht vor, seine Absicht ging dahin, einen für die Stadt günstigeren Vertrag zustande zu bringen. Der Rechtsausschuß ist der Aufforderung nachgekommen und ist der Ansicht, daß es zweckmäßig ist, daß vorläufig bis zum 1. April der alte Vertrag verlängert wird und der Magistrat uns während dieser Zeit eine Vorlage bringt, worin eine Miete für Benutzung der städtischen Straßen zur Aufstellung der Anschlagssäulen mit den Willefschen Erben vereinbart wird. Ich habe diese Entschliebung mitzuteilen und bitte, ihr zuzustimmen.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich will mich damit bescheiden, daß bis zum 1. April die Dinge noch so bleiben wie bisher, denn es ist bis dahin keine lange Zeit, und eine Neuregelung würde immerhin eine gewisse Zeit erfordern. Aber ich bitte gleichzeitig, bei der Vorbereitung der künftigen Neuregelung nicht nur darauf Bedacht zu nehmen, daß eine Miete erzielt wird, sondern daß das ganze Wesen der Anschlagssäulen anders geregelt wird. Ich sehe keine Notwendigkeit dafür ein, daß die Aufstellung und Benutzung der Anschlagssäulen an einen Unternehmer vermietet werden und ein Entgelt dafür gegeben wird. Es kommt mir nicht allein darauf an, daß eine Geldeinnahme erzielt wird, sondern vor allem, daß der Einfluß der Stadt auf die Benutzung der Anschlagssäulen gewahrt wird, denn es kommen manchmal Plakate vor, die nicht im Interesse der Stadt liegen. Ich kann mir sehr wohl denken, daß durch städtische Angestellte dieses Plakatwesen geregelt wird. Es wird später Gelegenheit sein, im einzelnen auf diese Sache einzugehen, nur möchte ich jetzt schon bitten, in dieser Beziehung die Angelegenheit sachlich zu prüfen.

Der Antrag des Rechtsausschusses auf eine Neuregelung zum 1. April wird angenommen.

2. Antrag Blumeier, betr. Hinwirkung auf den Abbau der hohen Lebensmittelpreise.

Wortlaut des Antrages: „Der Stadtmagistrat wird ersucht, sofort mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für einen Abbau der hohen Lebensmittelpreise einzutreten.“

Stadtv. **Blumeier** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Ich glaube annehmen zu können, daß ich mit meiner Meinung auf wenig Widerstand

stoßen werde, wenn ich ausspreche, daß durch die Unvernunft der Behörden während der Kriegszeit eine unverantwortliche und unbegreifliche Bewucherung der Bevölkerung von seiten der Produzenten stattgefunden hat, wozu auch die Fabrikanten, die Mühlen, Raffinerien und zum Teil die Kriegsgesellschaften zu rechnen sind. Zur Beweisführung möchte ich auf die Preisgestaltung einiger Waren eingehen, zunächst auf die des Brotes.

Ende Juli 1914, als die Roggenernte beendet war, konnte man dieses Getreide zu einem Preise von 140 *M* pro Tonne kaufen, und es wurden zu diesem Preise auch Abschlüsse getätigt. Als nach Ausbruch des Krieges vierzehn Tage ins Land gegangen waren, bewilligten die Proviantämter 190 *M* für die Tonne Roggen, und dieser Preis stieg nach einigen Monaten auf 220 *M*, und das wurde denn auch der Höchstpreis. Ich stelle fest, daß den Landwirten, ohne daß sie einen Pfennig Mehrlohn oder anderweitige Unkosten hatten, nur weil Krieg war, eine 50prozentige Preiserhöhung bewilligt wurde: Die Preise stiegen dann immer weiter, bis mit den Druschprämien, Schnelligkeitsprämien und wie die Liebesgaben alle heißen, im vorigen Jahre der Preis von 400 *M* erreicht war. Wenn man sich nach dem Grunde für diese hohen Preise erkundigte, so bekam man von den Behörden zur Antwort: Es müssen immer höhere Preise bewilligt werden, weil das einen Anreiz zur Produktion gibt. Noch nie ist nach einfältigeren Voraussetzungen gehandelt worden, denn kein Atom Getreide wurde deswegen mehr herangeschafft, sondern die Landwirte haben immer nur das angebaut, was ihnen das meiste Geld brachte und nicht nach dem moralischen Gesichtspunkte der Notwendigkeiten für das Vaterland ihr Land beackert. Anschließend muß ich erwähnen, daß die Landwirte in ihren Forderungen bestärkt worden sind durch die von den Besitzenden und den Kriegsgewinnlern gezahlten Schleichhandelspreise. Wenn es geschieht, wie in jüngster Zeit, daß der Landwirt für ein Ei 1 *M* nimmt, dann müßten ihm die Finger abgehackt werden. Tatsache aber ist es, daß dieser Preis gefordert und bezahlt wird.

Die Mahllöhne waren zu Anfang des Krieges ungefähr 9—11 *M* pro Tonne, und gleich nach Ausbruch des Krieges, als die Behörden sich mit der Sache beschäftigten, wurden den Mühlen 15—20 *M* Mahllohn bewilligt. Wie der Kriegsausdruck lautet, haben sich die Mühlen während der Kriegszeit alle „gesund gemacht“; das sehen wir an der Roggenmühle und an der Mühle Rüningen. Auch unsere Neustadtmühle hat erhöhte Überschüsse gemacht, wenn auch lange nicht diese hohen Mahllöhne in Rechnung gestellt wurden, wie sie von der Reichsgetreidegesellschaft vorgesehen waren. So ist mittlerweile der Brotpreis im Laufe des Krieges von 11 auf 24 Pfennig gestiegen, und genau so, wie mit diesem einen Artikel, ist es mit anderen gegangen. Es ist eine Schraube ohne Ende, und man weiß nicht, wohin die Sache noch einmal hingehen soll.

Der Zuckerrübenpreis ist von 80 Pf. für den Zentner auf 3 *M* gestiegen, der Preis für Zucker von 22 auf 50 Pf. für das Pfund, die Marmelade von 30 Pf. auf 1 *M*, trotzdem mir noch vor drei Wochen ein Konervenfabrikant sagte, daß die Hälfte des Preises ausreichend wäre. Die Butter ist von 1,40 *M* auf 4 *M* gestiegen, und dabei ist die Qualität schlechter geworden. Vor allem ist ein hoher Wassergehalt in der Butter enthalten, ganz besonders jetzt, seitdem die Stadt einen eigenen Betrieb in der Butterformerei hat. Während das durchschnittliche Höchstmaß an Wassergehalt 15—16 Prozent sein darf, ist bei der städtischen Butter, seitdem der stückweise Verkauf eingerichtet ist, ein Wassergehalt von 18—20 Prozent festgestellt; es scheint so, als ob Herr Stadtrat Wagner den Bogen noch nicht heraus hat, aber es ist an der Zeit, daß der Wassergehalt ermäßigt wird, oder es müßte den Empfängern wenigstens eine Preisermäßigung zugute kommen. Selbstverständlich ist es richtiger, wenn sich der Magistrat nach den gesetzlichen Bestimmungen, betreffend den Wassergehalt, richtet.

Ganz unbegreiflich waren die letztjährigen Preiserhöhungen der landwirtschaftlichen Artikel, trotzdem gute Ernten bevorstanden und tatsächlich auch gemacht sind. Wir haben noch nie solche große Gemüseernte in Deutschland gehabt als in diesem Jahre, und auch die Getreideernte war besser als in früheren Jahren, trotzdem wurden immer höhere Preise bewilligt.

Die Einrichtung der Kriegsgesellschaften während der Kriegszeit war ein notwendiges Übel; sie haben sich aber zu kostspieligen und umständlichen Apparaten herausgebildet, und man kann wohl direkt behaupten, daß sie sich zu reinen Verteuerungsgesellschaften entwickelt haben, so daß auch da ein Abbau stattfinden muß. Als Beispiel möchte ich erwähnen, daß die Reichskleidergesellschaft die beschlagnahmten Waren mit einem Aufschlag von 300 Prozent zurückgibt, was nachweislich festgestellt ist. Dieser Tage ist folgendes vorgekommen: Ein Grossist hat von der Sodaverwertungsgesellschaft 2000 kg Soda angefordert; 700 kg sind ihm geliefert, aber er mußte die Gebühr für 2000 kg bezahlen, und auf seinen Einspruch wurde ihm erwidert: „So lauten unsere Bestimmungen; für das, was bestellt wird, muß auch die Gebühr bezahlt werden. Das ist gerade so, als wenn jemand ein Pfund Butter fordert und nur 70 g bekommt, aber der Verkäufer die Spesen für das ganze Pfund berechnet. Ich habe in der Zeitung gelesen, daß jetzt ja an den Abbau der Kriegsgesellschaften herangegangen wird, und es tut auch wirklich not, daß das so schnell wie möglich erledigt wird. Ich denke dabei auch an unseren Landeseinkauf, der auch weiter nichts ist als eine Kriegsgesellschaft und zu ihnen hinzugerechnet werden muß. Interessant wäre es übrigens, einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Landeseinkaufs zu erhalten.“

Ich glaube, mit diesen kleinen Beispielen den Beweis erbracht zu haben, daß während der ganzen Kriegszeit die allgemeinen Interessen von Seiten der Behörden

gar nicht beachtet sind. Es tut not, daß die Liebedienerei gegenüber der Landwirtschaft aufhört und ein Abbau der hochgeschraubten Preise eintritt. Die Folge der hohen Preise war, daß auch die Löhne gesteigert werden mußten; aber diese sind lange nicht dem nachgekommen, wie die Erhöhung der Lebensmittelpreise vorgeschritten ist, denn durchschnittlich sind die Lebensmittel um 300 Prozent gestiegen, was man von den Löhnen heute noch nicht sagen kann. Zum Teil hört man die Ansicht, daß die vom Auslande hereinkommenden Waren einen Druck auf die hohen Preise ausüben werden, und daß dann wieder Angebot und Nachfrage die Preise regeln werden. Aber ich glaube nicht daran. In Anbetracht der ganzen Verhältnisse werden wir die Auslandswaren sicher nicht billig bekommen; es müssen Schritte in die Wege geleitet werden, damit bei uns selbst die hohen Lebensmittelpreise abgebaut werden. Ich halte es für die Pflicht des Magistrats, als des Vertreters von fast 150 000 Verbrauchern, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln versucht, auf die Behörden in diesem Sinne einzuwirken. Vor allen Dingen ist es nötig, daß bei der Landesregierung interpelliert wird. Sie ist sonst sehr schnell in ihren Maßnahmen und behauptet in ihrem Amtsblatte, daß sie großzügig in jeder Beziehung ist. Leider muß ich es aussprechen, daß ich auf diesem Gebiete von ihr noch nichts gesehen und gehört habe, und es wird Zeit, daß auch von ihr einmal an diese Sache gedacht wird.

Ich bitte Sie, sich mit meinem Antrage einverstanden zu erklären, die Parole muß auf der ganzen Linie sein: Herunter mit den hohen Lebensmittelpreisen!

Die Versammlung ist einstimmig für dringliche Behandlung des Antrages.

Stadtv. Mönneburg: Ich möchte mich nur ganz kurz zu dem Antrage äußern und unser volles Einverständnis dazu erklären. Auch wir sehen die Hauptaufgabe darin, daß wir mit allen Mitteln versuchen, die so hoch gestiegenen Lebensmittelpreise, von denen wiederum die anderen Preise abhängen, herunterzudrücken. Wenn wir einen Ausgleich der hohen Preise durch Lohnerhöhungen erhoffen, dann würden wir uns auf einem falschen Wege befinden. Das wäre volkswirtschaftlich unrichtig und eine Schraube ohne Ende, denn die Lohnerhöhungen verteuern die Preise der Lebensbedürfnisse. Unmöglich aber ist es, daß eine Kommune in dieser Sache grundlegende Arbeit leisten kann, und selbst für einen Bundesstaat von der Größe Braunschweigs ist es unmöglich, daß er auf die Lebensmittelpreise einen maßgebenden Einfluß gewinnen kann. Was möglich ist, das ist, daß unsere braunschweigische Landesregierung sich mit den maßgebenden Faktoren im Reiche in Verbindung setzt, um Beschlüsse herbeizuführen, die als Ziel eine Herabsetzung der Preise für alle Lebensbedürfnisse haben. Diese Herabsetzung ist zwar noch von anderen Faktoren abhängig, aber fraglos kann von der Reichsregierung manches geschehen, was geeignet ist, unserem Wunsche Rechnung zu tragen. Ich schließe.

mich deshalb dem Antrage des Herrn Blumeier an. Wir hoffen, daß derartige Anträge und Vorstellungen, die seitens unserer städtischen Behörden erhoben werden, zusammenklingen mit dem Rufe aus allen Stadt- und Landgemeinden unseres Landes und darüber hinaus, so daß ein machtvoller Einheitswille der gesamten Verbraucherfreise in Erscheinung tritt.

Stadtrat von Frankenberg: Wenn die Versammlung, wie zu erwarten steht, einmütig dem Antrage zustimmt, so glaube ich kaum, daß der Magistrat dagegen Bedenken geltend machen wird. Die Hebung der Preise liegt in der Hauptsache daran, daß die Rohstoffe, die uns zur Verfügung gestellt werden, insbesondere das Brotgetreide, allmählich auf die Höhe der Preise geführt sind, während diejenigen Aufschläge, die hier für die Verarbeitung und für den Vertrieb genommen sind, verhältnismäßig gering gewesen sind. Herr Stadtv. Blumeier gehört von Anfang an dem Mehlmehlbereitungs- und dem Ernährungsausschuß an und ist mit uns genau darüber unterrichtet, daß wir bemüht gewesen sind, die Spannung zwischen Ein- und Verkaufspreis und den Verdienst des Zwischenhandels der Handwerker und der Bäckereien, bei dem auch der allgemeine Konsumverein mit beteiligt ist, in den bescheidensten Grenzen zu halten. Selbstverständlich mußte auch da dem Steigen der Rohstoffe, der Feuerungsmittel und der Löhne Rechnung getragen werden. Wird der Antrag angenommen, so wird das mit dazu beitragen, daß die Steigerung der Preise für Rohstoffe Einhalt bekommt und durch das Sinken der Preise für Rohstoffe auch ein Sinken der Löhne herbeigeführt wird.

Stadtv. Lohmann: Meine Damen und Herren! Ich hätte nicht zu diesem Punkte gesprochen, denn die Begründung des Antrages hat Herr Blumeier schon in genügender Weise vorgebracht, aber ich möchte mich doch mit einigen Worten gegen die Ausführungen des Herrn Rönneburg wenden, nach denen man glauben sollte, daß an den hohen Preisen für die Lebensmittel die Arbeiter schuld sind, weil sie die ungeheuren Löhne bekommen. Das ist nicht an dem. (Zuruf Rönneburg: Das habe ich nicht gesagt.) Es wurde schon von Herrn Stadtrat von Frankenberg und von dem Herrn Antragsteller gesagt, daß nur die hohen Preise für die Rohmaterialien diese hohen Löhne hervorgerufen haben. Es wird jedem bekannt sein, daß die Erhöhung der Löhne bedeutend später eingetreten ist als die Erhöhung der Rohmaterialien, daß die Bevölkerung schon sehr lange die hohen Preise für Lebensmittel und sonstige Sachen zum Lebensunterhalte hat bezahlen müssen und daß man erst dann dazu gekommen ist, die Forderung nach höheren Löhnen zu stellen. Nicht die Löhne sind schuld an den hohen Preisen, sondern die Erzeuger der Rohmaterialien; das möchte ich feststellen.

Stadtrat **Wagner**: Wir haben seitens des Magistrats selbstverständlich auch das Bestreben, eine Herabminderung der hohen Preise für Lebensmittel herbeizuführen, trotzdem muß ich aus meinem Geschäftsbereich leider in Aussicht stellen, daß möglicherweise noch eine weitere Verteuerung der Fleischpreise eintreten wird, und zwar dadurch herbeigeführt, daß die Löhne im Fleischnergewerbe gestiegen sind und die Rohmaterialien, die Betriebsmittel, Kohlen usw. teurer geworden sind. Es ist auch im Fleischnergewerbe der achtstündige Arbeitstag eingeführt, und es ist abgelehnt, eine Überschreitung dieser Arbeitszeit vorzunehmen, um allwöchentlich in zwei Tagen unsere Wurstfabrikation vorzunehmen. Infolgedessen müssen wir jetzt zur Wurstherstellung drei Tage arbeiten und 25 Zentner Kohlen mehr verbrauchen. Alles das verteuert die Sache. Dazu kommt, daß nach Rückkehr zahlreicher Personen aus dem Felde die Zahl der städtischen Fleischermeister so groß geworden ist, daß jeder von ihnen nur einen kleinen Kundenkreis behält und — wie von ihnen behauptet wird —, bei dem durch die geringe Fleischration bedingten kleinen Umsatze nicht mehr sein Auskommen hat. Die Innung hat deswegen auch schon eine Eingabe gemacht. Die vielen Gesellen, die im Felde gewesen — es waren gerade unter den Schlachtern viele vollkräftige, felddienstfähige Leute — und nun zurückgekommen sind, müssen, wenn es irgend möglich ist, in Arbeit gebracht werden, aber bei dem geringen Umsatz in den einzelnen Geschäften bleibt für die Gesellen so wenig zu tun, daß ein wirtschaftliches Arbeiten nicht möglich ist. So behaupten die Fleischermeister, daß sie mit der gegenwärtigen Preisspanne von 30 Pf. auf das Pfund Ware nicht auskommen können. Wenn der Nachweis erbracht wird, daß das stimmt, so werden wir, so leid es uns tut, nicht anders können, als zur Erhöhung des Fleischpreises zu greifen. Es ist das eben eine Folge der herrschenden Teuerung, die alle und jede Herstellung verteuert.

Was den Butterpreis anbelangt, so hat Herr Blumeier die Erhöhung desselben in Beziehung gebracht zur Einrichtung der städtischen Buttersormerei. Diese Darstellung könnte einen falschen Eindruck erwecken. Die Sache liegt so: Gerade um dieselbe Zeit, als der Erzeugerhöchstpreis für Butter von seiten der Landesfettstelle wesentlich heraufgesetzt wurde, haben wir zufällig unsere Butterformerei in Betrieb genommen. Wenn es nun vorgekommen ist, daß die Butter bis zu 20 Prozent Wassergehalt gehabt hat, so ist das bedauerlich, aber nachdem es uns gemeldet wurde, haben wir die Butter sofort daraufhin untersuchen lassen. Es liegt das aber schon recht weit zurück. Wir haben veranlaßt, daß jedes einzelne Faß Butter, das bei uns eingeht, mit einem besonderen Apparat auf den Wassergehalt der Butter untersucht wird. Es kostet das wieder eine volle Arbeitskraft, die nichts weiter zu tun hat, aber es hat sich auch dabei herausgestellt, daß von ländlichen Molkereien uns teilweise Butter zugeföhrt wird, die bis zu 28 Prozent

Wasser enthält. Um das Wasser herauszubringen, muß dann die Butter ausgeknetet werden. Seit längerer Zeit werden Sie nicht mehr haben feststellen können, daß die von uns herausgegebene Butter mehr Wassergehalt als den zulässigen von 16 Prozent gehabt hat. Es ist in dieser Beziehung also sofort von uns eingeschritten worden.

Stadtv. Stegmann: Den trefflichen Ausführungen des Herrn Blumeier dürfte wohl niemand in diesem Saale widersprechen. Ich möchte speziell noch hinweisen auf die Erhöhung der Kartoffelpreise, die das Drei- bis Vierfache des früheren Preises ausmachen. Als wir im vorigen Sommer vor der neuen Ernte standen, war es Tatsache, daß im Schleichhandel Kartoffeln mit 50—60 Pf. das Pfund bezahlt wurden. Ferner weise ich darauf hin, daß auch die Gemüsepreise in unerhörter Weise gestiegen sind, und zwar auf 300—500 Prozent des früheren Standes. Das kam recht deutlich in der Landesgemüsestelle zum Ausdruck. Damals, als die Preisprüfungsstellen eingerichtet wurden, waren die Landleute mit ihren Forderungen noch schüchtern. Im Jahre 1916 suchten sie ihre höheren Preise mit höheren Produktionskosten, mit höheren Löhnen, die aber damals noch nicht besonders gestiegen waren, mit den höheren Preisen für Dünger usw. zu begründen. Aber später wurden sie immer unverschämter, und im letzten Jahre hielten es die Interessenten überhaupt nicht mehr für nötig, der Landesgemüsestelle die geringste Begründung für eine weitere Erhöhung der Preise zu geben. Es wurde einfach erklärt, es müßte den Landwirten ein Anreiz gegeben werden, sonst produzierten sie überhaupt nichts mehr. Ebenso ging es in der Landesfettstelle; auch dort war man anfangs schüchtern, später aber nicht mehr und erhöhte die Milch- und Butterpreise ohne jede Begründung. Der einzige Grund, den man anführen konnte, war wieder, es müsse ein Anreiz zur Viehhaltung gegeben werden, und wenn wir nicht mehr bewilligten, gäbe es noch weniger Milch, Butter und Käse. Es ist von seiten der Konsumenten und der städtischen Vertreter wiederholt gesagt worden, daß nicht daran zu denken sei, durch Erhöhung der Preise eine Erhöhung der Produktion zu erreichen, aber es half nichts. Die Interessenten diktierten, von oben herunter wurde das System unterstützt, und so ging die Schraube ohne Ende weiter. Man sollte meinen, die Herren hätten nun wirklich genug eingeheimst. Richtig ist es jedenfalls, daß es unter keinen Umständen so weitergehen kann. Ein Keil treibt den andern: Je höher die Preise für Lebensmittel steigen, um so höher müssen die Löhne festgesetzt werden, bis schließlich der wirtschaftliche Zusammenbruch unvermeidlich sein wird. Es bleibt weiter nichts übrig, als einen Abbau der Preise herbeizuführen, und die einzige Stelle, wo damit begonnen werden kann, sind die landwirtschaftlichen Produkte. Ich bin fest überzeugt, daß die Herrschaften auf dem Lande auch noch genug verdienen, wenn mit einem Abbau der Preise um 25 Prozent jetzt begonnen würde. Statt eines Abbaues der Preise las man dieser

Tage in der landwirtschaftlichen Beilage zur Landeszeitung, daß die Herren mit den jetzigen Preisen noch nicht zufrieden sind: „Dir Kartoffelpreise seien viel zu niedrig, sie müßten erhöht werden, sonst könnten sie nicht existieren.“ Solcher Unverschämtheit müßte von allen in Betracht kommenden Instanzen entgegengetreten werden, und deshalb begrüße ich den Antrag des Herrn Blumeier. Auch der Magistrat müßte durch die Landesregierung dahin wirken, daß auf diesem Gebiete ein Abbau stattfindet. Die braunschweigische Landesregierung müßte gemeinsam mit den anderen Landesregierungen an die Reichsregierung herantreten, damit mit dem bisherigen System unbedingt gebrochen wird, sonst erfahren wir einen Zusammenbruch, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann.

Stadtv. Lehnert: Meine Damen und Herren! Wenn wir uns vor Augen führen, in welcher Art und Weise die Preistreiberereien eingesetzt haben, dann kann man nicht behaupten, daß sie durch Lohnerhöhungen und Streiks geschehen sind. Es hat einfach die Reichsregierung der Landwirtschaft die tiefsten Böcklinge gemacht. Ich möchte z. B. erinnern an die fortwährende Erhöhung der Druschprämien. Ist dies gerechtfertigt? Es ist ein Skandal, wenn in dieser Weise fort und fort die Preise der notwendigsten Lebensmittel verteuert werden. Ich verstehe nicht, daß einfach für alle möglichen Dinge Höchstpreise festgesetzt werden. Ob man auch bei den Heidelbeeren mit zivilen Streiks gerechnet hat, und ob man wohl deshalb solche Preise für Heidelbeeren festgesetzt hat? Ich bin ferner erstaunt über die hohen Preise für sämtliche Obstsorten. In den Braunschweiger Läden, wo man sonst Obst und ähnliche Sachen bekommen konnte, ist es vorgekommen, daß es eine Sehenswürdigkeit war, wenn man sie dort zu Gesicht bekam. Sind nicht große Teile der Bevölkerung darauf angewiesen gewesen, wenn sie einen Apfel essen wollten, daß sie einfach auf die Chaussees gingen und Plünderungen vornahmen? Liegt es im Interesse des Staates, daß so etwas vorkommt? Ist nicht der Staat derjenige, der dies alles verursacht hat? Die Preiserhöhung ist ganz einfach die Schuld des Staates, der solche Preise festgesetzt und gezahlt hat. Es ist schon angeführt, und auch Herr Stadtrat von Frankenberg hat sich dahin geäußert, daß wir unbedingt darnach trachten müssen, daß das Reich hier eingreift, während es die Gemeinden schlecht tun könnten. Wir müssen uns das zu eigen machen, was die Landwirte im Zirkus Busch getan haben: sie haben geschrien und fortwährend geschrien, bis es nach oben hin gedrungen ist. Kein einziger hier im Saale kann mit dem auskommen, was ihm seitens der Behörden oder des Magistrats zur Verfügung gestellt worden ist. Wenn irgend einer behauptet, er wäre damit aus gekommen, dann stelle ich fest, daß er sich von Gesangsversen und Bibelprüchen ernährt hat, aber dann konnte man ihm auch das Wasser unser durch die Backen lassen. Der Körper will doch nicht allein geistige Nahrung

haben, sondern auch etwas zum Verdauen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß es höchste Zeit ist, daß in den hohen Lebensmittelpreisen Remedur geschaffen wird. Den Landwirten darf nicht mehr mit Gewalt das Geld in die Tasche geschesselt werden; sie sagen selbst: Es wird uns mit Gewalt hineingeschoben. Der Worte sind genug gewechselt, wir wollen jetzt Taten sehen.

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte nur einer Behauptung des Herrn Kollegen Tostmann widersprechen; er hat mich sicher mißverstanden. Ich habe nichts von dem gesagt, was Herr Tostmann glaubte feststellen zu können, und es würde ihm schwer fallen, aus dem Stenogramm den Nachweis für seine Behauptung zu erbringen. Ich habe mich im Gegenteil der Meinung des Herrn Blumeier angeschlossen und muß ihm zugeben, daß der erste Antrieß zur Erhöhung der Preise durch die Militärverwaltung gegeben ist. Diese ist unsinnig verfahren, indem sie die Preise für alle möglichen Bedürfnisse des Heeres unnötig heraufgetrieben hat, und es hat tatsächlich eine ganze Zeit gedauert, ehe die Erhöhung der Arbeitslöhne nachgefolgt ist. Daß in der letzten Zeit unsinnige Lohnerhöhungen gefordert sind, und daß diese dann weiter mit dazu beigetragen haben, ebenfalls die Lebensmittelpreise zu erhöhen, wird sicher Herr Tostmann nicht bestreiten. Für viele hat gerade die revolutionäre Bewegung die Möglichkeit zu einer tiefgreifenden Lohnerhöhung gegeben. Das ist auch von allen sozialistischen Gruppen — ich erinnere nur an den Volksbeauftragten Barth — als ein unrichtiges Vorgehen hingestellt worden. Es ist aber wahr: Das Begehren war nachgerufen, und dazu kam der verhältnismäßige Wohlstand in verschiedenen Produzentengruppen. So kann man es verstehen, wenn alle Rücksicht fiel und jeder sein Stückchen zu erraffen suchte. In der Beurteilung der Ursachen der teureren Preise sind wir uns ganz einig; ich sehe durchaus nicht die entscheidende Wirkung in der Erhöhung der Löhne. Ich bin auch der Meinung, daß die Landesregierung hier eine Aufgabe vor sich hat, die des Schweißes der Edlen wert ist. Wenn von irgend einer Arbeit etwas Gutes kommen kann, so ist es hier der Fall. Unsere Regierung will sonst alles mögliche Gute bringen, hier aber würde in allererster Linie einzusetzen sein, und ich habe mit Herrn Blumeier schon lange darauf gewartet, daß in dieser Sache von unserer Regierung etwas geschehen würde.

Stadtv. Dr. Wolters: Dem Antrage des Herrn Blumeier stehen meine politischen Freunde und ich durchaus sympathisch gegenüber. Es richtet sich der Antrag an den Magistrat, und wahrscheinlich wird beabsichtigt, daß der Magistrat in dem Sinne, wie die Versammlung beschließen wird, bei der Landesregierung vorstellig werden soll. Zweifellos wird sich die Landesregierung dieser Anregung nicht verschließen, ich fürchte nur, sie wird nicht zum Ziele kommen können, wenn

sie nicht an der Stelle, wo der Hebel anzusetzen ist, die nötige Unterstützung findet: das ist die Reichsstelle. Ich höre ja, der Landtag ist vertagt, aber ich sollte meinen, daß der Landtag die richtige Stelle sein würde, um diese Beschwerde voll zur Geltung zu bringen.

Stadtv. **Heinr. Rietz I:** Ich habe der Begründung des Herrn Blumeier nichts hinzuzufügen, aber feststellen möchte ich, daß in den verschiedenen Jahren zu Duzenden von Malen gleiche Anträge hier gestellt sind, jedoch immer mit negativem Erfolge. Wir von unserer Partei stehen auf dem Standpunkte, daß selbstredend die Lebensmittelpreise abgebaut werden müssen, und zwar zweimal, und daß man dann erst daran denken kann, die Löhne zu regeln. (Sehr richtig!) Von dem Anreiz, der jedem Landwirte gegeben war, von den hohen Preisen Gebrauch zu machen, ist von ihnen Folge gegeben, aber die kleinen Handwerker und die Arbeiter sind einfach durch die Not der Tatsachen gezwungen worden, zu handeln. Bedenken wir nur einmal, wie von Jahr zu Jahr die Ernährung sich verschlechtert hat. Ich brauche nur an eins zu erinnern: Statt Kartoffeln sind diese Unmasse von Mohrrüben gebaut. Sie stehen heute noch, und auch Kohl können Sie noch in Masse vom Felde holen. Ich bin fest überzeugt: Wenn in rationeller Weise die Lebensmittel angebaut werden, die für das Volk die aller-notwendigsten sind, dann hätten wir keinen Mangel, und deshalb ist es am Platze, in dieser Weise vorstellig zu werden. Allerdings hat man in der Zeitung sich dagegen gewehrt und gesagt, man könne dem Landwirte nicht diktieren, was gebaut werden solle, dennoch meine ich: Roggen und Weizen ist jetzt bestellt, aber so viel Land ist noch frei, daß es eine weise und fürsorgliche Regierung — sei es nun unsere Landesregierung oder die Reichsregierung — in der Hand hätte, zu verfügen, daß soundso viel Land mit Kornfrucht und soundso viel mit Kartoffeln noch bestellt wird. Dann wären wir in der Lage, uns besser ernähren zu können und uns vom Auslande unabhängig zu machen. Meine Fraktion und ich werden den Antrag ganz entschieden unterstützen, und ich möchte hoffen, daß ihm rascher Folge gegeben wird, als es bis dato geschehen ist.

Stadtv. **Richter:** Herr Kollege Könneburg hat zugegeben, daß der erste Anreiz zu der Preissteigerung für die Lebensmittel — wie hier schon ausgeführt ist — seitens der Militärverwaltung gegeben ist, und das trifft zu. Ich möchte in der Beziehung nur auf eins aufmerksam machen. Als im Jahre 1916 die Bewegung wegen der Kartoffelknappheit bestand, da fühlte sich das 10. Armee Korps bemüßigt, die Gewerkschaften zusammenzurufen und mit ihnen zu verhandeln, damit in ihren Blättern für die Aufrechterhaltung der Ruhe geschrieben würde: Als dann im Gewerkschaftskartell darauf hingearbeitet wurde, man möge die

Landwirtschaft veranlassen, Kartoffeln zu anständigen Preisen anzubauen, da hieß die Antwort: „Die dickköpfigen Bauern ändern wir nicht, auch in 15 oder 20 und 50 Jahren nicht.“ Und wenn dann gesagt wurde, ein solches Verhalten der Landwirte zeuge nicht von Vaterlandsliebe, da wurde erwidert: Sie sind nun einmal so! Man hat den Landwirten immer durch die Finger gesehen und ihnen mehr zugeschoben, als nötig war. Betrachten wir einmal die Rehrseite der Medaille: Was erreichen wir denn durch die Steigerung der Lebensmittelpreise? Doch notwendigerweise ein starkes Steigen der Löhne, und damit verbunden ist der Umstand, daß wir unsere Produkte nicht auf den Auslandsmarkt bringen können und es zum wirtschaftlichen Zusammenbruche bei uns kommt. Bedenken Sie einmal, wieviel Mohrrüben bei diesem unverschämten Preise in diesem Jahre angebaut sind. Wie es mit dem Preise dafür zugeht, zeigt folgendes Beispiel. Als ein Bauer zur Abrechnung nach seiner Gemüfestelle hintam, um den Betrag für die von ihm abgelieferten Mohrrüben zu erheben, wurde ihm gesagt: „Sie bekommen nicht 20 *M*, sondern nur 18 *M* für den Zentner!“ Der Landwirt erwiderte darauf: „Ich habe ja nur mit 8 *M* abgeschlossen“, und darauf kommt die Entgegnung: „Ja, dieser Preis ist aber von der Gemüfestelle festgesetzt.“ Also erst ist der Preis auf 20 *M* festgesetzt, dann auf 18 ermäßigt, obwohl die Verträge mit 8 *M* getätigt waren. Es sind dem Mann schlankeweg 10 *M* pro Zentner extra in die Tasche gesteckt, und der Konsument muß bezahlen, ganz gleich, ob er kann oder nicht.

Nun sagte Herr Stadtrat Wagner, wir würden jedenfalls ohne weiteres zu einer Erhöhung der Fleischpreise kommen müssen. Wäre es da nicht angebracht, um die Fleischverteuerung hintanzuhalten, daß man erst einmal mit den Viehhandelsverbänden aufräume, die das Fleisch ungeheuer verteuern? Ich glaube, auch in dieser Beziehung sollte der Magistrat seinen Einfluß geltend machen. Bei der Gelegenheit müßte man auch erfahren, wie beim Landeseinkauf, der vorhin auch erwähnt wurde, die Sachen ähnlich liegen. Auch durch den Landeseinkauf werden Waren verteuert. Der Höchstpreis für Gelatine ist 4 *M*, und wir können auch welche vom Landeseinkauf bekommen, doch soll sie hier 16 *M* kosten. Herr Lehnert hat die Obstpreise angeführt. Ich war vor längerer Zeit im Blankenburger Kreise, und dort wurde mir mitgeteilt, daß bei der Domäne Fürstenberg ein Obstgarten mit eingeschlossen ist, und aus dem Obstverkauf hat der Pächter, der im ganzen 26 000 *M* Pacht bezahlt, 58 000 *M*, also die Pacht für zwei Jahre und noch 6000 *M* darüber, herausgeholt. Er hatte also die ganzen Morgen Land, die zu der Domäne gehören, gratis und noch 6000 *M* überschuß. Das sind Zustände, die jeder Beschreibung spotten, und es wäre notwendig, daß die allerschärfsten Mittel angewandt würden, um den wahnsinnigen Preistreibereien ein Ende zu machen. Die Lebensmittelpreise für den täglichen Bedarf müssen fallen

schon aus dem vorhin erwähnten Grunde, um für die Folgezeit im Auslande konkurrenzfähig zu sein, so daß das Wirtschaftsleben in Deutschland seinen Gang gehen kann.

Stadtv. **Benzen:** Herr Könneburg ist zu dem Schlusse gekommen, daß die heutigen Forderungen in betreff der Arbeitslöhne zum Teil ungerechtfertigt sind, daß sie zum Teil eine Höhe erreicht haben, die nicht berechtigt ist. Er hat das darauf zurückgeführt, daß nach der Revolution jeder egoistisch geworden ist und gedacht hat: Nimm, was du kriegen kannst! In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse aber doch etwas anders. Meine Damen und Herren, Sie werden alle zugestehen, daß gerade in den Kriegsjahren die Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände eine derartige Höhe erreicht haben, daß es dem Arbeiter bei seinem Lohn schlechterdings unmöglich war, Anschaffungen zu machen. Wenn man früher 30—40 *M* oder auch 60 *M* für einen Anzug bezahlte, dann muß man heute 300—400 *M* dafür ausgeben. Auch Wäsche und Schuhzeug sind hin; Neuanschaffungen sind nicht möglich gewesen, und der Arbeiter und seine Familie hat nun in den letzten Jahren das Letzte getragen, was er hatte. (Zuruf: Auch die Beamten!) Ich komme auf die Beamten noch zurück, sie bekommen ihr Teil noch. Wir wissen von den meisten Familien, wo Kinder sind, daß sie keine Strümpfe mehr anzuziehen haben, denn es ist unmöglich, die heutigen Preise dafür, 20 bis 25 *M*, auszugeben. Alte Lumpen werden zusammengeflocht, damit die Kinder Hemden anziehen können — wie ich gelesen habe, kostet ein Hemd ja 30—35 *M*. Dadurch, daß er abgerissen ist, wird der Arbeiter gezwungen, derartige hohe Arbeitslöhne zu fordern.

Es ist geschimpft worden, daß sich für die Kohlenförderung nicht genügend Arbeiter gefunden haben. Ich habe in diesen Tagen einen Artikel aus Halle gelesen, in dem geschildert ist, in welcher Weise gekleidet die Bergarbeiter gehen müssen, daß sie nicht einmal Lumpen anzuziehen haben, daß sie sich Lappen um die Füße wickeln müssen, um nicht barfuß zu gehen. Darunter leidet die Gesundheit, und es ist doch zu bedenken, daß die Arbeiter, die nicht kräftig und gesund sind, außerstande sind, Kohlen zu fördern. Da versteht man es, wenn jetzt Löhne gefordert werden, die das nachholen, was in den letzten Jahren versäumt wurde. Die Lohnforderungen der Arbeiter zeigen nicht, daß der Arbeiter egoistisch geworden ist, sondern er hat in den früheren Jahren nicht entsprechend Lohn fordern können, weil er durch die Zensur und durch den Belagerungszustand niedergehalten ist. In Braunschweig hat man Leute, die in den Fabriken ihre Kollegen aufgefordert haben, für eine Erhöhung der Löhne einzutreten, gefragt, ob sie wohl mit dem Schützengraben Bekanntschaft machen wollten. Es sind im 10. Armeekorps Spitzel eingestellt, die erforschen mußten, welche Gesinnung die

Leute hatten, und mancher Arbeiter wird sich nachher gewundert haben: Wie kommt es, daß ich jetzt im Schützengraben bin? Dann hat es sich herausgestellt, daß er durch Spitzel denunziert worden war. Heute sind die Leute freier geworden und haben das nachgeholt, was sie früher unterlassen mußten. Das haben aber nicht nur die Arbeiter getan, sondern auch Ihre Kollegen, Herr Rönneburg. Ich verdanke es ihnen nicht, daß sie auch mit Forderungen gekommen sind, und ich gebe auch zu, daß sie noch nicht die Höhe der Gehälter erreicht haben, die sie erreichen mußten. Es soll kein Vorwurf sein, wenn ich darauf hinweise, aber wer unter dem Glasdache sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Wenn ich nicht irre, haben Sie wieder den Antrag gestellt, zum 1. April die Gehälter neu zu regulieren. Nun, was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Von Herrn Stadtrat Wagner haben wir gehört, daß die Fleischermeister sagen: einzelne von ihnen könnten nicht so viel verdienen, um existieren zu können — ergo: Konsument, du mußt zahlen. Und wie der Herr Stadtrat es vortrug, schien er mit dem Antrage zu sympathisieren. Alle Klassen streben darnach, ihre Lage zu verbessern, und bei den Arbeitern kann man nicht einmal sagen „zu verbessern“, sondern nur: ein Existenzminimum zu haben. Es werden aber auch Forderungen gestellt, die absolut nicht berechtigt sind, z. B. wenn die Landwirte erklären, es müßten höhere Preise für die Kartoffeln gezahlt werden, weil die Produktionskosten höher geworden sind. In manchen Fällen mag das ja zutreffen. Herr Kollege Richter hat schon auf das Obst aufmerksam gemacht. Welcher Landwirt wird beweisen können, daß beim Obst die Produktionskosten gestiegen sind? Der Baum ist vielleicht von seinem Großvater gepflanzt worden, aber ein Zentner Äpfel, der früher 8—9 *M* kostete, hat im letzten Jahre 100 *M* gekostet. (Zuruf: 150 *M*.) Die Bienen werden sich nicht daran gekehrt haben, daß Krieg geworden ist; sie haben ihren Honig ebenso gut gefunden, wie die Bäume auch Früchte getragen haben. Aber von dem Honig, der früher zu 80 Pfennig bis 1 *M* das Pfund zu kaufen war, weiß ich nicht, ob er heute überhaupt mit Geld zu bezahlen ist. Die dummen Hühner werden auch keine Zeitung lesen und ihre Eier genau wie während des Friedens legen. Auch da sind die Produktionskosten nicht gestiegen, denn den Preis für das Korn kann man nicht rechnen; es wächst heute noch ebenso billig wie vorher. Es sind Phantasiepreise, die heute gefordert werden, und damit muß gebrochen werden. Die Stadiverordneten sind verpflichtet, bei ihrer Landesregierung und auch beim Reich vorstellig zu werden, damit etwas zum Abbau der Preise geschieht. Ich bitte Sie, alle zu diesem Antrage die Zustimmung zu geben, und das kann man heute ja auch hoffen, wenn es auch früher im hohen Hause anders war.

Stadtv. **Schmidt:** Leider muß ich sagen, daß die Schuld an diesen Preissteigerungen einzig und allein den Sünden der alten Reichsregierung zuzu-

schreiben ist. Es sind dieselben Sünden, die in dem ganzen Kriege in Erscheinung getreten sind, und an denen wir noch lange zu leiden haben werden. Ich weiß mich zu erinnern, daß zu Anfang des Krieges der Mahllohn auf 15 *M* pro Tonne festgesetzt wurde, und kaum vierzehn Tage später setzte ihn die Kriegsgetreidegesellschaft auf 20 *M* fest. Damals war noch nicht an hohe Löhne zu denken, es war eine Liebesgabe, die den Großmühlenbesitzern zugeschanzt wurde. Die ganzen Kriegsjahre beweisen, daß die Militärbehörden weit über das Maß der Entschädigungen hinausgegangen sind, die man hätte erwarten dürfen, wie das ja auch von Herrn Rönneburg angeführt ist. Auch im Bekleidungsamte und anderen wurden höhere Sätze gezahlt, als gerechtfertigt waren, und überall sehen wir, daß die Preistreiberei die Folge der Sünden der Regierung ist. Ich erinnere an die Hunderte von Kriegsgesellschaften, die entstanden sind. Wie hat man in Berlin geschrieben, daß man als Behausung für sie Hotels in Anspruch genommen hat, daß die Räume der Kriegsgesellschaften so groß waren, daß die vielen Offiziere dort in Bequemlichkeit ihre Zeit abtügen konnten und dabei ein Menü erhielten, wobei sie in 3—4 Gängen speisen konnten. Während es sonst nicht möglich war, für 1,50 *M* in den anderen Restaurants etwas zu essen zu bekommen, konnten die Herren dort für 80 Pf. speisen. Man hat von Anfang an das Entgegenkommen gesehen, das den Agrariern entgegengebracht wurde. Zu Anfang des Krieges schon wurde es ausgesprochen, daß die Agrarier die Entscheidung des Krieges hätten. Wenn man ihnen aber nicht ausreichend entgegenkam, dann machte man von seiten der Agrarier Schwierigkeiten. Ich erinnere an das erste Kriegsjahr, als man in der Lieferung von Kartoffeln ein so großes Fiasko gemacht hatte; aber in Ost- und Westpreußen hatte man die Kartoffeln beigerodet, und im Frühjahr zeigten sich die großen Vorräte. Und wenn Nachforschungen nach Lebensmitteln angestellt wurden, dann waren sie verschoben. Wer sind denn diejenigen, die wegen Schleichhandels 2—3 Jahre Gefängnis bekommen haben? Das sind nicht die kleinen Landwirte, sondern die Großgrundbesitzer in West- und Ostpreußen. Ich bin der Meinung, daß in erster Linie mit Aufräumung der ganzen Kriegsgesellschaften als solcher vorgegangen werden muß. Genau so liegt es mit dem Viehhandelsverbände. Auch dort sehen wir nur, daß die Waren verteuert werden und verhindert, daß wir überhaupt etwas bekommen. Wer kann sich nicht mehr erinnern der vielen ungehörigen Vorgänge in der Zentraleinkaufsgesellschaft. Als es noch möglich war, aus Holland Käse einzuführen, da sind in Barmen ganze Waggonn versaut, weil sie die Zentraleinkaufsgesellschaft nicht abgenommen hatte. Es mußten erst große Reisen gemacht und Tagegelder ausgegeben werden, sonst kam nichts zustande. So hat man von seiten der Regierung und ihrer Organe durch die Kriegsgesellschaften die Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel betrieben. Wenn ich richtig orientiert bin, ist es in der Bekleidung genau

ebenso zugegangen. Die teilweise aufgedeckten Vorgänge in den Kriegsgesellschaften haben bewiesen, wie dort geschoben worden ist. Ich bin der Ansicht, daß man sich dem Antrage des Herrn Blumeier voll und ganz anschließen kann. Wenn wir in dieser Richtung unseren ganzen Einfluß geltend machen, so erwerben wir uns ein Verdienst. Ich glaube auch, wie es Herr Dr. Wolters angeführt hat, daß wir es auch versuchen müssen, durch unsere Landtagsabgeordneten etwas zu erreichen, und weiter muß ein gleiches auch in den anderen Bundesstaaten geschehen. Wenn früher die Ausrede gebraucht ist: „Es kann nur so viel verteilt werden, wie da ist“, so liest man heute jeden Tag in der Zeitung, wie es in Wirklichkeit aussieht, wie in Vienenburg 70—80 Zentner Bohnen beschlagnahmt sind, wie anderwärts Rinder und anderes Vieh beschlagnahmt werden kann. Wird ein Schwein zum Schlachten angemeldet, so sind es in Wirklichkeit drei Schweine, die geschlachtet werden. Woher kommen denn alle diese Sachen? Es ist ein Skandal, daß so etwas vorkommt, wo jetzt das Fleisch der Bevölkerung grammweise zugeteilt wird und sie mit diesem Wenigen zufrieden sein muß. Nur diejenigen können leben und sich nähren, die die Schleichhandelspreise aufzubringen imstande sind. Wenn dagegen alle Leute in Wirklichkeit mit dem auskommen müßten, was von Anfang an festgesetzt war, dann wären die Preise schon längst abgebaut, und dann hätten auch die bürgerlichen Kreise mehr Nachdruck dahintergesetzt, daß mit dem Abbau der Preise vorgegangen wäre. Im ersten Kriegsjahre hat man ja mit Verzeihung auf manches geblickt, was nicht in Ordnung war, und hat auf Besserung gehofft; aber im zweiten, dritten und vierten Kriegsjahre haben wir dieselbe Erfahrung machen müssen, und die Reichsregierung hat nichts dagegen getan. Selbst wenn der Krieg noch zehn Jahre dauerte, dann wäre an einen Abbau der Preise von seiten der Produzenten nicht zu denken. Jetzt ist es Zeit, endlich einmal Remedur zu schaffen. Ich bitte Sie, dem Antrage heute zuzustimmen, und hoffe, daß auch die gesetzgebenden Körperschaften alles tun, was in ihren Kräften steht, um in dieser Richtung zu wirken.

Vorsigender: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es den Anschein hat, als ob alle an der Debatte Beteiligten sich über diesen Antrag einig sind. Wenn Einmütigkeit über diesen Antrag vorliegt, dann möchte ich die nächstfolgenden Redner, die sich noch zum Worte gemeldet haben, bitten, sich kurz zu fassen, damit wir nicht länger tagen müssen, als das vorige Mal. Wir haben doch alle Interesse daran, die Tagesordnung zu Ende zu führen. (Bravo!)

Stadtv. Lehnert: Nicht nur die Arbeiter leiden unter der Höhe der Lebensmittelpreise, sondern auch der kleine Beamtenstand. Der muß einen ganzen Instanzenweg durchmachen, wenn er eine Aufbesserung in seiner Bezahlung erhalten

will. Herr Richter hat schon gezeigt, in welcher Art und Weise man den Arbeitern, wenn sie in den Fabriken sich getrauten, den Meistern gegenüber einen Ton von Aufbesserung der Löhne zu sagen, gegenübergetreten ist. Das ist fort und fort bestritten worden, aber es ist auch bewiesen, daß die Betreffenden, sobald sie Forderungen gestellt hatten, in kurzer Zeit den roten Wisch bekamen und sich beim Bezirkskommando melden mußten. In den staatlichen Betrieben sind die Arbeiter mit Gewalt niedergehalten, damit sie keine Forderungen stellten. Es ist bewiesen, daß in einer großen Firma in Braunschweig ein Feldwebel gewesen ist, der sich den Anschein gegeben hat, als wenn er ein Mann wäre, der auf seiten der Arbeiter stand. Er hat das ihm entgegengebrachte Vertrauen benutzt, um die Arbeiter auszuhorchen und dem Bezirkskommando anheimzugeben, ihn wegzuholen, und der Betreffende wußte nicht, wie das gekommen war. Das hat dazu beigetragen, daß in den ersten Jahren die Arbeiter keine Forderungen um bessere Löhnung gestellt haben. Nachdem die Existenzfrage des deutschen Vaterlandes auf dem Spiele stand, suchte man den Arbeitern entgegenzukommen. Herr Schmidt sagte schon, daß es ein Skandal ist, daß in Berlin ganze Hotelreihen von Kriegsgesellschaften angekauft worden sind. Was liegt näher, als daß die hohen Preise für Ankauf der Hotels wieder rückwirken auf die Konsumenten. Ist es nicht vorgekommen, daß Vertreter von Behörden gezwungen waren, weil es unumgänglich nötig war, höhere Preise als die festgesetzten Höchstpreise für Waren zu zahlen? Ich glaube, auch Herr Oberamtsrichter Meyer war einmal so lebenswürdig, daß er in diese Sackgasse hineingeraten ist — es ist so etwas davon in die Öffentlichkeit durchgesickert, daß ihm zu höheren Preisen etwas angeboten sein soll; aber man hat vielleicht rasch einen Zurückzieher gemacht. Denken Sie daran, in welcher Weise mit den Verschiebungen vorgegangen ist. Ist es wohl zu verstehen, daß in einem Orte, in dem eine Mühle und eine Zuckerfabrik gewesen ist, man die eigenen Produkte hat abgeben müssen, und daß sie dann wieder herangeschoben sind? Aber die Reichsregierung hat nichts dagegen getan. Die jetzige Regierung hat noch daran zu tragen und ist deshalb der Konkursverwalter des bankrotten Staates. Auch die braunschweigische Regierung ist nur als Konkursverwalter des früheren Staatswesens anzusehen, und die bürgerliche Gesellschaft hat in erster Linie daran mitzuwirken, daß wir wieder auf gesunde Füße gestellt werden, damit Lust und Liebe zur Arbeit wieder zurückkehrt.

Stadtv. Reikner: Der Herr Vorsitzende hat vorhin schon festgestellt, daß wir in dieser Frage alle einer Meinung sind. Ich beantrage deshalb Schluß der Besprechung.

Für den Schluß der Besprechung meldet sich die Mehrheit. Der Antrag Blumeier wird darauf einstimmig angenommen.

3. Antrag Jahn auf Errichtung eines städtischen Luftbades auf dem Französischen Felde.

Wortlaut des Antrages: Der Stadtmagistrat wird ersucht, bei der Verpachtung der Schrebergärten auf dem Französischen Felde einen geeigneten Platz zur Errichtung eines städtischen Luftbades zu reservieren und Mittel zur Einrichtung desselben zur Verfügung zu stellen.

Stadtv. **Jahn** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Die Gesundheit der gesamten Bevölkerung hat durch die lange Dauer des Krieges vielfach gelitten, namentlich sind Nervenkrankungen infolge Arbeitsüberlastung und Unterernährung heute an der Tagesordnung. Zur Behebung der Nervenkrankungen haben die Luftbäder reichlich mit beigetragen, aber die in Braunschweig bestehenden Luftbäder sollen in keiner Weise den hygienischen und neuzeitlichen Anforderungen entsprechen. Sie sind auch meist zu weit von der Stadt entfernt, und so wäre das Französische Feld sehr geeignet, um einen passenden Platz für Errichtung eines Luftbades zu bieten. Der Verein für naturgemäße Gesundheitspflege hat meinen Antrag mit Freuden begrüßt und wird in einer Eingabe die städtischen Behörden bitten, ihn zur Beratung dieser Angelegenheit zuzuziehen, so daß er seine Erfahrungen aus anderen Großstädten für die Stadt Braunschweig nutzbringend verwerten kann. Der Verein für naturgemäße Gesundheitspflege würde gegebenenfalls auch bereit sein, die Anlage in Pachtung zu nehmen. Im Interesse des Gesundheitszustandes unserer Bevölkerung halte ich die Errichtung eines solchen Luftbades für dringend geboten.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, meinen Antrag zu unterstützen und demnächst anzunehmen.

Der Antrag wird vom Vorsitzenden dem Bauausschuß zur Vorberatung überwiesen.*

4. Antrag Reißner, betr. die Neuregelung der Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse der städtischen Beamten und Lehrer.

Wortlaut des Antrages: Der Magistrat wird ersucht, baldigst die Neuregelung der Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse der städtischen Beamten und Lehrer vorzunehmen und zu diesem Zwecke den Stadtratsordneten ein Gehaltsstatut vorzulegen, das möglichst am 1. April d. J. in Kraft treten kann. — Bei der Aufstellung des Statuts ist die Zahl der Gehaltsklassen zu verringern.

Stadtv. **Reißner** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Im Verhältnis zu der langen Besprechung über den Antrag, betreffend die Ernährungs-

verhältnisse, habe ich das Vergnügen, mich recht kurz fassen zu können. Es ist heute bereits anerkannt worden, daß wir unter einer großen Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel zu leiden haben, nicht nur die Arbeiter, sondern — wie vorhin, ich glaube, von Herrn Genzen, schon zugegeben ist — auch die Beamten und die Lehrerschaft. Stellen Sie sich vor, daß die letzte Gehaltsregulierung für Beamte und Lehrer in der Stadt Braunschweig im Jahre 1911 erfolgt ist, und daß bei dieser Regulierung der Geldwert aus dem Jahre 1906—07 zugrunde gelegt ist, dann werden Sie ohne weiteres einsehen, daß die Gehaltsfestsetzung, mit der wir in den Krieg gegangen sind, schon damals zu gering gewesen ist. Wir haben in der Stadt augenblicklich noch Gehaltsätze von 1440 *M* für das Jahr — einschließlich der Teuerungszulage. Sie steigen dann für die unteren und mittleren Beamten bis etwa 4600 *M* und nur in einigen Fällen darüber hinaus. Die Löhne der Arbeiter sind — wie vorhin auch erwähnt wurde — wenigstens in der letzten Zeit erhöht worden, und zwar derartig, daß die ungelernten Arbeiter einen Jahresverdienst von etwa 3000 *M* haben, die gelernten Arbeiter, Vorarbeiter und Monteure kommen zu einem Jahresverdienst von 4300 *M*, die Handwerker und Mechaniker auf 4800 *M*. Vergleichen Sie damit die Gehälter unserer Beamten und Lehrer, so werden Sie ohne weiteres sagen, daß sie durchaus ungenügend sind, und Herr Genzen sagte vorhin schon: Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Ich beziehe dieses Wort auch auf die Beamtenschaft. Die Behörden haben sich dadurch zu helfen versucht, daß sie Kriegsbeihilfen, Kriegsteuerungszulagen und einmalige Kriegsteuerungszulagen gezahlt haben, und sie sind dadurch den Verhältnissen einigermaßen nachgekommen. Durch diese mehrmaligen Veränderungen in der Bemessung der Kriegsteuerungszulagen und Kriegsbeihilfen ist aber ein großer Wirrwarr entstanden. Wenn Sie heute einen Beamten fragen, was er im Vorjahre verdient hat, so kann Ihnen von zehn kaum einer sagen, wieviel das gewesen ist, weil ein großer Unterschied zwischen dem Gehalt und dem Jahresverdienst entstanden ist. Deshalb hat jetzt die Regierung eine Regelung der Gehälter der Staatsbeamten in aller Kürze vorzunehmen zugesagt und hat das System der Teuerungszulagen als schädlich betrachtet. Denken Sie bitte auch an die älteren und ältesten Beamten. Wer kann es einem ausgedienten Beamten zumuten, daß er sich jetzt von dem Friedensgehalte von 1914 pensionieren läßt? Wir kommen dadurch dahin, daß bessere Stellen nicht frei werden und jüngere Kräfte nicht angestellt werden oder nicht aufrücken können. Die Teuerungszulagen sind bislang immer noch nicht pensionsberechtigt, würden also bei der Pensionierung ohne weiteres in Fortfall kommen, und an ihre Stelle würden höchstens Gnadenzuweisungen für die pensionierten Beamten treten. Auch dies ist mit ein Grund dafür, recht bald an die Besoldungsreform heranzutreten. In unserem Nachbarstaate

Preußen, der uns immer als Vorbild hingestellt wird, ist man, soweit mir bekannt, auch schon dabei, eine Reform der Besoldung vorzunehmen, und zwar hat man dort in mittlerer Linie ein Verhältnis angenommen von 45 : 80, d. h., daß derjenige, der im Jahre 1914 ein Jahresgehalt von 4500 *M* bekommen hat, demnächst etwa ein Gehalt von 8000 *M* bekommen wird. Mit einer solchen bleibenden Entwertung des Geldes wird gerechnet.

Wird nun die Besoldungsreform, wie wir es von den städtischen Behörden wünschen, vorgenommen, dann ist es selbstverständlich, daß für die jetzige Zeit mit ihren abnormen Teuerungsverhältnissen zum Ausgleich Teuerungszulagen gezahlt werden. Das würden aber einfache Teuerungszulagen sein, nicht Kriegsbetehilfen und nicht Entschädigungssummen durch einmalige Teuerungszulagen. Die ganze Sache würde sich wesentlich vereinfachen, wenn eine richtige Grundlage geschaffen ist.

In unserem Antrage haben wir weiter gewünscht, daß das Gehaltsstatut bedeutend vereinfacht werde. Wir haben im städtischen Besoldungsstatut aus dem Jahre 1911 für die städtischen Beamten 32 Gehaltsklassen, und darunter befinden sich 9 Gehaltsklassen, in der jedesmal nur ein Beamter ist, also für 9 einzelne Beamten haben wir 9 Gehaltsklassen. Das ist meiner Ansicht nach viel zu reichlich. Ich bin der Meinung, daß man mit höchstens 12 Gehaltsklassen auskommen wird.

Wir bitten Sie, dafür einzutreten, daß vorläufig unser Antrag zur Besprechung gestellt wird.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Wenn ich den Herrn Antragsteller recht verstanden habe, so beantragt er, den Antrag als dringlich zu behandeln. Sollte das nicht der Fall sein, so würde ich es für richtig halten, daß er als dringlich behandelt würde. Wenn wir den Wünschen des Herrn Antragstellers nähertreten, müßte das ganze Haushaltswesen der Stadt anders aufgezogen werden, und es wird wohl schon jetzt daran gearbeitet, für das nächste Jahr den Haushaltsplan vorzubereiten. Es hängt der Antrag auch mit dem Steuerwesen zusammen, und so ist es wünschenswert, wenn man den Wünschen des Antragstellers gerecht werden will, recht bald darüber schlüssig zu werden. Heute bedarf es allerdings keiner langen Besprechung darüber, da wir alle dem Sinne des Antrages entsprechend darüber einig sein werden, daß eine Nachprüfung der Gehaltsverhältnisse eintreten muß. Wir können uns heute darauf beschränken, dem Antrage zuzustimmen und den Magistrat zu ersuchen, eine neue Satzung vorzulegen. Ich möchte vielleicht noch weiter gehen und in Erwägung ziehen, ob es nicht richtig ist, eine Deputation dafür einzusetzen. Ich will aber nicht weiter auf die Sache eingehen, sondern nur die Dringlichkeit dartun und gleichzeitig zeigen, daß es, ohne uns heute mit Be-

ratungsstoff zu belasten, möglich ist, die Sache schnell zu fördern. Ich beantrage die sofortige Beratung.

Die Versammlung stimmt der sofortigen Beratung zu.

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte dem geschäftsordnungsmäßigen Wunsche des Herrn Dr. Jasper zustimmen, den Antrag heute anzunehmen, und möchte zugleich dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Vertreter der organisierten Beamten und der Lehrerschaft, soweit sie für den Stadtkreis in Betracht kommen, zu der Vorberatung herangezogen und gehört werden, wie das einem Brauche entspricht, der schon vor Beginn der Revolution von der preußischen Regierung geübt wurde und jetzt allgemein üblich geworden ist. Sodann möchte ich bitten, daß bei der Neuregelung auch an die Pensionierten und an die Hinterbliebenen gedacht wird.

Stadtv. Marth: Die Herren Vorredner haben schon das Nötige gesagt. Nur möchte ich nochmals hervorheben, daß besonders die Beamten sich augenblicklich in schlechter Lage befinden, und daß es dringend nötig ist, daß irgend etwas für sie geschieht. Auch möchte ich dem zustimmen, daß der Magistrat ersucht wird, bei der Vorberatung die Vertreter der Beamtenschaft hinzuzuziehen.

Stadtv. Jahns: Ich möchte mich den Ausführungen der Herren Vorredner anschließen und nur meine ersten Ausführungen, betreffend die Hilfschreiber, noch einmal hervorheben. Die Verhältnisse dieser Hilfschreiber sind so traurig, wie sie überhaupt nur geschildert werden können. Ich habe festgestellt, daß einige 20 Anwärter vorhanden sind, die 30—32 Jahre alt werden, ehe sie auf Anstellung rechnen können. Wenn ich die traurigen Verhältnisse näher erläutern soll, so handelt es sich um Anwärter, die im Alter von 20—32 Jahren jetzt monatlich 60—150 M bekommen, und das ist keine Bezahlung für die heutigen Verhältnisse. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Anwärterjahre bei der Anstellung nicht mitgerechnet werden, und deshalb ist es dringend wünschenswert, das Anstellungsalter herunterzusetzen. Ich möchte auch dringend empfehlen, die Zahl der Anwärterstellen zu verkleinern, dafür aber die Zahl der Beamtenstellen zu vergrößern und diese Angelegenheit gleich mit bei der Reform der Besoldungssätze in Behandlung zu nehmen, damit diese Leute nachher nicht erst noch zu warten brauchen, bis ihre Sache geregelt ist.

Stadtv. Lohmann: Ich kann mich mit dem Antrage einverstanden erklären, daß die Kriegsteuerungszulagen zu verschwinden haben und ein festes, neues Gehalt für die Beamten und Lehrer festgesetzt wird. Ich möchte aber noch bemerken,

daß die Beamten eigentlich selbst eine große Schuld daran tragen, daß ihre Gehälter heute noch so niedrig sind. Wenn man bedenkt, daß es heute noch Lehrer oder Beamte gibt, die mit 1440 *M* einschließlich der Kriegsteuerungszulagen abgepeißt werden, so hört doch alles auf. Die Schuld trifft diese Herren selbst, weil sie während der ganzen Zeit nicht den Mut gehabt haben, an ihre vorgesetzte Behörde heranzutreten und eine Aufbesserung ihrer Gehälter zu fordern. (Sehr richtig!) Nur durch die Umwälzung, nur durch die Revolution sind auch diesen Herren die Flügel etwas gelockert, und sie versuchen, weil sie jetzt guten Hinterhalt haben, aus ihrer Reserve herauszutreten und die selbstverständlich berechtigten Forderungen an ihre Vorgesetzten zu stellen. Ich möchte ersuchen, dem eingebrachten Antrage zuzustimmen.

Stadtv. Rönneburg: Zur Geschäftsordnung möchte ich bemerken, daß es mir zweckmäßig erscheint, die anderen Anträge der zuständigen Kommission mit zu überweisen, und zwar als Material im Sinne des Herrn Jahns.

Herrn Tostmann möchte ich erwidern: Es ist nicht Schuld der Beamten und Lehrerschaft, daß heute noch die alten Gehaltsätze gelten, und Herr Tostmann kann nur zu dieser Meinung kommen, weil er nicht über die näheren Verhältnisse unterrichtet ist. Was irgend geschehen konnte, hat die Beamtenschaft getan. Sie hat in dieser Beziehung einen mühe- und dornenvollen Weg hinter sich. Ich kann ein Lied davon singen, was man petitioniert und vor den Zimmern der Stadtverordneten und Abgeordneten gewartet hat, um seine Wünsche anzubringen. Daß wir nicht weiter sind, liegt an dem mangelnden Verständnis der damals maßgebenden Kreise. Man fand verschlossene Türen, und es wurde uns ein Damm entgegengesetzt, der unübersteigbar war. Wurden die Beamten zu energisch, so wurde mit Dienstentlassung oder Dienststrafen gedroht. Ich erkenne an, daß Sie uns unterstützt haben, aber werfen Sie in dieser Sache bitte nicht die Schuld auf die Beamtenschaft. Sie hat getan, was in ihren Kräften stand.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich will zunächst darauf hinweisen, daß auch unter den Berufskollegen des Herrn Rönneburg, die in ziemlicher Nähe von ihm sitzen, mangelndes soziales Verständnis vertreten gewesen ist, und zwar an der Stelle, an die die städtischen Lehrer sich wandten.

Ich habe mich aber hauptsächlich zum Worte gemeldet, um Herrn Jahns zu antworten. Gewiß sind die Verhältnisse der Hilfschreiber sehr wenig erbaulich, aber das liegt zum guten Teil an einem anderen Umstande, als Herr Jahns anzunehmen scheint, nämlich an den Vorschriften des Reiches, wodurch es uns unmöglich ist, diese Posten so auszugestalten, wie es wohl im Interesse der beteiligten Herren nötig wäre. Wir müssen Militärantwärter in diese Stellen hineinnehmen

und auf sie Rücksicht nehmen. Wenn es den Hilfschreibern dort nicht gefällt und sie bessere Posten erlangen können, so steht dem nichts im Wege, solche in der Industrie zu suchen. Ich habe aber nichts dagegen einzuwenden, daß der Antrag des Herrn Jahn's gleich an den Ausschuß mitverwiesen wird. Der Antrag Jahn's enthält ein Ersuchen an den Magistrat und hängt deshalb mit der Beamtengehaltsregulierung sehr wenig zusammen. Ich muß deshalb schon bitten, so wichtig auch die Anregung des Herrn ist, diese Sache an sich getrennt von der Beamtengehaltsregulierung zu behandeln, während ich dem Antrage Reißner vollkommen zustimme.

Darauf aber, daß die Teuerungszulagen ohne weiteres beseitigt werden müssen, möchte ich mich heute nicht gleich festlegen; diese Frage muß geprüft werden, und besonders dann würde sie anders zu lösen sein, wenn es gelänge, im Sinne des früheren Antrages einen Abbau der Lebensmittelpreise durchzuführen. Dann wird auch Herr Tostmann nicht sagen: „Wir wollen die hohen Gehälter für die und die Herren dauernd weitergewähren.“ Die Teuerungszulagen könnten genommen werden, das Gehalt ist aber nicht so leicht herabgesetzt. Mit Rücksicht auf die andauernde Teuerung ist vielleicht eine Erhöhung der Gehaltsätze angebracht, aber wir wollen das nicht als Wunsch dem Magistrat auf den Weg mitgeben.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich möchte nur bemerken, daß die letzten Ausführungen des Herrn Dr. Jasper sich genau decken mit der Ansicht des Magistrats. Auch wir haben selbstverständlich eingesehen, daß die Gehälter der Beamten den jetzigen Teuerungsverhältnissen nicht entsprechen, aber wir waren zweifelhaft, ob es in dieser Zeit, die wir hoffentlich alle als eine leidige Übergangszeit ansehen, richtig wäre, verhältnismäßig hohe Gehälter festzusetzen; das ist der einzige Grund gewesen, weshalb wir die Sache nicht in Gang gebracht haben. Halten Sie jetzt den Zeitpunkt für gekommen, daß wir sofort an die Reform der Gehaltsätze herangehen, so hat der Magistrat schwerlich etwas dagegen einzuwenden. Es würde sich empfehlen, da die Herren in ihrer ersten Sitzung eine besondere Gehaltsdeputation gewählt haben, daß der Magistrat ersucht wird, sich mit der Gehaltsdeputation ins Einvernehmen zu setzen. Dort würde auch die Frage der Hilfschreiber erörtert werden können. Herr Dr. Jasper hat recht, wenn er sagt, daß die Konkurrenz der Militäranwärter in dieser Frage von Bedeutung ist. Wir haben uns nach dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung vor einigen Jahren gerichtet, indem der Prozentsatz der Festangestellten und Nichtfestangestellten festgelegt war. Aber auch der Magistrat ist schon in die Erörterung der Frage eingetreten, ob es nicht richtig ist, den Prozentsatz der Nichtfestangestellten zu ermäßigen und die Zahl der festangestellten Beamten zu erhöhen.

Stadtv. Jahn: Ich möchte den Ausführungen des Herrn Dr. Jasper entgegentreten. Es handelt sich nicht um die Erhöhung der Remuneration der Hilfschreiber, sondern um eine Erweiterung des Etats. Diese Erweiterung des Etats gehört mit zur Beamtenbesoldungsreform, und deshalb möchte ich doch bitten, diese Angelegenheit gleich mit zur Beratung zu stellen.

Stadtv. Lofmann: Auf die Ausführungen des Herrn Dr. Jasper möchte ich erwidern, daß nach meiner Ansicht es besser ist, wenn jetzt die Regulierung der Gehaltsätze stattfindet in der Weise, daß feste Gehaltsätze bestimmt werden. Es kann dabei nicht heißen: Wenn die Lebensmittelpreise abgebaut werden, muß auch ein Abbau der Gehaltsätze stattfinden. Ich möchte schon jetzt bestimmt behaupten, daß, wenn die Gehaltsregulierung stattfindet, nicht die Gehälter um 100 Prozent in die Höhe gesetzt werden, aber die Lebensmittel- und sonstigen Preise werden späterhin, wenn sie geregelt sind, mit 100 Prozent Teuerung abschneiden, so daß wir auf einen Abbau der Gehaltsätze für später nicht rechnen können. Wenn auch bei einzelnen Gehältern, die eine ziemliche Höhe erreicht haben, damit gerechnet werden könnte, so wird es nicht der Fall sein bei den Gehältern, wie sie die Beamten und Lehrer bekommen.

Stadtv. Dr. Jasper: Herr Lofmann hat mich mißverstanden; ich habe nicht vom Abbau von Löhnen, sondern vom Abbau der Lebensmittelpreise geredet. Wenn dieser Abbau der Lebensmittelpreise zustande gekommen ist, so wird auch ein Abbau der Löhne stattfinden. Das ist für mich selbstverständlich, denn es muß schon mit Rücksicht auf den Weltmarkt geschehen.

Der Antrag Reißner wird einstimmig angenommen.

5. Antrag der deutschen demokratischen Partei, betr. Neuordnungen auf dem Gebiete der städtischen Selbstverwaltung durch die Arbeiter- und Soldatenräte.

Stadtv. Schille: Die Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei bitten als Antragsteller den Antrag bis auf weiteres zurückzustellen. Da Verhandlungen über diese Frage im Landtage stattfinden, können wir uns vielleicht diese Aussprache ersparen.

Diesem Antrage des Herrn Stadtv. Schille gemäß wird verfahren.

6. Anfrage Schmidt und Anfrage K ö n n e b u r g, betr. die Weiterbeschäftigung der auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eingestellten städtischen Hilfskräfte.

Wortlaut der Anfrage Schmidt: Hat der Magistrat schon Stellung genommen, diejenigen Arbeitskräfte, die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes im Stadthause eingestellt wurden, durch Arbeitslose zu ersetzen? Wieviel dieser Arbeitskräfte werden zur Zeit noch im Stadthause beschäftigt?

Wortlaut der Anfrage K ö n n e b u r g: Wie stellt sich der Magistrat zu der Weiterbeschäftigung derjenigen Hilfskräfte im städtischen Dienste, die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes herangezogen worden sind? Sollen diejenigen, denen andere Einnahmequellen zur Verfügung stehen, angesichts der großen Erwerbslosigkeit, besonders auch vieler Familienväter, bald aus dem städtischen Dienste entlassen werden?

Stadtv. Schmidt (zur Begründung seiner Anfrage): Soweit mir mitgeteilt wurde, ist die Zahl derjenigen Hilfskräfte, die während der Kriegsjahre auf Grund des Hilfsdienstgesetzes im Stadthause eingestellt wurde, eine beträchtliche, und es steht zu erwarten, daß mit Rücksicht auf die Anhäufung der Arbeit der städtischen Beamten an eine Verringerung der Arbeitskräfte im Stadthause nicht gedacht werden kann. Ich möchte aber mit meiner Anfrage erreichen, festgestellt zu sehen, wieviel an Hilfskräften angestellt waren, und wieviel davon schon entlassen sind. Ich nehme an, daß eine ganze Reihe Personen dabei sind, die vor dem Kriege nicht direkt eine berufliche Tätigkeit ausgeübt haben, Personen, die sich zur Ruhe gesetzt hatten, ihr Geschäft aufgegeben hatten, und die dann auf Grund des Hilfsdienstgesetzes zur Arbeit im Stadthause herangezogen worden sind. Nun würde ich es für ungerecht halten, wenn derartige Personen, die sowieso schon ihr Auskommen hatten und ohne das Hilfsdienstgesetz keine Arbeit gegen Bezahlung mehr verrichtet hätten, in der gegenwärtigen Zeit weiterbeschäftigt würden und dadurch die Zahl derjenigen Arbeitslosen, die für eine solche Beschäftigung im Stadthause geeignet wären, sonst aber keine Beschäftigung finden können, vermehrt würde. Ich bezwecke also, zu erfahren, ob es möglich ist, daß die eben bezeichneten Hilfskräfte in ihre Privatverhältnisse zurückkehren und durch Arbeitslose ersetzt werden.

Oberbürgermeister Metemeyer: Die Zahl der Personen, die wir während des Krieges zur Aushilfe eingestellt haben, hat am 1. Dezember vorigen Jahres noch 237 betragen. Es bedeutet das eine sehr erhebliche Steigerung des Personenbestandes im Rathause. Dabei sind auch diejenigen mitgerechnet, die außerhalb des Rathauses von uns beschäftigt werden, z. B. bei der Erwerbslosenfür-

sorge. Es waren 126 männliche und 111 weibliche Personen. Mit Rücksicht auf die große Zahl der Erwerbslosen hat der Magistrat es für nötig gehalten, alle diejenigen zu entlassen, die — ich will sagen — ohne Härten ausgeschieden werden könnten. Dahin gehören 13 männliche Personen, die durchweg Pensionäre sind. Außerdem haben wir bis gestern 60 von den weiblichen Personen entlassen, so daß noch 51 weibliche Aushilfsbeamte bei uns tätig sind. Die Zahl der von uns beschäftigten männlichen Aushilfsbeamten ist inzwischen wieder gestiegen. Was die vorhandenen weiblichen Personen betrifft, so ist der Stadtssekretär angewiesen, in jedem Falle zu prüfen, ob der Wunsch dieser Damen, sie einstweilen noch beizubehalten, gerechtfertigt ist. Dabei soll lediglich die Frage maßgebend sein: Haben die weiblichen Hilfskräfte für Angehörige zu sorgen? Wir haben z. B. Wittwen von Kriegern darunter, die für Kinder zu sorgen haben, andere sorgen für ihre arbeitslosen Eltern. In letzterem Falle kann man allerdings zweifelhaft sein, ob die Beibehaltung notwendig ist. Ich habe deshalb heute morgen nochmals den Stadtssekretär beauftragt, von neuem die Liste der weiblichen Personen daraufhin zu prüfen, ob wir noch einige von ihnen entlassen können und müssen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß ein junges Mädchen auch in dieser jetzigen schweren Zeit eher ein Unterkommen wird suchen können als ein Familienvater, insbesondere solche, die aus dem Kriege zurückgekehrt und lediglich auf Erwerbslosenunterstützung angewiesen sind. Aber allzu hart mit den Entlassungen vorzugehen, erschien dem Magistrat auch nicht gerechtfertigt, etwas Rücksicht müssen wir auch auf die Aushilfskräfte nehmen. In manchen Fällen ist uns von der einen oder andern Verwaltungsstelle gesagt, sie bäte darum, ihnen die weiblichen Hilfskräfte zu belassen, weil sie mit der Schreibmaschine und mit der Rechenmaschine besser fertig werden könnten als männliche Kräfte. Ich bin nicht genau orientiert, ob man solche männlichen Aushilfskräfte bekommen kann, die in dieser Hinsicht daselbe leisten wie die weiblichen. Diese angeführten Fälle sind, aber Ausnahmen, im allgemeinen werden die Grundsätze, die ich angegeben habe, aufs genaueste befolgt.

Stadtv. Schille: Meine Damen und Herren! Daß wir von den Angestelltenverbänden selbstverständlich Wert darauf legen müssen, daß alle diejenigen Hilfskräfte, weibliche und männliche, die im Stadthause während des Krieges eingestellt sind, entlassen werden, um aus den Reihen der arbeitslosen Kriegsteilnehmer (Angehörige der Angestellten-Verbände) ersetzt zu werden, ist selbstverständlich, und ebenso selbstverständlich ist, daß wir in solchen Fällen, wo es sich um Kriegerr Wittwen oder um junge Mädchen handelt, die für Familien und erwerbslose Angehörige zu sorgen haben, nicht rücksichtslos vorgehen wollen. Ich möchte aber doch den Herrn Oberbürgermeister bitten, dahin zu wirken, daß die weiblichen Kräfte, soweit sie nicht in diesen Rahmen passen, möglichst bald entlassen

werden, damit die vorhandenen und noch heimkehrenden Krieger Platz finden; dasselbe ist bei den männlichen Hilfskräften der Fall. Wenn der Herr Antragsteller Schmidt erwähnte, daß sich unter den Hilfskräften eine ganze Anzahl von pensionierten Beamten befindet, so müssen wir Wert darauf legen, daß auch an dieser Stelle eingegriffen wird. Es wird zwar nicht immer leicht sein, das zu tun, aber die Not und die große Erwerbslosigkeit zwingt uns dazu, zu verlangen, daß im Stadthause in erster Linie dafür gesorgt wird, daß die Kriegsteilnehmer unterkommen. Das möchte ich im Namen des zweiten Anfragenden, des Herrn Rönneburg, erwähnen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Die zuletzt geäußerten Worte veranlassen mich zu der Bitte, daß nicht allein Herr Schilte diese Ansicht ausspricht, sondern die Versammlung dazu Stellung nimmt. Wir haben an Stelle der entlassenen Aushilfskräfte bis jetzt im ganzen 76 männliche Aushilfsbeamte neu eingestellt, vorwiegend Kriegsteilnehmer, insbesondere auch Kriegsbeschädigte. Die meisten dieser Aushilfsbeamten sind aus dem Kaufmanns- oder Handlungsgehilfenstande entnommen. Da wir von den 126 männlichen Aushilfsbeamten, die am 1. Dezember vorhanden waren, nur 13 entlassen haben, würden noch 113 männliche Aushilfsbeamte in Frage kommen. Nun bin ich augenblicklich nicht orientiert, ob nicht auch von diesen jetzt noch vorhandenen Aushilfsbeamten ein Teil auch Kriegsteilnehmer sind — ein Teil davon wird es jedenfalls sein. Da entsteht die Frage: Sollen wir den übrigen Aushilfsbeamten, die noch im Dienste sind, kündigen mit der Begründung: „Weil ihr nicht Kriegsteilnehmer seid, können wir euch nicht länger behalten; ihr müßt den Kriegsteilnehmern weichen.“ Ich habe alles über für unsere Kriegsteilnehmer, aber andererseits muß man auch folgendes bedenken: Die Stadt hat zum großen Teil Leute, die während des Krieges ihr Brot verloren hatten, in ihren Dienst genommen, und sie haben sich jetzt eingearbeitet. Sollen wir gegenüber diesen Aushilfsbeamten, die zum großen Teil Familienväter sind, den strengen Standpunkt einnehmen, sie zu entlassen, um Kriegsteilnehmer einzustellen? Es wäre mir lieb, wenn die Versammlung zu dieser Frage Stellung nähme.

Vorsitzender: Es würde sich zunächst darum handeln, ob die Versammlung eine Besprechung der Anfrage wünscht.

Die Besprechung wird beschlossen.

Vorsitzender: Vielleicht würde es sich empfehlen, die Frage, die der Herr Oberbürgermeister angeschnitten hat, in Form eines Antrages zu kleiden.

Oberbürgermeister Netemeyer: Es eignet sich diese Sache doch vielleicht besser zu einer Besprechung in der Kommission. Es kann dann auch ganz genaues Material für die Kommissionsbesprechung herbeigeschafft werden.

Vorsitzender: Die Versammlung scheint mit diesem Vorschlage einverstanden zu sein. Ich überweise die Sache dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

7. Anfrage Schille, betr. den Kauf oder die Pachtung von Rittergütern oder Domänen durch die Stadt zur Versorgung der Stadt mit landwirtschaftlichen Produkten.

Wortlaut der Anfrage: In vielen Städten des Reiches und auch im benachbarten Wolfenbüttel ist durch Kauf oder Pachtung von Rittergütern usw. die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sichergestellt. Wie stellt sich der Magistrat zu dieser Frage? Ist in Aussicht genommen, vom Staate die Domäne Riddagshausen oder Salzdahlum oder Steterburg oder einige von diesen zu pachten oder käuflich zu erwerben, um dadurch die Kleinbewirtschaftung bzw. die Frage der Kleinsiedlungen zu fördern und auch durch eigene Bewirtschaftung die Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten auf eine bessere Grundlage zu bringen?

Stadtv. Schille (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Man hat eigentlich nicht nötig, über dieses Thema viel zu sprechen. Wir haben bereits in kleinerem Kreise der Stadtverordneten diese Frage einmal angeschnitten, und da nun das Frühjahr vor der Tür steht und unsere Nachbarstadt Wolfenbüttel in ausgiebiger Weise mit der Bewirtschaftung von Gütern begonnen hat, so halte ich es mit Rücksicht darauf, daß wir in bezug auf Versorgung mit Lebensmitteln immer im Druck gewesen sind, für angebracht, daß wir dafür sorgen, daß vor allen Dingen unsere Braunschweiger Bevölkerung durch eigene städtische Bewirtschaftung aus erster Hand versorgt wird. Riddagshausen liegt uns vor der Tür, und es ist schon viel davon gesprochen worden, weshalb nicht die Stadt Braunschweig diese Domäne vom Staate gepachtet hat. Unter den heutigen Verhältnissen wäre das vielleicht einfach. Man hat schon in vielen Städten gesehen, daß ziemlich stark durchgegriffen ist, um sich Landbesitz zu sichern und die Versorgung der städtischen Bevölkerung auf eine bessere Grundlage zu stellen. Ich möchte kurz fragen: Ist bereits im Stadtmagistrat erwogen, derartiges auch in Braunschweig zu tun, so daß wir nach einer Aussprache in der Kommission recht schnell den Versuch machen, für die Stadt etwas in der Beziehung zu tun?

Oberbürgermeister Netemeyer: Mit dieser Frage haben wir uns im Magistrat allerdings verschiedentlich befaßt, sind dabei aber zu der Ansicht gekommen, daß es nicht zweckmäßig für uns sein würde, auf die Erpachtung von Domänen Bedacht zu nehmen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil das, was bei einer kleinen Stadt sehr wohl den günstigsten Einfluß haben kann, doch nicht dieselbe Bedeutung für eine Stadt von annähernd 150 000 Einwohnern hat. Auch wenn wir ein paar Domänen pachten würden, würden wir doch nicht mit Hilfe der gezogenen Früchte in der Lage sein, die Preise der Lebensmittel in der Stadt zu regulieren. Das ist unseres Erachtens ganz ausgeschlossen. Hinzu kommt noch folgendes: Es ist dem Magistrat während des Krieges eine Reihe von neuen Geschäften zugewiesen, und er hat sie zu erledigen gesucht, soweit das in seinen Kräften stand. Zuweilen ist es uns gelungen, mit Überschuß zu arbeiten, in anderen Fällen aber nicht, obgleich die Stadtverordneten uns wertvolle Hilfe geleistet haben. So leicht, wie Herr Schilke es ansieht, ist denn doch der Betrieb der Landwirtschaft nicht. Es muß erst alles gelernt werden, und gerade zu einer intensiv betriebenen Landwirtschaft gehört ein ganz besonderes Studium.

Wollte man etwa die Domänen seitens der Stadt wieder verpachten, so erreichen wir damit für die Stadt selber gar nichts, wollten wir sie selber bewirtschaften, so ist es möglich, daß hier und da nette Resultate erzielt würden, aber die Wahrscheinlichkeit spricht nicht dafür. Nach dem, was man hört, ist in früheren Jahren der Versuch gemacht, durch eine Administration für den Staat mehr aus den staatlichen Gütern herauszuholen, aber das Gegenteil davon ist eingetreten. Wir haben ja auch bei Bewirtschaftung des Kieselgutes, das einen ziemlichen Umfang angenommen hat — über 2000 Morgen — im Laufe der Jahre die Erfahrung gemacht, daß es sich empfiehlt — abgesehen von der Finanzfrage —, die Bewirtschaftung des Gutes durch die Hand vieler kleiner Pächter vornehmen zu lassen. Auf die Weise wird entschieden ein größerer Ertrag herausgeholt. Die Domäne Kiddagshausen ist übrigens auf eine Reihe von Jahren bereits verpachtet, und wir können nicht einfach vom Staate verlangen, daß er durch den Pachtvertrag einen Strich macht und uns die Domäne gibt.

Herr Schilke hat darauf hingewiesen, daß Wolfenbüttel in dieser Hinsicht großzügig vorgegangen ist. Soweit ich unterrichtet bin, handelt es sich bei Wolfenbüttel namentlich darum, daß das Gebiet der Stadt Wolfenbüttel verhältnismäßig noch kleiner ist als das unserer Stadt, und daß den Gärtnern dort die Gelegenheit fehlt, ihren Betrieb auszudehnen. Wenn man solche besonderen Betriebe hat und für sie Land schaffen will, dann ist es richtig, eine Domäne zu erwerben. Unseren Einwohnern aber ist Gelegenheit gegeben, sich Schrebergärten anzulegen, und es ist auch in großem Maße davon Gebrauch gemacht, so daß man seine helle Freude daran hat. Das ist aber etwas anderes, als wenn die Stadt

selber einen solchen Betrieb in die Hand nehmen will. Wenn ich Kleines mit Großem vergleichen darf, dann möchte ich hinweisen auf den Hühnerhof, den wir auf dem Rieselgute Steinhof eingerichtet haben. Wir haben im Magistrat unsere schweren Bedenken dagegen gehabt, aber es war der einstimmige Wunsch der Stadtverordneten, und so hat der Magistrat, liebenswürdig und höflich, wie er ist, dem Wunsche stattgegeben und hat den Hühnerhof eingerichtet. Sehen Sie sich aber einmal das Ergebnis an; es kommt wirklich nichts Rechtes dabei heraus. Wir werden Ihnen das beim Etat vorführen.

Ich bedaure also, erklären zu müssen, daß der Magistrat es nicht für richtig hält, sich auf den landwirtschaftlichen Betrieb einzulassen. Es wäre aber erwünscht, wenn Herr Schille einen Antrag stellte, damit die Stadtverordnetenversammlung Gelegenheit hat, sich darüber zu äußern. Ein wichtiges Problem ist es, das erkennen wir an, und wir haben es deshalb auch mehrfach erörtert. Es wäre uns lieb, wenn die Stadtverordneten sich mit dieser Frage befaßten; aber das erfordert auch eine Vorberatung in der Kommission.

Vorsitzender: Zunächst müßte darüber abgestimmt werden, ob von der Versammlung eine Besprechung der Anfrage gewünscht wird. Wenn Herr Schille seine Anfrage in einen Antrag umwandelt, so könnte man ihn ohne weiteres dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überweisen.

Stadtv. **Schille** erklärt sich mit der Umwandlung seiner Anfrage in einen Antrag einverstanden. Der Antrag wird vom **Vorsitzenden** dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

8. Antrag des Zentralverbandes der Dachdecker, Filiale Braunschweig, auf Mitwirkung von Arbeitnehmern bei Vergabung und Berechnung städtischer Dachdeckerarbeiten.

Stadtv. **Reißner:** Meine Damen und Herren! Vom Zentralverbande der Dachdecker, Filiale Braunschweig, ist an den Magistrat und die Stadtverordneten folgendes Ersuchen gerichtet: „1. bei stadtseitig zu vergebenden Dachdeckerarbeiten sind aus Arbeitnehmerkreisen Urteile und Ansichten zu hören, 2. vorliegende Rechnungen müssen durch einen Arbeitnehmer geprüft und beglaubigt werden.“ In der Begründung wird gesagt: „Wir sind der Ansicht, daß bisher nur bestimmte Firmen berücksichtigt wurden, und bei der Eigentümlichkeit des Berufs ist es dem geschicktesten Bauführer kaum möglich, Fehler zu entdecken.“

Die Baukommission hat sich in ihrer gestrigen Sitzung mit diesem Antrage beschäftigt und weist darauf hin, daß dem zuerst gestellten Wunsche schon durch

das Statut für Vergabe von Bauarbeiten in der Stadt Braunschweig Rechnung getragen ist, in dessen § 8, 4. Absatz es heißt: „Unterhaltungsarbeiten sollen, soweit sie aus freier Hand vergeben werden, unter möglichst viele Handwerker und Lieferanten verteilt werden.“

Die Stadtverordnetenversammlung hat für die Herstellung von Dachdeckerarbeiten in letzter Zeit 10 000 M als Notstandsarbeiten bewilligt, und ein Teil dieser Arbeiten ist schon vergeben worden, ein anderer Teil hat wegen ungünstiger Witterung zurückgestellt werden müssen. Die bereits vergebenen Notstandsarbeiten dieser Art sind an fünf Dachdeckergeschäfte verteilt, und wie mir mitgeteilt ist, sollen später auch die anderen Dachdeckergeschäfte in Frage kommen.

Was den zweiten Punkt anbelangt, die Prüfung und Beglaubigung der Rechnungen durch Arbeitnehmer, so ist der Bauausschuß der Ansicht, daß auch diesem Ersuchen nicht stattzugeben ist. Der Bauausschuß glaubt, entgegen der Ansicht der Antragsteller, daß die Bauführer wohl in der Lage sind, die Arbeiten der Dachdecker zu prüfen und Fehler zu entdecken. Es wird von den Bauführern verlangt, daß sie regelmäßig während der Ausführung die Arbeiten prüfen. Sie kommen diesem Verlangen auch nach, steigen auf die Dächer und stellen fest, ob der Gehilfe bei der Arbeit ist, und ob er sie richtig ausführt. Um aber dem Antrage des Zentralverbandes entgegenzukommen, schlägt der Bauausschuß vor, daß die Bauverwaltung beauftragt werden soll, Dachdeckerarbeiten nur an solche Firmen zu vergeben, die die festgesetzten Tarife einhalten. Ich bitte Sie, dem zuzustimmen und im übrigen den Antrag abzulehnen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Bauausschusses zu.

9. Anspruch der Militärbetriebsstelle Konservenfabrik Otto Struß auf Schadenersatz für die in der Revolutionarnacht bei ihr erfolgten Plünderungen.

Stadtv. Dr. Wolters: Meine Damen und Herren! Es hat die Militärbetriebsstelle Konservenfabrik Otto Struß in Gliesmarode am 28. vorigen Monats an den Magistrat eine Eingabe folgenden Inhalts gerichtet:

„Auf Veranlassung der stellvertretenden Intendantur des IX. Armeekorps Altona überreicht die Militärbetriebsstelle in der Anlage Rechnung über die in der Nacht vom 7. zum 8. November 1918 durch die Bevölkerung hier vorgenommenen Plünderungen, wofür die Stadt auf Grund der Bestimmungen in der Landgemeindeordnung vom 18. Juni 1892 haftbar ist. — Um baldige Erledigung der Angelegenheit wird gebeten.“

Dieser Eingabe sind zwei Anlagen angefügt, eine Niederschrift über eine Verhandlung und eine Rechnung der Konservenfabrik. In dieser „Verhandlung“

— die Niederschrift ist nicht unterzeichnet; wer sie aufgenommen hat, geht also aus ihr nicht mit Sicherheit hervor — ist ungefähr folgendes gesagt:

Nach Aussage des in jener Nacht den Wachdienst ausübenden Oberschlächters Burgard sei nachts zwischen 12 und 1 Uhr vor dem Tore der Fabrik Herdetrappel vernommen. Auf den Ruf „Tor auf!“ hätte der Posten geöffnet in der Meinung, es handle sich um die Ronde. Es habe sich herausgestellt, daß zwei bewaffnete Personen, ein Husar und ein Infanterist, vor dem Tore standen und angaben, sie seien vom Soldatenrat geschickt, um die Wache zur Übergabe aufzufordern, was dann auch geschehen sei. Gleichzeitig sei ein Wagen mit 10—15 bewaffneten Infanteristen auf den Hof gefahren, die Waffen seien auf den Wagen geladen und die beiden Anführer hätten den Oberschlächter Burgard aufgefordert, ihnen den Aufenthaltsort der Inspektoren bekanntzugeben. Auf Verlangen der beiden Anführer seien sie in das Militärbureau geführt, wo sie alles durchsucht und auch versucht hätten, die Geldschränke aufzubrechen. Dieses letztere sei ihnen aber nicht gelungen. Dann seien von ihnen die Schlüssel zum Privatkontor der Firma verlangt, damit sie sich die Schlüssel zu den Lagerräumen aneignen konnten. Auch dies sei nicht gelungen, weil das Kontor verschlossen war. Darauf eigneten sich die beiden Militärpersonen die im Autoklavenraum stehenden Dosen Blutwurst an, die auf den Wagen geladen wurden, der dann wegfuhr. Einige Militärpersonen wurden auf dem Hofe als Posten zurückgelassen. Als der Oberschlächter Burgard gegen das Verfahren Einspruch erhoben habe, sei er mit der Waffe bedroht. Den zurückgelassenen Posten sei es unmöglich gewesen, die vor dem Tore angesammelte johlende Volksmenge von ungefähr 300 Personen zurückzuhalten, und letztere sei gewaltsam in die Fabrik eingedrungen, habe Keller und Wursträume gestürmt und geplündert. Diese Vorgänge haben sich in der Zeit zwischen 12—5 Uhr morgens abgespielt. Dann sei der diensthabende Oberschlächter Burgard durch den Sergeanten Janzon abgelöst.

Die „Verhandlung“ gibt der Aussage des Sergeanten Janzon folgenden Inhalt: Es sei abermals ein Husar mit dem Gespann erschienen und habe den inzwischen zur Arbeit erschienenen Militärschlächtern, Arbeitern und Arbeiterinnen erklärt, daß er von jetzt ab im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats allein die Leitung der Fabrik übernehme. Er habe sämtlichen Militärschlächtern, Arbeitern und Arbeiterinnen ½ Pfund Speck zum Frühstück gegeben und bemerkt, daß jeder, der die Fabrik verlasse, nicht mehr als 10 Pfund mitnehmen dürfe. (Gelächter.) Die Fabrik sei dann von vielen Männern, Frauen und Soldaten überfüllt gewesen, es seien mehrere Automobile erschienen, angeblich um für den Soldatenrat Lebensmittel in Empfang zu nehmen, und diese seien durch den Husaren auch ausgehändigt. Der Betrieb in der Fabrik sei auf Veranlassung des Husaren nach kurzer Arbeitszeit eingestellt.

Nachdem sich die Volksmenge verlaufen hätte, sei der Vorstand der Fabrik erschienen, er sei von dem Husaren und seinen Anhängern mit geladenem Gewehr empfangen, und der Husar habe ihm kurz mitgeteilt, daß er vom Arbeiter- und Soldatenrat geschickt sei, um den Betrieb zu übernehmen. Darüber habe er einen schriftlichen Ausweis des Arbeiter- und Soldatenrats vorgezeigt. Im übrigen sei der Tag ruhig verlaufen. Der Vorstand habe sich dann sofort mit dem Unternehmer in Verbindung gesetzt, um gemeinsam mit ihm beim Arbeiter- und Soldatenrat vorstellig zu werden. Dieses sei jedoch am 8. November noch nicht möglich gewesen, da der Arbeiter- und Soldatenrat noch nicht zusammengetreten wäre. Am nächstfolgenden Tage sei der Betrieb in der Fabrik wieder aufgenommen. Nach Rücksprache mit dem Arbeiter- und Soldatenrat sei festgestellt, daß die von dem Husaren unternommene Handlung eigenmächtig geschehen sei. Es sei nun eine neue und verstärkte Wache aufgestellt und der betreffende Husar als Anführer der Plünderung in Haft genommen.

Die gesamte Menge der geraubten Waren betrage nach der aufgestellten Rechnung folgendes:

128 Zentner frisches Rindsfleisch zum Gesamtpreise von . .	30 244 M,
80 Zentner frisches Schweinefleisch zum Gesamtpreise von .	14 020 M,
140 Zentner gesalzenes Schweinefleisch zum Gesamtpreise von	25 060 M,
71 Zentner Mettwurst im Darm zum Gesamtpreise von . .	28 755 M,
2 Zentner Innereien zum Gesamtpreise von	400 M,
2 Zentner Zungen zum Gesamtpreise von	220 M,
72 Dosen Blutwurst zum Gesamtpreise von	728 M,
insgesamt	99 428 M.

Der Magistrat hat von den ihm zugesandten Schriftstücken Kenntnis genommen und nach seiner Beratung beschlossen, den Anspruch der Betriebsstelle auf Schadenersatz abzulehnen. An die Stadtverordneten übersendet der Magistrat die gleichen Schriftstücke zur Kenntnissnahme und ersucht, seinem Beschluß zuzustimmen. Der Magistrat begründet seine ablehnende Haltung mit folgender Erwägung:

Maßgeblich zur Beurteilung der Rechtslage seien die §§ 145—148 der Landgemeindeordnung, da die Plünderung in der Gemeinde Gliesmarode ausgeführt sei.

Wenn bei einem Auslaufe oder Aufruhr öffentliches oder privates Eigentum vernichtet, beschädigt oder auf sonstige Weise beeinträchtigt worden sei, so sei gemäß § 145 die Gemeinde, in welcher ein solcher Vorfall sich ereignet, verbunden, den verursachten Schaden vorbehaltlich ihres Rückgriffes auf die Schuldigen zu ersetzen.

§ 147 besagt: Wenn die zusammengerottete Menge, durch welche der Aufruhr veranlaßt wird, nicht aus Mitgliedern der Gemeinde bestehe, sondern erweislich aus anderen Orten herbeigekommen sei, und die Einwohner der Gemeinde außerstande gewesen wären, die Beeinträchtigung des Eigentums zu verhindern, so finde § 145 auf die Gemeinde, in welcher die Beeinträchtigung verübt ist, keine Anwendung.

In § 148 sei bestimmt, daß in solchen Fällen zum Schadenersatz diejenige Gemeinde verbunden sei, aus deren Mitte die Teilnehmer gekommen seien, v o r a u s g e s e t z t, daß die letzteren in einer Weise, welche die Aufmerksamkeit auf ihr Vorhaben zu lenken geeignet war, sich von dort entfernt hätten und die Gemeinde imstande gewesen sei, das Vorhaben zu verhindern.

Es würde sich also um folgendes handeln: Wäre in Braunschweig die plündernde Gesellschaft entstanden und nach Gliesmarode gezogen, so würde, da der Tatort Gliesmarode ist, die Stadtgemeinde Braunschweig nur dann haften, wenn in Braunschweig das Vorhaben, eine solche Plünderung vorzunehmen, schon hätte bemerkt werden können und die Stadtgemeinde imstande gewesen wäre, das Vorhaben zu verhindern. Der Magistrat sagt: Diese Voraussetzung treffe im vorliegenden Falle nicht zu, und schon aus diesem Grunde müßte die Anforderung der Militärbetriebsstelle abgelehnt werden.

Der Rechtsauschuß hat zu dieser Frage in folgender Weise Stellung genommen:

Zunächst ist diese „Verhandlung“ nicht unterzeichnet, es scheint aber aus ihrem Inhalte hervorzugehen, als ob der Fabrikvorstand sie verfaßt hat. In wesentlichen Punkten ist der Tatbestand nicht vollständig klargelegt. Es wird nach Rücksprache mit dem Arbeiter- und Soldatenrat gesagt, daß der Husar die H a n d l u n g eigenmächtig vorgenommen hat; unaufgeklärt ist aber ein wichtiger Punkt: Ob auch der schriftliche Ausweis fälschlich ausgefertigt ist — nach der Behauptung des Husaren ist der Ausweis vom Arbeiter- und Soldatenrat ausgestellt. Die Aufnahme läßt über den Tatbestand kein sicheres Urteil schließen, und es wäre möglich, daß freilich vom Arbeiter- und Soldatenrat zugestanden ist, es sei eine eigenmächtige Handlung verübt, es wäre aber auch möglich, daß der Husar freilich einen ordnungsmäßigen Ausweis des Arbeiter- und Soldatenrats besessen, aber in Überschreitung seiner Vollmacht gehandelt hat.

In zweiter Linie ist nicht klargestellt, ob denn tatsächlich diese plündernde Menge aus der S t a d t B r a u n s c h w e i g stammt, oder ob etwa ein Teil aus Gliesmarode oder sämtliche Teilnehmer aus Gliesmarode hergezogen seien. Das würde für die Haftungsfrage von Bedeutung sein, indem dann vielleicht Gliesmarode allein haften oder mithaften müßte.

Es würde auch bei der Möglichkeit, daß eine Überschreitung der Vollmacht des Arbeiter- und Soldatenrates vorliegt, eine Haftung des Arbeiter- und Soldatenrates, bzw. des Staatsfiskus in Frage kommen. Der Betreffende würde dann zur Verrichtung eines Dienstes bestellt sein, und die Auftraggeber würden dann für den Schaden bei unerlaubten Handlungen desselben für haftbar erklärt werden müssen.

Beide Punkte stellt mit Recht der Magistrat hintan, und in seiner Erwägung beschränkt er sich lediglich darauf, zu erklären, daß die Voraussetzungen, unter denen die Stadtgemeinde haftbar sein würde, nicht als zutreffend zu erachten sind. Dieser Meinung des Magistrats hat sich der Rechtsausschuß angeschlossen und empfiehlt den verehrten Damen und Herren, der Ansicht des Magistrats zuzustimmen. Es kann keineswegs behauptet werden, daß die Stadtgemeinde Braunschweig in der Lage gewesen wäre, nachts zwischen 12 und 5 Uhr zu bemerken, daß diese Gesellschaft nach Giesmarode ziehen und plündern will. Noch viel weniger ist die Stadtgemeinde in der Lage gewesen, diese Vorgänge zu verhindern. Der Stadtmagistrat ist nicht Inhaber der Polizeigewalt — wir haben eine staatliche Polizei —, der Magistrat würde niemals in der Lage gewesen sein, so schnell, noch dazu nachts, der staatlichen Polizei eine Weisung zu geben, dieses Vorgehen zu verhindern. Aus diesen Gründen steht der Rechtsausschuß auf dem Standpunkte, es müsse die Anforderung der Militärbetriebsstelle abgelehnt werden. Ich habe namens des Rechtsausschusses anheimzugeben, der Erklärung des Magistrats zuzustimmen.

Während der Rede des Herrn Stadtv. Wolters hat Herr Stadtv. **Riete I** den **Vorsitz** übernommen.

Stadtv. **Wesemeier**: Meine Damen und Herren! Die Gründe, die der Magistrat für die Abweisung der Schadenansprüche angegeben hat, sind wohl durchschlagender Natur. Es steht wohl zweifellos fest, daß in dieser Nacht sich eine Bande gebildet hat, die diese Missetat ausgeführt hat. Feststellen will ich nur noch, daß in jener Nacht kein Arbeiter- und Soldatenrat bestanden hat, sondern dieser erst am Mittag des folgenden Tages gewählt ist, daß also die Unterschrift auf der Legitimation, die der Husar vorgezeigt hat, ebenso eine eigenmächtige gewesen ist, wie der ganze Raub selbst eine eigenmächtige Handlung war. Ich glaube kaum, daß die Stadt für diesen Fall haftbar gemacht werden kann.

Die Versammlung stimmt der Stellungnahme des Magistrats zu.

Der Stadtv. Wilhelm **Riete II** übernimmt den **Vorsitz** wieder.

10. Anspruch auf Schadenersatz für die verschiedenen Polizeiangestellten in der Revolutionsnacht im Gebäude der Polizeidirektion entwendeten Sachen.

Stadtv. Dr. **Wolters:** Unter dem 12. Dezember hat die Polizeidirektion an den Volkskommissar für Inneres und Finanzen eine Eingabe folgenden Inhalts gerichtet: Gelegentlich der politischen Umwälzungen in der Nacht vom 7. zum 8. November vorigen Jahres seien, nachdem das Polizeigebäude von Soldaten besetzt war und die Polizeibeamten das Gebäude verlassen hatten, einigen Polizeiangestellten teils aus verschlossenen, teils aus unverschlossenen Behältnissen Gegenstände im Werte von 3639 *M* gestohlen worden. Die gestohlenen Gegenstände sind im wesentlichen Privateigentum von Polizeibeamten, in der Hauptsache Fahrräder, Kleidungsstücke, Stiefel, Zigarren, Tabak, Uhren, bares Geld, und da auch einige Hüßschreiberinnen da gewesen sind, Schürzen und Schmucksachen, schließlich aus dem Warenverkaufsraum der Polizeibeamten Waren im Werte von 1221 *M*. Die Eingabe schließt mit den Worten: „über die Person der Täter ist bislang nichts ermittelt worden. Ich beantrage, den Beamten, die durch den Verlust ihres Eigentums teilweise empfindlich getroffen sind, den Schaden aus Staatsmitteln zu ersetzen.“

Darauf hat der Herr Volkskommissar das Finanzkollegium zu einer gutachtlichen Äußerung in der Angelegenheit aufgefordert, und das Finanzkollegium, unterzeichnet von Kauschenplat, hat sich in folgender Weise darauf geäußert: Das Finanzkollegium könne den Antrag der Polizeidirektion nicht befürworten. Es besteht für den Staat weder eine Verpflichtung, Nachteile welche durch Diebstähle herbeigeführt sind, auszugleichen, noch seien von der Polizeidirektion irgendwelche Billigkeitsgründe angeführt, welche dafür sprechen könnten, den betreffenden Beamten bzw. ihrer Kantine einen Ausgleich der erlittenen Nachteile aus Staatsmitteln zu gewähren. Sollten die Voraussetzungen des § 203 der Städteordnung vorliegen, der von Aufruhr und Auflauf spricht, so würde in Frage kommen, ob nicht die Stadt verbunden wäre, den verursachten Schaden zu ersetzen.

Das Volkskommissariat hat hierauf die Polizeidirektion zur Stellungnahme wegen der Anwendbarkeit des § 203 der Städteordnung aufgefordert, und die Polizeidirektion hat dem Volkskommissariat den Tatbestand geschildert, und zwar in folgender Weise: Am Abend des 7. November sei aus Anlaß der infolge der politischen Umwälzungen zu erwartenden Unruhen die gesamte Schutzmannschaft im Polizeigebäude zusammengezogen, und die radelfahrenden Beamten hätten auftragsgemäß ihre Fahrräder mitgebracht. Etwa um Mitternacht sei eine Abteilung Soldaten mit einer großen Zahl von Zivilpersonen vor dem Polizeigebäude erschienen, die sich aber wieder entfernt hätten, als zwischen der Abordnung der Soldaten und dem derzeitigen Leiter der Polizei wegen der Be-

seitigung und Verwahrung der Waffen ein Abkommen getroffen worden sei. Kurze Zeit darauf seien wiederum Soldaten und Zivilisten in großer Zahl erschienen, welche die Waffen der Beamten annahmen und die Schutzmannschaft zum Verlassen des Gebäudes aufforderten. Die Beamten seien der Aufforderung nachgekommen und hätten dabei nur durch eine enge Gasse durch die Menge hindurchgehen können. Da bei der erregten Stimmung der auf der Straße stehenden Volksmenge die Gefahr bestanden habe, daß den Beamten die Fahrräder fortgenommen oder beschädigt werden würden, hätten sie auf Anraten des Leiters der Polizei ihre Fahrräder dort gelassen, zumal der die Waffenabnahme leitende Soldat die Zusicherung gegeben habe, daß für die sichere Bewachung der Räder Sorge getragen werden würde. Am anderen Tage sei das Polizeigebäude mit Soldaten besetzt gewesen, welche die zum Dienstantritt erscheinenden Polizeibeamten fortgeschickt haben. Ein Beamter der Kriminalabteilung und einer aus der Schutzmannschaft, denen es gelungen sei, die Diensträume am 8. November nochmals zu betreten, hätten bereits damals die Diebstähle festgestellt. —

Das ist der Tatbestand, und die Polizeidirektion äußert sich dahin, daß es sich zweifellos um Schäden handle, welche bei einem Auslauf oder Aufruhr entstanden seien, für die demnach die Stadt aufzukommen habe. Schließlich wird noch nachträglich der Verlust einer Litewka angemeldet, so daß der Gesamtschaden sich auf 3719 *M* beläuft.

Der Magistrat hat auf diese Schriftstücke geantwortet, daß er auch hier eine Verpflichtung zur Haftung seitens der Stadt nicht anerkennen könne. Es handle sich, wie übereinstimmend in den beiden Eingaben der Polizeidirektion an das Volkskommissariat bekundet sei, lediglich um einen *D i e b s t a h l*, und für einen solchen könne die Stadt selbst bei einem Aufruhr nicht haften. Es wäre übrigens, so schließt die Äußerung des Magistrats, der Polizeidirektion, bzw. der sie ablösenden Macht, sehr leicht gewesen, den Diebstahl zu verhindern. Der Magistrat lehnt also den Schadenersatzanspruch ab und richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, seiner Beschlufsfassung beizutreten. Ich habe namens des Rechtsausschusses zu beantragen, die Stellungnahme des Magistrats zu billigen.

Aus der ausführlichen Darstellung der Polizeidirektion selbst geht hervor, daß zu zwei Malen sämtliche Gegenstände in Verwahrung genommen sind, und zwar zuletzt, was der Schwerpunkt ist, durch den die Waffenabnahme leitenden Soldaten mit der Zusicherung, daß für sichere Bewahrung der Räder usw. Sorge getragen werden würde. Es war also von der Macht, die vom Polizeigebäude und im allgemeinen von der Stadt Besitz nahm, die Erklärung abgegeben, das Eigentum der Beamten solle in Verwahrung genommen werden. Der Rechtsauschuß schließt daraus: Es handelt sich tatsächlich um Einbruch in einen vertraglich vereinbarten und durch Wache gesicherten Raum, und ein solcher Einbruchsdiebstahl.

stahl kann keinen Grund geben, die Stadt als haftbar erscheinen zu lassen. Wenn im Magistratschreiben gesagt wird, daß die Polizeidirektion in der Lage gewesen wäre, den Diebstahl zu verhindern, so trifft diese Meinung nach Ansicht des Rechtsausschusses zu; es wäre nur nötig gewesen, die Wache zu verstärken und sie dauernd bestehen zu lassen.

Dagegen hat der Rechtsausschuß sich nicht der Ansicht anschließen können, die Herr Geheimer Finanzrat von Kaufmannplat namens des Finanzkollegiums bezüglich der Billigkeitsansprüche, die die Polizeibeamten gegenüber dem Staate haben könnten, geäußert hat. Das Finanzkollegium sagt, es lägen keine Billigkeitsgründe vor, welche dafür sprechen, daß der Staat den Polizeibeamten den Schaden ersetze. Der Rechtsausschuß ist anderer Meinung und glaubt, daß solche Billigkeitsansprüche gegenüber dem Staate sehr wohl vorliegen. Hat doch auch die Stadt Braunschweig bei Vorfällen ähnlicher Art in jener Zeit ihren Unterbeamten, die auch bestohlen waren, den Schaden freiwillig ersetzt. Es liegt nichts näher, als daß auch in diesem Falle der Staat das gute Beispiel der Stadt beachtet. Es könnte unter Umständen auch in Frage kommen, daß der Staat dafür haftet, daß die zugunsten der Beamten in Verwahrung genommenen Gegenstände nicht ordnungsmäßig bewacht sind. Es mag dahingestellt sein, ob hieraus ein klagbarer Anspruch gegen den Staatsfiskus vorliegt, daß ein Billigkeitsanspruch vorliegt, glaubt der Rechtsausschuß durchaus befürworten zu sollen.

Ich habe mich namens des Rechtsausschusses dahin zusammenzufassen: Er empfiehlt, die Stellungnahme des Magistrats zu billigen, im übrigen sich dahin gutachtlich zu äußern, daß man wohl Billigkeitsansprüche der betreffenden Beamten gegen den Staat als vorliegend annehmen könne.

Der Antrag des Rechtsausschuß wird angenommen.

11. Abänderung der Fluchtlinie für die Straße 201a.

Stadtv. **Riefe I:** Werte Anwesende! Die Firma Hagemann, Gummiwarenfabrik, Ludwigstraße hat eben ihr Grundstück zum Teil bebaut und möchte ihr Grundstück, das zugleich an der projektierten Straße 201 gelegen ist, weiter ausbauen. Die Straße 201 war in einer Breite von 16 Meter projektiert, und außerdem waren noch Vorgärten angeordnet. Bei der Ausführung dieser Straße in der früher vorgesehenen Weise wäre nun vom Hagemannschen Grundstücke ein rund 4 Meter breiter Streifen abgeschnitten, den der Besitzer bei weiterem Ausbau seines Grundstücks groß nötig hätte. Vom Tiefbauamte sind deswegen Erhebungen angestellt, und man ist zu dem Entschlusse gekommen, die Straßenbreite von 16 auf 14 Meter herabzusetzen und die Anordnung von Vorgärten fallen zu lassen. Es wird sich darauf berufen, daß auch die Ludwigstraße, Karl-Schmidt-

Straße, Reichenbergstraße nur mit einer Breite von 14 Meter ausgeführt sind. Der betreffende Teilortsbauplan, in dem die Änderungen angegeben sind, ist dort ausgehängt. Es sind noch mehrere Straßen in dieser Gegend projektiert, über die aber heute kein Beschluß zu fassen ist. Diese Straße 201 a soll aber sofort ausgebaut werden, weil die Firma bauen muß, um ihren Betrieb zu vergrößern, und weil die Inangriffnahme des Ausbaus bei dieser Straße sehr gut geschehen kann, indem hier keine Ansprüche Dritter in Frage kommen. Um so mehr ist die Ausführung der Straßen- und anderen Bauarbeiten zu begrüßen, weil dadurch Notstandsarbeiten geschaffen werden. Der Magistrat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich mit der Abänderung dieses Teilortsbauplanes einverstanden zu erklären, wie sie auf dem Plane ausgeführt ist. Die Baukommission hat die Sache geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Dem Antrage des Bauausschusses stimmt die Versammlung zu.

Vorsitzender: Namens der Finanzkommission habe ich zu erklären, daß eine Zurückstellung der Verhandlungen über den Punkt „Änderung der Grundsätze über Erwerbslosenfürsorge“ wünschenswert erscheint, da noch Ermittlungen und Feststellungen notwendig sind.

12. Herrichtung von Rohrkänen in der Schweineschlachthalle des Schlachthauses.

Stadtb. Marth: Auf dem städtischen Schlachthause sind in den Schweineschlachthallen die Rohrleitungen für Dampf, warmes und kaltes Wasser in besonderen Kanälen untergebracht, die aber solch kleine Abmessungen haben, daß nur sehr schwer Arbeiten daran vorgenommen werden können und bei notwendigen Reparaturen die Rohrleitungen zum Teil ausgenommen werden müssen. Auch Pflaster und Beton muß dabei aufgerissen werden, und da diese Rohrleitungen unter den Spültischen gelegt sind, ist es erforderlich, durch Einsteigschächte nach den schadhaften Stellen zu gelangen. Diese Arbeit ist sehr beschwerlich, denn die Kanäle haben nur eine Ausdehnung von 60×70 cm, und eine Reinigung von Schmutz und Schlamm kann leicht zu längeren Betriebsstörungen Anlaß geben. Der Schlachthausausschuß hat nun beantragt, Kanäle in genügender Breite und Tiefe, die begehbar sind, herstellen zu lassen, so daß Arbeiten an den Rohrleitungen ohne Mühe vorgenommen werden können. Es werden dadurch Kosten in Höhe von 15 500 M entstehen, die zu Lasten der Schlachthauskasse zu verrechnen wären. Es sollen die hierfür nötigen Arbeiten als Notstandsarbeiten angesehen werden, und der Magistrat wird dafür die Bewilligung eines Reichs- und Staatszuschusses beantragen.

Der Bauausschuß gibt Ihnen anheim, die Mittel für diesen Zweck zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt der Ausführung der Arbeiten zu und bewilligt die Mittel.

13. Bewilligung von Mitteln zur Herrichtung einer Dampfkocheinrichtung im Feuerlöschgebäude.

Stadtv. **Reißner:** Im Feuerlöschgebäude an der Münzstraße war schon bislang eine Kocheinrichtung vorhanden, die jedoch den jetzigen Anforderungen, die dadurch größer geworden sind, daß der Mannschaftsbestand an Feuerwehrleuten erweitert ist, nicht mehr genügt. Außerdem ist aber die alte Kochanlage sowieso abgängig geworden, und deshalb beantragt der Magistrat, eine neue Kocheinrichtung in Verbindung mit der vorhandenen Dampfeinrichtung als Dampfkocheinrichtung anzulegen. Die dafür erforderlichen Mittel betragen 977,50 M. Die Finanzkommission gibt anheim, diese Mittel zu bewilligen.

Dem Antrage der Finanzkommission wird zugestimmt.

14. Stellungnahme zu einigen regierungsseitig als Notstandsarbeiten in Aussicht genommenen Bahnbauten.

Stadtv. **Meyerhoff:** Vom Demobilisierungskommissar der hiesigen Regierung, Herr Regierungsrat Spannuth, ist an die Eisenbahndirektion Magdeburg am 24. Januar folgendes Schreiben gerichtet:

„Mit dortigem Telegramm vom 30. Dezember 1918 wurde mir auf meine Anfrage mitgeteilt, daß größere Bauausführungen im Lande Braunschweig für das Jahr 1919 von der dortigen Verwaltung, abgesehen von den Arbeiten für den Bahnhofsneubau, nicht in Angriff genommen würden.

Im Hinblick auf die in Stadt und Land herrschende große Arbeitslosigkeit, deren weiteres bedrohliches Steigen und Andauern mit Sicherheit zu befürchten ist, darf ich in meiner Eigenschaft als Kommissar für Notstandsarbeiten die Frage regen, ob nicht Aufnahme solcher Bahnbauten möglich ist, welche sich für ungelernete Arbeiter besonders eignen und andererseits in hohem Maße wirtschaftlich wertvolle Arbeit darstellen.

Ich denke dabei an:

1. Herstellung des zweiten Gleises auf der Strecke Groß Gleidingen — Hildesheim.

2. Herrichtung der Bahnstrecke Ebisfelde—Schandelah für Schnellzugsverkehr.

Beide Arbeiten werden Erdarbeiter in größeren Mengen aufnehmen können.

Nachdem inzwischen für Notstandsarbeiten ein vereinfachtes Enteignungsverfahren in Preußen wie im Lande Braunschweig auf Grund der besonderen Befugnisse bei der wirtschaftlichen Demobilmachung eingerichtet wurde, stehen in dieser Hinsicht der sofortigen Inangriffnahme der Arbeiten keine Hindernisse im Wege.

Durch die Ausführung der Arbeiten, ja auch schon bei Vornahme nur der zweiten Arbeit, würden für wichtigste Verkehrsgebiete ganz außerordentliche Verbesserungen erzielt. Es wird eine neue und wesentlich kürzere Verbindung zwischen Berlin über Stendal und Braunschweig einerseits und dem Gebiete an der Strecke Hildesheim—Hameln—Altenbeken—Baderborn—Soest—Unna—Schwerte—Hamm—Elberfeld andererseits geschaffen. Die Bedeutung der neuen Linie kann man etwa erkennen, wenn man den Fahrplan des D-Zuges Köln—Elberfeld—Altenbeken—Hameln—Hildesheim—Braunschweig—Magdeburg—Berlin-Potsdamer Bahnhof auf der Strecke Köln—Braunschweig zugrunde legt und dann an Stelle der 238,3 km langen Strecke von Braunschweig über Helmstedt—Magdeburg—Burg—Brandenburg—Potsdam—Berlin-Potsdamer Bahnhof mit drei- bis fünfmaligem Halten die nur 209,3 km lange Strecke Braunschweig—Ebisfelde—Stendal—Stadtbahn Berlin einfügt. Es ergibt das eine auf Fahrzeit und Fahrpreis einwirkende Verkürzung von 19 km. Außerdem erhält die Gegend von Hildesheim bis Köln eine neue leistungsfähige Verbindung nach Osten. Beispielsweise beträgt die Entfernung Köln—Berlin-Zoo über die jetzige Hauptstrecke über Hamm—Hannover—Stendal 598,9 km, dahingegen auf der neuen Strecke über Altenbeken—Hildesheim—Braunschweig—Ebisfelde—Stendal nur 557,4 km, also 21,5 km weniger.

Es würde somit durch die schnelle Inangriffnahme dieser oben genannten Arbeiten nicht nur die Erwerbslosigkeit vermindert, sondern damit auch ein bleibender wirtschaftlicher Wert für weite Bezirke des Reiches geschaffen. Darüber, ob und inwieweit aus den für Notstandsarbeiten zur Verfügung stehenden Mitteln oder sonst etwa Beihilfen zu den Baukosten bereitzustellen wären, würden noch weitere Feststellungen nötig sein, sobald die grundsätzliche Geneigtheit zur Inangriffnahme der Bauten feststeht.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß auch jetzt schon auf den übrigen Teilstrecken, auch auf der eingleisigen Strecke Hildesheim—Groß Gleidingen bei Braunschweig Schnellzüge verkehren, so daß also zur Ermöglichung eines durchgehenden Schnellzugsverkehrs von Rheinland-Westfalen—Hildesheim—Braunschweig—Ebisfelde—Stendal—Berlin lediglich die Herstellung der Bahnstrecke

Schandelah—Obisfelde, also einer Strecke, 29,6 km für den Schnellzugsverkehr nötig sein würde.“

Meine Herrschaften. Sie haben das lange Opus gehört und werden nicht verkennen, daß, wenn die Arbeiten in Angriff genommen werden, damit eine Masse Notstandsarbeiten geschaffen werden. Das Schreiben ist an den Stadtmagistrat zur Kenntniznahme übersandt mit der Aufforderung, den Standpunkt der städtischen Behörden zu diesen Fragen mitzuteilen.

Der Magistrat hat darauf dem Demobilmachungskommissar unter dem 5. Februar folgendes geantwortet:

„Mit den Darlegungen können wir uns in allen Punkten einverstanden erklären. Auch wir halten es für dringend erforderlich, daß nicht nur die Städte, sondern auch die Regierungen durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit sowohl für ungelernte, wie für gelernte Arbeiter die insbesondere in den Städten herrschende große Arbeitslosigkeit mildern. Wir hatten uns deshalb schon vor mehreren Wochen an die Eisenbahndirektion in Magdeburg gewandt mit dem dringenden Ersuchen, baldmöglichst mit den Arbeiten für den Umbau des hiesigen Staatsbahnhofs zu beginnen, und dabei betont, daß bei den umfangreichen Erdbarbeiten für den Güter-, Verschiebe- und Werkstättenbahnhof viele ungelernte Arbeiter nutzbringende Beschäftigung finden könnten. Darauf hat uns die Eisenbahndirektion erwidert, daß mit den Arbeiten für die geplante Hauptwerkstätte alsbald begonnen würde. Wir würden dankbar sein, wenn auch von dort aus die schleunige Inangriffnahme nicht nur dieser Arbeiten, sondern auch derjenigen für den Güter- und Verschiebebahnhof nachdrücklich in Anregung gebracht werden würde.

Aber auch die dortseits in Vorschlag gebrachten Bahnbauten, nämlich:

1. der zweigleisige Ausbau der Strecke Groß Gleidingen—Hildesheim und
2. die Verwandlung der Nebeneisenbahn Obisfelde—Schandelah zu einer Haupteisenbahn (für Schnellzugsverkehr)

sind unseres Erachtens als Notstandsarbeiten in hohem Maße geeignet, da sie nicht nur die Erwerbslosigkeit mildern helfen, sondern auch hohe volkswirtschaftliche Werte schaffen. Auf die Wichtigkeit der über diese beiden Strecken führenden kürzesten Verbindung Berlin—Köln für den großen Durchgangsverkehr ist allseitig schon hingewiesen, als es sich um den Bau der Bahn Schandelah—Obisfelde handelte. Unseres Erachtens ist es höchst bedauerlich, daß nicht damals schon anstatt einer nur dem Lokalverkehr dienenden Nebenbahn eine Hauptbahn gebaut worden ist.

Daß diese Hauptbahnverbindung auch für die Entwicklung der Stadt Braunschweig von großer Bedeutung ist, bedarf wohl keiner besonderen Begründung.

Wir können es daher nur begrüßen, wenn von dort aus die Förderung dieser Angelegenheit nach Kräften betrieben werden soll. Unseres Erachtens wird es sich aber empfehlen, auch beim preußischen Eisenbahnministerium in dieser Beziehung vorstellig zu werden.

Schließlich möchten wir hervorheben, daß auch noch eine andere Bauarbeit zur Milderung der Arbeitsnot hervorragend geeignet ist — nämlich der Bau des Mittellandkanals. Es ist uns bekannt geworden, daß seitens der preußischen Regierung Auftrag zum Bau der Verlängerung des Mittellandkanals von Misburg bis Peine erteilt und daß mit den Arbeiten auch schon begonnen ist. Um auch hierorts Arbeitsgelegenheit zu schaffen, muß unseres Erachtens mit allen Mitteln der Weiterbau des Mittellandkanals über Peine hinaus — wenigstens bis Braunschweig — erstrebt werden. Sowohl beim Bau des Kanals, wie auch insbesondere beim Bau des städtischen Hafens würden Hunderte von ungelerten und gelernten Arbeitern dauernde Beschäftigung finden; dazu kommt noch, daß es sich um Schaffung höherer wirtschaftlicher Werte handelt.

Wir bitten daher dringend, die schleunige Förderung auch dieser Angelegenheit ins Auge zu fassen.“

Die Antwort des Magistrats wird uns zur Kenntniznahme mitgeteilt, und die Stadtverordneten werden ersucht, sich der Stellungnahme des Magistrats anzuschließen.

Das Antwortschreiben des Magistrats ist in der Baukommission besprochen. Die Baukommission schließt sich der Ansicht des Magistrats an, der dringend wünscht, daß in dieser Sache etwas geschehe. Ebenso war sie damit einverstanden, bei der Eisenbahndirektion Magdeburg vorstellig zu werden, um die genannten Arbeiten in Szene zu setzen, schon aus dem Grunde, damit erst einmal eine fertig ausgebaute Schnellzugslinie vom Rhein bis nach Berlin auf der kürzesten Strecke über Braunschweig—Schandelah—Sabisfelde geschaffen wird, womit ein großer Vorteil für unsere Stadt verbunden wäre. Ich möchte Sie im Namen der Baukommission bitten, sich den Vorschlägen des Magistrats anzuschließen und den Magistrat zu ersuchen, alles mögliche aufzubieten, damit die genannten Pläne verwirklicht werden.

Stadt v. **Niese I:** Diese Theorie des Herrn Regierungsrat Spannuth ist ja sehr gut und großzügig. Es soll ein weiteres Mittel sein, daß in der Stadt Braunschweig mehr Notstandsarbeiten geschaffen werden. Was hier aber bis jetzt an Bahnbauten in Aussicht steht, deren Inangriffnahme bisher teils durch die Witterungsverhältnisse verhindert ist, das ist so reichhaltig, daß Braunschweig damit zur Genüge sein volles Teil getan hat. So notwendig die anderen Projekte sind und auch lange schon gewesen sind, so ist es doch vor allem notwendig;

mit aller Energie dahin vorstellig zu werden, daß wir in Braunschweig endlich einen anderen Bahnhof bekommen. Aber wahrscheinlich wird es doch noch lange dauern, bis wir dahin kommen. Außerdem muß Herr Regierungsrat Spannuth wissen, daß diese Strecke Schandelah—Ebisfelde so jämmerlich gebaut ist, daß sie für Schnellzugsverkehr nicht zu gebrauchen ist; dazu müßte sie erst umgebaut werden. Viele hundert Arbeiter ohne die vielen Erdarbeiter könnten wir schon beschäftigen, wenn das Werkstättengebäude und der Umschlagbahnhof am Rantheimer Wege in Angriff genommen wird, die Projekte, die Herr Regierungsrat Spannuth vorbringt, gleichen ihm selbst, der in der Theorie sehr groß ist, aber mit der Praxis sich wenig befaßt hat.

Stadtv. Spangenberg: Ich kann mich den Ausführungen meines Herrn Voredners nur anschließen und kann Ihnen sagen, obgleich ich nicht befugt bin, nähere Aufklärung darüber zu geben, daß es aussichtslos wäre, in der Richtung vorzugehen, wie Herr Regierungsrat Spannuth vorschlägt. Wir sind mit unseren alten Bahnstrecken während der Zeit des Krieges, wo nur die notwendigsten Arbeiten ausgeführt wurden, so sehr auf den Hund gekommen, daß selbst die erfahrensten Fachmänner und Techniker vor ungeheurer schwierigen Aufgaben stehen. Die unbedingt nötigen Ausbesserungen an den schon bestehenden laufenden Gleisanlagen sind derartig umfangreich, daß schon allein dafür das geschulte Personal wie auch das Arbeiterpersonal, ebenso Schienen und Rohstoffe fehlen werden. Die Eisenbahnverwaltung wird in den nächsten Jahren stark beschäftigt sein, indem sie viel dringendere Projekte zur Ausführung bringen muß. Was die Strecke von Braunschweig nach Ebisfelde betrifft, so sagte Herr Nieke schon, daß sie für Schnellzugsverkehr nicht in Frage kommen kann. Im übrigen hängt die Einlegung von neuen Schnellzügen auch von technischen Fragen ab; die Strecke Hannover—Stendal ist so stark belastet, daß die Eisenbahnverwaltung jeden Zug mehr auf dieser Strecke ablehnen würde. Die Linie Braunschweig—Helmstedt—Magdeburg—Berlin trägt das viel eher. Eine Fahrpreisverbilligung kann durch Einrichtung des neuen Schnellzuges nie in Frage kommen. Der Fahrpreis Braunschweig—Berlin ist so berechnet, daß alle Wege, z. B. Braunschweig—Meine—Berlin, Braunschweig—Reindorf—Ebisfelde—Berlin dasselbe Fahrgeld kosten. Auch eine Frachtverbilligung würde nie eintreten, denn das wäre gegen die maßgebenden Grundsätze. Im übrigen bin ich fest davon überzeugt, daß aus technischen Gründen ein solcher Antrag, wie er von Herrn Regierungsrat Spannuth ausgeht, vollständig aussichtslos ist.

Stadtbaurat Gebensleben: Es ist wohl selbstverständlich, daß der Stadtmagistrat zu dem Schreiben des Demobilisierungskommissars im bejahenden

Sinne Stellung genommen hat, denn Braunschweig hat das allergrößte Interesse daran, daß diese Schnellzugstrecke, wie sie vom Demobilmachungskommissar in Vorschlag gebracht wird, ausgebaut wird. In dem Antwortschreiben an den Demobilmachungskommissar haben wir das auch genauer begründet. Ich möchte aber nochmals darauf hinweisen, daß wir darin betont haben, daß neben diesem Bahnbau uns in erster Linie die Inangriffnahme der Bahnanlagen hier in der Stadt Braunschweig am Herzen liegt, die schon so lange der Ausführung harren. Ich habe schon vor mehreren Wochen hier in der Versammlung bekanntgegeben, daß wir uns vor einiger Zeit, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen, an die Eisenbahndirektion in Magdeburg mit dem Ersuchen gewandt haben, so schnell als möglich mit Ausführung dieser Bahnanlagen zu beginnen, und zwar mit den umfangreichen Arbeiten für den Verschiebebahnhof, Güterbahnhof und den Werkstättenbahnhof, Anlagen, die zwischen der Helmstedter Straße und dem Kennel zur Ausführung gebracht werden sollen. Es hat uns darauf der Präsident der Eisenbahndirektion erwidert, daß mit dem Bau des Werkstättenbahnhofs, insbesondere mit dem Bau der Hauptwerkstätte, sofort begonnen werden solle. Wir haben leider bisher nicht gehört, daß damit tatsächlich begonnen ist, und deshalb haben wir dem Demobilmachungskommissar empfohlen, in dem Sinne noch einmal energisch in Magdeburg vorstellig zu werden, daß die Inangriffnahme dieser Bauten nicht weiter verzögert wird, sondern so schnell als möglich erfolgt; besonders möchte nicht nur der Werkstättenbahnhof, sondern auch der Güter- und Verschiebebahnhof in Angriff genommen werden. Ich habe in dem Antwortschreiben ferner noch darauf hingewiesen, daß Tausende von Arbeitern beschäftigt werden könnten, wenn eine andere große Arbeit schleunigst in Angriff genommen würde, nämlich der Bau des Mittellandkanals und des städtischen Hafens. Wir alle haben aus der Presse erfahren, daß seitens der preussischen Regierung beschlossen ist, den Mittellandkanal über Misburg bis Peine fortzuführen. Wir halten es für dringend nötig, daß der Kanal nicht bei Peine sein Ende erreicht, sondern sogleich bis Braunschweig fortgeführt wird. Wir haben in unserm Schreiben eingehend dargelegt, daß gerade bei diesen Arbeiten eine große Menge von ungelernten, aber auch von gelernten Arbeitern auf lange Jahre hin Beschäftigung finden könnte, und daß hiermit Arbeiten geschaffen werden, die in hohem Grade im wirtschaftlichen Interesse des Landes Braunschweig liegen. Ich habe ferner darauf aufmerksam gemacht, daß dann auch die Stadt ihrerseits mit großen Bauten beginnen könnte, nämlich mit dem Bau des städtischen Hafens im unmittelbaren Anschluß an den Mittellandkanal. Das sind so umfangreiche Projekte, daß man die Wichtigkeit der Förderung derselben gar nicht genug betonen kann.

Ich möchte Sie darum bitten, auch diesen Äußerungen des Magistrats in allen Punkten zuzustimmen.

Stadtv. Marth: Die Ausführungen, die ich machen wollte, decken sich mit denen des Herrn Stadtbaurats Gebensleben; ich habe ihnen nichts hinzuzufügen.

Stadtv. Meyerhoff: Herr Stadtbaurat Gebensleben hat schon klargelegt, was ich noch zu sagen hatte. Es wird in dem Magistratsschreiben darauf hingewiesen, daß diese Arbeiten sehr wünschenswert und dringend sind, daß der Verschiebeshof in Angriff genommen werden möchte, daß die Kanalverbindung von Misburg bis Braunschweig durchgeführt wird usw. Es ist alles geschehen, was von seiten der städtischen Behörden zu tun ist, um die Sache in Fluß zu bringen. Wir wollen nur wünschen, daß wir bessere Erfolge haben als früher mit der alten preussischen Regierung. Das muß hier noch einmal ausgesprochen werden, daß wir immer wenig Entgegenkommen bei unseren Bahnbauten gefunden haben, und daß wir wünschen müssen, daß jetzt ein anderer Wind weht. Ich bitte Sie um Zustimmung zu den in den beiden Schreiben dargelegten Ansichten.

Stadtv. Schmidt: Ich glaube kaum, daß die in dem Schreiben des Demobilisierungskommissars aufgeführten Wünsche Verständnis in Magdeburg finden werden, ebensowenig wie die von der Stadtverwaltung geäußerten Wünsche, wie wir es schon aus den Ausführungen des Herrn Stadtbaurats Gebensleben ersehen haben. Ich hatte allerdings geglaubt, daß die Sachlage sich geändert hat, als wir erfahren hatten, daß schon die Bewilligung der 30 000 000 M für die Bahnhofsbauten in Braunschweig erfolgt ist, und daß man nun mit Rücksicht auf den Notstand die Arbeiten schneller in Angriff nehmen würde. Aber nachdem ich an höchster Stelle um Auskunft gebeten hatte, hat man mir gesagt, daß die Sache noch in weitem Felde liege. Es muß von unserer Seite nachdrücklichst auf Inangriffnahme der verschiedenen Bauten gedrängt werden. Die Erdarbeiten allein erfordern schon längere Zeit, und es könnten Tausende damit beschäftigt werden. Bei Einrichtung des Verschiebeshofs handelt es sich nicht nur darum, daß die Vorarbeiten dafür erledigt werden, sondern daß auch die Errichtung neuer industriellen Werke, die Anschluß an die Bahn haben müssen, in die Wege geleitet werden kann. Wenn endlich ein neuer Bahnhof nach Braunschweig kommt und die neuen Gleisanlagen eine bessere Gelegenheit zum Anschluß geben als jetzt, dann wird manches industrielle Werk Gelegenheit nehmen, hier sich anzusiedeln. Sollte die ganze Sache nur an der Höhe der Kosten scheitern, weil bei der Ausführung in jetziger Zeit das Dreifache herauskommt, als was bei der Projektierung vorgesehen war, und deswegen event. eine Neubearbeitung des ganzen Planes für den Verschiebeshof beabsichtigt werden, so würde ich das sehr bedauern. Ich hoffe, daß seitens des Magistrats mit Nachdruck darauf hingearbeitet wird, daß nicht allein die Werkstätte in Angriff genommen wird, sondern die ganzen Ar-

beiten am Rautheimer Wege, die so umfangreich sind, daß Tausende Gelegenheit hätten, dort Beschäftigung zu finden, damit wir endlich mit unserem Bahnhofe vorwärtskommen. Damit wäre unserer Sache viel mehr gedient als mit den Anregungen des Herrn Regierungsrat Spannuth.

Stadtv. Niese 1: Wir wissen alle, jedenfalls der größte Teil von Ihnen, was Braunschweig schon getan hat, um einen neuen Bahnhof zu erhalten. Trotzdem sind 20 Jahre ins Land gegangen, und der erste Stein, der zum Bahnhofsbau verwendet werden soll, ist vielleicht noch nicht einmal gebaad. Wir haben für das Bahnhofsprojeckt an den Eisenbahnbaumeister Gleim 18 000 *M* ausgegeben und noch an anderen Stellen viel Geld dahinter hergeworfen, und trotzdem ist die Sache bis heute nicht gediehen. Wenn von uns die Eisenbahndirektion Magdeburg angebohrt wird und eine befriedigende Antwort nicht kommt, dann möchte ich anregen, uns an das Reichseisenbahnamt in Berlin zu wenden, damit die Sache im preußischen Landtage zur Sprache kommt und dort nachgeholfen wird, damit wir endlich zum Ziele kommen. Unsere Bahnhofsverhältnisse sind so traurig, wie man sie kaum auf einer kleinen Station findet. Kommen einmal zwei Züge auf einmal an, dann wissen sich die Menschen auf dem Bahnhofe vor Gedränge nicht zu bewegen. Dem müßte rasch abgeholfen werden. Das wichtigste für den Augenblick ist, daß Arbeit mit dem Bahnhofsbau und mit dem Bau des Mittellandkanals geschafft wird. Die Handelskammer hat sich lange mit dem Projeckt des Mittellandkanals beschäftigt und all das nötige Material zusammengetragen. Es ist mir die Mitteilung zugegangen, daß bei dem Bau des Mittellandkanals 13 000 ungelernete Arbeiter und 4—5000 technische Arbeiter und Maurer Beschäftigung finden könnten. Kommen diese Sachen in Gang, dann brauchen wir uns nicht um Notstandsarbeiten zu bemühen, um die überflüssigen Arbeitskräfte zu beschäftigen; dann hätten wir mehr Arbeit als Menschen heute zu haben sind. Es muß aber vorangehen, sonst sitzen wir noch 20 Jahre und bekommen keinen neuen Bahnhof.

Stadtv. Lehnert: Vor allen Dingen muß die Stadt darnach trachten, steuerkräftige Leute an sich heranzuziehen, und in der Richtung stimme ich Herrn Schmidt zu, wenn er gesagt hat, daß wir darnach trachten müssen, Industrie an unseren Ort zu bekommen. Dann haben wir auch Gelegenheit, dafür zu sorgen, daß der Steuerfädel gefüllt wird.

Herr Meyerhoff meinte, wir müßten wünschen, daß in Berlin und in Preußen ein anderer Wind wehte, der uns günstig ist. Nach Zeitungsberichten sind sie dort aber gegen Braunschweig nicht sehr gut gestimmt. Wer trägt die Schuld daran? Meine Kollegen und politischen Freunde tragen die Schuld nicht, ich glaube, auch Herr Meyerhoff nicht. Der würde es ganz gern sehen, wenn er in seinen vor-

gerückten Jahren noch erleben würde, daß der erste Backstein zu dem neuen Bahnhofe wie zum Mittellandkanal gebrannt würde. Herr Meyerhoff winkt ab. Ja, auch ich höre die Botschaft, aber auch mir fehlt der Glaube. Wenn die preußische Regierung etwas für Braunschweig tun wollte und Braunschweig nicht vollständig beiseitelassen wollte, dann hätte schon etwas getan werden können. Die preußische Regierung hat gewußt, daß endlich einmal eine Änderung in den Kriegszeiten kam, mußte wissen, daß beim Zurückfluten der Heereskräfte Arbeit geschaffen werden mußte. Es ist doch eine Tatsache: Wenn wir jetzt augenblicklich daran gehen könnten, wenn wir einen Teil von den Vorlagen, die schon beraten worden sind, in Angriff zu nehmen in der Lage wären, so brauchten wir uns keine Kopfschmerzen darüber zu machen, wie wir die Erwerbslosen beschäftigten, es wäre genug Arbeit vorhanden. Darum müssen wir mit Hochdruck daran arbeiten, daß in dieser Sache endlich etwas in Berlin geschieht, indem wir, wie Herr Riese anführte, bei dem Reichseisenbahnamate in Berlin vorstellig werden. Der Herr Oberbürgermeister schüttelt den Kopf; er glaubt nicht, daß viel damit herauszuholen ist. Wollen wir in Braunschweig uns denn fort und fort als Stiefkind des preußischen Staates behandeln lassen? Das muß aufhören. Wir haben hier zu verlangen. Wenn der Harzburger Zug in unseren Bahnhof einfährt und auf der anderen Seite der Hannoversche Zug, dann ist es ja geradezu mit Lebensgefahr verbunden, von unserem Bahnhofe zu kommen. Denken Sie an die Unglücksfälle bei der Güterabfertigung. Diejenigen unter Ihnen, die noch im industriellen Betrieb tätig sind, wissen, was für einen traurigen Zustand die Güterabfertigung bei uns darstellt. Wenn Spargel und Konserven verladen werden müssen, dann ist es ein Skandal, anzusehen, wie die Wagen stundenlang warten müssen, ehe die Abfertigung geschieht. Aus allen diesen Gründen ist es notwendig, daß wir den neuen Bahnhof und den Mittellandkanal erhalten. Wird mit dem Bau bei uns begonnen, dann wird die Arbeitslosigkeit aufhören.

Die Versammlung tritt der Stellungnahme des Magistrats in diesen Angelegenheiten bei.

15. Zuschuß für die Kinderspeiseanstalt am neuen Petritor.

Stadtv. Reizner: Von der Frauengruppe für soziale Arbeit ist an den Magistrat der Antrag gestellt worden, als Zuschuß zu den Kosten ihrer Kinderspeiseanstalt am neuen Petritore einen Betrag von 1500 M zu gewähren. Diese Kinderspeiseanstalt ist vor 10 Jahren gegründet, und die Frauengruppe für soziale Arbeit hat bislang eine besondere Ehre darein gesetzt, diese Anstalt ohne andere Zubuße zu unterhalten. Durch das Steigen der Lebensmittelpreise sind die Ausgaben für die Kinderspeiseanstalt aber so sehr in die Höhe gegangen, daß es die

Frauengruppe nicht mehr durchführen kann, die Unterhaltung der Anstalt allein zu tragen. Allein durch die Beschaffung der Winterkartoffeln ist eine Ausgabe von 1200 *M* entstanden, so daß in diesem Jahre Kosten entstehen werden, wie sie in keinem der vorhergehenden Jahre sich herausgestellt haben. Es speisen in der Anstalt jetzt täglich 100—120 Kinder, und es sind hauptsächlich die Kinder der minderbemittelten Bevölkerung, die hier in Frage kommen — oder, wie ich eben von Frau Professor Goeze höre, nur diese Kinder. Der Magistrat empfiehlt den Stadtverordneten, der Bitte der Frauengruppe stattzugeben und den Zuschuß aus der Kasse für Kriegswohlfahrtspflege zu bewilligen. Der Finanzausschuß gibt anheim, dem Magistratsantrage zu entsprechen.

Die 1500 *M* werden bewilligt.

16. Rückverweisung der Vorlage, betr. Einrichtung eines gemischten Betriebes des Elektrizitätswerks.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich habe namens des Finanzausschusses zu beantragen, die Vorlage über das Lichtwerk, die uns vom Magistrat seinerzeit zugegangen war und darauf abzielte, einen gemischt-wirtschaftlichen Betrieb des Elektrizitätswerks einzurichten — die umfangreiche Vorlage, die den Herren und Damen wohl allgemein bekannt ist —, nicht durch das Vollhaus zu verabschieden, sondern an den Magistrat — da wir eine unmittelbare Verbindung mit der Deputation nicht haben — zurückzugeben, damit die Deputation für das Lichtwerk sich nochmals mit dieser Angelegenheit befassen kann. Das Schreiben des Magistrats hat ein eigenartiges Schicksal gehabt. Es datiert vom 23. Oktober 1918, ist Anfang November uns zugegangen und durch den damaligen Vorsitzenden Hartung dem Finanzausschuß zur Vorberatung zugewiesen. Das war gerade in den Tagen des Umschwunges in Braunschweig, und in den Tagen darauf hat dann keine Beratung dieses Stoffes durch die Stadtverordneten stattgefunden, da andere Ereignisse sich in den Vordergrund drängten. Es kam dann zu Neuwahlen, und ein neues Haus hat sich jetzt mit der Vorlage zu befassen. Wir haben einen neuen Ausschuß für die Lichtwerkübernahme gewählt, und heute wird wohl noch eine Zuwahl zu den Mitgliedern des Magistrats vorgenommen, so daß es zu einer anderen Zusammensetzung des Magistrates kommt. Daher ist es wohl nötig, daß sowohl der Magistrat wie der Ausschuß in dieser für unser ganzes städtisches Leben einschneidenden Frage eine andere Stellung einnimmt, und so schien es uns nicht angemessen, die den Stadtverordneten zugegangene Vorlage von seiten des Finanzausschusses zu beraten, sondern die Vorlage zurückzugeben, damit die gegenwärtige Deputation für Lichtwerkübernahme sich mit der Angelegenheit befaßt. Ich ersuche die geehrte

Versammlung, aus diesen Gründen die Vorlage an den Magistrat mit der Bitte zurückzugeben, zunächst die neue Deputation darüber zu hören.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Finanzausschusses an.

Vorsitzender: Die Punkte der Tagesordnung sind damit erledigt, und wir kämen nun zu der Fülle von Anfragen und Anträgen, die heute eingegangen sind. Ich glaube im Sinne aller zu sprechen, wenn ich die Bitte an die geehrten Herren und Damen richte, sich bei der Behandlung dieser Sachen der möglichsten Kürze zu befleißigen. Es könnte sonst sehr leicht außerhalb des Hauses der Eindruck erweckt werden, daß aus Mangel an Arbeitsfreudigkeit von uns Erledigung von Sachen aufgeschoben würde, und das würde nicht im Interesse der Stadtverordnetenversammlung liegen.

Stadtv. **Hönneburg:** Ich möchte den geschäftsordnungsmäßigen Vorschlag machen, heute nur die dringlichen Sachen zu behandeln, damit für die auf der Tagesordnung stehenden Punkte der vertraulichen und der gemeinschaftlichen Sitzung noch Zeit übrigbleibt. Es ist doch unmöglich, daß jede Stadtverordneten-sitzung bis gegen 10 Uhr ausgedehnt wird.

Vorsitzender: Oder wir müßten sonst noch in jeder Woche eine Sitzung abhalten.

Stadtv. **Frede:** Es sind die Anfragen und Anträge in der Erwartung gestellt, daß sie alle noch heute zum Zuge kommen, und ist deshalb vermieden, diesen oder jenen Antrag als dringlich zu bezeichnen. Sollte es heute zur Zurückstellung einiger Sachen kommen, dann müßten wir in Zukunft wohl jeden Antragsteller fragen, ob er seinen Antrag als dringlich bezeichnet.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** erklärt Stadtv. **Frede** sein Einverständnis, daß sein Antrag bis zur nächsten Sitzung verschoben wird. Der Antrag **Wolters**, betreffend die Antwort des Volkskommissariats, soll heute behandelt werden in Verbindung mit dem Antrage der demokratischen Fraktion.

Stadtv. **Genzen** bittet, seine Anfrage, betreffend die Beschaffung von Anzügen für Schulentlassene, die nur kurze Zeit in Anspruch nehmen würde, noch heute zu behandeln. Auch der Antrag **Jahns** ist als dringlich bezeichnet.

17. Antrag der Partei „Bürgerliche Gruppe“ und Antrag der deutschen demokratischen Partei, betr. die Antwort des Volkskommissariats für Inneres auf das an die Regierung gerichtete Ersuchen vom 12. Februar.

Wortlaut der Anträge f. S. 661 und 662.

Stadtv. Dr. **Wolters** (zur Begründung seines Antrages): Den verehrten Herrschaften ist aus der vorigen Sitzung bekannt, daß wir den Magistrat gebeten haben, an die Landesregierung eine Eingabe zu richten, es möge die Landesregierung Maßregeln ergreifen, um einerseits die Einwohner der Stadt vor Gewalttätigkeiten von seiten der Bevölkerung künftig zu schützen und andererseits zur Wahrung der städtischen Interessen ungesetzliche Eingriffe in hiesige Gewerbebetriebe zu verhüten, bzw. aufzuheben. Der Herr Vorsitzende hat zu Beginn der Sitzung das Schreiben verlesen, das der Volkskommissar für Inneres darauf erlassen hat. Ich verzichte darauf, es im Zusammenhange nochmals vorzuführen. Es faßt sich die Antwort dahin zusammen, es wären die Stadtverordneten unberechtigt, der Regierung vorzuwerfen, daß sie die Einwohnerschaft nicht vor Gewalttätigkeiten schütze. Es wäre ein leichtfertiger Beschluß, den die Stadtverordneten gefaßt hätten. Die Anträge seien nicht veranlaßt durch die Sorge um das Wohl der Stadt, sondern nur ein Glied in der Kette, welche seit Bestehen der jetzigen Regierung von gewissen Kreisen ausgehe. Im übrigen seien auch keine ungesetzlichen Eingriffe in hiesige Gewerbebetriebe erfolgt, wie schon die Abweisung der Klage der Metallindustriellen besage.

Es dreht sich hier zunächst um die Frage des Aufsichtsrechts der Staatsregierung über die städtischen Behörden. Es ist den verehrten Herrschaften innerlich, daß durch die Städteordnung die Grenzen scharf gezogen sind, die die Staatsbehörden zu beachten haben, wenn sie sich in städtische Angelegenheiten einmischen. Das Recht der Staatsbehörden ist durch die Verfassung dahin beschränkt: Das Oberaufsichtsrecht der Regierung erstreckt sich nur darauf, daß die Verwaltung den bestehenden Gesetzen entsprechend geschieht, daß das Vermögen einzelner nicht geschädigt wird. Die Städteordnung besagt, daß nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen die Regierung berechtigt ist, sich in die städtische Verwaltung einzumischen, und zwar dann, wenn die von den städtischen Behörden gefaßten Beschlüsse und erlassenen Verfügungen den gesetzlichen Vorschriften oder Normen zuwiderlaufen oder über die gesetzlichen Befugnisse der städtischen Behörden hinausgehen, oder wenn die Ausführung von Beschlüssen und Verfügungen der städtischen Behörden nach dem Daseinhalten der Staatsbehörde das Gemeinwohl gefährden. Nun ist in der ersten Beziehung mein Antrag dahin gehend: Die Ver-

sammlung soll sich dahin erklären, daß erstens das Volkskommissariat für seine Verfügung nicht zuständig ist.

Die Art und Weise, wie die Staatsbehörde zu verfügen hat, wenn sie sich in städtische Angelegenheiten einmischen will, ist ebenfalls durch die Städteordnung bestimmt. Die unmittelbar vorgesehene Behörde ist das Staatsministerium, Departement des Innern. Wenn aber die Staatsbehörde sich in einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung einmischen will, ist nicht mehr das Departement des Innern, sondern das Gesamtministerium zuständig. Infolgedessen war der Herr Volkskommissar für das Innere für seine Verfügung nicht zuständig, sondern es wäre entweder die Gesamtheit der Volksbeauftragten oder der gesamte Arbeiter- und Soldatenrat zuständig gewesen. Es ist das *keine bloße Formsache*, sondern ist inhaltlich von Bedeutung, da dann mutmaßlich die Entscheidung, die an die städtischen Behörden erteilt worden ist, anders ausgefallen wäre. Ich will diesen Punkt nicht weiter ausführen, sondern komme später darauf zurück.

Ferner geht mein Antrag dahin: Der Inhalt der Verfügung verletzt das durch die Verfassung und die Städteordnung gewährleistete Selbstverwaltungsrecht der Städte. Wenn der Volkskommissar den städtischen Behörden vorwirft, es wären leichtfertige Beschlüsse gefaßt, und behauptet, daß die Einwohnerschaft vor Gewalttätigkeiten geschützt sei, wenn ferner gesagt wird, es wären die Eingriffe, die in Gewerbebetrieben ausgeübt sind, nicht ungesetzlicher Art, so ist das kein Thema, kein Verhandlungsstoff, der die Staatsbehörde berechtigt hätte, in das Selbstverwaltungsrecht der Stadt einzugreifen. Welcher Art die Stoffe sind, welche eine Einmischung der Staatsbehörde zulassen, habe ich vorhin auseinandergelegt; diese Tatsache gehört nicht dazu. Daher ist inhaltlich die Verfügung nicht im Einklang mit dem Selbstverwaltungsrecht der Städte.

Die Verfügung ist auch sachlich unzutreffend. Es wird in ihr behauptet, die Stadtverwaltung hätte in ihrer Mehrheit unrecht, wenn sie gesagt hätte, es wären die Einwohner der Stadt vor Gewalttätigkeiten nicht geschützt. Meine verehrten Herrschaften! Bei der Verhandlung in der vorigen Sitzung habe ich mich nach allen Kräften bemüht, den Stoff zu entmaterialisieren; ich habe lediglich gesagt: „Es ist uns allen bekannt, daß Arbeitswillige gewalttätig aus ihrer Arbeitsstätte entfernt worden sind“, und habe davon Abstand genommen, Näheres vorzubringen, um den Verhandlungston auf eine freundliche und freundschaftliche Grundlage zu stellen. Ich habe davon abgesehen, das Tatsachenmaterial auszukramen. Ich kann nur wiederholen: Allen von uns ist bekannt, was die Mehrheit der Stadtverordneten in der vorigen Sitzung als richtig anerkannt hat: es sind tatsächlich gewalttätig Arbeitswillige, selbst unter Zerstörung ihres Eigentums von ihrer Arbeitsstätte entfernt. Selbst unter unseren Kollegen aus der Stadtver-

ordnetenversammlung sind einige imstande, darüber authentische Auskunft zu erteilen.

Auch in ihrem zweiten Punkte ist die Verfügung des Volkskommissars sachlich unzutreffend. Es wird behauptet, daß die Eingriffe in die Gewerbebetriebe nicht ungesetzmäßig seien. Meine Herrschaften. Ich weise darauf hin, was der Arbeiter- und Soldatenrat in der Eröffnungsrede zum Landtage ausgeführt hat, wo es sich um die Sozialisierung von Betrieben handelt. Der Herr Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats hat sie verlesen, daher ist im Wortlaut kein Irrtum möglich: „Die gesamte Arbeit, welche zur Sozialisierung geleistet werden muß, wird der gesetzgebenden Tätigkeit der Landesversammlung noch vorbehalten sein.“ Der Herr Präsident des Landtages, der unter uns weilt, hat in seiner Beantwortung dieser Rede ausdrücklich erklärt: „Das Wesentliche des Sozialismus wird sich nur im Rahmen des Reiches verwirklichen lassen. Wir haben uns bisher immer im Rahmen des Reiches bewegt und werden es auch fernerhin tun müssen. Das Geschick des braunschweigischen Volkes ist unlöslich verbunden mit dem Geschick des ganzen deutschen Volkes.“ Diese Äußerung deckt sich genau mit dem, was sämtliche Redner in der vorigen Sitzung über diesen Stoff geäußert haben. Es kann diese Frage nun einmal nur durch die Landesgesetzgebung und von dieser nur im Einvernehmen mit der Reichsgesetzgebung geregelt werden, und da bisher irgend eine gesetzliche Bestimmung über Sozialisierung von Betrieben, wie sie auch aufgefaßt werden mag, nicht vorliegt, so haben wir vollständig recht mit der Behauptung: Die Äußerung des Arbeiter- und Soldatenrats, daß der Landtag berufen ist, diese Frage des Sozialismus zu lösen, ist dahin zu verstehen: unter Berücksichtigung der Reichsgesetzgebung. Wenn daher in dem Ersuchen gebeten wird, es möchte seitens der Regierung verhütet werden, daß ein ungesetzlicher Eingriff in die hiesigen Gewerbebetriebe stattfindet, so hat damit die Stadtverordnetenversammlung tatsächlich durchaus zutreffend geurteilt.

Wenn der Herr Volkskommissar für das Innere hinweist auf die Klage, die die Metallindustriellen gegen den Landesfiskus und gegen zwei Herren der Volksbeauftragten angestrengt haben, so ist dieser Hinweis durchaus unzutreffend, denn es ist weder in der Stadtverordnetenversammlung noch sonst behauptet worden, daß die Landesregierung diese Eingriffe gemacht habe, sondern daß diese Eingriffe, wenn sie gemacht sind, von anderen herrühren. Ich kann wiederholen, daß diese tatsächliche Behauptung, daß wir unrechtmäßig beschlossen hätten nicht zutreffend ist.

Sodann macht der Herr Volkskommissar eine Anzahl Unterstellungen und Vorwürfe gegen die Stadtverordnetenversammlung, die ihrem Inhalte nach den verehrten Herrschaften erinnerlich sind. Es ist gesprochen von einer leichtfertigen Beschlußfassung, daß diese Beschlüsse nicht durch die Sorge um das Wohl der

Stadt veranlaßt seien, und daß diese Beschlüsse ein Glied in der Kette seien, die gegen die jetzige Landesregierung unternommen wird. Meine Herrschaften! Es hat der verehrte Herr Stadtverordnetenvorsteher das ehrenvolle Amt, hier im Sitzungssaale die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Sitte zu wahren, aber ein ebenso ehrenvolles Amt ist für ihn auch die Wahrung der Würde des Hauses nach außen. Wir alle würden außerordentlich dankbar gewesen sein, wenn der Herr Stadtverordnetenvorsteher die Gelegenheit benützt haben würde, die in der weitesten Öffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlung gegenüber geäußerten Vorwürfe zurückzuweisen. Da das nicht geschehen ist, so nimmt das Haus selbst die Zurückweisung dieser Vorwürfe in die Hand.

Ich kann mich in der Beziehung wohl recht kurz fassen und brauche die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Mehrheit nicht zu verteidigen. Es ist unrichtig, daß der Beschluß in leichtfertiger Weise angenommen ist. Die geehrten Herrschaften werden alle den Rednern der Deutschen demokratischen Partei, den Rednern der sozialdemokratischen Partei und — wenn ich damit nicht unbescheiden bin — auch mir, das Urteil sprechen können, daß wir leidenschaftslos, ja vielleicht mit etwas zu wenig Leidenschaft — wenigstens ist das mir gegenüber behauptet worden — das ganze Thema behandelt haben. Je höflicher man den politischen Gegner behandelt, um so mehr ist man, wenn man selbst gerechte Sache hat, in der Lage, ihn zu seiner Ansicht herüberzuziehen. Ich habe mich gestreut, daß in seinen ersten Erwidierungsworten Herr Wesemeier gesagt hat: Wir können uns auf den Boden des Antrags Wolters stellen; erst nachher ist die Schärfe in die Debatte getragen, und es hat mir leid getan, daß Herr Wesemeier später anders gestimmt hat. Ich muß aufs neue feststellen: Die Stadtverordnetenversammlung ist in keiner Weise in heizerischen Ton gefallen. Ebenso muß ich auch den Vorwurf, daß nicht die Sorge um das Wohl der Stadt zu diesem Beschlusse geführt habe — ein recht schwerer Vorwurf —, mit voller Entschiedenheit und allem Nachdruck zurückweisen.

Ich komme zu dem Ergebnis, daß die Stadtverordnetenversammlung auch sachlich bei ihrer Beschlußfassung aufs kräftigste beharren muß. Ich gebe ferner der Hoffnung Ausdruck, daß die Landesregierung nicht verfehlen wird, an Hand der amtlichen stenographischen Verhandlungsniederschrift das Material neu zu prüfen, daß sie dann in der Lage sein wird, die Unterstellungen und Vorwürfe als nicht gerechtfertigt anzuerkennen, und daß dem zum Wohle der Stadt gefaßten Beschlüsse der Stadtverordneten auch Folge gegeben werden möchte, daß künftig die Einwohnerschaft vor Gewalttätigkeiten von gewissen Teilen der Bevölkerung geschützt werden möchte und nicht auf gesetzlichem Boden beruhende Eingriffe in Gewerbebetriebe künftig verhütet werden möchten.

Ich habe in dieser Form einen Antrag eingereicht. Den Magistrat haben wir mit einem neuen A n t r a g e nicht zu behelligen, wir beschränken uns auf eine Erklärung; es handelt sich lediglich um eine Erklärung der Versammlung, die dahin gehen soll, den alten Beschluß anzuerkennen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die Landesregierung diesem Beschlusse künftig Folge leisten möge.

Stadtv. **Salomon** (zur Begründung des Antrages der Deutschen demokratischen Fraktion): Meine Damen und Herren! Ich will mich recht kurz fassen und will nicht den feinen juristischen Gedankenfaden meines Herrn Vorredners, der in den meisten Stücken außerordentlich zutreffend war, weiterspinnen. Ich nehme die Sache nur, wie sie liegt. Es ist wohl füglich als zu Recht bestehend anzunehmen, daß, wenn die städtischen Behörden an eine Regierung ein Ersuchen richten, auf dieses Ersuchen entweder in bejahendem oder verneinendem Sinne geantwortet wird. Beides vermissen wir in der Antwort des Herrn Volkskommissars des Innern. Statt dessen enthält die Antwort zum Teil unrichtige, zum Teil vollständig unbewiesene Behauptungen, wie es auch von meinem Herrn Vorredner schon hervorgehoben ist. Unrichtig ist es, wenn gesagt wird, die Stadtverordneten haben leichtfertig gehandelt; unrichtig ist die Behauptung, die Stadtverordneten haben die Vorkommnisse übertrieben; unrichtig ist, daß die Stadtverordneten auf Grund falscher Informationen Beschlüsse gefaßt haben; unrichtig ist es, wenn behauptet wird, die Stadtverordneten wollen Unruhe in die Bevölkerung bringen. Daß uns, den Vertretern der Bürgerschaft, solche Unrichtigkeiten unterstellt werden, müssen wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen und aufs nachdrücklichste Verwahrung dagegen einlegen. Ferner Verwahrung müssen wir einlegen gegen die am Schlusse der Antwort enthaltene Zurechtweisung. Diese Zurechtweisung, die uns, den Vertretern der Bürgerschaft, erteilt wird, haben wir nicht verdient; sie stellt sich auf eine Grundlage, die vollständig jeder Beweisraft entbehrt. Es ist dem Volkskommissar nicht möglich, nachzuweisen, daß wir uns mit Sachen beschäftigt haben, die nicht das Wohl der Stadt betreffen. Gerade diese Angelegenheit, um die es sich hier dreht, ist eine solche, bei der es sich sehr um das Wohl der Bürgerschaft handelt. Es war unsere Pflicht, uns mit der Sache zu beschäftigen, und darum weisen wir auch diesen Vorwurf nachdrücklichst zurück. Unabhängig von der Erklärung des Herrn Vorredners hat meine Fraktion die vorliegende kurze Entschließung gefaßt, und ich glaube, daß es gut ist, um unsern Protest noch mehr Nachdruck zu verleihen, wenn auch Sie zu dieser Entschließung in ihrer knappen Formulierung Ihre Zustimmung erteilen.

Stadtrat **von Frankenberg**: Es könnte den Anschein haben, als wenn diese Sache nur eine häusliche Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung betraf. Da sich aber der Stadtmagistrat der großen Mehrheit der Stadtverord-

netenversammlung angeschlossen hatte und in dieser Form an den Volkskommissar den Antrag weitergab, so ist der Stadtmagistrat selbstverständlich durch den Vorwurf des Volkskommissars mitgetroffen. Ich kann erklären: Wir empfinden ebenso wie die Herren Vorredner das Ungerechte und Unzutreffende dieses Vorwurfs, und ich kann hinzufügen: Da wir uns mit der großen Mehrheit der geehrten Versammlung — reichlich zwei Drittel, und zwar unter Beteiligung aller Parteien, die hier vertreten sind — schlüssig gemacht haben, befinden wir uns in guter und zahlreicher Gesellschaft. Da das der Fall ist und ferner eine Anzahl von Mitgliedern im Magistrat sitzt, die 30 und 40 Jahre lang Erfahrung darüber hat, was die Abgrenzung unserer Befugnisse bedeutet, so sind wir nicht in der Lage, Belehrungen über die Art unserer Beschlüsse, die uns von Herrn Volkskommissar Dörter erteilt sind, anzunehmen, auch dann nicht, wenn sie nicht in einem solchen Tone, wie wir ihn mit Bedauern haben feststellen müssen, gehalten wären. (Bravo!)

Stadtv. Dr. **Jasper**: Auch ich kann für meine politischen Freunde erklären, daß wir beschlossen haben, beiden Anträgen zuzustimmen, wenn sie auch anders genannt werden „Erklärung“ oder „Entschließung“. Geschäftsordnungsmäßig gibt es nur Anträge, über die wir verhandeln können; anders wäre keine Beschlusfassung möglich. Auch wir halten es mit der Würde des Hauses unvereinbar, wie von jener Stelle gegenüber den städtischen Behörden vorgegangen wird, und zwar aus den Gründen, die die beiden Herren Antragsteller schon erschöpfend auseinandergesetzt haben. Wir müssen es zurückweisen, daß Eingriffe in unser Selbstverwaltungsrecht von jener Seite stattfinden (Sehr richtig!), denn die Gesetze des Landes sollen nach den Erklärungen jener Stelle noch bis auf den heutigen Tag gelten. Es ist sozialdemokratischer Grundsatz: „Auf der Selbstverwaltung der Gemeinde beruht ihr Wohl“, und um so mehr muß man diesen Angriff und Eingriff zurückweisen. Ob eine Verfügung vorliegt, scheint mir zweifelhaft. Es handelt sich lediglich um einen Brief, um eine Antwort, nicht um eine Maßnahme, die etwas ordnet. Aber das sind juristische Feinheiten, mit denen ich mich eben nicht weiter befassen will; das können Herr Dr. Wolters und ich vielleicht bei Gelegenheit einmal untereinander ausmachen. Ich will nur erklären, daß ich selbstverständlich zu den Worten stehe, die ich in der Landesversammlung gesagt habe: Die Sozialisierung wird im wesentlichen nur auf der großen Grundlage des Reiches durchführbar sein. Das ist auch die Meinung meiner engeren politischen Freunde, und weit in die Kreise der Unabhängigen hinein wird diese Ansicht vertreten. Es ist deshalb um so weniger verständlich, daß von jener Stelle ein Hinweis, der unsererseits gegeben ist, in dieser schroffen Form zurückgewiesen ist. Ich halte die Stellungnahme aufrecht, die wir in jener Sitzung im Gegensatz zu diesem

Schreiben für richtig befunden haben. Im übrigen will ich sachlich auf die Gelegenheit nicht näher eingehen, und will das um so weniger tun, da es bekanntlich nicht ausgeschlossen erscheint, daß in Kürze sich das Bild ändert, und ich nicht ins Feuer gießen möchte. Ich bedaure aber außerordentlich den Ton, der uns gegenüber angeschlagen ist. (Sehr richtig!)

Stadtvr. **Wesemeier:** Meine Damen und Herren! Wir sind gegen jeden Ein- und Angriff, der von außen gegen die Stadtverordnetenversammlung oder gegen die Selbstverwaltung der Gemeinde gerichtet wird. Es ist aber richtig, wenn Herr Dr. Jasper sagt, daß hier kein Eingriff in die Selbstverwaltung erfahren ist; keine Verfügung ist ergangen, sondern es ist einfach eine Antwort in Briefform von seiten des Herrn Derter an die Stadtverordnetenversammlung ergangen auf einen Antrag, der allerdings die größten Vorwürfe gegen die Regierung enthält, und zwar nicht nur auf den Antrag selbst, sondern auch auf die Angriffe, mit denen der Antrag begründet worden ist. Die schärfsten Worte, „Raub am Eigentum“ usw., sind in der Versammlung gefallen, und in dem Antrage selbst wird indirekt gesagt, daß die Regierung die Bevölkerung nicht genügend vor Gewalttätigkeiten geschützt habe, es wird ihr vorgeworfen, daß sie ungesetzlich gehandelt habe. Wohlgemerkt, Herr Dr. Wolters hat vorhin gesagt, das stehe nicht in dem Antrage, aber wer von uns hat das nicht so aufgefaßt? Es gibt nicht einen einzigen Stadtverordneten, der es nicht so aufgefaßt hat, daß die Regierung die ungesetzlichen Maßnahmen vorgenommen habe. Das wollen wir uns nicht verhehlen, daß mit juristischen Verkläuterungen nicht aus der Welt geschaffen wird, was so aufgefaßt ist. Es ist in der Versammlung exemplifiziert auf die Vorgänge bei Südel, und die haben den Vorwurf gegen die Regierung ausgelöst, sie hätte ungesetzliche Maßnahmen ergriffen. (Widerspruch.) Ich habe das so aufgefaßt; wenn Herr Salomon sagt, er habe das nicht so aufgefaßt, so weiß ich nicht, was Sie unter ungesetzlichen Maßnahmen verstanden haben wollen. Ich bin überzeugt, die überwiegende Mehrzahl hat es so aufgefaßt. Daß an die Sozialisierung gedacht ist, das steht im Antrage, und in der Begründung hat Herr Dr. Wolters das bestätigt, indem er sich gegen die Sozialisierung gewandt hat (Zuruf Wolters: Gegen die ungesetzliche Sozialisierung!). Nach den Zeitungsberichten hat er sich auf die Sozialisierungen bezogen, die in Braunschweig vorgenommen werden: „Die Sozialisierung, wie sie hier in Braunschweig vorgenommen sei, beruhe nicht auf rechtlicher Grundlage.“ Das konnte nicht anders als auf den Fall Südel bezogen sein. Wenn man der Regierung solche Vorwürfe macht, daß sie ungesetzlich handle — das Gericht hat inzwischen anders entschieden —, dann darf man sich nicht wundern, daß es aus dem Busch herausschallt, wie hineingerufen ist. Herr Dr. Wolters meinte vorhin, daß nicht gemeint sei, daß die Eingriffe von der Regierung und von den Volkskommissaren geschehen seien. Es steht dies nicht

wörtlich in den Anträgen, aber in der Begründung haben Sie darauf hingewiesen, Ihre Ausführungen deuten auf nichts anderes. Es ist nebensächlich, ob gesagt wird: Die Volkskommissare oder die Regierung hat das und das versäumt. Der Antrag war an die Regierung gerichtet, und es wurde gesagt, daß diese Bestrebungen der Sozialisierung ungesetzlich seien. Man muß irgend ein Faktum annehmen: Von wem ist das gemacht worden, ein unbekanntes Schema kann man nicht in Berücksichtigung ziehen. Man kann zu keinem anderen Schlusse kommen, als: Gegen die Regierung wird der Vorwurf erhoben. Weil keine Verfügung der Regierung vorliegt, bestreite ich auch, daß ein Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinde gemacht ist, und behaupte, daß es ein Dieb in die Luft ist, wenn in der Entschliebung, wie sie heute vorgelegt ist — und deren Inhalt ich nicht so schnell im einzelnen erfassen konnte — gesagt wird, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde angegriffen sei. Herr Dr. Wolters bemutet auch den Vorsitzenden und hat das schon in verschiedenen Sitzungen versucht in seiner feinen Art und Weise; man merkt es aber doch und weiß, wohin das zielen soll. Es muß der unabhängige Vorsitzende etwas in die Rippen gepufft werden, wie man es von Ihnen gewohnt ist, und wie man es in den Kommissionsitzungen von Ihnen hat erfahren müssen, daß Sie auf besondere Weise verstehen, Ihrer Meinung Geltung zu verschaffen. Ich sage also: Vorwürfe sind gegen die Regierung erhoben durch die Art und Weise, wie sie hier begründet sind und wie man hier gesagt hat: „Es ist Raub am Eigentum, der vorgenommen ist“, immer unter dem Hinweis: „Das ist eine Maßnahme der Regierung.“ Darauf gingen die ganzen Ausführungen des Herrn Salomon hinaus. Er wollte vor allen Dingen wissen, wer die Streikleitung war. (Zuruf: Das wissen wir heute noch nicht!) Sie wollten Regierung und Streikleitung identifizieren, das war es, was Sie wollten! Und infolgedessen richtet sich Ihr Vorwurf gegen die Regierung. Wenn man so handelt, dann kann man sich nicht wundern, wenn die Gegenseite in derselben Weise zurückhaut. Wenn ein wirklicher Eingriff gegen die Selbstverwaltung vorläge, dann würden wir in erster Linie bestrebt sein, ihn zu beseitigen; aber er liegt nicht vor, und deshalb werde ich gegen die Entschliebung und gegen die Erklärung stimmen.

Stadtrat von Frankenberg: Verehrte Herrschaften. Wie ich glaube, haben Sie alle bei den Worten des Herrn Vorredners mit mir die Empfindung gehabt, daß eine Mohrenwäsche immer eine undankbare Aufgabe ist, und heute, wo die Seife so knapp ist, ist das noch mehr der Fall. Jedenfalls hätte ich es in diesem Falle nicht ungern gesehen, wenn die Stadtverordnetenversammlung, die so stark und mit einer so schönen Antwort nach meinem Gedächtnis noch niemals angegriffen war, einmütig und geschlossen dagegen sich ausgesprochen hätte. Ich glaube, wenn Herr Wesemeier darauf verzichtet hätte, das Schreiben des Volks-

kommisars Derter zu verteidigen, so wäre Herrn Wesemeier wirklich keine Perle aus der Krone gefallen. (Zuruf Wesemeier: Den Gedanken hat man bei Ihnen nicht sehr oft.)

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte keineswegs dem Ausdruck geben, daß die Haltung des Vorsitzenden nicht einwandfrei sei; gegen den Vorsitzenden habe ich in dieser Sache keine Angriffe zu richten. Diesem Vorwurf des Herrn Dr. Wolters können wir uns nicht anschließen. Im übrigen möchte ich mich den Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg anschließen. Ich habe wirklich das Gefühl gehabt: Es war keine angenehme Aufgabe, die Herr Wesemeier eben übernommen hatte. Dieses Schreiben und seinen Ton zu rechtfertigen, dazu gehört mehr als ein Seiltänzerkunststückchen; es war eben unmöglich. Es liegt mir fern, noch einmal eine große politische Debatte heraufzubeschwören. Es handelt sich darum, festzustellen, daß unsere Entschlüsse in angemessenem Tone gehalten sind; Sie werden vergeblich ein unpassendes und unangemessenes Wort darin suchen. Es sind dort nur Tatsächlichkeiten festgestellt, die nach der Meinung der übergroßen Mehrheit der Versammlung verbürgt sind. Die Stadtverordnetenversammlung muß es entsprechend ihrer Würde sich entschieden verbitten, daß man ihr in ungeziemendem und unpassendem Tone antwortet. Das ist es, worauf wir Wert legen, und wir glauben, daß die Kollegen und Kolleginnen der unabhängigen Fraktion, auch wenn sie sachlich nicht mit uns übereinstimmen, doch darin der gleichen Meinung mit uns sind, daß man gegen einen derartigen unangemessenen Ton aufs schärfste und deutlichste Verwahrung einlegen muß. Das ist der Sinn der heutigen Auseinandersetzung. Alles weitere Reden ist zwecklos. Man könnte noch viel über die Angelegenheit selbst herüber und hinüber reden, aber ich glaube, mit dieser Feststellung läßt sich alles vollständig erschöpfen.

Stadtv. Spangenberg: Ich habe den bisherigen Ausführungen nicht viel mehr hinzuzufügen. Nur auf eins möchte ich noch hinweisen. Herr Wesemeier meinte, es handle sich nicht um seine amtliche Äußerung des Volkskommisars für das Innere. Ich glaube, mit dieser Äußerung hat er seiner Lanze die Spitze abgebrochen. Es ist nicht üblich, daß, wenn an die Regierung ein Antrag gestellt wird, darauf ein Brief zurückgeschrieben wird. Wenn die Regierung oder das Volkskommisariat einen solchen Weg wählt, dann entwertet sie mit dieser Art Geschäftsführung sich selbst. Man müßte nun annehmen, wenn dieser Privatbrief nicht als Antwort aufzufassen ist, daß wir dann noch eine Antwort bekommen. Es wäre wünschenswert, daß Herr Wesemeier sich darüber äußerte.

Stadtv. Stegmann: Ich will nicht versuchen, eine Mohrenwäsche vorzunehmen, halte es aber doch für nötig, einige Worte zu sagen. Ich habe die Empfindung, daß die langen Ausführungen des Herrn Dr. Wolters ziemlich über-

flüssig waren. Was braucht man darüber zu streiten, ob der Volkskommissar für diese Sache zuständig war oder der Arbeiter- und Soldatenrat, auch die Ausführungen über die Sozialisierung usw. gehören wohl kaum hierher. Das eine steht für mich fest, daß es zweifellos dem Volkskommissar Herrn Dertter ferngelegen hat, in die Selbstverwaltung der Stadtgemeinde einzugreifen. Wir Sozialdemokraten stehen seit jeher auf dem Standpunkte — es ist ein Punkt unseres Programms —, daß die vollständige Selbstverwaltung der Gemeinde herbeizuführen ist. Ich habe die Empfindung, daß Herr Volkskommissar Dertter — das gebe ich zu — sich einfach im Tone vergriffen hat, aber er hat in der Abwehr gehandelt. Man kann es wohl verstehen, wie er dazu gekommen ist: wenn in zwei Sitzungen hier derartige Debatten gepflogen sind, so gewinnt es den Anschein, als ob jede passende und unpassende Gelegenheit dazu benützt werden solle, der vorhandenen Regierung eins auszuwischen. Daß man damit nicht den Interessen der Stadt dient, sollten auch diejenigen einsehen, die fortgesetzt solche Debatten herbeiführen. In der vorigen Sitzung ist angeführt, wie die Heße, die Verdächtigungen, die Beschimpfungen und Verleumdungen über die Braunschweiger Verhältnisse wirken. Sie sollen doch angeblich sehr schädigend auf das Geschäftsleben wirken, und trotzdem werden sie fortgesetzt hervorgerufen. Wenn Sie solche Debatten herbeiführen wollen, so brauchen wir nicht bange zu sein; wir können darauf antworten. Ich kann aber auch verstehen, daß der Volkskommissar sich im Tone vergriffen hat, es ist ihm, um mich eines drastischen Ausdruckes zu bedienen, eine Laus über die Leber gelaufen (Zuruf: Ein ganzes Bataillon! Heiterkeit.), so daß er in bayerischem Tone — er ist Bayer — geantwortet hat, und ich glaube, in mancher Beziehung hat er nicht ganz unrecht.

Stadtv. Dr. **Bolters**: Ich möchte mir erlauben zu fragen: Schreibt denn der Volkskommissar Privatbriefe an den Stadtmagistrat, oder hat er auf amtliches Ersuchen der Behörden eine amtliche Antwort zu erteilen? Ist es ein privates Schreiben, wenn den Stadtverordneten anheimgegeben wird, sich nur mit Sachen zu beschäftigen, die das Wohl der Stadt betreffen? In dieser Sache bin ich ganz der Ansicht des Herrn Stadtv. Spangenberg. Wenn jemals ein Eingriff in die Stadtverwaltung vorgenommen ist, so ist es hier geschehen. Ferner möchte ich Herrn Wesemeier noch antworten: Ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich die von Gegnern der Regierung — ob böswillig oder nicht — aufgestellte Behauptung, die Regierung könne den Streik eingeleitet haben, nicht anerkennen wolle; ich habe ausdrücklich gesagt: Das nehme ich nicht an, nachdem die Regierung das Gegenteil erklärt hat. Nun wird gesagt: Sie haben geäußert, daß die Regierung schuld sei. Wie ist aus meinem Antrage zu schließen, daß ich der Regierung selbst den Eingriff vorgeworfen habe? Der Wortlaut meines Antrages sagt: Es wird gebeten „zur Wahrung der städtischen Interessen-ungesetzliche Eingriffe in hiesige

Gewerbebetriebe zu v e r h ü t e n", mit anderen Worten ist in dem Ersuchen dem Wunsche Ausdruck gegeben: wenn von irgend einer Seite ungelegliche Eingriffe in hiesige Gewerbebetriebe vorgenommen werden, solle die Regierung mit ihren Machtmitteln entgentreten.

Stadtv. **Marßhner** beantragt namentliche Abstimmung.

Stadtv. **Lehnert**: In unserer letzten Sitzung sagte der Alterspräsident Herr Meyerhoff, man möchte die Politik aus dem Rathause herauslassen. Wir haben aber bis jetzt in zwei Sitzungen erlebt, daß gerade die Anhänger des Herrn Meyerhoff und die ihm nahestehende demokratische Partei es gewesen sind, die den politischen Zündstoff in die Versammlung hineingeworfen haben. Es würden von der bürgerlichen Seite der arbeitenden Bevölkerung gegenüber solche groben Geschütze nicht aufgeföhren werden, wenn die Arbeiterpartei noch wie vor dem Kriege geschlossen dastände. Dann würden sich die bürgerlichen Parteien schwer hüten, und die einzelnen würden sich bedanken, als Geschützmannschaft angesehen zu werden, denn die Geschützführer und die Leiter sitzen auf einem ganz anderen Punkte. Der Herr Vorsitzende hat vorgelesen, daß bei den Anträgen auch Dr. Bracke mit unterschrieben ist. Selbst dieses Ding ist in dem Bureau des Herrn Dr. Bracke geschrieben. Das kennzeichnet die Sache, daß es darum zu tun ist, uns etwas anzuhängen, und die arbeitende Bevölkerung, die momentan noch in getrennten Gliedern marschiert, auseinanderzuhalten. Aber es wird die Zeit kommen, wo die Arbeiterschaft wieder geschlossen auftritt. Ob Sie sich dann noch erdreisten, solche Töne anzuschlagen, das will ich dahingestellt sein lassen. (Zuruf Salomon: Gegen Ungerechtigkeiten immer!)

Stadtv. **Rönneburg**: Ich möchte Herrn Lehnert erwidern: Herr Lehnert ist am schlechtesten geeignet, hier zu fordern, daß die Politik aus unseren Verhandlungen fortgelassen wird. Wie ich mich erinnere, war es Herr Lehnert, der bei jeder Gelegenheit von politischen Gesichtspunkten aus zu den einzelnen Fragen Stellung genommen hat. Wenn wir es ebenso machen, sind wir also mit Ihnen in bester Gesellschaft. Sodann meinte Herr Lehnert, wenn die Arbeiterschaft noch geschlossen dastände, hätten wir in dieser Sache nichts unternommen. Herr Lehnert irrt sich. Es handelt sich hier nicht um eine Demonstration, es handelt sich darum, daß Unrecht geschehen ist, und wo das geschieht, werden wir uns wehren. Wer es unternimmt, unsere Rechte anzutasten, kann uns dabei gleich sein. Wir bauen viel zu sehr auf den gesunden und klaren Sinn der Arbeiterschaft, als daß wir die Arbeiterschaft mit derartigen Gewaltausschreitungen identifizieren möchten. Wir haben uns in unserem Antrage vor vierzehn Tagen nicht gegen die Arbeiterschaft gerichtet, sondern gegen die Gewalttaten einiger Leute soll uns die Landesregierung schützen. Nicht aber ist unser Antrag gestellt worden,

um einer Bevölkerungsgruppe oder irgend einem Stande eins auszuwischen, und das kann er seinem Wortlaut nach auch gar nicht. Das noch festzustellen, war nach den Ausführungen des Herrn Lehnert unbedingt geboten.

Stadtv. Wesemeier: Ich möchte nur noch eine Feststellung machen. Herr Dr. Wolters hat recht, wenn er sagt, er habe sich in seinen Äußerungen in bezug auf den Streik sehr sachlich dahin ausgedrückt, daß er nicht behaupten wolle, die Regierung sei schuld an dem Streik. Aber darauf beziehen sich meine Äußerungen von vorhin nicht. Der Vorwurf, der der Regierung in dem Antrage gemacht ist, liegt in der Begründung, die Herr Dr. Wolters seinem Antrage selbst gegeben hat. Ich habe hier die Landeszeitung mit dem Bericht über die Stadtverordneten-sitzung vor mir. Nach diesem Berichte hat Herr Dr. Wolters zu dem zweiten Teile, betreffend die ungegesetzlichen Eingriffe ausdrücklich gesagt: „Der zweite Teil seines Antrages beziehe sich auf die Sozialisierung. Es bestehe noch die landesrechtliche und reichsgesetzliche Bestimmung von der Sicherung des Eigentums. Darum fehle den Anfängen der Sozialisierung, wie sie hier in die Erscheinung getreten seien, die Rechtsgrundlage.“ Es handelt sich hier bei der Sozialisierung um den Fall Südel. Es wird der Vorwurf erhoben, es fehle den Anfängen der Sozialisierung hier die Rechtsgrundlage, und zwar der Sozialisierung von der Regierung. Keiner kann das anders auffassen. Der ganze Feldzug richtet sich nur gegen die Regierung, nicht gegen die Maßnahmen der Regierung — das ist meine Auffassung —, weil sie nun einmal eine solche Regierung ist, wie sie jetzt besteht. (Zuruf: Da irren Sie sich!) Und deshalb ist auch der Einwand berechtigt, den der Volkskommissar Dertter gemacht hat, daß hier in Braunschweig gehehrt würde. Und das ist zweifellos richtig. Was für Lügen werden von hier herausgetragen. Die Leute sitzen hier in Braunschweig und wissen, daß sie lügen. Und in Wirklichkeit wird daselbe bezweckt, wenn hier ständig diese Angriffe gegen die Regierung, nicht gegen die Maßnahmen der Regierung vorgebracht werden. Ich meine, der Volkskommissar Dertter hat sachlich durchaus recht mit seinem Schreiben, wenn es auch grob abgefaßt war, indem er sagt, daß die Hege gegen die Regierung nach außen hin durch solche Anträge gefördert wird.

Stadtv. Meyerhoff: Gewiß, ich habe gesagt: „Politisch Lied, ein garstig Lied“, und das sage ich auch heute noch, denn der heutige Tag hat wieder einmal gezeigt, wohin wir treiben; die Arbeit wird kaum vollendet, das Pensum des heutigen Tages nicht erledigt werden. Aber eins möchte ich Herrn Lehnert doch noch sagen: Von welcher Seite ist denn die Politik hineingetragen in unsere Versammlung? Von uns oder von Ihnen? Das beantworten Sie sich selbst!

Vorsitzender: Ich gestatte mir eine kurze Erklärung. Herr Dr. Wolters war so liebenswürdig, von mir zu fordern, daß ich die Eingriffe in das Selbstverwal-

tungsrecht der Stadt hätte wahren sollen. Ich will dem gegenüber hier erklären, daß es mein Bestreben sein wird, auf alle Fälle das Selbstverwaltungsrecht der Stadt zu wahren, und zum Beweis dafür kann ich anführen, daß ich mit dieses Aktenbündel ausgebeten habe in der Angelegenheit, die Ihnen vom Dienstag abend aus der Finanzkommission bekannt ist. Ich werde prüfen, ob dort ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Stadt geplant ist, und wenn das der Fall sein sollte, dann darf ich wohl im Namen aller Damen und Herren hier sprechen, wenn ich sage, daß jeder einzelne von uns das Selbstverwaltungsrecht der Stadt mit allen Mitteln zu wahren bestrebt sein wird. Ich weiß nicht recht, was Herr Dr. Wolters gern gesehen hätte, wie ich hätte handeln sollen. Hätte ich sollen öffentlich in der Zeitung als Einzelperson eine Erklärung ergehen lassen? Aus dem Schreiben des Volkskommissars entnehme ich keinen Eingriff in die Selbstverwaltung der Stadt. Ich nehme nicht Anstand, zu erklären, wie es Herr Stegmann und zuletzt Herr Wesemeier ja auch getan haben, daß man die Tonart sehr gut hätte vermeiden können, bin auch persönlich der Ansicht, daß man in höflicher Form genau dasselbe sagen kann. Ohne Jurist zu sein, glaube ich doch hier feststellen zu können, daß man weiter kommt, wenn man in höflicher Form seine Meinung sagt, als wenn dies in grober, verletzender Tonart geschieht. (Zustimmung.)

Stadt. Dr. **Wolters** (Schlußwort als Antragsteller): Auf die letzten Äußerungen des Herrn Vorsitzenden möchte ich erwidern, daß es die Versammlung wahrscheinlich sehr angenehm berührt haben würde, wenn der Herr Vorsitzende die Würde des Hauses dadurch gewahrt hätte, daß gegenüber dem sehr verlegenden Tone, den der Herr Volkskommissar angeschlagen hat, von seiner Stelle aus eine Antwort erteilt wäre — nicht wegen Verletzung des Selbstverwaltungsrechts der Stadt; darin scheinen die Herren ja anderer Meinung zu sein. Aber das Ansehen des Hauses ist durch die schweren Vorwürfe des Volkskommissars und den Ton seines Schreibens verletzt, und es wäre dankbar anerkannt, wenn der Herr Vorsitzende sogleich Gelegenheit genommen hätte, das Haus in seiner Würde zu schützen.

Sachlich habe ich dann Herrn Wesemeier zu entgegnen. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich den Eingriff in das Jüdel'sche Werk nicht als von der Regierung ausgehend angenommen habe. Den Eingriff haben andere vorgenommen, aber ich verlange einen Schutz gegen solche Eingriffe, die nicht auf gesetzlichem Boden stehen, und dabei möchte ich bleiben.

Der Herr **Vorsitzende** verliest die beiden Anträge und fragt an, ob über beide Anträge gemeinsam abgestimmt werden soll.

Stadtv. **Steinbrecher**: Der zuletzt verlesene Antrag der demokratischen Partei richtet sich nur gegen den verlegenden Ton, und gegen diesen haben einige Kollegen von der unabhängigen-Sozialdemokratie sich auch gewandt, während der erste Antrag von ihnen bekämpft ist. Ich würde deshalb für getrennte Abstimmung sein.

In der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Deutschen demokratischen Fraktion stimmen mit Ja die Stadtv. Marschner, Wahrenndorf, Meyerhoff, Einert, Füllmann, Schilke, Spangenberg, Marth, Steinbrecher, Recter, Dr. Jasper, Frau Friedrich, Bunge, Ohlendorf, Jahnz, Frau Goeze, Dr. Wolters, Frede, Reißner, Rönneburg, Salomon, Munte. Mit Nein stimmen die Stadtv. Benzen, Wesemeier, Stegmann, Schmidt, Lehnert, Richter, Frau Böhm, Frau Graf, Tostmann, Blumeier.

In der namentlichen Abstimmung über den Antrag Wolters erfolgt die gleiche Stimmgabe wie bei dem eben genannten Antrage.

18. Antrag Wolters (Partei „Bürgerliche Gruppe“), betr. die Gewinnung von Arbeitskräften zur Braunkohlenförderung und zu landwirtschaftlichen Arbeiten.

Wortlaut des Antrages s. S. 661.

Stadtv. Dr. **Wolters** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Diese Angelegenheit ist Gott sei Dank keine politische, sondern eine wirtschaftliche Frage, aber eine solche von höchster Bedeutung. Es wird den verehrten Herrschaften innerlich sein, daß der öffentliche Arbeitsnachweis für Braunschweig bekanntgemacht hat, es sei im vorigen Monat die Zahl der Arbeitslosen auf 4000 gestiegen, während nur 1357 offene Stellen angemeldet waren. Vermittelt seien nur 800 Stellen. Die geringe Zahl der vermittelten Stellen sei darauf zurückzuführen, daß es nicht möglich war, die von den Braunkohlenzechen und von der Landwirtschaft angeforderten Arbeitskräfte zu stellen. Die tatsächlichen Verhältnisse für die Braunkohlenförderung liegen folgendermaßen: Es sind nicht alle Zechen im Betriebe; eine davon ist bekanntlich erloschen. Die Förderung ist deshalb gering, weil — wie aus dieser amtlichen Bekanntmachung hervorgeht — die Anzahl der Arbeiter zu gering ist. Die Folgen dieser mangelhaften Förderung waren derart, daß von der für den Januar durch die amtliche Verteilungsstelle, also reichsamtllich festgesetzten Menge nur 60 Prozent zugeteilt werden konnten. Die Schwierigkeit in der Versorgung liegt also nicht, wie mehrfach die Ansicht verbreitet ist, an der mangelnden Zuführung, also an Eisenbahnschwierigkeiten, Mangel an Wagen und Lokomotiven, sondern die Hauptsache ist die geringe Förderung. Es ist also durchaus erwünscht, daß diesem Mangel abgeholfen wird.

Es ist in den Kommissionen bekannt geworden, daß die Vorräte in den städtischen und privaten Betrieben, die auf Braunkohlenfeuerung angewiesen sind, gleich Null sind, daß das Lichtwerk der Straßenbahn nur noch für 1—2 Tage Vorrat hat, und daß es sofort in Verlegenheit, d. h. zu Betriebseinstellungen kommt, wenn durch plötzliche Hindernisse die erforderliche Menge Feuerung nicht zugeführt werden kann. In den privaten Betrieben ist die Not am allerhöchsten gestiegen.

Nicht anders verhält es sich bezüglich der Leutenot in der Landwirtschaft, wie ich aus meiner Rücksprache mit der Landwirtschaftskammer weiß. Außerordentlich viele Stellen sind auf dem Lande zu besetzen, um die bevorstehende Frühjahrseinstellung vorzunehmen. Aus der amtlichen Bekanntmachung des öffentlichen Arbeitsnachweises geht auch hervor, daß es nicht möglich war, die Arbeitskräfte für die Landwirtschaft durch den öffentlichen Arbeitsnachweis zu beschaffen. Die Beschaffung der Leute ist aber nicht allein für die Frühjahrseinstellung, sondern auch für die ganze Ernte von so großer Bedeutung, da wir alles zur Erzeugung von Früchten aufbieten müssen, damit wir im nächsten Herbst und Winter nicht in noch größere Schwierigkeiten kommen, als sie der jetzige Winter schon gebracht hat.

Nun ist es den Herrschaften bekannt, daß versucht ist, diesem Arbeitsmangel dadurch abzuhelpen, daß man durch Vorlegung eines Entwurfs zur Herabminderung der Arbeitslosenunterstützung die Leute auf das Land verweist. Die Finanzkommission, die diese Vorlage gestern beraten hat, ist über die Unterlagen, die eine gerechte Beurteilung der Frage erfordert, noch nicht völlig ins Klare gekommen. Nichtsdestoweniger habe ich Anlaß genommen, wegen Beseitigung des Arbeitsmangels in den Braunkohlenzechen und in der Landwirtschaft einen Antrag zu stellen. Ich halte es für notwendig, daß wir — abgesehen von der Tatsache, daß vom 1. April ab reichsamtlich die Unterstützungssätze herabgemindert werden, und abgesehen von der Frage, ob wir vorher schon in gleicher Weise vorgehen sollen —, jede anderweitige Maßregel ergreifen, um die Not an Leuten für die ländlichen Betriebe und für die Kohlenförderung in der Zukunft zu heben. Es ist der Arbeitsnachweis ein staatliches Organ, sämtliche Zweige, die dort zusammenlaufen, werden staatlich überwacht, und es ist möglich, daß die Regierung durch die autoritative Stellung und durch die Einwirkung auf alle Arbeitsnachweisstellen vermöge ihrer Machtmittel imstande ist, die Arbeitslosen zu diesen dringenden Arbeiten anzuhalten.

Selbstverständlich sind große Schwierigkeiten da, um dem gerechten Wunsche der Stadt nachzukommen. Es ist bekannt geworden, daß die Unterbringung, die Ernährung und die Bekleidungsverhältnisse der Arbeiter, die in Kohlengruben zu arbeiten hatten, nicht in allen Fällen zufriedenstellend waren. Die Löhne schienen ausreichend, aber andere Verhältnisse waren so, daß es für manchen

nicht angenehm war, die Arbeit dort fortzusetzen. Wie uns von Herrn Oberamtsrichter Meyer mitgeteilt wurde, hat man schon Anlaß genommen, die etwaigen Übelstände zu beseitigen. Wenn dies in die Wege geleitet wird, ist viel geholfen, die Arbeitslosen zur Aufnahme dieser Arbeit anzuregen. Aus diesem Grunde habe ich meinen Antrag gestellt und am Schlusse des Antrages hinzugefügt: „nötigenfalls und bedingungsweise unter Lohnzuschußleistung der Stadt“. Soweit die Arbeiter in irgend einer Form schlechter gestellt sind, soll die Stadt mit ihren Mitteln eingreifen, sei es in Form eines Lohnzuschusses, sei es in der Übernahme von Kosten, die an sich den Arbeitern zufallen — es ist da an die Alters-, Invaliden- und Krankenkassenbeiträge zu denken. Auch in anderer Weise könnte geholfen werden, um die sehr dringend nötigen Arbeiten besonders in den Kohlengruben zu fördern. Sollte auch in landwirtschaftlichen Betrieben die Tatsache vorliegen, daß die Lohnverhältnisse für die Arbeiter sich nicht als ausreichend erweisen, so zweifle ich nicht, daß die städtischen Behörden jeden Augenblick bereit sein werden, durch Zuschüsse oder sonstwie helfend einzugreifen. Bei dem Worte „bedingungsweise“ habe ich in bezug auf die Braunkohlenförderung folgendes im Auge gehabt: Sollten wir durch städtische Hilfeleistung die Förderung vermehren, so würde unser erstes Verlangen dahin gehen, daß die amtliche Zuteilung durch die tatsächlichen Lieferungen nunmehr voll erfüllt wird, denn, wie ich schon sagte, haben die Braunkohlenverbraucher im Januar nur 60 Prozent der amtlichen Zuweisung bekommen. Durch Erfüllung dieser Bedingung würde ermöglicht, was Braunschweig durch seine Hilfeleistung zur Kohlenförderung beiträgt. Die gegenüber der Landwirtschaft zu stellenden Bedingungen auszumachen, ist schwieriger, und zwar um deswegen, weil die Beherbergung und die Verpflegung auf dem Lande dazutritt und es schwer wird, ein klares Bild über ihren Wert zu bekommen. Jedenfalls werden die städtischen Behörden willens sein, in Beziehung auf den Geldpunkt helfend einzutreten.

Ich möchte den dringenden Ruf an die Stadtverordnetenversammlung und an die Staatsbehörde, die es eigentlich angeht, richten, die Not an Leuten in der Landwirtschaft und in der Förderung der Kohlen lindern zu helfen. Zugleich richte ich an den Magistrat die Bitte, allen seinen Einfluß aufzubieten, um in dieser Sache vorwärtszukommen, und auch zuzustimmen, daß, soweit es nötig ist, Mittel für diese Arbeiten städtischerseits zur Verfügung gestellt werden.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der sofortigen Beratung des Antrages an.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Herr Dr. Wolters hat Dinge vorgetragen, die, wie er selber berichtet hat, schon den Finanzausschuß beschäftigt haben, und ich muß sagen: Ich war eingangs seiner Ausführungen erstaunt, daß gerade er das hier

vorbrachte, denn er war es zum wesentlichen Teile, der versuchte, eine Befatung dieser Angelegenheit in der Vollversammlung zu verhindern, indem er dem Vorschlage der Herabminderung der Unterstützung widersprach und meinte, man müßte erst noch weitere Ermittlungen anstellen. Wir hatten gerade die anderen Wege, um der Not der Arbeitslosen zu begegnen und andererseits auch auf den Kohlenbergbau und die Landwirtschaft positiv anregend zu wirken, besprochen, womit diese Angelegenheit zur Sprache kam. Vorher war das Herrn Dr. Wolters noch nicht so wichtig, daß es hier heute zur Sprache kommen sollte, da mußte vertagt werden — jetzt wird die Sache von ihm selber ange schnitten. Das mag Geschmackssache sein; ich hätte es lieber gesehen, wenn vom Ausschuß aus dieser Antrag nach allen Seiten hin durch den Berichterstatter beleuchtet worden wäre, Herr Dr. Wolters hat es ja auch so, gewissermaßen als Berichterstatter, getan.

Wenn man die Frage der Arbeitslosigkeit anschnidet, so kann man es nicht vermeiden, es so zu tun, wie es Herr Dr. Wolters getan hat. Zunächst kann kein Zweifel darüber sein, daß Arbeitslosigkeit in weitem Umfange besteht, und es kann weiter kein Zweifel sein, daß die Ausrede nicht zutrifft, die die bürgerlichen Herren früher den Arbeitslosen gegenüber im Munde führten, daß die Arbeitslosen Saufbolde, Trunkenbolde und Faulenzer wären, die nur die Arbeit scheuten. Wenn allerdings auch jetzt ein gewisser Prozentsatz von Arbeitsunlustigen vorhanden sein mag, so ist doch wohl allgemein anerkannt, daß die wesentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit allgemeiner Natur sind und nicht im Verschulden der Arbeitslosen liegen, daß sie besonders durch den Krieg und durch die Zerrüttung, die das Kriegsleben für unser Wirtschaftsleben bedingt hat, entstanden ist. Es läßt sich doch der Vorwurf nicht ganz zurückstellen, daß man auf diese Folgen des Krieges seit langem gerüstet sein müßte, und daß da die entscheidende Stelle versagt hat, als ob sie mit noch jahrelangem Kriege gerechnet hätte. Es läßt sich nicht leugnen, daß besonders in unserer Stadt der Umfang der Arbeitslosigkeit ziemlich groß ist. Wir haben es heute auch hören können, daß das Heer der Arbeitslosen unruhig wird. Wenn Herr Dr. Wolters auch meinte, es sei eine rein wirtschaftliche Frage, die er berühre, so kann ich mir nicht verhehlen, daß es auch eine politische Frage ist, nämlich daß die Unruhe unter den Arbeitslosen auch eine politische Unterlage haben kann, die zu schnellem Handeln sehr wohl die bürgerlichen Kreise mitbestimmen könnte. Vor allem müssen es die Gründe sein, die Herr Dr. Wolters angeführt hat, daß wir Sorge tragen müssen, die Förderung von Kohlen zu heben und auch die Produktion der Landwirtschaft ausgiebig zu gestalten. Es ist eigenartig an den gegenwärtigen Verhältnissen, daß bei uns in der Stadt Hunderte von Händen feiern, während in den Kohlenbergwerken und in der Landwirtschaft Hände gesucht werden und keine Arbeiter zu bekommen sind. Das ist ein sehr wenig erquicklicher Zustand, dem man auf den Grund gehen muß,

und da hat Herr Dr. Wolters eigentlich etwas neben seinem Antrage hergeredet, indem er davon gesprochen hat, was für die Stadt dabei herausgeschlagen werden könnte, wenn wir von der Stadt aus etwas unternehmen und Mittel aufwenden, um die Arbeiter besser unterzubringen, und dadurch die Förderung der Kohlen besser gestalten. Ich bin mit dem, was er gesagt hat, vollkommen einverstanden. Es ist der Extrakt dessen, was wir gestern besprochen hatten. Nur scheint mir eins nicht mit dem Antrage in Einklang zu bringen zu sein. Der Antrag geht dahin, „die Landesregierung zu ersuchen“, und dabei kommt unsere Stadt wenig in Betracht, wenigstens nur als Glied unserer engeren Heimat. Ich halte es für richtig, die Landesregierung damit zu bemühen, denn soweit die Landwirtschaft in Betracht kommt, kann die Stadt durch ihr Eingreifen wenig helfen; es würde also eine zentrale Regelung in unserm Heimatlande am Plage sein. Mich interessiert der Anruf an die Landesregierung um so mehr, als ja — wie den geehrten Herrschaften zum Teil bekannt ist — dem Landtage ein Antrag vom Arbeiter- und Soldatenrat vorliegt, der auch etwas in diese Frage einschneidet. Es hatten die Arbeitslosen der Stadt einen Antrag gestellt, die Unterstützungssätze um 50 Prozent zu erhöhen, und der Arbeiter- und Soldatenrat hat diesen Antrag der Landesversammlung befürwortend weitergegeben; er ruht jetzt im Schoße des Haushaltsausschusses der Landesversammlung. Es ist das Material, das hier beigebracht wird, auch für diesen Ausschuß oder für die Landesregierung durchaus dankenswert, damit Klarheit geschaffen wird, über die Not der Arbeitslosen sowohl, als auch über unsere Kohlen- und Nahrungsmittelversorgung. Es ist wohl kaum daran zu denken, daß es der richtige Weg ist, ohne weiteres die Unterstützungssätze in diesem Umfange, wie es verlangt wird, zu erhöhen. Das würde im Ergebnis die Finanzen der Gemeinden und des Landes zerrütten. So verständlich es ist, daß der Arbeitslose bei den teuern Lebensmittelpreisen nicht zufrieden ist, daß er sucht, sein Dasein aufzubessern, so muß man sich damit bescheiden, ein Daseinsminimum zu gewähren, und umgekehrt darnach trachten, in erster Linie das zu schaffen, was allein der Allgemeinheit nützlich ist, nämlich Arbeit, und da sind die Anregungen, die Herr Dr. Wolters gegeben hat, zum Teil durchaus beachtlich. Wenn die Arbeitsverhältnisse in den beiden Betrieben, auf deren Fortgang es uns in der Hauptsache ankommt, Kohlenförderung und Landwirtschaft, besser gestaltet werden, dann wird auch die Arbeitslust bei manchen erweckt, bei denen sie vorher nicht vorhanden war. Heute kann man es manchem nicht verdenken, daß er bei den bestehenden Arbeitsverhältnissen nicht dahingeht. Tritt eine Gesundung ein, so ist das ein Anreiz mehr, die Arbeit aufzunehmen.

In dem Ersuchen an die Regierung würde auch die Landwirtschaft in Frage kommen. Haben wir uns gestern über die Unterkunftsräume bei der Kohlenförderung unterhalten, so sind diese auch für die landwirtschaftlichen Arbeiter

überaus elend. Wo die Enken und Knechte heute schlafen müssen, und wo die polnischen Arbeiter untergebracht sind, die Plätze können einem deutschen Arbeiter nicht zugemutet werden. (Sehr richtig!) Wenn da die Berufslosen im allgemeinen eingreifen würden — im übrigen sind die Bauern durch die Kriegswirtschaft, die wir erst bezahlt haben, reich genug geworden —, dann würde die Abwanderung nach dem Lande schon von selber kommen. Für uns in der Stadt ist es sehr bedenklich, wenn anlässlich höherer Unterstützungssätze eine Zuwanderung stattfinden würde. Das würde unsere Finanzverhältnisse sehr beeinträchtigen und die Unruhegefahr verstärken. Die landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse könnten sehr wohl durch Verordnungen, Verträge und Geldaufwendungen gebessert werden, ähnlich wie wir es bezüglich der Kohlenbergwerke besprochen haben. Im übrigen sind die kommunalen Mittel verhältnismäßig gering, und es ist auch deshalb gut, daß die praktische Lösung der Frage durch uns an die Landesregierung herangetragen wird, damit auf einer größeren Grundlage zur Steuerung der Arbeitslosigkeit und Förderung der produktiven Arbeit etwas geschehen möge.

Dem Sinne nach bin ich mit dem Antrage Wolters einverstanden und werde ihn unterstützen.

Stadtv. Wesemeier: Betreffs des nicht in der Wohnortgemeinde beheimateten, sondern erst zugezogenen Arbeiters möchte ich bemerken, daß eine erhöhte Zuzahlung an ihn infolge der erhöhten Unterstützungssätze nicht vorzukommen kann, weil vorgeschrieben ist, daß er dort unterstützt wird, wo er vor dem Kriege tätig gewesen ist. Die Arbeitslosenfrage ist jedenfalls eine der brennendsten, und auch in den Gewerkschaften haben wir uns eingehend mit der Kohlenarbeiterfrage beschäftigt — nicht erst jetzt, sondern schon im Dezember vorigen Jahres. Wir haben die Frage unserer Bergarbeit besprochen und den Gewerkschaften empfohlen, innerhalb ihrer Berufsgruppen dahin zu wirken, daß die Arbeitslosen die Arbeit in den Kohlengruben aufnehmen sollten. Wir gingen dabei von der Voraussetzung aus, daß die Verhältnisse für die Arbeiter derartig sein müssen, daß ihnen die Arbeit zugemutet werden kann. Erst in allerjüngster Zeit ist eine Klärung darüber geschaffen worden. Es liegt meiner Meinung nach nichts weiter als eine passive Resistenz der Bergwerksbesitzer vor, die verhinderte, daß die Arbeit in größerem Umfange von den Arbeitern aufgenommen werden konnte. Diese Resistenz liegt insofern vor, als die Bergwerksbesitzer, trotzdem doch seit Monaten jeder von ihnen weiß, daß eine große Arbeitslosigkeit kommen mußte, und daß die Bergwerksbetriebe wieder besetzt werden mußten, es nach jeder Richtung unterlassen haben, den Ansprüchen der Arbeiter einigermaßen gerecht zu werden. Es gibt in den Braunschweiger Kohlenbergwerken zwei Stellen, in denen die Arbeiter untergebracht werden können; die eine ist „Buschhaus“, und das ist

vor acht Tagen noch vollständig von Flöhen und Wanzen verseucht gewesen. Wenn die Bergwerksleitung so wenig Interesse daran hat, Unterkunftsräume zu schaffen, dann ist es nicht verwunderlich, daß die Arbeiter nicht zu arbeiten anfangen; ich würde dort auch nicht arbeiten, wenn ich hingeschickt würde. Eine weitere Stelle ist Leichmühle. Dort sind die Verhältnisse allerdings anders; aber nun haben die Arbeiter, die aus Buschhaus weggelaufen sind, bei den übrigen Arbeitern das Gerücht verbreitet, es sei auch dort alles verseucht, so daß sich auch dort die Arbeiter nicht gehalten haben. Weiter bekamen die Arbeiter in den ersten drei Wochen keinen Lohn, und das anzunehmen, kann man ihnen nicht zumuten. Es sind den Arbeitern auch gleich die hohen Knappschaftsbeträge abgezogen; das halte ich nicht für gerechtfertigt. Ebenso sind die Kosten für die Arbeitsgeräte in einem Male abgezogen; das hätte auch in ein paar Raten geschehen müssen. Das alles muß man berücksichtigen, wenn man erfährt, daß die Arbeiter sich dort nicht halten. Bedenkt man, daß die Kohlenwerke 15 Prozent Dividende ausschütten konnten, dann ist zu begreifen, daß die Ansicht aufkommt, die Unternehmer haben kein Interesse daran, daß die Arbeit wieder aufgenommen wird; hätten sie nur das geringste Bedenken wegen der Stilllegung, dann wären von ihnen andere Verhältnisse geschaffen. Auch aus Magdeburg waren Arbeiter da, aber auch diese sind wieder abgereist, weil die Verhältnisse nicht erträglich waren. Jetzt sind die Verhältnisse ja etwas anders, und die Arbeitslosen werden sich nicht weigern, dorthin zu gehen, aber früher konnte man ihnen nicht zumuten, unter den Verhältnissen zu hausen, wie es die Werke bei Polacken und bei den Kriegsgefangenen gewohnt geworden sind, wo die Bergwerke die Arbeiter nicht als Menschen, sondern als Ware, die von ihnen ausgenutzt werden konnte, behandelt haben. So etwas lassen sich die städtischen Arbeiter, die im Felde gewesen sind und die nun zum Arbeiten herausgeschickt sind, um die Arbeitslosenunterstützung zu entlasten, nicht gefallen.

Wenn Herr Dr. Wolters meint, die Kohlenknappheit habe weniger am Wagenmangel als an der Förderung in den Bergwerken gelegen, so ist dazu zu sagen: Wir haben im ganzen Januar bis zum Ende desselben nicht einen einzigen Eisenbahnwagen Briketts nach Braunschweig bekommen, obgleich uns solche zu standen. Die Briketts, die herangeschafft sind, haben wir nur per Auto herankommen. Wir hätten nicht die teure Beförderung durch die Autofahrten gewählt, wenn wir den billigeren Weg der Bahn hätten beschreiten können. Also nicht die Förderung, sondern der Wagenmangel ist die Ursache der Kohlenknappheit. (Widerspruch.) Wenn kein Wagenmangel geherrscht hätte, dann begreife ich nicht, daß uns die Zufuhr der Feuerung durch die Bahn vorenthalten wurde. Jedenfalls ist es aber auch richtig, daß die geringe Förderung mit dazu beigetragen hat, daß die Vorräte an Feuerung in den Kohlenwerken verringert

worden sind, aber in den letzten Tagen haben Sie in den großen Handelsblättern lesen können, daß wohl die Vorräte, nicht aber der Abtransport sich gehoben hat. Es liegt also tatsächlich am Wagenmangel, daß die Kohlen nicht abgefahren werden.

Herr Dr. Jasper sagte mit Recht, daß sonst immer die Arbeitslosen als *Nowdys* bezeichnet wären. Ich muß leider konstatieren, daß in der gestrigen Nummer der Neuesten Nachrichten wieder Ähnliches versucht worden ist. Es ist das ein Artikel, in dem die Opfer des immer noch bestehenden kapitalistischen Systems in einer nichtsnutzigen Weise verhöhnt werden. In dem Blatte wird erzählt, daß ein 23jähriges Mädchen eine Ausgehestelle angenommen habe, und daß es auf die Frage, weshalb es nur als Ausgeherin arbeite, geantwortet habe: „Man will doch den Nachmittag frei haben!“ (Dies ist gesperrt gedruckt.) Nun reiche aber selbstverständlich der Monatslohn von 45 *M* für die Ausgehestelle für den Lebensunterhalt inklusive Wohnung nicht aus.

Der Herr **Vorsitzende** macht den Redner darauf aufmerksam, daß die Redezeit in der Versammlung nicht über zehn Minuten beträgt.

Stadtv. **Wesemeier** (fortfahrend): Infolgedessen gehe das Mädchen nach dem Arbeitslosenfürsorgeamt, und dort werde ohne weiteres die Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Es heißt dabei in dem Artikel noch, man lege von Seiten dieser Ausgeherinnen Wert auf sehr elegante Kleidung, und um sich diese anschaffen zu können, würde die Arbeitslosenunterstützung angenommen. Wie ist aber die Sache in Wirklichkeit? Bei der Arbeitslosenunterstützung werden die ledigen weiblichen Arbeitskräfte ohne weiteres abgewiesen, wenn sie die Annahme irgendwelcher Arbeit ablehnen. Sie werden angewiesen, Ausgehstellen zu suchen, und erhalten die Differenz zwischen dem Lohn und der Arbeitslosenunterstützung. Das Mädchen erhält in diesem Falle 3,50 *M* — und davon soll elegante Kleidung angeschafft werden? Nach mir gewordener Mitteilung vom Fürsorgeamt wird auch eine Kontrolle über die Beschäftigung dieser weiblichen Personen ausgeübt. Dabei wird in dem angeführten Artikel gesagt: Dieses Beispiel ließe sich schnell durch weitere ähnliche Fälle vermehren. Es ist hier dasselbe, was Herr Dr. Jasper anführte: den Opfern des bisherigen Systems wird die Schuld an ihrer Arbeitslosigkeit in die Schuhe geschoben.

Nun die Landwirtschaft. In den Bergbau bekommen wir die Leute noch eher hinein als in die Landwirtschaft. Wir haben es in der Stadt zumeist mit gelernten Arbeitern zu tun. Es bestehen aber solche Verhältnisse in der Landwirtschaft, daß die Leute kaum mit den gezahlten Löhnen auskommen, zumal sie die landwirtschaftliche Arbeit erst lernen müssen. Es wird um so schwerer sein, unsere Leute in die Landwirtschaft hineinzubekommen, als sie sich dort nicht so

leicht gewöhnen können. Man kann ihnen auch nicht zumuten, in so viel schlechtere Verhältnisse hineinzugehen, nachdem sie vier Jahre dem deutschen Volke im Felde gedient haben. Zwang ihnen aufzuerlegen, ist also nicht angebracht, und so ist es mir fraglich, wie es möglich sein wird, der Landwirtschaft zu helfen. Es scheint mir aber der Weg gangbar zu sein, der hier vorgeschlagen wird, und den man in Magdeburg eingeschlagen hat: daß man aus öffentlichen Mitteln eine Unterstützung für die Beschäftigung von städtischen Arbeitern im Bergbau schafft. Ich glaube, die Stellen im Bergbau werden dadurch bald erledigt sein, besonders die der Kohlenwerke im Helmstedter Bezirke.

Vorsigender: Ich muß den Herrn Redner darauf aufmerksam machen, daß seine Redezeit von 10 Minuten vorüber ist. Wir haben noch eine Fülle von Sachen zu verhandeln, und die Zeit ist weit vorgeschritten. Ich glaube, wegen dieses einen Punktes ist es nicht nötig, daß wir hier noch zwei Stunden reden.

Stadtv. Rönneburg: Wir sind mit dem Antrage einverstanden im Sinne des Herrn Dr. Jasper. Wenn die Zustände zutreffend sein sollten, wie sie Herr Wesemeier vorgetragen hat, dann haben wir den Wunsch, daß eingegriffen wird und solche Zustände geschaffen werden, daß die Arbeiter in der Lage sind, in diesen Werken tätig zu sein.

Stadtv. Dr. Wolters: Ich möchte nur ganz kurz Herrn Dr. Jasper erwidern und appelliere an seinen kritischen Sinn. Ich verstehe nicht recht seine Verwunderung darüber, daß bei unseren Kommissionsverhandlungen auf meinen Rat es vermieden ist, schon vorgestern endgültige Beschlüsse zu fassen über die Herabminderung der Unterstützungssätze für die Arbeitslosen. Das ist etwas anderes als die Notwendigkeit, die Not der Kohlenverbraucher und bei der Verrichtung der landwirtschaftlichen Arbeiten zu heben, und ich kann wohl beanspruchen, daß Herr Dr. Jasper die Notwendigkeit der Hilfeleistung für beide Zwecke zugibt. Sodann sagte Herr Dr. Jasper, ich hätte an meinem Antrage vorbeigeredet, indem ich darauf zu sprechen gekommen sei, daß die Stadt nötigenfalls Lohnzuschüsse gewährt, zugleich aber Gegenforderungen, besonders auf verstärkte Kohlenzufuhr stellt. Wenn die Arbeiter diese Zuschüsse nicht bekommen, dann werden sie sich wahrscheinlich bedanken, die Arbeit aufzunehmen.

Der Antrag Wolters findet einstimmig Annahme.

Stadtv. Rönneburg: Zur Geschäftsordnung möchte ich beantragen, jetzt die weiteren Anträge und Anfragen nicht zu verhandeln, sondern in die vertrauliche Besprechung einzutreten, damit wir darauf noch zur Wahl der Magistratsmit-

glieder in der gemeinschaftlichen Sitzung kommen. Es ist doch unmöglich, daß wir jedesmal sechs Stunden hintereinander tagen, es ist jeder einzelne sowieso bis zum äußersten Maße in Anspruch genommen.

Stadtv. Jahns: Ich habe einen dringenden Antrag eingebracht über die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit bei den städtischen Behörden. Der Grund, der mich dazu bewogen hat, ist erstens der herrschende Mangel an Feuerungsmaterial. Sodann besteht aber auch bei den Finanzbehörden die durchgehende Arbeitszeit schon seit zwei Jahren, und ebenso ist sie beim Amtsgericht durchgeführt. Auch das Ministerium richtet sich seit einigen Tagen nach der durchgehenden Arbeitszeit, die Herzogliche Kammer hat sich dem angeschlossen, und so dürfte es angebracht sein, die durchgehende Arbeitszeit auch für die städtischen Behörden einzuführen.

Für den Antrag auf Schluß der Sitzung stimmt die Mehrheit des Hauses.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 9 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 27. Februar 1919.

Tagesordnung:

1. Antrag Jahns auf Errichtung eines städtischen Luftbades auf dem Franz- schen Felde	Seite " 739
Damit verbunden:	
Eingabe des Vereins für naturgemäße Gesundheitspflege in der gleichen Angelegenheit	" 739
2. Anträge Schmidt und Rönneburg, betreffend die Weiterbeschäftigung der auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eingestellten städtischen Hilfskräfte.	" 740
3. Änderung der Grundsätze für die Bewilligung von Ruhe-lohn und Hinter- bliebenenfürsorge	" 742
4. Antrag Wolters, betreffend Änderung der §§ 203 ff. der Städteordnung (Haftung der Städte für Aufbruchschäden)	" 743
5. Antrag Genzen auf 25 prozentige Erhöhung der Sätze der Familien- unterstützung	" 745
6. Antrag Jahns, betreffend Einführung der durchgehenden Arbeitszeit für die städtischen Beamten	" 746
7. Antrag Frede, Berechnung des Verbrauchs an elektrischer Energie für zeitweilig eingeschränkt gewesene gewerbliche Betriebe	" 748
8. Anfrage Genzen über die Ausgabe von Buchöl an die bei den Schul- sammlungen beteiligten Kinder	" 749
Damit verbunden:	
Anfrage Reizner, betreffend Ausgabe von Buchöl aus den der Reichs- stelle abgelieferten Bucheckern	" 749
9. Anfrage Richter, betreffend Abstellung des langen Wartens bei der Altbekleidungsstelle und den vorgekommenen Verkauf von Kleidungsstücken ohne Bezugsschein	" 751
10. Anfrage Jahns über den Verbleib der dem Magistrat zur Verfügung gestellten Lebensmittel aus der Kantine der 50. Reserve-division	" 753

	Seite
Damit verbunden:	
Anträge Frede und Könneburg, betreffend die rücksichtslose Beschlag-	
nahme von kleinen Lebensmittelmengen	753
11. Allgemeine Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durch	
Reichsverordnung	765
12. Erfragwahl von Mitgliedern der Ausschüsse und Deputationen	767
In Verbindung damit:	
Antrag Wolters auf Erweiterung des Rechts-, Finanz- und Bau-	
ausschusses auf je acht Mitglieder	767
13. Beihilfe an minderbemittelte Eltern zur Einkleidung ihrer zur Schul-	
entlassung kommenden Kinder	773
Damit verbunden:	
Anfrage Genzen, betreffend die gleiche Angelegenheit	773
14. Erhöhung des Tarifs für das Elektrizitätswerk und Erhöhung der Fahr-	
preise der Strasseneisenbahn	775
15. Bewilligung von Mitteln für Notstandsarbeiten	787
16. Herrichtung von Büroräumen im städtischen Hause Wilhelmstraße 21	
(Standesamt, Kirchenbuchamt und Friedhofsamt)	798

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**, Stadträte **Mohr** und **Hüermann**.

Es fehlen entschuldigt die Herren Stadtv. **Recter**, **Schilke**, **Spangenberg**, **Steinbrecher**.

Vorsitzender Wilhelm Riefe: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Die beiden in das Stadtverordnetenkollegium neu eingetretenen Mitglieder heiße ich willkommen. Mögen sie auch ihre Kraft in erfolgreicher Weise mit in den Dienst der Stadt stellen; das Gemeinwesen der Stadt wird aller Kräfte bedürfen.

Es sind einige Eingaben eingegangen. Zunächst eine Eingabe des Braunschweiger Lehrer- und Lehrerinnenvereins:

„Der Braunschweiger Lehrer- und Lehrerinnenverein erlaubt sich, der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Braunschweig folgende Beschlüsse zu unterbreiten. Sie bitten, bei der bevorstehenden Umgestaltung des hiesigen Volksschulwesens diese Forderungen berücksichtigen zu wollen.

Wir fordern grundsätzlich die Einführung der Einheitschule, sind jedoch überzeugt, daß sich diese Forderung nicht im engen Rahmen des Freistaates Braunschweig verwirklichen läßt. Um die Einheitschule für Braunschweig vorzubereiten, werden zu Ostern dieses Jahres nachstehende Forderungen gestellt:

1. Die Stadt Braunschweig unterhält neben den Mittelschulen und neunstufigen höheren Lehranstalten nur achtsstufige Volksschulen. Die Verschmelzung der städtischen sieben- und achtsstufigen Bürgerschulen hat zu Ostern 1919 im ganzen zu erfolgen.

2. Die Klassen ohne fremdsprachlichen Unterricht der höheren Mädchenschulen kommen durch Abbau in Fortfall.
3. Die Leistungsfähigkeit der allgemeinen Volksschule ist zu sichern:
 - a) durch Errichtung von Volksskindergärten, die ein Bestandteil des öffentlichen Schulwesens sein müssen;
 - b) durch maßvolle Besetzung der Klassen (Grundklassen nicht über 30, die übrigen Klassen nicht über 35 Kinder);
 - c) durch Nachhilfeunterricht für Kinder, deren Leistungen nicht genügend sind;
 - d) durch gesundheitliche Überwachung der Kinder, die sich auch auf Beseitigung und Verhütung der Mängel erstreckt;
 - e) durch rechtzeitige Aussonderung der sittlich gefährdeten Kinder.

Im einzelnen ist zu fordern: Übernahme, Vermehrung und Verbesserung des Portwesens durch die Stadt, Schulbäder für sämtliche Schulen, vermehrte Anstellung von Schulpflegerinnen und Schulärzten im Hauptamt, weiterer Ausbau der Ferienkolonien u. dgl.

4. Bis zur Verwirklichung der Einheitsschule sind auf den Mittelschulen (Knaben und Mädchen) so viel Freistellen zu schaffen, als gutbegabte Kinder aus minderbemittelten Kreisen mit Einverständnis der Eltern schulseitig vorgeschlagen werden.
5. Für schulentlassene Knaben und Mädchen ist bis zum vollendeten 18. Lebensjahre der Besuch der Pflichtfortbildungsschule zu fordern.
6. Die Errichtung von Privatschulen bedarf in jedem Falle der staatlichen Genehmigung. Staat oder Stadt unterstützen sie in keiner Form und stellen an Schulgebäude und Schuleinrichtungen, an Lehrziele, Lehrkräfte und deren Befoldung die staatlich vorgeschriebenen Anforderungen."

An den Magistrat ist die gleiche Eingabe gerichtet, so daß es sich empfehlen dürfte, zunächst die Stellungnahme des Magistrats dazu abzuwarten.

Eine weitere Eingabe liegt vor von der Arbeitsgemeinschaft des Vereins Braunschweiger Gastwirte und des Verbandes der Schank- und Gastwirte Deutschlands, Sitz Braunschweig. Sie lautet:

"In der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Januar laufenden Jahres wurde von dem Stadtv. Einert ein Antrag bezüglich der Sonntagsruhe eingebracht, der dahin zielt, an den Sonntagen den Verkauf von Zigarren und Zigaretten auch in den Wirtschaften zu verbieten.

Die unterzeichnete Arbeitsgemeinschaft der beiden hiesigen Gastwirtsverbände nimmt hierbei Gelegenheit, gegen diesen Antrag Stellung zu nehmen mit der Begründung, daß Zigarren und Zigaretten mit dem Gewerbebetriebe des Gastwirts eng verbunden sind und ein Verbot des Verkaufs eine empfindliche Beschneidung des Gewerbes wäre.

Es muß auch berücksichtigt werden, daß Zigarren und Zigaretten nur zum sofortigen Genuß abgegeben werden und nicht etwa Handel außer dem Hause getrieben wird. Eine Schädigung für die hiesigen Zigarrengeschäfte kann schon aus dem Grunde nicht erblickt werden, da der Bedarf seitens der Gastwirte doch zum größten Teil von den hiesigen Zigarrenhändlern gedeckt wird.

Aber auch aus prinzipiellen Gründen muß die unterzeichnete Arbeitsgemeinschaft gegen diesen Antrag protestieren, denn der Gastwirtebetrieb umfaßt eine Menge Genußmittel, bei denen eventuell zu erwarten sein dürfte, daß auch sie unter das Ruhen des Sonntagsverkaufs fallen würden.

Die unterzeichnete Arbeitsgemeinschaft gibt sich daher der bestimmten Hoffnung hin, daß weder der Magistrat noch das Stadtverordnetenkollegium diesem Antrage ihre Zustimmung erteilen.“

Auch in diesem Falle ist an den Magistrat dieselbe Eingabe eingegangen, so daß sich auch hier empfiehlt, die Stellungnahme des Magistrats abzuwarten.

Von Herrn Stadtv. Reißner ist folgende Anfrage gestellt:

„Ist der Magistrat bereit und in der Lage, darüber Auskunft zu geben, wo das Buchöl bleibt, welches aus den an die Reichsstelle für Ole und Fette abgelieferten großen Mengen Bucheckern hergestellt ist?“

Wenn ich mich recht erinnere, ist von Herrn Benzen eine ähnliche Anfrage eingegangen. Es dürfte sich empfehlen, um Zeit zu ersparen, diese beiden Anfragen miteinander zur Beratung zu stellen.

Von Herrn Stadtv. Marschner ist folgender Antrag eingegangen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht, sich mit der Landesregierung zwecks Pachtung der Domäne Middagshausen in Verbindung zu setzen, die Pachtübernahmeverhandlungen möglichst bis zum Herbst ds. Js. zum Abschluß zu bringen, das Ackerland zu parzellieren und an kleine Pächter weiterzuvergeben.“

Sollten sich wider Erwarten der Ausführung obigen Antrages unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen, bei der Landesregierung zu beantragen, daß der Stadt wegen eines größeren Teiles dieser Domäne das Enteignungsrecht verliehen wird.“

Ich habe mit Herrn Marschner wegen dieses Antrages Rücksprache genommen und ihn gebeten, die Sache für heute fallen zu lassen, weil auf der Tagesordnung ein Antrag steht, der eine ähnliche Angelegenheit behandelt, heute aber zurückgestellt werden soll. Herr Marschner ist aber der Meinung, daß die Angelegenheit dringlich ist, und ich habe nicht das Recht, den Stadtverordneten die Einbringung irgendwelcher Anträge zu beschneiden.

Ein Antrag des Herrn Stadtv. Wahrendorf, der namens der bürgerlichen Gruppe eingebracht wird, lautet:

„Der Magistrat wolle die Landesregierung ersuchen:

1. geeignete Maßregeln zu treffen, daß innerhalb des Stadtbezirks ein unstatthafter Gebrauch von Schußwaffen unterbleibt,
2. anzuordnen, daß entsprechend der Verordnung der Reichsregierung vom 14. Dezember 1918 alle zum Heeresgut gehörigen, besonders die nach § 3 des Landesgesetzes vom 13. November vorigen Jahres an die hiesigerote Garde verteilten Waffen unverzüglich an die Heeresverwaltung zurückgegeben werden.“

Ein weiterer Antrag, eingebracht von Herrn Stadtv. Dr. Wolters namens der bürgerlichen Gruppe, hat folgenden Wortlaut:

„Der Magistrat wolle Verhandlungen mit der Landesregierung darüber einleiten, daß die im Stadtbezirke liegenden Wallpromenaden und die der Stadt noch nicht gehörenden Okerbrücken in das Eigentum der Stadt und die Umflutgräben der Oker in städtische Verwaltung übergeführt werden.“

Ein dringlicher Antrag des Herrn Stadtv. Frede:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot unverzüglich auf die Errichtung von Notstandsbauten Bedacht zu nehmen.“

Schließlich noch eine Anfrage von Frau Stadtv. Graf:

„Kann der Stadtmagistrat Aufklärung geben, ob das Gerücht, das in der Stadt verbreitet ist, daß in der Ziegelei am Madamenwege eine ganz erhebliche Menge Kartoffeln erfroren sein soll, auf Wahrheit beruht?“

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Der Antrag des Herrn Stadtv. Frede wegen anderweitiger Berechnung des Wassergeldes ist noch nicht vorberaten.

1. Antrag Jahns auf Errichtung eines städtischen Luftbades auf dem Franzischen Felde.

Damit verbunden:

Eingabe des Vereins für naturgemäße Gesundheitspflege in der gleichen Angelegenheit.

Stadtv. Reißner: Meine Damen und Herren! Am 30. Januar ist den Stadtverordneten ein Antrag des Herrn Stadtv. Jahns zugegangen, welcher lautet: „Der Stadtmagistrat wird ersucht, bei Verpachtung der Schrebergärten auf dem Franzischen Felde einen geeigneten Platz zur Errichtung eines städtischen Luftbades zu reservieren und Mittel zur Einrichtung desselben zur Verfügung zu stellen.“ Etwas später ist vom Verein für naturgemäße Gesundheitspflege an die Versammlung eine Eingabe mit ungefähr demselben Inhalt eingegangen. Diese Anträge haben den Bauausschuß

beschäftigt. Es ist bei der Beratung dort hin und her überlegt, welcher Platz wohl als der geeignetste in Frage kommen würde, und dabei wurde die Anregung gegeben, daß es zweckmäßig sein würde, eine solche Anlage in Verbindung mit den in der Stadt bereits bestehenden Bädern, vielleicht im Bürgerparke oder auch vielleicht an der Schunter in Verbindung mit der jetzigen Militärbadeanstalt herzustellen. Da der Magistrat zu diesen Anträgen noch keine Stellung genommen hat, schlägt Ihnen der Bauausschuß vor, den Magistrat zu ersuchen, den Stadtverordneten eine Vorlage, betreffend Errichtung eines Luftbades, zugehen zu lassen. Ich bitte namens des Ausschusses um Annahme dieses Antrages.

Stadtv. **Ginert**: Meine Damen und Herren! Es ist durchaus nötig, daß ein städtisches Luftbad mit eingerichtet wird. Wie ich schon in einer Ausschußsitzung betont habe, kann das nicht an jedem beliebigen Orte geschehen, sondern zu einem großen Luftbade muß der Platz besonders ausgewählt werden. Wenn wir etwas wirklich Vollständiges in diesem Falle herstellen wollen, muß nicht nur auf Sonnenschein und genügende Ausdehnung gesehen werden, sondern es muß auch möglichst fließendes Wasser vorhanden sein, um darin paddeln und an heißen Sommertagen gleich ein Bad nehmen zu können. Daß Brausebäder vorhanden sein müssen, ist wohl selbstverständlich. Ich möchte mich heute darauf beschränken, darauf hinzuweisen, daß dies alles bei Einrichtung eines Luftbades mit in Berücksichtigung zu ziehen ist.

Der Antrag des Bauausschusses wird angenommen. Die Eingabe des Vereins für naturgemäße Gesundheitspflege in der gleichen Angelegenheit gilt damit als erledigt.

2. Anträge Schmidt und Rönneburg, betreffend die Weiterbeschäftigung der auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eingestellten städtischen Hilfskräfte.

Stadtv. **Stegmann**: Meine Damen und Herren! In der letzten Sitzung lagen zwei Anfragen vor, eine Anfrage des Herrn Schmidt: „Hat der Magistrat schon Stellung genommen, diejenigen Arbeitskräfte, die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes im Rathause eingestellt wurden, durch Arbeitslose zu ersetzen? Wieviel dieser Arbeitskräfte werden zurzeit noch im Stadthause beschäftigt?“ und eine dem Sinne nach gleiche Anfrage des Herrn Rönneburg: „Wie stellt sich der Magistrat zu der Weiterbeschäftigung derjenigen Hilfskräfte im städtischen Dienste, die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes herangezogen worden sind? Sollen diejenigen, denen andere Einnahmequellen zur Verfügung stehen, angesichts der großen Erwerbslosigkeit, besonders auch vieler Familienväter, bald aus dem städtischen Dienste entlassen werden?“

Sie wissen, meine Damen und Herren, daß die beiden Anfragenden in ihrer Begründung dafür eintreten, daß möglichst darauf gesehen werden müsse, daß diejenigen, welche dieser Erwerbsquelle nicht bedürfen, jetzt entlassen und dafür Erwerbslose

eingestellt werden. Der Herr Oberbürgermeister hat eingehend darüber berichtet, wieviel dieser Hilfskräfte noch im städtischen Dienste seien, am 1. Dezember waren es 126 männliche und 111 weibliche, also insgesamt 237. Davon seien bis zur letzten Versammlung 13 männliche und 60 weibliche entlassen, mithin verblieben 113 männliche und 51 weibliche. Der Stadtsekretär ist vom Magistrat angewiesen, eine Auslese zu halten und nach Möglichkeit, wo ohne große Härten vorzugehen sei, noch weitere Entlassungen vorzunehmen. Es sind nun allerdings bis vor einigen Tagen keine weiteren Entlassungen vorgenommen. Von den 113 männlichen Hilfskräften waren 80 verheiratet und 33 unverheiratet. Unter den verheirateten befinden sich 20 Kriegsteilnehmer, und es hatten 49 der Verheirateten keine Kinder, 14 ein Kind, 10 zwei Kinder, 6 drei Kinder und einer fünf Kinder zu versorgen. Die verbliebenen weiblichen Hilfskräfte sind, soweit ermittelt worden ist, alle dringend nötig. Heute sind von den männlichen Hilfskräften noch drei entlassen; und zwar solche, von denen anzunehmen ist, daß sie ohne diese Beschäftigung leben können. Der Rechtsausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß dahin gesehen werden müsse, daß von den Hilfskräften entlassen werden müsse, was irgend möglich sei. Es wurde z. B. angeführt, daß es unter ihnen Rentner gibt oder solche Leute, die vor dem Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes auch ohne Beschäftigung gegen Entgelt gelebt haben. Selbstverständlich war der Rechtsausschuß auch der Ansicht, daß nicht ohne Prüfung alle Hilfskräfte entlassen werden sollen, denn damit würde nichts erzielt. Man würde dann nur den einen Arbeitslosen einstellen und dafür einen anderen arbeitslos machen. Denselben Standpunkt nimmt der Magistrat ein. Der Stadtsekretär ist nun angewiesen, nochmals zu prüfen, ob noch weitere Entlassungen vorgenommen werden können. Die augenblicklich tätigen Kräfte wollen alle gern bleiben. Es soll berücksichtigt werden, daß Kriegerfrauen mit Kindern oder solche Personen, die Angehörige zu ernähren haben, in ihrer Stellung bleiben, sonst aber sind diejenigen, bei welchen dies irgend möglich ist, zu entlassen. Die Kommission ist also mit dem Magistrat darüber einig geworden, daß, soweit es möglich ist, dem Wunsche der Antragsteller entsprochen wird, und ich ersuche Sie, sich diesem Beschlusse anzuschließen.

Stadtv. Rönneburg: Meine Damen und Herren! Wir sind wohl alle mit den Feststellungen des Rechtsausschusses voll und ganz einverstanden. Ich möchte betonen, daß auch mir als Antragsteller es keineswegs daran lag, sämtliche Hilfskräfte aus dem städtischen Dienste auszuschneiden. Es wäre ja töricht, wenn diejenigen, die, um eine Erwerbsquelle zu haben, in den städtischen Dienst getreten sind und nun keine andere erhalten können, jetzt entlassen würden, um anderen Arbeitslosen Platz zu machen. Das hieße den Teufel mit Beelzebub austreiben. Es sollen nur diejenigen Hilfskräfte, die feinerzeit dankenswerterweise zum städtischen Dienst sich bereitgefunden haben, aber auf Grund ihrer wirtschaftlichen Lage nicht auf diesen Verdienst angewiesen sind, den

Erwerbslosen Raum machen. Familienväter, die aus dem Felde zurückgekehrt und jetzt arbeitslos sind, haben doch in erster Linie Anspruch auf Amt und Arbeit, die ihren Fähigkeiten, Kräften und Ansprüchen entspricht. Es liegt uns nichts daran, diejenigen Männer und Frauen, Kriegervitwen und diejenigen Herren, die sich eingearbeitet haben, und deren Dienst und Arbeit in der Stadtverwaltung uns sehr wertvoll ist, jetzt entlassen zu sehen. Wir legen vielmehr großen Wert darauf, daß man sie an ihrem Platze hält, noch dazu wenn es ihre ganze wirtschaftliche Lage nötig macht, daß ihnen diese Erwerbsquelle nach wie vor zur Verfügung steht. Wir sind also damit einverstanden, daß nicht sämtliche Hilfskräfte in Bausch und Bogen entlassen werden, sondern darnach verfahren wird, wie der Herr Berichterstatter des Rechtsausschusses es in Vorschlag gebracht hat.

Vorsitzender: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit den Ausführungen des Herrn Berichterstatters an.

Vorsitzender: Die Beratung des Antrages Schilke wegen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln durch Kauf oder Pachtung von Domänenland, fällt heute aus. Namens der Finanzkommission habe ich auch zu erklären, daß der Magistrat seine Vorlage über die Änderung der Grundsätze über Erwerbslosenfürsorge zurückgezogen hat.

3. Änderung der Grundsätze für die Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenenfürsorge.

Stadtvr. **Frau Friedrich:** Die in der kalten Jahreszeit in den städtischen Schulen als Heizer Beschäftigten haben gebeten, ihnen Anwartschaft auf Ruheohn zu gewähren. Der Magistrat hält den Wunsch für berechtigt, soweit Personen in Frage kommen, die alljährlich in regelmäßiger Wiederkehr eine gewisse Zeit hindurch im städtischen Dienste tätig sind, will aber die Anwartschaft auf Ruheohn nicht nur auf diese Heizer ausgedehnt sehen, sondern sie soll allen denen zugute kommen, die auch sonst als Saisonarbeiter bei der Stadt regelmäßig beschäftigt sind. Es würden dabei die Parkarbeiter, die nur im Sommer in städtischem Dienste stehen, und noch manche andere in Frage kommen. Der Magistrat beantragt deshalb eine Änderung der Grundsätze für die Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung.

Als Nachtrag zu den Grundsätzen für die Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt beschäftigten Personen würden darnach zwei Zusätze zu machen sein:

I. Dem § 4 der „Grundsätze“ wird folgender Absatz 2 angefügt:

„Auf Personen, die aus betriebstechnischen Gründen regelmäßig nur einen Teil des Jahres von der Stadt beschäftigt werden (sogenannte „Saisonarbeiter“), finden diese Grundsätze dann Anwendung, wenn die Saisontätigkeit mindestens 10 Jahre hintereinander ausgeübt worden ist.“

II. Im § 6 der „Grundsätze“ wird dem Absatz 3 folgender Satz hinzugefügt:

„Bei Saisonarbeitern (§ 4 Absatz 2) richtet sich die Zugehörigkeit zu einer Lohnklasse nach demjenigen Verdienst, der von jenen während des Kalenderjahres im städtischen Dienste tatsächlich erzielt wird.“

Ich kann mich den Ausführungen des Magistrats nur anschließen und bitte im Namen des Rechtsausschusses um Annahme des Magistratsantrages.

Entsprechend dem Antrage des Rechtsausschusses wird der Änderung der Grundsätze zugestimmt.

4. Antrag Wolters, betr. Änderung der §§ 203 ff. der Städteordnung (Haftung der Städte für Aufrufschäden).

Wortlaut des Antrages: „Der Magistrat wolle die Landesregierung ersuchen, der Landesversammlung zur Änderung der Bestimmungen von § 203 ff. der Städteordnung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Haftung der Städte für Aufrufschäden beseitigt wird.“

Stadtv. Dr. **Wolters** (zur Begründung): Den verehrten Herrschaften ist bekannt, daß nach unserer Städteordnung die braunschweigischen Städte für allen Schaden haften, der durch einen Aufruhr oder Auflauf veranlaßt ist; schlecht hin für jeden Schaden, den Einwohner in der eigenen Gemeinde verursachen. Es ist den verehrten Herrschaften aus den Verhandlungen in der vorigen Sitzung ferner bekannt, daß sogar eine Gemeinde für den Schaden haften sollte, der entsteht, wenn Angehörige ihrer Einwohnerschaft nach einer anderen Gemeinde gehen und dort Schaden stiften, ohne daß die Ursprungsgemeinde in der Lage gewesen wäre, diese Vorgänge zu verhindern. Ebenso ist ihnen, meine verehrten Herrschaften, bekannt, in welchem Umfange diese Schäden entstehen können. Nach den Vorgängen zu Anfang November ist die Stadt Braunschweig schon zu einer beträchtlichen Höhe in Haftung genommen worden und hat dafür 28000 bis 29000 *M* tragen müssen. Die Bestimmungen der Städteordnung sind alt, sie stammen aus den fünfziger Jahren her. Es liegt ihnen der Gedanke zugrunde, daß es sich nur um einen lokalen Aufruhr oder Auflauf handeln kann, und ferner ist die Voraussetzung, daß durch den ganzen Staat hindurch im allgemeinen die Ordnung und Ruhe aufrechterhalten wird und aufrechterhalten werden kann. Infolge der in gleicher Weise in anderen Staaten geltenden Bestimmungen der Städteordnung hat der preußische Städtetag jetzt Anlaß genommen, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, man möchte diese nicht mehr der Zeit entsprechende Bestimmung der Städteordnung ändern, und es hat sich der preußische Städtetag, deren Vorsitzender der Berliner Oberbürgermeister ist, gleichzeitig an alle Mitglieder des deutschen Städtetages gewandt mit der Aufforderung, daß sie in den Bundesstaaten, zu denen sie gehören,

eine Eingabe ähnlichen Inhalts an die Landesregierungen richten möchten. Diese an den preußischen Minister des Innern gerichtete Eingabe des preußischen Städtetages ist mit denselben Erwägungen begründet, die ich vorhin dargestellt habe. Es hat darauf auch der Stadtmagistrat Braunschweig Anlaß genommen, im Laufe des Dezember an die braunschweigische Regierung eine Eingabe zu richten, in der gewünscht wird, die Haftung der Städte nach § 203 zu beseitigen. In diesem Schreiben des Magistrats an die Landesregierung sind dieselben Gründe, die auch dem Schreiben des preußischen Städtetages zugrunde liegen, geltend gemacht.

Erfreulicherweise hat sich die Landesregierung, und zwar das Volkskommissariat für das Innere in zustimmendem Sinne, wenn ich so sagen darf, jedenfalls nicht in ablehnendem Sinne, geäußert. Das Schreiben des Volkskommissars für das Innere und die Finanzen lautet: „Eine derartige Änderung einer bestehenden Gesetzesvorschrift, die von weittragender Bedeutung sein würde, können wir nur im Einvernehmen mit der demnächst neu zu wählenden Landesversammlung vornehmen; wir werden erwägen, ob wir entsprechend dem dortigen Antrage dem Landtag einen bezüglichen Antrag unterbreiten werden“. Aus dem Inhalt des Schreibens geht hervor, daß der Volkskommissar für das Innere nicht auf einem ablehnenden Standpunkt steht; er will die Sache in Überlegung ziehen und im Einvernehmen mit der Landesversammlung diese Materie ordnen. Es darf wohl von der heutigen Regierung gehofft werden, daß sie einen ähnlichen entgegenkommenden Standpunkt gegenüber den braunschweigischen Städten einnimmt, und darum habe ich mir erlaubt, namens meiner Partei diesen Antrag zu stellen, der eine die Städte zu Unrecht treffende Haftung aufzuheben anregen soll. Ich bitte um Unterstützung meines Antrages.

Ich habe den Antrag als dringend bezeichnet, da solche Vorfälle wie in Griesmarode sich bald wiederholen könnten, und ich halte aus diesem Grunde es für notwendig, daß wir sogleich in die Behandlung des Antrages eintreten. Die Tatsachen, die zur Stellung des Antrages führten, sind Ihnen allen bekannt, daher ist es wohl am Platze, sich sogleich zu äußern.

Dem Antrage auf dringliche Behandlung des Antrages stimmt die Versammlung zu.

Stadtv. Stegmann: Meine Damen und Herren! Ich stehe selbstverständlich auf dem Standpunkte, daß dieser Antrag gerechtfertigt ist und unterstützt werden muß. Ich weiß nur nicht, ob es Zweck hat, solche Einzelbestimmungen aus der Städteordnung herauszugreifen, um sie besonders zu ordnen. Soviel ich weiß, soll doch die ganze Städteordnung umgearbeitet und den Anforderungen der heutigen Zeit angepaßt werden. Ich bin der Meinung, daß man den Antrag des Herrn Dr. Wolters lieber dahin erweitern sollte, daß eine Umwandlung der Städteordnung schnellstens in die Wege geleitet würde.

Stadtv. Dr. Wolters: Herr Stegmann hat vollständig recht darin, daß die Städteordnung in vielen wesentlichen Punkten abgeändert werden muß. Es kommt als Grund dafür jetzt noch das vollständig geänderte Wahlverfahren hinzu. Auch der braunschweigische Städtetag hat zu wiederholten Malen Änderungsanträge gestellt, die der Regierung und dem Landtage unterbreitet worden sind. Ehe wir aber dazu kommen, daß die gewaltige Materie voll erledigt ist, wird geraume Zeit vergehen, und deshalb möchte ich doch bei meinem Antrage bestehen bleiben, diese Einzelmaterie durch eine Einzelbestimmung zu regeln, besonders in Rücksicht darauf, daß uns beinahe eine Haftung im Betrage von nahezu 100000 *M* getroffen hat. Ich möchte bitten, diese Einzelmaterie zu beraten und entsprechend meinem Antrage zu beschließen.

Stadtrat von Frankenber: Meine Damen und Herren! Ich kann erklären, daß die Wünsche des braunschweigischen Städtetages, auf die Herr Dr. Wolters angespielt hat, der Regierung eine Änderung der Städteordnung in vielen Punkten nahegelegt haben, daß aber dieser eine wichtige Punkt dabei nicht erwähnt worden war, weil in der im allgemeinen ruhigen Zeit ein dringendes Bedürfnis, auf diesen Punkt aufmerksam zu machen, nicht vorgelegen hat. Jetzt haben sich die Zeiten geändert, und es ist gewiß nicht müßig, sondern zweckmäßig, wenn die Regierung auf diese wichtige Angelegenheit noch besonders aufmerksam gemacht wird, wenn sie auch wohl ihrer Aufmerksamkeit gewiß nicht entgehen würde.

Stadtv. Dr. Jasper: In Rücksicht darauf, daß eine Änderung der Städteordnung demnächst vorgenommen werden muß, halte ich es für erwünscht, eine Meinung der Städte darüber zu hören, ob dieser oder jener Punkt der Städteordnung einer Änderung besonders bedürftig erscheint. Ich kann meine Stellungnahme heute sachlich noch nicht festlegen, da erwogen werden muß, daß sachlich die Städte die Verpflichtung haben, für Ruhe und Ordnung in ihrem Gemeinwesen zu sorgen. Wenn ein Verschulden der Polizeiverwaltung vorliegt, so könnte man ja schon daraus eine Haftung nach allgemeinen rechtlichen Grundsätzen herleiten. Ob diese Haftung der Städte aufgehoben werden soll, und ich mich dafür aussprechen werde, kann ich heute noch nicht in Aussicht stellen, daß aber eine Willensmeinung hier ausgesprochen werden soll, halte ich für angemessen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Herrn Stadtv. Dr. Wolters zu.

5. Antrag Genzen auf 25prozentige Erhöhung der Sätze der Familienunterstützung.

Wortlaut des Antrages: „Der Nationale Frauendienst hat am 1. Februar seine Tätigkeit eingestellt. Diejenigen Kriegerfrauen, deren Männer noch nicht entlassen sind (Kriegsgefangene usw.), sind durch das Aufhören der Unterstützungen des Nationalen

Frauliendienſtes in ihrem ohnehin geringen Einkommen geſchädigt. Wir beantragen, die Stadtverordnetenverſammlung möge beſchließen, den Magiſtrat zu erſuchen, die Sätze der Familienunterſtützung um 25 Proz. zu erhöhen.“

Vorſitzender: Wie mir Herr Stadtrat von Frankenberg mitgeteilt hat, iſt der Magiſtrat mit der Beratung dieſer Materie beſchäftigt und läßt erſuchen, daß dieſer Antrag, der als dringender geſtellt iſt, nach ſeiner Begründung der Kommiſſion zur Vorbereitung überwieſen wird.

Stadtv. Genzen (zur Begründung): Die Begründung des Antrages kann wohl ſehr kurz ſein. Wie ich höre, hat der Nationale Frauendienſt am 1. Februar ſeine Tätigkeit eingeſtellt. Es iſt aber noch eine Anzahl von Kriegerfrauen vorhanden, deren Männer noch in Kriegsgefangenſchaft ſich befinden, die noch im Lazarett liegen uſw. Trotzdem gehen dieſe Frauen der Unterſtützung, die ſie groß nötig haben, nach Aufhören des Nationalen Frauendienſtes verluſtig. Das kann nicht der Wille des Magiſtrats ſein, und deſhalb beantragen wir, daß die Unterſtützung der Kriegerfamilien in einer anderen Form weitergezahlt wird. Wir halten es für gerechtfertigt, daß das in der Form geſchieht, daß die Familienunterſtützung um 25 Proz. erhöht wird, weil das der Teil iſt, der ſonſt den Kriegerfrauen zuteil geworden iſt. Im übrigen ſind wir damit einverſtanden, daß der Antrag einer Kommiſſion überwieſen wird und dann hier zur Beratung kommt.

Der Vorſitzende überweiſt den Antrag der Finanzkommiſſion zur Vorberatung.

6. Antrag Jahnſ, betr. Einführung der durchgehenden Arbeitszeit für die ſtädtiſchen Beamten.

Wortlaut des Antrages: „Der Stadtmagiſtrat wird erſucht, im Intereſſe der Kohlen- und Lichterſparnis für die ſtädtiſchen Beamten die durchgehende Arbeitszeit einzuführen. Nachdem nunmehr bei ſämtlichen Staatsbehörden die durchgehende Arbeitszeit eingeführt iſt, und zwar nachgewieſenermaßen ohne irgendwelche Störung oder Schädigung der Betriebe, wäre es im Intereſſe des Zusammenarbeitens mit dieſen Behörden wünſchenswert, wenn auch beim Magiſtrat die durchgehende Arbeitszeit eingeführt würde.“

Stadtv. Jahnſ (zur Begründung): Meine werten Damen und Herren! Ich brauche wohl nicht weiter auszuführen, daß Licht und Feuerung in großem Maße von uns geſpart werden muß. Die Schulen ſind bereits ſeit langer Zeit geſchloſſen und werden voraussichtlich erſt am 1. April ihre Arbeit wieder aufnehmen können, und wir ſelbſt werden an unſerem Kohlenvorrat im Keller feſtſtellen können, daß wir in jeder Be-

ziehung damit sparen müssen. Diese Kohlennot ist nicht erst in diesem Jahre aufgetreten, sondern wir haben sie schon seit einigen Jahren, und diesem Umstande hat die braunschweigische Regierung Rechnung getragen, wie die Finanzbehörden, das Amts- und Landgericht, indem sie — die letzteren seit zwei Jahren — die durchgehende Arbeitszeit eingeführt haben, und zwar, wie ich feststellen kann, mit gutem Erfolge. Im Ministerium und in der Kammer ist die durchgehende Arbeitszeit jetzt auch eingeführt. Es hat sich ergeben, daß sich durch die durchgehende Arbeitszeit Schädigungen nicht herausgestellt haben, im Gegenteil sind Schädigungen nur dadurch möglich, daß eine einzelne Behörde im Unterschied zu anderen noch die geteilte Arbeitszeit hat. Ich selbst habe diese Erfahrung machen müssen. Ich hatte dienstlich an der Stadtkasse zu tun, habe aber bis 1 Uhr dort nicht ankommen können, weil dort das Publikum verkehrte, in der Zeit von 1 bis 3 Uhr war die Stadtkasse geschlossen und in der Zeit nach 3 Uhr wieder war der Dienst meiner Behörde vorbei. Ich muß jetzt die Sache so lange liegen lassen, bis ich Gelegenheit habe, bei der städtischen Behörde anzukommen. Das sind Schädigungen, die zu verzeichnen sind, wenn Einwendungen gegen die durchgehende Arbeitszeit vorgebracht werden sollten.

Die Einführung dieser Arbeitszeit liegt auch im Interesse der Beamten. Alle Berufe, besonders aber die Beamten, haben im Kriege an ihrer Gesundheit Schaden gelitten, so daß es ihnen zu gönnen ist, wenn es ihnen möglich ist, sich auf kurze Zeit auszuspannen. Eine Erholung liegt nicht in der Mittagspause von 1 bis 3 Uhr, das ist nur ein Abhegen. Es kann nur die Mahlzeit eingenommen werden, und dann heißt es wieder fort bei schlechtem und gutem Wetter. Eine Förderung der Gesundheit liegt jedenfalls nicht darin, sondern besser ist es, wenn der Beamte nach vollbrachter Arbeit ausspannen kann, im Schrebergarten oder sonst in freier Bewegung sich betätigen kann.

Aus diesen verschiedenen Gründen, der Kohlen- und Lichtersparnis wegen und auch im Interesse der Beamenschaft bitte ich, daß auch bei den städtischen Behörden die durchgehende Arbeitszeit eingeführt wird. Es könnte ja für nötige Sachen ein du-jour-Dienst eingerichtet werden. Das haben wir z. B. bei der Staatsanwaltschaft, und nicht alle Beamten sind dafür nötig. Wenn hier im Rathause die Kommissionen tagen, so können einige Herren zugegen sein, die die Akten herausgeben. Ich betone, daß diese Herren auch schon jetzt nicht bis 8 Uhr abends hier bleiben, während die Kommissionen noch tagen; sie können um 6 Uhr nach Hause gehen, auch wenn die Kommissionen bis 9 Uhr tagen, denn die Akten können vorher herausgenommen werden, so daß die Kommission das nötige Material zur Beratung hat. Ich bitte die Herren und Damen, meinen Antrag zu unterstützen.

Vorsitzender: Für den Antrag ist die Dringlichkeit angemeldet. Der Herr Oberbürgermeister hat jedoch den Wunsch, daß er einer Kommission zur Vorberatung über-

wiesen wird, weil noch einige Angelegenheiten vor der Beschlußfassung zu regeln sein werden. Wenn Herr Jahns damit einverstanden ist, könnte die Überweisung an die Kommission geschehen; es würde ja doch nur eine 14tägige Frist in Frage kommen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Wir hatten uns im Magistrat auch schon mit der Frage befaßt und Material aus den Städten herbeizuschaffen gesucht. Nun habe ich nicht gewußt, daß Herr Jahns seinen Antrag als dringlich bezeichnet hat, und habe deshalb das Material nicht hier. Ich meine aber auch, solche Eile hat denn doch die Sache nicht, und möchte bitten, sie in aller Ruhe in der Kommission durchzusprechen. Es kommen bei dieser Frage Punkte in Betracht, über die man zweifelhaft sein kann; grundsätzliche Bedenken gegen die durchgehende Arbeitszeit hat der Magistrat aber nicht. Nur halten wir es bei den vielen Sitzungen, die wir des nachmittags abhalten, auch in Ihrem Interesse für wünschenswert, daß die Sache erst in der Kommission durchgesprochen wird.

Nachdem sich Herr Stadtv. Jahns damit einverstanden erklärt hat, überweist der Vorsitzende den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

7. Antrag Frede, Berechnung des Verbrauchs an elektrischer Energie für zeitweilig eingeschränkt gewesene gewerbliche Betriebe.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, beim zuständigen Reichskommissar dahin vorstellig zu werden, daß bei denjenigen gewerblichen Betrieben, welche während des Krieges aus Mangel an Arbeit oder Arbeitskräften stark eingeschränkt oder ganz geschlossen waren, bei der Berechnung des Verbrauchs elektrischer Energie das letzte Friedensjahr zugrunde gelegt wird.“

Stadtv. Frede (zur Begründung): Die Umstände, die zu diesem Antrage geführt haben, sind folgende: Bekanntlich ist aus Mangel an Kohlen der Verbrauch von Elektrizität und Gas auf 80 Proz. des Verbrauchs vom Jahre 1916 eingeschränkt; sofern der Verbrauch darüber hinausgeht, ist gewissermaßen eine Strafe zu bezahlen. Nun befinden sich diejenigen Kleinbetriebe in einer üblen Lage, welche während des Krieges gar keine oder nur eine sehr geringe Beschäftigung gehabt haben — ich nenne Tischlereien oder Schlossereien. Es sind eine ganze Anzahl von solchen Betrieben, die nun Arbeitslose beschäftigen wollen, möglichst viel Kräfte einstellen sollen, und trotzdem wird ihnen der vermehrte Verbrauch an Energie übermäßig hoch angerechnet. Sie müssen mehr verbrauchen, da sie jetzt mehr Arbeit bewältigen. Nun haben sich einige Gruppen der hiervon Betroffenen an mich gewandt mit der Bitte, dafür einzutreten, daß für sie nicht das Jahr 1916, in welchem sie sehr ungünstig gearbeitet haben, sondern das letzte Friedensjahr für Berechnung ihres Verbrauchs an elektrischer Energie zugrunde

gelegt wird. Darnach würden sie mehr Kraft beziehen können, ohne daß sie Strafe zu bezahlen haben. Ich habe das den Leuten versprochen, denn ich muß die Berechtigung ihrer Wünsche anerkennen, und bitte, den Antrag der Kommission zur weiteren Behandlung zu überweisen.

Der Vorsitzende überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

8. Anfrage Genzen über die Abgabe von Buchöl an die bei den Schulsammlungen beteiligten Kinder.

Damit verbunden:

Anfrage Reißner, betreffend Ausgabe von Buchöl aus den der Reichsstelle abgelieferten Bucheckern.

Wortlaut der Anfrage Genzen: „Kann der Magistrat Auskunft geben, wie es kommt, daß noch kein Buchöl ausgegeben wird? In der Schule an der Pestalozzistraße haben die Kinder für die gesammelten Bucheckern, trotzdem der betreffende Lehrer sich alle erdenkliche Mühe gegeben, bisher weder Geld noch Öl erhalten.“

Wortlaut der Anfrage Reißner: „Ist der Magistrat bereit und in der Lage, darüber Auskunft zu geben, wo das Buchöl bleibt, welches aus den an die Reichsstelle für Öle und Fette gelieferten großen Mengen Bucheckern hergestellt ist?“

Stadtv. Genzen (zur Begründung seiner Frage): Ich lese allerdings heute in den Zeitungen, daß vom 3. März an Buchöl ausgegeben wird, und so ist meine Anfrage schon zum Teil beantwortet. Sie wurde dadurch veranlaßt, daß den Kindern in der Schule für die gesammelten Bucheckern weder Geld, noch Scheine, noch Öl verabfolgt ist. Soweit ich weiß, sind auch die Lehrer darüber entrüstet und erklären: „Man soll uns nur mit solchen Sammlungen wiederkommen. Ersilich haben wir das Unangenehme bei der Sammeltätigkeit, und zweitens können wir das Versprochene nicht abgeben.“ Ich bitte den Magistrat, sich darüber auszusprechen, wie das kommt. Es sind doch 4 bis 5 Monate her, seitdem die Bucheckernsammlung stattgefunden hat, und es wäre Zeit gewesen, daß wenigstens das Geld dafür ausgegeben wäre. Es gibt manche Familien, die darauf angewiesen sind und darauf warten. Jedenfalls ist es nicht richtig, daß den Kindern auch das Geld bis jetzt vorenthalten ist.

Stadtv. Reißner (zur Begründung seiner Anfrage): Das Öl des Herrn Genzen ist ein anderes Öl als das, welches ich meine. Herr Genzen meinte das Öl, das denjenigen zur Verfügung gestellt werden soll, die durch einen Bezugsschein ein Anrecht auf Öl erworben haben. Die Ausgabe dieses Öls ist in den Zeitungen heute bekanntgegeben. Ich aber meine diejenige Menge, die zurückkommen muß aus der zweiten Hälfte der an die Reichsstelle für Öle und Fette abgelieferten Bucheckern. Soviel mir

bekannt ist, sind diese Bucheckern über die Grenzen unserer Republik hinausgegangen, und nun frage ich: Ist Aussicht vorhanden, daß das Öl aus diesen fremden Kreisen wieder zu uns hereinkommt, oder was wird damit gemacht? Ich hatte angenommen, das Öl aus dieser zweiten Hälfte Bucheckern würde an diejenigen verteilt werden, die nicht Zeit und Gelegenheit zu Sammlungen hatten, und zwar zu möglichst billigem Preise.

Stadtbaurat Gebensleben: Meine Damen und Herren! Vorweg muß ich bemerken, daß der Magistrat mit der ganzen Veranlassung nichts zu tun hat, sondern die Frage untersteht der amtlichen Sammelstelle und diese wieder untersteht nicht dem Magistrat, sondern der Landesregierung. Aber ich habe mich vor ungefähr vierzehn Tagen bei Herrn Dr. Nehring, dem Leiter der amtlichen Sammelstelle, erkundigt, wie die Sache steht, und so kann ich zunächst die erste Anfrage beantworten: wann das Öl verteilt wird, auf das die Sammler, welche einen Ölbezugschein besitzen, ein Anrecht haben. Darüber hat mir Herr Dr. Nehring damals mitgeteilt, daß in kürzester Zeit das Öl in Braunschweig eintreffen würde. Es konnte nicht eher eintreffen, weil in den großen Fabriken zunächst andere Ölsaaten geschlagen werden und die Bucheckern zuletzt an die Reihe kommen sollten. Mit Rücksicht darauf, daß Braunschweig eine große Menge Bucheckern abgeliefert habe, sollte Braunschweig an erster Stelle mit Buchöl beliefert werden. Herr Dr. Nehring hatte mir damals gesagt, daß schon in der folgenden Woche mit der Zufendung des Öls nach Braunschweig begonnen würde; das ist aber nicht ganz eingetreten. Wie mir mitgeteilt ist, lag das an den außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Eisenbahnbeförderung. Wie aber der Herr Antragsteller schon erwähnt hat, wird nun mit der Verteilung des Buchöls in der nächsten Woche — soweit ich aus den Zeitungen gelesen habe, mit dem 3. März — begonnen werden, also wird jeder in kürzester Zeit sein Buchöl bekommen.

Ich habe Herrn Dr. Nehring ferner darnach gefragt, wie es komme, daß einzelne Schulkinder oder Schulklassen noch nicht in Besitz des Erlöses für die abgelieferten Bucheckern gekommen sind. Darauf antwortete er mir, das könne er nicht verstehen, denn die Auszahlungen seien längst geschehen. Es möchte der Betreffende sich an ihn wenden, er würde dann die Sache gern in Ordnung bringen. Es seien allerdings Fälle vorgekommen, wo einzelne Kinder so wenig gesammelt hätten, daß der Erlös aus den Bucheckern nicht ausgereicht habe, die Ausgabe für Fahrgehalt usw. zu decken, aber das seien nur einzelne Fälle. Im übrigen hat er sich in freundlicher Weise bereit erklärt, jede nötige Auskunft zu geben. Ich möchte also Herrn Venzen bitten, diejenigen, die über diese Sache im Zweifel sind, zu Herrn Dr. Nehring zu schicken; dort wird ihnen bereitwilligst Auskunft gegeben werden.

Nun die zweite Sorte Buchöl; das ist diejenige, auf die die Ablieferer kein Anrecht haben. Es handelt sich da um dasjenige Öl, das die Reichsfettstelle von Haus aus für sich in Anspruch genommen hat, und Herr Reizner fragt: Was will die Reichs-

fettstelle mit diesem Fett machen; bekommt das nicht die Allgemeinheit? Darüber kann ich leider keinen Aufschluß geben. Soweit mir bekannt geworden ist, hat die Reichsfettstelle von vornherein dieses Buchöl für die Allgemeinheit gesammelt, um aus ihm alle möglichen Fettigkeiten herzustellen, z. B. Margarine. Ich habe allerdings auch gehört, es sei Aussicht vorhanden, daß auch für die Allgemeinheit eine Verteilung von Buchöl stattfinden wird, und wir wollen hoffen, daß das, was ich gehört habe, zur Wirklichkeit werden wird.

Die Mehrheit der Versammlung ist für Besprechung der Anfragen.

Stadtv. Genzen: Ich möchte nur noch erklären, daß es sich bei meiner Mitteilung nicht um einzelne Schüler handelt, sondern daß die ganze betreffende Klasse bis heute nichts bekommen hat. Ich weiß nicht, ob noch mehrere Klassen in Frage kommen, aber von einer Klasse an der Pestalozzistraße weiß ich bestimmt, daß die Kinder weder Schlagseil, noch Geld, noch sonst etwas erhalten haben. Der Lehrer hat zu den Kindern gesagt: Ich erkenne an, daß ihr euch alle Mühe gegeben habt, aber ich kann nichts für euch bekommen.

Stadtv. Rönneburg: Meine Damen und Herren! Was Herr Genzen eben mitteilte, ist mir unerklärlich. An der Schule, wo ich unterrichte, auch wo Herr Salomon unterrichtet — und auch Herr Frede wird das gleiche bestätigen können — ist den Kindern sofort, gleich nach dem Sammeltag das Geld ausgezahlt worden. Nun denke ich mir die Sache so, daß man vielleicht mit der betreffenden Klasse insgesamt abrechnen wollte, und daß dies durch irgend welche Zwischenfälle unterblieben ist. Das Geld ist sofort, als wir das Sammelgut abliefern, ausgehändigt worden, so daß die Möglichkeit gegeben war, es den Kindern weiterzugeben. Ich glaube, die Erörterung der Sache hier wird genügen, um diejenigen Stellen, die mit der Regelung noch im Rückstande sind, zur schleunigen Regelung zu veranlassen. Es ist hierbei auch zu beachten, daß leider wochenlang der Schulunterricht ausgesetzt werden mußte. Wenn die Sache jetzt schnell geregelt werden soll, müßten die Kinder zu diesem Zwecke besonders nach der Schule bestellt werden. Ob das zweckmäßig ist, will ich dahingestellt sein lassen.

Vorsitzender: Die Anfrage des Herrn Genzen über die Lieferung der Anzüge für die schulentlassene Jugend könnten wir mit dem auf der Tagesordnung stehenden gleichartigen Punkte verquicken. Der Magistratsantrag ist wohl die Antwort auf diese Anfrage.

9. Anfrage Richter, betreffend Abstellung des langen Wartens bei der Altbekleidungsstelle und den vorgekommenen Verkauf von Kleidungsstücken ohne Bezugsschein.

Wortlaut der Anfrage: „Was gedenkt der Magistrat zu tun, um das lange und vergebliche Warten bei der Altbekleidungsstelle zu verhindern? Ist dem Magistrat

bekannt, daß am Sonnabend, dem 1. Februar, in der Altbekleidungsstelle Jacketts und Röcke ohne Bezugsscheine verkauft sind, ohne daß der Verkauf bekanntgemacht ist?"

Stadtv. **Richter** (zur Begründung): Werte Damen und Herren! Der erste Teil meiner Anfrage möchte dadurch Erledigung gefunden haben, daß in der Zeitung eine Bekanntmachung stand, daß Kleidungsstücke nur gegen Abgabe einer Nummer ausgegeben werden. Ich konnte das während jener Sitzung noch nicht wissen, da ich gleich von der Arbeit hierhergekommen war.

Den zweiten Teil meiner Anfrage möchte ich aber auch heute noch stellen, und zwar deshalb, weil mir bekannt geworden ist, daß an jenem Sonnabend Jacketts und Röcke für Herren zu äußerst billigen Preisen ausgegeben sind. Ich muß fragen: Wie geht das zu, und aus welchem Grunde ist es geschehen, daß man ohne Bekanntmachung in der Zeitung solche Verkäufe vorgenommen hat? Während sonst zu dem Preise von 50 *M* verkauft wird, sind an dem Tage Jacketts zu 1, 3 bis 6 *M* verkauft. Da wäre es doch unbedingt nötig gewesen, die am meisten Mittellosen zu berücksichtigen, damit sie in Besitz von Garderobe kommen konnten. Ich darf doch annehmen, daß diese Kleidung nur für gewisse Kreise bestimmt war, aber auch vom Rathause sind viele hinübergelaufen und haben sich an dem Tage Garderobenstücke geholt. Wenn die mir gewordene Mitteilung stimmt, so wäre es auf alle Fälle notwendig gewesen, solche billige Garderobe der ärmeren Bevölkerung zuzuführen.

Oberamtsrichter **Meyer**: Zu der ersten Frage kann ich bemerken, daß der Verkauf, der damals zu Unregelmäßigkeiten und großem Andrang geführt hat, nicht von der Altbekleidungsstelle, sondern von der Regierung veranlaßt ist, daß es sich dabei um den Verkauf von Anzügen an Kriegsteilnehmer gehandelt hat und wir dafür nur unsere Räume zur Verfügung gestellt haben. Als es sich zeigte, daß die Räume nicht genügten, haben wir sofort Anlaß genommen, die Regierung zu ersuchen, den Verkauf nach der Friedrich-Wilhelm-Straße in ihr Lager zu verlegen, und das ist dann auch geschehen.

Was die zweite Anfrage betrifft, so muß ich etwas weiter ausholen. Die geehrten Damen und Herren wissen, daß wir im vorigen Jahre Anzüge für im Hilfsdienst tätige Industriearbeiter gesammelt haben. Dabei haben wir nicht immer das Beste bekommen, sondern es sind auch viele schlechte Sachen abgeliefert; insbesondere kann man das von der Landbevölkerung sagen, wir haben nämlich auch die Anzüge aus dem Landkreise Braunschweig angenommen. Wir haben f. Bt. mit der Firma Louis Weihe ein Abkommen getroffen, wonach die Sachen, die es wert waren, von dieser Firma für uns instand gesetzt sind. Es hat sich dabei ergeben, daß eine größere Anzahl von Stücken nicht instand gesetzt werden konnte; es handelte sich namentlich um abgetragene Röcke und Westen. Als die Firma Weihe die instand gesetzten Anzüge

an das Reichskleiderlager abgeliefert hatte, fragte uns die Kreisdirektion, ob wir nicht das übriggebliebene, was nicht instand gesetzt werden konnte, da dessen Herstellung sich nicht mehr lohnte, und das nur zur Herstellung von Kinderzeug oder als Flickmaterial benutzt werden konnte, übernehmen wollten. Darauf ist die Altbekleidungsstelle selbstverständlich eingegangen und hat 100 oder 200 Stück dieser Kleidung übernommen und verkauft. Von der Leitung der Altbekleidungsstelle ist Anweisung gegeben, nur an ärmere Leute, besonders an kinderreiche Familien von diesem Vorrat abzugeben. Sie werden zugeben, daß eine solche Verteilung in richtiger Weise sehr schwierig auszuführen ist. Wie gesagt, handelt es sich nicht etwa um gute Kleidungsstücke, sondern um solche, deren Wiederherstellung sich nicht mehr lohnte. Es mag ja sein, daß auch das eine oder andere Stück dazwischen gewesen ist, das doch noch im Haushalt wieder instand gesetzt ist; jedenfalls lohnte sich für uns die Instandsetzung nicht mehr, da die Kosten dafür im Vergleich zu dem Preise, den wir nehmen konnten, zu hoch waren. Nur um diese Stücke kann es sich handeln, wenn Herr Richter sagt, daß von der Altbekleidungsstelle ohne Bezugsschein verkauft worden ist, und es ist das auch nur geschehen an Leute, die zu den Minderbemittelten gehören.

10. Anfrage Jahn's über den Verbleib der dem Magistrat zur Verfügung gestellten Lebensmittel aus der Kantine der 50. Reservedivision.

Damit verbunden:

Anträge Frede und Rönneburg, betreffend die rücksichtslose Beschlagnahme von kleinen Lebensmittelmengen.

Wortlaut der Anfrage: „Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft darüber zu geben, wo die 11 Waggon Lebensmittel im Werte von $\frac{3}{4}$ bis $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark geblieben sind, die von der Kantine der 50. Reservedivision dem Magistrat zur Verfügung gestellt, aber nicht mehr ersatzbar waren, als dieselben von der Stadt abgenommen werden sollten?“

Stadtv. Jahn's (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Diese Lebensmittel, von denen meine Anfrage spricht, sollen beim Zusammenbruch der Front zusammengetragen und nach hier geschafft worden sein. Wegen des Weines, um den es sich dabei gehandelt haben soll, ist schon im Landtage eine Aufklärung gegeben, es kommt aber auch noch Schokolade, Kognak, Speck und dergleichen in Betracht. Nachdem der Begleiter der Waren zuerst festgenommen war, stellte es sich heraus, daß es sich nicht um Schieberwaren handelte. Der Begleiter wurde wieder freigelassen und hat die Waren dem Magistrat zur Verfügung gestellt. Als aber der Magistrat die Waren hat abnehmen wollen, ist nichts mehr davon vorhanden gewesen. Es dürfte im Interesse

der gesamten Bevölkerung liegen, zu erfahren, wo diese Waren geblieben oder auf welchem Wege sie unter die Bevölkerung gekommen sind. Nicht als zulässig erscheint es, wenn nur an einen geringen Teil der hier wohnenden Bevölkerung diese Waren abgegeben sind, wo jeder sich danach sehnt, von solchen Waren etwas für seine Haushaltung zu bekommen.

Meine Anfrage ist an den Magistrat gerichtet. Vielleicht ist er in der Lage — vielleicht auch der Volkskommissar für Ernährung, Herr Gerecke — eine Erklärung abzugeben, wo die Waren geblieben sind; es soll ein schwunghafter Handel damit in Braunschweig getrieben sein.

Stadttrat **Wagner**: Meine Damen und Herren! Leider können wir eine zuverlässige Auskunft über den Verbleib der Waren — auch nach einer Erkundigung beim Herrn Volkskommissar Gerecke — nicht geben.

Es war bald nach Ausbruch der Revolution, als ein Herr Stief, der im Felde Proviantamtsinspektor bei der 50. Reserve-division war, zu mir kam, und erklärte, er wäre mit 11 Waggon Marketenderwaren seiner Division auf Grund des Verdachts, daß er die Waren verschieben wollte, hier angehalten, ins Gefängnis gesetzt und nach acht Tagen wieder freigelassen. Er könne uns als Kommunalverband diese Waren anbieten. Da es sich um Marketenderwaren handle, so seien es nicht bloß Lebensmittel, sondern auch andere Sachen, die die Soldaten in Marketenderereien zu kaufen pflegten; z. B. Seife, Seifenerfatz und ähnliche Sachen wären mit darunter. Es soll sich um ein Objekt von $\frac{3}{4}$ Millionen Mark gehandelt haben; ob das stimmt, wissen wir nicht.

Ich erklärte mich nach Rücksprache mit den übrigen zuständigen Magistratsmitgliedern gleich bereit, durch unsere Überwachungsbeamten feststellen zu lassen, was an für uns brauchbaren Waren in den Waggonen vorhanden wäre. Das machte gewisse Schwierigkeiten, weil in der Hast des Rückzuges in die Waggonen alles durcheinander gepackt war. Die Waren befanden sich bei der Expeditionsfirma Noltemeyer. Ich habe unseren städtischen Überwachungsbeamten Stäbe dorthin geschickt, und auch Herr Bunge, der als städtischer Überwachungsbeamter in der Reineckeschen Wurstfabrik tätig ist, ist hingegangen, um die Waren zu besichtigen und zu fortieren. Es kamen dann leider von beiden Herren Berichte, die ersehen ließen, daß ihre Bemühungen vollständig vergeblich gewesen waren. Herr Bunge hat berichtet, er hätte unverrichteter Sache wieder weggehen müssen, er habe Herrn Stief nicht angetroffen. Ein Herr Mandel habe ihm erklärt, daß das Volkskommissariat für Ernährung die Waren übernehmen wolle. Herr Stäbe hat bei der Firma Noltemeyer sich erkundigt und erfahren, die Waren seien nach dem Schloß gekommen und ein kleiner Teil an den Allgemeinen Konsumverein verkauft; das sei von dem Proviantamtsinspektor Stief bestätigt. Das Ausladen der Waggonen hätte 5 Tage gedauert, und der Wert beziffere sich auf $\frac{3}{4}$ Millionen Mark.

Ich habe bei dem Herrn Volkskommissar Gerede angefragt, ob wir etwas von den Waren bekommen könnten. Dieser erklärte, er wüßte nicht, wo die Waren geblieben seien; Stief wäre wegen des Verkaufs unschlüssig gewesen, er hätte sich erst mit den Militärkantinen in Verbindung gesetzt und diese hätten von ihm Waren bekommen. Weiteres wüßte der Volkskommissar nicht. Da im Schlosse auch eine Kantine gewesen wäre, wären jedenfalls auch dorthin Waren gekommen.

Es sind tatsächlich auch Waren von diesem Transport dorthin geraten, denn wir haben infolge eines Mißverständnisses kürzlich Kenntnis davon erlangt, daß 91 Pfund Speck, die sich unter den Marktetenderwaren befunden haben, vom Schlosse wieder nach Reinecke zum Einlagern überwiesen sind.

Wir nahmen an, es handle sich um beschlagnahmte Waren, die die Stadt verwenden sollte, aber es stellte sich hinterher heraus, daß die Industrie-Versorgungsstelle des Landes-Ernährungsamtes sie vom Schlosse gekauft hatte. Es sollen Speck, Dosen mit Kaninchenleberwurst aus Belgien, Schokolade, Keks, Zucker und verschiedene andere Sachen gewesen sein, auch Seife und Seifeersatz. Wo sie geblieben sind, weiß ich nicht.

Stadtrat von Frankenberg: Meine Damen und Herren! Ich kann nur hinzufügen, daß ich, soweit in meinem Arbeitsbereich die Waren zu übernehmen waren, alles darangesetzt habe, sie für die hiesige Einwohnerschaft, insbesondere für die Krankenanstalten zu retten. Ich habe mich deshalb mit der Firma Sonnenberg & Co. in Verbindung gesetzt, und deren Vertreter Noßmann ist wegen dieser Sache bei mir und bei Herrn Volkskommissar Gerede gewesen, es ist aber nichts mehr von den Waren vorhanden gewesen. Es hat schmerzliche Gefühle bei mir erweckt, das beinahe Erreichte im letzten Augenblicke wieder entschwinden zu sehen. Heute ist mir von Herrn Noßmann mitgeteilt, es sollen die Waren wirklich zum Teil an hiesige Lazarette gelangt sein. Wenn sie dabei den Umweg über das Schloß gemacht haben, so wollen wir doch hoffen, daß sie den Kranken recht gut bekommen sind.

Die Versammlung stimmt für eine Besprechung der Anfrage.

Stadtv. Blumeier: Die Worte des Herrn Stadtrat von Frankenberg veranlassen mich, zu der Sache einige Worte zu sagen. Was eben Herr Stadtrat von Frankenberg dem Sinne nach sagte und zum Teil auch Herr Stadtrat Wagner, daß vom Magistrat alles daran gesetzt wäre, um die Waren zu bekommen, entspricht, soweit ich orientiert bin, nicht den Tatsachen. Herr Stadtrat Wagner erwähnte, daß der Allgemeine Konsumverein auch von den Waren etwas abbekommen hätte. Dazu habe ich zu erklären: Ich hörte davon, daß Marktetenderwaren zur Verteilung kämen — und man sieht in dieser Zeit eifrig darnach, ob etwas ergattert werden kann, und so kam ich auf Nachfrage an die Adresse des Inspektors Stief. Meine erste Frage dem Herren gegenüber

war: Weshalb sind die Waren dem Stadtmagistrat nicht angeboten worden? Darauf sagte mir der Inspektor, daß er gleich an dem Tage, an dem er mit den Waren hier einlief, einem städtischen Beamten mündlich Mitteilung davon gemacht hätte, daß diese 11 Waggonen der Stadt überwiesen werden könnten, und daß er am anderen Tage dem Stadtmagistrat diese Waren schriftlich angeboten habe; der Magistrat habe aber erst nach acht Wochen Beamte nach dem Sekretariat dieser Division geschickt, und da seien die Waren natürlich nicht mehr zu haben gewesen. Da ein Verdacht eines Schiebergeschäfts vorlag, der Proviantamtsinspektor mit seinen Begleitmannschaften inzwischen nach dem Kesselberge hin dirigiert worden war, hatte sich wohl das Kommissariat dazwischengesteckt, und es sind wohl die meisten Waren nach dem Schlosse gegangen. Wir selbst haben für etwa 100 000 *M* Waren für die Allgemeinheit retten können, die wir an unsere Mitglieder verteilt haben. Meiner Ansicht nach liegt eine grobe Nachlässigkeit von seiten des Stadtmagistrats in dieser Sache vor, indem erst nach acht Wochen auf dieses Schriftstück reagiert wird. Es wäre interessant, zu hören, wo das Schriftstück solange gewesen ist. Ich bin der Meinung, daß diese Waren sehr wohl der Allgemeinheit überwiesen werden konnten, wenn der Stadtmagistrat auf diesen Brief sofort eingegangen wäre. Es liegt hier die Sache genau so wie mit dem Kommißbrot, das auch dem Magistrat angeboten worden war, dessen Abnahme dieser ablehnte; ich habe dann noch dahintergehaft, damit es nicht nach auswärts geschickt wurde. Ich glaube doch, daß in diesem Falle eine grobe Nachlässigkeit von seiten des Stadtmagistrats vorliegt.

Stadtrat Wagner: Meine Damen und Herren! Eine schriftliche Anzeige ist über diese Waren beim Magistrat überhaupt nicht eingegangen. Die Sache hat damit begonnen, daß Stief, nachdem er aus der Haft entlassen war, von irgend jemand ins Rathaus geschickt ist. Er ist bei mir gewesen, und ich habe eine Niederschrift über seine Angaben gemacht. Am nächsten Morgen sollten die beiden Herren bei ihm erscheinen, um die Sachen nachzusehen, was wir davon gebrauchen konnten, und am nächsten Tage bekam ich schon die Nachricht: Es ist nichts zu wollen; ein Herr Mandel — er ist Sekretär bei einem Volkskommissar gewesen — habe erklärt: „Das nimmt das Volkskommissariat für sich in Anspruch“, und sie hätten abziehen müssen.

Ich hätte heute auch keine Auskunft in dieser Ausführlichkeit geben können, wenn unsere Aktenstücke über diese Angelegenheit verschwunden geblieben wären. Sie waren nach dem Volkskommissariat für Ernährung hingeschickt, und erst nach längerem Suchen hat man sie dort wieder aufgefunden.

Stadtrat von Frankenberg: Zu den Ausführungen des Herrn Stadtrat Wagner kann ich ergänzend bemerken, daß auch mit mir nur mündlich verhandelt worden ist, daß ein schriftlicher Antrag an mich nicht gelangt ist, daß ich aber meinerseits einen

schriftlichen Ausweis Herr Hofmann mitgegeben und ihm auf die Seele gebunden habe, nicht zu ruhen und zu rasten, bis er die Waren für die Stadt erlangt hätte. Leider hat er unverrichteter Sache wieder abziehen müssen.

Was das Kommißbrot betrifft, von dem Herr Blumeier sprach, so handelte es sich um leicht angeschimmelte Ware, die, wenn sie von der Stadt übernommen und zum Vertrieb gebracht wäre, von unserer Bevölkerung mit flammender Entrüstung zurückgewiesen worden wäre. Da aber der Allgemeine Konsumverein es übernommen hat, mit dem Mantel der Liebe diese kleinen Mängel zu decken, und das Brot zu vertreiben, so hat sich ja diese Sache damit in Wohlgefallen aufgelöst.

Stadtv. Rönneburg: Es scheint mir doch etwas faul zu sein im Staate Dänemark. Ich glaube, daß hier nicht bloß der große Unbekannte eine Rolle spielt, sondern daß sich langsam aus dem Dunkel etwas herauschält. Das ist das Ergebnis, daß ein erheblicher Teil der Waren zum Schlosse gegangen und dort unter Ausschaltung der Allgemeinheit für einen kleinen Teil der hiesigen Bevölkerung nutzbar gemacht ist. Nun hat die braunschweigische Regierung in ihrer gestrigen Erklärung gesagt, dem Schleichhandel werde mit allem Nachdruck entgegengetreten werden. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die neue Regierung in diesem Vorkommnis eine Gelegenheit sieht, wo sie mit allem Nachdruck eingreifen muß, noch dazu, wo jetzt oft Reisende, die auf dem Bahnhofe ankommen, sorgfältig nach mitgebrachten kleinen Nahrungsmittelmengen untersucht werden. Wir müssen doch alle bekennen, daß wir mit den so kärglich gelieferten Nahrungsmitteln nicht auskommen können. Wenn dann jemand aufs Land hinauskommt und erbittet, ja erbettelt sich einige Lebensmittel, dann wird hier mit sehr, sehr rauher Hand zugegriffen, und diese Lebensmittel, die auf andere Art niemals in die Stadt hereinkommen würden, da sie die Landbevölkerung aus freien Stücken nicht abliefern würde, werden mit denkbar größter Rücksichtslosigkeit beschlagnahmt. Noch heute bringt der „Sozialdemokrat“ eine Nachricht, daß einem Mann, der mit einem gefüllten Rucksack über den Wall gegangen ist, trotz des Protestes vorübergehender Arbeiter sein Eigentum abgenommen wurde. Wenn man die kleinen „Diebe“ hängt, dann hoffe ich, daß man die großen nicht laufen läßt. Damit will ich nicht sagen, daß jene Waren gestohlen sind, ich führe nur das Sprichwort an, wie es lautet. Hoffentlich wird man auch in anderen Fällen energisch zugreifen. Es ist ein offenes Geheimnis, so daß es die Späßen von den Dächern pfeifen, daß vom Schlosse aus ein schwunghafter Handel mit Wein und Kognak getrieben worden ist, allerdings nur mit begrenzten Bevölkerungskreisen. So etwas ist unzulässig, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß das Volkskommissariat für Ernährung hier Licht in das Dunkel bringt und feststellt: Wer ist derjenige gewesen, der der Allgemeinheit vorenthalten hat, was ihr auf Grund der Rationierung zusteht?

Stadtv. Dr. Wolters: Meine Damen und Herren! Ich möchte noch fragen: „Weshalb meldet sich derjenige nicht, den die Sache angeht? Das ist der Eigentümer oder Verwalter

der Sachen. Welchem Korps gehört diese 50. Reservedivision an, und weshalb hat die Intendantur dieses Korps keine Nachforschungen gehalten? Sie muß doch über den Verbleib ihrer Sachen Auskunft haben! Wenn die Sachen in Braunschweig verteilt sind, ist denn dafür kein Geld bezahlt? Sind die Sachen einfach so weggegeben und hat die Militärverwaltung nichts dafür bekommen? Ist dieser Wert für die Militärverwaltung und für das deutsche Vermögen verloren gegangen?

Stadtrat Wagner: Ich nehme an, daß die Sachen ordnungsmäßig bezahlt sind, denn anders wird sie der Proviantamtsvertreter Stief nicht abgegeben haben, was auch aus dem hervorgeht, was Herr Blumeier erklärte. Es ist anzunehmen, daß der Allgemeine Konsumverein die 100 000 Mk. für die Waren abgegeben hat. • Das Volkskommissariat für Ernährung muß mit der betreffenden militärischen Stelle einen Briefwechsel über die Sache geführt haben, denn es schreibt: Ich verweise auf die Berechnung, welche ich an die Reservedivision geschrieben habe. Es ist also offenbar zwischen den beiden Stellen verhandelt. Daß die Waren unrechtmäßigerweise verschleudert wären, dafür sind Anhaltspunkte nicht vorhanden.

Stadtv. Stegmann: Ich finde es eigentümlich, daß es nicht gelungen ist, zu ermitteln, wo eine derartig große Sendung geblieben ist, und bin der Meinung des Herrn Blumeier, daß der Magistrat alles hätte daransetzen müssen, um das zu erfahren. Wenn ich recht gehört habe, handelt es sich um Waren im Betrage von $\frac{3}{4}$ Millionen Mark, und die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, zu erfahren, wo sie geblieben sind. Es ist unerhört und ist ein Skandal, wenn das nicht möglich gewesen ist. Ich schließe mich dem an, was Herr Rönneburg sagte: Es muß Licht in die Sache gebracht werden, auch über das Gerücht, daß die Waren nach dem Schlosse gekommen sind. Ich bin in weiten Kreisen bekannt, aber kein Mensch von meinen Parteigenossen weiß etwas Genaues über die Sache. Auch im Interesse des Volkskommissars für Ernährung wäre es dringend nötig, daß Aufklärung geschaffen wird, und von hier aus müßte der Versuch gemacht werden, Aufklärung zu schaffen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich bin in der angenehmen Lage, Herrn Stegmann beizupflichten, als er die Ausdrücke gebraucht hat: „Es ist unerhört und ist ein Skandal.“

Stadtv. Salomon: Nur ein kurzes Wort. Auch ich bin der Ansicht, daß es dringend notwendig ist, daß in diese Angelegenheit irgendwie Licht gebracht wird, vor allen Dingen müßte aufgeklärt werden: Woher rühren die Waren, und wie sind sie in den Besitz des Herrn Stief gekommen? Es wäre eine interessante Frage, die zu lösen wäre: Ist Herr Stief bevollmächtigt gewesen, die Waren zu verkaufen und das Geld in Empfang zu nehmen? Jedenfalls schwebt über der Sache ein außerordentlich rätselhaftes Dunkel.

Über die von Herrn Könneburg berührten rigorosen Beschlagnahmen kleiner eingebrachter Warenmengen sind mir die beweglichsten Klagen zu Ohren gekommen. Ein altes Ehepaar aus Watenbüttel hat einen kranken Sohn im Landes-Krankenhaus. Die beiden alten Leute hatten sich eine kleine Menge Nahrungsmittel am Munde abgespart und wollten sie ihrem Sohne ins Krankenhaus bringen. An der Tür des Krankenhauses werden sie von einem Volkswehrmanne angehalten, die Sachen werden ihnen weggenommen, und weinend kommen die beiden in das Krankenhaus. Der Oberarzt fragt nach dem Grunde ihrer Klagen. Man hat sich beschwert, man hat im Schlosse nachgefragt, aber die Sachen sind verschwunden gewesen. Mir sind andere Fälle mitgeteilt, wo auch die Sachen verschwunden sind. Ich weiß ferner, daß andere Städte nicht in der gleichen Weise vorgehen. Was ist die Folge der Maßnahmen bei uns? Die kleinen Mengen von Lebensmitteln wandern nach anderen Städten, z. B. nach Hilbesheim, immer nur kleine Quantitäten, vielleicht an Verwandte und gute Bekannte. In unsere Stadt kommen sie nicht hinein, weil die Leute vom Lande jetzt natürlich wissen, es wird uns weggenommen, was wir nach Braunschweig bringen. Es wäre dringend am Platze, daß in dieser Sache Wandel geschaffen würde. Mache man doch einen Unterschied zwischen Schleichhandel, Hamstern im großen und solchen Bezügen im kleinen! Wir haben in dieser Versammlung schon einmal über die Sache gesprochen, und da hat die ganze Versammlung auf dem Standpunkte gestanden, daß man dringend vorstellig werden müßte, damit diese rigorose Behandlung aufhört. Ich glaube, daß es heute wieder notwendig ist, daß von dieser Stelle aus gewissermaßen Protest gegen diese Handhabung der Beschlagnahme eingelegt wird, vor allen Dingen aus dem Grunde, weil diese Nahrungsmittel, die man in kleinen Quantitäten beschlagnahmt, der Allgemeinheit doch nicht zugute kommen, und weil durch Zulassung der kleinen Mengen eine Familie wirklich einmal vom augenblicklichen Hunger gerettet werden kann. Weshalb will man da so scharf sein, wenn auf der anderen Seite der Fall vorliegt, daß im großen, oft bis an die Million heran, Sachen für die Allgemeinheit verlorengehen.

Vorsitzender: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß ich geschäftsordnungs-mäßige Bedenken habe, die letzte Anregung mit dieser Sache zu verquicken. Wenn ein Wunsch in dieser Beziehung vorhanden ist, so läßt er sich ja sehr leicht in Form eines Antrages kleiden.

Stadtv. Schmidt: Nach den Erklärungen des Herrn Stadtrat Wagner scheint es mir dringend notwendig, einmal das Datum, an welchem die Dinge vorgekommen sind, näher festzustellen. Soweit ich weiß, ist die 50. Reservedivision unter Führung des Zahlmeisters Stief in der Zeit vom 14. bis 16. November angekommen, nachdem sie den Versuch gemacht hatte, in anderen Städten ihre Waren bei den Stadtverwaltungen unterzubringen. Seitens unserer Stadt ist, wie uns mitgeteilt wurde, erst Mitte

Januar bei der Firma Holtemeyer und bei dem Proviantamtsinspektor wegen Übernahme der Waren durch die Stadt nachgefragt. Wir fragten: „Warum hat die Stadtverwaltung nicht gleich zugesagt?“ Darauf sagte der Betreffende: „Wir sind acht Tage festgesetzt gewesen, und als wir wiederkamen, waren die Wagen schon aufgemacht und die Ware verteilt.“ Trotzdem ich mich gleich darum bemüht habe, der Stadtverwaltung ein Anerbieten zu machen, ist erst Mitte Januar, acht Wochen später, der Vertreter der Stadt bei uns gewesen und hat gesagt: „Ihr Brief hat sich angefundenes; er hatte sich in andere Akten verschoben, und ich komme, um zu sehen wie die Sache steht.“ Dazu sagte der betreffende Herr: „Nach acht Wochen war nichts mehr zu erreichen; wir konnten nicht so lange warten, bis die Stadt den Brief wiederfinden würde.“ Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg sagte, daß er den Prokuristen von Sonnenberg beauftragt habe, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, die Waren für die Stadt heranzubekommen, so ist es möglich, daß das Mitte Januar erreicht werden sollte. Es ist ein Verschulden der Stadtverwaltung, daß sie den Brief nicht weiter beachtet hat und erst nach acht Wochen darauf zurückkam. Deshalb lege ich Wert darauf, festzustellen: Wann sind die Nachforschungen nach den Waren erfolgt? Sind sie unbedingt sofort nach dem Angebot erfolgt, wie Herr Stadtrat Wagner sagt, und wann ist der Prokurist von Sonnenberg dabei beteiligt gewesen?

Stadtrat von Frankenberg: Seitdem der Stadtmagistrat Lebensmittelgeschäfte betreiben muß, sind wir schon durch so manches Mal daran gewöhnt, der Sündenbock für das zu sein, was andere versäumt haben. Wenn auch in diesem Falle ein derartiger Versuch von jemand — nicht von dem Herrn Vorredner, sondern von der öffentlichen Meinung — gemacht werden sollte, so kann ich wohl sagen: So unschuldig, wie in diesem Falle, sind wir wohl nie gewesen, denn unmittelbar im Anschluß an die erste Meldung von dem Vorhandensein der Waren im November hat Herr Hofmann sich auf die Fahrt gesetzt, hat sich die Sachen abgelaufen — unmittelbar in jenen Novembertagen — um das Ziel zu erreichen. Aber es fiel ein Reif in der Novembernacht, und er hat alle Hoffnung aufgeben müssen.

Stadtrat Wagner: Herr Stief ist am 25. November bei mir gewesen; am selben Tage ist die Besichtigung verabredet und am folgenden Morgen ist Herr Bunge vergeblich dort gewesen. Am demselben Tage muß auch Herr Stäbe dort gewesen sein.

Oberamtsrichter Meyer: Als ich von der Sache gehört und vernommen hatte, daß Strümpfe mit dabei sein sollten, habe ich sofort einen Beamten der Bekleidungsstelle hingeschickt, der sich mit Stief wegen des Ankaufs der Strümpfe in Verbindung gesetzt hat. Auch er hat nichts bekommen.

Stadtbaurat Gebensleben: Auch ich bin in der Sache tätig gewesen. Als ich davon gehört habe, daß auch Zucker abzugeben sei, habe ich sofort am anderen Tage

den Teilhaber der Firma Dannenbaum, Herrn Duwe, gebeten, sich darum zu kümmern. Er hat auch einen Preis für die Ware vereinbart, als sie aber nachher abgeholt werden sollte (es handelte sich um eine größere Menge Stückenzucker), war nichts mehr davon vorhanden.

Stadtv. **Jahns:** Es sieht bald so aus, als ob ich diese Anfrage gestellt hätte, um dem Magistrat einen Vorwurf zu machen. Diese Absicht liegt mir fern, im Gegenteil, es scheint mir jetzt, als ob die Sache auf ein totes Gleis geschoben werden soll. Ich möchte betonen, daß ich nicht die Befugnis habe, den Magistrat in Schutz zu nehmen, doch möchte ich auch feststellen, daß in einwandfreien Erklärungen der Vertreter des Stadtmagistrats klargelegt ist, daß von Seiten des Magistrats die nötige Initiative ergriffen worden ist. Herr Bunge und andere Herren werden das bestätigen können. Nicht von meiner Seite ist ein Vorwurf gegen den Magistrat erhoben, sondern das ist von anderer Seite geschehen, und zwar, wie es scheint, um die Sache auf ein totes Gleis zu führen.

Stadtv. **Bunge:** Meine Damen und Herren! Über die zur Behandlung stehende Sache kann ich folgendes berichten: Gegen Ende November — das Datum weiß ich nicht mehr genau, aber es war in den letzten Novembertagen — erhielt ich von Herrn Wagner den Auftrag, am anderen Morgen auf der Güterabfertigungsstelle des Hauptbahnhofes zu sein, um zu sehen, was dort alles an Waren von der 50. Reservedivision lagerte und darüber mein Urteil abzugeben, ob wir von diesen Waren etwas gebrauchen könnten. Ich ging an diesem bezeichneten Morgen hin, traf aber Herrn Stäbe nicht, nachdem ich bis 20 Minuten nach 9 gewartet hatte. Auch Herr Stief war nicht da, und ich ging nun zum Schuppen des Herrn Gomilius, also der Firma Noltemeyer. Dort war Herr Wesemann, der sagte: Ein Teil liegt hier und ein Teil bei Gomilius. Gomilius ist eben nach Haus gegangen; heute morgen werden die Sachen abgeholt und Sie können sie sich ansehen. Gomilius meinte: „Das paßt schön; eben ist der Arbeiter- und Soldatenrat gekommen und hat verschiedene Sachen für sich in Anspruch genommen.“ Die Leute kannten mich zum größten Teil, haben mir die Sachen gezeigt und gesagt, wieviel es jedesmal war. Nachdem ich ihnen erklärt hatte: „Ich warte auf Herrn Stief,“ antworteten sie: „Ob der heute kommen wird, ist fraglich.“ Ich sagte: „Soviel ich weiß, ist er vom Magistrat hierherbestellt,“ und darauf wurde mir entgegnet: „Du wirst sehen, daß du ihn nicht triffst. Es ist auch zur Erwerbung der Sachen zu spät, denn diese Waren hat bereits die Kantine der 92er übernommen.“ Einer von den Arbeiter- und Soldatenräten meinte: „Die hat ja nicht soviel Geld, daß sie das bezahlen könnte; die Stadt kann doch etwas davon abbekommen. Geh nur nach Mandel und stelle dich vor, der hat die Sache unter sich, dann wird sich alles schon machen.“ Nachdem ich diesen Bescheid bekommen hatte, wurde mir noch

gesagt, es wären schätzungsweise für eine Million Waren, und mein erster Weg war nun nach der Fabrik, wo ich nun zu tun hatte. Von dort aus trat ich sofort mit Herrn Stadtrat Wagner telephonisch in Verbindung, sagte ihm, daß ich die beiden Herren nicht getroffen hätte, und zeigte ihm den Weg an Herrn Mandel. Er fragte: Wer ist Mandel? — Der ist im Ministerium tätig. — Ich habe gerade wichtige Sachen vor. Herr Stadtrat Wagner sagte schon nach einigen Stunden zu mir: Sie haben gewiß nicht richtig zugehört, Stäbe war doch da, und vielleicht ist es möglich, daß wir nun für die Stadt doch etwas bekommen. Es wäre doch eine schöne Sache, wenn wir zu Weihnachten von dem Honigtuchen etwas verabreichen könnten; das würde große Freude machen.

Aus dem allen geht hervor, daß nicht erst im Januar der Magistrat sich der Sache angenommen hat. Ich habe dann wiederholt beim Magistrat angefragt, wie die Sache stünde. Man sagte: Man wird von einem zum andern geschickt und kann keinen festen Grund fassen; ich glaube, daß die Sache für uns verloren ist. — Soweit hat sich die Sache für mich abgespielt.

Stadtv. Blumeier: Es wurde von drüben gesagt, daß wir uns vielleicht deshalb zum Wort gemeldet hätten, um die Sache auf ein totes Gleis zu schieben. Das muß ich ganz entschieden zurückweisen. Im Gegenteil, die Aussprache hat ergeben und auch ich selbst habe jetzt das Gefühl, daß der Stadtmagistrat seine Schuldigkeit getan hat, und daß die Aussagen, die uns auf unserem Kontor von der Begleitmannschaft der Waren gemacht sind — bei denen Herr Schmidt noch zugegen war —, auf Unwahrheit beruhen. Was wir vorgebracht haben, ist uns wörtlich gesagt, und wir hatten als Stadtverordnete Veranlassung, das hier vorzutragen. Durch die Aufklärung, die heute gegeben ist, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß ein Versehen des Stadtmagistrats nicht vorliegt.

Stadtv. Frede: Herr Blumeier erwähnte, daß 100 000 M für die Sachen eingekommen wären.

Stadtv. Blumeier: Wir haben uns selbst um die Sachen bemüht, vor Weihnachten oder nach Weihnachten, und da haben wir für einen Wert von etwa 100 000 M von dem Inspektor Stief Waren bekommen. Das Geld ist dem Leihhause auf irgendein Konto überwiesen worden.

Stadtv. Frede: Auch das ist mir etwas dunkel. Von wem haben Sie gekauft und auf wessen Konto haben Sie abgeführt?

Stadtv. Blumeier: Auf das Konto der 50. Reservedivision, der die Waren gehört haben.

Stadtv. Frede: Die 50. Reserve-division hat sicher kein Konto. Dieser Punkt ist mir unklar.

Vorsitzender: Es dürfte sich empfehlen, daß die Anfrage in die Form eines Antrages umgewandelt und dieser dem Rechtsausschusse überwiesen wird.

Es liegen noch zwei Anträge vor, die sich aber auf etwas anderes beziehen, als was eben verhandelt wird.

Stadtv. Frede: Ich beantrage, daß die Anfrage Jahn's dem Rechtsausschuß überwiesen wird.

Vorsitzender: Ich stimme dieser Regelung zu. Wir dürfen wohl überzeugt sein, daß über diese Sache noch manch ein Wort zu verlieren sein wird.

Stadtv. Rönneburg: Ich bin nicht der Ansicht, daß es richtig ist, die Anfrage dem Rechtsausschuß zu überweisen. Dieser Rechtsausschuß hat doch keine richterliche Gewalt, und es kann dort nur zu einem Redebuell kommen. Das einzige, was geschehen könnte, um Klarheit in die Sache zu bringen, ist, daß man bei der zuständigen Stelle eine Untersuchung beantragte. Ich möchte dagegen Einspruch erheben, daß die Sache an den Rechtsausschuß überwiesen wird.

Vorsitzender: Von allen Seiten ist gewünscht, daß Klarheit in die Sache hineingebracht werden soll. Die Versammlung kann das nicht, aber der Rechtsausschuß kann vielleicht Wege beschreiten, die dort vorgeschlagen werden und zum Ziele führen.

Stadtv. Dr. Wolters: Ich halte den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden für einen zuverlässigen Weg. Der Magistrat wird jedenfalls Anlaß nehmen, die näheren Unterlagen mitzuteilen und der Referent aus dem Rechtsausschuß wird dann darüber berichten können.

Vorsitzender: Ich überweise die Anfrage, die in einen Antrag umgewandelt wird, dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

Es sind zwei dem Sinne nach gleichlaufende dringliche Anträge eingegangen, und zwar von Herrn Frede und von Herrn Rönneburg (mitunterschieden von den Mitgliedern der deutschen demokratischen Fraktion).

Der erste dieser Anträge lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Stadtmagistrat, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß geeignete Maßnahmen angeordnet werden, um der übertriebenen Durchsuchung von Gepäck und der Beschlagnahme von Nahrungsmitteln in kleinen Mengen ein Ende zu machen.“

Wenn die Versammlung einverstanden ist, können wir über die Anträge sofort verhandeln. Dadurch wird unser Speisezeitel hier nicht zu sehr mit einem Friedens-

menü belästet, denn die Begründung der Anträge ist eigentlich schon von Herrn Salomon gegeben. — Wer für dringliche Behandlung der Anträge ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Die dringliche Behandlung ist beschloffen.

Stadt. Frede (zur Begründung seines Antrages): Der Antrag ist gestellt, weil der Herr Vorsitzende mit Recht glaubt, daß diese Sache generell von der eben behandelten getrennt werden muß. Es ist zweckmäßig, den Antrag zu stellen, weil darin der Magistrat aufgefordert wird, bei der Regierung vorstellig zu werden. Geschähe diese Aufforderung nicht, so hätte der Magistrat vielleicht keinen Anlaß genommen, solche Vorstellungen zu erheben.

Der Antrag ist nur eine Wiederholung eines ähnlichen Antrages, den ich vor einem Jahre gestellt habe. Damals hatte die vorige Regierung Veranlassung genommen, Gepäckuntersuchungen in der Eisenbahn und auf den Bahnhöfen vornehmen zu lassen, und die Sache war so außerordentlich ausgeartet, daß wir nicht mehr untätig zusehen konnten. Auch auf der Landeseisenbahn waren solche Durchsuchungen vorgekommen, und dabei hatten einfache Leute, die mit Mühe und Not auf dem Lande z. B. einige Eier gesammelt hatten, diese aus Ärger über die geforderte Auslieferung auf die Erde geworfen und so das kostbare Gut vernichtet. Es sind mir Fälle der gleichen Art bekannt, wie sie Herr Salomon vorgeführt hat, wo die Durchsuchungen, wie sie jetzt durchgeführt werden, sehr böses Blut gemacht haben. Damals haben die Stadtverordneten den Antrag einstimmig angenommen. Es haben sich damals besonders die Kollegen der anderen Seite zum Wort gemeldet und die Durchsuchungen verurteilt, so daß ich nicht denken kann, daß sie heute anders urteilen werden.

Es heißt in dem Antrage, daß der Beschlagnahme von Nahrungsmitteln in kleinen Mengen überhaupt ein Ende gemacht werden möge, denn die Beschlagnahme hat sich nicht allein auf die Bahnhöfe beschränkt. Sie wissen, daß man mit den Beschlagnahmen auch in die Häuser geht, vielleicht auf Denunziation hin; auch auf den Landstraßen, wie bei dem Vorkommnis vor dem Krankenhaus, überhaupt überall werden sie vorgenommen. Deshalb habe ich in meinem Antrage im allgemeinen gesprochen. In einer einfachen Reisetasche kann unmöglich eine größere Menge von Waren vorhanden sein; es kann da nicht von Schleichhandel die Rede sein. Solche Durchsuchungen sind nur Belästigungen in hohem Maße, die wir uns verbitten müssen.

Vorsitzender: Der Antrag des Herrn Könneburg hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er bei den zuständigen Stellen (Kommissariate für Ernährung und Verteidigung) mit allem Nachdruck vorstellig wird, daß die rücksichtslose Beschlagnahme von kleinen Lebensmittelmengen auf den Bahnhöfen und Straßen unter allen Umständen unterbleibt.“

Es ist inhaltlich und sachlich dasselbe wie der Antrag Frede.

Stadtv. Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Werte Kollegen! Ich glaube, wir können über diese Anträge sofort abstimmen. Es handelt sich darum, daß wir in dieser Sache möglichst einstimmig Beschluß fassen. Genug besprochen ist die Sache an sich schon, und ich möchte den Dringlichkeitsantrag stellen, sofort abzustimmen.

Vorsitzender: Ohne die Geschäftsordnungsbemerkung des Herrn Meyerhoff wäre die Sache schon erledigt. Wer für die beiden Anträge ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Anträge sind einstimmig angenommen.

Über die heute eingegangenen Anträge und Anfragen, werden wir am Schlusse der Sitzung verhandeln.

11. Allgemeine Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durch Reichsverordnung.

Stadtv. Rönneburg: Es ist von der Reichsregierung unter dem 5. Februar eine Verordnung über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe (Nr. 6707) ergangen, die folgendes besagt:

„Der § 105 b Absatz 2 der Gewerbeordnung wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden. Die Polizeibehörde kann für sechs Sonn- und Festtage, die höhere Verwaltungsbehörde für weitere vier Sonn- und Festtage im Jahre, an denen besondere Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen, für alle oder für einzelne Geschäftszweige eine Beschäftigung bis zu 8 Stunden, jedoch nicht über 6 Uhr abends hinaus, zulassen und die Beschäftigungsstunden unter Berücksichtigung der für den öffentlichen Gottesdienst bestimmten Zeit festsetzen.“

Es folgen dann noch einige Bestimmungen, die eben nicht von Bedeutung sind; wichtig ist aber Artikel IV: „Diese Bestimmung tritt am 1. April 1919 in Kraft. Gleichzeitig treten alle Sonder- und Ausnahmebestimmungen außer Kraft, die für die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe auf Grund des § 105 b, Absatz 2 und 3 der Gewerbeordnung erlassen sind.“

Damit ist der Antrag, der seinerzeit von Herrn Schilke und anderen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung auf Einführung der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe gestellt wurde, schon auf dem Reichswege erledigt worden, und das hat dem Magistrat Veranlassung gegeben, an die Stadtverordnetenversammlung folgendes zu schreiben:

„Durch die Reichsverordnung vom 5. d. M. wird die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe allgemein eingeführt. Wir ziehen daher unsere bezügliche Vorlage vom 9. Juni 1914 zurück.“

An die Polizeidirektion haben wir das Ersuchen gerichtet, den städtischen Behörden rechtzeitig Gelegenheit zu geben, sich zu den von ihr geplanten Ausnahmbestimmungen gutachtlich zu äußern. Nach Eingang des betreffenden Entwurfs werden wir diesen den Stadtverordneten unverzüglich unterbreiten.

Sollten Bedenken gegen unser jetziges Vorgehen bestehen, so bitten wir ergebenst, uns diese mitzuteilen.“

Wir brauchen uns also nicht mehr die Köpfe über die Sonntagsruhe zu zerbrechen, sie ist eingeführt. Wir können uns nur darüber freuen, daß uns diese Arbeit abgenommen ist.

Zur Frage der Sonntagsruhe ist noch eine Eingabe des Vereins der Zigarrenlädeninhaber für den Freistaat Braunschweig eingegangen, worin für das Gewerbe besondere Bestimmungen gewünscht werden. Die Eingabe selbst kann von uns nicht erledigt werden, denn wir haben nicht die Vollmacht, besondere Ausnahmbestimmungen für ein Gewerbe zu schaffen. Wir geben uns aber der Erwartung hin, daß die Polizeidirektion bei den Ausnahmen, die sie festlegen darf, auch diesen Antrag mit in Rücksicht ziehen wird.

Wir empfehlen Ihnen deshalb, sich mit dem Beschlusse des Magistrats, von einer städtischen Regelung der Sonntagsruhe absehen zu wollen, einverstanden zu erklären.

Stadtv. Dr. **Bolters**: Mit Recht hat der Herr Berichterstatter berichtet, daß die Angelegenheit vorläufig für uns erledigt ist. Aber Herr Rönneburg ist in der Rechtsausschussitzung nicht zugegen gewesen und deshalb erlaube ich mir, zu dem Berichte eins hinzuzufügen: Auf Wunsch wird der Magistrat alle Erkundigungen, die er von den in Frage kommenden Körperschaften eingezogen hat, nunmehr der Polizeidirektion überweisen, damit die Polizeidirektion, wenn sie sich als zutreffend erweisen, nach diesen Äußerungen handeln kann.

Stadtv. **Einert**: Ich habe aus dem eben Gehörten entnommen, daß uns die Ausnahmbestimmungen der Polizeidirektion noch einmal zur Kenntnisnahme und gutachtlichen Äußerung mitgeteilt werden. Wenn das der Fall ist, so möchte ich meine Bemerkungen bis dahin zurückstellen. Jedenfalls muß ich befürworten, daß uns die Ausnahmbestimmungen noch einmal zur Begutachtung vorgelegt werden.

Stadtrat **Wagner**: Wir haben auf den Wunsch hin, der uns in der vorigen Stadtverordnetenversammlung geäußert wurde, die Polizeidirektion gebeten, es möchten den städtischen Behörden die geplanten Ausnahmbestimmungen für die Bedürfnisgewerbe vor ihrer endgültigen Festlegung zur gutachtlichen Äußerung zugesandt werden. Ob die Polizeidirektion diesem Wunsche entsprechen wird, wissen wir nicht — sie braucht es nicht, aber wir nehmen an, daß sie es tun wird.

Stadtv. Dr. Jasper: Wenn ich den Herrn Berichterstatter recht verstanden habe, so soll jetzt der Stadt überhaupt keine Mitwirkung bei Festsetzung der Ausnahmebestimmungen mehr zustehen, sondern einzig und allein die Polizeibehörde, die in unserer Stadt staatlich ist, soll darüber entscheiden. Damit stehe ich wieder vor der Tatsache, daß wir in einer das Gewerbeleben sehr erheblich berührenden Frage vollkommen ausgeschaltet sind, und das halte ich für überaus bedauerlich. Wie das lebhafteste Interesse sowohl des Hauses wie auch der Bevölkerung herweist, ist das eine Einrichtung, die für die Allgemeinheit von nachteiligen Wirkungen sein kann. Bequem ist es ja für uns: Wir haben keine Verantwortung mehr, aber auch keinen Einfluß, und deshalb ist es sehr bedauerlich, daß die Sache so geregelt wird.

Stadtv. Dr. Wolters: Ich kann diesem Bedauern nur zustimmen, aber es handelt sich um eine Verordnung der Reichsbehörden, in die wir uns alle schicken müssen. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß die Polizeidirektion, die von der Landeszentralbehörde zum Erlass der Ausnahmebestimmungen ermächtigt ist, genau so wie die Gemeinden gehalten ist, auch ihrerseits den Bestimmungen der Gewerbeordnung gemäß die gutachtlichen Äußerungen der in Betracht kommenden Körperschaften zu hören, nämlich die der Handwerkskammer und die Vereinigungen der Kaufleute und der Arbeiter. Nun ist vom Rechtsausschuß der Wunsch geäußert, und der Magistrat hat dem zugestimmt, daß die Polizeidirektion bei Feststellung der Ausnahmebestimmungen unser Gutachten hören möchte. Ich möchte betonen, daß die jetzigen Ausnahmebestimmungen weiterlaufen werden, wenn die Polizeidirektion ihrerseits nicht Anlaß nimmt, die Freilassungen für das Bedürfnisgewerbe zu ändern. Die Ausnahmebestimmungen über das Bedürfnisgewerbe, die jetzt gelten, laufen unverändert weiter. Sollte aber die jetzige Landesregierung und die Polizeidirektion darin Änderungen treffen, dann wird, der Bitte des Rechtsausschusses folgend, die Polizeidirektion uns ihre weiteren Verfügungen in dieser Angelegenheit vor ihrem Erlass unterbreiten, und wir werden dann Gelegenheit haben, unsere Wünsche im Stadtverordnetenkollegium noch zu äußern. Formell ist uns ein Recht genommen worden, aber man muß anerkennen, daß bei einem Entgegenkommen der Behörde uns für Festsetzung der Ausnahmen ein Wort noch gelassen wird.

Dem Antrage des Rechtsausschusses entsprechend wird eine Beschlusfassung über diese Sache ausgesetzt.

12. Ersatzwahl von Mitgliedern der Ausschüsse und Deputationen.

In Verbindung damit: Antrag Wolters auf Erweiterung des Rechts-, Finanz- und Bauausschusses auf je acht Mitglieder.

Stadtv. Meyerhoff: Den Stadtverordneten wird vom Stadtmagistrat berichtet, daß von den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, die am 13. d. M. zu

Magistratsmitgliedern gewählt sind, Herr Förmann Mitglied gewesen ist a) des Bauausschusses, b) des Ausschusses für Gemeindesteuerrekursreklamationen, c) der Lohndeputation, d) des Ausschusses für den Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge, der zugleich Demobilmachungsausschuß ist, e) des Schulausschusses. Der Magistrat gibt anheim, die erforderlichen Ersatzwahlen vorzunehmen. Von seiten der Partei, der Herr Förmann angehört, wird vorgeschlagen, daß der neu eingetretene Stadtverordnete Herr Hofahr in diese Stellungen einrückt.

Herr Wesemeier hat angehört

a) dem Ausschuß für Arbeitsbeschaffung (zugleich Demobilmachungsunterausschuß) und dafür wird von der betreffenden Fraktion Herr Lehnert vorgeschlagen;

b) dem Ausschuß für den Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge (gleichfalls Demobilmachungsunterausschuß) — diesen Posten wird Herr Wesemeier beibehalten;

c) dem Ausschuß für Vergebung von Arbeiten und Lieferungen als stellvertretendes Mitglied, und hierfür wird Herr Tostmann als Ersatzmann vorgeschlagen;

d) der Wohnungsdeputation, wofür Herr Reinowski vorgeschlagen wird.

Da Herr Steinbrecher das Amt eines Magistratsmitgliedes mit seinem Amt als Regierungskommissar unvereinbar hält, die Annahme seiner Wahl als Magistratsmitglied abgelehnt hat und so in seinem Amte als Stadtverordneter weiterwirken wird, so wird vorgeschlagen, Herrn Steinbrecher in seinen Funktionen als Mitglied verschiedener Kommissionen und Deputationen zu belassen. Ich möchte zunächst diese Punkte zur Erwägung gestellt sehen.

Stadtrat von Frankenberg: Meine geehrten Damen und Herren! Es ist uns von Herrn Steinbrecher ein Schreiben zugegangen, das mir heute nachmittag vorgelegt ist und folgendermaßen lautet: „Wegen meiner Wahl zum Rat der Volksbeauftragten glaube ich die Wahl zum Mitgliede des Stadtmagistrats aus gesetzlichen Gründen ablehnen zu müssen.“ Ich glaube, es ist zweckmäßig, daß die Stadtverordnetenversammlung, die in diesem Falle zuständig ist, die Entscheidung über das Schreiben, das mir persönlich zutreffend erscheint, abgibt. Auch ohne eine vorherige Kommissionsberatung die Entscheidung zu treffen, steht wohl nichts entgegen.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich glaube, die Verhältnisse liegen einfach genug, um die Sache in der Vollziehung erledigen zu können. Herr Steinbrecher ist als Mitglied des Rates der Volksbeauftragten gewählt. Dieser Rat der Volksbeauftragten hat als der Stadt übergeordnetes Aufsichtsorgan die Aufsicht über die Stadtgemeinde Braunschweig. Wenn auch beide Stellen kollegiale Behörden sind, so gibt es einen Konflikt zwischen den beiden Aufgaben, wenn sie in einer Person vereinigt sind, und deshalb muß man die Auffassung des Herrn Steinbrecher als richtig anerkennen. Wenn Herr Steinbrecher Stadtverordneter bleibt, so entfällt damit die Notwendigkeit, an seiner Stelle

einen anderen in die Kommissionen und Ausschüsse zu wählen. Ich bitte, in dem Sinne zu beschließen.

Ich habe mich aber auch deshalb zum Wort gemeldet, weil ich um Aufklärung bitten wollte, ob es möglich ist, Herrn Wesemeier an der Stelle zu belassen, wo er nach dem Antrage seiner Freunde belassen werden soll. Im allgemeinen sind die Ausschüsse so besetzt, daß nur Stadtverordnete darin sind. Es wäre möglich, daß ein Ausschuß oder eine Deputation anders zu besetzen gewünscht wird. Dann würde zu prüfen sein, ob der Einfluß des Magistrats gegenüber den Rechten der Stadtverordnetenversammlung dadurch gestärkt würde. Das von mir vorgetragene Bedenken ist mehr ein grundsätzliches als ein gegen die Person des Herrn Wesemeier gerichtetes. Wir müssen grundsätzlich darauf halten, daß der Einfluß der Stadtverordnetenversammlung gegenüber dem Magistrat in demselben Verhältnis gehalten wird, wie wir ursprünglich beschloffen haben.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Die Sache liegt so: Auf Grund der Anordnung des Volkskommissars für Arbeit sind hier verschiedene Ausschüsse ernannt, insbesondere der große Demobilmachungsausschuß, und dieser hat dann Unterausschüsse ernannt. Die Unterausschüsse, die nicht durch die Stadtverordneten gewählt sind, haben bestimmte Aufgaben zu erfüllen, für deren Erfüllung die städtischen Behörden teilweise schon vorher städtische Ausschüsse niedergelegt hatten. Als Vorsitzender des Demobilmachungsausschusses habe ich darauf hingewiesen, daß das Nebeneinanderarbeiten von Ausschüssen, die dieselben Ziele verfolgen, keine Bedenken hat, und es ist der Ausweg gewählt, daß diese städtischen Ausschüsse unverändert geblieben und nur zum Teil durch andere Personen ergänzt sind. Es wird also teilweise durch städtische Ausschüsse das erfüllt, was den Demobilmachungsausschüssen von oben zugewiesen ist, und es entstand die Frage: Sollen bei der Wahl der Ausschüsse hier diese besonderen Demobilmachungsausschüsse überhaupt erwähnt werden. Sie sind mit in das Verzeichnis aufgenommen; ich glaube aber, es wird die Tätigkeit dieser Demobilmachungsausschüsse bald überflüssig werden, und dann könnte man diese Frage von neuem anrühren. Es macht, glaube ich, Schwierigkeiten, jetzt neue Mitglieder dort hineinzuwählen. Ich möchte Herrn Dr. Jasper anheimgen, über das geäußerte Bedenken hinwegzugehen; eine Stärkung des Einflusses des Magistrats ist in diesem Falle nicht zu besorgen, der Magistrat hat insbesondere auch in diesem Ausschuß nur geringen Einfluß.

Stadttrat von Franckenberg: Mit Ihrem Herrn Vorsitzenden bin ich ein entschiedener Freund der Vereinfachung des Geschäftsverkehrs. Was die Zulässigkeit der Ablehnung des Amtes als Magistratsmitglied seitens des Herrn Steinbrecher und die sofortige Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung betrifft, so glaube ich, daß gegen die Richtigkeit der diesbezüglichen Ansicht des Herrn Stadtv. Dr. Jasper kein

Bedenken besteht. Nach § 23 der Städteordnung kann man ein Ehrenamt in der Gemeinde ablehnen, wenn man in seinen geschäftlichen Verhältnissen eine Benachteiligung durch Übernahme des Amtes erleiden würde, und es ist nicht zu leugnen, daß die Freiheit des Entschlusses eines Mitgliedes des Rates der Volksbeauftragten beeinträchtigt werden könnte durch Übernahme des Amtes eines Magistratsmitgliedes. Ich darf deshalb das Schreiben des Herrn Steinbrecher gleich dem Herrn Vorsitzenden überreichen mit der Bitte, die Entschliebung der geehrten Versammlung darauf zu vermerken.

Stadtv. Dr. Jasper: Durch die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeister sind meine Bedenken zerstreut. Ich irre wohl nicht in der Annahme, daß Herr Wesemeier diesem Demobilisierungsausschusse in Zukunft als Bürger und nicht als Stadtverordneter angehören wird.

Stadtv. Dr. Wolters: Was Herrn Steinbrecher anbetrifft, so glaube ich, daß die Stadtverordneten unbedenklich zustimmen können, daß er sein Amt als Magistratsmitglied niederlegt und das Amt eines Stadtverordneten wieder annimmt.

Soweit es sich um die Angelegenheit Wesemeier handelt, hat die Entscheidung so gelaute, daß Herr Wesemeier sagte, er wollte bis zum 15. März zugleich das Amt eines Volksbeauftragten und eines Magistratsmitgliedes versehen. Das Amt eines Volksbeauftragten wolle er aber spätestens am 15. März niederlegen.

Genau dieselbe Sache, wie Herr Wesemeier sich entschieden hatte, liegt bei Herrn Steinbrecher vor. Mit seiner Wahl zum Volksbeauftragten hält er ganz richtig sein Amt als Magistratsmitglied für erloschen. Gegen seine Wiederannahme des Amtes eines Stadtverordneten besteht kein Bedenken.

Im übrigen hat der Herr Oberbürgermeister treffend dargelegt, daß die Verstärkung des Magistrats durch die Belassung des Herrn Wesemeier in dem Demobilisierungsunterauschuß nicht groß werden wird.

Vorsitzender: Wer dafür ist, daß Herr Steinbrecher sein Amt als Stadtverordneter weiterführen kann, den ersuche ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist einstimmig beschlossen.

Darauf beschließt die Versammlung in getrennten Abstimmungen die Besetzung der in den Ausschüssen usw. freigewordenen Stellen in der vom Referenten Meyerhoff vorgetragenen Weise.

Stadtv. Meyerhoff: Der Rentner Halbe, der zum Mitglied des Ausschusses für die Einschätzung fruchttragender Grundstücke und gewerblicher Unternehmungen, sowie zum Mitgliede der Kieselgutdeputation erwählt war, hat die Übernahme dieser Ämter abgelehnt. Mit Rücksicht auf sein hohes Alter und da er die fraglichen Ehren-

ämter seit einer Reihe von Jahren verwaltet hat, scheint er zur Ablehnung berechtigt. Der Rechtsausschuß schlägt Ihnen die Wahl des Rentners Christian Römer vor.

Dem Vorschlage des Rechtsausschusses wird entsprochen.

Stadtv. Meyerhoff: Herr Direktor Kraus war zum Mitglied des Ausschusses für Arbeitsbeschaffung, der Wohnungsdeputation und der Deputation für die Lichtwerkübernahme erwählt. Er hat in seinem Schreiben vom 10. Februar dringend gebeten, ihn mit Rücksicht auf seine umfangreichen Berufsgeschäfte von den fraglichen Ehrenämtern zu befreien, die er seit dem 28. Februar, 20. Juni bzw. 14. November vorigen Jahres verwaltet hat. In der Sitzung des Rechtsausschusses sind wir zu dem Entschluß gekommen, Ihnen Herrn Fabrikant Trinks, Mitglied des Direktoriums der Eisengießerei und Maschinenfabrik, Grimme, Natalis & Komp., für diese Ämter vorzuschlagen. Wir werden zu diesem Vorschlage mitbewogen durch den Wunsch, daß wir bei den Verhandlungen über die Übernahme des Lichtwerks an Stelle des Herrn Kraus einen Sachverständigen haben möchten. Ich bitte Sie, dem Vorschlage zuzustimmen.

Auch diesem Vorschlage des Rechtsausschusses stimmt die Versammlung zu.

Stadtv. Dr. Wolters: Ich bitte um die Erlaubnis, bei dieser Gelegenheit eine Sache vorzutragen, die, streng genommen, nicht zu dem behandelten Punkte der Tagesordnung gehört, aber doch Wahlen von Ausschüssen betrifft. Ich habe in dem Rechtsausschuß und Finanzausschuß schon Gelegenheit genommen, eine Bitte zur Erwägung vorzutragen. Meine Partei ist der Meinung, daß in den drei Ausschüssen, Rechts-, Finanz- und Bauausschuß die Vertretung einer Partei durch nur einen Herrn zur Wahrung ihrer Interessen nicht ausreichend ist. Es sind in der Vorberatung oft Gegenstände zu behandeln und zu entscheiden, wobei die Stimme des einzelnen nicht genügt. Wir möchten daher anregen, daß die Zahl der Mitglieder im Rechtsausschuß, Finanzausschuß und Bauausschuß auf je acht Mitglieder vermehrt wird, und würden vorgeschlagen, daß wir für den Rechtsausschuß die achte Stelle der deutschen demokratischen Partei und für den Finanzausschuß die achte Stelle meiner Partei einräumten. Was den Bauausschuß betrifft, so wird es, wenn ich mir einen Vorschlag erlauben darf, geeignet erscheinen, da nur ein Herr von unserer Partei darin ist, Herrn Wahrendorf dazu zu wählen. Wenn die Herren meinem Antrage grundsätzlich zustimmen, so würde ich vorschlagen, für den Finanzausschuß Herrn Frede hinzuzuwählen, und es würde dann der deutschen demokratischen Partei überlassen bleiben, ihrerseits einen Herren für den Rechtsausschuß zu präsentieren. Ich bitte die geehrten Herrschaften, meinen Antrag zu genehmigen.

Vorsitzender: Zu dem Vorschlage des Herrn Dr. Wolters möchte ich bemerken, daß ich ein wenig erstaunt bin, gerade von ihm diesen Vorschlag zu hören, da er

gegen die Bestimmung des Statuts vom 24. März 1893 verstößt. Ich weiß allerdings nicht, ob in späterer Zeit noch ein anderes diese Sache betreffendes Statut erlassen ist, aber mir ist bis jetzt nichts Derartiges zugestellt. Der § 9 dieses Statuts lautet: „Die Stadtverordneten wählen alle zwei Jahre: 1. einen Ausschuß von sieben Mitgliedern für Rechtsangelegenheiten, 2. einen Ausschuß von sieben Mitgliedern für Finanzsachen“. Wenn wir also dem Vorschlage des Herrn Dr. Wolters folgen wollen, müssen wir uns von vornherein darüber schlüssig sein, daß wir gleichzeitig eine Statutenänderung beschließen müssen. Ich muß allerdings zugestehen, daß auch die übrigen Ausschüsse nicht streng statutengemäß zusammengesetzt sind; warum nicht, entzieht sich als Neuling auf diesem Posten meiner Kenntnis.

Wenn die Versammlung mit dem Antrage einverstanden ist, würde ich persönlich keine Bedenken gegen Erweiterung dieser Ausschüsse tragen, mit diesem Statut aber ist es nicht in Einklang zu bringen. Es ist vielleicht hier noch zu bedenken, daß ja auch die Wahl der ganzen Versammlung nicht nach den alten Formalitäten vor sich gegangen ist, nicht auf Grund der alten Städteordnung und des früher vorgeschriebenen Wahlgesetzes, so daß vielleicht auch diesem Änderungsantrage stattgegeben werden könnte.

Stadtv. Dr. Wolters: Der Herr Stadtverordnetenvorsteher hat die Frage aufgeworfen, ob die Erweiterung dieser Ausschüsse nach meinem Antrage zulässig ist, und hat dazu den § 9 des Verwaltungsstatuts verlesen. Dabei hat er aber mit der Verlesung aufgehört, wo die Sache interessant zu werden anfängt. Nummer 3 spricht nämlich davon, daß in den Ausschuß für Hausachen fünf Mitglieder gewählt werden sollen, und ebenso soll nach Nummer 4 ein Ausschuß für Schulangelegenheiten von fünf Mitgliedern gewählt werden. Wir haben aber für beide Ausschüsse sieben Mitglieder gewählt und haben uns auch in anderer Beziehung über die Bestimmungen des Verwaltungsstatuts hinweggesetzt. Insofern glaube ich nicht, daß wir formale Bedenken in dieser Sache zu haben brauchen. Es sollte mich freuen, wenn die Versammlung mir sachlich zustimmen und die Erweiterung dieser Ausschüsse auf acht Mitglieder genehmigen würde.

Stadtv. Rönneburg (zur Geschäftsordnung): Ich habe Bedenken darüber, daß wir ohne weiteres den Antrag annehmen sollen. Ich möchte vorschlagen, daß wir ihn erst dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überweisen.

Stadtv. Dr. Wolters (erklärt sich mit der Überweisung an den Rechtsausschuß einverstanden).

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag Wolters dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

Stadtv. Frau Goetze: Anschließend hieran möchte ich mir eine Anfrage erlauben. Es existiert auch ein Ernährungsauschuß...

Vorsitzender: Es ist geschäftsordnungsmäßig nicht statthast, solche Anfragen in Anknüpfung an einen anderen Punkt vorzubringen. Die Anfrage müßte schriftlich eingereicht werden, und nach Erledigung von noch wenigen Punkten der Tagesordnung wird es zur Erledigung der Anfragen und Anträgen von heute kommen — wenn dann die Zeit nicht so weit vorgeschritten ist, daß die Damen und Herren dann nach Hause gehen wollen.

13. Beihilfen an minderbemittelte Eltern zur Einkleidung ihrer zur Schulentlassung kommenden Kinder.

Damit verbunden:

Anfrage Genzen, betreffend die gleiche Angelegenheit.

Wortlaut der Anfrage: „Im Herbst vorigen Jahres erklärte der Magistrat, für die zu Ostern schulentlassene Jugend billige Anzüge beschaffen zu wollen. Der Magistrat wird ersucht, Auskunft zu geben, was bisher in dieser Sache geschehen ist.“

Stadtv. Blumeier: Meine Damen und Herren! Zu diesem Punkte der Tagesordnung empfiehlt der Magistrat die Bewilligung von 50 000 *M* zur Verteilung als Beihilfen für minderbemittelte Eltern zur Einkleidung ihrer zur Schulentlassung kommenden Kinder. Die Zuteilung soll einer viergliedrigen Stadtverordnetenkommission übertragen werden, die sich selbst nach Bedarf ergänzen kann. Diese Kommission soll befugt sein, nach eigenem Ermessen zu handeln. Die Überweisung soll nach Maßgabe der Bedürftigkeit in Höhe von 50 bis 100 *M* erfolgen, und zwar in Form von Anzügen oder Anzugstoffen oder auch durch Überweisung der Beträge in der festgesetzten Höhe. Eine Ausgabe von fertigen Anzügen und von Oberstoffen zur Anfertigung von Anzügen für Knaben hat in der Altbekleidungsstelle schon begonnen. Es ist hier wohl, falls die städtische Beihilfe gewünscht wird, eine Nachprüfung der Verhältnisse der Eltern durch die Kommission am Platze.

Die Finanzkommission hat diesen Maßnahmen zugestimmt und empfiehlt auch Ihnen die Annahme derselben.

Von unserer Fraktion aus empfehlen wir, Frau Graf in diese Kommission zu wählen.

Stadtv. Genzen: Meine Damen und Herren! Ich muß sagen: Lange hat es ja gedauert, aber endlich ist es doch dazu gekommen, daß meinem Antrage entsprochen ist. Wenn ich nicht irre, war es im Oktober, als ich diesen Antrag stellte. Er ist

schon damals von mir eingebracht aus dem einfachen Grunde, damit rechtzeitig die Sache in die Hand genommen werden konnte. Heute sind es nur noch vier Wochen bis zu dem Zeitpunkte, wo die Kinder aus der Schule entlassen werden. Jedenfalls ist es jetzt schon reichlich spät für die Hilfeleistung. Herr Blumeier sagte auch, es sei mit dem Verkauf des Zeuges schon begonnen worden, und auch ich weiß, daß die Anzüge schon verkauft werden, ja, daß nur noch wenige davon da sind. (Zuruf: Gar keiner!) Aber von den Eltern, die in Frage kommen, weiß kein Mensch etwas davon. Wenn man ein halbes Jahr vorher einen solchen Antrag stellt, dann muß man doch annehmen, daß der Magistrat so schnell arbeitet, daß die Sache rechtzeitig in Fluß kommt. Das ist aber hier leider nicht der Fall gewesen. Ich bin ja erfreut darüber, daß er nun wenigstens heute Stellung genommen hat. Ich möchte ersuchen, daß jetzt schnellstens annonciert wird, damit die Leute wissen, woran sie sind, und damit nicht noch nach Ostern die Leute kommen und Geld haben wollen, während sie jetzt es sich zusammenbetteln, um Zeug für ihre Kinder kaufen zu können. Es handelt sich für diese Eltern um keinen Pappenstiel, wo der Mann im Schützengraben gelegen, und nach seiner Rückkunft monatelang arbeitslos ist. Um für den Jungen warmes Zeug zu schaffen und auch Zeug für seine Lehrstelle, muß jeder 400 bis 500 *M* in die Hand nehmen. Und ähnlich ist es auch bei den Mädchen. Dafür hätte gesorgt werden müssen, daß rechtzeitig etwas geschehen wäre. Jetzt ist es nötig, gleich zu annoncieren, damit die Leute wissen, wie sie sich zu benehmen haben, um zu diesem Gelde zu kommen.

Oberamtsrichter Meyer: Meine Damen und Herren! Es ist ihnen allen bekannt und ist die eigentliche Veranlassung für den Antrag des Herrn Genzen gewesen, daß die Beschaffung von Stoff zu Kleidungsstücken in dieser Zeit nicht leicht ist. Ebenso wie es für den einzelnen schwer ist, so ist es auch für den Magistrat schwer gewesen, und wenn sich die Erledigung des Antrages so lange hingezogen hat, so ist das darauf zurückzuführen, daß wir erst in voriger Woche Stoffe bekommen haben, die sich für Konfirmandenkleidung eignen, und es ist als ein Glück zu bezeichnen, daß wir sie überhaupt bekommen haben, obgleich wir sofort Schritte getan haben, dem Antrage zu entsprechen. Ich habe nun aber doch nicht die Befürchtung wie Herr Genzen, daß eine ganze Anzahl von Familien in dieser Beziehung nicht versorgt werden könnte. Wir haben, wenn auch recht wenige, fertige Anzüge aus Gehrockanzügen herstellen lassen, wie das auch im vorigen Jahre geschehen ist; es ist auch eine Reihe von neuen Anzügen vorhanden, teils billige, teils teure. 200 Anzüge können wir so zusammenbringen; im übrigen ist Oberstoff, der gut ist und zu verhältnismäßig billigem Preise abgegeben werden soll, ausreichend vorhanden. Wir denken uns die Sache in der Weise, daß die Mitbekleidungsstelle an die Winderbemittelten verkauft, ohne daß genauer nachgeprüft wird, wie die Verhältnisse liegen. Wir können allen Eltern derjenigen Konfirmanden, die nicht im Besitz von größerem Vermögen sind, Anzugstoff ablassen

Den Zuschuß aber, den wir gewähren wollen, sollen nur solche Familien haben, die es dringend nötig haben, und das zu prüfen, soll Sache der Kommission sein. Der Verkauf konnte bereits beginnen; die Bewilligung der Zuschüsse ist eine Sache für sich.

Stadtv. Reißner: Dem Antrage auf Bewilligung der Mittel stimmen wir zu, als Vertreter der demokratischen Fraktion in dem viergliedrigen Ausschuß schlagen wir Fräulein Oden vor.

Die 50000 *M* werden bewilligt.

Aus der Versammlung werden für den Ausschuß noch Frau Friedrichs und Frau Goetze vorgeschlagen. Als letztere ablehnt, wird von Herrn Dr. Wolters Herr Pastor Kaufke (als Mitglied der Armendirektion) vorgeschlagen.

Es werden darauf die vier Vorgesprochenen (Stadtv. Frau Graf, Fräulein Oden, Frau Friedrichs und Pastor Kaufke) von der Versammlung gewählt.

14. Erhöhung des Tarifs für das Elektrizitätswerk und Erhöhung der Fahrpreise der Straßeneisenbahn.

Stadtv. Dr. Wolters: Der Finanzausschuß beantragt die Genehmigung aller dieser Tariffäge für Elektrizitätsabgabe und der Erhöhung für den Straßenbahnverkehr, wie sie uns im Magistratschreiben unterbreitet worden sind. Geringe Änderungen daran, insbesondere eine an die Genehmigung zu knüpfende Bedingung, werde ich den verehrten Herrschaften nachher vortragen.

Es ist für Abgabe von Lichtstrom vom Magistrat vorgeschlagen eine Erhöhung von 45 *g* auf 70 *g* für die Kilowattstunde, während die Straßeneisenbahngesellschaft eine Erhöhung auf 120 *g* gefordert hatte. Für Kraftstrom soll eine Erhöhung von 20 *g* auf 30 *g* für die Kilowattstunde eintreten, während die Straßeneisenbahngesellschaft eine Erhöhung auf 50 *g* wünschte. Ferner schlägt der Magistrat vor, die sonstigen Tariffäge (Maximaltarif, Münzzähler, Treppenhausebeleuchtung und dergl.) um 50 Proz. zu erhöhen, während die Straßeneisenbahngesellschaft diese Tariffäge entsprechend einem Satz von 153½ Proz. heraufgesetzt sehen wollte.

Die Begründung, die die Straßeneisenbahngesellschaft ihren Wünschen hinzugefügt hat, scheint auch dem Finanzausschuß nicht zutreffend zu sein. Die verehrten Herrschaften finden auf Seite 7 der Vorlage die Zahlen aufgeführt, die die Straßeneisenbahngesellschaft nennt, um den Zuschlag von 153½ Proz. zu begründen. Wie der Magistrat — nach Ansicht des Finanzausschusses zutreffend — bemerkt hat, sind mehrere dieser Ansätze nicht anzuerkennen. Es ist nicht angängig, den Fehlbetrag eines Jahres, nämlich des Jahres 1918, mit 750000 *M* so in Rechnung zu bringen, daß daraufhin ein Satz gegründet wird, der dauernd weiterlaufen soll. Es ist ferner — wie der Magistrat mit Recht hervorhebt und der Finanzausschuß zustimmt — auch

nicht angängig, daß ein Fehlbetrag für das ganze Jahr 1919 mit 750 000 *M* angenommen wird. Im Jahre 1918 ist, mit dem 1. Juli beginnend, wegen Eintritts der Verkehrssteuer der Straßeneisenbahngesellschaft ein erhöhter Satz genehmigt. Wäre er für das ganze Jahr in Geltung gewesen, so würde ein Fehlbetrag von 750 000 *M* wohl nicht eingetreten sein, vielmehr würde dann vielleicht nur ein solcher von 375 000 *M* anzunehmen sein, deshalb muß man wohl annehmen, daß das jetzt begonnene Jahr 1919 bezüglich der Rentabilität auch in derselben Weise weiterlaufen wird, wie das Jahr 1918 verlaufen wäre, wenn der wegen der Verkehrssteuereinführung erhöhte Satz das ganze Jahr gegolten hätte. Es kann also der Satz von 750 000 *M* als Mehrkosten für 1919 nicht in Anrechnung gebracht werden, da eine vermehrte Einnahme wegen der Steuersätze für 1918 nur für ein halbes Jahr zutreffend gewesen ist. Der Finanzausschuß nimmt an, daß man einen Mehrzuwachs an Einnahmen von ungefähr der Hälfte des Betrages, also 375 000 *M* in Rechnung stellen darf.

Was die Mehrausgabe für Kohlen im Betrage von 250 000 *M* betrifft, so muß der Finanzausschuß anerkennen, daß dieser Betrag zutreffend benannt ist, falls nicht etwa — worauf aber kaum Aussicht ist — die Kohlenpreise nach unten sich ändern. Ähnlich verhält es sich mit den Mehrausgaben für Gehalte und Löhne, die mit 550 000 *M* in Rechnung gestellt sind. Freilich ist dies ein Posten, der Meinungsverschiedenheiten unterliegen kann. Es läßt sich nicht voraussagen, ob diese Lohnsätze weiterlaufen werden, oder ob mit der Verminderung der Lebensmittelpreise ein Sinken eintreten wird. Es ist wohl anzunehmen, daß dieser Betrag von 550 000 *M* hier in Rechnung gestellt werden darf. Berücksichtigt man die Abzüge, die nach Meinung des Finanzausschusses von der Gesamtsumme von 2300 000 *M* gemacht werden müssen, so kommt nicht der Prozentsatz von $153\frac{1}{2}$ Proz. heraus, den die Straßeneisenbahngesellschaft in dem Antrage auf Erhöhung auf 120 und 50 $\%$ zugrunde legt, vielmehr ist der Satz bedeutend niedriger, und die Finanzkommission meint, in seiner Festsetzung von 2300 000 *M* auf 1 175 000 *M*, nämlich $375\,000 + 250\,000 + 550\,000$ *M*, wohl das Richtige getroffen zu haben.

Dagegen scheinen die Sätze, die der Magistrat im Einvernehmen mit der Straßeneisenbahngesellschaft für den Straßenbahnverkehr vor schlägt, den gerechten Ansprüchen zu genügen. Hier ist also eine Übereinstimmung der Straßeneisenbahngesellschaft und des Magistrats vorliegend, und der Finanzausschuß kann sich hier dem Magistratsantrage anschließen.

Es ist aber nachträglich vom Magistrat auf Antrag der Straßeneisenbahngesellschaft angeregt, daß die Doppelfahrtscheine ganz wegfallen sollen. Den Grund dazu haben Unzuträglichkeiten beim Straßenbahnverkehr gegeben. Es ist vielfach eingetreten, daß beim Einwerten der Doppelfahrtscheine Irrtümer seitens des Fahrpersonals unterlaufen sind, so daß die zweite Benutzung des Doppelfahrtscheines dem Verdachte eines unredlichen Verfahrens ausgesetzt gewesen ist. Andererseits haben nicht gut-

gläubige Fahrgäste den Umstand benutzt: um sich Vorteile zu verschaffen. Es haben der Magistrat und der Finanzausschuß anerkannt, daß man, wenn man den Wünschen des Fahrpersonals der Straßeneisenbahngesellschaft entspricht, künftig für eine Fahrt nicht mehr auszugeben hat, indem man statt eines Doppelfahrscheins mit 30 J künftig ein Fahrscheinhäft für 10 Fahrten mit 1,50 M bezahlt, so daß für die Fahrgäste mit dem Wegfall der Doppelfahrscheine keinerlei Nachteile entstehen.

Ferner hat sich der Finanzausschuß auch damit einverstanden erklärt, daß künftig die alten Fahrscheinhäfte, die 19 Fahrscheine enthalten, mit 2,85 M verkauft werden sollen.

Weiter soll, nach Meinung des Finanzausschusses in zutreffender Weise, künftig der stadtseitig zugebilligte Aufschlag wegen des Transportes der Kohlen von der Grube Viktoria bis Bahnhof Hötensleben mittels Kraftwagen wieder in Fortfall kommen.

Nun die künftige Lösung der vorgeschlagenen Vertragsbestimmungen. Der Magistrat sagt in seinem Schreiben mit Recht, daß die Zustimmung zu diesen sämtlichen Sägen der Elektrizitätsabgabe und des Straßenbahnverkehrs nur mit dem Vorbehalte des jederzeitigen Widerrufsrechts erteilt wird. Die städtischen Behörden sollen jederzeit in der Lage sein, eine andere Festsetzung zu verlangen.

Nun haben wir bezüglich der Tariffäge für den Straßenbahnverkehr vollständig freie Hand bis auf absehbare Zukunft insofern, als wir nicht gebunden sind, irgendwelchen Anträgen der Straßeneisenbahngesellschaft wegen des Straßenbahntarifs folgen zu müssen; wir haben hier für Bewilligung, Ablehnung oder Festsetzung eines Mittelweges auch künftig volle Freiheit.

Eine gewisse Beschränkung in der Beschlußfassung und Festsetzung der städtischen Behörden ist allerdings wegen der Tariffäge für Elektrizitätsabgabe eingetreten, durch eine Verordnung der Reichsregierung vom 1. Februar d. J., die folgenden Inhalt hat: Wer auf Grund von Abmachungen, die vor Inkrafttreten der fraglichen Verordnung abgeschlossen sind, zur Lieferung von elektrischer Arbeit, von Gas oder Leitungswasser verpflichtet ist, kann Abänderung dieser Abmachungen, insbesondere Erhöhung der Lieferpreise verlangen, wenn und insofern infolge der Kriegsverhältnisse die Höhe der Selbstkosten seit der Zeit der letzten Preisvereinbarung so gewachsen ist, daß das Anwachsen bei Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes nicht vorauszu sehen war, und daß billigerweise die Tragung der Mehrkosten dem Lieferer allein nicht zugemutet werden kann. Die Beschränkung, die durch diese Verordnung für unsere Tariffestsetzung eingetreten ist, beruht also in folgendem: Die Straßeneisenbahngesellschaft hat das Recht, eine Erhöhung der Tariffäge zu fordern, wenn seit der letzten Preisfestsetzung ganz erhebliche Mehrkosten, insbesondere durch die Kriegsverhältnisse, entstanden sind, sie kann dadurch eine Erhöhung der Tariffäge erzwingen. Wie der Magistrat mit Recht annimmt, liegt dieser Fall hier vor. Seit der letzten Preisfestsetzung sind die Kohlenpreise und Löhne erheblich gestiegen. Nun sagt aber

die Verordnung weiter: Der betreffende Lieferer ist verpflichtet, zunächst mit demjenigen, der die Sätze genehmigt hat, wegen Einführung neuer, höherer Tariffätze eine Einigung herbeizuführen zu suchen. Das ist in diesem Falle geschehen; die Straßeneisenbahngesellschaft hat eine Einigung zu erzielen versucht, sagt nunmehr aber zu dem Antrage des Magistrats an die Stadtverordneten: Die Straßeneisenbahngesellschaft nimmt bezüglich der Sätze für die Stromabgabe diese Einigung nur als eine vorläufige an, nicht als eine Einigung im Sinne dieser Verordnung. Mit anderen Worten: Die Straßeneisenbahngesellschaft will sich die Möglichkeit offenhalten, daß sie im Wege des Schiedsgerichtes eine anderweitige Festsetzung herbeizuführen versucht. Nun aber sagt der Magistrat und mit ihm der Finanzausschuß: Wir haben den Spruch des Schiedsgerichtes nicht zu fürchten, vielmehr ist die Rechnungsaufmachung des Magistrats vollständig richtig. Der Finanzausschuß meint, es läge aller Grund dazu vor, daß man diese Einigung nicht als eine vorläufige betrachtet, sondern als eine Einigung im Sinne dieser Verordnung. Geht die Straßeneisenbahngesellschaft auf diese Einigung ein, so ist die Anrufung des Schiedsgerichts wegen anderweitiger Festsetzung ausgeschlossen. Es hat der Finanzausschuß den geehrten Herrschaften vorzuschlagen, man solle an die Genehmigung dieser beiden Tariffätze die Bedingung knüpfen, daß die Straßeneisenbahngesellschaft diese Einigung als eine solche im Sinne der Verordnung auffaßt. Dazu ist nach Meinung des Finanzausschusses die Straßeneisenbahngesellschaft um so mehr gehalten, weil nach dieser Verordnung die Straßeneisenbahngesellschaft nicht die ganzen Mehrkosten abzuwälzen in der Lage ist, sondern es sollen billigerweise diese Mehrkosten zu tragen nicht dem Lieferer allein zugemutet werden, er hat also sehr wohl an den Mehrkosten entsprechend mitzutragen, während zum großen Teil die Abnehmer, die Einwohner der Stadt Braunschweig, die Mehrkosten tragen sollen. Die Sätze, die vorgeschlagen werden, sind nach Meinung des Ausschusses ausreichend und zutreffend, so daß die Bedingung, die der Finanzausschuß zu stellen wünscht, wohl gerechtfertigt ist.

Ich wiederhole, daß diese Verordnung sich lediglich bezieht auf die Festsetzung der Tariffätze für elektrische Energie, nicht auch auf die Tariffätze für den Straßenbahnverkehr. In der letzten Beziehung haben wir völlig freie Hand, so daß wir die Sätze unabhängig von der Verordnung festsetzen können. Der Finanzausschuß sagt aber: Wir wollen auch die Genehmigung der Tariffätze für den Straßenbahnverkehr an die Bedingung knüpfen, daß die Straßeneisenbahngesellschaft die Einigung auf die Sätze wegen der Elektrizitätsabgabe als eine Einigung im Sinne der Verordnung der Reichsregierung auffaßt. Der Finanzausschuß stellt daher folgenden Antrag:

Die Sätze, die der Magistrat hier vorschlägt, mit den geringen Änderungen, die ich vorgetragen habe, gutzuheißen, aber die Genehmigung der beiden Tariffestsetzungen an die Bedingung zu knüpfen, daß die bezüglich der Elektrizitätsabgabe festgesetzten Tariffätze als eine Einigung im Sinne der Verordnung vom 1. Februar d. J. an-

geesehen werden sollen. — Ich habe namens des Finanzausschusses die Vorlage unter diesen Bedingungen zur Genehmigung zu empfehlen.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich halte den ausführlichen Bericht im wesentlichen für zutreffend. Das Zugeständnis, das von der Stadt gemacht werden soll, ist so weitgehend und belastet die Abnehmer von Strom für Licht und Kraft so schwer, daß wir die Bedingung, wie sie vom Finanzausschuß gewünscht wird, unbedingt an die Genehmigung knüpfen müssen. Wir haben nach Billigkeit versucht, dem Wunsche gerecht zu werden, den die Straßenbahn geäußert hat, der Teuerung einen Ausgleich gegenüber zu stellen. Mir ist zweifelhaft, ob das vom Magistrat Gebotene nicht viel zu weit geht, und zwar besonders deshalb, weil wir Zugeständnisse machen auf einem Gebiete, auf dem wir solche zu machen nicht verpflichtet sind, nämlich — wie auch der Herr Berichterstatter hervorgehoben hat — auf dem Gebiete der Straßenbahntarife, und weil wir dies getan haben, können wir verlangen, daß die Einigung bezüglich der Strompreise als eine Einigung im Sinne der gesetzlichen Verordnung angesehen wird. Ich nehme an, daß die Gesellschaft einsichtig genug ist, von diesem Unerbieten Gebrauch zu machen. Sie würde eine ungünstige Rechnung für sich befehen, wenn sie nicht in der Lage wäre, die Straßenbahntarife zu erhöhen, und was bei einem Schiedsgerichtsspruch herauskommen würde, weiß sie nicht. Ob sie dort sofort Entgegenkommen finden wird, ist die Frage, wenn ich auch nicht verkennen will, daß der Ausgang für beide Teile mit einem Wagnis verbunden ist. Derartigen ungewissen Entscheidungen begegnet man lieber durch Vertrag. Deshalb halte ich die Bedingung, die der Ausschuß vorgeschlagen hat, für unerläßlich. Beide Verträge dürfen nur als eine Einheit betrachtet werden. Die Straßeneisenbahngesellschaft darf nicht sagen: „Wir nehmen die Erhöhung der Tarife für die Straßenbahn an und gehen im übrigen einen anderen Weg.“ Sie kann nur beides zusammen erhalten oder sonst gar nichts.

Nur in dem einen Vorschlage möchte ich etwas von dem Herrn Berichterstatter abweichen, was mir erst nach den Ausschußverhandlungen zum Bewußtsein gekommen ist. Es ist beantragt, den neuen Tarif über den Stromverbrauch rückwirkend vom 1. Februar an in Kraft treten zu lassen und den für die Straßenbahn ab 1. März. Das letztere ist wohl ohne weiteres richtig, es scheint mir aber nicht angängig, den Tarif für Stromentnahme noch rückwirkend schon mit dem 1. Februar in Kraft treten zu lassen, und zwar schon vom privatrechtlichen Gesichtspunkte aus. Man kann doch den angeschlossenen Teilnehmern nicht zumuten, daß sie für den verflossenen Monat Strompreise bezahlen sollen, die ihnen im voraus nicht bekannt waren. Ein jeder Haushalt muß mit seinem Einkommen rechnen, und wenn er in Rücksicht auf die allgemeine Lage auch noch so sparsam mit Strom gewirtschaftet hat, so hätte er wohl noch mehr eingegriffen, wenn er gewußt hätte, daß der Strom so teuer war, wodurch er nicht unerheblich und manche Familie sogar hart getroffen würde. Deshalb halte ich es für

richtiger, auch diese Erhöhung erst vom 1. März an eintreten zu lassen. Eine rückwirkende Festsetzung können wir den Verbrauchern gegenüber nicht rechtfertigen. Wo wir im allgemeinen der Gesellschaft loyal entgegengekommen sind, wird hieran die Einigung nicht scheitern. Ich bitte, den Ausschußanträgen zuzustimmen, mit der Änderung, daß auch die Strompreiserhöhung erst vom 1. März ab eintritt.

Stadtv. Jahn: Herr Dr. Wolters hat ausgeführt, daß die Straßeneisenbahngesellschaft dazu übergehen will, die Doppelfahrtscheine zu beseitigen, und er hat ausgeführt, daß durch die Verwendung der Doppelfahrtscheine sich Unzuträglichkeiten ergeben haben. Ich möchte betonen, daß diese Unzuträglichkeiten mehr auf seiten der Verbraucher als auf seiten der Straßeneisenbahngesellschaft zu finden gewesen sind. Die Fahrgäste haben die Doppelfahrtscheine in die Tasche oder ins Portemonnaie gesteckt und haben sie sehr häufig verloren, so daß in vielen Fällen die zweite Fahrt auf diese Doppelfahrtscheine gar nicht gemacht ist. Ich glaube, daß es im dringenden Interesse der Benutzer der Straßenbahn liegt, daß diese Doppelfahrtscheine abgeschafft werden.

Sodann möchte ich die Frage anschneiden, ob es nicht ratsam wäre, der Straßeneisenbahngesellschaft unter die Hand zu geben, daß sie für ihre Fahrgäste mehr Fahrtscheinehefte zur Verfügung hält. Man kann dauernd nach ihnen fragen, immer sind keine zu haben, und auf diese Weise sind die Preise für die Fahrten in manchem Falle herausgeschraubt.

Ein fernerer Übelstand ist, daß die Fahrt von Wolfenbüttel nach Braunschweig sehr erschwert sein soll, da nur alle Stunde ein Wagen fährt, an der Bahn aber Hunderte von Personen sich aufstellen, um nach Braunschweig zu fahren, und dann nicht mitkommen. Wenn wir derartig höhere Preise zubilligen, ist es wohl geboten, im Interesse der Fahrgäste zu fordern, daß mindestens alle halbe Stunde, wenigstens Sonntags, ein Wagen nach Braunschweig und zurück fährt.

Stadtv. Frede: Wenn wir dem Beschlusse der Finanzkommission zustimmen, so tun wir das nicht in dem Gefühl, daß wir uns gegenüber der Straßenbahngesellschaft verpflichtet fühlen, denn die Straßeneisenbahngesellschaft hat immer verstanden, sich möglichst schadlos zu halten. Ich möchte mitteilen, daß es sich bei der Stromentnahme nicht um einen Aufschlag von 50 Proz. gegenüber dem früheren Preise handelt, sondern man kann mühelos nachrechnen, daß es 70 Proz. sind. Die Treppenhäuslampe z. B. hat ursprünglich laut Vertrag zwischen Hauseigentümer und Gesellschaft 90 S gekostet, seit dem 1. Oktober vorigen Jahres kostet die Lampe 1,10 M . Es sind jetzt allerdings Drahtlampen, aber auch bei Berücksichtigung dieses Umstandes ist der Preis teurer geworden. Dann ist bekanntlich die Warenumsatzsteuer am 1. Oktober 1916 eingeführt und am 1. August 1917 die Kohlensteuer, und die Stromverbraucher haben sofort auf ihren Rechnungen ein Mehr erscheinen sehen und sich davon überzeugen können, daß

die Gesellschaft bei der Abwälzung dieser Steuern sehr präzise vorgeht. Sowohl die Warenumsatzsteuer als auch die Kohlensteuer ist anteilig, d. h. im Verhältnis zum Stromverbrauch, abgewälzt. Nun ist uns mitgeteilt, daß am 1. Januar wiederum ein weiterer Zusatz erfolgt, und zwar nunmehr von $7\frac{1}{2}$ Proz. und von 9 Proz. Eine Erhöhung um 9 Proz., weil die Kohlenpreise erheblich höher geworden seien und die Kohlensteuer sich bemesse nach dem Preise der Kohlen, eine Erhöhung von $7\frac{1}{2}$ Proz. in Rücksicht auf die verteuerten Transporte der Kohlen. Das sind zusammengerechnet $66\frac{1}{2}$ Proz. Es sind 70 Proz., wenn wir auf die Verteuerungen blicken, die schon früher eingetreten sind.

Was Herr Dr. Jasper darüber sagte, daß die Erhöhung des Strompreises nicht rückwärts vom 1. Februar an gerechnet werden soll, ist mir sehr sympathisch; es fragt sich nur, ob nicht die Gesellschaft sagen kann, sie habe keine Schuld daran, daß den Abnehmern eine Mitteilung darüber so spät zugeht. Es haben schon früher Bestrebungen ihrerseits in dieser Richtung bestanden, aber sie seien ohne ihr Verschulden nicht zur Erledigung gekommen. Vielleicht kann der Herr Berichterstatter darauf Antwort geben.

Nun habe ich noch eine Anfrage zu stellen: Wie ist es mit den Fahrscheineften, die wir jetzt im Besitz haben? Werden sie ihre Gültigkeit über den 1. März hinaus behalten? (Zustimmung.)

Sodann möchte ich mich der Klage des Herrn Jahn anschließen. Wir müssen verlangen, daß bei der namhaften Heraussetzung des Fahrpreises eine Verbesserung der Fahrgelegenheit nicht nur auf der Strecke Wolfenbüttel—Braunschweig, sondern auch in der Stadt eintritt. Ich denke da besonders an die Linie 7, die nur einen 12-Minutenverkehr und niemals einen Anhängewagen hat. Es ist schrecklich anzusehen, wie diese Wagen vollgestopft sind, weil der Zeit nach auf dieser Strecke nur eine solch geringe Verkehrsgelegenheit gegeben ist und keine Anhängewagen vorgesehen sind. Einen Antrag will ich nicht stellen, möchte aber öffentlich den Wunsch aussprechen, der an mich gerichtet ist, daß hier in der einen oder anderen Weise Wandel geschaffen werden möge.

Herr Stadtv. Munte übernimmt den Vorsitz.

Stadtbaurat Gebensleben: Es könnte dem Magistrat zum Vorwurf gemacht werden, daß er nicht von vornherein auf den Gedanken gekommen ist, der bei der Beratung im Finanzausschuß zutage getreten ist. Der Finanzausschuß hat bekanntlich den Vorschlägen des Magistrats in allen Punkten zugestimmt, nur hat er die Bedingung daran geknüpft, daß die Straßeneisenbahngesellschaft die Vereinbarung, wie sie erzielt werden soll, als eine Einigung im Sinne der Reichsverordnung vom 1. Februar d. J. ansieht. Ich möchte dazu bemerken, daß wir selbstverständlich auch auf dieser Grundlage mit der Straßeneisenbahngesellschaft verhandelt haben, daß aber

die Strasseneisenbahngesellschaft dieses Ansinnen glatt abgelehnt hat. Was bei Aufrechterhaltung dieser Forderung folgt, läßt sich heute noch nicht übersehen. Wir werden den Beschluß der Strasseneisenbahngesellschaft sofort mitteilen und wollen hoffen, daß sie ihren Widerstand, den sie uns bis jetzt entgegengesetzt hat, nunmehr fallen läßt.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um auf die verschiedenen Anfragen, die noch gestellt sind, zu antworten.

Herr Stadtv. Jahns hat bemängelt, daß in der letzten Zeit so außerordentlich wenig Fahrscheinefte ausgegeben worden sind. Auch mir ist das aufgefallen, und ich habe den Straßenbahndirektor ersucht, Abhilfe zu schaffen. Er hat mir allerdings entgegengehalten, daß eine große Menge Fahrscheinefte ausgegeben seien, daß aber, als bekannt geworden sei, daß demnächst die Fahrpreise der Straßenbahn erhöht werden sollten, eine unheimliche Hamsterei in Fahrscheineften eingesetzt habe. Man habe gekauft, ob man auf der Fahrt begriffen gewesen sei oder nicht; bei jeder Gelegenheit seien Fahrscheinefte gekauft, um sich Vorrat zu beschaffen und für die Zeit über den 1. März hinaus zu den alten Fahrpreisen noch fahren zu können. Wenn das so ist, dann kann man allerdings der Strasseneisenbahngesellschaft es nicht verdenken, daß sie dieser Hamsterei einen gewissen Einhalt zu tun versuchte. Aber auf mein dringendes Ersuchen hin hat man den Verkauf der Fahrscheinefte doch nicht ganz eingestellt, sondern hat — wie mir erst vor einigen Tagen mitgeteilt ist — die Schaffner angewiesen, jedem, der es wünscht, ein Fahrscheineft zu verkaufen, allerdings nur an Fahrgäste, nicht an solche, die sich nur an den Haltestellen einstellen und kaufen wollten.

Herr Stadtv. Jahns hat ferner bemängelt, daß außerordentlich wenig Wagen auf der Wolfenbütteler Linie verkehren, und ebenso wurde von Herrn Frede bemängelt, daß auf der Linie 7 ein so geringer Wagenverkehr sei. Meine verehrten Damen und Herren! Das ist auch dem Stadtmagistrat nicht unbekannt geblieben, und es haben über diese Sachen seit Monaten Verhandlungen stattgefunden. Hier in Braunschweig wie auch in Hannover und den übrigen Städten ist der Strasseneisenbahn vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung genau vorgeschrieben, wieviel Wagenkilometer gefahren werden dürfen und wieviel Strom im Monat gebraucht werden darf. Es wird genaue Kontrolle darüber geführt, ob gegen diese Vorschriften gesündigt wird. Es sind auch die Fahrpläne genau vorgeschrieben, insbesondere auch für die Linie nach Wolfenbüttel. Es hat sich leider trotz des Widerspruches, den wir erhoben haben, eine Besserung nicht herbeiführen lassen. Ich erinnere daran, daß vor einigen Monaten der frühere Stadtv. Lauer den Antrag gestellt hatte, es möchte auf der Friedhofslinie der Betrieb bis zum Friedhofe wieder aufgenommen werden. Wir sind deswegen beim Reichskohlenkommissar energisch vorstellig geworden, und es war auch ein Vertreter dieses Herrn hier, der die Sache geprüft hat — leider aber ist auch dieser Antrag abgelehnt worden.

Schließlich möchte ich noch eine Bemerkung des Herrn Stadtv. Frede richtigstellen. Er hat erwähnt, es würden alle möglichen Steuern beim Stromverbrauch erhoben, Umsatzsteuer und Kohlensteuer. Ich möchte bemerken, daß diese beiden Steuern mit Recht von der Straßeneisenbahngesellschaft eingezogen werden; aber Herr Frede befindet sich bezüglich dieser Steuern doch im Irrtum; denn er hat neben der Kohlensteuer noch von einem Zuschlage von 9 Proz. gesprochen. Soweit ich ihn verstanden habe, soll dieser Zuschlag erhoben werden, weil die Kohlen teurer geworden seien. Allerdings trifft es zu, daß vom Januar an ein prozentualer Zuschlag auf den Stromverbrauch erhoben wird, und zwar auf Grund eines Beschlusses, den Sie hier in der Stadtverordnetenversammlung gefaßt haben. Die Straßeneisenbahngesellschaft war in ärgster Verlegenheit, wie sie die nötigen Kohlen heranschaffen sollte, und da haben wir ihr zugestanden, daß sie dann, wenn sie mit Lastkraftwagen von der Grube Viktoria bis nach Bahnhof Hötensleben der Braunschweig-Schöninger Eisenbahn die Kohlen befördern läßt, die erhöhten Kosten prozentualiter auf die Stromrechnungen aufschlagen dürfte. Dieser Zuschlag macht für den Monat Januar $7\frac{1}{2}$ Proz. aus. Herr Frede hat jedenfalls davon gehört, weiß nun aber nicht, wohin er es bringen soll. Es liegt wahrscheinlich eine Verwechslung vor, denn es handelt sich um einen Zuschlag, den die Stadtverordneten gutgeheißen haben. Übrigens wird dieser Zuschlag für den Automobilbetrieb in Wegfall kommen von dem Augenblicke an, wo die jetzt zu bewilligenden Strompreiserhöhungen in Kraft treten, also mit dem 1. Februar, wenn Sie den Vorschlägen des Magistrats zustimmen, und mit dem 1. März, wenn der Vorschlag des Herrn Stadtv. Dr. Jasper angenommen wird.

Stadtv. Dr. Wolters: Zunächst wegen der Doppelfahrtscheine einige Bemerkungen. Ich empfehle den geehrten Herrschaften, darauf einzugehen, daß sie weggfallen, wie ich vorhin schon beantragt habe. Es macht das für den Fahrgast keine Nachteile aus; ein Nachteil könnte es höchstens sein, daß man beim Kauf eines Fahrtscheineheftes für 10 Fahrten gleich 1,50 M anwenden muß, während man sonst mit 30 S für den Doppelfahrtschein abkommen würde. Der Preis der einzelnen Fahrt ist aber bei beiden Arten Fahrtscheinen derselbe. Im übrigen muß ich sagen, daß nicht allein die Verbraucher die Unannehmlichkeiten der Doppelfahrtscheine empfunden haben, sondern viel mehr noch die Schaffner und Schaffnerinnen. Diese haben sich der Straßeneisenbahngesellschaft gegenüber sehr energisch dafür ins Zeug gelegt, daß die Doppelfahrtscheine fortfallen möchten. Ich darf wohl einen Brief verlesen, den die Straßeneisenbahngesellschaft an den Magistrat gerichtet hat. Der Brief ist in etwas lebhaften Farben gehalten, aber ich möchte ihn doch vortragen, um zu zeigen, wie groß das Interesse des Fahrpersonals an der Sache ist:

„Das Fahrpersonal hat in einer Versammlung in der vorigen Woche beschlossen, wegen der zahlreichen Auseinandersetzungen mit den Fahrgästen und mehrfachen

Betrugsversuche die Aufhebung der Doppelfahrtscheine zu beantragen und falls der Antrag abgelehnt wird, in den Ausstand zu treten.“ (So scharf ist das Personal angeblich aufgetreten; ob im Briefe die Farbe etwas stark aufgetragen ist, weiß ich nicht.) „Wir müssen zu dem Beschlusse unseres Fahrpersonals mitteilen, daß allerdings die Doppelfahrtscheine zu zahlreichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Fahrgästen und Schaffnern und zu vielen Beschwerden der Fahrgäste bei uns Veranlassung gegeben haben. Die Ursache ist, daß sehr leicht die Schaffner sich bei der Entwertung des Doppelscheins versehen, und daß dann die Fahrtscheine bei der zweiten Fahrt nicht mehr als gültig anerkannt werden. Einige unerfahrene Schaffner und Schaffnerinnen haben sich in der ersten Zeit bewegen lassen, die falsch entwerteten Fahrtscheine anzunehmen, und daraus sind wiederholt Betrugsversuche entstanden, indem einzelne Fahrgäste, namentlich halbwüchsige Jungen, behaupten, der Fahrtschein sei erst vor ein paar Tagen gekauft und falsch entwertet worden. Diese Unannehmlichkeiten werden begünstigt durch die Umsteigeberechtigung, welche in Braunschweig den Doppelfahrtscheinen zugestanden ist. Die Abneigung der Schaffner gegen die Doppelfahrtscheine ist also erklärlich, und da in dem von uns jetzt beantragten Tarif ein Preisunterschied zwischen den Fahrten auf Doppelfahrtschein und Pestsfahrtscheinen nicht mehr besteht, so glauben wir, daß auch kein Bedenken besteht, die Doppelfahrtscheine ganz abzuschaffen.“

Ich glaube, daß nach allen Richtungen dieser Antrag des Magistrats und die Zustimmung der Kommission dazu als berechtigt anerkannt werden kann.

Sodann möchte ich mir zu der Frage, ob rückläufig bis zum 1. Februar der Strassenbahnengesellschaft der erhöhte Tarif für Strom zugestanden werden soll, einige Bemerkungen erlauben. Wir hatten schon vor vierzehn Tagen und, wenn ich nicht irre, auch vor vier Wochen im Finanzausschuß denselben Antrag der Strassenbahnengesellschaft zu behandeln, denn er war bereits im Januar, sogar schon im Vorjahre gestellt. Wir haben aber aus einer formellen Ursache heraus diese Frage nicht behandelt, und zwar, wie ich glaube, nicht ganz nach dem Wunsche des Magistrats. Wir hatten die Absicht, diese Angelegenheit zu verquicken mit der Frage der Vergesellschaftung oder Übernahme des Lichtwerks durch die Stadt, und glaubten, daß wir die eine ohne die andere Angelegenheit nicht erledigen könnten, und auf unsere Veranlassung hin hat man die Sache etwas ruhen lassen. Die Anträge der Strassenbahnengesellschaft sind alt, auch das Schreiben des Magistrats ist alt. Es ist für die Stadtgemeinde recht gut, daß die Trennung durchgeführt ist und wir nun erst diese Angelegenheit und dann die andere erledigen. Aus diesem von mir angeführten Wunsche ist wohl der Grund zu erkennen, daß man an die Vorlage erst jetzt herantritt. Ich möchte deshalb aus Billigkeitsrücksichten empfehlen, daß man dem Antrage des Magistrats und dem zustimmenden Antrage des Finanzausschusses folgt, den Tarif für die Elektrizitätsabgabe rückläufig vom 1. Februar an gelten zu lassen.

Dann die Frage der Bedingungsstellung, die Herr Dr. Jasper berührte. Er hat mit seinen Ausführungen darüber vollständig recht, und ich kann also auch im Einverständnis mit ihm die im Finanzausschuß geäußerte Meinung aufrechterhalten. Wir können einen Schiedsgerichtsspruch riskieren. Es soll nicht allein der Lieferer die Mehrkosten tragen; ganz ausdrücklich sagt die Verordnung, oder es steht wenigstens zwischen den Zeilen, daß auch der Lieferer einen Teil der Mehrkosten mit übernehmen soll. Es ist das Risiko eines Schiedspruches für die Straheneisenbahngesellschaft mindestens ebenso groß wie für uns. Ich möchte die Genehmigung der vom Finanzausschuß gestellten Bedingung nochmals befürworten.

Ich nehme als selbstverständlich an, daß, falls durch eine abweichende Erklärung der Straheneisenbahngesellschaft gegenüber dieser Bedingung der Stadtverordnetenversammlung die Verhandlungen sich hinausziehen, damit auch der Zeitpunkt des Beginns der Erhöhungen sich verschiebt, so daß dann erst am 1. April die neuen Festsetzungen in Kraft treten können.

Bezüglich der alten Fahrscheinefte möchte ich bemerken, daß sicher die zu dem bisherigen Fahrpreise ausgegebenen Fahrscheine auch im Monat März zu dem neuen Preise in genügendem Umfange zur Verfügung stehen müssen, und kann es nur bestätigen, wenn von einigen Herrschaften hier gesagt ist, daß mit der Ausgabe in der letzten Zeit wenig freigebig verfahren ist. Um so mehr möchte ich dem berechtigten Wunsche der Versammlung zustimmen, daß diese Fahrscheinefte auch im März in genügender Anzahl zur Verfügung gestellt werden.

Stadtv. Wilh. Riefe übernimmt den Vorsitz wieder.

Stadtv. Rönneburg: Wir sind mit dem Beschluß des Finanzausschusses einverstanden und werden ihm zustimmen. Ebenso erscheint uns der Antrag Jasper gerechtfertigt, auch ihm werden wir zustimmen.

Im Interesse der Anwohner des Stein- und Magnitorbezirks möchte ich die Wünsche unterstützen, die Herr Frede bezüglich der unglückseligen Linie 7 vorgebracht hat. Auch die Linie 4 gehört dazu und ebenso der alte Wunsch, daß endlich wieder die Straßenbahn bis ganz zum Friedhofe hinausgeführt wird. Wenn Herr Stadtbaurat Gebensleben dazu sagt, daß der Straheneisenbahngesellschaft genau vorgeschrieben ist, wieviel Motor- und Anhängewagen fahren dürfen, so möchte ich fragen, warum darf sie gerade auf den Linien 4 und 7 nicht mehr Wagen einstellen? Warum hilft sie sich nicht dadurch, daß sie den verhältnismäßig großen Stromverbrauch auf der Linie 6 einschränkt? (Sehr richtig!) Es wäre angebracht, auch einmal mit den Linien, die bisher immer stiefmütterlich behandelt sind, Erbarmen zu haben. Die Bewohner der dortigen Bezirke bieten keinen Grund zu schlechterer Behandlung. Es wäre höchste Zeit, daß sich die Verhältnisse für die Linien 4 und 7 einmal ändern.

Im übrigen scheint mir die Sache genügend behandelt zu sein. Es nützt alles Neden nichts, wir müssen in den sauren Apfel hineinbeißen. Ich möchte bitten, die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen und beantrage Schluß der Debatte.

Vorsitzender: Ich habe geschäftsordnungsmäßig Bedenken gegen diesen Antrag insofern, als der Herr Vorredner eben erst als Debatteredner aufgetreten ist und danach versucht hat, die übrige Debatte durch seinen Schlußantrag abzuschneiden. Das ist sonst wohl allgemein nicht üblich. Herr Könneburg ist wohl so freundlich und nimmt seinen Antrag zurück.

Stadtv. Könneburg: Ich bitte, meinen Antrag als nicht gestellt anzusehen, und bitte zugleich um Entschuldigung, daß ich nicht auf geschäftsordnungsmäßig üblichem Wege verfahren bin. Ich ziehe also meinen Antrag zurück.

Stadtv. Frede: Bei Schluß der Debatte würde ich nicht in der Lage gewesen sein, das zu erwidern, was auf die Ausführung des Herrn Stadtbaurats Gebensleben nötig ist. Herr Stadtbaurat Gebensleben sagte: Herr Frede hat etwas gehört und wußte nicht, wohin er es bringen sollte. Herr Stadtbaurat Gebensleben drückt sich sonst vorsichtiger aus, und meine Art ist es nicht, etwas zu behaupten, was ich nicht beweisen kann. Ich bin in der Lage, dem Herrn Stadtbaurat den Brief der Straßeneisenbahngesellschaft vorzuweisen, der den Abnehmern zugestellt ist, und in dem in dürren Worten gesagt ist, daß vom 1. Januar ab 9 Proz. für Kohlensteuer und $7\frac{1}{2}$ Proz. für verteuerten Kohlentransport berechnet werden. Sollte es so sein, daß der Zuschlag für die Autobeförderung erhoben wird, so könnten wir erwarten, daß, wie in dem Begleitschreiben gesagt ist, mit dem Inkrafttreten des neuen Tarifs der Aufschlag wieder in Fortfall kommt. Jedenfalls ist in dem Schreiben der Straßeneisenbahngesellschaft von einem Notstande keine Rede. Es ist mir die Erhöhung vorgestern mündlich mitgeteilt und heute von Herrn Direktor Salsfeld schriftlich.

Stadtbaurat Gebensleben: Das Vorgehen der Straßeneisenbahngesellschaft in diesem Falle halte ich nicht für richtig. Wir haben der Gesellschaft seinerzeit zugestanden, daß Zuschläge für den Automobilverkehr nur in derjenigen Höhe gemacht werden dürfen, die vom Magistrat als richtig anerkannt wird. Soweit ich weiß, ist der Straßeneisenbahngesellschaft erst heute unser Brief zugestellt, in dem wir erklärt haben, daß — genau, wie die Straßeneisenbahngesellschaft beantragt hat — für den Automobilverkehr ein Zuschlag von $7\frac{1}{2}$ Proz. für den Januar erhoben werden dürfe. Aus diesem Grunde würde ich es begrüßen, wenn Herr Frede zu mir käme und mir seinen Beleg zur Einsicht übergeben wollte.

Stadtv. Meißner: Ich glaube, die Angelegenheit ist nun genügend geklärt, ich bitte, die Debatte zu schließen und beantrage Schluß der Aussprache.

Stadtv. Kiefe I (zur Geschäftsordnung): Gewiß ist lange genug über die Sache geredet, aber die Sache ist auch wichtig genug, daß wir uns darüber ausgiebig aussprechen. Wenn wir alle auch den Anträgen zustimmen, so kann ich erklären, daß wir das doch nicht freudig tun. Wir alle stimmen nur aus Verständnis dafür zu, daß es keinen anderen Weg gibt, um aus der Skalamität herauszukommen. Darauf können wir uns gefaßt machen: Alle, die elektrische Energie gebrauchen und von diesen Erhöhungen betroffen werden, sind nicht davon erbaut.

Vorsitzender: Das war weniger zur Geschäftsordnung gesprochen als eine ausführliche Erklärung.

Dem Antrage des Finanzausschusses auf Zustimmung zu den beiden erhöhten Tariffätzen mit der darangeknüpften Bedingung und dem Wegfall der Doppelfahrscheine stimmt die Versammlung zu. Der dem Magistratsantrage entsprechende Antrag der Finanzkommission über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Erhöhung wird abgelehnt, der diesbezügliche Antrag Jasper (1. März für beide Tarife) anscheinend einstimmig angenommen.

Vorsitzender: Ich stelle noch fest, daß allgemein gewünscht wurde, daß in Zukunft so viel Fahrscheine von der Straheneisenbahngesellschaft zum Verkauf bereitgehalten werden, wie es dem Bedarf des Publikums entspricht. Ich glaube, der Magistrat wird diesen Wunsch bei seiner Antwort an die Straheneisenbahngesellschaft mit in Erwähnung ziehen.

15. Bewilligung von Mitteln für Notstandsarbeiten.

Stadtv. Meyerhoff: An den Magistrat ist unter dem 27. Januar d. J. ein von vom 19. Januar 1910 datiertes Schreiben des Demobilisierungskommissars, Herrn Regierungsrat Spammuth eingegangen, das folgendermaßen lautet:

„Die in dem Schreiben vom 31. Dezember 1918 gegebene Auskunft läßt nicht ersehen, welches ausführliche und ausgiebige Programm für Notstandsarbeiten sich die Stadt Braunschweig gemacht hat. Die bis jetzt tatsächlich in Angriff genommenen Notstandsarbeiten, wie sie im genannten Schreiben erwähnt sind, stellen sich dem Umfange nach, insbesondere im Vergleich der dabei zu beschäftigenden ungelehrten Erwerbslosen zu der Zahl der schon jetzt vorhandenen Erwerbslosen, als sehr belanglos dar. Dazu kommt, daß voraussichtlich und leider so gut wie sicher mit einem erheblichen Anschwellen der Zahl der Arbeitslosen gerechnet werden muß.

Es ist die zurzeit wichtigste Aufgabe der Stadt, diese Arbeitslosen zu beschäftigen. Die beste und wirksamste Erwerbslosenfürsorge wird stets die Schaffung von Arbeits-

gelegenheit sein. Gelingt es der Stadt, wenn auch unter Übernahme eines finanziellen Risikos, in dieser Beziehung wesentliche und nachhaltige Arbeit zu leisten, so wird sie der dringendsten Aufgabe der Gegenwart weit besser gerecht, als wenn sie sich lediglich auf die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung beschränkt. Dazu kommt, daß sie diese erspart, wenn sie den Erwerbslosen auf eine nach den Vorschriften der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge für sie ausreichende Arbeitsgelegenheit verweisen kann.

Nach der jetzigen wirtschaftlichen Lage und in Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die die jetzt nicht abzuwendenden Friedensbedingungen dem wirtschaftlichen Aufschwunge voraussichtlich entgegenstellen werden, und da auch mit einem Gelingen des Heraus-schaffens der Erwerbslosen auf das Land in großem Umfange nach den bisherigen Erfahrungen keinesfalls sicher gerechnet werden kann, wird mit einer längeren Dauer der Erwerbslosigkeit leider zu rechnen sein. Es wird daher der Stadt nicht erspart werden können, alsbald unter Außerachtlassung von nach friedenswirtschaftlich berechtigten finanziellen Bedenken ein umfangreiches Notstandsprogramm zu entwerfen, sofern nicht etwa dies, wie ich allerdings annehme, bereits inzwischen geschehen sein sollte.

Ich ersuche, mir Abschrift und nähere Erläuterung dieses Programms schleunig zukommen zu lassen. Aus letzterer wird insbesondere die voraussichtliche Möglichkeit der Beschäftigung ungelernter Erwerbsloser nach Zahl, Arbeitsbeginn und Arbeitsdauer ersichtlich sein müssen.

Ich ersuche ferner, Abschriften dieses Schreibens den Stadtverordneten und den Mitgliedern des Demobilisierungsausschusses für Erwerbslosenfürsorge und für Notstandsarbeiten alsbald in meinem Namen zur Kenntnisnahme zuzuleiten. Der Demobilisierungskommissar I (für Erwerbslosenvermittlung und für Erwerbslosenfürsorge) erhält Abschrift unmittelbar.

Geehrte Anwesende! Ich kann Ihnen als Antwort auf dieses Schreiben mitteilen, daß heute schon ein näheres Arbeitsprogramm für Notstandsarbeiten vorliegt. Wir haben uns mit derselben Angelegenheit ja schon in einer früheren Sitzung beschäftigt, und auch damals sind bedeutende Mittel bewilligt. Mit diesen zusammen werden für Notstandsarbeiten angefordert im ganzen 979 300 M., die schon früher bewilligte Summe beträgt 233 000 M. Außerdem ist noch eine kleine Summe zu bewilligen für ein Unternehmen, das auch als Notstandsarbeit aufzufassen ist. Sie sehen daraus, daß dem Notstand entgegengetreten wird, soweit es der Stadt möglich ist.

Von dem Hochbauamte werden durch die in Aussicht genommenen Arbeiten 180 bis 190 Arbeitskräfte 7,8 Wochen lang Arbeitsgelegenheit haben. Es ist dafür eine Summe von 329 800 M. ausgesetzt.

Vom Tiefbauamte (Kanalbauabteilung) werden 196 Arbeiter 8,7 Wochen lang beschäftigt werden können, und sind dafür 247 900 M. bestimmt.

Ferner sind vom Tiefbauamte (Straßenbauabteilung) Pflasterungsarbeiten und Schotterarbeiten in Aussicht genommen, z. B. auf der Weberstraße, auf dem Platz an

der Martinikirche, Gichtalstraße, Ludwigstraße usw. und dafür 401 600 *M* ausgeworfen. Durch diese Arbeiten werden 336 Arbeiter 7,8 Wochen lang beschäftigt werden können.

Es liegt nun an uns, die fraglichen Summen zu bewilligen. Soll ich Ihnen genau anführen, was nachzubewilligen ist? (Ablehnung.) Ich glaube auch, wir können es in dem Rahmen machen, daß wir zusammen mit der früher bewilligten Summe heute die Gesamtsumme von 979 300 *M* für diese Notstandsarbeiten bewilligen. Ich bin aber auch gern bereit, die einzelnen Posten zu verlesen. (Zuruf: Summarisch!)

Die Kostenanschläge sind geprüft, soweit sich die Prüfung eben vornehmen läßt, und der Bauausschuß gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Dem Herrn Demobilmachungskommissar wird über die bewilligte Summe Nachricht zugehen. Soweit ich informiert bin, liegt es nicht an der Stadt, daß die Arbeiten nicht schon in Angriff genommen werden konnten, da erst Vorarbeiten dafür nötig waren, z. B. sind Holzfällungen vorzunehmen, Zementwaren herzustellen usw. Auch die Vorarbeiten eines Schulgartens, die uns vor längerer Zeit beschäftigt haben, sind im Gange.

Ich empfehle Annahme der Vorlage.

Stadtbourat Gebensleben: Eigentlich hätte ich den Ausführungen des Herrn Berichterstatters nichts hinzuzufügen, nur ein paar Bemerkungen möchte ich mir noch erlauben. In einer neulichen Sitzung des Landtages hat der Demobilmachungskommissar für Notstandsarbeiten — so schien es mir wenigstens — dem Stadtmagistrat einen Vorwurf zu machen versucht deswegen, weil er nicht sofort auf sein Ersuchen vom 19. Januar, das übrigens erst am 27. Januar mit unserem Eingangsstempel versehen ist, ein größeres Notstandsarbeitsprogramm entworfen und ihm eingereicht hätte. Heute schreiben wir den 27. Februar. Es hat also nur einen Monat gedauert, bis das umfangreiche Programm beim Magistrat ausgearbeitet und zur Beschlußfassung Ihnen vorgelegt ist. Sie haben gesehen, daß es sich um sehr umfangreiche Projekte im Gesamtbetrage von etwa 1 Million handelt. Einige Dutzend Kostenanschläge mußten dafür aufgestellt werden. Die ganze Sache ist so verlaufen: nachdem das Ersuchen des Demobilmachungskommissars bei uns eingelaufen war, ist das Tiefbauamt und Hochbauamt vom Magistrat aufgefordert, generelle Vorschläge zu machen. Darüber sind nur wenige Tage ins Land gegangen. Am 7. Februar, vor nicht ganz drei Wochen, hat der Demobilmachungsunterausschuß für Notstandsarbeiten getagt, und in einer sehr langen Sitzung ist dort eingehend besprochen, welche Bauten in das Programm endgültig aufgenommen werden sollten. Selbstverständlich mußte darauf erst noch eine eingehende Veranschlagung der Kosten für diese vielen Projekte erfolgen, und ich muß sagen: Sowohl das Hochbauamt wie das Tiefbauamt hat in diesem Falle außerordentlich schnell gearbeitet, denn es hat nur ungefähr zehn Tage gedauert, bis das umfangreiche Programm dem Magistrat vorgelegt ist; und darauf haben wir schleunigst

diese Sache den Stadtverordneten unterbreitet. Ich bitte, daraus zu ersehen, daß in diesem Falle nicht langsam, sondern äußerst schnell gearbeitet ist. (Sehr richtig!)

Es wird die geehrten Damen und Herren interessieren, bei dieser Gelegenheit zu erfahren, daß schon verschiedene Notstandsarbeiten, die wir früher beschlossen hatten, in Gang gebracht sind. Sie wollen vielleicht auch heute von mir erfahren, wieviel Leute zurzeit bei diesen verschiedenen Arbeiten beschäftigt sind. Das sind folgende:

Straßenbauten	10	Arbeitskräfte,
Holzfällen in der Buchhorst und Wendhausen	31	"
Holzerkleinerung auf dem Lagerplatz	16	"
Kohlentransport	4	"
Straßenreinigung	25	"
Arbeiten im Bürgerpark	27	"
Arbeiten zum Schulgarten	30	"
Kanalisationsarbeiten	48	"

Das macht zusammen 191 Arbeitslose, die wir eingestellt haben. Außerdem werden noch von verschiedenen Firmen Arbeitslose bei städtischen Aufträgen beschäftigt, z. B. in den verschiedenen Zementwarenfabriken arbeiten noch etwa 80 Mann, so daß durch uns zwischen 200 und 300 Mann beim Tiefbau beschäftigt werden. Es ist immerhin schon jetzt eine ganz erhebliche Zahl von Arbeiten im Gange, in kürzerer Zeit aber werden noch mehr Leute von uns beschäftigt werden können. Heute haben wir mit den Arbeiten in der Kaserne an der Korjesstraße begonnen; es wird dort mit Hochdruck gearbeitet, so daß die Wohnungen bis zum 1. April noch hergestellt werden. Dort finden viele gelernte und ungelernte, etwa 150 Arbeiter Beschäftigung. Dann beschäftigt das Hochbauamt noch eine größere Anzahl Maler, Dachdecker, Klempner u. dgl.; und schließlich sind in der städtischen Dörranlage etwa 30 Arbeitslose tätig.

Nur ein Mißstand hat sich bis jetzt herausgestellt, nämlich daß leider die Arbeitslosen nicht in der Zahl zur Arbeit erschienen sind, die angefordert war. Das Tiefbauamt hat eine Zusammenstellung gemacht, aus der hervorgeht, daß bislang 118 Mann, trotz Aufforderung, nicht zur Arbeit erschienen sind oder nach wenigen Tagen die Arbeit niedergelegt haben. Das ist nicht gerade ein erfreuliches Zeichen, weil dadurch die Förderung der Arbeiten sehr gehemmt wird. Wir wollen hoffen, daß dies nur eine vorübergehende Erscheinung ist, und daß die Leute in Zukunft recht arbeitsfreudig zur Arbeit kommen.

Stadtv. Ginert: Meine Damen und Herren! Es ist erfreulich, daß für die nächsten Wochen für Arbeit gesorgt ist. Wir können aber sicher sein, daß wir auf noch viel weiter hinaus durch diese Notstandsarbeiten helfen müssen, und deshalb möchte ich dem Stadtmagistrat anheimgeben, den Bau eines Schwimmbades mit in die Wege zu leiten, wofür schon seit langen Jahren durch Herrn Stadtrat Jüdel ein Teil der Kosten be-

reitzgestellt ist. Ich bin überzeugt, daß es bei einer Stadt wie Braunschweig mit annähernd 150 000 Einwohnern endlich einmal nötig erscheint, an den Bau eines großzügigen Schwimmbades mit zugehörigen anderen Bädern heranzugehen. Das Geld dafür wird in allerbesten Weise angelegt sein.

Stadtv. Dr. Jasper: In den Streit wegen der Schuld an der Verlangsamung in der Inangriffnahme der Notstandsarbeiten, ob es an dem bisherigen Kommissar oder am Stadtmagistrat liegt, will ich mich nicht einmischen. Es steht fest, daß die Zahl der Arbeitslosen groß und die Not nicht gering ist. Dieser Zahl der Arbeitslosen gegenüber will die Zahl, die der Herr Stadtbaurat vorgeführt hat, wenig sagen. Wenn von 4000 und mehr Arbeitslosen die Rede ist, dann bedeuten $191 + 80$, oder rund 300 durch die Stadt Beschäftigte nicht viel, und es ist dringend zu wünschen, daß die intensive Arbeit, die bei den vorgeführten Kostenanschlägen anzuerkennen ist, auch in der Zukunft nicht aufhört, sondern eifrig fortgesetzt wird, denn wir hatten früher Arbeiten genehmigt, die aber nicht in Angriff genommen sind. Es sind ihnen Hindernisse, die in natürlichen Verhältnissen begründet waren, entgegengetreten; aber ich denke, der Frost ist jetzt wohl beseitigt — nicht nur in der Natur, sondern auch bildlich genommen. In erster Linie verlangen die Arbeitslosen Arbeit, und darin werden wir einig sein, daß wir den Magistrat bitten, die Arbeiten, die beschlossen sind, möglichst bald ausführen zu lassen. Hoffentlich bleiben dann auch die übeln Erfahrungen aus, von denen der Herr Stadtbaurat berichtet hat, daß man rief, aber die Arbeitslosen nicht kamen. Die Mehrheit derselben wird willig kommen, wenn angemessene Arbeitsbedingungen bewilligt werden, wie ich das bei den Arbeiten, die von der Stadt ausgegeben werden, als selbstverständlich voraussetze.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich kann nur erklären, daß ich durch die eben gemachte Mitteilung meines Kollegen Lebensleben im höchsten Grade überrascht bin. Ich habe verschiedentlich mit dem Ausschuß der Arbeitslosen verhandelt und habe die Überzeugung gewonnen, daß der großen Mehrzahl der Arbeitslosen daran gelegen ist, nicht unterstützt zu werden, sondern Arbeit zu erhalten, und es hat mich gefreut, diese Erklärung von den Betreffenden zu hören, mag auch der eine oder der andere anders denken — das kann ich nicht wissen. Der Magistrat ist der Ansicht: Es hilft bei dieser Not nur eins: Wir müssen Arbeit schaffen, auch wenn es der Stadt viel Geld kostet. Wir haben uns bemüht, Arbeit zu schaffen, aber eins ist sicher: für 4000 Personen Arbeit zu schaffen, ist der Stadt unmöglich. Es müssen doch für die Fabriken erst Rohstoffe herangeschafft werden, denn zum großen Teil handelt es sich bei den Arbeitslosen um Leute, die gewohnt sind, in geschlossenen Räumen zu arbeiten, und es mag wohl dem einen oder anderen schwer ankommen, draußen zu arbeiten, wenigstens in solchem Wetter, wie es bisher in diesem Jahre herrschte. Zum großen Teil wird es

sich bei den städtischen Arbeiten nur um Bau- und Straßenarbeiten handeln. Wir hätten ja auch gern Hochbauarbeiten in Angriff genommen, leider aber fehlt das Baumaterial dazu, und das stört uns sehr. Ich würde keine Bedenken getragen haben, Ihnen heute womöglich im Namen des Magistrats die Vorlage über die Stadthalle zu unterbreiten. Herr Einert hat zwar erklärt, es müßte zunächst ein Schwimmbad gebaut werden, aber der Magistrat steht auf einem anderen Standpunkte. Wir erkennen die Bedeutung eines Schwimmbades, welches das ganze Jahr hindurch benutzt werden kann, voll an, sind aber der Ansicht, daß bei der augenblicklichen Saalnot in Braunschweig geradezu unwürdige Zustände entstanden sind, und halten es für nötig, den Gedanken unseres verstorbenen Kollegen Jüdel, der ihn bei seiner großen Stiftung für die Stadt geleitet hat, in die Tat umzusetzen und dem Bau der Stadthalle näherzutreten. Es wäre mir allerdings lieb, wenn die Stadtverordnetenversammlung sich hierüber äußerte. Sollte sie anderer Ansicht sein als wir und sagen: Wir müssen zunächst das Schwimmbad haben, dann würde der Stadtmagistrat und der Vorstand der Jüdelstiftung von neuem diese Frage zu prüfen haben. Mit dem Magistrat ist auch der Vorstand der Jüdelstiftung der Ansicht, daß von diesen beiden Bauten die Stadthalle am nötigsten ist. Die Vorprojekte für die Stadthalle sind fertig, und es würde Ihnen in nächster Zeit die Sache unterbreitet werden können. Es ist auch im Bauausschuß diese Frage beraten worden und mit Recht darauf hingewiesen, daß, wenn wir uns über das Projekt als solches einig sind, die Ausgrabung der Keller und die Ausführung der Grundmauern — wobei selbstverständlich Bruchsteine verwandt werden müssen — trotz des Mangels an Ziegelsteinen ausgeführt werden können. Auf diese Weise könnten wir umfangreiche Notstandsarbeiten bieten.

Von anderen Arbeiten führe ich an, daß der Magistrat beschlossen hat, an der Leopoldstraße eine größere Schule zu bauen. Wir haben dort bekanntlich mehrere Grundstücke gekauft und damit hängt zusammen ein der Regierung unterbreiteter Vorschlag, uns das Seminargebäude zu überlassen. Es ist nicht zu verwundern, daß wir in dieser Zeit, wo so vieles neugebildet ist und immer weitere Neubildungen vor sich gehen, noch keine Antwort von der Regierung erhalten haben. Es wird darüber auch im Landtage verhandelt werden müssen. Wir haben darauf hingewiesen, daß das jetzige Seminargebäude seinem Zwecke nicht genügt und daß in dieser Zeit der Not an Arbeit auch wohl die Landesregierung in ihren großen Beutel greifen könnte und vielleicht auf dem Grundstücke des Landgestüts am Leonhardplatz oder irgendwo sonst, wohin es paßt, ein neues Seminargebäude aufstellt. Wenn dieser Bau auch nicht dringlich sein sollte, so wäre es ein wesentliches Entgegenkommen gegenüber der Stadt, indem wir dann einen umfangreichen Bauplatz bekommen würden, wo wir ein neues Schulgebäude unterbringen könnten für die Kinder der Schule an der Leopoldstraße und daneben ein Heim für die Mädchenfortbildungsschule erhielten. Ich bringe das alles hier vor, um damit auch unsere neue Regierung darauf hinzuweisen, wie sehr es dem

Magistrat am Herzen liegt, daß diese Sache vorwärts kommt; sobald wir dieses Gelände haben, können wir umfangreiche Arbeiten vornehmen lassen.

Stadtv. Genzen: Soweit ich unterrichtet bin, haben wir in der Stadt 4000 Arbeitslose, und da macht es wenig aus, wenn von der Stadt 271 beschäftigt sind. Ich nehme aber an, daß, nachdem der Winter und der Frost vorbei sind, die Arbeiten im ganzen flotter vorstatten gehen, und daß auch durch die vom Magistrat auszuführenden eine ganze Anzahl Arbeitslose beschäftigt werden. Herr Stadtbaurat Gebensleben hat erklärt, es sei betrüblich, daß sich zu den vorhandenen Arbeiten 118 Arbeitslose, die noch zur Ausführung der städtischen Arbeiten notwendig sind, nicht gemeldet haben. Aber die Erwerbslosenkommission hat es ja schon ausgesprochen, daß bei bestimmten Gruppen nicht die richtige Auswahl getroffen wird, daß einfach die Leute kommandiert werden: „Ihr müßt da und da hin!“ Wir wissen, daß die Mehrzahl der Erwerbslosen die Arbeit im Freien nicht gewöhnt sind, daß sie nicht das nötige Schuhzeug hatten und haben. Wenn die Auswahl besser wäre, würden wir nicht darüber zu klagen haben, daß die angebotene Arbeit nicht angenommen wird. Der Herr Oberbürgermeister hat bestätigt, daß er den Eindruck gewonnen hat, daß die große Masse der Erwerbslosen nicht auf Unterstützung wartet, sondern in erster Linie Arbeit haben will, um sich und ihre Familie ernähren zu können. Ich glaube, das mitgeteilte Vorkommnis liegt zum Teil daran, daß bei der Auswahl der Arbeitskräfte nicht richtig verfahren wird.

Stadtbaurat Gebensleben: Nur noch ein paar Worte. Herr Stadtv. Dr. Jasper hat vorhin erwähnt, daß in der Stadt 4600 Arbeitslose vorhanden sind, dagegen bei den städtischen Arbeiten nur 300 bis 400 Beschäftigung gefunden haben. Wird aber dieses umfangreiche Arbeitsprogramm angenommen, dann werden wir noch mehrere hundert Leute einstellen können. Damit jedoch ist nicht zu rechnen, daß wir auch nur im entferntesten diese 4600 Erwerbslosen von seiten der Stadt beschäftigen können.

Ich habe schon in der vorigen Sitzung betont, daß es nicht bloß Aufgabe der Stadtgemeinde sein kann, für die Arbeitslosen Beschäftigung zu finden, daß es vielmehr auch Aufgabe der Regierung sein muß, darauf zu sinnen, wie Arbeit zu beschaffen ist, und da muß ich hervorheben, daß der Demobilisierungskommissar für Notstandsarbeiten, Herr Regierungsrat Spannuth, sich die allergrößte Mühe gegeben hat, noch umfangreiche Arbeiten in Gang zu bringen. Er hat sich an die Eisenbahndirektion Magdeburg gewandt mit dem Ersuchen, die Arbeiten für den Bahnbau in Braunschweig sofort in Angriff zu nehmen. Leider hat er keine gute Zusage bekommen, sondern die Eisenbahndirektion hat erklärt, daß in erster Linie, wie ich neulich schon ausgeführt habe, der Werkstättenbahnhof in Angriff genommen werden solle. Ferner ist er vor einigen Tagen auch in Berlin gewesen und hat sich die größte Mühe ge-

geben, im Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu erreichen, daß der Mittellandkanal über Peine bis Braunschweig fortgeführt wird. Auch da ist er auf erheblichen Widerstand gestoßen. Er hat bei dieser Gelegenheit in Erfahrung gebracht, daß die Frage, ob die Süd- oder Mittellinie (die Nordlinie scheidet jetzt bekanntlich aus) gebaut werden soll, immer noch nicht geklärt ist. Es wird augenblicklich darüber nachgedacht und weiter geprüft, ob nicht in der Stadt Braunschweig schon jetzt ein Hafen zur Ausfuhrung gebracht werden kann, der sowohl für die Mittellinie wie für die Nordlinie geeignet sein würde. Wenn es gelänge, ein derartiges Projekt auszuarbeiten, so würde nichts im Wege stehen, schon jetzt mit den Hafenbauten zu beginnen; soweit ich aber die Sache übersehen kann, ist es nahezu ausgeschlossen, ein derartiges Projekt, das praktisch verwertbar ist, auszulüßeln.

Herr Genzen hat vorhin gesagt: Daß die große Zahl der Arbeitslosen nicht zur Arbeitsstätte gekommen ist, wird vielleicht daran liegen, daß die Leute nicht richtig ausgewählt sind. Das mag sein. Selbstverständlich habe ich mit meinen Worten der Gesamtheit der Arbeitslosen einen Vorwurf nicht machen wollen.

Eins möchte ich meinen Ausführungen noch hinzufügen. Der Magistrat hat sich heute morgen mit der Frage beschäftigt, ob nicht noch eine größere Anzahl von Arbeitslosen beschäftigt werden könnte mit dem Umrigolen des Müllabladeparkes, der leider am Mittelwege angelegt werden mußte. Warum der dort entstanden ist, wissen die Herrschaften wohl. Es lag daran, daß die Pferde des städtischen Fuhrparks im Winter nicht den weiten Weg nach Mascherode zurücklegen konnten. Da auch hier Arbeitslose beschäftigt werden können, möchte ich Sie im Auftrage des Magistrats bitten, außer den schon in dem großen Programm vorgeschlagenen Notstandsarbeiten noch einige tausend Mark zur Ausführung dieser Arbeiten zu bewilligen. Ich habe deswegen mit dem Tiefbauamte schon Fühlung genommen, und wenn sie heute zustimmen, würden wir vielleicht schon am Montag dort eine weitere Anzahl Arbeitsloser beschäftigen können. Es ist zwar keine sehr schöne Arbeit, aber sie erfordert keine erhebliche Anstrengung. Im Laufe der Zeit wird sich auch noch manche andere Arbeitsgelegenheit ergeben. So wurde in der Kommission erwähnt, daß auch die Bayreuther Straße und die Mozartstraße ausgebaut werden könnten. Auch dem werden wir näher treten.

Oberamtsrichter Meyer: Herr Genzen sagte, es wäre bei der Auswahl der Arbeitslosen für die Notstandsarbeiten jedenfalls nicht richtig verfahren, und daher rühre es wohl, daß so viele Arbeitslose sich auf der Arbeitsstelle nicht gemeldet hätten. Ein ähnlicher Vorwurf ist in der Landesversammlung von Herrn Schilke erhoben. Als Dezerent des Arbeitsnachweises kann ich nicht umhin, diesen Anschauungen zu widersprechen, wenigstens kann ich den Vorwurf nicht den Beamten machen lassen, daß sie nicht zuverlässig verfahren wären. Es handelt sich darum, daß der Demobilmachungs-

kommissar, wahrscheinlich auf Anordnung von Berlin, Anweisung getroffen hatte, alle Leute unter 35 Jahren, einerlei, ob sie gelernte oder ungelernte Arbeiter sind, den Notstandsarbeiten zuzuführen. Ich glaube, das ist ein ganz richtiger Grundsatz. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen wollen: Es ist nicht angebracht, gelernte Industriearbeiter diesen Notstandsarbeiten zuzuführen, dann bekommen wir die Zahl der Arbeiter für die Bergwerke nicht heraus. Soviel hat sich schon gezeigt. Dann kann man aber auch von vornherein auf Notstandsarbeiten verzichten.

Vorsitzender: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß Herr Frede einen Antrag eingebracht hat, den er als dringlich bezeichnet hat. Wenn die Versammlung nichts dagegen hat, könnten wir diesen Antrag als mit zu diesem Punkte der Tagesordnung gehörig betrachten und ihn gleich mit erledigen. Wir müßten sonst in einer anderen Sitzung noch einmal dazu Stellung nehmen, während wir heute bei diesem Punkte, wo es sich um Notstandsarbeiten handelt, ihn gleich mit erledigen könnten.

Stadtv. Einert: Meine Damen und Herren! Ich möchte trotz der Worte des Herrn Oberbürgermeister dabei bleiben, daß ich, für mein Teil das Schwimmbad für nötiger halte als die Stadthalle. Meine weiteren Ausführungen werde ich mir aufsparen, bis wir zur Besprechung dieser Projekte kommen, aber das eine möchte ich noch sagen: In der nächsten Zeit werden in unserer Stadt einige größere Säle, die wir jetzt leider für unsere Verwundeten haben in Benutzung nehmen müssen, wieder frei, so der Hofjäger und das Konzerthaus auf der Salzdhumerstraße u. a. m. (Kurhaus Richmond, Hofst's Garten, Weißes Roß, Neues Reglerheim). Dadurch wird die Saalnot schon etwas behoben werden, abgesehen davon, daß das Gastwirtsgerwerbe kommen wird und sagen: Nur nicht so viele Säle bauen! (Zuruf Genzen: Damit sie uns um so besser schröpfen können.) Schließlich ist die Inangriffnahme der Vorarbeiten sowohl für das eine wie für das andere möglich; man kann die Stadthalle in Aussicht nehmen und auch die Schwimmhalle zur Ausführung bringen. Jedenfalls ist es dringend nötig, zumal für eine Stadt wie Braunschweig, die in dieser Beziehung solange rückständig gewesen ist, daß an den Bau des Schwimmbades herangegangen wird.

Indem Stadtv. Frede mit der Begründung seines Antrages beginnen will, meldet sich Stadtv. Jasper zur Geschäftsordnung und widerspricht der sofortigen Beratung des Antrages Frede.

Stadtv. Lehnert: Verehrte Anwesende! Die Hauptschuld daran, daß nicht mehr Arbeitslose beschäftigt werden können, liegt wohl daran, daß wir momentan keine Rohmaterialien haben. Wenigstens im Baugewerbe mangelt es daran, daß ein großer Teil der Baustoffe nicht herangeschafft werden kann. Würden wir in unserem Betriebe

genügend Materialien zur Verfügung haben, dann würden wir auch mehr Leute einstellen können. Sie würden gern bei uns arbeiten, und die Leute, die vor dem Kriege bei uns gearbeitet haben, kommen jetzt alle wieder zu uns. Dieser Mangel ist sehr zu bedauern, noch dazu, wo wir in unserem Betriebe die Lösung der Wohnungsnot ins Auge gefaßt haben. Denken Sie daran, daß in Braunschweig 1500 bis 2000 Wohnungen fehlen und daß ein größerer Teil von Leuten, die in städtischen Häusern wohnen, am 1. April die Wohnungen räumen sollen, keine Wohnung bekommen können und nun nicht wissen, wohin. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß man sie in ihren alten Wohnungen belassen sollte; mag doch der Stadtmagistrat dafür sorgen, daß der Gasmeister in einem Hotel oder sonstwo unterkommt, aber unsere langjährigen Steuerzahler müssen wir in Schutz nehmen.

Es ist angedeutet, daß an der Korresstraße die Notstandsarbeiten in Angriff genommen sind, aber auch dort wird es hapern, so daß bis zum 1. April die Wohnungen wohl nicht fertig werden, es müßte sonst mit bedeutendem Hochdruck gearbeitet werden und müßte etwas geschehen, was ich von Herzen wünschte, damit die Wohnungslösen wissen, wo sie am 1. April hin sollen.

Eins ist noch bei den Notstandsarbeiten in Betracht zu ziehen: Wenn jemand draußen arbeiten soll, dann gehört gutes Schuhwerk dazu. Denken Sie einmal daran, daß der größte Teil der Kinder der Arbeiterschaft in Braunschweig tatsächlich — ich habe es am Sonnabendnachmittag gesehen — barfuß geht, und daß in jetziger Jahreszeit die Arbeiter nicht aus Nächstenliebe dazu übergehen, ihre Kinder barfuß laufen zu lassen. Ebenso geht es auch den Erwachsenen. Sie können mit ihrem Schuhwerk nicht draußen arbeiten, das ist ausgeschlossen.

Man darf auch nicht vergessen, daß ein großer Teil der Industriearbeiter, der bei den Notstandsarbeiten beteiligt werden soll, bisher in Innenräumen gearbeitet hat und daß er sich nicht dazu eignet, draußen zu arbeiten. Man wird sagen: Sie sind ja im Felde Höhlenbewohner gewesen und haben auch dort draußen gearbeitet. Aber da hatten sie auch derbes Schuhzeug und Anzüge, die der Witterung einigermaßen trogten. Jetzt aber ist alles aufgebraucht. Meine Damen und Herren! Sie haben bewiesen bei der Bewilligung von Konfirmandenanzügen, daß Oberzeug nur schwer zu haben ist, Unterzeug aber ist nicht zu bekommen. Wer draußen arbeitet, muß auch eine kräftigere Ernährung bekommen als derjenige, der im Hause bleibt. In erster Linie muß er Fett und Eiweiß haben, und das haben wir nicht. Wenn solche Leute draußen arbeiten wollen, dann können sie es einfach nur ein paar Tage, dann können sie nicht wiederkommen.

Nun die Frage, ob es notwendiger ist, eine Schwimmhalle oder eine Stadthalle zu bauen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß der Bau einer Stadthalle bedeutend mehr Arbeitskräfte in Anspruch nehmen würde als der Bau einer Schwimmhalle. (Zuruf: Beidel!) Ich wäre auch dafür zu haben, daß beide in Angriff genommen

werden. Aber als Zigarrenhändler wissen Sie (zu Herrn Stadtv. Einert gewandt), daß es unmöglich ist, Tabak zu verkaufen, wenn sie keinen haben, und der Stadtmagistrat kann keine Bauten ausführen, wenn er kein Rohmaterial hat. Bei dem Stadtmagistrat geht es genau so wie bei Ihnen, wo es heißt: Der Verkauf findet wegen Mangel an Waren nur Sonnabends statt. Der Stadtmagistrat aber kann nicht sagen: „Nur Sonnabends soll gebaut werden und an den anderen Tagen machen wir blau.“ Ich stehe auf dem Standpunkte, daß, soweit es möglich ist, alle Arbeiten in Angriff genommen werden und der Stadtmagistrat beauftragt wird, Mittel dafür, soviel wie nötig sind, zur Verfügung zu stellen.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich habe der Anregung des Vorsitzenden, den Antrag Frede jetzt gleich mitzubehandeln, widersprochen, weil die Verquickung des Antrages mit dem heutigen Punkte der Tagesordnung die Debatte über den zur Verhandlung stehenden Punkt nicht fördert, sondern erschwert, und weil es mir zweitens auch unrichtig erscheint, einen solchen Antrag durchzupeitschen unter der Rubrik Notstandsarbeiten. Es muß das Für und Wider bei einem solchen Antrage sorgfältig erwogen werden, und leider kann er ja sowieso nicht sofort verwirklicht werden, weil der Herr Stadtbaurat mitgeteilt hat, daß das Material zum Hochbau fehlt.

Ich hatte mich aber hauptsächlich zum Wort gemeldet, weil der Herr Oberbürgermeister eine Erklärung wünschte, ob die Stadtverordneten lieber eine Stadthalle oder eine Schwimmhalle in Angriff genommen sehen möchten. Es ist das eine überraschende Frage, die uns der Herr Oberbürgermeister damit vorlegt, und er kann nicht erwarten, daß aus dem Handgelenk heraus die Fraktionen sich dazu äußern können. Ich möchte widersprechen, daß eine derartige Frage überhaupt unter dem Rahmen Notstandsarbeiten eingeführt werden kann, denn dabei sind noch mancherlei Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Persönlich kann ich nicht umhin, zu sagen: Ich möchte eine Stadthalle nur dann verwilligt sehen, wenn vorher eine Ausschreibung stattgefunden hätte in der Weise, daß jetzt ein angemessenes Projekt vorliegt. Das scheint mir bei der Stadthalle dringend geboten, während ich es für eine Schwimmhalle nicht für so nötig halte.

Stadtv. **Richter**: Wenn hier von Notstandsarbeiten gesprochen wird, so möchte ich den betreffenden Herrn Dezernenten darauf aufmerksam machen, daß es nötig erscheint, daß endlich auch die Gichtalstraße zur Ausführung kommt, daß die in dieser Sache vorliegende Differenz beseitigt wird und endlich die Anwohner der Gichtalstraße zu geordneten Zuständen kommen. Auch das ist ein Punkt, mit dem wir für eine gewisse Zeit Arbeit schaffen und mit dazu beitragen, die Not zu lindern.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Ich kann dem Herrn Vorredner erwidern, daß der Ausbau der Gichtalstraße mit in dem Programm für Notstandsarbeiten vorgesehen ist, allerdings müssen die vorliegenden Schwierigkeiten erst beseitigt werden.

Dem vorgelegten Arbeitsprogramm für Notstandsarbeiten wird zugestimmt und die angeforderten Mittel werden bewilligt. Ebenso werden auch die Kosten für Instandsetzung des Müllabladeplatzes am Mittelwege bewilligt.

16. Herrichtung von Bureauräumen im städtischen Hause Wilhelmstr. 21 (Standesamt, Kirchenbuchamt und Friedhofsamt).

Stadtv. Dr. Jasper: Infolge der Unterbringung der verschiedenen Kriegsgeschäftsstellen im Rathause fehlte es bei der Rückkehr der zahlreichen zum Kriegsdienste einberufenen Beamten an Raum im Rathause, und es ist deshalb ein Teil der Geschäfte in das Schulhaus an der Wilhelmstraße verwiesen, besonders die Geschäftsabteilung der Erwerbslosenfürsorge und auch die Ortskohlenstelle. Die Verlegung dieser letzteren Stelle hat zu großen Schwierigkeiten im Geschäftsbetriebe geführt, und es ist der dringende Antrag an den Magistrat gerichtet, die Ortskohlenstelle wieder im Rathause unterzubringen. Nun schlägt der Magistrat vor, um Raum dafür zu schaffen, das Standesamt, das Kirchenbuchamt und das Friedhofsamt aus dem Rathause auszuquartieren und sie in dem Hause Wilhelmstraße 21, daß die Stadt vor kurzem für 100 000 *M* gekauft hat, unterzubringen. Die Räume dort eignen sich nicht schlecht für diesen Zweck. — der Plan ist dort ausgehängt — und die verehrten Damen und Herren haben vielleicht schon Gelegenheit genommen, sich ihn während der Sitzung anzusehen. Die Einrichtungskosten sind nicht allzu groß, da das Haus in ziemlich gutem Bauzustande sich befindet. Der aufzuwendende Betrag wird geschätzt 1. für die Bauarbeiten im Erdgeschoß zu 1700 *M*, 2. für die Einrichtung der Wasserklosetts zu 4800 *M*, 3. für die Beleuchtungsanlagen zu 5000 *M*, im ganzen zu 11 500 *M*. Die Umzugskosten sind zu 700 *M* geschätzt, einschließlich einer Vergütung von 100 *M* an den Hofrentmeister Dietrich, dem eine Wohnung im Erdgeschoß bis zum 1. April zugewiesen war und der bis dahin im zweiten Obergeschoß Unterkommen finden wird.

Der Finanzausschuß hat diese Vorlage geprüft, hält den Vorschlag des Magistrats durchaus für sachgemäß und auch für dringlich. Wir geben mit dem Magistrat anheim,

1. der Verlegung des Standesamts, des Kirchenbuchamts und des Friedhofsamts unter Abschluß eines Vertrages mit dem Stadtkirchenverband zuzustimmen,

2. die Summe von $(11\,500 + 700) = 12\,200$ *M* zu Lasten des Verfügungsfonds der städtischen Behörden zu bewilligen und die Ausführung der nötigen Bauarbeiten gutzuheißen,

3. der unentgeltlichen Überlassung einer der beiden kleinen Wohnungen im Erdgeschoß nebst Feuerung, Licht und Wasser an eine geeignete Person gegen Übernahme

der Beheizung und Reinigung der zu schaffenden Diensträume, sowie der Pflichten eines Wirtes zuzustimmen.

Was den letzten Punkt anlangt, so ist es selbstverständlich, daß wir, wenn wir ein Gebäude in Benutzung nehmen, auch für Reinigung und Wartung sorgen müssen, und der Ausschuß meint auch so weit gehen zu können, die Verantwortung in der Auswahl der Person für diese Arbeiten dem Magistrat zu überlassen, und auf unser wichtiges Wahlrecht für dieses Mal verzichten zu dürfen.

Es sind in Punkt 1 noch erwähnt die Bedingungen für Überlassung der Räume, die mit dem Stadtkirchenverband abzuschließen sind. Der Stadtkirchenverband zahlt gegenwärtig für Benutzung der Räume im Rathause eine Miete und würde nun künftig einen Betrag als Miete für die Räumlichkeiten im Hause Wilhelmstraße 21 bezahlen müssen. Der Mietpreis ist nach dem Vorschlage des Magistrats auf jährlich 2000 M festgesetzt. Der Stadtkirchenverband legt Wert darauf, bei Abschluß des neuen Mietvertrages eine Kündigungsfrist von 6 Monaten festzusetzen und zu vereinbaren, daß das Mietverhältnis nur zum 1. April oder zum 1. Oktober gekündigt werden kann. Gegen beide Vorschläge hat der Finanzausschuß keine Bedenken und empfiehlt, ganz im Sinne des Magistrats der Vorlage zuzustimmen.

Dem Antrage der Finanzkommission wird entsprochen.

Stadtv. Rönneburg: Ich beantrage, die übrigen Punkte einschließlich der Anfragen und Anträge zu vertagen.

Stadtv. Frede: Ich muß dem Antrage widersprechen, soweit mein Antrag, der auf die Wohnungsfrage Bezug hat, in Frage kommt. Ich möchte ihn als dringenden Antrag behandelt sehen.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Gegenüber dieser kategorischen Erklärung des Herrn Stadtv. Frede möchte ich darauf hinweisen, daß es eine gewisse Zurücksetzung des Magistrats ist, wenn seine Sachen fortwährend zurückgestellt werden und immer neue Anträge kommen, die als dringlich vor unseren Sachen behandelt werden sollen. So dringlich ist am Ende die Anfrage des Herrn Frede überhaupt nicht. Soll die Sitzung vertagt werden, so haben wir uns zu fügen. Wenn aber alle übrigen Sachen vertagt werden, möchte ich bitten, auch den Antrag Frede zurückzustellen.

Stadtv. Rönneburg: Wir haben in den letzten Sitzungen regelmäßig von 4 bis gegen 10 Uhr verhandelt. Auf die Dauer ist uns das nicht zuzumuten. Es möge freundlichst berücksichtigt werden, daß eine Anzahl der Mitglieder dieses Hauses schon eine andere Sitzung durchgemacht hat, und so möchte ich bitten, menschliche Rücksichten

walten zu lassen. Wir müssen uns in dieser Hinsicht begrenzen und können es. Wir sind aber bereit, in acht Tagen oder event. in kürzerer Zeit eine erneute Sitzung abzuhalten. Aber es muß eine Grenze in der Sitzungsdauer geben. Es dürfen nicht immer sechsstündige Sitzungen werden.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte den Vorschlag machen, in der Sitzung über vierzehn Tagen mit der vertraulichen Sitzung anzufangen und die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten um 5 Uhr beginnen zu lassen.

Stadtv. Dr. Wolters: Ich schlage vor, dem Gedanken nach dem Antrage Könneburg zuzustimmen, aber über den dringlichen Antrag Frede noch die Begründung zu hören — nur die Begründung. Alle übrigen Anträge und Anfragen fallen für heute weg.

Vorsitzender: Ich möchte ersuchen, dem Antrage Könneburg zuzustimmen, damit wir auch einmal rechtzeitig nach Hause kommen, und weiter möchte ich dem Herrn Oberbürgermeister zustimmen, in vierzehn Tagen zunächst die Sachen aus der vertraulichen Sitzung zu erledigen.

Dem Vertagungsantrage stimmt die Versammlung zu.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4 $\frac{1}{4}$ bis 8 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Kr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 13. März 1919.

Tagesordnung:

- | | |
|--|-----------|
| 1. Antrag Frede wegen anderweitiger Festsetzung des Wassergeldes | Seite 802 |
| 2. Antrag Genzen auf 25prozentige Erhöhung der Sätze der Familienunter-
stützung | " 804 |
| 3. Erklärung des Oberbürgermeisters gegenüber einer Äußerung in der Tages-
presse | " 807 |
| 4. Antrag Jahn s, betreffend Einführung der durchgehenden Arbeitszeit für die
städtischen Beamten | " 808 |
| 5. Antrag Frede, Berechnung des Verbrauchs an elektrischer Energie für zeit-
weilig eingeschränkt gewesene gewerbliche Betriebe | " 834 |
| 6. Bewilligung eines Zuschusses für die kaufmännische Fortbildungsschule | " 835 |
| 7. Nachträgliche Bewilligung von Kosten für Errichtung einer Ehrenpforte beim
Einzuge der Truppen | " 836 |
| 8. Ersparnisse für in städtischen Gebäuden abhanden gekommene Kleidungs-
stücke | " 836 |
| 9. Bewilligung von Tagegeldern an die Mitglieder des Realsteueraususses . . . | " 842 |
| 10. Nachverwilligung von Kosten zur Instandsetzung des Spielplatzgebäudes auf
dem Kleinen Exerzierplatze | " 843 |
| 11. Herrichtung von Notwohnungen | " 844 |
| 12. Verkauf von Teilflächen des Arteröder Feldes an die Braunschweigische
Siedlungsgeellschaft und an die Braunschweiger Baugenossenschaft | " 851 |
| 13. Antwort des Volkskommissariats für Ernährung auf den der Regierung über-
mittelten Antrag, betr. die Beschlagnahme von kleinen Lebensmittelmengen . | " 864 |
| 14. Aufnahme eines Darlehns beim Staat | " 864 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtrat **Wagner**, Stadtbaurat **Gebenleben**, Oberamtsrichter **Meyer**, Stadtrat **Mohr** und Stadtrat **Jüermann**.

Es fehlt entschuldigt Herr Stadtverordneter **Richter**.

Vorsitzender **Wilh. Rietz**: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Eingegangen ist am 10. d. Mts. eine Eingabe vom Verbände der Fach- und Fortbildungsschullehrer und -lehrerinnen der Stadt Braunschweig, die auch allen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung als Drucksache zugegangen sein wird, so daß eine Verlesung überflüssig erscheint. Da die Eingabe zugleich an den Stadtmagistrat gerichtet ist, so wird es richtig sein, daß wir die Stellungnahme des Magistrats abwarten und uns erst dann weiter mit der Sache beschäftigen.

Sodann ist eingegangen ein Gesuch des Bureauvorstehers, derzeitigen Gefreiten des Landsturms Richard Becker in Braunschweig, der mit einem Bescheid des Stadtmagistrats über Entziehung der Kriegsfamilienunterstützung nicht zufrieden ist. Die Entscheidung des Magistrates ist damit begründet, daß der Gesuchsteller als bedürftig im Sinne des Gesetzes nicht mehr anzusehen ist, weil sein Jahreseinkommen über 1500 M beträgt. — Ich überweise das Gesuch dem Magistrat zur weiteren Veranlassung.

Vom städtischen Tiefbauamte wird mitgeteilt, daß jetzt, nachdem der Fußgängersteig über das Schuntertal im Zuge des Vienröder Weges mit den von der Polizei und der Kreisdirektion geforderten Nebenanlagen hergerichtet ist, die Hauptrechnung aufgestellt werden konnte, und daß die Kosten für diese Anlage 6979,22 M betragen. Herr Stadtbaurat **Gebenleben** bittet um Kenntnisnahme von dieser Mitteilung seitens der Versammlung.

Weiter wird Ihnen allen eine Zuchrist des Braunschweiger Verkehrsvereins zugegangen sein. Sie ist auch an den Magistrat gegangen, so daß wir auch hier die Stellungnahme des Magistrats abwarten können.

Außerdem wird Ihnen allen eine Resolution des Ausschusses der Ausschilfsangestellten beim Stadtmagistrat zugegangen sein, die die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit betrifft, die ja heute zur Beratung steht. Eine Verlesung wird auch hier überflüssig sein.

1. Antrag Frede wegen anderweitiger Festsetzung des Wassergeldes.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Meine geehrten Damen und Herren! In der Sitzung vom 30. Januar hat Herr Frede den Antrag gestellt, „zu beschließen, daß vom 1. April 1919 an die Berechnung des Wassergeldes nur für das wirklich ver-

brauchte Wasser nach Angabe des Wassermessers erfolgt und die Bestimmungen von § 6 der Bedingungen für Abgabe von Wasser vom 15. Januar 1914, soweit sie anderes vorsehen, in Wegfall kommen". Den geehrten Herrschaften ist bekannt, daß ohne Rücksicht auf den wirklichen Verbrauch eine der lichten Weite des Wassermessers entsprechende Mindestmenge Wasser zur Berechnung kommt. Nun hat der Antragsteller eine Menge Belege beigebracht, in denen nachgewiesen wird, daß diese Bestimmung über die Mindestmenge in vielen Fällen zu Härten führt. So sagt ein Ausweis, daß in dem einen Falle bei einem Durchgang von 30 Millimeter die zu bezahlende Wassermenge 450 Kubikmeter gewesen wäre, was nach dem heutigen Preise des Wassers 90 *M* ausmache, während in der Tat nur eine viel geringere Menge Wasser durch diesen Messer gegangen wäre, so daß nur 6,75 *M* hätten bezahlt zu werden brauchen und ein Zuschlag von 29,75 *M* hat stattfinden müssen. Es ist darnach die Menge desjenigen Wassers, das zur Berechnung gekommen, aber in Wirklichkeit nicht geliefert ist, vier- bis fünfmal so hoch gewesen als des durch den Messer gegangenen Wassers. Es sind weitere Fälle ähnlicher Art beigebracht, und in Rücksicht darauf hat sich der Finanzausschuß auf den Standpunkt gestellt, daß dem Antrage des Herrn Frede eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen ist. Gleichwohl ist der Finanzausschuß aber doch der Meinung, daß er in seiner Empfehlung des Antrages Frede nicht so weit gehen solle, daß in der Tat nur das Wasser zur Bezahlung kommt, das den Wassermesser durchflossen hat. Der Finanzausschuß folgt darin einer Äußerung des Magistrats, daß doch eine gewisse Mindestmenge stets zur Berechnung kommen müsse aus dem Grunde, weil das Wasserwerk eine große Anlage darstellt, die eine bedeutende Verzinsung beansprucht. Würde nur das wirklich benutzte Wasser zur Berechnung gelangen, so könnte es eintreten, daß ein Mißverhältnis zwischen der Benutzung des Wasserwerks und seines Anlagekapitals und dessen Verzinsung eintrete. Es hat aber der Finanzausschuß den Sinn des Antrages wohl gebilligt und empfiehlt, daß man diejenigen Wassermengen, die bisher als maßgebend für die Benutzung der verschiedenen Wassermesser angesehen werden sollen, in ihrer Höhe herabgesetzt, und zwar auf die Hälfte. So sind jetzt bei einem Querdurchschnitt von 13 Millimeter mindestens 90 Kubikmeter Wasser zu berechnen, bei einem Querdurchschnitt von 20 Millimeter 200 Kubikmeter usw. Dagegen empfiehlt der Finanzausschuß, daß man also künftig bei einem Querdurchschnitt des Wassermessers von 13 Millimeter 45 Kubikmeter als Mindestmenge, bei 20 Millimeter Querdurchschnitt 100 Kubikmeter usw. festsetzt, und in derselben Weise weitergehend, wie in § 6 der Bedingungen für die Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserleitung Anleitung gegeben ist. Der Finanzausschuß empfiehlt, in dieser Weise dem Antrage Frede zu folgen; ich habe namens des

Finanzausschusses der geehrten Versammlung zu empfehlen, dementsprechend zu beschließen.

Stadtv. **Frede:** Meine Damen und Herren! Ich bin nach wie vor der Meinung, daß der Grundsatz richtig ist, daß nur das Wasser, das wirklich verbraucht wird, zur Berechnung kommen und nicht auch unverbrauchtes Wasser bezahlt werden soll. Ich habe mich aber mit dieser Fassung, daß die Mindestmenge bei den verschiedenen Weiten des Wassermessers auf die Hälfte herabzusetzen sei, einverstanden erklärt, um den Antrag wenigstens in der Hauptsache zu retten, denn ich sah bei der Beratung in der Finanzkommission, daß für die Fassung, die ich beantragt hatte, keine Mehrheit zu finden war. Ich erblicke in dem Antrage des Finanzausschusses ein Entgegenkommen, das geeignet ist, die größten Härten zu vermeiden, und erkläre mich deshalb mit der vorgeschlagenen Fassung einverstanden.

Stadtv. **Lehnert:** Meine Damen und Herren! Daß eine gewisse Härte darin gelegen hat, daß auch das unverbrauchte Wasser mit hat bezahlt werden müssen, das haben wir am eigenen Leibe erfahren. Wir haben von hundert Häusern zwanzig zu verzeichnen, in denen wir im Jahre 1917 — für 1918 liegt der Abschluß noch nicht vor — mehr Wassergeld zu bezahlen hatten, als wir nach dem Wasserverbrauch eigentlich hätten zahlen müssen. Einzig steht wohl da, daß für einen Neubau, der am 1. April 1918 bezogen worden ist, der Wasserverbrauch in Höhe von 17,70 *M* schon für 1917 maßgebend sein sollte und in Anrechnung gebracht ist. Nach diesem Grundsatz müßte das mehr verbrauchte Wasser von den Bauhandwerkern in den Bau hineingegossen worden sein, sonst käme der hohe Wasserverbrauch nicht heraus. Wohin sollten wir kommen, wenn so etwas geschähe und im anderen Jahre die Wohnung als gesund und trocken bezogen werden soll? In der bisherigen Berechnung und dem Nachbezahlen des unverbrauchten Wassers liegt eine gewisse Härte, so daß wir im Interesse der Allgemeinheit dem Antrage der Kommission zustimmen können.

Der Antrag des Finanzausschusses wird angenommen.

2. Antrag Genzen auf 25 prozentige Erhöhung der Sätze der Familienunterstützung.

Stadtv. **Ohlendorf:** Der Antrag des Kollegen Genzen lautet: „Der Nationale Frauendienst hat am 1. Februar seine Tätigkeit eingestellt. Diejenigen Kriegsfrauen, deren Männer noch nicht entlassen sind (Kriegsgefangene usw.), sind durch das Aufhören der Unterstützungen des Nationalen Frauendienstes in ihrem ohne:

hin geringen Einkommen geschädigt. Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Sätze der Familienunterstützung um 25 Prozent zu erhöhen.“ Bei der Vorberatung des Antrages im Finanzausschuß ist seitens des Stadtmagistrats mitgeteilt, daß es allerdings zutreffe, daß der Nationale Frauendienst seit dem 1. Februar die Unterstützungen nicht mehr zahlt, daß aber seitens des Magistrats angeordnet sei, daß der Ausfall durch das Kriegsfürsorgeamt gezahlt ist und auch in Zukunft noch weitergezahlt werden soll. Die Unterstützungssätze betragen 48 *M* für die Frau und 24 *M* für das Kind. Nach dieser Mitteilung des Magistrats sieht der Finanzausschuß den Antrag Genzen als erledigt an, und der Herr Antragsteller hat sich damit einverstanden erklärt.

Stadtrat von Frankenberg: Vielleicht ist es für die geehrten Herrschaften nicht ohne Interesse, ein paar Zahlen zu hören, wie sich die Tätigkeit des Nationalen Frauendienstes, die wir von Anfang an mit größtem Dank anerkannt haben, im Laufe der 4½ Jahre gestaltet hat, während deren sie für die Stadt Braunschweig in Betracht kam. Wir haben an Kriegsunterstützungen und an Aufwendungen der Kriegswohlfahrtspflege einschließlich der Zuwendungen an den Nationalen Frauendienst, der Mietzuschüsse, Kriegsnotstands-, Urlaubsgelder und dergleichen bis Ende Februar 31½ Millionen Mark ausgegeben. Der Nationale Frauendienst ist dabei beteiligt mit 3½ Millionen, so daß in 10 Prozent der gesamten Tätigkeit, die wir für diesen Zweck aufgewandt haben, die Verteilung durch den Nationalen Frauendienst geschehen ist. Es würde, wie auch Herr Stadtv. Genzen hervorgehoben hat, eine höchst empfindliche Lücke in der Wohlfahrtspflege eingetreten sein, wenn beim Aufhören der Wirksamkeit des Nationalen Frauendienstes am 1. Februar nicht für die Leistungen des Nationalen Frauendienstes ein zweckmäßiger Ersatz geschaffen wäre. Da es große Schwierigkeiten gemacht hätte, eine pflegerische Gewährung von Lebensmitteln und dergleichen an die Stelle der Tätigkeit des Nationalen Frauendienstes zu setzen, und es dann richtiger gewesen sein dürfte, den Nationalen Frauendienst noch einige Monate fortbestehen zu lassen, dagegen aber Bedenken sprachen, so sind wir übereingekommen, mit baren Unterstützungen zu helfen, und dementprechend ist seit sechs Wochen verfahren. Es sind in weit über hundert Fällen Zuwendungen gegeben, teils laufende, und zwar in solchen Fällen, in denen die Angehörigen noch in Gefangenschaft sind, vermißt werden oder noch im Heeresdienst stehen, oder einmalige in solchen Fällen, in denen es sich um einen allmählichen Abbau der Unterstützung handelt. In dieser Weise wird auch in Zukunft weiter vorgegangen werden — mit einer wichtigen Ergänzung, über die wir uns mit Herrn Genzen im Finanzausschuß geeinigt haben. Wenn am 1. April der Mietzahlungsstermin

herannah, wird es wünschenswert sein, daß man in ähnlicher Weise, wie es durch das Kriegseinigungsamt geschehen ist, den Kriegerfrauen, soweit sie laufende Kriegsunterstützung von uns beziehen, stadtseitig durch erhöhte oder erweiterte Kriegsnotspenden unter die Arme greift, so daß die Kriegsnotspende auch eine Mietbeihilfe umfaßt. Sollte die Notwendigkeit dazu auch am 1. Juli noch vorliegen, so würde in gleicher Weise auch dann vorgegangen werden. Ich hoffe, die geehrten Herrschaften werden aus diesen Mitteilungen erkennen, daß wir bemüht sind, die Erbschaft, die wir vom Nationalen Frauendienst übernommen haben, in geeigneter Weise fortzuführen.

Stadtv. Frau **Goetze**: Ich möchte nur ein paar Worte sagen, um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, daß wir im Nationalen Frauendienst aus Arbeitsmüdigkeit die Arbeit niedergelegt haben. Es war nicht möglich, unsere Tätigkeit aufrechtzuerhalten, weil die Zahl der vom Nationalen Frauendienst zu Berücksichtigenden ganz bedeutend zurückgegangen war. Den Höhepunkt erreichte unsere Tätigkeit in der Zeit vom Oktober 1915 bis Januar 1916, wo wir 5700 Familien in Fürsorge hatten. Diese Zahl sank besonders im Laufe des Jahres 1918 herab, so daß wir am 1. Dezember noch für 3500 Familien, am 1. Januar 1919 für 1593 und am 31. Januar nur noch für 500 Familien zu sorgen hatten, eine Zahl, für die sich natürlich die große Organisation nicht aufrechterhalten ließ, im besonderen auch deshalb, weil die großen Räume, die wir in humaner Weise von der Stadt zur Verfügung bekommen hatten, nun zweckmäßiger ausgenutzt werden mußten. Wir sagten uns aber, daß die 500 Familien nicht einfach nur auf ihre geringe Kriegsunterstützung angewiesen sein konnten, haben deshalb genaue Listen aufgestellt, und die Familien in fünf verschiedene Gruppen eingeteilt: Angehörige von Gefallenen, deren Rente noch nicht geregelt ist, Angehörige von Gefangenen, von Vermissten, noch nicht Entlassenen und von solchen, die im Lazarett sich befinden. Ob nun der Satz von 25 Prozent der Kriegsunterstützung genau dem entspricht, was die Familien vorher bekommen haben, kann ich nicht sagen, es läßt sich aber nach unserer Liste feststellen. Jedenfalls wäre aber zu empfehlen, daß eine solche Festsetzung oder etwas Ähnliches stattfände, denn ich glaube nicht, daß die Verhältnisse mit der Kriegsnotspende allein zu regeln sind.

Stadtv. **Genzen**: Durch die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg bin ich gewissermaßen über das Schicksal meines Antrages zufriedengestellt, wenn das, was geschehen soll, loyal gehandhabt wird — darauf kommt es an. Herr Stadtrat von Frankenberg hat erklärt, daß den Frauen wie bisher die Unterstützung zuteil werden sollte, und daß sie vor allen Dingen auch ärztlich behandelt werden sollten. An dem Tage, wo der Nationale Frauendienst seine Tätigkeit

eingestellt hat, haben die Ärzte erklärt „Unsere Tätigkeit in dieser Richtung hört auf“. Es ist hart, wenn die Frauen in Krankheitsfällen erst zur Armendirektion laufen müssen und von Pontius zu Pilatus geschickt werden. Die Zeit ist ohnehin mit allerlei Besorgungen und Arbeiten beladen, und durch solche Umständlichkeiten wird nur der Unmut gefördert. Ich bin also mit dem Schicksal des Antrages einverstanden, vorausgesetzt, daß seitens des Magistrats die Sache loyal gehandhabt wird und den Frauen mindestens das zuteil wird, was ihnen vom Nationalen Frauendienst zuteil geworden ist.

Stadttrat von Franzenberg: Ich kann auch in bezug auf die ärztliche Behandlung der Betroffenen den Herrn Antragsteller beruhigen. Wir haben seit dem 1. Januar die Einrichtung getroffen, daß im Fürsorgeamt alle diejenigen Angehörigen von Kriegerfamilien, die eine ärztliche Behandlung wünschen und als bedürftig anzusehen sind, sich melden können und ihnen gleichfalls eine Kriegsnothspende ungefähr in derjenigen Höhe gewährt wird, die erforderlich erscheint, um die entstehenden Kosten zu decken.

Auch die Aufstellung, auf die Frau Professor Goeze hinweist, ist uns sehr zuistatten gekommen; wir haben daraus ersehen können, in welcher Höhe der Nationale Frauendienst seine Schützlinge unterstützt hatte. Wir haben die Beträge nach oben abgerundet, so daß eine durch 5 teilbare Summe herauskam. Die Kriegerfamilien sind also durch die Erbschaftsübernahme durch die Stadt nicht schlechter gestellt, sondern eher noch besser, als sie es bei dem Nationalen Frauendienst waren, nur daß sie nicht Lebensmittel und Sachen bekommen, sondern die Unterstützung ihnen in bar ausbezahlt wird.

Vorsitzender: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit der Erledigung des Antrages an.

3. Erklärung des Oberbürgermeisters gegenüber einer Äußerung in der Tagespresse.

Oberbürgermeister Metemeyer: Meine Damen und Herren! In der letzten Stadtverordnetenversammlung habe ich Ihnen Mitteilung davon gemacht, daß der Stadtmagistrat beabsichtigt, Ihnen demnächst eine Vorlage wegen Errichtung einer Stadthalle zugehen zu lassen. Gestatten Sie mir freundlichst, heute kurz einzugehen auf eine Erklärung, die durch die Presse gegangen ist, und in der mir der Vorwurf gemacht wird, daß ich bei meiner Mitteilung in unzulässiger Weise mich gegen die hiesigen Gastwirte ausgesprochen hätte. Ich kann dazu nur erklären, daß mir nichts ferner gelegen hat, als den Gastwirten, unseren Hotelbesitzern usw.

irgendwie die Schuld daran zuzuschreiben, daß wir hier in bezug auf die Säle Zustände haben, die nach Ansicht des Magistrats allerdings der Stadt Braunschweig unwürdig sind. (Sehr richtig!) Wenn es so weit gekommen ist, daß wir bei der unglücklichen Lage, in der wir uns befinden, verschiedene Ersuchen, hier Ausstellungen zu veranstalten, ablehnen müssen, weil überhaupt keine geeigneten Lokale dafür vorhanden sind, wenn wir fortwährend gebeten werden, unsere Schulturnhallen, auch solche, die nicht ordnungsmäßig erleuchtet werden können, zur Verfügung zu stellen, damit Vereine oder Vereinigungen von Personen überhaupt Versammlungen abhalten können — das ist mehrfach der Fall gewesen —, so muß man sagen: Das sind Zustände, wie wir sie auf die Dauer in einer früheren Residenzstadt wie Braunschweig nicht dulden können. Die Abhaltung von großen Kongressen usw. in unserer Stadt ist durchaus wünschenswert, weil dadurch das wirtschaftliche Leben nach den verschiedensten Richtungen hin gefördert werden würde. Der Magistrat muß aber immer wieder erklären, daß kein geeignetes Lokal dafür vorhanden ist. Das ist ein Zustand, der nicht im allgemeinen Sinne unwürdig ist, aber der einer Stadt wie Braunschweig tatsächlich nicht würdig ist. Fern gelegen hat es mir, unseren Wirten die Schuld daran beizumessen. Ich weiß, daß unsere Gastwirte durch den Krieg in eine schwere Notlage geraten sind, aber an der Tatsache, daß es an geeigneten Lokalen für größere Versammlungen und Ausstellungen fehlt, ist doch nicht zu zweifeln. Das, was wir mit der Stadthalle zu schaffen beabsichtigen, wird ein einzelner kaum unternehmen können; ich glaube wenigstens nicht, daß sich irgend jemand dazu verstehen wird, ein derartiges großes Bauwerk auf seine Kosten herzurichten, denn das erfordert sehr große Mittel, und in der Mehrzahl der Fälle würde die Benutzung der Säle, wie wir sie in der Stadthalle schaffen wollen, Geld nicht einbringen. Wenn man große Mieten für die Hergabe der Säle erheben wollte, würde man das Versammlungsrecht in unglaublicher Weise beschränken. Davon können die Herren, die mich in dieser Sache angegriffen haben, überzeugt sein: Wenn der Magistrat nicht der Ansicht wäre, daß ein dringender Notstand in unserer Stadt vorliegt, den zu beseitigen wir die heilige Verpflichtung haben, dann würde der Magistrat Bedenken tragen, in einer Zeit, wie der jetzigen, wo die Finanzlage der Stadt eine so unglückliche geworden ist, Ihnen demnächst mit der Vorlage zu kommen, einen erheblichen Betrag für ein solches Bauwerk auszugeben.

4. Antrag Jahn, betr. Einführung der durchgehenden Arbeitszeit für die städtischen Beamten.

Stadtv. **Könneburg:** Meine Damen und Herren! Am 13. Februar ist ein dringlicher Antrag von Herrn Jahn eingegangen mit folgendem Wortlaut: „Der

Stadtmagistrat wird ersucht, im Interesse der Kohlen- und Lichtersparnis für die städtischen Beamten die durchgehende Arbeitszeit einzuführen. Nachdem nunmehr bei sämtlichen Staatsbehörden die durchgehende Arbeitszeit eingeführt ist, und zwar nachgewiesenermaßen ohne irgendwelche Störung oder Schädigung der Betriebe, wäre es im Interesse des Zusammenarbeitens mit diesen Behörden wünschenswert, wenn auch beim Magistrat die durchgehende Arbeitszeit eingeführt würde."

Bei der eingehenden Beratung des Antrages im Rechtsauschuß sind mancherlei Gesichtspunkte für und gegen den Antrag geltend gemacht worden. Der Rechtsauschuß hat es sich deshalb verjagt, Ihnen eine bestimmte Beschlußfassungsforniel vorzulegen, sondern überläßt es der Versammlung, selbst eine Entscheidung zu treffen; er hat es aber für seine Aufgabe erachtet, die einzelnen Punkte, die für und gegen den Antrag sprechen, zusammenzufassen und der Versammlung zu unterbreiten.

Gegen die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit wurde geltend gemacht: Es sei wenig zweckmäßig, in der jetzigen Zeit, wo unsere Einwohnerschaft und besonders die Frauen in so mannigfacher Weise in Anspruch genommen sind, die Dienststunden des Rathauses um 3 Uhr zu schließen, sondern es sei wünschenswert, es bei dem jetzigen Zustande zu belassen.

Als wichtiger Punkt wurde ferner angeführt: Die in ziemlicher Anzahl nötig werdenden Sitzungen der Kommissionen, der Deputationen, des Ernährungsaus- schusses usw. könnten nicht an den Vormittagsstunden abgehalten werden; sie werden in der Regel in die Spätnachmittags- oder frühen Abendstunden gelegt werden müssen, und dazu ist auch die Anwesenheit einer bestimmten Anzahl von Beamten nötig, damit eventuell Akten und Boten erreichbar sind. Wenn nun aber die Dienststunden der Beamten auf die Zeit von 8—3 Uhr gelegt werden sollten, wie es beantragt wird, dann würde es nötig sein, entweder eine bestimmte Anzahl von Beamten über die Dienstzeit hinaus an ihrem Plage zu behalten und ihnen dafür vielleicht in den Morgenstunden weniger Dienst zu geben, oder einen bestimmten Tagesdienst für einzelne Beamten einzurichten und ihnen dafür eine bestimmte Entschädigung zukommen zu lassen.

Sodann wurde bemerkt, daß die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit in den Stunden von 8—3 Uhr eine Verkürzung der Arbeitszeit sei, da bisher die Dienstzeit 8 Stunden gewährt habe und sie bei der durchgehenden Arbeitszeit nur 7 Stunden täglich betrage. Es ist übrigens von keiner einzigen Seite dagegen Einspruch erhoben worden, daß die Dienstzeit, wenn man die durchgehende Arbeitszeit einführen sollte, nur 7 Stunden betragen soll. Wenn nun die sieben- stündige Arbeitszeit eingeführt wird, so würde damit jedenfalls die Anstellung einer erheblichen Anzahl von weiteren Arbeitskräften nötig sein, um die Fülle der

Arbeiten erledigen zu können, wenn nicht, wie von den Freunden der durchgehenden Arbeitszeit geltend gemacht wurde, durch die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit die Arbeitsfreudigkeit entsprechend wachsen und dadurch ein gewisser Ausgleich geschaffen würde.

Ferner wurde gesagt, daß bei der durchgehenden Arbeitszeit damit gerechnet werden müßte, daß sogar eine Verminderung der Arbeitsleistung stattfinden würde, denn die siebenstündige ununterbrochene Arbeitszeit verursache eine so weitgehende Anspannung der geistigen Kräfte, daß die letzten Stunden eine Einschränkung der Leistungsfähigkeit bringen würden. Die Mittagspause sei dagegen fraglos eine gewisse Ausspannung; man mache dann gewissermaßen einen Spaziergang, erhole sich in frischer Luft, und insolgedessen wäre man um so eher in der Lage, am Nachmittag mit frischen Kräften an die Arbeit zu gehen.

Schließlich wurde angeführt, daß die Verpflegungsfrage für die städtischen Beamten bei der durchgehenden Arbeitszeit jetzt ziemlich schwierig sein würde. Es wurde darauf verwiesen, daß in einer anderen Stadt den Beamten Gelegenheit gegeben würde, ein warmes Frühstück zu sich zu nehmen — eine schöne Sache, die auch wir alle gern haben würden. Das ließe sich aber hier nicht schaffen, und den Beamten die Möglichkeit zu geben, im Rathauskeller sich die mangelnde Gelegenheit zu verschaffen, trüge man Bedenken.

Das waren wohl die hauptsächlichlichen Punkte, die gegen die durchgehende Arbeitszeit sprachen.

Von den Freunden der durchgehenden Arbeitszeit wurde vor allen Dingen die Ersparnis an Licht und Kohlen betont, die bei Einführung dieser Arbeitsweise fraglos eintreten würde.

Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß die Wohnungen der städtischen Beamten zum großen Teil so ziemlich an der Peripherie der Stadt liegen und die Beamten einen weiten Weg von ihrer Wohnung zur Arbeitsstätte zurückzulegen haben. Die Stadt wird in ihrer Ausdehnung mit der Eingemeindung der Vororte wachsen, und wenn die Aufhebung der Residenzpflicht mit in Betracht gezogen würde, dann würde damit zu rechnen sein, daß der Weg zur Arbeitsstätte für viele Beamte noch erheblich vergrößert wird, und dann könnte man von den beiden Mittagsstunden nicht sagen, daß sie eine Erholung brächten. Es wurde gesagt, dieser Weg sei auch eine Arbeit; einen $\frac{1}{2}$ oder $\frac{3}{4}$ Stunden langen oder noch längeren Weg doppelt zu machen, sei nur eine Abhegung. Im Sommer z. B. sei es bei der Mittagsglut durchaus keine Erholung zu nennen, und auf die Benutzung der elektrischen Straßenbahn sei wenig zu rechnen, so daß die Abspannung durch den Weg nur größer werden könne.

Ferner wurde darauf verwiesen, daß eine ganze Anzahl städtischer Beamten infolge der außerordentlichen Nahrungsmittelschwierigkeiten sich einen Schreber-

garten zugelegt hätte, und dieser müsse von irgend jemand versorgt werden. Das selbst zu tun, werde den städtischen Beamten leichter, wenn sie durchgehende Arbeitszeit hätten und am Spätnachmittage sich dem Schrebergarten widmen könnten. Demgegenüber wurde von der anderen Seite gesagt, dazu wäre der Sonnabendnachmittag da, oder man könnte auch den einen oder anderen Nachmittag für diese Arbeiten im Schrebergarten zur Verfügung stellen. Dagegen wurde erwidert: Wenn der Besitzer nur am Sonnabend nach dem Schrebergarten käme, so würde er schon allein genug zu tun haben, um das Unkraut auszurotten, das inzwischen gewachsen sei. Die Schrebergärten an sich seien eine durchaus begrüßenswerte Einrichtung, und es sei wünschenswert, daß die Beamten sich solche zulegten, um ihre Ernährung zu verbessern und auch, um ein gewisses Gegengewicht gegen die einseitige Bureauarbeit zu bekommen.

Die verminderte Arbeitszeit sei jedenfalls keine Verteuerung der Arbeitskräfte, denn sie würde aufgewogen durch eine größere Arbeitsfreudigkeit. Wenn man am Mittag die Arbeit aus der Hand lege und beim Wiederkommen sie aufs neue aufnehmen müßte, dann ginge auch damit Zeit verloren, was bei der durchgehenden Arbeitszeit nicht in Frage käme.

Dem Bedenken, das Publikum hätte sich an die jetzige Zeit der Offenhaltung der Bureauräume gewöhnt, wurde entgegengehalten, unsere Bevölkerung würde sich auch bald umgewöhnen; es habe sich besonders in der Kriegszeit an manche andere Sachen gewöhnt. Besonders verwiesen wurde dabei auf die Sonntagsruhe; auch da sei eine Umgewöhnung nicht für möglich gehalten. Man müsse deshalb auch jetzt für möglich halten, daß das Publikum sich der veränderten Bureauzeit anpassen würde.

Sehr wichtig ist jedenfalls noch das Argument, daß in Hannover, Breslau, Kiel und einer Reihe anderer Großstädte die durchgehende Arbeitszeit bei den städtischen Behörden eingeführt worden ist, und auf Erkundigungen, die der Magistrat eingezogen hat, ist berichtet, daß die Erfahrungen dort durchaus günstig seien.

Außerdem sei darauf zu verweisen, daß sämtliche staatlichen Behörden die durchgehende Arbeitszeit eingeführt hätten und sich keinerlei Unzuträglichkeiten, weder im Verkehr mit dem Publikum noch für die Beamten selbst, ergeben hätten. Im Gegenteil sei es festgestellt, daß die älteren Beamten, die sich zuerst gegen die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit gesträubt, nachher sich ebenfalls dafür ausgesprochen hätten.

Die Verpflegungsfrage — so ist von staatlichen Beamten geltend gemacht — hätte man zu lösen verstanden und glaube auch, daß sie von den städtischen Beamten gelöst werden könnte.

Für die Kommissionsitzungen glaubte man einen Ausgleich darin gefunden zu haben, daß man bestimmten Beamten Tagesdienst gibt und ihnen entweder eine

Entlastung in ihren Morgendienststunden oder einen entsprechenden Zuschuß für ihre Mehrleistung bewilligt.

Ich darf schließlich noch darauf verweisen — das ist den geehrten Damen und Herren ja schon bekannt —, daß heute noch eine Resolution der Aushilfsangestellten eingegangen ist, die dringlich sich dem Wunsche der Angestellten auf Einführung der durchgehenden Arbeitszeit anschließt, und zwar unter dem Hinweis, daß eine große Anzahl von privaten Betrieben die durchgehende Arbeitszeit eingeführt habe, und daß sie bei den staatlichen Betrieben durchweg besteht. Auch sie weisen auf die Gründe hin, die von mir für Einführung der durchgehenden Arbeitszeit angegeben sind, so daß ich mir verjagen kann, auf die Eingabe im einzelnen noch einzugehen.

Das waren die Gesichtspunkte, die in der Sitzung des Rechtsausschusses für und gegen die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit geltend gemacht sind. Es liegt nun im Belieben der geehrten Versammlung, sich pro oder contra zu entscheiden.

Stadtv. **Engmann:** Meine Damen und Herren! Ich gehöre zu den Freunden der durchgehenden Arbeitszeit und bin der Meinung, daß die Gründe, die gegen die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit angeführt werden, nicht so schwerwiegend sind als diejenigen, die dafür sprechen. Nachdem mindestens 80 Prozent der arbeitenden Bevölkerung (so schätze ich) die durchgehende Arbeitszeit schon haben, bin ich der Meinung, daß wir uns den Wünschen der städtischen Beamten nach Einführung der durchgehenden Arbeitszeit nicht verschließen. Auch ich bin der Auffassung, daß wir dadurch, daß man dem Wunsche der städtischen Beamten entspricht, nicht dazu gezwungen werden werden, mehr Aushilfsbeamte anzustellen. Ich appelliere an die Arbeitsfreudigkeit der Angestellten und bin der Meinung, daß ebenso wie der Arbeiterschaft, so auch der Beamtschaft im Ratshause die durchgehende Arbeitszeit zu gewähren ist.

Wenn gesagt wird, es würde schwer sein, bei Einführung der ungeteilten Arbeitszeit für die Kommissionsitzungen die Akten zu beschaffen, so glaube ich, die technische Ordnung dieser Sache können wir getrost dem Magistrate überlassen; eine Möglichkeit wäre ja die, daß an den Nachmittagen, wo Sitzungen stattfinden sollen, die in Frage kommenden Magistratsdiener und Beamten um 12 Uhr mit ihrem Dienst beginnen und so bis am Abend um 7 Uhr hier sind. Die Ordnung dieser Dinge betrifft wohl aber doch nur Kleinigkeiten.

Daß die Braunschweiger Bevölkerung später nicht mehr nach 3 Uhr im Ratshause ankommen kann, halte ich auch nicht für ausschlaggebend, denn die Bevölkerung Braunschweigs hat sich jetzt an so manche Neuerung gewöhnen müssen, so daß man auch bei dieser Neuerung nicht auf Widerstand stoßen wird. Zudem

könnent die Sachen im Rathause meistens von Familienangehörigen erledigt werden; es ist nicht nötig, daß der Haushaltsvorstand dazu selber erscheint. Also auch in der Beziehung sehe ich keine Bedenken.

Wenn ich ein paar Worte zu der Resolution der Aushilfsbeamten sagen darf, so möchte ich bemerken, daß die von ihnen verlangte Arbeitszeit, von 8 bis 3 Uhr täglich 7 Stunden und in der Woche ($6 \times 7 =$) 42 ausmachen. Nun wollen sich die Angestellten das gute Recht, das sie bisher gehabt haben, den Sonnabendnachmittag frei zu haben, nicht gern nehmen lassen, und so würden nur 5×7 und 1×5 Stunden, im ganzen also 40 Stunden Arbeitszeit in Betracht kommen. Da bin ich allerdings der Meinung, daß mir diese Forderung etwas zu weit geht. Die Arbeitsgemeinschaft der freien Angestellten verlangt eine täglich siebenstündige Arbeitszeit, das sind in der Woche 42 Stunden, und das könnte ich unterstützen. Zu dieser Arbeitsgemeinschaft der freien Angestellten gehören die Polierer, die Werkmeister, der Verband der Bühnengestellten, die Zuschneider, der Bund der technischen Angestellten und der Zentralverband der Handlungsgehilfen. Mit dieser 42stündigen Arbeitszeit müßten sich auch unsere Angestellten im Rathause zufrieden geben, wenn mit ihnen Rücksprache genommen wird, aber für eine 40stündige kann ich mich nicht aussprechen. Soweit ich orientiert bin über die Verhältnisse in der Beamtenschaft, würde nicht einmal soviel Wert darauf gelegt, unter allen Umständen dieses System der 40 Stunden durchzubringen, wie es in der Resolution niedergelegt ist; ihnen ist es vielmehr in erster Linie darum zu tun, die durchgehende Arbeitszeit zu erhalten, und diesem Wunsche können wir entsprechen. Ich möchte bitten, ihm zuzustimmen.

Stadtv. Schille: Meine Damen und Herren! Es ist meinem Fraktionskollegen Könneburg jedenfalls sehr schwer geworden, die Gründe gegen die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit hier vorzubringen. (Zuruf Könneburg: Sehr richtig!) Ich als Vertreter der Angestellten stehe natürlich auf dem Standpunkte der Resolution, die von den Aushilfsbeamten des Stadtmagistrats eingereicht ist, und möchte, um die Ausführung des Herrn Vorredners noch zu unterstreichen, besonders betonen, daß wir von der demokratischen Partei natürlich auch damit einverstanden sind, daß die durchgehende Arbeitszeit für die Beamten des Stadtmagistrats eingeführt wird.

Die Gründe, die dagegen ausgesprochen sind, z. B. der, daß die Kommissionssitzungen vielleicht dadurch etwas erschwert werden, daß die Akten usw. nicht durch die Beamten in der Nachmittagszeit herbeigeschafft werden sollen, sind so wenig stichhaltig, daß sie als Gründe gegen die Maßnahmen nicht in Betracht kommen können. Die Akten zu den Kommissionssitzungen sind lange vorher schon vorbereitet, und es kann sich höchstens darum handeln, daß vergessene Aktenstücke noch

vorgelegt werden sollen. Wir müssen uns auch jetzt oft genug damit abfinden, daß ein Punkt abgesetzt wird, wenn ein wichtiges Aktenstück fehlt oder der Beamte, der die Sachen bearbeitet, nicht zugegen ist. Dann wird sich in der nächsten Sitzung Gelegenheit finden, die Sache zu erledigen.

Jedenfalls möchte ich vom Standpunkte der Fraktion der deutschen demokratischen Partei wünschen, daß wir uns heute darin einig werden, daß für die Angestellten des Stadtmagistrats die durchgehende Arbeitszeit eingeführt wird. Die Frage, ob es sich dabei um eine siebenstündige oder siebeneinhalbständige Tagesarbeit handeln soll, ist wohl wenig belangreich; darüber werden wir uns jedenfalls noch einigen. Im allgemeinen ist an die durchgehende achtstündige Arbeitszeit gedacht, aber es gibt auch viele Betriebe, in denen die Angestellten 7 oder $7\frac{1}{2}$ Stunden arbeiten.

Daß die Arbeitsleistung durch Einführung der durchgehenden Arbeitszeit leiden sollte, halte ich für ausgeschlossen; nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, ist das Gegenteil der Fall. Wenn wir daran denken, daß jemand im Sommer eine halbe oder eine ganze Stunde Anmarsch zur Arbeit zu leisten hat, so ist er schon dadurch für die nächste halbe oder $\frac{3}{4}$ Stunden nicht fähig, in dem Umfange, wie wir es wünschen, sich der Arbeit im Bureau zu widmen. Die Betriebe an sich können, wenn die durchgehende Arbeitszeit eingeführt wird, durch die dadurch bedingte bessere Arbeitsfähigkeit der Beamten nur gewinnen; wir können jedenfalls nur dafür stimmen.

Stadtv. Salomon: Meine Damen und Herren! Wir haben es hier mit einem dringlichen Wunsche und einer dringlichen Bitte unserer städtischen Beamten zu tun, und die Gewährung dieser Bitte ist für mich etwas Selbstverständliches, wenn ich zurückblicke auf das, was die Beamtenschaft in den verfloßenen Kriegsjahren geleistet hat. Sie hat tatsächlich das menschenmögliche getan und hat dazu mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, wie wohl kaum ein anderer Stand, denn es ist und bleibt eine Tatsache, daß gerade die Festbesoldeten den wirtschaftlichen Druck in den verfloßenen Jahren und jetzt noch am allermeisten empfunden haben und empfinden. Das ist zunächst der ideelle Grund, der mich dazu bringt, um Gewährung dieser Bitte der Beamtenschaft zu ersuchen.

Weitere Gründe, die für Einführung der durchgehenden Arbeitszeit angeführt sind, halte ich für schwererwiegender als die dagegen geltend gemacht werden. Wenn beispielsweise auf die Schrebergärten hingewiesen wird, so ist es jetzt für den Beamten, wenn er es irgendwie nur ausführen kann, zu einer Nothsache geworden, sich wirtschaftlich so gut wie möglich zum Selbstversorger zu machen. Aber er muß Zeit haben, den Schrebergarten zu versorgen, und kann sich dabei nicht auf einen einzigen Nachmittag in der Woche beschränken.

Wenn gesagt wird, das Publikum werde sich vielleicht schwer an die veränderte Geschäftszeit im Rathaus gewöhnen, so möchte ich dem entgegenstellen, daß nach den Erkundigungen, die ich eingezogen habe, mir durchgehends von den Beamten gesagt ist, daß der Zugang des Publikums in den Nachmittagsstunden im Verhältnis zu dem des Vormittags nur außerordentlich gering ist, so daß die wenigen, die am Nachmittage im Rathaus erscheinen, um irgendwelche Sachen zu erledigen, sich sehr gut auch am Vormittag hierher werden bemühen können und sich sehr bald in den neuen Modus hineinfinden werden.

Ein schwerwiegender Grund für die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit ist für mich der, daß in anderen Städten, wo die Einrichtung besteht, durchaus gute Erfahrungen damit gemacht sind. — Dann noch ein familiärer Grund, der bisher nicht zur Sprache gebracht ist. In vielen Familien ist es der Fall, daß verschiedene Familienglieder im Erwerbsleben tätig sind, und daß eine wesentliche Unruhe und Störung in das Familienleben dadurch hineinkommt, daß der eine Angehörige der Familie durchgehende Arbeitszeit und der andere geteilte Arbeitszeit hat. Am besten können diesen Uebelstand, wie ich glaube, unsere Hausfrauen beurteilen, die auf diese Weise tatsächlich aus der Küche nicht herauskommen. Es kommt keine Ruhe und Stetigkeit in die Familien; und das Haus soll doch der Ort sein, wo wir in der Unruhe dieser Zeit uns sammeln müssen.

Auch die Verpflegungsfrage läßt sich lösen, und daß sie gelöst werden kann, beweisen uns die Beamten bei den anderen Behörden, von denen ich durchaus zufriedenstellende Auskunft erhalten habe. Ich möchte aus all den Gründen dringend bitten, dem Wunsche der städtischen Beamten zu entsprechen und ihnen die durchgehende Arbeitszeit zu gewähren.

Wenn von einem der Herren Vorredner bemängelt wurde, daß eine vierzigstündige Wochenarbeitszeit zu gering sei, und eine Parallele von ihm gezogen wurde lediglich mit Leuten, die körperlich tätig sind, so trifft das nicht zu. Es ist nach meiner Überzeugung eine rein geistige Arbeit nicht ohne weiteres stundenmäßig mit körperlicher Arbeit zu vergleichen. Viele Angehörige der Berufsgruppen, die der Herr Vorredner anführte, arbeiten in frischer Luft, und das ist etwas anderes als die Beschäftigung im Bureau. Jene Arbeit nimmt das Nervensystem nicht so mit wie die beständige Bureauarbeit, besonders wenn sie im Sitzen ausgeführt werden muß. Ich möchte deshalb auch das Gesuch der Hilfsbeamten unterstützen, in dem eine vierzigstündige Arbeitszeit gefordert wird in der Form, daß am Sonnabend nachmittag um 1 Uhr Schluß der Arbeit ist. Auch diesem Zusatzwunsche bitte ich beistimmen zu wollen.

Stadtv. **Stegmann:** Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen des Herrn Schille zu urteilen, schien die Einführung der durchgehenden Arbeits-

zeit eine Parteifrage zu sein. (Widerpruch bei der demokratischen Fraktion.) Er erklärte, die demokratische Partei ist selbstverständlich für die durchgehende Arbeitszeit. Im Gegensatz zu dieser scheinbar geäußerten Ansicht bin ich der Meinung, daß diese Frage keine Parteifrage ist (Sehr richtig!). Ich glaube, daß einige meiner Freunde, vielleicht sogar die Mehrheit, für die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit eintreten werden. Ich persönlich bin ein Gegner dieser Einführung. Ich bin allerdings der Meinung, daß der Bitte der Angestellten, wenn es irgend möglich wäre, nachgekommen werden müßte, aber es ist zu erwägen, ob die durchgehende Arbeitszeit für die städtischen Beamten durchführbar und angebracht ist. Es muß folgendes erwogen werden: Leidet der städtische Betrieb darunter oder nicht? Wird nicht gerade dadurch, daß während der Zeit, wo die Kommissionsitzungen stattfinden müssen, ein Teil der Beamten länger arbeiten muß, Unfriede unter den Beamten gefät? Werden nicht bedeutende Kosten durch die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit hervorgerufen? Hätten die Beamten den Antrag gestellt, ihre Arbeitszeit um eine Stunde zu verkürzen, so ist es fraglich, ob man dem ohne weiteres entsprochen hätte. Jetzt aber kommen sie mit der Forderung der durchgehenden Arbeitszeit und zugleich Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde. Ich bin der Meinung, daß eine achtstündige durchgehende Arbeitszeit für die geistigen Arbeiter zu lang ist; sie erschläßt die Arbeiter so, daß sie in den letzten Stunden nicht in genügendem Maße leistungsfähig sind. Es sieht für mich fest, daß in dem Falle, daß nur sieben Stunden lang gearbeitet wird, unzweifelhaft nicht dasselbe geleistet werden kann wie bisher, daß mehr Kräfte eingestellt werden müssen, was eine Belastung des städtischen Etats verursacht. Wenn man bedenkt, daß die Gehälter wiederholt erhöht worden sind, und daß jetzt naturgemäß wieder Teuerungszulagen gewährt werden müssen, so soll man sich die Frage zweimal überlegen, ob die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit jetzt eben möglich ist.

Daß eine Ersparnis für Kohlen und Licht im Winter — mag sie nun klein oder wesentlich sein — erzielt wird, ist wohl selbstverständlich. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkte, daß die Befürchtung nicht so schlimm zu nehmen ist, wenn gesagt wird, daß die Beamten, die Schrebergärten haben, bei der geteilten Arbeitszeit dort nicht genügend arbeiten können. Es ist ja auch nicht nötig, daß die Beamten im Rathause um 8 Uhr mit ihrer Arbeit anfangen, das kann ja auch morgens um 7 Uhr geschehen, und der Schluß der Arbeitszeit würde dann nach der jetzigen Ordnung um 5 Uhr eintreten können. Dann wären sie wohl imstande, ihren Schrebergarten noch zu bearbeiten, da nach Wiedereinführung der Sommerzeit es in den Abendstunden länger hell bleibt. Auch meine ich, daß es wohl eine Erholung ist, wenn jemand, der vormittags geistig gearbeitet hat, mittags nach Hause gehen kann. Derartig weitläufig sind doch die Begeverhält-

nisse in Braunschweig nicht; wir leben doch nicht in einer Weltstadt wie Berlin oder Hamburg, wo es für die meisten Beamten unmöglich ist, in zwei Stunden wieder am Arbeitsplatz zu sein. Bei uns kann man mit der Elektrischen sehr gut in einer halben Stunde die Peripherie der Stadt erreichen, und es bleibt dann noch eine Stunde für das Mittagessen und für ein kleines Nickerchen. Zweifellos ist der geistige Arbeiter durch die Bewegung erfrischt, wenn er wieder in seine Arbeit eintritt.

Was Herr Salomon angeführt hat in betreff des Familienlebens, das spricht nicht für die durchgehende Arbeitszeit, im Gegenteil, es spricht dagegen. Ich habe gerade diesen Punkt in der Kommissionsitzung angeführt und gesagt, daß es vielen Familienmitgliedern nicht möglich sein würde, bei der durchgehenden Arbeitszeit mit den übrigen Familienangehörigen gemeinsam bei Tisch zusammenzutreffen. Es ist in Braunschweig doch im allgemeinen Sitte, daß von 12 bis ½2 Uhr zu Mittag gegessen wird. Wenn nun aber einzelne Familienglieder erst um 4 Uhr nach Hause kommen, dann würde ihnen das Essen warmgestellt werden müssen, oder die übrigen müssen warten und während der Zwischenzeit Brot essen, das ohnehin sehr knapp ist, um sich bis dahin durchzuhelfen. Daß das jetzt gerade ungünstig wirken wird, ist selbstverständlich. Gerade weil die Dinge so liegen, müßte man im Interesse der Hausfrauen, die kein Dienstmädchen halten können, dafür sorgen, daß sie endlich um 2 Uhr mit der Küche fertig sind und aus ihr herauskommen. Wenn aber einzelne Familienangehörige erst später zum Mittagessen erscheinen, dann kommt die Hausfrau überhaupt nicht aus der Küche heraus.

Schließlich bin ich der Meinung, daß auch der Appell an die Arbeitsfreudigkeit der Beamten nicht dazu beitragen wird, daß die Arbeitsleistung in der kürzeren Zeit bei der durchgehenden Arbeitszeit dieselbe ist wie bei der geteilten Arbeitszeit. Zweifellos müssen bei Einführung der durchgehenden Arbeitszeit in Zukunft mehr Beamte angestellt werden, und das müßte bei unserer Entscheidung berücksichtigt werden.

Stadtv. **Genzen:** Ich bin anderer Meinung als mein Freund Stegmann. Man sieht aus den Ausführungen der Herren Salomon und Stegmann, wie richtig der Satz ist: Mit Worten läßt sich trefflich streiten. Von dem, was Herr Salomon im Interesse der Familie liegend anführt, sagt Herr Stegmann, das Gegenteil treffe zu. Wer hat nun recht? Es wird schon so sein, daß das Rechte in der Mitte liegt.

Was nun die ganze Frage betrifft, so ist auch hier zuzugeben: Wo Licht ist, da sind auch Schattenseiten zu finden. Die Schattenseite des Antrages ist darin zu finden, daß die Beamten mit der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit

auch eine Verkürzung der Arbeitszeit verbunden haben wollen, und das macht für manchen meiner Freunde die Pille etwas saurer, und zwar nicht, weil sie im Prinzip dagegen sind, aber wir können uns dem nicht verschließen, daß in der jetzigen Zeit, wo so viel Arbeit zu bewältigen ist, wie nie zuvor, wo wir — wie schon Herr Stegmann sagte — Gehaltserhöhungen und Teuerungszulagen über Teuerungszulagen geben müssen, wenn die Arbeit bewältigt werden soll, bei der verkürzten Arbeitszeit noch einige Beamte anstellen müßten. Nun wird gesagt, mit der durchgehenden Arbeitszeit sei auch eine größere Leistungsfähigkeit der Beamten verbunden. Ob das wohl bei der jetzigen schlechten Ernährung der Fall ist? Ich glaube, dazu kann man wohl ein Fragezeichen setzen. Ich bin der Meinung, daß die Beamten den Hauptwert auf die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit legen, und daß sich über die Dauer der Arbeitszeit später mit den Beamten reden lassen würde. Wenn wir uns im Prinzip damit einverstanden erklären, daß die Arbeitszeit eine durchgehende wird, dann wäre es auch möglich, eine Mittellinie zu finden, vielleicht eine siebeneinhalbstündige Arbeitszeit einzuführen.

Herr Stegmann ist auch der Meinung, und hat das in der Kommission ausgeführt, daß es unangenehm sein würde, wenn der Betrieb im Rathaus um 3 Uhr aufhört, und ein Teil der Arbeiter, der um 4 oder 5 Uhr Feierabend macht, seine Geschäfte im Rathaus nicht mehr besorgen könne. Dazu muß ich sagen, was schon Herr Engmann angeführt hat: Man hat sich in so manchen Sachen anders gewöhnen müssen, an das man früher nie gedacht hat, und das man für unmöglich hielt. Was ist nicht alles in den letzten 15—20 Jahren neu eingeführt! Ich erinnere an die Sonntagsruhe, von der die Ladenbesitzer vorher sagten, daß ihnen damit der Bankerott vor die Tür gesetzt würde. Sie fragten: „Was wollen die Leute mit ihrer freien Zeit anfangen? Sie werden uns die Kassen bestehlen und das Geld verlutern“. Dieselben Herren, die damals so urteilten, werden die damaligen Zeiten nicht zurücksehnen, und genau so wird es auch in diesem Falle sein. Das Publikum wird sich an die Änderung gewöhnen müssen; es braucht ja nicht der Haushaltungsvorstand zu sein, der die Geschäfte hier besorgt, das kann auch von der Frau oder von den Kindern geschehen.

Dann wurde von Herrn Stegmann angeführt, es sei für den geistigen Arbeiter eine Erholung, wenn er ausspannen kann, wenn er mittags nach Hause gehe und zu Mittag essen kann. Wie liegen denn die Verhältnisse in Wirklichkeit? Im Sommer bei der großen Hitze kann man von einer Erholung nicht sprechen, wenn jemand eine halbe Stunde erst laufen muß, dann schnell sein heißes Mittagessen hinunterstürzen muß, knapp einen Blick in die Zeitung werfen und darauf wieder zurücklaufen muß, um rechtzeitig im Bureau zur Stelle

zu sein. Im Winter, bei Schlackervetter, und mit undichten Stiefeln ist es erst recht keine Erholung, den Weg zu machen.

Wenn sodann die Frau in Schutz genommen wurde, so ist das in der Kommission von Frau Friedrich schon beleuchtet. Es ist erklärlich, daß die Frau aus der Küche nicht herauskommt, wenn die Familie erst um $\frac{1}{4}$ zum Mittagessen kommt, aber ich bin der Meinung, daß die Mehrzahl der Frauen dies in den Kauf nehmen wird, weil sie weiß, daß sie dann den ganzen Nachmittag und Abend mit dem Mann zusammen verbringen kann.

Nicht von der Hand zu weisen ist die Rücksicht auf die Schrebergärten. Wenn sie früher als ein Luxus angesehen wurden und die Rede davon als Schlagwort benutzt wurde, so ist es heute eine Notwendigkeit, daß die städtischen Einwohner sich einen Schrebergarten anlegen. Es ist gewissermaßen eine Einnahmequelle mit, und dem Beamten muß Zeit gegeben werden, damit er seinen Verdienst durch die Erträge des Schrebergartens etwas fördern kann.

Es liegen jetzt auch Erfahrungen über die ungeteilte Arbeitszeit genügend vor. In den größeren Fabriken und in 80 Prozent der kleinen Fabriken hat man die durchgehende Arbeitszeit, aber niemals werden Sie gehört haben, daß man die englische Arbeitszeit, wo sie eingeführt war, wieder rückgängig gemacht hat; mag es vielleicht in den ersten Anfängen geschehen sein, so ist das doch in den letzten Jahren nicht geschehen. Ich weiß allerdings auch, daß es Ärzte gegeben hat, die der englischen Arbeitszeit nicht das Wort geredet haben, sondern dagegen gesprochen haben. Im großen ganzen aber muß man sagen, daß sie sich gut bewährt hat und keiner die Zeit zurücksehnt, wo sie noch nicht eingeführt war. Besonders im Sommer ist es von großem Wert, wenn man den Nachmittag und Abend für sich hat und dann noch etwas vornehmen kann. Ich möchte im Gegensatz zu meinem Freunde Stegmann empfehlen, der durchgehenden Arbeitszeit zuzustimmen, die Frage der Länge der Arbeitszeit offen zu lassen und mit den Beamten zu verhandeln, ob sie nicht mit der Einführung der siebeneneinhalbstündigen Arbeitszeit vorlieb nehmen würden.

Stadtb. Reiskner: Meine Damen und Herren! Bereits am 16. Dezember vorigen Jahres hat der Verein der städtischen Beamten in einer Eingabe den Magistrat gebeten, er möge die durchgehende Arbeitszeit, und zwar von 8—3 Uhr, und Sonnabends von 8—1 Uhr einführen. Leider hat sich die Sache durch die Erhebungen bis jetzt verzögert. Es ist der Versammlung heute eine Resolution des Ausschusses der Hilfsangestellten beim Stadtmagistrat zugegangen, in der derselbe Wunsch ausgesprochen wird. Sie sehen daraus, daß es der allgemeine Wunsch der städtischen Beamten und Angestellten ist, diese durchgehende Arbeitszeit eingeführt zu sehen. Die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit liegt nicht nur im Interesse der Beamten, sondern auch mit im dienstlichen Interesse.

Als Gegengrund wurde von dem Herrn Berichterstatter unter anderem angeführt die Zeit zum Einkaufen. Ja, in welcher Zeit soll denn der Beamte einkaufen, wenn die Geschäfte in jetziger Zeit von 1—3 geschlossen sind? Das ist doch gerade die Zeit, wo die Beamten dienstfrei sind. Wenn sie vom Dienst zum Mittagessen gehen, sind die Läden geschlossen, und um 3 Uhr, wenn die Beamten wieder ihren Dienst antreten müssen, sind die Läden noch nicht wieder geöffnet. Wird aber die durchgehende Arbeitszeit eingeführt, dann kann der Beamte noch um 3 Uhr seine Einkäufe machen.

Des weiteren wurde von Herrn Engmann angeführt, es kämen bei der gewünschten durchgehenden Arbeitszeit wöchentlich nur 40 Dienststunden heraus. In dieser Beziehung möchte ich darauf hinweisen, daß schon im Jahre 1905 in der städtischen Bauverwaltung die Dienstzeit im Winter sieben Stunden und im Sommer 7½ Stunden betrug, und daß erst allmählich diese Erweiterung auf acht Stunden eingetreten ist. Es ist selbstverständlich, daß die durchgehende Arbeitszeit nicht so lange währen kann wie die geteilte Dienstzeit. Aber man kann auch nicht so rechnen, daß bei der Dienstzeit von 8—3 Uhr wöchentlich 40 Stunden herauskommen, wenn der Sonnabendnachmittag frei bleibt. Ich möchte daran erinnern, daß viele Überstunden geleistet werden müssen. Die 42 Stunden Arbeitszeit in der Woche werden meines Erachtens noch überschritten, denn der Beamte kann nicht, wie der Arbeiter, um 3 oder 4 Uhr einfach seine Hacke fallen lassen; er muß auch häufig mehrere Stunden länger im Bureau bleiben, um notwendige Arbeiten zu erledigen.

Ich bitte Sie, dem Antrage zuzustimmen, daß dem Wunsche der Beamtenenschaft entsprechend die durchgehende Arbeitszeit von 8—3 Uhr und Sonnabends von 8—1 Uhr eingeführt wird, und zwar möglichst schon vom nächsten Montag, dem 17. März an.

Schließlich beantrage ich zur Geschäftsordnung namentliche Abstimmung.

Stadtv. **Marth:** Meine Damen und Herren! Es ist in der ganzen An gelegenheit schon viel für und gegen gesprochen, und die verschiedenen Gesichtspunkte, die zur Beurteilung ausschlaggebend sein können, sind herangezogen. Im großen ganzen bin ich ein Freund der durchgehenden Arbeitszeit, aber ich habe das Bedenken, daß ein Teil der Beamten diese durchgehende Arbeitszeit nicht wünscht. Ich habe mit einigen Beamten Rücksprache genommen, und mir gegenüber haben sich dabei verschiedene Beamte gegen die durchgehende Arbeitszeit ausgesprochen, und zwar mit der Begründung, daß wenigstens den älteren Beamten diese Umwälzung in ihrer Lebensweise nicht angenehm ist. Ferner möchte ich be merken, daß von alle den Rednern, die zu dieser Angelegenheit gesprochen haben, nur von geistiger Arbeit die Rede ist. Wenn sie aber eine durchgehende Arbeitszeit für die städtischen Beamten einführen, so muß das selbstverständlich für

sämtliche städtische Beamte geschehen, und dazu gehören auch die Außenbeamten. Ich möchte mir die Frage erlauben: Wie stellt sich der Magistrat zu der Arbeitszeit der Außenbeamten, der Aufseher, Kontrolleure usw.? Es ist recht und billig, daß die durchgehende Arbeitszeit nicht nur einer Beamtengruppe, sondern sämtlichen Gruppen gewährt wird, sonst würde eine Erbitterung unter den Beamten Platz greifen.

Daß das Material sehr verschieden behandelt werden kann, wird schon dadurch gezeigt, daß die Ausschuß nicht in der Lage war, in der Vorberatung einen bestimmten Beschluß herbeizuführen; die Meinungen waren schon dort so verschieden, daß eine Abstimmung nicht möglich war. Ich halte es für nötig, daß diese Sache noch einmal geprüft wird, um die Bedenken, die geäußert sind, noch einmal durchzusehen. Auch möchte ich bemerken, daß es bei einer solchen Frage unbedingt erforderlich ist, daß die Beamtenorganisationen gehört werden. Bisher liegt nur die eine Petition der Aushilfsangestellten vor, und sonst ist von einer Beamtengruppe niemals Stellung dazu genommen. (Zuruf: Am 16. Dezember vorigen Jahres!)

Ich möchte den Magistrat erjuchen, eine Erklärung darüber abzugeben, wie es mit den Außenbeamten gehalten werden soll. Wenn alle Beamten in die durchgehende Arbeitszeit eingeschlossen werden sollen, dann will ich und ein Teil meiner Freunde für ihre Einführung stimmen.

Stadt v. **Frede:** Meine Herrschaften! Eine Parteilache ist wohl diese Frage nicht, sonst würden wir begründete Furcht für das Weiterbestehen der Fraktion da drüben haben können. (Heiterkeit.) In dieser Frage können sonst Zusammengehörige tatsächlich verschiedener Meinung sein, denn es sind viele Gründe für und gegen die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit in dem objektiv gehaltenen Vortrage des Herrn Referenten vorgeführt worden. Es mag der persönliche Standpunkt hier und da geltend sein, um diese Gründe zu bewerten, jedenfalls muß gesagt werden, daß diejenigen, die sich gegen die durchgehende Arbeitszeit erklären, nicht ohne weiteres als Gegner der Beamten hingestellt oder als solche von den Beamten angesehen werden dürfen.

Es sind in der Hauptsache gegen die durchgehende Arbeitszeit folgende Punkte angeführt: Die Bevölkerung — so wird von den Gegnern der durchgehenden Arbeitszeit gesagt — wünscht nicht, daß um 3 Uhr das Rathaus geschlossen wird, weil dadurch der Verkehr im Rathause erschwert würde. In der Hauptsache ist der Verkehr im Rathause jetzt um 1 Uhr abgeschlossen, und diejenigen, die in ihrem Berufe bis 1 Uhr zu tun haben, können keinen Verkehr im Rathause pflegen. Ich glaube, daß jener Einwand also nicht sehr stichhaltig ist, und erinnere besonders an den Massenverkehr im Rathause, der auch um 1 Uhr geschlossen wird.

Zweitens ist auf die Kommissionsitzungen hingewiesen, die in der gewohnten Zeit nur stattfinden könnten, wenn die jetzige geteilte Arbeitszeit aufrechterhalten wird. Da ist allerdings die Forderung zu stellen, daß den Beamten, die in der Zeit des Spätnachmittags bei Einführung der ungeteilten Arbeitszeit Dienst haben, eine besondere Entschädigung gewährt wird, oder daß eine Abwechslung im Dienste stattfindet. Wie ich gehört habe, sind die städtischen Beamten ohne weiteres zu einem solchen wechselweisen Eintreten bereit. Daß, wie Herr Schille jagt, ein Beamter ohne weiteres imstande ist, bei der Ausgabe der Akten und bei Auskünften für eine Kommissionsitzung tätig zu sein, ist nicht als richtig anzuerkennen. Ich erinnere an die Einschätzungskommission; da kann nicht ein beliebiger Beamter genommen werden, der die Akten besorgt, sondern es muß ein Beamter aus dem Steuerbureau sein, der vollständig eingearbeitet ist. Aber über diese Bedenken bin ich vollständig beruhigt durch die Erklärung der städtischen Beamten, daß sie bereit sind, einzuspringen.

Ferner ist gesagt, die siebenstündige Arbeitszeit würde die Einstellung von mehr Beamten nach sich ziehen — Herr Stegmann hob dies besonders hervor. Die ungeteilte Arbeitszeit habe einen schärferen Verbrauch der Arbeitskraft im Gefolge, und diese schärfere Arbeit sei nicht möglich zu leisten, so daß mehr Beamte angestellt werden müßten. Ob die Arbeitskraft sich in den sieben hintereinanderliegenden Arbeitsstunden zu sehr abnutzt, das kommt auf einen Versuch an. Ich bin der Meinung, daß die Beamten, wenn sie um 3 Uhr schließen, viel mehr imstande sind, ihre Kräfte für den folgenden Tag zu sammeln, ihre Gesundheit zu pflegen, als wenn sie abends nach Hause kommen und wenn sie, wie in der jetzigen Zeit, zu Mittag zum Essen in Hast nach Hause gehen und wieder zurückkommen. — Das Bedenken wegen der Verkürzung der Arbeitszeit von 8 auf 7 Stunden hat Herr Reißner schon widerlegt. Auch ich weiß, daß Überstunden geleistet werden, und solche Überstunden müssen doch mit berücksichtigt werden.

Nun wollen wir ganz ehrlich sein: der Hauptgrund der städtischen Beamten ist doch der, daß sie gern um 3 Uhr vom Dienst frei sein möchten. Sie möchten sich betätigen in der Natur, in ihren Schrebergärten oder sich ihrer Familie widmen. Diesen Grund billige ich vollkommen. Er ist nicht rein persönlich zu nennen und zu nehmen, sondern es kommen daraus auch Folgen, die für den Dienst fruchtbar zu machen sind, wie ich vorhin schon angedeutet habe. Die Gesundheit, die Nervenkraft, wird geschont, gestählt und der Beamte zu größerer Arbeitsfreudigkeit instand gesetzt. Die Arbeitsfreudigkeit ist für die Abwicklung der Geschäfte ein wesentlicher Faktor; sie würde leiden, wenn die städtischen Beamten sehen, daß an anderen Stellen, in den hiesigen staatlichen Betrieben oder in anderen Städten, die durchgehende Arbeitszeit eingeführt und möglich ist, während sie hier verweigert würde. Man erklärt von anderen Stellen, daß die ungeteilte

Arbeitszeit möglich ist, und daß man damit zufrieden ist; warum sollte es da ausgerechnet bei den städtischen Behörden in unserer Stadt nicht möglich sein? Ich befürchte sehr, daß so etwas keine gute Wirkung auf die Arbeitsfreudigkeit der städtischen Beamten ausüben würde.

Ich gönne es den städtischen Beamten von Herzen, daß sie eine Erleichterung in ihrem Dienste haben, und da ich keineswegs befürchte, daß die Leistungsfähigkeit der Beamtenchaft durch die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit herabgeht, sondern daß durch die Stärkung der Gesundheit mindestens aufgewogen wird, was durch die Kürzung der Dienststunden ausfallen soll, so erkläre ich mich für Einführung der durchgehenden Arbeitszeit.

Oberbürgermeister Reitemeyer: Meine Herrschaften! Der Magistrat hält den Wunsch der Beamtenchaft, in dieser Weise die Arbeitszeit geregelt zu sehen, für durchaus erklärlich. Wir sind nur bedenklich geworden, ohne weiteres auf die Sache einzugehen, weil wir Rücksicht zu nehmen haben auf die verschiedenen Bürger, die an unserer Verwaltung teilnehmen. Es ist dem Magistrat selbstverständlich nicht möglich, alle die Geschäfte, die besonders jetzt der Stadt obliegen, allein zu besorgen; es sind zahlreiche Kommissionen und Deputationen mit uns tätig, um die Stadt zu verwalten. Wenn wir diesen ehrenamtlich tätigen Mitbürgern etwa zumuten wollten, in der Zeit, wo hier von den Beamten gearbeitet werden soll, Sitzungen abzuhalten, so würde die Folge die sein, daß viele Damen und Herren erklären würden: Das ist uns nicht möglich; zu diesen Stunden können wir unsere Mitarbeit nicht zur Verfügung stellen. Neben diesem Bedenken hat der Magistrat aber auch noch dasselbe Bedenken, das Herr Marth vorhin geltend gemacht hat: der Unterschied zwischen den im Rathause beschäftigten Beamten und den Außenbeamten. Wenn wir etwa diese Außenbeamten anders behandeln wollten als die hier im Rathause beschäftigten, so würde dadurch eine große Unzufriedenheit entstehen. Das wäre nicht aus der Welt zu bringen, mögen wir es einrichten, wie wir wollen.

Ich bitte, es nicht übelzunehmen, wenn ich auch auf die augenblicklichen Magistratsmitglieder hinweise. Wie denken sich die Herren, die so entschieden für die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit eintreten, die Arbeitszeit der Magistratsmitglieder? Die Stadtverordneten verlangen meiner Ansicht nach mit Recht, daß bei den Kommissions- und Deputationsitzungen — bei diesen letzteren ganz selbstverständlicherweise — die Magistratsmitglieder zugegen sind. Sollen wir hier im Rathause von 9 bzw. $\frac{1}{2}$ 10 Uhr bis 3 Uhr durcharbeiten und dann zu den Kommissionsitzungen wieder zugegen sein? Das wäre sicher zu viel verlangt; auch unsere Arbeitskraft hat eine gewisse Grenze. Man kann unmöglich bis 3 Uhr im Bureau arbeiten und um 4 Uhr wieder zu Kommissionsitzungen antreten, die sich bekanntlich häufig sehr lange ausdehnen. Wollten wir etwa, um nicht matt

zu werden, schon um 11 Uhr unseren Dienst hier verlassen, so ist das schlechterdings unmöglich, denn wenn die anderen Beamten hier tätig sind, müssen am Vormittage auch die Magistratsmitglieder hier sein — das ist doch selbstverständlich. Wie wir also in der Sache vorgehen sollen, kann ich nicht sagen. Man könnte vielleicht — ohne daß der Magistrat das beschlossen hat — sagen: Der Hauptgrund, der von den städtischen Beamten geltend gemacht wird, ist der, daß sie im Sommer nicht in der Mittagshize den Weg machen wollen, daß sie überhaupt im Sommer am Nachmittage mehr frei haben wollen, und um dem entgegenzukommen, könnte man die durchgehende Arbeitszeit für den Sommer versuchsweise einführen und abwarten, wie sich die Sache bewährt. Eventuell müßte man im Winter wieder zu der geteilten Arbeitszeit zurückkehren. Das möchte ich Ihrer Erwägung anheimstellen.

Jedenfalls liegt uns daran, von Ihnen einen bestimmten Antrag zu erhalten, und ich kann ohne weiteres erklären: Steht die Stadtverordnetenversammlung auf dem Standpunkte, daß diesem Wunsche der Beamten Rechnung getragen werden muß, dann wird der Magistrat schwerlich in der Lage sein, zu sagen: Wir sind anderer Ansicht.

Herr Reißner hat nun gebeten, schon vom nächsten Montag an die Sache praktisch werden zu lassen. Herr Reißner weiß doch aber, daß der Magistrat regelmäßig am Donnerstag und am Montag seine Sitzungen abhält, daß also vor dem Montag kein Beschluß des Magistrats herbeigeführt werden kann. Wie sollte ich das zustande bringen? In dieser Woche ist jeder Nachmittag mit Kommissionsitzungen besetzt. Soll ich vielleicht in diesen Tagen den Magistrat besonders zusammenkommen lassen, damit er zu dieser Frage Stellung nimmt? Wir sind im höchsten Grade zweifelhaft gewesen, ob wir überhaupt auf die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit eingehen können, und es ist interessant, daß gerade Herr Reißner, der früher ein entschiedener Gegner der durchgehenden Arbeitszeit gewesen ist, eine solche Forderung stellt. Er hat in der Versammlung, die im Jahre 1912 abgehalten ist, die allerentschiedensten und trübtigsten Gründe gegen die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit vorgebracht. (Hört, hört!) Wie kann Herr Reißner jetzt die Einführung dieser Sache gleich vom nächsten Montag ab verlangen? Ich bin doch kein Pascha, der die Stadt regiert! Ich habe meine Kollegen im Magistrat zu fragen, wir müssen uns dort die Sache überlegen, und so schnell können wir die Entscheidung beim besten Willen nicht treffen.

Ich möchte die geehrte Versammlung bitten, einen bestimmten Beschluß zu fassen, damit der Magistrat dazu Stellung nehmen kann.

Stadtv. Nönneburg: Nur ein paar kurze Worte. Ich lege Wert darauf, nachdem ich als Kommissionsberichterstatter gesprochen habe, auch meinen persönlichen

Standpunkt klarzulegen. Selbstverständlich ist die Frage der durchgehenden Arbeitszeit keine Parteiache, aber wir sind in der erfreulichen Lage, in unserer Fraktion ziemlich einheitlicher Meinung über diese Sache zu sein, und deshalb konnte Herr Schilke so sprechen, wie er es getan hat.

Für mich sind in der Frage der durchgehenden Arbeitszeit zwei Gesichtspunkte maßgebend. Das erste ist der Standpunkt der städtischen Beamten, und der ist dahin präzisiert, daß die städtische Beamtenenschaft die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit wünscht. Das zweite ist die Rücksichtnahme auf das Publikum, und hier ist für mich ausschlaggebend, daß die Erfahrungen, die in anderen Städten mit der durchgehenden Arbeitszeit gemacht worden sind, nach den von dort erstatteten Berichten durchaus günstig sind; Unzuträglichkeiten haben sich nicht ergeben.

Schließlich ist zu verweisen auf die Erfahrungen, die bei den hiesigen staatlichen Behörden in dieser Sache gemacht sind. Gewiß ist ein Unterschied zwischen der Geschäftsführung bei den Behörden zu konstatieren, aber wenn ich an das Leihhaus denke, das auch einen lebhaften Verkehr mit dem Publikum aufweist, so bestärkt mich das in meiner Meinung.

Nun hat Herr Marth als Grundsatz geltend gemacht, daß das, was für die Innenangestellten recht ist, auch für die Außenangestellten billig sein müsse. Darin bin ich ganz seiner Meinung. Wenn aber Herr Marth wünschte, daß erst noch die Beamtenorganisationen gehört werden sollten, so liegt das gewiß daran, daß Herr Marth nicht genau unterrichtet ist. Der städtische Gemeindebeamtenverband, der die mittleren und unteren Beamten umfaßt, hat bereits am 16. Dezember v. J. eine Eingabe in diesem Sinne gemacht. Leider ist sie liegengeblieben, sonst hätte durch die durchgehende verkürzte Arbeitszeit schon manches an Licht und Feuerung gespart werden können, was auch von der linken Seite des Hauses gewiß grundsätzlich nur begrüßt werden kann, denn Sie sind doch immer — und mit Recht — für eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter eingetreten. Warum soll das nicht auch für die städtischen Beamten in gleicher Weise Geltung haben?

Wenn hingewiesen wird auf die mögliche Verteuerung der Arbeit für die Stadt, so muß ich daran erinnern, daß bei der Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter das Verteuerungsmoment keineswegs bestimmend gewesen ist, von einer solchen Forderung abzulassen. Ich bin einverstanden mit einer solchen Handhabung und freue mich, daß Herr Genzen meinen Standpunkt teilt. Daß wir immer Teuerungszulagen über Teuerungszulagen haben wünschen müssen, war durchaus nicht angenehm für uns, es wäre uns wohlher gewesen, wenn wir das nicht hätten zu tun brauchen.

Sodann möchte ich darauf verweisen, daß schon früher, im Jahre 1905, ein Teil der Beamten die siebenstündige Arbeitszeit gehabt hat, aber man hat sie

langsam heraufgeschoben — nicht verkürzt —; erst auf 7½ und dann auf 8 Stunden. Früher ist man schon einmal mit 7 Stunden Arbeit ausgekommen, infolgedessen wird es auch künftig möglich sein. Die Forderung der städtischen Aushilfsbeamten, daß der Sonnabendnachmittag frei sein soll, muß ich durchaus unterstützen. Es ist das ein Standpunkt, der auch von den Arbeiterorganisationen eingenommen wird, und meiner Ansicht nach mit Recht. Der Mensch ist nicht nur dazu da, um ins Joch gespannt zu werden, er soll auch als Mensch leben, und die schöne Formel 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden freie Zeit und 8 Stunden Schlaf gilt auch hier. (Zuruf: Hier werden 7 Stunden Arbeit gefordert.) Auch die siebenstündige Arbeit ist zu begründen. Meine Anführung soll nur ein Beispiel sein und ist nicht wörtlich zu nehmen, wie denn ja alle Beispiele hinken. Man muß doch einen Unterschied in der Art der Arbeit machen. Es ist ausgeschlossen, daß eine Anspannung in geistiger Beziehung ununterbrochen ausgeführt werden kann, und man muß einen verschiedenen Maßstab an geistige und an körperliche Arbeiten legen.

Die Mittagspause kann als keine Erholung angesehen werden, denn wenn jemand im Sonnenbrand oder bei schlechtem Wetter marschiert, dann erholt er sich nicht. Es geht damit nur kostbare Zeit verloren, was bei durchgehender Arbeitszeit hinfällig sein würde.

Der Herr Oberbürgermeister sagte, die Akten seien sehr oft für die Beratung nötig, aber die Beamten zur Ausgabe derselben würden bei der durchgehenden Arbeitszeit nicht immer am Platze sein. Dazu ist zu sagen: In der vorigen Sitzung sollte dieser Punkt beraten werden, aber der Herr Oberbürgermeister erklärte: Die Akten dafür sind nicht in der Sitzung vorhanden. Wenn sie nun das vorige Mal bei der geteilten Arbeitszeit nicht da sein konnten, dann wäre es auch möglich, daß sie auch bei der durchgehenden Arbeitszeit fehlen, das wäre aber auch ein so großes Unglück nicht, wir müßten die Sachen eben in der folgenden Sitzung durchnehmen.

Darin stimme ich dem Herrn Oberbürgermeister bei, daß Rücksicht auf die ehrenamtlichen Mitarbeiter genommen werden muß, und das kann durch entsprechende Legung der Kommissionsitzungen stattfinden. Auch der Magistrat hat ein Recht auf Berücksichtigung; er soll nicht nur leben lassen, er soll auch selbst leben. Es müssen die Dienststunden entsprechend festgelegt werden, und der Magistrat müßte um 1 Uhr Schluß machen, wenn um 4 Uhr Kommissionsitzungen sein sollen. Wenn ein Anschlag gemacht wird, daß an dem und dem Tage von 9 bis 1 Uhr Sprechzeit der Magistratsmitglieder ist, dann muß sich jeder damit begnügen; bei anderen Behörden ist das auch so.

Ich bin der Meinung, daß wir für diesen Sommer die Probe auf das Exempel machen, und glaube, daß die Erfahrungen so günstig sein werden, daß

wir dabei stehenbleiben werden. Es wird dann mit dieser Sache wohl genau so gehen wie mit der Sonntagsruhe.

Wenn Herr Reißner im Jahre 1912 gegen die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit sich ausgesprochen hat, so kann man sich seine Meinungsänderung dadurch erklären, daß der Krieg dazwischengekommen ist, und daß sich manches seit dieser Zeit grundfänglich geändert hat. Die Bedeutung der Schrebergärten hat sich während der Zeit gehoben, und manche andere Sachen sind noch dazugekommen.

Nun halte ich es für richtig, den Antrag Jahns, der in seiner jetzigen Fassung einige Mängel aufweist, durch einen anderen zu ersetzen. So sehr ich ihn unterstütze, so steht doch in dem Antrage Jahns z. B. nichts über die Dienststunden. Ich habe mir erlaubt, den Antrag nochmals zu fassen, und ich hoffe, die Form, die ich dem Antrage gegeben habe, wird auch im Sinne des Antragstellers sein. Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, baldmöglichst für die städtischen Beamten und Hilfsbeamten die durchgehende Arbeitszeit mit den Dienststunden von 8—3 Uhr und für den Sonnabend von 8—1 Uhr einzuführen.“

Stadtv. Spangenberg: Meine Damen und Herren! Wie wir aus den Ausführungen der verschiedenen Redner gesehen haben, sind die Ansichten über diese durchgehende Arbeitszeit verschieden. Ich bin Eisenbahnbeamter und war früher in Magdeburg angestellt. Dort haben wir mindestens 10 Jahre lang vergeblich dasselbe angestrebt, was hier erreicht werden soll. Auch wir hatten vielen Verkehr mit dem Publikum, und gegen unseren Wunsch wurde immer angeführt: Es ist nicht vereinbar mit der Rücksicht auf den Verkehr mit dem Publikum. Es kam die Revolution und mit ihr ein neuer Wind; sämtliche Beamte *f o r d e r t e n* jetzt die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit, und siehe da, alle früheren Bedenken wurden fallen gelassen. Die Gründe, die für und gegen die durchgehende Arbeitszeit angeführt sind, waren mir also seit langem bekannt, und ebenso konnte man bei den Ausführungen des Herrn Stegmann glauben, die Äußerung einer „hohen Behörde“ zu hören. Aber alle Gründe gegen die durchgehende Arbeitszeit sind kläglich zusammengefallen, für die Beamten und für die Arbeiter ist die durchgehende Arbeitszeit eingeführt, und es haben sich keine Unzuträglichkeiten ergeben. Ausschlaggebend dafür muß der überwiegende Wunsch der Beamenschaft sein, alle anderen Gründe sind weniger wichtig. Man soll ehrlich sein und zugeben, daß es der Wunsch der Beamenschaft ist, ein besseres Leben zu führen, bei dem sie imstande ist, auch ihrer Familie und den außerdienstlichen Zwecken leben zu können. Trägt man diesem Wunsche Rechnung, dann wird es auch die Beamenschaft ermöglichen, daß ohne Vermehrung der Arbeitskräfte ihre Arbeit geschafft wird. Wo der gute Wille da ist, läßt sich viel erreichen, und deshalb möchte ich befürworten,

daß nunmehr, wie bei anderen Behörden, die durchgehende Arbeitszeit auch für die städtischen Beamten eingeführt wird.

Stadtv. **Frau Goege:** Verehrte Anwesende! Im Interesse der städtischen Beamtinnen möchte ich ein paar Worte sagen. Es befinden sich unter ihnen nicht nur solche, die Familie haben, auf die sie sich verlassen können, sondern auch alleinstehende Beamtinnen und solche, die für andere zu sorgen haben. Diese leiden ganz besonders unter der geteilten Arbeitszeit. Bei den verheirateten Beamten übernimmt die Frau die Besorgungen, aber die unverheirateten und alleinstehenden Beamtinnen und solche, die für ihre Mütter zu sorgen haben, wissen nicht, wann sie die Besorgungen machen sollen.

Sodann muß ich sagen: Die Arbeitsunterbrechung in der Mittagszeit dient nicht zur Erholung für die Beamten; ich kann da aus Erfahrung sprechen. In der Regel werden z. B. auch im Schulleben die Stunden nach Tisch als für die Arbeit nutzlos betrachtet.

Über die Stellungnahme von seiten des Publikums ist zu sagen: Wir sind in der Kriegszeit gewöhnt worden, uns in viele Dinge zu schicken, die uns unbequem waren. Wie oft ist es schon vorgekommen, daß wir unter der Mittagszeit Schlag 1 Uhr vor geschlossenen Türen stehen. Dagegen ist es in der Bevölkerung angenehm empfunden, daß z. B. die Leihhausanstalt jetzt die durchgehende Arbeitszeit hat und bis 2 Uhr für das Publikum geöffnet ist. Ähnlich wird es auch bei den städtischen Behörden gehen; ich bin fest davon überzeugt, daß sich das Publikum bald daran gewöhnt haben wird, seine Sachen im Rathause bis 3 Uhr zu erledigen.

Weitere Ausführungen brauche ich nicht zu machen, vieles von dem, was ich sagen wollte, hat Herr Rönneburg schon angeführt.

Stadtv. **Jahns:** Meine werten Damen und Herren! Als Antragsteller möchte ich noch einige Worte zu dieser Sache sagen, obgleich ich gedacht hatte, daß es nicht nötig sein würde, über diese Angelegenheit noch viele Worte zu verlieren. Ich glaubte bei Stellung meines Antrages, daß in einer Zeit, wo seitens aller Parteirichtungen Anträge in sozialer Hinsicht gestellt werden, wo auch seitens der Regierungen den sozialen Bestrebungen Rechnung getragen wird, der Antrag auf Einführung der durchgehenden Arbeitszeit glatt angenommen werden würde, und hatte auch angenommen, daß der Magistrat Bedenken dagegen nicht hätte, sondern daß er dafür eingetreten wäre und die durchgehende Arbeitszeit sofort eingeführt hätte. Leider habe ich im Rechtsausschuß erfahren, daß die Sache anders ist, und so bin ich gezwungen, noch ein paar Worte zu der Sache zu sagen.

Ich will anerkennen, daß es bei einer Angelegenheit, die bisher noch nicht durchgeführt war, angebracht ist, Bedenken zu äußern und Nachfragen

zu halten. Da aber bei den Finanzbehörden in Braunschweig die durchgehende Arbeitszeit seit zwei Jahren mit Erfolg durchgeführt ist, könnte man wohl die Bedenken wegen der Ernährung fallen lassen und sich auf die berufen, die die neue Einrichtung praktisch erprobt haben und imstande sind, darüber ein Urteil zu fällen. Es handelt sich bei dem Widerstande gegen die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit vor allen Dingen um die Ernährungsfrage. Es wurde z. B. von Herrn Oberbürgermeister Ketemeyer ins Treffen geführt, daß der Rathauskeller in den Vormittagsstunden von den städtischen Beamten überfüllt sein würde, weil sie nötig hätten, dort ein warmes Frühstück einzunehmen. Ich glaube nicht, daß es angängig ist, so etwas anzunehmen. Wir haben in unserem Betriebe nie ein warmes Frühstück während des Vormittagsdienstes eingenommen und verlangen das auch nicht. Wir sparen das Kaffeebrötchen am Nachmittage ein und verzehren diese Stulle mittags im Bureau. Das braucht nur ein kleines Schnittchen zu sein. So sind wir auch bei den jetzigen Ernährungsverhältnissen vollkommen ausgekommen.

Dann ist die Frage angeknüpft, wann das Mittagessen eingenommen werden solle, wenn jemand Angehörige hat, die zu anderer Zeit frei sind. Wie ist es denn heute? Wenn jemand Angehörige im Geschäfte hat, so kommen sie um 12 Uhr nach Hause, der Beamte kommt um 1, und so ist schon jetzt eine Trennung vorhanden. Wenn also auch später eine Ungleichheit in der freien Zeit eintreten sollte, so würde das nicht nur den jetzigen Zuständen gleichen, sondern es würde im Gegenteil, wenn überall die durchgehende Arbeitszeit eingeführt ist, zu einer Besserung kommen. Schulunterricht ist z. B. jetzt am Nachmittag fast gar nicht mehr, und infolgedessen kommt das Bedenken, daß die Kinder wieder zur Schule müßten, nicht mehr in Frage.

Dann war die Ansicht aufgestellt, daß die Frauen entschiedene Gegner der durchgehenden Arbeitszeit seien, weil sie bei Einführung der durchgehenden Arbeitszeit nicht aus der Küche herauskommen würden. Ich muß das Gegenteil behaupten. Ich muß dagegen behaupten, daß die Frauen von Männern, die durchgehende Arbeitszeit haben, ganz entschieden für die durchgehende Arbeitszeit sind, und daß nur einige Außenseiter, die gern in die Konzerte und Damenkränzchen gehen und nicht früh genug dafür fertig werden, dagegen stimmen. Ich will diese Damenkränzchen nicht schlecht machen, aber die Frauen können ebenjogut eine halbe Stunde später zu ihrer Gesellschaft gehen und werden immer noch zu ihrem Rechte kommen. Das Familienleben wird bei der durchgehenden Arbeitszeit entschieden gefördert, und die Frau, die für ihren Mann und für das Familienleben Interesse hat, wird sich freuen, ihren Mann bei sich zu haben und mit ihm gemeinsam die Natur genießen zu können oder im Schrebergarten tätig zu sein.

Es liegt auch im Interesse des Dienstes, daß die durchgehende Arbeitszeit eingeführt wird. Zunächst wird an Licht und Feuerung gespart, und zweitens ist schon ausgeführt, daß die Arbeitsfreudigkeit der Beamten sich entschieden weiter steigern würde. Hat man eine Arbeit vor und weiß: „Du hast sie bis um 3 Uhr fertig“, dann kann man mit Eifer daran arbeiten. Muß man sie aber um 1 Uhr beiseitelegen und sich nachher um 3 Uhr wieder von neuem darin vertiefen, dann ist das eine Störung, und eine Ersparnis an Arbeitskraft ist dabei nicht zu erreichen. Das Gegenteil wird eintreten, denn schon die Lateiner sagten: *Plenus venter non studet libenter* — ein voller Bauch studiert nicht gern. (Zuruf: Auch mit leerem Magen arbeitet es sich schlecht.)

Vor allen Dingen möchte ich noch den weiten Weg in Betracht ziehen, der von vielen Angestellten zu machen ist. Es ist von einer Seite angeführt, daß der Weg in der Mittagspause eine angenehme Abwechslung wäre. Das könnte nur der Fall sein, wenn die Beamten alle in der Nähe der Innenstadt ihre Wohnung hätten; wenn wir z. B. in der Adolfsstraße wohnen könnten, wäre der Weg dahin und zurück vielleicht auch eine angenehme Abwechslung. Aber die mittleren und unteren Beamten sind nicht in der angenehmen Lage, solche teuren Wohnungen sich leisten zu können, dazu reichen ihre pekuniären Verhältnisse nicht aus. So haben die Beamten meistens einen weiten Weg zu machen, der schließlich zu einer Beschwernis für sie wird.

Schließlich möchte ich noch meiner Meinung Ausdruck geben, daß auch bei der durchgehenden Arbeitszeit die Länge der Arbeitszeit nicht beschnitten wird. Wenn jetzt an 5 Tagen 8 Stunden und am Sonnabend 5 Stunden lang gearbeitet wird, so macht das in der Woche 45 Arbeitsstunden aus, und wenn wir berücksichtigen, daß bei der durchgehenden Arbeitszeit die Unterbrechung der Arbeit während des Mittags wegfällt, dann ist anzunehmen, daß eine Schädigung der Arbeitsleistung nicht vorhanden ist.

Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen, daß die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit möglichst bald erfolgt.

Während der Rede des Stadtv. Jahnß hat Herr Stadtv. Munte den Vorsitz übernommen.

Vorsitzender Munte: Es haben sich zu dieser selben Sache noch 7 Mitglieder der Versammlung zum Wort gemeldet; das wollte ich noch mitteilen, ehe ich dem nächsten Herrn das Wort erteile.

Dann habe ich als augenblicklicher Vorsitzender zu erwähnen, daß mir eine Äußerung des Herrn Jahnß aufgefallen ist. Er sagte, der Herr Oberbürgermeister habe gemeint, daß bei Einführung der durchgehenden Arbeitszeit vielleicht die städtischen Beamten sich zur Einnahme eines warmen Frühstücks im Rathauskeller

versammeln und ihn überfüllen würden. Das habe ich nicht gehört, und wenn es der Herr Oberbürgermeister dennoch vielleicht in der Kommissionsitzung gesagt haben sollte, wohl mehr in scherzhafter Weise, so muß ich darauf aufmerksam machen, daß es zur Gepflogenheit der Stadtverordnetenversammlung gehört, Äußerungen aus der Kommissionsitzung in der öffentlichen Versammlung nicht mitzuteilen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich darf zu der Äußerung des Herrn Stadtv. Jahns folgendes bemerken: Es war mir mitgeteilt, daß in einem Teile der Fabriken, in welchen die durchgehende Arbeitszeit eingeführt ist, den Angestellten ein warmes Frühstück geboten wird, und dazu hatte ich allerdings in der Kommission gesagt, ich müsse befürchten, daß, wenn die Herren von morgens 8 bis nachmittags 3 Uhr arbeiten sollten, sie dann mit einem einfachen Frühstück nicht auskommen würden; es müßte dann auf ein warmes Frühstück Bedacht genommen werden. Ich glaubte allerdings nicht, daß es angängig wäre, daß unsere Beamten in den Rathauskeller gingen, um es dort einzunehmen. Es hat mir aber ferngelegen, anzunehmen, daß unsere Beamten schlechtweg ohne Erlaubnis den Rathauskeller zu diesem Zweck aufsuchen, oder wie Herr Jahns sich ausdrückte, ihn überfüllen würden. Davon habe ich kein Wort gesagt.

Stadtv. Frau Friedrich: Meine Damen und Herren! Grundsätzlich kann man der durchgehenden Arbeitszeit, wie sie in dem Antrage gefordert wird, wohl zustimmen, und auch ich wäre gern dafür, aber ich möchte andererseits doch auch den Standpunkt und die Stellung der Frau gewahrt wissen. Auch darüber ist hier schon viel für und gegen geredet worden. Es wurde gesagt, daß die Frauen die Befürchtung haben müßten, daß sie während des ganzen Tages nicht aus der Küche herauskämen. Dazu meine ich: Aus der Küche heraus kommen die Frauen, sobald sie zu Hause sind, sowieso nicht, ob nun die durchgehende Arbeitszeit eingeführt wird oder nicht. Herr Salomon sagte, es wäre ganz angenehm, wenn der Mann erst später käme, denn dann könne die ganze Familie zusammen essen, und das Familienleben könne mehr gepflegt werden. Aber es ist vielleicht auch eine Tochter da, die im Bureau arbeitet und keine durchgehende Arbeitszeit hat, und der 14jährige Junge kommt um ½2 Uhr nach Hause. Daß man sie mit einer Stulle abspeisen kann, ist doch undenkbar. Ich habe von vielen Frauen, deren Männer die durchgehende Arbeitszeit haben, darüber reden gehört; aber ich will gleich vorausschiden: Wenn es auch wieder ein Joch ist, das die Frauen auf ihre Schultern nehmen, so wollen wir das doch gern tun, wenn der Mann dadurch Vorteile hat. Eine Frau sagte mir: Wenn der Junge aus der Schule kommt, dann muß ich ihm eine dicke Suppe kochen, damit er satt wird, denn Brot kann ich ihm nicht geben. Noch nie waren die Ernährungsverhältnisse so schlecht, wie in dieser

Zeit, und deshalb kann ich nicht verstehen, weshalb man gerade jetzt so sehr auf Einführung der durchgehenden Arbeitszeit drängt. In einer solchen Zeit muß die Frau Bedenken haben, daß sie ihre Tischgäste nicht satt bekommt; jedenfalls wird das sehr schwer halten. Eine siebenstündige durchgehende Arbeitszeit ohne eine ordentliche Mahlzeit auszuhalten, ist sehr schwer, und das muß auch in Berücksichtigung gezogen werden. Wenn man dem Manne etwas Ordentliches ins Bureau mitgeben könnte, wäre es damit auch anders, aber wie die Verhältnisse nun einmal liegen, ist es sehr schwer. Auch der Herr Oberbürgermeister führte an, daß in manchen Fabriken den Angestellten ein warmes Essen zur Verfügung steht. Die meisten Arbeiter nehmen sich warmes Essen zur Arbeit mit, daß nun aber auch die Angestellten das Essen im Topfe mit ins Rathaus nehmen, das geht doch nicht. Es sind dort auch keine Einrichtungen zum Warmstellen vorhanden. Ich habe auch eine Tochter, die zum Mittagessen eine halbe Stunde Zeit hat. Sie nimmt ihr Töpfchen Essen mit, aber wenn im Sommer bei dem heißen Wetter die Suppe sauer wird und sie gar nichts hat, dann muß sie es sich auch gefallen lassen. Daß das Essen nicht so gut schmeckt, wenn es gewärmt wird, ist dabei selbstverständlich.

Sodann wurde angeführt, daß der Mann bei der jetzigen geteilten Arbeitszeit nicht Gelegenheit hat, Einkäufe zu machen. Ich weiß nun gar nicht, was jetzt der Mann noch einzukaufen hat! (Heiterkeit.) Ich könnte von meinem Mann überhaupt nicht verlangen, daß er etwas einkaufen soll; das muß ich immer selbst machen. Dann muß dem entgegengetreten werden, daß es eine Menge Frauen gebe, die am Vormittag die Besorgungen auf dem Rathause machen könnten. Sie haben doch bis 2 oder $\frac{1}{2}$ 2 Uhr in der Küche und für den Haushalt zu tun. Wer für 5—6 Personen kochen soll, hat mit dem Gemüseputzen und allem Drum und Dran so viel zu tun, daß er nicht die Zeit dazu hat, stundenlange Wege zu machen und nach dem Rathause zu gehen.

Dann wurde gesagt: Der Mensch soll auch als Mensch leben, und jeder soll seine Erholung haben. Ich gebe zu, daß das ein wahres Wort ist, aber an die Frau wird dabei nie gedacht. (Oho!) Das ist gewiß: Manche denken nicht daran, daß die Frau auch ein Mensch ist, sie kann den ganzen Tag arbeiten, aber eine Ruhepause hat sie nicht. Die Frau nimmt eben das Joch auf sich, um dem Mann das Leben angenehmer zu gestalten, aber diese Sache ist auch hier ganz vergessen worden, wie so oft schon.

Weiter ist von jener Seite angeführt worden, daß nur diejenigen Frauen gegen die durchgehende Arbeitszeit seien, die gern Konzerte und Kränzchen besuchen wollen. Ich meine: In dieser Zeit viel zu Konzerten zu gehen oder Kränzchen abzuhalten, dazu haben die Frauen in meinem Stande keine Zeit, und haben auch ganz und gar keine Gedanken dazu, denn die vergehen einem in dieser Zeit. So etwas anzuführen war wirklich etwas rücksichtslos. Ich habe mir die Be-

merkung auch nicht angezogen. Diejenigen Frauen, die viel in Konzerte gehen, haben für die Hausarbeit ihre Mädchen, und solchen Frauen ist erst recht an der durchgehenden Arbeitszeit gelegen, denn dann haben sie ihren Mann bei sich.

Wenn das Sprichwort angeführt wurde: „Ein voller Bauch studiert nicht gern“, so sagt man doch auch: „Ein hungriger Magen treibt nicht gern Politik.“ Ich meine: Wenn man mit hungrigem Magen 7—8 Stunden steht und arbeiten soll, so ist das auch keine Annehmlichkeit. Es ist mir auch gesagt worden, daß manche der jungen Mädchen ganz gern den Weg von einer halben Stunde machen und zu Hause ein richtiges Mittagsmahl verzehren, und daß sie dann zur Arbeit wieder frischer sind, als wenn sie nur eine Stulle essen sollen und dann um 3 Uhr mit ihrer Arbeit fertig sind.

Vorsitzender Munte: Es ist eben ein Antrag von den Stadtverordneten Dr. Wolters, Frede, Goeke, Wahrendorf, Marjchner, Meherhoff und Jahns eingegangen mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung erucht den Magistrat, die durchgehende Arbeitszeit für alle städtischen Beamten für das Halbjahr vom 1. April bis zum 1. Oktober dieses Jahres einzuführen.“

Stadtv. Tostmann: Es ist jetzt für und gegen den Antrag gesprochen, und ich glaube, die Aussprache kann nun als genügend angesehen werden. Wir haben noch eine Menge Punkte auf der Tagesordnung, und es wird geraume Zeit hingehen, bis wir sie erledigt haben. Ich beantrage Schluß der Besprechung.

Stadtv. Dr. Wolters (zur Geschäftsordnung): Ich bin mit dem Antrage auf Schluß der Besprechung völlig einverstanden, nur möchte ich mir die Erlaubnis erbitten, zu dem Antrage, den wir eben einschließlich des Herrn Antragstellers Jahns eingereicht haben, die Begründung vorzubringen.

Vorsitzender Munte: Ich halte es auch für richtig, daß die Frage durch die Besprechung genügend geklärt ist. Es haben sich die Herren für und gegen den Antrag genügend aussprechen können. Ich möchte die Frage an die Versammlung richten: Soll Herrn Dr. Wolters noch eine kurze Begründung für den eben eingebrachten Antrag gewährt werden und dann über die Anträge abgestimmt werden?

Stadtv. Marth (zur Geschäftsordnung): Ich halte es für zweckmäßig, die Debatte in diesem Augenblicke nicht zu schließen. Es werden durch den Antrag Wolters noch andere Momente in die Sache hineingetragen, so daß auch noch

andere Redner zum Worte kommen müssen, denen ich die Möglichkeit dazu nicht abgeschlossen sehen möchte.

Herr Stadtv. Wilh. Riefe II übernimmt den Vorsitz wieder.

Vorsitzender Riefe: Die Anträge Jahn's und Wolters sprechen nur von der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit, während in dem Antrage Rönneburg gleichzeitig die Festsetzung der Arbeitsstunden damit verknüpft ist. Ich halte es für richtig, zunächst darüber abzustimmen, ob die durchgehende Arbeitszeit an sich für wünschenswert gehalten wird, und zweitens, ob auch die angegebenen Stunden für die Arbeitszeit angenommen werden sollen.

Dem Schluß der Debatte stimmt die Versammlung einstimmig zu.

Darauf wird der Antrag Reißner auf namentliche Abstimmung abgelehnt.

Für grundsätzliche Annahme der durchgehenden Arbeitszeit meldet sich die überwiegende Mehrheit der Versammlung.

Für Festsetzung der Dienststunden von 8—3 Uhr und an den Sonnabenden von 8—1 Uhr entscheidet sich die Mehrheit.

Vorsitzender: Es würde sich nunmehr darum handeln, ob die Versammlung diese Ordnung als Probe betrachten will, wie es der Antrag Wolters vorsieht.

Stadtv. Frede: Dieser letzte Antrag, der eine versuchsweise Einführung der durchgehenden Arbeitszeit wünscht, hatte nur den Zweck, die sich gegenüberstehenden Ansichten zu vereinigen. Da die Mehrheit sich bereits grundsätzlich für Einführung der durchgehenden Arbeitszeit ausgesprochen hat, ist dieser Antrag als erledigt anzusehen.

5. Antrag Frede, Berechnung des Verbrauchs an elektrischer Energie für zeitweilig eingeschränkt gewesene gewerbliche Betriebe.

Stadtv. Stegmann: Herr Frede hat folgenden Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat erjuchen, bei dem zuständigen Reichskommissar dahin vorstellig zu werden, daß bei denjenigen gewerblichen Betrieben, welche während des Krieges aus Mangel an Arbeit oder Arbeitskräften stark eingeschränkt oder gar geschlossen waren, bei der Berechnung des Verbrauchs elektrischer Energie das letzte Friedensjahr zugrunde gelegt wird.“ Der Rechtsausschuß hat sich mit der Frage befaßt und kann Ihnen den Antrag nur zur Au-

nahme empfehlen, da er für sich selbst spricht. Schon vor dem Kriege hatten sich viele Kleinbetriebe, namentlich Tischlereien und Schlossereien zum Antriebe ihrer Werkzeugmaschinen elektrische Kraft zugelegt. Infolge des Krieges sind diese Betriebe ohne ihr Verschulden zurückgegangen, eine Anzahl von ihnen hat sogar gänzlich geschlossen werden müssen. Nun wird die Zuführung elektrischer Kraft an diese Betriebe darnach berechnet, was sie im letzten Kriegsjahre verbraucht haben, und der Rechtsausschuß steht einmütig auf dem Standpunkte, daß das eine große Ungerechtigkeit in sich schließt. Man sollte dafür eintreten, daß die Gewerbebetriebe, welche durch den Krieg ohnehin arg in Mitleidenschaft gezogen sind, nicht vollständig ruiniert werden, wie das durch die zu geringe Zubilligung von elektrischer Kraft der Fall sein würde. Es muß den Leuten dadurch wieder auf die Beine geholfen werden, daß für sie bei Bemessung der ihnen zu liefernden elektrischen Kraft mindestens der Verbrauch, den sie vor dem Kriege, im Jahre 1913, gehabt haben, zugrunde gelegt wird. Aus diesem Grunde empfiehlt Ihnen der Rechtsausschuß die Annahme des Antrages, wie er von Herrn Frede gestellt ist.

Stadtv. Lehnert: Einem großen Teile von Betrieben würde nach den jetzt bestehenden Bestimmungen überhaupt kein Bezug von elektrischer Kraft zugestimmt werden, weil von ihnen, wie z. B. in dem Betriebe, in dem ich tätig bin, im letzten Kriegsjahre überhaupt keine elektrische Kraft gebraucht ist. Auch ich möchte Sie deshalb ersuchen, dahin zu wirken, daß mindestens das Jahr vor dem Kriegsausbruch als maßgebend für Zumeßung der elektrischen Kraft angesehen wird, und bitte Sie, dem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag Frede wird angenommen.

6. Verwilligung eines Zuschusses für die kaufmännische Fortbildungsschule.

Stadtv. Ohlendorf: Der Staat, die Stadt und die Handelskammer zahlen Zuschüsse zur Erhaltung der kaufmännischen Fortbildungsschule. Seitens der Stadt ist gezahlt für das Jahr 1914/15 ein Betrag von 4300 M, für das Jahr 1915/16 rund 5000 M, für das Jahr 1916/17 nichts, aber für 1917/18 und für 1918/19 wiederum je 4300 M. In früheren Jahren wurden die Beträge namens der Stadt im voraus bezahlt, gemäß Verfügung des Staatsministeriums vom Jahre 1914 aber ist bestimmt, daß der Zuschuß erst nach Beendigung des Rechnungsjahres auf Grund des Abchlusses bewilligt werden soll. Es ist nun ein Irrtum vorgekommen, indem — wie ich schon angeführt habe — für das Jahr 1916/17 nichts gezahlt ist, was daher kommt, daß die Anforderung für dieses Jahr erst im Jahre 1918 geschehen ist und von dem Betreffenden irrtümlicherweise für das Jahr 1917/18 gebucht ist. Es ist also nicht die Absicht der Stadt

gewesen, für das Jahr 1916/17 nichts zu zahlen, sondern die Nichtzahlung beruht nur auf einem Irrtum. Die Handelskammer, Abteilung für das kaufmännische Unterrichtswesen, wünscht nun, daß der Betrag für das Jahr 1916/17 mit 4363,15 *M* nachträglich gezahlt wird, und der Magistrat ersucht, diese Summe aus der Umsatzsteuer zu bewilligen. Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen durch mich, dem Ersuchen des Magistrats stattzugeben und die 4363,15 *M* aus der Umsatzsteuer zu bewilligen.

Dem Antrage des Finanzausschusses wird entsprochen.

7. Nachträgliche Bewilligung von Kosten für Errichtung einer Ehrenpforte beim Einzuge der Truppen.

Stadtv. **Munte**: Der Stadtmagistrat hat es für angemessen gehalten, beim Einzuge der aus dem Felde heimkehrenden Truppen am Bahnhofe eine einfache Ehrenpforte errichten zu lassen. Da es dem Magistrat bekanntgegeben war, daß die Rückkehr der Krieger unmittelbar bevorstände, so war er genötigt, die Ausführung der Arbeiten anzuordnen, ohne daß zuvor ein Kostenanschlag angefertigt werden konnte, und er nahm dabei an, daß die Kosten die Summe von 200 *M*, über die der Magistrat selbständig verfügen kann, nicht überschreiten würden. Der Magistrat hatte aber nicht damit gerechnet, daß jetzt alle Preise und Löhne bedeutend in die Höhe gegangen sind, und so haben sich die Kosten für Errichtung der Ehrenpforte auf 579,86 *M* gestellt, ungefähr dreimal so viel, als der Magistrat angenommen hatte. Der Magistrat ist deshalb genötigt, die Stadtverordnetenversammlung zu ersuchen, sein Vorgehen nachträglich gutzuheißen und die entstandenen Kosten aus dem Verfügungsfonds der städtischen Behörden zu bewilligen. Die Finanzkommission hat dem zugestimmt und bittet die Versammlung durch mich, die nachträgliche Genehmigung auszusprechen.

Der nachträglichen Bewilligung stimmt die Versammlung zu.

8. Ersatzansprüche für in städtischen Gebäuden abhanden gekommene Kleidungsstücke.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Meine Damen und Herren! In der über diesen Punkt der Stadtverordnetenversammlung zugegangenen Vorlage sagt der Magistrat, es seien von verschiedenen hiesigen Einwohnern Ersatzansprüche an die Stadt geltend gemacht, weil ihren Kindern in den städtischen Schulgebäuden Kleidungsstücke gestohlen sind, und ebenso habe der Lehrer Lüdcke, dem im Schulgebäude des Waisenhauses sein Überzieher entwendet ist, und der Bureauassistent Schmidt,

dem der Überzieher im Rathause entwendet ist, um Erstattung des ihnen erwachsenen Schadens nachgesucht.

Bezüglich der Rechtslage sagt der Magistrat, es seien schon mehrfach gerichtliche Entscheidungen dahin ergangen, daß die Gemeinden für Entwendung von Kleidungsstücken der Schulkinder in gehobenen Schulen bei ungenügender Sicherung der Kleidungsstücke deshalb haften, weil es sich bei Benutzung dieser Art von Schulen um ein Vertragsverhältnis handle, mithin die Gemeinden nach § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuches jede Fahrlässigkeit zu vertreten haben. Dagegen sei in den Fällen, wo es sich um Entwendung von Kleidungsstücken aus Schulgebäuden für Pflichtschulen handle, wahrscheinlich, daß die Ersatzpflicht der Gemeinde anerkannt werden würde, wenn sie nicht nachzuweisen vermöge, daß sie die im Verkehr erforderliche Sorgfalt aufgewendet habe. Der Magistrat sei deshalb schon seit Jahren bemüht gewesen, durch entsprechende Anordnungen Diebstähle der fraglichen Art zu verhüten, aber völlig ausgeschlossen seien sie auch bei diesen Maßnahmen nicht. Im besondern habe sich während des Krieges eine strenge Befolgung der getroffenen Anordnungen nicht erzwingen lassen, weil vielfach die Turnhallen zur Lagerung von Brotgetreide, einzelne Schulkeller zur Lagerung von Kartoffeln benutzt werden mußten, und in letzter Zeit eine größere Zahl von Schulen für die zeitweilige Unterbringung der zurückkehrenden Krieger zur Verfügung gestellt werden mußte. Es sei ferner auch nicht möglich gewesen, die Diebstähle dadurch zu vermindern, daß während der Unterrichtszeit das Betreten der Schulgebäude schlechthin verboten wird, denn es seien von den Schulleitern dagegen erhebliche Bedenken geltend gemacht. Alle die angewandten Vorsichtsmaßregeln haben es nicht verhüten können, daß Diebstähle in den Schulräumen vorgekommen sind.

Nun wird in mehreren Fällen ohne weiteres die Haftung der Stadt wegen der im Lyzeum vorgekommenen Diebstähle bei den Schülerinnen Moll und Göbcke anerkannt, in andern Fällen, in denen Kleidungsstücke von Schülern gestohlen sind, liegt nach Ansicht des Magistrats eine Pflicht der Stadt, den Schaden zu ersetzen, nicht vor. Gleichwohl möchte aber der Magistrat den Ersatz aus Billigkeitsgründen empfehlen, weil es sich durchweg um minderbemittelte Einwohner handelt. In alle diesen Fällen, wo es sich um Diebstähle von Kleidern der Schüler handelt, jagt der Magistrat die Entschädigung zu und empfiehlt den Stadtverordneten, dem zuzustimmen.

In den beiden andern Fällen, die den Lehrer Lüdke und den Bureauassistenten Schmidt betreffen, verneint der Magistrat, daß die Stadtgemeinde haftbar ist. Der Fall Lüdke betrifft den Fall, daß ein Heizer das verschlossen gewesene Zimmer, in dem der Überzieher des Lehrers Lüdke hing, auf kurze Zeit betreten hat. Während dieser Zeit ist auch eine Lehrerin in das Zimmer hinein-

gekommen. Der Heizer hat sich dann entfernt, die Lehrerin hat später das Zimmer verlassen und vergessen, das Zimmer wieder zu verschließen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß der Diebstahl durch das Verschulden eines Dritten entstanden ist und deshalb die Stadt nicht haftbar sei.

Im Falle Schmidt liegt die Sache so, daß der Bestohlene in der vor den Zimmern 30 und 31 im Rathause gelegenen Garderobe entgegen der Warnung seines Vorgesetzten seinen Mantel belassen hat und dort der Überzieher entwendet ist, so daß in diesem Falle ein eigenes Verschulden des Betreffenden vorliegt.

Nichtsdestoweniger empfiehlt der Magistrat, in diesen beiden Fällen ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen und den Ersatz der Hälfte des Schadens unter der Bedingung zu empfehlen, daß beide Bestohlene auf weitere Ansprüche verzichten.

Im ganzen würde es sich um eine Entschädigungssumme von 982,50 *M* handeln.

Der Finanzausschuß erkennt die Gründe des Magistrats als zutreffend an, insbesondere hat eine genaue Nachprüfung der beiden letzten Fälle den Finanzausschuß bewogen, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen. Die Akten, die der Vorlage des Magistrats beigegeben sind, weisen aus, daß von einem Verschulden der Stadt in diesen beiden Fällen nicht die Rede sein kann, aber der Finanzausschuß billigt es, daß die Stadtgemeinde dennoch zur Hälfte den Schaden mittragen soll. Es handelt sich also darum, an die Eltern der Schulkinder und an die genannten beiden Herren zusammen die Summe von 982,50 *M* zu bewilligen. Ich empfehle namens des Finanzausschusses, diesem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. Schille: Es handelt sich hier darum, den Eltern der Kinder die Kosten zu ersetzen, um Neuanschaffungen zu machen. Bei dem Lehrer Lüdecke und dem Bureauassistenten Schmidt ist der Finanzausschuß der Ansicht gewesen, daß die Kosten von der Stadt zur Hälfte getragen werden sollen, und zwar deshalb, weil beim Lehrer Lüdecke ein Verschulden einer einzelnen Person vorliegen soll, und weil dem Bureauassistenten gesagt war, daß er seinen Mantel nicht in dem Garderoberraum zu Zimmer 30 und 31 unterbringen solle; daß die Verwarnung, dort kein Kleidungsstück hinzuhängen, wirklich erfolgt ist, hat sich nicht zweifellos aus den Akten ergeben. (Widerspruch des Referenten.) Soviel ich gehört habe, ist in dem Protokoll nichts darüber erwähnt, daß eine Verwarnung an ihn erfolgt ist. Ich möchte bitten, daß, wenn nun jetzt über einen Betrag verfügt wird, wodurch den Schulkindern der Wert der Kleidungsstücke ersetzt werden soll, auch in den beiden letzten Fällen, den Lehrer Lüdecke und Bureauassistenten Schmidt angehend, der volle Ersatz für die Kleidungsstücke gewährt wird.

Stadt v. **Salomon:** Ich möchte mich dem anschließen, was der Herr Vordner vorgebracht hat. In dem Falle des Lehrers Lüdke, dem der Überzieher entwendet worden ist, würde das Verschulden einer dritten Person in Betracht zu ziehen sein, und diese ist eine Lehrerin. Soll nun der Lehrer sich an die Lehrerin wenden und von ihr verlangen, die Hälfte des Schadens zu tragen? Das würde doch zu unangenehmen Weiterungen führen. In dem zweiten Falle, bei dem es sich um den entwandten Überzieher des Bureauassistenten Schmidt handelt, liegt ein direktes Verschulden des Betreffenden nach meiner Auffassung auch nicht vor. Auch wir hängen unser Zeug draußen hin, und ich glaube, es ist dort auch nicht mehr gesichert als in der Garderobe, die von dem betreffenden Bureauassistenten benutzt ist. Oder hat der Überzieher an einem noch weniger gesicherten Orte gehangen? — Das entzieht sich meiner näheren Kenntnis. Mir ist ein Fall bekannt von einer geschlossenen Sitzung im Handelskammergebäude, wo zwei wertvolle Überzieher, sogar ein Pelz, auf räthselhafte Weise trotz Aufsicht entwendet worden sind. Es wird heute eben mit einem Raffinement gestohlen, das uns unbegreiflich erscheint. Ich möchte bitten, aus Billigkeitsrücksichten, den beiden Betroffenen, die jedenfalls mit Glücksgütern nicht reich gesegnet sind, den Schaden voll zu ersetzen, wie es auch bei den Schulkindern geschieht, denn ich glaube, man kann sowohl den Lehrer wie den Bureauassistenten in dieser Zeit ganz ruhig unter die Gruppe der Minderbemittelten rechnen. Durch Schaden wird man klug, in der Folge kann ja noch größere Vorsicht verlangt werden.

Stadt v. Dr. **Bolters:** Die Akte jagt in einem Berichte des Stadtssekretärs über den Diebstahl des Mantels des Bureauassistenten Schmidt folgendes: „Der Bureauassistent Schmidt hat seinen Arbeitsplatz im Zimmer 61. Für kurze Zeit war er mit noch einigen Beamten zur Erledigung von besonderen Arbeiten im Zimmer 31 tätig. Während die anderen Beamten ihre Kleidungsstücke in ihrem eigenen Bureau bzw. im Zimmer 31 untergebracht hatten, benutzte Schmidt die vor den Zimmern 30 und 31 befindliche Garderobe zur Aufbewahrung seines Überziehers und Hutes. In Verdacht, den Diebstahl ausgeführt zu haben, kommt ein Soldat, der sich in der Garderobe aufgehalten hat. Die Polizei ist von Schmidt sofort benachrichtigt worden. Schmidt hat es zweifellos an der nötigen Vorsicht bei der Unterbringung seiner Kleidungsstücke fehlen lassen. Ob ihm aus Billigkeitsgründen ein Zuschuß gewährt werden soll, ist ins Ermessen des Stadtmagistrats zu verstellen.“

Dieses Aktenstück ist im Finanzausschuß verlesen worden. Es scheint Herrn Schilke nicht mitgeteilt zu sein, daß der betreffende Magistratssekretär ausdrücklich gesagt hat, der Bureauassistent Schmidt möchte seinen Mantel dort nicht hängen lassen, sondern mit in das Arbeitszimmer nehmen, sonst würde Herr Schilke dies bei seinen Worten eben mitberücksichtigt haben.

In dem Falle Lüdecke ist allerdings zuzugeben, daß durch das Verschulden einer dritten Person die Möglichkeit des Diebstahls geschaffen ist. Es ist aber von grundsätzlicher Bedeutung, wie wir in diesen zwei Fällen verfahren wollen. Der Rechtsausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß durch unsere Entscheidung sehr leicht die Möglichkeit zu Verurteilungen in ähnlichen Fällen geschaffen wird. Es würde in Fällen zweifelhafter Natur von Bedeutung sein, wenn wir uns hier damit einverstanden erklärten, daß die Stadt für fremdes Verschulden haften sollte.

Was Herr Stadtv. Salomon über den Vorfall in der Handelskammer sagte, ist richtig. Es sind in dem Nebenraum eines Sitzungszimmers zwei Gegenstände gestohlen, und die Handelskammer hat in diesem Falle den Schaden ersetzt. Es handelt sich dort um allgemein zur Benutzung zugelassene Garderoberräume, die vor dem Sitzungszimmer gelegen sind, und insofern liegt die Sache anders als bei Lüdecke und Schmidt. Der Rechtsausschuß hat daher gemeint, daß in diesen beiden Fällen, besonders im Falle Schmidt, kaum eine volle Entschädigung zugestanden werden kann, dagegen glaubt er Entgegenkommen zeigen und den Ersatz der Hälfte des Wertes zugestehen zu sollen, um damit die Sache aus der Welt zu schaffen.

Stadtv. **Rector:** Es ist wohl nirgends die Gelegenheit zu Diebstählen so gut gegeben wie in den Schulen, und zwar aus dem Grunde, weil die Garderobe der Kinder in den Korridoren hängt, wo jeder frei ein- und ausgeht. Wenn dort nicht für die nötige Aufsicht gesorgt wird, dann wird die Stadt sehr bald in die Lage kommen, daß sie fortwährend Schadenersatz zu leisten hat. Wir müssen versuchen, hier Abhilfe zu schaffen, indem eine bessere Aufsicht vorhanden ist oder die Türen des Schulhauses verschlossen werden und nur eine bestimmte Zeit festgesetzt wird, in denen sie geöffnet sind. (Zuruf: Sie sind geschlossen!) Das muß doch nicht der Fall sein, sonst würde nicht so viel aus den Schulen herausgeholt. Der Verlust von Kleidungsstücken ist jetzt eine besonders empfindliche Sache; den Verten ist am Gelde nicht viel gelegen, denn Garderobe können sie unter den heutigen Umständen doch nicht wieder dafür bekommen. Es müßte unbedingt der Bedell oder sonst jemand in der Schule tätig sein, um eine bessere Aufsicht zu führen. Am meisten wird jedenfalls in den Pausen vorkommen, weil dann alle Türen geöffnet sind.

Oberbürgermeister **Hettemeyer:** Diebstähle in den Schulen sind seit Jahren vorgekommen, und der Magistrat ist deshalb bemüht gewesen, Anordnungen zu treffen, damit sie verhütet werden. Wir haben alles mögliche versucht, aber in der jetzigen Zeit ist es schwer, die Anordnungen durchzuführen, weil in den Turnhallen Korn und in den Kellern der Schulen Kartoffeln gelagert werden mußten.

Neuerdings kam hinzu, daß für die Demobilmachung die Schulen teilweise freigehalten werden mußten, um Soldaten darin unterzubringen. Zu dem Zwecke waren dort auch schon Strohlager für die Soldaten bereitet. Es ist anzuerkennen, daß unter solchen Umständen es dem Bedell erschwert ist, die Aufsicht über die Schulräume auszuüben. Selbstverständlich wird der Magistrat bemüht sein, nach wie vor dafür zu sorgen, daß tunlichst Diebstähle verhindert werden, aber ganz werden wir sie nicht verhüten können, weil auch die Möglichkeit vorliegt, daß einzelne Kinder den anderen Zeug wegnehmen — auch das ist schon vorgekommen.

Stadtv. Frede: Der Herr Berichterstatter sagte, es könne Anlaß zu Berufungen geben, wenn die volle Entschädigung zugebilligt würde. Das ist wohl im allgemeinen ein ernstliches Bedenken; man soll Grund zu solchen Berufungen nicht schaffen. Hier liegt wohl aber die Sache anders. Wenn der Magistrat an seine Beamten und auch nach den Schulen einen Erlaß herausgehen läßt: „Von jetzt ab wird Ersatz für abhanden gekommene Sachen nicht mehr geleistet, falls die Möglichkeit vorgelegen hat, die Zimmer zu verschließen“, dann kann von einer Berufung nicht mehr die Rede sein.

Was die Diebstähle in den Schulen im allgemeinen — die Herr Rector erwähnt hat — und die Möglichkeit, die Schulen geschlossen zu halten, anbetrifft, so handelt es sich dabei um eine recht schwierige Frage. Die meisten Kinder kommen um 8 Uhr, die kleinen aber stellenweise erst um 9 Uhr. In der einen Klasse ist der Unterricht um 11 oder um 12 zu Ende, bei den meisten erst um 1 Uhr. Auch die Lehrer und Lehrerinnen kommen und gehen unregelmäßig, so daß es eine schwierige Frage ist, wie es mit der Öffnung der Türen gehalten werden soll, und wie die zu lösen ist, weiß ich nicht. Es müßte darüber auch eine Äußerung des Schuldirektors gehört werden. Ich glaube aber, daß wir in diesen beiden Fällen eine volle Entschädigung zubilligen können, ohne befürchten zu müssen, daß es deswegen zu Berufungen kommt.

Stadtv. Ginert: Ohne auf die einzelnen Fälle, die hier vorliegen, näher einzugehen, bin ich der Ansicht, daß in allen Fällen, wo bei den Betroffenen Unvorsichtigkeiten festgestellt werden, keine volle Entschädigung geleistet werden sollte. Nur in dem Falle, daß den Betroffenen keine Schuld beizumessen ist, könnte von einer vollen Entschädigung die Rede sein. Durch Schaden wird man klug; wer aber keinen Schaden erleidet, wird sich wahrscheinlich auch in Zukunft nicht besser vorsehen.

Dem Antrage des Magistrats gemäß entscheidet sich die Versammlung, und zwar in drei getrennten Abstimmungen, indem zuerst der volle Ersatz für die den Schulkindern zugefügten Schäden beschlossen wird, darauf der volle Ersatz in den

beiden besonderen Fällen abgelehnt wird und schließlich der Ersatz der Hälfte des Schadens in diesen beiden letzten Fällen bewilligt wird.

9. Bewilligung von Tagegeldern an die Mitglieder des Realsteueraussschusses.

Stadtv. **Munte:** Der sogenannte Realsteueraussschuß hat die Aufgabe, die Einschätzung fruchtbringender Grundstücke und gewerblicher Unternehmen zu bewerkstelligen, was mancherlei Arbeit mit sich bringt, denn die Grundstücke liegen zum Teil weit auseinander. Dieser Ausschuß hat bisher der Stadt seine Schätzungsarbeit gratis zur Verfügung gestellt. Jetzt aber haben die Herren Stadtv. Riese I und Schmidt, die auch diesem Ausschuß mit angehören, — übrigens gehören diesem Ausschuß von den Stadtverordneten auch noch die Herren Recter, Frede und meine Person an — beantragt, daß analog dem Brauche bei den Staatssteuereinschätzungen auch den Mitgliedern dieses Einschätzungsausschusses ihre Zeitversäumnis mit 5 *M* pro Tag bezahlt wird. Vor vier Jahren haben wir zu diesen Schätzungen eine ganze Woche gebraucht, so daß wohl anzunehmen ist, daß eine Zeitversäumnis für die Mitglieder vorliegt. Es sind nun Erhebungen angestellt, was für Kosten eine solche Entschädigung verursachen würde. Außer den fünf Stadtverordneten gehören dem Ausschuß noch fünf Herren aus der Bürgerschaft an, und das Schätzungsgeßchäft ist alle 5 Jahre von neuem vorzunehmen, so auch in diesem Jahre. Werden acht Sitzungen gerechnet, so würden die Kosten für diesen Ausschuß 400 *M* ausmachen.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Frage beschäftigt und hat anerkannt, daß auch hier der Grundsatz richtig ist: Was dem einen recht ist, das ist dem anderen billig. Der Finanzausschuß ist einverstanden, daß den Mitgliedern für jede Sitzung eine Entschädigung von 5 *M* bewilligt wird.

Bei Gelegenheit der Beratung dieses Antrages hat sich herausgestellt, daß auch noch zwei andere Ausschüsse ihre Sitzungen ohne Entschädigung abhalten, nämlich der Ausschuß für Gemeindesteuer-Rekursreklamationen und der Ausschuß zur Einschätzung gewerblicher Unternehmungen zu besonderen Wegegeld- und Kanalsteuerbeiträgen. Gerade dieser letzte Ausschuß bringt der Stadt unter Umständen viel ein, weil er beurteilen soll, mit welchem Betrage die Fuhrwerksbesitzer und solche Gewerbetreibende, die viel Material heranfahren lassen, zur Steuer herangezogen werden sollen. Auch für diese beiden Ausschüsse beantragt der Finanzausschuß, eine Vergütung in derselben Höhe, also 5 *M* für die Sitzung für jedes Mitglied, zu bewilligen. Eine Ausrechnung, welche Kosten dadurch der Stadt erwachsen, ist in der kurzen Zeit noch nicht herbeigeschafft; es war in der Kom-

missionsitzung schon so spät geworden, daß selbst bei der geteilten Arbeitszeit kein Beamter mehr im Rathause zugegen war. Der Betrag wird ja auch unerheblich sein; vielleicht ist aber Herr Stadtrat von Frankenberg in der Lage, etwas Näheres darüber anzugeben.

Der Finanzausschuß hat mich beauftragt, die Versammlung zu bitten, für diese drei Ausschüsse die genannte Entschädigung zu bewilligen.

Stadtrat von Frankenberg: Der Ausschuß für Refursreklamationen hat sich bekanntlich mit der Vorberatung der auf die erste Entscheidung der Stadtverordneten eingegangenen weiteren Beschwerden gegen die Gemeindesteuerveranlagung zu beschäftigen. Es sind vier Herren aus der Stadtverordnetenversammlung zugezogen, und nach den bisherigen Erfahrungen ist anzunehmen, daß wir mit zwei Sitzungen im Jahre auskommen werden, so daß an Kosten $2 \times 4 \times 5 = 40 \text{ M}$ im ganzen Jahre erfordert würden, eine allenfalls auch bei unserer Finanznot noch zu erschwingende Summe.

Was den Ausschuß zur Einschätzung gewerblicher Unternehmungen zu besonderen Wegegeld- und Kanalsteuer-Beiträgen betrifft, so würden nach den Mitteilungen des Herrn Bürgermeisters Meyer, der die Sache behandelt, für die fünf Herren, die in Frage kommen, und die fünf Sitzungen abzuhalten pflegen, wenn wir auch hier eine Entschädigung von 5 M für die Sitzung festsetzen, 125 M erforderlich sein.

Den Mitgliedern der genannten Ausschüsse werden die geforderten Tagelöner bewilligt.

10. Nachverwilligung von Kosten zur Instandsetzung des Spielplatzgebäudes auf dem Kleinen Exerzierplatze.

Stadtv. Reifner: Meine Damen und Herren! In dem Spielplatzgebäude auf dem Kleinen Exerzierplatze sind vor etwa einem Jahre, wie anzunehmen ist, durch böser Buben Hand über 300 Fenstercheiben zertrümmert worden, und es ist notwendig, diesen Schaden wieder zu beseitigen. Die Kosten, die dadurch entstehen, sind unter Berücksichtigung einer besonderen Vergitterung, die angebracht werden soll, damit solcher Schaden nicht so leicht wieder entstehen kann, auf 720 M veranschlagt. Im Unterhaltungsfonds für dieses Spielplatzgebäude ist eine Summe von 500 M vorgesehen, die allerdings nicht mehr ganz vorhanden ist. Der Rest der Summe soll aber mit benutzt werden, um den Schaden beseitigen zu können. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, dem Antrage des Magistrats gemäß, der Ausführung der Arbeiten zuzustimmen und dafür die Summe bis zu 500 M nachzuerwilligen.

Dem Antrage des Finanzausschusses entsprechend beschließt die Versammlung.

Vorsitzender: Es sind außer der Tagesordnung, wie sie der geehrten Versammlung zugegangen ist, vom Magistrat noch drei wichtige Punkte zur Beratung gestellt, darunter einer, der von der allergrößten Bedeutung ist und bis zum 15. März seine Erledigung finden muß. Ich möchte vorschlagen, zunächst diese drei Punkte zu behandeln, und sollte dann noch Arbeitsfreudigkeit vorhanden sein, darauf zur Begründung der Anfragen und Anträge überzugehen. Mir ist aber schon vorhin von verschiedenen Herren und Damen mitgeteilt, daß sie nicht wünschen, heute abend übermäßig lange hier zu sitzen.

Stadtv. Marschner: Es sind verschiedene Anträge gestellt, die schon zweimal zurückgestellt sind. Ich kann nicht für richtig halten, daß sie auch heute nicht zur Verhandlung kommen sollen; es sind Sachen dabei, die dringend sind. Es geht nicht an, daß hier Anregungen vorgebracht werden, über die erst in der dritten Sitzung verhandelt wird.

Vorsitzender: Zweifellos sind die Sachen, die der Magistrat heute vorbringt, weitaus wichtiger als die vorliegenden Anträge und Anfragen. Ich habe die Anträge nachgeprüft und bin zu der Ansicht gekommen, daß uns keine unerseßlichen Verluste entstehen, wenn sie heute nicht zur Verhandlung kommen. Im übrigen bin ich persönlich bereit, die Sitzung auch noch weiter auszudehnen; ich habe meine Bemerkung nur gemacht, um der Versammlung von der mir vorhin gemachten Anregung Mitteilung zu machen. Die Behandlung der vom Magistrat neu vorgebrachten Sachen wird voraussichtlich auch nur kurze Zeit in Anspruch nehmen.

11. Herrichtung von Notwohnungen.

Stadtv. Lohmann: Meine Damen und Herren! Diese Frage, Notwohnungen zu schaffen, hat uns auch schon in früheren Sitzungen beschäftigt. Es hat sich herausgestellt, daß die Notwohnungen, die wir in der Kaserne an der Korfesstraße einzurichten beschlossen haben, bei weitem nicht genügend sind, um die Wohnungslosen, die am 1. April vorhanden sein werden, unterzubringen. Es hat deshalb der Stadtmagistrat noch andere Schritte unternommen, um diesem Übel abzu- helfen. Wir haben in der letzten Sitzung der Wohnungsdeputation beschlossen, die *Offizierswohnbaracke* und die *Offiziersspeiseanstalt* auf der Fliegerstation anzukaufen und in diesen Gebäuden Wohnungen herzurichten. Nun müssen zum Bau von Wohnungen noch die nötigen Mittel bewilligt werden. Außerdem ist vorgesehen, zu Wohnzwecken einzurichten die *6. Mannschafst-*

baracken auf der Fliegerstation, weiter noch die Lazarettbaracken in Holst's Garten und im Kurhause Richmond, schließlich noch ein Gebäude der Gelände-Fahrschule auf dem Großen Exerzierplatz. Es hat sich nun aber herausgestellt, daß die Lazarettbaracken in Holst's Garten und im Kurhause Richmond noch nicht zur Verfügung stehen, sondern noch für die jetzigen Insassen, die Verwundeten, verwendet werden. Sie werden uns also erst später zur Verfügung stehen.

Der Ausbau der Bauwerke zu Wohnzwecken würde etwa 60 000 M. erfordern; Genaues kann darüber nicht festgestellt werden, weil bei Umbauten der Preis fast nie genau berechnet werden kann und der Stadtmagistrat noch nicht Zeit genug gehabt hat, um genaue rechnerische Unterlagen für die Umbauten auszuarbeiten.

Sodann handelt es sich nach der Vorlage noch darum, diese Gebäude, die für Wohnzwecke in Benutzung genommen werden sollen, gegen Brandschäden zu versichern, solange die Gebäude stadtseitig benutzt werden. Bisher waren die Gebäude als dem Militärfiskus gehörig nicht versichert. Es wird vom Magistrat beantragt, die Mittel für die Versicherung zu bewilligen.

Auch der Bauausschuß hat sich mit diesen Fragen befaßt, stellt sich selbstverständlich auf den Standpunkt des Magistrats und empfiehlt Ihnen die Anträge zur Annahme. Gleichzeitig gibt der Bauausschuß der Wohnungskommission anheim, sich weiter damit zu beschäftigen, Wohnungsgelegenheit für unsere Einwohner zu schaffen. Unserer Ansicht nach werden selbst diese Wohnungen, die zum 1. April fertiggestellt werden sollen, noch nicht hinreichen, um für alle Wohnungsuchenden Unterkunft zu schaffen, und am 1. Juli wird es damit nach den Erfahrungen, die das Mieteinigungsamt und auch Fräulein Oden als Wohnungspflegerin gemacht haben, noch schlimmer sein. Da die Wohnungsnot zu dieser Zeit noch schärfer hervortreten wird, so ist der Bauausschuß der Ansicht, daß sich die Wohnungskommission noch weiter bemühen möchte, Wandel zu schaffen. Es ist unter anderem gewünscht, wenn sonst Schnellbauten nicht herbeigeführt sind, daß in der Stadt nachgeforscht werden solle, ob nicht große Gebäude, die nur von einzelnen Personen bewohnt sind, für die Wohnungslosen zur Verfügung gestellt werden können, wenn auch nicht für die Minderbemittelten, sondern erst einmal für die besser Bemittelten, denn auch dort ist die Wohnungsnot sehr groß. Für die Minderbemittelten wird ja so ziemlich gesorgt, daß sie Unterkunft finden, wenn auch nicht in ausreichendem Maße, aber für die Besserbemittelten, die nicht in der Lage sind, ein eigenes Haus zu haben, ist bisher nichts geschehen, und diese Familien könnten sehr gut in herrschaftlichen Häusern, wo nur wenige Personen wohnen, untergebracht werden.

Dann möchten wir seitens des Bauausschusses den Magistrat ersuchen, soweit es möglich ist, Rat zu schaffen, damit zum 1. April Räume geschaffen werden

zur Unterstellung von Möbeln von solchen Familien, die — wie ich schon hervorgehoben habe — nicht untergebracht werden können. Ihre Möbeln müssen wenigstens erst einmal von der Straße kommen, in Schulen oder wo sonst Raum ist, aufgestellt werden, während die Personen selbst dann schon sehen werden, wie sie bei Verwandten Unterschlupf finden.

Hervorheben möchte ich noch, daß es schwierig ist, Neubauten für Wohnzwecke fertigzustellen. Die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft sowohl wie auch die Braunschweigische Baugenossenschaft haben sich damit befaßt, in dieser Zeit Wohnungen herzustellen, aber es hapert hier am nötigsten Baumaterial, das sind die Ziegelsteine, die nicht fabriziert werden können, und auf Grund dieses Umstandes liegt die ganze Bautätigkeit vollständig darnieder. Uns ist es in diesen Tagen folgendermaßen gegangen: Die Braunschweigische Baugenossenschaft hat ihre Bautätigkeit aufgenommen und beschäftigt gegenwärtig 25 Personen. Wir sind aber in die Lage versetzt worden, daß wir alle 25 Personen haben aufhören lassen müssen, weil uns die Ziegeleien mit ihren Lieferungen im Stiche gelassen haben. Wenn das so weitergeht, wird es nicht möglich sein, bis zum 1. Oktober einen größeren Prozentsatz Wohnungen zu beschaffen. Deswegen bin ich der Ansicht, daß es nötig ist, daß der Stadtmagistrat alle möglichen Schritte bei den maßgebenden Körperschaften unternimmt, damit dafür gesorgt wird, daß den hiesigen Ziegeleien die nötigen Kohlen zum Brennen der Ziegel zur Verfügung gestellt werden. Ich bemerke dazu, daß in unserer Nachbarstadt Wolfenbüttel der Stadtmagistrat alles in Bewegung gesetzt hat, bei dem Kohlenkommissar in Berlin vorstellig geworden ist, damit den Ziegeleien in Wolfenbüttel das nötige Feuerungsmaterial bewilligt werden sollte. Das hat den Erfolg gehabt, daß es ohne weiteres genehmigt ist, aber der Stadtmagistrat von Wolfenbüttel hat auch mit aller Schärfe vorstellig werden müssen. Wenn von unserem Stadtmagistrat gleiche Vorstellungen gemacht werden und sie abgelehnt werden, dann müssen sie wiederholt werden. Das Material zu Neubauten ist so notwendig, wie das liebe Brot selber. Hungern kann man wohl einmal, aber wenn man keine Wohnung hat, wenn man auf der Straße liegen muß, so ist das noch viel schlimmer. Es muß unbedingt und mit aller Schärfe dafür gesorgt werden, daß an die Ziegeleien die nötigen Kohlen zur Verfügung gestellt werden.

Ich bitte die geehrte Versammlung, diese Anträge des Bauausschusses zu genehmigen.

Stadtv. Lehnert: Meine Damen und Herren! Wir waren heute morgen aufs höchste erstaunt, als unsere sämtlichen Arbeiter zu uns kamen und erklärten, sie müßten ausziehen, weil keine Ziegelsteine vorhanden sind. Wir können nicht verstehen, wie so etwas in der jetzigen Zeit möglich ist. Vor Beendigung des Krieges hat man fortwährend geschrieben: Sorgt dafür, daß Arbeitsgelegenheit

vorhanden ist, daß unsere heimkehrenden Krieger bei guter Arbeitsgelegenheit sich bei uns heimisch fühlen können. Wir selbst haben sofort, nachdem es einigermaßen ging, mit dem Bauen begonnen und können konstatieren, daß sämtliche bei uns vor dem Kriege beschäftigten Arbeiter zu uns zurückkamen und beschäftigt werden wollten. Wir haben nun heute morgen mit der Ziegelei Rücksprache genommen, und es sind uns Aktienstücke darüber zur Verfügung gestellt worden, daß seitens der Ziegelei Damköhler schon im April 1918 bei dem Reichskommissar für Kohlenverteilung der Antrag auf sofortige Zuteilung von Kohlen gestellt worden ist, aber bis heute hat die Ziegelei Damköhler keine Kohlen bekommen, sondern es ist ihr jetzt erst, unterzeichnet von dem Oberleutnant Stille aus Hannover, ein Schriftstück zugegangen, aus dem hervorgeht, daß sie für Mai bei der Kohlenlieferung vorgesehen ist. Wohin soll es führen, wenn auf der einen Seite fort und fort darauf hingewiesen wird: „Schafft Arbeitsgelegenheit, schafft Wohnungen, damit unsere zurückkehrenden Krieger sich bei uns wohl fühlen, wo sie doch die ganzen Jahre für uns draußen gewesen sind“, und auf der anderen Seite kommt man nicht weiter. Der bürokratische Standpunkt ist so, daß man nicht über den Halskragen hinwegsieht. Unbedingt müssen seitens des Stadtmagistrats Schritte unternommen werden, damit die Ziegeleien mit Kohlen beliefert werden. Wie ist es möglich, daß man in Wolfenbüttel, wo die Wohnungsnot ebenso groß ist wie in Braunschweig, der betreffenden Ziegelei Kohlen liefert, während man die Stadt Braunschweig, die doch sozulagen maßgebend ist in betreff der Ziegelfabrikation, warten läßt, die Kohlenlieferung bis Mai hinauszchiebt und die Leute, die arbeiten wollen, wieder nach Hause gehen läßt. Es ist nicht angenehm, für diese Leute, die 4½ Jahre draußen gewesen sind, und die jetzt wieder in Beschäftigung treten wollen, daß sie kurze Zeit, nachdem wir sie aufgenommen haben, wegen Mangel an Material wieder nach Hause gehen müssen. Es kommt noch hinzu: Dadurch, daß sie wegen dieses Materialmangels aussetzen müssen, fallen sie der Arbeitslosenunterstützung zur Last. Wohin sollten sie sonst gehen und sich melden, als bei der Arbeitslosenunterstützung? Das belastet den Steuerfädel in gewaltiger Weise. Ich möchte ersuchen, seitens des Stadtmagistrats alle Schritte zu unternehmen und allen Druck dahinterzusetzen, damit Kohlen für die hiesigen Ziegeleien herangeschafft werden. Was dem Stadtmagistrat von Wolfenbüttel möglich ist, sollte dem Stadtmagistrat von Braunschweig doch auch möglich sein. Oder ob man auch da ins Politische hinüberspielt, indem man Braunschweig vollständig abschneidet? Das entzieht sich meiner Kenntnis, aber in der Nationalversammlung ist ja gesagt, daß das politische Moment auf die Versorgung von Braunschweig keinen Einfluß hat. Nun, die Botenschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Man will wohl nicht mit etwas anderem einrücken, aber auf andere Weise Braunschweig stilllegen, dann wird Braunschweig wie der Hase im Pfeffer

liegen. Ich bitte, daß alles getan wird, um dem Mangel an Baumaterial zu steuern, damit nicht der Unfriede und die Gespanntheit noch wächst. Einem großen Teil von Ihnen möchte ich wünschen, daß Sie einmal vierzehn Tage lang an meiner Stelle ständen, dann würden Sie sehen, wie groß die Wohnungsnot ist. Ein großer Teil der Mieter, der am 1. April aus seinen Wohnungen heraus muß, weiß nicht, wohin er sich wenden soll. Ich gebe immer den Rat: Bleiben Sie wohnen, wo Sie eben wohnen, auch wenn das Mieteinigungsamt in anderem Sinne entschieden hat. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß der Sohn oder die Tochter des Hauswirts, die heiraten wollen, nachdem sie so lange damit gewartet haben, auch noch etwas länger warten können. Es handelt sich in vielen Fällen nicht um Mieter, die heute oder gestern erst eingezogen sind, sondern um langjährige Mieter. Jeder Vater sorgt wohl dafür, daß seine Angehörigen Unterschlupf haben, aber wir haben vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß Mittel und Wege gefunden werden, um im allgemeinen die Wohnungsnot zu beheben. Glauben Sie nicht, daß mit dem Ausbau der alten Kasallen Abhilfe der Wohnungsnot geschaffen wird. Herr Tostmann hat schon angeführt: Es gibt eine Anzahl Häuser, in denen nur eine oder wenige Personen wohnen. Ist es in dieser Zeit wohl zu verantworten, daß eine Person ein ganzes Haus für sich in Anspruch nimmt, während derjenige, der lange Jahre in derselben Wohnung gewohnt hat, nun am 1. April mit seiner Familie auf der Straße sitzen muß? Es müssen unbedingt Mittel und Wege geschaffen werden, damit für Abhilfe dieser Mißere gesorgt wird.

Stadtbaurat Gebensleben: Meine Damen und Herren! Vor einigen Monaten gingen wir von der Voraussetzung aus, wir würden am 1. April 40 bis 50 Wohnungen nötig haben; größer würde der Bedarf nicht sein. Heute sind wir bereits viel klüger und wissen, daß wir damit nicht auskommen, sondern eine viel größere Anzahl Wohnungen nötig haben. Die Wohnungsdeputation ist insolgedessen vor längerer Zeit nach eingehender Beratung zu dem Entschlusse gekommen, energische Mittel zu ergreifen, um zum 1. April eine größere Anzahl von Wohnungen bereit zu haben. Meine Herrschaften, Sie haben von Herrn Tostmann gehört — er ist Mitglied der Wohnungsdeputation —, welche Maßregeln ergriffen sind. Nun muß ich hier erklären, daß dies alles nur Notmittel sind, aber es ist uns in so kurzer Zeit gar nicht möglich, Dauerwohnungen zu schaffen; unsere Maßnahmen können sich jetzt nur darauf beschränken, Notwohnungen zu errichten. Sie haben gehört, daß wir 8 Baracken auf der Fea 7, Broitzemer Straße, mit Beschlag belegt haben. Nebenbei will ich bemerken, daß sie freiwillig nicht abgegeben sind, sondern daß wir leider, ähnlich wie bei der Kaserne Korffstraße, unter Zuhilfenahme des Wohnungsgesetzes haben vorgehen müssen. Auf der Fea 7 können wir 40—50 Wohnungen schaffen. Die Mittel, die aufzuwenden

sind, werden, wie Sie vorhin gehört haben, nicht gering sein. Es werden immerhin 60—70 000 *M* aufgewandt werden müssen. Wir haben so aber wenigstens die Möglichkeit, eine größere Anzahl von Familien unterzubringen.

Es ist zutreffend von Herrn Lehnert geschildert worden, daß der große Mißstand dadurch herbeigeführt ist, daß es an Ziegelsteinen fehlt. Tatsächlich ist die Not an Ziegelsteinen fürchterlich. Auch wir hatten für den Ausbau der Kaserne an der Korfesstraße viele tausend Ziegelesteine nötig, und es ist uns außerordentlich schwer geworden, diese Menge von Ziegelsteinen zusammenzubringen. Es ist uns das ja schließlich gelungen; aber die Menge würde nicht ausreichen, um Dauerhäuser in größerer Anzahl herzurichten. Ich habe von dieser Stelle aus schon vor Wochen auseinandergelegt, was die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft zu tun gedenkt, um der Not an Ziegelsteinen zu entgehen: Sie will Ersatzsteine, bestehend aus Schlacken und Zement, herstellen lassen und hofft, auf diese Weise ihre Bautätigkeit in Gang bringen zu können. Der Stadtmagistrat hat keine Mühe gescheut, um dafür zu sorgen, daß die Fabrikation der Ziegelsteine bei uns endlich in Gang kommt; wir sind erst vor wenigen Tagen beim Reichskohlentkommissar vorstellig geworden und haben gleichzeitig Abschrift unserer Eingabe an die Kriegsamtsstelle Hannover und an das hiesige Volkskommissariat für Inneres gesandt. Sollten wir keine Antwort bekommen, so werden wir in Kürze ganz energisch weiter vorstellig werden.

Es ist von den beiden Herren Vorrednern noch darauf hingewiesen worden, daß Einfamilienhäuser mit in Anspruch genommen werden müßten. Ich kann mitteilen, daß die Wohnungsdeputation sich in nächster Woche, voraussichtlich in der Sitzung am Montag, mit dieser Frage eingehend beschäftigen wird. Der Volkskommissar für Inneres hat sich an uns mit der Anfrage gewandt, ob es nicht angängig und zweckmäßig wäre, um der Wohnungsnot zu steuern, die größeren Etagenwohnungen und Einfamilienhäuser in Anspruch zu nehmen, indem man diesen Einquartierung zuschickt. Dazu würde eine gesetzliche Regelung erforderlich sein. Auch über diesen Punkt werden wir in der Wohnungsdeputation am nächsten Montag uns ausdrücken.

Am Schluß möchte ich noch eins sagen: Dringend erforderlich ist es, daß am 1. April die Familien nicht kündigen. Ich warne dringend davor. Jeder soll in seiner Wohnung bleiben und unter keinen Umständen, aus welchem Grunde es auch sei, eine Kündigung vornehmen. Wir im Magistrat können nicht für diejenigen sorgen, die freiwillig aus einer Wohnung herausgehen, sondern können es nur für diejenigen, bei denen die Kündigung vom Mieteinigungsamte als zu Recht bestehend anerkannt ist. Ich warne nochmals alle, eine Kündigung am 1. April vorzunehmen.

Stadtb. Reizner: Meine Damen und Herren! Wir werden am 1. April vor der außerordentlich traurigen Tatsache stehen, daß nicht alle Familien, die Wohnungen suchen, untergebracht werden können. Es ist aber notwendig, daß Mittel und Wege geschaffen werden, um zu erreichen, daß dieser Umstand nicht eintritt. Es wird deshalb heute vom Ausbau von vorhandenen Baracken gesprochen. Falls nun die vorhandenen Baracken nicht ausreichen sollten, möchte ich den Magistrat aufmerksam machen auf ein Angebot einer Güstener Firma. Sie empfiehlt Wohnbaracken zu zivilen Preisen und in dauerhafterer Ausführung als einfache Bretterbaracken. Es sind zwei und drei Räume in jeder dieser Baracken vorgesehen, jedesmal vier Familien wohnen in einem Barackengebäude. Die Außenwände sind doppelwandig, haben eine gewisse Isolierung; die Baracken würden also auch im Herbst und Winter bewohnt werden können.

Des weiteren möchte ich darauf hinweisen, daß der Wohnungsmangel auch dadurch beseitigt werden muß, daß jede Bautätigkeit angeregt wird, auch die private Bautätigkeit. Nun hat vor kurzer Zeit die braunschweigische Regierung mitgeteilt, daß die Baukosten zu senken, die vom Reiche zur Hälfte, vom Staat und von der Gemeinde zu je einem Viertel geleistet werden, im Lande Braunschweig nur unter der Bedingung gezahlt werden sollen, daß die einzutragenden Lasten auf mindestens 25 Jahre festgeschrieben werden. Das Reich sieht sonst eine Belastung von mindestens 10 Jahren vor. Es wäre deshalb wohl zweckmäßig, daß die braunschweigische Regierung in diesem Falle nicht päpstlicher als der Papst ist, noch dazu, da Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, wenn die private Bautätigkeit angeregt wird. Ich möchte dem Magistrat anheimgeben, in dieser Frage bei der Regierung ganz energisch vorstellig zu werden.

Stadtbaurat Gebensleben: Bezüglich dieses letzten Punktes möchte ich erwähnen, daß der Magistrat schon vorstellig geworden ist, und daß wir hoffen, unser Antrag möge von Erfolg gekrönt sein.

Mitteilen muß ich leider noch, daß uns die Baracken in Richmond und hinter Holsts Garten noch nicht zur Verfügung gestellt werden können. Dagegen macht uns das Reichsverwertungsamt darauf aufmerksam, daß die Baracken des Gefangenenlazaretts auf dem Helmstedter Brunnen, die Sie wahrscheinlich kennen, an uns abgegeben werden können. Der Magistrat wird sich sofort darum bemühen und untersuchen lassen, ob sie für uns brauchbar sind. Soweit ich gehört habe, sind sie solide gebaut. Es ist bedauerlich, daß wir zu solchen Hilfsmitteln greifen müssen, um die Wohnungsnot zu beheben; aber ich glaube, es bleibt uns nichts anderes übrig, als derartige Baracken zu bauen. Ein Trost für die Bewohner dieser Baracken mag sein, daß wir ihnen in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnungen wenigstens Kleingärten zur Verfügung stellen können, worin sie Früchte bauen und sich ergehen können.

Stadtv. Toftmann: Wie die Wohnungsnot ausgebeutet wird, das konnte man gestern abend in einem Inserat der Neuesten Nachrichten lesen. Nicht daß die Wohnungsuchenden eine Belohnung für Zuweisung einer Wohnung anboten, sondern es hatte sich jemand gefunden, der 300 *M* forderte für seine Bereitwilligkeit, jemand eine Vierzimmerwohnung in der Nähe des Stadtparks zu verschaffen. (Pfu!) Wenn die Ausbeutung von gewissen Leuten so weit getrieben wird — ich weiß nicht, ob ein Hauswirt selber dahintersteckt, aller Wahrscheinlichkeit nach ist es so —, dann muß dem ganz energisch entgegengetreten werden, und falls der Inserent ausgekundschaftet wird, müßte er zur Rechenschaft gezogen werden. Ein Schleichhandel mit Wohnungen muß ganz entschieden bekämpft werden.

Oberamtsrichter Meyer: Nur noch ein Wort. Ich möchte den Appell, den der Herr Stadtbaurat Gebensleben an die Mieter gerichtet hat, die von ihnen bezogenen Wohnungen nicht zu kündigen, auch ausgedehnt wissen auf die Vermieter und möchte von dieser Stelle aus die Vermieter bitten, diese Mahnung zu beherzigen, damit wir endlich einmal Ruhe mit der Beschaffung von Wohnungen bekommen. Ich möchte auch den Vermietern noch sagen, daß sie meistens mit Kündigungen kein Glück haben werden. Im Gegensatz zu Herrn Lehnert muß ich feststellen, daß das Mieteinigungsamt sich auf einen sehr strengen Standpunkt stellt, wenn es sich um die Genehmigung einer Kündigung handelt. Wir haben in 90 Prozent unsere Genehmigung versagt, es kommt also nur in 10 von 100 Fällen dazu, daß mit der ausgesprochenen Kündigung etwas erreicht wird.

Stadtv. Lehnert: Von Herrn Oberamtsrichter Meyer bin ich wohl falsch verstanden worden. Ich habe nicht gesagt, daß man im Mieteinigungsamt ungerecht geurteilt hat, sondern ich habe in einigen Fällen den Anfragenden gesagt: Selbst auf das Urteil des Mieteinigungsamtes hin bleiben Sie nur ruhig wohnen. Es ist das immer noch besser, als wenn Sie auf der Straße sitzen.

Den Anträgen des Magistrats in dieser Sache stimmt die Versammlung zu.

12 Verkauf von Teilflächen des Urkeröder Feldes an die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft und an die Braunschweiger Baugenossenschaft.

Stadtv. Riese I: Meine Damen und Herren! Es ist dort ein Plan ausgehängt, der das Urkeröder Feld darstellt. Dieses Feld ist am 3. Oktober 1913 vom Staate zum Preise von 800 000 *M* durch die Stadt angekauft worden. Das Terrain hat einen Gehalt von 47 ha 16 a 76 qm. 364 700 qm von dieser Fläche sind Bauland und 107 000 qm sind als Straßen- und Spielplatzgelände anzusehen. Die Stadt hat auf den Kaufpreis bereits 200 000 *M* ab-

bezahlt. Nun hat der Stadtmagistrat dem Tiefbauamte Auftrag erteilt, Ermittlungen über den Preis des einzelnen Quadratmeter Baulandes anzustellen, und da hat sich ergeben, daß nach dem Kaufpreise das Quadratmeter im Durchschnitt auf 2,20 *M* zu stehen kommt. Außer dem Kaufpreise für die Fläche selbst sind bei der Berechnung des Preises noch zu berücksichtigen gewesen die laut Anweisung vom 16. Oktober 1913 an die bisherigen Pächter als Fruchtentschädigung zu zahlende Summe von 18 910 *M* und ferner die an die Lufthafengesellschaft auf Grund von Abmachungen vom 21. September 1917 zu zahlende Abfindungssumme von 25 000 *M*. Außerdem kommen hinzu die Zinsen für die 200 000 *M* während der 5½ Jahre mit 44 000 *M*. Es stellen sich also die außer dem Kaufpreise entstandenen Unkosten auf 87 910 *M*. Von diesen Unkosten sind die bisherigen Pachtbeträge, soweit sie der Stadt verblieben sind, mit 16 852,49 *M* in Abzug zu bringen, so daß noch 71 057,51 *M* an Unkosten verbleiben. Verteilt auf die 364 700 qm Baufläche ergibt das einen Betrag von 20 Pf. an Unkosten für das Quadratmeter Bauland. Demnach würden sich die Selbstkosten der Stadt für 1 qm netto Bauland ohne die weiteren Bau- und Anschlußungskosten auf 2,40 *M* stellen.

Es wird angezeigt sein, diesen Selbstkostenpreis nicht für alle Flächen des Arkeröder Feldes gleichmäßig zu fordern, sondern den Preis, je nachdem sie näher oder weiter von der Stadt entfernt liegen, ob der Grund und Boden von besserer Beschaffenheit ist oder nicht, teurer oder billiger zu bewerten, und da wird vorgeschlagen, den Preis für das Quadratmeter in den Grenzen von 2—3 *M* festzustellen.

Es sind nun verschiedene Anträge auf Erwerb von Bauland beim Magistrat eingegangen, erstens von der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft und zweitens von der Braunschweiger Baugenossenschaft.

Die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft will hier 130 Häuser bauen, was sie allerdings in einem Jahre nicht fertigbringen kann. Sie ist darüber aus, sich mit Schlackensteinsmaterial zu versorgen und hofft, bald mit dem Bauen beginnen zu können. Die Siedlungsgesellschaft beabsichtigt, die blauschraffierte Fläche zu erwerben, links auf dem Plane. Der Flächeninhalt beträgt 44 000 qm, und da der Einheitspreis für dieses Land auf 2 *M* festgesetzt werden soll, so würde der Kaufpreis 88 000 *M* betragen. Der Magistrat gibt der Stadtverordnetenversammlung diese Mitteilungen zur Kenntnisnahme und ersucht, sich grundsätzlich damit einverstanden zu erklären, daß die bezeichnete Fläche zum Preise von 2 *M* für das Quadratmeter (netto Bauland) an die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft verkauft wird.

Rechts auf dem Plane ist die Fläche rot schraffiert, die die Braunschweiger Baugenossenschaft zu erwerben gedenkt. Man hat sich auf einen Einheitspreis von 2,50 *M* für das Quadratmeter geeinigt, die Baugenossenschaft würde dann die 45 000 qm große Fläche zum Preise von 112 500 *M* erhalten. Auch hier ersucht der Magistrat die Stadtverordneten, sich grundsätzlich damit einverstanden zu erklären, daß der Verkauf an die Braunschweiger Baugenossenschaft zu dem angegebenen Preise erfolgt.

Die Baukommission hat diese beiden Anträge geprüft und steht auf dem Standpunkte, daß diese Anträge ein erfreuliches Zeichen dafür sind, daß auch von anderer Seite für Abstellung der Wohnungsnot gesorgt wird. Der Bebauungsplan für das Arteröder Feld hat uns hier schon in größerem Maßstabe vorgelegen, in dem er übersichtlicher war. Er ist von dem Architekten Hemming ausgearbeitet worden. Die Straßen und Gebäude, wie sie auf dem Plane angegeben sind, sind nicht maßgebend. Jede Gesellschaft oder jeder einzelne, der auf dem Arteröder Felde bauen will, ist verpflichtet, uns vorher die Baupläne vorzulegen.

Es wurde in der Kommission angeregt, es sollte dieses Terrain nur auf Erbbaurecht vergeben werden. Dagegen ist aber zu sagen, daß die Siedlungsgesellschaft wie auch die Braunschweigische Baugenossenschaft keineswegs damit umgeht, später einmal die Häuser für die Spekulation freizugeben, und deshalb ist die angeregte Sicherung unseres Erachtens nicht notwendig. Anders ist es beim Rentenhausbau oder beim Bau durch Private, da müßte sich die Stadt allerdings sichern.

Heute soll nur erst die grundsätzliche Bewilligung zum Verkauf dieser Gelände ausgesprochen werden, darnach werden die Verträge abgeschlossen, und zu diesen können wir später Stellung nehmen. Es ist Vorsorge getroffen, daß das Baugelände nicht unnütz verteuert wird, weil nur Wohnstraßen von 7—8 m Breite projektiert sind. Die wichtigeren Straßen sind mit Vorgärten versehen, die später weggenommen und dem Straßengelände zugelegt werden können. Die Häuser selber sollen nur zwei Geschosse und ein ausgebautes Dachgeschoß erhalten, so daß sie vornehmlich von einer oder zwei Familien bewohnt werden. Der geringste Satz für Gartenland beträgt für jede Familie 50 qm; es sind aber auch Stellen dabei, bei denen $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ Morgen Land hinzugegeben werden kann.

Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Selbstverständlich ist es mit Freude zu begrüßen, daß Wohngelegenheit geschaffen werden soll, und das ausgewählte Gelände ist an sich dazu nicht ungeeignet. Ich habe auch nichts dagegen, daß zur Aufschließung dieses Geländes zu Wohnzwecken man sich der Siedlungsgesellschaft, der Baugenossen-

schaft und der Gartenhausgenossenschaft bedient, weil diese vielleicht in ganz zweckmäßiger Weise die Wohngelegenheit schaffen können. Ich war aber erstaunt darüber, daß nach der Vorlage das Gelände, das die Stadt erworben hat, zu Eigentum fortgegeben werden soll. Es ist dieses mein Bedenken auch in dem Ausschuß bereits zur Geltung gekommen. Ich kann mich aber mit der Art und Weise, wie die Bedenken erledigt sind, durchaus nicht befriedigt erklären. Wenn ich auch anerkenne, daß diese Genossenschaften zu einem guten Teile gemeinnützig sind, so sind sie doch nicht gemeinnützig in dem Sinne, wie wir es bei der Stadt gemohnt sind, sondern es sind doch Unternehmungen, die in erster Linie den eigenen Vorteil im Auge haben, haben müssen. Es können Umstände eintreten, die diese Genossenschaften veranlassen, das Gelände wieder zu verkaufen, vielleicht mit Gewinn zu verkaufen, vielleicht auch solche, die die Genossenschaft zum Verkauf zwingen. Ich halte es deshalb für bedenklich, uns, wenn auch heute nur grundsätzlich, einverstanden zu erklären, dieses Gelände den Genossenschaften zu eigen zu überlassen. Ich halte es für richtiger, die Form des Erbbaurechts zu wählen, die jetzt in erleichterter Weise vorsieht, den genossenschaftlichen Zwecken gerecht zu werden, die mit den gegenwärtigen Vorlagen geplant sind.

Nun könnte man diese Bedenken zurückstellen, bis uns die Vorlagen über die einzelnen Kaufverträge gemacht werden. Der Magistrat hat aber von vornherein unsere grundsätzliche Stellungnahme verlangt, und er könnte später, wenn er die wirklichen Kaufverhandlungen gefördert und bis zum Abschluß getätigt hat, sagen: Wir können nun nicht mehr grundsätzlich darüber verhandeln, in welcher Form das Land abgegeben werden soll, denn ihr habt euch ja schon grundsätzlich einverstanden erklärt, das Land zu verkaufen. Wer A gesagt hat, muß auch B sagen. Es muß deshalb schon bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck gebracht werden, in welchem Sinne der Verkauf vom Magistrat und vom Ausschuß verlangt wird.

Die weitere Gestaltung des Geländes hängt davon ab, wie der Ortsbauplan ausgestaltet wird. Ich habe zu meiner Überraschung gesehen, daß vorgesehen ist, geschlossene Reihenhäuser zu bauen, was durchaus nicht dem Zwecke entspricht, den man mit dieser Aufschließung des Geländes verfolgt. Es hat einzig und allein die Siedlungsgesellschaft keine geschlossene Bauweise, sonst haben sämtliche anderen Gesellschaften, die beteiligt sind, die geschlossene Bauweise vorgesehen. Das würde ich für bedenklich halten, und aus dem Bericht des Herrn Berichterstatters habe ich keine Klarheit gewonnen, ob der Ortsbauplan schon festgelegt ist, festgelegt werden soll, oder ob die Gestaltung des Bauwesens den vertraglichen Abmachungen mit den Genossenschaften, die die Geländeteile bekommen sollen, im einzelnen vorbehalten bleiben soll.

Mit der geschlossenen Bauweise hängt auch die Stockwerkshöhe zusammen. Nach der Einteilung auf der Skizze, woraus die Zuteilung der Gartenstücke er-

sichtlich ist, muß man geneigt sein, anzunehmen, daß dreistöckige und auch vierstöckige Häuser erbaut werden sollen. Ich würde es für äußerst bedenklich halten, wenn eine derartige Ausnutzung den Genossenschaften gestattet würde. Es ist gerade in solch neu aufzuschließendem Gelände nicht wünschenswert, daß Mietkasernen entstehen. Wenn wir so weites Entgegenkommen den Gesellschaften und Genossenschaften gegenüber zeigen, können wir uns um die Einzelheiten der Bauvorschriften bei den abzuschließenden Verträgen mehr bekümmern, und zwar im Interesse einer sozialen Wohnungspflege, wie sie jetzt verlangt wird. Auch das muß jetzt schon gesagt werden, damit bei den Verhandlungen darauf mit Rücksicht genommen wird.

In erster Linie aber möchte ich, daß das Gelände den Gesellschaften nicht zu eigen übertragen wird, sondern zu Erbbaurecht. Es müßten die Fälle eingetragen werden, in welchen das Wiederkaufsrecht eintreten soll, oder in welchen der Heimfall vorgesehen wird, nämlich dann, wenn die Zwecke nicht erfüllt werden sollten, deren Erfüllung wir mit dem Verkauf verbinden.

Stadtbaurat Lebensleben: Mit dem Plane für das Arkeröder Feld hat sich auch schon die Ortsbauplandeputation und die Baukommission beschäftigt. Zunächst möchte ich auf die letzten Worte des Herrn Vorredners antworten, insoweit er den Ortsbauplan bemängelt hat, weil Reihenhäuser vorgesehen sind und hohe Häuser, sogenannte Mietkasernen entstehen können. Der Ortsbauplan ist vor längerer Zeit hier schon festgesetzt, als der Herr Vorredner noch nicht wieder aus dem Felde zurückgekehrt war. Das liegt schon Monate, vielleicht auch ein halbes Jahre zurück. Der Ortsbauplan wird aber voraussichtlich noch einmal umgearbeitet werden, so daß die Stadtverordnetenversammlung sich noch einmal mit dieser Frage wird beschäftigen müssen. Es hat sich nämlich in letzter Zeit herausgestellt, daß die Reflektanten in der Regel etwas größere Gärten zu haben wünschen, als der Ortsbauplan im allgemeinen vorsieht, und daraus folgt, daß eine andere Blocktiefe angenommen werden muß. Wir hatten allerdings auch verschiedene Baublöcke vorgesehen, denen recht große Gärten zugeteilt waren, aber die waren nun wieder zu groß. Ich möchte bemerken, daß die Aufteilungen der einzelnen Grundstücke, ferner die Anordnung, ob in geschlossenen Reihen oder in Gruppen oder Einzelhäusern gebaut werden soll, nicht Sache des Ortsbauplanes ist. Der ausgehängte Plan ist kein Ortsbauplan, sondern ein Aufteilungsplan, wie er vom Architekten entworfen ist. Der Fluchtlinienplan hat eine andere Gestalt; es werden da nicht die einzelnen Gärten und Häusergrößen ausgewiesen. Wir sollen die einzelnen Grundstücke nicht etwa starrr festsetzen, sondern in dieser Beziehung den gemeinnützigen Baugenossenschaften, die sich an uns gewandt haben, mehr oder weniger freie Hand lassen. Ich halte es nicht für zweckmäßig, jede einzelne Grundstücksgröße schon jetzt planmäßig festzusetzen, und ob in einer Gruppe von

acht, vier oder zwei Häusern gebaut werden soll, darin muß — das wiederhole ich — den einzelnen Baugenossenschaften in gewisser Beziehung freie Hand gelassen werden. Es ist unsererseits vorgesehen, daß das gesamte Bauland mit einer recht kräftigen Baubefchränkung belegt wird, und zwar mit einer solchen, wie sie vor einem Jahr für die städtischen Gelände an der Goslar'schen Straße festgesetzt ist: Daß nur das Erdgeschoß, ein Obergeschoß und ein ausgebauten Dachgeschoß hergerichtet werden darf, daß die Grundstücke nur in einer bestimmten Tiefe bebaut werden dürfen und daß hinter dieser Baulinie Bauwerke überhaupt nicht aufgeführt werden dürfen usw.

Vom Herrn Vorredner wurde noch bemängelt, daß eine geschlossene Bauweise vorgesehen sei. Ich habe schon vorhin erwähnt, daß es sich hier um sogenannte Gruppenhausbebauung handelt. Es soll nicht etwa, wie in der Innenstadt, eine schlanke Reihe von Häusern errichtet werden, sondern es sind Gruppen von Häusern gedacht, zwischen denen Öffnungen angeordnet werden sollen. Derartige Gruppenhäuser haben sich neuerdings ganz ausgezeichnet bewährt und werden gegenüber den freistehenden Einfamilienhäusern bevorzugt. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die Beheizung im allgemeinen viel günstiger ist, wenn ein Kleinhäus neben dem anderen steht, als beim freistehenden Haus. Derartige Gruppen dürfen, damit ein offenes Landschaftsbild zustande kommt, nicht zu lang sein. Ich gebe zu: auf dem Plane, wie er einfach skizzenhaft hingeworfen ist, sind die Gruppen reichlich lang geworden, aber darin lassen wir in erster Linie den Baugenossenschaften freie Hand, werden allerdings in dem abzuschießenden Vertrage uns ausbedingen, daß die Baupläne der Genehmigung des Magistrats bedürfen, und zwar nicht nur in architektonischer Beziehung, sondern auch in der Grundrißausgestaltung; und die Baugenossenschaften sind selbstverständlich auch bereit, auf diese Bedingungen einzugehen.

Zum Schluß möchte ich noch eingehen darauf, daß der Herr Vorredner bemängelt hat, das Gelände solle zu Eigentum an die Gesellschaften verkauft werden, während er wünscht, daß das Gelände in Erbbaupacht vergeben werden soll. Auch mit dieser Frage hat sich die Baukommission eingehend beschäftigt und ist zu der Ansicht gekommen, daß in diesen beiden Fällen ein Verkauf zu Eigentum unbedenklich ist, da es sich um gemeinnützige Baugesellschaften handelt, die nach Maßgabe des Siedlungsgesetzes von dem Volkskommissariat der Finanzen als solche anerkannt sind; wir haben uns aber vorbehalten, in anderen Fällen auf das Erbbaurecht zurückzugreifen.

Stadtv. Marth: Die Bedenken, die ich äußern wollte, hat schon Herr Dr. Jasper vorgebracht. Ich möchte noch hinzufügen, daß das ganze Gelände doch als Gartenstadt gelten soll, und darunter ist nicht zu verstehen, daß Gruppen-

Häuser aufgestellt werden. Man sollte die Bauweise so einrichten, daß das Bild einer Gartenstadt gewahrt wird. Würde man den Baugenossenschaften darin freie Hand lassen, wie sie ihre Gruppen aufstellen, so würde ein Bild entstehen, das vielleicht der Stadt Braunschweig nicht zur Zierde gereichen würde und nicht das Bild einer Gartenstadt bieten würde.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Die dankenswerten Aufklärungen des Herrn Stadtbaurat Gebenzleben haben mich nur zum Teile befriedigt. Ich kann nicht anerkennen, daß das Erbbaurecht deshalb überflüssig wäre, weil die gegenwärtigen Gesellschaften gemeinnützig genannt werden können. Wenn sie es heute sind, so weiß ich doch nicht, ob sie es morgen noch sein werden. Wenn ich den Späßen aus der Hand gegeben habe, kann ich nicht mehr darüber verfügen, und ich möchte der Stadt die Verfügungsgewalt auf alle Fälle gesichert wissen. Die geeignete Form dafür erscheint mir das Erbbaurecht, sonst möchte ich wenigstens die dingliche Sicherung des Wiederkaufs und des Heimfalls zu den Bedingungen des Verkaufs hinzugefügt sehen. Zu diesen Bedingungen hat der Herr Stadtbaurat leider keine Stellung eingenommen. Es ist damit nicht genügende Sicherheit für die Stadt geboten, daß die Baugenossenschaften nicht nur jetzt gemeinnützig sind; was künftig wird, kann man nicht wissen. Ehe ich mich meiner Rechte begeben, suche ich mich zu sichern.

Ich habe gehört, daß der Ortsbauplan schon festgelegt ist, es ist aber auf der anderen Seite zugesichert, daß damit die Skizze, wie sie vorliegt, noch nicht als endgültig maßgebend angesehen werden soll. Es mag sein, daß ich mich da in einem Irrtum befinde. Es wird weniger vom Ortsbauplan als vom Baustatut abhängen, ob die Gegend die geschlossene oder offene Bauweise zuläßt. Ich halte auch hier den Grundsatz, den der Herr Stadtbaurat vertreten hat, für bedenklich, es den Baugesellschaften zu überlassen, wie sie bauen wollen. Bei aller Gemeinnützigkeit, die die Baugesellschaften anstreben, sind sie doch immer Unternehmer, d. h. sie suchen das Interesse ihrer Gesellschaft in der Weise geltend zu machen, daß sie möglichst die Rente dabei herausholen, und sie müssen es auch tun, besonders bei den hohen Preisen, die sie zum Teil zu zahlen haben. Sie suchen jetzt schon zu Land zu kommen, müssen das tun im Interesse der Genossenschaftler, und so ist von diesem ganz berechtigten wirtschaftlichen Triebe aus die Gefahr nicht gering, daß eine möglichst enge Bauweise, wie wir sie im allgemeinen nicht wünschen, eintreten könnte. Daß so, wie die Zeichnung angibt, das Ding nicht geht, hat ja auch der Stadtbaurat selber anerkannt. Ich freue mich, daß ich mich deshalb jeder weiteren Kritik an der Skizze enthalten kann, aber es geht daraus hervor, daß, wenn solche Skizzen möglich sind, mindestens nicht dem Stadtmagistrat, der städtischen Bauverwaltung und den Genossen überlassen werden kann, zu ent-

scheiden, wie gebaut werden soll. Der Herr Stadtbaurat hat recht, heute das zu entscheiden, geht nicht an, und das ist auch meine Absicht nicht, aber ich möchte die Verträge vor dem Abschluß sehen und nicht heute schon ja und amen sagen, damit nicht später drauflosgebaut wird, und wir haben Kasten stehen und haben dann den Ärger davon.

Ich beantrage deshalb,
das fragliche Gelände nicht zu verkaufen, sondern in Erbbaupacht abzugeben,
auf jeden Fall dinglich zu sichernde Wiederkaufsrechte vorzubereiten,
auch die abschließenden Verträge den Stadtverordneten zur endgültigen Genehmigung vorzulegen.

Stadtv. **Loftmann:** Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen des Herrn Dr. Jasper könnte es so scheinen, als ob die Baugenossenschaft aus ihrem Betriebe gewissermaßen Rentenvorteile herausziehen will. Das ist durchaus nicht der Fall, sondern die Baugenossenschaft ist bestrebt, billige und gesunde Wohnungen zu bauen. Das hat sie bisher getan und wird sie auch in Zukunft tun. Es scheidet vollständig aus, daß die Baugenossenschaft bestrebt wäre, durch Erwerb dieses Geländes gewisse Vorteile für sich herauszuholen. Wenn hier auf dem Plane geschlossene Bauweise vorgeesehen ist, so ist das nicht von der Baugenossenschaft so ausgeführt, sondern vom Architekten, der diesen Plan bearbeitet hat. Er hat diese Einteilung gemacht, um gewissermaßen festzustellen, was für Häuser auf dieses Gelände hingehen. Ich bin kein Freund der geschlossenen Bauweise, wie sie dort vorgeesehen ist. Wie aber würden 20 Einfamilienhäuser in ihrem Anblick wirken, wenn sie in einer Reihe stehen? Es würde geradezu ein unschönes Bild geben, so daß man später dem Magistrat die größten Vorwürfe machen könnte, wenn er diese Bauweise genehmigt hätte. Nur Einzelhäuser hinzustellen, würde also auch nicht schön wirken, es muß Abwechslung vorhanden sein, Einfamilienhäuser, Gruppen von zwei und drei Häusern müssen miteinander abwechseln, dann gibt es ein ansprechendes Bild, ein ganzes Stadtviertel aus Einfamilienhäusern aber würde unschön wirken. Es ist durchaus kein Bedenken dabei, wenn man den einzelnen Genossenschaften die Einteilung mit Genehmigung des Magistrats überträgt.

Was den Antrag anbelangt, den Herr Dr. Jasper gestellt hat, wonach dieses Gelände in Erbbaupacht weggegeben werden soll, so möchte ich bitten, ihn abzulehnen. (Zuruf Jasper: Ihr steht euch ja besser dabei; ihr braucht dann kein Kapital aufzunehmen.) Wenn wir das Gelände in Erbbaupacht übernehmen, dann müssen wir es auch verzinzen, umsonst gibt es der Magistrat nicht her — sonst würden wir gern darauf eingehen. Wir sind eine gemeinnützige Gesellschaft, und das selbe ist auch bei der Siedlungsgesellschaft der Fall, und bei solchen ge-

meinnützigen Gesellschaften ist es den Statuten nach ausgeschlossen, daß die Häuser verkauft werden. Wenn wir das Statut ändern wollten, dann müßte dazu die Zustimmung des Reichsamts des Innern eingeholt werden, und die werden wir nie bekommen. Ich möchte erfragen, den Antrag Jasper abzulehnen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Auch ich möchte Herrn Dr. Jasper anheimgeben, bei dieser Sache auf seinen Antrag zu verzichten. Es liegt uns daran, unsererseits alles zu tun, um so schnell wie möglich die Bautätigkeit in Gang zu bringen, und bei Annahme des Antrages Jasper müßten wir mit beiden Gesellschaften wieder von neuem verhandeln. Es ist zweifelhaft, ob sich die Siedlungsgesellschaft auf ein solches Abkommen einlassen wird. An und für sich ist es eine wunderbare Sache, bei Genossenschaften von Erbbaurecht zu sprechen. Das Erbbaurecht ist im allgemeinen doch gedacht für die Anwendung auf den einzelnen, bei dem die Sache auf den Erben übergehen soll. Bei der Siedlungsgesellschaft liegt die Sache anders. Ich glaube, wenn sie nicht Eigentümerin des Baugeländes würde, dann würde sie mit ihren Grundsätzen, die auf Gesetzen beruhen, in Konflikt kommen, und das möchten wir verhüten.

Ebenso liegt die Sache mit dem Bau von Reihenhäusern. Ich habe mir auch Gartenstädte angesehen und habe gefunden, daß dort verschiedentlich auch Reihenhäuser gebaut sind. Wenn man bedenkt, wie sehr die Häuser draußen am Domesee vorläufig noch Wind und Wetter ausgesetzt sind, dann kann man zweifelhaft sein, ob es richtig sein würde, jedes Haus isoliert aufzustellen. Es müssen andere Schutzmaßregeln angewandt werden, um unsere Zwecke zu erreichen, und in der Hinsicht bin ich der Ansicht, die Herr Stadtbaurat Gebensleben vertreten hat: Man soll in diesem Falle die Wahl der Bauweise den betreffenden Gesellschaften überlassen. Wir können uns aber die Genehmigung vorbehalten. Wenn die Stadtverordnetenversammlung ihrerseits Wert darauf legt, die Baupläne vor ihrer Ausführung zu Gesicht zu bekommen und sie zu genehmigen, so wird nichts dagegen einzuwenden sein, daß in dieser Weise verfahren wird, nur muß die Sache beschleunigt werden.

Stadtb. Stegmann: Auch im Bauausschuß ist es uns sofort aufgefallen, daß diese Mietkasernen eingezeichnet waren, und wir haben uns sofort dagegen ausgesprochen. Herr Stadtbaurat Gebensleben hat uns deswegen beruhigt und darauf hingewiesen, daß dies nur Skizzen seien, ohne jede Verbindlichkeit. Aus den Ausführungen, wie ich sie soeben gehört habe, scheint es doch zulässig zu sein, daß Gruppenhäuser zu zwei, drei und vier Wohnhäusern gebaut werden sollen. Wir waren im Ausschuß der Meinung, daß der Gartenstadtcharakter aufrechterhalten werden müsse. In betreff der Meinung des Herrn Stadtbaurat Gebensleben, daß

den Baugenossenschaften und der Siedlungsgesellschaft ein gewisser Spielraum in der Ausführung der Bauten gelassen werden müsse, möchte ich doch bitten, daß der Spielraum nicht allzuweit ausgedehnt wird. Wir hören, daß es zulässig sein soll, Gruppenhäuser zu bauen; dies möchte ich nach Möglichkeit vermieden sehen, gerade der Charakter der Gartenstadt sollte gewahrt werden.

Wenn wir im Bauausschuß der Meinung waren, daß das Erbbaurecht in diesem Falle nicht angebracht sei, so nahmen wir an, daß eine vollständige Sicherung dafür gegeben ist, daß auch in der Zukunft weder die Braunschweiger Genossenschaft noch die Siedlungsgesellschaft gegen ihren gemeinnützigen Charakter verstoßen werden. Wenn ausgeführt worden ist, die Verhältnisse könnten sich ändern, so bin ich der Meinung, daß doch noch andere Sicherungen, nämlich wie sie der Antrag Jasper in zweiter Linie vorsieht, getroffen werden müßten.

Stadtbaurat Lebensleben: Wenn ich vorhin davon gesprochen habe, es sollte den Baugesellschaften in der Bauausführung freie Hand gelassen werden, so sollte das nicht heißen, daß sie nun bauen können, wie sie wollen, sondern ich habe ausdrücklich betont, daß sie, bevor mit dem Bauen begonnen werden kann, dem Magistrat die Pläne zur Genehmigung vorlegen sollen. Würde aus dem Plane hervorgehen, daß nicht so gebaut werden soll, wie wir es wünschen, so haben wir das Recht, Abänderungen des Bauplans zu verlangen.

Es scheint in der Versammlung bei einzelnen Herren die Ansicht vertreten zu sein, daß Reihenhäuser oder längere Gruppen von Häusern unter allen Umständen zu verdammen sind. Die modernen Architekten stehen auf dem entgegengesetzten Standpunkte. (Sehr richtig!) Sie halten die offene Bauweise bei Kleinhäusern für vollständig verfehlt und für überholt, nur die Reihenhäuser gelten bei ihnen als das, was erstrebenswert ist, und zwar abgesehen von der sparsameren Beheizung und den geringeren Baukosten aus dem Grunde, weil dabei möglichst wenig Gartenfläche nutzlos verlorengeht. Man will die vorhandene Fläche nutzbringend verwerten, der Garten soll nicht teils vor und neben dem Hause liegen, sondern tunlichst in einer Fläche hinter dem Hause, wo er einheitlich ausgenutzt werden kann. Ich möchte Sie bitten, einmal Gelegenheit zu nehmen, sich Gartenstädte in Gruppenbauweise anzusehen; Sie werden Ihre helle Freude daran haben und sich selber überzeugen, daß eine derartig längere Gruppe von Kleinhäusern den Einzelhäusern weit vorzuziehen ist. (Sehr richtig!)

Stadtv. Lehnert: Ich möchte auf eins kurz hinweisen. Wenn Herr Dr. Jasper von Mietkasernen gesprochen hat, so kann er sich von dem Geschmack unserer Häuser, seitdem wir in eigener Regie bauen, in der Birchowstraße überzeugen. Damit können wir dokumentieren, daß wir keine Mietkasernen aufgebaut haben und mit jedem anderen Hausbesitzer in die Schranken treten können.

Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß es seit dem Jahre 1902 abgeschlossen ist, daß von uns Häuser wieder veräußert werden. Der Staatssekretär des Innern Posadowski hat uns derzeit nur unter der Bedingung einen Reichszuschuß zu unseren Bauten gewährt, daß festgelegt wird, daß kein Haus mehr an Einzelsäufer abgegeben werden darf. Solange die Gelder, die wir vom Reichsamt des Innern haben, von uns nicht abgetragen sind, ist nicht daran zu denken, etwas von unserem Häuserbesitz zu verkaufen. Würden wir das machen, so würden wir erleben, was bei den Handwerkerhäusern geschehen ist. Diese haben den Besitzer gewechselt, und sofort sind die Mieten in die Höhe gegangen, aber gerade das wollen wir durch unsere Tätigkeit unterbinden. Es ist unser höchstes Streben, daß wir die Mieten so belassen, daß der Betreffende sie auch aufbringen kann.

Ich möchte eruchen, den Antrag des Herrn Dr. Jasper abzulehnen. Seien Sie versichert: So viel gesunder Menschenverstand wird sich auch bei den späteren Vertretern der Genossenschaft finden, daß sie nicht wie die Hausbesitzer das Besitztum der Genossenschaft als Ausbeutungsobjekt benutzen.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Mir liegt nichts ferner, als die Bebauung des Geländes zu verzögern, und ich glaube, das ist auch mit meinem Antrage nicht notwendig verbunden. Ich verstehe nicht, wie die Kollegen, die den Baugenossenschaften nahestehen, gegen meine Anträge Widerspruch erheben können. Es hat den Anschein, als seien sie durch meine Anträge etwas gekränkt, als wolle ich damit darlegen: Ich traue den gegenwärtigen Leitern nicht über den Weg. Das ist nicht der Fall, sondern ich habe ausdrücklich anerkannt, daß ich der Gemeinnützigkeit in der gegenwärtigen Form durchaus zustimme, aber ich habe gesagt: Was gegenwärtig ist, kann künftig anders werden. Herr Lehnert wird zugeben, daß das Reichsamt des Innern in seiner Erscheinung und in seinen Entschlüssen wandelbar ist, und daß auch die Genossenschaft wandelbar war, da sie früher im einzelnen verkaufte und jetzt nicht mehr verkaufen will. Ich will nicht annehmen, daß sie im einzelnen zu verkaufen beabsichtigt, aber man kann gezwungen sein, wegen anderer Unternehmungen im ganzen die Sachen verkaufen zu müssen, und dann würde die Stadt leer ausgehen. Ich verstehe den Widerspruch um so weniger — das habe ich schon zugerufen —, als die Genossenschaft bei der Form des Erbbaurechts besser fährt als gegenwärtig. Muß sie kaufen, so muß sie Kapital aufwenden, das sie sich irgendwie verschaffen muß, wenn sie es nicht schon vorrätig hat, und muß es dann verzinsen. Es fragt sich, zu welchen Bedingungen sie das Kaufkapital bekommt, und wie die Bedingungen der Erbbaupacht gestellt werden. Im allgemeinen ist es nicht angenehm, Kapital beschaffen zu müssen, und viel angenehmer, durch langjährige Pacht um die Beschaffung des Kapitals herumkommen zu können. Deshalb ist es im Interesse einer billigen Bebauung ge-

legen, wenn Sie meinem Antrage zustimmen; die Genossenschaft würde wohl keinen Nachteil davon haben, jedenfalls ist er von mir nicht beabsichtigt. Es muß auf alle Fälle — und ich freue mich, von Herrn Stegmann in dieser Forderung unterstützt zu werden —, wenn man die Form des Erbbaurechts nicht anwenden will, eine dingliche Sicherung gegeben werden, und das hat auch der Herr Oberbürgermeister in mancher Beziehung zugegeben, damit zu dem Preise, zu dem wir das Baugelände überlassen, es uns in gewissen Fällen wieder zufällt.

Im übrigen hat der Herr Stadtbaurat uns das Recht eingeräumt, bezüglich der Bebauungsweise mitreden zu können. Ich glaube deshalb, auf Einzelheiten nicht eingehen zu brauchen. Ich gebe zu, daß kleinere Gruppen von Häusern durchaus angebracht sein mögen, habe nichts dagegen, daß Doppelhäuser usw. aufgestellt werden, aber wie dort der Plan ausgeführt ist, Herr Stadtbaurat, das läßt sich von unserem Standpunkte nicht halten, auch wenn Sie sagen: Es ist moderne Auffassung. Vielleicht ist es die allermodernste.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, wenn dadurch, daß ich noch einmal das Wort ergreife, die Debatte wieder eröffnet wird, aber es ist von Bedeutung, daß wir uns über diese Angelegenheit verständigen.

Herr Dr. Jasper sagt: Die Baugenossenschaft steht sich bei dem Erbbaurecht besser, da sie dabei nur für die Bezahlung der Rente aufzukommen hat. Wie aber ist es mit der Stadt? Wir müssen doch bekanntlich auch das Kapital erst beschaffen, haben auch schon einen großen Teil desselben aufgeliehen. Vom Standpunkte der Stadt aus ist es vorteilhafter, wenn Herr Tostmann das Kapital beschafft und der Stadt den Grund und Boden bezahlt. Es stehen sich da zwei Interessen einander gegenüber.

Nun noch etwas anderes. Herr Dr. Jasper will für die Stadt das Wiederkaufsrecht haben, und in dieser Beziehung möchte ich auf folgendes aufmerksam machen: Bei der Siedlungsgesellschaft wird es so kommen, daß sie nach dem Gesetze dem einzelnen die Verpflichtung auferlegen muß, das Grundstück eventuell an die Siedlungsgesellschaft zurückzugeben. Es handelt sich dabei also um ein Wiederkaufsrecht zugunsten der Siedlungsgesellschaft, das eingetragen werden muß. Soll nun außer diesem Wiederkaufsrecht der Siedlungsgesellschaft auch noch das zweite Wiederkaufsrecht zugunsten der Stadt auf das Grundstück eingetragen werden? Dann würden zwei Wiederkaufsrechte nebeneinander stehen, und das geht nach meiner Ansicht nicht an. Wenn man mit einer derartigen Gesellschaft einen Vertrag abschließt, dann bleibt doch wohl nichts anderes übrig, als Vertrauen zu ihr zu haben und das Gelände einfach zu verkaufen. Hat denn die Stadt ein so großes Interesse daran, demnächst das Land

einmal wiederzubekommen? Ich bin fest überzeugt, daß wir von dem Wiederkaufsrecht, solange das Gelände im Besitz dieser Genossenschaft ist, niemals Gebrauch machen werden. Sollten wir für unser Land, das wir anschließen wollen, zu schwierige Bedingungen stellen, so würde die Folge sein, daß die Gesellschaft sich an den großen Nachbar wendet, an den Staat, der ihr vielleicht zu besseren Bedingungen Baugelände zur Verfügung stellt, denn Land dafür ist genug vorhanden. Lassen Sie uns ruhig den Versuch machen, wie es vom Magistrat vorgeschlagen ist. Es sind ein paar kleine Stücke von einem großen Gelände, und es liegt uns daran, die Sache in Gang zu bringen. Es ist wesentlich, daß die Leute sehen: Hier ist ein Platz, wo ihr euch anbauen könnt. Ich bitte deshalb Herrn Dr. Jasper, bei der nächsten Gelegenheit seine Bedenken zur Geltung zu bringen. Dann können wir es ja anders machen, aber in diesem Falle möchte ich bitten, um vorwärtszukommen, diesen Weg, den wir vorgeschlagen haben, zu wählen, der uns so schnell wie möglich zum Ziele bringt.

Stadtbaurat Gebensleben: Herr Stadtv. Dr. Jasper hat vorhin zugegeben, augenblicklich sei die Siedlungsgesellschaft wohl als gemeinnützig anzusehen, aber er meinte, das könne sich unversehens ändern. Ich möchte ihn bitten, im Siedlungsgesetze nachzusehen. Die beiden Gesellschaften sind vom Volkskommissariat für Inneres und Finanzen als g e m e i n n ü t z i g anerkannt und genießen als solche besondere Vorteile hinsichtlich der Beleihung, aber andererseits sind sie auch gebunden insofern, als sie ihre Satzungen nicht ohne Genehmigung des Siedlungsamtes ändern dürfen, sie sind also nicht frei, sondern vollständig gebunden. Ich bitte daraus zu ersehen, daß sie nicht heute gemeinnützig sein und morgen ohne weiteres spekulieren können.

Stadtv. Einert: Betreffs der Ablassung des Geländes an die Gesellschaften im Erbbaurecht stimme ich mit Herrn Dr. Jasper überein. Ich glaube, daß das Kapital von der Stadt sehr leicht durch Anleihen angeschafft werden kann. Je mehr Grundeigentum eine Stadt hat, um so leichter ist es ihr, Anleihen aufzunehmen.

In bezug auf die Ausführung der Reihenhäuser bin ich aber anderer Ansicht als Herr Dr. Jasper. Ich will mir kein maßgebendes Urteil über Schönheit aussprechen, muß aber doch sagen, daß die Bremer Häuser einen guten Eindruck auf mich gemacht haben, und außerdem halte ich sie für praktisch, zumal für Einfamilienhäuser, die im großen und ganzen doch auch in Ihrem Sinne liegen, da wir doch keine großen Mietkasernen aufgestellt sehen wollen.

Dem Verkauf des fraglichen Geländes an die beiden Gesellschaften stimmt die Versammlung gemäß dem Antrage des Bauausschusses grundsätzlich zu. Der erste

Teil des Antrages Jasper ist damit erledigt. Der zweite und dritte Teil des Antrages Jasper wird angenommen.

13. Antwort des Volkskommissariats für Ernährung auf den der Regierung übermittelten Antrag, betr. die Beschlagnahme von kleinen Lebensmittelmengen.

Stadtrat von Franzenberg: Meine Damen und Herren! Die Stadtverordnetenversammlung hat sich in ihrer letzten Sitzung scharf gegen die Beschlagnahme kleiner Lebensmittelmengen gewandt. Der Stadtmagistrat hat den diese Sache betreffenden Antrag der Versammlung angenommen und ihn an das Volkskommissariat für Ernährung weitergegeben. Heute, während der Sitzung, ist die Antwort des Herrn Volkskommissars Gerecke auf unsere Eingabe eingelaufen. Sie lautet:

„Antwortlich Ihres Schreibens vom 6. d. Mts. kann ich Ihnen mitteilen, daß von mir bereits vor längerer Zeit Anordnungen bei den zuständigen Stellen getroffen sind, übertriebene Durchsuchungen von Gepäck und Beschlagnahme von kleinen Mengen Lebensmittel zu vermeiden, und habe ich feststellen können, daß auch eine bedeutende Besserung eingetreten ist.

Etwaigen unberechtigten Übergriffen werde ich auf das schärfste entgegen treten.“

Ich möchte hiermit diese Zuschrift der geehrten Versammlung überreichen.

14. Aufnahme eines Darlehns beim Staat.

Stadtv. Dr. Jasper: Die Kriegszustände haben es mit sich gebracht, daß der Stadt Ausgaben zugefallen sind, die sonst nicht den städtischen Schultern zu tragen überlassen waren. Sie kennen sie im einzelnen und wissen, welchen Umfang sie angenommen haben, so daß Sie nicht erstaunt darüber sein werden, daß die Schuldenlast der Stadt eine nicht geringe ist. Sie beläuft sich gegenwärtig auf rund 26½ Millionen Mark, und wieviel wir von dieser schwebenden Schuld zurückbekommen werden, steht noch dahin. Es ist ja zu hoffen, daß wir ein gut Teil unserer Auslagen vom Reiche wiedererstattet bekommen, allerdings weiß man noch nicht, ob das bei den jetzigen Friedensausichten möglich sein wird. Es ist weiter zu hoffen, daß vom braunschweigischen Staate uns ein Zuschuß zur Tilgung unserer Schulden geleistet wird, doch aber auch da ist ungewiß, ob er den leisten kann und will. Gewiß ist aber, daß wir die schwebende Schuld mit einem nicht unerheblichen Betrage zu verzinsen haben, und daß das Bestehen einer schwebenden Schuld für den städtischen Haushalt nicht gerade angenehm ist. Es ist dem-

nach an sich richtig, daß man versucht, die schwebende Schuld in eine feste Schuld zu verwandeln, wenn man die Bedingungen für die Verwaltung einigermaßen günstig gestaltet wissen kann. Es hat sich nun die Gelegenheit geboten, indem das Finanzkollegium, also die staatliche Leihhausanstalt, bereit ist, uns 10 Millionen Mark zu leihen zu Bedingungen, die man als annehmbar bezeichnen muß. Das Leihhaus will die 10 Millionen hergeben

entweder mit einer Verzinsung zu 4 Prozent zu einem Kurse von 93 v. H. und mit Abträgen zu $1\frac{1}{2}$ v. H. und den ersparten Zinsen

oder mit einer Verzinsung zu $4\frac{1}{2}$ v. H. zum Kurse von 97,50 v. H. mit Abträgen von 1 v. H. und den ersparten Zinsen.

Die rechnerische Prüfung dieser beiden verschiedenen Bedingungen hat ergeben, daß der gesamte Aufwand der Stadt ein geringerer ist, wenn wir das 4prozentige Darlehn annehmen. Die zurückerstattete Summe würde betragen

bei 4 Prozent 18 221 313,73 M in etwa 38 Jahren,

bei $4\frac{1}{2}$ Prozent 21 303 557,72 M in rund 33 Jahren.

Der Magistrat beantragt, diese Darlehnsgelegenheit auszunutzen, die uns nur noch bis zum 15. d. Mts. gegeben ist, denn nur bis dahin will sich die Leihhauskasse an diese Angebote binden, und deshalb mußte diese Angelegenheit heute zur Sprache gebracht werden. Der Magistrat hat gebeten, das erste Angebot mit dem 4prozentigen Zinsfuss anzunehmen; der Finanzausschuß ist gleichfalls der Ansicht, daß dies das günstigere Angebot sei, und empfiehlt Ihnen die Annahme. Es muß anerkannt werden — und das ist auch im Finanzausschuß zum Ausdruck gekommen —, daß dieser Weg der Aufnahme des Darlehns beim Leihhause günstiger ist, als wenn wir auf den offenen Geldmarkt hinaustreten müßten. Die staatliche Leihhausanstalt ist uns als Gläubiger angenehmer als die privaten Kapitalisten, und bei ihr werden wir, wenn wir in Schwierigkeiten kommen sollten, eher Entgegenkommen finden als bei dem Privatkapital. Auch werden bei diesem Angebote die nicht unerheblichen Kosten einer Obligationenleihe gespart, und es werden bei letzterer auch die Kurse erheblich geringer sein. Aus allen diesen Gründen hat der Finanzausschuß dringend empfohlen, das Angebot der Leihhausanstalt anzunehmen und der Vorlage des Magistrats zuzustimmen. Ich bitte, dem Beschluß der Finanzkommission beizutreten.

Gemäß dem Antrage des Finanzausschusses stimmt die Versammlung der Aufnahme der staatlichen Anleihe zu.

Stadtv. **Stegmann** (zur Geschäftsordnung): Wir tagen jetzt ziemlich 5 Stunden. Schon vor $1\frac{1}{2}$ Stunden haben verschiedene Herren beantragt, die Sitzung zu schließen. Unsere Reihen sind gelichtet, ich bitte deshalb, die Sitzung

abzubrechen. Die noch vorliegenden Anträge sind nicht so wichtig, daß wir die Sitzung noch weiter ausdehnen müßten.

Vorsitzender: Wünscht jemand gegen die Vertagung zu sprechen? (Das ist nicht der Fall.) Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 5 bis gegen 9 Uhr.

1918/1919.

W. H. F. F. F. F.
Nr. 15.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 27. März 1919.

Tagesordnung:

1. Bürgerschaftsübernahme für die Erhöhung des Kredits des Braunschweigischen Landeseinkaufs. Seite 870
2. Antrag Schilke, betreffend den Kauf oder die Pachtung von Rittergütern oder Domänen durch die Stadt zur Versorgung der Stadt mit landwirtschaftlichen Produkten " 871
Damit verbunden der dieselbe Angelegenheit betreffende Antrag Marschner " 871
3. Antrag Frede auf Errichtung von Notstandsbauten " 877
4. Antrag Goetze auf Zuwahl zweier Frauen aus der Bürgerschaft zum Ernährungsausschuß. " 877
5. Antrag Bunge auf Vermehrung der städtischen Steuerbureaus " 879
6. Antrag Wolters auf Überführung der Wallpromenaden und der der Stadt noch nicht gehörenden Oferbrücken in städtisches Eigentum und der Umflutgräben in städtische Verwaltung " 880
7. Anfrage Graf über das Erfrieren von städtischen Kartoffeln in einer Ziegelei am Madamentwege " 882
8. Anfrage Künneburg über den Stand der Eingemeindungsverhandlungen. " 883
9. Erhöhung des Zinsfußes für ein der Stadt vorgeliehenes Hypothekentapital. " 893
10. Ersatzwahl von Mitgliedern der Ausschüsse und Deputationen " 894
11. Betriebseinstellung zweier städtischer Kriegsküchen " 894
12. Errichtung eines Rechtsfriedensamtes " 895
13. Stellungnahme zu einem Antrage der Straßeneisenbahngesellschaft, betreffend Tarifierhöhungen für Abgabe elektrischen Stromes und Erhöhung des Fahrpreises für die Straßeneisenbahn " 896

14. Aufwendungen für die Instandsetzung von Fortbildungsschulklassen in der früheren Waisenhauschule	Seite 901
15. Ausbau des öffentlichen Arbeitsnachweises	" 902
16. Aufnahme der Straße 849 in den Ortsbauplan	" 907
17. Änderung der Fluchtlinie der Frankfurter Straße vor dem Grundstück Verf.-Nr. 6684	" 907
18. Änderung des Bebauungsplanes für das Arteröder Feld	" 908
19. Bebauungsplan für das Terrain Kälberweide in der Feldmark Altpetritor	" 909
20. Erweiterung der Gaußschule	" 910
21. Gutachtliche Äußerung über die Ausnahmen von der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	" 911
22. Besprechung der Kartoffelversorgung und der Ausgabe von Salzgemüse	" 927
23. Anfragen Salomon und Warendorf über Einführung der Pflichtfortbildungsschule	" 935

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtrat **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**, Stadtrat **Mohr**, Stadtrat **Füermann**.

Es fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Schmerbach**, **Stegmann** und **Steinbrecher**.

Vorsitzender Wilh. Niese: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Eingegangen ist eine Eingabe von Herrn **Kunstmaier Gelpke**, betr. den Ankauf von 60 Aquarellen durch die Stadt. Es handelt sich um Darstellung jetzt nicht mehr vorhandener bemerkenswerter Bauwerke. Es wird sich empfehlen, die Eingabe zunächst dem Magistrat zu überweisen und dessen Stellungnahme abzuwarten.

Sodann ist eingegangen eine längere Eingabe von dem **Angestelltenausschuß der Aushilfsbeamten des Stadtmagistrats**. Sie betrifft die Regelung der Gehälter der genannten Aushilfsbeamten, Kündigungsfrist und dergleichen. Auch in dieser Sache müssen wir wohl zunächst eine Ausrückung des Stadtmagistrats abwarten.

Des weiteren liegt vor eine Eingabe des Herrn **Bruno Brandes**, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen für **Tannenbrennholz**. Auch in diesem Falle würde es sich empfehlen, die Eingabe dem Magistrat zu überweisen.

Herr **Gustav Danko** hat den Antrag gestellt auf stadtseitige Vergütung der Kosten für einen Lehrcursus, den seine Frau als **Hebammen- und Schülerin** im Landeskrankenhaus durchmacht. Auch diese Sache überweise ich dem Stadtmagistrat zur Stellungnahme.

Herr M. Hamann hat eine Eingabe wegen Familienunterstützung gemacht. Die Angelegenheit läßt sich ohne weiteres hier nicht prüfen, sondern muß zunächst dem Magistrat überwiesen werden.

Vom Zentralverbande der Handlungsgehilfen, Bezirk Braunschweig, ist ein Schreiben eingegangen, betreffend die Zeit der Offenhaltung der Ladengeschäfte an den Wochentagen. Die Eingabe wird zunächst vom Magistrat zu prüfen sein.

Die Bäckerinnung richtet eine Eingabe an die Stadtverordneten, in der gewünscht wird, die Einführung von Landbrot in die Stadt Braunschweig während der Dauer der Rationierung der Brot- und Mehlszuteilung zu verbieten. Sie begründet diesen Wunsch damit, daß eine ungeheure Menge Brot von den Landbäckereien nach Braunschweig geliefert wird und dadurch für die hiesigen Bäcker die Verdienstmöglichkeit entfällt, der Stadt die Einkommen- und Gewerbesteuern geschmälert werden, dagegen aber die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung sich häufen. — Es würde sich auch hier empfehlen, die Stellungnahme des Stadtmagistrats abzuwarten.

Die verheirateten Arbeitslosen Braunschweigs bitten in einer Eingabe um Mietbeihilfen für den 1. April d. J., da es bei der gegenwärtigen Arbeitslosenunterstützung nicht möglich sei, Rücklagen für Bezahlung der Miete zu machen. Soweit ich orientiert bin, ist ein gleicher Antrag bei dem Magistrat eingegangen, und so würde es sich empfehlen, die in nächster Zeit erfolgende Stellungnahme des Magistrats abzuwarten.

Von den geehrten Damen und Herren sind mehrere Anfragen und Anträge eingegangen. Zunächst eine Anfrage von Herrn Salomon mit folgendem Wortlaut:

„Ist der Magistrat in der Lage, darüber Auskunft zu geben, ob die Pflichtfortbildungsschule in der Stadt Braunschweig zu Ostern d. J. zur Einführung gelangt?“

Von Herrn Wahrensdorf ist namens der bürgerlichen Gruppe eine ähnliche Anfrage eingegangen. Sie lautet:

„Nach den Erklärungen und Äußerungen von maßgebender Stelle bestand die Absicht, für die nächste Zeit den Fortbildungsschulunterricht nach dem Vorbilde anderer Städte auch für Braunschweig obligatorisch einzuführen. Da noch keine Anzeichen vorliegen, welche darauf schließen lassen, daß diese Absichten verwirklicht werden, stellen wir an den Magistrat die Anfrage, welche Widerstände diesen Verzögerungen zugrunde liegen?“

Es würde sich empfehlen, die beiden Anfragen nachher miteinander gemeinsam zu behandeln.

Von Herrn **F r e d e** ist folgender Antrag eingegangen:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Stadtmagistrat, auf Herstellung eines Verbindungsweges zwischen Westbahnhof und Broitzemer Straße Bedacht zu nehmen.“

Herr **R i c h t e r** hat folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Zusammenlegung der sieben- und achtsstufigen Bürgerschulen mit dem Beginn des neuen Schuljahres in Kraft treten zu lassen.“

Frau **G r a f** stellt die Anfrage:

„Wie ist der Verkauf von Pferdefleisch geregelt?“

Von Herrn **S c h i l k e** ist folgende Anfrage eingegangen:

„Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft zu geben über den Stand der Eingabe des Vereins der Fach- und Fortbildungsschullehrer und Lehrerinnen vom 5. d. Mts.? Erhalten alle vollbeschäftigten Personen dieser Gruppen Teuerungszulagen nach den hierfür erlassenen Bestimmungen?“

Ein dringlicher Antrag ist von Herrn **R e i ß n e r** eingereicht:

„Der Magistrat wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die augenblicklich in der Waterloo-Kaserne am Fallerleber Tor lagernden großen Mengen scharfer Artilleriemunition an einem sicheren Orte a u ß e r h a l b des Stadtgebiets untergebracht werden, damit durch die Lagerung i n n e r h a l b der Stadt das Leben und Eigentum der Einwohner nicht gefährdet wird.“

Es sind dann noch ein paar **D r u c k s a c h e n** eingegangen, im besonderen von dem Verlag für soziale Wissenschaften in Berlin. Eine genauere Mitteilung darüber würde wohl zu weit führen.

Ehe wir in die aufgestellte Tagesordnung eintreten, erteile ich Herrn Stadtrat **Wagner** das Wort zu einer besonders dringlichen Angelegenheit.

1. Bürgschaftsübernahme für die Erhöhung des Kredits des Braunschweigischen Landeseinkaufs.

Stadtrat Wagner: Meine verehrten Damen und Herren! Ich muß Sie mit der „Kleinigkeit“ der Bürgschaftsübernahme für 5 Millionen Mark bei Entente-Fleischlieferungen behelligen. — Wir haben vom Landesernährungsamte die Mitteilung bekommen, daß nach einer Äußerung der Reichsfleischstelle die Lieferung von Entente-Schweinefleischprodukten voraussichtlich im Laufe dieser Woche beginnen wird. Entsprechend den auferlegten Bedingungen muß ein Voranschuß von 90 v. H. des Gegenwertes geleistet werden, sobald die erste Sendung hierher abrollt. Der Preis ist 10 000 *M* für 1000 Kilo. Die Abwicklung dieses Ge-

schäfts und etwaiger weiterer Ententelieferungen erfolgt durch den Landeseinkauf, und infolgedessen ist eine Erhöhung seines Kredits beim Leihhause um zunächst 5 Millionen Mark erforderlich. Die Sache liegt so, daß der Braunschweigische Landeseinkauf eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gemeinnütziger Art ist. Die Beteiligten sind zur Hälfte der Haftsumme der braunschweigische Staat und im übrigen die braunschweigischen Städte und Kommunalverbände. In dem Gesellschaftsvertrage ist vorgesehen, daß dem Landeseinkauf mit Bewilligung des Staatsministeriums ein Kredit beim Leihhause eingeräumt wird, und daß die sämtlichen Gesellschafter die Gesamtbürgschaft für diesen Kredit zu übernehmen haben. Der Kredit ist bisher bis zur Höhe von 4 Millionen Mark gewährt worden, und in derselben Höhe sind auch die Bürgschaften zu leisten gewesen. Es wird jetzt gebeten, diese Bürgschaft bis zur Höhe von 9 Millionen Mark, also um weitere 5 Millionen Mark, zu erhöhen. Der Volksbeauftragte für Ernährung und der Volksbeauftragte für Inneres und Finanzen haben bereits für den braunschweigischen Staat als den hauptbeteiligten Gesellschafter der Erhöhung des Kredits zugestimmt und damit eine neue Bürgschaftsverpflichtung übernommen, und vom Volksbeauftragten für Inneres ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats des Landeseinkaufs, Herr Regierungsrat Dedekind, zu der Mitteilungs ermächtigt, daß die nach § 215 II 3 der Städteordnung zur Erhöhung der Bürgschaftssumme erforderliche Genehmigung erteilt wird.

Es wird uns bei Lage der Sache nichts anderes übrigbleiben, wenn wir von den Entente-Fleischlieferungen etwas abbekommen wollen, als daß wir uns den gestellten Bedingungen fügen und die Bürgschaft übernehmen. Es ist ja auch anzunehmen, daß die Ware bei dem Hunger nach Schweinefleischprodukten glatt abgesetzt werden wird, und so möchte ich im Namen des Magistrats nach Anhörung des Finanzausschusses empfehlen, daß der Magistrat zur Übernahme der Bürgschaft seitens der Stadt ermächtigt wird.

Dem Magistratsantrage stimmt die Versammlung ohne Beiprehung zu.

2. Antrag Schilke, betreffend den Kauf oder die Pachtung von Ritzgütern oder Domänen durch die Stadt zur Versorgung der Stadt mit landwirtschaftlichen Produkten.

Damit verbunden der dieselbe Angelegenheit betreffende Antrag Marxner.

Stadtv. Genzen: Herr Stadtv. Schilke hat den Antrag gestellt, „vom Staat die Domäne Riddagshausen oder Salzdahlum oder Steterburg oder einige von diesen zu pachten oder käuflich zu erwerben, um dadurch die Kleinbewirtschaftung bzw. die Frage der Kleinsiedlungen zu fördern und auch durch eigene Bewirt-

schaffung die Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten auf eine bessere Grundlage zu bringen."

Wir haben uns im Rechtsausschuß mit dieser Frage beschäftigt. Es ist dabei von Herrn Schille hervorgehoben, daß andere Städte, z. B. Wolfenbüttel und auch mehrere rheinische Städte, gewissermaßen die Selbstversorgung übernommen haben, indem sie die Selbstbewirtschaftung von größeren Gütern übernommen haben und so das zu erreichen suchen, was Herr Schille mit seinem Antrage beabsichtigt. Vom Magistrat wurde dagegen erklärt — und diese Meinung ist auch im Rechtsausschuß zur Anerkennung gekommen —, daß es für die Stadt Braunschweig jedenfalls nicht ratsam sei, größere Güter selbst zu bewirtschaften, weil diese Art der Bewirtschaftung teurer wird als die durch die einzelnen Landwirte. Als Beispiel wurde das Kieselgut Steinhof angeführt; solange es in eigener Bewirtschaftung der Stadt gewesen sei, hätte es nicht nur keine Überschüsse gebracht, sondern sich tatsächlich nicht rentiert. Erst seit der Zeit, daß das Kieselgut verpachtet ist, hat man Überschüsse erzielt. Man war jedoch der Meinung, daß das, was Herr Schille will, nämlich die Versorgung unserer Einwohner mit Gemüse usw. sicherzustellen, sich wohl wird erreichen lassen, wenn ein solches größeres Gut in Teile zerlegt würde und an Pächter und zu Schrebergärten vergeben würde, denn es sei eine Tatsache, daß in kleinen Parzellen der einzelne dem Lande mehr abgewinnt, als wenn eine große Fläche an einen einzelnen verpachtet wird. Vor allen Dingen ist dem Rechnung zu tragen, daß ein großer Landhunger besteht, daß jeder versucht, sich zu versorgen, indem er einen halben Morgen Land pachtet und selber bearbeitet. Der Rechtsausschuß empfiehlt Ihnen daher, dem Antrage des Herrn Schille Rechnung zu tragen, indem Sie folgendem Beschlusse des Rechtsausschusses zustimmen:

„Der Magistrat wolle bei der Landesregierung beantragen, daß der Stadt Braunschweig das Recht verliehen wird, eine Anzahl in der Nähe der Stadt gelegener Flächen der Klosterdomäne Riddagshausen oder anderer Liegenschaften zu enteignen, um die Einwohnerschaft zur Erlangung von Schrebergärten dieses oder sonstigen Landes zur landwirtschaftlichen Benutzung zur Verfügung stellen zu können.“

Der Herr Antragsteller hat sich mit diesem Antrage des Rechtsausschusses einverstanden erklärt.

Stadtv. Marschner: Ich möchte zu dieser Sache sprechen, weil ich vor sechs Wochen einen Antrag gestellt habe, welcher sich mit einer ähnlichen Angelegenheit befaßt. Diese Angelegenheit ist von sehr großer Wichtigkeit, denn in der richtigen Lösung dieser Fragen liegt meiner Ansicht nach ein großer Teil der Zukunft des neuen Deutschlands. Unser Bestreben muß dahin gehen, unsere nichtlandwirt-

schäftliche Bevölkerung wieder in eine engere Verbindung mit der nährenden Scholle zu bringen, einem größtmöglichen Teile der industriell und gewerblich Beschäftigten, sowie den Angestellten Gelegenheit zu landwirtschaftlicher Betätigung zu verschaffen, ja ihnen die Hoffnung zu geben, daß es mit den Jahren möglich sein würde, sich in den von ihnen zu schaffenden Gärten anzubauen. Ich hatte deshalb folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht, sich mit der Landesregierung zwecks Pachtung der Domäne Riddagshausen in Verbindung zu setzen, die Pachtübernahmeverhandlungen möglichst bis zum Herbst d. J. zum Abschluß zu bringen, das Ackerland zu parzellieren und an kleine Pächter weiterzuvergeben.

Sollten sich wider Erwarten der Ausführung obigen Antrages unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen, bei der Landesregierung zu beantragen, daß der Stadt wegen eines größeren Teiles dieser Domäne das Enteignungsrecht verliehen wird.“

Der zweite Teil meines Antrags ist ungefähr dasselbe, was der Rechtsauschuß Ihnen heute zur Annahme empfiehlt. — Der immer größer werdende Preis für Gemüse und Gartenfrüchte und die Ausfuhr derselben aus unserem Lande durch die Konservenfabriken und Frisch-Gemüse-Verandgeschäfte zwingen einen großen Teil der Bevölkerung, durch Anlage von Schrebergärten sich selbst zu versorgen. Das in der Nähe Braunschweigs liegende, für diese Zwecke verfügbare Land ist sowohl im Kauf- wie auch im Pachtpreise ganz erheblich gestiegen und steigt fortgesetzt; es hat zum Teil schon einen Preis erreicht, durch welchen die Schrebergärtnerei wieder unlohnend wird. Bei der Übernahme der Domäne Riddagshausen durch die Stadt würde den Unterpächtern die Möglichkeit geboten werden, langfristige Verträge abzuschließen und somit wirklich die Früchte ihres Fleißes zu ernten. Ich nehme hier Bezug darauf, wie die Sache auf dem Franzischen Felde gemacht wird; es handelt sich nur um eine Vergebung von Jahr zu Jahr, Anlagen für die Dauer können nicht gemacht werden. Mit der jetzigen Verpachtung von Land durch die Stadt ist den Pächtern nicht viel geholfen, müssen sie doch immer wieder damit rechnen, daß sie im nächsten Jahre die Parzellen nicht wiederbekommen. Es wird dadurch die richtige Pflege und Düngung des Landes verhindert, auch können die so nötigen kleinen Unterkunftsräume, Lauben usw. nicht gebaut, Obstbäume und Beerensträucher nicht angepflanzt werden.

Der Pachtpreis für den einzelnen würde bei Übernahme der Domäne Riddagshausen durch die Stadt ein sehr mäßiger werden können, trotzdem würde die Stadt in keiner Weise finanziellen Schaden haben. Ein Geschäft, um daraus Überschüsse zu erzielen, braucht die Pachtung ja sowieso nicht zu sein.

Die bestehende Milchwirtschaft könnte durch Übernahme seitens der Stadt weitergeführt werden oder, falls sich Schwierigkeiten deswegen einstellen sollten, mit den vorhandenen Wiesen an einen Unternehmer unter besonderen Bedingungen, z. B. der, nur an die Stadt Braunschweig Milch zu liefern, weiterverpachtet werden.

Die Teiche und die Fischerei verbleiben in städtischer Bewirtschaftung. Die vorhandenen Teichdammpromenaden und Anlagen werden wie die städtischen Parkanlagen dem Publikum freigegeben und der städtischen Parkdeputation unterstellt.

Der von der Milchwirtschaft nicht in Anspruch genommene Hauptteil der Gebäude könnte zu Zwecken des Landesgestüts Verwendung finden. Das dadurch frei werdende Grundstück des Landgestüts, in bester Lage des Stadtgebiets am Sankt-Leonhard-Platz, welches auf Anregung der früheren Landesversammlung verkauft werden sollte und aus diesem Grunde schon abgeschätzt wurde, wird zum Schätzungspreise von der Stadt Braunschweig käuflich übernommen.

Auf den Einwand, daß die Domäne Riddagshausen noch auf viele Jahre verpachtet ist, wäre zu erwidern: Es muß doch einen Weg geben, diesen Vertrag durch Vergleich aufzuheben. In solch wichtigen Lebensfragen der Gesamtbevölkerung müssen die Interessen des einzelnen hinter denen der Allgemeinheit zurückstehen.

Es ist, wie ich vorhin schon sagte, diese Angelegenheit eine Lebensfrage der ganzen Nation, und es liegen zur Zeit unserem Landtage viele Gesuche aus verschiedenen Orten des Herzogtums vor, welche alle um Überweisung von Land aus dem Domänenbestande bitten, deren Erfüllung aber überall die langfristigen Pachtverträge im Wege stehen. Sollte sich nun nach genauer Prüfung der Sache ergeben, daß es zur Zeit unmöglich ist, der Angelegenheit in der von mir gewünschten Weise näherzutreten, so möchte ich den Magistrat bitten, die von mir gemachten Vorschläge im Auge zu behalten und im Falle, daß sich die Möglichkeit ihrer Ausführung bietet — und ich glaube, daß dieses viel früher der Fall sein wird, als man annimmt —, die Sache unverzüglich in die Wege zu leiten.

Stadtv. **Niete I:** Verehrte Damen und Herren! Mit dem Antrage Schille, wie er zuerst gestellt war, konnte ich mich nicht befreunden, denn wenn die Domäne Riddagshausen gekauft und von der Stadt selbst in Bewirtschaftung genommen werden soll, so weiß ich aus Erfahrung, daß die Stadt damit schlechte Erfahrungen machen würde. Wenn vielleicht Wolfenbüttel mit der Domäne Hachter nsw. gute Resultate erzielen sollte, so ist das gegenüber unserer Stadt ein Unterschied, denn die Gärtnerei in Wolfenbüttel ist weit verbreitet, und die Gärtnereiwaren von dort kommen zum größten Teil nicht nach Braunschweig,

sondern die Wolfenbütteler Gärtnereien haben Verpflichtungen nach Gegenden, wo überhaupt kein Gemüse wächst, nicht nur nach dem Harz, sondern auch nach Annaberg in Sachsen. Dazu kommt noch die Versorgung der Gärtnerei treibenden Bevölkerung und des übrigen Publikums in Wolfenbüttel und Umgebung selbst. Ich kenne auch Konsumvereine, die zur Versorgung ihres Kundenkreises mit Butter und Milch größere Ländereien gekauft haben. Aber auch das kann man mit dem Erwerb einer Domäne durch die Stadt Braunschweig nicht vergleichen, denn der genossenschaftliche Betrieb ist doch etwas anderes, als wenn wir so vorgehen wollten, wie der Antrag Schilke es besagt. Nun haben wir allerdings das Gut Steinhof in Besitz, aber wenn wir dieses Land alle selbst bewirtschaften wollten, wo sollten wir die Arbeitskräfte hernehmen, und wie teuer sollte dann das Gemüse werden. Wir haben doch 431 Pächter in Steinhof, so daß im einzelnen ein Schlag fünf Viertel Morgen repräsentiert. Was dabei aus einem Schlage herauskommt, das kann man daraus entnehmen, daß mir erzählt wurde, daß ein Pächter aus seinem Lande für 600 *M* Spinat herausgeholt habe, und daß er dann das Land zu drei Vierteln noch mit Blumentohl bepflanzt habe. Herr Oberamtmann Haars erklärte mir, daß der Mann daraus noch einmal 500 *M* erlöst hätte. Schon das ist ein Beweis dafür, daß bei einer Kleinbewirtschaftung mehr aus dem Lande geholt wird als in einer großen Wirtschaft. Diese Pächter, die von früh bis spät mit Aind und Regel das Feld bearbeiten, bauen noch Karotten und andere Früchte, nachdem sie die Frühjahrssaat abgeerntet haben, und gewinnen dadurch dem Boden die größtmöglichen Beträge ab. Wollen wir als Großstadt von der Bebauung des Landes profitieren und unsere Versorgung sichern, was uns nach meiner Überzeugung wohl zustände, dann wäre es am Platze, mit den Erzeugern besondere Verträge abzuschließen, damit diese die Gemüse, die sie ernten und nicht für sich verbrauchen, zu billigen Marktpreisen an uns abzutreten haben. Wenn dieser Anregung an gewisser Stelle stattgegeben würde, dann fiel für unsere Bewohner der Zwischenhandel weg, und wir könnten das Gemüse billiger als heute beziehen. Einen solchen Ausweg sehe ich als den besten an. Seinerzeit wurde uns schon von der Regierung aus durch Herrn Regierungsrat Rittmeier zugemutet, selber Kartoffeln zu bauen, wenn wir von seiten der Stadt 2000 Morgen Land hätten. Da haben wir in der Ernährungsdeputation klargestellt, daß er mit einer solchen Ansicht auf dem Holzwege ist, denn es eignet sich nicht jedes Land zum Kartoffelbau, vor allen Dingen nicht das auf dem Kieselgute. Wenn aber die Leute, die Domänenland, das sich dafür eignet, zur Verfügung haben, sich für den Anbau von Kartoffeln einsetzen, dann wäre Abhilfe geschaffen.

Der Antrag der Kommission läuft jetzt darauf hinaus, vorstellig zu werden, um von Riddagshausen Land zu erwerben, das in kleinen Parzellen zur Bewirt-

jschaftung abgegeben wird, und das finde ich für in der Ordnung. Aber die bestehenden Verträge aufzuheben, wird nicht angehen. Die Ländereien bei Riddagshausen, die sich zum Gemüse- und Spargelbau gut eignen, hat der Amtmann dort schon für 120 *M* für den Morgen verpachtet; 20 *M* pro Morgen zahlt er selbst, und den Profit steckt er in die Tasche. Wenn diese Teile von Riddagshausen zur Benutzung in Stücken von einem viertel oder einem halben Morgen oder mehr — nicht aber zu Schrebergärten, das ist halbwegs nur Spielerei — aufgeteilt werden, so daß eine Familie von dem Ertrage sich nähren kann, dann würde sich das lohnen, und daß in der Weise vorgegangen wird, dem kann ich zustimmen. Es ist allerdings schon etwas spät in der Zeit, aber es müßten Verträge abgeschlossen werden mit der Regierung oder mit der Domäne, daß uns Land zur Verfügung gestellt wird, und damit müßten diejenigen befriedigt werden, die Land haben wollen.

Stadtv. **Schille:** Meine Damen und Herren! Bei der Fülle der heutigen Tagesordnung möchte ich nicht zu sehr auf die Sache eingehen; wir haben uns ja im Rechtsausschuß auch schon eingehend darüber unterhalten. Der Stadtmagistrat glaubt, mit einer Selbstbewirtschaftung der Domänen keine Erfolge erzielen zu können, und deshalb ist im Rechtsausschuß der Antrag in diese Form umgewandelt, um das zu erreichen, was wir wollten: eine bessere Versorgung unserer Einwohner mit landwirtschaftlichen Produkten. Jetzt die Pachtung der Domäne Riddagshausen durch die Stadt zu erreichen, ist nicht einfach, denn der Vertrag läuft noch lange. Da wir aber in dem Landbeschaffungsgeetze, wie es die Volksbeauftragten dem Landtage vorgelegt haben, die Möglichkeit bekommen, Land zwangsweise zu erhalten, so glaube ich, wird dadurch das zu erreichen sein, was wir im Interesse unserer städtischen Bevölkerung erreichen können. Ich möchte Sie deshalb bitten, den Antrag des Rechtsausschusses in der heute vorliegenden Form anzunehmen.

Der Antrag des Rechtsausschusses wird angenommen, und Herr Stadtv. **Marschner** erklärt auf Anfrage des Vorsitzenden, daß damit auch sein Antrag als erledigt anzusehen ist.

Stadtv. **Bolters:** Betreffs der Verhandlung über den Antrag Jahn's über den Verbleib von 11 *Waggons Lebensmitteln* habe ich zu erklären: Der bestellte Herr Berichterstatter hat in den Sitzungen des Rechtsausschusses nicht erscheinen können. Ich habe mit seinen politischen Freunden darüber Rücksprache genommen, und da der Herr Berichterstatter auch in der nächsten Zeit behindert ist, wird ein anderer Berichterstatter über diesen Punkt bestellt werden.

Stadtv. **Könneburg** erklärt als Referent über den Antrag **Wolters**, betreffend die Zuwahl je eines Mitgliedes zum Rechts-, Finanz- und Bauauschuß, daß auch dieser Punkt nicht vorberaten werden konnte, weil er (der Referent) habe verreisen müssen.

3. Antrag **Frede** auf Errichtung von Notstandsbauten.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot unverzüglich auf die Errichtung von Notstandsbauten Bedacht zu nehmen.“

Stadtv. **Frede** (als Antragsteller): Meine Herrschaften, wir können die Sache kurz machen. Der Antrag, der damals von der Stadtverordnetenversammlung nicht als dringlich gewürdigt wurde, hat doch dieselbe Wirkung gehabt, als wäre er damals hier begründet und wäre auch angenommen, denn die Maßnahmen, die der Stadtmagistrat in der Folge getroffen hat, sind wohl auf diesen Antrag zurückzuführen. Es hat sofort eine Wohnungsdeputationsitzung stattgefunden, in welcher wir uns mit der Angelegenheit befaßt haben. Die Ergebnisse sind, daß Vorschläge und Anträge vom Magistrat eingebracht wurden, mit denen wir uns in der vorigen Sitzung befaßt und die wir alle gutgeheißen haben. Wir haben uns im Mieteinigungsamte überzeugt, daß mit der Einrichtung von Wohnungen in der Kaserne auf der Korfesstraße dem Mangel an Wohnungen nicht Genüge geschieht; und deshalb haben wir Baracken zur Verfügung gestellt. Das übrige ist bekannt; ich brauche deshalb nicht weiter darauf einzugehen. Der Antrag ist damit erledigt.

4. Antrag **Goeke** auf Zuwahl zweier Frauen aus der Bürgerschaft zum Ernährungsausschuß.

Wortlaut des Antrages: „Ich beantrage, daß zu dem Ernährungsausschuß zwei Frauen aus der Bürgerschaft hinzugewählt werden.“

Stadtv. Frau **Göke** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich kann den Antrag mit wenigen Worten begründen. Wir Frauen haben den Eindruck, als wenn schon dadurch, daß wir diesen Antrag stellen müssen, der Beweis geliefert wird, daß der Wirkung der Frau in diesem Hause nicht voll Rechnung getragen wird. Der Ernährungsausschuß besteht aus 18 Personen, und darunter ist nur eine Frau. Das ist doch ein sehr merkwürdiges Verhältnis. Es ist daraus zu erkennen, daß man dem Werte der Mitwirkung der Frauen an den öffentlichen Angelegenheiten, der darin liegt, daß man sie dahin bringt, wo sie am Platze sind, und wo sie mit ihren Erfahrungen nützen können, nicht Rechnung ge-

tragen hat. Es kann uns wenig nützen, daß wir in Ausschüsse gewählt werden, wo wir sozusagen nur Mitläufer sind; es liegt uns daran, an die Stelle gebracht zu werden, wo wir der Öffentlichkeit nützen können, und das wäre im Ernährungsausschusse in großem Maße der Fall. Während der letzten Kriegsjahre haben die Frauen sehr viele Schwierigkeiten mit der Ernährung gehabt. Ich kann in der Beziehung aus Erfahrung sprechen. Wo wir sonst im geselligen Kreise über Kunst und alles mögliche gesprochen haben, ertappen wir uns jetzt immer wieder bei demselben Gesprächsstoff und müssen jagen: Nun sind wir wieder einmal beim Kochen angekommen. Die Frau hat es wirklich ernst genommen mit den Ernährungsfragen, und so liegt der Wunsch nahe, daß wir an der Stelle, wo über diese wichtige Frage eingehend gesprochen wird, mitreden dürfen. Deshalb beantrage ich, daß neben der einzigen Frau unter den Mitgliedern des Ernährungsausschusses noch zwei andere Frauen geduldet werden, und möchte vorschlagen, zwei Frauen aus der Bürgerschaft zu nehmen, nicht aus der Stadtverordnetenversammlung. Wenn der Ausschuß durch eine solche Zuwahl zu groß werden sollte, gehe ich in meinem Antrage sogar so weit, die Bitte an einen der Herren zu richten, von dieser Stelle zurückzutreten und einer Frau Platz zu machen.

Schließlich möchte ich bitten, nachdem mein Antrag schon mehrmals von der Tagesordnung abgesetzt ist, ihn als dringlich anzusehen.

Der Dringlichkeit des Antrages stimmt die Versammlung zu.

Stadttrat von Franckenberg: Meine verehrten Herrschaften! Ich glaube, die Erörterung des Antrages dadurch erleichtern zu können, daß ich erkläre: Wenn auch der Ernährungsausschuß schon reichlich groß ist, so würde eine derartige Zwangsmaßnahme, wie sie äußerstenfalls von der Frau Antragstellerin angedeutet ist, nämlich, daß ein Herr zurücktreten müßte, um einer Frau Platz zu machen, nicht erforderlich sein. Die Frauen werden keineswegs im Ernährungsausschusse nur geduldet werden, sondern mit ihren reichen Erfahrungen und ihrem Eifer für das Gemeinwohl gern gesehene Mitglieder des Ernährungsausschusses sein. Sollte die geehrte Versammlung es für wünschenswert halten, den Ausschuß ohne irgendwelche Beseitigung von Mitgliedern noch durch Zuwahl von zwei Frauen zu verstärken, so wird das dem Stadtmagistrat nur willkommen sein. Wir haben von Anfang an Frauen in den Preisprüfungsstellen, später auch eine Frau im Ernährungsausschuß gehabt. Dieser war anfangs mehr eine Stelle, die sich mit der Anschaffung von Lebensmitteln beschäftigen sollte. Später hat sich die Sache so entwickelt, daß der Ernährungsausschuß auch mit der Zuteilung und mit Preisfragen befaßt wurde, und auch dieser geschichtlichen Entwicklung nach empfehle ich den Antrag zur Annahme.

Stadtv. Schmidt: Auch ich kann nur bedauern, daß im Ernährungsausschusse nur eine Frau sitzt, und bin der Meinung, daß schon mit Rücksicht auf die bevorstehende Zeit die Ernährungsfrage mehr als bisher den Ausschuß beschäftigen wird, und daß die Zuwahl von zwei Frauen zur Mitarbeit bei diesen Fragen richtig ist. Ich schlage von unserer Seite Frau Menge vor. Gerade für die unbemittelte Frau ist die Beschaffung der Nahrungsmittel sehr schwierig geworden, und ich halte sie deshalb für am besten geeignet, im Ernährungsausschusse mit tätig zu sein.

Stadtv. Frede: Ich muß den Anspruch der Frau Göge durchaus billigen und es als sehr bescheiden anerkennen, daß sie nur zwei Frauen hinzuzuwählen vorschlägt. (Zuruf von Frau Göge: Ich nehme auch mehr!) Den Vorschlag des Herrn Schmidt kann man als gerechtfertigt billigen und zustimmen, daß von jeder Seite eine Frau genommen wird. Von dieser Seite wird Frau Magnus vorgeschlagen.

Stadtv. Fräulein Oden: Ich möchte den Antrag erweitern, bitte drei Frauen hinzuzuwählen und schlage Frau Häbler vor.

Nachdem der Vorsitzende das Einverständnis der Versammlung mit dem erweiterten Antrage angenommen hat, werden die drei vorgeschlagenen Frauen durch Handaufheben gewählt.

5. Antrag Bunge auf Vermehrung der städtischen Steuerbureaus.

Wortlaut des Antrages: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, baldmöglichst eine Vermehrung der städtischen Steuerbureaus in die Wege leiten zu wollen.“

Stadtv. Bunge (zur Begründung): Meine Herren! Es ist bereits vier Wochen her, daß ich diesen Antrag gestellt habe, und ich weiß nicht, ob nicht inzwischen seitens des Stadtmagistrats schon etwas in dieser Sache geschehen ist, oder ob Vorbereitungen dazu getroffen sind. Ich fand damals in den Steuerbureaus Zustände, die für die Dauer nicht weiterbestehen können. Im Laufe der Jahre haben die verschiedenen Steuerarten sich vermehrt, die Aktenbündel in den Steuerbureaus sind immer mehr angeschwollen, so daß die Aktenchränke überquellen und die Tische meterhoch mit Akten bedeckt sind. Sogar der Fußboden hat zu Hilfe genommen werden müssen, und auf den Tischen ist teilweise so wenig Platz zum Schreiben für die Beamten, daß gerade ein Bogen Papier noch liegen kann. Es ist kein schöner Zustand, daß der Beamte jedesmal erst den Tisch von

Akten räumen muß, wenn er eine neue Arbeit anfangen will, und die Luft in solchen Räumen wird durch den Aktenstaub auch nicht besser. Die Akten selbst sind bei ihrer Anhäufung nicht leicht zu finden, und das Suchen nimmt Zeit weg. Es liegt auch nicht im Interesse des Publikums, daß die Bureaus dermaßen ausgenutzt sind. Nehmen wir Zimmer 24 oder 25 als Beispiel, so sind dort sechs Herren, die das Publikum in Steuer Sachen zu bedienen haben. Es wird wohl jeder einzeln hereingelassen, aber alle sechs Beamten haben jemand, mit dem sie verhandeln müssen, und der Raum wird dadurch so beengt, daß jeder, der sich durch die Aktenbündel hindurchgefunden hat, hören kann, was der andere in seinen Steuer Sachen zu erklären hat. Es ist darin eine gewisse Schädigung für das Publikum zu sehen, denn man sagt doch, daß die Steuer Sachen vertraulich zu behandeln sind. Es kommen häufig Fälle vor, wo die Steuerzahler nicht gern möchten, daß die anderen Leute erfahren, in welchen Verhältnissen sie sich befinden. Diese Vermehrung der städtischen Steuerbureaus liegt also sowohl im Interesse des Publikums als auch der Beamten. Aus alle diesen Erwägungen heraus habe ich die Überzeugung, daß es notwendig ist, hier eine Besserung zu schaffen, und ich glaube, wenn von seiten des Magistrats die Sache in die Hand genommen wird, kommt bald eine bessere Ordnung wieder hinein. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, diesen Antrag zu unterstützen.

Der Antrag wird vom Vorsitzenden dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

6. Antrag Wolters auf Überführung der Wallpromenaden und der der Stadt noch nicht gehörenden Okerbrücken in städtisches Eigentum und der Umslutgräben in städtische Verwaltung.

Wortlaut des Antrages: „Der Magistrat wolle Verhandlungen mit der Landesregierung darüber einleiten, daß die im Stadtbezirke liegenden Wallpromenaden und die der Stadt noch nicht gehörenden Okerbrücken in das Eigentum der Stadt und die Umslutgräben der Oker in städtische Verwaltung übergeführt werden.“

Stadtv. Dr. **Wolters** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Die in meinem Antrage enthaltene Forderung ist ein alter Wunsch, den die Stadtverordnetenversammlung schon früher mehrfach geäußert hat, und der Landtag hat daraufhin gleichfalls mehrfach beschlossen, die Landesregierung zu ersuchen, dem Sinne dieses Antrages stattzugeben. Die vormalige Landesregierung war, dann auch im Begriff, dem Wunsche nachzukommen, aber die politischen Ereignisse haben dies bis jetzt verhindert. Der Grund, weshalb die Wallpromenaden und

die sämtlichen Okerbrücken noch nicht in das Eigentum der Stadt übergeführt sind, ist folgender: Es wird im Staatshaushalt nur eine geringe Summe für die Unterhaltung der Wallpromenaden und der Okerbrücken ausgeworfen. Eine größere Summe dafür einzustellen, scheiterte bisher an dem Widerstande der ländlichen Vertreter im Landtage. Es war nicht möglich, die Wallpromenaden und besonders die Fußwege mit diesen geringen Mitteln in einem solchen Zustande zu erhalten, daß sie den übrigen städtischen Straßen gleichen. Die Stadt war nicht in der Lage, eine Besserung eintreten zu lassen, z. B. zum Legen von Platten auf den Fußwegen zu schreiten, weil die Stadt sich die Kosten dafür nicht durch die Anlieger erzeigen lassen konnte. Daß aber der bauliche Zustand besonders der Fußwege an den Wallpromenaden gebessert werden muß, ist allgemein anerkannt. Auch daß die Okerbrücken, die bisher noch nicht in das Eigentum der Stadt übergegangen sind, in das Eigentum der Stadt übergeführt werden, ist durchaus notwendig, denn sie genügen dem Verkehr der Neuzeit bei weitem nicht mehr, aber bisher scheiterte diese Sache an dem Widerstande des Staatsministeriums wegen der Kostenfrage: Es war keine Einigung darüber zu erzielen, was der Staat und was die Stadt für die Unterhaltung der Brücken beitragen sollten. Ebenso wichtig ist es, daß die Umlutgräben, die die Stadt Braunschweig umziehen, und die davor liegenden Okerbrücken in die Verwaltung und Aufsicht der Stadt übergehen, denn die Stadt hat großes Interesse daran, die Flusspolizei in ihre Aufsicht und Verwaltung zu erhalten, ferner auch das passive Wassernutzungsrecht über die Einführung von Abwässern in die Oker in Aufsicht zu bekommen und schließlich auch darüber, daß die Stauverhältnisse von der Stadt aus reguliert werden. Durch die Wasserkraft der Oker werden das Wasserwerk bei Rüningen und die Neustadtmühle betrieben, so daß die Stauungsverhältnisse für diese Betriebe außerordentlich wichtig sind.

Selbst wenn durch diese Überführung in das Eigentum und Verwaltung der Stadt erhebliche Kosten von der Stadt übernommen werden müssen, werden wir dafür eintreten müssen. Es wird Sache des Magistrats und demnächst der Stadtverordneten sein, zu prüfen, ob ein richtiges Verhältnis in der Festsetzung der Kosten, die später daraus der Stadt erwachsen werden, getroffen werden wird. Das Ausgabenkapitel für die künftige Unterhaltung der Wallpromenaden und insbesondere der dortigen Fußwege wird sehr erheblich ausfallen, desgleichen wird eine große Summe vom Staat der Stadt überwiesen werden müssen für die Unterhaltung der Okerbrücken, wenn sie in das Eigentum der Stadt übergehen. Ferner wird eine große Last der Stadt erwachsen, wenn die Flusspolizei und die Unterhaltung der Okerböschungen und der Wehre von der Stadt übernommen wird, nichtsdestoweniger wird es unsere Sache sein, nach Prüfung der Frage, ob die Lasten den Vorteilen entsprechen, für die Überführung dieser Straßen und Brücken in das Eigentum der Stadt einzutreten, denn sie ist durchaus dringend.

Bekanntlich ist von der Stadtverordnetenversammlung schon in diesem Sinne Beschluß gefaßt, und wir dürfen hoffen, daß auch der Landtag bei seiner früheren Stellungnahme stehenbleibt, wie auch von der Landesregierung anzunehmen ist, daß sie dem Wunsche der Stadt Rechnung tragen wird. Ich möchte diejenigen Herren aus der Stadtverordnetenversammlung, die im Landtage und in der Landesregierung sitzen, bitten, dafür einzutreten, daß dieser Wunsch, der hier schon und auch in anderen Sälen mehrfach geäußert worden ist, endlich zur Ausführung kommt.

Der Antrag Wolters wird vom Vorsitzenden dem Rechtsauschuß zur Vorberatung überwiesen.

7. Anfrage Graf über das Erfrieren von städtischen Kartoffeln in einer Ziegelei am Madamenwege.

Wortlaut der Anfrage: „Kann der Stadtmagistrat Aufklärung geben, ob das Gerücht, daß in der Stadt verbreitet ist, daß in der Ziegelei am Madamenwege eine ganz erhebliche Menge Kartoffeln erfroren sein soll, auf Wahrheit beruht?“

Stadtv. Frau **Graf**: Meine Damen und Herren! Es ist in der Stadt ein Gerücht in Umlauf, daß in einer Ziegelei am Madamenwege mehrere hundert Zentner Kartoffeln erfroren sein sollen, und deshalb richte ich an den Stadtmagistrat die Anfrage, ob dem so ist. Wenn das Gerücht auf Wahrheit beruht, wird es dem Magistrat ja möglich sein, Aufklärung darüber zu geben, wie es möglich ist, daß dieses in der heutigen Zeit so kostbare Gut in dicht verschlossenen Räumen, wie es in einer Ziegelei der Fall sein kann, hat verderben können. Mir selbst ist es in der letzten Zeit öfter passiert, daß ich beim Bezuge süße Kartoffeln bekommen habe, und was das für Familien bedeutet, die gezwungen sind, ihre Einkäufe an Kartoffeln im kleinen zu machen, das wird jeder begreifen können, denn die Kartoffeln sind heutzutage das Gut, auf das man bei der Ernährung in der Hauptsache angewiesen ist, und schlimm ist es, wenn die bezogenen Kartoffeln ungenießbar sind. Es wäre angebracht, daß heute Aufklärung über diesen Vorfall gegeben würde.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Meine verehrten Damen und Herren! Leider ist es zutreffend, daß in der Ziegelei am Madamenwege eine größere Menge Kartoffeln angefroren ist; aber sie ist glücklicherweise nicht verdorben. Wie ist das gekommen? Die Kartoffeln waren in der Ziegelei in dem Ringofen gelagert; dieser war auch gut entlüftet. Daß sie während oder unmittelbar nach der starken Frostperiode leicht angefroren sind, hat nicht an der Lagerung gelegen, sondern

darán, daß unmittelbar, nachdem der Frost vorbei war, durch den Aufsichtsbeamten, einen außerordentlich zuverlässigen Mann, die während des Frostes geschlossenen Entlüftungsöffnungen geöffnet wurden und die Außenluft, die vielleicht 2 oder 3 Grad Wärme aufwies, durch die eiskalten Züge des Ringofens gegangen ist, auf eine Temperatur unter Null abgekühlt wurde und leise über die Kartoffelmengen hinweggestrichen ist. Die Folge davon ist gewesen, daß die obere Schicht der Kartoffeln leise angefroren war. Diese Kartoffeln sind aber nicht unbrauchbar geworden, sondern wir haben — nachdem wir den Zustand festgestellt hatten — die angefrorenen Kartoffeln ausgelesen und sie in unserer städtischen Dörranlage, die wir zu diesem Zwecke in Betrieb gesetzt hatten, getrocknet, worauf sie zu Kartoffelmehl verarbeitet worden sind. Dieses Kartoffelmehl ist bekanntlich auch ein ausgezeichnetes Nahrungsmittel und wird demnächst in verschiedenen Fabrik- und Kriegsküchen Verwendung finden. Die Anfrage war also berechtigt; es sind in der Tat Kartoffeln angefroren, aber nicht verdorben. Die einzige Folge ist gewesen, daß diese Kartoffeln zu Kartoffelmehl haben verarbeitet werden müssen.

Ohne weitere Besprechung.

8. Anfrage Rönneburg über den Stand der Eingemeindungsverhandlungen.

Wortlaut der Anfrage: „Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft zu geben, wieweit die Verhandlungen zur Eingemeindung der Vororte gediehen sind?“

Stadt v. **Rönneburg** (zur Begründung): Meine verehrten Damen und Herren! Es gibt eine Anzahl Kernfragen, die nicht verschwinden wollen; dazu gehört die Frage der Stadthalle, des Schwimmbades, des Bahnhofsumbaus, der Pflichtfortbildungsschule und auch die Eingemeindungsfrage. Es wäre doch zu hoffen, daß jetzt, wo überall in die deutschen Städte ein frischer Zug hineingekommen ist, wir gerade in dieser Frage der Eingemeindung auch einmal zu einer Lösung kommen. Es taucht dieses und jenes in den Zeitungen über die Eingemeindung auf, in einzelnen Gemeinderäten der Vororte ist darüber verhandelt, Bestimmtes aber ist uns nicht bekanntgeworden. Wir haben jedoch den lebhaften Wunsch, daß nicht nur die Stadtverordnetenversammlung, sondern auch die Bürgerschaft über den Fortgang der Verhandlungen auf dem laufenden erhalten werden möge, falls solche überhaupt noch gepflogen werden. Zunächst geht unser Wunsch dahin, zu erfahren, wieweit bis jetzt die Verhandlungen gediehen sind, und ob ein Abschluß in näherer oder späterer Zeit zu erwarten ist.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Die Frage der Eingemeindung der Vororte schwebt schon seit langer Zeit. Schon vor mehreren Jahren haben wir bei der Herzoglichen Kreisdirektion Anträge gestellt, die darauf abzielen, die Eingemeindungsfrage in Fluß zu bringen; und zwar hatten wir in erster Linie unser Augenmerk darauf gerichtet, die Vororte Riddagshausen, Lehdorf und Gliesmarode einzugemeinden. Es wurde nach verschiedenen Besprechungen schließlich auf Anregung der Kreisdirektion, die die Verhandlungen leitete, beschlossen, daß je ein Eingemeindungsausschuß von den drei Vororten eingesetzt wurde, der die Aufgabe haben sollte, mit uns über die Grundlage der Eingemeindung zu verhandeln. Das liegt nun schon etwa zwei Jahre zurück, ohne daß die Verhandlungen einen wesentlichen Schritt weitergekommen sind. Wir haben die Eingemeindungsausschüsse dieser drei Vororte wiederholt gebeten, mit uns zu verhandeln, und es haben solche Verhandlungen auch stattgefunden, aber die Grundlagen, die wir glaubten vereinbart zu haben, wurden nachher von den Gemeinderäten nicht angenommen, so daß heute der Zustand noch ungefähr derselbe ist wie vor zwei Jahren. Daneben sind aber neue Verhandlungen in Gang gebracht. Wir haben vor einigen Monaten bei der Regierung den Antrag gestellt, daß 11 Vororte eingemeindet werden möchten. Das sind diejenigen Vororte, die in allernächster Nähe der Stadt liegen, und auch diejenigen, die bei der Bearbeitung des Bebauungsplanes für Groß-Braunschweig mit in den Bezirk eingezogen waren. Wir haben auf unseren Antrag vom Volkskommissar für Inneres zunächst die Antwort bekommen, daß eine entsprechende Vorlage dem Landtage zugehen solle. Ich will hierbei gleich noch bemerken, daß so vorgegangen werden sollte, daß zunächst die gesetzliche Grundlage geschaffen werden sollte, auf welcher dann im Verwaltungswege die Eingemeindung der einzelnen Vororte in dem Maße voranzugehen könnte, wie es in beiderseitigem Interesse wünschenswert wäre. Wir hielten es nicht für zweckmäßig, daß in kürzerer Zeit — sagen wir: im Laufe dieses Jahres noch — 11 Vororte eingemeindet würden, denn dadurch würde die Stadtverwaltung vor eine so gewaltige Aufgabe gestellt, daß wir sie in so kurzer Zeit nicht lösen könnten.

Meine Damen und Herren! Sie sehen, daß die Sache jetzt wieder in Fluß gekommen ist; wir wollen hoffen, daß es der neuen Regierung gelingt, nun recht bald voranzukommen. Wir im Magistrat halten es für dringend notwendig, daß zunächst die Gemeinden Riddagshausen, Lehdorf und Gliesmarode eingemeindet werden, und am liebsten würden wir es sehen, daß es in aller kürzester Zeit geschehe, denn es ist klar: Wenn wir in größerem Maßstabe siedeln wollen, so kann das nicht innerhalb des Stadtbezirks geschehen, sondern wir müssen über die jetzigen Grenzen des Stadtbezirks hinausgehen, und Sie wissen, daß wir in erster Linie uns nach Gliesmarode und Riddagshausen wenden wollen. Gewisse

Schwierigkeiten sind dabei allerdings noch zu überwinden, auf die die Regierung neuerdings schon hingewiesen hat, und die schon früher eine erhebliche Rolle gespielt haben. Sie bestehen darin, daß seitens der Regierung gewünscht wird, daß bei dieser Eingemeindung auch die Polizeifrage gelöst wird. Bekanntlich haben wir in der Stadt eine staatliche Polizei, auch draußen in den Vororten ist sie staatlich; und wir hatten gehofft, daß die Regelung der ganzen Angelegenheit sich in glatteſter Weiſe ſo vollziehen würde, daß auch die Polizei in den Außenbezirken demnächst der hieſigen unterſtellt würde. Die Regierung hat nun die Frage aufgerollt, ob der Vertrag von 1858 bezüglich der Polizeilaſten einer Reviſion zu unterziehen ſein wird. Als ich davon hörte, überließ mich eine Gänsehaut, weil ich mir ſagte: dann wird aus der ganzen Sache ſo bald nichts werden. Wir ſind aber von neuem vorſtellig geworden und haben Vorſchläge gemacht, wodurch ſich hoffentlich dieſe Frage in einfacherer Weiſe erledigt.

Eine andere Schwierigkeit beſteht darin, daß die Vorortsgemeinden ſich dem Überlandwerke gegenüber auf 40 Jahre verpflichtet haben, ausſchließlich von ihm Strom zu nehmen. Darüber müſſen Verhandlungen geführt werden, und wir wollen hoffen, daß auch dieſe Schwierigkeiten beſeitigt werden können. Unter keinen Umſtänden können wir es geſchehen laſſen, daß demnächst nach der Eingemeindung dieſer Vororte die Stadt nicht das Recht haben ſoll, die Einwohner dieſer Vororte mit elektriſchem Strom zu verſorgen. Es iſt nicht angängig, daß das Überlandwerk ein Monopol der Stromlieferung in ſehr wichtigen Teilen unſeres Stadtbezirks hat. Dieſes Monopol muß unter allen Umſtänden beſeitigt werden.

Die Verſammlung ſtimmt der von Herrn Stadtv. Könneburg beantragten Beſprechung der Anfrage zu.

Stadtv. Reißner: Meine Damen und Herren! Bei dieſer Gelegenheit möchte ich eine Sache zur Sprache bringen, die allerdings nur in loſem Zuſammenhange mit der Anfrage ſteht: Das iſt die ſogenannte Reſidenzpflicht der Beamten und Lehrer unſerer Stadt. Nach den beſtehenden geſetzlichen Beſtimmungen ſind die ſtädtiſchen Beamten und Lehrer verpflichtet, ihren Wohnſitz in der Stadt Braunſchweig zu nehmen

Vorſitzender: Iſt es wohl nicht ein bißchen zu weitgehend, in dieſem Zuſammenhange die Frage der Reſidenzpflicht zu behandeln? Ich glaube, das dürfte wohl über das Maß des Zuläſſigen hinausgehen.

Stadtv. Reißner: Da mir der Herr Vorſitzende eben erklärt, dieſe Frage könne mit der zur Beratung ſtehenden Anfrage nicht verhandelt werden, ſo verzichte ich auf das Wort.

Stadtv. **Niede I:** Werte Damen und Herren! Die Eingemeindungsfrage hat uns schon seit vielen Jahren beschäftigt, sie währt bald so lange wie die Frage des Bahnhofsumbaus, wenn es auch noch nicht ganz 20 Jahre sind. Die Stadt hat sich die größte Mühe gegeben, ein feststehendes Projekt für die Eingemeindung zu schaffen. Das wurde dadurch zu erreichen gesucht, daß Herr Geheimrat Göcke aus Berlin beauftragt wurde, einen Plan für die Eingemeindung aufzustellen — ich weiß nicht, inwieweit die Herrschaften in der Lage waren, ihn kennenzulernen. Die bebaute Fläche der Stadt, die jetzt 800—900 Hektar beträgt, ist darnach auf 9000 Hektar festgelegt, und darin liegt bereits die ganze Eingemeindungsfrage einbegriffen, wie sie von Herrn Stadtbaurat Gebenzleben erörtert worden ist. Eine Ordnung der ganzen Angelegenheit ist auch dann wichtig, wenn wir das neue Bahnhofprojekt verwirklichen wollen, damit unsere neuen Straßenanlagen dorthin einlaufen können, denn unsere Nachkommen dürfen nicht sagen, daß die von uns getroffene Regelung ins Mittelalter hinein gehört.

Meine Damen und Herren! Sie haben jedenfalls bemerkt, wie bei den Verhandlungen mit Gliesmarode die Kräfte sich gegen die Eingemeindung stellen; ich erinnere an den Kampf mit dem Mühlenbesitzer Günther usw. Unsere Stadt aber hat nach meiner Überzeugung das größte Interesse daran, daß es so bald wie möglich zur Eingemeindung kommt, denn nachher werden die Kosten für die Erwerbungen seitens der Stadt immer größer. Schon jetzt haben wir Gliesmarode seitens unserer Stadt mit Gas und Wasser versorgt, und je mehr wir das tun, schlägt es zuungunsten unserer Stellung bei der Eingemeindung aus. Nun ist es aber begreiflich, daß nach über 4 Jahren Krieg, während dessen die Förderung der größten Aufgaben gestockt hat, sich vieles an die Regierung zur Lösung herandrängt. Da ist es einer Regierung, möge sie heißen, wie sie will, auch unserer neuen Regierung, nicht möglich, mit einem Schlage alle Probleme zu lösen, einmal schon deshalb nicht, weil noch nicht die nötige Zeit zur Bearbeitung der Frage gefunden werden konnte, denn alle Gesetze, alle Verordnungen und Bestimmungen müssen nach der Revolution umgemodelt werden, was nicht so leicht ist.

Wenn diese Anfrage gestellt ist, so erkennen wir an, daß es notwendig ist, die Vororte bald einzugemeinden. Damit würden auch solche Dinge wegfallen, wie sie beim Brande der Roggenmühle in Lehdorf zutage getreten sind. Wenn die Roggenmühle auf städtischem Grund und Boden gestanden hätte, dann hätten damals die Verhältnisse anders gelegen. Ich erinnere daran, daß dem Stadtmagistrat und der Stadtverwaltung seinerzeit der Vorwurf gemacht war, daß Braunschweig die Schuld trüge, daß tausend bis zwei tausend Zentner Roggen verbrannt sind. Das war im höchsten Grade ungerechtfertigt, weil von Seiten der

Stadt alles getan ist, wozu sie imstande war. Die Schuld lag an der Kreisdirection. Es war damals anheimgegeben, in jedem Bezirke ausreichend Spritzen anzuschaffen, die Stadt wollte sie in Gang bringen und ihre Bereitschaft beaufsichtigen. Aber das alles war versäumt worden, und somit war die Stadt nicht in der Lage, das Brandunglück zu verhindern. Wir haben nachher einen Vertrag mit der Roggenmühle abgeschlossen, ihr das nötige Wasser von der Stadt aus zu liefern, wenn sie beantragen würde, daß das Gebiet, auf dem sie stände, demnächst eingemeindet würde — das ist die Hauptsache —, sonst würde der Vertrag baldigst wieder gekündigt werden. Zur Eingemeindung ist es aber immer noch nicht gekommen.

Sie sehen, es ist alles von den städtischen Behörden in Bewegung gesetzt, um die Vollziehung der Eingemeindung zu fördern. Auch ich wünsche, daß mehr Fluß in die Sache hineinkommt, und hoffentlich wird die Eingemeindungsfrage auch durch das Bahnhofprojekt wieder aufgenommen und ebenso bei dem Kanalbau. Das eine drängt genau so wie das andere.

Stadtv. **Schille:** Ich habe mich zum Worte gemeldet, um auch meinerseits zu erklären, daß es dringend notwendig ist, die Frage der Eingemeindung mit Kraft und Nachdruck zu verfolgen, damit wir endlich für die Stadt Braunschweig geordnete Verhältnisse nach außerhalb bekommen. Die Wichtigkeit der Sache ist schon hinreichend gekennzeichnet, so daß ich glaube, daß es nicht mehr notwendig ist, noch besonders darauf hinzuweisen. Ich möchte bitten, daß die Stadtverordnetenversammlung sich dahin entschließt, zu sagen, daß wir es für dringend notwendig halten, daß innerhalb ganz kurzer Zeit einmal wirkliche Resultate in dieser Eingemeindungsfrage erzielt werden.

Stadtv. **Rönneburg:** Wie kommt es eigentlich, daß wir in dieser Angelegenheit auch in den letzten Wochen, in denen man doch in Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse eine gewisse Hoffnung hegen konnte, in dieser Eingemeindungsfrage weiterzukommen, doch nicht weitergekommen sind? Nach den Erklärungen des Herrn Stadtbaurats hat es der Stadtmagistrat seinerseits nicht an den nötigen Verhandlungen fehlen lassen — ob immer der nötige Nachdruck dahintergesetzt ist, will ich dahingestellt sein lassen. Schwierig ist es allerdings, hier vorwärtszukommen, wenn in den Gemeindeverwaltungen eine solche kleinliche Kirchturmspolitik getrieben wird, wie es leider heute noch der Fall ist, obgleich in diesen Vororten politische Mehrheiten vorhanden sind, die dem Vorwärtsschreiten zugetan sein wollen. Ich glaube, die Herren von der linken Seite dieses Hauses würden sich ein Verdienst erwerben, wenn sie auf ihre Parteifreunde einwirkten in der Richtung, daß sie sich nicht ferner noch ins Schlepptau des Herrn Günther nehmen lassen, der aus einem ziemlich durchsichtigen Gesichtspunkt

punkte heraus die Eingemeindung von Gliesmarode ablehnt. In der Eingemeindungsfrage ist nach meiner Meinung in den größeren Gemeinden eine nachdrücklichere Gemeindepolitik in modernem sozialen Geiste möglich, als es bisher der Fall war. Dazu kommt, daß die Frage des Siedlungswezens, der die größte Bedeutung zugemessen werden muß, für die Stadt Braunschweig außerordentlich schwierig zu regeln ist, wenn wir nicht das nötige Siedlungsland zur Verfügung haben, und das können wir nur gewinnen, wenn wir in der Eingemeindungsfrage einen energischen Schritt vorantun. Auch die Schwierigkeiten wegen der Polizei und des Überlandwerks können und dürfen nicht der Hinderungsgrund sein, an dem diese wichtige Frage scheitert. Im Polizeiwesen werden wir hoffentlich in nicht ferner Zeit dahin kommen, daß die Polizei von der Kommune übernommen wird. Die Polizei ist eine Einrichtung, die zu regeln Aufgabe der Stadtverwaltung ist, wie das in einer ganzen Anzahl anderer Städte bereits der Fall ist. Das Moment, das früher ins Feld geführt wurde, weshalb die Polizei herzoglich, eine Staatseinrichtung sein müsse, ist heute hinfällig geworden, und der Gedanke der Selbstverwaltung, den man heute besonders betont, wird es ermöglichen, in dieser Frage einen grundlegenden Schritt voranzutun. Auch die Schwierigkeit wegen des Überlandwerks wird wohl zu überwinden sein. Soweit man sich auf die Presse verlassen kann, bereitet die Reichsregierung ein Gesetz vor, das den einzelnen Kommunen die Sozialisierungsbefugnis für das Verkehrs-wesen, Gas und Elektrizität zuweisen wird. Sollte im übrigen die Eingemeindungsfrage gelöst sein, so würde dadurch die Möglichkeit geschaffen werden, das Hindernis, das sich ihr durch das Überlandwerk entgegenstellt, zu überwinden.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Herr Rönneburg hat gefragt, wodurch die Sache der Eingemeindung bisher verzögert ist. Ich glaube, Herr Stadtbaurat Gebensleben hat das deutlich auseinandergesetzt. Wir unsererseits haben alles getan, was in unserer Macht stand, um die Eingemeindung zu fördern; es sind andere Personen gewesen, die uns entgegengearbeitet haben. Die Eingemeindung kann bekanntlich geschehen entweder auf Grund einer Vereinbarung mit der auswärtigen Gemeinde, oder, wenn das nicht zu erreichen ist, dadurch, daß ein Gesetz erlassen wird. Wie weit der Magistrat in dieser Sache gegangen ist, weil er mit seinen Verhandlungen festsaß, das können Sie daraus ersehen, daß wir schließlich der Regierung erklärt haben: „Wir wollen auf alle Verhandlungen verzichten; bitte, erlaßt ein Gesetz und dekretiert: So soll es sein! Dann wollen wir uns dem fügen.“ Mehr kann die Stadtverwaltung in dieser Sache nicht tun.

Eins aber ist noch zu berücksichtigen: So sehr wir anerkennen, daß aus wirtschaftlichen Gründen der verschiedensten Art die Eingemeindung dringend notwendig ist, so können wir bei dieser Frage die Finanzen der Stadt nicht unberück-

sichtigt lassen. Ich würde das wenigstens für einen Fehler halten, den man uns später mit Recht zum Vorwurf machen könnte. Herr Rönneburg jagt, die Stadt solle die Polizei übernehmen. Ich bin damit einverstanden, aber da der Vertrag besteht, wonach die Kosten der Polizei dem Staate zur Last fallen, so dürfen wir uns auf den Standpunkt stellen, daß wir eine Entschädigung haben müssen, wenn wir dem lieben Staate die ganzen Polizeikosten abnehmen. Herr Rönneburg schüttelt mit dem Kopfe. Sollte er anderer Ansicht sein, so will ich darauf hinweisen, daß genau so wie in Braunschweig die Verhältnisse in Kassel gelegen haben. Als nun in Preußen den Städten durch Gesetz die Verpflichtung auferlegt wurde, zu den Kosten der königlichen Polizei in den großen Städten einen Beitrag von zunächst 1 *M* jetzt 1,50 *M* auf den Kopf der Bevölkerung zu leisten, hat die Stadtverwaltung in Kassel dem entgegengehalten: Es kann der Stadt nicht einfach durch Gesetz das genommen werden, was ihr durch Vertrag zugestanden ist. Damit nun Kassel auch mit unter das Gesetz gebracht werden konnte, hat sich der Staat Preußen dazu verstanden, der Stadt Kassel eine Entschädigung von 3 Millionen Mark zu zahlen. Ist es so ungeheuerlich, daß wir anstreben, in ähnlicher Weise unsere Finanzen vor weiteren Schädigungen zu schützen? (Sehr richtig!)

Ebenso schwierig liegt die Sache mit dem Überlandwerke. Sie werden alle anerkennen müssen, daß es richtig ist, wenn der Magistrat sagt: Wir können unmöglich das Monopol einer fremden Gesellschaft in dem erweiterten Stadtgebiete dulden. Wir haben angegeben, wie eine Regelung in leichter Weise geschaffen werden kann; eine Entscheidung ist aber noch nicht getroffen. Herr Riefe hat den Grund dafür schon angedeutet, und auch wir erkennen an: Die Herren in der Regierung sind kolossal mit Arbeit belastet, und selbstverständlich ist es auch, daß sie sich in das ganze Gebiet erst einarbeiten müssen.

Ich kann wiederholen: Wir sind bemüht, die Eingemeindung zu fördern, soweit es in unseren Kräften liegt, sind aber auch bemüht, die Stadt vor den ihr dabei drohenden finanziellen Verlusten zu bewahren, und ich darf wohl hoffen, daß wir in dieser Beziehung Ihre Zustimmung finden. Sollte jedoch die Stadtverordnetenversammlung sich auf den noblen Standpunkt stellen und sagen: „Es soll eingemeindet werden, es mag kosten, was es will“, dann wird der Magistrat dazu Stellung nehmen müssen.

Stadt. Lehnert: Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, wenn die Stadtverordnetenversammlung sich auf den noblen Standpunkt stellen wolle, die Kosten der Eingemeindung auf die Stadt allein zu übernehmen, dann würde die ganze Sache leichter eingeleitet werden können. Hier dreht es sich doch aber immer darum: Wenn man kein Geld in der Tasche hat, kann man nichts ausgeben. Schon früher hat der Herr Oberbürgermeister darauf hingewiesen, daß wir ziem-

lich überschuldet sind. Meine Parteifreunde stehen sämtlich auf dem Standpunkte, daß sich seit dem 9. November nicht die ganze Geschichte aus dem Ärmel schütteln ließ. Wenn Herr Rönneburg meinte, daß namentlich die linke Seite der Parteien darnach trachten möchte, auf die Frage der Eingemeindung in vorwärtsggehendem Sinne einzuwirken, so frage ich: Seit wann hat denn die Linke einigen Einfluß? Doch erst seit dem neuen Wahlsystem. Vorher haben doch die Bauern nicht geduldet, daß ein Arbeiter in den Gemeinderat hineinkam; da war das Drei-Klassen-Wahlsystem maßgebend. Die große bürgerliche Majorität hat ja alles niedergedrückt, und so ist es auch auf dem Lande gewesen. Unsere beiden sozialistischen Fraktionen stehen auf dem Standpunkte, daß wir unbedingt darnach trachten müssen, für Braunschweig die Eingemeindung der Vororte vorzunehmen. Herr Stadtbaurat Gebensleben hat angedeutet, daß mindestens 11 Gemeinden dazu genommen werden müssen. Die wohlhabenden von diesen 11 Gemeinden aber können wir momentan nicht nehmen. Lehn Dorf ist doch ziemlich verarmt, Elper würden wir schon viel eher gebrauchen können, und genau so geht es mit Riddagshausen und weiter hinaus nach Müningen und Melverode. Die armen Gemeinden würde man uns gern zum Einkaufspreise überlassen, die besser gestellten aber sträuben sich. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß wir unbedingt, wenn wir der Abwanderung einen Damm entgegensetzen wollen, Land und Gelegenheit zum Bauen schaffen müssen. Die augenblickliche Misere in betreff der Wohnungsfrage drängt darauf, daß wir in der Eingemeindungsfrage einen Schritt weitergehen müssen. Hoffen Sie nicht, daß uns von seiten der Regierung in kurzer Zeit geholfen werden kann; der Herr Oberbürgermeister hat selbst gesagt, daß die Regierung bis über den Kopf in der Arbeit sitzt. Der Mahnruf, den Herr Rönneburg an die Parteien der Linken erschallen ließ, wäre in früherer Zeit angebracht gewesen, wo die rechtsstehenden Parteien noch die Majorität gehabt haben. Aber damals hat man sich auf den Standpunkt gestellt: „Langsam voran kommt auch noch hin.“

Oberbürgermeister Metemeyer: Im Anschluß an die eben gehörten Worte möchte ich mir noch eine Bemerkung gestatten. Wenn Herr Lehnert von der Ansicht ausgehen sollte, daß es gerechtfertigt wäre, den Gemeinden für die Eingemeindung eine Entschädigung zu zahlen, so würde ich das auf keinen Fall für gerechtfertigt halten und würde auch gar nicht wissen, wie wir dazu kommen sollten. Wir wollen doch mit den Herrschaften im Osten und Westen uns zusamm tun, wollen eine friedliche bürgerliche Familie bilden; was wir auf beiden Seiten haben, gehört in Zukunft uns allen gemeinsam. Das ist der tiefere Sinn der Eingemeindung, und es ist falsch, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß man für den einen oder anderen der beiden Teile Vorteile haben will. Höchstens könnte man sagen: Die Besteuerung ist bei uns höher als in den anderen Gemeinden,

und deshalb wollen wir eine Übergangszeit festlegen, in der von den Einwohnern der Dorfgemeinden bestimmte Steuern nur in einer bestimmten Höhe erhoben werden. Weiter dürfen wir aber nicht gehen. In der einen Gemeinde liegt die Sache übrigens, wie ich festgestellt habe, so, daß die ihr Angehörigen jetzt schon höhere Steuern zahlen müssen als wir in der Stadt.

Stadt v. Dr. **Wolters:** Es ist jedenfalls betreffs der Anfrage des Herrn Rönneburg dem zuzustimmen, daß die Eingemeindung möglichst bald zum Abschlusse gebracht werden sollte. Die Begründung, die Herr Rönneburg für seine Anfrage vorgebracht hat, ist wohl durchaus zutreffend, ich möchte aber doch auf einige seiner Bemerkungen zurückkommen, die im Interesse der Stadt nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Herr Rönneburg erwähnte, daß die Schwierigkeiten, die der Eingemeindungsfrage entgegenstehen, zum Teil auf der Polizeifrage beruhen, und er glaubte, daß diese Schwierigkeiten dadurch beglichen werden könnten, daß die Stadt Braunschweig die Polizei, die bisher der Staat zu unterhalten hatte, übernimmt. Nach dem Landtagsabschiede von 1874 hat die Stadt Braunschweig für die Kosten der Polizei jährlich 12 000 *M.* zuzuschießen, für den Staat aber betragen die Kosten der Polizei jährlich 400—500 000 *M.* Nun darf ich die geehrten Herrschaften bitten, sich auszurechnen, welche ungeheure Belastung für die Stadt es ausmachen würde, wenn ohne weiteres die Polizeikosten der Stadt überwiesen würden. Ist die Stadt denn bereit, diese Kosten für die Polizei zu übernehmen? Früher hat der Abgeordnete Lambrecht ein solches Geschenk der Stadt Braunschweig machen wollen, aber wir Abgeordneten der Stadt Braunschweig haben uns mit allen Kräften gegen diesen Gedanken gewehrt und haben ein solches Geschenk absolut zurückgewiesen. Wir haben sogar der ländlichen Partei damit gedroht, daß zweifellos die Stadtgemeinde, wenn etwa wider Erwarten die Regierung ein solches Gesetz erlassen würde, den Weg der Klage beschreiten würde, denn es kann nicht verlangt werden, daß die Stadt einfach die Ausgabe einer solchen ungeheuren Summe überwiesen erhält. Nun frage ich Herrn Rönneburg: Soll die Schwierigkeit, die für die Eingemeindung in der Polizeifrage liegt, dadurch gelöst werden, daß die Stadt die Kosten übernimmt? Für ein solches Geschenk möchte ich danken. Ich möchte dringend bitten, daß die jetzigen Abgeordneten der Landesversammlung, wenn diese Frage den Landtag einmal beschäftigen sollte, ebenso warm wie wir früher die Interessen der Stadt vertreten mögen und nicht leichtfertigerweise dafür stimmen, daß die Stadt diese Last übernehmen soll.

Ebenso ist die Frage in betreff des Elektrizitätswerks sehr schwerwiegend. Es ist sehr wichtig, daß wir in Überlegung ziehen, ob wir für das Elektrizitätswerk einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb einrichten oder es ganz übernehmen. Diese Fragen sind so schwerwiegend, daß der Magistrat und die Stadtverordneten nicht

leichtfertig über sie hinweggehen können, und so kann ich verstehen, wenn die Verhandlungen darüber noch nicht zum Abschluß haben gebracht werden können. Ich befürchte, daß sich die Behandlung dieser wichtigen Frage noch in eine weite Zukunft hinausziehen wird, hoffentlich aber zu einem Ende gebracht wird, das für die Stadt Braunschweig kein zu schweres Opfer bringt.

Stadtv. Hönneburg: Herr Stadtv. Dr. Wolters kann sich beruhigen. Wenn diese Frage im Landtage zur Besprechung kommen wird, dann werden wir auch unsererseits alles tun, um die Interessen der Stadt Braunschweig wahrzunehmen. Es liegt nicht in meinen Worten, daß ich der Meinung bin, die Stadt solle ohne weiteres sämtliche Kosten der Polizei übernehmen. Es ist wünschenswert, daß durch den Ablösungsvertrag ein Ausgleich geschaffen wird; wie das im einzelnen zu machen ist, das zu erörtern, ist wohl eben nicht der geeignete Augenblick.

Ich glaube, vorhin den Magistrat in seiner Tätigkeit für die Eingemeindung nicht kritisiert zu haben. Ich habe anerkannt, daß der Herr Stadtbaurat Gebensleben auseinandergelegt hat, der Magistrat habe seinerseits alles getan, was in seinen Kräften stand, und gebe ohne weiteres zu, daß eine solche einschneidende Frage wie diese eine geraume Zeit zu ihrer Behandlung haben muß, und daß man dafür sorgfältige Erwägungen anzustellen verpflichtet ist. Aber alle Erwägungen können und müssen einmal zu einem Abschluß führen. Wie lange dauern die Erwägungen und Verhandlungen über die Frage der Pflichtfortbildungsschule, über die wir uns noch unterhalten werden? Auch darin muß doch einmal ein Abschluß zu erreichen sein. Daß das in der Frage der Polizeiübernahme unter Schutz der städtischen Finanzen geschehen muß, erkennen wir an. Den Schwerpunkt der ganzen Eingemeindungsverhandlungen aber sehe ich darin, daß die Gemeindeverwaltungen der Nachbarorte von ihrer engherzigen Kirchturmspolitik, die bisher das Haupthindernis in der Eingemeindungsfrage gebildet hat, ablassen. Auch seit dem 9. November ist die Frage in den neugewählten Gemeinderäten mindestens ein- oder zweimal zur Sprache gekommen, und es hat sich dabei gezeigt, daß leider und gegen mein Erwarten auch die sozialistischen Gemeinderäte sich den bisherigen Vorschlägen gegenüber zum größten Teile ablehnend verhalten haben. In Gliesmarode haben wir es erlebt, daß verschiedene sozialistische Gemeinderäte schon vor der Revolution Herrn Günther in seiner Stellungnahme unterstützt haben und gegen die Eingemeindung Sturm liefen, weil ein Geschäft mit der Eingemeindung zu machen versucht wurde. Deshalb wiederhole ich, daß die Herren sich ein Verdienst erwerben würden, wenn sie ihre Parteifreunde veranlassen würden, anzuerkennen, daß ihre Interessen nachdrücklicher wahrgenommen würden, wenn sie aufgehen würden in einem großen Ganzen, und wenn Herr Lehnert dabei helfen will, so bin ich ihm dankbar. Es ist ja nett von ihm, daß er zugibt, daß die Eingemeindung dringend nötig ist. Daß die Eingemeindungs-

frage sehr wichtig ist, ist hier sowohl von bürgerlicher wie von sozialistischer Seite hervorgehoben worden; ich glaube, das war eine Frage, bei der sich die Gemüter kaum geschieden haben.

Vorsitzender: Ich halte mich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Tagesordnung, wie sie mir vorliegt, noch 6 Punkte mehr enthält als die den Mitgliedern der Versammlung zugestellte, und möchte aus dem Grunde bitten, das Redebedürfnis etwas zu zügeln. Es dürfte sich kaum empfehlen, einige Punkte der heutigen Tagesordnung auf die nächste Sitzung zu verschieben, da dann der städtische Haushaltsplan zur Beratung stehen wird, was kein nebensächliches Ding für die Stadt Braunschweig ist.

Stadtv. Riefe I: Meine geehrten Damen und Herren! Jedenfalls haben die städtischen Behörden bis dato in der Eingemeindungsfrage voll und ganz ihre Schuldigkeit getan. Nicht nur die 25 000 *M* für den Geheimen Baurat Göcke für Aufstellung eines allgemeinen Planes sind ausgegeben, sondern auch für den Baurat Richter sind 18 000 *M* bewilligt, um den Ortsbauplan aufzustellen. Wenn Herr Rönneburg von engherziger Kirchturnspolitik spricht, die geübt wäre, und besonders auf die Gemeindeversammlung in Glesmarode hinweist, so meine ich, daß sich die damit Angegriffenen wohl zu rechtfertigen wissen werden; die Mahnung des Herrn Rönneburg halte ich deshalb für vergebens und vorbeigeredet. Gerade seine Freunde und die rechte Seite waren mit daran schuld, wenn wir in der Sache nicht weitergekommen sind. Nun mit einem Male zu fordern, die Sache aus dem Armel zu schütteln und zu glauben, mit Volksversamlungsreden sie weiterzubringen, darauf verzichte ich, denn damit kommen wir nicht weiter. Die Hauptsache ist, daß die Sache einmal wieder in Anregung gebracht ist und der Regierung Gelegenheit gegeben ist, das Ihrige zu tun, um in der Eingemeindungsfrage weiterzukommen.

Vorsitzender: Vielleicht nehmen die Landtagsabgeordneten aus der Stadt auch Gelegenheit, im Landtage einmal Stellung zu der Eingemeindungsfrage zu nehmen.

9. Erhöhung des Zinsfußes für ein der Stadt vorgeliehenes Hypothekenskapital.

Stadtv. Reißner: Im Jahre 1912 hat die Stadt das Grundstück Mönchstraße 16 angekauft. Auf diesem Grundstück lastet zugunsten der Witwen- und Waisenversorgungsanstalt der Landestheaterkapelle eine erste Hypothek von 4200 *M*, die bislang mit 4 Prozent verzinst wurde. Das Komitee dieser Witwen-

und Waisenverorgungsanstalt der Landestheaterkapelle hat den Antrag gestellt auf Erhöhung des Zinsfußes auf $4\frac{1}{2}$ Prozent vom 1. Juli d. J. ab. Der Finanzausschuß hat den Antrag geprüft und gibt Ihnen anheim, der Erhöhung des Zinsfußes zuzustimmen.

Dem Antrage des Finanzausschusses wird entsprochen.

10. Ersatzwahl von Mitgliedern der Ausschüsse und Deputationen.

Stadtv. **Meyerhoff**: In der vorigen Sitzung der Stadtverordneten wurde zum Mitgliede der Kiefigutsdeputation und des Realsteuerausschusses der Landwirt Christian Römer gewählt und als Ersatz für den Fabrikdirektor Kraus Herr Direktor Trints als Mitglied des Ausschusses für Arbeitsbeschaffung, der Wohnungsdeputation und der Deputation für die Übernahme des Lichtwerks. Herr Römer hat wegen vorgerückten Alters und wegen geschwächter Gesundheit abgelehnt, das Amt zu übernehmen, und Herr Trints ist auch nicht in der Lage, die ihm angebotenen Ämter zu übernehmen, weil er durch seine jetzt wieder sehr scharf einsetzende Berufstätigkeit wie auch durch zahlreiche Ehrenämter zu sehr in Anspruch genommen ist. Statt der beiden Herren werden nun seitens des Rechtsausschusses zur Wahl vorgeschlagen Herr Landwirt D r e w e s und Herr M a s c h i n e n f a b r i k a n t O p p e r m a n n von der Firma Oppermann und Deichmann, und ich bitte Sie, den Vorschlägen zuzustimmen.

Stadtv. Frau **Friedrich**: Nachdem der bisherige Stadtverordnete Fritz Ohlendorf die Wahl zum unbefoldeten Magistratsmitgliede angenommen hat, tritt nach der Reihenfolge der Vorschlagsliste an seine Stelle Herr R e i n h o l d S c h m e r b a c h als Stadtverordneter ein. Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung, die nötigen Ersatzwahlen für den bisherigen Stadtverordneten Ohlendorf in den Ausschüssen und Deputationen vorzunehmen. Ich habe namens des Rechtsausschusses vorzuschlagen, Herrn Schmerbach auch in den Kommissionen und Deputationen an die Stelle des Herrn Ohlendorf einrücken zu lassen.

Den von den beiden Berichterstattern vorgetragenen Vorschlägen stimmt die Versammlung zu.

11. Betriebseinstellung zweier städtischer Kriegsgelüchen.

Stadtv. **Blumeier**: Meine Damen und Herren! Der Magistrat gibt anheim, zuzustimmen,

1. daß die beiden städtischen Kriegsküchen Brunonia und Leopoldstraße mit dem 30. März d. J. ihren Betrieb einstellen und die Küche Markthalle ihren Betrieb fortsetzt.

2. daß Essen in der Markthalle an wirklich bedürftige Einzelpersonen nach wie vor zu 30 Pf., im übrigen an besser situierte Personen sowie an kleine Betriebe vom 1. April d. J. ab zu 60 Pf. pro Literportion verabsolgt wird.

3. daß für die Zeit nach den Osterferien die Schulkinderspeisung den Kinderspeiseanstalten der sozialen Frauengruppe und des Vereins ehemaliger Schülerinnen der höheren Mädchenschule an Stelle der dann ihre Tätigkeit einstellenden Schulspeiseanstalten übertragen wird und dafür ein Betrag von jährlich rund 12 000 M aus der Kriegswohlfahrtspflege und nach deren Aufhören aus Kapitel XIV 9 der ordentlichen Ausgabe der Kämmereikasse zur Verfügung gestellt werden.

Zur Begründung des ersten Punktes wird angegeben, daß seit dem Bestehen dieser Kriegsküchen die Zahl der verausgabten Literportionen von rund 480 000 im ersten Kriegsjahre bis auf 142 000 im letzten Halbjahre zurückgegangen ist, und daß zur Zeit täglich in den drei Küchen zusammen nur rund 900 Literportionen ausgegeben werden, wovon annähernd die Hälfte auf Kleinbetriebe und kaum 600 Portionen auf Einzelpersonen entfallen. Diese Verminderung in der Ausgabe ist eine stichhaltige Begründung für Aufhebung der beiden genannten Kriegsküchen, so daß sich der Finanzausschuß dem Antrage angeschlossen hat und seine Annahme empfiehlt.

Zu dem zweiten Punkte wird angegeben, daß im Anfange des Bestehens der Kriegsküchen die Beschaffungskosten für die Literportion allerdings nur 30 Pf. betragen hat, daß aber durch die Steigerung der Preise für die Rohwaren (Gemüse, Teigwaren, Fett usw.) der Einstandspreis sich auf über 60 Pf. stellt, dabei aber noch nicht die Kosten für Einrichtung und Erhaltung der Küchen berücksichtigt sind, so daß bis 1. März d. J. eine Fehlsomme von 94 475 M und, wenn man die Kosten für Einrichtung und Erhaltung der Küchen einrechnet, von 110 189 M festgestellt ist. — Auch dieser Begründung stimmt der Finanzausschuß zu und empfiehlt Ihnen Annahme der Vorlage.

Den Anträgen des Magistrats stimmt die Versammlung gemäß dem Vorschlage des Finanzausschusses zu.

12. Errichtung eines Rechtsfriedensamtes.

Stadtv. **Meyerhoff:** Meine Damen und Herren! Die vielfältigste Vorlage des Magistrats über die Errichtung eines Rechtsfriedensamtes ist wohl Ihnen

allen zugegangen, so daß ich mich auf eine kurze Inhaltsangabe beschränken kann (Zustimmung.)

Die nachteiligen Folgen, die der unglückliche Ausgang des Krieges für unser Wirtschaftsleben hat, insbesondere der wirtschaftliche Ruin vieler Existenzen des Mittelstandes, werden viel Anlaß zu rechtlichen Streitigkeiten sowie die Notwendigkeit zu geschäftlichen Sanierungen geben. Um die mit der Prozeßführung verbundene Arbeit, Kosten und sonstige Schäden soweit als möglich zu vermeiden, wird geplant, ein „Rechtsfriedens-Amt“ für die Stadt Braunschweig zu errichten, indem im Hinblick auf die guten Erfahrungen mit den Einigungsverhandlungen vor dem Kaufmanns- und Gewerbegerichte paritätisch besetzte Schiedsgerichte eingerichtet werden, wie sie auch in anderen Städten bestehen. Die Aufgabe des Rechtsfriedensamtes würde sein:

1. Erteilung von Rechtsauskunft an Minderbemittelte,
2. außergerichtliche Erledigung bürgerlicher Rechtsstreitigkeiten und solcher Strafsachen, deren Verfolgung durch die Stellung eines Strafantrages bedingt ist,
3. die Ordnung von Vermögensverhältnissen.

Gelingt die Schlichtung eines Streites durch Verständigung nicht, so sollen die Parteien zu veranlassen gesucht werden, sich dem Schiedspruch des Rechtsfriedensamtes zu unterwerfen. Zu der Entscheidung des Rechtsfriedensamtes als Schiedsgericht sind zwei Beisitzer zuzuziehen, aber auch sonst wird das Amt geeignete Mitarbeiter heranziehen.

Einen Extrakt aus den vorgelegten Satzungen zu geben, ist kaum möglich, diese müßten wohl paragraphenweise erledigt werden.

Stadtv. Genzen: Ich möchte den Antrag stellen, die Sache zu vertagen. Die Sache ist denn doch umfangreich und ist uns erst eben vor der Sitzung auf den Tisch gelegt. Eine genauere Beschäftigung mit dem Stoff durch den einzelnen wird wohl angebracht sein, und deshalb bitte ich, die Sache erst demnächst zu erledigen.

Diesem Vertagungsantrage stimmt die Versammlung zu.

13. Stellungnahme zu einem Antrage der Straßeneisenbahngesellschaft. betr. Tarifierhöhungen für Abgabe elektrischen Stromes und Erhöhung des Fahrpreises für die Straßeneisenbahn.

Stadtv. Dr. Wolters: Den verehrten Herrschaften ist aus der Sitzung vom 27. Februar erinnerlich, daß die Versammlung einem Antrage des Magistrats zugestimmt hat, die Tariffätze für Abgabe elektrischen Stromes für die Kilowatt-

Stunde auf 70 Pf., für Kraftstrom auf 30 Pf. festzusetzen, daß ferner für den Straßenbahnverkehr der Preis für den Einzelfahrchein auf 20 Pf. und der für Fahrcheinefte für 10 Einzelfahrten auf 1,50 M erhöht wird. Es hatte aber die Versammlung an die Genehmigung der Tarifierhöhung die Bedingung geknüpft, daß die neuen Sätze als eine Einigung im Sinne der Verordnung der Reichsregierung vom 1. Februar betrachtet werden sollten. Diesen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, dem sich der Magistrat angeschlossen hat, hat der Magistrat der Straßeneisenbahngesellschaft mitgeteilt, und es antwortet, kurz zusammengefaßt, die Straßeneisenbahngesellschaft darauf folgendes: Die Bedingung, die die Stadtverordneten dem neuen Verträge hinzugefügt haben, sei eine schwere Belastung für die Straßeneisenbahngesellschaft, und sie könne dieser Bedingung nicht ohne weiteres zustimmen. Dagegen macht die Straßeneisenbahngesellschaft einen neuen Vorschlag, indem sie sagt: Sie wolle vom 1. März an auf drei Monate die neuen Sätze für die Elektrizitätsabgabe gelten lassen in der Voraussetzung, daß während dieser Zeit die Verhandlungen über die mit dem Stadtmagistrat vereinbarten Vertragsentwürfe über die Beteiligung der Stadt an der Aktiengesellschaft zum Abschluß gebracht werden. Sollte der Abschluß auf Grund dieser Vertragsentwürfe während dieser Zeit nicht zustande kommen, so wolle sich die Straßeneisenbahngesellschaft das Recht vorbehalten, ihre Ansprüche auf Grund jener Verordnung, gegebenenfalls unter Anrufung eines Schiedsgerichts, zu erheben. Am Schluß dieser Antwort wird ferner darauf hingewiesen, daß die Einnahmen der Elektrizitätsgesellschaft nicht einmal zur Deckung der baren Betriebsausgaben ausreichen, und in dem Falle sei es ihr unmöglich, die für Erweiterungsbauten und Unterhaltungsarbeiten erforderlichen Gelder aufzubringen. Aus den Anträgen der Straßeneisenbahngesellschaft sei dem Magistrat bekannt, daß sie bereit und gewillt sei, die für den wachsenden Strombedarf der Stadt erforderlichen Erweiterungsbauten auszuführen; sie habe den Ausbau des Umformerwerks in Arbeit, die Erweiterung der Kesselanlage des Drehstromwerks sei geplant, ebenso die Fertigstellung des Drehstromablenkkes, und die Aufwendungen hierfür würden fast den Betrag von 1 Million Mark erreichen.

Diese Antwort legt der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme und Stellungnahme zu dem letzten Antrage der Straßeneisenbahngesellschaft vor. Zugleich überreicht der Magistrat zwei inzwischen zu jener Verordnung vom 1. Februar 1919 veröffentlichte Bekanntmachungen des Reichskommissars für die Kohlenabgabe, der bekanntlich als Stelle zur Erledigung von Streitigkeiten eingesetzt ist, die sich infolge der Verordnung bei Abnahme von Elektrizität ergeben.

Es hat nun der Rechtsausschuß folgenden Beschluß gefaßt, den er der verehrten Versammlung zur Zustimmung vortragen läßt. Zunächst die Frage der

Tarife für den Straßenbahnverkehr. Den verehrten Herrschaften ist bekannt, daß wir in dieser Beziehung mit der Straßeneisenbahngesellschaft sachlich über die Höhe der Tarife nicht in Meinungsverschiedenheit sind. Es war ein Einverständnis darüber erzielt, daß diese Abmachung als endgültige Vereinbarung im Sinne jener Verordnung gelten soll, und somit ist nach Meinung des Rechtsausschusses kein Grund vorhanden, die Zustimmung zu verweigern, daß diese Tarife für die Straßenbahn nunmehr unserer beiderseitigen Stellungnahme entsprechend erhöht werden. Es empfiehlt der Rechtsausschuß, soweit die Abmachung die Tariffätze für den Straßenbahnverkehr betrifft, sie als endgültig im Sinne der Verordnung anzuerkennen mit der Wirkung, daß sie vom 1. April ab in Kraft tritt, also mit der Bedingung, daß diese Tariffätze und ihre Festsetzung nunmehr, wie von Anfang an in Aussicht genommen war, als eine Einigung im Sinne jener Verordnung, worüber beiderseits kein Zweifel obliegt, zu betrachten sind. Also der erste Beschluß des Rechtsausschusses geht dahin, die Erhöhungen der Tariffätze für den Straßenbahnverkehr, wie sie beschlossen waren und an die eine Bedingung geknüpft war, nunmehr derart anzuerkennen, daß am 1. April d. J. die neuen Sätze endgültig, d. h. ohne die Möglichkeit des Umstoßes durch ein Schiedsgericht, in Geltung treten werden.

Der zweite Beschluß trifft die Erhöhung der Sätze für Elektrizitätsabgabe. Der Vorschlag in der Eingabe der Straßeneisenbahngesellschaft ist der, daß auf einen Zeitraum von drei Monaten vom 1. März an die neuen Sätze von 60 und 30 Pf. in Geltung treten sollen. Der Rechtsausschuß empfiehlt, diese Sätze vom 1. April bis 1. Juli gelten zu lassen. Der Rechtsausschuß sagt sich, daß der Zeitraum bis zum 1. Juni, jetzt also nur noch zwei Monate, zu kurz ist, um innerhalb dieser Zeit die sehr wichtige Entscheidung zu treffen, von der die Eingabe der Straßeneisenbahngesellschaft spricht: Über die schwerwiegende Frage, ob das Elektrizitätswerk in einem gemischt-wirtschaftlichen Betriebe fortbestehen soll, oder ob die Stadtgemeinde das Lichtwerk, wie bereits beschlossen ist, zum 1. April 1921 übernehmen und allein betreiben soll. Über diese Frage würde bis zum 1. Juli endgültig Stellung zu nehmen sein. Der Rechtsausschuß empfiehlt Ihnen in diesem zweiten Punkte, die Elektrizitätsabgabe betreffend, folgendes: Es soll der neue Tarif mit 70 und 30 Pf. vom 1. April ab auf vorläufig drei Monate gelten. Innerhalb dieser drei Monate entscheiden sich die städtischen Behörden über die Frage, ob sie den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb der Straßeneisenbahngesellschaft übernehmen wollen oder den schon getroffenen Beschluß auf Übernahme des Betriebes aufrechterhalten wollen.

Ferner ist vom Rechtsausschuß folgendes ausdrücklich hervorgehoben, und die Versammlung wird gebeten, dem zuzustimmen: Es steht in der Eingabe, diese Frist von drei Monaten — wenn ich sie als Bedenkzeit bezeichne, so bitte ich Sie,

sich nicht an den Ausdruck zu stoßen — würde „in der Voraussetzung“ gewährt, daß während dieser Zeit die Verhandlungen über die mit dem Magistrat vereinbarten Vertragsentwürfe zum Abschluß gebracht werden. Der Ausdruck Voraussetzung scheint dem Rechtsauschuß zu vieldeutig. Er wäre auszulegen einerseits als „Bedingung“ und andererseits nur als der Ausspruch einer „Hoffnung“. Die Auskunft des Magistrats über die Frage, wie er zu verstehen sei, lautet so: Es betrachtet die Straßeneisenbahngesellschaft den Ausdruck „in der Voraussetzung“ lediglich als Ausdruck einer Hoffnung, nicht als Bedingung. Wäre es eine Bedingung, so würde unter Umständen die Straßeneisenbahngesellschaft das Recht erhalten, falls die Einigung nicht zustande kommt, auf Grund der Verhandlungen rückläufig bis 1. März d. J. die erhöhten Sätze, die ein Schiedsspruch zubilligen könnte, auf drei Monate zurückzurechnen. Diese Möglichkeit will der Rechtsauschuß auf alle Fälle ausschließen und jagt: Die jetzt erhöhten Sätze gelten auf ein Vierteljahr, indem uns die freie Entscheidung offen bleibt, uns bezüglich der Lichtwerkübernahme so oder so zu entschließen, und jede Möglichkeit ausgeschlossen wird, rückwirkend für drei Monate — ein Schiedsspruch kann daran nichts ändern — über die jetzt bewilligten Sätze von 70 und 30 Pf. die Sätze für Stromabgabe zu erhöhen.

Über alle diese Fragen hat sich innerhalb des Finanzausschusses Einstimmigkeit ergeben.

Stadtv. Meierhoff: Es sind jetzt von seiten des Elektrizitätswerks die Richtlinien vom Januar für Kraftbetrieb herausgekommen, und darnach hat sich folgendes herausgestellt: Die Betriebe sollen nur 80 Prozent des vorjährigen Verbrauchs zu den festgesetzten Preisen verbrauchen dürfen. Jetzt aber geht die Arbeit in den einzelnen Werken wieder an, neue Leute werden eingestellt usw., und anstatt gegenüber dem Vorjahre weniger Strom zu verbrauchen, müssen sie jetzt mehr Strom als in dem vorigen Jahre verwenden. Was für Resultate hat das gezeitigt? Ich habe Rechnungen gesehen, die über Beträge zwischen 30 und 40 M lauten, und bei denen eine Nachzahlung von 142 M vermerkt war, andere Rechnungen über 29—31 M mit 89 M Nachzahlung. Wir haben hier dieselbe Erscheinung wie beim Gasverbrauch, nur daß es hier intensiver wirkt, und zwar gerade auf die kleinen Handwerker, denn die großen Betriebe genießen allerlei Vorteile und sind ganz anders in der Lage, ihre Auslagen wieder herauszuholen. Gerade der Kleinbetrieb der Handwerker, der früher vielleicht 10 M für Stromverbrauch im Monat bezahlt hat, muß jetzt 40 M und ähnliche Sätze bezahlen. Nun wird in dieser Übergangszeit von drei Monaten der Preis für Kraftstrom auf 30 Pf. festgesetzt. Bleibt denn nun bei diesem Preise auch die Klausel über die 80 Prozent bestehen, so daß der Mehrverbrauch unter Strafe fällt? Das geht doch nicht, denn wir schädigen den Mittelstand und den kleinen Handwerker durch diese

Maßregel aufs stärkste. Ich möchte bitten, daß der Magistrat darauf hinwirkt, daß eine Milde rung eintritt. Die Handwerker haben im Januar berechnet, wieviel sie für Strom zahlen müssen, und jetzt, Ende März, kommt erst die Rechnung über die Nachzahlung, so daß sich der Geschäftsmann bei Berechnung seiner Arbeiten nicht darauf hat einrichten können. Wenn er die Nachzahlung machen muß, hat er sein Geld von seiner Kundschaft schon erhalten und kann seine Auslagen nicht wieder hereinkriegen. Sollten trotz allem die Nachzahlungen beibehalten werden müssen, dann muß auf jeden Fall die Rechnung darüber pünktlich zugestellt werden, wie das beim Gaswerk erfolgt, aber nicht Monate hinterher.

Stadtbaurat Lebensleben: Mit einer ähnlichen Anregung wie mit derjenigen von Herrn Meyerhoff haben wir uns schon in der letzten Sitzung beschäftigt; bekanntlich hat Herr Frede einen dahin gehenden Antrag gestellt, der von der geehrten Versammlung angenommen worden ist. Der Magistrat hat dem Antrage zugestimmt und sofort eine energische Eingabe an die zuständige Stelle, an den Reichskohlenkommissar, gerichtet. Ich habe ferner in dieser Sache auch noch eine Anfrage an den Vertrauensmann des Reichskohlenkommissars, an den Direktor des Elektrizitätswerks, Herrn Salsfeld gerichtet und habe darauf die Antwort erhalten, daß auch er schon eine Eingabe in derselben Richtung gemacht hat. Er hat uns, bei unserer Eingabe nicht zu vergessen, darauf hinzuweisen, daß es nötig sei, nicht nur eine größere Menge Kraftstrom den Gewerbetreibenden zuzubilligen, sondern dem Elektrizitätswerk auch die dazu gehörige Kohlenmenge zu überweisen, sonst hätten die Gewerbetreibenden wohl auf dem Papier die Berechtigung zu größerem Verbrauch, aber das Elektrizitätswerk sei nicht in der Lage, die größere Kraftmenge zu erzeugen. Dieser Hinweis ist dann unsererseits auch gemacht. Wir wollen hoffen, daß der Reichskohlenkommissar sich der Erkenntnis nicht verschließt, daß hier Wandel geschaffen werden muß.

Sodann möchte ich noch auf eins aufmerksam machen. Der Herr Referent Dr. Wolters hat erklärt, daß die Fahrpreise für die Straßenbahn nun endgültig erhöht werden sollten in der Weise, wie wir es aus seinem Munde gehört haben. Ich will nicht veräumen, hinzuzufügen, daß der Magistrat diese Erhöhung nicht als eine endgültige ansieht, sondern als eine solche, die nur gutgeheißen ist unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs durch die städtischen Behörden. (Zuruf Wolters: Sehr richtig!)

Stadtv. Meyerhoff: Ich weiß sehr wohl, daß wir in der vorigen Sitzung über die von mir berührte Sache schon gesprochen haben; aber der Tatbestand war damals doch noch nicht so genau festgestellt, denn die Rechnungen über die Nachzahlungen sind erst in den letzten Tagen herausgekommen. Jetzt erst weiß jeder am eigenen Leibe, wie weh es tut, unter den Nachzahlungen leiden zu müssen.

Den Anträgen des Finanzausschusses über die zur Beratung stehende Vorlage stimmt die Versammlung zu.

Vorsitzender: Es erübrigt sich wohl, Punkt 10 der aufgestellten Tagesordnung: „Abfassung der Doppelfahrscheine“ besonders zu behandeln, der Beschluß darüber liegt schon in der eben vorgenommenen Abstimmung.

14. Aufwendungen für die Instandsetzung von Fortbildungsschulklassen in der früheren Waisenhauschule.

Stadtv. Frau **Goetze:** Meine Damen und Herren! Der Fortbildungsschulinspektor Heinemann bittet um Instandsetzung von fünf weiteren Klassenräumen des Mädchenhauses der bisherigen Waisenhauschule für die Fortbildungsschule und begründet diesen Antrag damit, daß er sagt, er habe seinerzeit, im Oktober 1917, nur deshalb bloß acht Klassenräume angefordert, weil er geglaubt habe, daß im Sommer 1918 der Krieg beendet sein würde. Mit Bereitstellung dieser acht Klassenräume seien längst nicht alle Bedürfnisse für die Fortbildungsschule erfüllt, es seien dadurch nur Räume für die Ostern 1918 neu entstandenen Abteilungen geschaffen, und von einer größeren Anzahl Klassen, die in entlegenen Schulgebäuden untergebracht sind, haben nur wenige in der Waisenhauschule untergebracht werden können, so daß vielen Lehrlingen noch nach Schluß der Arbeitszeit ein weiter Weg zur Fortbildungsschule zugemutet werden müsse. Außerdem würden Ostern 1918 aus den Mechaniker-, Maschinenbauer- und Dreher-Mittelstufen neue Oberstufen entstehen, und für den Fachzeichnen- wie für den theoretischen Unterricht dieser Abteilungen seien neue geeignete Klassenräume inmitten der Stadt erforderlich. Hierfür würden sich fünf leere Klassenzimmer im Mädchenhause der Waisenhauschule eignen, allerdings müßte dafür elektrisches Licht gelegt werden. Eine weitere Instandsetzung hält der Antragsteller nicht für nötig, auch glaubt er, daß die vorhandenen Bänke für diesen Zweck genügen werden. Hinsichtlich der Instandsetzung der Räume ist Herr Stadtbaurat Osterloh namens des Stadtbauamts zu anderer Ansicht gelangt. Darnach ist es nötig, daß die Klassenräume und ebenso der Flur und das Treppenhaus neu instand gesetzt werden. Auch hält das Stadtbauamt die dort vorhandenen Bänke für zu klein; es seien aber geeignete Bänke aus dem jetzt frei gewordenen Schulgebäude an der Leopoldstraße zur Verfügung, die einstweilen auf dem Boden der Knabenmittelschule untergebracht sind. Die Kosten, die aus der Bereitstellung der Klassenräume entstehen würden, sind folgende: 3400 M sind veranschlagt für Verbesserungen der Wände und Decken der Klassen, des Flurs und des Treppenhauses,

2900 *M* sind aufzuwenden für Einrichtung der elektrischen Beleuchtung und 1400 *M* würden die Kosten für Beschaffung der nötigen Einrichtungsgegenstände, für den Transport und die Passendmachung der vorhandenen Bänke usw. betragen, so daß an Kosten insgesamt 7700 *M* erwachsen. Der Magistrat empfiehlt, diesen Anträgen zuzustimmen, und die Schulkommission ist zu dem gleichen Entschluß gekommen. Wir empfehlen also der Stadtverordnetenversammlung, der Zustandsetzung und Überweisung dieser fünf Klassenräume an die Fortbildungsschule zuzustimmen und die Kosten zu bewilligen.

Dem Antrage der Schulkommission wird entsprochen.

15. Ausbau des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Stadtv. **Meyerhoff**: Meine Damen und Herren! Es ist uns vom Magistrat eine Vorlage zugegangen, die die Zusammenfassung der in der Stadt bestehenden öffentlichen Arbeitsnachweise bezweckt. Die Zusammenfassung der in der Stadt vorhandenen Arbeitsnachweise war schon bei Kriegsbeginn in dem sog. staatlichen Arbeitsnachweis versucht worden; allein der Zusammenschluß war damals nicht vollständig. Eine Verfügung des früheren Staatsministeriums vom 16. September bestimmte deshalb, daß in allen Kreis Kommunalverbänden öffentliche Arbeitsnachweise eingerichtet werden sollten, für die Stadt und den Landkreis Braunschweig ein gemeinsamer. Der hiesige Kreisarbeitsnachweis wurde zur Melde- und Ausgleichsstelle für alle im Lande betriebenen nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise und führte den Namen Landesarbeitsnachweis. Durch diese Einrichtung der Kreisarbeitsnachweise war eine geeignete Grundlage für den Zusammenschluß der nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise geschaffen, und fast alle nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise haben sich freiwillig unserem Arbeitsnachweise angeschlossen. Einige kleinere Arbeitsnachweise, die ferngeblieben sind, werden jetzt durch eine bevorstehende Bekanntmachung des Demobilisierungskommissars I zum Anschluß gezwungen werden.

Bei der Zusammenfassung dieser Arbeitsnachweise ist an der Einrichtung des Kreisarbeitsnachweises festgehalten, und bei seiner Ausgestaltung ist folgendes zu beachten: Die Erwerbslosenfürsorge muß mit dem Arbeitsnachweis in ständiger Fühlung sein und wird am besten dem Arbeitsnachweise räumlich angeschlossen. Auch nach Eintritt normaler Verhältnisse wird eine Erwerbslosenfürsorge in der jetzigen oder in der Form der Arbeitslosenversicherung bestehen bleiben; in jedem Falle wird auch künftig der Arbeitsnachweis bei Durchführung dieser Fürsorge (Kontrolle der Erwerbslosen, Aufnahme der Anträge und dergl.) mitzuwirken haben. — Mit der Stellenvermittlung ist notwendig Berufsberatung verbunden. Es handelt sich heute nicht nur um eine Beratung der

Knaben und Mädchen, die die Schule verlassen und vor der Berufswahl stehen. Viele Kriegsteilnehmer müssen ihrer Verstümmelung oder sonstigen Beschädigungen wegen den Beruf wechseln. Tausende können infolge der politischen und wirtschaftlichen Umstellung in dem bisherigen Berufe nicht mehr ihr Brot verdienen; sie müssen sich einem neuen Berufe zuwenden, dessen Auswahl bei den heutigen unsicheren Verhältnissen überaus schwierig ist. Das alles drängt dazu, sobald als möglich die Berufsberatung im Anschluß an den öffentlichen Arbeitsnachweis zu organisieren.

Eine Trennung des Arbeitsnachweises in männliche und weibliche Abteilungen ist unbedingt geboten. Daneben erweist sich bei den verwickelten wirtschaftlichen Verhältnissen für die Vermittlung von Facharbeitern die Einrichtung von Facharbeitsnachweisen als nötig. Diese Facharbeitsnachweise sollen nach dem Wunsche der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände innerhalb des Kreisarbeitsnachweises ihre Selbständigkeit behalten und sollen von paritätisch zusammengesetzten Ausschüssen, die auch die Geschäftsführer bestellen, verwaltet werden. Die wichtigsten der Facharbeitsnachweise werden besondere Räume zur alleinigen Benutzung haben müssen; kleineren Facharbeitsnachweisen, die nur an bestimmten Stunden des Tages geöffnet sind, wird man einen Raum zur gemeinschaftlichen Benutzung zuweisen dürfen.

Aus alledem ergibt sich, daß für den Arbeitsnachweis mit den Fachabteilungen, mit der Erwerbslosenfürsorge und Berufsberatung zahlreiche Räume gebraucht werden. Da die jetzige Unterbringung in der Schule an der Wilhelmstraße nur vorübergehend sein kann, wird auf Beschaffung anderer Räume Bedacht genommen werden müssen. In dieser Beziehung werden den Stadtverordneten später bestimmte Vorschläge gemacht werden.

Daß die Stadt Räume für den gesamten Arbeitsnachweis beschafft und den Fachabteilungen ohne Entschädigungen zur Verfügung stellt, ist nicht zu vermeiden, wenn die Zusammenfassung und der Ausbau der Arbeitsnachweise für die Dauer erfolgen soll. Da die Stadt von einem gut arbeitenden Nachweise aber auch wesentliche geldliche Vorteile hat (Ersparung von Armen- und Erwerbslosenfürsorge), so wird sie die notwendigen Aufwendungen für einen Zentralarbeitsnachweis nicht scheuen dürfen. Sie wird neben den Räumen auch die Bureaueinrichtungsgegenstände und den sonstigen Bureaubedarf stellen müssen. Sie wird auch sonst zu der Unterhaltung der Facharbeitsnachweise, insbesondere zur Besoldung der Geschäftsführer, Zuschüsse leisten müssen, soweit die Kosten der Facharbeitsnachweise nicht aus Mitteln der beteiligten Verbände oder durch herkömmlicher Weise erhobene Vermittlungsgebühren aufgebracht werden können. Über Gewährung solcher dauernden Zuschüsse bedarf es in jedem Falle einer besonderen Vereinbarung zwischen dem Facharbeitsnachweise und den

städtischen Behörden. Der Magistrat wird hierüber den Stadtverordneten besondere Vorlagen machen, sobald die noch schwebenden Verhandlungen eine endgültige Beschlußfassung zulassen. In Frage kommen vermutlich der Facharbeitsnachweis für das Gastwirtsgewerbe, für das Handelsgewerbe und für die Metallindustrie, dessen einen Geschäftsführer der Metallarbeiterverband zu stellen hat. — Zur Zahlung dieser Zuschüsse sind vom Magistrat in den Haushaltsplan 1919/20 8000 *M* eingestellt.

Der Umfang und die Bedeutung der Geschäfte des Arbeitsnachweises erfordert die Anstellung eines Leiters für die männliche, einer Leiterin für die weibliche Abteilung. Beide müssen umsichtig, gewandt, organisatorisch befähigt und für die Stellung vorgebildet sein. Sie werden nach entsprechender Ausbildung auch die oben erwähnte Berufsberatung im allgemeinen zu erteilen haben; für die Fachberatung hoffen wir ehrenamtliche Kräfte zu gewinnen.

Der Leiter der männlichen Abteilung hat die Bureauleitung in dem Gesamtarbeitsnachweise. Die Selbständigkeit und Verantwortlichkeit seiner Stelle sowie das Ansehen des Arbeitsnachweises erfordern es, daß ihm die Stellung eines Magistratssekretärs mit dessen Bezügen und Dienstbezeichnung gegeben wird. Auch die Stellung der Leiterin der weiblichen Abteilung muß gegenüber den Stellen der nach Bedarf anzunehmenden Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen gehoben sein. Ihre Gehaltskala wird ebenso wie die der Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen zweckmäßig bei Neuordnung der Gehälter der städtischen Beamten festgelegt werden. Welche Geschäftsführer- und Geschäftsführerinnenstellen im allgemeinen Arbeitsnachweise dauernd eingerichtet werden müssen, muß die Zukunft lehren. Zunächst sollen in der männlichen und in der weiblichen Abteilung je zwei derartige Stellen eingerichtet, bis zur Regelung der Gehaltsverhältnisse aber mit Aushilfspersonen besetzt werden. Auch die „Schreibhilfe“ im Arbeitsnachweis wird eine ständige Einrichtung werden; es wird also auch die Stelle für eine Maschinenschreiberin geschaffen werden müssen.

Die Vermittlung im Kreisarbeitsnachweise erfolgt unentgeltlich. Eigentliche Einnahmen hat die Stadt aus dem Arbeitsnachweise also nicht. Der Landkreis Braunschweig leistet zu den Unterhaltungskosten einen jährlichen Zuschuß von 600 *M*. Der Arbeitsnachweis hat für den Landkreis keine große Bedeutung; der an sich niedrige Zuschuß erscheint angemessen.

Der hiesige Kreisarbeitsnachweis besorgt zur Zeit die Geschäfte der Ausgleichsstelle für das Land Braunschweig; an ihn haben die übrigen Kreisarbeitsnachweise offene Stellen und nicht vermittelte Arbeituchende zu melden, er versucht unter den Meldungen auszugleichen und meldet seinerseits Unerledigtes der Zentralauskunftsstelle Hannover. Für diese Tätigkeit zahlt der braunschweigische Staat der Stadt einen Zuschuß von jährlich 3600 *M*. Ob der Arbeitsnachweis

diese Geschäfte nach Einrichtung des geplanten Landesarbeitsamtes weiter besorgen wird, harret noch der Entscheidung. Der Magistrat hofft aber, daß der Staat bei dem großen Interesse, das auch er an einer guten Arbeitsvermittlung hat, dem Kreisarbeitsnachweise auch unabhängig von der Geschäftsführung der Ausgleichsstelle nicht unerhebliche Zuschüsse gewähren werde; ein entsprechender Antrag ist gestellt. Schließlich hat der Kreisarbeitsnachweis auch von dem Verbands niedersächsischer Arbeitsnachweise in Hannover, dem er angeschlossen ist, Zuschüsse zu erwarten, deren Höhe vom Verbands nach den vorhandenen Mitteln bemessen wird.

Der Magistrat eruchtet die Stadtverordneten, sich mit dem Ausbau des öffentlichen Arbeitsnachweises im Sinne der vorgetragenen Darlegungen einverstanden zu erklären und insbesondere zuzustimmen:

1. daß das städtische Arbeitsamt in seiner früheren Form und die für dasselbe erlassene Satzung aufgehoben wird,

2. daß auf Grund der anliegenden Satzungen ein gemeinsamer öffentlicher Arbeitsnachweis für die Stadt und den Landkreis Braunschweig errichtet wird,

3. daß bei diesem Arbeitsnachweise die Stelle eines Leiters in der Stellung der Magistratssekretäre, sowie die Stelle einer Leiterin der weiblichen Abteilung, deren Gehaltskala demnächst festgesetzt wird, geschaffen werden, und

daß weiter die Stellen für zwei männliche und zwei weibliche Geschäftsführer sowie die Stelle einer Maschinenschreiberin eingerichtet werden,

4. daß den Facharbeitsnachweisen nach besonderen Vereinbarungen Zuschüsse gewährt werden.

Der Vorlage angehängt ist der Satzungsentwurf für den Arbeitsnachweis. Es würde sich dabei jetzt um die Frage handeln, ob wir diese Satzungen paragraphenweise durchnehmen müssen, oder ob über die Paragraphen in eins abgestimmt werden soll. Ich möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, sich darüber zu äußern.

Vorsitzender: Meine geehrten Damen und Herren! Wir haben die Vorlage lange genug im Hause gehabt, und Interesse für diesen Gegenstand muß jeder der Stadtverordneten haben. Ich nehme an, daß Sie alle die Vorlage eingehend studiert haben. Wenn keine anderen Wünsche aus der Versammlung laut werden, bin ich bereit, über die Satzung in eins abstimmen zu lassen.

Stadtv. **Meyerhoff** Auch ich empfehle En-bloc - Annahme der Satzungen. Sie sind vom Rechtsausschuß geprüft und Ausstellungen sind nicht gemacht.

Stadtv. Frau **Goege**: Ich möchte zu § 2 etwas erwähnen, was mir aufgefallen ist. Es sind im ganzen 12 Vertreter für den Ausschuß vorgesehen, 6 Ar-

beitgeber und 6 Arbeitnehmer. Unter den Arbeitnehmern ist aber nur eine Vertreterin der arbeitenden Frauen, und zwar durch das Gewerkschaftskartell. Es gibt aber doch auch sehr viele arbeitende Frauen aus anderen Kreisen, und deshalb meine ich, auch die bürgerlichen Frauen müßten unter den Arbeitnehmern vertreten sein.

Oberbürgermeister Netemeyer: Es handelt sich in dem § 2 um den Ausschuß für den allgemeinen Arbeitsnachweis. Wenn die geehrten Herrschaften die Bestimmungen am Ende der Sitzungen lesen wollen, so werden Sie finden, daß jeder Verwaltungsausschuß der Facharbeitsnachweise noch einen besonderen Ausschuß hat, und in diese werden die Frauen gewählt werden können, von denen Frau Goeke gesprochen hat. Es ist nicht ratsam, den Ausschuß dieses öffentlichen Kreisarbeitsnachweises umfangreicher zu gestalten, als vorgesehen ist. Würde er noch mehr als 12 Personen umfassen, so würde das für seine Arbeit erschwerend sein. Wir haben aber durch die Vorschrift in § 14 die Möglichkeit geschaffen, daß auch die arbeitnehmenden Frauen aus anderen Berufen an den Sitzungen des Ausschusses des Kreisarbeitsnachweises teilnehmen. „Die Verwaltungsausschüsse der Facharbeitsnachweise können zu den Sitzungen des Ausschusses für den Kreisarbeitsnachweis je einen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit beratender Stimme entsenden.“ Das Schwerkgewicht aller Beratungen liegt bei den selbständigen Facharbeitsnachweisen in ihrem Verwaltungsausschuß, der paritätisch zusammengesetzt ist. Ich halte es nicht für notwendig, daß in den großen Ausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises noch weitere Vertreter der arbeitenden Frauen aufgenommen werden, es wird richtiger sein, wenn deren Interessen in den Unterausschüssen wahrgenommen werden.

Stadtv. Spangenberg: Ich möchte mir die Anfrage gestatten, ob sich die Arbeitsvermittlung auch auf die Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung beziehen soll, und möchte darauf aufmerksam machen, daß die Eisenbahndirektion Magdeburg schon einen Arbeitsnachweis für alle Arbeiter, die zu der Eisenbahndirektion Magdeburg gehören, eingerichtet hat. Es würde also erforderlich sein, daß sich der Stadtmagistrat mit der Eisenbahndirektion Magdeburg in Verbindung setzt, damit nicht doppelte Arbeit gemacht wird. Jedenfalls wäre es empfehlenswert, daß die Einrichtung des Arbeitsnachweises auch für die Eisenbahnarbeiter hier geschieht, denn eine Einrichtung in Magdeburg hat für uns wegen der weiten Entfernung nicht denselben Wert. Jedenfalls muß aber die Sachlage klargestellt werden, damit nicht doppelt und am Ende gar entgegengesetzt gearbeitet wird.

Oberamtsrichter Meyer: Auf Anregung des Herrn Demobilmachungskommissars hin hat sich die hiesige Eisenbahnverwaltung damit einverstanden erklärt, daß im Anschluß an den öffentlichen Arbeitsnachweis in Braunschweig ein besonderer Facharbeitsnachweis für Eisenbahnarbeiter in Braunschweig errichtet wird. Die Verhandlungen sind so weit gediehen, daß am nächsten Sonnabend dieser Facharbeitsnachweis seine Tätigkeit beginnen kann. Geschäftszeit dafür ist Sonnabends 11—1 Uhr. Nur die Vertreter für den Verwaltungsausschuß müssen noch gewählt werden, und das wird sicher bald geschehen.

Den Anträgen des Magistrats und dem Satzungsentwurf stimmt die Versammlung in e i n e r Abstimmung zu.

16. Aufnahme der Straße 849 in den Ortsbauplan.

Stadtv. Löffmann: Zur Aufschließung des Arkeröder Feldes ist unbedingt eine Zufahrtstraße nach diesem Gelände nötig, die von der Hamburger Straße bis zum Arkeröder Felde führt. Diese Straße soll in erster Linie dazu dienen, die Entwässerungsanlagen des Arkeröder Feldes nach der Hamburger Straße zu leiten, weiter aber soll es auch eine Zufahrtstraße nach dem neu zu bebauenden Gelände sein. Der Plan hängt dort aus. Die neue Straße beginnt an der Hamburger Straße dicht hinter dem Roten Kreuz, dem Forsthaus gegenüber, und zieht sich in östlicher Richtung nach dem besagten Gelände. Es wird empfohlen, diese Straße, die die Nummer 849 trägt, in den Ortsbauplan mit aufzunehmen, denn bis jetzt war diese Straße noch nicht vorgesehen.

Gleichzeitig wird vom Magistrat noch empfohlen, ein dem Schlachtermeister Schwieger gehörendes, zwischen der Hamburger Straße und dem Mittelwege liegendes Grundstück, das zu dieser Straße gebraucht wird, zu enteignen. Der Besitzer will für das Quadratmeter dieses Geländes 6 M. haben. Weil aber der größte Teil dieses Grundstücks Hinterland ist und nur eine Breite von 10 m hat, so erscheint dem Magistrat und dem Bauausschuß dieser Preis zu hoch, so daß beantragt wird, das Enteignungsverfahren einzuleiten, womit sich der Bauausschuß einverstanden erklärt hat.

Der Aufnahme der Straße 849 in den Ortsbauplan stimmt die Versammlung zu und ist mit der Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens in betreff des Schwiegerschen Grundstücks einverstanden.

17. Änderung der Fluchtlinie der Frankfurter Straße vor dem Grundstück Verf.-Nr. 6684.

Stadtv. Reigner: Der Ingenieur Jung beabsichtigt, auf dem Grundstück Frankfurter Straße 24 einen Neubau zu errichten, und beantragt zu diesem

Zwecke, eine ganz geringe Änderung der Baufluchtlinie vorzunehmen, damit er für den Neubau die Fundamente der jetzt vorhandenen Mauer mit benutzen kann. Die, wie schon gesagt, geringfügige Änderung der Fluchtlinie läuft darauf hinaus, daß die frühere Fluchtlinie jetzt wiederhergestellt wird. Das Tiefbauamt und der Bauausschuß haben sich mit der Frage beschäftigt und empfehlen Ihnen mit dem Magistrat Annahme des Antrages.

Der Änderung der Fluchtlinie wird zugestimmt.

18. Änderung des Bebauungsplanes für das Arteröder Feld.

Stadtv. **Reikner**: Für das Arteröder Feld ist ein neuer Bebauungsplan aufgestellt, und zwar ist der Entwurf des Architekten Henning aus Seesen, der schon vor einiger Zeit der Stadtverordnetenversammlung vorgelegen hat, in einigen Teilen geändert. Der Plan ist dort, als Schaubild und gleichzeitig als Ortsbauplan ausgeführt, ausgehängt. Der Henningsche Entwurf, der nach Aussage Sachverständiger ein ganz vorzüglicher ist, hat nur unbedeutende Abänderungen erfahren, und zwar aus Zweckmäßigkeitsgründen. Es sind von der Mitte aus zwei neue Straßen diagonal eingeführt, um dadurch Straßen für den Wagenverkehr zu bekommen; auch soll die Hauptverkehrsstraße, die gleichzeitig die Straßeneisenbahn mit aufnehmen soll, eine etwas geschwungene Linienführung erhalten. Bei dieser Änderung sind dann auch die Wünsche des Herrn Dr. Jasper mit erfüllt worden: die vorerst geplanten Reihenhäuser am Bienröder Wege sind in einzelne Gruppen aufgelöst.

Die Ortsbauplandeputation und der Bauausschuß haben sich mit der Sache beschäftigt und den Vorschlägen zugestimmt. Ich habe Ihnen namens des Bauausschusses Annahme des nunmehr fertigen Ortsbauplanes, wie er ausgehängt ist, zu empfehlen.

Gleichzeitig beantragt der Magistrat, das Arteröder Feld mit einer Baubeschränkung gemäß Statut Nummer 61 zu belegen. Diese Beschränkungen lauten, daß

- a) nur solche Gebäude errichtet werden dürfen, deren Höhe das Maß von 11 m nicht übersteigt, und zwar auch dann nicht, wenn das Gebäude lediglich zu öffentlichen, gewerblichen oder Handelszwecken dient, oder wenn die Voraussetzungen des § 28 der Bauordnung zutreffen,
- b) in den einzelnen Gebäuden außer dem Kellergerichte nur das Erdgeschoß, ein Obergeschoß und ein ausgebauter Dachgeschoß hergerichtet werden und Giebelbauten im Dachgeschoße an den Längsseiten der Häuser nur je die halbe Gebäudelänge einnehmen dürfen,

c) die einzelnen Grundstücke nur bis zu $\frac{1}{2}$, jedoch Eckgrundstücke bis zu $\frac{3}{4}$ ihrer Gesamtgröße bebaut werden dürfen, wobei die Vorschriften im § 29 b der Bauordnung in Verbindung mit § 25 des Ortsbaustatuts anwendbar bleiben,

d) die einzelnen Grundstücke in einer größeren Tiefe als 15 m — von der Straßenflucht gerechnet — nicht bebaut werden dürfen.

Dabei können jedoch, sofern solches nach § 18 zulässig erscheint, auf Grundstücken an Straßen, deren Breite das Maß von 13 m übersteigt, abweichend von den Vorschriften unter a und b 14,5 m hohe Gebäude errichtet und — unter Wegfall des ausgebauten Dachgeschosses — mit einem zweiten Obergeschoß versehen werden.

Es war notwendig, diese Baubeschränkung aufzuerlegen, weil das ganze Gebiet einen mehr gartenstadtähnlichen Charakter annehmen soll.

Die Ortsbauplandeputation und auch der Bauausschuß haben sich mit der Frage beschäftigt und empfehlen Annahme des Magistratsantrages, wünschen aber, daß dem Magistrat anheimgegeben wird, daß bei dieser Gelegenheit das Wort „Straßenflucht“ in der Sitzung Nummer 61 unter d in „Baufucht“ abgeändert wird, weil bei tiefen Vorgärten die hier vorgesehene Tiefe von 15 m für die Bebauung hinter der Straßenflucht nicht ausreicht. Ein Antrag deswegen wird aber von der Baukommission nicht gestellt, sondern es wird dem Magistrat nur anheimgegeben, für diese Änderung einzutreten.

Den Vorschlägen des Bauausschusses wird von der Versammlung zugestimmt und damit der Bebauungsplan für das Arkeröder Feld festgelegt.

19. Bebauungsplan für das Terrain Kälberweide in der Feldmark Altpetritor.

Stadtv. **Reißner:** Es kommt noch eine Vorlage, betreffend den Ortsbauplan, zur Besprechung, und zwar über das Terrain Kälberweide in der Feldmark Altpetritor. Die Siedlungsgesellschaft hat das genannte Terrain von der Herzoglichen Kammer erworben und will es zum Teil in diesem Jahre noch bebauen. Die Gestaltung des Ortsbauplanes soll nach Art des ausgehängten Schaubildes geschehen, und gleich dem Arkeröder Felde soll auch dieses Terrain mit einer Baubeschränkung gemäß dem eben von mir vorgetragenen Statut Nummer 61 belegt werden. Die Ortsbauplankommission hat den Plan genehmigt, und auch der Bauausschuß empfiehlt Ihnen durch mich, dem Antrage des Magistrats auf Zustimmung zu diesem Teilortsbauplan nachzukommen.

Der vorgelegte Bebauungsplan wird genehmigt.

20. Erweiterung der Gauß-Schule.

Stadtv. **Frede:** Der Andrang von Schülern zur Gauß-Schule ist so gewachsen, daß man mit der einfachen Zahl der Oberklassen der Oberrealschule am Löwenwall nicht mehr auskommen kann. Bis einschließlich Untersekunda sind Parallelklassen vorhanden, aber es besteht nur je eine Obersekunda, Unterprima und Oberprima. Infolge der Kriegsteilnehmerkurse ist vorübergehend ein Zustand eingetreten, der es nötig machte, eine Obersekunda und eine Unterprima noch zu schaffen. Der Direktor Levin sagt selbst, daß nicht darauf gerechnet werden könnte, daß dies eine dauernde Einrichtung werden könnte. Dagegen müßte damit gerechnet werden, daß eine Obersekunda dauernd eingerichtet wird, und deshalb beantragt er die Beschaffung eines Raumes dafür. Darauf ist das Stadtbauamt beauftragt worden, ein Gutachten abzugeben, wie die Beschaffung von Räumen am besten einzurichten sei, denn es handelt sich nicht allein um die Beschaffung eines Zimmers, sondern wenn man dauernd mit einer Obersekunda rechnet, muß man weiter mit zwei Klassenräumen rechnen, die für Unterprima und Oberprima bestimmt sind, so daß drei Klassenzimmer geschaffen werden müssen. Der Anschlag, den das Stadtbauamt über die Erbauung von drei Klassenzimmern aufgestellt hat, ist nun aber durchaus nicht ermutigend; er ist sehr kostspielig ausgefallen. Man muß damit rechnen, daß ein benachbartes Grundstück angekauft wird, von dem allein der Grund und Boden mit 44 000 *M* abgeschätzt ist. Der Neubau ist auf 50 000 *M* Friedenspreis geschätzt, so daß man, da man heute mit dreifachen Baukosten rechnen muß, mit 150 000 + 44 000 *M* kaum auskommen würde. Außerdem würde die Bedürfnisanstalt ausgebaut werden müssen, so daß 200 000 *M* für diesen Bau herauskommen würden — das ist ein Preis, für den man früher eine ganze Schule bauen konnte. Es ist deshalb der vom Magistrat gemachte Vorschlag durchaus zu begrüßen, daß von der benachbarten Gewerbeschule drei Räume, die während des Vormittages frei sind, für die Oberrealschule in Benutzung genommen werden sollen. Der Magistrat macht mit Recht geltend, daß man nicht wissen könne, wie die Verhältnisse sich herausbilden werden, ob wirklich auf einen dauernd hohen Besuch bei diesen drei Klassen zu rechnen sein würde oder nicht. Jedenfalls ist es aus zwei Gründen durchaus zu billigen, daß dieser Ausweg genommen wird: erstens wegen der außerordentlichen Höhe der Baukosten, die augenblicklich für den Neubau von Räumen zu zahlen sein würden, und zweitens wegen der Ungewißheit, ob der Zustand ein definitiver sein wird. Die Schulkommission empfiehlt daher der Versammlung, den Vorschlag des Magistrats gutzuheißen, der dahin geht, der erwähnten Erweiterung der Gauß-Schule und der empfohlenen Benutzung der Klassenräume der Gewerbeschule zuzustimmen.

Dem Antrage der Schulkommission gemäß stimmt die Versammlung den Vorschlägen des Magistrats zu.

21. Gutachtliche Äußerung über die Ausnahmen von der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Stadtv. Genzen: Die Polizeidirektion hat dem Magistrat auf sein Ansuchen die Äußerungen der beteiligten Kreise über die Ausnahmebestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zugestellt, und zwar mit der Bitte, sie in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu erledigen, da die Sonntagsruhe und mit ihr die Ausnahmebestimmungen schon am 1. April in Kraft treten sollen. Aus der uns zugegangenen Aufstellung ist zu ersehen, daß z. B. die Konservenfabrikanten bitten, daß die kaufmännischen Betriebe in der Zeit vom Mai bis September von 7—9 und von 11—2 beschäftigt sein dürfen, während von der Handelskammer oder von den Konservenfabrikanten selber erklärt wird, daß eine derartig lange Beschäftigung an Sonntagen nicht nötig ist, sondern daß es genügt, wenn vom Mai bis September die Angestellten nur von 7—9 Uhr an den Sonntagen beschäftigt werden dürfen. Ich glaube deshalb, daß es wohl nötig ist, daß wir über die einzelnen Geschäftszweige und Wünsche besonders beschließen.

Vorsigender: Es wird wohl nicht anders möglich sein.

Stadtrat Wagner: Ich glaube, hinsichtlich der kaufmännischen Betriebsteile der Konservenfabriken ist dem Herrn Berichterstatter ein Irrtum untergelaufen. In der Zusammenstellung, die allen Stadtverordneten zugegangen ist, steht der bisherige Zustand auf der linken Seite, während die neuen Vorschläge auf der rechten Seite verzeichnet sind. Für die Konservenfabriken sind darnach neue Vorschläge nicht gemacht worden. Ich habe inzwischen von dem Verein der Konservenfabrikanten, mit dem ich mich telephonisch in Verbindung gesetzt hatte, die Auskunft bekommen, daß die Obst- und Konservenindustrie auf die Beschäftigung der Angestellten, die kaufmännische Arbeiten zu verrichten haben, im allgemeinen verzichten könne. Selbstverständlich sei es aber notwendig, daß bei der Ablieferung von Frischgemüsen an Sonn- und Festtagen — die abgenommen werden müßten, um den Verderb von Lebensmitteln zu verhüten — genügend kaufmännisches Personal vorhanden sei, das die Abnahme dieser frischen Gemüse überwacht, die notwendigen Ausschreibungen vornimmt, den Verladern Bescheinigungen gibt usw. Dieses „kaufmännisch-technische“ Personal der Konservenfabriken, das etwa mit den Werkstättenschreibern in den Maschinenfabriken zu vergleichen ist, brauche nur dann an Sonn- und Festtagen zu arbeiten, wenn

leicht verderbliche Waren zur Ablieferung gelangen. Die Beschäftigungszeit beschränke sich auf die Zeit, die notwendig ist für die Lieferung des frischen Gemüses oder des frischen Obstes.

Während der Spargelernte müsse in diesem Jahre in sehr starkem Maße, in den späteren Jahren in verhältnismäßig geringerem Maße Spargel auch frisch versandt werden. Die Versendung von Frischspargel werde in diesem Jahre auch dann erfolgen müssen, wenn der Fabrikbetrieb ruht. Für die Versendung von Frischspargel seien kaufmännische Kontorarbeiten erforderlich, indem das Ausschreiben und das Verbuchen von Rechnungen, das Ausschreiben von Frachtbriefen usw. in Frage komme. Für die Erledigung dieser kaufmännischen Arbeiten während der Spargelernte werde in diesem Jahre etwa die Hälfte der kaufmännischen Angestellten notwendig sein. Der Verein bittet deshalb darum, daß, solange die Spargelernte dauert, in diesem Jahre die kaufmännischen Kontorangestellten an jedem zweiten Sonntage zu einer vierstündigen Beschäftigung herangezogen werden können. In den späteren Jahren können die Arbeiten für den Frischspargelversand, die dann verhältnismäßig gering sein werden, notdürftig vom kaufmännisch-technischen Personal mit erledigt werden.

Über die Frage der Beschäftigung des kaufmännisch-technischen Personals habe ich mit dem Referenten der Polizeidirektion Rücksprache genommen. Er war derselben Ansicht wie ich, daß man diejenigen Leute, die in den Konservenfabriken die Abnahme und die Notierungen besorgen, nicht zum handeltsgewerblichen Teile des Unternehmens, sondern zum technischen Teile rechnen müsse, so daß man nur das eigentliche Kontorpersonal als zum Handelsgewerbe gehörig betrachten müsse, und so herrschte die Anschauung, daß man besondere Ausnahmen für die Konservenfabriken nicht zu machen brauche. Ich möchte der Versammlung empfehlen, sich darüber auszusprechen. Nur für die Monate Mai und Juni, in denen die Spargelabnahme erfolgt, wird eine vierstündige Arbeitszeit der in dem kaufmännischen Betriebsteile Beschäftigten aus der Konservenindustrie in der Weise gewünscht, daß jeder einzelne nur jeden zweiten Sonntag an die Reihe kommt. Wünschen Sie, daß dies bei der Polizeidirektion befürwortet wird?

Stadtv. Benzen: Ich konnte über diese Sache nicht berichten, denn die Aufzeichnungen, die Herr Stadtrat Wagner uns zur Verlesung gebracht hat, habe ich nicht erhalten. Ich weiß nur, daß wir in der Kommission uns dahin verständigt haben, daß eine Beschäftigung in der Spargelzeit an Sonntagen von 7—9 Uhr genügen würde. In der Aufstellung, die uns zugänglich gemacht ist, steht über diesen Wunsch der Konservenfabrikanten überhaupt nichts, ich habe aber in der Kommissionsitzung unter anderem erwähnt, daß ich aus Erfahrung wisse, daß

die Produzenten recht früh ihre Ware anliefern, und daß man deshalb in der Konservenfabrik früh anfangen müsse. Herr Munte ist ja Sachverständiger und kann sich darüber äußern.

Stadtrat Wagner: Der Verein der Konservenfabrikanten ist der Meinung, daß in diesem Jahre während der Spargelzeit mit Rücksicht darauf, daß ein Rohspargelversand durchgeführt werden muß, zwei Stunden nicht genügen würden. Es ist nicht genug Weißblech vorhanden, und deshalb muß die Konservierung von Spargel in diesem Jahre eingeschränkt werden, so daß in diesem Jahre wenigstens eine vierstündige Sonntagsarbeit der Handelsangestellten nötig sein wird. Ob das zutreffend ist, entzieht sich meiner Beurteilung; vielleicht kann sich Herr Munte darüber äußern.

Stadtv. Munte: Wie ich höre, ist der Verein der Konservenfabrikanten in dieser Sache gutachtlich gehört worden. Wir nehmen zwar den Spargel in der Zeit von 7—9 Uhr an, aber in der Zeit von 11—1 Uhr müssen wir ihn als Eilgut zur Bahn schicken. Man kann nicht schon am Morgen in den ersten Stunden bestimmen, wer von den Kunden Spargel bekommen kann, weil man nicht weiß, wieviel Spargel angeliefert wird. Die Hauptsache in diesem Jahre ist, daß von dem Spargel soviel wie möglich verschickt wird, und daß dies in frischem Zustande geschieht. Wenn der Spargel am Sonntage in der Zeit von 7—9 Uhr ankommt, kann er nicht erst am Montag verschickt werden. Diese Beschäftigung von 11 bis 1 Uhr soll aber nur ausnahmsweise in diesem Jahre geschehen, später wird es so kommen, daß die Landwirte und auch wir Konservenfabrikanten uns daran gewöhnt haben, daß am Sonntag Spargel nicht abgenommen und nicht konserviert wird. In der Kriegszeit und in der Übergangszeit aber, wo der Dosenmangel sich bemerkbar macht, ist es nicht anders möglich, als daß in der angegebenen Weise verfahren wird. Zum Vergnügen halten wir unseren Betrieb auch nicht am Sonntage offen; ich möchte ganz gern, es wäre bei mir am Sonntag um 9 Uhr mit dem Betriebe vorbei.

Stadtv. Genzen: Vielleicht ließe sich die Beschäftigungszeit auf die Stunden von 7—11 Uhr festsetzen.

Stadtv. Munte: Das wäre vielleicht auch möglich, indem dann von 7—9 Uhr der eine Angestellte und von 9—11 Uhr der andere ins Geschäft kommt. Weil aber bisher die Leute daran gewöhnt waren, daß während der Kirchenzeit die Beschäftigung ausfällt, hat man die Stunden von 7—9 und 11—1 gewählt. Man gewöhnt sich vielleicht in der neuen Zeit auch einmal daran, während der Kirche zu arbeiten.

Stadtrat Wagner: Diese Unterbrechung der Beschäftigung während der Zeit von 9—11 ist in manchen Fällen recht unangenehm; ich werde darauf bei dem Milchhandel zurückkommen. Bei der Polizeidirektion teilt man unsere Ansicht, daß es unbedenklich sein würde, die Arbeiten während des Gottesdienstes durchführen zu lassen, damit um 11 Uhr die Beschäftigten ihre Sonntagsarbeit be-
schließen können. Es ist jedoch zu bedenken, daß in der R e i c h s v e r o r d n u n g steht, daß die Sonntagsarbeit mit Rücksicht auf den Hauptgottesdienst festgelegt werden soll. Gleichwohl halte ich es für zulässig, daß wir uns — wie das die Polizeidirektion dem Volkskommissar gegenüber schon getan haben soll — dahin aus-
sprechen, daß für die Bedürfnisgewerbe auch während der Zeit des Hauptgottesdienstes eine Beschäftigung zugelassen werden soll, um dadurch eine frühere Be-
endigung der Sonntagsarbeit zu ermöglichen.

Stadtv. Genzen: Ich glaube, wir brauchen nicht soviel Rücksicht auf den Hauptgottesdienst zu nehmen. Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter, und ich glaube zu wissen, daß die jetzige Polizeidirektion keinen Antrag auf Bestrafung wegen Bornahme von Arbeit während des Gottesdienstes stellen wird. Es mag vielleicht geschäftlich besser liegen, wenn von 7—9 der eine und von 11—1 Uhr der andere Angestellte ins Geschäft kommt. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß man damit zwei Angestellten den Sonntag verdirbt. Ich möchte doch bitten, daß man an der Zeit von 7—11 festhält. (Zuruf Munte: Oder von 8—12.) Auch damit wäre ich einverstanden.

Vorsitzender: Es wird beantragt, daß für die beiden Monate Mai und Juni eine Sonntagsbeschäftigung der Handelsangestellten während vier Stunden, aber nur an jedem zweiten Sonntage zulässig sein soll. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Stadtv. Genzen: Für die Z e i t u n g s s p e d i t i o n ist bisher die Zeit von 4—9 Uhr üblich gewesen. Für künftig wird von der Handelskammer empfohlen, für die Zeitungspedition die Zeit bis 9 Uhr vormittags, für den Z e i -
t u n g s v e r t r i e b die Zeit von 11—1 Uhr mittags zu wählen.

Der Vorschlag wird angenommen.

Stadtv. Genzen: Bei den B a c k - u n d K o n d i t o r e i w a r e n war früher die Zeit von 5—9 und 11—3 Uhr als Verkaufszeit bestimmt. Die Handelskammer empfiehlt die Zeit von 11—1, die Handwerkskammer von 11—2. Die Kommission spricht sich für die Zeit von 11—1 aus.

Der Kommissionsvorschlag wird angenommen.

Stadt v. **Genzen:** Milch durfte früher verkauft werden von 5—9 und 11—3 Uhr. Die Handelskammer empfiehlt die Zeit bis 9 Uhr vormittags zu bestimmen. Wenn ich nicht irre, hat sich Herr Stadtrat Wagner für eine längere Verkaufszeit ausgesprochen, weil die Milch knapp ist und es schwer empfunden werden würde, wenn wegen der beschränkten Verkaufszeit Milch sauer würde.

Stadtrat **Wagner:** Die Milchversorgung ist außerordentlich wichtig, besonders für kleinere Kinder, für Kranke usw. Ihnen allen ist bekannt, in welche immer schwierigeren Verhältnisse wir durch den Krieg geraten sind, und das wird sich in absehbarer Zeit nicht ändern, vielleicht werden die Verhältnisse sogar noch bedenklicher, als sie jetzt schon sind. Die außerordentlich erschwerten Verkehrsverhältnisse bringen es mit sich, daß die Vollmilch, die an demselben Tage vertrieben werden muß, vielfach erst mit den Zügen hier ankommt, die erst nachmittag $\frac{1}{2}$ 2 Uhr in Braunschweig eintreffen. Nun ist die Milch bekanntlich ein außerordentlich empfindliches Nahrungsmittel, das besonders in der wärmeren Jahreszeit außerordentlich leicht dem Verderben ausgelegt ist. Zugleich ist es aber für viele ein unentbehrliches Nahrungsmittel, und deshalb halte ich es — so leid es mir tut, einen solchen Standpunkt einnehmen zu müssen — für unbedingt notwendig, daß wir Sonntags bis 3 Uhr Nachmittags den Milchvertrieb zulassen, sonst würde sich die Verarbeitung der Milch, die $\frac{1}{2}$ 2 Uhr hier eintrifft, nicht mehr ermöglichen lassen, und die Vollmilchberechtigten und Vollmilchbedürftigen würden an Sonntagen nicht versorgt werden können. Wir haben wohl alle die Überzeugung, daß die Händler in eigenem Interesse darnach trachten werden, mit dem Austragen der Milch am Sonntag frühzeitig fertig zu werden, daß sie also nicht unnötigerweise die ihnen zugebilligte Zeit ausnützen werden. Aber es können Verhältnisse kommen, die es notwendig machen, die Arbeitszeit auszudehnen. Hierbei spielt auch die Zeit des Gottesdienstes eine Rolle. Ich würde es für falsch halten, daß der kleine Milchhändler um 9 Uhr seine Arbeit abbrechen, die Milch bei größer werdender Hitze zwei Stunden stehen lassen und um 11 Uhr wieder mit dem Vertrieb anfangen sollte. Das wäre ein Unding. Auch in diesem Falle muß der Vertrieb während der Zeit des Hauptgottesdienstes fortgesetzt werden, und dann würde es vielleicht nicht nötig sein, bis in den Nachmittag hinein zu arbeiten.

Stadt v. **Frau Goetze:** Ist denn bisher der Milchvertrieb nicht unterbrochen gewesen?

Stadtrat **Wagner:** Auf dem Papier ist er allerdings unterbrochen gewesen, aber die Polizeidirektion hat in diesem Falle beide Augen zugedrückt und keine Anzeigen wegen Übertretung erstattet, weil sie eingesehen hat, daß das unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen ein Unding gewesen wäre.

Die Zeit von 5—3 Uhr für den Milchhandel wird angenommen.

Stadt. **Genzen:** Der Handel mit R o h e i s war bisher zugelassen von 5—9 und 11—3. Die Handelskammer schlägt die Zeit bis 9 Uhr vormittags vor. Ist es denn überhaupt notwendig, hierfür Ausnahmbestimmungen zu erlassen?

Stadt. **Reinowsti:** Meine Damen und Herren! Ich bin der Ansicht, daß der Vertrieb von Roheis am Sonntag überhaupt nicht notwendig ist. Selbst wenn man die warmen Monate in Betracht zieht, so bin ich der Ansicht, daß die Wirtschaften und andere Geschäfte, die in Frage kommen und bisher auch am Sonntag Roheis bezogen haben, sich sehr gut auch am Sonnabend versorgen können, so daß der Vertrieb von Roheis am Sonntag überhaupt überflüssig ist.

Stadt. **Schille:** Ich bin der Ansicht, daß mit dem Roheis doch eine Ausnahme gemacht werden sollte. Es haben nicht alle Geschäfte Einrichtungen, die es möglich machen, das Eis länger zu lagern, so daß es sich über den Sonntag hält. Besonders müssen auch die Schlächter für Fleisch, das sie am Sonnabend nicht verkauft haben, am Sonntag Eis zum Kühlen der Ware haben. Ich würde es demnach für richtig halten, daß der Vertrieb bis 9 Uhr morgens zugelassen wird.

Die Versammlung beschließt, die Zeit bis 9 Uhr morgens für den Vertrieb frei zu lassen.

Stadt. **Genzen:** Fleisch- und Wurstwaren durften früher von 6—9 und 11—1 Uhr verkauft werden. Über die künftige Behandlung hat sich die Handelskammer nicht geäußert, die Fleischer auch nicht. Ich glaube, dieser Handel am Sonntage kann gestrichen werden. Das bißchen Fleisch, das vorhanden ist, holen sich die Frauen sowieso schon am Sonnabend, und auch wenn wir das amerikanische Fleisch haben werden, wird sich das ermöglichen lassen. Ebenso ist es mit den Fischen.

Die Versammlung stimmt stillschweigend der Ansicht des Referenten zu.

Stadt. **Genzen:** Bier, Wein, Mineralwasser, Limonaden sind früher von 8—9 und 11—1 verkauft, ebenso Tabak und Zigarren. Man ist in der Kommission der Meinung, daß ein solcher Verkauf am Sonntage überhaupt nicht notwendig ist.

Stadt. **Ginert:** Ich bin der Ansicht, daß nach der Vorlage die Handelskammer empfohlen hat, für den Verkauf von Tabak und Zigarren einige Vormittagsstunden am Sonntage frei zu lassen, da es nicht möglich war, das von

uns beantragte Verbot des Verkaufs von Tabakfabrikaten in Wirtschaften und dergleichen zu erlassen. Ich möchte damit nur für diejenigen Tabak- und Zigarrenladeninhaber eintreten, die ganz und gar ohne Angestellte arbeiten, die also nur für ihre Person die Erlaubnis zum Offenhalten der Läden haben wollen. Dabei kommen tatsächlich diejenigen Handlungen in Betracht, die in den Ausgangsstraßen nach den Vergnügungslokalen zu liegen, und denen könnte gestattet werden, wie in der früheren Zeit ihre Läden an einigen Stunden des Sonntags offen zu halten, und zwar ungefähr wie für die Zeitungsexpeditionen von 8—9 und von 11—1. Ich bitte, für diese kleinen Betriebe die Ausnahme zuzulassen.

Stadtv. **Munte** übernimmt den Vorsitz.

Stadtrat **Wagner**: Eine verschiedenartige Behandlung derjenigen Betriebe, die mit oder ohne Personal arbeiten, ist nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht zulässig. Es ist bestimmt worden, daß in denjenigen Zeiten, wo kein Personal beschäftigt werden darf, auch die Läden geschlossen gehalten werden müssen. Hinter geschlossenen Türen darf der Ladeninhaber also arbeiten, aber aufmachen darf er den Laden nicht. Und das ist eine ganz gerechte Bestimmung, denn sonst würden die offenen Läden den übrigen die Kunden wegholen. Der Vorschlag des Vereins der Zigarrenladeninhaber läßt sich also leider nicht annehmen. Die Handelskammer hat sich übrigens in dem gewünschten Sinne nicht ausgesprochen, sondern die Tabak- und Zigarrenhändler selber haben in einer Eingabe gesagt: Nur wenn es verboten werden könnte, daß in den Gastwirtschaften Zigarren und Zigaretten verkauft werden, würden sie für den Schluß der Zigarrenläden am Sonntage sein. Nun wird man den Verkauf von Zigarren und Zigaretten in Wirtschaften zum Genuß auf der Stelle nicht verbieten können, denn das gehört in den Geschäftsbetrieb der Wirtschaften hinein. Wenn aber etwa, wie es in Berlin in den großen Lokalen Brauch ist, ganze Tische mit großen Zigarettenboxen und Düten voll Zigarren, nicht nur zum sofortigen Genuß, von den Gastwirten aufgestellt werden sollten, so ist das einfach ein unerlaubter Vertrieb von Tabakfabrikaten unter Verletzung der Sonntagsruhebestimmungen, der zur polizeilichen Bestrafung gebracht werden kann. Von dieser Seite würde also eine Konkurrenz nicht zu fürchten sein. Der Grundsatz des Gesetzes ist, daß den Angestellten der Sonntag zur freien Verfügung bleiben soll. Wenn man nun auch für Vertrieb von Milch, Zeitungen usw. eine Ausnahme zuläßt, so glaube ich nicht, daß das für den Zigarren- und Zigarettenverkauf notwendig ist, und weiß, daß weite Kreise der Zigarrenhändler dringend wünschen, daß sie ihre Läden am Sonntage geschlossen halten können.

Stadtv. Genzen: Bei dem Verkauf von Tabak, Zigarren und Zigaretten liegt die Sache doch so, daß ein Mangel an Ware herrscht, und daß die meisten Tabak- und Zigarrengeschäfte nicht nur Sonntags, sondern in der Woche ihr Geschäft geschlossen halten. Hier und da findet man an den Läden angeschlagen: „Nur Dienstag, Donnerstag und Sonnabend geöffnet“, Sonntags haben auch jetzt nur wenig Zigarrengeschäfte offen, und es ist keine Aussicht vorhanden, daß baldigst eine Änderung in dieser Warenzuführung eintritt. Erst in Jahren wird keine Knappheit in diesen Sachen mehr vorherrschen, und so empfiehlt es sich auch aus dem Grunde, die Schließung am Sonntag zu fordern, weil es in der Praxis schon heute so ist.

Stadtv. Ginert: Das Gesetz wird nicht für die nächsten ein oder zwei Jahre geschaffen, und wir wollen doch hoffen, daß wir in zwei Jahren wieder reguläre Zustände im Geschäft haben. Dann muß doch den Geschäftsinhabern Gelegenheit geboten sein, ihr Geschäft in alter Weise führen zu können. Ich möchte doch sehr bitten, zu überlegen, ob nicht das Verbot des Verkaufs von Tabakfabrikaten in andern als Zigarrenläden sich ermöglichen läßt. Ich wende mich entschieden dagegen, daß der Verkauf in den Wirtschaften immer nur zum sofortigen Genuß geschieht. Ich habe schon früher darauf geachtet und gefunden, daß nicht allein für den sofortigen Gebrauch in den Wirtschaften verkauft wird, sondern es entwickelt sich ganz von selbst in den Gastwirtschaften und bei den Frisuren ein richtiges Geschäft. In solchen Fällen zu denunzieren oder anzuzeigen, das ist doch nicht nach jedermanns Geschmack. Da das also nicht angängig ist, so möchte ich bitten, diese Ausnahmegestimmung für Tabak- und Zigarrenläden zu treffen, zumal die meisten Geschäfte ohne Angestellte arbeiten. Es sind nur 4 bis 5 Geschäfte, die darin eine Ausnahme machen. Wenn diese beiden Geschäftsarten nicht auseinandergehalten werden können, dann möchte ich beantragen, es bei der alten Weise zu lassen. Und wenn Sie die beiden getrennten Verkaufszeiten von 8—9 und von 11—1 Uhr nicht freigeben wollen, dann sagen Sie doch: Im Winter von 11—1 und im Sommer von 8—9! Kommen Sie doch den Leuten, die zum großen Teil Sonntags ihr Geschäft machen, etwas entgegen!

Stadtv. Jahn: Meine Damen und Herren! Ich glaube, das Publikum hat in der letzten Zeit eine gute Schule durchgemacht und hat sich daran gewöhnt, seine Einkäufe an den Alltagen zu erledigen. Auch am Alltag sind teilweise die Zigarrenläden geschlossen. Wenn jemand einmal am Sonntage schlechte Zigarren in der Wirtschaft gekauft hat, dann wird er von selber dort nicht wieder kaufen und seinen Bedarf am Sonnabend decken. Ich halte es nicht für nötig, daß die Zigarrenläden am Sonntag geöffnet sind, und möchte bitten, für vollständigen Schluß auch dieser Läden am Sonntage zu stimmen.

Stadtv. Genzen: Herr Einert hat recht: Wir machen das Gesetz auch für bessere Zeiten. Aber dann werden sich die Käufer auch daran gewöhnt haben, daß sie in der Woche ihre Einkäufe machen und die frühere Zeit nicht zurückwünschen. Wir haben Ähnliches früher bei der ersten Einführung der Sonntagsruhe auch erlebt; selbst diejenigen, die am meisten über die Einführung der Sonntagsruhe geschrien haben, sind anderen Sinnes geworden, und keiner dieser Herren denkt daran, daß er die Zeit wieder haben möchte, in der er auch am Sonntag von früh bis spät hinter dem Tresen gestanden hat. So wird es auch bei Ihren Kollegen gehen, Herr Einert. Wenn wir allen uns entgegengebrachten Wünschen Rechnung tragen wollten, dann hätten wir zwar eine Sonntagsruhe, aber sie wäre durchlöchert, daß sie den Namen Sonntagsruhe nicht verdiente und nur auf dem Papier stände. Das, was man mit der Einführung der Sonntagsruhe erreichen wollte, wäre dann illusorisch gemacht.

Stadtv. Marschner: Ich möchte den Antrag Einert unterstützen, denn es handelt sich dabei um die Interessen vieler kleiner Ladeninhaber.

Stadtv. Meyerhoff: Ich habe mich in der Kommission dafür ausgesprochen, daß den Zigarren- und Tabakgeschäften Sonntags die Möglichkeit geboten wird, etwas von ihren Waren zu verkaufen, und zwar aus folgendem Grunde. Es ist mir sinnlich, daß in einem größeren Gartenetablissement ein Kasten mit Zigarren und Zigaretten auf dem Tresen aufgestellt war, und daß davon nicht nur einzelne, sondern halbe und ganze Duzende von Zigarren verkauft wurden. Wenn in den Wirtschaften nur der Notverkauf stattfindet, so könnte ich nichts dabei finden, aber ein solcher ist es nicht mehr. Ich möchte auch deshalb bitten, dem Antrage der Zigarrenhändler nachzukommen, weil ihre Wünsche sehr bescheiden sind, nur von 8—9 Uhr vormittags wollen sie ihr Geschäft offen halten. Da Ihnen Herr Einert dargelegt hat, daß die meisten Zigarrengeschäfte nur vom Inhaber selbst verwaltet werden, so würde das Interesse des Personals hier gar nicht in Frage kommen. Das Personal wird sich schon selbst schützen und nicht zur Arbeit kommen. Wenn es weiß, du brauchst nicht zu kommen, der Chef muß es allein machen, dann wird es auch den freien Sonntag genießen.

Stadtv. Schmidt: Ich glaube, es würde zu weit führen, wenn wir den Wünschen des Herrn Einert und seiner Geschäftsfreunde folgen wollten. Entweder haben wir eine Sonntagsruhe oder wir haben keine, aber so viele Ausnahmen dürften nicht getroffen werden. Wenn wir Sonntagsruhe haben, dann darf es das nicht geben, daß der eine arbeitet und der andere nicht. Wird die Sonntagsruhe dadurch durchbrochen, daß der Chef für sich das Recht in Anspruch nimmt, verkaufen zu dürfen, dann könnten andere Geschäftsleute das auch tun wollen, und

damit kämen wir an Teufels Ende. Es dreht sich doch bei diesem Verkauf von Tabakfabrikaten nur um Genußmittel, aber nicht wie bei der Milch und anderen Sachen um für das Leben notwendige Dinge. Was die Befürchtungen über große Verkäufe von Zigarren in Gastwirtschaften und anderen Geschäften betrifft, so wird sich das — wie schon Herr Stadtrat Wagner sagte — in der Weise verhüten lassen, daß, wenn sich Schäden herausstellen, die Polizei in Tätigkeit tritt. Für den Fall, daß die Verkäufe über den ihnen gesetzten Rahmen hinausgehen, daß Unfug getrieben und die Bestimmung über die Sonntagsruhe damit umgangen wird, wird sich wohl ein Riegel finden lassen, der vorgeschoben werden kann. Ich bitte von der Zulassung dieser Ausnahmen für den Zigarrenhandel abzusehen.

Stadtv. Ginert (persönliche Bemerkung): Ich wollte nur feststellen, daß ich nicht für mich selbst gesprochen habe, sondern für die Allgemeinheit der Tabak- und Zigarrenhändler, und daß in anderen Städten gleichartig verfahren wird, wie ich es vorgetragen habe. (Zuruf Schmidt: Dann wollen wir vorbildlich sein!)

Die Mehrheit der Versammlung entscheidet sich dafür, daß die Tabak- und Zigarrenläden am Sonntag geschlossen bleiben.

Stadtv. Genzen: Der Verkauf von lebenden Blumen und Kränzen war bisher von 8—9 und von 11—1 Uhr gestattet. Die Handelskammer empfiehlt die Zeit von 11—1, die Gruppe Braunschweig des Verbandes deutscher Gartenbaubetriebe die Zeit von 8—9 und 11—1. Die Kommission hat sich für die Zeit von 11—1 ausgesprochen.

Für den Kommissionsantrag stimmt die Mehrheit.

Stadtv. Genzen: Es kommen nun die Bestimmungen für den ersten Ofter-, Pfingst- und Weihnachtstag. Die bisherigen Verkaufszeiten waren für Zeitungs Expeditionen von 4—9 vormittags, für Back- und Konditorwaren 5—9 und 11—12, für Milch 5—9 und 11—1, für Roheis ebenso, für Fleisch, Wurstwaren und Fische von 6—9 und 11—12, für Kolonial- und Materialwaren, Zigarren, Blumen, Bier, Wein und Mineralwasser 8—9 und 11—12. Außerungen von der Handelskammer oder Interessenten liegen nicht vor, die Kommission hat auch keine Anträge gestellt.

Stadtrat Wagner: Für die Zeitungs Expedition müßte es meiner Ansicht nach bei der Zeit von 4—9 belassen werden, und der Vertrieb von Milch müßte in derselben umfangreichen Weise wie an Sonntagen gestattet werden. Darüber, ob Roheis an den ersten Festtagen vertrieben werden muß, kann man zweifelhaft sein, für alle anderen Sachen ist eine Ausnahmegestimmung nicht nötig. Auch

der Vorsitzende der Konditorinnung hat erklärt, daß von seiten der Innung kein Wert darauf gelegt wird, an den ersten Festtagen offen zu halten.

Stadtv. Schille: Ich möchte empfehlen, für das Roheis eine Zeit offen zu lassen. Das Eis, das am ersten Festtage angefahren wird, soll doch auch für den zweiten Festtag noch ausreichen.

Vorsitzender: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit den gemachten Vorschlägen an. Die genannten Geschäftszweige sollen behandelt werden wie an den Sonntagen, und im übrigen sollen die Geschäfte an den ersten Festtagen geschlossen bleiben.

Stadtv. Genzen: An den drei Sonntagen vor Weihnachten und am Messonntage war bisher für alle Handelszweige der Geschäftsbetrieb von 8—9 und 11—7 Uhr erlaubt. Die Handelskammer schlägt vor, nur für zwei Sonntage vor Weihnachten die Geschäfte von 11—6 Uhr offen zu lassen. Die Kommission ist derselben Meinung.

Dem Kommissionsbeschlusse wird zugestimmt.

Stadtv. Rönneburg: Der Punkt 6 in den Wünschen über den ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstag ist wohl vergessen worden. Man müßte jedenfalls doch in Berücksichtigung ziehen, daß unter 6 auch genannt wird der Handel mit frischen Blumen und Kränzen. Für diesen müßte doch die Möglichkeit bleiben, einige Stunden an den Festtagen das Geschäft offen zu halten.

Vorsitzender: Ist die Versammlung einverstanden, daß für den Verkauf von Blumen und Kränzen an den ersten Feiertagen eine Ausnahme gemacht wird?

Stadtv. Wolters: Es hat der Verband deutscher Gartenbaubetriebe sich nur über die Sonntage im allgemeinen geäußert; das ist meiner Meinung nach so aufzufassen, daß er für den ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstag ein Bedürfnis zum Offenhalten der Läden nicht anerkannt hat.

Stadtv. Rönneburg: Mir ist von beteiligten Kreisen gesagt worden, daß für den ersten Festtag die Notwendigkeit des Offenhaltens betont werden müsse, und ich glaube, man kann sich diesem Wunsche auch nicht verschließen.

Stadtrat Wagner: Der Verband der Gartenbaubetriebe hat verschiedene Eingaben gemacht, die sich auf sämtliche Sonntage bezogen. Es war darin ausgeführt, daß sie die Zeit von 8—9 und 11—1 für den Verkauf frei haben wollten. Näher ausgeführt ist nicht, weshalb sie die Zeit von 8—9 Uhr gebrauchen.

Unserer Meinung nach wird doch in den Mittagszeiten das Hauptgeschäft in Blumen gemacht. Die Handelskammer hat sich über die Frage des ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstages nicht geäußert. Nun ist die Frage: Will man anerkennen, daß an diesen ersten Festtagen, die im allgemeinen für das Geschäftspersonal ganz frei sein sollen, für die Blumengeschäfte wieder eine Ausnahme gemacht werden soll?

Stadtv. Marschner: Ich möchte beantragen, für die Blumengeschäfte von 10—1 Uhr frei zu lassen, also die Zeit um eine Stunde zu verlängern, weil diese Sachen vorher noch transportiert werden müssen.

Vorsigender: Soll diese Bestimmung auch rückwirkend für die übrigen Sonntage gelten?

Stadtv. Ginert: Ich nehme bei diesem Punkte unser Gesuch wieder auf, und zwar um so mehr, als ich der Meinung bin, daß das Resultat der Abstimmung vorhin nicht richtig festgestellt war. Ich möchte beantragen, für die Zigarrengeschäfte den Verkauf in der Zeit von 8—9 und 11—12 zu gestatten, und diesmal die Abstimmung genauer vorzunehmen.

Stadtrat Wagner: Die drei hohen Festtage sollen, wenn es nicht unbedingt notwendig ist, unter allen Umständen für die Angestellten frei gelassen werden, und ich kann unter keinen Umständen anerkennen, daß an diesen Tagen absolut Tabak und Zigarren verkauft werden müssen. (Sehr richtig!) Ich möchte dringend bitten, diesen Antrag fallen zu lassen.

Stadtv. Könneburg: Ich möchte für die Blumengeschäfte sprechen. Dort liegt eine Notwendigkeit vor, den Geschäftsbetrieb an den ersten Feiertagen einige Stunden zu gestatten. Wer einen Einblick in diese Geschäftsbetriebe genommen hat, wird mir darin zustimmen. Es müssen doch leider auch an den ersten Feiertagen Beerdigungen stattfinden, und deshalb ist der Blumenhandel nicht ganz zu unterbinden. Es kommen Schnittblumen an, die verarbeitet werden müssen, sonst sind sie verloren. Außerdem ist es Brauch, an diesen Tagen Schnittblumen zum Angebinde zu kaufen. Es ist also nötig, daß das Geschäft einige Stunden an diesen Tagen für seine Kunden braucht.

Vorsigender: Ich möchte fragen, ob die Versammlung der Anregung des Herrn Marschner Folge geben will, die Blumengeschäfte von 10—1 Uhr offen zu halten. Es scheint mir das bedenklich, weil der Anfang auf die Kirchenzeit gelegt ist; aber wir wollten uns ja nach und nach daran gewöhnen, und die Polizei würde nicht eingreifen. Ich glaube kaum, daß die Blumengeschäfte in zwei Stun-

den ihre Arbeit schaffen können, und darin wird mir jeder zustimmen, der einmal gesehen hat, was für ein Betrieb am Sonntag in den Blumengeschäften ist. Wer dafür ist, daß die Blumengeschäfte nicht nur an den Festtagen, sondern an allen Sonntagen von 10—1 offen halten dürfen, möge sich melden.

Stadtv. Schmidt: Ich bin der Ansicht, daß diese Frage erledigt ist. Es kann sich jetzt nur noch handeln um das Offenhalten an den ersten Festtagen. Es ist zu beachten, daß eine Äußerung von den beteiligten Kreisen nicht vorliegt. Wollen wir denn aus uns heraus, wo wir doch die vollständige Sonntagsruhe wünschen, Ausnahmebestimmungen festsetzen, über deren Notwendigkeit sich nicht einmal die Beteiligten geäußert haben?

Vorsigender: Wenn die Blumengeschäfte sich dahin geäußert haben, daß sie an den Sonntagen auf einige Stunden ihre Läden offen halten möchten, dann können sie nicht denken, daß die ersten Festtage davon eine Ausnahme machen sollen. Es ist nur eine Äußerung der Handelskammer über diese Sache nicht vorliegend, aber wir haben doch auch gehört, daß einzelne Geschäftszweige gar nicht einmal befragt sind. Es ist unbedingt richtig, daß die drei ersten Festtage für die Blumengeschäfte außerordentlich wichtig sind.

Stadtv. Salomon: Mir ist aus den beteiligten Kreisen der Blumenhändler gesagt, daß sie die ersten Festtage in ihren Wunsch einschließen; es sind ja gewissermaßen auch Sonntage. Ich bin also dafür, daß für die Blumengeschäfte die Bestimmungen sich auch beziehen auf die ersten Festtage.

Stadtv. Frau Goeze: Wenn wir jetzt sagen, es soll den Blumengeschäften erlaubt sein, ihre Läden von 11—1 offen zu halten, so ist das anders, als es früher gewesen ist, denn bis jetzt waren diese Geschäfte nur von 11—12 geöffnet. Vielleicht weiß einer der Herren darüber Bescheid, wie diese Geschäftsleute selber darüber denken. Meiner Ansicht nach ist es richtig, die Zeit von 8—9 für diese Geschäfte offen zu lassen, damit sie die Bindereien ausführen können.

Stadtrat Wagner: Die Binderei hat nichts mit diesen Ausnahmebestimmungen zu tun, denn für die Regelung des gewerblichen Betriebes gelten andere Bestimmungen. Es kommt hier nur die Verkaufszeit in Frage. Auch das Austragen der Waren wird durch die heute zu besprechenden Bestimmungen nicht berührt. Erlaubt ist es, leicht verderbliche Waren, z. B. Cremes und Speiseeis aus den Geschäften fortzuschaffen, sonst könnte man für den Sonntagabend zu Festlichkeiten nichts davon bekommen.

Vorsigender: Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob lebende Blumen und Kränze in der Zeit von 11—1 Uhr an diesen ersten Festtagen verkauft werden dürfen.

Für diese Bestimmung meldet sich die Mehrheit.

Stadtv. Genzen: An den drei Sonntagen vor Weihnachten und am Meßsonntage war bisher von 8—9 und von 11—7 das Offenhalten der Geschäfte erlaubt, die Handelskammer empfiehlt, künftig nur für die zwei letzten Sonntage vor Weihnachten und nur für die Zeit von 11—6 Uhr zu stimmen. Die Kommission ist derselben Ansicht, so daß also nur für den goldenen und silbernen Sonntag eine Ausnahme gemacht wird, während der kupferne Sonntag in Zukunft ausfällt.

Stadtv. Frede: Ich möchte beantragen, statt 11—6 zu sagen 11—7 und dafür die frühen Vormittagsstunden fortfallen zu lassen.

Stadtv. Meyerhoff: Die Zeit von 11—7 Uhr würde allerdings einen Lichtverbrauch in sich schließen, aber wir sollen auch an die Kinder denken, die auf die Straße gehen und die Weihnachtsausstellungen bei Licht ansehen wollen, und gerade an den Sonntagen kommen die Leute aus den Vorstädten am Abend in die Stadt, so daß man Hunderte von Eltern mit ihren Kindern sieht, die sich an der Ausschmückung der Läden ergötzen. Ich bin deshalb auch dafür, daß an diesen Sonntagen bis 7 Uhr Geschäftszeit ist.

Stadtrat Wagner: Wenn die berufenen Vertreter der Handelskammer, die die beteiligten Verkäufer selbst gefragt haben, sich dahin geäußert haben, daß die Zeit von 11—6 Uhr für die beiden Sonntage genüge, so haben wir, glaube ich, keine Veranlassung, darüber hinauszugehen und die Sonntagsruhe weiter zu verkürzen. 7 Stunden Arbeitszeit an diesen Tagen werden voraussichtlich genügen.

Stadtv. Frede: Nachdem ich gehört habe, daß die Beteiligten selbst sich in dieser Weise geäußert haben, ziehe ich meinen Antrag zurück.

Dem Kommissionsantrage wird zugestimmt.

Stadtv. Genzen: Am Sonntage vor Oftern und am Sonntage vor Pfingsten war für die Webwarengeschäfte bisher die Zeit von 8—9 und 11—1 als Verkaufszeit vorgesehen. Die Wünsche der beteiligten Kreise besagen, daß vielleicht für die Webwarengeschäfte einige Stunden Verkaufszeit vorzusehen seien. Ich glaube, diesen Wunsch brauchen wir nicht zu berücksichtigen; wir sollten nicht anerkennen, daß diesen Geschäften eine Extrawurst gebraten wird.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Referenten an.

Stadtv. Genzen: Über den Totensonntag ist betreffs des Verkaufs von Blumen und Kränzen von seiten der Geschäftsinhaber nichts geäußert. Ich glaube, es würde genügen, die Zeit von 11—6 beizubehalten und die Morgenstunden von 8—9 wegfallen zu lassen. Wer so früh nach dem Friedhofe gehen will, kann sich die Blumen und Kränze am Tage vorher besorgen.

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte vorschlagen, es bei der jetzigen Verkaufszeit zu belassen. Der Verkehr am Totensonntage beginnt schon in den frühen Morgenstunden, und tatsächlich sind die Geschäfte in dieser Stunde von 8—9 bis aufs äußerste in Anspruch genommen. Man hat in den beteiligten Kreisen damit gerechnet, daß an der Bestimmung von früher nichts geändert wird. Es handelt sich um eine Ausnahmebestimmung, für die es gerechtfertigt erscheint, wenn sie auch künftig in der alten Weise bestehen bleibt.

Die Mehrheit der Versammlung entscheidet sich dafür, auch in der Morgenstunde von 8—9 den Verkauf zu gestatten.

Stadtv. Genzen: Für Silvester, falls dieser letzte Tag des Jahres auf einen Sonntag fällt, waren bisher die Stunden von 8—9 und 11—6 als Verkaufszeit bestimmt. Äußerungen darüber liegen weder seitens der Handwerker, noch seitens der Kommission vor.

Stadtrat Wagner: Es ist unverkennbar, daß eine Reihe von Geschäften am Silvestertage ein großes Geschäft macht, z. B. die Backwarenändler — wenn wir wieder einmal so weit kommen, daß es Brislaken gibt —, die Händler mit Wein, Punsch und dergleichen mehr. Da es nur einmal in 7 Jahren vorkommt, daß Silvester auf einen Sonntag fällt, so möchte ich empfehlen, den Tag wie bisher für die Verkäufe voll frei zu lassen; allerdings möchte ich empfehlen, die Bestimmungen nur auf die Nahrungs- und Genußmittel zu beschränken.

Stadtv. Schille: Ich würde empfehlen, auch diesen Sonntag ganz von Geschäften frei zu lassen. In zehn Jahren werden wir uns daran gewöhnt haben, an den Sonntagen, auch wenn dann Silvester ist, nichts kaufen zu können.

Vorsitzender: Ich bitte diejenigen, die wünschen, daß auch an diesem Sonntage, der vielleicht alle 6 Jahre auf Silvester fällt, die Geschäfte geschlossen bleiben, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das scheint die Mehrheit zu sein. (Zuruf: Scheint?) Ja, ich muß die Herrschaften bitten, nicht sofort die Hand wieder her-

unterzulassen, wenn ich mich vom Ergebnis der Abstimmung überzeugen will, sonst wird es geradezu zu einer Bezierabstimmung.

Stadtv. Genzen: Der Straßen- und Hausierhandel war bisher bis vormittags 9 Uhr gestattet. Äußerungen darüber liegen nicht vor. Nun ist allerdings vorhin für die Milch beschloffen worden, daß sie bis nachmittags 3 Uhr ohne Unterbrechung verkauft werden darf, und deshalb wird hier genau so beschloffen werden müssen, wo es sich um den Verkauf von Milch handelt.

Stadtrat Wagner: Ich glaube, daß für den Hausierhandel mit Milch, der also ohne vorherige Bestellung erfolgt, kein Bedürfnis am Sonntage vorliegt. Auch unbestellte Backwaren im Straßen- oder Hausierhandel zu vertreiben, hat am Sonntage keinen Zweck. Frisches Obst, frische Trauben und Süßfrüchte, die nachher aufgeführt werden, würden am besten aus dem Straßenhandel verschwinden. Wenn man bedenkt, daß aller Straßen- und Automobilstraub auf die ausgestellten Früchte fällt, dann muß man sagen, daß ein solcher Verkauf im höchsten Grade unhygienisch ist.

Stadtv. Niefe II übernimmt den Vorsitz wieder.

Stadtv. Wahrenndorf: Ich möchte anfragen, wie die Herrschaften sich dazu stellen, wenn der Straßen- und Hausierhandel am Sonntage verboten wird und die großen Volksfeste kommen, denn Freiheitsfeste werden ja doch den nächst wohl veranstaltet werden, und dann werden wir wohl noch manches von der neuen Freiheit zu merken kriegen. Die Massen werden zusammenströmen, aber zu kaufen wird es nichts geben.

Vorsitzender: Ich bitte, die Beratung nicht ins Lächerliche zu ziehen, wir verbringen sonst nur die Zeit und kommen nicht zum Ziele. Die Kommission schlägt vor, den Straßenhandel mit Milch, Backwaren, Fischen und sonstigen Lebensmitteln ganz fallen zu lassen.

Die Versammlung stimmt der Kommission zu.

Stadtv. Genzen: Blumen, Backwaren, geringwertige Gebrauchsgegenstände, Erinnerungszeichen und dergleichen bei Festen und ähnlichen außergewöhnlichen Gelegenheiten. Unter diese Rubrik werden dann auch die Freiheitsfeste fallen, die der Herr Kollege eben erwähnt hat. Äußerungen liegen nicht vor; es soll wohl aber heißen, daß der Verkauf gestattet sein soll bis 8 Uhr abends. Es steht in der uns zugesandten Tabelle „Mit Ausnahme der Zeiten des vor- und nachmittägigen

Gottesdienstes". Wir haben aber vorhin den Gottesdienst nicht berücksichtigt, und wenn wir konsequent sein wollen, so muß auch hier der Verkauf während des ganzen Tages bis 8 Uhr stattfinden.

Dem Vortrage des Referenten gemäß wird beschlossen.

Stadtb. **Genzen:** Frisches Obst, frische Trauben und Südfrüchte. Der Verkauf war bisher gestattet mit Ausnahme der Zeiten des Gottesdienstes, jedoch nach 11 Uhr (nach dem Schluß des Hauptgottesdienstes) nur von festen Verkaufsstellen aus in den Monaten April bis September 12 Stunden lang bis abends 8 Uhr, in den Monaten Oktober bis März 10 Stunden lang bis 6 Uhr abends. Auch hier müßte wieder die Beschränkung durch den Hauptgottesdienst, wie es vorhin geschehen ist, wegfallen, im übrigen würde die frühere Zeit beibehalten werden können. Äußerungen von beteiligter Seite liegen nicht vor.

Auch in diesem Punkte stimmt die Versammlung dem Referenten zu.

22. Besprechung der Kartoffelversorgung und der Ausgabe von Salzgemüse.

Stadtbaurat **Gebensleben:** Meine verehrten Herrschaften! Ich muß die Sprache noch einmal auf die Kartoffelversorgung in diesem Jahre bringen. Wir haben unter dem 9. März — eingegangen am 17. März — eine Nachricht von der Reichskartoffelstelle, Verwaltungsabteilung, bekommen, die von ziemlich einschneidender Bedeutung ist. Darnach hört in diesem Jahre die Versorgungszeit für Kartoffeln bereits mit dem 15. Juni auf, während sie bislang bis zum 27. Juli ausgedehnt war; sie ist also durch die Bekanntmachung um etwa 6 Wochen verkürzt. Es ist in dieser Bekanntmachung weiter gesagt: „Auf weitergehende Zuweisungen aus der Herbstkartoffelernte 1918 für die Zeit nach dem 15. Juni 1919 kann im Hinblick auf das Ausscheiden größerer Teile der Provinz Posen aus der Kartoffelversorgung nicht gerechnet werden. Inwieweit die Überschußkreise überdies befähigt sein werden, ihre Lieferungsauflagen zu erfüllen, vermag gegenwärtig noch nicht beurteilt zu werden, da noch nicht abzuschätzen ist, wie sich die Kartoffeln in den Mieten gehalten haben. Dem Ermessen der Kommunen a l o e r b ä n d e muß es daher überlassen bleiben, ihre Versorgungsregelung nach eigener Prüfung der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der für die Lieferung in Betracht kommenden Kreise so zu gestalten, daß sie unter Umständen auch nach dem genannten Zeitpunkte Kartoffeln ausgeben können.“

Meine Damen und Herren! Sie wollen hieraus ersehen, daß es mit der Kartoffelversorgung in diesem Jahre ziemlich böse auszieht, da wir damit rechnen müssen, daß uns über den 15. Juni hinaus Kartoffeln nicht mehr zur Verfügung

stehen. Diese Tatsache hat den Magistrat veranlaßt, in eine Prüfung einzutreten darüber, ob nicht eine Ausdehnung der Versorgungszeit durch geeignete Maßnahmen vorgenommen werden könnte. Als günstiger Umstand dafür kommt in Betracht, daß wir im Besitz von geeigneten konservierten Gemüsen sind. Wir haben nämlich eine größere Menge Salzgemüse vom Landesernährungsamte überwiesen bekommen, und es ist die Frage aufgetaucht, ob es nicht zweckmäßig sei, schon von jetzt an die Kartoffelration, die allerdings sowieso schon sehr niedrig ist — 5 Pfund —, noch weiter herunterzusetzen, nämlich auf 3 Pfund, und als Ersatz für die fehlende Menge Kartoffeln der Bevölkerung andere Nahrungsmittel zuzuführen, natürlich nur für denjenigen Teil der Bevölkerung, der sich nicht mit Kartoffeln eingedeckt hat — die andern haben bekanntlich 7 Pfund bekommen.

Noch ein zweites Moment spricht für diese Maßnahme. Wir haben jetzt zwar noch einen kleinen Vorrat von Kartoffeln in unseren Kellern, aber der reicht nur für eine einzige Woche aus, und seit einigen Tagen kommen so gut wie gar keine Kartoffeln herein, weil ein unangenehmer Nachfroß eingetreten ist. Sollte noch längere Zeit dieses kalte Wetter anhalten, so könnte unter Umständen unser Kartoffelvorrat so zusammenschrumpfen, daß wir eines Tages überhaupt nichts mehr haben. Auch diese Tatsache führt dazu, schon jetzt an eine Streckung der Kartoffelvorräte zu denken, oder mit anderen Worten: daran zu denken, schon jetzt dann und wann eine geringere Kartoffelmenge auszugeben.

Mit Recht werden Sie vielleicht einwenden: „Das Salzgemüse allein wird nicht die fehlenden 2 Pfund Kartoffeln ersetzen“, und aus diesem Grunde empfiehlt der Magistrat, außer dem Salzgemüse — von dem übrigens 1 Pfund auf den Kopf in der Woche ausgegeben werden soll — jedesmal noch 100 g Graupen zu verteilen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß 100 g Graupen und 1 Pfund Salzgemüse ein vollwertiger Ersatz für die ausfallenden 2 Pfund Kartoffeln ist. Das Salzgemüse soll sehr gut sein; ich selbst habe es noch nicht probiert, aber in einem Rundschreiben ist gesagt: „Bei der Mahlzeit wird man die Freude haben, daß man es mit einer vorzüglichen Kost zu tun hat, denn das Dargebotene gleicht dem frischen Gemüse, wie man es frischer und schöner aus dem Garten nicht bekommt.“ Ich weiß nicht, ob das zutrifft, aber nach diesem Urteil würde es gut zu gebrauchen sein.

Der Stadtmagistrat legt Wert darauf, von Ihnen zu hören, ob Sie es auch für zweckmäßig halten — wie hier in dem Rundschreiben der Reichskartoffelstelle gesagt ist —, Maßnahmen zu treffen, die darauf abzielen, über den 15. Juni hinaus mit Kartoffeln auszureichen. Wenn wir derartige Streckungen durch das Salzgemüse vornehmen wollen, dürfen wir sie nicht etwa erst im Juni oder Juli eintreten lassen, sondern müßten tunlichst bald darangehen.

Ich muß meinen Mitteilungen noch hinzufügen, daß das Salzgemüse in einem **verhandlichen** Verkauf mit Graupen abgegeben werden soll, und zwar auf eine Lebensmittelmarke, die gleichzeitig mit der Kartoffelkarte der laufenden oder nächsten Woche vorgelegt werden muß. Die Kartoffelkarte würde abzustempeln sein, so daß nicht mehrmals darauf gekauft werden kann.

Stadtv. Genzen: Ich möchte doch warnen, daß gerade in der jetzigen Zeit eine Streckung mit Kartoffeln vorgenommen wird, denn Sie alle wissen genau so wie ich, wie schlimm die Zeit ist. Jetzt soll wieder an der Fleischration abgezogen werden, und dazu kommt nun der Antrag, die Kartoffeln zu strecken, statt 5 Pfund nur 3 Pfund zu geben, wenn auch nur an einem Tage in der Woche. Wenn die ganze Sache uns auch schmachhaft gemacht wird, indem gesagt wird, daß es sich um eine Ware handele, die dem frischen Gemüse gleiche, so glaube ich doch, daß das Salzgemüse in Braunschweig wenig Glück haben wird, auch wenn noch joviell schöne Briefe und Rezepte vorgelesen werden. Jeder wird sagen: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wir wissen doch, daß Braunschweig in bezug auf Gemüse etwas verwöhnt ist, da wir die guten Konservenfabriken hier haben. Es wird mit dem Salzgemüse genau so gehen, wie seinerzeit mit den sauren Kohlrüben, die nachher keiner haben wollte, und von denen ich nicht weiß, wie sie die Konservenfabriken losgeworden sind. Wenn es dennoch notwendig ist, die Kartoffeln zu strecken, dann möchte ich wenigstens raten, damit bis Ende April oder Anfang Mai zu warten; wir hoffen doch alle, daß dann die Ernährung etwas besser sein soll. Lesen wir doch seit Wochen tagtäglich in den Zeitungen, daß wir Schmalz, Fett und Fleisch in Überfluß haben sollen, und dieser Tage ist uns wieder Hoffnung auf Fische gemacht. Heute haben wir 5 Millionen Mark Bürgschaft geleistet, und etwas werden wir dafür doch auch bekommen. Ist erst die Ernährung im ganzen wieder besser, dann ist es leichter auszuhalten, wenn die Kartoffeln gestreckt werden, in der jetzigen Zeit aber würde ich es für bedenklich halten.

Stadtv. Einert: Ich möchte mich dem von Herrn Genzen Gesagten vollständig anschließen. Es wäre ja leichter gewesen, heute hier einen Beschluß zu fassen, wenn uns Herr Gebensleben hätte sagen können, wie das Salzgemüse schmeckt. Nun kommt es mir eigentümlich vor, daß nur diejenigen von den Graupen haben sollen, die ein Pfund Salzgemüse nehmen. Ich möchte entschieden bitten, unserer Bevölkerung die paar Pfund Kartoffeln, die eben noch gegeben werden, zu lassen, bis Not am Mann ist.

Stadtv. Frau Goetze: Ich will dem Beschlusse der Versammlung nicht vorgreifen, möchte aber doch die Ungläubigen über die Beschaffenheit des Salz-

gemüses beruhigen. Ich habe es gegessen, habe es nicht nur in großen Quantitäten in der Volkstüche ausprobiert, sondern auch im Privathaus, und kann sagen, daß es sehr gut ist, jedenfalls viel besser, als ich mir dachte. Ich würde vorschlagen, bei der Ausgabe nicht so furchtbar sparsam damit zu sein, denn ich habe gehört, daß eine ganze Menge von diesem Salzgemüse vorhanden ist. Vielleicht wird es später, wenn es wärmer geworden ist, nicht mehr so gut schmecken, aber jetzt kann ich es nur empfehlen.

Stadtv. Salomon: Die Nachricht von der drohenden Herabsetzung der Kartoffelration wird in allen Kreisen aufs schmerzlichste empfunden werden. Ich möchte mich dem Vorschlage des Herrn Genzen anschließen und warne, schon jetzt mit der Streckung zu beginnen. Auch ich glaube, daß tatsächlich unsere Ernährungsverhältnisse sich in etwas — ein sehr großer Optimist bin ich in der Beziehung allerdings nicht — bessern werden, und daß wir bald etwas auf den Tisch zu bringen haben, was uns seit Jahren gefehlt hat. Deshalb halte ich es für praktisch, noch einige Zeit mit der Streckung der Kartoffeln zu warten. In bezug auf das Salzgemüse kann ich aus Erfahrung sprechen. Auch in meiner Familie ist es gegessen und hat uns vorzüglich geschmeckt. Besonders rühmend muß ich den Savoyer-Kohl hervorheben, der im Geschmack dem frischen Gemüse nicht nachstand. Ich bitte, mit der Kürzung der Kartoffelmenge zu warten, bis es Nahrungsmittel vom Auslande und etwas frisches Gemüse gibt; dann ist die Kartoffel nicht mehr das A und O für den Haushaltstisch, wie sie das unter den jetzigen Verhältnissen sein muß.

Stadtv. Löffmann: Auch ich möchte bitten, mit der Streckung der Kartoffeln sehr vorsichtig zu sein, denn diese Maßnahme wird tatsächlich nur die ärmere Bevölkerung treffen, die nicht in der Lage gewesen ist, sich im Herbst mit Kartoffeln einzudecken. Auch die Familien, in denen Männer und Söhne aus dem Felde zurückgekommen sind, haben sich nicht mit Kartoffeln eindecken können. Es wäre zu erwägen, ob es nicht möglich ist, auf den Dörfern die Vorräte der Bauern zu prüfen, ob die nicht vielleicht noch mehr Kartoffeln in Verwahrung haben als sie dürfen. Wie mir bekannt geworden ist, sollen noch ziemlich viele Kartoffeln in den Mieten auf dem Lande lagern. Die Bauern haben selbstverständlich kein Interesse daran, sie jetzt abzustößen, sondern warten die Zeit ab, wo die Kartoffeln in den Städten knapp werden, um dann den Schleichhandel mit Kartoffeln zu beginnen. Ich weiß nicht, ob das Ernährungsamt die Macht hat, die Prüfung der Vorräte der Bauern vorzunehmen. Könnte das geschehen, dann werden wir, wie ich glaube, noch so viel Kartoffeln bekommen, daß wir bis zum Schluß der Ernte die 5 Pfund für die nicht Eingedeckten beschaffen können.

Stadtv. Frau Friedrich: Ich möchte davor warnen, die so schon furchtbar geringe Menge von 5 Pfund Kartoffeln noch zu reduzieren, und sodann möchte ich richtigstellen, was der Herr Stadtbaurat über den Ertrag der zwei Pfund Kartoffeln sagte. Ein Ertrag für die ausfallenden zwei Pfund Kartoffeln können die dargebotenen Graupen nicht sein, denn mit 100 Gramm Graupen für eine einzelne Person kann man in der Küche nichts anfangen. Im übrigen sind wir mit Graupen in der letzten Zeit derartig knapp gehalten, daß es nicht mehr schön ist. Während der letzten drei Monate haben wir Lebensmittel überhaupt nicht bekommen, und wenn nun einmal 100 oder 150 Gramm ausgegeben werden, dann lohnt man einmal davon und hat dann wieder nichts. Zu den 100 Gramm Graupen für eine Person gehören noch 1 Pfund Kartoffeln, sonst wird es überhaupt kein Essen.

Stadtv. Reizner: Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt davon, daß der Magistrat liebend gern die Einwohnerschaft Braunschweigs bis zum Ende Juli d. J. mit Kartoffeln versorgen würde, wenn er nur welche hätte. Aber Sie haben ja die Verfügung der Reichskartoffelstelle gehört, wonach Braunschweig vom 15. Juni an nicht mehr beliefert werden soll. Ferner haben Sie gehört, daß der augenblickliche Vorrat an Kartoffeln sehr gering ist, und deshalb glaube ich, daß es zweckmäßig sein wird, wenn baldmöglichst mit der Streckung der Kartoffeln angefangen wird. Wenn die Vorräte erst alle sind und Anlieferungen nicht mehr zu erwarten sind, dann ist für die ganze Zeit hinterher nichts mehr zum Strecken vorhanden. Es ist besser, wir haben bis in den Juli hinein, wenn auch wenig, Kartoffeln, die wir austeilen können, als daß wir in den letzten sechs Wochen überhaupt keine Kartoffeln mehr ausgeben können. Ich möchte doch bitten, den vom Magistrat eingebrachten Antrag, der meines Erachtens sehr sorgfältig ist, anzunehmen. Ich bin außerdem auch der Meinung, daß ein Pfund Salzgemüse und 100 Gramm Graupen ein voller Ertrag für zwei Pfund Kartoffeln sind.

Stadtv. Frede: Wir rechnen immer damit, daß wir von einem gewissen Zeitpunkte an vor dem absoluten Nichts stehen, und das ist mir noch nicht bewiesen. Es ist weder von der Stelle in Berlin noch von sonst einer amtlichen Stelle hingewiesen auf die sicher zu erwartende Einfuhr vom Auslande, teils durch die überseeische Zuführung von Kartoffeln und ferner durch die Frühkartoffeln von Holland. Damit müssen wir rechnen, und ich sollte meinen, daß dann eine solche Maßnahme, wie sie heute vorgeschlagen wird, nicht notwendig ist.

Stadtv. Richter: Auch ich möchte dafür plädieren, daß man mit der Streckung der Kartoffeln nicht sogleich beginnen möge, und auf der anderen Seite möchte ich

den Vorschlag des Herrn Toftmann unterstützen, möglichst bald an Erfassung der auf dem Lande noch vorhandenen Vorräte an Kartoffeln in energischer Weise heranzutreten. Es entzieht sich jedenfalls nicht dem Einfluß des Landesernährungsamtes, daß man darangeht, unverzüglich eine Nachkontrolle auf dem Lande vorzunehmen, und daraus wird es sich ergeben, ob es notwendig ist, schon jetzt mit der Streckung der Kartoffeln zu beginnen. Man braucht nur Sonntags die Landstraßen zu beobachten, so wird man bemerken, welche Mengen von Kartoffeln noch in die Stadt hineingeschafft werden, nicht allein hier, sondern in allen Gegenden. Es werden halbe und ganze, ja auch mehrere Zentner Kartoffeln hereingebracht, aber natürlich nicht zu den Preisen, wie sie sonst üblich sind, sondern unter Überschreitung der Höchstpreise. Wenn Kartoffeln für einen höheren Preis zu haben sind, so müßte es auch möglich sein, für die Stadtverwaltung Kartoffeln heranzuschaffen.

Außerdem möchte ich ersuchen, wenn es irgend möglich ist, an Stelle des Salzgemüses, welches neben den Graupen zur Abgabe kommen soll, etwas mehr an Hülsenfrüchten zur Verfügung zu stellen, die jedenfalls eher einen Ersatz für die Kartoffeln und einen Ausgleich für den Abzug des Fleisches bieten. Wir haben vorher 250 Gramm Fleisch, dann 300 Gramm bekommen, und das soll jetzt auf 200 Gramm herabgesetzt werden. Bei alle den Einschränkungen würde es doch an Stelle des entzogenen Fleisches etwas anderes geben müssen. Wenn man aber bei alle den Abzügen auch noch Kartoffeln in solchem Umfange entbehren soll, so würde das sehr unangenehm sein. Ich möchte dafür eintreten, daß der Magistrat seinen Einfluß auf die Landeskartoffelstelle ausübt, damit unverzüglich mit der Nachkontrolle der Kartoffelvorräte auf dem Lande begonnen wird.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Mit dem Herrn Vorredner stimme ich darin überein, daß eine genaue Nachkontrolle auf dem Lande stattfinden muß; und ich kann Ihnen mitteilen, daß entsprechende Vorkehrungen bereits vom Volkskommissar für Ernährung in Gang gebracht sind. Wir haben wiederholt über die Sache gesprochen, und soweit ich gehört habe, sind die Kommandos schon unterwegs, die die Kontrolle vornehmen, wie das ja auch schon im vorigen Jahre ausgeführt worden ist. Wenn das nicht geschähe, dann würden wir nicht das bekommen, auf das wir Anspruch haben, und unser Kartoffelvorrat würde schon frühzeitig zu Ende sein. So aber haben wir, wenn mit aller Energie vorgegangen wird, damit zu rechnen, daß wir bis zum 15. Juni mit den Kartoffeln reichen.

Frau Friedrich war vorhin im Irrtum, wenn sie sagte, ich hätte behauptet, es sollten die 100 g Graupen ein Ersatz für die zwei Pfund Kartoffeln sein. Ich hatte gemeint, daß ein Pfund Salzgemüse mit den Graupen zusammen ein Ersatz für die

zwei Pfund Kartoffeln sein solle. Ich höre nun zu meiner Freude, daß nichts im Wege steht, jedesmal zwei Pfund Salzgemüse auszugeben; ich hatte vorher jedoch geglaubt, das würde den Leuten zu viel und auch zu teuer sein.

Nun habe ich aus den bisherigen Reden nicht entnehmen können, daß es grundsätzlich abgelehnt wird, die Streckung der Kartoffeln durch Austeilung von Salzgemüse und Graupen vorzunehmen, sondern glaube nur gehört zu haben, daß nur der augenblickliche Zeitpunkt nicht für geeignet gehalten wird, daß aber die Versammlung mit einer derartigen Streckung, die wir vielleicht in einigen Wochen vornehmen können, grundsätzlich einverstanden ist. Ich glaube damit die Meinung der Versammlung getroffen zu haben.

Stadtv. Lehnert: Verehrte Anwesende! Wir haben nun wohl über die Streckung uns genügend ausgesprochen und können zur Abstimmung schreiten. Es ist bereits 8 Uhr, und jeder von uns sehnt sich darnach, etwas Stärkendes zu sich zu nehmen.

Vorsitzender: Bisher sind keine Anträge gestellt, so daß ich noch nicht weiß, worüber ich abstimmen lassen soll. Die Mehrzahl der Redner hat sich dafür ausgesprochen, die Streckung noch zurückzustellen, da es augenblicklich nicht der rechte Zeitpunkt ist, die Streckung vorzunehmen. Wenn die Absicht besteht, erst in nächster Zeit zu der Sache Stellung zu nehmen, dann möchte ich bitten, daß alle Anwesende, einschließlich des Stadtmagistrats, erst einmal das Salzgemüse versuchen. Wenn wir darauf aus eigener Erfahrung über das Salzgemüse urteilen können, kann unsere Entscheidung eine objektive sein. Ich selbst habe ja das Salzgemüse auch schon ein paar Male probiert, will aber heute nicht darüber urteilen.

Oberamtsrichter Meyer: Nur ein kurzes Wort. Das Salzgemüse soll ausgezeichnete Qualität sein. Es ist angefertigt für die Marine und das Heer, nachdem Versuche im vorigen Jahre zu einem guten Resultate geführt haben.

Über einen Punkt ist bisher wenig gesprochen: ob von der Versammlung gewünscht wird, daß ein verbandlicher Verkauf von Salzgemüse und Graupen stattfindet, oder ob sie sich dagegen ausspricht. Ich weiß sehr wohl, daß man sich früher auf den Standpunkt gestellt hat, solche verbandlichen Verkäufe nicht zuzulassen. Wenn einerseits anzunehmen ist, daß das Salzgemüse vorzüglich ist, ja dem frischen Gemüse durchaus ähnlich ist, so muß man andererseits doch bedenken, daß die Stadt sich reichlich mit diesem Salzgemüse versorgt hat. Sie hat auf besondere Empfehlung der jetzigen Regierung hin 300000 M. darin angelegt, weil allgemein befürchtet wurde, daß es mit den Lebensmitteln knapp werden würde. Nun werden wir alle das Bedürfnis haben, zu überlegen, wie wir von diesem Vorrat wieder herunterkommen,

wie wir die 300 000 *M* umsetzen. Und da erscheint mir doch ganz wünschenswert, daß man den verbandlichen Verkauf mit Graupen, einerlei, ob sie als Ersatz für Kartoffeln gelten sollen oder nicht, einrichtet. Jedenfalls muß man sich fragen, ob es nicht zweckmäßig ist, den Kauf von Graupen von der Abnahme von Salzgemüse abhängig zu machen. Es ist das durchaus nichts Außergewöhnliches, es wird fast in allen deutschen Städten so gemacht, auch in Berlin ist es geschehen. Wenn man dann noch jedem sagen kann: „Du wirst mit der Ware nicht betrogen“, dann wird auch jeder die Ware gern nehmen. Es handelt sich für uns darum, daß wir die angekauften Sachen auch schließlich wieder umsetzen müssen. Ich bemerke noch, daß das Angebot in Salzgemüse ein außerordentlich großes ist, da kolossale Heeresbestände frei geworden sind und aus Holland große Mengen davon nach Deutschland herübergeschafft sind. Die Folge davon ist, daß wir das Salzgemüse nicht nach außerhalb verkaufen können, sondern es in der Stadt verzehren müssen. Ich möchte bitter, auch hierüber eine kurze Aussprache stattfinden zu lassen.

Stadtrat von Franckenberg: Ich würde die Anregung des Herrn Oberamtsrichter Meyer unterstützen und zugleich den Wünschen der Frau Friedrich entgegenkommen, indem ich vorschlage, nicht nur 100, sondern 200 g Graupen bei diesem verbandlichen Verkaufe in Aussicht zu nehmen. Dann würde sich gewiß das Salzgemüse, das nach meinen Erfahrungen im Haushalte sehr gut schmeckt, leicht verkaufen lassen. Haben wir das Salzgemüse erst einmal unter die Braunschweiger Bevölkerung gebracht, dann wird es mit dem Verkauf auch schon flotter gehen, denn der Appetit kommt mit dem Essen. (Zuruf: Das Trinken aber auch!)

Oberamtsrichter Meyer: Der Ernährungsausschuß, d. r. sich mit dieser Frage in erster Linie zu beschäftigen hat, hat sich für den verbandlichen Verkauf entschieden, und die im Ernährungsausschuß vertretenen Geschäftsleute fanden nichts dabei aussetzen. Herr Blumeier wird mir bestätigen können, daß sie nichts dagegen eingewandt haben.

Stadtv. Frau Goege: Ich kann noch einmal sagen, daß der Geschmack des Salzgemüses ganz vorzüglich ist und ich nur wünschen kann, daß es als zum Verkauf kommt. Ich bezweifle aber, daß wir es los werden, wenn es wärmer wird und die Spargelzeit erst herangekommen ist. Ich habe mich schon gewundert, daß es bisher nicht zum Verkauf gebracht worden ist, wo jetzt nur sehr schwer frisches Gemüse zu bekommen ist. Ich meinerseits würde davon schon längst gekauft haben, wenn mir Gelegenheit dazu gegeben worden wäre.

Stadtv. **Riese 1:** Ich möchte beantragen, die Streckung der Kartoffeln bis zum ersten Mai zu unterlassen und dem verbandlichen Verkauf von Salzgemüse und Graupen in der Weise zuzustimmen, daß zu gleicher Zeit 1 Pfund Salzgemüse und 200 g Graupen abgegeben werden.

Stadtv. **Munte:** Herr Riese meint: Wir wollen die Kartoffelstreckung bis zum 1. Mai hinausschieben, gleichwohl aber schon jetzt den verbandlichen Verkauf zulassen. Dafür möchte ich auch stimmen.

Vorsitzender: Ich bitte diejenigen Mitglieder der Versammlung, die den verbandlichen Verkauf von 200 g Graupen und 1 Pfund Salzgemüse für zulässig erachten und wünschen, daß er schon jetzt angeordnet wird, die Streckung der Kartoffeln aber bis zum 1. Mai hinausschieben wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die große Mehrheit.

23. Anfragen Salomon und Wahrensdorf über Einführung der Pflichtfortbildungsschule.

Wortlaut der beiden Anfragen siehe Seite 869.

Stadtv. **Salomon** (zur Begründung): Die Zeit ist schon wieder sehr weit vorgeschritten, deshalb will ich mich ganz kurz fassen. — Herr Rönneburg hat vorhin schon die Pflichtfortbildungsschule unter diejenigen Gegenstände und Fragen gerechnet, die nicht sterben wollen. Ich muß feststellen, daß ich leider genötigt bin, mich auch heute wieder mit der Pflichtfortbildungsschule zu befassen. Leider sage ich deswegen, weil die Stadt Braunschweig immer noch zu den wenigen Städten gehört, die die Pflichtfortbildungsschule noch nicht haben, und weil sie vor allen Dingen in dieser Beziehung eine Sonderstellung in unserem engeren Vaterlande einnimmt. Alle anderen Städte im Lande Braunschweig besitzen die Pflichtfortbildungsschule, nur die Stadt Braunschweig nicht. Ich habe meine Anfrage als dringlich bezeichnet, weil es meiner Überzeugung nach sich um eine außerordentlich dringende und wichtige Angelegenheit handelt, denn die Volksschule ist durch den unglückseligen Krieg nicht in der Lage gewesen, auch nur annähernd, sowohl unterrichtlich als auch erziehlich, die ihr gesetzten Ziele zu erreichen — sie konnte es einfach nicht. Andererseits sind die Klagen, und zwar die berechtigten Klagen, über die zunehmende Verrohung unserer Jugend in einer Weise laut geworden, daß wir unbedingt für Abhilfe sorgen müssen. Vor allen Dingen dürfen wir nicht vergessen, daß wir kein Mittel unversucht lassen dürfen, um unser darniederliegendes Volk zum inneren Aufbau zu bringen, und zu den Mitteln rechne ich die Fortbildungsschule. Aber das lange Schweigen,

das sich über die Frage der Einführung der Pflichtfortbildungsschule in unserer Stadt wieder gebreitet hat, hat mich bedenklich gemacht. Zum Schluß muß ich es aussprechen, daß meiner Überzeugung nach jede verantwortliche Stelle, die aus nicht ganz schwerwiegenden Gründen die Einführung der Pflichtfortbildungsschule hindert, eine sehr schwere Verantwortlichkeit auf sich nimmt.

Ich möchte um Auskunft bitten, wie der Stand der Einführung der Pflichtfortbildungsschule augenblicklich ist.

Vorsitzender: Herr Wahrensdorf, sind Sie einverstanden, daß der Magistratsvertreter jetzt gleich antwortet? Zweifellos wird eine Besprechung beschlossen werden, und dann können Sie ja als Erster sprechen. (Zustimmung des Stadts Wahrensdorf.)

Stadtrat von Frankenberg: Meine geehrten Herrschaften! Als Sie im Januar an den Stadtmagistrat den Antrag richteten, es möchten die nötigen Schritte getan werden, die Pflichtfortbildungsschule in Braunschweig möglichst bald in Kraft treten zu lassen, hatten wir uns dahin verständigt, daß wir in derselben Weise, wie im Mai v. J. die Einigung erfolgt war, bei der Regierung vorstellig werden sollten. Im Mai hatte Herr Frede im Auftrage der Schul- und Finanzkommission erklärt, es müßte angestrebt werden, daß es nicht dem jeweiligen Ergebnis der Abstimmung im Landtage überlassen bleibe, ob der Zuschuß zur städtischen Pflichtfortbildungsschule gezahlt oder gekürzt wird, und daß durch Verhandlungen der Regierung mit dem Landtage eine feste Grundlage für die Bemessung des staatlichen Zuschusses geschaffen werde. In den Verhandlungen, die vor wenigen Wochen stattgefunden haben, hat sich die geehrte Versammlung ebenfalls in erfreulicher Übereinstimmung mit dem Magistrat in der Richtung befunden, daß wir eine Gewißheit nicht nur für ein einziges Finanzjahr, sondern für die Dauer durch die Zusage der Regierung und durch Staatsvertrag mit der Regierung und dem Landtage haben müßten. Ich habe bisher angenommen, daß die Versammlung auch jetzt noch auf diesem Standpunkte steht.

Leider sind nun aber die Verhandlungen mit der Regierung nicht zu dem befriedigenden Abschlusse gekommen, den der Stadtmagistrat und die Versammlung gewünscht haben. Die Regierung erklärte zwar für das kommende Finanzjahr ihre Bereitwilligkeit, der Landesversammlung einen derartigen Vorschlag zu machen, will auch in der Zukunft für diese Forderung eintreten, aber diejenige Bindung, auf die die städtischen Behörden Wert gelegt haben, haben wir nicht erreichen können. Der Stadtmagistrat wird nicht aufhören, gleichwohl mit allen Kräften diese Frage der Einrichtung der Pflichtfortbildungsschule zu verfolgen. Es sind vorbereitende Schritte

im Schulvorstande und mit dem Fortbildungsschulinspektor geschehen, um die Einrichtung sobald als möglich in die Wirklichkeit treten zu lassen.

Die Regierung hat uns in Aussicht gestellt, daß ein Fortbildungsschulgesetz in Kraft treten soll, von dessen Inhalt wir aber nicht unterrichtet sind. Bevor wir der Stadtverordnetenversammlung ein Statut über die Einführung der Besuchspflicht für die Fortbildungsschule vorlegen, wird es erforderlich sein, daß wir erfahren, in welchem Sinne das Gesetz geplant ist. Ich bin gern bereit, dem Stadtmagistrat vorzuschlagen, daß wir schleunigst mit der Regierung deswegen in Verbindung treten; sie wird gern den Schleier des Geheimnisses, der früher über zu erwartende Gesetzesvorlagen gedeckt wurde, etwas lüften, damit wir kostbare Wochen gewinnen und bald die Besuchspflicht einführen können. Ich würde es dankbar anerkennen, wenn die Einmütigkeit, mit der die beiden städtischen Behörden, der Stadtmagistrat und die Stadtverordneten, die Sicherstellung der staatlichen Zuschüsse für die Fortbildungsschule angestrebt haben, auch für die Zukunft unsere gemeinsame Richtlinie bliebe.

Die Besprechung der Anfrage wird beschlossen.

Stadtv. **Wahrendorf**: Ich will mich sehr kurz fassen; Herr Stadtrat von Frankenberg hat zum großen Teile schon ausgeführt, was ich sagen wollte. Wer in anderen Städten gewesen ist und die Fortbildungsschulen und ihren Aufbau gesehen hat, der muß sich wundern, daß in Braunschweig in dieser umfassenden Weise nichts geschehen ist. In viel kleineren Städten sind bessere Einrichtungen in bezug auf die Fortbildungsschule, als wir sie hier haben. Das ganze Gewerbe der Handwerker sehnt sich darnach, daß nunmehr grundlegende Arbeit gemacht wird. Heute weiß man noch nicht, was aus der Sache werden wird. Wir sagen immer wieder zu den jungen Leuten: „Ihr müßt zur Fortbildungsschule gehen, sie ist obligatorisch“, und dann hört man wieder: „Es ist nicht so, der Zwang besteht nicht“, so daß man nicht weiß, woran man ist. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit werden die Lehrlinge sehr gut die nötige Zeit haben, um den Unterricht in der Fortbildungsschule besuchen und ihre Kenntnisse und Fähigkeiten erweitern zu können. Die ganze Sache drängt. Gerade in den Kreisen der Handwerker besteht der lebhafteste Wunsch, daß nunmehr die Sache in das richtige Fahrwasser gebracht und auf eine richtige Grundlage gestellt wird, wie man es in anderen Städten findet.

Stadtv. **Schmidt**: Die Aufklärung, die uns von seiten des Herrn Stadtrat von Frankenberg geworden ist, wird nicht mich allein, sondern die meisten anwesenden Kollegen und auch die Bürgerschaft sehr enttäuscht haben. Am 30. Januar haben wir erneut zum soundsovielten Male es ausgesprochen: „Wir beauftragen den Stadt-

magistrat, weiter zu verhandeln, damit es möglich wird, diese Pflichtfortbildungsschule zu Ostern in Kraft treten zu lassen“, und heute muß man sagen: Es ist noch alles beim alten. Nach den letzten Äußerungen des Stadtrat von Frankenberg hofft er, daß die heutige Stadtverordnetenversammlung wieder genau wie in den früheren Beschlüssen zu erkennen gibt: „Verhandelt weiter, wir hoffen, daß es noch möglich ist, die Pflichtfortbildungsschule einzuführen.“ Ich kann dem nicht folgen und schließe mich den Forderungen des Herrn Stadtv. Salomon an, die er nicht allein heute, sondern bereits bei der letzten Beratung dieser Sache getan hat, nämlich, daß wir uns der Pflicht, die Pflichtfortbildungsschule einzuführen, nicht mehr länger entziehen können. Wir müssen jetzt zugreifen. Man würde uns ins Gesicht schlagen, wenn wir auch dieses Jahr wieder hingehen lassen wollten, und es würde wiederum nichts mit der Pflichtfortbildungsschule. Um was dreht es sich denn? Um die Zusage, daß die staatlichen Zuschüsse dauernd übernommen werden. Genau in derselben Weise wie bisher ist seitens der Regierung eine Zusage dafür auch jetzt gegeben. Das Streitobjekt ist lediglich, daß der Magistrat fordert, daß die Regierung die Verpflichtung zum Zuschuß vertraglich anerkennen soll, daß dem Landtage eine Gesetzesvorlage seitens der Volksbeauftragten zugehen soll, nach der der Stadt das verbriefte Recht gewährleistet werden soll, die Hälfte der entstehenden Kosten vom Staate ersetzt zu erhalten. Der Magistrat machte seinerzeit geltend: Wir können uns nicht in das Nichts begeben, wir können nicht zugeben, daß es von dem guten Willen der Landesversammlung abhängt, ob sie die Kosten bewilligen will oder nicht. Ich bin der Meinung: So, wie die heutige Regierung zusammengesetzt ist, hätte man von ihr erwarten können, daß sie den Vertrag annehmen könnte. (Sehr richtig.) Wenn sie das nicht getan hat, muß diese Regierung und die Volksbeauftragten besondere Bedenken dabei gehabt haben. Ich habe mich bemüht, diese Bedenken zu erfahren, von hinten herum in die Küche zu hordchen und zu fragen: „Warum zögert ihr denn noch? Euch ist es doch genau so ernst damit, die Pflichtfortbildungsschule eingeführt zu sehen! Es liegt doch nur an dem einen Punkte!“ Es wurde mir darauf gesagt, es geschehe mit Rücksicht darauf, daß die übrigen Städte schon die Fortbildungsschulpflicht eingeführt haben. Von Braunschweig aus werde nun verlangt, daß ein erheblicher Zuschuß vertraglich festgelegt werde. Geschehe das, dann würden auch die anderen Städte mit derselben Forderung erscheinen und dokumentieren, daß Braunschweig ein Sonderrecht habe. Das könne man nicht zulassen, und aus dem Grunde würde man nicht dazu kommen können, einen solchen Vertrag einzugehen. Es läge aber kein Bedenken vor, das die Stadt hindere, die Pflichtfortbildungsschule einzuführen. Was der frühere und der jetzige Landtag und was die jetzige Regierung zugesichert habe, das würde auch in der

Zukunft erhalten bleiben. Der Landtag, und sei er in der Zukunft auch noch so reaktionär zusammengesetzt, würde sich dem nicht entziehen können, daß er diese Mittel bewillige. Die Stadt würde also keine Gefahr laufen, daß sie diese Beihilfe späterhin nicht mehr bekomme, und man sehe es nicht ein, warum die Einführung der Pflichtfortbildungsschule von der Erfüllung dieses einen Punktes abhängig gemacht werde. Weil wir auch bei weiteren Verhandlungen mit der Landesregierung ein vertragliches Recht nicht erwirken werden, stelle ich den dringenden Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die Pflichtfortbildungsschule für beide Geschlechter zum 1. Mai d. J. eingeführt wird.“

Ich bin der Meinung, wir müssen das Versprechen, das der Bürgerschaft nun schon so oft gegeben worden ist, endlich einlösen und müssen sagen: Wir müssen Schluß machen mit den Verhandlungen und müssen die Tat folgen lassen, sonst kommt es schließlich überhaupt zu keinem anderen Ergebnis als dem bisherigen, und dem müssen wir vorbeugen. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen.

Stadtv. Rönneburg: Es handelt sich darum, daß der Stadt die 50 % der nicht gedeckten Kosten vom Staat, wie vom Stadtmagistrat beantragt war, gesetzlich zugesichert werden sollen. Nun ist von sachkundiger Seite darauf hingewiesen, daß im Rahmen des alten Fortbildungsschulgesetzes eine derartige Bestimmung nicht vorhanden war, daß es aber einem Brauche des Staats entspreche, diese 50 % zu gewähren. Es ist ein ziemlich erheblicher Fonds dafür ausgeworfen, der 150 000 M umfaßt und nur zu einem kleinen Teile in Anspruch genommen ist, im letzten Jahre nur im Betrage von 40 — 45 000 M. Nun ist erklärt, daß ein Fortbildungsschulgesetz in Vorbereitung ist, und Herr Stadtrat von Frankenberg möchte den Schleier gelüftet sehen. Zunächst läßt sich in diesem Falle ein Schleier nicht lüften, denn der Gesetzentwurf liegt noch nicht vor, sondern es sind nur Vorbesprechungen gepflogen, die sich dahin bewegen, daß man den Modus, 50 % der Kosten der Pflichtfortbildungsschule zu übernehmen, gesetzlich festlegen will. Im übrigen wird das neue Fortbildungsschulgesetz nach meinen Kenntnissen den Zweck verfolgen, das so schwer darniederliegende Fortbildungsschulwesen des Landes auf eine bessere Grundlage zu stellen und seinen Ausbau nicht der Freiwilligkeit der Orte des Landes zu überlassen. Von etwa 440 Landgemeinden haben zuletzt noch sechs eine Fortbildungsschule besessen. Wir sind mit dem alten Gesetz, das den Gemeinden freie Hand ließ, nicht weitergekommen, und deshalb muß das neue Gesetz etwas Druck dahintersetzen. Mit diesen Zusagen für die gesetzliche Neuformung kann man sich einverstanden erklären und es daran genug sein lassen. Daß man von seiten der Stadt Braunschweig etwas verlangt, was allen übrigen Städten verjagt ist, dem kann man nicht zustimmen. Sämtliche übrigen 13 Städte des

Landes Braunschweig haben die Pflichtfortbildungsschule, aber keine einzige davon ist an die Regierung herangetreten und hat gesagt: Nun schwöre uns zu, daß du uns 50 Prozent der Kosten für alle Zeit geben willst. Es ist erklärt worden: Wir denken nicht daran, an dem bisherigen Modus zu rütteln, und werden das in absehbarer Zeit auch gesetzlich festlegen, aber von einer vertraglichen Bindung glauben wir absehen zu sollen. Wenn gesetzlich festgelegt ist, wie hoch der Zuschuß sein soll, und Braunschweig käme dann noch mit seinem Wunsche nach einem Vertrage und stellte besondere Forderungen, dann würde auch noch jede andere Stadt und jede einzelne Dorfgemeinde Vertragswünsche haben, und darauf kann sich der Staat nicht einlassen. Dieses Verlangen, daß man unter allen Umständen eine vertragliche Bindung haben will, war vielleicht bei der bildungsfeindlichen Mehrheit des früheren Landtages und gegenüber Strömungen von der einen oder anderen Stelle begreiflich. Die heutige Regierung und die heutige Mehrheit des Landtages wird aber nicht daran denken, an den Notwendigkeiten für die Pflichtfortbildungsschule zu streichen. Daran wird man auch künftig kaum rütteln, so daß man Bedenken nicht mehr zu haben braucht, die man unter allen Umständen nur durch einen Vertrag beschwichtigen kann.

Es handelt sich darum, mit den Verhandlungen jetzt Schluß zu machen. Ich kann die Versicherung geben, daß durch weitere Verhandlungen nichts Weiteres erreicht werden wird. Es wird daran festgehalten werden, daß man zu einer gesetzlichen Festlegung schreiten will, dafür aber einen Termin im voraus festzusetzen, ist auch der jetzigen Regierung nicht möglich. Wenn man weiter verhandelt, so riskiert man damit nur, daß auch in diesem Jahre die Pflichtfortbildungsschule nicht eingeführt wird. Das wäre ein Zustand, der unverantwortlich wäre. Die Verantwortung aber läge ausschließlich auf den städtischen Körperschaften, wenn man glaubt, die Sache wieder auf die lange Bank schieben zu müssen. Die Einführung der Pflichtfortbildungsschule ist um so dringender, weil die Beschulung der fortbildungsschulpflichtigen Jugend noch nie so dringend war wie jetzt. Um welche Summen handelt es sich denn bei der Einführung der Pflichtfortbildungsschule? Im ersten Jahre werden für die Stadt 20 000 M. Kosten erwachsen, im nächsten Jahre die gleiche Summe, bei vollem Ausbau der drei Jahrgänge um 57 000 M., und die gleiche Summe stellt der Staat als Zuschuß in Aussicht. Das sind doch angesichts des bedeutenden Wertes, der in der Pflichtfortbildungsschule liegt, nicht solche Riesensummen, daß man sagen sollte: Nur wenn die vertragliche Bindung geschieht, führen wir die Pflichtfortbildungsschule ein. Wir haben doch für andere Sachen viel erheblichere Beträge ausgesetzt, ohne große Verhandlungen zu pflegen. Ich unterstütze den Antrag Schmidt, der ersucht, die Pflichtfortbildungsschule am 1. Mai einzuführen.

Stadtv. Salomon: Meine Damen und Herren! Ich habe gestern noch erklärt, daß ich mich nur mit allergrößtem Herzen dazu entschließen könnte, noch einmal eine gewisse Frist für das Weitergehen der Verhandlungen mit dem Staate zu geben. Nachdem aber jetzt die Erklärung des Herrn Stadtv. Schmidt gekommen ist, ist es für mich ausgeschlossen, daß die jetzige Regierung der Volksbeauftragten sich auf eine vertragliche Bindung einlassen wird. Damit ist für mich Schluß in die Sache gekommen, und es heißt nun für uns nicht mehr: erwägen, sondern handeln. Die Fortbildungsschule müssen wir haben, sie ist eine kulturelle Notwendigkeit, der wir uns nicht entziehen dürfen und können. Andererseits appelliere ich an die jetzige Regierung und an alle ihre Nachfolger, daß sie niemals für diesen hochwichtigen Zweck die Mittel versagen darf, die sie uns augenblicklich zugebilligt hat. (Sehr richtig!) Ich würde vor einer Regierung, die so etwas tut, jede Achtung verlieren, und das würde nicht nur mir so gehen, sondern in den weitesten Kreisen der Bevölkerung würde diese Gesinnung Platz greifen. Ein solches Odium auf sich zu laden, muß sich jede Regierung hüten, wenn sie fest im Sattel bleiben will. (Sehr richtig!)

Stadtrat von Franckenberg: An der Bildungsfreundlichkeit der gegenwärtigen Regierung, insbesondere an dem Verständnis des gegenwärtigen Inhabers des Volkskommisariats für Volksbildung, Herrn Steinbrecher, dieser Sache gegenüber ist keinen Augenblick zu zweifeln. Herr Steinbrecher hat damals im Mai als Stadtverordneter sich aufs lebhafteste dafür ins Zeug gelegt, daß die Fortbildungsschule mit dem Besuchszwange ausgestattet sein möchte, und deshalb werde ich mit Herrn Steinbrecher außerordentlich gern über diese Sache verhandeln. Es wird sich dabei insbesondere zeigen, inwieweit die Regierung in bezug auf die gesetzlichen Vorschriften wegen der Besuchspflicht gehen will. Man kann schlechterdings nicht heute der geehrten Versammlung ein Statut über die Besuchspflicht vorlegen und morgen erleben, daß das Statut durch das neue Gesetz überholt wird. In dieser Weise wollen wir doch nicht arbeiten, so sehr uns auch die Sache am Herzen liegt. Es läßt sich aber auch dann die Sache so durchführen, daß der Fortbildungsschulzwang Anfang Mai zur Durchführung kommt.

Stadtv. Dr. Wolters: Meine geehrten Herrschaften! Ich stimme durchaus den Ausführungen der Herren Schmidt, Salomon und Könneburg zu, daß die Stadt allerdings die Verpflichtung hat, die Pflichtfortbildungsschule einzurichten. Nun bitte ich aber auch, die Stellungnahme der Landesregierung zu betrachten. Wer den Entwicklungsgang dieser Verhandlungen kennt, weiß, daß im Jahre 1904, 1905 und 1906 vom damaligen Staatsministerium die Zusicherung geleistet worden ist, für die Errichtung der Fortbildungsschule sei durch Vertrag fest-

zufehen, daß ein fester Staatszuschuß für alle Zukunft unabänderlich geboten wird. Aus dem berühmten Kapitel 12 ist dann der Betrag für das Fortbildungsschulwesen für die Stadt Braunschweig jährlich mit 60 000 *M* oder für den zweijährigen Etat mit 120 000 *M* ausgeworfen. Aber nur ein geringer Teil dieser Summe ist als Zuschuß an die Stadt Braunschweig zur Anwendung gekommen. Weshalb hat die Landesregierung gezögert, ihrer bindenden Zusage Ausdruck zu geben durch Schaffung eines Vertrages? Es ist der Grund, daß die Stadt Braunschweig etwa durch den Landtag einen Vorzug gegenüber den andern Städten erhalten könnte, der den ländlichen Kreisen nicht gewährt werden könnte. Nur dieser eine Umstand, daß die ländlichen Abgeordneten dem nicht zustimmen würden, hat die Landesregierung abgehalten, den Vertrag dem Landtage zur Zustimmung vorzulegen. Was hindert aber jetzt die Landesregierung, uns grundsätzlich entgegenzukommen? Da stimme ich durchaus den Ausführungen des Herrn Salomon zu, der sagte: Ich kann nicht begreifen, wenn die Stadt Braunschweig ein festes vertragliches Verhältnis erhalten soll, daß die Zuschüsse, die früher zugestanden sind, nicht festgelegt werden sollen. Denn wenn der Zuschuß nicht festgelegt wird und wir verlassen uns auf den guten Willen der Regierung und des Landtages, dann kann später der Zustand eintreten, daß wir die Pflichtfortbildungsschule ausschließlich unterhalten müssen, und dazu sagt der Magistrat: Das wollen wir nicht riskieren. Wenn Herr Salomon sagt: „Ich könnte die Regierung nicht achten, die für solche Zwecke der Stadt die Zuschüsse entzieht“, so frage ich: Was für ein Grund ist vorhanden, diese grundsätzliche Zustimmung zur Zahlung eines Zuschusses in die Form eines Gesetzes oder in die Form eines Vertrages hineinzubringen? Ich möchte deshalb mindestens ebensosehr wie an die Kollegen in der Stadtverordnetenversammlung meinen Appell auch an die Abgeordneten in der Landesversammlung richten und ihnen zurufen: Wirken Sie mit allen Kräften dahin, daß die Landesregierung ihre Pflicht gegenüber der Stadt Braunschweig erfüllt, die grundsätzlich anerkannt ist! Und ich möchte auch Herrn Salomon bitten, kräftig die Landesregierung anzu-gehen, mit der Sache Ernst zu machen, damit die Stadt dauernd das Recht des Zuschusses erhält. Lassen Sie uns nicht alle Last auf denjenigen wälzen, der sie nach der Absicht des Herrn Vorredner allein tragen soll. Weshalb soll die staatliche Umsatzsteuer nicht zur Deckung mit herangezogen werden? Weshalb sollen wir diese ungeheure Last allein tragen? Ich möchte bitten, daß die Herren, die im Landtage sitzen, in dieser Sache die Stadt Braunschweig kräftig unterstützen und nicht immer nur sagen: „Wir, d. h. Magistrat und Stadtverordnete, wollen uns unsererseits festlegen,“ sondern auch: „Wir wirken dahin, daß die Landesregierung ihrerseits sich bereit erklärt, uns zu helfen, wie sie es muß und wie die frühere Landesregierung es uns zugesagt hat.“

Stadtv. Frede: Es ist eine eigenartige Sache, daß in der gestrigen Kommissionsitzung der Magistrat nicht in der Lage war, die Aufklärungen zu geben, die heute von Stadtverordneten gegeben werden. Das sollte nicht vorkommen, der Magistrat müßte besser unterrichtet werden. Was sollen wir nun glauben? Wenn es richtig ist, daß bestimmt ein Gesetz geschaffen wird, in dem die Regierung sich verpflichtet, die Hälfte der Kosten zu übernehmen, dann können wir zufrieden sein, denn das haben wir früher auch erstrebt. Nun wird mit dem betreffenden Gesetze und mit dem Vertrage operiert, und ich habe aus einer Unterredung mit Herrn Dr. Wolters gehört, daß darüber verschiedene Ansichten bestehen. Herr Dr. Wolters meint, das Gesetz würde genügen, Herr Stadtrat von Frankenberg aber legte gestern großen Wert auf einen Staatsvertrag und machte zwischen diesen beiden Begriffen einen sehr scharfen Unterschied, indem er sagte: Ein Gesetz ist aufzuheben, ein Vertrag nicht; bei dem Vertrage können wir unser Recht eintragen. Wenn nun die Regierung erklärt, auf eine solche vertragliche Bindung werden wir uns niemals einlassen, weil wir es nicht können, dann ist das zu begreifen. Es müßte uns demnach genügen, wenn eine gesetzliche Verpflichtung eingegangen wird. Tritt das wirklich ein — Herr Könneburg behauptet das ja, aber er ist nicht der Vertreter der Regierung —, so könnten wir zufrieden sein. Ich habe gestern den Vorschlag gemacht, die Frage der Pflichtfortbildungsschule noch einmal auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung zu setzen und Herrn Stadtrat von Frankenberg zu beauftragen, nicht nur schriftlich, sondern vor allen Dingen mündlich sich mit der Regierung ins Einvernehmen zu setzen und in dieser Besprechung so viel Material zu sammeln, daß er uns bei der nächsten Zusammenkunft eine unzweifelhafte Erklärung über die Absichten der Regierung geben kann. Aber das ist von der Mehrheit abgelehnt worden. Herr Schmidt hat eine Information, Herr Könneburg, hat eine Information — soll man darauf bauen? Wenn man den Mitteilungen glauben darf, dann stehe ich auf dem Standpunkte, so früh als irgend möglich die Pflichtfortbildungsschule jetzt einzurichten. Ich muß aber auch glauben, was der Magistrat sagt: „Es besteht noch ein Schleier bei dem Magistrat über die Absichten der Regierung,“ und das ist bedauerlich.

Stadtrat von Frankenberg: Das mag bedauerlich sein vom Standpunkte des Herrn Frede und der Mitglieder der Versammlung aus, aber wir können die Regierung nicht zwingen, uns gegenüber die ganzen Karten aufzudecken. Jedenfalls müßte ich einen in den Worten des Herrn Frede etwa liegenden Vortour zurückweisen. Das Volkskommissariat für die Volksbildung hat, wie die geehrten Herrschaften wissen, dreimal die Personen gewechselt, und jede derselben hat sich mit redlichem Bemühen in den ihm zur Bearbeitung vorliegenden Stoff ein-

gearbeitet. Dann kann man nicht verlangen, daß der neue Volkskommissar über alle Einzelheiten seines Ressorts unterrichtet ist. Was bei uns die Sache erschwert — und darauf möchte ich besonders hinweisen —, ist der Umstand, daß es sich in der Stadt Braunschweig nicht nur um die Pflichtfortbildungsschule handelt, sondern gleichzeitig um die städtische Gewerbeschule, die ungefähr ein Drittel der Unkosten in Anspruch nimmt, und für die wir gleichzeitig eine Zusage der Regierung fordern müssen. In der Beziehung steht Braunschweig gegenüber allen anderen Gemeinden des Landes einzig da. Eine Kunstgewerbeschule haben sich die anderen Städte bisher nicht leisten können, und werden es auch in Zukunft nicht tun; von allen Städten des Landes haben nur wir Bedacht darauf zu nehmen, daß für die Gewerbeschule ebenfalls der Staatszuschuß gewahrt wird in derselben Weise, wie er für die Pflichtfortbildungsschule zugesichert werden soll. Ich hoffe, daß wir bald Klarheit über den Umfang des Gesetzes bekommen, damit wir den geehrten Herrschaften bald eine Vorlage machen können.

Stadt. **Munte** übernimmt den V o r s i ß.

Stadt. **Notahr:** Meine Damen und Herren! Ich kann die Forderung, für die Einführung der Pflichtfortbildungsschule einzutreten, nur unterstützen, denn wir haben in der letzten Zeit die trübsten Erfahrungen mit den neu einzustellenden jungen Leuten gemacht. In den beiden letzten Kriegsjahren und vor allen Dingen im letzten Kriegsjahre sind mir bei Einstellung von Lehrlingen Zeugnisse in die Hand gekommen, bei denen mich ein Grauen erfaßt hat, daß mit einem solchen ungenügenden Rüstzeug die Jugend den Kampf ums Dasein aufnehmen muß. Ich bitte, ungehindert um die Schwierigkeiten dahin zu arbeiten, daß die Pflichtfortbildungsschule in nächster Zeit ins Leben gerufen wird.

Stadt. **Hönneburg:** Herr Frede sprach sein Befremden darüber aus, daß Herr Schmidt und auch ich über die vorliegenden Verhältnisse unterrichtet wären, der Magistrat aber nicht. Dazu möchte ich feststellen: Der Magistrat ist genau so unterrichtet und hat alle diese Angaben, die ich machen konnte, schwarz auf weiß — Herr Stadtrat von Franckenberg wird das bestätigen können. Wenn sie in der gestrigen Sitzung nicht mitgeteilt sind, so weiß ich nicht, wie das kommt.

Herr Dr. Wolters hat dringend, der Staat solle seine Zusagen halten, und sprach das in vorwurfsvollem Tone aus. Soweit mir bekannt ist, hat der Staat bisher in allen diesen Sachen die von ihm gegebenen Zusagen erfüllt, und es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß er es auch in Zukunft tun wird.

Stadt. **Dr. Wolters:** Das ist eben der springende Punkt. Die Regierung hat bisher nur von Etat zu Etat eine gewisse Summe nach ihrem Ermessen in den Staatshaushalt eingestellt, und es ist der Zustimmung der Landesversammlung

überlassen, ob sie das genehmigen will oder nicht. Worauf die Stadt Wert legen muß, das ist die Festlegung der Verhältnisse. Die Stadt hat die Fortbildungsschulpflicht durchzusetzen, aber durch eine Vereinbarung muß festgesetzt werden: Der Staat verpflichtet sich dauernd, hierfür eine gewisse Summe zuzuschießen. Dadurch, daß diese in den Landtagsabschied aufgenommen wird, wird es Gesetz. Ohne eine solche Verpflichtung hat die Stadt Braunschweig niemals ein dauerndes Recht in der Hand, sondern ist von Jahr zu Jahr wieder vor Unterhandlungen gestellt, ob die Landesregierung und der Landtag den Zuschuß wieder bewilligen wollen. Diese Sicherheit will Herr Stadtrat von Frankenberg herausholen. Er will die Regierung zu der deutlichen Erklärung bringen: Wollt ihr euch verpflichten, oder wollt ihr die Bewilligung des Zuschusses in der Schwebe lassen? Für die Stadt kommt jetzt die Frage zur Entscheidung: Wollen wir ohne Sicherheitsleistung des Staates die Pflichtfortbildungsschule einrichten oder nicht?

Stadtv. **Schmidt**: Es dreht sich in der Hauptsache um folgendes: Wenn wir diesen Verhandlungsweg weiter beschreiten wollen, um zu erlangen, daß die Regierung ihre Zuschußpflicht anerkennt, dann müssen wir sagen: Wir führen die Pflichtfortbildungsschule nicht eher ein, als bis wir das alles erreicht haben. Auf dieses Blatteis will ich mich nicht begeben, sonst werden wir nie zur Einführung der Pflichtfortbildungsschule kommen. Wenn es bei der alten Regierung in achtzehnjähriger Verhandlung nicht möglich war, das Borgelegte zu erreichen, dann wird es auch jetzt noch lange dauern. Die jetzige Regierung macht die Zusage: „An den Zuständen, wie sie heute bewilligt werden, soll in der Zukunft nichts geändert werden“, und das kann uns genügen. Nicht beantworten könnte ich es, daß die Stadt sagen wollte: Solange wir nicht die geforderte Unterlage haben, führen wir die Pflichtfortbildungsschule nicht ein. Deshalb sage ich: Wenn die Regierung auf demselben Standpunkte weiter bestehen bleibt, den sie zu erkennen gegeben hat durch die Schriftstücke, die Herrn Stadtrat von Frankenberg zu Händen gekommen sind, so soll uns das genügen. Das Weitere wird sich durch den Verhandlungsweg ergeben.

Oberbürgermeister **Hettemeyer**: Ich möchte die geehrten Herrschaften bitten, mit der Besprechung Schluß zu machen und zur Abstimmung zu schreiten. Wir werden aus der Art der Abstimmung ersehen, wie die Versammlung denkt, und darnach handeln.

Der Antrag Schmidt wird angenommen.

Nachdem der Herr **Vorsigende** sich mit den Antragstellern über ihre noch nicht behandelten Anträge und Anfragen verständigt hat, schließt er die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8¾ Uhr.

